

Die 'Atomisierung' der KPD zwischen 1923 – 1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades des Doktors der Philosophie
im Fach Geschichte an der Fakultät für Geisteswissenschaften der Universität
Duisburg-Essen

Vorgelegt von Peter Balthasar Berens, geb. 1953 in Oberhausen-Sterkrade,
Essen 2016

Für unseren Baba Kazim Ayten (15.3.1940 - 23.11.2014), der mit seiner außergewöhnlichen Warmherzigkeit, Großzügigkeit, Toleranz und Diskussionsfreudigkeit für immer in unseren Herzen bleiben wird.

Für die Betreuung dieser Arbeit bedanke ich mich bei

Prof. Dr. Ute Schneider, Essen

Prof. Dr. Stefan Berger, Bochum

und Prof. Dr. Peter Alter (em.)

Die Dissertation wurde ursprünglich unter dem Titel „Die ‘Atomisierung’ der KPD zwischen 1923 - 1927 am Beispiel der KPD-Bezirke Ruhrgebiet und Niederrhein“ eingereicht.

Die mündliche Prüfung erfolgte am 29.06.2016. Als erste Gutachterin fungierte Frau Prof. Dr. Ute Schneider, als zweiter Gutachter Herr Prof. Dr. Stefan Berger.

1	Einleitung	S. 5
2	Die Wurzeln des Linkskommunismus im Ruhrgebiet	S. 39
2.1	Das Ruhrgebiet und seine Sozialstruktur in den 1920er Jahren	S. 39
2.2	Die Gruppe <i>Der Kampf</i> und die Arbeiterradikalisierung 1915 – 1919	S. 52
2.3	Die Einheitsfront gegen den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet	S. 66
2.4	Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der Unionen	S. 74
2.5	Ruhrbesetzung, sog. <i>Deutscher Oktober</i> und Aufstieg der linken Kommunisten	S. 98
2.6	Exkurs: Strategie, Taktik und Fraktionsbildung in der KPD	S. 120
2.7	Revolutionäre Ungeduld und veränderte Kräfteverhältnisse	S. 132
2.8	Ruhr-KPD gegen Arbeiteravantgarde	S. 149
3	Der <i>Offene Brief</i> des EKKI der Komintern vom 1.9.1925	S. 164
3.1	Vorwürfe und Widersprüche	S. 165
3.2	Innen- und außenpolitische Gründe für den <i>Offenen Brief</i>	S. 170
3.3	Durchsetzung des <i>Offenen Briefes</i> über Ausgrenzung und Integration	S. 174
3.4	Mehr statt weniger Fraktionen	S. 181
3.5	Die Diskussion über den <i>Offenen Brief</i> in der Ruhr-KPD	S. 185
4	Die 'Atomisierung' der KPD im KPD-Bezirk Ruhrgebiet	S. 187
4.1	Von der Wohngebiets- zur Betriebszellenorganisation	S. 187
4.2	Die Umstellung auf Betriebszellen in der Ruhr-KPD	S. 197
4.3	Die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft durch Betriebszellen	S. 207
4.4	Erste Kritik an der Organisationsreform	S. 215
4.5	Kommunistinnen und Betriebszellenorganisation	S. 227
4.6	Betriebszellenstruktur und Arbeitsorganisation	S. 231
4.7	Übernahme des Leninismus	S. 233
4.8	Die Ausschaltung der linken und radikal linken Opposition	S. 244
4.9	Die Unterstützung in der Ruhr-KPD für die <i>Erklärung der Siebenhundert</i>	S. 265
4.10	Fraktionsverbot und Körperschaftsdisziplin	S. 278
4.11	Die Fraktionierung der Ruhr-KPD	S. 297
4.12	Das Gespenst des Trotzkismus	S. 311
5	Kernpunkte des oppositionellen linken Kommunismus im Ruhrgebiet	S. 323
5.1	Stabilisierung des Kapitalismus?	S. 323
5.2	Revolutionäre oder reformistische Gewerkschaften?	S. 331
5.3	Die (radikal) linken Kommunisten und die Erwerbslosigkeit	S. 341
5.4	Anti-Parlamentarismus	S. 347
5.5	Einheitsfront und Arbeiterregierung	S. 357
5.6	Kritik an der KPD-Bürokratie	S. 377

5.7	Kritik am Stalinismus	S. 387
5.8	Politische und soziale Bewegungen im Ruhrgebiet, die Handlungsfähigkeit der KPD-Betriebszellenorganisation und die linksoppositionelle Kritik	S. 401
6	Linkskommunistische Organisation im Ruhrgebiet	S. 408
6.1	Die <i>Entschiedene Linke</i>	S. 409
6.2	Die KPD (<i>linker Flügel</i>) / <i>Linke Arbeiteropposition der KPD</i>	S. 425
6.3	Die <i>Gruppe Kommunistische Politik</i>	S. 427
6.4	Der <i>Leninbund</i>	S. 431
6.5	Die <i>Chemnitzer Linke</i> in der Ruhr-KPD	S. 443
6.6	Die <i>Weddinger Linke</i> im KPD-Unterbezirk Bielefeld	S. 449
7	Oppositionelle linke Kommunisten als Sprecher der KPD vor Ort	S. 452
7.1	Ickern	S. 453
7.2	Wattenscheid	S. 457
7.3	Buer	S. 471
7.4	Bocholt	S. 476
7.5	Typus	S. 479
8	Der oppositionelle Linkskommunismus im Ruhrgebiet ab 1928	S. 487
8.1	Versuche zur Überwindung der Zersplitterung	S. 492
8.2	Die Ausschaltung der linken Befürworter einer Einheitsfrontpolitik durch die Betriebszellenstruktur der Ruhr-KPD	S. 497
8.3	Zum Vergleich: Parteistruktur und Einheitsfront 1934 in Frankreich	S. 505
8.4	Ausblicke	S. 508
9	Fazit	S. 510
10	Abkürzungsverzeichnis	S. 533
11	Quellen- und Literaturverzeichnis	S. 537
11.1	Archivalische Quellen	S. 537
11.2	Gedruckte Quellen	S. 540
11.3	Tondokumente	S. 552
11.4	Zeitungen und Zeitschriften	S. 552
11.5	Erinnerungen	S. 554
11.6	Interviews	S. 555
11.7	Literatur	S. 555
12	Anhang	S. 575
12.1	Abbildungsverzeichnis	S. 575

1.0 Einleitung

Zwischen 1923 und 1927 fanden in der *Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD)* einschneidende Veränderungen statt, die im Ergebnis dazu führten, dass die KPD zu einer strukturell undemokratischen und ultrazentralistischen Partei wurde. Diese Entwicklung wurde seit 1924 von der linkskommunistischen Parteiführung unter Fischer/Maslow/Scholem/Thälmann begünstigt, die ab Mai 1925 im mehrere Teile zerbrach. Unter der neuen Leitung Fischer/Maslow/Thälmann und ab Ende 1925 unter Thälmann-Meyer/Ewert schlug die Kommunistische Partei ab September 1925 eine gemäßigte Orientierung ein. Oppositionelle linkskommunistische Strömungen innerhalb der KPD wurden nach und nach weitgehend ausgeschaltet. Den Hintergrund bildete die ab 1924 einsetzende Phase des Rückgangs wirtschaftlicher und politischer Kämpfe, die zu einer vorübergehenden Festigung des Kapitalismus in Deutschland führte. Ein weiterer Grund für die Durchsetzung undemokratischer, ultrazentralistischer Strukturen lag ab 1924 in der Politik der linken KPD-Mehrheit unter Fischer/Maslow/Scholem/Thälmann, die sie – unfähig auf den gesellschaftspolitischen Rückgang adäquat zu reagieren und ausgerüstet mit einem unzureichenden Verständnis des Marxismus – zu politischen und organisatorischen Schemata greifen ließ, die ihr von ihrer Schwesternpartei in der Sowjetunion angeboten wurden. Dafür war die bürokratische Einflussnahme der *Kommunistischen Internationale (KI bzw. Komintern)* und des Politbüros der *Wsesojusnaja Kommunistitscheskaja Partija (Bolschewikow - WKP(B))*¹ mitverantwortlich, die selbst wiederum starken Veränderungen in der Sowjetunion der 1920er Jahre unterworfen war. Insgesamt führten diese Einflüsse unter dem Motto der sog. Bolschewisierung zu einer Schematisierung der ideologisch-politischen Ausrichtung der KPD (genannt Leninismus - später Marxismus-Leninismus) und zu einer strukturellen Veränderung (*Reorganisation* genannt) ihrer Parteiorganisation, die die Herrschaft der Parteiführung und des Parteiapparates absicherten und die Mitgliedschaft entmündigten.

Kernstück der organisatorischen Veränderungen bildete die Umstellung der KPD-Struktur auf eine Betriebszellenorganisation, die die Wohngebietsorganisation ablöste. Bei der Umstellung, die das Organisationsmodell der WKP(B) auf Kommunistische Parteien in aller Welt – u. a. die Kommunistische Partei Frankreichs (KPF), die Kommunistische Partei Italiens (KPI) und eben auf die KPD – übertrug, ging es der Führung der Komintern und der WKP(B) nicht in erster Linie um die versprochene Verbesserung der Organisation

¹ Die Kommunistische Partei in der Sowjetunion hieß ursprünglich *Rossiskaja Kommunistitscheskaja Partija (Bolschewikow)*, dt. Russische Kommunistische Partei (Bolschewiki), kurz RKP(B) und seit 1925 Kommunistische Partei der ganzen Union (Bolschewiki), kurz WKP(B). Entsprechend wird sie in dieser Arbeit vor 1925 RKP(B) und ab 1925 WKP(B) genannt.

und der Schlagkraft, sondern um die Schaffung und Absicherung von mit der jeweils herrschenden Fraktion in der WKP(B) verbundenen Parteiführungen, um die Unterwerfung der Mitgliedschaft unter die Linie der stalinistischen Fraktion und ihrer zeitweiligen Bündnispartner in der WKP(B) und der KI und um die Ausschaltung von mit der Opposition in der WKP(B) tatsächlich oder möglicherweise verbundenen Oppositionsgruppen in den Mitgliedsparteien der Komintern wie z. B. in der KPD.

„Die ‘Atomisierung’ der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ untersucht die organisatorisch-politischen Veränderungen am Fall des KPD-Bezirk Ruhrgebiet, einem der politisch bedeutendsten und organisatorisch stärksten Bezirke der Kommunistischen Partei in der wichtigsten industriellen Region Deutschlands (die Begründung dafür, dass diese Arbeit nicht auch, wie im ursprünglichen Titel angekündigt, den KPD-Bezirk Niederrhein behandelt, erfolgt weiter unter im Abschnitt *Quellen*). Dabei geht es vor allem um die Umstellung der KPD-Struktur von der Grundeinheit der Wohngebietsorganisation auf die Betriebszellenstruktur, die in der KPD Mitte der 1920er Jahre im Rahmen der Bolschewisierung als *Reorganisation* bezeichnet wurde. Die Auswirkungen dieser Umstellung auf die Mitgliedschaft der Kommunistischen Partei durch die neu geschaffenen Betriebs- bzw. Straßenzellen, auf die Organisationsstruktur, auf den allgemeinen politischen Diskussions- und Willensbildungsprozess, auf die Möglichkeit, oppositionelle Meinungen zu äußern, auf die Einflussmöglichkeiten der kommunistischen Betriebsarbeiter der Großbetriebe sowie der Erwerbslosen innerhalb der KPD sollen analysiert werden. Die mit der Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation verbundenen sozialen und politischen Veränderungen der Ruhr-KPD stehen im Zentrum der Untersuchung. Auch wird zu prüfen sein, ob in einer Region, wo die KPD-Mitglieder häufig die typischen Männerberufe Berg- und Stahlarbeiter ausübten, die Kommunistinnen durch die Betriebszellenorganisation nicht noch weiter an den Rand gedrängt wurden.

Von linken und radikal linkskommunistischen Oppositionsgruppen in der KPD wurde die organisatorische Umstellung auf Betriebszellen abgelehnt. Die radikal linkskommunistische Fraktion Korsch/Schwarz kritisierte im Mai 1926 am Beispiel der Berliner KPD an der sog. *Reorganisation*:

„statt in Mitgliederversammlungen wird die Diskussion in mehreren hundert Zellenversammlungen zersplittert geführt. Im Durchschnitt erscheinen da 10 bis 15 Mann, oft noch weniger. Steht die Zelle im Verdacht oppositioneller Gesinnung, so wird sie durch reichliche ‘Zuteilung’ gutgesinnter Apparat-Menschen aufgefrischt. Während früher die Opposition bei Stattfinden von 20 Bezirks-

Mitgliederversammlungen die Möglichkeit hatte, in jedem Bezirk zu Worte zu kommen, so hat sie diese Möglichkeit bei den vielen hundert von Atom-Versammlungen natürlich nicht mehr².

Die Konferenzen aller Funktionäre würden durch Delegiertenversammlungen ersetzt, deren Delegierte in den Zellen gewählt worden waren. Durch die Übertragung des Systems auf die gesamte KPD würde die linke Opposition ausgeschaltet³. Die Fraktion *Entschiedene Linke* brachte am 3.7.1926 auf dem Berliner Bezirksparteitag eine Resolution ein, die „die sofortige Einstellung der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen“ forderte⁴. Diese Kritik hatte sich über die sog. *Düsseldorfer Resolution*, die am 29.5.1926 auf dem Parteitag der KPD-Niederrhein von den radikal linken und den linken Kommunisten gemeinsam eingebracht wurde und die die „Ausschaltung jeglichen Einflusses der Mitgliedschaft auf die Politik der Partei durch die sogenannte *Reorganisation* der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen“ ablehnte, weiter in der KPD verbreitet⁵. Die *Erklärung der Siebenhundert*, die von den meisten radikal linken und linken Oppositionellen in der KPD am 1.9.1926 gemeinsam veröffentlicht wurde, lehnte die „vollkommene Desorganisation und Atomisierung der KPD“, d. h. die Aufsplitterung der Diskussion und Mitgliedschaft in „kleine(n) und kleinste(n) Zellen ab“⁶. Inhaltlich wurde die Kritik von der linkskommunistischen Fraktion Fischer/Maslow/Urbahns übernommen, die die Verlagerung der politischen Diskussion von der Mitgliederversammlung in die „Atome von Zellen“ anprangerte⁷. Die Kritik wurde auch von der radikal linken *Weddinger Opposition* geteilt, die im Oktober 1927 in der 3. Zellengruppe der KPD in Berlin-Wedding erfolgreich eine Resolution einbrachte, in der es über die bereits erfolgte Organisationsreform hieß:

„Die Umstellung der Partei auf Betriebszellen hat bewiesen, daß sie nicht die richtige Organisationsform für die deutsche Partei ist (...) Die Zellenmitgliederversammlung der 3. Gruppe fordert die schnellste Umstellung der Partei wie folgt: Feste Erfassung

² [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

³ Ebenda, S. 3 f.

⁴ [Entschiedene Linke], Antrag zur Frage der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen, Berlin 3.7.1926, in: Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 15, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

⁵ Resolution zur Lage in der Partei und Komintern (Düsseldorfer Resolution), Düsseldorf 29.5.1926, in: Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 14, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

⁶ Erklärung (zur russischen Frage). An die Exekutive der Komintern! An das ZK der KPD! An das ZK der KPD! Berlin 1.9.1926, in: Die Aktion, 16. Jg., Nr. 9, Berlin, Ende September 1926, S. 222.

⁷ Resolution Bartels-Grylewicz zur Lage in Deutschland und zu den Aufgaben der Partei, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 7, Berlin 15.3.27, S. 8, Privataarchiv Berens.

und Kassierung der Parteigenossen in den Wohnbezirken, daneben Bildung von Betriebsfraktionen“⁸.

Mit der von radikal linken und linken Kommunisten gemeinsam verfassten *Erklärung der Siebenhundert* wurde der Begriff der 'Atomisierung' zum Allgemeingut fast aller offen oppositionellen linken Kommunisten. Es soll in dieser Arbeit untersucht werden, ob die Kritik der (radikal) linken Kommunisten am neuen Oppositionsmodell der KPD zutraf oder nicht und ob die Kritik von den oppositionellen Linkskommunisten im Ruhrgebiet geteilt wurde. Weiter ist zu analysieren, ob die oppositionelle Kritik unter dem Begriff der 'Atomisierung' die Auswirkungen der Veränderungen der Organisationsstruktur voll erfasste oder ob sie auf eine rein innerparteiliche Sichtweise beschränkt blieb.

Ebenfalls ist zu prüfen, in welchem politischen und organisatorischen Kontext die Umstellung von der Wohngebietsorganisation auf Betriebs- und Straßenzellen stattfand. Mit welchen organisatorischen, politischen und personellen Maßnahmen wurde sie verbunden und was war deren Ziel? Welche Auswirkungen hatte die *Reorganisation* auf die KPD-Politik und -struktur? Was geschah mit den Kritikern dieser Umstellung? Wie dieser Prozess im KPD-Bezirk Ruhrgebiet im Einzelnen verlief, welche Interessen damit verfolgt wurden, ob er erfolgreich im Sinne der Bezirksleitung ausging und wie die mehrheitlich linkskommunistische Mitgliedschaft auf die sog. 'Atomisierung' reagierte, soll ebenfalls untersucht werden.

Ebenso ist zu erforschen, wie sich die Reorganisation der Ruhr-KPD auf die *Handlungsmöglichkeiten* ihrer Betriebszellenstruktur auswirkte. Schließlich stand die Kommunistische Partei im Revier den Ruhrindustriellen gegenüber, deren Mehrheit ab Ende 1923 permanent versuchte, die sozialen Errungenschaften der Weimarer Republik (8-Stunden-Schicht, Tarifvertragswesen, Arbeitslosenversicherung) auszuhebeln. Dies bot neben der Beteiligung an den Kampagnen der gesamten Kommunistischen Partei (Fürstenenteignung 1926, Panzerschiffverbot 1928, Wahlen) der Ruhr-KPD über ihre Zellenorganisation im Betrieb zusätzliche Möglichkeiten, die undemokratischen, unsozialen Machenschaften der Ruhrindustriellen zu bekämpfen (Ruhreisenstreit 1928). Aus der Bedeutung des Reviers als wichtigstes Bergbau- und Industriegebiet in Deutschland ergab sich auch die Herausforderung an die KPD-Betriebszellen, während des großen Kampfes der englischen Bergarbeiter 1926 Solidaritätsstreiks zu initiieren.

⁸ Aus der Partei. Resolution der Weddinger gegen die Zellen, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 33, Berlin 28.10.1927, S. 178, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

Darüberhinaus warf die Zugehörigkeit des Ruhrgebiets zum Land Preußen⁹ die Frage auf, wie sich die KPD-Betriebszellen zu den undemokratischen Bestrebungen der Präsidialregierung von Papens ('Preußenschlag' 1932) verhielten. Und in der Endphase der Weimarer Republik war mit dem Aufkommen des Nationalsozialismus das Mobilisierungspotential der KPD-Betriebszellenorganisation für eine einheitliche Abwehr der Arbeiterbewegung gegen faschistische Überfälle gefragt.

Die *Reorganisation* machte Mitte der 1920er Jahre die KPD, so meine These, zu einer *strukturell* undemokratischen Partei. Im Folgenden soll analysiert werden, ob eine Reform der KPD nur erschwert oder gar verunmöglicht wurde.

Obwohl die sog. 'Atomisierung' für die Geschichte der KPD im Ruhrgebiet (und anderswo) einen tiefen Einschnitt darstellte, ist in der Forschung die Reorganisation der KPD bisher nicht eingehend untersucht worden. Zwar wurde die Bolschewisierung der KPD ausgiebig thematisiert, aber die organisatorische Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation wurde entweder als erfolglos abgetan¹⁰ oder gar als Notwendigkeit bewertet¹¹, d. h. an den von der Parteiführung proklamierten Ansprüchen gemessen. Damit wurde die innerorganisatorische Bedeutung der Umstrukturierung entweder gänzlich übersehen oder als nebensächlich behandelt¹². Dies überrascht, weil die Aufspaltung der Mitgliedschaft der KPD in kleine und kleinste Betriebszellen und die dem vollständigen Umbau der Organisation innewohnenden organisatorischen und politischen Konsequenzen – vor allem für die demokratische Willensbildung – von den verschiedenen Fraktionen der oppositionellen linken Kommunisten eingehend thematisiert und auf den Begriff der 'Atomisierung' gebracht worden war, wie in dieser Arbeit aufgezeigt wird. Mit anderen Worten: die bisherige Historische Kommunismusforschung hat die *Reorganisation* der KPD weitgehend ignoriert. Grund genug, diese eingehend zu analysieren.

Die grundlegende chronologische Ordnung von „Die 'Atomisierung' der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet und Niederrhein“ reicht von den Wurzeln der KPD bis zum Ausblick auf die (radikal) linken Oppositionsgruppen am Ende der Weimarer Republik und beim Neubeginn nach 1945. Im Laufe der Forschung galt auch

⁹ Boldt, Hans, Die Weimarer Reichsverfassung, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Aufl., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 54.

¹⁰ Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996, S. 312.

¹¹ Eumann, Ulrich, Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 1040), Frankfurt/M. 2007, S. 98 (im Folgenden zitiert: Eumann, Eigenwillige Kohorten, Seite).

¹² Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 268 f.

zu bestimmen, wann genau die Reorganisation bzw. 'Atomisierung' zwischen 1923 und 1927 stattfand und qualitativ zu bewerten. Die Historische Kommunismusforschung hatte bisher besonders die Rechte der Parteiführung, den Vorsitzenden der KPD frei zu bestimmen, beachtet, als dem ZK im September 1928 die Abwahl Ernst Thälmanns wegen seiner Verwicklungen in die Unterschlagungen des Hamburger Bezirksleiters Wittorf von der Stalin-Fraktion in der Kommunistischen Internationale untersagt wurde¹³. Im Folgenden soll untersucht werden, ob die sog. 'Atomisierung' die KPD nicht schon früher zu einer undemokratischen Organisation gemacht hatte, als die Historische Kommunismusforschung bisher annahm. In diesem Zusammenhang wird auch die Frage nachgegangen, ob die Theorie des Stalinismus die mit der 'Atomisierung' beschriebenen Veränderungen überhaupt erfasste.

Die innerorganisatorische Wirkung der Umstellung auf Betriebszellen auf das demokratische Innenleben der KPD Mitte der 1920er Jahre darf jedoch nicht mit der ständigen Sisyphusarbeit der Kommunistischen Partei verwechselt werden, Betriebszellen aufzubauen.

Die Chronologie von 1923 bis 1927 musste insofern beibehalten und sogar bis 1914 ausgeweitet werden, weil die entscheidenden Jahre der Umstellung der KPD auf eine Betriebszellenorganisation nicht ohne den geschichtlichen Vorlauf und das gesamte Werden der KPD im Ruhrgebiet sinnvoll dargestellt werden konnten.

Innerhalb dieser Chronologie erfolgt eine thematische Gliederung in acht Kapiteln, von denen jedes einzelne wiederum chronologisch geordnet ist. Nach der Einleitung im ersten Kapitel behandelt das zweite Kapitel die Wurzeln des linken Kommunismus im Ruhrgebiet, wobei zuerst die Region und das Bergarbeitermilieu vorgestellt werden, in dem sich die KPD überwiegend bewegte. Der Radikalismus der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet war erheblich breiter angelegt, als ihn die KPD erfassen konnte, und brachte ab 1919 eine eigenständige revolutionäre Gewerkschaftsbewegung hervor, welche von der KPD als lästige Konkurrenz bekämpft und die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* schließlich gespalten wurde, was wiederum erhebliche Rückwirkungen auf den Einfluss der Ruhr-KPD hatte. Im Zusammenhang mit der Gewerkschaftspolitik der KPD und der internen Fraktionen wird der Frage nachgegangen, ob 1924-1925 im Ruhrbezirk die Gewerkschaftspolitik der KPD ultralink war, wie sie von vielen Historikern gesehen wird. Im dritten Kapitel wird der *Offene Brief* des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 1.9.1925 behandelt, mit dem die linke Führung der KPD gespalten und

¹³ Weber, Hermann/Bayerlein Bernhard H., Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin (Bayerlein, H. Bernhard/Broue, Pierre/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Kozlov, Vladimir Petrovic/Lewin, Moshe/Mählert, Ulrich/Otto, Wilfriede/Reimann, Michal/Studer, Brigitte/Tsubarjan, Alexandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge [Hrsg.], Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 2), Berlin 2003, S. 128 f. (im Folgenden zitiert: Weber, Thälmann-Skandal, Seite).

der Leitungskern um Fischer/Maslow ausgeschaltet wurden. Untersucht werden der Gehalt der Vorwürfe der Komintern, die Gründe für den beispiellosen Vorgang der öffentlichen Distanzierung und die Auswirkungen des *Offenen Briefes* auf den KPD-Bezirk Ruhr, dessen Leiter Wilhelm Schwan von der neuen KPD-Zentrale um Thälmann abgesetzt wurde.

Schwerpunkt der Arbeit ist das vierte Kapitel über die sog. 'Atomisierung' der (Ruhr)-KPD. Dabei wird nicht nur die Umstellung der KPD-Struktur von der Wohngebietsorganisation auf die Betriebs- und Straßenzellen analysiert, sondern auch die betriebliche Verankerung der KPD in den Großbetrieben erforscht, den Auswirkungen des Ausbleibens von Streiks auf die Mitgliedschaft nachgegangen und der Frage, welche Arbeiter es waren, auf die sich die neue, gemäßigttere KPD-Führung nach dem *Offenen Brief* stützte. Es wird zudem untersucht, wie die Kommunistinnen bei der Umstellung abschnitten. Auch das Verhältnis der Umstellung zur Arbeitsorganisation und zur Wohnsituation wird geprüft. Vor diesem Hintergrund wird eine Bewertung der Änderung der KPD-Struktur von der Wohngebietsorganisation auf die Betriebszellenorganisation vorgenommen. Die Rahmenbedingungen unter denen die Umstellung auf Betriebszellen im KPD-Bezirk Ruhrgebiet erfolgte, die Einführung des Leninismus, die weitgehende Fraktionierung trotz Fraktionsverbot, die Gegenwehr der Linksoptionellen mit der *Erklärung der Siebenhundert*, die Ausschaltung von linken Oppositionellen und ihre Folgen werden ebenfalls behandelt.

Das fünfte Kapitel geht auf Kernpunkte des linken und radikal linken Kommunismus im KPD-Bezirk Ruhrgebiet ein. Es wird erforscht und bewertet, wie die linken und radikal linken Oppositionellen zur Gewerkschaftsarbeit, Parlamentstätigkeit, zur Arbeit mit Erwerbslosen, Einheitsfront / Arbeiterregierung standen und die politische Lage eingeschätzt haben. Außerdem wird ihre Kritik an KPD und Komintern bzw. der WKP(B) dargestellt. Weiter wird die Handlungsfähigkeit der KPD-Betriebszellenorganisation in den politischen und sozialen Bewegungen im Ruhrgebiet untersucht und der Frage nachgegangen, ob dieser Aspekt von der radikal linken Kritik berücksichtigt wurde.

Im sechsten Kapitel wird der Organisationsprozess der oppositionellen Kommunisten vor und nach ihrem Ausschluss aus der KPD-Ruhr analysiert. An örtlichen Beispielen wird im siebten Kapitel aufgezeigt, auf welche soziale und politische Basis sich die linken Oppositionellen im Ruhrgebiet stützen konnten.

Im achten Kapitel werden das Auftauchen einer neuen (trotskistischen) linken Opposition in der Ruhr-KPD und ihre Begrenzung durch die *Reorganisation* der KPD untersucht. Außerdem werden die Möglichkeiten der linken und radikal linken Kommunisten im Kampf gegen den Nationalsozialismus abgeschätzt. Welche Rolle spielte die Betriebszellenstruktur der Ruhr-KPD bei der Ausschaltung der linkskommunistischen

Befürworter einer Einheitsfrontpolitik und welche Möglichkeiten boten sich den linken Kommunisten für eine Einheitsfrontpolitik in der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)? Auch wird nach Gründen für die Zersplitterung der linken und radikal linken Kommunisten gesucht. Zusätzlich wird ein Blick nach Frankreich geworfen, um am Beispiel von PCF und SFIO ansatzweise Parteistrukturen international vergleichen zu können. Die Versuche, nach 1945 eine neue Arbeiterpartei zu bilden, werden ebenfalls angerissen. Im neunten Kapitel wird ein Fazit gezogen. Das zehnte Kapitel enthält das Abkürzungsverzeichnis, das elfte Kapitel umfasst das Quellen- und Literaturverzeichnis und das zwölfte Kapitel das Abbildungsverzeichnis.

Forschung

Die Historische Kommunismusforschung in Deutschland wurde lange Zeit durch die Forschung in der DDR dominiert, die, will man ihr nicht bewusste Geschichtsfälschung unterstellen, trotz manch beachtlicher Einzeluntersuchungen, als Hagiographie keine „historisch-kritische Wissenschaftskultur“ beinhaltete und sich „internationale(n) wissenschaftliche(n) Innovationen“ verschloss¹⁴. Mit seinem bahnbrechenden Buch „Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik“¹⁵ gelang es Hermann WEBER ab 1969 in Westdeutschland eine eigenständige, unabhängige Historische Kommunismusforschung zu begründen und damit das Monopol der SED über die Geschichtsschreibung des deutschen Kommunismus in Frage zu stellen, das ab 1989 endgültig durch die Öffnung der DDR-Archive aufgehoben wurde. Dabei war die programmgeschichtliche Einseitigkeit der Schule Hermann Webers, die die Auseinandersetzung um die politische Linie und die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion betonte, bis 1989 der Notwendigkeit geschuldet, mit wenigen Kräften das Monopol einer Staatspartei auf die Geschichtsschreibung der KPD aufzubrechen. Hinzu kam, dass seine frühen Schüler aus der 68er- und Nach-68er-Generation selbst in einer Zeit geprägt wurden, in denen die linke Bewegung von politischen Linien-Debatten

¹⁴ Feldner, Heiko, Politischer Umbruch und Geschichtswissenschaft in Deutschland. Gedanken zur Debatte, in: Abelshauser, Werner/Berding, Helmut/von Beyme, Klaus/Bock, Gisela/Frevert, Ute/Hardt, Wolfgang/Kaschuba, Wolfgang/Kocka, Jürgen/Langewiesche, Dieter/Mommsen, Wolfgang J./Puhle, Hans-Jürgen/Rürup, Reinhard/Schieder, Wolfgang/Tenfeld, Klaus/Tilly, Richard H./Ullmann, Hans Peter/Wehler, Hans-Ulrich/Winkler, Heinrich August/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 22. Jg., Nr. 22, Göttingen 1996, S. 90 f. (im Folgenden zitiert: Feldner, Politischer Umbruch, Seite). Die Beispiele für Geschichtsfälschung von Autoren der DDR und DKP sind zahllos. Hans Fladung verschweigt in seiner Biographie seine radikal-linke Opposition 1925 in Düsseldorf gegen die Parteiführung Fischer/Maslow/Thälmann, vgl. Schleifstein, Josef (Hrsg.), Hans Fladung. Erfahrungen. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1986; Wilhelm Eildermann erwähnt in seinen Erinnerungen an die Opposition gegen den Ersten Weltkrieg die Gruppe „Der Kampf“ um Carl Minster im Raum Duisburg nicht, vgl. Eildermann, Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972.

¹⁵ Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969 (im Folgenden zitiert: Weber, Wandlung, Seite).

dominiert worden war¹⁶. Dies musste eine programm- und ideengeschichtliche, die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion betonende Kommunismusforschung befördern, aber bei einem Rückgang der prägenden politischen Aufbruchbewegung dazu führen, dass das „Forschungsinteresse sich von den großen Strukturen wieder ab(wandte)“¹⁷, wie es Stefan GOCH für die Sozialwissenschaften formulierte. Analog traf das auch für die in großen Zusammenhängen angelegte Historische Kommunismusforschung Westdeutschlands zu. Sie setzte seit gut zehn Jahren einen Schwerpunkt auf Biographien, ein Trend, der auch in der Forschung über die Geschichte der Gewerkschaften auffällt¹⁸. Dies verleitete in der Historischen Kommunismusforschung in manchen Fällen dazu, die Geschichte der KPD vom Hochsitz der behandelten Personen an der Parteispitze aus zu betrachten.

Spätestens in den 1990er Jahren wurde deutlich, dass die Erforschung des deutschen Kommunismus nicht auf längst international diskutierte wissenschaftliche Ansätze verzichten konnte. Während bereits Ende 1989 der französische Soziologe Pierre BOURDIEU die Vereinigung der wissenschaftlichen Fächer Geschichte, Ethnologie, Soziologie und Ökonomie postulierte, da er sie als „künstlich getrennt“ ansah¹⁹, – womit nicht gemeint war, die verschiedenen Ansätze der Disziplinen auszuschalten, wo im Unterschied zu den Sozialwissenschaften, in denen Theorien einen hervorragenden Platz einnehmen, die Geschichtswissenschaft versucht, „historische Prozesse und Strukturen in ihrer ganzen Komplexität“ zu erklären, was vor allem das Studium der Quellen erfordert²⁰ – musste in der deutschen Geschichtswissenschaft nach Heiko FELDNER bis Mitte der 1990er Jahre eine Art Bunkermentalität überwunden werden, die nicht nur die „innerdisziplinären Abgrenzungen“ der Epochen verstärkte, sondern sich z. B. historisch

¹⁶ Vgl. Keßler, Mario, *Kommunismusforschung in Europa: Entwicklungslinien und Protagonisten. Wissenschaft und biografische Erfahrung*: Franz Borkenau, Richard Löwenthal und Ossip K. Flechtheim – Mitbegründer der westdeutschen Kommunismusforschung, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Babrowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2013, S. 170.

¹⁷ Goch, Stefan, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848-1975* (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 91), Düsseldorf 1990, S. 19, (im Folgenden zitiert: Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, Seite).

¹⁸ Dieser Absatz wurde bereits publiziert, in: Berens, Peter, *Neues aus der Historischen Kommunismusforschung*, in: *Inprekorr/Die Internationale*, Büsum März/April 2015, S. 53 f.; Becker, Jens, *Heinrich Brandler. Eine politische Biographie*, Hamburg 2001; Bergmann, Theodor, *Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten*, Hamburg 2004; Keßler, Mario, *Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen den Kommunismus (1895-1961)*, Köln, Weimar/Wien 2013; Hoffrogge, Ralf, *Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895-1940)*, Konstanz/München 2014.

¹⁹ [Bourdieu, Pierre], *Diskussionsforum. Über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Lutz Raphael*, in: Abelshauser, Werner/Berding, Helmut/von Beyme, Klaus/Bock, Gislea/Frevert, Ute/Hardtwig, Wolfgang/Kaschuba, Wolfgang/Kocka, Jürgen/Langewiesche Dieter/ Mommsen, Wolfgang J./Puhle, Hans-Jürgen/Rürup, Reinhard/Schieder, Wolfgang/Tenfeld, Klaus/Tilly, Richard H./Ullmann, Hans Peter/Wehler, Hans-Ulrich/Winkler, Heinrich August/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, 22. Jg., Göttingen 1996, S. 63.

²⁰ Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hrsg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft* (Institut für soziale Bewegung, Schriftenreihe A/Darstellungen, Bd. 47), Essen 2014, S. 15.

anthropologischen, mentalitäts-, alltags-, geschlechtergeschichtlichen „Innovationen“ verschloss²¹. Das galt auch für die Historische Kommunismusforschung in Deutschland.

Dass z. B. in Italien die Geschichtsschreibung der KPI ab den 1960er Jahren von „historische(n) Parteiführern“ geprägt wurde, verhinderte nicht, so Bruno GROPPPO, dass die Sozialgeschichte bereits ab den 1960er Jahren die Geschichtsschreibung der KPI beeinflusste²². In Frankreich hatte Annie Kriegel lt. Bernhard PUDAL ab 1964 den französischen Kommunismus als sog. Gegengesellschaft untersucht²³. Während der relativ unabhängige Kurs der KPI von Moskau die italienische Historische Kommunismusforschung für neue, sozialgeschichtliche Ansätze öffnete, musste die Bedeutung der KPI als *Gegengesellschaft* in der französischen Gesellschaft die dortige Historische Kommunismusforschung in Verbindung zur Soziologie bringen. Aber in Deutschland steuerte die westdeutsche KPD nach 1945 weder einen unabhängigen Kurs von Moskau, noch stellte sie bis zu ihrem Verbot auch nur ansatzweise eine Gegengesellschaft dar. Von daher reichte ein programm- und ideengeschichtlicher Ansatz weitgehend aus, um der *Linie* der SED in der Historischen Kommunismusforschung eine eigene *Linie* entgegenzusetzen. Dieses Herangehen Hermann Webers wurde ab 1998 durch die *Deutsch-russische Historikerkommission* vertieft, die in großem Umfang bisher unbekannte oder schwer zugängliche Dokumente veröffentlichte. Überraschend ist nur, dass die aberhunderte bislang der Historischen Kommunismusforschung in Deutschland nicht bekannten Dokumente die *Webersche Schule* an keiner Stelle ihre grundlegenden bisherigen Thesen über die KPD in Frage stellen ließ z. B. die der Stalinisierung, die erst 1929 abgeschlossen sei oder die Einordnung der Strömung um Ernst Meyer/Arthur Ewert als politisch eigenständiger Fraktion in Abgrenzung zu den sog. rechten Kommunisten um Brandler/Thalheimer²⁴. Bei HOFFROGGES These, dass die „Stalinisierung“ „nicht automatisch“ aus der Bolschewisierung erfolgte²⁵, ist zumindest zu hinterfragen, wie weit

²¹ Feldner, Politischer Umbruch, S. 94.

²² Groppo, Bruno, Die kommunistische Partei Italiens und ihre Historiografen, in: Mähler, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2013, Berlin 2013, S. 191-209.

²³ Pudal, Bernhard, Über die Geschichtsschreibung im französischen Kommunismus, in: Mähler, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2013, Berlin 2013, S. 183-190.

²⁴ Vgl. Weber, Hermann, Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD, in: Weber, Hermann/Drabkin, Jakob/Bayerlein, Bernhard H./Galkin, Aleksandr, Deutschland, Russland, Komintern, Überblicke, Analysen, Diskussionen, Bd. 1, in: Bayerlein, H. Bernhard/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Lewin, Moshe/Mähler, Ulrich/Reimann, Michal/ Sorokin, Andrej/Studer, Brigitte/Cubarjan, Aleksandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge, Archive des Kommunismus – Pfade des 20. Jahrhunderts, Bd. 5, Berlin/Boston 2014, S. 50 f. (im Folgenden zitiert: Weber, Komintern und KPD, Seite). Auch neuere Forschungen wie die von Marcel Bois übernehmen Webers Schemata als selbstverständlich, vgl. Bois, Marcel, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen November 2014, S. 16 f. (im Folgenden zitiert: Bois, Linke Opposition, Seite).

²⁵ Hoffrogge, Ralf, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895-1940), Konstanz/München 2014, S. 312 (im Folgenden zitiert: Hoffrogge, Scholem, Seite).

denn die Stalinisierung ein Ergebnis der Bolschewisierung war. Eine Öffnung zu anderen Sichtweisen und Disziplinen leistete die Schule Hermann Webers kaum. Nicht zu Unrecht kritisiert z. B. Otto WENZEL an dessen methodischem Ansatz, dass für Weber „Kongresse und Konferenzen seit jeher den Herzschlag des Kommunismus (bildeten)“ und die reale Klassenbewegung zu wenig berücksichtigt worden sei²⁶. Es war Klaus-Michael MALLMANN, der 1996 mit seiner Monografie „Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung“²⁷ nicht nur die deutsche Historische Kommunismusforschung um milieugeschichtliche Erkenntnisse bereicherte, neue Fragestellungen aufwarf und damit neue Wege öffnete, sondern den Anschluss der Historischen Kommunismusforschung in Deutschland an eine längst geführte internationale Debatte über die Bereicherung der Geschichtswissenschaft durch andere Fachdisziplinen bewirkte²⁸.

Die Einseitigkeit des Ansatzes der Historischen Kommunismusforschung der Weberschen Schule wird vor allem im Vergleich zu Ansätzen einer „länderübergreifende(n) vergleichende(n) Geschichte“ der Kommunistischen Parteien zu mindestens Europas, wie sie Dick GEARY für die Geschichte der Arbeiterbewegung²⁹ und Marcel VAN DER LINDEN für die Geschichte der Arbeit³⁰ einfordern, deutlich. Während die Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung seit Jahren internationale Ansätze verfolgte und z. B. Herrschaftsstrukturen in Industriebetrieben der DDR, VR Polen, VR Ungarn und der Tschechoslowakei oder die dortige Kulturpolitik verglichen hatte³¹, beschäftigte sich die Historische Kommunismusforschung in der BRD zwar auch mit Kommunistischen Parteien in anderen Ländern³², aber wirklich vergleichend tätig war sie nur als Ausnahme. Hier ist vor allem die Studie von Eric. D. WEITZ zu nennen, der die Kommunistischen

²⁶ Wenzel, Otto, Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster-Hamburg 2003, S. 78 (im Folgenden zitiert: Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, Seite).

²⁷ Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996 (im Folgenden zitiert: Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, Seite).

²⁸ Leider berücksichtigt der sehr gute Überblick von Bois/Wilde über den Stand der Historischen Kommunismusforschung in Deutschland den internationalen Aspekt der Debatte zwischen Weber und Mallmann nicht, vgl. Bois, Marcel/Wilde, Florian, Neue Forschungs- und Archivberichte. Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90, in: Mähler, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2010, S. 309-322.

²⁹ Geary, Dick, Die Vorteile und Fallstricke einer länderübergreifenden vergleichenden Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2010, S. 58 f.

³⁰ Van der Linden, Marcel, Global Labour History, in: NDZ (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, o. O. 2010, S. 72 f.

³¹ Vgl. Brenner, Christiane/Heumos, Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968. Vorträge der Tagung des Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002, München 2005 (Vorstand des Collegium Carolinum [Hrsg.], Bad Wiessee Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 27).

³² Vgl. Mähler, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2013.

Parteien in Deutschland, Frankreich und Italien zwischen 1919 – 1948 verglich³³. Aus diesem Mangel ergab sich für diese Arbeit nicht nur die Aufgabe, den nicht zu übergehenden traditionellen programmgeschichtlichen Untersuchungsansatz durch sozialgeschichtliche Gesichtspunkte zu ergänzen. Ebenso war zu fragen, inwieweit die Organisationsreform der KPD (Bolschewisierung, Reorganisation, 'Atomisierung') sozialgeschichtlich mit dem Rückgang der Bewegung der Arbeiter verbunden war; zu prüfen, wie sich die Ruhr-KPD zu radikalisierten Schichten der Arbeiterbewegung stellte, welche Schichten innerhalb der KPD dominierten und lokalgeschichtliche Beispiele für die soziale Verankerung der linkskommunistischen Opposition zu analysieren. Außerdem musste die Erforschung der 'Atomisierung' der KPD diese wenigstens ansatzweise mit ähnlichen organisatorischen Umstellungen in anderen Kommunistischen Parteien Europas vergleichen. Dabei war eine Analyse der KPD im Ruhrgebiet nicht ohne eine Berücksichtigung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* sinnvoll zu leisten. Hier wiederum schien es wichtig – in Anlehnung an die von Goch benutzten sozialwissenschaftlichen Begriffe der „Arbeiterkultur“ und der „Arbeiterbewegungskultur“ – „wonach die Verfestigung eigenständiger kultureller Elemente der Arbeiterklasse als kollektives Phänomen ihren Ausdruck in den Einrichtungen und Organisationen der Arbeiterklasse findet, wodurch Arbeitergeschichte und Arbeiterbewegungsgeschichte verbunden sind“³⁴, nicht nur zwischen der radikalen sozialen Bewegung der Arbeiter einschließlich Formen ihrer unmittelbaren Organisierung und dem Entstehen der Kommunistischen Partei Deutschlands im Ruhrgebiet zu unterscheiden, sondern auch zwischen der neuen revolutionär-unionistischen Arbeiterbewegungskultur, der traditionellen reformistisch-sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur und der Arbeiterbewegungskultur, die ab 1924 als Bolschewismus in die KPD eingeführt wurde und ihr Verhältnis zu analysieren.

In der sozialgeschichtlichen Forschung wurde die Geschichte der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes, speziell die der Bergarbeiter, auch für ihre radikale Periode 1918-1923 ausgiebig untersucht. Hier ist besonders Erhard LUCAS Trilogie über die Märzrevolution 1920 zu nennen³⁵, der eine Geschichte des revolutionären Klassenkampfes von unten

³³ Weitz, Eric D., *Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919 – 1948*, in: *Western Societies Program Occasional Paper number 31*, Ithaca / NY 1992.

³⁴ Vgl. Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung*, S. 27 f.

³⁵ Vgl. Lucas, Erhard, *Märzrevolution 1920. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand*, Bd. 1, 2. erg. Aufl., Frankfurt/M. 1974 (Frankfurt/M. 1970) (im Folgenden zitiert: Lucas, *Vom Generalstreik*, Seite); Lucas, Erhard, *Märzrevolution 1920. Der bewaffnete Aufstand in seiner Struktur* (im Folgenden zitiert: Lucas, *Der bewaffnete Aufstand*, Seite), Bd. 2, 2. verb. Aufl. Frankfurt/M. 1983 (Frankfurt/M. 1973); Lucas, Erhard, *Märzrevolution 1920. Die Niederlage*, Bd. 3, Frankfurt/M. 1978 (im Folgenden zitiert: Lucas, *Die Niederlage*, Seite).

schrieb, die sich wie ein *Anti-Spethmann* liest. Hans SPETHMANN³⁶ und Lucas haben das große Verdienst, ausführlich die Kämpfe der Bergarbeiter in der revolutionären Phase nach dem Ersten Weltkrieg zu schildern, wenn auch von völlig entgegengesetzten Standpunkten aus. Lucas Trilogie beinhaltet zwar nicht die Geschichte der KPD im engeren Sinne, beschreibt jedoch den klassenpolitischen Rahmen, in dem sie sich im Ruhrgebiet bewegte. Früher als Lucas hatte es sich Peter VON OERTZEN zur politischen Aufgabe gemacht, die Streikbewegung im Ruhrgebiet zu würdigen³⁷. In den Werken der drei Autoren steht die Bewegung der Arbeiter, besonders die der Bergarbeiter, als sozialrevolutionäre Bewegung im Mittelpunkt. Die KPD kommt nur am Rande vor.

Für die Zeit der Ersten Weltkriege und der Neuherausbildung des linken Flügels der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet haben es Henri WALTHER und Dieter ENGELMANN in geradezu vorbildlicher Weise geschafft, eine sehr umfangreiche Analyse der Klassenbewegung mit der der parteipolitischen Arbeiterbewegung zu verbinden³⁸. Zwar konnte die Untersuchung durch ihre zeitliche Begrenzung nur die Anfänge der KPD im Ruhrgebiet erfassen, hat aber erhell, dass ohne die Analyse der Streikbewegung und ihrer Auswirkungen die Geschichte der KPD im Ruhrgebiet nur schwer nachzuvollziehen ist. Hinzu kommen eine große Anzahl von Studien, die das Gebiet der Ruhr als städtischen Ballungsraum, die Industrialisierung und die Bergarbeiterschaft im Ruhrgebiet zwischen Anfang und Mitte des 20. Jahrhunderts behandeln und somit den sozialen Hintergrund des Reviers zu verstehen helfen. Hier sind vor allem die Untersuchungen von Klaus TENFELDE³⁹ und Jürgen REULECKE⁴⁰ zu nennen. Hatte bereits S. H. F. HICKEY

³⁶ Spethmann, Hans, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919*, Bd. 1, Berlin 1928; Spethmann, Hans, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung*, Bd. 2, Berlin 1928; Spethmann, Hans, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien*, Bd. 3, Berlin 1929; Spethmann, Hans, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925. Das Ringen um die Kohle*, Bd. 4, Berlin 1930.

³⁷ Von Oertzen, Peter, *Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919*, in: *Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte*, 6. Jg., Stuttgart 1958, S. 231-262; Von Oertzen, Peter, *Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19*, 2. erw. Aufl., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976 (1963 Düsseldorf); Von Oertzen, Peter, *Betriebsräte- und Sozialisierungsbewegung*, in: Kinner, Klaus, *Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Selbstverständnis und Realität. Die Weimarer Zeit*, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 2012, S. 27-32.

³⁸ Walther, Henri/Engelmann, Dieter, *Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung der USPD und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD (Juli/August 1914 – Dezember 1919)*, Bd. 1 - Bd. 3, Leipzig 1963. Die offizielle Geschichtsschreibung in der DDR zwischen 1945-1989 mit ihrer marxistisch-leninistischen Interpretation der KPD-Geschichte, die die SED als herrschende Partei und die DDR zu legitimieren suchte, wird in meiner Arbeit nicht berücksichtigt, da sie in vielen Punkten auf Fälschungen beruht, die den Stalinismus insgesamt charakterisieren.

³⁹ Tenfelde, Klaus/Volkmann, Heinrich, *Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung*, München 1981; Tenfelde, Klaus, *Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet*, in: Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 121-217; Tenfelde, Klaus, *Typen der Arbeiterbewegung - Erträge und Grenzen sozialgeschichtlicher Forschung*, in: Gerhard, Hans-Jürgen (Hrsg.), *Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag*, Bd. 2, Stuttgart 1997, S. 351-368; Tenfelde, Klaus, *Milieus, politische Sozialisation und Generationskonflikte im 20. Jahrhundert (Gesprächskreis Geschichte, Heft 19)*, Bonn 1998; Tenfelde, Klaus, *Protest, Organisation, Emanzipation. Die Arbeitswelt und ihre Konflikte im Ruhrgebiet*, in: Ruhrlandmuseum

versucht, eine Geschichte *von unten* zu schreiben und sich dabei auf die „Alltagsgeschichte“ der Bergarbeiter im Ruhrgebiet konzentriert⁴¹, so erfasste die Forschung über das Ruhrgebiet als industriellen Ballungsraum, als Metropole und über die Bergarbeiterschaft nur selten den radikalen Flügel der Arbeiterbewegung, wie ihn Martin MARTINY in seiner verdienstvollen Arbeit behandelt⁴².

Im Unterschied zu vielen Monografien der Sozialgeschichtlichen Forschung zur Geschichte der (Berg-)Arbeiterbewegung im Revier liegen zur Geschichte der KPD im Ruhrgebiet der 1920er Jahre bisher nur wenige Studien der Historischen Kommunismusforschung vor. Die Monografie von Siegfried BAHNE⁴³ von 1974 verschafft einen kurzen Überblick über die KPD des Reviers in der Weimarer Zeit. Im Zusammenhang mit der Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation geht Bahne auf den betrieblichen Einfluss der KPD ein, übersieht allerdings deren innerorganisatorische Funktion, die zu untersuchen bleibt. In der großen Studie von Beatrix HERLEMANN über die KPD im Ruhrgebiet bildet die Kommunalpolitik den Schwerpunkt⁴⁴. Die Organisationsstruktur der KPD und ihre Umwandlung wurden wenig berücksichtigt. Ausführlich beschreibt die Autorin die internen Auseinandersetzungen in der regionalen KPD⁴⁵. In einem umfangreichen

Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 105-119; Tenfelde, Klaus, Ruhrstadt - Historischer Hintergrund, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Ruhrstadt. Visionen für das Ruhrgebiet, Bochum 2002, S. 9-22; Tenfelde, Klaus, Bergbau und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kaufhold, Karl Henrich/Reininghaus, Wilfried (Hrsg.), Stadt und Bergbau, Köln/Weimar/Wien-Böhlen 2004, S. 117-134 (Johannek, Peter [Hrsg.] Städteforschung. Veröffentlichung des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Bd. 64); Tenfelde, Klaus, Radikal und militant? Forschungen über Bergarbeiterstreiks im 20. Jahrhundert, in: Westermann, Angelika/Westermann, Ekkehard (Hrsg.), Streik im Revier. Unruhe, Protest und Ausstand vom 8. bis 20. Jahrhundert, St. Katharinen 2007, S. 381-404.

⁴⁰ Reulecke, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 205-240; Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974; Reulecke, Jürgen, Das Ruhrgebiet: Stadtentwicklung und Verstädterung vom 19. bis zum 20. Jahrhundert, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 177-195; Reulecke, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 205-239; Reulecke, Jürgen, Vom ländlichen Idyll zur „Waffenschmiede Europas“. Das Ruhrgebiet auf dem Weg in die Moderne, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 8-21.

⁴¹ Hickey, S. H. F., Workers in imperial Germany. The miners of the Ruhr, Oxford 1985, S. 1 (im Folgenden zitiert: Hickey, Workers, Seite).

⁴² Martiny, Martin, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920 - 1930), in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 241-273.

⁴³ Bahne, Siegfried, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 315-353 (im Folgenden zitiert: Bahne, Die KPD im Ruhrgebiet, Seite).

⁴⁴ Herlemann, Beatrix, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977 (im Folgenden zitiert: Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, Seite).

⁴⁵ Vgl. ebenda, S. 26 f.

Vergleich von fünf Regionalorganisationen der KPD in der Weimarer Zeit geht Ulrich EUMANN intensiv auf den KPD-Bezirk Ruhrgebiet ein. Mit seinem soziologischen, milieugeschichtlichen Ansatz untersucht Eumann ausführlich u. a. Parteiorganisation, Sozialstruktur, Kultur, Praxis, Alltag und Milieu der KPD. Dabei stellt er auch die betriebliche Verankerung und die Betriebsarbeit der KPD dar. In der Umstellung der Organisationsreformen der KPD sieht Eumann eine Antwort auf die politischen Erfordernisse der Weimarer Republik. Die Übernahme der „leninistischen Organisationsprinzipien“ – für Eumann identisch mit der Bolschewisierung – sei die „besondere Antwort“ der „besonderen politischen Kultur“ (der KPD), um in einer „hochkomplexen modernen Industriegesellschaft, die Kooperation unter den Organisationsangehörigen zu sichern“, die „alle größeren Organisationen“ vor das „Dilemma von Effizienz und Partizipation“ stellte. Die KPD habe nach vergeblichen Aufstandsversuchen „erkennen müssen, dass die Revolution nicht mehr auf der Tagesordnung stand, und sich daher ganz pragmatisch eine Struktur gegeben, mit der die Probleme, die im politischen Alltag im System der Weimarer Republik entstanden, halbwegs effizient gelöst werden konnten“⁴⁶. Vielleicht haben die für die Umstellung von der Wohngebietsorganisation auf Betriebszellen benötigten immer wiederkehrenden Organisationsreformen der KPD mit ihren Umfragen und Statistiken bei Eumann den Anschein erweckt, dass die KPD des Ruhrgebiets in der Gesamt-KPD eine Ausnahme dargestellt hat und ihr Schwerpunkt in den Großbetrieben gelegen hätte⁴⁷, was in dieser Arbeit bestritten wird. In „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ wird zu untersuchen sein, ob es sich bei dem neuen Prinzip der Organisation in Betriebszellen wirklich um eine „spezifische Antwort“ aus einer „spezifischen politischen Kultur“, angepasst an die politische Lage in der Weimarer Republik handelte⁴⁸. Ebenfalls wird zu erforschen sein, ob die *Reorganisation* nicht eine starke innerorganisatorische Dimension im Fraktionskampf hatte, was Eumann übersehen muss, weil er die Bedeutung der Fraktionen innerhalb der KPD als gering einschätzt⁴⁹. In seiner Studie vergleicht Eric D. WEITZ u. a. die KPD im Essener Großbetrieb Krupp, eingebunden in die KPD-Bezirksorganisation Ruhrgebiet, mit der KPD im Leuna-Werk im Parteibezirk Halle-Merseburg⁵⁰. Seine Analyse ist deshalb bemerkenswert, weil er nicht nur das soziale Umfeld der KPD wie das Regime des Kapitals am Arbeitsplatz und die Arbeitsbedingungen, sondern auch das Repertoire des Widerstandes berücksichtigt, wozu

⁴⁶ Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 97 f.

⁴⁷ Ebenda (ebd.), S. 72.

⁴⁸ Ebd., S. 98.

⁴⁹ Ebd., S. 353.

⁵⁰ Weitz, Eric D., *Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997 (im Folgenden zitiert: Weitz, *Creating Communism*, Seite).

nicht nur die Kampferfahrungen von Streiks gehörten⁵¹. Wichtig sind seine Ausführungen zur Gewerkschaftspolitik der KPD im Ruhrbezirk, die die dort bestehende *Union der Hand- und Kopfarbeiter* als nächstes politisches Umfeld der KPD einbezieht. Zu erforschen ist allerdings, ob die Mitglieder der Union tatsächlich „undisziplinierte“ und ihre örtlichen Leitungen „incompetent“ waren⁵², so dass ihre Liquidierung auf der Hand lag.

Aus den Gesamtdarstellungen über die Geschichte der KPD ergeben sich weitere Fragestellungen für diese Arbeit. Ossip K. FLECHTHEIM hat frühzeitig die Bolschewisierung der KPD problematisiert, wobei er den Kampf gegen den „Luxemburgismus“, die Einführung der Losung der „Arbeiter- und Bauernregierung“, die Einheitsfront nur „von unten“, den Kampf gegen die Sozialdemokratie als Partei der Bourgeoisie, die Einführung des Leninismus – und die Umstellung von der Wohngebietsstruktur auf die Betriebszellenorganisation⁵³ der Kommunistischen Partei nennt. Zu fragen ist, ob Flechtheims vielversprechender Ansatz nicht dort zu kurz greift, wo er diese Umstrukturierung nicht als zentralen Bestandteil des Prozesses der Etablierung einer undemokratischen Parteistruktur sieht. Hermann WEBER betont die Abhängigkeit der KPD vom internationalen Weltkommunismus und arbeitet ihre „Stalinisierung“ heraus⁵⁴. Dass Weber, der bei seiner Analyse der KPD, beispielgebend sei hier „Die Wandlung des deutschen Kommunismus“ angeführt, die besondere Bedeutung der Bolschewisierung betont, aber der Wandlung des Organisationsprinzips der KPD von der Wohngebietsstruktur zu Betriebs- und Straßenzellen keine entscheidende Rolle beimisst und sie deshalb nur kurz abhandelt, ist nicht zu übersehen⁵⁵. Für die Durchsetzung des Stalinismus in der KPD hält Weber andere Gründe für entscheidend⁵⁶. Seine Schlussfolgerung, dass, obwohl die Umstellung auf Betriebszellen misslungen sei, weiterhin am Zellsystem festgehalten wurde⁵⁷, misst die Funktion dieser Umstellung an den Verlautbarungen und Ansprüchen der damaligen KPD-Führung. In eine ähnliche Richtung geht HEER-KLEINERT, die durchaus die Einengungen der Betriebszellenarbeit erfasst, aber ihre innerorganisatorische Funktion übersieht⁵⁸. Für HOFFFROGGE ist die

⁵¹ Weitz, ebenda, S. 39 f.

⁵² Weitz, ebd., S. 152.

⁵³ Flechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik*, 2. Auflage (Aufl.), Hamburg 1986 (Offenbach 1948), S. 171 (im Folgenden zitiert: Flechtheim, KPD, Seite).

⁵⁴ Vgl. Weber, *Wandlung*, S. 7 f.; Weber, Hermann/Herbst, Andreas, *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, 2. über. u. erw. Aufl., Berlin 2008 (2004), S.14 f. (im Folgenden zitiert: Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, Seite).

⁵⁵ Weber, *Wandlung*, S. 268-271.

⁵⁶ Weber, Hermann, *Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen*, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2007, S. 229 (im Folgenden zitiert: Weber, *Stalinisierung*, Seite).

⁵⁷ Weber, *Wandlung*, S. 271.

⁵⁸ Heer-Kleinert, Lore, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main/New York 1983, S. 322 f. (im Folgenden zitiert: Heer-Kleinert, *Gewerkschaftspolitik der KPD*, Seite).

Umstellung von Wohngebiets- auf Betriebszellenorganisation nicht mehr als eine Fußnote wert⁵⁹. Nur LAPORTE begreift am Beispiel des KPD-Bezirktes Erzgebirge-Vogtland die Umstellung der Partei auf eine Betriebszellenstruktur, um die *linke Opposition* einzuschränken, ohne dies weiter auszuführen⁶⁰.

In seiner wegweisenden milieugeschichtlichen Untersuchung der KPD im Bezirk Saarland gelangt Klaus-Michael MALLMANN zu der Schlussfolgerung, dass die Umstellung der KPD von der Wohngebietsorganisation auf Betriebszellen an der „Milieufixierung der Mitglieder“ auf Dorf, Stadtteil, Verein und Zahlabend gescheitert und von der Mitgliedschaft unterlaufen worden sei, indem sie in die Straßenzellen auswich. Die meisten Betriebszellen hätten als „Potemkinsche Dörfer“ nur auf dem Papier gestanden. Mallmann spricht vom „Scheitern der Bolschewisierung“⁶¹ und urteilt, dass „der jahrelange Kampf um die Reorganisation damit in einem allseitigen Debakel (endete)“⁶². Die Parteibasis setzte sich „jahrelang über den Aufbau von Betriebszellen, das organisatorische Herzstück der ‚Bolschewisierung‘, hinweg (...)“⁶³. Mallmanns Schlussfolgerung ist nicht nur deshalb interessant, weil er ausgerechnet das *Milieu Betrieb* mit seinen vielfältigen sozialen Beziehungen von Arbeitern, Angestellten und Kapitaleignern, Gewerkschaftern und Unorganisierten, sozialdemokratischen, kommunistischen und christlichen Gewerkschaftern, Mitgliedern von SPD, KPD, Zentrum und Stahlhelm, in dem ein kommunistischer Arbeiter sieben, acht, bis zwölf Stunden täglich verbrachte, aus seiner Untersuchung weitgehend ausgeklammert hat. Er sitzt auch dem Schein der Bolschewisierung auf, wenn er wie Weber den damaligen offiziellen Anspruch der Organisationsreformen der KPD-Struktur für bare Münze nimmt, wonach es bei der Umstellung auf Betriebszellen in erster Linie um den Bruch mit der sozialdemokratischen Organisationstradition, der größeren Massenwirksamkeit und der Vorbereitung auf die Illegalität ging. Weitgehend unberücksichtigt bleibt die Umstellung der Organisationsstruktur der KPD bei der eigenständigen Richtung der KPD-Geschichtsschreibung um Klaus KINNER⁶⁴. Auch in neueren Untersuchungen bei

⁵⁹ Hoffrogge, Scholem, S. 298.

⁶⁰ LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 158.

⁶¹ Mallmann, *Kommunisten Sozialgeschichte*, S. 306 f.

⁶² Mallmann, *Kommunisten Sozialgeschichte*, S. 312.

⁶³ Mallmann, Klaus-Michael, *Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik*, in: Abelshauser, Werner/Berding, Helmut/von Beyme, Klaus/Bock, Gisela/Frevert, Ute/Hardtwig, Wolfgang/Kaschuba, Wolfgang/Kocka, Jürgen/Langewiesche Dieter/ Mommsen, Wolfgang J./Puhle, Hans-Jürgen/Rürup, Reinhard/Schieder, Wolfgang/Tenfeld, Klaus/Tilly, Richard H./Ullmann, Hans Peter/Wehler, Hans-Ulrich/Winkler, Heinrich August/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, 21. Jg., Heft 1, Göttingen 1995, S. 28 (im Folgenden zitiert: Mallmann, *Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft*, Seite).

⁶⁴ Vgl. Kinner, Klaus, *Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Selbstverständnis und Realität. Die Weimarer Zeit*, Bd. 1, 2. Auflage, Berlin 2012 (im Folgenden zitiert: Kinner, *Kommunismus und Linkssozialismus*, Seite).

KESSLER, WILDE und BOIS spielt sie so gut wie keine Rolle⁶⁵. Einen für diese Untersuchung wichtigen Forschungsansatz verfolgen BRÜGGEMEIER und WELSKOPP, die die Arbeitsorganisation im Bergbau⁶⁶ und in der Stahlindustrie⁶⁷ des Ruhrgebiets untersucht haben, wobei ersterer auch die Wohnsituation der Bergarbeiter berücksichtigt. Es ist zu fragen, inwieweit die Umstellung der KPD auf eine Betriebszellenorganisation die Arbeitsorganisation und Wohnsituation der Bergarbeiter und auch der Stahlarbeiter berücksichtigt hat.

Die mangelnde Aufarbeitung in der Forschung macht die Analyse der 'Atomisierung' der KPD im Ruhrgebiet erforderlich. Dabei soll untersucht werden, ob die Umstellung der KPD-Organisation auf Betriebszellen tatsächlich „misslungen“ ist (Weber) und „in einem allseitigen Debakel endete“ (Mallmann), weil sie an den von der jeweiligen KPD-Führung postulierten Ansprüchen gemessen wird, oder ob es sich um ein Erfolgsmodell handelte, weil es der KPD-Leitung gelang, die Mitgliedschaft durch die 'Atomisierung' weitgehend zu entmündigen, die KPD in eine hyperzentralistische Partei zu verwandeln, die nur noch schwer zu reformieren war, und eine stalinistische Parteiführung zu etablieren. Dabei wird einerseits zu prüfen sein, was es innerorganisatorisch bedeutete, dass die Schicht der Betriebsarbeiter in der KPD dominierend wurde, andererseits ob die Partei mit dem Aufbau von Betriebszellen im KPD-Bezirk Ruhrgebiet wirklich in den Großbetrieben Fuß fassen konnte und damit handlungsfähiger wurde.

Neben der KPD entstanden im Ruhrgebiet zwei weit größere revolutionäre Organisationen: während des Kapp-Putsches die *Rote Ruhrarmee*, die aber schnell besiegt und aufgelöst wurde, und die revolutionäre Gewerkschaft *Union der Hand und Kopfarbeiter Deutschlands / Räteorganisation*, die sich parallel zur Ruhr-KPD entwickelte.

Weder die sozialgeschichtliche Forschung über die (Berg-)Arbeiterbewegung im Revier noch die historische Forschung über die KPD hat bislang genügend berücksichtigt, dass im Ruhrgebiet in der ersten Hälfte der 1920er Jahre eine starke Bewegung für eine große, revolutionäre Industriegewerkschaft der Bergarbeiter existierte, die zur Gründung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* führte. Allgemeine Darstellungen der KPD wie von Hermann Weber gehen nicht auf die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* ein⁶⁸. Studien über

⁶⁵ Vgl. Keßler, Mario, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen den Kommunismus (1895-1961), Köln/Weimar/Wien 2013 (im Folgenden zitiert: Keßler, Ruth Fischer, Seite); Wilde, Ernst Meyer; Bois, Marcel, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen November 2014.

⁶⁶ Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983.

⁶⁷ Welskopp, Thomas, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte e. V., Braunschweig/Bonn), Bonn 1994.

⁶⁸ Vgl. Weber, Wandlung, S. 68.

die Gewerkschaftspolitik der KPD wie von Eva SCHÖCK und Lore HEER-KLEINERT, nehmen die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zur Kenntnis⁶⁹. SCHÖCK vertritt die Ansicht, dass selbst im größten Erfolg der Union bei den Betriebsratswahlen 1924 „sich aber keine Entwicklung zugunsten der Arbeiter nieder(schlug)“⁷⁰. HEER-KLEINERT sieht zwar für die Jahre 1919/1920 „eine ernst zu nehmende Bewegung“ am Werk, aus der revolutionäre Gewerkschaften entstanden⁷¹, erwähnt sie aber nur am Rande. BAHNE geht über sie als anarchistisch und syndikalistisch beeinflusst hinweg⁷². Ausnahmen, die den Unionen einen erheblichen Stellenwert beimessen, sind Jochen WEICHOLD und Stefan GOCH. WEICHOLD versucht die Union in die syndikalistische Tradition einzureihen⁷³, was auf Richtigkeit zu überprüfen ist. Stefan GOCH untersucht ausführlich die Bewegung der Unionen⁷⁴, die er als in der Erfahrung der Bergarbeiter stehende Organisationen „direkter betrieblicher Konfliktaustragung“ im Unterschied zu den reformistischen Gewerkschaften als „Form repräsentativer Verbändedemokratie“ stehend charakterisiert. Die Union(en) seien aus dem „Unterschied zwischen Arbeiterkultur und Arbeiterbewegungskultur“⁷⁵ entstanden. Ob dieser interessante Ansatz auch auf das Verhältnis von KPD und Union(en) zu übertragen ist, soll in dieser Arbeit ebenfalls überprüft werden.

Offensichtlich stellt die Union im Geschichtsbild der Forschung über den radikalen Flügel der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes weitgehend einen weißen Fleck dar. Hier ermöglichte die bisher in der Forschung unberücksichtigte Dissertation von Ewald FISCHER aus dem Jahr 1928 über die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* eine neue Beleuchtung nicht nur der Gewerkschaftspolitik der KPD, sondern ihres Organisationsaufbaues im Verhältnis zur Union⁷⁶. Ohne deren Zur-Kennntnis-Nahme dürfte die Beurteilung der KPD-Politik in Deutschlands größtem Industriegebiet Mitte der ersten Hälfte der 1920er Jahre zu allgemeinen Leerformeln wie von Theodor BERGMANN führen, wonach sich die KPD mit intensiver Gewerkschaftsarbeit eine Strategie zur „Gewinnung der sozialdemokratischen Mehrheit der Arbeiterklasse“ erarbeitet habe⁷⁷ oder

⁶⁹ Schöck, Cornelia, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-28*, Frankfurt/M. 1977, S. 20 (im Folgenden zitiert: Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*); Heer-Kleinert, Lore, *Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main/New York 1983.

⁷⁰ Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, S. 101.

⁷¹ Heer-Kleinert, *Gewerkschaftspolitik der KPD*, S. 259.

⁷² Bahne, *Die KPD im Ruhrgebiet*, S. 322.

⁷³ Vgl. Weichold, Jochen, *Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), *Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, Berlin Januar 2005.

⁷⁴ Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung*, S. 273 f.

⁷⁵ Ebd., S. 280.

⁷⁶ Fischer, Ewald, *Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)*, Dissertation Marburg, 1928.

⁷⁷ Bergmann, Theodor, *>Gegen den Strom<. Die Geschichte der KPD(Opposition)*, Hamburg 2001.

zu Fehleinschätzungen wie von Jakob MONETA, der meinte, dass die revolutionären Union(en) „im Klassenkampf überhaupt keine Rolle gespielt hätten“⁷⁸.

Da die *Union der Hand- und Kopfarbeiter*, obwohl sie von Kommunisten geleitet wurde und das Umfeld der KPD bildete, von dieser energisch bekämpft, gespalten und schließlich liquidiert wurde – wobei die Bildung von Zellen eine nicht unwichtige Rolle spielte – stellte sich für die Untersuchung die nicht vorhersehbare Aufgabe, dass „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel der KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ nicht behandelt werden konnte, ohne die Zerschlagung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* ausführlich zu erforschen. Die Verbindung und Konkurrenz von KPD und Union(en) muss daraufhin untersucht werden, ob es der Gewerkschaftspolitik der KPD im Ruhrgebiet durch eine richtige Politik gegenüber der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* gelang, ihren Einfluss auszuweiten oder nicht und welche Wirkung die Union(en) auf die KPD ausübte(n). Die erweiterte Aufgabenstellung bot die Chance, die undemokratischen politischen und organisatorischen Veränderungen innerhalb der KPD mit dem undemokratischen Vorgehen der KPD gegenüber der Union und mit deren Struktur zu vergleichen.

Nicht nur bei der Beurteilung der Umstrukturierung der KPD herrscht weitgehende Einigkeit zwischen den unterschiedlichen *Schulen* des programmgeschichtlichen und des sozial- bzw. milieugeschichtlichen Ansatzes zur KPD-Geschichtsschreibung. Noch mehr überrascht die große Übereinstimmung, mit der viele Autoren der von Hermann WEBER vorgenommenen Einteilung der internen Strömungen und Fraktionen innerhalb der KPD folgen. WEBER geht in seinem umfangreichen Werk von einem „rechten“ Flügel, einer „Mittelgruppe“, einem „linken“ Flügel und einem „ultralinken“ Flügel in der Kommunistischen Partei Deutschlands aus⁷⁹, zu denen noch der Parteiapparat als eigenständige Größe zu rechnen sei. Die Einteilung, was die verschiedensten Autoren unter links oder ultralinks verstehen, kann variieren, folgt jedoch wie bei Klaus KINNER meist diesem Schema⁸⁰.

In der Bestimmung der Fraktionen in der KPD geht es nicht nur um Begriffsdefinitionen zum besseren Verstehen der KPD-Geschichte, sondern auch um die Herausarbeitung der

⁷⁸ Moneta, Jakob, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, in: Losowski, A., Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 13 f.

⁷⁹ Weber, Hermann, Vorwort, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 3), Berlin 2003, S. 19 f. (im Folgenden zitiert: Weber/Bayerlein, Oktober, Seite); Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 22 f.; Weber, Stalinisierung, S. 235 f.

⁸⁰ Vgl. Reuter, Elke/ Hedeler, Wladislaw/Helas, Horst/Kinner, Klaus (Hrsg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. IV), Berlin 2003, S. 8 f.; vgl. Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 18 f.; Herlemann sieht die KPD-Parteiführung ab 1924 als „ultralinks“ an, vgl. Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 26; Bois, Linke Opposition, S. 176.

gesellschaftspolitischen Spielräume und damit um die Frage, ob für die KPD die Taktik oder die Strategie im Vordergrund standen. Dabei wird das gängige Webersche Schema der Einteilung und Zuordnung der verschiedenen Fraktionen in „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ hinterfragt. Wie wurden die oppositionellen linken Kommunisten im Ruhrgebiet von ihren parteiinternen Kontrahenten im politischen Spektrum der KPD politisch eingeordnet? Wie ordneten sie sich selbst ein? Haben Anschauungen und praktische Politik der linken Oppositionellen dieser Einteilung entsprochen? Wurden die Fraktionen in der Ruhr-KPD bis 1928-1929 tatsächlich ausgeschaltet? Allerdings sei schon an dieser Stelle darauf verwiesen, dass die Termini *Rechtskommunismus* oder *rechte Kommunisten* wenig in dieser Arbeit verwendet werden, zumal die Verbindung der Begriffe rechts und Kommunismus heute kaum noch verstanden werden kann. An Stelle von rechts wird moderat, moderate Kommunisten und moderater Kommunismus verwendet, mit der Weitz die Politik der KPD-Leitung unter Brandler treffend umschrieben hat („moderate party leadership around Henrich Brandler“)⁸¹. Da Fraktionen entstanden und zerfielen, die Fraktionszugehörigkeit auch schon mal wechselte und sich Fraktionen zu Blöcken zusammenschlossen, wird die jeweilige Unterströmung nach den Namen ihren Protagonisten gekennzeichnet: also Brandler/Thalheimer-Fraktion, Levi/Brandler/Meyer-Fraktion, Meyer/Ewert-Fraktion, Bertz-Fraktion, Fraktion Fischer/Maslow, Scholem-Fraktion, Urbahns-Fraktion, Fraktion Korsch/Schwarz, Korsch-Fraktion, Schwarz-Fraktion, usw. Der Begriff Linkskommunismus wird häufig als Oberbegriff verwendet, der radikal linke und linke kommunistische Ansichten beinhaltet. Dort, wo eine Unterscheidung zwischen diesen beiden Strömungen erforderlich ist, werden sie entsprechend benannt.

Im engen Zusammenhang mit seiner Positionierung der Fraktionen in der KPD steht WEBERS Begriff der Stalinisierung, auf den sich viele Autoren beziehen⁸². Weber grenzt die Stalinisierung der KPD auf die Jahre zwischen 1924-1929 ein, wobei er ihre Vorgeschichte auf die Bolschewisierung seit 1921/22 ausdehnt⁸³, während Mallmann, aber auch einige andere Autoren die Begriffe Stalinisierung und Stalinismus ablehnen. Was die darin beinhalteten undemokratischen Maßnahmen innerhalb der KPD der Weimarer Republik betrifft, so hat MALLMANN auf Paul Levi und den Heidelberger Parteitag 1919 verwiesen, als eine starke Minderheit der Delegierten ausgeschlossen und in der Folge fast

⁸¹ Weitz, Eric D., *Conflict in the Ruhr: Workers and socialist Politics in Essen 1910-1925*, Diss., New York/Boston 1974/1976, S. 187 (im Folgenden zitiert: Weitz, Conflict, Seite).

⁸² Vgl. Keßler, Mario, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen den Kommunismus (1895-1961), Köln/Weimar/Wien 2013; Bois, Marcel, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen November 2014.

⁸³ Weber, *Stalinisierung*, S. 222.

die Hälfte der KPD-Mitglieder abgespalten wurde⁸⁴. Auch LAPORTE bemerkt, bereits die KPD unter Ruth Fischer had „little from the CPSU's demands for a monolithic party differed“ und nennt Hürden, die von unten der Stalinisierung entgegenstanden⁸⁵. Keine KPD-Leitung hat während der sog. Stalinisierung auch nur annähernd so viele Mitglieder aus der Partei vertrieben, schreibt Mallmann. Andererseits übersieht er die *organisatorischen, strukturellen Veränderungen* innerhalb der KPD, die die linken und radikal linken Kommunisten 'Atomisierung' nannten, die ab Mitte der 1920er Jahre jede zukünftige demokratische Umgestaltung erheblich erschwerte, wenn nicht gar verunmöglichen sollte. In Hermann WEBER's Analyse spielen diese *strukturellen organisatorischen Veränderungen keine wichtige Rolle*, weshalb in seinem Konzept der Stalinisierung andere Charakteristika im Vordergrund stehen wie die „Zerschlagung der Fraktionen und die Ausschaltung jeder legalen Opposition“⁸⁶, die er erst nach der Ausschaltung der sog. Mittelgruppe und der sog. rechten Kommunisten 1928/1929 vollendet sieht. Dabei war die *Mittelgruppe (Versöhnler)* nach dem sog. *Offenen Brief* der Komintern spätestens ab Ende 1925 mitverantwortlich für die zentrale KPD-Parteiführung und ihre *Reorganisation*. Es wird zu untersuchen sein, ob Weber mit der Theorie der Stalinisierung nicht die Fraktion Meyer/Ewert davon zu entlasten sucht, zum Kernbestandteil der stalinistischen Tradition gehört zu haben und für die Verwandlung der KPD in eine stalinistische Partei mitverantwortlich gewesen zu sein. Widersprüchlich auch, wenn ein Autor wie BOIS, der Webers Theorie der Stalinisierung teilt, in seinem weiten Überblick über die linke Opposition in der KPD zu dem Schluss kommt, dass der *Offene Brief* des EKKI von 1925 zwar der innerparteilichen Demokratie der KPD und ihrer Eigenständigkeit abträglich war, aber ansonsten die Partei wieder auf die richtigen politischen Gleise (Einheitsfront, Gewerkschaften, Parlament, Arbeiterdelegationen) gesetzt habe⁸⁷. Auch das wird am Beispiel des KPD-Bezirk Ruhrgebiet zu verifizieren oder zu falsifizieren sein.

Um zu neuen Erkenntnissen in der Historischen Kommunismusforschung zu gelangen, sind unterschiedliche Ansätze nötig. Die Untersuchung über die 'Atomisierung' der KPD versteht sich als eine Ergänzung zur bisherigen Forschung, die bisher die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation und ihre Konsequenzen nicht oder nicht genügend

⁸⁴ Mallmann, *Kommunisten Sozialgeschichte*, S. 64; Nach Paul Fröhlich zählte die KAPD bei ihrer Gründung 38.000 Mitglieder. Die KPD habe ungefähr die Hälfte ihrer Mitglieder verloren, vgl. Fröhlich, Paul, *Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921*, Berlin 2013, S. 221. Die Levi-Biographin Charlotte Beradt schreibt, dass die KPD durch Levis Politik „mehr als die Hälfte ihrer Mitglieder verlor“, vgl. Beradt, Charlotte, Paul Levi. *Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969, S. 34.

⁸⁵ LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 130 und S. 169.

⁸⁶ Weber, *Stalinisierung*, S. 237.

⁸⁷ Bois, *Linke Opposition*, S. 169 f.

berücksichtigt hatte. Der Autor rechnet sich keiner der bestehenden 'Schulen' zu, da in dieser Arbeit im Unterschied zu Weber und Mallmann die Meinung vertreten wird, dass die KPD bereits Mitte der 1920er Jahre stalinistisch war und damit u. a. die Theorie der Stalinisierung in Frage gestellt wird.

Quellen

Die archivalischen Quellen zum KPD-Bezirk Ruhrgebiet erwiesen sich als außerordentlich umfangreich und ergiebig. Dies gilt besonders für die Quellen der *Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisation der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO)*. Über nahezu jede Sitzung der erweiterten und der engeren KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet ist ein Protokoll im SAPMO vorhanden. Von daher konnten die internen Veränderungen und Diskussionsprozesse der KPD im Ruhrgebiet sehr gut ausgeleuchtet werden. Auf Grund des Umfangs der archivalischen Quellen im SAPMO war eine gleichzeitige Behandlung der 'Atomisierung' der KPD im Bezirk Niederrhein nicht möglich. Bereits vorhandene Bezüge auf dortige Entwicklungen wurden aus der Arbeit wieder gestrichen, weil diese sonst noch umfangreicher geworden wäre. Demnach musste das Thema dieser Arbeit geändert werden und muss „Die 'Atomisierung' der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ heißen.

Auch die amtlichen archivalischen Quellen sind sehr umfangreich, da die Kommunistische Partei als staatsgefährdend galt und von den für das Ruhrgebiet zuständigen Behörden intensiv überwacht wurde. Hier sind besonders die Quellen im Landesarchiv NRW Rheinland (LAV NRW R) in Duisburg (ehemals Hauptstaatsarchiv NRW in Düsseldorf) und im Landesarchiv NRW Westfalen (LAV NRW W) in Münster zu nennen.

Die offiziellen politischen Positionen der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet, der KPD-Zentrale in Berlin und die der oppositionellen linken Kommunisten sind an Hand archivalischer und gedruckter Quellen nachvollzogen worden. Über Positionen der linkskommunistischen Opposition gaben archivalische Quellen in der Collection Karl Korsch im Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG) in Amsterdam Auskunft. Umfangreicher dokumentierten gedruckte Quellen in Zeitschriften und Zeitungen die unterschiedlichen politischen Standpunkte von KPD-Führung und linkskommunistischer Opposition u. a. in der *Roten Fahne* als Tageszeitung der KPD, in den regionalen Zeitungen der KPD *Der Westfälische Kämpfer* und *Das Ruhr-Echo*, in Exemplaren der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* sowie in zahlreichen oppositionellen linkskommunistischen Zeitschriften wie z. B. *Kommunistische Politik*, *Entschiedene Linke*, *Kommunistischen Arbeiterzeitung* und *Spartakus* aus der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen/Bochum. Besonders wichtig

für diese Arbeit waren politische Stellungnahmen der oppositionellen Linkskommunisten in ihren eigenen Publikationen für das Ruhrgebiet. *Schacht und Hütte* ist im LAV NRW W, *Der Klassenkämpfer* in der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen in Bochum, das *Mitteilungsblatt* der *Gruppe Kommunistische Politik* Bezirk Ruhrgebiet im LAV NRW R zu finden.

Da die Bezirksorganisation der KPD im Ruhrgebiet nicht nur Teil der Kommunistischen Partei Deutschlands, sondern auch Teil der Kommunistischen Internationale war, sich dort in den 1920er Jahren umfangreiche Veränderungen ergaben, sich in diesen Umbrüchen sowohl die offizielle Führung und ihre Anhängerschaft wie auch ihre oppositionellen linkskommunistischen Kontrahenten auf Marx und besonders auf Lenin beriefen, wurde in „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ nicht nur die hervorragende umfangreiche Dokumentensammlung von Hermann WEBER/Bernhard H. BAYERLEIN⁸⁸ genutzt, sondern auch Wert auf die Einordnung dieser ideologischen Ansprüche in die marxistische Tradition gelegt, die in der Forschung eine wichtige Rolle spielt⁸⁹. Dazu wurden zahlreiche gedruckte Quellen wie Bücher, Broschüren, Resolutionen und Stellungnahmen genutzt, wobei auf die umfangreichen Bestände in der Universitätsbibliothek Duisburg-Essen, der Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen in Bochum und auf einen umfangreichen eigenen Buchbestand zurückgegriffen werden konnte. Dort finden sich außerdem die genutzten Memoiren und Erinnerungen.

Für die Untersuchung der sozialen Basis der oppositionellen linkskommunistischen Gruppen im Ruhrgebiet konnten zahlreiche Dokumente in Stadtarchiven in Bocholt, Duisburg, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Castrop-Rauxel und Dortmund besorgt werden. Dabei handelte es sich zum kleinen Teil um archivalische Quellen wie Nachlässe und Stadtratsprotokolle, mehr um gedruckte Quellen wie örtliche Zeitungen. Die Biographien einzelner linkskommunistischer Oppositioneller wurden durch Quellen im Trotsky Archives der Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass./USA, in der Trotsky Collection des IISG in Amsterdam, dem Gestapo-Archiv des LAV NRW R in Duisburg und der Mikrofiche-Sammlung *Widerstand als Hochverrat* des Institutes für Zeitgeschichte in München bereichert.

Bei all der intensiven Nutzung archivalischer und gedruckter Quellen muss angemerkt werden, dass nur an einer einzigen Stelle (über eine Veranstaltung im Bergarbeiterdorf Rünthe bei Hamm) eine archivalische Quelle der staatlichen Behörden, je ein gedruckte Quelle der KPD und eine der linkskommunistischen Opposition zur Verfügung standen.

⁸⁸ Weber/Bayerlein (Hrsg.), *Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts*, Bd. 1 - 6.

⁸⁹ Vgl. die Thesen Hermann Webers über „die weltweite Rolle der Bolschewiki“, ihre Organisation ab 1903, die Unterschiede des „ultrazentralistischen“ Parteiverständnisses Lenins zu dem von Rosa Luxemburg, in: Weber, Hermann, *Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD*, in: Weber, *Komintern und KPD*, S. 10.

Durch den Ausnahmefall dreier verschiedener Quellen über ein Einzelereignis konnte dieses weitgehend ausgeleuchtet und schließlich bewertet werden. Das zeigt deutlich die Schwierigkeiten auf, vor der das Quellenstudium dieser Arbeit stand.

Rahmenbedingungen

Um die 'Atomisierung' der KPD im Bezirk Ruhrgebiet zu analysieren, konnte nicht darauf verzichtet werden, die Rahmenbedingungen zu untersuchen, unter denen sie sich in dieser Region gründete, aufbaute und veränderte: die eigene relative Erfolglosigkeit in den Klassenkämpfen, die Einflussnahme der Komintern auf die KPD und deren Verhältnis zur revolutionären Gewerkschaftsbewegung der Unionen.

Während des Ersten Weltkrieges 1914-1918 kam es im Ruhrbergbau zu dem, was Stefan PRZIGODA die „Eskalation der Ausbeutung“ nennt⁹⁰. Der starke Radikalisierungsschub, der die dortige Bergarbeiterschaft ab 1916 erfasste, fiel umso stärker ins Gewicht, desto jüher er 1924 abbrach. Streikwellen im Ruhrbergbau fanden im August 1916, im Januar und im März 1917, im Januar/Februar 1918, im August 1918, im Dezember 1918, im Januar 1919 (für die Sechs-Stunden-Schicht und die Sozialisierung), im Februar 1919 (für die Sechs-Stunden-Schicht und Räte), im April 1919 (für die Sechs-Stunden-Schicht, Sozialisierung und Räte), im März 1920 (für Räte mit Aufstellung der *Roten Ruhrarmee*), im Mai 1923, im August 1923 und im Mai 1924 statt. Die Streikwellen stellten die beiden Säulen der bürgerlichen Herrschaft, das Direktionsrecht des Kapitals in den Betrieben und die bürgerliche Staatsmacht, in Frage. Die Streikwellen führten bei vielen sich radikalierenden Arbeitern zum Bruch mit der SPD und mit den traditionellen Berufsgewerkschaften. Während zu den großen revolutionären Kämpfen der Arbeiterbewegung in Deutschland die Novemberrevolution 1918, der sog. *Spartakusaufstand* im Januar 1919 in Berlin, die Münchener Räterepublik im April 1919, der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch 1920, die sog. *Märzaktion* 1921 in Mitteldeutschland und der sog. *Hamburger Aufstand* 1923 zählten, wurde die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet von den beiden „großen Ausstände(n) vom Februar 1919 und vom April 1919“⁹¹, dem bewaffneten Widerstand gegen den Kapp-Putsch 1920 und dem Kampf gegen die Ruhrbesetzung 1923 geprägt. Gewissermaßen war mit S. H. F. HICKEY, die Weimarer Republik ein Nebenprodukt der revolutionären Kämpfe der Arbeiterbewegung⁹². Im Ruhrgebiet wurden zwischen 1918-1923 im Vergleich zu anderen

⁹⁰ Przigoda, Stefan, Zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern: Steiger im Ruhrbergbau (1850-1933), in: Goch, Stefan/Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001, S. 123.

⁹¹ Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Bd. 2, Berlin 1928, S. 9 (im Folgenden zitiert: Spethmann, Aufstand, Seite).

⁹² Hickey, Workers, S. 1.

Regionen in Deutschland die Klassenkämpfe besonders anhaltend und erbittert ausgefochten.

Erst mit der Vereinigung zur USPD war die KPD zu einer Massenpartei geworden⁹³. Aber gemessen an ihrem wichtigsten Ziel – der sozialistischen Revolution – blieb die KPD in der Weimarer Republik erfolglos. Während der sog. *Märzaktion*, als die KPD im März 1921 gegen den Einmarsch schwer bewaffneter Polizeitruppen in das Mannsfelder Bergarbeitergebiet unvermittelt zum Generalstreik aufrief, folgte dem Aufruf nicht einmal die Hälfte der eigenen Mitgliedschaft⁹⁴. Die KPD erlitt eine schwere Niederlage. Ende 1923 ließ die KPD-Führung kampflos die Absetzung der linken SPD-KPD-Landesregierungen in Sachsen und Thüringen zu. Die sog. *Oktoberniederlage* führte zu einem dramatisch Mitgliedsschwund der KPD von 294.230 auf 121.394 Mitglieder⁹⁵. Solche katastrophalen Rückgänge der Mitgliedschaft mussten das Selbstbewusstsein der Funktionäre der KPD tief erschüttern, wie revolutionär sie sich auch immer gaben. Vor dem Hintergrund des Scheiterns der eigenen Revolutions- und Parteiaufbaubemühungen wird die schnelle Übernahme des Leninismus und des bolschewistischen Organisationsmodells der RKP(B) bzw. WKP(B) durch die KPD – und damit die Umsetzung des Konzeptes der *Reorganisation* der Mitgliedschaft in Betriebszellen – und als beider Quintessenz, die Transformation in eine stalinistische Partei, verständlich. Katastrophaler Tiefpunkt der Erfolglosigkeit der KPD in der Weimarer Republik war der Sieg Hitlers, den die kommunistische Partei nicht nur nicht verhindern half, sondern durch ihre Politik ungewollt begünstigte⁹⁶. Es wird zu untersuchen sein, inwieweit dafür bereits durch die *Reorganisation* der KPD die Grundlage gelegt wurde und welche Auswirkungen diese auf das Bewusstsein der KPD-Mitgliedschaft hatte.

Als sich 1924 der linkskommunistische Flügel in der KPD durchsetzte, geschah dies gegen den Willen des Komintern-Vorsitzenden Sinowjew und seines Abgesandten Guralski⁹⁷, auch wenn Sinowjew zur Zeit des *Offenen Briefes* des EKKI behauptete, dass das Politische Büro der RKP(B) lange geschwankt habe, „ob wir die Führung (der KPD –

⁹³ Im Sommer 1920 umfasste die KPD nur 66.323 Mitglieder. Die Vereinigung von USPD und KPD erfolgte im Dezember 1920 und machte die Vereinigte KPD (VKPD) mit 359.000 Mitgliedern zur Massenpartei, vgl. Angress, Werner T., *Stillborn Revolution. Die Kampfzeit der KPD 1921-1923*, Wien 1973 (Princeton 1963), S. 104 f. (im Folgenden zitiert: Angress, *Stillborn Revolution*, Seite).

⁹⁴ Schönhoven, Klaus, *Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat*, München 1989, S. 95 (im Folgenden zitiert: Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus*, Seite).

⁹⁵ Weber, *Wandlung*, S. 362.

⁹⁶ Vgl. Trotzki, Leo, Thälmann und die >>Volksrevolution<<, [Prinkipo] 14. April 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), *Schriften über Deutschland*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 102 f.; Vgl. Trotzki, Leo, *Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des >>Roten<< Volksentscheids*, [Prinkipo] 25. August 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), *Schriften über Deutschland*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 113 f.

⁹⁷ Fischer, Ruth, *Stalin und der deutsche Kommunismus. Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus ab 1925*, Bd. 2, Berlin 1991 (Frankfurt/M. 1948), S. 22.

Anm. P.B.) in die Hände der Linken legen sollten“⁹⁸, was Bände über das Demokratie- und Organisationsverständnis der Spitzen der KI und der RKP(B) spricht.

Die ideologische Übereinstimmung zwischen Sinowjew und der KPD-Linken wurde vor allem auf dem 5. Weltkongress der KI 1924 deutlich. Als sich dann nach dem Ende der internationalen revolutionären Welle 1918-1923 in der Sowjetunion der Konflikt zwischen Sinowjew/Kamenew-Trotzki und Stalin-Bucharin um die Industrialisierung bzw. die Bauernpolitik abzeichnete, die sich ideologisch in der Debatte um den Aufbau des Sozialismus in einem Land ausdrückte, griff die WKP(B) unter Stalin-Bucharin massiv in die Belange der Komintern und darüber in die der KPD ein. Ausdruck davon war der *Offene Brief* des EKKI vom 1. September 1925, mit dem nicht nur die linke KPD-Führungskern um Fischer/Maslow abgesetzt, sondern vor allem Sinowjew geschwächt wurde, der seine stärksten Verbündeten in der internationalen kommunistischen Bewegung verlor. Ernst Thälmann hatte frühzeitig Verbindungen zu Stalin und bot sich als Gallionsfigur für die KPD an. Als Parteiführer war Thälmann überfordert⁹⁹, da er selbst grundlegende Taktiken wie die Einheitsfrontpolitik nicht erfassen konnte¹⁰⁰. Daher war er leicht lenkbar und auf Unterstützung anderer angewiesen. Seinen Aufstieg verdankte er den linken Kommunisten, seinen Halt fand er bei Stalin. Für den intellektuellen Input sorgten erst linke Theoretiker wie Arkadi Maslow, dann moderate Kommunisten wie Ernst Meyer und schließlich Heinz Neumann. Es wird untersucht werden, wie der Leitungsblock der Fraktion von Thälmann/Dengel und der Fraktion von Meyer/Ewert 1925-1926 die Umstellung der Grundstruktur der KPD von der Wohngebietsorganisation auf Betriebs- und Straßenzellen durchführte und welche Folgen das für die KPD hatte.

Die dann ab Februar 1928 folgende ultralinke Wende des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI), die zur Ausschaltung bzw. Kapitulation des moderat kommunistischen Flügels in der Kommunistischen Internationale führte, entsprach nicht etwa einer Erschütterung des Kapitalismus – die Weltwirtschaftskrise brach erst im Oktober 1929 aus – sondern fand ihre Gründe innerhalb der Sowjetunion in der sog. *Liquidierung des Kulakentums*, d. h. der sog. reichen Bauern, die die Stalin-Fraktion gegen die Anhänger Bucharins ab Juli 1928 durchsetzte. Die ultralinke Wende stieß in der KPD auf Widerstände, die im September 1928 in der sog. Wittorf-Affäre zur vorübergehenden

⁹⁸ Sinowjew, Zur Lage in der KPD, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 251, Berlin 30.10.1925, S. 9.

⁹⁹ Bahne weist darauf hin, dass alle Reden und Aufsätze Thälmanns von Heinz Neumann oder Werner Hirsch geschrieben wurden, vgl. Bahne, Siegfried, Der Trotzismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Heidelberg 1958, S. 286, Fußnote 16; vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 927.

¹⁰⁰ Versteht man Thälmanns Auffassung nicht als Rechtfertigung, sondern nimmt sie ernst, dann hat er die Einheitsfronttaktik nicht verstanden, vgl. Adolphi, Wolfram/Schütrumpf, Jörn (Hrsg.), Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, Berlin 1996, S. 73 f.

Absetzung Ernst Thälmanns führten, der auf Druck der Stalin-Fraktion wieder eingesetzt wurde. Auch hier wird zu untersuchen sein, welche Veränderungen damit für die KPD verbunden waren, welche Auswirkungen sie auf die oppositionellen linken Kommunisten hatten und wie sie sich auf die Außenarbeit der KPD z. B. im Kampf gegen den Nationalsozialismus auswirkten.

Organisatorisch umfasste der Bezirk *Rheinland-Westfalen* der KPD / Spartakusbund 1919 nur einen Teil des Ruhrgebietes. Daneben gab es die Bezirke *Westfalen-Lippe* und *Westfalen-Süd*¹⁰¹. In der USPD war die Organisation für das Ruhrgebiet nicht einheitlich, sondern in die beiden Bezirke *Westliches Westfalen* und *Niederrhein* aufgeteilt, in welchem z. B. Essen lag¹⁰². Nach der Vereinigung mit der USPD gehörten zum Bezirk *Rheinland-Westfalen* der *Vereinigten Kommunistischen Partei* mit der Doppelnummer 19/20 die regionalen Strukturen der KPD im Ruhrgebiet und am Niederrhein. Wegen seiner Größe wurde dieser Bezirk auf dem 2. Parteitag der KPD im August 1921 in Jena in die Bezirke 18/19 *Rheinland-Westfalen-Nord*, zu dem der bisherige Bezirk 18 *Östliches Westfalen* gehörte, und den Bezirk 20 *Rheinland-Westfalen-Süd* geteilt¹⁰³. Über beiden Bezirken stand ein Oberbezirk der KPD, zu dem 1922 der Bezirk *Mittelrhein* gehörte. 1924 wurde der Oberbezirk abgeschafft, während die Bezirke in ihrer Struktur erhalten blieben. Der Bezirk *Rheinland-Westfalen-Nord* der KPD reichte von Mülheim bis Münster und von Dortmund bis Moers. Ab 1922 wurde er in den KPD-Bezirk *Ruhrgebiet* umbenannt¹⁰⁴. Er war vielleicht nicht der „wichtigste und größte Bezirk Deutschlands“¹⁰⁵, aber doch einer der wichtigsten.

Der KPD-Bezirk *Rheinland-Westfalen-Nord* setzte sich 1921 aus den neun Unterbezirken (UB) Hamborn-Wesel, Duisburg-Mülheim-Moers, Essen, Buer-Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund, Hamm-Münster und Bielefeld zusammen. Die Leiter der Unterbezirke arbeiteten hauptamtlich¹⁰⁶. Ein außerordentlicher Bezirksparteitag am

¹⁰¹ Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 275 f.

¹⁰² Ebenda, S. 247 f.

¹⁰³ Zentrale der Kommunistische Partei Deutschlands (Hrsg.), Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 13 und S. 438 f. (im Folgenden zitiert: KPD, 2. Parteitag).

¹⁰⁴ Weber, Wandlung, S. 372.

¹⁰⁵ Heinz Neumann über den Personenkult Ernst Thälmanns und die Auswirkungen auf den Kampf gegen den Faschismus, Moskau 10.4.1932, in: Weber, Hermann/Drabkin, Jakob/Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern (Bayerlein, H. Bernhard/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Lewin, Moshe/Mählert, Ulrich/Reimann, Michal/Sorokin, Andrej/Studer, Brigitte/Cubarjan, Alexandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge [Hrsg.], Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 6/1), Berlin/München/Boston 2015, Dok. 287, S. 865.

¹⁰⁶ Der Oberpräsident, Dem Staatskommissar für öffentliche Ordnung Berlin Wilhelmstr. 63/64 (Abschrift), Münster 21.9.1921, Landesarchiv NRW Westfalen (im Folgenden: LAV NRW W), Regierung (Reg.) Arnsberg 14450, Bl. 1619.

18./19.2.1922 der KPD *Rheinland-Westfalen-Nord* teilte Anfang 1922 den Unterbezirk Duisburg-Mülheim-Moers in Mülheim-Oberhausen und Duisburg-Moers und trennte den Unterbezirk Münster vom UB Hamm ab. Ein, zwei Jahre später wurde der Unterbezirk Münster erneut separiert und dem KPD-Bezirk *Nordwest* zugeordnet, aber im Sommer 1926 wieder in den Ruhrbezirk eingegliedert¹⁰⁷. Der UB Bielefeld soll angeblich 1927 vom Ruhrbezirk abgetrennt worden sein, wahrscheinlich schon 1923¹⁰⁸. Es wird zu untersuchen sein, ob verschiedene Reformen, die die KPD-Bezirksleitung im Bezirk Ruhrgebiet z. B. mit der Zusammenlegung von Unterbezirken im Dezember 1925¹⁰⁹ oder 1927 mit der Auflösung des Unterbezirks Buer durchführte, allein der Effektivierung der Organisationsstruktur dienten – wie es Eumanns Sicht ist¹¹⁰ – oder in erster Linie politisch motiviert waren, um die linke bzw. radikal linke Opposition besser bekämpfen zu können. Der KPD-Bezirk Ruhr gab die Zeitungen *Ruhr-Echo* in Essen, *Arbeiter-Zeitung* für Gelsenkirchen, *Vestische Arbeiterzeitung* für Buer, die *Westfälische Arbeiter-Zeitung* für Dortmund, Bochum, Hamm und Bielefeld und die *Niederrheinische Arbeiterzeitung* für den Raum Duisburg heraus¹¹¹.

Die polyzentrische Struktur des Ruhrgebietes spiegelte sich in der Struktur des KPD-Bezirks wider. Es gab eine große, nur schwer überschaubare Anzahl von Arbeitsgebieten und Ortsgruppen. Es ist zu analysieren, wie sich diese Struktur politisch auf die Möglichkeiten zur Opposition und umgekehrt auf die Kontrolle der KPD-Bezirksleitung über die Mitgliedschaft auswirkte. Die Mitgliedszahlen der KPD im Ruhrgebiet entwickelten sich wie folgt:

¹⁰⁷ Zentralkomitee der KPD. Sekretariat, Berlin 9.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 539 (bei allen angegebenen Quellen des SAPMO handelt es sich mit einer von mir gekennzeichneten Ausnahme um Mikrofiches).

¹⁰⁸ Der UB Bielefeld trat weder 1924 bei der Übernahme des Bezirkes durch die linken Kommunisten, noch in der BL Ruhr unter Schwan, noch bei der Florin-BL in Erscheinung, vgl. Kapitel 6.6 Die Weddinger Linke im KPD-Unterbezirk Bielefeld.

¹⁰⁹ Florin, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 12. Dezember 1925, [Essen Dezember 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 21.

¹¹⁰ Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 48 f.

¹¹¹ Weber, *Wandlung*, S. 375; *Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine*, Essen 1927, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

Mitgliedszahlen der KPD im Ruhrgebiet

Jahr	Mitglieder
1919	11.964 ¹¹²
1920/November	9.500 ¹¹³
1920/Dezember	53.976 ¹¹⁴
1921/Januar	27.000 ¹¹⁵
1922/Februar	21.881 ¹¹⁶
1922/September	18.500 ¹¹⁷
1923	21.259 ¹¹⁸
1924/März	5.757 ¹¹⁹
1924/April	6.022 ¹²⁰
1924/Dezember	11.000 ¹²¹
1925/April	19.655 ¹²²
1926/Sommer	7.000
1926/September	12.000 ¹²³
1927/Januar	10.970
1927/Februar	6.972
1927/März	9.120
1927/Juni	6.906 ¹²⁴
1927/Juli	8.031 ¹²⁵
1928	10.000 ¹²⁶

Die Anzahl der KPD-Mitglieder in den einzelnen Unterbezirken, Städten und Orten konnte nur in Ausnahmefällen festgestellt werden:

¹¹² Weber, Wandlung, S. 372. Mitglieder im KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord.

¹¹³ Wheeler, Robert E., USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 263 (im Folgenden zitiert: Wheeler, USPD, Seite). Mitglieder in den Bezirken Westliches und Östliches Westfalen und Niederrhein.

¹¹⁴ KPD, 2. Parteitag, S. 13. Mitglieder in den Bezirken Rheinland-Westfalen (Bezirke 19/20) und Östliches Westfalen. Die Angaben beziehen sich auf die Zeit vor der Märzaktion.

¹¹⁵ Wheeler, USPD, S. 263. Davon 2.000 im Bezirk Östliches Westfalen.

¹¹⁶ Zum Bezirksparteitag. Organisationsbericht über den Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, [Essen] o. D., Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: SAPMO Berlin), RY 1/I 3/18-19/1, Bl.1.

¹¹⁷ Zentrale der KPD, Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, S. 64.

¹¹⁸ Weber, Wandlung, S. 374.

¹¹⁹ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 53.

¹²⁰ Mitglieder der Bezirke, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 106.

¹²¹ Weber, Wandlung, S. 374.

¹²² Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 53. Die Angabe fällt völlig aus dem Rahmen.

¹²³ Schätzung der Polizei, in: Der Polizei-Präsident an den Herr Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Essen 7.9.1926, Landearchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 283. Davon 2.400 Mitglieder im Großraum Essen.

¹²⁴ Golke, Bezirk Ruhrgebiet. Finanzielle Übersicht und Mitgliederbewegung September 1927, Berlin o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 191.

¹²⁵ Die Zahlen Golkes belegen die hohe Fluktuation der Mitgliedschaft und sind ein Hinweis, dass die Angabe Webers für 1927 (10.000 Mitglieder) nur schwerlich als Durchschnittszahl gelten kann, da auch Eumann die Mitgliedschaft (8.262 Mitglieder) niedriger angibt, vgl. Weber, Wandlung, S. 374; vgl. Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 62 f.

¹²⁶ Weber, Wandlung, S. 374.

Mitglieder in Städten und Unterbezirken der KPD-Bezirks Ruhrgebiet							
Ort	1920	1921	1922	1923	1924	1925	1926
UB Duisburg							825 ¹²⁷
Gelsenkirchen	2.800		1.700 ¹²⁸				
Groß-Essen							2.600 ¹²⁹
Buer				1.850	300 ¹³⁰		500 ¹³¹
Bochum			1.000 ¹³²				
Dortmund							600 ¹³³
Dinslaken							180
Bocholt	300 ¹³⁴						50 ¹³⁵
Ickern							65 ¹³⁶

Der politische Einfluss der Kommunistischen Partei war im Ruhrgebiet, dessen Städte meist von bürgerlichen Parteien regiert wurden, höher als im Durchschnitt der Republik. Während die KPD bei der Reichstagswahl im Mai 1924 im Reich 12,6 % der Stimmen erhielt, waren es im Ruhrgebiet 20,5 % der Stimmen. Ging der Stimmenanteil der KPD bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 auf 9 % zurück, so im Revier auf 13 %. Kam die KPD bei der Reichstagswahl im November 1932 auf 16,9 %, so im Ruhrgebiet auf 24 %. Damit lag der Wahleinfluss der Ruhr-KPD ca. 4 - 8 Prozent höher als der der Gesamt-KPD.

Die von den linken Kommunisten sog. 'Atomisierung' der KPD führte zwar zu innerorganisatorischen Krisenerscheinungen, nicht aber zum organisatorischen Zerfall der Partei. Vielmehr machte es die Ausschaltung oppositioneller Ansichten und Fraktionen für die KPD-Zentrale erheblich leichter, die Kommunistische Partei zu führen. Der Apparat konnte gestraffte, effizientere Arbeitsweisen nutzen. Dieser mechanischen Auffassung stand entgegen, dass nur eine demokratische Organisation mit selbstständig denkenden Mitgliedern in der Lage war, die gesellschaftliche Totalität zu erfassen, adäquate Taktiken

¹²⁷ So zählte der UB Duisburg 825 Mitglieder im August 1926, s. Lessing, Bericht über Unterbezirkskonferenz Duisburg am 22.8.1926, Berlin 28.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/12, Bl. 182.

¹²⁸ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 143.

¹²⁹ Schätzung der Polizei, in: Der Polizei-Präsident an den Herr Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Essen 7.9.1926, Landearchiv Nordrhein-Westfalen, Abteilung Rheinland (LAV NRW R), BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 283.

¹³⁰ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 300.

¹³¹ KPD Buer auf dem Sterbebett, in: Entschiedene Linke, 2. Jg., Nr. 7/8, Berlin Mai/Juni 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

¹³² Vertrauensmann berichtet (Abschrift), Bochum 23.7.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 56; KPD, 2. Parteitag, S. 99.

¹³³ Kerff, Der Stand der Reorganisation im Unterbezirk Dortmund, o. O. [März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 25 f.

¹³⁴ Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Josef (Jup) Schmitz an Adolf Ehlers (Bremen), Bocholt, 26.10.1948, in: Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, Stuttgart 1983, S. 126. Die schlecht zu lesende Zahl in der Vorlage habe ich nach einem Einwand von Marcel Bois auf 300 korrigiert.

¹³⁵ Parteizerstörung im Ruhrgebiet, in: Kommunistische Politik, 1. Jg., Nr. 15/16, Berlin Ende August 1927, S. 6, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560 a.

¹³⁶ Bezirksleitung Ruhrgebiet. Abtlg. Gewerkschaften, Bericht der Abteilung Gewerkschaften, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/3/18-19/1, Bl. 47.

und Strategien zu entwickeln und entsprechend in das politische Geschehen einzugreifen. Das Unverständnis und Sektierertum, mit dem die KPD gegen Ende der Weimarer Republik der Bedrohung der Arbeiterbewegung durch den Nationalsozialismus begegnete und sie davon abhielt, eine Einheitsfront mit SPD und ADGB zu bilden, zeigte auf tragische Weise, dass ein demokratisches Innenleben unersetzbar war. Es wurde durch Veränderungen, unter denen hier die 'Atomisierung' zu untersuchen ist, ausgeschaltet.

Methode

In ihrer Methodik versucht „Die 'Atomisierung' der KPD zwischen 1923 - 1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ in Anlehnung an den polnischen marxistischen Historiker Isaac DEUTSCHER, der die Geschichte der Kommunistischen Partei Polens erforscht hat, zwei Ebenen zu berücksichtigen: „Die Ebene der internen Entwicklung der sowjetischen Partei und der Komintern“ und „die Ebene der Klassenkämpfe“¹³⁷. Dabei will diese Arbeit die 'Atomisierung' einer konkreten Partei in einem spezifischem Zeitraum in einer spezifischen Industrieregion in einer spezifischen Arbeiterbewegung analysieren, wobei die KPD-Ruhr Teil einer Gesamtpartei in Deutschland war, die sich wiederum als Teil einer Kommunistischen Weltorganisation begriff, die maßgeblich von der materiellen Unterstützung der Sowjetunion abhängig war. Ohne den Anspruch zu erheben, alle damit verbundenen unterschiedlichen ideologischen, politischen, sozialen, ökonomischen und kulturellen Aspekte der Geschichte des KPD-Bezirks Ruhr berücksichtigen zu können, muss der eigene methodische Ansatz doch versuchen, die konkrete historische Fragestellung in Beziehung zu nahen und fernen äußeren Einflüssen zu setzen und zu analysieren. Die Geschichte als ein Ganzes zu verstehen, scheint mir nur unter dem Gesichtspunkt der sog. *Totalität* möglich. Dazu heißt es bei Georg Lukács:

„Nicht die Vorherrschaft der ökonomischen Motive in der Geschichtserklärung unterscheidet entscheidend den Marxismus von der bürgerlichen Wissenschaft, sondern der Gesichtspunkt der Totalität. Die Kategorie der Totalität, die allseitige, bestimmende Herrschaft des Ganzen über die Teile ist das Wesen der Methode, die Marx von Hegel übernommen und originell zur Grundlage einer ganz neuen Wissenschaft umgestaltet hat (...) Die abstrahierende Isolierung der Elemente, sowohl eines ganzen Forschungsgebietes wie einzelner Problemkomplexe oder Begriffe innerhalb eines Forschungsgebietes, ist freilich unvermeidlich. Das Entscheidende bleibt aber, ob diese

Isolierung nur Mittel zur Erkenntnis des Ganzen ist, d. h. stets dem richtigen Gesamtzusammenhang, den sie voraussetzt und fordert, einverleibt wird, oder ob die

¹³⁷ Deutscher, Issac, Die Tragödie des polnischen Kommunismus zwischen den Weltkriegen, in: Gruppe Internationale Marxisten, Die Internationale, Bd. 13, Frankfurt/M. 1978 (Les Temps Modernes, Bd. 13, Paris 1957), S. 86.

abstrakte Erkenntnis des isolierten Teilgebietes ihre >Autonomie< bewahrt, Selbstzweck bleibt“¹³⁸.

Auch wenn Lukács davon ausgeht, dass diese Totalität nicht von einem Individuum, sondern selbst wieder nur von einer Totalität, d. h. von einer Klasse, erfasst werden kann¹³⁹, so scheint mir sein methodischer Ansatz die Debatte in der Historischen Kommunismusforschung, ob z. B. zur Erforschung der Geschichte der KPD der programmatischgeschichtliche Ansatz Hermann Webers oder der milieugeschichtliche von Klaus-Michael Mallmann und ihrer jeweiligen Anhänger der Richtige sei, als Scheindebatte zu kennzeichnen, die wichtige unterschiedliche Forschungsansätze und -erkenntnisse konträr gegenüberstellt, anstatt sie in einem sich ergänzenden, vielfältigen Ganzen zusammen zu führen. Damit soll keineswegs geschichtlichen Kontroversen aus dem Weg gegangen werden. Vielmehr wird in „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923-1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ vehement einigen überlieferten Annahmen und Erkenntnissen der Historischen Kommunismusforschung widersprochen. Allerdings ändert das nichts daran, dass zu einer umfangreichen Bewertung der KPD-Geschichte die verschiedensten programmatisch-, ideologie-, sozial- und milieugeschichtlichen Ansätze notwendig sind, um über Einseitigkeiten hinaus zu kommen. Von den Hilfswissenschaften nutzt „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923 - 1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ überwiegend die Chronologie und die Quellen- und Aktenkunde. Von den Zweigwissenschaften werden vor allem die historische Wirtschaftskunde (z. B. bei der Bestimmung der wirtschaftlichen Entwicklung), einschließlich der historischen Technikgeschichte (z. B. bei der Rationalisierung im Bergbau), die Sozialwissenschaften (z. B. bei der Erforschung des Bergarbeitermilieus) und die historische Geographie (z. B. bei der Eingrenzung des Ruhrgebietes) zu Rate gezogen. Leider konnte die Geschichte der Frauen in der KPD-Ruhr nicht ausführlich untersucht werden. Diese war – auch durch das bestimmende Bergarbeitermilieu – eine Männerpartei.

Als Kind der Metropole Ruhrgebiet und trotzkistischer Aktivist interessiert den Autor von „Die ‚Atomisierung‘ der KPD zwischen 1923 - 1927 am Beispiel des KPD-Bezirks Ruhrgebiet“ die revolutionäre Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet¹⁴⁰ und als Historiker die Erforschung ihrer Geschichte. Die vorgelegte Dissertation ergab sich insofern aus seiner Veröffentlichung *Trotzkisten gegen Hitler*¹⁴¹, als diese nahe legte, die Geschichte der

¹³⁸ Vgl. Lukács, Georg, Rosa Luxemburg als Marxist, in: Lukács, Georg, Geschichte und Klassenbewusstsein, 3. Aufl., Darmstadt/Neuwied 1975 (Berlin 1923), S. 94 und 95.

¹³⁹ Ebd., S. 96.

¹⁴⁰ Vgl. Berens, Peter, Der Babcock-Bankrott. Korumpieren, abkassieren, liquidieren, 2. Auflage, Köln 2013 (2004).

¹⁴¹ Vgl. Berens, Peter, Trotzkisten gegen Hitler, Köln 2007.

Linken Opposition der KPD im Ruhrgebiet bis zu ihren Ursprüngen zurück zu verfolgen. Gewissermaßen ist die vorgelegte Dissertation der Teil 1 zu einem bereits erschienenen Teil 2 über die linke Opposition der KPD im Ruhrgebiet im Kampf gegen den Nationalsozialismus. Bei der Untersuchung der 'Atomisierung' der KPD, d. h. der Umstellung der KPD-Struktur auf Betriebszellen, kam dem Autor zugute, dass er selbst von 1972 bis heute den Aufbau von gewerkschaftlichen Gruppen und linken Zellen in und die Publikation von linken Betriebsflugblättern vor Betrieben in Oberhausen, Mülheim und Duisburg aktiv unterstützt hat. Trotz dieser ausdrücklichen Positionierung und obwohl sich der Autor in der Kommunismusforschung zu den „Utopie-Bewahrem“¹⁴² zählt, ist es keineswegs sein Anliegen, traditionelle Positionen der Kommunismusforschung zu verteidigen. Die Erkenntnisse aus der Untersuchung nahmen eine Wendung, die er selbst zu Beginn seiner Forschung nicht für möglich gehalten hätte. Dazu gehört die Infragestellung der sog. *Stalinisierung* der KPD und der in der Historischen Kommunismusforschung weitgehend üblichen Charakterisierung der Fraktionen.

Die vorliegende Dissertation gelangt zu mehreren neuen Erkenntnissen für die Geschichtswissenschaft im Allgemeinen und für die Historische Kommunismusforschung im Besonderen:

- Sie erkennt die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft der KPD in kleine und kleinste Betriebszellen als qualitative Veränderung der Organisationsstruktur der KPD – ein Problem, das die Historische Kommunismusforschung bisher nicht untersucht hat – die die KPD zwischen 1925-1927 in eine nur noch schwer zu reformierende Partei verwandelte.
- Sie weist nach, dass die Gruppe *Der Kampf* im Ruhrgebiet ein eigenständiger Gründungsbestandteil der KPD war – was bisher von der Historischen Kommunismusforschung übersehen worden ist.
- Sie belegt die Bildung einer linkskommunistischen Opposition im Ruhrgebiet gegen die moderate KPD-Führung um Paul Levi, dreiviertel Jahr bevor sich in Berlin die linke Opposition bildete.
- Sie rückt die Bedeutung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* im Ruhrgebiet ins Rampenlicht – die von der Historischen Kommunismusforschung bisher nicht eingehend untersucht wurde – was die übliche Beurteilung der Gewerkschaftspolitik der KPD durch die Historische Kommunismusforschung in Frage stellt.
- Sie weist an Hand der KPD des Ruhrgebiets nach, dass zu den linkskommunistischen Oppositionsgruppen die Fraktion der *Chemnitzer Linken* gezählt

¹⁴² Oppelland, Torsten, Der Kommunismus in der Geschichtskultur Deutschlands, in: Knigge, Volkhard (Hrsg.), Kommunismusforschung und Erinnerungskultur in Ostmittel- und Westeuropa (Veen, Hans-Joachim/Knigge, Volkhard/Oppelland, Torsten (Hrsg.), Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg), Köln, 2013, S.108 f.

werden muss, die keineswegs wie andere Fraktionen bis 1928/1929 ausgeschaltet worden ist – was der Sicht auf die Fraktionen der KPD durch die Mehrheit der Historischen Kommunismusforschung und damit der Theorie der sog. Stalinisierung widerspricht.

- Sie entdeckt die kleine radikal linke Fraktion *Linker Flügel der KPD / Linke Arbeiteropposition in der KPD Ruhrgebiet* – die der Historischen Kommunismusforschung bisher unbekannt war.
- Sie belegt die Fortexistenz der *Gruppe Kommunistische Politik* bis 1930, während die Historische Kommunismusforschung von ihrer Auflösung Ende 1927 ausgeht.
- Sie findet Indizien für die Fortexistenz der *Weddinger Linken* in Bielefeld bis 1936 – während die Historische Kommunismusforschung diese Gruppe mit dem Jahr 1930 als aufgelöst ansieht.
- Nicht zuletzt sollen historische Persönlichkeiten der Arbeiterbewegung, die zumindest für die lokale Geschichte z. B. in Duisburg, Essen, Dortmund, Bocholt, Buer, Wattenscheid und Ickern Bedeutung gehabt haben, ebenso vor dem Vergessen bewahrt werden wie die große rätendemokratische Bergarbeitergewerkschaft *Union der Hand- und Kopfarbeiter* und die Opposition der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet gegen den Ersten Weltkrieg. Damit soll auch Thomas Welskopp's Forderung an die Geschichtsschreibung über das Ruhrgebiet nachgekommen werden, den Arbeitern ein Gesicht zu verleihen¹⁴³.

2.0 Die Wurzeln des Linkskommunismus im Ruhrgebiet

Der Linkskommunismus im Ruhrgebiet hatte historisch eigenständige Wurzeln. Zum einen fußte er im Bergarbeitermilieu und in dessen besonderer Radikalisierung seit dem Ersten Weltkrieg, die sich in den Kämpfen der Nachkriegszeit in der eigenständigen Gewerkschaftsbewegung der Unionen kristallisierte. Zum anderen entstand der Linkskommunismus im Ruhrgebiet aus der Sozialdemokratie, aus der im Raum Duisburg die Gruppe *Der Kampf* hervorging.

2.1 Das Ruhrgebiet und seine Sozialstruktur in den 1920er Jahren

In vorindustriellen Zeiten bildete die Gegend um Ruhr und Emscher weder eine von der Natur vorgegebene, noch eine historisch-territoriale oder administrative Einheit. Diese entstand erst ab Mitte des 19. Jahrhunderts mit der Förderung von Kohle und der

¹⁴³ Welskopp, Thomas, Wie schreibt man die Geschichte des Ruhrgebiets? Anmerkungen zum Projekt „Historisches Lesebuch“ der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte, Nr. 40, Essen 2008, S. 123.

Produktion von Stahl d. h. mit der Industrialisierung¹⁴⁴. Die Begrenzung des Ruhrreviers richtete sich nach dem Gebiet, auf das sich der Kohleabbau erstreckte, wobei sich die Stahl- und Eisenproduktion auf der Hellweglinie Duisburg-Essen-Bochum-Dortmund entwickelte.

Nach der Volkszählung vom 1.12.1910 und dem Statistischen Jahrbuch 1926 lebten in den folgenden Städten des Ruhrgebiets¹⁴⁵:

Einwohner in ausgewählten Städten im Ruhrgebiet			
	Einwohner 1925¹⁴⁶	Einwohner 1910	dort geboren/%
Hamm	49.777	43.663	51,8
Dortmund	320.256	214.226	42,9
	34.575	32.791	48,7
Aplerbeck	10.940		
Ickern	13.435		
Castrop	18.480		
Bochum	156.762	186.931	33,9
Wattenscheid	30.489		
Günnigfeld	10.098		
Herne	66.519	57.147	38,7
Wanne	40.236		
Gelsenkirchen	207.153	169.513	45,0
Buer	99.307	61.510	30,5
Recklinghausen	60.352	60.352	39,3
Essen	468.696	294.653	48,1
Gladbeck	60.175		
Oberhausen	105.121	89.900	41,6
Sterkrade	50.661		
Mülheim	127.195	112.580	51,9
Duisburg	271.790	229.483	50,7
Rheinhausen	32.572		
Moers	26.523		
Hamborn	126.043	101.703	18,6
Dinslaken	25.229		
Bocholt	30.182		

Der rheinisch-westfälische Industriegebiet genannte Ballungsraum mit ca. 3 Millionen Einwohnern in den o.g. Städten war polyzentrisch. Neben den Zentren Dortmund, Bochum, Gelsenkirchen, Essen und Duisburg gab es Unterzentren. Die Aufhebung von Landkreisen und die Eingemeindung kleinerer Städte während der 1920er Jahren sollte nicht etwa den Polyzentrismus aufheben, sondern waren u. a. eine Reaktion des Bergwerks- und

¹⁴⁴ Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 4 f.

¹⁴⁵ Beilage der Arbeiter-Zeitung. Sozialdemokratisches Organ für das östliche industrielle Ruhrgebiet, 23. Jg., Nr. 118, Dortmund 23.5.1914, Bl. 4, Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 3972. Aufgezählt werden hier nur die Kommunen, die in dieser Untersuchung vorkommen.

¹⁴⁶ Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 8 f. Es fällt auf, dass in den beiden Hochburgen des Syndikalismus, Hamborn und Mülheim, die wenigsten und die meisten vor Ort Geborenen lebten.

Hüttenkapitals auf links orientierte Stadtkommunen¹⁴⁷. In den Zusammenschlüssen kam, wenn auch nur gebrochen, die objektive Tendenz zur Vereinheitlichung zum Ausdruck. Bis 1911 hatten einige Orte wie Hamborn und Buer den rechtlichen Status von Dörfern¹⁴⁸. Die Anhäufung von Städten glich einem auseinanderlaufenden Ölfleck, der sich mit der Nordwanderung der Bergwerke ausbreitete.

Trotz Polyzentrismus und zentrifugaler Tendenzen war das Ruhrgebiet seit Anfang des 20. Jahrhunderts eine einzige riesige Stadt. Während die Bezeichnung „Ruhrgebiet“ bereits ab 1878 nachweisbar ist, sahen zuerst die Kontrahenten im politischen Spektrum das Ruhrgebiet als eine zusammengehörende Metropole an. 1925 ging der Historiker und Analytiker der Bergwerks- und Stahlunternehmen, Hans Spethmann, mit Blick auf die „Großwirtschaft an der Ruhr“ von der „werdenden Ruhrstadt“¹⁴⁹ aus. Die KPD-Fraktion im Preußischen Landtag beantragte 1929, das Ruhrgebiet von Rheinhausen bis Lünen und von Hattingen bis Walsum zu einer „Ruhrstadt“ zusammenzuschließen¹⁵⁰. Der Vordenker der Montanwirtschaft und die Kommunistische Partei erfassten die objektiv vorhandene Struktur und zogen daraus die entsprechenden Schlussfolgerungen. Der Antrag der KPD blieb Episode. Die Parole für eine *Ruhrstadt* ging nicht in die kommunistische Propaganda ein. Die KPD-Bezirksleitung bemühte sich zwar, eine relativ einheitliche Politik im Ruhrgebiet zu machen. Die Umwandlung des KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord in den KPD-Bezirk Ruhrgebiet widerspiegelte frühzeitig diesen Prozess. Der Bezirk reichte von Rheinhausen bis Ahlen und von Mülheim bis Bocholt. Doch Hagen gehörte zum KPD-Bezirk Niederrhein. Das zeigt die Inkonsequenz und Grenzen der kommunistischen Betrachtungsweise des Ruhrgebietes als einheitliches Ganzes.

Auch Hans Spethmanns Vision von der „werdenden Ruhrstadt“ schoss weit über das Ziel der Montanwirtschaft hinaus, für die er arbeitete. Um selbst geplant und einheitlich im Unternehmen, im Ruhrgebiet und im Staat handeln zu können, verfügten die Eigner der Bergwerke und Hütten über die notwendigen Strukturen mit dem Konzern, ab 1893 mit dem Kohlesyndikat, ab 1908 mit dem Zechenverband und ab Ende 1916 mit der

¹⁴⁷ Tenfelde, Klaus, Ruhrstadt – Historischer Hintergrund, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Ruhrstadt. Visionen für das Ruhrgebiet, Bochum 2002, S. 13 (im Folgenden zitiert: Tenfelde, Ruhrstadt, Seite).

¹⁴⁸ Reulecke, Jürgen, Das Ruhrgebiet: Stadtentwicklung und Verstädterung vom 19. bis zum 20. Jahrhundert, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 185 (im Folgenden zitiert: Reulecke, Ruhrgebiet Stadtentwicklung, Seite).

¹⁴⁹ Spethmann, Hans, Die Großwirtschaft an der Ruhr. Eine Darstellung ihrer Grundlagen, Breslau 1925, zit. n. Blotevogel, Hans Heinrich, Das Ruhrgebiet – Vom Montanrevier zur postindustriellen Urbanität?, in: Heineberg, Heinz/Temlitz, Klaus (Hrsg.) Strukturen und Perspektiven der Emscher-Lippe-Region im Ruhrgebiet, Münster 2003, S. 5; zit. n. Tenfelde, Klaus, Bergbau und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kaufhold, Karl Henrich/Reininghaus, Wilfried (Hrsg.), Stadt und Bergbau, Köln/Weimar/Wien-Böhlen 2004, S. 123 (Johannek, Peter [Hrsg.] Städteforschung. Veröffentlichung des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Bd. 64), (im Folgenden zitiert: Tenfelde, Bergbau und Stadtentwicklung, Seite).

¹⁵⁰ Tenfelde, Ruhrstadt, S. 16.

Fachgruppe Industrie im *Centralverband Deutscher Industrieller*¹⁵¹. Der administrative Überbau der Städte und Landkreise, von drei Regierungsbezirken Münster, Düsseldorf und Arnsberg und zwei Provinzen¹⁵² entsprach jedoch in keiner Weise der relativ einheitlichen ökonomisch-montanen Basis. Die Konsequenz aus der ökonomischen Vereinheitlichung war nicht die Ruhrstadt, die neben das zentralisierte Kohlesyndikat eine ebenso zentralisierte Verwaltung gesetzt hätte. Ganz im Gegenteil war die administrativ-politische Zersplitterung des Ruhrgebietes die Voraussetzung, damit die Bergwerks- und Hüttenkonzerne unangefochten ihre Herrschaft ausüben konnten. Dem entsprach die Einteilung der Wahlkreise. Im Ruhrgebiet waren Mitte der 1920er Jahre die Städte Osterfeld, Bottrop, Gladbeck, Buer, Recklinghausen (und Bocholt) dem Wahlkreis Westfalen Nord zugeordnet, der auch die Regierungsbezirke Münster und Minden umfasste. Der Wahlkreis Westfalen Süd stimmte mit dem Regierungsbezirk Arnsberg überein, in dem neben dem Sauerland die Städte Hamm, Dortmund, Hörde, Gelsenkirchen, Wattenscheid, Bochum, Herne, Wanne-Eickel, Castrop-Rauxel, Hagen, Witten eingegliedert waren. Zum Wahlkreis Düsseldorf Ost gehörte neben dem bergischen Land die Ruhrstadt Essen und zum Wahlkreis Düsseldorf West gehörten neben vielen Kommunen des übrigen Niederrheins auch Dinslaken, Sterkrade, Oberhausen, Mülheim, Duisburg und Hamborn¹⁵³. Gegenüber einzelnen Städten, drei Verwaltungsbezirken und zwei Provinzen ließ sich das gemeinsame Klasseninteresse des Bergwerks- und Hüttenkapitals besser durchsetzen. So fiel es leichter, die genannten Verwaltungsstrukturen in die eigene Politik einzubinden und im Reich nicht nur als wirtschaftlicher Faktor auszutreten, sondern als eine Macht, hinter der auch die Verwaltungen des Ruhrgebietes standen. Die Strukturpolitik der Ruhrunternehmer verzichtete auf Kasernen in den zentralen Städten, damit sich die Soldaten nicht mit der Arbeiterklasse solidarisieren konnten, und auf Universitäten, um die Arbeiterinnen und Arbeiter von Bildung fernzuhalten. Kennzeichnend für das Ruhrgebiet war außerdem sein niedriges Steueraufkommen¹⁵⁴.

Das Ruhrrevier war nicht nur das größte Industriegebiet Deutschlands und „Kernstück des (...) Wirtschaftslebens“. Es galt als Zentrum der Steinkohleförderung Mitteleuropas, war eine der größten Eisen- und Stahlregionen der Welt¹⁵⁵ und vor dem Ersten Weltkrieg

¹⁵¹ Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 396 f.

¹⁵² Tenfelde, Bergbau und Stadtentwicklung, S. 128.

¹⁵³ Schnetter, Richard/Schwenk, Paul (Hrsg.), 4 Jahre Weimarer Koalition in Preußen. Handbuch der Kommunistischen Fraktion des preußischen Landtages, Berlin 1928, S. 459 f.

¹⁵⁴ Reulecke, Ruhrgebiet Stadtentwicklung, S. 190.

¹⁵⁵ Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien, Bd. 3, Berlin 1929, S. 11 (im Folgenden zitiert: Spethmann, Leitlinien).

„Waffenschmiede Europas“¹⁵⁶. In der Weimarer Republik lagen im Revier „72 Prozent der Steinkohleförderung, 54 Prozent der Roheisen- und 53% der Rohstahlproduktion des Landes“¹⁵⁷. Die Kohlenfelder waren in Privatbesitz der großen Konzerne Gelsenkirchener Bergwerks AG, Essener Steinkohlebergwerke, Haniel, Stinnes, der staatlich-preußischen Hibernia, Thyssen, Harpen, Krupp, Hoesch-Köln-Neuessen, Westfalen/Dt. Conti, Klöckner, Gutehoffnungshütte, Ewald-König Ludwig und Rheinstahl. Es entstanden die „Hüttenzechen“¹⁵⁸. Von diesen Besitzverhältnissen stammte der früher oft verwendete Ausdruck „Schlotbarone“ für die Unternehmerfamilien Haniel, Stinnes, Thyssen, Krupp und Klöckner und ihre Manager¹⁵⁹. Die führenden Manager vertraten in der Regel eine härtere Haltung als die Bergwerksbesitzer¹⁶⁰. Die über Jahrzehnte anhaltende Expansion des Bergbaus und der Hüttenindustrie stärkte das Selbstbewusstsein ihrer Besitzer außerordentlich. Die Kohle- und Stahlunternehmer der Ruhrindustrie besaßen in Deutschland eine einzigartige wirtschaftliche und politische Machtstellung. Ihrem „Herr-im-Haus-Standpunkt“ entsprach eine besonders diktatorische Betriebshierarchie¹⁶¹. Berühmt war der sog. „Kruppsche Drill“¹⁶². Trischler verwendet für die Arbeitsbeziehungen den Ausdruck „Grubenmilitarismus“¹⁶³. Allergisch reagierten sie auf Lohnforderungen, war doch im Bergbau der Anteil der Lohnkosten am Produktionswert hoch¹⁶⁴. Ein Überangebot an Arbeitskräften sorgte dafür, die Löhne der Bergleute niedrig zu halten¹⁶⁵. Im Vergleich zu den Eignern der Hütten und Zechen und den Arbeitern und auch den Grundeigentümern war das Bürgertum im Ruhrgebiet schwach¹⁶⁶. Für die Mehrheit der Kapitaleigner an der Ruhr stand bis zu seinem Tod 1924 Hugo Stinnes. Der Mülheimer war der einflussreichste Unternehmer im Ruhrgebiet und in der

¹⁵⁶ Reulecke, Jürgen, Vom ländlichen Idyll zur „Waffenschmiede Europas“. Das Ruhrgebiet auf dem Weg in die Moderne, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 9 f. (im Folgenden zitiert: Reulecke, Waffenschmiede, Seite)

¹⁵⁷ Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 51.

¹⁵⁸ Plumpe, Werner, Die Unternehmer im Ruhrbergbau zwischen Jahrhundertwende und Weimarer Republik, in: Goch, Stefan/Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001, S. 85 (im Folgenden zitiert: Plumpe, Unternehmer, Seite).

¹⁵⁹ Spethmann, Hans, Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik. Das Ruhrrevier der Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1938, S. 712 (im Folgenden zitiert: Spethmann, Gegenwart, Seite); Plumpe, Unternehmer, S. 90.

¹⁶⁰ Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983, S. 191.

¹⁶¹ Von Oertzen, Peter, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. erw. Aufl., 1976 Berlin/Bonn-Bad Godesberg (1963 Düsseldorf), S. 128 (im Folgenden zitiert: Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, Seite); Weitz, Creating Communism, S. 25.

¹⁶² Weitz, Creating Communism, S. 66.

¹⁶³ Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 393.

¹⁶⁴ Hickey, Workers, S. 113.

¹⁶⁵ Fischer-Eckert, Li, Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland, Tübingen 1913, S. 46 f. (im Folgenden zitiert: Fischer-Eckert, Lage der Frauen, Seite).

¹⁶⁶ Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983, S. 31 f.

Weimarer Republik, der über einen weltweiten Konzern mit 1.222 Betrieben und 600.000 Beschäftigten herrschte, dessen Schwerpunkt im Ruhrgebiet lag. Stinnes ergriff 1914 die Initiative zur gemeinsamen Formulierung der Kriegsziele der Schwerindustriellen. An der Ausarbeitung waren August Thyssen und Alfred Hugenberg (Krupp) beteiligt. Sie verlangten von Russland, Frankreich und Belgien die Abtretung von Landesteilen mit reichen Bodenschätzen und von Kolonien. Hugenberg und Stinnes arbeiteten eng mit dem reaktionären *Alldeutschen Verband* zusammen¹⁶⁷. In der Weimarer Republik wurde Stinnes als Reichstagsabgeordneter der *Deutschen Volkspartei (DVP)* aktiv¹⁶⁸. Der *Reichsverband der Industrie* wurde von den Bergwerks- und Hüttenbesitzern des Reviers dominiert¹⁶⁹. Deren Mehrheit um Stinnes vertrat in der Regel in entscheidenden gesellschaftspolitischen Fragen eine *harte* Position. Für die Reparationszahlungen des Versailler Vertrages wollte Stinnes die Lohnabhängigen zahlen lassen¹⁷⁰. Zudem war er für die Zwangsvollstreckung, statt die Abgaben freiwillig zu leisten. Für die Mehrheit des Ruhrkapitals stand der äußere Feind weiterhin „im Westen“¹⁷¹, während die Bedingungen des Versailler Vertrages das Gewicht der Bergwerks- und Hüttenbesitzer innerhalb Deutschlands noch einmal durch den Wegfall anderer Bergbau- und Stahlregionen verstärkte¹⁷². Ihr innerer Feind war die Arbeiterbewegung und deren sozialistisches Ziel¹⁷³. Zur „Scharfmacherfraktion“ gehörte auch Alfred Hugenberg¹⁷⁴. Kennzeichnend für die Eigner der Hüttenzechen war ihr direktes wirtschaftliches Interesse, das hinter ihrem politischen Handeln stand¹⁷⁵. Stinnes war jedoch flexibel genug, mit dem „Stinnes-Legien-Abkommen“ vom 15.11.1918 vorübergehend eine „Zentralarbeitsgemeinschaft“ mit den Gewerkschaften zu bilden, um durch Zugeständnisse, revolutionären Bestrebungen entgegenzuwirken¹⁷⁶. Ausgeprägtes Selbstbewusstsein, herausragende gesellschaftliche Machtposition und konservatives

¹⁶⁷ Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924 (Boockmann, Hartmut/Degn, Christian/Erdmann, Karl Dietrich/Lehmann, Hartmut/Mayer, Hans Eberhard/Nitsche, Peter/Runeby, Nils [Hrsg.], Kieler Historische Studien, Bd. 28), Stuttgart 1979, S. 30 f.

¹⁶⁸ Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998, S. 9.

¹⁶⁹ Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie und Politik, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 98 f.

¹⁷⁰ Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 151.

¹⁷¹ Spethmann, Leitlinien, S. 17 f.

¹⁷² Adelshauser, Werner, Die Ruhrwirtschaft im 20. Jahrhundert. Der lange Abschied des Industriezeitalters, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 70.

¹⁷³ Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie und Politik, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 93; Plumpe stellt zu sehr psychologische Gründe für die harte Haltung der Bergwerksdirektoren in den Vordergrund, vgl. Plumpe, Unternehmer, S. 85.

¹⁷⁴ Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 406.

¹⁷⁵ Przigoda, Stefan, Bergbauindustrie und Politik 1850 bis 1918, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 423.

¹⁷⁶ Ebd., S.409.

Klassenbewusstsein spiegelten sich in den Namen einiger Zechen wider, die nach den Mitgliedern von Unternehmerfamilien bzw. nach konservativen Politikern und Adeligen benannt wurden¹⁷⁷. Auch wenn die Zentralisierung der Bergwerkskonzerne Grenzen in der Konkurrenz untereinander fand, so war sie doch wirksam¹⁷⁸. Hinter den schillernden Biographien ihrer Vertreter und vorhandenen Partikularinteressen wurden immer wieder die gemeinsamen Interessen als Zechen- und Hüttenbesitzer deutlich¹⁷⁹.

1925 gehörten in Deutschland zwei Drittel der Gesellschaft zu den Lohnabhängigen, ein Drittel zum Klein- bzw. Großbürgertum. Von den 12,6 Millionen in Betrieben beschäftigten Arbeitern und Angestellten waren 2,1 Millionen (16,7 %) in Großbetrieben mit über 1.000 Personen tätig, aber 5,7 Millionen Lohnabhängige (45,2 %) in Betrieben unter 50 Personen. Die 578.000 Bergleute waren erheblich mehr in Großbetrieben konzentriert als andere Lohnabhängige¹⁸⁰. Die Beschäftigung in den verschiedenen Branchen in den fünf Kernkreisen des Ruhrgebietes Dortmund, Recklinghausen, Bochum, Essen und Duisburg betrug Mitte der 1920er Jahre 1.559.098 Erwerbstätige (Selbstständige und mithelfende Familienangehörige, Arbeiter und Angestellte) bei einer Bevölkerung von 3.462.227 Personen¹⁸¹. In den größten Branchen waren erwerbstätig:

Erwerbstätigkeit 1925 nach ausgewählten Branchen im Ruhrgebiet¹⁸²

Bergbau	421.075
Stahl-/Eisenherstellung	185.000
Maschinenbau/Elektrotechnik	75.000
Baugewerbe	97.096
Textil	42.343
Handel/Banken/Versicherungen	149.050
Öffentlicher Dienst	86.963
Verkehr	77.817
Haushalt	89.345

¹⁷⁷ Reulecke, Waffenschmiede, S. 15.

¹⁷⁸ Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 395.

¹⁷⁹ Przigoda, Stefan, Bergbauindustrie und Politik 1850 bis 1918, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 425 f.

¹⁸⁰ Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 14 f. (im Folgenden zitiert: Winkler, Schein der Normalität, Seite).

¹⁸¹ Tenfelde, Klaus, Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet, in: Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 145 (im Folgenden zitiert: Tenfelde, Schichtung Klassenbildung).

¹⁸² Tenfelde, Schichtung Klassenbildung, S. 148 f.; kleinere Branchen wurden von mir nicht berücksichtigt.

Die Beschäftigung in der Landwirtschaft war mit 2,8 Prozent minimal gegenüber 30,5 Prozent reichsweit. Der Anteil der Dienstleistungen lag immerhin bei 31,1 Prozent¹⁸³. Während das Großbürgertum im Ruhrgebiet gering an Zahl war, waren 1.264.703 Arbeiter und Angestellte lohnabhängig (88,9 %). Die von der KPD analysierte Klassenstruktur sagt indes nichts über das Bewusstsein der „Klasse für sich“ aus¹⁸⁴. Die Arbeiterschaft war nicht homogen. Die Schicht der 923.972 Arbeiter lebte unter anderen Bedingungen als die der 340.731 Angestellten¹⁸⁵.

Ende 1924 gab es im Ruhrgebiet ca. 290 Zechen. Von den 240 produzierenden Schachanlagen hatten zweihundert eine Belegschaft von 1.000 bis 4.000 Personen. Die Struktur des Bergbaus prägte das Ruhrgebiet:

Beschäftigte im Ruhrbergbau und Steinkohle-Förderung			
Jahr	Bergarbeiter	Förderung Mio. t	Förderung pro Kopf/Jahr
1913	407.000 ¹⁸⁶	114,2	256 t ¹⁸⁷
1920		88,1	
1922	553.027 ¹⁸⁸	96,7	174,8 t
1923	564.061	41,4	73,4 t
1925	406.000	104,1	256,4 t
1926	456.000	112,1	245,9 t
1927	418.506 ¹⁸⁹	118,0	281,9 t
1928		114,6	
1929	365.104 ¹⁹⁰	123,6	338,5 t
1930	290.000	107,2	369,5 t
1931	223.000	85,6	383,9 t
1932	198.000 ¹⁹¹	73,3 ¹⁹²	370,1 t

Weitere wichtige Branchen waren die Stahlindustrie, der Metallbau, der Transport, die Bauwirtschaft, die Brauereien und in Duisburg der Hafen. Von ca. 200 Metallbetrieben im Ruhrgebiet hatten nur sechsunddreißig eine Belegschaft mit über eintausend Arbeitern und Angestellten¹⁹³. Von den Stahlbetrieben ragten die Krupp-Werke in Essen mit 41.000 Beschäftigten im Jahr 1914 heraus, deren Zahl 1918 auf 107.000 stieg, um nach Kriegsende auf 38.000 abzufallen¹⁹⁴. Das wirkte sich auch auf die KPD im Unterbezirk

¹⁸³ Tenfelde, Schichtung Klassenbildung, S. 148 f.

¹⁸⁴ Tenfelde, Schichtung Klassenbildung, S. 124. Die Unterscheidung stammt von Bucharin und nicht wie Tenfelde meint von Marx.

¹⁸⁵ Ebd., S. 173.

¹⁸⁶ Vgl. Schöck, Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-28, Frankfurt/M. 1977, S. 77.

¹⁸⁷ Reulecke, Waffenschmiede, S. 18.

¹⁸⁸ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 18 f.

¹⁸⁹ Spethmann, Gegenwart, S. 764 f.

¹⁹⁰ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 18 f.

¹⁹¹ Spethmann, Gegenwart, S. 780.

¹⁹² Alle Tonnage-Angaben in: Spethmann, Gegenwart, S. 816.

¹⁹³ Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen] o. D., SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 15.

¹⁹⁴ Weitz, Creating Communism, S. 65 und 87.

Essen aus, die im Unterschied zu den anderen Unterbezirken, wo die Bergarbeiter im Vordergrund standen, stark von Metallarbeitern geprägt war.

Bergbau und Industrie zogen Arbeitskräfte an. Die Einwohnerzahlen der Städte explodierten. 1913 beschäftigte der Ruhrbergbau 407.000 Arbeiter, 1921 waren es 559.000 Arbeiter¹⁹⁵. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bestand die Hälfte der Bewohner aus Migranten. Vor allem die Bergleute polnischer Herkunft konzentrierten sich auf bestimmte Zechen mit eigenen Wohnkolonien. Obwohl Frauen in der Minderheit waren, stieg die Geburtenrate steil an¹⁹⁶.

Bei den Lohnabhängigen im dominierenden Bergbau handelte es sich überwiegend um zunächst angelernte Arbeiter, die nach zwei, drei Jahren zum Hauer wurden, dessen Qualifikation der eines Facharbeiters entsprach. In der Metallverarbeitung arbeiteten viele Facharbeiter. Im Stahlbereich gab es viele angelernte Arbeiter und Facharbeiter. Am Rande des Ruhrgebiets, in Bocholt, herrschte die Textilindustrie vor. Im Raum Hagen prägte die Stahlindustrie das Bild. Aus den Bergarbeitern ragte die Schicht der Steiger heraus, die angestellt waren¹⁹⁷.

Als Hauer verdiente ein Bergarbeiter mehr als ein Facharbeiter¹⁹⁸, aber die Lebensumstände waren häufig miserabel. 1911/1912 lag das Durchschnittseinkommen, das dem Bergarbeiter nach Abzug von Miete u. a. zur Lebensführung übrig blieb, bei 22,83 Mark, während der Unterhalt einer vierköpfigen Familie in der Woche mindestens 23,72 Mark erforderte¹⁹⁹. Zur Deckung der Lebenskosten wurde häufig Vieh gehalten, Gemüse im Garten angebaut und/oder ein Schlafplatz vermietet²⁰⁰, eine „lohnmindernde Lebensweise“. Die hohe Kinderzahl trug zu den schweren Lebensverhältnissen bei²⁰¹. Durch sie stellte sich vor allem bei den Frauen eine „hoffnungslose, lähmende Gleichgültigkeit ein“. Die Kindersterblichkeit war enorm. Krankheiten waren häufig²⁰² und viele Bergarbeiterwohnungen überbelegt.

¹⁹⁵ Vgl. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 77.

¹⁹⁶ Hickey, *Workers in imperial Germany. The miners of the Ruhr*, Oxford 1985, S. 14 f.; Brüggemeier, Franz-Josef, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919*, München 1983, S. 74.

¹⁹⁷ Tenfelde, *Schichtung Klassenbildung*, S. 160 f. Da die KPD-Mitglieder überwiegend Bergarbeiter waren und andere in der Stahlindustrie arbeiteten, dürften die von Eumann behaupteten 58,93 Prozent KPD-Mitglieder mit „einschlägiger Lehre“ auch dann nicht zutreffen, wenn man einkalkuliert, dass manche ausgebildeten Handwerker gezwungen waren, unter Tage zu arbeiten, vgl. Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 71.

¹⁹⁸ Brüggemeier, Franz-Josef, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919*, München 1983, S. 178.

¹⁹⁹ Fischer-Eckert, L., *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland*, Hagen 1913, S. 106, in: Hickey, S. H. F., *Workers in imperial Germany. The miners of the Ruhr*, Oxford 1985, S. 151 f.

²⁰⁰ Bröker, Franz-Werner, Wattenscheid. Eine illustrierte Stadtgeschichte, Bochum-Wattenscheid 1983, S. 162 f. (im Folgenden zitiert: Bröker, Wattenscheid, Seite).

²⁰¹ Tenfelde, *Schichtung Klassenbildung*, S. 157 f.

²⁰² Fischer-Eckert, *Lage der Frauen*, S. 69 f.; Noch in den 1960 Jahren war die Luft im Revier stickig. Wer in Bocholt lebte und regelmäßig ins Ruhrgebiet fuhr, tauchte auf der Höhe der Jurenka-Werke in Friedrichsfeld in eine Dunstglocke ein. Weiße Wäsche konnte wegen der Rußpartikel nicht im Hof zum Trocknen gehängt werden – Anm. P.B.

Um den Mangel an Wohnraum zu beseitigen, bauten die Bergwerks- und Hüttenkonzerne Häuser, so genannte Zechenkolonien, und schufen ganze Gemeinden. Damit sollte auch der hohen Fluktuation der Arbeiter, dem sog. „Zechenlaufen“, entgegen gewirkt werden²⁰³. In einer Zechenwohnung lebte nicht nur die Frau und die Kinder des Bergarbeiters, sondern oft auch sog. Schlafgänger als Untermieter. Das führte zu reaktiv offenen Familienstrukturen. Die Frauen versorgten ihre Schlafgänger mit Essen und wuschen deren Wäsche. In bürgerlichen Kreisen galt die Lebensweise der Bergleute als moralisch verkommen²⁰⁴.

Besonders Migranten wechselten häufig den Arbeitsplatz²⁰⁵. Auch im Stahlbetrieb Krupp in Essen gab es vor dem Ersten Weltkrieg eine starke Fluktuation der Belegschaft.

Entsprechend schwierig war es, eine kontinuierliche gewerkschaftliche Arbeit der freien und christlichen Gewerkschaften aufzubauen. Zudem standen den stark kartellisierten Bergwerkskonzernen zersplitterte politische Berufs- und Richtungsgewerkschaften gegenüber, woraus sich eine „Asymmetrie in den Machtstrukturen“ ergab²⁰⁶. Einer gewerkschaftlichen Organisation stand zudem die Gründung gelber Gewerkschaften, z. B. des *Kruppschen Werkvereins* entgegen, in dem vor allem ältere, langjährige Belegschaftsmitglieder organisiert waren²⁰⁷. Beim Konzern *Gutenhoffnungshütte* in Oberhausen durfte sich vor 1914 niemand in einer Gewerkschaft organisieren. Zur Integration der Belegschaft wurden Sozialleistungen gewährt²⁰⁸, aber auch ein Strafsystem durchgesetzt, das Verstöße mit Lohnabzug ahndete²⁰⁹. Vor dem Ersten Weltkrieg „(waren) in den Hüttenwerken des Ruhrgebiets lange Zeit Lohnbewegungen unmöglich“²¹⁰. Welskopp schreibt von der „Organisationsunfähigkeit der Hüttenarbeiter“²¹¹. Umso mehr bildeten die Zechenkolonien „Herde einer eigenen, leicht radikalisierten Solidarität“²¹². Wenn es auf den Zechen häufiger Streiks als in den Stahlwerken gab, dann kann das nicht

²⁰³ Hickey, Workers, S. 36 f.

²⁰⁴ Brüggemeier, Franz-Josef, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919*, München 1983, S. 52 f.

²⁰⁵ Winkler, Heinrich August, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, 2. Aufl., Berlin/Bonn 1985, S. 29 (im Folgenden zitiert: Winkler, *Revolution*, Seite); Crew, D. F., *Town in the Ruhr. A Social History of Bochum 1860 – 1914*, New York 1979, S. 168.

²⁰⁶ Trischler, Helmut, *Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau*, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, *Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert*, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, *Geschichte des deutschen Bergbaus*, Bd. 3, Münster 2016, S. 395.

²⁰⁷ Bajohr, Frank, *Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg*, in: SPD Essen, *Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung*, Bd. 3, Essen 1988, S. 78 f. (im Folgenden zitiert: Bajohr, Krupp und Kommune, Seite).

²⁰⁸ Alexander, Thomas, *Die SPD in Oberhausen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1918/19-1923/24)*, Bochum 1987, S. 13.

²⁰⁹ Welskopp, Thomas, *Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren* (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte e. V., Braunschweig/Bonn), Bonn 1994, S. 366 f. (im Folgenden zitiert: Welskopp, *Arbeit und Macht*, Seite).

²¹⁰ Fröhlich, *Im radikalen Lager. Politische Autobiographie*, Berlin 2013, S. 97.

²¹¹ Welskopp, *Arbeit und Macht*, S. 367.

an dem Unterschied zwischen Angelernten und Facharbeitern gelegen haben, da der Anteil der Angelernten in den Stahlbetrieben hoch war. Da gut ein Fünftel der Bergleute in werkseigenen Häusern wohnte²¹³, mussten die Kumpel Angst haben, bei Streiks nicht nur den Arbeitsplatz, sondern auch die Wohnung zu verlieren²¹⁴. Das hielt sie aber nicht von Streiks ab. Ihre großen Arbeitskämpfe von 1889, 1905 und 1912 prägten die Bergarbeiter²¹⁵.

Lohnfragen führten regelmäßig zu Konflikten mit den Kapitaleignern. Der Bergarbeiter wurde nach der Abbauleistung bezahlt. Da das *Gedinge* einer Arbeitsgruppe, die Menge der abgebauten Kohle, an den Loren zum Abtransport gemessen und alle vierzehn Tage neu bestimmt wurde, da die Flöze nicht durchgehend, sondern entsprechend den Gesteinsformationen meist gebrochen verliefen, bildete es einen ständigen Streitpunkt zwischen Kumpeln und Unternehmer. Die Qualität der Kohle wechselte häufig. Die Hauer wurden nur für das reine Abhauen der Kohle nicht für die zusätzlich erforderlichen Nebenarbeiten bezahlt²¹⁶. Die Kumpel wehrten sich gegen das sog. Nullen der Loren, denn wenn eine Lore nicht vorschriftsmäßig beladen wurde, wurde sie nicht zur Arbeitsleistung gezählt²¹⁷. Ein Kritiker schrieb von

„unmenschlichen Produktionsmethoden des Bergbaukapitals: äußerste Ausnutzung der Arbeitszeit durch ein rücksichtslos durchgeführtes Akkord(Gedinge)system – (...) entehrende Behandlung – Lohndrückerei“²¹⁸.

Die Verbindung zwischen Wohnort und Arbeitsplatz stärkte den Zusammenhalt der Bergleute. Ihre elementare Solidarität ergab sich aus dem Arbeitsprozess. Die Arbeit war nicht nur schwer, sondern lebensbedrohend. Unfälle mit Schwerverletzten und Toten waren häufig, Staubexplosionen jederzeit möglich. Starben im deutschen Bergbau schon mehr Kumpel als in anderen Staaten, so war das Ruhrgebiet das gefährlichste Abbaugbiet

²¹² Tenfelde, Schichtung Klassenbildung, S. 164.

²¹³ Weitz, Creating Communism, S. 23.

²¹⁴ Noch Ende der 1950er Jahren konnte ein in der illegalen KPD organisierter Essener Bergarbeiter von der Zeche entlassen werden, verlor seine Werkwohnung und fand wegen sog. Schwarzer Listen im Ruhrgebiet nur noch auf der Montage Arbeit. Auskunft von Rudi Mann, Essen, 8.4.1990, Privataarchiv Berens.

²¹⁵ Unverferth, Gabriele, „Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht...“. Streikbewegungen im Dortmunder Bergbau, in: Heimat Dortmund. Stadtgeschichte in Bildern und Berichten, Heft 3/2014, Dortmund 2014, S. 12 f.

²¹⁶ Hickey, Workers, S. 138 f.

²¹⁷ Gute Hoffnungshütte, Arbeits-Ordnung Zeche Oberhausen I und II, Oberhausen 14.12.1892, S. 7, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/15915, ohne Blattangabe.

²¹⁸ Meinberg, Adolf, Aus dem Wetter- und Watterwinkel. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung im Ruhrgebiet (Anti-Severing), [Dortmund] 1927, in: Haasis, Hellmut G./Lucas, Erhard (Hrsg.), Adolf Meinberg. Aufstand an der Ruhr, Frankfurt/M. 1973, S. 29 (im Folgenden zitiert: Meinberg, Wetter- und Watterwinkel, Seite). Warum Meinberg von den Dortmunder linken Kommunisten als „Renegat und Arbeitervertreter“ bezeichnet wurde, ist nicht nachvollziehbar, vgl. Kleinigkeiten aus der Partei, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 15, Berlin 24.6.1927, S. 32, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

innerhalb Deutschlands. Im letzten Jahrzehnt des 19. Jahrhunderts fanden jährlich von eintausend Bergleuten drei den Tod²¹⁹. Die ständige Gefahr schweißte die Bergarbeiter zusammen. Solidarität war überlebensnotwendig. Die industriellen Arbeiter im Ruhrgebiet hatten eine stark unterdurchschnittliche Lebenserwartung²²⁰. Hinzu kamen Berufskrankheiten. Bei den Bergarbeitern führte der Staub auf lange Sicht zur tödlichen Lungenerkrankung der Silikose. Manche Schächte galten als „wurmverseucht“ oder „wurmverdächtig“, was die gefährliche Wurmkrankheit auslöste²²¹. Die Beleuchtung unter Tage war schlecht und es fehlte an Trinkwasser²²². Unter Tage arbeiteten die Bergleute acht Stunden, in der Verladung und Förderung neun Stunden und über Tage zwölf Stunden pro Schicht²²³. Einschließlich Wegezeiten waren viele Bergleute zu Beginn des 20. Jahrhunderts von 4 Uhr früh bis 16 Uhr abends von zu Hause abwesend²²⁴. Die Frühschicht begann morgens um 6 Uhr, die Mittagsschicht fuhr um 14 Uhr ein und die Nachtschicht fing um 22 Uhr an. Die Bergarbeiter standen unter Druck, ständig Überstunden leisten zu müssen. Es gab zwar Urlaub, er wurde aber nicht bezahlt²²⁵. Solche Bedingungen mussten die politische Arbeit erschweren.

Die Bergleute führten einen ständigen Kampf für die Verbesserung ihrer Lage. Dieser reichte vom Betriebswechsel²²⁶, dem verbreiteten Absentismus am sog. *blauen Montag* und von der Krankschreibung über die Verweigerung von Überschichten bis hin zu den großen Streiks 1889, 1905 und 1912. Auch lokale Streiks brachen immer wieder aus²²⁷. Dabei konnte die Lage schnell eskalieren. Beim Bergarbeiterstreik 1912 wurden Streikbrecher mit Fußtritten, dem Bierglas, der Flasche, mit Steinen, dem Gummischlauch, Schlagring oder Messer angegriffen²²⁸. Die seit 1905 auf den Zechen bestehenden Arbeiterausschüsse²²⁹ konnten die Konflikte nicht entschärfen. 1910 organisierte der sozialdemokratische *Verband der Bergarbeiter Deutschlands (BAV)* 123.437 Kumpel im Ruhrrevier, der *Gewerkverein christlicher Bergarbeiter* 82.855, die *Polnische Berufsvereinigung* 38.387 und der *Hirsch-*

²¹⁹ Hickey, Workers, S. 117 f.

²²⁰ Tenfelde, Schichtung Klassenbildung, S. 156. Noch ist die Lebenserwartung von Männern im Ruhrgebiet um fünf Jahre niedriger als etwa in Bonn oder in Freiburg.

²²¹ Königliches Oberbergamt, Bergpolizeiverordnung betreffend Maßregeln gegen die Wurmkrankheit der Bergleute, Dortmund 13.7.1903, S. 1 f., in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/15915, ohne Blattangabe.

²²² Bröker, Wattenscheid, S. 162 f.

²²³ Gute Hoffnungshütte, Arbeits-Ordnung Zeche Oberhausen I und II, Oberhausen 14.12.1892, S. 7, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/15915, ohne Blattangabe.

²²⁴ Bröker, Wattenscheid, S. 162 f. Die genannten 20 Uhr scheinen übertrieben.

²²⁵ Hickey, Workers, S. 112 f.

²²⁶ Weitz, Creating Communism, S. 46.

²²⁷ Hickey, Workers, S. 138 f.

²²⁸ Der Polizeipräsident Essen, An den Herrn Regierungs-Präsidenten zu Düsseldorf, Nachweis über die während des Bergarbeiterstreiks vorgekommenen Verletzungen, Essen 28.3.1912, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/15943, Bl. 118 f.

²²⁹ Müller-Jentsch, Walther, Gewerkschaften und Korporatismus. Vom Klassenkampf zur Konfliktpartnerschaft, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 89.

Dunckersche Gewerkverein 2064 Bergleute²³⁰, die allermeisten davon ebenfalls an der Ruhr. Im Vergleich dazu fiel der gewerkschaftliche Widerstand der Arbeiter der Eisen- und Stahlindustrie sehr viel schwächer aus²³¹.

Das Revier war kein leichter Boden für die Sozialdemokratie, die politisch unter der Konkurrenz der katholischen Zentrumspartei litt, organisatorisch unter der starken Fluktuation von Mitgliedern und Funktionären und sozial unter dem niedrigen politischen Bewusstsein der Lohnabhängigen²³². Dass die SPD im Revier versuchte, die häufig katholischen Bergarbeiter durch antireligiöse Kampagnen zum Austritt aus der Kirche zu bewegen²³³, lässt auf ihre relative Isolation schließen. Im westlichen Ruhrgebiet konnte die Duisburger SPD erstmals 1907 den Reichstagswahlkreis erobern, kam aber dank des Preußischen Dreiklassenwahlrechtes erst 1915 zu einem Kommunalabgeordneten – August Schoch in Duisburg²³⁴. In Oberhausen blieb die SPD vor 1914 unbedeutend²³⁵.

Im SPD-Bezirk Westliches Westfalen, der das Ruhrgebiet und Teile des Rheinlands umfasste, galten die sozialdemokratischen Organisationen in Essen, Duisburg-Mülheim und Hagen-Schwelm als links, während die SPD-Kreisverbände in Recklinghausen, Bochum-Gelsenkirchen, Dortmund und Hamm-Soest den Parteivorstand unterstützten²³⁶. In der SPD in Essen überwogen die qualifizierten Handwerker und Metallarbeiter, obgleich auch hier der Anteil der Angelernten hoch war²³⁷. Im westlichen Ruhrgebiet waren die Ortsvereine der SPD radikaler, weil sie in einer feindlichen, katholischen Umgebung agieren mussten, während sie im östlichen Ruhrgebiet schneller politischen Boden gewannen, aber auch gemäßigter blieben²³⁸. Unter dem Einfluss Konrad Haenischs positionierte sich die in Dortmund in den Jahren 1900-1910 erscheinende *Arbeiter-Zeitung* auf dem linken Flügel der Sozialdemokratie, während nicht alle Mitglieder in ihrem

²³⁰ Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 397.

²³¹ Weber, Wolfhard, Technischer und gesellschaftlicher Wandel im Ruhrgebiet, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 56.

²³² Hickey, Workers, S. 257 f.

²³³ Hickey, Workers, S. 74.

²³⁴ Pietsch, Hartmut/Scherschel, Horst, „Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen“. 125 Jahre Sozialdemokratische Partei in Duisburg, Duisburg 1989, S. 44 (im Folgenden zitiert: Pietsch, schwerer Kampf, Seite).

²³⁵ Alexander, Thomas, Die SPD in Oberhausen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1918/19-1923/24), Bochum 1987, S. 13 (im Folgenden zitiert: Alexander, SPD Oberhausen, Seite).

²³⁶ Vgl. Reulecke, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 208 (im Folgenden zitiert: Reulecke, Erste Weltkrieg).

²³⁷ Bajohr, Krupp und Kommune, S. 92 f.

²³⁸ Winkler, Revolution, S. 165.

Wahlkreisverein Dortmund-Hörde radikal linke Positionen vertraten²³⁹. Der Bedeutung der Berg- und Stahlarbeiter im Produktionsprozess des Ruhrgebiets entsprach in keiner Weise der geringe Einfluss der Sozialdemokratie im Revier. Dieser Widerspruch suchte nach einer Lösung.

2.2 Die Gruppe *Der Kampf* und die Arbeiterradikalisierung 1915 - 1919

Im Ersten Weltkrieg fand im Deutschen Reich ein „regelrechte(r) Pauperisierungsprozess der Bergarbeiter“ statt²⁴⁰. Bereits unmittelbar nach Kriegsbeginn wurde der sozialdemokratische *Verband der Bergarbeiter* „mit Klagen überschwemmt, über Lohnreduzierung, über schlechte Behandlung, über Drohungen mit dem Schützengraben, wenn die Arbeiter nicht alles ruhig hinnähmen (...) übermäßig viel Übersichtigen“²⁴¹. Im Ruhrgebiet wurde die Arbeitszeit mehr als anderswo verlängert²⁴². Die fallende Produktivität im Bergbau ließ sich Anfang 1914 an der um ein Drittel sinkenden Zahl der Bergleute ablesen²⁴³. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ging von insgesamt 247.000 Kumpeln auf 98.000 im Jahr 1915 zurück²⁴⁴. Im Verlauf der Kriegshandlungen verschlechterte sich die Versorgung der Arbeiter immer mehr, nicht etwa, weil es bei den wichtigen Nahrungsmitteln Kartoffeln und Zuckerrüben Missernten oder bei Fisch und Vieh Seuchen gegeben hätte, sondern weil die aus ihnen gewonnenen Spiritus, Aceton, Öle, Fette, Stearin und Glycerin u. a. in großen Mengen zur Kriegsproduktion verwendet wurden²⁴⁵. Im 3. Quartal 1914 war der Durchschnittslohn der Kumpel in Westfalen von 6,19 Reichsmark auf 6,08 Reichsmark pro Schicht gesunken. Während in Schlesien und im Raum Senftenberg bereits sog. *wilde Streiks* stattfanden, blieben erste Proteste im Ruhrgebiet unterhalb dieser Schwelle. Auf Schacht *Königsborn II* in Unna verweigerten Anfang 1915 Bergleute eine Sonntagsschicht, auf Zeche *Bruchstraße* in Bochum die

²³⁹ John, Matthias, „Sie wollen Dortmund verlassen! ... Das wäre ein schwerer Schlag“. Der Lebensweg des Konrad Haenisch, in: Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 89, Dortmund 1998, S. 194 f.

²⁴⁰ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 65.

²⁴¹ Sachse, Reichstag, 12. Sitzung, 29.5.1915, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 179.

²⁴² Buschak, Willy, Metallarbeiter und Revolution, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 138 (im Folgenden zitiert: Buschak, Metallarbeiter, Seite).

²⁴³ Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 403.

²⁴⁴ Ebd., S. 397.

²⁴⁵ [Minster, Carl] Ein Volksbetrug I, in: Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, 1. Jg., Nr. 17, Amsterdam 18.8.1917, S. 1 f., Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044; [Minster, Carl] Ein Volksbetrug II, in: Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, 1. Jg., Nr. 19, Amsterdam 25.8.1917, S. 1 f., Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044.

Überschichten²⁴⁶. Die landwirtschaftliche Produktion fiel durch zahlreiche Einberufungen männlicher Arbeiter zum Militär und durch das massenhafte Requirieren von Pferden, was Kriegsgefangene und Beutepferde nicht ausgleichen konnten. Die daraus resultierende unzureichende Lebensmittelversorgung führte dazu, „daß die meisten Bedarfsartikel bis zu 100 Prozent verteuert worden sind“²⁴⁷. Das bekamen die Bergleute zu spüren. Die Zahl der Unfälle durch die im Bergbau eingesetzten Kriegsgefangenen dürfte ähnlich angestiegen sein wie die in der Stahl- und Rüstungsindustrie²⁴⁸. Gegen die unzureichende Lebensmittelversorgung protestierten Arbeiterfrauen im August 1915 in Hamborn²⁴⁹, Anfang 1916 in Dortmund²⁵⁰ und im Mai 1916 in Essen²⁵¹. Ende Juni 1916 kam es zu ähnlichen Protesten in Gelsenkirchen, Wanne und Wattenscheid²⁵². Im Juli 1916 begann die erste Streikwelle der Bergarbeiter auf fünfundzwanzig Bergwerken in allen Teilen des Ruhrgebiets²⁵³. Die zweite Streikwelle legte im Oktober-November 1916 sieben Schächte in Dortmund, in Essen, Bottrop und Dortmund lahm. Die Kumpel forderten eine bessere Lebensmittelfuhr und höhere Löhne, was sie auch durchsetzten²⁵⁴. Die Streiks bekamen eine „zunehmend politisch(e)“²⁵⁵ Dynamik. Die dritte Streikwelle brach im Januar 1917 auf fünfzehn Zechen los, um sich im Februar auf ca. siebzig Zechen auszuweiten. Im März folgte eine vierte Welle von Streiks auf sechs und im April auf vierundzwanzig Zechen im ganzen Ruhrgebiet²⁵⁶. Dabei wurden u. a. die Abschaffung des diktatorischen Hilfsdienstgesetzes und Frieden gefordert²⁵⁷. Die fünfte Streikwelle erfasste Ende Juni/Anfang August 1917 neun Zechen und drei Hüttenwerke²⁵⁸. Zwischen den

²⁴⁶ Sachse, Reichstag, 12. Sitzung, 29.5.1916, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 180 f. (im Folgenden zitiert: Sachse, Verhandlungen, Seite).

²⁴⁷ Dr. Quarck, Reichstag, 15. Sitzung, 21.8.1915, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 248 f.

²⁴⁸ Rudloff, Wilfried, Soziale Lage der Arbeiterschaft, Ernährungskrise und kommunalpolitische Integration im Ersten Weltkrieg, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 111 f. (im Folgenden zitiert: Rudloff, Soziale Lage, Seite).

²⁴⁹ Leipziger Volkszeitung vom 18.8.1915, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 116.

²⁵⁰ DZA Potsdam, Reichsamt des Innern. Die Stimmung im Lande, Bd. 1, Nr. 12475, Bl. 14, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 116.

²⁵¹ DZA Merseburg, Rep. 197 A I, Nr. 1, Bl. 117, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 140 f.

²⁵² Kozicki, Norbert, „Der Kaiser ist weg!“. Die Novemberrevolution in den Ämtern Wanne, Eickel, Herne und Sodingen, Herne 1988, S. 6 (im Folgenden zitiert: Kozicki, Der Kaiser ist weg, Seite).

²⁵³ Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Bd. 1, Berlin 1928, S. 18 f. (im Folgenden zitiert: Spethmann, Generalstreik, Seite).

²⁵⁴ Spethmann, Generalstreik, S. 20 f; DZA Potsdam, Reichsamt des Inneren. Zusammenstellung der Monatsberichte des Stellv. Generalkommandos, Bd. 1, Nr. 12478, Bl. 71, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 167.

²⁵⁵ Feldmann, Gerald D., Forschungsbericht. Streiks in Deutschland 1914-1933. Probleme und Forschungsaufgaben, in: Tenfelde, Klaus/Volkman, Heinrich, Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 272.

²⁵⁶ Spethmann, Generalstreik, S. 26 f. Spethmann sieht die Zunahme der Streiks als eine Folge des Rechts der Arbeiterräte über Löhne zu verhandeln.

²⁵⁷ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 98 f.; ebd., S. 161 f.

²⁵⁸ Ebd., S. 233.

Streikwellen gingen einzelne Zechenbelegschaften in den Ausstand²⁵⁹. Streikaktivisten wurden zur Armee einberufen²⁶⁰. Keineswegs war es im Ruhrgebiet „erstaunlich ruhig“ wie Mittag meint²⁶¹. Der sozialdemokratische Bergarbeiterverband hatte mit Ausbruch des Ersten Weltkrieges auf Arbeitskämpfe verzichtet und offen die Kriegspolitik der Monarchie unterstützt. Hermann Sachse, Vorsitzender des BAV, konnte unwidersprochen im Reichstag feststellen:

„(...) keinem wird es gelingen, uns zu beschuldigen, daß die Gewerkschaftsführer während des Krieges die Leute aufgehetzt hätten. Das Gegenteil ist wahr (...) alle Bergarbeiter haben sich so vaterländisch verhalten“²⁶².

Der BAV forderte die Bergleute auf, „Ruhe“ zu bewahren²⁶³. Gegen den Vorstand bildete sich ab Sommer 1916 im Verband eine Opposition.

Sozialdemokratische Anti-Kriegs-Kundgebungen gegen den drohenden Kriegsausbruch hatten im Juli 1914 jeweils einige tausend Teilnehmer in Essen, Hagen und Mülheim mobilisieren können²⁶⁴. Hinzu kamen allein in Dortmund und Umgebung siebzehn Protest-Versammlungen²⁶⁵ und zwei Mobilisierungen in Duisburg²⁶⁶. Dem stand die Kriegseuphorie der Herrschenden gegenüber, mit der z. B. in Oberhausen Stadtadministration, Großkapital, Klerus und Bürgertum den Krieg begeistert begrüßten²⁶⁷. Nach Kriegsbeginn litt die Tätigkeit von SPD und Gewerkschaften unter der Einberufung ihrer männlichen Mitglieder zum Militär und im Fall der *Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung* in Duisburg unter der Zensur der Behörden²⁶⁸. An einer illegalen sozialdemokratischen Jugendkonferenz im September 1914 in Remscheid nahmen aus dem Ruhrgebiet nur wenige Vertreter aus Duisburg und Essen teil²⁶⁹. Zwar waren ab 1915 auch

²⁵⁹ Ebd., S. 93 f.

²⁶⁰ Rudloff, Soziale Lage, S. 102 f.

²⁶¹ Mittag, Jürgen, Versäumte Chancen oder realitätsnaher Pragmatismus?, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 215 (im Folgenden zitiert: Mittag, Pragmatismus, Seite).

²⁶² Sachse, Verhandlungen, S. 182.

²⁶³ Scheidemann, Reichstag, 12. Sitzung, 29.5.1915, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 177.

²⁶⁴ Reulecke, Erste Weltkrieg, S. 211; Leipziger Volkszeitung vom 21. und 31.7.1914 in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 58.

²⁶⁵ Arbeiter-Zeitung. Sozialdemokratisches Organ für das östliche industrielle Ruhrgebiet, 23. Jg., Nr. 176, Dortmund 31.7.1914, Seitenangabe nicht lesbar, Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 3972.

²⁶⁶ Pietsch, schwerer Kampf, S. 60.

²⁶⁷ Alexander, SPD Oberhausen, S. 20.

²⁶⁸ Die zahlreichen Einberufungen spiegeln sich in häufenden Todesanzeigen für gefallene SPD-Mitglieder wider, vgl. Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg, Nr. 3, Mitte Juni 1916, S. 4, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19; vgl. Fischer, Reichstag, 20. Sitzung, 27.8.1915, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 400.

²⁶⁹ Vorwärts und nicht vergessen. Erlebnisberichte aktiver Teilnehmer der Novemberrevolution 1918/1919, Berlin 1960, S. 501 f., in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 58.

in der *Dortmunder Arbeiterzeitung* und in der *Essener Arbeiterzeitung* Artikel gegen den Krieg zu lesen²⁷⁰, aber eine Anti-Kriegs-Resolution von Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht an den SPD-Parteivorstand und die sozialdemokratische Reichstagsfraktion unterzeichneten im Ruhrgebiet nur neun SPD-Funktionäre aus Duisburg, zwei aus Hamborn, drei aus Mülheim und einer aus Essen²⁷¹. Im Juni 1915 schloss sich die Leitung des SPD-Bezirks Niederrhein den gemäßigten Kriegsgegnern an²⁷². Die Elberfelder „Freie Presse“, die Remscheider „Arbeiterzeitung“, die Solinger „Bergische Arbeiterstimme“, die Düsseldorfer „Volkszeitung“ die Duisburger „Niederrheinische Arbeiter-Zeitung“ und die Essener „Arbeiterzeitung“ protestierten gegen die Militäzensur, die die rechtssozialdemokratische Parteipresse begünstigte²⁷³. Zu einem Treffen oppositioneller Sozialdemokraten des Bezirks im Dezember reisten wiederum nur Vertreter aus Duisburg und Essen an²⁷⁴.

Im Ruhrgebiet galt Duisburg als Stützpunkt der Anti-Kriegs-Opposition innerhalb der SPD. Die dort erscheinende *Niederrheinische Arbeiter-Zeitung* verfolgte einen Oppositionskurs. Daraufhin wurde zwei Redakteuren, Carl Minster und August Schoch, Ende März 1916 gekündigt²⁷⁵ und ihnen vom SPD-Parteivorstandsmitglied Otto Braun das Betreten der Redaktionsräume verboten²⁷⁶. Er forderte sie auf, umgehend die Redaktionstätigkeit niederzulegen²⁷⁷. Rosi Wolfstein-Fröhlich wies rückblickend darauf hin, dass Minster und Schoch nur durch die Einberufungen vieler Mitglieder zum Militär von der SPD-Führung hatten abgesetzt werden können²⁷⁸. Als Reaktion entschloss sich die Mehrheit der SPD-Kreisorganisation Duisburg um ihren Vorsitzenden Schoch zur Sperrung der Beiträge, die an die SPD-Zentrale abgeführt werden sollten, und zur Gründung des *Sozialdemokratischen Vereins Duisburg*, der ab Mai 1916 ein *Mitteilungsblatt* publizierte. Die mitgliederstärksten Duisburger SPD-Filialen Neudorf, Hochfeld und Wanheimerort traten dem neuen Verein bei. Neben Schoch waren Carl Minster, den zunächst seine us-amerikanische Staatsbürgerschaft schützte, und Rosi Wolfstein²⁷⁹ in der Oppositionsgruppe führend tätig. Dem *Sozialdemokratischen Verein* schloss sich die SPD in Mülheim an. In Moers wurde von dreißig Sozialdemokraten ebenfalls ein oppositioneller Verein

²⁷⁰ Sozialdemokratische Parteikorrespondenz vom 24.4.1915, S. 6 f.; Vorwärts (Berlin) vom 17.2.1915 und 18.2.1915, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 77 f.

²⁷¹ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 84.

²⁷² Leipziger Volkszeitung vom 6.8.1915 und vom 16.7.1915, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 94 f.

²⁷³ Protest der Niederrheinischen Arbeiterpresse, [Spartakusbrief Nr. 5, August 1915], in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), Spartakusbriefe, Berlin 1958, S. 22 f.

²⁷⁴ Leipziger Volkszeitung vom 20.1.1916, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 111.

²⁷⁵ Pietsch, schwerer Kampf, S. 61.

²⁷⁶ Alexander, SPD Oberhausen, S. 30.

²⁷⁷ Koszyk, Kurt, Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873-1942), in: Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 5, Hannover 1965, S. 196 (im Folgenden zitiert: Koszyk, Carl Minster).

²⁷⁸ Koszyk, Carl Minster, S. 196.

²⁷⁹ Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg, Nr. 2, Anfang Juni 1916, S. 3, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

gegründet²⁸⁰, dem einen Monat später bereits dreinundfünfzig Oppositionelle angehörten²⁸¹. Auch in Meiderich entstand im Juli 1916 ein Verein. Es dürften sich in Duisburg wohl mehr als die von der SPD gemeldeten dreinundvierzig Mitglieder neu organisiert haben. Bekannt wurde die Oppositionsgruppe unter dem Namen ihrer Wochenzeitung *Der Kampf*, die ab dem 1. Juli 1916 als gedruckte Wochenzeitung erschien²⁸² und im Oktober 1916 eine Auflage von 1800 Exemplaren erreicht haben soll²⁸³.

Zu diesem Zeitpunkt existierte bereits die *Gruppe Internationale* um Rosa Luxemburg, Franz Mehring, Karl Liebknecht, Julian Marchlewski und Leo Jogiches. Ihre Flugblätter vervielfältigten sie zunächst mit der Schreibmaschine. Ihre Publikationen *Sozialdemokratische Korrespondenz* und ab April 1915 *Die Internationale* sahen bescheiden aus. Ab Januar 1916 bis zum September des Jahres erschienen die *Spartakusbriefe* nicht einmal in gedruckter Form. Während sich die Gruppe *Der Kampf* ab Mai 1916 verselbstständigte und die Beitragssperre erklärte, befürwortete die *Gruppe Internationale*, auch *Spartakusgruppe* genannt, zwar ebenfalls eine Beitragssperre, blieb aber bis Ende März 1917 in der SPD²⁸⁴. Die Gruppe *Der Kampf* entwickelte eine eigenständige politische Ausrichtung, die sich vor allem in der Beitragssperre, vor der andere Oppositionelle zurückscheuten, weil sie die Spaltung mit der Sozialdemokratischen Partei bedeutete, und in Carl Minsters frühzeitiger, scharfer Kritik an jeder halbherzigen Scheinopposition äußerte.

Der SPD-Bezirk Niederrhein sei vor dem Ersten Weltkrieg eine „Hochburg des Radikalismus“ gewesen. Die dort aufgestellten Reichstagsabgeordneten Ebert und Scheidemann hätten sich entweder ein „radikales Mäntelchen“ umgehängt oder dagegen verwahrt, als „Opportunisten“ bezeichnet zu werden. Die SPD-Presse im Rheinland galt als radikal. Doch nicht nur sämtliche Abgeordnete des Bezirkes hätten sich bei Kriegsbeginn in der Partei und im Reichstag „zu den wärmsten Befürwortern der Kreditbewilligung“ entwickelt. Auch die sozialdemokratischen Parteiredakteure und Parteiangestellten im Bezirk Niederrhein hätten sich von heute auf morgen von Kriegsgegnern in Kriegsbewilliger verwandelt. Von vielen SPD-Mitgliedern sei diese Politik nicht verstanden worden. In den SPD-Kreisorganisationen Duisburg, Düsseldorf, Solingen, Remscheid, Hagen und Elberfeld-Bramen sei es zu Protesten gekommen und Ebert und

²⁸⁰ Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg, Nr. 3, Mitte Juni 1916, S. 4, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

²⁸¹ *Der Kampf*. Sozialdemokratisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen. Publikations-Organ für die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Moers-Rees, 1. Jg., Nr. 6, Duisburg 15.7.1916, S. 6, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

²⁸² *Der Kampf*. Sozialdemokratisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen. Publikations-Organ für die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Moers-Rees, 1. Jg., Nr. 7, Duisburg 22.7.1916, S. 4, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

²⁸³ Koszyk, Carl Minster, S. 199.

²⁸⁴ Meyer, Ernst, *Spartakus im Kriege*. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege, Berlin 1927, S. 6 f. (im Folgenden zitiert: Meyer, *Spartakus im Kriege*, Seite).

Scheidemann in ihren Wahlkreisen „desavouiert“ worden. Eine radikale Opposition sei aber weder aus den Reihen der zahlreichen Redaktionen, noch unter den leitenden örtlichen Parteiangestellten entstanden. Niemand von ihnen habe sich mit den gefeuerten Redakteuren in Duisburg solidarisiert. *Der Kampf* suchte nach Ursachen für diese Entwicklungen, die er in der Rolle der Parteibürokratie in der SPD fand²⁸⁵.

Carl Minster war 1899-1901 Gewerkschaftsekretär in Philadelphia/USA und 1901-1906 Redakteur der sozialdemokratischen *Neuyorker Volkszeitung* und 1908-1911 Vorstandsmitglied der *Socialist Party* in Brooklyn gewesen²⁸⁶.

Zurück in Deutschland war er von Solingen kommend Ende Januar 1914 nach Duisburg gezogen, um eine Redakteurstelle bei der *Niederrheinischen Arbeiter-Zeitung* anzutreten²⁸⁷. Internationale Erfahrungen und politischer Weitblick ließ ihn die Verhältnisse in der SPD mit denen in der Sozialdemokratie Englands, Frankreichs und Russlands vergleichen. Die



Carl Minster 1919²⁸⁸

Labour Party in England und die Sozialisten in Frankreich seien in die Regierungen eingetreten. Ein Teil der Menschewiki in Russland beteilige sich an „Kriegskomitees“. In Deutschland habe sich „die Mehrheit der Parteiführer (...) in dem Junibeschluß des Parteiausschusses von 1915 ein imperialistisches Programm zugelegt“. Die

²⁸⁵ Der Kampf. Sozialdemokratisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen. Publikations-Organ für die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Moers-Rees, 1. Jg., Nr. 8, Duisburg 29.7.1916, S. 1 f., Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

²⁸⁶ Handbuch des Vereins Arbeiterpresse, 3. Jg., Berlin 1914, S. 348, in: Koszyk, Carl Minster, S. 193. Vgl. dort Anm. 4.

²⁸⁷ LAV NRW R, Gestapoakte Karl Minster RW 58/8692, Bl. 13 f. (Carl Minster war die von Minster beibehaltene englisch-amerikanische Schreibweise, während die Gestapo den Namen verdeutschte, weil sie seine us-amerikanische Staatsbürgerschaft nicht anerkannte).

²⁸⁸ Bild Carl Minster, in: Koszyk, Kurt, Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873-1942), in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 5, Hannover 1965, S. 227.

Gemeinsamkeiten der „Neusozialdemokraten“ der genannten Staaten wären: „1. vollkommenes Aufgeben des Klassenkampfes, 2. Unterstützung des Krieges unter der Losung der Landesverteidigung (...)“, wobei „es sich nicht um eine vorübergehende Abirrung von der bisherigen Politik handelt, sondern um den Anfang einer neuen Politik des Zusammengehens mit der Bourgeoisie“. Minster zog aus seiner Analyse die Schlussfolgerung: „sachlich besteht schon heute die Spaltung, im internationalen, wie im nationalen Maßstab“. Die „oppositionellen Führer“ würden entweder noch Hoffnungen auf eine Regeneration der alten Parteien hegen oder sich scheuen, die Tatsachen auszusprechen, „um die Massen (...) nicht vor den Kopf zu stoßen“²⁸⁹. Minster folgerte:

„Wir halten die Spaltung (im nationalen wie internationalen Maßstabe) nicht nur für unvermeidlich, sondern für eine Vorbedingung des wirklichen Wiederaufbaues der Internationale, des Wiedererwachens der proletarischen Arbeiterbewegung“²⁹⁰.

Carl Minster war am 18.4.1917 von Duisburg nach Amsterdam geflohen, wo er die Zeitung *Der Kampf* in einer Kellerdruckerei erstellte. „Seine Mitarbeiter waren (...) Wilhelm Pieck und Willi Schonbeck“²⁹¹. Die Zeitung wurde von Amsterdam aus nach Duisburg, Düsseldorf und Oberhausen-Sterkrade geschmuggelt²⁹². Eine Fraktionsarbeit der Spartakus-Gruppe in der *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD)* wurde von Minster und seinen Freunden abgelehnt, da sie „nur zu einer Verwischung der grundsätzlichen Differenzen zwischen den Anhängern der Richtung Dittmann-Ledebour-Haase und den Anhängern der Richtung Liebknecht-Luxemburg-Mehring“ führe. Die neue USPD benutze die gleichen bürokratischen Methoden wie die SPD und treibe Aktionen der Massen nicht voran. In Duisburg würden die Unabhängigen als Gegner der Gruppe *Der Kampf* auftreten. Minster unterstützte den Vorschlag von radikalen Kriegsgegnern im Rheinland, Bremen und Hamburg, eine *Internationale Sozialistische Partei (ISP)* zu gründen²⁹³.

²⁸⁹ Der Kampf. Sozialdemokratisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen. Publikations-Organ für die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Moers-Rees, 1. Jg., Nr. 9, Duisburg 29.7.1916, S. 6, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

²⁹⁰ Der Kampf. Sozialdemokratisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen. Publikations-Organ für die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Moers-Rees, 1. Jg., Nr. 9, Duisburg 29.7.1916, S. 6, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19.

²⁹¹ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Karl Minster RW 58/8692, Bl. 21.

²⁹² Koszyk, Carl Minster, S. 201.

²⁹³ [Minster, Carl] Eine neue sozialdemokratische Partei, in: Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, 1. Jg., Nr. 16, Amsterdam 11.8.1917, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044.



Rosi Wolfstein um 1921²⁹⁴

Rosi Wolfstein sagte auf dem Gründungsparteitag der USPD, ihre „Duisburger Auftraggeber hätten sie hierher geschickt, um unter allen Umständen gegen ein Zusammengehen mit der A.-G. zu stimmen“²⁹⁵. Im Unterschied dazu hatte die *Gruppe Internationale* um Luxemburg und Liebknecht, aus der der *Spartakusbund* hervorging, Ende März 1917 die SPD nur verlassen, um sich der Anfang April 1917 gegründeten *Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei* anzuschließen, ein Schritt, den Franz Mehring ein Jahr später als Fehler bezeichnete. Tatsächlich behinderte diese Taktik den Zusammenschluss der revolutionären Opposition, da nicht nur die Vereinigung mit den Bremer, Hamburger und Dresdener Linksradiكالen und mit der Gruppe *Der Kampf* im Ruhrgebiet unmöglich wurde, sondern auch, weil sich viele Gruppen des *Spartakusbundes* weigerten, in die USPD einzutreten²⁹⁶. Die Fehlorientierung von Luxemburg, Liebknecht und Jogiches war der Grund, weshalb die Gründung einer *Internationalen Sozialistische Partei* auf den August 1917 verschoben wurde, als Delegierte aus Bremen, Berlin, Frankfurt/M., Rüstingen und Neustadt (Sachsen) zusammenkamen. Für die Gruppe *Der Kampf* nahm an der Parteigründung der ISP ein Delegierter aus Moers teil. Die Konferenz wurde von der Polizei gesprengt²⁹⁷. Damit entstand eine revolutionäre Partei nicht schon im

²⁹⁴ Ahland, Frank/Dudde, Matthias (Hrsg.), Wittener Biografische Porträts, Bd. 1, Witten 2000, S. 118.

²⁹⁵ Leipziger Volkszeitung, Nr. 87 vom 15.4.1917, zitiert nach Weber, Hermann, Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/M. 1969, S. 24 (im Folgenden zitiert: Weber, Gründungsparteitag, Seite); Eichhorn, Emil, Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitags der U.S.P.D. vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 1, Glashütten im Taunus 1975, S. 24; Pietsch/Scherschel befinden sich im Irrtum, wenn sie Rosi Wolfstein als Delegierte einer Spartakusgruppe Duisburg ausweisen, s. Pietsch, schwerer Kampf, S. 61; A.-G. war die Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft, die Vorläuferin der USPD.

²⁹⁶ Meyer, Spartakus im Kriege, S. 14 f.

²⁹⁷ Weber, Gründungsparteitag, S. 25 f. Weber schreibt weiter, die Konferenz sei von der Polizei aufgehoben worden. Die Gründung der Partei sei nicht zustande gekommen.

April 1917, sondern erst Ende 1918; nicht zwanzig Monate vor der Novemberrevolution, sondern zwei Monate danach²⁹⁸.

Die Gruppe *Der Kampf* entwickelte eine eigenständige Arbeit. In Holland wandte sich Karl Minster an deutsche Deserteure, wobei ihm bei der marxistischen Bildungs- und Organisationsarbeit der Essener Arthur Hammer half²⁹⁹, der seit 1904 Mitglied der SPD gewesen war³⁰⁰. Die deutschen Deserteure, die für die eigene Sache gewonnen wurden, wurden von Minster und Hammer in sozialdemokratischen Zirkeln organisiert³⁰¹. Diese Arbeit wurde von den deutschen Behörden als so bedrohlich angesehen, dass sie Minster über die holländische Grenze bei Holdyk nach Deutschland entführen ließen³⁰². Unabhängig von der Gruppe *Der Kampf* besaß der *Spartakusbund* ab Dezember 1916 eine eigene Verbindung nach Essen, als ein Unterstützer nach Krupp versetzt wurde und dort Informationsmaterial verbreitete³⁰³.

Der bedeutendste Stützpunkt der radikalen sozialdemokratischen Kriegsgegner im SPD-Bezirk Niederrhein befand sich in Duisburg-Mülheim-Moers. Bei Gründung der USPD zu Ostern 1917 bekannten sich die sozialdemokratischen Parteistrukturen im Ruhrgebiet, außer in Hagen, mehrheitlich zur SPD³⁰⁴. Außer in Essen trat später nur noch in Duisburg die Mehrheit der SPD zur USPD über. In Dortmund, Bochum, Recklinghausen, Buer und Borken handelte es sich dagegen um Minderheiten der SPD, die zur USPD wechselten³⁰⁵. In Gelsenkirchen existierte eine USPD; in einigen kleineren Städten wie Wanne nicht³⁰⁶. Während sich die sozialdemokratische Opposition gegen den Krieg formierte, mobilisierten die Herrschenden für den endgültigen Sieg. In Oberhausen umfasste die von dem GHH-Vorstand geförderte *Vaterlandspartei* kurz nach ihrer Gründung im Dezember 1917 eintausend Mitglieder³⁰⁷.

Die Radikalisierung der Arbeiter war weder durch die Sozialdemokratie noch durch ihre Abspaltungen hervorgerufen. Die Verbindungen zwischen den Streiks der Bergarbeiter und

²⁹⁸ Auf die Problematik der verspäteten Gründung der KPD geht Hermann Weber nicht ein, vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 11.

²⁹⁹ Arbeiter-Bildungs-Verein Rotterdam, in: Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, 1. Jg., Nr. 8, Amsterdam 16.6.1917, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044; [Minster, Carl] Ein Volksbetrug II, in: Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, 1. Jg., Nr. 13, Amsterdam 21.7.1917, S. 4., Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044.

³⁰⁰ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 14.

³⁰¹ [Minster, Carl] Internationale deutschsprechende Sozialisten, in: Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, 1. Jg., Nr. 22, Amsterdam 22.9.1917, S. 6, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044.

³⁰² Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Karl Minster RW 58/8692, Bl.13.

³⁰³ Buschak, Metallarbeiter, S. 143 f.

³⁰⁴ Reulecke, Erste Weltkrieg, S. 227.

³⁰⁵ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 207 f.; Eumann liegt daneben, wenn er von fünf bis zehn Mitgliedern einer „kleinen Spartakusgruppe in Duisburg“ schreibt, deren Mitglieder vor ihrer Einberufung zum Militär nach Amsterdam geflohen seien, vgl. Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 34.

³⁰⁶ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 12.

³⁰⁷ Alexander, SPD Oberhausen, S. 20.

dem Abwendungsprozess von der SPD waren anfangs hauchdünn. Nur bei wenigen Streiks waren Sozialdemokraten führend³⁰⁸. Es handelte sich um zwei von einander getrennt verlaufende Radikalisierungsprozesse unterschiedlicher Akteure: hier eine urwüchsige Klassenbewegung, dort die sozialistischen Aktivisten.

Im Januar 1918 griff der Berliner Munitionsarbeiterstreik auf das Ruhrgebiet über³⁰⁹. Die sechste Streikwelle begann, nachdem die USPD in Waltrop ein Flugblatt mit der Forderung nach Frieden verteilt hatte³¹⁰. Ohne die USPD hätte in Bottrop, Osterfeld und Dortmund eine Verteilaktion vor den Zechen nicht stattgefunden. In Dortmund wurde der Aufruf von der USPD massiv vor den Zechen verbreitet. Einige Verteiler wurden verhaftet³¹¹. Im Sommer 1918 begann die siebte Streikwelle im Raum Essen-Mülheim. Im August 1918 erfolgte die achte Streikwelle, die vierundzwanzig Zechen umfasste. Die Streiks führten im Ruhrgebiet zu einer umfassenden Radikalisierung der Bergarbeiter und untergruben die Monarchie.

Mit dem 'Stinnes-Legien-Abkommen' galten nach der Novemberrevolution für die Bergbau- und Stahlkonzerne Tarifverträge, wurden die Gewerkschaften als Verhandlungspartei anstelle unternehmerhöriger Werkvereine anerkannt und wurde die 8-Stunden-Schicht eingeführt³¹². Mit diesen Reformen konnten die Kapitaleigner gemäßigte Teile der Arbeiterbewegung einbinden. Doch sollte es sich noch zeigen, dass die Zugeständnisse aus der Zwangslage entstanden waren, die Sozialisierung zu verhindern, mit der man alles verloren hätte. Die Mehrheit der Ruhrindustriellen wartete nur darauf, die sozialen Zugeständnisse wieder rückgängig zu machen, sobald sie eine Änderung der Kräfteverhältnisse für möglich hielten.

Während sich das Bürgertum in der Novemberrevolution 1918 parlamentarisch orientierte, schufen sich die Lohnabhängigen die Arbeiter- und Soldatenräte, die in den Städten des Ruhrgebietes die Macht übernahmen³¹³. Galt zunächst nur der Rat von Gelsenkirchen als linksradikal, so erlangten nach wenigen Wochen radikale Kräfte auch in Hamborn, Duisburg, Oberhausen, Mülheim, Buer, Ickern, Dorsten³¹⁴ und Bocholt eine Mehrheit³¹⁵. Einige

³⁰⁸ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 147 f.

³⁰⁹ Enderle, A./Schreiner, H./Walcher, J./Weckerle, E., Das rote Gewerkschaftsbuch, Hamburg 1973 (Berlin 1932), S. 126 (im Folgenden zitiert: Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, Seite).

³¹⁰ DZA Merseburg Rep. 197 a, I o, Nr. 8, Bd. 1 und Bl. 70; Dokumente und Materialien, Reihe II, Bd. 2, S. 68, in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 23 f. und S. 27.

³¹¹ DZA Merseburg Rep. 197 a, I o, Nr. 8, Bd. 1, Bl. 98 f., in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 30 f.; DZA Merseburg, Rep. 77, Tit. 437 a, Nr. 29, Bd. 2, Bl. 179 f., in: Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 31.

³¹² Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 158.

³¹³ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 112.

³¹⁴ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 85 f. und S. 154.

Zechen wurden besetzt, auf den Thyssen-Zechen in Hamborn im November 1918 die Sieben-Stunden-Schicht proklamiert³¹⁶. Ende Dezember 1918 streikten 30.000 Bergarbeiter – die neunte Streikwelle – vor allem in den syndikalistischen Hochburgen Hamborn und Mülheim, während die gemäßigten Gewerkschaften die Forderungen der Bergarbeiter ablehnten³¹⁷. In Oberhausen verurteilten SPD, freie und christliche Gewerkschaften die Streiks, die sich ausbreiteten. Dadurch wuchs der Gegensatz zwischen radikalisierten Arbeitern und dem BAV. Bei dem Versuch, eine Schachtanlage zu besetzen, schossen Freikorpsgruppen auf Bergleute. Es gab Tote. Der Konflikt, der von einem USPD-Vertreter der preußischen Regierung geschlichtet wurde, endete mit einem Sieg der Bergarbeiter. Sie erreichten massive Lohnerhöhungen³¹⁸. Der Vorsitzende des sozialdemokratischen Bergarbeiterverbandes, Hué, sprach vom „Unverstand“ der Streikenden³¹⁹. Der Beschluss des Allgemeinen Rätekongresses im Dezember 1918, Industrie und Bergbau zu sozialisieren, wurde im Ruhrgebiet aufgegriffen. Eine sog. Neunerkommission aus je drei Vertretern von MSPD, USPD und KPD sollte die Sozialisierung einleiten³²⁰.

Im Oktober 1918 hatten Anhänger der USPD eine bürgerliche Versammlung im Essener Saalbau gesprengt, die zum Durchhalten im Krieg aufrufen wollte³²¹. Im Angesicht der Revolution warnte die SPD vor Streiks, forderte zur Arbeit auf und verlangte sofortige Wahlen zur Nationalversammlung³²². Zur Zeit der Novemberrevolution gab es im Ruhrgebiet keine revolutionäre Partei, die diesen Namen verdient hätte. In Essen existierte eine *Spartakusgruppe*, die als ihren Vertreter Arthur König in den Arbeiter- und Soldatenrat schickte³²³. Hilfe von außen sollte eine Agitationsreise mit Eugen Levine zum Thema „Was will der Spartakusbund?“ bringen. „Sagenhaften Erfolg“ scheint diese Reise nicht gehabt zu haben, auch wenn Levine am 3.12.1918 in Essen vor 5.000 Teilnehmern³²⁴ sprach. Arthur Hammer leitete die Veranstaltung³²⁵. Daraufhin bildete sich die *Kommunistische Arbeiterpartei Essen-Ruhr*³²⁶, als Mitglied des Spartakusbundes, die auch

³¹⁵ Polizei-Inspektor Korn, Spartakistische Umtriebe und Sturz des alten Arbeiter-Rates, Bocholt März 1919, Stadtarchiv Bocholt Nr. 385/K 231, in: Buschfort, Hermann, Zwischen Soutane und roten Fahnen. Die Geschichte der Bocholter SPD, Essen 1986, S. 171.

³¹⁶ Lucas, Vom Generalstreik, S. 27.

³¹⁷ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 111 f.

³¹⁸ Alexander, SPD Oberhausen, S. 68 f.

³¹⁹ Spethmann, Generalstreik, S. 275.

³²⁰ Kühr, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen, Düsseldorf 1973, S. 116 (im Folgenden zitiert: Kühr, Parteien und Wahlen).

³²¹ Während Spethmann von einer Sprengung der Versammlung durch die USPD schreibt, führen Walther/Engelmann fälschlicherweise unter Berufung auf Spethmann die Sprengung auf die USPD und den Spartakusbund zurück, vgl. Spethmann, Generalstreik, S. 82 f.; Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 76.

³²² Weitz, Conflict, S. 95.

³²³ Wisotzky, Klaus, Zwei Essener Karrieren, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 339. Im Folgenden zitiert: Wisotzky, Karrieren, Seite).

³²⁴ Meyer-Levine, Rosa, Levine. Leben und Tod eines Revolutionärs, Frankfurt/M. 1974, S. 52.

³²⁵ Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau, Bd. I, Berlin 1926, S. 121, zit. Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt/M-Berlin-Wien 1978, S. 314.

³²⁶ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 265.

in Bottrop agierte³²⁷. Am 27. Dezember führte sie eine Mitgliederversammlung im Viktoriahaus in Essen durch. Artur Hammer berichtete dort über den Essener Arbeiter- und Soldatenrat. Die KAP wählte drei Delegierte für die Reichskonferenz des Spartakusbundes / Gründungskonferenz der KPD³²⁸.



Kommunistische Arbeiterpartei, Februar 1919³²⁹

Ein Protestaufruf zum Generalstreik am 17. Februar 1919, der von Gelsenkirchen aus im Ruhrgebiet verbreitet wurde, war neben Vertretern der „revolutionären Vertrauensleute“ und der USPD auch von der *Kommunistischen Arbeiterpartei (KAP)* unterschrieben worden³³⁰. In Herne machte die *KPD/Spartakusbund* die erste Veranstaltung Anfang 1919, obwohl ein Herne Delegierter auf der Gründungskonferenz der KPD vertreten gewesen war³³¹. Mitte Januar 1919 fand die erste Versammlung der *KPD/Spartakusbund* in Dortmund statt. Auch von hier war ein Delegierter auf dem KPD-Gründungsparteitag anwesend gewesen³³². Ende Januar wurde die *KPD/Spartakusbund* in Wanne, Anfang Februar in Sodingen gegründet³³³. Auf der zweiten Versammlung in Herne wie auf der ersten in Dortmund war Arthur Hammer der Referent³³⁴. Er sprach am 5.1.1919 in Hervest-Dorsten, am 28.1.1919 in Bochum und am 5.2.1919 in Duisburg. Demnach bekam die *KPD/Spartakusbund* Entwicklungshilfe von Mitgliedern der früheren Gruppe *Der Kampf*,

³²⁷ Privataarchiv Sahin Aydin, Bottrop.

³²⁸ Schmidt, Ernst, Sozialist und überzeugter Kriegsgegner. Arthur Hammer, in: Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bd. 2, Essen 1988, S. 175.

³²⁹ Bild KAPD, in: Aydin, Sahin, Ein Leben für die gerechte Sache. Biografischer Abriss von Alois Fulneczek (29.11.1882-23.02.1919), Bottrop 2015, S. 14. Sahin Aydin forscht zur Geschichte dieser frühen KAPD / Spartakusbund.

³³⁰ Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Bd. 1, Berlin 1928, S. 215.

³³¹ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 57.

³³² Hüwel, Norbert, Geschichte der Dortmunder Arbeiterbewegung in den Anfängen der Weimarer Republik 1918-1921, Dortmund 1981, S. 59 f. (im Folgenden zitiert: Hüwel, Dortmunder Arbeiterbewegung, Seite).

³³³ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 59 f.

³³⁴ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 56; Hüwel, Dortmunder Arbeiterbewegung, S. 60.

die im Ruhrgebiet als Zwischenschritt die *Kommunistische-Arbeiterpartei/Spartakus-Bund* gegründet hatten³³⁵. Während einige kommunistische Ortsgruppen noch im Februar 1919 als Kommunistische Arbeiter-Partei firmierten, traten die Neugründungen an anderen Orten als KPD/Spartakusbund auf. Die Zeitung, die die KPD in Essen herausgab, hieß ebenfalls *Spartakus*³³⁶.

In der Debatte über die politische Ausrichtung der neu gegründeten KPD trafen linke, radikal linke und ultralinke Standpunkte aufeinander. Während Rosi Wolfstein (Düsseldorf) in der Frage der Wahlbeteiligung zur Nationalversammlung auf dem Gründungsparteitag der KPD/Spartakusbund einen radikal linken Standpunkt vertrat, positionierte sich Carl Minster (Duisburg) für eine Wahlbeteiligung. In der Diskussion über „wirtschaftliche Kämpfe“, Gewerkschaften und Betriebsräte trat Arthur Hammer (Essen) dem Referenten des Parteivorstandes, Lange, entgegen³³⁷. Im Vorfeld der Gründungskonferenz hatte Hammer in einer Essener Mitgliederversammlung der KAP eine Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung befürwortet, was die Mehrheit der dortigen Mitglieder jedoch ablehnte³³⁸. Im Frühjahr 1919 gehörten zu den führenden Funktionären der *KPD/Spartakusbund* im Ruhrgebiet, deren Bezirksleitung in Essen saß, Eugen Eppstein, Arthur Hammer, für mehrere Wochen Eugen Levine³³⁹, Oskar Triebel, Arthur König und Ernst Graul³⁴⁰. Vorsitzender der Essener Organisation wurde Arthur König³⁴¹.

Derweil kam es im Ruhrgebiet zu neuen Streiks. In einer zehnten Streikwelle verliehen 80.000 Bergarbeiter ihren Forderungen Nachdruck³⁴². Die Büros des Kohlensyndikats wurden besetzt³⁴³. Als daraufhin die SPD-Reichsregierung Mitte Februar Truppen ins Ruhrrevier einmarschieren ließ, proklamierten die Arbeiter- und Soldatenräte den Generalstreik. Die reformistischen, christlichen, polnischen und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften stellten sich gegen den Streik³⁴⁴. In einer elften Streikwelle traten 180.000 Bergarbeiter in den Ausstand³⁴⁵. Im Raum Dortmund beteiligte sich nur die Hälfte der Bergarbeiter³⁴⁶. Ein Ende März von 475 Schachtdelegierten aus 173 Zechen des

³³⁵ Schmidt, Ernst, Sozialist und überzeugter Kriegsgegner. Arthur Hammer, in: Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bd. 2, Essen 1988, S. 175 f.

³³⁶ Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922] (ohne Seitenangabe).

³³⁷ Weber, Gründungsparteitag, S. 129 f.

³³⁸ Schmidt, Ernst, Sozialist und überzeugter Kriegsgegner. Arthur Hammer, in: Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bd. 2, Essen 1988, S. 175.

³³⁹ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 112 f.

³⁴⁰ Spethmann, Generalstreik, S. 151.

³⁴¹ Wisotzky, Karrieren, S. 339; Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 471.

³⁴² Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 111 f.

³⁴³ Alexander, SPD Oberhausen, S. 79 f.

³⁴⁴ Vgl. Winkler, Revolution, S. 280 f.

³⁴⁵ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 117.

³⁴⁶ Hüwel, Dortmunder Arbeiterbewegung, S. 75.

Ruhrgebietes gewählter Zentralzechenrat erklärte den „unbefristeten Generalstreik“ für die³⁴⁷

„Sechs-Stunden-Schicht, 25% Lohnerhöhung, (...) Anerkennung des Rátesystems, Freilassung aller politischen Gefangenen, Bildung einer revolutionären Arbeiterwehr, Auflösung der Freikorps, Anknüpfung politischer Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung, Entwaffnung der Polizei im Industriegebiet und im Reich, Bezahlung der Streikschichten“³⁴⁸.

Um Streiks zuvorzukommen hatte der reformistische BAV kurz vorher mit den Bergwerkskonzernen die Siebeneinhalb-Stunden-Schicht im Bergbau vereinbart, die ab dem 1. April 1919 gelten sollte³⁴⁹. Das konnte die Anfang April ausbrechende zwölfte Streikwelle von mindestens 300.000 Bergarbeitern nicht mehr verhindern. Am 9. April 1919 mussten die Kapitaleigner die Einführung der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau zugestehen. „Aber erst am 28. April – nach fast vier Wochen – war die Bewegung niedergekämpft“³⁵⁰, nachdem ab Mitte April Militär aus Münster eingesetzt worden war³⁵¹ und 560 Delegierten der Schächte auf einen Schlag verhaftet worden waren³⁵². Der Streik war eine außergewöhnliche Leistung, weil die Streikenden von den traditionellen Gewerkschaften keine Unterstützung bekamen. Der Kampf der Bergarbeiter hatte zwar nicht die Sozialisierung des Ruhrbergbaus erreicht, aber die Arbeitszeit im Bergbau auf sieben Stunden verkürzt und zu einer breiten Politisierung und tiefgehenden Radikalisierung der Kumpel geführt³⁵³. Solche „politischen Massenstreiks (...) hatte die Vorkriegszeit nicht gekannt“³⁵⁴. Selbst die gemäßigten Gewerkschaften wurden von den Eignern der Berg- und Hüttenwerke als „Streikgewerkschaften“ angesehen³⁵⁵. Mit der Sieben-Stunden-Schicht waren die Bergleute privilegiert. In Handwerksbetrieben dauerte

³⁴⁷ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 117.

³⁴⁸ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 117.

³⁴⁹ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 231 f.; Winkler sieht in den Verhandlungen des BAV mit den Zechenbetreibern, die entschiedene Gegner der Republik waren, deren politische Aufwertung vgl. Winkler, Revolution, S. 78.

³⁵⁰ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 118.

³⁵¹ Rennspieß, Uwe, „Jenseits der Bahn“. Geschichte der Ahlener Bergarbeiterkolonie und der Zeche Westfalen, Essen 1989, S. 62.

³⁵² Kühr, Parteien und Wahlen, S. 115 f.

³⁵³ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 193 f. Weshalb die Kämpfe der Bergarbeiter mit ihrem Teilerfolg der Arbeitszeitverkürzung und der politischen Perspektive der Sozialisierung auf wenig Sympathie der Arbeiter in anderen Branchen gestoßen sein sollten, ist nicht ganz nachvollziehbar, vgl. Feldmann, Gerald D., Forschungsbericht. Streiks in Deutschland 1914-1933. Probleme und Forschungsaufgaben, in: Tenfelde, Klaus/Volkmann, Heinrich, Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 278.

³⁵⁴ Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918-1923. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer hohen Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1933, S. 7 (im Folgenden zitiert: Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, Seite).

³⁵⁵ Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie und Politik, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 96.

die Arbeitszeit auch nach der Novemberrevolution bis zu sechzehn Stunden am Tag³⁵⁶. Die KPD setzte sich für die Sozialisierung des Bergbaus ein. Ihr Wirtschaftsexperte Marchlewski wurde von Berlin aus ins Ruhrgebiet geschickt, wo er auf einer Konferenz der Bergarbeiter-Delegierten einen Vortrag über die Sozialisierung hielt³⁵⁷. Dagegen kann man die Politik Eberts nur als fortgesetzte Verhinderung der Sozialisierung des Ruhrbergbaus bezeichnen³⁵⁸.

Mit Beschluss der Schachtdelegierten-Konferenz vom 30. März 1919 hatte sich die *Allgemeine Bergarbeiterunion (ABU)*³⁵⁹ vom reformistischen *Bergarbeiterverband* abgespalten. Es entstanden revolutionäre Gewerkschaften, Unionen genannt³⁶⁰. Die ABU gründete auch im Raum Wanne einen Bezirksverband³⁶¹. Sie war das Ergebnis der Streikwellen zwischen 1916 und 1919 und der damit verbundenen Radikalisierung der Bergarbeiter. Das Aufkommen des Unionismus auf eine „zusammengewürfelte und rasch anwachsende Arbeiterbevölkerung“, jung und wenig integriert, mit einem „auf die Probleme des engeren, betrieblichen Bereichs beschränkt(en) (...) Interessenhorizont“ zurückzuführen, wie es Hans Mommsens Ansicht ist, ignoriert weitgehend die Streikwellen³⁶², die den Bergarbeitern neue politische Horizonte eröffneten. Der Radikalisierungsprozess der Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes im Allgemeinen und der Bergarbeiter im Besonderen bildete den Hintergrund für die Entwicklung der regionalen KPD. Dass die Spaltung der Gewerkschaften im Bergbau des Ruhrgebietes auf den Ruhrkrieg 1920 zurückzuführen sei, ist schlichtweg eine Fehleinschätzung³⁶³.

2.3 Die Einheitsfront gegen den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet

Am 13. März 1920 putschte die Reichswehr unter der Führung des Generals von Lüttwitz gegen die sozialdemokratische Reichsregierung. Die Republik sollte beseitigt und durch eine Diktatur ersetzt werden. Anlass war die Reduzierung der Reichswehr auf einhunderttausend Mann und die Auflösung der paramilitärischen, anti-revolutionären Freikorps. Die Regierungsgeschäfte der Putschisten übernahm Generallandschaftsdirektor Kapp, der frühere monarchistische zweite Vorsitzende der *Deutschen Vaterlandspartei*. Die Reichsregierung Bauer (SPD) und der sozialdemokratische Reichspräsident Ebert

³⁵⁶ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 40.

³⁵⁷ Vgl. Marchlewski, J., Die Sozialisierung des Bergbaus, Essen 1919.

³⁵⁸ Vgl. Mittag, Pragmatismus, S. 223 f.

³⁵⁹ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 117.

³⁶⁰ Winkler, Revolution, S. 163 f.

³⁶¹ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 63.

³⁶² Mommsen, Hans, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918-1933, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 277.

³⁶³ Siehe Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft, S. 24.

flohen nach Stuttgart. Da die SPD-Führung einen Generalstreik gegen den Kapp-Putsch erwartete, rief sie lieber selbst zu ihm auf, als dies radikalen Kräften zu überlassen³⁶⁴. Es war „der gewaltigste Streik (...), den Deutschlands je erlebt hatte“. Die KPD lehnte am Abend des 13. März „ein gemeinsames Vorgehen mit der MSPD zum Schutze der ‘Regierung Noske’“ ab³⁶⁵, und soll unter dem Einfluss des Komintern-Abgesandten Bronski ein Flugblatt mit dem Motto „Gegen den Generalstreik! – Gewehr bei Fuß!“ veröffentlicht haben³⁶⁶, änderte aber einen Tag später ihre Haltung³⁶⁷. Die Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet beteiligte sich „ohne zu zaudern und mit unerhörter Wucht“ am Generalstreik³⁶⁸. Gegen den Vormarsch putschender Freikorps nach Dortmund erhoben sich die Arbeiter in Hagen, dem Sitz der USPD-Bezirksleitung, und in benachbarten Städten³⁶⁹. Die Freikorps wurden besiegt, obwohl ihnen die Dortmunder SPD-Führung freien Durchlass nach Hagen verschaffen wollte³⁷⁰. Vom östlichen Ruhrgebiet aus gelang den Arbeitermilizen Stadt für Stadt bis nach Duisburg die Entwaffnung der Sicherheitspolizei und der bürgerlichen Einwohnerwehren³⁷¹. Es handelte sich im Ruhrgebiet bei dem Widerstand gegen den Kapp-Putsch keineswegs nur um „spontane Reaktionen“³⁷², sondern um eine gezielte Strategie des Aufstandes. Mit ihrem militärischen Sieg übernahmen die Arbeiter im Ruhrgebiet die Macht. Aus örtlichen *Aktionsausschüssen* gegen den Putsch bildeten sich *Vollzugsräte*, die in den Städten herrschten. Sie waren gleichzeitig Organe einer Einheitsfront. Die lokalen bewaffneten Arbeitermilizen verschmolzen zu einer *Roten Ruhrarmee*³⁷³. Doch dem, was Erhard Lucas als „Märzrevolution“ bezeichnet, fehlte der soziale umstürzlerische Inhalt, auch wenn in Resolutionen die Sozialisierung der Betriebe gefordert wurde³⁷⁴. Betriebsräte setzten nur in wenigen Fällen grundlegende soziale Forderungen wie die Sechs-Stunden-Schicht oder die Einstellung aller Erwerbslosen in den Betrieben durch³⁷⁵. Als nach dem Zusammenbruch des Kapp-Putsches die Arbeiter des Ruhrgebietes am 24. März den Generalstreik abbrachen und sich entwaffnen ließen, marschierten Reichswehr und Freikorps ins

³⁶⁴ Wette, Wolfram, Gustav Noske. Eine politische Biographie, 2. Aufl., Düsseldorf 1988 (Düsseldorf 1987), S. 627 f. (im Folgenden zitiert: Wette, Noske, Seite).

³⁶⁵ Ebd., S. 654.

³⁶⁶ Reichenbach, Bernhard, Zur Geschichte der KAPD, Hamburg o. D., (Grünberg, Carl <Hrsg.>), Archiv für die Geschichte des Sozialismus), Bd. 8, Leipzig, 1928, o. S. „Bronski“ war das ehemals führende Mitglied der SDKPiL, Warszawski, vgl. Fröhlich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie, Berlin 2013, S. 119.

³⁶⁷ Keßler, Ruth Fischer, S. 84.

³⁶⁸ Viktor Stern, in: Spethmann, Aufstand, S. 83.

³⁶⁹ Lucas, Vom Generalstreik, S. 147 f.

³⁷⁰ Meinberg, Wetter- und Watterwinkel, S. 90.

³⁷¹ Lucas, Vom Generalstreik, S. 147 f.

³⁷² Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 29.

³⁷³ Lucas, Der bewaffnete Aufstand, S. 8 f..

³⁷⁴ Lucas, Die Niederlage, S. 15 f.

³⁷⁵ Henze, Jochen, Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau 1918-1920. Ursachen und Verlauf eines Arbeitszeitkonflikts, Freiburg 1988, S. 176.

Ruhrgebiet ein³⁷⁶. Die monarchistischen Putschisten wurden gegen den revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung eingesetzt³⁷⁷. Zahlreiche Morde an Arbeitern führten zu einer weiteren Radikalisierung der linken Bewegung³⁷⁸.

Die schwache Ruhr-KPD beteiligte sich im Unterschied zur Parteizentrale in Berlin ohne Zögern am Kampf gegen den monarchistisch-reaktionären Putsch, womit sie wieder neuen Einfluss gewinnen konnte³⁷⁹. In den Kämpfen war sie überproportional vertreten. Von den Angehörigen der *Roten Ruhrarmee*, die einer Partei angehörten, waren ca. 30 Prozent Mitglieder der KPD/Spartakusbund, 58 Prozent der USPD und 11 Prozent der SPD. Von den Soldaten der *Roten Ruhrarmee*, die einer Gewerkschaft angehörten, waren 53 Prozent Mitglied einer reformistischen Gewerkschaft und 45 Prozent Mitglied einer der Unionen³⁸⁰. Die stärkere radikale Arbeiterpartei war nicht die KPD, sondern die USPD, die im Bezirk Westliches Westfalen 36.097 Mitglieder organisiert haben soll³⁸¹. Die syndikalistische Bewegung, ein direkter Konkurrent von USPD und KPD, erlitt durch die revolutionären Kämpfe einen schweren Rückschlag. Denn „politische Aktionen“ wie die Bildung der *Roten Ruhrarmee* passten nicht in die Konzeption des Syndikalismus, der sich auf die Inbesitznahme der „wirtschaftlichen Produktionsmittel“ konzentrierte³⁸², auch wenn Anhänger und Aktive der Syndikalistinnen an den Kämpfen teilnahmen³⁸³.

Für die Beendigung der Auseinandersetzung sorgte das sog. *Bielefelder Abkommen*, das die kämpfende Arbeiterbewegung spaltete, ihre Entwaffnung und den Einmarsch von Reichswehr und Freikorps ins Ruhrgebiet vertraglich regelte. Die KPD im Ruhrgebiet war gegen die Annahme des Abkommens. Erst die Vertreter der KPD-Zentrale, Paul Levi und Wilhelm Pieck, die beide das *Bielefelder Abkommen* als ausreichende Basis zu einer Einigung ansahen, konnten seine Annahme gegenüber der Leitung der Ruhr-KPD

³⁷⁶ Lucas, Der bewaffnete Aufstand, S. 60 f.

³⁷⁷ Wette, Noske, S. 684.

³⁷⁸ Vgl. Gumbel, E. J., Vier Jahre politischer Mord, 5. Aufl., Berlin 1922; In der Historischen Kommunismusforschung führt Weber die grundlegende Trennung zwischen Sozialdemokratie und KPD nicht auf ihre unterschiedliche Stellung zum bürgerlichen Staat zurück, sondern auf das „Bekenntnis“ der KPD „zur Gewalt“ und auf „ihre radikalisierte und dogmatisierte Auslegung der Ziele der Arbeiterbewegung“, als ob sich die SPD nicht zur „Gewalt“, wenn auch zu der der Herrschenden, bekannt hätte, vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 14.

³⁷⁹ Koch-Baumgarten, Sigrid, Einleitung, in: Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Aufl., Hamburg 1986 (Offenbach 1948), S. 25; Colm, Gerhard, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921, S. 77 (im Folgenden zitiert: Colm, Soziologie des Ruhraufstandes, Seite).

³⁸⁰ Colm, Soziologie des Ruhraufstandes, S. 49. Colm nennt nur die syndikalistische FAUD, die er nicht von der gleichzeitig bestehenden Freie Arbeiterunion / Räteorganisation in Gelsenkirchen unterscheidet.

³⁸¹ Wheeler, USPD, S. 147 f.

³⁸² Colm, Soziologie des Ruhraufstandes, S. 80 f.

³⁸³ Keßler behauptet, die Rote Ruhrarmee sei zunächst von der FAUD getragen, vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 84. Sich auf Colm berufend schreibt Jenko, dass die syndikalistische FAUD 45 % der Kämpfer der Roten Ruhrarmee gestellt hätte, vgl. Jenko, Jürgen, Eine andere Form von Arbeiterradikalismus: Der Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet 1918-1922, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 188 (im Folgenden zitiert: Jenko, Arbeiterradikalismus, Seite). Sie übersehen die Namensgleichheit der Freien Arbeiterunion / Syndikalistinnen und der Freie Arbeiterunion / Räteorganisation.

durchzusetzen³⁸⁴. Unterstützung fanden sie bei Oskar Triebel und Fritz Charpentier, die für die KPD das *Bielefelder Abkommen* unterzeichneten³⁸⁵. Dafür wurde Triebel von der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord unter Eugen Eppstein der Parteiausschluss angedroht³⁸⁶. Eppsteins strategische Vision lautete, dass die revolutionären Truppen vom Ruhrgebiet aus nach Berlin marschieren sollten³⁸⁷.

Dass der Kapp-Putsch im Ruhrgebiet „die Spaltung“ der „Milieuzusammenhänge“, d. h. in diesem Fall zwischen SPD und radikalen Strömungen der Arbeiterbewegung, „durch nunmehr haßerfüllte Segmentierung (vertiefte)“³⁸⁸ galt bestimmt im Verhältnis zu den gewerkschaftlichen und politischen Führungen. Wenn sich aber Teile der SPD unter dem Druck der Ereignisse für die Diktatur des Proletariats erklärten oder in der *Roten Ruhrarmee* mitkämpften, lässt das eher auf eine Spaltung innerhalb der Sozialdemokratie als auf eine zwischen sozialdemokratischen und radikaleren Milieuzusammenhängen schließen. Vielmehr handelte es sich von der Novemberrevolution 1918 bis zu den Kämpfen im März 1920 um „eine(en) Riesenauftand (...) Die einzelnen Erhebungen sind nur als Etappen eines latenten Streikzustandes anzusehen“³⁸⁹. Der Streik in Permanenz ebnete im Milieu der Bergarbeiter, wo unter Tage trotz aller politischen Differenzen die tägliche Arbeit kollektiv erfolgte, die bisherigen politischen Gräben ein und schuf neue politische Spaltungslinien zur SPD-Führung und zu den gemäßigten Gewerkschaftsverbänden.

Seit dem *Bielefelder Abkommen* kann man in der Ruhr-KPD von einer linkskommunistischen Opposition gegenüber der moderaten KPD-Zentrale in Berlin sprechen. Auf politischer Ebene wandte sich der linke Kommunismus gegen Zustimmung zur Entwaffnung der Arbeiter, auf gewerkschaftlicher Ebene befürwortete er die Gründung der Unionen. Die linke Opposition in der KPD im Ruhrgebiet war ein Produkt der revolutionären Klassenkämpfe im Revier. Sie entstand drei Viertel Jahr bevor sich im Dezember 1920 die linkskommunistische Opposition in Berlin, unmittelbar nach der Vereinigung von KPD und dem linken Flügel der USPD zur VKPD, zusammenschloss³⁹⁰.

³⁸⁴ Lucas, *Die Niederlage*, S. 99 f.; Weitz, *Conflict*, S. 150 f.

³⁸⁵ Colm, *Soziologie des Ruhraufstandes*, S. 132.

³⁸⁶ Triebel war Leiter der KPD in Barmen (!) vgl. Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 944. Nach Schürer lehnte die Ruhr-KPD das Abkommen ab, vgl. Schürer, *Die politische Arbeiterbewegung*, S. 31.; Goch schreibt hingegen, dass das Abkommen von den Vertretern der Ruhr-KPD gebilligt und nur von den Kommunisten in Buer abgelehnt wurde, vgl. Goch, *Sozialdemokratische Arbeiterbewegung*, S. 246 f.; Hermann Weber erwähnt das Bielefelder Abkommen in seiner jüngsten Darstellung nicht einmal, vgl. Weber, Hermann, *Komintern und KPD*, S. 33 f.

³⁸⁷ Lucas, *Der bewaffnete Aufstand*, S. 24.

³⁸⁸ Mallmann, *Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft*, S. 9.

³⁸⁹ Dallmeyer, Ilse, *Geschichte der Arbeitskämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier*, Wi-So. Diss., Köln 1922, S. 98.

³⁹⁰ Scholem, Werner, *Skizze über die Entwicklung der Opposition in der KPD*, Moskau 1924, in: *Die Internationale*, 7. Jg., Nr. 2/3, Berlin 1924, S. 124 (im Folgenden zitiert: Scholem, *Skizze*, Seite).

Dass die Ruhr-KPD unter dem Einfluss von Eugen Eppstein, Arthur Hammer und Arthur König in den Jahren 1919-1920 für einen linken Kommunismus stand, resultierte nicht nur aus theoretischen Erkenntnissen, sondern ergab sich aus den praktischen Erfahrungen der Kämpfe der Arbeiterbewegung wie z. B. in dem Kampf für die Sechs-Stunden-Schicht, die Sozialisierung und gegen den Kapp-Putsch, aus denen radikale Schlussfolgerungen gezogen wurden. Als Sprecher und Führungsfigur der Ruhr-KPD fungierte Eugen Eppstein. Neben ihm gab es auch ultralinke Kommunisten wie den Organisationssekretär der Bezirksleitung Hans Ficks, der von der USPD gekommen war³⁹¹. Er „war gegen Beteiligung an Parlamentswahlen, für den Austritt aus den Gewerkschaften“, weshalb Anfang 1920 die moderat kommunistische KPD-Zentrale um Heinrich Brandler den Auftrag gab, einen Nachfolger für Ficks zu suchen³⁹².

Die linken Kommunisten sollten ihre Dominanz in der Ruhr-KPD nicht etwa deshalb verlieren, weil ihr Sprecher Eugen Eppstein nach Köln abtauchen musste, da er im Ruhrgebiet von der Polizei steckbrieflich gesucht wurde³⁹³, sondern durch die Verschmelzung der KPD mit der USPD zur *Vereinigten Kommunistischen Partei (VKPD)*. Damit wuchs die Kommunistische Partei von einer Propagandaorganisation zu einer regionalen Massenpartei. Anders als in Wesel, Duisburg und Hattingen vereinigte sich in Rheinhausen, Moers, Essen, Bochum und Gelsenkirchen die Mehrheit der USPD mit der KPD. Auch im östlichen Ruhrgebiet fusionierte die Mehrheit der USPD mit der KPD. Dass dort die SPD in der Arbeiterbewegung dominierend blieb³⁹⁴, lässt sich aus den Dortmunder Wahlergebnissen nicht ablesen. Zwar war die USPD zunächst relativ schwach, als sie am 9.1.1919 bei der Wahl zur Nationalversammlung nur 3,3 Prozent im Vergleich zu 46,5 Prozent der Stimmen für die SPD erzielen konnte. Aber bei den Reichstagswahlen am 6.6.1920 wurde die USPD mit 28,6 Prozent der Stimmen zur stärksten Partei der Stadt³⁹⁵. Die KPD zählte vor der Vereinigung mit der USPD im Ruhrgebiet und am Niederrhein zusammen 9.200 Mitglieder³⁹⁶. Sie organisierte im Revier nur ein paar Tausend Kommunisten. Nach der Verschmelzung mit den Unabhängigen Sozialdemokraten im Dezember 1920 umfasste die *Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands (VKPD)* in

³⁹¹ Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 276.

³⁹² Lucas, Der bewaffnete Aufstand, S. 71 u. S. 207.

³⁹³ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 229.

³⁹⁴ Peterson, Larry, German Communism, workers' protest and labour unions. The politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920-1924, Dordrecht/Boston/London 1993, S. 52 f. (im Folgenden zitiert: Peterson, German Communism, Seite).

³⁹⁵ Högl, G./Lauschke, K., Fritz Henßler. Ein Leben für die Freiheit und Demokratie 1886-1953, Dortmund 1986, S. 26 f.

³⁹⁶ Wheeler, USPD, S. 263.

Rheinland-Westfalen 52.874 Mitglieder³⁹⁷. Allerdings hatte vorher allein die USPD im Ruhrgebiet und am Niederrhein 131.000 Mitglieder³⁹⁸. Nicht einmal die Hälfte davon war in die VKPD eingetreten, obwohl die Zustimmung zur Vereinigung überwältigend gewesen war³⁹⁹. Im KPD-Bezirk Westliches Westfalen gehörten der VKPD ca. 25.000 Mitglieder an⁴⁰⁰, davon die Hälfte im Raum Essen⁴⁰¹. Weshalb nicht die KPD in die USPD eintrat und sich dort gemeinsam mit der linken Mehrheit des rechten Flügels entledigte, bleibt ein Rätsel. Nun war die VKPD eine Massenpartei⁴⁰².

Trotz der Radikalisierungsschübe in der Arbeiterklasse und speziell unter den Bergarbeitern im Ruhrgebiet wirkte sich die Fusion der KPD mit der USPD mäßigend auf die neue Führung der *Vereinigten Kommunistischen Partei* im Revier aus, im Unterschied zur Gesamtpartei, deren Führung sich aufgrund des starken Wachstums durch die Fusion der VKPD neue Aufgaben stellen wollte, was zur sog. *Märzaktion* 1921 führte. Viele Mitglieder der USPD waren in erster Linie antimilitaristisch und humanitär geprägt. Die USPD war zwar im Ruhrgebiet die führende Partei in den Klassenkämpfen gewesen, hatte aber auch stark auf parlamentarische Arbeit und Verhandlungen gesetzt⁴⁰³. Die zwiespältige Haltung prägte selbst viele Mitglieder, die sich mit der KPD zusammenschlossen. Im Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord kamen viele USPD-Funktionäre nicht aus Ruhrgebietsstädten, sondern aus der westfälischen Provinz⁴⁰⁴.

Hatten in der Ruhr-KPD vor der Vereinigung linke Kommunisten wie Eugen Eppstein und Arthur König maßgeblichen Einfluss, die beide im Zentral-Ausschuss der KPD vertreten waren⁴⁰⁵, so traten deren Nachfolge in der vereinigten Partei moderate Neu-Kommunisten an. Im August 1921 hieß der Sekretär des Bezirks 19/20 Rheinland-Westfalen Paul Franken, ein Anhänger Paul Levis⁴⁰⁶. Der Linkskommunist Arthur König ging von Essen zurück nach Dortmund. Der Linkskommunist Arthur Hammer zog sich aus dem Parteileben zurück und konzentrierte seine Aktivitäten auf die *Freie Arbeiterunion-Gelsenkirchen (FAU-G)* und später auf die *Union der Hand- und Kopfarbeiter*. Während

³⁹⁷ Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922, S. 13 (Im Folgenden zitiert: KPD, 2. Parteitag).

³⁹⁸ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 264.

³⁹⁹ Wheeler, USPD, S. 147 f.

⁴⁰⁰ Wheeler, USPD, S. 263.

⁴⁰¹ Weitz, Conflict, S. 167.

⁴⁰² Unter diesen Umständen die Vereinigung wie Hoffrogge als „Fehlstart“ zu bezeichnen, wird der massiv gewachsenen Handlungsfähigkeit der VKPD nicht gerecht, dagegen Hoffrogge, Scholem, S. 164.

⁴⁰³ Colm, Soziologie des Ruhraufstandes, S. 74 f.

⁴⁰⁴ Das zeigt die Liste ihrer Delegierten zum außerordentlichen USPD-Parteitag im Oktober 1920, vgl. Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag in Halle, Berlin 1920, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 299 f.

⁴⁰⁵ Vgl. Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 278.

⁴⁰⁶ KPD, 2. Parteitag, S. 263.

die linke Führung der Ruhr-KPD unter Eppstein/König/Hammer der Radikalisierung der Bergarbeiterbewegung ihren parteipolitischen Ausdruck verliehen hatte, bekam die VKPD im Revier durch die Fusion mit der USPD eine Führung, die zwar nicht gemäßigter als die überwiegend aus der USPD kommende Mitgliedschaft war, aber längst nicht so radikal wie ihr Umfeld in den Unionen⁴⁰⁷. Auch nach dem Ausscheiden von Paul Franken, der bald zur SPD gehen sollte, waren moderate Kommunisten im Ruhrgebiet bestimmend. Zu ihnen gehörten gleichermaßen Funktionäre der KPD/Spartakusbund (Graul, Triebel) und der USPD (z. B. Rübhausen, Theissen).

Im Vergleich zu den Kämpfen gegen den Kapp-Putsch im Jahr zuvor fielen die Solidaritätsaktionen der KPD im Ruhrgebiet während der sog. *Märzaktion* 1921 kaum ins Gewicht. Als die Parteiführung der KPD um Brandler/Thalheimer gegen den Einmarsch von Polizeitruppen ins Mansfelder Bergarbeitergebiet, einer Hochburg der KPD, zum Generalstreik aufrief, organisierte die KPD im Ruhrgebiet Demonstrationen und Kundgebungen. Nur in Gelsenkirchen, Buer und Essen ruhte auf einem Viertel der Zechen die Arbeit⁴⁰⁸. In Essen kam es zu bewaffneten Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Polizei mit einundzwanzig Toten⁴⁰⁹. Eine Besetzung der Krupp-Werke scheiterte, obwohl das Zentrale-Mitglied Meyer zur Anstachelung von Aktionen ins Ruhrgebiet gesandt worden war⁴¹⁰. Zu einer Demonstration konnten KPD und KAPD etwa 10.000 Menschen mobilisieren⁴¹¹. Der von der KPD ausgerufene Generalstreik scheiterte im Revier⁴¹². Dies lag vor allem daran, dass er am Karfreitag auf einer Ruhrkonferenz der KPD beschlossen worden war, aber schon zwei Tage später ausgerufen werden sollte⁴¹³. Trotz aller Erfahrungen im Verlaufe der Streikwellen und des Kapp-Putsches fehlte dem Funktionärskörper der KPD im Ruhrgebiet die Einsicht, dass ein Generalstreik ohne gründliche Vorbereitung auf breiter Basis nicht von heute auf morgen einzuleiten war. Der Rückgang der Mitgliedschaft durch die Niederlage scheint auf den ersten Blick im Ruhrgebiet nicht besonders groß gewesen sein, wenn die VKPD vor der *Märzaktion* im Doppelbezirk 19/20 Rheinland-Westfalen 52.874 Mitglieder⁴¹⁴ und im Februar 1922 allein im eigenständigen Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord (ohne den Bezirk Rheinland-

⁴⁰⁷ Herbert Kühr zählt fälschlicher Weise die Essener KPD nach der Fusion mit der USPD ebenso zur Parteilinken wie die moderat kommunistischen Funktionäre Graul und Carpentier, vgl. Kühr, Parteien und Wahlen, S. 122 f.

⁴⁰⁸ Koch-Baumgarten, Sigrid, Die Märzaktion der KPD 1921, Köln 1987, S. 99 f.

⁴⁰⁹ KPD, 2. Parteitag, S. 99.

⁴¹⁰ Wilde, Ernst Meyer, S. 224.

⁴¹¹ Weitz, Conflict, S. 175.

⁴¹² Angress, Stillborn Revolution, S. 194.

⁴¹³ KPD, 2. Parteitag, S. 99.

⁴¹⁴ Ebd., S. 13. Die Angaben beziehen sich offensichtlich auf die Zeit der Vereinigung also vor der Märzaktion.

Westfalen-Süd / Niederrhein), d. h. also im Ruhrgebiet, 21.881 Mitglieder zählte⁴¹⁵. Allerdings fiel die KPD in Gelsenkirchen von 2.800 auf 1.700 Mitglieder zurück. Im Unterbezirk Recklinghausen-Buer lösten sich zwölf von sechzehn Ortsgruppen auf⁴¹⁶. Zudem schlug sich die Niederlage in der Passivität von Mitgliedern nieder, von denen in Bochum ein Fünftel von Eintaused keine Beiträge zahlte⁴¹⁷. Durch die sog. Märzaktion veränderte sich der Funktionärskörper der KPD-Ruhr. Viele Delegierte vom Vereinigungsparteitag, die aus der früheren USPD im Ruhrgebiet stammten, traten nach der 1921 politisch nicht mehr als Kommunisten in Erscheinung⁴¹⁸. Das lässt darauf schließen, dass sie mit der moderaten Abspaltung *Kommunistische Arbeitsgemeinschaft* um Paul Levi die KPD verließen oder aus der parteipolitischen Arbeit ausschieden.

1921 führte die linkskommunistische Strömung zwar nicht mehr die Ruhr-KPD an, war aber weiterhin in den KPD-Unterbezirken Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen und Buer präsent. Mitglieder des UB Dortmund traten 1922 als Kritiker der moderat kommunistischen KPD-Zentrale in Berlin auf⁴¹⁹. Eine Reise von Ruth Fischer und Arkadi Maslow im September 1922 nach Dortmund dürfte kein Zufall gewesen sein. Die Polizeiverwaltung bescheinigte den ständig umherreisenden „russischen Agenten“, womit u. a. Fischer und der russische Staatsangehörige Maslow gemeint waren, dass sie die KPD immer wieder zu neuen Aktivitäten anstacheln würden⁴²⁰. Das Netzwerk der linken Kommunisten ergab sich fast von selbst, hatten doch Maslow, Eppstein und König vor der Vereinigung mit der USPD dem Zentral-Ausschuss der KPD angehört und mit anderen Delegierten wie Hugo Urbahns (Hamburg), Ruth Fischer, Ottomar Geschke (Berlin), Bertz (Chemnitz), Max Schütz und Arthur Hammer (Rheinland-Westfalen-Nord) am Vereinigungsparteitag teilgenommen⁴²¹. Von Dortmund aus verfügten die linken Kommunisten über gute Kontakte nach Gelsenkirchen. Dort hatte sich Ende 1921 der UB-Sekretär Schütz ein Parteiordnungsverfahren eingehandelt, weil er einen Referenten der

⁴¹⁵ Zum Bezirksparteitag. Organisationsbericht über den Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 1.

⁴¹⁶ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 143.

⁴¹⁷ Vertrauensmann berichtet (Abschrift), Bochum 23.7.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 56; KPD, 2. Parteitag, S. 99.

⁴¹⁸ Vgl. die Liste der Delegierten vom Vereinigungsparteitag (Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 275 f.) und dem Funktionärskörper der KPD, in: Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten.

⁴¹⁹ Bezirksparteitag Ruhrgebiet, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 4.

⁴²⁰ Die Polizeiverwaltung, Sonderbericht, Dortmund 4.10.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 206 a.

⁴²¹ Vgl. Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 277. Der Kern der linken Kommunisten und späteren linken Opposition stammte von einer Minderheit der KPD ab. Hinzu kamen von der USPD u. a. Scholem, Korsch, Schwan, Katz und Geithner, vgl. ebd. S. 273 f.

KPD-Zentrale beleidigt hatte⁴²². Die frühzeitige, enge Verbindung zwischen Dortmund und Gelsenkirchen belegt das Auftreten des Gelsenkirchener Max Schütz als Redner auf einer Dortmunder KPD-Veranstaltung im Oktober 1922⁴²³. Wie sein Beispiel zeigte, wurden die politischen Differenzen zwischen moderaten und linken Kommunisten durch persönliche Konflikte verschärft. Das Diskussionsklima zwischen den moderaten Kommunisten in der KPD-Zentrale und in der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord und den linkskommunistischen Kritikern war angespannt.

2.4 Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung der Unionen

Zur Vormachtstellung des Kohlen- und Hüttenkapitals im Ruhrgebiet passte die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung in verschiedene, miteinander konkurrierende politische Verbände und in Dutzende Berufsgewerkschaften. Frühe Versuche zur Schaffung einer gemeinsamen, übergreifenden Gewerkschaft für alle Bergarbeiter waren 1872, 1878 und 1894 gescheitert⁴²⁴. 1912 zählte der freie, sozialdemokratische *Bergarbeiterverband* 114.000 Mitglieder, der *Gewerkverein christlicher Bergarbeiter* 78.000 Mitglieder, die *Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter (Zjednoczenie Zawodowe Polskie - ZZP)* 50.100 Mitglieder und der liberale *Gewerkverein der Bergarbeiter (Hirsch-Duncker)* 3.000 Mitglieder⁴²⁵. Davon waren im Ruhrgebiet im BAV 69.648 und im ZZP 30.354 Bergarbeiter organisiert⁴²⁶. Rund ein Drittel der Kumpel an der Ruhr waren vor dem Ersten Weltkrieg Gewerkschaftsmitglied – ohne die „gelben Gewerkschaften“, die von den Bergbauunternehmen initiiert waren⁴²⁷. Das war eine ansprechende Leistung, wechselte doch vor dem Ersten Weltkrieg der Personalbestand vieler Zechen innerhalb eines Jahres fast vollständig. Jede gewerkschaftliche Betätigung wurde „energisch bekämpft“⁴²⁸ und häufig traten Arbeiter von einer Berufsgewerkschaft zur anderen über⁴²⁹. Der *Bergarbeiterverband* war eine sozialdemokratische Richtungsgewerkschaft. Der christliche *Gewerkverein* war politisch mit der katholischen Zentrumsparterie verbunden, der wiederum die polnische Berufsvereinigung ZZP nahestand. Letztere hatte sich 1902 gebildet, nachdem sich im sog. *Herner Streik* von 1899 die überwiegend polnischen Kumpel vom

⁴²² Der Polizeipräsident/Abteilung V, An den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg, Gelsenkirchen 26.11.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, Bl. 1982/21.

⁴²³ Der Polizeiverwalter, Sonderbericht, Dortmund 23.10.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 273 a.

⁴²⁴ Hickey, Workers, S. 91 f.

⁴²⁵ Vgl. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 87.

⁴²⁶ Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983, S. 283.

⁴²⁷ Hickey, Workers, S. 240 f.

⁴²⁸ Tenfelde, Klaus, Protest, Organisation, Emanzipation. Die Arbeitswelt und ihre Konflikte im Ruhrgebiet, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 115, (im Folgenden zitiert: Tenfelde, Protest, Organisation, Emanzipation, Seite).

⁴²⁹ Fischer, Ewald, Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Dissertation Marburg, 1928, S. 83 (im Folgenden zitiert: Fischer, Union).

BAV und dem christlichen Gewerkverein im Stich gelassen gefühlt hatten⁴³⁰. Den preußischen Staat lehnte die ZZP ab⁴³¹. Streiks brachen häufig spontan aus und konnten wie 1889 und 1905 schnell die Kumpel anderer Zechen mitreißen. Die Gewerkschaftsführungen regierten in der Regel abwägend und versuchten eine Ausdehnung der Arbeitsniederlegungen zu verhindern. Gegen den großen Streik von 1912 setzten die Monarchie Truppen ein⁴³². Im Vergleich zum Bergbau war die Verankerung der Gewerkschaften auf den Eisen- und Stahlhütten des Ruhrreviers schwach. Vor dem Ersten Weltkrieg gab es dort keinen einzigen bedeutenden Streik⁴³³.

Die freien Gewerkschaften gliederten sich in Berufsverbände, die verschiedene Berufsgruppen organisierten. Diese wurden in einem Betrieb je nach Beruf von verschiedenen Gewerkschaften vertreten. 1913 existierten 49 freie Berufsgewerkschaften, die 2,5 Millionen Lohnabhängige zählten. 1914 ging die Zahl auf 2 Millionen Mitglieder zurück, die in 48 Berufsgewerkschaften vereint waren⁴³⁴. Im Bergbau gab es neben den Hauern weitere Berufsgruppen, denen unterschiedliche Berufsgewerkschaften entsprachen⁴³⁵. Die starke Zentralisation der deutschen Gewerkschaften war eine Folge der Zersplitterung in Berufsverbände, ließ aber die freien Gewerkschaften nicht annähernd den Grad der Zentralisierung des Kapitals erreichen, das je nach Konzern von der Gewinnung der Rohstoffe über die Produktion bis hin zur Absatzorganisation unter einem Kommando stand⁴³⁶.

Reagierten die Arbeiter im Vergleich zum Bürgertum verhalten auf den Kriegsausbruch 1914, so sollen die Bergarbeiter aus Sicht der Herrschenden „außerordentlich begeistert“ gewesen sein⁴³⁷. Gewerkschaftsführer wie der Vorsitzende des BAV, Otto Hue, unterstützten die monarchistische Regierung. Aus einem Vergleich der Wirtschaft der Großmächte leitete er ab, dass Deutschland der „im Frieden aussichtsreichste Konkurrent um den Weltmarkt“ sei, ein Verlust Elsass-Lothringens oder Oberschlesiens einen „tödlichen Schlag gegen unsere Montanindustrie“ bedeute, „mit den Waffen auch über unermeßlich große wirtschaftliche Interessen der Arbeiterschaft Deutschlands entschieden“ werde und Deutschland die „Freiheit der Meere“ und die „freie Schifffahrt“ brauche⁴³⁸. Obwohl die Bergwerksunternehmen die Gewerkschaften nicht einmal als

⁴³⁰ Hickey, Workers, S. 182 f.

⁴³¹ Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983, S. 15.

⁴³² Hickey, Workers, S. 185.

⁴³³ Marszolek, Inge, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 132.

⁴³⁴ Seidel, Richard, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, Berlin 1925, S. 138.

⁴³⁵ Fischer, Union, S. 80 f.

⁴³⁶ Ebd., S. 18 u. S. 74.

⁴³⁷ HStAD, Reg. Präs 29, Bericht d. Oberbergamts Dortmund vom 16.1.1917, in: Reulecke, Erste Weltkrieg, S. 211.

⁴³⁸ Hue, Ott, Die Bergwerks- und Hüttenindustrie, in: Jansson, Wilhelm (Hrsg.), Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch, Berlin 1915, S. 50 f.

Verhandlungspartner anerkannten⁴³⁹, verzichteten diese während des Krieges freiwillig auf Streiks. Dagegen bildete sich im BAV eine Opposition⁴⁴⁰. Erst angesichts der Niederlage erklärten die Bergwerksgesellschaften am 18. Oktober 1918 ihre offizielle Anerkennung der Gewerkschaften BAV, christlicher Gewerkverein, ZZP und des Hirsch-Dunckerschen Verbandes⁴⁴¹. Dem dürfte die Erkenntnis vorausgegangen sein, dass der Krieg verloren war. Die Novemberrevolution 1918 brachte der Arbeiterbewegung eine Arbeitszeit von je acht Stunden an sechs Werktagen. Im Ruhrbergbau galt die Acht-Stunden-Schicht einschließlich Ein- und Ausfahrt⁴⁴². Damit hatten die Bergarbeiter zwar keinen Nachteil, aber „das Privileg ihrer vergleichbar kurzen Arbeitszeit“ gegenüber anderen Beschäftigungsgruppen verloren⁴⁴³. In den Fabriken und auf den Zechen entstanden Betriebsräte, die in den einzelnen Unternehmen erheblichen Einfluss als Vertretung der Arbeiter und Angestellten ausübten⁴⁴⁴.

Nach der Novemberrevolution 1918 hatten die ADGB-Gewerkschaften enormen Auftrieb erhalten. Innerhalb eines Jahres wuchsen sie von 1,7 Millionen auf 5,4 Millionen Mitglieder an. Entgegen dem allgemeinen Trend hatte 1919 im Ruhrgebiet der reformistische *Bergarbeiterverband* wegen seiner Ablehnung von Streiks und durch das Hintertreiben der Sozialisierungsforderung durch die SPD unter Ebert/Severing einen schweren Stand. Auf dem rechten Flügel der Sozialdemokratie hatte die Zeitschrift *Die Glocke* den politischen Streik im demokratischen „Volksstaat“ als „Hochverrat“ bezeichnet. Die Leitung des BAV machte am 17. Mai 1919 „die Streiks“ verantwortlich dafür, dass

„die Zahl der Arbeitslosen in ganz Deutschland verdoppelt, die Industrie lahmgelegt, der Hunger verlängert, die Lebensmitteleinfuhr verhindert, der wirtschaftliche, finanzielle und politische Zusammenbruch der deutschen Republik in greifbare Nähe gerückt (...) die Angestellten und Funktionäre des Verbandes aus den Belegschaftsversammlungen ferngehalten, niedergeschrien, beschimpft und bedroht“ würden⁴⁴⁵

⁴³⁹ Reulecke, Erste Weltkrieg, S. 220.

⁴⁴⁰ Tenfelde, Protest, Organisation, Emanzipation, S. 115 f.

⁴⁴¹ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 98.

⁴⁴² Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 195.

⁴⁴³ Tenfelde, Schichtung Klassenbildung, S. 162.

⁴⁴⁴ Vgl. Winkler, Revolution, S. 280 f.

⁴⁴⁵ Spethmann, Aufstand, S. 10.

und trat demonstrativ zurück. Etwa ein Viertel der Mitglieder des BAV sah das anders und wechselte überwiegend zur neuen *Allgemeinen Bergarbeiter Union*⁴⁴⁶. In manchen Ortsverbänden des BAV trat die Hälfte der Mitglieder zu den Unionen über⁴⁴⁷.

Die *Allgemeine Bergarbeiter Union* war am 30. März 1919 auf einer Konferenz von 475 Schachtdelegierten aus 173 Zechen gegründet worden. Die Delegierten beschlossen „den Austritt aus den Gewerkschaften und die Gründung einer auf dem Rätssystem aufgebauten ‚Allgemeinen Bergarbeiterunion‘“⁴⁴⁸. Sitz der Organisation war Essen. Sie wurde von der KPD unterstützt⁴⁴⁹, ihr Schwerpunkt war zunächst Gelsenkirchen und Wattenscheid⁴⁵⁰. SPD und BAV waren in weiten Teilen der Bergarbeiterschaft diskreditiert. Bei den „sozialen Unruhen“ im ersten Vierteljahr 1919 handelte es sich um eine „revolutionär(e)“, „eigenständige Bewegung“, die über ein „klares Programm, eine durchdachte Strategie und sogar in Ansätzen über eine lose organisierte Führung“ verfügte. Ihr Kampf um die Sozialisierung schlug fehl, weil sie nicht gleichzeitig mit ähnlichen Bestrebungen in anderen Teilen Deutschlands zusammenfiel⁴⁵¹. Die Führung des reformistischen *Bergarbeiterverbandes* hatte ihre eigene Sicht der revolutionären Ereignisse nach der Novemberrevolution. Es sei unmöglich gewesen, „die Millionen, die den Gewerkschaften zuströmten, in kurzer Zeit zu schulen“. Vormalig unorganisierte Arbeiter, die zum BAV stießen, wurden von der Gewerkschaftsführung als „Last“ angesehen. Dem „scheinradikalen Maulheldentum“ wurde der „Arbeiterführer“ entgegengestellt, der „unter Lebensgefahr aufgeregten Massen“ eine „vernünftige Wirtschaftsführung“ beizubringen versuchte. Als viele neue Mitglieder den BAV, dem sie nach der Novemberrevolution beigetreten waren, wieder verließen, war die Verbandsleitung mit den „Kerntruppen“ zufrieden, die sie lenken konnte⁴⁵². Die vormalig Unorganisierten stellten für Vorstand und Hauptamtlichenapparat eine direkte anti-bürokratische Gefahr dar, die sie froh waren, wieder los geworden zu sein. Diese Bedrohung lag ebenso in den Methoden der Bergarbeiter. „Das Kampfschema (...) erfährt eine wesentliche Aenderung: (...) (sofort)

⁴⁴⁶ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 118; Nach Schöck verlor der BAV zwischen 1918 und 1920 nur 22.000 Mitglieder, vgl. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 79 und S. 238 f.

⁴⁴⁷ Koch-Baumgarten, Sigrid, Die Märzaktion der KPD 1921, Köln 1987, S. 94.

⁴⁴⁸ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 117.

⁴⁴⁹ Fischer, Union, S. 32.

⁴⁵⁰ Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 13.

⁴⁵¹ Von Oertzen, Betriebsräte- und Sozialisierungsbewegung, in: Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 28 f.

⁴⁵² [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 99 f.; Die Meinung von Marszolek, dass „demographische Umschichtungen“ unter den Bergarbeitern während des Krieges „Teile der Arbeiterschaft an den Gewerkschaften vorbei“ radikalisiert hätten, ist angesichts der Massen, die in die Gewerkschaften strömten, nicht haltbar, vgl. Marszolek, Inge, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 133.

wurde die Arbeitsniederlegung proklamiert und durchgeführt“. Die für die Unternehmer „übliche Frist (...) fiel fort. Die Streiks brachen plötzlich und unerwartet hervor“⁴⁵³.

Der Unionismus beruhte auf der Idee, dass alle Arbeiter und Angestellten eines Industriezweiges über alle Berufsgruppen hinweg in einem sog. *Industrieverband* zusammengefasst werden müssten, der sich in jedem Betrieb auf eine einheitliche Betriebsorganisation stützen sollte. Die *Allgemeine Bergarbeiter Union* gründete sich auf Steigerrevierräten, Betriebsräten, Bergrevierräten und einem Zentralzechenrat⁴⁵⁴. Im Ruhrgebiet war die Union mehr als nur ein „Ergebnis der Enttäuschung“⁴⁵⁵ und stand nicht „in guter linksradikaler Tradition“⁴⁵⁶. Die Union war vielmehr ein originäres Produkt der Streikwellen und der Rätebewegung, d. h. der sich radikalierenden Arbeiterbewegung, die zwar nicht die Sozialisierung des Bergbaus als ihr wichtigstes Ziel, aber immerhin die Sieben-Stunden-Schicht, Lohnerhöhungen und die gesetzliche Anerkennung der Betriebsräte durchsetzen konnte. Während des Belagerungszustandes 1919 war die *Allgemeine Bergarbeiter Union*, ihre Presse und Versammlungen verboten worden. Doch der Unionismus reorganisierte sich ab Mai 1919 und entwickelte sich weiter, auch wenn es zeitweise in der Illegalität mehrere Unionen gab⁴⁵⁷. In Konkurrenz zur ABU baute die syndikalistische *Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG)* eine eigene Bergarbeitergewerkschaft auf⁴⁵⁸. Sie stellte sich damit dem Beschluss der Schachtdelegiertenkonferenz entgegen.

Nach Jenko soll am 17.8.1919 eine Delegiertenkonferenz der Bergarbeiter die Initiative für eine Verschmelzung mit der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften (FVdG)* ergriffen haben, obwohl sich die Konferenz im Unterschied zur FVdG am Modell der Schachtorganisationen orientiert hätte. Am 15./16. September 1919 hätte sich dann die FVdG mit vier weiteren Unionen, darunter mit der *Allgemeinen Bergarbeiter Union*, zur *Freien Arbeiter-Union Deutschlands (Syndikalistin)* vereinigt. Davon hätten sich dann Ende 1919 wieder Teile gelöst und mit anderen zusammen die *Freie Arbeiter-Union*

⁴⁵³ Dallmeyer, Ilse, Geschichte der Arbeitskämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier, Wi-So. Diss., Köln 1922, S. 97.

⁴⁵⁴ Losowsky, Alexander, Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschaftsinternationale, 2. Aufl., Berlin 1922, in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 80; Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (Marburg 1969), S. 125 f. (im Folgenden zitiert: Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, Seite).

⁴⁵⁵ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 207.

⁴⁵⁶ Bois, Linke Opposition, S. 187.

⁴⁵⁷ Geschäftsleitung [der F.A.U.], An unsere Referenten und Betriebsobleute, [Gelsenkirchen 2.5.1921], in: Bzgl. Schr. z. Fragebogen Nr. 1 (Abschrift), Gelsenkirchen 2.5.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, S. 2 f.; Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 14.

⁴⁵⁸ Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (Marburg 1969), S. 127 f., zitiert nach: Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 15.

Gelsenkirchen gegründet⁴⁵⁹. Tatsächlich entstand auf zwei Konferenzen von Schachtdelegierten aus Essen, Gelsenkirchen und Wanne am 3. März 1919 und am 17.3.1919 der *Reichsverband aller Hand- und Kopfarbeiter* mit Sitz in Gelsenkirchen, der anstrebte, die verschiedenen Unionen zu vereinigen: Am 17.5.1919 tat er sich mit dem *Düsseldorfer Allgemeine(n) Arbeiterverband*⁴⁶⁰ zusammen. In der am 16./17.9.1919 gebildeten *Freien Arbeiter Union (FAU-G)* mit Sitz in Gelsenkirchen⁴⁶¹ gingen der *Reichsverband aller Hand- und Kopfarbeiter*, der *Düsseldorfer Allgemeine Arbeiterverband* und die *Internationale Union Sterkrade* auf⁴⁶². Mit der Ende 1919 hinzu gekommenen *Allgemeinen Bergarbeiter Union* wurde die *Freie Arbeiter-Union / Räteorganisation* gegründet⁴⁶³. Separat blieben die *Allgemeine Arbeiterunion* mit Sitz in Hamburg, von der ein Ableger am 15.8.1919 von kommunistischen Arbeitern in Essen gegründet worden war⁴⁶⁴, und die syndikalistische *Freie Arbeiter-Union* mit Sitz in Berlin, die aus der *Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften* entstanden war. Diese war 1920 im Raum Dortmund⁴⁶⁵ und Mülheim⁴⁶⁶ stark, verlor aber viele Mitglieder an die *Freie Arbeiter-Union / Räteorganisation (FAU-R)*⁴⁶⁷. Ende 1920 war die *Freie Arbeiter-Union / Räteorganisation* auf zwei Drittel aller Schachtanlagen des Ruhrreviers vertreten. Ihre Hochburgen lagen im Raum Moers-Duisburg-Hamborn-Oberhausen, im Einzugsbereich Gelsenkirchen-Buer, im Norden von Dortmund und in Bochum. Auch in einigen

⁴⁵⁹ Jenko, Arbeiterradikalismus, S. 184 f.; in seiner Arbeit beruft sich Jenko fast nur auf die Forschung anderer syndikalistischer Autoren und Quellen des Syndikalismus.

⁴⁶⁰ Fischer, Union, S. 29 f. Meine Darstellung folgt Fischer, der zeitnah die Unionen wissenschaftlich untersucht hat.

⁴⁶¹ Geschäftsleitung [der F.A.U.], An unsere Referenten und Betriebsobleute, [Gelsenkirchen 2.5.1921], in: Bzgl. Schr. z. Fragebogen Nr. 1 (Abschrift), Gelsenkirchen 2.5.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, S. 2 f.

⁴⁶² Fischer, Union, S. 33.

⁴⁶³ An der Gründung der stark syndikalistisch beeinflussten FAU in Düsseldorf beteiligten sich die *Freie Vereinigung*, der *Allgemeine Arbeiter-Verband* mit Sitz in Düsseldorf, die *Allgemeine Bergarbeiter-Union* mit Sitz in Essen, die *Düsseldorfer Allgemeine Deutsche Arbeiter-Union* und die kommunistische *Allgemeine Arbeiter Union* (Essen), während fast gleichzeitig der *Reichsverband aller Hand- und Kopfarbeiter*, der *Düsseldorfer Allgemeine Arbeiter-Verband* und die *Internationale Union Sterkrade* die *Freie Arbeiter Union (Gelsenkirchen)* (FAU-G) gründeten. Demnach hätte sich der *Düsseldorfer Allgemeine Arbeiter-Verband* an beiden Gründungen beteiligt, während die *Allgemeine Bergarbeiter-Union* Ende 1919 aus der FAU-Düsseldorf schied und mit der FAU-G die FAU-Räteorganisation gründete. Auch der *AA-V* und die *AAU* (Essen) sollen aus der *Düsseldorfer FAU* ausgetreten sein, die seitdem *Freie Arbeiter-Union* (Syndikalisten) hieß.

⁴⁶⁴ Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 16.

⁴⁶⁵ Hüwel, Norbert, Geschichte der Dortmunder Arbeiterbewegung in den Anfängen der Weimarer Republik 1918-1921, Dortmund 1981, S. 156.

⁴⁶⁶ Colm, Soziologie des Ruhraufstandes, Essen 1921, S. 80.

⁴⁶⁷ Hüwel, Norbert, Geschichte der Dortmunder Arbeiterbewegung in den Anfängen der Weimarer Republik 1918-1921, Dortmund 1981, S. 33; vgl. Weichold, Jochen, Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin Januar 2005, S. 100 (im Folgenden zitiert: Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter); Lucas sieht in der *Düsseldorfer Konferenz* eine Vereinigung von FAU-Syndikalisten und Bergarbeiterunion, die sich zwei Monate später wieder in FAU (Syndikalisten) und FAU (Gelsenkirchen) gespalten hätte, vgl. Lucas, Vom Generalstreik, S. 58 f. Dem folgt Materna, der die Trennung zwischen FAU/Gelsenkirchen und FAU/Syndikalisten erst einen Monat später feststellt, vgl. Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 124.

Stahlwerken in Duisburg konnte sie Fuß fassen⁴⁶⁸. Die *Freie Arbeiter-Union / Räteorganisation* vereinigte sich im September 1921 mit dem Berliner *Industrieverband der Hand- und Kopfarbeiter aller Verwaltungsbehörden und Betriebe* und dem *Freien Landarbeiterverband* aus Braunschweig zur *Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands / Räteorganisation*⁴⁶⁹. Zum Zeitpunkt ihrer Entstehung war sie mehr eine radikale, unabhängige und revolutionäre Einheitsgewerkschaft als eine kommunistische Richtungsgewerkschaft. In ihr stritten vier politische Tendenzen miteinander: Die „eigentlichen Unionisten“, die ihre Unabhängigkeit von der KPD wahren wollten, und zu der auch die kommunistische Verbandsführung um Arthur Hammer gehörte; die linientreuen KPD-Mitglieder, die die Union ihrer Partei unterzuordnen versuchten; die Syndikalisten, die „betriebsweise die Wirtschaft revolutionieren wollten“ und die Anarchisten⁴⁷⁰. Einen nicht unbeträchtlichen Teil der Union dürften auch ehemalige USPD-Mitglieder gestellt haben, die nach der Vereinigung von USPD und KPD parteilos geblieben waren. Nach ihrer Gründung wuchs die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* auf angeblich 250.000 Mitglieder an. Im Ruhrgebiet umfasste sie zeitweise „218 Schachtorganisationen, 93 Betriebsverbände und 85 Ortsgruppen“. Neben den Bergleuten organisierte sie an Rhein und Ruhr Ende 1922 rd. 32.000 Metallarbeiter⁴⁷¹.

Für die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* vertrat der Staatsapparat ausschließlich die Interessen des Kapitals. Im Klassenkampf setzte sie auf *direkte Aktion* und *Arbeiterkontrolle*. Unter *direkter Aktion* verstand sie eine Vielzahl radikaler Kampfmaßnahmen, die von Boykott und Streik über Gewalt gegen Streikbrecher bis zum bewaffneten Aufstand reichten, aber von der konkreten Lage abhingen⁴⁷². Durch „Arbeiterkontrolle“ sollte nicht einfach der Unternehmer kontrolliert, sondern über die „direkte Aktion“ versucht werden „seine Stellung einzunehmen, die Kapitalisten als Klasse von der Produktion auszuschalten“⁴⁷³. Die Union formulierte für den Bergbau das „weitestgehende“ Sozialisierungsprogramm⁴⁷⁴.

⁴⁶⁸ Peterson, German Communism, S. 58 f.

⁴⁶⁹ Fischer, Union, S. 29 f.

⁴⁷⁰ Die Polizeiverwaltung/Der Oberbürgermeister, Betrifft: Auflösung des Verbandes der Union der Hand und Kopfarbeiter Deutschlands, Ortsgruppe M.-Gladbach, München-Gladbach 23.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 18.

⁴⁷¹ Fischer, Union, S. 34 f.

⁴⁷² Ebd., S. 46 f.

⁴⁷³ Ebd., S. 101.

⁴⁷⁴ Ebd., S. 94.



Polizeifoto Arthur Hammer 1939⁴⁷⁵

Zu einer treibenden Kraft der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* wurde Arthur Hammer aus Essen. Der ungelernete Arbeiter hatte seit 1904 der SPD und dem freien *Transportarbeiter-Verband* angehört. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg verkaufte er im Essener *Konsumverein Eintracht* Milch und Bücher. Im Frühjahr 1915 floh er nach Holland, um der Einberufung zu entgehen⁴⁷⁶. Dort arbeitete er mit Carl Minster in der Gruppe *Der Kampf* zusammen⁴⁷⁷, vertrieb aber auch die Publikationen des *Spartakusbundes* ins Ruhrgebiet hinein. Nach dem Krieg war Hammer zwei Jahre hauptamtlich für die KPD tätig. Vom 1.1.1921 bis zum März 1924 war er der Geschäftsführer der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*⁴⁷⁸.

Während die parteipolitische Arbeiterbewegung Deutschlands in SPD, USPD und KPD gespalten war, trat im Ruhrgebiet neben den Parteien die rätedemokratische, revolutionäre und anti-bürokratische *Union der Hand- und Kopfarbeiter* als eigenständiger politischer Faktor mit Masseneinfluss in Erscheinung. Außerdem existierten auf einzelnen Zechen noch kleine, unabhängige Unionen, so dass es sich insgesamt mehr um eine Bewegung der Unionen oder des Unionismus handelte als um eine einzelne Gewerkschaft. Die bekannten Mitgliedszahlen der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* für das Ruhrgebiet schwankten, was nicht nur der starken Fluktuation im Bergbau und den wechselnden politischen Ereignissen, sondern auch der Zählweise geschuldet war:

⁴⁷⁵ Das Bild von Arthur Hammer ist ein Polizeifoto vom Oktober 1939, in: Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 50.

⁴⁷⁶ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 14.

⁴⁷⁷ Arbeiter-Bildungs-Verein Rotterdam, in: *Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt*, 1. Jg., Nr. 8, Amsterdam 16.6.1917, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044.

Allgemeine Bergarbeiter-Union, FAU-Gelsenkirchen, FAU-Räteorganisation, Union der Hand- und Kopfarbeiter				
Mitglieder gesamt		Mitglieder Ruhrgebiet	Betriebsratswahl Ruhrbergbau	
			Stimmen	Mandate in %
1919				
1920	90.000 ⁴⁷⁹	73.000 ⁴⁸⁰		27 % ⁴⁸¹
1921	?	90.000 ⁴⁸²	91297	26 % ⁴⁸³
1922	250.000 ⁴⁸⁴	70.000 ⁴⁸⁵ - 120.000 ⁴⁸⁶	109.197	33 % ⁴⁸⁷
1923	150.000 ⁴⁸⁸			
1924		40.000 ⁴⁸⁹ - 100.000 ⁴⁹⁰	118.069	41,5 % ⁴⁹¹
1925	50.000 ⁴⁹²	8.000 ⁴⁹³ - 20.000 ⁴⁹⁴	97.082	33 % ⁴⁹⁵

Während des Ersten Weltkrieges hatte der Spartakusbund nicht einmal versucht, eine eigene Gewerkschaftsarbeit zu entwickeln. In Berlin war der organisatorische Einfluss des Spartakusbundes unter den Revolutionären Obleuten der Berliner Metallbetriebe Anfang 1918 denkbar schwach⁴⁹⁶. Noch im Oktober 1918 wurde von seiner Leitung die Bedeutung eigenständiger kommunistischer Gewerkschaftsarbeit völlig unterschätzt⁴⁹⁷. Die KPD hatte auf ihrem Gründungskongress zur Jahreswende 1918/1919 keine einheitliche Position zur Gewerkschaftsfrage bezogen. Rosa Luxemburg und andere Mitglieder des ehemaligen *Spartakusbundes* sprachen sich für die Auflösung der bestehenden Gewerkschaften und ihre Ersetzung durch Räte aus. Andere wollten die traditionelle Teilung zwischen

⁴⁷⁸ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 14.

⁴⁷⁹ Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 100.

⁴⁸⁰ Fischer, Union, S. 34; Schöck 33.000 Mitglieder passen weder zu den Angaben von Fischer noch zu denen von Weichold, vgl. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 249.

⁴⁸¹ Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 125.

⁴⁸² Fischer, Union, S. 34; Moneta gibt 131.000 Mitglieder an, vgl. Moneta, Jakob, Zur Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, [Frankfurt/M. 1978], in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 9; Weichold nennt 150.000 Mitglieder, vgl. Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 102. Beides wäre möglich, wenn sich die Zahlen auf Ende 1921 nach der Vereinigung zur Union der Hand- und Kopfarbeiter beziehen würden.

⁴⁸³ Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 100.

⁴⁸⁴ Fischer, Union, S. 34 f.; Weichold gibt 162.000 Mitglieder an, vgl. Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 102; Losowski gab 1922 150.000 Mitglieder für die Union an, vgl. Losowski, Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften, Petrograd/Moskau 1922, in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 463; Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 208.

⁴⁸⁵ Peterson schreibt von 70.000 – 90.000 Bergarbeitern, vgl. Peterson, German Communism, S. 129 f.

⁴⁸⁶ Losowski, [Diskussion], Petrograd/Moskau 1922, in: Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 535. Losowski spricht von 120.000 Bergarbeiter der Union der Hand- und Kopfarbeiter im Ruhrgebiet.

⁴⁸⁷ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 93.

⁴⁸⁸ Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 102.

⁴⁸⁹ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 249.

⁴⁹⁰ Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 103.

⁴⁹¹ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 209.

⁴⁹² Flechtheim für alle Verbände, vgl. Flechtheim, KPD, S. 184.

⁴⁹³ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 249.

⁴⁹⁴ Weichold, Union der Hand- und Kopfarbeiter, S. 103.

⁴⁹⁵ Ebd., S. 101.

⁴⁹⁶ Luban, Ottokar, Die politischen Massenstreiks in den letzten Weltkriegsjahren und die Haltung der Freien Gewerkschaften (1916-1918), in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 130 f.

⁴⁹⁷ Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 127 f.

Gewerkschaften und Partei durch eine „wirtschaftlich-politische Einheitsorganisation“ überwinden. Eine verschwindende Minderheit der KPD um Fritz Heckert wandte sich gegen den Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften⁴⁹⁸. Im Sommer 1919 forderte die KPD-Zentrale dazu auf, die konterrevolutionären Gewerkschaften zu spalten und eine revolutionäre Gewerkschaftsunion zu gründen⁴⁹⁹. Die KPD-Leitung unterstützte die Gründung von revolutionären Verbänden der Landarbeiter und der Eisenbahner⁵⁰⁰. Die USPD-Linke wollte Anfang 1919 „die Gewerkschaften durch Räte ersetzen“⁵⁰¹. Solche Positionen entsprachen den Erfahrungen einer radikalisierten Minderheit gewerkschaftlich Organisierter, nicht jedoch dem politischen Bewusstwerdungsprozess der Masse der Arbeiter, die in die bestehenden, reformistischen bzw. gemäßigten Gewerkschaften strömten. Zwischen 1919 und 1920 konnten die Gewerkschaften 6,6 Millionen neue Mitglieder gewinnen, fast drei Mal so viele wie in den 25 Jahre vor 1914⁵⁰². Die ADGB-Gewerkschaften wuchsen von 1,36 Millionen Mitgliedern 1918 auf 7,89 Millionen Mitglieder 1920 an⁵⁰³.

Im Ruhrrevier war die *Allgemeinen Bergarbeiter Union* „seinerzeit sogar durch die Initiative der Spartakisten ins Leben gerufen worden“⁵⁰⁴. Die regionale USPD-Führung trat gegen die Gründung von Unionen auf und befürwortete den Aufbau einer Opposition im *Bergarbeiterverband*, was an der eigenen Basis auf Widerspruch stieß⁵⁰⁵. Die Kommunistische Partei im Bezirk Ruhrgebiet finanzierte der Union sieben hauptamtliche Agitatoren. Der Dortmunder linke Kommunist und zeitweilige Sekretär des Bezirkes Rheinland-Westfalen Nord, Arthur König, betrieb Propaganda für die neue radikale Gewerkschaft. Die moderat kommunistische KPD-Zentrale um Paul Levi trat zwar dem individuellen Austritt der KPD-Mitglieder aus den ADGB-Gewerkschaften entgegen, setzte jedoch keineswegs von Anfang an auf die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften. Vielmehr sollten in mehrheitlich oppositionellen Zahlstellen der reformistischen Gewerkschaften die Beiträge gesperrt werden, was umgehend zum Ausschluss führen musste. Die Zahlstellen sollten dann zu „Arbeiterunionen“ zusammengefasst werden⁵⁰⁶. Die bestehenden Unionen im Ruhrgebiet wurden von der

⁴⁹⁸ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 49 f.; anders Keßler, der schreibt, Rosa Luxemburg hätte den Austritt der KPD-Mitglieder aus den Gewerkschaften verhindert, vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 81.

⁴⁹⁹ Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 62 f.; Flechtheim, KPD, S. 103.

⁵⁰⁰ Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 128.

⁵⁰¹ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 20.

⁵⁰² Vgl. Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 88.

⁵⁰³ Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 129.

⁵⁰⁴ Losowski, Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften, Petrograd/Moskau 1922, in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 463.

⁵⁰⁵ Lucas, Vom Generalstreik, S. 59.

⁵⁰⁶ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 22; Die Gründung der Arbeiterunionen lief gegenteilig zu der von Martiny behaupteten, vgl. Martiny, Martin, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920 – 1930), in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 251; auch war die

KPD anerkannt⁵⁰⁷. Zu diesem Zeitpunkt war der Einfluss der KPD auf die Unionen groß, was nicht gleichbedeutend mit dem Einfluss der KPD auf die revolutionäre Arbeiterbewegung war. Als die KPD am Tag der Beerdigung Rosa Luxemburgs am 13. Juni 1919 zum Proteststreik aufrief, folgten ihr im Ruhrgebiet nur wenige, aber immerhin einige Belegschaften⁵⁰⁸. Am 21. Juni streikten die Belegschaften auf zwanzig Zechen gegen den Versailler „Gewaltfrieden“ und in Solidarität mit der Sowjetunion⁵⁰⁹.

Über die *Unionen* hatte sich die KPD nicht nur ein großes Potential zur eigenen Stärkung erschlossen, sondern auch Möglichkeiten geschaffen, um ihre Ideen in die Bergarbeiterschaft hinein zu tragen. Nur so ist es zu verstehen, dass sich die KPD im Ruhrgebiet, nachdem sie durch die Abspaltung der KAPD Ende Oktober 1919 auf ein paar aktive Kerne zusammengeschmolzen war, bis zum Kapp-Putsch im März 1920 so weit erholen konnte, dass sie in der Gegenmobilisierung der Arbeiterklasse, den Vollzugsräten und in der *Roten Ruhrarmee* eine bedeutende Rolle spielen konnte.

Im Oktober 1919 ließ der Heidelberger Parteitag der KPD den Aufruf zur Bildung von Unionen fallen und ersetzte ihn durch die Parole von der Eroberung der reformistischen Gewerkschaften⁵¹⁰. Das war in der Gewerkschaftspolitik der KPD eine Kehrtwendung um 180 Grad, auch wenn sie sich weiterhin für die Bildung von *Betriebsorganisationen* im Bergbau und bei der Eisenbahn aussprach⁵¹¹. Die neue Linie der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit musste zu Konflikten mit der *FAU / Räteorganisation* führen. Im September 1920 beantragte diese ihre Aufnahme in die *Rote Gewerkschaftsinternationale*⁵¹². Die KPD opponierte⁵¹³. Als sich im Oktober 1920 die drei Unionen der Bergarbeiter im Bornaer, Zwickauer und Ölsnitzer Revier vereinigten, war die KPD dagegen. Sie schlug vor, sich dem BAV anzuschließen⁵¹⁴. Im KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen Nord brachen die Differenzen auf, als nach der Vereinigung von USPD und KPD die moderaten Kommunisten die Parteiführung der VKPD dominierten. Am 8.12.1920 beschloss eine VKPD-Konferenz von Delegierten aus den Bergarbeitergebieten, für den Zusammenschluss von Unionen und dem reformistischen Bergarbeiterverband einzutreten⁵¹⁵. Im KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord hatten zunächst nicht nur linke

Politik Levis in der Gewerkschaftsfrage keineswegs gradlinig, wie Weber es sieht, vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 28 f.

⁵⁰⁷ Fröhlich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie, Berlin 2013, S. 213.

⁵⁰⁸ Spethmann, Aufstand, S. 15.

⁵⁰⁹ Ebd., S. 25.

⁵¹⁰ Geschäftsleitung [der F.A.U.], An unsere Referenten und Betriebsobleute, [Gelsenkirchen 2.5.1921], in: Bzgl. Schr. z. Fragebogen Nr. 1 (Abschrift), Gelsenkirchen 2.5.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, S. 3.

⁵¹¹ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 23.

⁵¹² Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 126.

⁵¹³ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 199.

⁵¹⁴ Fischer, Union, S. 36.

⁵¹⁵ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 131.

Kommunisten wie Arthur König, sondern auch der Vorsitzende des KPD-Bezirks, Stolzenburg, hinter der Union gestanden. Beide traten für eine Politik der Verständigung zwischen Union und KPD-Zentrale ein. Doch bald bekam innerhalb der KPD-Westfalen-Nord die Richtung um Graul und Schoenbeck eine Mehrheit, die für die Überführung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* in die reformistischen Gewerkschaften eintrat. König und Stolzenburg änderten daraufhin ihre Meinung⁵¹⁶. Die neue Haltung der KPD-Bezirksleitung gegenüber der Union entsprach nicht der Politik an der Basis, wo z. B. nach der gesetzlichen Einführung der Betriebsräte bei der ersten Betriebsratswahl im Bergbau auch USPD-Mitglieder wie Albert Funk auf der Zeche *Westfalen* in Ahlen für die Union erfolgreich kandidiert hatten⁵¹⁷. Zwar schien sich zunächst wegen der Stärke der Union(en) ein Kompromiss zwischen den Anhängern der moderat kommunistischen KPD-Zentrale um Paul Levi und den Kommunisten in den Unionen anzubahnen. Nachdem die *FAU / Räteorganisation* auf ihrer Reichskonferenz Anfang November 1920 die Forderung „Heraus aus den Gewerkschaften“ – damit waren die reformistischen Gewerkschaften gemeint – zurückgestellt hatte, erklärte sich der dort anwesende KPD-Vertreter Düwell damit einverstanden, dass die Union die aus den reformistischen Gewerkschaften Ausgeschiedenen organisieren dürfe. Parallel dazu würde die KPD in den alten Gewerkschaften kommunistische Zellen zum Aufbau einer Opposition bilden, um diese von außen und von innen zu erobern. Aber gleichzeitig forderte ein anderer KPD-Vertreter und Sprecher der ehemaliger revolutionären Obleute in Berlin, Richard Müller, die *FAU / Räteorganisation* ultimativ auf, zum alten *Bergarbeiterverband* zurückzukehren, sonst müsse sie mit „Konsequenzen“ rechnen. Während die *FAU / Räteorganisation* am 19. Januar 1921 offiziell in die *Rote Gewerkschaftsinternationale* aufgenommen wurde, konnten die Konflikte bei einem Treffen einer Delegation der *FAU / Räteorganisation* mit Vertretern der KPD-Zentrale und ihrer Gewerkschaftsabteilung nicht ausgeräumt werden. Bestrebungen von Arbeitern in Halle und im mitteldeutschen Mansfelder Bergarbeiterrevier der Union beizutreten, wurden von der KPD-Zentrale in Berlin bekämpft, deren Gewerkschaftsarbeit zwischen 1920 und 1923 überwiegend von moderat kommunistischen Funktionären geleitet wurde⁵¹⁸. Im Februar 1921 wurden die leitenden kommunistischen Funktionäre der *FAU / Räteorganisation* im Ruhrgebiet, Holz, Hammer, Vogenbeck und Bartels zur KPD-Zentrale nach Berlin gerufen, wo ihnen der Ausschluss aus der KPD angedroht wurde, wenn sie nicht im Sinne der Partei in der Union wirken

⁵¹⁶ [Union der Hand- und Kopfarbeiter], Bericht über das Geschäftsjahr 8.9.1921-15.9.1922, S. 7 f., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 523 f.; Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 202.

⁵¹⁷ Rennspieß, Uwe, „Jenseits der Bahn“. Geschichte der Ahlener Bergarbeiterkolonie und der Zeche Westfalen, Essen 1989, S. 88.

⁵¹⁸ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 27.

würden⁵¹⁹. Außerdem wollte die KPD einen Parteiredakteur in die Redaktion der Zeitung der FAU nach Gelsenkirchen schicken. Das sah nicht nach einem Versuch aus, mit den revolutionären Bergarbeitern des Ruhrgebietes eine Verständigung zu erreichen. Nach einer gemeinsamen Konferenz von *FAU / Räteorganisation* und KPD am 9.2.1921 zu den anstehenden Betriebsratswahlen kam es zum Eklat. Schoenbeck soll unter das Protokoll des Treffens eigenhändig die Unterschriften von Unions-Vertretern hinzugefügt haben. Diese forderten die KPD-Zentrale auf, Schoenbeck abberufen, wozu der Wille fehlte. Während eine Betriebsrätekonferenz der *FAU / Räteorganisation* am 13. März 1921 wieder die Parole „Heraus aus den Gewerkschaften“ aufnahm, votierte ein von der KPD einberufenes separates Treffen der *FAU / Räteorganisation* in Duisburg für die Losung „Hinein in die Gewerkschaften“. Ein KPD-internes Disziplinarverfahren gegen die kommunistische Geschäftsführung der *FAU / Räteorganisation* führte zur Spaltung. Die Positionen standen sich unversöhnlich gegenüber: Die *FAU / Räteorganisation* hielt die Eroberung der reformistischen Gewerkschaften für illusorisch und trat für deren Zerschlagung durch Druck von außen ein⁵²⁰. Die KPD reagierte mit Destruktionspolitik. Im März 1921 soll die Zahlstelle der Union in Wesel von Schoenbeck mit dem Argument aufgelöst worden sein, dass sich die *FAU / Räteorganisation* überall auflöse⁵²¹. In der Essener KPD konnte die Leitung einen Beschluss über eine Mitarbeit der Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften erst nach einer zehnstündigen Debatte durchsetzen⁵²². Im April 1921 traten führende Unionisten aus der KPD aus, worauf die KPD-Leitung die Reichsgewerkschaftszentrale gründete, um die kommunistische Gewerkschaftsarbeit in ihrem Sinne zu zentralisieren⁵²³.

Während die moderat kommunistische KPD-Führung vehement für die Eroberung der reformistischen ADGB-Gewerkschaften eintrat, behielt sie starken Einfluss in der Union, auch als sich diese von der *FAU / Räteorganisation* in die *Union der Hand- und Kopfarbeiter (UHK)* umwandelte. Auf dem reichsweiten Verbandstag der *UHK* im September 1921 in Halle kam es zu einem scharfen Konflikt zwischen Unionsleitung und dem Vertreter der moderat kommunistischen KPD-Zentrale, Fritz Heckert. Dessen Resolution, wonach die Union bedingungslos auf dem Boden der Beschlüsse der RGI stehen sollte, wurde mehrheitlich abgelehnt. Hingegen nahm die Union eine Resolution an, wonach neue Gewerkschaften nicht in Konkurrenz zu bestehenden gebildet werden dürften – also auch nicht in Konkurrenz zur Union. Alle aus den reformistischen Verbänden

⁵¹⁹ Ebd., S. 90.

⁵²⁰ Geschäftsleitung [der F.A.U.], An unsere Referenten und Betriebsobleute, [Gelsenkirchen 2.5.1921], in: Bzgl. Schr. z. Fragebogen Nr. 1 (Abschrift), Gelsenkirchen 2.5.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, S. 3 f.

⁵²¹ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 90.

⁵²² Weitz, Conflict, S. 176.

⁵²³ Fischer, Union, S. 106; Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunions und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 128.

Ausgeschlossenen hätten sich der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* anschließen⁵²⁴. Derweil verlor der BAV zwischen Ende 1921 und Ende 1922 rd. 50.000 Mitglieder, von denen viele zur Union wechselten⁵²⁵.

In der zentralen Gewerkschaftsabteilung der KPD wollte Jakob Walcher die Unionen „aus der Welt schaffen“⁵²⁶. Die moderat kommunistischen KPD-Zentrale entwickelte fortan eine dreigleisige Politik gegenüber der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*: Kontrolle der Union durch die KPD, taktische Verbesserungsvorschläge und strategische Liquidierung.

Organisatorisch versuchte die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet in der Union eine kommunistische *Zellenorganisation* aufzubauen, um die linksradikale Gewerkschaft unter ihre Kontrolle zu bringen⁵²⁷. Diese sollten zu einer Fraktion der KPD in der Union zusammengefasst werden⁵²⁸. Hier wurde zum ersten Mal das Zellsystem nicht zur besseren Organisation der Kommunisten im Klassenkampf gegen das Kapital angewandt, sondern gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung. Taktisch setzte sich die KPD-Zentrale für eine bessere Organisation der Union ein. In einem Acht-Punkte-Programm wurden die Erhöhung der Mitgliedsbeiträge, die Schaffung eines zentralen Kampffonds, die Festlegung der Streikunterstützungssätze, die Propaganda für Industrieverbände, die Konzentration auf die Berufsgruppe der Bergarbeiter, der Verzicht auf die Organisation der Bau- und Textilarbeiter, die Stellungnahme zu allen politischen Fragen, der Verzicht auf föderalistische Strukturen und auf die one-big-union-Propaganda gefordert⁵²⁹. Die KPD wollte die Union zentralisieren und hierarchisieren. Bei den Betriebsratswahlen sollte die Union keine eigenen Kandidaten aufstellen, sondern „die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Kommunisten (...) wählen“⁵³⁰. Das hätte das sofortige *Aus* für die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* bedeutet. In einem Gespräch zwischen Vertretern der KPD-Zentrale und der Reichszentrale der Union forderten die KPD-Vertreter Stöcker, Walcher und Heckert die bedingungslose Annahme der acht Punkte. Das wurde von den Unionsvertretern Hammer, Basteck und Küpper als „Ultimatum“ abgelehnt. Wie sie betrachteten die Bezirks-Wirtschaftsräte Rheinland-Westfalen der Union die acht Punkte

⁵²⁴ Bogenbeck an Paul (Letsch), Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Essen, 18.7.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 196 f.

⁵²⁵ Fischer, Union, S. 120.

⁵²⁶ Krusch, H. J., Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger unter Führung der KPD im Zwickauer-Oelsnitzer-Steinkohlenrevier in der Zeit von 1922 bis zum Sturz der Cuno-Regierung, Phil. Diss. Berlin (DDR) 1964, S. 111, zitiert nach: Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 199.

⁵²⁷ Der Polizei-Präsident, An den Regierungspräsidenten in Arnsberg, Betrifft: Unterbezirkskonferenz der Union der Hand- u. Kopfarbeiter in Gelsenkirchen am 30. Juli 1922, Gelsenkirchen 8.8.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 44.

⁵²⁸ Zentrale der KPD. Abteilung Gewerkschaften. Gruppe Bergbau, Rundschreiben 5, Berlin 10.8.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 66.

⁵²⁹ Die bekannten 8 Punkte (Ultimatum). Das Verhältnis der K.P.D. zur Union der Hand- und Kopfarbeiter, o. O. d. D., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 202; One-big-union-Propaganda wurde in den USA vor allem von den International Workers of the World (IWW) betrieben, die sich für eine große Einheitsgewerkschaft einsetzte.

⁵³⁰ Fischer, Union, S. 107.

als nicht verhandelbar⁵³¹. Jakob Walcher, Gewerkschaftsverantwortlicher der KPD-Zentrale, sah die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* in Rheinland-Westfalen als „notwendiges Übel“, ihre Zweigstellen in Berlin und Mitteldeutschland dagegen als „groben Unfug“ an⁵³². Diese taktische Haltung der KPD-Zentrale war in ein strategisches Herangehen eingebettet, wonach führende Funktionäre offen erklärten, die Union habe die historische Aufgabe „zu sterben“, d. h. sich aufzulösen, damit ihre Mitglieder dann die reformistischen Gewerkschaften von innen erobern sollten⁵³³. Das sah nicht nach Suche der KPD nach einem Kompromiss mit der Union aus⁵³⁴.

Bei den Betriebsratswahlen 1922 im Bergbau erhielt die Union 109.197 Stimmen und 799 Mandate, während der BAV 148.207 Stimmen und 1.213 Mandate erreichte. Damit lag die Union noch vor dem *Christlichen Gewerkverein*, der 80.989 Stimmen und 589 Mandate bekommen hatte⁵³⁵. Die Union organisierte 70.000 bis 90.000 Bergarbeiter in 209 Schachtgruppen und zweiundachtzig Fabrik- und Ortsgruppen in der Metallindustrie mit 7.000 bis 13.000 Mitgliedern⁵³⁶. Im *Ruhr-Echo* kritisierte die KPD offen die Leitung der Union um Hammer, Witt, Bartels und Hermann, um ihren Sturz zu fördern⁵³⁷ – in einer Zeit, in der es der Union z. B. beim sog. *Mai-Streik* 1922 in Dortmund gelang, die reformistischen Gewerkschaften so unter Druck zu setzen, dass sie den sog. *wilden* Streik, den sie zuerst abgelehnt hatten, nachträglich anerkennen mussten. Auch Übersichten konnten im August wegen des Widerstandes der Union nicht so verfahren werden, wie es moderate Gewerkschaften und die Eigner der Bergwerke vereinbart hatten⁵³⁸. Am 13. Juli 1922 fand in Essen eine Geheimkonferenz der KPD statt, bei der linientreue kommunistische Funktionäre der Union anwesend waren, um das Vorgehen gegenüber der radikalen Gewerkschaft zu besprechen⁵³⁹. Auf einer Unterbezirkskonferenz der Union in Gelsenkirchen trat der damalige linke Kommunist Unger für die Bezirksleitung der Ruhr-KPD gegen den Union-Vertreter Bastek auf⁵⁴⁰. Im Unterbezirk Bochum der KPD gab es ständige Konflikte zwischen KPD und Union. Anlässlich einer Lohnbewegung im Bergbau kam es zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen KPD und Union, wobei in Gerthe, Castrop und Sodingen sogar Schlichtungsversuche durch die Unterbezirksleitung der KPD unternommen werden mussten. Unionisten würden auf die KPD schimpfen, äußerte der

⁵³¹ Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 203.

⁵³² Ebd., Bl. 203.

⁵³³ Bogenbeck an Paul (Letsch), Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Essen, 18.7.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 196 f.

⁵³⁴ So die Einschätzung von Schöck, vgl. Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 200.

⁵³⁵ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 93.

⁵³⁶ Peterson, German Communism, S. 129 f.

⁵³⁷ Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 202 f.

⁵³⁸ Fischer, Union, S. 119.

⁵³⁹ Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 203.

⁵⁴⁰ Der Polizei-Präsident, An den Regierungspräsidenten in Arnsberg, Betrifft: Unterbezirkskonferenz der Union der Hand- u. Kopfarbeiter in Gelsenkirchen am 30. Juli 1922, Gelsenkirchen 8.8.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 44.

Bochumer KPD-Funktionär Levermann, weil diese die Unionisten in den *Bergarbeiterverband* zurückzubringen wollte, um dort die kommunistische Opposition zu stärken⁵⁴¹. 1923 war die Union die einzige Gewerkschaft, die die Streikwelle unterstützte und organisierte⁵⁴². Dies traf auch auf die Unruhen im Juni und Oktober zu. Durch den Druck der Ereignisse bildeten Union und KPD vorübergehend eine Arbeitsgemeinschaft⁵⁴³. Die Union war im Ruhrgebiet ein Machtfaktor, mit dem gerechnet werden musste. Ihre Mitglieder verstanden sich als Revolutionäre, viele als Kommunisten und hatten ein ausgeprägt rätedemokratisches und anti-bürokratisches Bewusstsein. Deshalb stieß die Politik der moderat kommunistischen KPD-Zentrale und ihrer Anhänger in der Bezirksleitung Ruhr, die hartnäckig auf die Liquidierung der Union hinauslief, auf beträchtlichen Widerstand. Die Bergarbeiter mit KPD-Parteibuch waren überwiegend in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* organisiert, wenn auch noch einige im *Bergarbeiterverband* aktiv waren. An der Basis der Union gab es viele Kommunisten, die bei einem Versuch der KPD, die Union aufzulösen, lieber aus der Partei als aus der Union austraten⁵⁴⁴. Unionisten wie Arthur Hammer und Nicolaus Holz waren selbst Kommunisten. Sie kooperierten mit Syndikalisten innerhalb der Union gegen das Auflösungsgebot der KPD-Zentrale, um die unabhängige Existenz der Union zu verteidigen.

Die Haltung der KPD-Führung stieß auch bei der *Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI)*, die der *Kommunistischen Internationale* angehörte, und ihrem Generalsekretär Alexander Losowski auf Widerspruch. 1920 hatte der 2. Weltkongress der Komintern „Leitsätze über die Gewerkschaftsbewegung, die Betriebsräte und die Kommunistische Internationale“ verabschiedet, wonach die Kommunisten in Ländern mit starken revolutionären Gewerkschaften, in diesen mitarbeiten sollten, während die Kommunisten in Staaten mit vorherrschenden reformistischen Massengewerkschaften in jenen mitarbeiten sollten, um sie in Kampforgane zum Sturz des Kapitalismus zu verwandeln⁵⁴⁵. Diese allgemeine Richtlinie klärte noch nicht das Verhältnis der KPD zur *FAU / Räteorganisation* bzw. der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*. Bei einem Gespräch einer Delegation der Reichszentrale der Union, bestehend aus Hammer, Vollmar und Witt, mit dem Sekretär der *RGI*, Losowski, am 16.7.1922 in Berlin wurde weitgehende Übereinstimmung erzielt⁵⁴⁶, die jedoch zu keiner Änderung der Gewerkschaftspolitik der

⁵⁴¹ Vertrauensmann berichtet (Abschrift), Bochum 23.7.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 56.

⁵⁴² Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 96 f.

⁵⁴³ Fischer, Union, S. 108.

⁵⁴⁴ Bogenbeck an Paul (Letsch), Aufgaben der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, Essen, 18.7.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 200 f.

⁵⁴⁵ Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972 (Hamburg 1921), S. 529 f.

⁵⁴⁶ Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 203.

KPD-Zentrale gegenüber der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* führte. Auf dem 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale Ende 1922 hielt der RGI-Leiter Losowski das Einleitungsreferat zu den „Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften“. Er war keinesfalls mit der Politik der KPD-Führung gegenüber der Union einverstanden:

„(die Union) wird von vielen kommunistischen Gewerkschaftern Deutschlands beständig als eine Organisation angesehen, die die kommunistische Bewegung in ihrem Land behindert. Hier äußert sich ein gewisses abstraktes Herantreten an eine praktische Frage und eine unrichtige Auffassung unserer Losung, die die Eroberung der Gewerkschaften fordert. Einige Kommunisten urteilen folgendermaßen: da unsere Taktik darin besteht, die Gewerkschaften nicht zu spalten, sondern zu erobern, so verliert die Union dadurch ihre Existenzberechtigung. Aber das ist reinste Metaphysik. Die Union besteht (...) und wird auch in den nächsten Jahren weiterbestehen (...) Der Ausgangspunkt für die unrichtige Auffassung lag in dem Bestreben, ausschließlich innerhalb der alten Gewerkschaften zu arbeiten, und in dem Wunsch, allen selbständigen Organisationen um jeden Preis ein Ende zu machen“⁵⁴⁷.

Das waren deutliche Worte der Kritik. Die Schlussfolgerungen lagen auf der Hand. Demnach hätte die KPD generell in den ADGB-Gewerkschaften kommunistische Fraktionen und Zellen bilden müssen. Aber im Ruhrgebiet, wo die Union ein Produkt der Streikwellen und Kämpfe der Bergarbeiter war, hätte die KPD im Bergbau ihren Schwerpunkt auf den Aufbau der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* legen müssen und nebenbei versuchen können, eine kommunistische Fraktion im reformistischen *Bergarbeiterverband* aufzubauen. Zu einer solch differenzierten Gewerkschaftspolitik, die die regionalen politischen Verhältnisse berücksichtigt hätte, waren weder die KPD-Zentrale in Berlin noch die KPD-Bezirksleitung im Ruhrgebiet in der Lage.

Anfang 1923 ging die Mitgliedschaft der *Union der Hand und Kopfarbeiter* zurück. Im Laufe des Krisenjahres kam es zu einer erheblichen Aufsplitterung der Gewerkschaftsverbände. Im Oktober 1923 gehörte zwar die Mehrheit der gewerkschaftlich organisierten Bergarbeiter im Revier einer der drei großen politischen Richtungsgewerkschaften, dem reformistischen *Bergarbeiterverband*, dem *Christlichen Gewerkverein* oder der revolutionären *Union der Hand- und Kopfarbeiter* an, während die *Polnische Berufsvereinigung* und der *Hirsch-Dunckerscher Gewerkverein* stark an Einfluss verloren hatten. Neben ihnen gab es kleine gewerkschaftliche Zusammenhänge, so dass auf

⁵⁴⁷ Losowski, Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften, Petrograd/Moskau 1922, in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 463 f.

einzelnen Zechen bis zu zehn, fünfzehn oder mehr Verbände existierten⁵⁴⁸, wozu die Berufsgewerkschaften gehörten. 1919 bestanden 52 freie Berufsgewerkschaften, 1922 waren es 49 Berufsgewerkschaften des ADGB⁵⁴⁹ mit 7,9 Millionen Mitgliedern⁵⁵⁰. 1925 bestanden 39 Berufsgewerkschaften und 1929 waren es 35 Berufsgewerkschaften⁵⁵¹. In einer Stadt wie Duisburg gehörten 1922 141 Mitglieder zum freien *Buchbinderverband*, 263 zum freien *Buchdruckerverband*, 128 zum freien *Verband der graphischen Hilfsarbeiter*, 16 zum freien *Lithographenverband*, 27 zum christlichen *Gutenberg-Bund* und 60 zum christlichen *Graphischen Zentralverband* (1921). Mit dieser extremen Zersplitterung standen die Gewerkschaften den hoch zentralisierten Kapitaleignern hilflos gegenüber. Für die Organisationskraft der Bergarbeiter liegen nur unvollständige Angaben vor. In Duisburg gehörten 1921 zur syndikalistischen FAU 1.400 Mitglieder, zur FAU-Gelsenkirchen 1.350 Mitglieder und zum *Gewerkverein Christlicher Bergarbeiter* 500 Mitglieder. Zum BAV existieren keine Angaben. In Hamborn organisierte 1921 die syndikalistische FAU 3.200 Mitglieder, die FAU-Gelsenkirchen 400 Mitglieder (1920) und der BAV 500 Mitglieder⁵⁵². Die vielen miteinander konkurrierenden gewerkschaftlichen Organisationen schaden der Durchsetzung der Interessen der Bergarbeiter, die 1923, im Jahr der Hyperinflation und Verelendung, schon schwierig genug war, wo doch selbst der starke reformistische *Metallarbeiterverband* kurz vor dem Bankrott stand. Er konnte keinen Verbandstag finanzieren⁵⁵³. Zum Problem der Aufsplitterung kam der wachsende Einfluss der KPD in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*, was die Differenzen mit der Leitung der Union verschärfte, die gegenüber der KPD die Unabhängigkeit bewahren wollte⁵⁵⁴. Anfang Mai 1923 legten Hammer und Hermanns auf Druck der KPD ihre Mandate in der Genossenschaft *Freies Arbeiterheim* nieder, in deren Häusern in Gelsenkirchen die Zentrale der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* untergebracht gewesen war⁵⁵⁵, bevor sie nach Essen verlegt wurde⁵⁵⁶.

⁵⁴⁸ Zur Frage der Union, in: [Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.)], *Der Kommunistische Funktionär*, 1. Jg., Nr. 1, 16.1.1924, in: *Der Oberbürgermeister Duisburg, Betrifft Union der Hand- und Kopfarbeiter* (Abschrift), Duisburg 29.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 32.

⁵⁴⁹ Dissinger, Arthur, *Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie*, Jena 1929, S. 163.

⁵⁵⁰ Seidel, Richard, *Die Gewerkschaften nach dem Kriege*, Berlin 1925, S. 138.

⁵⁵¹ Dissinger, Arthur, *Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie*, Jena 1929, S. 163.

⁵⁵² Alle Angaben nach: Löher, Karl-Heinz, *Die gewerkschaftlichen Organisationen in Duisburg und Hamborn in den Jahren 1918-1933. Eine Bestandsaufnahme*, Duisburg 1976, S. 38 f.

⁵⁵³ Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 131.

⁵⁵⁴ Situationsbericht, o. O. o. D. (Abschrift), LAV NRW R, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 76.

⁵⁵⁵ Zur Genossenschaftsfrage, in: *Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands* (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150. Mehrere Ausgaben der „Union“ des 4. Jahrgangs tragen die Nr. 4.

⁵⁵⁶ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 6.

Auf Mitgliederverluste, Zersplitterung und fraktionelle Einflussnahme der KPD reagierte die Verbandsführung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* mit einer Kampagne für die Schaffung eines einheitlichen gewerkschaftlichen Industrie-Verbandes der Bergarbeiter, der alle bestehenden Berufs- und Lokalgewerkschaften umfassen und die Spaltung in politische Richtungsgewerkschaften überwinden sollte. Das Organisationsprinzip des Industrierverbandes stellte das Gegenteil der gewerkschaftlichen Organisation nach Berufsverbänden da. Der Industrierverband organisierte die Arbeiter nach ihrer industriellen Tätigkeit ohne Rücksicht auf ihre Ausbildung; die Berufsorganisation organisierte die Arbeiter nach ihrer Ausbildung ohne Rücksicht auf ihre Tätigkeit in der Industrie. 1912 hatte der freie *Fabrikarbeiterverband* die Schaffung von Industrieverbänden gefordert, in denen die Mitglieder nicht nach Berufsgruppen zusammengefasst werden sollten⁵⁵⁷. Während des Bergarbeiterstreiks von 1912 im Ruhrgebiet hatten Delegierte dreier Verbände in Eickel einen „Einheitsverband“ gefordert⁵⁵⁸. Mitglieder der KPD-Leitung hatten sich 1919 für Betriebsorganisationen und Industrieverbände ausgesprochen⁵⁵⁹. Als sich die politischen Ereignisse überschlugen und die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* nach dem sog. *Deutscher Oktober* von General von Seeckt verboten und damit illegal wurde, verstärkte sie ihre Agitation für die Industriegewerkschaft. Am 20.11.1923 wurde auf einer Konferenz in Wattenscheid von den Delegierten verschiedener Zechen ein neuer *Industrieverband für den Bergbau* für den östlichen Teil des Ruhrgebiets gegründet, der aber vom belgischen Kommandanten Duisburgs umgehend für aufgelöst erklärt wurde⁵⁶⁰. Am 20. Dezember 1923 sprach sich in Walsum eine Konferenz von Schacht- und Hütten-Delegierten aus Duisburg, Hamborn, Oberhausen, Sterkrade, Osterfeld, Mülheim, Walsum, Dinslaken und Bocholt für die Schaffung eines *Industrieverbandes für Berg und Hütte* für den westlichen Teil des Ruhrgebiets aus⁵⁶¹. In Oberhausen kamen am 9. Januar 1924 fünfhundert Anhänger der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zusammen, um einen örtlichen Ableger des *Industrieverband für Berg und Hütte Deutschlands* zu bilden. Damit sollte auch das Verbot der Union umgangen werden⁵⁶². Der Regierungspräsident in Düsseldorf wertete die

⁵⁵⁷ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 130 f.

⁵⁵⁸ Kozicki, Der Kaiser ist weg, S. 27.

⁵⁵⁹ Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 59.

⁵⁶⁰ Bericht über die am 9. Januar 1924 stattgefundene öffentliche Mitgliederversammlung der Union der Kopf- und Handarbeiter, in: Der Regierungspräsident, Betrifft: Union der Hand- und Kopfarbeiter, Düsseldorf 18.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 7.

⁵⁶¹ Polizeiverwaltung Duisburg/Der Oberbürgermeister, Auszug aus der „Arbeitertribüne“, Nr. 13, o. O. 16.1.1924, Duisburg 25.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 22; Pierre Frank rechnet es hingegen der RGI als Verdienst an, der „Idee der Industriegewerkschaften“ zum „Durchbruch“ verholfen haben, vgl. Frank, Pierre, Revolutionärer Marxismus und Gewerkschaften, [Paris] 1974, in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 35.

⁵⁶² Bericht über die am 9. Januar 1924 stattgefundene öffentliche Mitgliederversammlung der Union der Kopf- und Handarbeiter, in: Der Regierungspräsident, Betrifft: Union der Hand- und Kopfarbeiter, Düsseldorf 18.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 6 f.

Gründung des Industrieverbandes als „Gefahr für die Gewerkschaften“ und als Anzeichen für eine „Radikalisierung der Arbeiterschaft“⁵⁶³. Besonders bedroht durch einen einheitlichen Industrieverband mussten sich auch die freien, reformistischen ADGB-Gewerkschaften fühlen, die noch Mitte der 1920er Jahre in fast fünfzig Berufsverbände aufgesplittet waren. Wenn einige freie Gewerkschaften für Industrieverbände eintraten, so gelang ihnen nur der Zusammenschluss der Lohnabhängigen von einigen nahestehenden Berufen. Das war, wie die Union kritisierte, kein Industrieverband, sondern ein erweiterter Berufsverband. Die Schaffung eines Industrieverbandes war eine absolute Notwendigkeit, um gegen das stark zentralisierte Bergbau- und Hüttenkapital erfolgreich Widerstand leisten zu können. Die freien Gewerkschaften mit ihren Berufsverbänden waren dazu nicht in der Lage. Die Union war fest davon überzeugt, dass sich früher oder später das von ihr vertretene Prinzip des Industrieverbandes durchsetzen würde⁵⁶⁴. Sie sollte damit recht behalten, auch wenn die Industriegewerkschaften in Deutschland erst nach dem Zweiten Weltkrieg gegründet werden sollten.

Eine einflussreiche revolutionäre Gewerkschaft wie die *FAU / Räteorganisation* bzw. *Union der Hand- und Kopfarbeiter* war in der Arbeiterbewegung der Weimarer Republik eine Ausnahme, wie sie vor allem im Ruhrgebiet existierte, auch wenn es in anderen Gegenden lokal ähnlich Entwicklungen von Bedeutung gab wie z. B. bei der BASF in Ludwigshafen⁵⁶⁵. Die Existenz einer revolutionären Gewerkschaftsbewegung im Herzen des wichtigsten Industriereviere bildete nicht nur eine ständige Gefahr für die Kapitaleigner in Deutschland. Die revolutionäre, dezentrale und basisdemokratische Union forderte auch die KPD heraus, die ihren Führungsanspruch in Frage gestellt sah. Das unterscheidet die Regionalgeschichte der KPD im Ruhrgebiet stark von der der Gesamt-KPD.

In der Forschung über die Geschichte der KPD hatte bereits Sigrid KOCH-BAUMGARTEN den Begriff der „Avantgarde“ verwendet⁵⁶⁶. Klaus-Michael MALLMANN gebührt das Verdienst, den Begriff der Avantgarde neu belebt zu haben. Nach Mallmann habe sich aus dem „Avantgardeprinzip“ sowohl eines Paul Levi wie eines Lenin innerhalb der KPD ein „Strukturprinzip“ entwickelt. Das „Avantgardeprinzip“⁵⁶⁷ der KPD leitete Mallmann unter Berufung auf Lenins Schrift „was tun?“ daraus ab, dass

⁵⁶³ Der Regierungspräsident, Betrifft: Union der Hand- und Kopfarbeiter, Düsseldorf 18.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, BL. 5 f.

⁵⁶⁴ Fischer, Union, S. 74 f.

⁵⁶⁵ Bois verweist auf die von linken Kommunisten bei der BASF in Ludwigshafen geführten Streiks 1922 und 1924, aus denen der *Industrieverband der chemischen Industrie* mit zehntausend Mitgliedern entstand, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 195 f.

⁵⁶⁶ Vgl. Koch-Baumgarten, Sigrid, Die Märzaktion der KPD 1921, Köln 1987, das ursprünglich als Koch-Baumgarten, Sigrid, Aufstand der Avantgarde. Die Märzaktion der KPD 1921, Frankfurt/M. 1986 erschienen ist.

⁵⁶⁷ Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 54 f.

„Lenins Organisationsvorstellungen (...) von der Prämisse aus(gingen), daß Arbeiter ein politisches Klassenbewusstsein gar nicht haben können, daß ihnen dies von außen gebracht werden müsse“⁵⁶⁸.

Mallmann begeht dabei den fatalen Irrtum, politisches Klassenbewusstsein mit dem von Lenin so bezeichneten sozialdemokratischen Klassenbewusstsein, das vor 1914 in der SPD und SDAPR marxistisch ausgeprägt war, zu verwechseln. Denn Lenin beschrieb in „was tun?“ ausführlich, dass die Arbeiter „aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches“ (gewerkschaftliches) Bewusstsein entwickeln können, das dieses aber nicht die „Politik“ ausschließe. Lenin berief sich dabei auf Karl Kautsky, der das sozialistische Bewusstsein als Produkt wissenschaftlicher Einsicht bezeichnet hatte, deren Träger nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche Intelligenz sei⁵⁶⁹. Es war Kautsky, der formuliert hatte:

„Das sozialistische Bewußtsein ist also etwas in den Klassenkampf des Proletariats von außen Hineingetragenes, nicht etwa aus ihm urwüchsig Entstandenes“⁵⁷⁰.

Kautsky leitete daraus die Aufgabe ab, „das Proletariat mit dem Bewusstsein seiner Lage und seiner Aufgaben zu erfüllen“⁵⁷¹. Die notwendige Konsequenz aus Lenins (und Kautskys) Avantgardeverständnis war keineswegs die von Mallmann unterstellte „strafste Zentralisation“ und „innere Geschlossenheit“ der KPD, die einerseits in der Allmacht des Politbüros und andererseits im Ausschluss von Mitgliedern gipfelte, die nicht auf Parteilinie lagen⁵⁷². Sie hätte auch in der freien Diskussion unterschiedlicher Meinungen bestehen können, wie sie z. B. in der SDAPR zwischen 1898 und 1917 geführt wurde, um die politische Lage besser einschätzen und daraus Taktik und Strategie der revolutionären Partei ableiten zu können. Nehmen in Mallmanns Untersuchung „Prinzip“ und „Denkfigur der Avantgarde“⁵⁷³ menschliche Gestalt an, dann handelt es sich bei seiner Avantgarde um die „deutschen Berufsrevolutionäre“, die „Sekretäre und Redakteure“⁵⁷⁴, das Führungskorps der KPD, nicht aber um Aktivisten, die aus einem von Streiks und politischen Kämpfen geprägten Milieu hervorgetreten sind. Darin unterscheidet sich Mallmann nicht von Weber, der unter Avantgarde eine „Elite“ versteht, die „im Besitz absoluter Wahrheit“ ist⁵⁷⁵ und im Kern mit dem Apparat übereinstimmt. Indem Mallmann

⁵⁶⁸ Ebd., S. 63.

⁵⁶⁹ Lenin, W. I., was tun, Stuttgart 1902, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 5, 4. Aufl. Berlin 1966 (1. Aufl., Berlin 1955), S. 385 f.

⁵⁷⁰ Ebd., S. 395.

⁵⁷¹ Ebd., S. 395.

⁵⁷² Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 59 f.

⁵⁷³ Ebd., S. 78.

⁵⁷⁴ Ebd., S. 142 f.

⁵⁷⁵ Vgl. Weber, Hermann, Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus, in: Weber, Hermann/Staritz, Dietrich/Braun, Günter/Foitzik, Jan (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 166.

das „Strukturprinzip“ des „Milieus“ dem „Strukturprinzip“ der „Avantgarde“ gegenüberstellt⁵⁷⁶, entdeckt er nur den längst entdeckten Widerspruch zwischen Basis und Führung neu, der in jeder größeren Partei latent vorhandenen ist und, wie in der KPD der 1920er Jahre, zu schweren Konflikten führte⁵⁷⁷. Für Ernest Mandel hingegen geht die leninsche Konzeption des Klassenbewusstseins davon aus, dass „breite Massen nur durch Aktionen ihr Bewusstsein verändern können“.

„Was die Avantgarde von der Mehrheit unterscheidet, ist die Tatsache, daß sie auch zwischen zwei Höhepunkten aktiven Kampfes das Vorfeld des Klassenkampfes nicht räumt und sozusagen den `Krieg mit anderen Mitteln` fortsetzt“⁵⁷⁸.

Die Avantgarde besteht für Mandel aus Aktivisten, die Kämpfe anführen. Sie gelangen zum Klassenbewusstsein durch Erfahrung, die z. B. zeigt, dass kontinuierliche Organisation effektiver ist, als jeden Arbeitskampf von neuem unorganisiert zu beginnen, während revolutionäre Kerne durch intellektuelle Einsicht zu revolutionärem Bewusstsein und die Masse durch Aktionen zu Klassenbewusstsein gelangen. Die revolutionäre Organisation / Partei entsteht aus der Verschmelzung von Arbeiter-Avantgarde und revolutionärer Intelligenz⁵⁷⁹. Mandels Avantgardebegriff steht dem des frühen Lenin nahe, der in den ersten Jahren seiner Tätigkeit in der SDAPR unter Berufung auf Kautsky die „Vereinigung von Arbeiterbewegung und Sozialismus“⁵⁸⁰ als Aufgabe stellte, bis die SDAPR in der ersten russischen Revolution 1905 sozialistische Intelligenz *und* Avantgarde *und* Schichten klassenbewusster Arbeiter organisierte.

Eine ähnliche Trennung der Arbeiteravantgarde von der revolutionären Organisation, wie sie zu Beginn des 20. Jahrhunderts in Russland anzutreffen war, trat in Deutschland zur Zeit der Novemberrevolution auf. Während des Ersten Weltkrieges hatte sich aus dem Kreis der Vertrauensleute der Dreher in der Berliner Metallindustrie, die den Krieg ablehnten, das Netzwerk der *Revolutionären Obleute* gebildet.

„Es war keine Massenorganisation, zu der jeder Zutritt hatte, sondern ein ausgewählter Kreis von Personen, die eine gewisse Schulung und Erfahrung im politischen und gewerkschaftlichen Tageskampf genossen hatten und im Betrieb unter

⁵⁷⁶ Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 79.

⁵⁷⁷ Angress sieht in der KPD den Dualismus zwischen der intellektuellen Führung und der rebellischen, proletarischen Mitgliedschaft, vgl. Angress, Stillborn Revolution, S. 120 f.

⁵⁷⁸ Mandel, Ernest, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, Zürich o. D. (Frankfurt/M. 1970), S. 16.

⁵⁷⁹ Ebd., S. 15 f.

⁵⁸⁰ Lenin, W. I., Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, o. O. 1899, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 4, 5. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl. Berlin 1955), S. 251.

den Arbeitern einen Einfluß haben mußten. Es war im wahren Sinne des Wortes ein 'Vortrupp des Proletariats'⁵⁸¹.

Richard Müller beschrieb eindrücklich, dass der *Spartakusbund* zu Beginn der Novemberrevolution von den *Revolutionären Obleuten*, die drei politische Massenstreiks in Berlin organisiert hatten, völlig abgeschnitten war. Das Auftreten des Vertreters des *Spartakusbundes*, Karl Liebknecht, ab Herbst 1918 kam bei den *Revolutionären Obleuten* nicht gut an. Sie verspotteten die Demonstrationstaktik des *Spartakusbundes* als „revolutionäre Gymnastik“, während sie von Liebknecht als „wild gewordene Spießbürger, die im Verborgenen tagen“ beschimpft wurden⁵⁸². Nach den Kriterien Mandels hätten weder der *Spartakusbund* noch die Arbeiterklasse als Ganzes die Avantgarde bzw. der Vortrupp sein können⁵⁸³. Dass beide Komponenten einer revolutionären Partei, revolutionäre Intellektuelle und klassenbewusste Streikführer, in der KPD vorhanden waren, ist leicht an den Biographien ihres Führungskorps abzulesen⁵⁸⁴. Doch erfasst auch die Mandelsche Definition nicht die Vielschichtigkeit der Avantgarde, wie sie sich zwischen 1920 und 1926 im Ruhrgebiet darstellte:

- Von allen Berufsgruppen im Ruhrgebiet traten die Bergarbeiter am militantesten auf. Geprägt durch die besonderen Arbeitsbedingungen unter Tage, die ausgeprägte Solidarität, die „umfassende Berufskultur“⁵⁸⁵, die Arbeitsorganisation in sog. Ortskameradschaften (vgl. Kapitel 4.6) und vor allem durch immer wiederkehrende Streikwellen waren die Bergarbeiter des Ruhrgebiets in ihrer Gesamtheit radikaler als die Arbeiter in anderen Branchen⁵⁸⁶.
- Der kämpferischste Teil der Kumpel hatte sich ab 1919 in der Bewegung der Unionen, vor allem in der ABU, in der FAU-Gelsenkirchen und in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* organisiert. Er bildete gegenüber den Bergleuten in den gemäßigten

⁵⁸¹ Müller, Richard, Die Revolutionären Obleute, in: Müller, Richard, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkriegs, Bd. 1, Wien 1924, in: Hillmann, Günter, Die Rätebewegung I (Texte des Sozialismus und Anarchismus), Hamburg 1971, S. 18.

⁵⁸² Müller, Richard, „Revolutionäre Gymnastik“, in: Müller, Richard, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkriegs, Bd. 1, Wien 1924, in: Hillmann, Günter, Die Rätebewegung I (Texte des Sozialismus und Anarchismus), Hamburg 1971, S. 21.

⁵⁸³ In der marxistischen Diskussion werden weder die breiten Massen noch die revolutionären Kerne als Avantgarde bezeichnet. Es sind die fortgeschrittenen Arbeiter, die die Kämpfe führen, vgl. Mandel, Ernest, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, Zürich o. D., S. 15 f.; ähnlich Lenins Kategorie der klassenbewußten Arbeiter, vgl. Lenin, W.I., Die Semstwotagung, o. O. 1905, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1960 (1. Aufl. Berlin 1957), S. 296.

⁵⁸⁴ Vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, Berlin 2008 (2004).

⁵⁸⁵ Jäger, Wolfgang, Bergarbeitermilieus im Wandel, in: Bovermann, Rainer/Goch, Stefan, Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 7), Essen 1996, S. 45 (im Folgenden zitiert: Jäger, Bergarbeitermilieus im Wandel, Seite).

⁵⁸⁶ So galten in Russland vor 1917 die Metallarbeiter als fortschrittlicher als die Arbeiter anderer Branchen, vgl. Schapowalow, A., Auf dem Wege zum Marxismus. Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs (In den Reihen der Revolution, Bd. 1), Wien/Berlin 1926, S. 109. Heute gelten in Frankreich und Belgien die Eisenbahner als kämpferischer als die Arbeiter anderer Branchen.

Gewerkschaften eine Art revolutionäre Avantgarde der Bergarbeiter. Die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* und ihre Vorläufer waren ein Produkt der Streikwellen zwischen 1916 und 1924, in denen Sofortforderungen, die im Ersten Weltkrieg ihre eigene politische Brisanz hatten, spätestens ab Anfang 1919 mit hoch politischen Zielen zusammengefloßen waren⁵⁸⁷.

➤ Ein erheblicher Teil der Mitglieder der Ruhr-KPD, ihrer Kandidaten und Abgeordneten, ihrer Delegierten und Funktionäre waren Bergarbeiter. Wilhelm Schwan und Gustav Sobottka kamen aus diesem Milieu. Insoweit sie gleichzeitig Aktivisten der revolutionären Bergarbeiterbewegung waren, gehörten sie zu einer kommunistischen Avantgarde in Betrieben, Gewerkschaften und unter Erwerbslosen⁵⁸⁸.

Wenn es eine Avantgarde der Arbeiterklasse im Ruhrgebiet zwischen 1918 und 1925 gegeben hatte, dann gehörten sicherlich die Aktivisten der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* dazu. Über Jahre hinweg hatte die Unionen Massenstreiks initiiert⁵⁸⁹. Als sich am 11. März 1923 auf einem von der KPD initiierten Betriebsrätekongress im Essen Nordparksaal der moderate Vertreter der KPD-Zentrale, Becker, hauptsächlich gegen die französische Besatzung äußerte, stieß er auf die scharfe Kritik eines Betriebsrates, demnach Becker im Saal „die Elite der rheinisch-westfälischen Arbeiterschaft“ vor sich habe, die nur Klarheit über Wege zum sofortigen Handeln brauche⁵⁹⁰. Die Leitung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* sah „die Arbeiter an Rhein und Ruhr“ gar als „Vortrupp des internationalen Proletariats“ an⁵⁹¹.

Die *Union* hätte für die KPD zum Werkzeug werden können, um breite Massen zu erreichen und in Aktionen zu führen. War da nicht zu erwarten, dass die KPD, besonders eine revolutionäre Partei mit linken Kommunisten an der Spitze, die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* als Avantgarde oder Teil der Avantgarde anerkannt und mit allen Mitteln unterstützt und gefördert hätte? Das glatte Gegenteil war der Fall. Die KPD tat alles, um die Union zu bekämpfen, zu spalten und zu liquidieren. Dies lag auch an dem anderen

⁵⁸⁷ Auch die wirtschaftlichen Forderungen waren während des Krieges politisch. Da Jäger die Union der Hand- und Kopfarbeiter ignoriert, charakterisiert er den Radikalismus der Bergarbeiter weitgehend als sozial statt als politisch, vgl. Jäger, *Bergarbeitermilieus im Wandel*, S. 54.

⁵⁸⁸ Die Vielschichtigkeit der Avantgarde sieht auch Kinner nicht, der sie ähnlich wie Mallmann nur auf die Berufsrevolutionäre reduziert, vgl. Kinner, *Kommunismus und Linkssozialismus*, S. 110.

⁵⁸⁹ Tenfelde verneint hingegen, dass sich trotz Streikwellen „dieses schwerindustrielle Proletariat zur Avantgarde der Arbeiterklasse schlechthin hätte emporschwingen können“, vgl. Tenfelde, Klaus, *Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet*, in: Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard (Hrsg.), *Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung*, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 162.

⁵⁹⁰ Spethmann, *Ringens um die Kohle*, S. 138.

⁵⁹¹ Alle Räder stehen still am 1. Mai, in: *Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)*, 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 26.4.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

Verständnis von Avantgarde, welches besonders auf dem linkskommunistischen Flügel der KPD herrschte und das die Kommunistische Partei als einzige Avantgarde ansah.

Es kann nicht verwundern, dass die linken Kommunisten, nachdem sie im Frühjahr 1924 die Führung der Ruhr-KPD übernommen hatten, einen besonders ausgeprägten Avantgardeanspruch entwickelten. Tatsächlich was das Avantgardeverständnis vieler linker Kommunisten doppeldeutig und sehr eingeschränkt. Denn einerseits war für die linkskommunistische Führung der Ruhr-KPD nicht nur die Arbeiterklasse des (Rhein-) und Ruhrgebietes „der wichtigste Vortrupp (...) der kämpfenden Arbeiter Deutschlands“. „Das Proletariat des Ruhrgebiets“ sei „in den Kämpfen des Jahres 1920“ und „beim Generalstreik 1923 (...) unter Führung der Kommunistischen Partei vorwärts und vorwärts“ geschritten⁵⁹². Andererseits galt für die linken Kommunisten der „Bezirk Ruhrgebiet als Vortrupp der Partei“⁵⁹³. Das ähnelte der Sicht des linkskommunistischen Theoretikers Arkadi Maslow, für den der *Spartakusbund* wegen seiner Fundamentalopposition im Ersten Weltkrieg eine „politische Avantgarde“ der Arbeiterklasse darstellte⁵⁹⁴. Ernst Thälmann hielt die Kommunistische Partei für die Avantgarde des Proletariats⁵⁹⁵. Hier wurde die Avantgarde der Streikkämpfe mit den Mitgliedern der Kommunistischen Partei verwechselt. Im Verständnis der linken Kommunisten war die KPD die Avantgarde und nicht die Union. Um zur Avantgarde zu gehören, bedurfte es nicht der Führung von Streiks, sondern des Beitritts zur Partei. Ohne die Gleichsetzung der KPD mit der Avantgarde wäre die Politik der Kommunistischen Partei zur Spaltung und Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* weder zu verstehen noch zu erklären.

2.5 Ruhrbesetzung, sog. *Deutscher Oktober* und Aufstieg der linken Kommunisten

Nach der Niederlage im Ersten Weltkrieg musste Deutschland den siegreichen Staaten Frankreich und Belgien im Vertrag von Versailles Gebiete abtreten bzw. überlassen und Reparationen zahlen, zu denen Kohlelieferungen aus dem Ruhrgebiet gehörten. Hinzu kamen Gebietsabtretungen an Polen. Damit wurde ein wirtschaftlicher Wiederaufschwung

⁵⁹² Kommunistische Partei Deutschland, Bezirksleitung Ruhrgebiet (Essen) – Bezirksleitung Niederrhein (Düsseldorf) – Bezirksleitung Mittelrhein (Köln) – Zentrale der Industriegruppe Bergbau der Union der Hand- und Kopfarbeiter, An das werktätige Volk des Rhein-Ruhr-Gebiets, Essen Oktober 1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 8.

⁵⁹³ K.P.D., Rundschreiben der KPD, Essen 16.9.1924, in: Die Polizeiverwaltung an den Herrn Regierungspräsidenten, Mülheim a. d. Ruhr, 19.9.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 270.

⁵⁹⁴ Maslow, Arkadij, Manuskripte 1935-1941, in: Lübke, Peter (Hrsg.), *Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils*, München 1990, S. 359.

⁵⁹⁵ LaPorte, Norman, Ernst Thälmann: The Making of a German Communist, 1886-1921, in: *Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements* (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen). *Lives on the Left*, Nr. 51, Essen 2014, S. 153.

und die politische Festigung des kapitalistischen Systems behindert, das zusätzlich durch die Arbeiterbewegung direkt in Frage gestellt wurde⁵⁹⁶. Konnte Deutschland nur wieder Großmacht werden, wenn es gelang, die Reparationen zu verringern und die Errungenschaften der Arbeiterkämpfe rückgängig zu machen, zielte Frankreich auf eine langfristige Schwächung des Deutschen Reiches. Doch mit dem Versailler Vertrag verstärkte sich die Bedeutung des Ruhrgebietes. Durch den Wegfall Lothringens, des Saarlandes und oberschlesischer Gebiete vergrößerte sich der Anteil des Reviers an der Roheisenproduktion Deutschlands auf 79 % (1913: 42%), des Rohstahls auf 81 % (1913: 53%) und der Kohleförderung auf 72 % (1913: 72%)⁵⁹⁷. Mittels Inflation wollten Großindustrie und Reichsregierung die Kriegsschulden minimieren⁵⁹⁸.

Als am 11. Januar 1923 französische und belgische Truppen ins Ruhrgebiet einmarschierten, um Reparationsforderungen einzutreiben, löste die Besetzung eine nationalistische Welle in der Bevölkerung aus⁵⁹⁹. Der erste Schritt des passiven Widerstands ging von der Mehrheit der Eigner der Kohle- und Stahlwirtschaft an der Ruhr aus, die eine Zwangsvollstreckung durch die Entente-Staaten an Stelle freiwilliger Reparationszahlung wollten. Bereits zwei Tage vor dem Einmarsch der französisch-belgischen Armee hatte das *Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikat* seinen Sitz nach Hamburg verlegt. Ohne Syndikat fehlte den Besatzern eine zentrale Lenkungsstruktur der Ruhrwirtschaft⁶⁰⁰. Für die KPD war die Besetzung des Ruhrgebiets von der Schwerindustrie provoziert worden⁶⁰¹. Aber auch der sozialdemokratische Bergarbeiterverband schrieb, dass Stinnes „Scharfmacherkreise“ erst Geheimverhandlungen mit den Franzosen führten, um dann die alliierte Ruhrbesetzung einer „Erfüllungspolitik“ vorzuziehen⁶⁰².

Nach außen hin organisierten Reichsregierung, Behörden und eigens geschaffene illegale Organisationen den „passiven Widerstand“ gegen die Besatzung, während nationalistische und faschistische Organisationen auf „aktiven Widerstand“ mittels Sabotage setzten⁶⁰³. In einer intimen Besprechung führender Repräsentanten der Wirtschaft des Ruhrgebietes mit der Reichsregierung traten hochrangige Wirtschaftsvertreter für Sabotageakte ein. Nur über

⁵⁹⁶ Angress, *Stillborn Revolution*, S. 116 f.

⁵⁹⁷ Abelshauser, Werner, *Die Ruhrwirtschaft im 20. Jahrhundert. Der lange Abschied des Industriezeitalters*, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, *Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr*, Essen 2007, S. 70.

⁵⁹⁸ Heer-Kleinert, *Gewerkschaftspolitik der KPD*, S. 206.

⁵⁹⁹ Winkler, *Revolution*, S. 554 f.

⁶⁰⁰ Spethmann, Hans, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien*, Bd. 3, Berlin 1929, S. 56 (im Folgenden zitiert: Spethmann, *Leitlinien*).

⁶⁰¹ Ebd., S. 97.

⁶⁰² Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, *Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924*, Bochum 1924, S. 8 f.

⁶⁰³ Fischer, Conan, *Soziale Verwerfungen im Ruhrkampf durch Hunger und Evakuierung*, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), *Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004, S. 149 f. (im Folgenden zitiert: Fischer, C., *Soziale Verwerfungen*).

die Methoden ihrer Durchführung gab es mit der Regierung Meinungsverschiedenheiten⁶⁰⁴. So wurde das Transportwesen erheblich eingeschränkt, worunter die Nahrungsmittelversorgung litt. Erwerbslose, Arbeiterfrauen und -kinder waren zunehmend unterernährt und verlumpten. Im April 1923 kam es zu Unruhen bei der Verteilung von Nahrungsmitteln⁶⁰⁵.

Die KPD hatte zum Versailler Vertrag weder *Ja* noch *Nein* gesagt, da beide Optionen gleich schlecht für die Arbeiterbewegung seien⁶⁰⁶. Wenige Tage vor der Ruhrbesetzung hatte die Kommunistische Partei in Essen eine internationale Konferenz mit Kommunisten aus Frankreich abgehalten und sich gegen die drohende Besetzung erklärt⁶⁰⁷. Ihren Kampf stellte die Kommunistische Partei unter das Motto „Gegen das deutsche Kapital und die französischen Bajonette“⁶⁰⁸. In Äquidistanz zur französischen Besatzungsarmee und zur deutschen Regierung forderte die KPD die Arbeiterklasse auf, sich gegen jeden Versuch der Besatzer zu wehren, die demokratischen Rechte einzuschränken. Die KPD unterstützte Streiks der Bahnarbeiter, die sich weigerten, Kohle von den Bergwerken wegzuschaffen⁶⁰⁹. Damit beteiligte sich die KPD am aktiven Widerstand gegen die Besatzer⁶¹⁰. Die kommunistisch dominierten Betriebsräte riefen die Bergarbeiter schon dann zum Streik auf, wenn nur ein einziger französischer Soldat vor einer Zeche Posten stand. Das brachte der KPD den Vorwurf der vier gemäßigten Gewerkschaftsverbände der Bergarbeiter ein, „den passiven Abwehrkampf zu einem aktiven [zu] machen“. Da die Proteststreiks bezahlt wurden, waren Zechenbesitzer und gemäßigte Gewerkschaften wenig erfolgreich, sie zu verhindern⁶¹¹. Die KPD zielte auf den Sturz der Regierung Cuno und ihre Ersetzung durch eine Arbeiterregierung. Diese müsse über die „Erfassung der Sachwerte“ die Krise auf die Besitzenden abwälzen sowie die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion herstellen. Dabei sollten die Sozialdemokraten beiseite geschoben werden, die in einer „nationalen Einheitsfront“ mit den Kapitalisten stünden. In ihrem Aktionsprogramm forderte die moderate Mehrheit der Ruhr-KPD: Erhöhung der Löhne und Gehälter entsprechend der Preiserhöhungen, eine außerordentliche Teuerungszulage, Beseitigung der zehnprozentigen Lohnsteuer; Zuchthaus und Todesstrafe für Schieber und Wucherer, Beschlagnahme ihres

⁶⁰⁴ Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925. Das Ringen um die Kohle, Bd. 4, Berlin 1930, S. 61 (im Folgenden zitiert: Spethmann, Ringen um die Kohle, Seite).

⁶⁰⁵ Fischer, C., Soziale Verwerfungen, S. 149 f.; Weitz, Conflict, S. 186.

⁶⁰⁶ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 21 f.

⁶⁰⁷ Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 64.

⁶⁰⁸ Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, Essen Februar 1923, Gegen das deutsche Kapital und die französischen Bajonette!, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 18.

⁶⁰⁹ Den geistig Armen ins Stammbuch!, in: Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁶¹⁰ Schröder geht davon aus, dass sich die KPD nicht einmal am passiven Widerstand beteiligt hätte, vgl. Schröder, Joachim, Deutsche und französische Kommunisten und das Problem eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 169 f. (im Folgenden zitiert: Schröder, Kommunisten, Seite).

⁶¹¹ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 161 f.

Vermögens; kostenlose Abgabe von 50 Zentnern Kohlen an alle Arbeiterhaushalte; drei Zehnter Kartoffeln kostenlos für jeden proletarischen Haushalt; unentgeltliche Schulspeisung und Kleidung; unentgeltliche Abgabe von Milch für Mütter, Säuglinge, Kinder und Kranke; Einreihung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess durch Arbeitszeitverkürzung und Notstandsarbeiten; mehr Erwerbslosenunterstützung; Sechsstunden-Schicht im Bergbau und betriebliche Abwehrtrupps gegen Nationalsozialisten⁶¹². Die KPD rief zur Verbrüderung mit einfachen französischen Soldaten auf und arbeitete eng mit französischen Kommunisten zusammen, was in Frankreich zur Verhaftung führender Funktionäre der KPF führte⁶¹³. Damit bezog die KPD zu Beginn der Besetzung eine internationalistische Position⁶¹⁴. Die „chauvinistische Welle“ unter Arbeitern betraf⁶¹⁵ vor allem die SPD.

Nach der Ausweisung der deutschen Polizei durch die belgisch-französischen Truppen Ende Februar 1923 hatten sich an verschiedenen Orten des Ruhrgebietes bürgerliche Einwohnerwehren und Kampftrupps der Zechenleitungen gebildet⁶¹⁶. In Gelsenkirchen-Rotthausen, wo in der KPD die moderaten Kommunisten dominierten, versuchten diese die Einwohnerwehr und einen Trupp, der der Leitung der Zeche Dahlbusch unterstand, zu entwaffnen⁶¹⁷. Mitte Februar 1923 begann die KPD mit der Aufstellung der Kampforganisation der sog. *Proletarischen Hundertschaften*⁶¹⁸. Im Frühjahr 1923 berichtete die Polizei, zu keinem Zeitpunkt sei der Einfluss der KPD auf das Proletariat größer gewesen. Die KPD halte die von ihr beeinflussten Massen zurück und schotte sie gegenüber rechten Organisationen und national gesonnenen Gewerkschaftsführern ab. Eine Mehrheit der Arbeiter folge den Kommunisten in Hamborn. Großen Anhang habe sie auch in Essen, Buer und Recklinghausen. Dagegen unterstütze die Arbeiterschaft in Duisburg, Bochum und Dortmund mehrheitlich die national gesonnene SPD⁶¹⁹. Die vier moderaten Bergarbeitergewerkschaften versuchten, die Arbeiterschaft von Streiks abzuhalten⁶²⁰.

Tatsächlich befand sich die Ruhr-KPD zu Beginn der Besetzung in einer tiefen Krise. Innerhalb der Bezirksleitung befehdeten sich linke und moderate Kommunisten. Nach der Verhaftung des Politischen Leiters des KPD Ruhr-Bezirks, Karges, bestätigte Anfang

⁶¹² Kommunistische Partei Deutschlands. Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, Gegen das deutsche Kapital und die französischen Bajonette!, Essen Februar 1923, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 18 f.

⁶¹³ Frank, Pierre, Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943), Bd. 1, Frankfurt/M. 1981 (Paris 1979), S. 215 (im Folgenden zitiert, Frank, Geschichte, Band, Seite).

⁶¹⁴ Schröder, Kommunisten, S. 169 f.

⁶¹⁵ Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 51.

⁶¹⁶ Zechenschutzwehren mit Polizeibefugnissen gab es seit Beginn des Ersten Weltkrieges, vgl. Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 12.8.1914, in: Ueberhorst, Horst, Wattenscheid: die Freiheit verloren?, Düsseldorf 1985, S. 46 (im Folgenden zitiert: Ueberhorst, Wattenscheid, Seite).

⁶¹⁷ Spethmann, Leitlinien, S. 142.

⁶¹⁸ Ebd., S. 100.

⁶¹⁹ Situationsbericht, o. O. o. D. (Abschrift), LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 76.

⁶²⁰ Ruck, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923 (Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung 39), Frankfurt/M. 1986, S. 381.

Januar 1923 die Bezirksleitung „Unger“⁶²¹ als dessen Nachfolger. Ein anwesender Vertreter der KPD-Zentrale verhinderte aber die Wahl Ungers, weil erst mit der KPD-Zentrale Rücksprache zu nehmen sei. Diese löste die KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord aus fraktionellen Gründen auf, hatte doch Unger für den anstehenden Bezirksparteitag die linken Kommunisten Rosenbaum zum Politischen Sekretär und Wilhelm Schwan zum Organisationssekretär vorgeschlagen⁶²². Die KPD-Zentrale in Berlin nahm zu Beginn der Ruhrbesetzung lieber eine regionale Führungskrise in Kauf als eine falsche politische Orientierung der Ruhrgebiets-KPD. Zum Leipziger Parteitag im Februar 1923 wurden nur wenige linkskommunistische Delegierte wie de Graf aus Ahlen, Schwan aus Duisburg und Körner aus Dortmund delegiert⁶²³, womit der linke Flügel dort unterrepräsentiert war, während sogar Heinrich Brandler vom Ruhr-Bezirk abgeordnet wurde⁶²⁴. Immerhin vertraten mit Schütz und Schwan zwei von fünf neu in den Zentralausschuss (ZA) der KPD gewählte Voll- bzw. Ersatzmitglieder des Bezirkes Rheinland-Westfalen-Nord linkskommunistische Positionen, während der vorhergehende KPD-Parteitag des Ruhrbezirks nur moderat kommunistische Vertreter für den Zentralausschuss bestimmt hatte⁶²⁵. Schwan kam aus der USPD, Schütz aus der KPD⁶²⁶. Die internen Meinungsverschiedenheiten wurden auf einem Betriebsrätekongress am 11. März 1923 in Essen ausgetragen. Als ein Vertreter der KPD-Zentrale seine Kritik auf die „Abwehr der französischen Eingriffe“ zuspitzte, widersprachen ihm zahlreiche Betriebsräte. Sie forderten u. a. den Generalstreik und „die sofortige Organisation zur bewaffneten Auseinandersetzung mit der Bourgeoisie“. Remmele, ebenfalls von der KPD-Zentrale geschickt, passte sich der aufgeheizten Stimmung an, forderte den 24-Stunden-Generalstreik, die Bewaffnung und die Weltrevolution, griff aber die Forderungen der Betriebsräte nicht positiv auf. Diese unterstützten die Aufstellung von Hundertschaften⁶²⁷. Am 12. März hatte Werner Scholem auf einer Dortmunder KPD-Versammlung zu

⁶²¹ Wann Karges zum Politischen Sekretär gewählt worden war, ist nicht bekannt. Bei Unger soll es sich um den russischen Kommunisten Imajelow gehandelt haben, s. Der Polizei-Präsident, An den Regierungspräsidenten in Arnsberg, Betrifft: Unterbezirkskonferenz der Union der Hand- u. Kopfarbeiter in Gelsenkirchen am 30. Juli 1922, Gelsenkirchen 8.8.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 44.

⁶²² Kurt, An die Zentrale Berlin, o. O. 6.1.1923, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 3. Mitglieder aus Betrieben wurden nicht in die neue BL aufgenommen, um keiner der beiden Seiten das Übergewicht zu verleihen.

⁶²³ [Unterzeichnende Delegation], Erklärung, o. O. o. D., in: Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 346/1. Im Folgenden: ISG, Korsch. Bei Graf handelte es sich um Jonny de Graaf, Vorsitzender der KPD Ahlen; Flechtheim geht fälschlicherweise davon aus, dass die Linke zu diesem Zeitpunkt im Ruhrbezirk der KPD die Mehrheit hatte, vgl. Flechtheim, KPD, S. 138.

⁶²⁴ Zentrale der KPD, Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, S. 446.

⁶²⁵ Weber/Andreas, Deutsche Kommunisten, S. 1075 f.

⁶²⁶ Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 276 f.

⁶²⁷ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 137 f.

Betriebsbesetzungen aufgefordert⁶²⁸. Diese Ansicht vertrat auch die Korreferentin Ruth Fischer auf dem KPD-Bezirksparteitag am 23.3.1923⁶²⁹. Das *Ruhr-Echo* rief wiederholt zur Mäßigung auf, da sich sonst die KPD von den Massen isolieren könnte⁶³⁰.

Auf dem Bezirksparteitag der KPD Rheinland-Westfalen-Nord Ende März 1923 wurden der moderate Kommunist Ernst Graul zum Politischen Leiter und Johann Makowski, zu seinem Stellvertreter gewählt. Der moderate Kommunist Albert Stolzenburg fungierte als Vorsitzender der KPD Rheinland-Westfalen-Nord. Makowski und Stolzenburg kamen aus der USPD⁶³¹. Auch Wilhelm Schwan, seit 1921 Leiter des KPD-Unterbezirkes Duisburg⁶³² kam in die Bezirksleitung, wo er die linke Position von Arthur König stärkte⁶³³. Schwan war 1920 wegen Widerstand gegen den Kapp-Putsch „in Abwesenheit zum Tode verurteilt“ worden⁶³⁴.

Die Kritik der linken Kommunisten war stark, so dass ihre Berliner Gallionsfigur Ruth Fischer auf dem Bezirksparteitag das Korreferat halten konnte⁶³⁵. Linke und moderat kommunistische Positionen standen sich feindlich gegenüber⁶³⁶. Neben Duisburg besaßen die linken Kommunisten eine Basis in den Städten Wanne, Gelsenkirchen, Bochum, Dortmund und Buer⁶³⁷. Sie brachten auf dem KPD-Parteitag des Bezirks Ruhrgebiet eine Resolution ein, die die Antwort der Parteiführung auf die Ruhrbesetzung durch französische Truppen als „rein propagandistisch“ kritisierte. Angesichts des völligen Bankrotts der deutschen Bourgeoisie stünde die Machtergreifung durch das Proletariat auf der Tagesordnung. Ihr eigenes revolutionäres Aktionsprogramm enthielt die Forderungen: Produktionskontrolle, Übernahme der Betriebe, proletarische Ortswehren gegen Faschisten und französische Besatzungsmacht, Verbrüderung mit den einfachen französischen Soldaten. Die politische Stoßrichtung der linken Kommunisten richtete sich „Gegen den französischen Imperialismus, für den Sturz der Regierung Cuno, für die Errichtung einer

⁶²⁸ Hoffrogge, Scholem, S. 248.

⁶²⁹ Ruck, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923 (Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung 39), Frankfurt/M. 1986, S. 382.

⁶³⁰ Weitz, Conflict, S. 191.

⁶³¹ Vgl. Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der USPD (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 276; Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, Berlin 1920, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976, S. 308.

⁶³² Herbst, Andreas, „Trotzkist mit kriminellem Einschlag“. Wilhelm Schwan – einer der Alternativen zu Thälmann?, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Braun, Günter/Dähn, Horst/ Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, Berlin 1999, S. 319.

⁶³³ Peterson, German Communism, S. 174.

⁶³⁴ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 854.

⁶³⁵ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 26.

⁶³⁶ Flechtheim, KPD, S. 153.

⁶³⁷ Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus. Von der Entstehung des deutschen Kommunismus bis 1924, Bd.1, Berlin 1991 (Frankfurt/M. 1948), S. 321 f. Weil z. B. auch Wanne genannt ist, dürfte es sich um KPD-Ortsgruppen oder Arbeitsgebiete, aber nicht um komplette KPD-Unterbezirke gehandelt haben. Nach Kühr hätten auch die Kommunisten aus Essen zum linken Flügel gehört. Ruth Fischer schreibt von einer Resolution der Opposition, macht aus dieser jedoch eine *Essener Richtung*, was Kühr übernommen hat.



Altersfoto Wilhelm Schwan⁶³⁸

revolutionären Arbeiterregierung⁶³⁹. Das Aktionsprogramm der linken Kommunisten unterschied sich deutlich von der Linie der moderat kommunistischen KPD-Bezirksleitung um Graul/Stolzenburg. Die von den Linken geforderte Übernahme der Betriebe stellte die Machtbasis des Kapitals in Frage. Die eingeforderten Kampfformationen sollten auch die französische Besatzungsmacht bekämpfen, während die moderat kommunistische Bezirksleitung die Aufgaben der *Proletarischen Hundertschaften* auf den Kampf gegen die Faschisten beschränken wollte. Vor allem legten die linken Kommunisten im Ruhrgebiet den politischen Schwerpunkt auf den Sturz der deutschen Regierung. Indem sie versuchten, den Ruhrkampf bis hin zum bewaffneten Aufstand zu treiben, stellten sie die Machtfrage, was die Mehrheit der BL im Einverständnis mit der Oberbezirksleitung und mit der KPD-Zentrale in Berlin ebenso ablehnte wie die Besetzung der Bergwerke.

Nachdem im März 1923 die grüne Schutzpolizei von den Besatzern zum Abzug aus Dortmund gezwungen worden war, versuchten am 27. März kommunistische Hundertschaften „die Herrschaft an sich zu reißen“, was von der blauen Polizei verhindert wurde⁶⁴⁰. Die Lage im Ruhrgebiet verschärfte sich weiter als am 31. März 1923 französische Truppen bei Krupp in Essen ein Blutbad anrichteten. Die Reaktion der Arbeiter ließ nicht lange auf sich warten. Im April fanden Barrikadenkämpfe in Mülheim, einer Hochburg des Syndikalismus statt. Im Mai traten Arbeiter in Dortmund in den Streik, der auf das ganze Ruhrgebiet übergriff und schließlich 300.000 Arbeiter mobilisierte⁶⁴¹. Schiedssprüche über 15% Lohnerhöhung und tägliche Arbeitszeitverlängerung von einer Stunde hatten die Bergarbeitergewerkschaften abgelehnt⁶⁴². Ursache war die rasende

⁶³⁸ Bild Wilhelm Schwan, in: Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. über. u. erw. Aufl., Berlin 2008 (1. Aufl., Berlin 2004), S. 853.

⁶³⁹ Resolution der Opposition auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets in Essen am 25. März 1923, in: Vom Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, [Berlin 1923], S. 9 f., Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 347. Die Produktionskontrolle war also keineswegs eine „seitens der Linken in der KPD grundsätzlich abgelehnte(n) Übergangsforderung(en)“, so die Behauptung in Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Fußnote 51, S. 564.

⁶⁴⁰ Stadt Hamborn am Rhein. Die Polizeiverwaltung, An die Meldestelle der Regierung zu Düsseldorf, Hamborn 4.4.1923, LAV NRW R, RW 44/16991, Bl. 5

⁶⁴¹ Winkler, Revolution, S. 566 f.

⁶⁴² Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924, Bochum 1924, S. 10.

Inflation, die nicht einmal durch eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung aufgefangen werden konnte⁶⁴³. Eine der Forderungen der Streikenden, „Die Ruhrgruben dem Ruhrproletariat!“, drückte die Radikalisierung der Lohnabhängigen aus⁶⁴⁴. Der Streik begann am 16. Mai und dauerte bis zum Ende des Monats. Eines seiner Kennzeichen war das rabiate Vorgehen der Streikenden gegen die Zechenadministrationen, Streikbrecher⁶⁴⁵ und gemäßigte Gewerkschaftsvertreter⁶⁴⁶. Die Berliner KPD-Zentrale setzte sich für die Rückkehr zur Arbeit ein⁶⁴⁷. Immerhin konnte eine Lohnerhöhung von 20 Prozent durchgesetzt werden⁶⁴⁸. Außerdem entstanden mehr und mehr proletarische Kontrollausschüsse, von denen in Deutschland Ende Juni 1923 rd. achthundert existierten⁶⁴⁹. Nach dem Streik im Mai 1923 waren zwar einige *Proletarische Hundertschaften* in Bochum auf Beschluss der KPD gegen den Willen der Mannschaften entwaffnet worden⁶⁵⁰. Aber Anfang Juni stürmten *Proletarische Hundertschaften* das Gelsenkirchener Polizeipräsidium und steckten es in Brand. Die Polizei sprach von einem „Aufstand“. Die moderat kommunistische KPD-Bezirksleitung lehnte jede Verantwortung ab. Intern diffamierte der Organisationsleiter seine Genossen als „verbrecherische Elemente“. Der KPD-Funktionär, der den Befehl zur Brandstiftung gegeben hatte, wurde aus der Partei ausgeschlossen. Die Aktion, zu der *Proletarische Hundertschaften*⁶⁵¹ von außen hinzugezogen worden waren, war nach Polizeiangaben von Max Schütz gelenkt worden⁶⁵², der als linker Kommunist bekannt war. Die Hundertschaften übten in Gelsenkirchen weitgehend die Macht aus; ein Ausschuss bestimmte die Lebensmittelpreise. In Bochum beherrschten bewaffnete Hundertschaften der KPD zwei Drittel der Stadt. Bei Demonstrationen kam es zu Verbrüderungsszenen zwischen kommunistischen Demonstranten und französischen Soldaten, die bereit waren, den Arbeitern ihre Waffen zu überlassen⁶⁵³. Zu diesem Zeitpunkt sprach sich die moderat kommunistische KPD-Zentrale für „eine Arbeiterregierung ohne bewaffneten Kampf“ aus, während die Linken ihn befürworteten⁶⁵⁴. Anfang August brach die Lebensmittelversorgung fast völlig

⁶⁴³ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 167.

⁶⁴⁴ Schröder, Kommunisten, S. 181.

⁶⁴⁵ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 166 f.

⁶⁴⁶ Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924, Bochum 1924, S. 56.

⁶⁴⁷ Flechtheim, KPD, S. 140.

⁶⁴⁸ Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924, Bochum 1924, S. 26 f.

⁶⁴⁹ Flechtheim, KPD, S. 135.

⁶⁵⁰ Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 99.

⁶⁵¹ Nach Schröder waren zu diesem Zeitpunkt rund 10.000 Arbeiter in den Proletarischen Hundertschaften im Ruhrgebiet organisiert vgl. Schröder, Kommunisten, S. 182.

⁶⁵² Der Polizeipräsident Gelsenkirchen, Lagebericht, Iserlohn 9.6.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 1238.

⁶⁵³ Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 94 f.

⁶⁵⁴ Voß, E., Revolutionäre Ereignisse und Probleme des Klassenkampfes zwischen Landarbeitern und Gutsbesitzern in den Jahren 1921 - 1923 in Deutschland, Phil. Diss., Rostock 1964, S. 72 f. und Krusch, H. J., Der Kampf der Bergarbeiter und anderer Werktätiger unter Führung der KPD im Zwickauer-Oelsnitzer-

zusammen⁶⁵⁵, eine Folge des ständigen Wertverfalls der Reichsmark, der sich im Sommer und Herbst 1923 zu einer Inflation „astronomischen Ausmaßes“ steigerte. Schon zuvor war der Umlauf der Banknoten von 140 Mrd. Reichsmark im Frühjahr 1920 auf 5517 Mrd. Reichsmark im März 1923 gestiegen⁶⁵⁶. Das Kleinbürgertum verarmte und das Elend der Arbeiter verschärfte sich. Die allgemeine politische und soziale Katastrophe führte zur Radikalisierung der Arbeiterbewegung und des Kleinbürgertums, aber auch zu einer Verhärtung der Besatzungspolitik⁶⁵⁷. In ganz Deutschland brodelte es. Im Ruhrgebiet organisierte die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* Betriebsrätekonferenzen, an denen auch Betriebsräte der christlichen, liberalen und polnischen Gewerkschaften teilnahmen⁶⁵⁸. Am 21. Juli entwickelte sich ausgehend von der Zeche *Scholven* eine Streikbewegung für eine Teuerungszulage, die auf linksrheinische Zechen übergriff. Auf der Zeche *Sälzer und Neuack* wurde Anfang August von der aufgebrachten Belegschaft ein Galgen errichtet. Der Zechendirektor wurde mit Hängen bedroht, wenn er den Lohn nicht sofort auszahlen lasse. Das tat er. Das Aufstellen von Galgen durch die Bergleute griff auf andere Zechen wie *Friedrich der Große* über, wo der linke Kommunist und Bergarbeiter Hans Körbs täglich Belegschaftsversammlungen mit anschließenden Demonstrationszügen organisierte. In Gelsenkirchen Rotthausen wurden am 4. August an öffentlich errichteten Galgen Puppen von Cuno und Stinnes gehängt. Das ganze Ruhrgebiet geriet in Aufruhr. Aufgebrachte Bergleute stürmten Zechen-Administrationen⁶⁵⁹. Wenn es eine revolutionäre Lage im Ruhrgebiet gegeben hat, dann im Sommer 1923.

Die Zustände in Dortmund, Essen, Mülheim, Gelsenkirchen und Bochum wiesen für das Ruhrgebiet im Sommer 1923 auf eine Doppelherrschaft hin, auch wenn es sich um drei Machtgruppen handelte: Die oben konnten nicht mehr, die unten wollten nicht mehr – das war nicht ganz die klassische Definition einer revolutionären Lage, da das alliierte Militär von der Seitenlinie zusah. In dieser aufstandsartigen Situation war für die KPD eine Einheitsfront mit der SPD gefährlich. Denn die SPD war, wie die Ereignisse im Kapp-Putsch im Ruhrgebiet bewiesen hatten, zwar unter dem Druck der revolutionären Arbeiterschaft bereit, gegen Putschisten zu streiken, nicht aber darüber hinaus die kapitalistische Herrschaft zu stürzen.

Die Politik der moderaten KPD-Bezirksleitung im Ruhrgebiet wurde den brodelnden gesellschaftlichen Verhältnissen nicht gerecht. Nach den Essener Ereignissen im März

Steinkohlenrevier in der Zeit von 1922 bis zum Sturz der Cuno-Regierung, Phil. Diss. Berlin (DDR) 1964, S. 328 f., zitiert nach: Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 229.

⁶⁵⁵ Fischer, C., Soziale Verwerfungen, S. 149 f.

⁶⁵⁶ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 108.

⁶⁵⁷ Angress Angress, Stillborn Revolution, S. 116 f.

⁶⁵⁸ Den geistig Armen ins Stammbuch!, in: Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

1923 prangerte die KPD-Zentrale unter dem Einfluss von Karl Radek, dem Deutschland-Beauftragten der Komintern, vor allem den französischen Militarismus an, was von den linken Kommunisten im Ruhrgebiet scharf kritisiert wurde⁶⁶⁰. Radek, der maßgeblich die Politik der Komintern in Deutschland beeinflusste, ging von einer akuten Bedrohung der Sowjetunion durch England aus. Dieser sei durch Zusammenarbeit der Sowjetunion mit Deutschland im Ruhrkampf zu begegnen, wobei Aufstände gegen die Regierung Cuno jedoch hinderlich wären⁶⁶¹. Aus dieser Einschätzung leitete sich Radeks Einheitsfrontpolitik im Ruhrkampf ab: Indem er den Rechtsradikalen in Deutschland die Alternative an die Wand malte „für oder gegen das Ententekapital, für oder gegen das russische Volk“⁶⁶², stellte er die Bedürfnisse der sowjetischen Außenpolitik über die Interessen der revolutionären Arbeiterbewegung an der Ruhr, die keinerlei Interesse an einem Bündnis mit Rechten, Nationalisten und Faschisten im Kampf gegen die Besatzungstruppen haben konnte. Am 21. Juni 1923 stimmte Radek in einer Rede vor dem EKKI ein Loblied auf den von französischen Besatzungstruppen hingerichteten Nationalsozialisten Leo Schlageter an, um damit nationalistische Kreise für den gemeinsamen Kampf mit den Kommunisten anzusprechen⁶⁶³. Zwar arbeiteten KPD und KPF Hand in Hand gegen die Ruhrbesetzung. Aber unter dem Einfluss Radeks schwenkte die KPD scharf nach rechts. Deutschland müsse siegen, damit die KPD siegen könne. Die Diktatur des Proletariats sei die „einzige Möglichkeit, Frankreich zu schlagen“. Ausdruck dieser Orientierung war die Parole „Gegen Cuno an der Spree und gegen Poincaré an der Ruhr“, die im Ruhrgebiet den Hauptfeind in den französischen und belgischen Besatzern sah und gegen diese eine gemeinsame Front mit den Zechenbesitzern zuließ. Das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale unterstützte diesen Kurs⁶⁶⁴, während die Delegierten der EKKI-Tagung von Radeks Schlageter-Rede wie vor den Kopf gestoßen waren⁶⁶⁵. Der moderate kommunistische Theoretiker August Thalheimer sprach der deutschen Bourgeoisie sogar eine revolutionäre Rolle gegenüber Frankreich zu⁶⁶⁶. Die Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord um Graul/Stolzenburg setzte den nationalistischen Kurs um⁶⁶⁷. Der Sekretär der RKP(B), Josef Stalin, sprach sich gegen den

⁶⁵⁹ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 189 f.

⁶⁶⁰ Schröder, Kommunisten, S. 180.

⁶⁶¹ Winkler, Revolution, S. 565.

⁶⁶² Hecker, Hans, Karl Radeks Werben um die deutsche Rechte: Die Sowjetunion und der „Ruhrkampf“, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 187.

⁶⁶³ Ebd., S. 187.

⁶⁶⁴ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 59 f.

⁶⁶⁵ Vgl. Rosmer, Alfred, Moskau zu Lenins Zeiten, Frankfurt/M. 1989, S. 191.

⁶⁶⁶ Thalheimer, August, Einige taktische Fragen des Ruhrkriegs, in: Die Internationale, 6. Jg., Nr. 4, [Berlin] 1923, S. 99, zitiert nach: Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 226.

⁶⁶⁷ Ob der Aufenthalt Radeks bei Graul in Essen, von dem Kühn spricht, in diese Phase fällt oder zu einem früheren Zeitpunkt stattfand, konnte nicht festgestellt werden, vgl. Kühn, Parteien und Wahlen, S. 123; Bois, der „die Jahre der Einheitsfrontpolitik 1921-23 als eine der erfolgreichsten Phasen in der Geschichte der Weimarer KPD“ bezeichnet, blendet Radeks Schlageterkurs aus, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 132.

Kampf der KPD um die revolutionäre Eroberung der Macht in Deutschland aus⁶⁶⁸. Radek, unterstützt von Stalin, hatte sogar von der KPD-Führung gefordert, auf einen „Antifaschistischen Tag“ am 29.7.1923 zu verzichten, aber die Parteileitung um Heinrich Brandler hörte nicht auf Radeks Rat⁶⁶⁹.

Unterdessen wuchs der Einfluss der KPD ständig. Bei Wahlen im Berliner *Metallarbeiterverband (DMV)* bekam die KPD doppelt so viele Stimmen wie die SPD⁶⁷⁰. Im Ruhrgebiet erreichte die KPD im Juli ebenfalls eine Mehrheit bei den Wahlen im DMV u. a. in Essen, Bochum und Oberhausen⁶⁷¹. In der Hauptstadt kam es zu Streiks, die sich ab dem 10. August 1923 zu einem reichsweiten Generalstreik ausweiteten⁶⁷², der von einer Versammlung von fast 12.000 Betriebsräten beschlossen worden war. Die KPD-Zentrale versuchte, den Streik um einen Tag hinauszuzögern, womit sie nur zeigte, wie sehr sie den Ereignissen hinterher hinkte, gab den Betriebsräten jedoch nach. Der Generalstreik wurde entgegen dem Widerstand von SPD- und ADGB-Führung befolgt⁶⁷³. An einem für das Ruhrgebiet einberufenen Betriebsrätekongress am 11. August in Essen nahmen 345 Kommunisten, 93 SPD-Mitglieder, neun USPD-Mitglieder und 172 Unorganisierte teil. Der Vertreter der moderaten KPD-Zentrale aus Berlin, Ewert, forderte die „Beschlagnahme und Verteilung der Lebensmittel durch proletarische Kontrollausschüsse“. Er orientierte darauf, die Regierung täglich mit einem „Sturm von Deputationen aller Schachtanlagen und Werke“ unter Druck zu setzen. Über die „strikte Durchführung der passiven Resistenz“ wollte Ewert nicht hinausgehen⁶⁷⁴. Am 12. August trat die Regierung Cuno zurück. Nur einen Tag später übernahm Stresemann die Regierungsgeschäfte⁶⁷⁵. Noch am 13. August rief die Berliner Zentrale die KPD-Mitglieder auf: „Haltet euch in ständiger Alarmbereitschaft! Passive Resistenz, noch nicht Streik! (...) haltet euch bereit für die größten Aufgaben“. Urheber dieser Linie war Karl Radek, der meinte, dass man dem Gegner „keine Generalschlacht“ liefern und die „Entscheidung von selbst nicht suchen“ dürfe⁶⁷⁶. Das war vor dem Generalstreik, der die Regierung Cuno stürzte. Diese Linie

⁶⁶⁸ Brief Stalins an Sinowjew zum vorläufigen Verzicht auf den Kampf um die Macht in Deutschland: „Die Faschisten zuerst losschlagen lassen“, [Moskau] 7.8.1923, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 84, S. 293.

⁶⁶⁹ Empfehlung Radeks an Heinrich Brandler zur Absage der Demonstrationen am „antifaschistischen Tag“ in Deutschland, Moskau 19.7.1923, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 80, S. 281.

⁶⁷⁰ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 60.

⁶⁷¹ Weitz, Conflict, S. 198 f.; Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 159.

⁶⁷² Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 264 f.

⁶⁷³ Eberlein, Hugo, Bericht an die Komintern über die 'große Bewegung' in Deutschland und den Sturz der Regierung Cuno, Berlin 15.8.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babicenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 106 f.; Trotz diesem erfolgreichen Generalstreik auf Initiative der KPD meint Kinner, dass sich im Sommer 1923 die Arbeiterklasse mehrheitlich nicht von der KPD, sondern von der SPD die „Behebung“ der „materielle(n) Not“ erhoffte vgl. Kinner, Kommunismus und Linksozialismus, S. 60.

⁶⁷⁴ Spethmann, Ringen um Kohle, S. 199.

⁶⁷⁵ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 265.

⁶⁷⁶ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 200 f.

wurde von der moderaten KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord vollkommen geteilt. „Auf Anweisung der Kommunisten werden die Streiks am 20. August abgebrochen“. Da die Bergarbeiter anfuhrten, aber unter Tage die Arbeit nicht aufnahmen, griffen die Zecheneigner zum Mittel der Aussperrung. Daraufhin kam es zu weiteren Streiks und einigen Betriebsbesetzungen. Eine Abstimmung auf Mülheimer Zechen ergab die Bereitschaft der Belegschaften, die Gruben zu übernehmen und die Kohle in Eigenregie an die französischen Besatzungstruppen zu verkaufen. Die Regierung Stresemann brach den sog. passiven Widerstand am 26. September ab, als sich die politische und soziale Krise nicht nur im Ruhrgebiet zuspitzte, wo z. B. Krupp tausende Arbeiter entlassen hatte⁶⁷⁷, sondern auch in Sachsen und Thüringen⁶⁷⁸. Gegen diesen Beschluss gab es weitere Streiks, die die Bergwerke im Raum Essen und Gelsenkirchen vollständig lahm legten. Der Wille zur Fortführung des Kampfes war in breiten Kreisen der Arbeiterschaft vorhanden⁶⁷⁹. Der Einfluss der KPD war im Jahr 1923 ununterbrochen angewachsen. So stieg die Zahl der kommunistischen Fraktionen in den Gewerkschaften von 997 zu Jahresbeginn auf ca. viertausend im Sommer und auf ca. sechstausend im Oktober⁶⁸⁰.

Während die Arbeiterklasse nach links ging, setzte die KPD-Zentrale Brandler/Thalheimer/Zetkin/Stoecker unter dem Einfluss Karl Radeks ihren nationalistisch angehauchten Kurs fort. Die KPD beschuldigte die Regierung Stresemann, vor der französischen Besatzungsmacht zu kapitulieren, die Loslösung des Ruhrgebietes von Deutschland zu betreiben und die Betriebe an Frankreich übergeben zu wollen. Damit begehe die Regierung „Hochverrat am deutschen werktätigen Volk“. Die KPD rief zum „Abwehrkampf aller Werktätigen gegen nationale und wirtschaftliche Versklavung“ und entsprechend den EKKI-Direktiven zur Bildung einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ auf⁶⁸¹. Indem die KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord die Politik der Äquidistanz zur deutschen Regierung und den belgisch-französischen Besatzern aufgab und die politische Stoßrichtung gegen den französischen Imperialismus als Hauptfeind richtete, verschärfte sich der Gegensatz zur linkskommunistischen Opposition des Ruhrgebiets erheblich, die den Hauptfeind in der Reichsregierung und den Kapitaleignern des eigenen Landes sah, ungeachtet dessen, dass die Berliner Sprecherin der linken Kommunisten, Ruth Fischer, die Politik der Anbiederung an das durch die Krise

⁶⁷⁷ Weitz, Conflict, S. 210.

⁶⁷⁸ Vgl. Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998, S. 45 f.

⁶⁷⁹ Ebd., S. 202 f.

⁶⁸⁰ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 219 f.

⁶⁸¹ Kommunistische Partei Deutschlands, Bezirksleitung Ruhrgebiet, [Essen] o. D., An die werktätige Bevölkerung des besetzten Gebiets!, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 6a und 6b. Wenn Kinner davon ausgeht, dass zu dieser Zeit die Linie der Kommunistischen Parteien im Allgemeinen nicht der „Fremdsteuerung“ durch die Außenpolitik der Sowjetunion unterworfen gewesen sei, so belegt die Einflussnahme Radeks und des EKKI für die KPD das Gegenteil, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 47.

entwurzelte nationalistische Kleinbürgertum mittrug⁶⁸². Zudem musste bei vielen Kommunisten in Deutschlands größtem Industrierevier die Forderung nach einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ statt einer „Arbeiterregierung“ auf Unverständnis und Ablehnung stoßen, auch wenn es im Ruhrgebiet noch viele ländliche Sprengel gab und mancher Kommunist ein Schwein im Stall hielt. In Deutschland darauf angesprochen, dass sich seine Schlageter-Rede lähmend auf kommunistische Funktionäre auswirke, gab sich Radek erstaunt⁶⁸³. Nach Angaben der Polizeibehörden versuchten die französischen Besatzer, die Arbeiter des Ruhrgebiets für sich zu gewinnen und stachelten sie zur Besetzung von Betrieben an⁶⁸⁴. Die Komintern wiederum will Informationen besessen haben, wonach bürgerliche Kreise in Frankreich für eine Schwächung Deutschlands eine Machtergreifung der KPD in Erwägung zogen⁶⁸⁵. In der KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord verbreitete sich die Furcht, dass die Kommunistische Partei von der Besatzungsmacht instrumentalisiert werden könne. Die moderate Führung der Ruhr-KPD wandte sich gegen Aufrufe der *Freien Arbeiter-Union (Syndikalistin)* zu Betriebsbesetzungen und gegen die *Unionistische Oppositionszentrale* um Arthur Bartels in Buer, womit die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* gemeint war, die auf einem Betriebsrätekongress in Gelsenkirchen einen Antrag zur sofortigen Besetzung der Bergwerke stellte. In einem dort verteilten Flugblatt beschuldigte die KPD-Bezirksleitung Bartels der Spitzeldienste für die französischen Behörden. Damit sei nicht nur Bartels erledigt gewesen, sondern auch der linke Flügel der KPD⁶⁸⁶ um Schütz, König und Schwan. In der Auseinandersetzung mit ihren linken Kritikern zeigten sich die moderaten Kommunisten der Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord nicht zimperlich, wenn sie zu Mitteln wie Schiedsgerichtsverfahren, Spitzelvorwurf und zu dem Totschlagargument griffen, den Franzosen in die Hände zu spielen. Sicherlich war es nicht unproblematisch, zur Besetzung der Zechen aufzufordern, von denen neunundachtzig vorübergehend von französischen bzw. belgischen Truppen besetzt worden waren⁶⁸⁷. Eine Besetzung durch die Bergarbeiter hätte in nationalistischen Kreisen, bei Zechen- und Hüttenkonzernen und der Reichsregierung Empörung ausgelöst und der KPD den Vorwurf eingehandelt, mit den Besatzern gemeinsame Sache zu machen. Aber die radikalisierten Arbeiter hätten sich mächtige Bastionen für ihren weiteren Kampf

⁶⁸² Flechtheim, KPD, S. 140 f.; Fischer forderte in einer Brandrede vor nationalistischen Studenten auf: „Tretet die Juden-Kapitalisten nieder, hängt sie an die Laterne, zertrampelt sie!“, in: Keßler, Ruth Fischer, S. 129 f.

⁶⁸³ Retzlaw, Karl, Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt/M. 1974 (1. Aufl. 1971), S. 231.

⁶⁸⁴ Der Polizeipräsident, Betrifft: Französische Propaganda in der Arbeiterschaft, Dortmund 2.8.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 1553 f.

⁶⁸⁵ Cicerin, Georgij/ Zinov'ev/Grigorij, Trockij, Lev/Bucharin, Nikolaj/Radek, Karl/Stalin, Iosif, Konspekt der Debatte des Politbüros des ZK der RKP(B) über die 'Deutsche Revolution', Moskau 21.8.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 116.

⁶⁸⁶ Der Polizeipräsident, Betrifft: Französische Propaganda in der Arbeiterschaft, Dortmund 2.8.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 1553 f.

⁶⁸⁷ Spethmann, Ringen um die Kohle, S. 73 f.

verschaffen können. Während Frankreich und Belgien, die Kohleunternehmen und die Reichsregierung die Entscheidung an der Ruhr suchten, wickelte die KPD der Auseinandersetzung dort aus, wo sie stattfand. Der Generalstreik zum Sturz der Regierung Cuno, die anhaltende Diskussion um Betriebsbesetzungen im Ruhrgebiet und die lokalen bewaffneten Kämpfe zeigten, dass sich im Sommer 1923 ein erheblicher Teil der Arbeiter im Ruhrgebiet in eine revolutionäre Richtung entwickelte, während die moderaten Kommunisten in der KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord eine Politik der Anpassung an das nationalistische Kleinbürgertum betrieben. Das war Wasser auf den Mühlen der Kritik der linken Kommunisten in der Ruhr-KPD. Die Eigner der Zechen nutzten das Chaos, das sie selbst initiiert hatten, um in separaten Verhandlungen mit den Besatzern am 5. Oktober 1923 die achteinhalb- bzw. zehnstündige Arbeitszeit zu fordern, was zunächst am Veto des französischen Befehlshabers im Revier scheiterte, der sie auf die deutschen Gesetze verwies⁶⁸⁸. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde zum zentralen politischen Anliegen von Kohlesyndikat und Stahlindustrie. Durch Aushang wurde von den Zechenverwaltungen am 8. Oktober 1923 die Vorkriegsarbeitszeit eingeführt, musste aber auf Grund des davon ausgelösten Proteststurms zurückgenommen werden⁶⁸⁹. Am 25.10.1923 kam es bei Krupp in Essen zu Barrikadenkämpfen, nachdem die Polizei in eine Kundgebung von Arbeitern geschossen und drei von ihnen getötet hatte. Der Polizeichef von Essen sah Ende Oktober für die Stadt und die Region die öffentliche Sicherheit in höchster Gefahr⁶⁹⁰.

Im September/Oktober 1923 hatte sich die allgemein politische Lage in Deutschland zugespitzt. In Bayern hatte die Landesregierung den Ausnahmezustand erklärt, mit Hilfe der dortigen Reichswehr und gestützt auf rechtsradikale Formationen de facto eine Diktatur unter dem Regierungspräsidenten Oberbayerns, von Kahr, errichtet, die die Durchführung der Befehle der Reichsregierung verweigerte. Ähnliche Bestrebungen gingen von den Ruhrindustriellen um Hugo Stinnes aus, die eine Diktatur des Befehlshabers der Reichswehr, General von Seeckt, wollten, um die Gewerkschaften durch Berufskammern zu ersetzen, die Acht-Stunden-Schicht und die Tarifverträge aufzuheben⁶⁹¹. Stinnes hatte schon im September gefordert, die damals links-sozialdemokratischen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen abzusetzen⁶⁹². Anfang Oktober bildete sich die Regierung Stresemann – eine Koalition aus Zentrum, DVP, DDP und SPD – neu, als Rudolf Hilferding ausschied, der den Widerstand der Gewerkschaften gegen die Beseitigung der achtstündigen Arbeitszeit, einem vorrangigen Ziel der Reichsregierung, unterstützt hatte.

⁶⁸⁸ Spethmann, Leitlinien, S. 161 f.

⁶⁸⁹ Ebd., S. 181 f.

⁶⁹⁰ PPE to RPD 26 October 1923, HSTAD 17076, zitiert nach: Weitz, Conflict, S. 204 f.

⁶⁹¹ Winkler, Revolution, S. 612 f.

⁶⁹² Berhard, Henry (Hrsg.), Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Bd. 1, Berlin 1932, S. 117.

Die Faschisten und Nationalisten in Bayern riefen zum sog. Marsch auf Berlin auf, dessen Weg durch das rote Sachsen und das rote Thüringen führen sollte. Reichspräsident Ebert (SPD) verhängte am 26. September den Ausnahmezustand. In Sachsen erließ der regionale Militärführer Müller einen Tag später ein Verbot von Streiks für wichtige Betriebe und von öffentlichen Versammlungen. Im Fall einer kommunistischen Regierungsbeteiligung plante die Regierung Stresemann sofortige Gegenmaßnahmen⁶⁹³. Die KPD erwartete einen Vormarsch der bayrischen Faschisten, wozu sie Kahr, von Lossow, Ludendorff und Hitler rechnete, ins „sozialistische“ Thüringen und Sachsen⁶⁹⁴. Am 10. Oktober 1923 bildeten SPD und KPD in Sachsen und am 16.10.1923 in Thüringen gemeinsame Landesregierungen. Der Eintritt der KPD in sog. Arbeiterregierungen war mit einem Kurs auf den bewaffneten Aufstand verbunden. Der Regierungseintritt der KPD wurde von der Spitze der Kommunistischen Internationale vorgegeben und mit der faschistischen Gefahr in Bayern erklärt⁶⁹⁵. Das Datum für einen Aufstand war vom Politbüro der RKP(B) auf den 9. November 1923 festgesetzt worden⁶⁹⁶. Im Gegensatz zu den Wünschen der Komintern stellte sich die SPD-KPD-Regierung in Sachsen offiziell das Ziel, „den Bürgerkrieg zu verhindern“. Die KPD hatte für einen Regierungseintritt keine Bedingungen gestellt und auch nicht auf Einberufung eines Betriebsrätekongresses bestanden⁶⁹⁷.

Zu diesem Zeitpunkt zogen sich in der Ruhr-KPD die Debatten über eine revolutionäre Erhebung bereits über ein halbes Jahr hin. Im März 1923 hatte die linkskommunistische Opposition im Ruhrgebiet die Unterstützung der KPD in Sachsen für eine sozialdemokratische Minderheitsregierung und die Wahl eines SPD-Ministerpräsidenten heftig kritisiert, die sich vom Eintritt der Kommunisten in eine sozialdemokratische Landesregierung weder theoretisch noch praktisch unterscheidet. Die Haltung der KPD in Sachsen hemme das Auftreten der Kommunistischen Partei an der Ruhr entscheidend. Eine solche „Arbeiterregierung“ sei eine rein parlamentarische Kombination⁶⁹⁸. Die linken

⁶⁹³ Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998, S. 55 f.

⁶⁹⁴ Eberlein, Hugo, Bericht an die Exekutive der Komintern über die Situation in Deutschland und die Lage der KPD nach Übermittlung der Moskauer Beschlüsse, 5.10.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 203 f.

⁶⁹⁵ Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 187. Diese Politik scheint auch Ernst Thälmann geteilt zu haben, dem drei Jahre später von Hugo Urbahns in einer ZK-Sitzung vorgeworfen wurde, dass er „(...) 1923 in der entscheidenden Situation, als die Sachsenfrage stand, umfiel zur Rechten (...)“, in: Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926) S. 16, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, Bl. 11.

⁶⁹⁶ Beschluss des Politbüros der RKP (b) zur Festsetzung des Revolutionstermins und Instruktionen an die Delegationen nach Deutschland, Moskau 4.10.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 195.

⁶⁹⁷ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 61.

⁶⁹⁸ Resolution der Opposition auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets in Essen am 25. März 1923, in: Vom Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, [Berlin 1923], S. 9 f., Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 347.

Kommunisten hatten immer wieder verlangt, das Ruhrgebiet zum Ausgangspunkt für den angestrebten Aufstand zu machen⁶⁹⁹. Das Politbüro der sowjetischen Schwesternpartei RKP(B) legte jedoch den Schwerpunkt des Aufstandes auf Mitteldeutschland fest, da im Ruhrgebiet eine revolutionäre Erhebung sofort von den französischen Besatzungstruppen niedergeschlagen werde bzw. im Falle des Erfolgs ein Krieg zwischen Rätedeutschland und Frankreich drohen würde. Die Aktionen der KPD im Ruhrgebiet sollten nicht weiter als bis zur friedlichen Besetzung der Fabriken gehen⁷⁰⁰. War die Einschätzung einer revolutionären Situation schon nicht einfach – einen Monat vor der Novemberrevolution 1918 hatte das ZK-Mitglied der RKP(B), Adolf Joffe, Lenin vorgeworfen, das „Herannahen der deutschen Revolution“ zu „überschätzen“⁷⁰¹ – so war es die Festlegung eines bewaffneten Aufstandes noch weit weniger. Dabei war aus bürgerlicher Sicht „Ende Oktober und Anfang November 1923 die Lage im Revier geradezu verzweifelt geworden“⁷⁰². „Im Sommer und frühen Herbst 1923 zwang schiere Not die Menschen in die Knie“⁷⁰³. Dass die KPD mit der Entscheidung über den Aufstand, die nicht einmal von der Leitung der Kommunistischen Internationale, der sog. Weltpartei der Revolution, sondern von der Leitung einer formal gleichgestellten Partei getroffen wurde, jede Souveränität aufgab, stellte für keinen der Beteiligten ein Problem dar. Nicht das erste Mal maßte sich die Führung der RKP(B) Befugnisse an, die allein der Kommunistischen Internationale zustanden⁷⁰⁴.

Ob die KPD im Oktober/November 1923 die Mehrheit der sozialistisch orientierten Arbeiterschaft hinter sich hatte, wie Weber annimmt⁷⁰⁵, sei dahingestellt. Zumindest hatte sie mit dem erfolgreichen Generalstreik gegen die Regierung Cuno bewiesen, dass sie punktuell die Mehrheit der Arbeiterklasse hinter sich bringen konnte. Bei einem Marsch der bayrischen Faschisten auf Berlin und einem Angriff auf die beiden SPD-KPD-

⁶⁹⁹ Bezirksparteitag Ruhrgebiet, SAPMO Berlin o. D., RY I/I 3/18-19/1, Bl. 3; nach Keßler „hatte sich die innen- und außenpolitische Krise in Deutschland im Spätsommer 1923 derartig zugespitzt, dass eine gewaltsame Lösung von rechts oder links geradezu als logisch angesehen wurde“. Gleichzeitig bezichtigt er Fischer/Maslows Kurs auf den Aufstand als „groteske(n) Überschätzung der eigenen Stärke wie auch einer völligen Fehleinschätzung der politischen Lage in Deutschland“, in: Keßler, Ruth Fischer, S. 143 und S. 134.

⁷⁰⁰ Protokoll der zweiten Moskauer Sitzung mit den Delegationen der Zentrale bzw. der Berliner Bezirksleitung der KPD, Moskau 4.10.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 200.

⁷⁰¹ Brief Adolf Joffes an Lenin über die bevorstehende deutsche Revolution, die Schwäche der Linken und das deutsch-russische Verhältnis in der Bürgerkriegszeit, [Berlin] 13.10.1918, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 5, S. 56.

⁷⁰² Spethmann, Leitlinien, S. 224.

⁷⁰³ Tenfelde, Klaus, Protest, Organisation, Emanzipation. Die Arbeitswelt und ihre Konflikte im Ruhrgebiet, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 118.

⁷⁰⁴ Über die Offensive der Roten Armee nach Polen hatte allein das ZK der RKP(B) entschieden, vgl. Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 66.

⁷⁰⁵ Weber, Wandlung, S. 43; Weber, Hermann, Vorwort, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 19.

Landesregierungen in Mitteldeutschland war es nicht unwahrscheinlich, dass die KPD im Ruhrgebiet über die eigene Anhängerschaft hinaus auch viele sozialdemokratische, unionistische und freie Gewerkschafter hätte mobilisieren können. Dass „die Mehrheit der Arbeiterschaft die kommunistische Gewaltpolitik ablehnte“⁷⁰⁶, trifft nicht den Punkt. Die Angriffe des Stinnesflügels der Bergbau- und Hüttenbesitzer z. B. durch die Verlängerung der Arbeitszeit stießen auf den Widerstand der Arbeiterorganisationen, verschärften die Lage und begünstigten die Kommunisten⁷⁰⁷. Im Ruhrgebiet forderte der linke Kommunist und Bergarbeiterführer Gustav Sobottka im Oktober von der Union die Ausrufung des Generalstreiks⁷⁰⁸.

Am 20. Oktober 1923 sollte der Militärbefehlshaber des Wehrkreises IV, Generalleutnant Müller, im Auftrag der Reichsregierung in Sachsen „durch Einsatz von Truppen Ordnung schaffen“⁷⁰⁹. Die Aktion richte sich gegen die rechtmäßige Landesregierung von SPD-KPD. Parallel verhandelte die Reichsregierung mit der bayrischen Landesregierung, die offen rebellierte und den Reichswehrgeneral von Lossow als Landeskommandanten bestellt hatte⁷¹⁰. Als der Einmarsch in Sachsen und Thüringen nicht aus dem Süden durch die Faschisten, sondern aus dem Norden durch Verstärkungen für die vom Reichspräsidenten beauftragte Reichswehr erfolgte, reagierten KPD und linke SPD völlig überrascht und hilflos, zumal er als Eingreifen gegen die bayerische Reaktion deklariert wurde⁷¹¹. Zuerst sprach sich die KPD auf Druck der linken SPD gegen einen sofortigen Generalstreik aus⁷¹². Dann wollte die KPD kurzfristig zur Unterstützung des sächsischen Proletariats durch die gesamte deutsche Arbeiterschaft zum Generalstreik aufrufen. Doch als die SPD am 21.10.1923 auf einer Arbeiterkonferenz in Chemnitz⁷¹³ dem Vorschlag des KPD-Leiters Brandler, den Generalstreik gegen den Einmarsch der Reichswehr zu erklären, widersprach, machte die Kommunistische Partei einen Rückzieher. Die Entscheidung

⁷⁰⁶ Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 99. Auch Kinner thematisiert nur den Aufstand, nicht aber die Abwehr der Arbeiterklasse gegen den reaktionären Anschlag der Reichsregierung und der Reichswehr, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 51 f.

⁷⁰⁷ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 111.

⁷⁰⁸ Den geistig Armen ins Stammbuch!, in: Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁷⁰⁹ Sächsische Staatszeitung. Bekanntmachung, 20.10.1923, in: Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998, S. 75; Kruschs Darstellung betont die sehr erfolgreiche und gute Zusammenarbeit von SPD und KPD, bleibt aber jede Antwort auf die Frage nach dem ausbleibenden Widerstand gegen deren Absetzung schuldig.

⁷¹⁰ Ebd., S. 81 f.

⁷¹¹ Radek, Karl, Bericht an Zinovev für das Politbüro der RKP(b), [Berlin] 3.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 305 f.

⁷¹² Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 62.

⁷¹³ Es handelte sich nicht um eine Betriebsrätekonferenz, hatte die KPD-Zentrale doch fünf Mal den Antrag der linken Opposition abgelehnt, in Sachsen und Thüringen einen solchen einzuberufen, aus Angst, das Bündnis mit der linken SPD zu stören, die gegen eine Betriebsrätekonferenz war, s. Fischer, Ruth, Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage, Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), 2. Aufl.; S. 199; Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 56.

wurde einer Kommission übertragen, d. h. auf unbestimmte Zeit vertagt⁷¹⁴. Obwohl Heinrich Brandler davon ausging, dass die KPD auf der Konferenz den Beschluss zum Generalstreik mit einer 2/3-Mehrheit hätte durchsetzen können⁷¹⁵, wurde die Abstimmung vermieden, weil die Partei nur gemeinsam mit der linken SPD zum Kampf aufrufen wollte. KPD-intern wurde der Aufruf zum Generalstreik auf den 25. Oktober 1923 verschoben⁷¹⁶. Am 28. Oktober ermächtigte Reichspräsident Ebert den Reichskanzler, die sächsische Landesregierung abzusetzen und durch einen Reichskommissar zu ersetzen. Dies geschah am 29. Oktober. Am gleichen Tag erschienen auf der ersten Seite der sozialdemokratischen *Dresdener Volkszeitung* die Erklärung Generalleutnant Müllers zur Suspendierung des sächsischen Landtags und der Aufruf der SPD Sachsens, der vor „jedem unbesonnenen Schritt und jeder Einzelaktion der werktätigen Massen“ warnte⁷¹⁷. Die sog. „Regierung der proletarischen Verteidigung“ verteidigte sich nicht, sondern kapitulierte kampfflos⁷¹⁸. Die Reichswehr besetzte die Ministerien⁷¹⁹. Ein verspäteter Streikaufruf von SPD und KPD blieb erfolglos⁷²⁰. Der Kampfgeist der sächsischen Arbeiterbewegung war gebrochen. Am 7. November fasste die moderate KPD-Zentrale in einem Schreiben an alle Untergliederungen ihre Thesen zur politischen Lage zusammen, in denen sie von einem „Sieg des Faschismus über die November-Republik“ und von der Herrschaft einer „faschistischen Militärdiktatur“ ausging. Diese könne nur durch die proletarische Diktatur niedergekämpft werden. Der „Verrat“ der rechten und der linken SPD an der Novemberrepublik mache die Einheitsfront nur „von unten“ notwendig. Die moderate KPD-Zentrale bekräftigte ihre Einschätzung, dass der Rückzug in Sachsen und Thüringen notwendig gewesen sei, um einen isolierten Kampf der Kommunisten zu vermeiden. Andernfalls hätte das deutsche Proletariat eine entscheidende Niederlage erlitten. Dabei gelangte die KPD-Zentrale zu der paradoxen Schlussfolgerung: „Indem wir dieser entscheidenden Niederlage auswichen, vollzog der Faschismus seinen Sieg über die

⁷¹⁴ Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 241.

⁷¹⁵ Brandler, Heinrich, Privatbrief an Clara Zetkin zum Konflikt infolge des 'geschlossenen Briefes' aus Moskau, [Berlin] 13.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 359. Nach Bergmann sei auf der Konferenz keine Mehrheit für den KPD-Vorschlag möglich gewesen, weil die Stimmung bereits „völlig umgeschlagen“ war, vgl. Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004, S. 95.

⁷¹⁶ Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 244. Für Kinner war es nicht die Politik der KPD-Führung, die den Generalstreik gegen den Einmarsch der Reichswehr verhinderte, sondern „war die Mehrheit der Delegierten, wie wohl auch die Arbeiterschaft im Lande, nicht bereit, dem Drängen der KPD auf Generalstreik zu folgen“, Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 61.

⁷¹⁷ Das Wehrkreiskommando, Die Landtagstagung suspendiert!; Der Landesvorstand der V.S.P.D., An die werktätige Bevölkerung Sachsens!, in: *Dresdener Volkszeitung*, 34. Jg., Nr. 253, Dresden 29.10.1923, in: Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998, S. 158.

⁷¹⁸ Fischer, Ruth, Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei, in: *Die Internationale*, 6. Jg., Ergänzungsheft Nr. 1, Berlin 1924, S. 59.

⁷¹⁹ Jentsch, Harald, Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005, S. 231 f.

⁷²⁰ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 62.

Novemberrepublik“⁷²¹. Das waren verwirrende Widersprüche. Denn wenn eine faschistische Militärdiktatur an der Macht und die November-Republik beseitigt war, dann musste die „entscheidende Niederlage“ bereits erfolgt sein. Die KPD-Leitung um Heinrich Brandler hatte nicht etwa den geplanten bewaffneten Aufstand verpasst, sondern die einheitliche Abwehraktion der Arbeiterklasse. Ob sie erfolgreich gewesen wäre, hätte nur ein Versuch zeigen können. Wer sich verteidigte, konnte verlieren. Wer sich nicht verteidigte, hatte bereits verloren. Die Debatte der Historischen Kommunismusforschung für oder gegen die Erfolgchancen eines bewaffneten Aufstandes darf nicht die viel konkretere Fragestellung überdecken, warum die KPD auf kollektiven Widerstand der Arbeiterbewegung gegen Ebert und Stresemann, gegen den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen und gegen die Absetzung der eigenen SPD-KPD-Landesregierungen gänzlich verzichtete⁷²². Das kam in einer stark zugespitzten politischen Situation einer kampflosen Kapitulation gleich, die die Kräfteverhältnisse zugunsten der bürgerlichen Regierung und des Kapitals veränderte und die Arbeiterbewegung demoralisierte. Die kampflose Niederlage gegen die Absetzung der SPD-KPD-Landesregierungen hatte u. a. ihre Ursachen in der Desorganisation und Ratlosigkeit der KPD-Parteiführung⁷²³ und in der Hilflosigkeit ihrer ausländischen politischen Berater Radek und Pjatakow⁷²⁴. Dass die KPD den Schwerpunkt ihrer revolutionären Aktivitäten nicht auf das Ruhrgebiet gelegt und den Aufstand nicht bereits für den Sommer 1923 geplant hatte, war ebenso eine verpasste Gelegenheit wie der Verzicht auf den Generalstreik im Oktober zur Verteidigung der SPD-KPD-Landesregierungen. Solche Chancen kamen so schnell nicht wieder und mussten, ganz abgesehen von den internationalen Auswirkungen⁷²⁵, die Frage nach der Verantwortung innerhalb der KPD-Führung aufwerfen. Dass in der Historischen Kommunismusforschung nach Anzeichen für einen kollektiven Widerstandes in der Arbeiterschaft gegen die undemokratische Absetzung der linken Landesregierungen durch die Reichsregierung wenig geforscht wird,

⁷²¹ Zentrale der KPD, Berlin 7.11.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 4.

⁷²² Diese konkrete Fragestellung umgeht Kinner. Er untersucht nur die Möglichkeit eines Aufstandsversuches, um zur Schlussfolgerung „Oktoberlegende“ zu gelangen. Ob aber Widerstand gegen die Absetzung der SPD-KPD-Landesregierungen möglich war und von den KPD-Mitgliedern erwartet wurde, bleibt außerhalb seiner Überlegungen, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 67.

⁷²³ Radek, Karl, Bericht an Zinovev für das Politbüro der RKP(b), [Berlin] 3.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 305 f.

⁷²⁴ Pjatakow, Jurij, Bericht an Lev Trockij, Nikolaj Bucharin und Iosif Stalin über die interne Situation und die Probleme seiner Mission in Deutschland, Berlin 1.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 298.

⁷²⁵ Nach Iring Fetscher führte die kampflose Niederlage „letztendlich (...) zur Stalinschen These zum ‘Aufbau des Sozialismus in einem Land’“ vgl. Fetscher, Iring, Die vergessene deutsche Oktoberrevolution 1923, Frankfurt/M. o. D., in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, Berlin 2004, S. 394; Pierre Frank sieht in der Oktoberniederlage den Sieg der Stalinfraktion über Trotzki's Linke Opposition begründet, vgl. Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 230.

sondern nach wie vor die Diskussion über den Aufstand bzw. den „Putschversuch“⁷²⁶ an Hand der Direktiven Moskaus maßgebend ist, weist darauf hin, dass sich die Historische Kommunismusforschung an gängigen Fragestellungen abarbeitet.

Die moderat kommunistische KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen-Nord teilte die Einschätzung der KPD-Zentrale. Die Partei hätte den Kampf deshalb nicht aufgenommen, um sich nicht zu isolieren und niederschlagen zu lassen. Im Ruhrgebiet seien die Industriellen Thyssen, Haniel, Stumm und Krupp offen zu Separatisten geworden, die versuchten, Rheinland-Westfalen von Deutschland loszureißen. Entsprechend den Vorgaben der KPD-Zentrale trat nun die Ruhr-KPD für die Bildung einer Einheitsfront unter ihrer Führung ein. Erneut rief sie zur Bildung von Aktionsausschüssen und *Proletarischen Hundertschaften*, zur Bekämpfung des Separatismus und zur Verbrüderung mit den belgischen und französischen Soldaten auf⁷²⁷. In der Ruhr-SPD sei eine Rebellion ausgebrochen. Hunderte von Gewerkschaftsdelegationen seien zum ADGB-Vorstand nach Berlin gereist, um Kampfmaßnahmen der Gewerkschaften einzufordern. Die ADGB-Führung habe sich aber für eine parlamentarische Antwort ausgesprochen, was von Gewerkschaftern mit großer Empörung aufgenommen worden sei. Zur Vorbereitung einer reichsweiten Versammlung oppositioneller Gewerkschafter in Weimar trafen sich kommunistische Gewerkschaftsaktivisten in Recklinghausen⁷²⁸, wobei berücksichtigt werden muss, dass im Ruhrgebiet das Zentrum der kommunistischen Oppositionsarbeit wegen der Konkurrenz der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* eben nicht im reformistischen *Bergarbeiterverband*, sondern im DMV lag⁷²⁹. Auf der Weimarer Konferenz der oppositionellen Ortsausschüsse des ADGB vom 25.11.1923 war bereits eine deutliche Enttäuschung eines Teils der Arbeiter zu verspüren, der im Aufbau einer innergewerkschaftlichen Opposition keinen Ausweg mehr sah⁷³⁰. Hinzu kam die allgemeine Lage, als im Winter 1923 die Bevölkerung unter Hunger und Kälte wie im Ersten Weltkrieg litt⁷³¹.

Im Ruhrgebiet hatte es eine Kette von lokalen Empörungen mit aufstandsähnlichem Charakter gegeben. Die Ereignisse in Mülheim, Gelsenkirchen und Essen wiesen auf die zugespitzte Stimmung der Arbeiterklasse hin, fanden aber nicht zum gleichen Zeitpunkt

⁷²⁶ Vgl. Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2007, S. 233.

⁷²⁷ Bezirksleitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Kommunistischer Funktionär, 1. Jg., Nr. 1, o. O. November 1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 3.

⁷²⁸ Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet Abteilung Gewerkschaften, An alle Gewerkschafts-Obleute der Ortsgruppen (Abschrift), Essen 6.11.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 14.

⁷²⁹ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 223.

⁷³⁰ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 49.

⁷³¹ Fischer, C., Soziale Verwerfungen, S. 149 f.

statt. Strukturen der Gegenmacht wie 1918 die Räte, 1919 die Betriebsräte mit der Neuner-Kommission und 1920 die Vollzugsausschüsse, die eine zentralisierende Funktion hätten übernehmen können, gab es auch 1923 mit den Betriebsräten. Nicht zufällig fanden keine allgemeinen Betriebsratswahlen statt, was aber nicht heißen muss, dass die Betriebsratsgremien im Laufe des Jahres nicht in den Betrieben neu zusammengesetzt worden sind. Eine Zentralisation der Betriebsräte mit einer Art Neuner-Kommission scheint nicht existiert zu haben. War ohne Zentralisierung durch eine revolutionäre Partei ein offensiver Aufstand im polyzentrischen Ruhrgebiet kaum möglich, so war eine Defensivaktion wie gegen den Kapp-Putsch, die sich in einer Kettenreaktion im Ruhrgebiet von einer Stadt zur nächsten fortgepflanzt hätte, auch im Oktober/November 1923 nicht ausgeschlossen. Zum allgemeinen Kampf gegen die Absetzung der linken Landesregierungen in Mitteldeutschland bedurfte es eines Aufrufs, so wie die SPD zum Generalstreik gegen den Kapp-Putsch aufgerufen hatte. Dass der isolierte kommunistische Aufstandsversuch in Hamburg nicht nur dort „die Massenbasis der KPD ruiniert“ habe⁷³², geht an der zugespitzten politischen Lage im Ruhrgebiet völlig vorbei.

Die Hütten- und Zechenbesitzer im Ruhrgebiet hatten sofort auf die Ereignisse in Sachsen und Thüringen reagiert und Ende Oktober 1923 alle Bergarbeiter ausgesperrt. Als diese dagegen aktiv werden wollten und die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* die Bewegung unterstützte, hatte die KPD-Zentrale in Berlin erklärt, dass der Aufstand auf den 15. November verschoben worden sei und die Leitung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* die Arbeiter bis dahin zurückhalten müsse⁷³³. In der Zwischenzeit war die Polizei im Ruhrgebiet massiv verstärkt worden. Nun zeigte sich, dass die französischen Besatzungsbehörden des Ruhrgebiets keineswegs auf Seiten der KPD standen. Am 30.10.1923 drangen französische Truppen in die Räume der KPD-Bezirksleitung, der Unterbezirksleitung und in die Druckerei des *Ruhr-Echo* in Essen ein und beschlagnahmten die Bezirkskasse. Die KPD reagierte mit dem Aufbau einer Untergrundstruktur, für die ein Kurierdienst eingerichtet wurde⁷³⁴. Für die Ruhr-KPD begann noch vor dem reichsweiten Verbot am 23. November eine Zeit der Illegalität⁷³⁵. Die Polizei nahm gegen die Partei Verhaftungen vor. In Hamm wurde die Leitung des KPD-Unterbezirks und siebzehn weitere KPD-Funktionäre polizeilich festgesetzt⁷³⁶. Die politischen Kräfteverhältnisse

⁷³² Hoffrogge, Scholem, S. 232.

⁷³³ Den geistig Armen ins Stammbuch!, in: *Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands* (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, Seite, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁷³⁴ Bezirksleitung der KPD, Informationsschreiben an alle Ortsgruppen (Abschrift), Essen 4.11.1928, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 11.

⁷³⁵ Flechtheim, KPD, S. 148; Keßler dadiert das Verbot auf den 23.10.1923, vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 155. Hermann Weber nennt den 23.11.1923, vgl. Weber, Wandlung, S. 52.

⁷³⁶ Polizeiverwalter, Dem Herrn Regierungspräsidenten – Abtlg. Meldestelle Arnsberg, Hamm 20.11.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 1984 f.

veränderten sich rasch zuungunsten der KPD. Selbst die reformistische *Bergarbeiter-Zeitung* wurde zwischen September 1923 und Mitte Januar 1924 mehrfach verboten⁷³⁷.

Die politische Umwälzung wurde von einer sozialen begleitet. Zum 15. November 1923 hatten die Kapitaleigner der Zechen und Hütten sämtliche Belegschaften gekündigt, um ihre Forderung nach Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen. Der Lohn fiel durch Schiedssprüche um 20 Prozent⁷³⁸. Ende November wurde den Bergarbeitern die tägliche Normalarbeitszeit durch eine abzuleistende Überstunde von sieben auf acht Stunden verlängert⁷³⁹, was diese fast kampfflos hinnahmen⁷⁴⁰, schließlich war die einflussreiche *Union der Hand- und Kopfarbeiter* im gleichen Monat in Recklinghausen, Herne und Gelsenkirchen vom Kommandeur der 47. Reichswehrdivision für aufgelöst erklärt worden⁷⁴¹. Eine unter kommunistischem Einfluss stehende Betriebsrätekonferenz in Rheinhausen proklamierte im Januar 1924 für Rheinland-Westfalen den Generalstreik, der Industrie und Bergbau nur am Niederrhein, in Remscheid-Solingen und im Duisburger Raum vorübergehend lähmte⁷⁴².

Der Ruhrkampf endete für die Arbeiterbewegung mit einer schweren Niederlage. Die Ruhrindustriellen blieben nicht nur an der sozialen Front siegreich. Sie erreichten in den folgenden Verhandlungen über ein Umschuldungsabkommen einen außenpolitischen Erfolg, da die Reparationszahlungen 1924 mit dem Dawes-Plan und 1929 mit dem Young-Plan begrenzt wurden⁷⁴³. In der Kommunistischen Internationale, den ihr angeschlossenen Parteien und in der Sowjetunion, schlug die Niederlage wie eine Bombe ein. Die Aussicht auf die Weltrevolution mit dem Beginn in Deutschland musste vorerst begraben werden⁷⁴⁴. Konnte man die gescheiterte Märzaktion von 1921 als Niederlage der KPD bezeichnen, so war die Niederlage vom November 1923 eine Niederlage der gesamten Arbeiterklasse, die sozial zur Abschaffung der Acht-Stunden-Schicht, organisatorisch zum Niedergang der

⁷³⁷ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 109.

⁷³⁸ Ebd., S. 111 f.

⁷³⁹ Spethmann, Hans, Der Maistreik 1924 im Ruhrbergbau. Ein grundsätzlicher Arbeitskampf, Berlin 1932, S. 58.; Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 55.

⁷⁴⁰ Zur Frage der Union, in: [Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.)], Der Kommunistische Funktionär, 1. Jg., Nr. 1, 16.1.1924, in: Der Oberbürgermeister Duisburg, Betrifft Union der Hand- und Kopfarbeiter (Abschrift), LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 29.

⁷⁴¹ Bezirksleitung Rheinland-Westfalen [Union der Hand- und Kopfarbeiter], An alle Obleute der Schacht- und Betriebsorganisationen (Abschrift), o. O. 3.12.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, (Bl. unleserlich).

⁷⁴² Arbeiter, Angestellte und Beamte des Ruhrgebiets, in: Der Oberbürgermeister, An den Regierungspräsidenten Düsseldorf, Duisburg 21.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, (Bl. unleserlich).

⁷⁴³ Steegmans, Christoph, Die finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung 1918-1930, Stuttgart 1999, S. 81 f.

⁷⁴⁴ Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 77.

Gewerkschaftsbewegung und politisch zum Erstarken des Bürgertums führte. Doch die linken Kommunisten in der KPD zeigten sich davon unbeeindruckt.

2.6 Exkurs: Strategie, Taktik und Fraktionsbildung in der KPD

In der internationalen Sozialdemokratie wurden vor 1914 zwar taktische und strategische Fragen diskutiert, dabei aber nicht zwischen Strategie und Taktik unterschieden⁷⁴⁵. Auch die Strategie wurde unter dem Begriff der Taktik gefasst. Wäre z. B. Lenins Schrift „Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution“ nicht im Jahr 1905, sondern 1918 erschienen, hätte ihr Titel wahrscheinlich „Zwei Strategien der Sozialdemokratie in der bürgerlichen Revolution“ gelautet, ging es doch um die Frage, ob sich die Arbeiterklasse in Russland mit dem Bürgertum oder den Bauern verbünden müsse, um den Zarismus zu stürzen⁷⁴⁶.

Unabhängig von der Begrifflichkeit beinhaltete der Diskurs der internationalen Sozialdemokratie vor dem Ersten Weltkrieg nicht nur taktische Fragen (z. B. Streiktaktik, Parlamentstaktik, Wahlabkommen) sondern auch strategische Probleme. Der Eintritt des Sozialisten Millerand 1898 in eine bürgerliche Regierung in Frankreich wurde international ebenso kontrovers diskutiert wie die Theorie Eduard Bernsteins⁷⁴⁷. Dieser hatte 1899 den sog. Revisionismusstreit ausgelöst, als er in seiner Schrift „Die Voraussetzungen des Sozialismus und die Aufgaben der Sozialdemokratie“ formulierte: „Das Endziel, was es immer sei, ist mir nichts, die Bewegung alles“. Rosa Luxemburg antwortete mit ihrer Broschüre „Sozialreform oder Revolution?“. Karl Kautsky schrieb 1909 das der Strategie gewidmete Werk „Der Weg zur Macht“⁷⁴⁸. Im Unterschied zu Frankreich und Deutschland kreisten in der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* bis zur Oktoberrevolution 1917 die wichtigsten politischen Debatten nicht um Strategie und Taktik, sondern um Strategie und Organisation. Lenin, der in Phasen der revolutionären Flut (1905 und 1917) bei strategischen Fragen eine gemeinsame Basis mit Trotzki fand⁷⁴⁹, stimmte während nicht-revolutionärer Phasen (1903) bzw. bei gesellschaftlichem Rückgang (1910) in den Fragen der Organisation weitgehend mit dem Gründer der russischen Sozialdemokratie,

⁷⁴⁵ In der griechischen Militärsprache des Altertums hieß *ὁ Στρατηγός* - der Feldherrn und *ἡ τακτική* - die Schlachtreihe. Demnach verhalten sich Taktik und Strategie wie die einzelne Schlacht zum Feldzug.

⁷⁴⁶ Lenin, W.I., Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Genf 1905, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 9, Berlin 1960, S. 1 f.

⁷⁴⁷ Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin/Bonn 1978, S. 264 f.

⁷⁴⁸ Hirsch, Helmut, Eduard Bernstein. Ein revisionistisches Sozialismusbild, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976, S. 20 f.; Luxemburg, Rosa, Sozialreform oder Revolution?, Leipzig 1899; Kautsky, Karl, Der Weg zur Macht, Frankfurt/M. 1972 (Berlin 1909).

⁷⁴⁹ Vgl. Lenin, W.I., Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei, Moskau 28.3.1906, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (Berlin 1958), S. 249 f.; vgl. Lenin, W.I., Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, St. Petersburg April 1917, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 1-77.

Plechanow, überein⁷⁵⁰. Lenins Konzeption war insofern der seiner zeitweiligen Bündnispartner in der SDAPR überlegen, weil sie Strategie und Organisationsaufbau zu einem einheitlichen Ganzen verband.

In Deutschland wurde die Debatte über strategische Fragen von der SPD intensiv geführt, blieb aber rein theoretischer Natur. Die SPD setzte sich zwar seit 1905/1906 über Räte und Massenstreiks auseinander⁷⁵¹, aber die entsprechenden Kämpfe fanden in Russland statt. In den Jahrzehnten vor der Novemberrevolution gab es in Deutschland keine revolutionäre Situation, sondern ein erhebliches Wirtschaftswachstum, das die politischen Verhältnisse zementierte. Über Organisationsfragen wurde in der SPD wenig gestritten, eilte doch die Sozialdemokratie im Parteaufbau von Erfolg zu Erfolg. Auch viele taktische Probleme, die nach 1918 in der Arbeiterbewegung heftig diskutiert wurden, spielten vor 1914 kaum eine Rolle. Die Taktik der Einheitsfront der Arbeiterklasse war schon deshalb kein Thema, weil sie parteipolitisch in der SPD hergestellt schien, die als einzige Arbeiterpartei konkurrenzlos war. Strittig war jedoch eine „parlamentarische(n) Allianz mit den fortschrittlichen bürgerlichen Parteien“. Diese wurde von der SPD mehrheitlich abgelehnt, aber bei Wahlabsprachen praktiziert⁷⁵². Neben dem politischen Massenstreik, den die freien Gewerkschaften unbedingt vermeiden wollten, wurde in der SPD über die Zustimmung zum Haushalt des kapitalistischen Staates heiß diskutiert. Sie wurde ebenso heftig von einer Mehrheit der SPD verurteilt wie eine Beteiligung an bürgerlichen Regierungen⁷⁵³. In solchen politischen Debatten über taktische und strategische Fragen entstanden interne Meinungsströmungen. Allerdings schaffte es der radikal linke Flügel um Rosa Luxemburg vor 1914 nicht, in der SPD eine feste Fraktion zu bilden⁷⁵⁴.

Durch die Ermordung ihrer führenden Propagandistin Rosa Luxemburg, ihres führenden Agitators Karl Liebknecht und ihres Organisationsleiters Leo Jogiches wurde die KPD unmittelbar nach ihrer Gründung 1919 sehr geschwächt. Es fehlte eine erfahrene Parteiführung. Klara Zetkin und Franz Mehring waren zwar in der SPD weit bekannt, aber Zetkin hatte eine sozialdemokratische Unterorganisation geführt, Mehring war rein schriftstellerisch tätig. Außer ihnen hatte niemand der Mitglieder der KPD bereits vor dem

⁷⁵⁰ In Phasen der revolutionären Ebbe traten Organisationsfragen gegenüber der Strategie in den Vordergrund: vgl. Lenin, W.I., Schilderung des II. Parteitags der SDAPR, o. O. 1903, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 1 f.; vgl. Lenin, W.I., Die Vereinigung der Partei im Ausland, o. O. 1910, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 181 f.

⁷⁵¹ Vgl. Kautsky, Karl, Der politische Massenstreik, Berlin 1914; vgl. Luxemburg, Rosa, Massenstreik, Partei und Gewerkschaft, Hamburg 1906.

⁷⁵² Droz, Jacques, Die deutsche Sozialdemokratie (1875-1914), in: Droz, Jacques, Die sozialistischen Parteien Europas: Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Niederlande, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 4, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 53 f.

⁷⁵³ Luxemburg, Rosa, Der Parteitag und die Budgetbewilligung, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 19. Jg., Nr. 27, Stuttgart 1900/1901, S. 759 f.; Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin/Bonn 1978, S. 264 f.

⁷⁵⁴ Meyer, Ernst, Zur Vorgeschichte der KPD, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 10. Jg., Nr. 4, Berlin 1927, S. 106.

Ersten Weltkrieg in der SPD eine bedeutende Rolle gespielt. Die revolutionäre Partei in Deutschland wurde von einer neuen politischen Generation von Aktivisten geführt, deren Wirken vor 1914 höchstens lokale Bedeutung zukam. Wie von einer Zeitmaschine wurden sie in das politische Geschehen von 1918 bis 1923 geworfen, das die Historische Kommunismusforschung als „revolutionäre Phase“ bezeichnet hat⁷⁵⁵. Dabei wurden sie mit Fragen der Taktik und Strategie konfrontiert, die sie früher nicht einmal erahnt hatten. In den Debatten standen sich, wie Kinner betont, zwei Richtungen gegenüber: die eine, die wie Paul Levi auf den „Versuch einer linkssozialistisch intendierten Realpolitik im Kapitalismus“ zielte und die andere, die sich am „Konzept der Weltrevolution“ orientierte⁷⁵⁶.

Bei keinem größeren politischen Ereignis ab 1918 sah die jeweilige KPD-Führung die Ereignisse frühzeitig voraus. Die eigene Unfähigkeit führte zu eklatanten Fehlorientierungen: Den revolutionären Massendemonstrationen im Januar 1919 in Berlin standen die Leiter der KPD / Spartakusbundes hilflos gegenüber⁷⁵⁷. Von der Münchener Räterepublik grenzte sich der moderat kommunistische Parteiführer Paul Levi schroff ab⁷⁵⁸, wie er schon die Kämpfe im Januar 1919 in Berlin verurteilt hatte⁷⁵⁹. Im gleichen Jahr billigte er aber die Gründung der linksradikalen Gewerkschaft *Allgemeine Bergarbeiter-Union* im Ruhrgebiet, die in Konkurrenz zum reformistischen *Bergarbeiterverband* stand⁷⁶⁰. 1920 beim Kapp-Putsch sprach sich die KPD-Führung erst gegen den Generalstreik aus, um dann der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie eine „loyale Opposition“ anzubieten⁷⁶¹. Die Entwaffnung der *Roten Ruhrarmee* wurde unterstützt. Die neue Parteiführung der KPD unter Brandler/Thalheimer, die den moderaten Kurs des vorhergehenden Parteivorsitzenden Levi mitgetragen hatte, rief im März 1921, angespornt durch die Vereinigung mit der USPD und angestachelt durch Berater der KI, ohne Vorbereitung zur Bewaffnung der Arbeiter und zum Generalstreik auf, anstatt sich zunächst auf die Defensive zu beschränken⁷⁶². 1923 suchte die Parteiführung unter

⁷⁵⁵ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 15 f.

⁷⁵⁶ Für Kinner vertraten Brandler, Stöcker, Thalheimer und Meyer „keine Levi grundsätzlich entgegengesetzten Politikansätze“, vgl. Kinner, *Kommunismus und Linkssozialismus*, S. 38 f.

⁷⁵⁷ Brief Karl Radeks an Lenin, Cicerin und Sverdlov über die Lage in Deutschland nach den Januarkämpfen, Berlin 24.1.1919, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 11, S. 72.

⁷⁵⁸ Frank, *Geschichte*, Bd. 1, S. 135 f.

⁷⁵⁹ Braunthal, Julius, *Geschichte der Internationale*, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin/Bonn 1978, S. 242.

⁷⁶⁰ Eisner, Freya, *Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik* (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 62 f.

⁷⁶¹ Geheimer Bericht von Ernst Meyer an die Komintern über den Streit in der KPD-Zentrale während des 'Kapp-Putsches', Kopenhagen 2.6.1920, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 22, S. 99 f., Koch-Baumgarten, Sigrid, Einleitung, in: Flechtheim, KPD, S. 25. Nach Baumgarten waren Walcher, Pieck, Thalheimer, Lange und Friedland für den Beschluss verantwortlich; Frank, *Geschichte*, Bd. 1, S. 77; Hemje-Oltmanns, Dirk, *Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21*, Berlin 1973, S. 45 f.

⁷⁶² Putschstimmung und Sabotage: Telegramm von 'Spanier' (Ps.), d.i. Bela Kun, über den Beginn des mitteldeutschen Aufstands ('Märzaktion'), Berlin 26.3.1921, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 34, S. 139 f.; „Die Frucht eines zweijährigen Kampfes wird zerstört“: Paul

Brandler/Thalheimer die Einheitsfront mit der SPD, um im Oktober 1923 mit Rücksicht auf das Bündnis in den Landesregierungen kampflos den Einmarsch der Reichswehr in Sachsen und Thüringen hinzunehmen. In jedem der großen Kämpfe zwischen 1919 und 1923 hatte die Parteiführung der KPD versagt. Daran waren nicht nur die politischen Bocksprünge führender Kommunisten wie z. B. Ernst Meyers schuld, sondern auch die politischen „Emissäre“ der Komintern⁷⁶³. Von diesen Kämpfen stachen im Ruhrgebiet der Widerstand der Arbeiterbewegung gegen die belgisch-französische Besetzung und der gegen den Kapp-Putsch heraus⁷⁶⁴.

Durch die Niederlage der sog. *Märzaktion* fiel die Zahl der KPD-Mitglieder von 359.000 auf ca. 225.000, durch die sog. *Oktoberniederlage* ging sie von 294.230 auf 121.394 Mitglieder zurück⁷⁶⁵. Damit verlor die KPD insgesamt fast 300.000 Mitglieder. Da sie lange Jahre durchschnittlich nur 125.000 Mitglieder zählte, betrug der Verlust durch die genannten Niederlagen rechnerisch mehr als den zweifachen Bestand⁷⁶⁶. Im Ruhrgebiet fiel die Niederlage der *Märzaktion* kaum ins Gewicht. Vom Januar 1923 mit 23.000 Mitgliedern⁷⁶⁷ ging die KPD durch die *Märzaktion* auf ca. 22.000 Mitglieder⁷⁶⁸ zurück, aber dafür wirkte sich der Rückgang durch kampflose Niederlage, Verbot und Illegalität nach dem *Deutschen Oktober* umso drastischer aus. Die Zahl sank von 21.000⁷⁶⁹ auf nur 6.000 Mitglieder⁷⁷⁰. Als die linken Kommunisten um Fischer/Maslow/Scholem die Leitung der KPD im April 1924 übernahmen, kam die Partei auf 121.000 Mitglieder; ebenso wie zum Zeitpunkt der Absetzung von Fischer/Maslow nach dem *Offenen Brief* 1925⁷⁷¹. Bis Mitte 1921 war die Organisation der KPD chaotisch. Die Sitzungen der Zentrale wurden nicht vorbereitet, ihre Mitglieder werkten vor sich hin, es gab weder eine Tagesordnung noch richtige Protokolle. Das Finanzwesen der KPD war desolat. Die Funktionäre waren keine

Levis Brief an Lenin zur Kritik der 'Märzaktion', [Berlin] 27.3.1921, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 35, S. 140 f.

⁷⁶³ Plädoyer Arkadi Maslows für die KPD-Linke und seine Enthüllungen über den Komintern-Emissär Abram Gural'skij, [Berlin] 28.12.1921, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 57, S. 207 f.

⁷⁶⁴ Antwort Ernst Reuters („Friesland“) auf die Umfrage Trotzki's zu den revolutionären Bedingungen in Deutschland, Moskau 1.6.1921, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 46, S. 160 f.

⁷⁶⁵ Weber, Wandlung, S. 362 f.

⁷⁶⁶ Obwohl die katastrophalen Verluste unter den moderat kommunistischen Leitungen Levi/Brandler/Zetkin/Meyer erfolgten, werden sie häufig den Linken unter Fischer/Maslow/Scholem angekreidet. So schreibt Klaus Kinner: „In der KPD hatte sich mit dem Weltkongress die >>Linke<< endgültig durchgesetzt (...) Die Mitgliederzahlen halbierten sich zwischen dem Herbst 1923 und 1925“, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 77; dagegen Hoffrogge, der „das Fiasko von 1923 und der anschließende Wirtschaftsaufschwung“ als Ursachen für den Mitgliederschwund benennt, vgl. Hoffrogge, Scholem, S. 285.

⁷⁶⁷ Wheeler, USPD, S. 263.

⁷⁶⁸ Zum Bezirksparteitag. Organisationsbericht über den Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, [Essen] o. D., Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (im Folgenden: SAPMO Berlin), RY 1/I 3/18-19/1, Bl.1.

⁷⁶⁹ Weber, Wandlung, S. 374.

⁷⁷⁰ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 53.

⁷⁷¹ Weber, Wandlung, S. 362 f.

ehrenamtlichen Aktivisten, sondern *Parteibeamte*, die von der Komintern bezahlt wurden. Zwar war die Zentrale offiziell das leitende Gremium der KPD, aber „es gibt niemanden unter ihnen, der die politische Führung übernehmen könnte“⁷⁷². Noch im Mai 1922 hielt der Komintern-Vertreter in Deutschland, Karl Radek, die KPD trotz Wachstums „in Punkto Organisation“ für „in höchstem Maße hilflos“⁷⁷³.

Eine ähnliche katastrophale Bilanz wie die moderaten Kommunisten hatten die linken Kommunisten in der KPD allein schon deshalb nicht zu aufzuweisen, weil die „revolutionäre Phase“ der Weimarer Republik bereits abgeschlossen war, als sie 1924 die Parteileitung übernahmen. Zwar konnten sie darauf verweisen, dass sie im Ruhrgebiet und in Halle während des Kapp-Putsches ohne Zögern Hervorragendes geleistet hatten⁷⁷⁴. 1923 hatten sie im Ruhrgebiet und in Hamburg gekämpft, wie wenig erfolgreich sie damit auch waren. Aber die linke Leitung der KPD fiel nicht in eine Zeit der revolutionären Erschütterung, sondern in die ab 1924 anbrechende Periode der „Stabilisierung“ der Weimarer Republik⁷⁷⁵. Die neue linkskommunistische Führung um Fischer/Maslow/Scholem nahm die schwere Niederlage vom Oktober 1923 nicht zur Kenntnis und versuchte, die revolutionäre Offensive selbst dann fortzusetzen, als sich die Kräfteverhältnisse dramatisch zu Ungunsten der Arbeiterklasse verschlechtert hatten. An dem Widerspruch zur Realität gescheitert, gingen Fischer/Maslow/Thälmann 1925 zur sog. Volksblocktheorie der Zusammenarbeit mit SPD, Zentrum und ADGB gegen die monarchistische Reaktion über. Damit war die Politik der KPD unter Führung der linken Kommunisten keineswegs durchgehend *links*, sondern kannte auch Wendungen hin zu moderaten Positionen⁷⁷⁶.

Schon Hermann Weber wies darauf hin, dass das „Links-rechts-Schema“ eine Vereinfachung sei⁷⁷⁷. Wie die Zustimmung zur Gründung der Unionen oder die sog. *März-Aktion* zeigten, waren die moderaten Kommunisten nicht von Anfang an durchgehend gemäßigt. Vielmehr entwickelte sich der moderate Kommunismus innerhalb der KPD in einem Zick-Zack-Kurs. Der moderate Grundton wurde von schrillen, linken Zwischentönen gestört, bis er sich endgültig durchsetzte. Ähnlich verfolgten auch die

⁷⁷² Brief der Emissärin der Geheimabteilung des sowjetischen Politbüros an Lenin über chaotische Zustände in der KPD, [Berlin] 22.6.1921, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 49, S. 180 f.

⁷⁷³ Bericht Karl Radeks über das Scheitern der Konferenz der drei Internationalen: Jetzt den Frontalangriff gegen die sozialdemokratischen Scheidemann-Leute!, Berlin 24.5. 1922, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 68, S. 249.

⁷⁷⁴ Hoffrogge, Scholem, S. 156 f.

⁷⁷⁵ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 17 f.

⁷⁷⁶ So schreibt Flechtheim, dass ab März 1925 „um sich an der Macht zu halten, [...] es nun Ruth Fischer mit einer rechten Politik (versuchte)“, vgl. Flechtheim, KPD, S. 174.

⁷⁷⁷ Weber, Hermann, Brandler und der deutsche Kommunismus, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Bayerlein, Bernhard H./Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 2002, Berlin 2002, S. 399.

linken Kommunisten einen Zick-Zack-Kurs. Der linke Grundton wurde von moderaten Tönen unterbrochen, bis er eindeutig überwog. Die Fraktionen nahmen erst nach und nach Gestalt an. Insofern behält das Links-rechts-Schema seine Gültigkeit. Die Tragik der KPD lag darin, dass die moderaten, überwiegend auf die Taktik spezialisierten Kommunisten, die Kommunistische Partei in der revolutionären Phase der Weimarer Republik 1918-1923 führten, als die Umstände eine revolutionäre Strategie erforderten. Dagegen gelangten die radikalen, linken Kommunisten, die die Strategie betonten, 1924-1925 an das Ruder der Kommunistischen Partei, als die Phase der sog. Stabilisierung Deutschlands der Taktik den ersten Platz einräumte.

Als Konsequenz aus Fehlorientierungen und Erfolglosigkeit, zu noch der die Einflussnahme der Kommunistischen Internationale bzw. der WKP(B) kam, wurden die Führungsgruppen der KPD ständig ausgetauscht: 1921 wurde der Leitungskern um Paul Levi ausgeschlossen, 1922 folgte Ernst Reuter (Friesland), 1923 wurde die Führungsgruppe um Brandler abgewählt, 1925 die Führung um Fischer/Maslow abgesetzt. Bereits Karl Radek hatte in einer Bilanz der Oktoberereignisse in Deutschland die Kritik geübt, dass die organisatorische Politik der Komintern eine Gefahr darstelle, weil das EKKI in anderen Ländern Zentralkomitees installiere und damit den kommunistischen Parteien keine Möglichkeit gebe, selbstständige Führungen herauszubilden, die auch eigenständig arbeiten könnten⁷⁷⁸. Im Rückblick fiel die Kritik des russischen Revolutionärs Leo Trotzki schärfer als die Radeks aus, als er 1928 die Führungsspitze der KPD analysierte:

„Die Entwicklungsgeschichte der deutschen Kommunistischen Partei bietet das Bild abrupter Machtwechsel von Fraktionen, die verschiedene Abschnitte im Verlauf der politischen Kurve repräsentieren. Jede Führung erleidet bei jedem abrupten Umschwung der politischen Kurve nach oben oder unten, das heißt zu einer revolutionären Krise oder im Gegenteil zu einer vorläufigen 'Stabilisierung', eine Schlappe und macht der konkurrierenden Gruppe Platz. (...) Da die Führung bei jedem Umschwung der Situation wechselt, konnten sich die Führungskader der Partei keine breitere Erfahrung aneignen, die sowohl den Aufschwung als auch den Niedergang, die Flut und die Ebbe, den Rückzug und den Angriff umfaßt. Eine wirkliche revolutionäre Führung kann erst dann herangezogen werden, wenn sie den Charakter unserer Epoche als Epoche jäher Veränderungen und schroffer Wendungen begreift“⁷⁷⁹.

⁷⁷⁸ Radek, Karl, Über die internationale Lage. Aus dem Bericht auf dem Plenum des Zentralkomitees der RKP(b), Moskau 15.1.1924, in: Bayerlein, Bernhard H./Babicenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 41.

⁷⁷⁹ Trotzki, Leo, Und nun? Brief an den 6. Kongress der Kommunistischen Internationale, Alma Ata 12.7.1928, in: Trotzki, Leo, Die Dritte Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie vom Sozialismus in einem Land, Essen 1993 (Berlin 1928), S. 257.

Mit dem ständigen Führungswechsel wurde es kaum mehr möglich, in der Parteileitung eigenständig Erfahrungen zu akkumulieren und aus politischen Fehlern zu lernen. Übrig blieben vor allem diejenige Leitungsfunktionäre, die jede politische Wendung, ob nach *rechts* oder *links*, mitmachten und die jeweils neue politische Linie rechtfertigten. Sie verschmolzen mit dem Apparat zur stalinistischen Fraktion. Je weniger die Leitung ihrem Führungsanspruch inhaltlich gerecht wurde, desto stärker wurde der Einfluss auswärtiger „Revolutionsberater“⁷⁸⁰, umhüllt von der Aura der Oktoberrevolution 1917, denen die wechselnden Mitglieder der KPD-Zentrale keine substantiellen eigenen Erfahrungen und Ansichten entgegenzusetzen vermochten. Berater der Komintern, von Paul Levi mit dem rassistischen Ausdruck *Turkestaner* beschimpft, waren für das Abenteuer der Märzaktion 1921 mitverantwortlich⁷⁸¹.

Die Historische Kommunismusforschung teilt die gesellschaftspolitische Entwicklung der Weimarer Republik in verschiedene Phasen ein, wonach eine „revolutionäre Phase“ 1918-1923 abgelöst wurde von einer Phase der „Stabilisierung“ 1924-1928 und diese wiederum in eine Endphase der „Krise“ und politischen Erschütterung 1929-1933 überging⁷⁸². Nach Hermann Weber sei in der so bezeichneten „revolutionären Nachkriegskrise in Deutschland (...) von 1919 bis 1923“, die „Hauptfrage – radikale Reformen in Gesellschaft und Wirtschaft“ in den „Hintergrund gedrängt“ worden⁷⁸³. Offensichtlich ist, dass 1924/1925 die linkskommunistische Führung der KPD am Widerspruch zwischen „ultralinker Politik und der Realität“ scheiterte⁷⁸⁴. Es überrascht aber, dass von der großen Mehrheit der historischen Kommunismusforscher für die revolutionäre Phase jede Chance auf eine Revolution bestritten und der Kurs der linken Kommunisten auf einen revolutionären Aufstand als „putschistisch“ und „ultralinks“ beurteilt wird⁷⁸⁵. Beide Ansichten sind nur schwer unter einen Hut zu bringen. Entweder gab es eine revolutionäre Nachkriegsphase, dann waren revolutionäre Methoden angebracht und deren Befürworter nicht per se ultralinks oder revolutionäre Taktiken und Strategien waren fehl am Platz, dann lassen sich schwerlich die gesellschaftlichen Verhältnisse als revolutionäre Nachkriegsphase charakterisieren.

⁷⁸⁰ Zu nennen sind u. a. Radek, Kleine-Guralski, Bronski, Bela Kun, Pepper, vgl. Maslow, Arkadij, Manuskripte 1935-1941, in: Lübke, Peter (Hrsg.), *Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils*, München 1990, S. 357 f.; Frank, *Geschichte*, Bd. 1, S. 84; Rosmer, Alfred, *Moskau zu Lenins Zeiten*, Frankfurt/M. 1989, S. 124 f.; Radek an Sinowjew über die Lage in der KPD und seine Audienz bei Reichskanzler Wirth, Berlin 20.1.1922, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 58, S. 213.

⁷⁸¹ Weber, *Wandlung*, S. 41.

⁷⁸² Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 15 f.

⁷⁸³ Weber, Hermann, *Komintern und KPD*, S. 27.

⁷⁸⁴ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 18 f.

⁷⁸⁵ Keßler, Ruth Fischer, S. 17 und S. 81 f.

Statt diesen Widerspruch aufzulösen und die KPD-internen Fraktionen entsprechend zu bewerten, billigt die Historische Kommunismusforschung mit Hermann Weber den Fraktionen in der KPD Eigenschaften zu, die sie – unabhängig von den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen und über alle Phasen hinweg – als *rechts*, *links*, *ultralinks* oder als *Mittelgruppe* bezeichnen. *Für einen demokratischen Kommunismus / Sozialismus nimmt Webers KPD-Geschichtsforschung positiven Bezug auf die moderat kommunistische Fraktion um Meyer/Ewert, die er als „Mittelgruppe“ und „Versöhnler“ durchgehend eigenständig positioniert. Webers Sicht teilen selbst Autoren, die politisch in der trotzkistischen Tradition stehen*⁷⁸⁶. Dabei wird der Beleg für eine „ultralinke Taktik“ auch schon mal in der Farbe der Handschuhe der KPD-Abgeordneten bei ihrer Verteidigung gesucht⁷⁸⁷. Otto Langels sieht zwar in dem Etikett „ultralinks“ einen „Kampfbegriff“, den er auf Lenins Schrift *Der 'linke Radikalismus', die Kinderkrankheit im Kommunismus* zurückführt, übernimmt ihn aber, weil er sich in der entsprechenden wissenschaftlichen Literatur zur Beschreibung linkskommunistischer Organisationen eingebürgert hat⁷⁸⁸. Während Mallmanns milieugeschichtlicher Ansatz eine nicht- bzw. überfraktionelle Sichtweise beansprucht, nimmt er scharf gegen den Linkskommunismus innerhalb der KPD Stellung. Dabei standen die von ihm erforschten saarländischen Kommunisten in der Traditionslinie des moderaten Kommunismus innerhalb der KPD. Mit ihren Einteilungen sind die verschiedenen Schulen der KPD-Forschung und ihre Autoren keineswegs neutral, sondern nehmen einen Standpunkt ein, der eine Tendenz bevorzugt, auch wenn z. B. Klaus-Michael Mallmann den Kampf der Fraktionen im Strukturkonflikt aufzulösen versucht⁷⁸⁹. Die Forschungsrichtung um Klaus Kinner will aus parteipolitischen Gründen die Verbindung zur Tradition des moderaten Flügels der KPD um Brandler/Thalheimer und der Fraktion Meyer/Ewert herstellen⁷⁹⁰. Selbst der französische trotzkistische Historiker Pierre Broué, der sich sehr um die Erforschung des linken Flügels der kommunistischen Internationale und der Geschichte der internationalen trotzkistischen Bewegung verdient gemacht hat, steht hinsichtlich der Geschichte der KPD dem moderat kommunistischen Flügel nahe⁷⁹¹. Eine seltene Ausnahme in der Historischen Kommunismusforschung bildet

⁷⁸⁶ Wilde sieht Ernst Meyer durchgängig als Verteidiger der innerparteilichen Demokratie in der KPD, vgl. Wilde, Ernst Meyer; vgl. Wilde, Florian, >Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig< - Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2006, S. 168 f.

⁷⁸⁷ Weber, Wandlung, S. 334 f.

⁷⁸⁸ Langels, Otto, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der Gruppe >Kommunistische Politik< und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Bd. 65), Frankfurt am Main/Bern/New York/Nancy 1984, S. 3 (im Folgenden zitiert: Langels, Die ultralinke Opposition, Seite).

⁷⁸⁹ Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 339 f.

⁷⁹⁰ Vgl. Kinner, Kommunismus und Linksozialismus, S. 81 f.

⁷⁹¹ Vgl. Broué, Pierre, Die Deutsche Revolution 1918-1923, Wien 2005, S. 32.

die „Geschichte der Kommunistischen Internationale“ von Pierre Frank⁷⁹², die, soweit sie die KPD betrifft, sich durchgängig auf deren linkskommunistischen Flügel bezieht.

Die politische Verortung bestimmter Strömungen zwischen *rechts* und *ultralinks* wurde nicht von Historikern geprägt, sondern von ihnen aus den frühen politischen Auseinandersetzungen in der KPD je nach eigener Sichtweise übernommen. Damals wurden die Begriffe *links*, *ultralinks*, *rechts* und *Versöhnler* als Kampfbegriffe zur Charakterisierung wie auch zur Diffamierung des Gegners benutzt. Die Bezeichnung der linken Opposition als *ultralinks* kam nach dem Bruch innerhalb der linken KPD-Führung im Mai 1925 auf, als Ruth Fischer/Maslow/Thälmann unter dem Druck der Komintern einige moderate Änderungen an ihrem linkskommunistischen Kurs vornahmen. Daraufhin bezeichnete Fischer ihre linken Kritiker, die darauf beharrten, weiterhin den früher gemeinsamen linken Standpunkt zu verteidigen, als „Ultralinke“, deren Wurzeln sie im Brandlerismus einerseits und im Luxemburgismus andererseits entdeckte⁷⁹³. Die radikal linken Kommunisten beriefen sich wie Werner Scholem auf die Beschlüsse des 9. Parteitags der KPD in Frankfurt und auf die des 5. Weltkongresses der KI, deren Politik seine Gruppierung ungebrochen fortsetze⁷⁹⁴. Der Sprecher der radikal linken KPD-Bezirke Wedding und Pfalz, Hans Weber, konterte den Vorwurf des „Ultralinkstums“ durch den Komintern-Vertreter „Robert“ (Manuilski) damit, dass die KPD in seiner Heimatstadt Speyer im Gewerkschaftskartell des ADGB die Mehrheit besäße und gemeinsam mit der SPD den städtischen Etat abgelehnt hätte⁷⁹⁵. Wie wir noch sehen werden, bezeichnete auch die KPD-Bezirksleitung im Ruhrgebiet erst um Schwan, dann um Florin-Ende ihre linken Kritiker als *ultralinks*. Umgekehrt wurde z. B. die Fraktion um Ernst Meyer/Arthur Ewert Mitte der 1920er Jahre von Teilen der *Linken* und der *Radikallinken* als *Ultrarechte* angesehen. Anfang 1923 stand Meyer „rechts“ von Brandler⁷⁹⁶. Meyer selbst sprach von den „rechtesten Genossen“, wie ich und meine Freunde vielfach genannt werden⁷⁹⁷.

Die Einteilung der Fraktionen innerhalb der KPD war wiederum stark von Lenin geprägt, der 1920 die mit der KPD konkurrierende *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)* als *ultralinks* bezeichnet hatte, weil sie sich weigerte, in den reformistischen Gewerkschaftsverbänden zu arbeiten, den Austritt der dort organisierten Arbeiter verlangte

⁷⁹² Vgl. Frank, Pierre, *Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943)*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1981 (Paris 1979).

⁷⁹³ Fischer, Ruth, *Die Opposition auf dem Zentrallausschuss*, in: *Die Internationale*, 8. Jg., Nr. 5a, Berlin 1925, S. 283.

⁷⁹⁴ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 115 f.

⁷⁹⁵ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 178 f.

⁷⁹⁶ Wenzel, *Deutsche Oktoberrevolution*, S. 49.

⁷⁹⁷ Meyer, Ernst, *Der Liquidator Schoenlank*, in: *Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)*, 8. Jg., Nr. 240, Berlin 17.10.1925, S. 9.

und für die Bildung neuer, revolutionärer Gewerkschaften eintrat. Im Gegensatz zu einer „Führerpartei“ wollte die KAPD eine „Massenpartei“ aufbauen, verwarf als „grundsätzliche Opposition“ Abkommen mit reformistischen Parteien und verweigerte prinzipiell eine parlamentarische Tätigkeit⁷⁹⁸. Es wird noch im Kapitel 2.8 über die Gewerkschaftspolitik der KPD im Ruhrgebiet zu zeigen sein, dass Lenins Gegenüberstellung von marxistischen und ultralinken Positionen theoretisch grobschlächtig war und weder der Radikalisierung der Arbeiter noch den Differenzierungen innerhalb der KPD gerecht wurde.

Die von Lenin kritisierten Grundpositionen der KAPD waren aber keineswegs die des radikalen linken Flügels der KPD von 1925. Auf der 1. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1925 verwahrte sich Werner Scholem als Korreferent gegen den Vorwurf des „Ultralinkstums“. Scholem befürwortete die Einheitsfronttaktik, lehnte die Geringschätzung der Rolle einer revolutionären Partei durch die KAPD ab, verurteilte die Nicht-Beteiligung an Lohnkämpfen, weil sie angeblich „reformistisch“ seien, kritisierte die Zurückweisung einer Arbeit in den freien Gewerkschaften durch die KAPD und trat für die politische Ausnutzung der Tagesereignisse und des Parlamentarismus ein. Scholem stritt ab, mit der *Kommunistischen Arbeiter Partei* jemals irgendwelche Berührungspunkte gehabt zu haben⁷⁹⁹. Bei dem Vorwurf des Ultralinkstums an die Adresse von Scholem, Rosenberg und Weber durch die linke KPD-Parteispitze um Fischer/Maslow/Thälmann handelte es sich offensichtlich nicht um jenes Ultralinkstum, mit dem sich Lenin auseinandergesetzt hatte und für das politisch die KAPD stand. Für die radikal linken Kommunisten war der Begriff „Ultralinke“ von der Parteiführung als Kampfbegriff ähnlich der Unterscheidung zwischen „EKKI-treuen“ und „EKKI-feindlichen“ Elementen frei erfunden⁸⁰⁰. Wie nichtssagend er gebraucht wurde, zeigte die Intervention Thälmanns auf dem 6. Weltkongress der Komintern, als er von den „ultralinken Trotzlisten“ sprach, die „theoretisch“ links, aber „praktisch (...) Rechte“ seien⁸⁰¹. Thälmann setzte nur die Argumentation Ruth Fischers fort.

Dass die Etikettierung der Fraktionen in der KPD nicht ganz so einfach ist, wie sie die Historische Kommunismusforschung überwiegend darstellt, soll am Beispiel des Gründungsparteitags der KPD aufgezeigt werden. In der Literatur wird die KPD mit ihrem Gründungsparteitag vom 30.12.1918-1.1.1919 in Berlin als Partei mit marxistischer

⁷⁹⁸ Lenin, W. I., *Der „linke Radikalismus“ die Kinderkrankheit im Kommunismus*, Peking 1973 (o. O. 1920), S. 35 f.

⁷⁹⁹ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 121 f.

⁸⁰⁰ Zu den Fällen Scholem und Rosenberg, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 146.

⁸⁰¹ Bahne, Siegfried, *Der Trotzismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern*, Heidelberg 1958, S. 151.

Führung charakterisiert, der ein „ultralinken Flügel“ gegenüberstand⁸⁰². Dies wird an der Diskussion über die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung, die gegen die Parteiführung um Rosa Luxemburg von einer Mehrheit der Delegierten mit 62 : 23 Stimmen abgelehnt wurde, festgemacht. Eine Mehrheit soll auch für den Austritt aus den reformistischen Gewerkschaften eingetreten sein⁸⁰³, worüber jedoch nicht abgestimmt wurde. Den Gegnern der Teilnahme an der Wahl zur Nationalversammlung und der Mitarbeit in den freien Gewerkschaften wird von Hermann Weber ein „utopischer Radikalismus“ unterstellt⁸⁰⁴. Von Pierre Broué werden sie als „ultralinks“ und „sektiererisch“⁸⁰⁵ beurteilt.

Wie das Protokoll der Debatte auf dem Gründungsparteitag belegt, ist dort von einer Reihe Delegierten grundsätzlich gegen eine Wahlbeteiligung der KPD argumentiert worden⁸⁰⁶. Andere Gegner wie Eugen Leviné und Rosi Wolfstein sahen eine Beteiligung als „keine prinzipielle Frage“, aber als wichtig an⁸⁰⁷. Auch Rosa Luxemburg war bis zum 1. Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte am 16.-21. Dezember 1918 Gegnerin einer Beteiligung an Wahlen zu einem bürgerlichen Parlament gewesen, weil sie ein Räteresystem befürwortete. Die Nationalversammlung sei „als ein Attentat auf die Revolution“ abzulehnen⁸⁰⁸. Nachdem der Rätekongress beschlossen hatte, am 19.1.1919 die Wahlen zur Nationalversammlung durchzuführen, schwenkte sie um und schrieb am 23. Dezember einen – ebenfalls ungezeichneten – Artikel in der Zeitung *Rote Fahne*, worin sie die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung befürwortete⁸⁰⁹. Ihrem Schwenk um 180 Grad folgte die Leitung des *Spartakusbundes*. Rosa Luxemburg und die Führung des *Spartakusbundes* hatten demnach ein taktisches und kein prinzipielles Verhältnis zur Beteiligung an den Wahlen. Rosa Luxemburg war nicht etwa vor der Gründung der KPD eine verbohrte Ultralinke, um sich auf dem Gründungsparteitag mit einer marxistischen Position zu präsentieren. Da dieser am 30.12.1918 begann, mussten die anreisenden Delegierten von dem Kursschwenk ihrer Leitung völlig überrascht worden sein. Eine demokratische Diskussion der neuen Linie konnte zwischen dem Erscheinen von Luxemburgs Artikel und der Gründung der KPD kaum ausführlich stattgefunden haben. Dass Rosa Luxemburg in der Debatte auf dem Parteitag ihren Kontrahenten u. a. mit dem

⁸⁰² Weber, Gründungsparteitag, S. 38; Keßler unterscheidet „die beiden Haupttendenzen“ - der „linkssozialistischen Tendenz“ um Rosa Luxemburg und einer „radikal-utopischen Strömung“, vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 81.

⁸⁰³ Ebd., S. 87 f. und S. 137 f.

⁸⁰⁴ Weber, Wandlung, S. 38 f.

⁸⁰⁵ Broué, Pierre, Die Deutsche Revolution 1918-1923, Wien 2005, S. 32.

⁸⁰⁶ Weber, Gründungsparteitag, S. 129 f.

⁸⁰⁷ Ebd., S. 109.

⁸⁰⁸ [Luxemburg, Rosa], Auf die Schanzen, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan des Spartakusbundes, [1. Jg.], Nr. 30, Berlin 15.12.1918, ohne Seitenangabe, in: Rosa Luxemburg. Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 455.

⁸⁰⁹ [Luxemburg, Rosa], Die Wahlen zur Nationalversammlung, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan des Spartakusbundes, Nr. 38, Berlin 23.12.1918, [S. 1 f.], in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 474 f.

Argument begegnete, es könne nicht reiflich und gründlich genug überlegt werden, so wichtige Entscheidungen dürften nicht schnell übers Knie gebrochen werden, kann angesichts einer Diskussionszeit von einer Woche (tatsächlich dürfte es an den meisten Orten keine vorherige Debatte über den Kursschwenk gegeben haben) nur als Demagogie bezeichnet werden. Zudem war die Behauptung Paul Levis in seiner Einleitung zu dem Tagesordnungspunkt auf dem KPD-Gründungsparteitag, in Russland hätten sich bekanntlich die Bolschewiki stets an den Wahlen zur Nationalversammlung beteiligt, eine glatte Unwahrheit. Sie hätte leicht widerlegt werden können – durch Rosa Luxemburg. Schließlich hatte sich ihre *Sozialdemokratische Partei des Königreiches Polen und Litauen (SDKPiL)* Anfang 1906 genauso wie Lenins Bolschewiki und Trotzki für den Boykott der Wahlen zur russischen Duma ausgesprochen⁸¹⁰. Zur Zeit der KPD-Gründung Anfang 1919 war die kontroverse Debatte – hier bürgerliches Parlament, dort Rätessystem – längst noch nicht ausgestanden, wie die Ausrufung der Münchener Räterepublik am 6./7. April 1919 zeigen sollte. Die allgemeine Stimmung in der KPD zur Zeit ihrer Gründung war die, dass „der elementare Ansturm der Arbeiter- und zum Teil auch Bauernmassen in der allernächsten Zukunft die Bourgeoisie stürzen würde“⁸¹¹. Dieser Erwartungshaltung entsprach Rosa Luxemburgs Vorschlag der Wahlbeteiligung ganz und gar nicht.

Es gab demnach auf dem Gründungsparteitag der KPD nicht zwei, sondern drei Positionen: eine moderate, die sich mit Rosa Luxemburg und der Leitung des *Spartakusbundes taktisch für* die Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung aussprach; eine radikal linke, die sich mit Eugen Leviné und Rosi Wolfstein *taktisch gegen* eine Wahlbeteiligung und für den Auf- und Ausbau von (Betriebs)Räten aussprach; und drittens eine Position, die sich grundsätzlich, *prinzipiell gegen* jede Wahlbeteiligung stellte. Nur letztere könnte als ultralinks bezeichnet werden. In der damaligen Situation war selbst das fraglich, weil es für eine Nicht-Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung ebenso gute Argumente gab wie für eine Beteiligung. Selbst Rosa Luxemburg sah die Ablehnung einer Wahlbeteiligung nicht als dramatisch an⁸¹².

Viele Untersuchungen unterscheiden jedoch nicht zwischen einer Ablehnung aus taktischen oder aus prinzipiellen Gründen, sondern sehen jede Ablehnung einer Beteiligung

⁸¹⁰ Auch Lenin verbreitete eine unwahre Behauptung: „Im Jahre 1908 wurden die 'linken' Bolschewiki aus unserer Partei ausgeschlossen, weil sie sich hartnäckig weigerten, die Notwendigkeit der Beteiligung an dem erzreaktionären 'Parlament' einzusehen“, vgl. Lenin, W. I., *Der „linke Radikalismus“*, die Kinderkrankheit im Kommunismus, Peking 1973 (o. O. 1920), S. 19 f. Der Ausschluss erfolgte nicht aus der SDAPR, sondern aus der bis dahin einheitlichen bolschewistischen Fraktion.

⁸¹¹ Trotzki, Leo, *Die Schule der revolutionären Strategie*. Der III. Kongreß der Kommunistischen Internationale, in: Trotzki, Leo, *Die neue Etappe*. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Hamburg 1921, S. 59.

⁸¹² Letzter Brief Rosa Luxemburgs an Clara Zetkin über die Entwicklung der jungen KPD, [Berlin] 11.1.1919, in: Weber, Hermann/Drabkin, Jakob/Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.), *Deutschland, Russland, Komintern II. Dokumente 1918-1942*, Teilbd. 1, Berlin/München/Boston (Archive des Kommunismus – Pfade des 20. Jahrhunderts, Bd. 6/1), Dok. 10, S. 70 (im Folgenden zitiert: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Seite).

an der Wahl zur Nationalversammlung, also auch ein NEIN aus taktischen Gründen, als „ultralinks“, „anarchistisch“, „syndikalistisch“ oder „diffus radikalistisch“ an, können sich doch manche Historiker und Autoren eine Gesellschaftssystem ohne Parlament nicht vorstellen. Sie machen sich damit nicht etwa die Position Rosa Luxemburgs zueigen, die sie als prinzipiell missinterpretieren, anstatt sie als taktisch zu relativieren, sondern formulieren eine eigene Position⁸¹³. In dem Kapitel 2.8 *Ruhr-KPD gegen Arbeiteravantgarde* wird die gängige Charakterisierung der Fraktionen am Beispiel der Gewerkschaftspolitik der KPD im Ruhrgebiet hinterfragt.

2.7 Revolutionäre Ungeduld und veränderte Kräfteverhältnisse

Die sog. *Oktoberniederlage* 1923 führte bei den KPD-Mitgliedern zu einer „ungeheuer großen(n) Enttäuschung“⁸¹⁴. Doch hatten die Ereignisse des Jahres 1923 einen Großteil jener Minderheit von Mitgliedern radikalisiert, die in der KPD verblieben und nun nach Gründen für die kampflose Niederlage suchten. Der kommunistische Theoretiker Eugen Varga wies nachträglich darauf hin, große Teile der Mitgliedschaft der KPD hätten „nicht das Gefühl, von der Bourgeoisie niedergeschlagen, sondern von den rechten Fuehrern verraten worden zu sein“, weil die Partei „ueberhaupt nicht in den Kampf gegen die Bourgeoisie gefuehrt wurde“. Daher habe in der KPD die linke und nicht „die opportunistische Stroemung die Oberhand“ gewonnen⁸¹⁵. Die politische Niederlage machte den Weg für die linke Opposition frei. Sie sollte in Kürze die KPD erobern, was gegen den Willen der Kominternführung geschah. Innerhalb der KPD nahmen die Auseinandersetzungen an Schärfe zu. Unter dem Druck der Kritik brach die Leitungsmehrheit der moderaten Kommunisten auseinander. Anfang Dezember 1923 löste sich eine moderat kommunistische Gruppe um Ernst Meyer, Walter Stoecker, Hugo Eberlein, Franz Dahlem und Arthur Ewert von Brandler/Thalheimer⁸¹⁶ und konstituierte sich als sog. *Mittelgruppe*. Heftig prangerte die linke Opposition um Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Werner Scholem die Niederlage im sog. *Deutscher Oktober* und den Kurs der Brandler-Zentrale an. Sie werteten den Eintritt der KPD in die bürgerlichen Landesregierungen von Sachsen und Thüringen als entscheidenden, grundsätzlichen und strategischen Fehler⁸¹⁷.

⁸¹³ So Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 26; Moneta, Jakob, Zur Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, [Frankfurt/M. 1978], in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 5.

⁸¹⁴ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 242.

⁸¹⁵ Brief Eugen Vargas an Sinowjew zur Analyse der Oktoberereignisse und der Situation in der KPD, Berlin 3.4.1924, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 108, S. 375.

⁸¹⁶ Kinner, Klaus, Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Selbstverständnis und Realität. Die Weimarer Zeit, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 2012, S. 70 f.

⁸¹⁷ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 131 f.

Im KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord stellte sich im Frühjahr 1924 eine Mehrheit der Bezirksleitung gegen die bisherigen Leiter Graul und Stolzenburg, die Anhänger Brandler/Thalheimers blieben. Graul wurde vom Linkskommunisten Kurt Rosenbaum abgelöst⁸¹⁸. Der Wechsel verlief nicht reibungslos. Die vom Organisationsbüro der KPD-Rheinland-Westfalen-Nord herausgegebene Funktionärszeitschrift *Der Kommunistische Organisator* wurde vorübergehend aus „technischen Gründen“ eingestellt und erschien erst wieder am 23. Februar 1924, nachdem der linke Flügel das Organisationsbüro übernommen hatte⁸¹⁹. Am 9. März stimmten auf dem illegalen KPD-Bezirksparteitag Ruhrgebiet, wie nun der Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord hieß, 86 Delegierte für die linkskommunistische Opposition und nur fünf Delegierte für eine gemäßigte Linie⁸²⁰. Ähnlich konnte die linke Opposition auch die meisten anderen KPD-Bezirke erobern, die vorher von moderaten Kommunisten geführt wurden⁸²¹.

Im Ruhrgebiet wurde Kurt Rosenbaum zum neuen Politischen Bezirkssekretär, Wilhelm Schwan zum Organisationssekretär und Wilhelm Zaisser zum militärischen Leiter gewählt. Für die Erwerbslosenarbeit wurde Koppka/Essen verantwortlich. Der neuen BL gehörten die Arbeiter Dreystein/Essen, Sandmann/Hattingen und Triebeck/Wattenscheid an. In den Zentralausschuss der KPD wurden Schwan/Essen, Graulidat/Dortmund und Schulper/Gelsenkirchen delegiert. Zum Frankfurter Parteitag der KPD wurden Eichler/Essen, Westerwick/Krey, Nowak und Frau Horbach/Bochum, Schütz/Gelsenkirchen, Restetzki und Kuhlmann/Buer, Schnaudt/Duisburg, Körner/Dortmund und Kaczkowski/Hamborn geschickt. Zu Revisoren bestimmte der Bezirk Ruhr Stisler/Buer, Alfred Schroer/Essen und Maria Backenecker/Bochum⁸²². Wagner wurde für die Parteiarbeit in den Gewerkschaften verantwortlich und Kollwitz für die Betreuung der Betriebsräte.

Damit hatten die linken Kommunisten den Leitungskern des KPD-Bezirks Ruhrgebiet fast komplett ausgetauscht⁸²³. Unter ihnen stach Wilhelm Schwan hervor, der „am 5.1.1924 mit 12 anderen linksradikalen Führern, die Ende 1923 bei den Streiks und Unruhen in Rheinhausen sich besonders hervorgetan hatten, von den belgischen Besatzungsbehörden

⁸¹⁸ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 742.

⁸¹⁹ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), *Der Kommunistische Organisator*, [Essen] 23.2.1924, [S. 1], LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

⁸²⁰ Weber, Wandlung, S. 61.

⁸²¹ Dagegen geht Hedeler unter Berufung auf Hoffrogge von der „Umstellung“ von 22 der 27 KPD-Bezirksleitungen durch Druck vom nun linken Organisationssekretariat aus, vgl. Hedeler, Wladislaw, Neue Untersuchungen über Linke Kommunisten in der KPD, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Babrowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2015, S. 287.

⁸²² Bezirk 18. An die Zentrale Or.-Büro. Bericht vom Bezirks-Parteitag., [Essen] 11.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 25. Nach Weber/Herbst war Wilhelm Schwan zum Gewerkschaftssekretär des Ruhrbezirks gewählt worden.

⁸²³ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 51. Hans Kollwitz war nicht von 1924 bis Mitte 1925 Organisationssekretär der Ruhr-KPD wie Weber/Herbst annehmen, vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 480.

ausgewiesen“ wurde⁸²⁴. Allerdings behielten die moderaten Kommunisten starke Stützpunkte wie in Dortmund, wo die linken Kommunisten zu der Kommunalwahl im Mai 1924 nur die Hälfte der Stadträte auf der KPD-Liste durchbringen konnten⁸²⁵.

Die Politik der linken Kommunisten unterschied sich deutlich von der ihrer Vorgänger. Nach Fischer, Thälmann und König musste die KPD „mit der Taktik der Einheitsfront als einem Bündnis mit der VSPD. und dem ADGB“ brechen. In der Gewerkschaftspolitik wandten sich die Drei gegen eine Spaltung der Gewerkschaften, lehnten aber eine „aufgezwungene(n) Spaltung“ nicht ab. Die KPD müsse sich auf die Betriebsräte konzentrieren⁸²⁶. Die in der KPD Ruhr so genannte „Linksorientierung“⁸²⁷ bedeutete nicht nur die Absetzung der alten gemäßigten Führungsgarnitur, sondern eine „grundsätzliche Aenderung des Systems und der gesamten Politik“ der KPD. Die Forderung der Sachwerterfassung und der Eintritt in Arbeiterregierungen wurden fallen gelassen, obwohl die linken Kommunisten im Ruhrkampf selbst für eine revolutionäre Arbeiterregierung eingetreten waren. Die KPD sah sich nun als „einzige Arbeiterpartei“, die SPD als eine Partei des Verrats und der Konterrevolution an. Mit ihr gebe es keine Gemeinsamkeit. Die Sozialdemokratie müsse „politisch vernichtet“ werden. Aufgabe der KPD sei die Führung des Proletariats. Statt auf spontane Aktionen zu warten, müsse die KPD versuchen, selbstständig Aktionen auszulösen, um das Proletariat zu revolutionieren. Bei den Betriebsräten sei der Rätegedanke zu betonen, in der Gewerkschaftsarbeit gegen die reformistische Bürokratie zu mobilisieren. Um ihren politischen Aufgaben gerecht zu werden, müsse die Partei auch organisatorisch umgestellt d. h. bolschewisiert werden⁸²⁸. Damit versuchten die linken Kommunisten im Jahr 1924 die Politik fortzusetzen, die sie im Jahr 1923 nicht ganz erfolglos vertreten hatten. Indem sie jedoch den sog. *Deutschen Oktober* nicht als Wendepunkt einschätzten, der die Änderung von einer offensiven hin zu einer defensiven Ausrichtung der Taktik erforderlich machte, ignorierten sie die schwere Niederlage, die die Arbeiterbewegung erlitten hatte. Zu diesem Zeitpunkt gingen selbst die moderaten Kommunisten der *Mittelgruppe* von „eine(r) sehr starke(n) und ernste(n) Erschütterung der Stabilisierung“ aus, weshalb die KPD sich „auf die steigende Welle der Revolution einstellen“ müsse⁸²⁹. Auch in der Organisationsfrage unterschied sich die linke Führung der KPD-Ruhr von ihren Vorgängern. Im Ruhrgebiet traten die linken Kommunisten Rosenbaum und Schwan Anfang 1924 für die Schaffung einer „eisernen

⁸²⁴ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Wilhelm Schwan RW 58/44864, Bl. 2.

⁸²⁵ Die Dortmunder Gemeindewahl, in: *Dortmunder Zeitung*, 97. Jg., Nr. 210, Dortmund 5.5.1924, S. 1, Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 8745.

⁸²⁶ Fischer, Ruth/Thälmann, Ernst/König, Arthur, *Zur Gewerkschaftsfrage in Deutschland*, Die Rote Gewerkschaftsinternationale. Organ des Vollzugsbüros der RGI, 4. Jg., Nr. 1, Moskau 1924, S. 24 f.

⁸²⁷ Bericht, o. O. o. D., LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 105.

⁸²⁸ Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), *Der Kommunistische Funktionär*, 1. Jg., Nr. 8, [Essen] 19.3.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 1.

⁸²⁹ Flechtheim, KPD, S. 156 f.

kommunistisch-bolschewistischen Partei“ ein. Diese müsse eine „klare und zuverlässige Leitung“, eine „konsequente Linie“ und eine „eiserne Parteidisziplin“ besitzen⁸³⁰.

Die Suche nach einer Organisationsform, die sich stark von der aus der Tradition der SPD kommenden unterschied, war nach der sog. *Oktoberniederlage* psychologisch verständlich. Die sachliche Begründung lag darin, dass die Organisation der SPD vor dem Ersten Weltkrieg auf einer Vereinsstruktur beruhte. Nicht nur die sozialdemokratischen Kultur-, Sport- und Genossenschaftsorganisationen waren Vereine, sondern auch die eigentliche Parteiorganisation bestand aus lokalen sozialdemokratischen Vereinen⁸³¹. Die SPD hatte Großes geschaffen und besaß 1913 ca. eine Million Mitglieder, 90 Tageszeitungen und viereinhalb Millionen Wähler, die 110 Abgeordnete in den Reichstag gewählt hatten. Vor allem war es der SPD gelungen, über die vielfältigen Vereine „aus dem klassenführenden den klassenbewußten Arbeiter, aus dem Mitläufer den Klassenkämpfer zu formen“⁸³². Die fast dezentrale Struktur gab den Arbeitern viele Anstöße zur eigenen Meinungsbildung, schloss aber eine überzentralisierte Führung durch den Parteivorstand nicht aus. Extremes Beispiel war die SPD in Leipzig, die vor 1914 von einer „Körperschaft“ geführt wurde, die alle politischen und organisatorischen Angelegenheiten im Geheimen (vor)entschied⁸³³. Revolutionär war die SPD-Mitgliedschaft nicht gewesen: „Die Arbeiter trafen sich nur einmal im Monat auf den traditionellen Zahlabenden. Sehr viel revolutionären Einsatz verlangte man von ihnen nicht (...)“⁸³⁴. Ihre Herkunft aus der Sozialdemokratie prägte auch viele Funktionäre der USPD und der frühen KPD für die das ZK-Mitglied der RKP(B), Adolf Joffe, nur die Bezeichnung „politische Spießbürger“, die „unfähig (...) zur illegalen und (...) revolutionären Arbeit“ seien⁸³⁵, fand. Mit dieser Tradition wollte die Ruhr-KPD brechen. Die revolutionäre Partei sollte so „wie die russische“ werden⁸³⁶.

Erst Anfang März 1924, nach mehr als vier Monaten im Untergrund, konnte sich die KPD wieder legal betätigen. Ihre revolutionären Ansprüche versuchte die linke KPD-

⁸³⁰ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), *Der Kommunistische Organisator*, Essen 23.2.1924, S. 1, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

⁸³¹ So erschien 1916 das oppositionelle „Mitteilungsblatt“ im Namen des „Sozialdemokratischen Vereins Duisburg“, vgl. Sozialdemokratischer Verein Duisburg, *Mitteilungsblatt*, Nr. 3, Mitte Juni 1916, S. 1. Nicht anders war die SPD in anderen Städten organisiert. Prager sprach vom oppositionellen „Sozialdemokratischen Verein Stuttgart“, vgl. Prager, Eugen, *Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1921, S. 40.

⁸³² Prager, Eugen, *Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, Berlin 1921, S. 14 f.

⁸³³ Fröhlich, Paul, *Im radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921*, S. 67 f. Wie Fröhlich schreibt, wurden in die sog. „Körperschaft“ nur bewährte Aktivisten strömungsübergreifend kooptiert: „Die Korpore war die eigentliche Parteimaschine“ und kontrollierte alle sozialdemokratischen Vereine und Gewerkschaften am Ort.

⁸³⁴ Meyer-Levine, Rosa, *Leben und Tod eines Revolutionärs*, München 1974, S. 56.

⁸³⁵ Brief des sowjetrussischen Vertreters in Deutschland, Adolf Joffe, an Lenin über die Unfähigkeit der deutschen Linksozialisten zur Revolution, Berlin 5.9.1918, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 1b, S. 45.

⁸³⁶ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), *Der Kommunistische Organisator*, Essen 23.2.1924, S. 1, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

Bezirksleitung Ruhr schon einen Monat vorher in die Tat umzusetzen, als sie in Dortmund zu einer Großdemonstration für die Durchsetzung der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau, von täglich acht Stunden Normalarbeitszeit in der Industrie, der Eingliederung der Erwerbslosen in den Produktionsprozess und gegen die Militärdiktatur aufrief. Nach Angaben des Wehrkreiskommandos der Reichswehr in Münster sollten *Proletarische Hundertschaften* mit Revolvern und Handgranaten die Polizei vom Angriff auf die Demonstranten abhalten. Während der Vorbereitung der Demonstration nahm die Polizei die Kampfleitung der Dortmunder KPD mit dem Parteisekretär Heinrich Körner und weiteren Funktionären fest. Die Demonstration konnte von der Polizei zerschlagen werden⁸³⁷. Ähnliche Demonstrationsversuche in Essen und Duisburg wurden durch die verstärkte Präsenz der Besatzungstruppen und der deutschen Polizei unterbunden⁸³⁸. Die kommunistischen Aktivitäten blieben nicht ohne Auswirkungen.

Ende März 1924 forderte der BAV dreißig Prozent Lohnerhöhung und kündigte das Überstundenabkommen. Von der Zeche *Altstaden* in Oberhausen ging eine Streikbewegung aus, die aber nach wenigen Tagen wieder erlosch. Nach einem von beiden Seiten abgelehnten Schiedsspruch herrschte ein tarifloser Zustand, bis der BAV am 1. Mai den Streik erklärte. Während die Bergarbeiter die Sieben-Stunden-Schicht forderten, verteidigten die Zechenbesitzer die Acht-Stunden-Schicht⁸³⁹. Das Reichsarbeitsministerium erklärte die achttündige Schicht unter Tage und die Zwölf-Stunden-Schicht über Tage und eine Lohnerhöhung von 15 Prozent für verbindlich. Als die Bergarbeiter trotzdem nach sieben Stunden ausfuhren, wurden alle Beteiligten, darunter ganze Belegschaften, entlassen. Nach vier Wochen Streik kehrten die Bergarbeiter für eine zwanzigprozentige Lohnerhöhung wieder an die Arbeit zurück. Eine Arbeitszeitverkürzung auf sieben Stunden pro Schicht wurde nicht durchgesetzt. Die KPD hatte zwar zur Fortsetzung des Streiks aufgerufen und die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* den Kampfwillen gestärkt, aber der Einfluss der gemäßigten christlichen und reformistischen Gewerkschaften war nicht zu brechen gewesen⁸⁴⁰. Nur auf fünfzehn Zechen ging der Streik weiter. Die linkskommunistische Ruhr-KPD rief nicht nur zu Demonstrationen auf, sondern setzte auf militante Streikposten. Bewaffnet mit Knüppeln, Eisenstangen und Revolvern sollten sich die Bergarbeiter vor den Zechen einfinden, um diese abzuriegeln und Streikbrecher zu

⁸³⁷ 6. Division, Demonstration der K.P.D. v. 13.2.1924, Münster 1.3.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 57 f.

⁸³⁸ Der Oberbürgermeister, Betrifft: Kommunistische Demonstration, Duisburg, 15.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16973, Bl. 19; Der Polizeipräsident, Betrifft: Demonstration der Kommunisten am 13. Februar 1924, Essen 15.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16973, Bl. 27.

⁸³⁹ Spethmann, Hans, Der Maistreik 1924 im Ruhrbergbau. Ein grundsätzlicher Arbeitskampf, Berlin 1932, S. 15 f.

⁸⁴⁰ Der Revolutionär. Diskussions- und Mitteilungsblatt der Bezirke Niederrhein und Mittelrhein, 1. Jg., Nr. 3-4, Düsseldorf 16.6.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 19. Durch einen Schiedsspruch waren fünf Prozent Lohnerhöhung hinzugekommen.

verprügeln⁸⁴¹. Ähnlich versuchte die kommunistisch geführte *Union der Hand- und Kopfarbeiter* Streiks durch die Besetzung von Zechen zu erzwingen. So stürmten in der Nacht vom 23. zum 24. Mai 1924 dreihundert bis vierhundert Arbeiter die Zeche *Zentral* in Gelsenkirchen, hatten damit aber keinen Erfolg⁸⁴². Die KPD wertete den Streik als Niederlage, für die die Gewerkschaftsbürokratie die Verantwortung trage⁸⁴³. Die militante Streik- und Demonstrationstaktik der linkskommunistischen KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet konnte keinen Durchbruch erzielen. Immerhin hatten die Bergarbeiter eine Lohnerhöhung durchgesetzt. Der Streik war nicht völlig erfolglos ausgegangen. Er führte aber nach Einschätzung der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet zu politischen Lähmungserscheinungen in der Arbeiterklasse⁸⁴⁴. Kommunisten auf verschiedenen Schachtanlagen in Duisburg und Bochum lehnten die Einladung von KPD-Referenten zu Belegschaftsversammlungen ab, um nicht SPD-Mitglieder vor den Kopf zu stoßen⁸⁴⁵. Nach ihrem Erfolg im Bergbau folgten die Unternehmerverbände anderer Branchen, die die Arbeitszeit auf zehn, zwölf oder sogar dreizehn Stunden heraufzusetzen suchten. In der Metallindustrie erlitten die Arbeiter nach acht Wochen Kampf, an dem sich angeblich 700.000 Arbeiter beteiligten⁸⁴⁶, eine schwere Niederlage und die Unternehmer konnten auf breiter Front die Zehn- und Zwölf-Stunden-Schicht durchsetzen⁸⁴⁷. Nach dem Sieg der Ruhrindustriellen begann eine enorme Rationalisierungswelle im Ruhrbergbau, um gegenüber der englischen Konkurrenz Boden gut zu machen. Der Einsatz von Maschinen unter Tage stieg zwischen 1913 und 1925 um 682 Prozent⁸⁴⁸. Finanziert wurde die Rationalisierung durch 715 Mio. Goldmark, die die Regierung den Eignern der Kohle- und Hüttenwerke auf geheimen Kanälen als Entschädigung für die Besatzungszeit zahlte⁸⁴⁹. Von 1923 bis September 1925 sank im Ruhrgebiet die Zahl der beschäftigten Bergarbeiter

⁸⁴¹ Telegramme an das kämpfende Ruhrproletariat, Nr. 3, Hamm 15.5.1924, in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 89.

⁸⁴² Rundschreiben Nr. 11, An alle Schacht- und Betriebsobleute, Bochum 20.5.1924 (Abschrift), in: Der Oberpräsident, An den Herrn Preussischen Minister des Innern, Münster 24.5.1924 (Abschrift), Landesarchiv NRW Duisburg, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 158 f.

⁸⁴³ Der Rote Bergarbeiter. Bulletin des Propaganda-Komitees der internationalen revolutionären Bergarbeiter, Nr. 5, o. O. Juni 1924, in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 29.

⁸⁴⁴ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 51.

⁸⁴⁵ Die U.B.L. Leitung (K.P.D.), An alle Ortsgruppen (Abschrift), Duisburg 28.5.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 108.

⁸⁴⁶ Heckert, [Kommunistische Internationale], Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, 2. Aufl., Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), S. 866 f.

⁸⁴⁷ Kommunistische Partei Deutschland, Bezirksleitung Ruhrgebiet (Essen) – Bezirksleitung Niederrhein (Düsseldorf) – Bezirksleitung Mittelrhein (Köln) – Zentrale der Industriegruppe Bergbau der Union der Hand- und Kopfarbeiter, An das werktätige Volk des Rhein-Ruhr-Gebiets, Essen Oktober 1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 8.

⁸⁴⁸ Spethmann, Hans, Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik. Das Ruhrrevier der Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1938, S. 721 f.

⁸⁴⁹ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 77.

von 563.000 auf 406.000⁸⁵⁰. Zwischen 1923 und 1932 wurden in zwei Schüben 110 Zechen mit 141.000 Arbeitsplätzen stillgelegt⁸⁵¹.

Je mehr sich die Arbeitsbedingungen verschlechterten, desto nutzloser erschienen den Arbeitern die Gewerkschaften. Ihr Versagen bei der Sicherung des Lebensstandards führte zu einer riesigen Austrittswelle. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder fiel fast um die Hälfte auf nicht einmal vier Millionen Mitglieder 1924⁸⁵². Ähnlich drastisch ging die Mitgliedschaft der *Kommunistische Partei Deutschlands* von 294.230 Mitgliedern im September 1923 auf 121.394 Mitglieder im April 1924 zurück. Der Verlust von 172.836 Mitgliedern war auf die *Oktoberniederlage* und die viermonatige Illegalität zurückzuführen, denn die linken Kommunisten übernahmen erst im April 1924 die Parteiführung. Diese war dann allerdings für den weiteren Rückgang von 121.394 Mitgliedern auf 95.000 Mitglieder im zweiten Quartal 1924 verantwortlich, was noch einmal 26.394 Mitglieder weniger bedeutete⁸⁵³. Im Ruhrgebiet ging die KPD von vor der Illegalität erfassten 21.259 Mitgliedern⁸⁵⁴ auf 5.757 Mitglieder⁸⁵⁵ im März 1924 bzw. 6.022 Mitglieder⁸⁵⁶ im April zurück. Das war ein Drittel der Mitgliedschaft vom April 1923⁸⁵⁷. Die neue linkskommunistische Mehrheit wurde nicht durch die „Passivität“ der Mitgliedschaft „nach oben gespült“⁸⁵⁸, sondern durch die Austrittswelle der gemäßigten bzw. demoralisierten Kommunisten⁸⁵⁹ und die Radikalisierung der verbliebenen Minderheit. Die Krise der KPD lag nicht an der neuen linken Führung, sondern ermöglichte den linken Kommunisten erst, die zentralen und regionalen Schaltstellen der KPD zu erobern. Um dies zu erleichtern, wurden die führenden moderaten Kommunisten Brandler und Thalheimer ausgeschaltet. Das EKKI befahl sie nach Moskau, wo sie festsaßen⁸⁶⁰.

Wie stark eine revolutionäre Stimmung innerhalb der Arbeiterklasse des Ruhrgebietes noch Monate nach der *Oktoberniederlage* anhielt, zeigten die Betriebsratswahlen von 1924 im

⁸⁵⁰ Spethmann, Hans, Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik. Das Ruhrrevier der Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1938, S. 753 f.. Dagegen vermisst Plumpe eine „konsequente Politik der Stilllegung von Kapazitäten“, vgl. Plumpe, Werner, Vom Schlotbaron zum Global Player. Unternehmen und Unternehmer an der Ruhr seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 107.

⁸⁵¹ Jäger, Wolfgang, Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: Goch, Stefan./Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001, S. 128 f.

⁸⁵² Winkler, Schein der Normalität, S. 208 f.

⁸⁵³ Weber, Wandlung, S. 362.

⁸⁵⁴ Ebd., S. 374.

⁸⁵⁵ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 53.

⁸⁵⁶ Mitglieder der Bezirke, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 106.

⁸⁵⁷ Bezirksleitung, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 216. Die dort ebenfalls genannte Zahl von 8476 Mitgliedern für April 1924 scheint zu hoch gegriffen.

⁸⁵⁸ Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 103.

⁸⁵⁹ Weber verweist auf nicht verwurzelte Mitglieder, vgl. Weber, Wandlung, S. 78.

⁸⁶⁰ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 140 und S. 929.

Ruhrbergbau. Dabei erzielte die der KPD nahe stehende Gewerkschaft *Union der Hand- und Kopfarbeiter* mit 92.244 Stimmen das beste Ergebnis ihrer kurzen Geschichte – nur ein paar Tausend Stimmen weniger als der *Bergarbeiterverband*. Sie erlangte sogar mehr Betriebsratsmandate als ihre reformistische Konkurrenz. Während alle gemäßigten Verbände ca. 160.000 Stimmen bekamen, konnten die revolutionären Gewerkschaften (Union und Syndikalisten) ca. 120.000 Stimmen gewinnen⁸⁶¹. Bei den Reichstagswahlen Anfang Mai 1924 erzielte die KPD im Ruhrgebiet herausragende Resultate:

**Stimmen bei der Reichstagswahl im Mai 1924 in einigen
Ruhrgebietsstädten⁸⁶²**

	SPD	KPD
Gelsenkirchen	8.155	32.866
Bochum	9.141	18.968
Horst-Emscher	959	4.069
Buer	4.200	11.235
Recklinghausen	2.777	5.501
Essen	24.603	54.118
Mülheim	7.095	12.477
Duisburg	16.085	25.123

Bei den fast gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen wurde die KPD in Dortmund, Duisburg, Gelsenkirchen, Herne und Mülheim zur stärksten Partei. Dabei wandten sich nicht etwa viele Wähler der KPD zu, wie Herlemann es sieht⁸⁶³. Ganz im Gegenteil: Viele, die im Sommer und Herbst 1923 die KPD unterstützt hatten, hatten sich längst wieder von ihr abgewandt. Die parteipolitischen Nachbeben der Wahlen von 1924 lassen ahnen, wie stark die revolutionären Erdstöße und Verschiebungen 1923 gewesen waren und wie weit der Einfluss der KPD im Ruhrgebiet vor der schweren Niederlage im Oktober gereicht hatte.

Die guten Ergebnisse bestärkten die Linkskommunisten im Bezirk Ruhr wie auch in der Berliner KPD-Zentrale in ihrer radikalen Taktik. Doch mit der sog. *Oktoberniederlage* und den drei folgenden Schlappen von Dezember 1923, Januar und Mai 1924 im Kampf um die Arbeitszeit veränderten sich im Ruhrgebiet die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse zu Gunsten des Kapitals. Dies drückte sich politisch darin aus, dass die Arbeiterklasse ihre Aktivitäten von Streiks auf Wahlen verlagerte. Viele der vorübergehend radikalisierten Arbeiter fanden wieder zu gemäßigten Positionen zurück, während sich ein kleinerer Teil der Arbeiterschaft weiter radikalisierte. Die geänderte politische Lage wurde von der linken Parteiführung ignoriert und ihr mit Durchhalteparolen begegnet. Fischer/Maslow/Scholem meinten, dass die Regierung in einer sich verschärfenden Krise

⁸⁶¹ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 101.

⁸⁶² Die Reichstagswahl, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 56. Jg., Nr. 105, Erstes Blatt, Wattenscheid 5.5.1924, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

gezwungen sei, alle Kämpfe niederzuschlagen. Nur die KPD stehe auf Seiten der Arbeiterklasse⁸⁶⁴. Die KPD-Zentrale rechnete mit einer erneuten Phase der Illegalität und bereitete die Partei darauf vor⁸⁶⁵. Nach Illegalität und enttäuschenden Niederlagen befand sich die Ruhr-KPD in einem schlechten Zustand. Zwei Drittel der ca. 5.000-6.000 verbliebenen Mitglieder waren durch die vielen Entlassungen erwerbslos geworden⁸⁶⁶. Zwar wuchs die KPD im Ruhrbezirk bis Dezember 1924 auf 11.000 Mitglieder⁸⁶⁷ an, war aber weit von der früheren Stärke entfernt. Andere Gründe der eigenen Schwäche waren hausgemacht. Die linken Kommunisten waren unfähig, die veränderte politische Lage eigenständig zu analysieren. Sie antworteten mit Parolen von gestern, die auf eine revolutionäre Offensive und phasenweise sogar auf den bewaffneten Aufstand ausgerichtet waren, in einer Situation, die defensive Losungen erforderte. Das war sektiererisch und der politischen Lage völlig unangemessen; „ultralinks“⁸⁶⁸ im klassischen Sinn a lá KAPD war das nicht.

Im ersten Halbjahr 1924 führten die Konflikte zwischen linken und moderaten Kommunisten zu örtlichen Brüchen. Die moderaten Kommunisten um Brandler/Thalheimer wurden von den linken Kommunisten als halbe Sozialdemokraten angesehen, die die KPD ruiniert hätten. Konferenzen forderten ihren Ausschluss, wie eine Parteikonferenz des Bezirks Ruhrgebiet am 1. Februar 1924⁸⁶⁹. In Essen verließ der frühere KPD-Bezirksvorsitzende Albert Stolzenburg die Partei⁸⁷⁰. Wegen Bildung einer „rechten Fraktion“ wurde der ehemalige Politische Leiter der BL, Graul, am 7.9.1925 aus der KPD ausgeschlossen⁸⁷¹ und wahrscheinlich zum gleichen Zeitpunkt die Funktionäre Hansen, Wozniakowski, Eckhardt, Hennigs, der Jugendverantwortliche Stetter in Essen und Völker in Hamborn⁸⁷². Darunter waren vier Mitglieder, die der alten Bezirksleitung angehört hatten. Das war ein undemokratischer Akt. In Gelsenkirchen wurde der Funktionär Rübhausen aus der Partei geworfen. Im dortigen Unterbezirk kam es zu heftigen Debatten zwischen der linken Mehrheit und dem Rotthausener Stadtteilverband um den moderaten

⁸⁶³ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 28 f.

⁸⁶⁴ Zentrale der KPD, An alle Ortsgruppen, Berlin 5.6.1924 (Abschrift), in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 140.

⁸⁶⁵ Betrifft K.P.D., o. O. o. D. (Abschrift), in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 81 f.

⁸⁶⁶ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 51.

⁸⁶⁷ Weber, Wandlung, S. 374.

⁸⁶⁸ Weber, Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2007, S. 234.

⁸⁶⁹ Zusammenstellung der Parteikonferenzen, in: Sitzung des Zentralkomitees der KPD vom 19. Februar 1924, [Berlin] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/20, Bl. 93.

⁸⁷⁰ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 908.

⁸⁷¹ Landesarchiv NRW Duisburg, RW 58/71001, Gestapoakte Ernst Graul, Bl. 3.

⁸⁷² Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 53 f.

Kommunisten Samorei⁸⁷³. Die Bezirksleitung beschuldigte moderate Kommunisten wie Stolle in Rotthausen und Funk in Herringen, sie würden versuchen, ihren Ausschluss zu provozieren. Trotz der Ausschlüsse verblieben den moderaten Kommunisten Stützpunkte in der KPD in Hamm/Herringen um Albert Funk, in Dortmund um Karl Lotz, in Gelsenkirchen-Rotthausen um Ernst Samorei, in Duisburg um Oskar Triebel, in Eickel⁸⁷⁴, in Recklinghausen und in Essen. Die Ausschlüsse trafen in der ganzen KPD ca. 50 Personen⁸⁷⁵. Es waren die linken Kommunisten, die im KPD-Bezirk Ruhrgebiet zum ersten Mal oppositionelle moderate Mitglieder ausschlossen, nur weil diese weiterhin die gleiche Meinung vertraten, die sie bisher als führende Funktionäre der KPD vor Ort bzw. in der Bezirksleitung vertreten hatten – ein Tabubruch, der die ganze Organisations- und Diskussionskultur der KPD negativ beeinflussen sollte. Kein linker Kommunist des Bezirks Ruhrgebiet protestierte dagegen.

Bei der Reichstagswahl im Dezember 1924 wurde offensichtlich, dass der Einfluss der KPD stark zurückgegangen war. So hatte die KPD im Mai 1924 in Dortmund 30,8 Prozent der Stimmen erhalten gegenüber 15,5 Prozent für die SPD. Ein halbes Jahr später hatten sich die Verhältnisse umgekehrt. Im Dezember 1924 bekam die KPD in Dortmund 15,5 Prozent der Stimmen, die SPD erreichte 28,8 Prozent⁸⁷⁶. Ähnlich sah es in anderen Städten des Ruhrgebiets aus. Vor dem Hintergrund des Stimmenverlustes, die KPD verlor eine Million Wähler⁸⁷⁷, schlitterte die Bezirksleitung der KPD-Ruhrgebiet zur Jahreswende 1924/1925 in eine Führungskrise, die mit der Person des neuen Polleiters des Bezirks, Gustav R(eicher)⁸⁷⁸ zu tun hatte. Drei Monate nachdem die KPD-Zentrale den bisherigen Polleiter Kurt Rosenbaum gegen den Willen der KPD-Bezirksleitung aus dem Ruhrgebiet abgezogen und zum Polleiter des Bezirks Halle-Merseburg gemacht hatte⁸⁷⁹, trat Gustav R(eicher) seine Funktion als neuer Politischer Leiter im KPD-Bezirk Ruhrgebiet an – gegen erhebliche Vorbehalte der Bezirksleitung. Schon nach kurzer Zeit entstanden Konflikte zwischen der BL und R(eicher). Mal wurde ihm, einem Vertreter der Linken, die Begünstigung rechtskommunistischer Fraktionsarbeit im Unterbezirk Essen vorgeworfen.

⁸⁷³ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 57 f.

⁸⁷⁴ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Betr.: Rechte Fraktionsarbeit, Essen 14.3.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 95.

⁸⁷⁵ Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 80 f; Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004, S. 110.

⁸⁷⁶ Graf, Hans, Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund, Hannover/Frankfurt am Main 1958, S. 31 f.

⁸⁷⁷ Weber, Wandlung, S. 102.

⁸⁷⁸ Dafür, dass es sich um Gustav Reicher handelte, sprechen neben den Initialen „Gustav R.“ u. a., dass er Polnisch sprach und vorhergehend in Oberschlesien politisch tätig gewesen war. Vgl. Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen] o. D., SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 8 f; Trotzki, Leo, Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale, [Alma Ata] 28.6.1928, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1269, Anmerkung 118.

⁸⁷⁹ Es ist nicht ersichtlich, dass Kurt Rosenbaum im Bezirk Halle-Merseburg zu einem „führenden Oppositionellen“ wurde (Bois, Linke Opposition, S. 742).

Mal hieß es, sein Flugblattentwurf für den sog. *Roten Tag* in Dortmund sei in einem hysterischen Stil geschrieben und vollständig frankophil gehalten, weshalb 250.000 Flugblätter wieder eingestampft werden mussten. Vor allem wurde R(eicher) sein diktatorisches Auftreten angekreidet. Nach handfesten Konflikten rief die Berliner KPD-Zentrale Gustav R(eicher) als Polleiter aus dem Ruhrgebiet ab. Die KPD-Zentrale schickte Theodor Neubauer ins Ruhrgebiet⁸⁸⁰.

Unmittelbar nach dem 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Juni/Juli 1924 in Petrograd schrieb Karl Korsch, einer der Theoretiker der neuen linkskommunistischen KPD-Führung, in der Leningrader *Prawda* über die Lehren, die der Kongress aus der „ungeheuer großen Niederlage“ in Deutschland gezogen habe, wo die revolutionäre Bewegung durch das Versagen ihrer Führung in ihrer Entwicklung zurückgeworfen worden sei. Die „scheinbare Stabilisierung“ sei wieder „verfliegen“. Die Frage der revolutionären Machtergreifung stehe mehr denn je auf der Tagesordnung⁸⁸¹. Damit fasste Korsch den in sich widersprüchlichen Standpunkt der KPD-Führung um Fischer/Maslow/Scholem, ihr Selbstverständnis und ihre Vision zusammen. Denn entweder stand die Revolution mehr denn je auf der Tagesordnung, dann konnte die „ungeheuer große Niederlage“ keine gewesen sein oder die Arbeiterbewegung hatte eine schwere Niederlage erlitten, dann stand eine Politik der Defensive, aber nicht die revolutionäre Machtergreifung an. Auch die Sprecherin der KPD, Ruth Fischer, hielt auf dem 5. Weltkongress eine revolutionäre Zuspitzung der politischen Lage für möglich⁸⁸² und die KPD für bereit, in jedem Augenblick das Proletariat in den Kampf um die Macht zu führen⁸⁸³. Die politische Fehlorientierung der linkskommunistischen Führung der KPD passte zu dem Referat des Vorsitzenden der Komintern, Sinowjew, der über Deutschland behauptete: „Die Lage ist revolutionsschwanger“⁸⁸⁴. Damit erwies sich sowohl die linke Führung der kommunistischen Weltbewegung wie die der KPD eindreiviertel Jahr nach dem sog. *Deutscher Oktober* als unfähig, die Schwere der Niederlage angemessen zu verarbeiten. Innerhalb der WKP(B) war Trotzki für ein Ausnutzen der revolutionären Lage eingetreten, die „wenigstens vom Sommer bis zum Spätherbst 1923 in Deutschland

⁸⁸⁰ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 631.

⁸⁸¹ Korsch, Karl, *Proletarische Niederlagen, proletarischer Sieg*, in: *Neue Zeitung. Organ der KPD für Großthüringen (Sektion der 3. Internationale)*, 6. Jg., Nr. 104, Jena 21.7.1924, S. 1 f., Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, Collection Korsch 269.

⁸⁸² Fischer, Ruth, Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage, in: [Kommunistische Internationale], *Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Bd. 1, 2. Aufl., Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), S. 207.

⁸⁸³ Radek, Karl, Fortsetzung der Diskussion über die Tätigkeit der Exekutive und über die Weltlage, in: [Kommunistische Internationale], *Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Bd. 1, 2. Aufl., Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), S. 183.

⁸⁸⁴ Sinowjew, Bericht über die Tätigkeit der Exekutive, in: [Kommunistische Internationale], *Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale*, Bd. 1, 2. Aufl., Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), S. 97.

(bestanden habe)⁸⁸⁵. Das unterschied ihn diametral von Karl Radek, mit dem er in der *Linken Opposition* verbunden war. Nach dem verpassten sog. *Deutscher Oktober* konstatierte Trotzki eine schwere Niederlage, die vorübergehend den Reformismus auf Kosten der KPD stärken werde. Während der kommenden revolutionären Ebbe müsse die KPD eine Defensivtaktik verfolgen. Trotzki lehnte den Begriff der Stabilisierung ab, weil Revolutionäre, die auf den Sturz des Kapitalismus setzten, dem kapitalistischen System keine „Beständigkeit“ bescheinigen dürften. Er schrieb von einer „vorübergehenden Festigung“ des Kapitalismus⁸⁸⁶. Die grundlegend geänderten politischen Verhältnisse machten aus dem Revolutionskurs der linkskommunistischen KPD-Zentrale eine propagandistische Phrase und erzwangen eine Kurskorrektur. Zunächst konstatierte im Januar 1925 die Mehrheit des Zentralausschusses der KPD eine Übergangsphase zwischen zwei Wellen der Revolution⁸⁸⁷. Daraufhin kritisierte ein Teil der linken Kommunisten Ruth Fischers These vom „Wegfall revolutionärer Möglichkeiten in Deutschland“. Die KPD hätte „ohne jede Bedingung“ dem Haushalt der „preussischen Mörderregierung Braun-Severing“ zustimmen wollen⁸⁸⁸. Als im zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl Ende April 1925 der ehemalige Oberbefehlshaber der kaiserlichen Armee, Hindenburg, zum Reichspräsidenten gewählt wurde, schwenkte die Parteispitze um Ruth Fischer und Arkadi Maslow auf die Kritik des KI-Vorsitzenden Sinowjew ein, der bemängelt hatte, dass die KPD erneut Ernst Thälmann aufgestellt hatte, anstatt der SPD ein Abkommen anzubieten. Fischer/Maslow-Thälmann thematisierten im Zentralausschuss im Mai die „monarchistische Gefahr“, die durch einen „Volksblock“ aus KPD, SPD und Zentrum bekämpft werden müsse⁸⁸⁹. Bei ihrer Kurskorrektur griff sie auf die verpönte Taktik des *Offenen Briefes* an SPD und ADGB zurück und sprach sich für die Duldung der sozialdemokratischen preußischen Landesregierung Braun/Severing aus⁸⁹⁰.

Die linkskommunistische Parteiführung um Ruth Fischer und Arkadi Maslow hatte sich schon Mitte 1924 mit ihrer Basis in Berlin Wedding überworfen⁸⁹¹. Hatte bis dahin die Zentrale die Einheitlichkeit der KPD, d. h. das vorübergehende Abtauchen der Fraktionen, als „riesigen Erfolg“ bezeichnet⁸⁹², so kam es über die sog. *Volksblocktheorie* zum Bruch

⁸⁸⁵ Bahne, Siegfried, *Der Trotzismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern*, Heidelberg 1958, S. 88.

⁸⁸⁶ Trotzki, Leo, *Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale*, Alma Ata 28.6.1928, in: *Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928*, Bd. 3.2., Hamburg 1997, S. 1275 f.

⁸⁸⁷ Weber, Wandlung, S. 105.

⁸⁸⁸ Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer, Berlin 29.6.1925, in: *Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 127b, S. 450.

⁸⁸⁹ Zentrale der KPD, *Entwurf der Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD*, o. O. 10./11.1.1925, SAPMO Berlin, RY 1/1 2/1/24, Bl. 264 f.

⁸⁹⁰ Scholem, Werner, *Die Berliner Organisation wieder ein Damm gegen die Rechten!*, in: *Die Internationale*, 8. Jg., Heft 10, Berlin 15.10.1925, S. 623.

⁸⁹¹ Engel (Berlin), *Diskussion über den Bericht der Exekutive*, Moskau 23.2.1926, in: *Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926*, Hamburg 1926, S. 106.

⁸⁹² Brief des inhaftierten Arkadi Maslow an Stalin über die Situation der KPD nach der Absetzung Brandlers, [Berlin] 20.2.1925, in: *Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 123, S. 426.

im bisherigen linken Führungstrio Fischer/Maslow/Scholem und in der gesamten linkskommunistischen Strömung. Hauptvertreter der Neuorientierung in der Führungsspitze der KPD waren Ruth Fischer und Ernst Thälmann, der anders als Winkler meint, von Anfang an zu dieser Mehrheit gehörte⁸⁹³ und bei ihr bis zum 10. KPD-Parteitag blieb⁸⁹⁴. Gegen die Kurskorrektur waren etwa dreißig Prozent der Mitgliedschaft eingestellt, während eine Mehrheit der bisherigen linken Kommunisten den Schwenk unterstützte⁸⁹⁵. Zu ihnen gehörte Wilhelm Schwan vom KPD-Bezirk Ruhrgebiet, der sich zu diesem Zeitpunkt in der KPD-Zentrale in Berlin aufhielt⁸⁹⁶. Als Hauptsprecher der neuen radikal linken Opposition trat Werner Scholem auf⁸⁹⁷. Die Wende zum sog. *Volksblock* stieß auf so heftigen Widerstand unter Funktionären und Mitgliedern, dass sie nicht in die Praxis umgesetzt werden konnte⁸⁹⁸. Dabei dürfte entscheidend gewesen sein, dass auch linke Kommunisten, die weiterhin Anhänger von Ruth Fischer bleiben sollten, inhaltlich mit den radikal linken Kommunisten übereinstimmten⁸⁹⁹. Die Spaltung der linkskommunistischen Führungsmehrheit der KPD in zwei Lager fand, anders als es Winkler sieht⁹⁰⁰, bereits vor dem Erscheinen des *Offenen Briefes* des EKKI statt.

Eine Minderheit der linken Kommunisten um Werner Scholem hatte ihren linken Standpunkt beibehalten. Die Mehrheit der Partei um Fischer/Maslow/Thälmann schlug etwas weniger forsche Töne an. Sie bezeichnete die Minderheit um Scholem als „Ultralinke“⁹⁰¹. Schon frühzeitig hatten die linken Kommunisten Scholem und Rosenberg maximalistische Positionen vertreten⁹⁰², weshalb das Etikett *radikal linke Kommunisten* für sie gerechtfertigt und in dieser Untersuchung verwandt werden soll. Seit dem Bruch zwischen linken und radikal linken Kommunisten wurde die KPD vom Trio Fischer/Maslow/Thälmann geführt, wobei sich Maslow vom Gefängnis aus beteiligte⁹⁰³. Die Parteispitze säuberte den Parteiapparat. Scholem wurde als Organisationssekretär der

⁸⁹³ Winkler, *Schein der Normalität*, S. 418. Der theoretische Urheber der „Volksblocktheorie“, Arkadi Maslow, saß zu dieser Zeit im Gefängnis.

⁸⁹⁴ Auch LaPorte unterstellt, dass Thälmann frühzeitig eine eigene Fraktion organisiert hätte, vgl. LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 127.

⁸⁹⁵ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 130.

⁸⁹⁶ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 854.

⁸⁹⁷ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 130.

⁸⁹⁸ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 47-49.

⁸⁹⁹ Linke Kommunisten, Weddinger Opposition und ZK-Demagogie, in: *Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten*, 2. Jg., Nr. 12, Berlin 1928, S. 107, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

⁹⁰⁰ Winkler, *Schein der Normalität*, S. 417 f.

⁹⁰¹ Scholem, Werner, *Die Berliner Organisation wieder ein Damm gegen die Rechten!*, in: *Die Internationale*, 8. Jg., Heft 10, Berlin 15.10.1925, S. 624.

⁹⁰² Hoffrogge, Scholem, S. 265.

⁹⁰³ Langels liegt mit seiner Annahme falsch, dass sich schon auf dem Zentralausschuss im Mai drei verschiedene Fraktionen gebildet hätten (Ultralinke, Linke um Fischer/Maslow und eine weitere linke Fraktion um Thälmann), vgl. Langels, *Die ultralinke Opposition*, S. 56 f.

KPD abgesetzt. Die radikal linken Kommunisten hielten zunächst noch starke Stützpunkte in Berlin, Leipzig, Thüringen, im KPD-Bezirk Niederrhein, in der Pfalz⁹⁰⁴, in Hannover und Bielefeld⁹⁰⁵.

Der neue Führungskern der KPD um Fischer/Maslow/Thälmann verbot der radikal linken Opposition zunächst, ihre Differenzen der Mitgliedschaft offen darzulegen⁹⁰⁶. Eine vorläufige politische Plattform gaben sich die radikalen Linkskommunisten mit der sog. *Hagener Resolution*. Ausgearbeitet von Werner Scholem und Arthur Rosenberg erhielt sie ihren Namen, weil sie zuerst von der KPD im Unterbezirk Hagen im KPD-Bezirk Niederrhein angenommen worden war. Unterschrieben hatten sie die ZK-Mitglieder Werner Scholem und Hans Weber⁹⁰⁷. Die *Hagener Resolution* stellte der KPD die Aufgabe, die Mehrheit „der ausschlaggebenden Schichten“ des Proletariats für den revolutionären Klassenkampfes zu gewinnen. Sie prognostizierte die Zuspitzung der Klassengegensätze und die Radikalisierung der Arbeiterklasse. Die in ihr enthaltenen Forderungen klangen nicht sehr radikal. Die „Auflösung aller faschistischen Verbände und der Reichswehr“, der „Acht-Stunden-Maximalarbeitstag“ oder das „Bündnis zwischen Deutschland und Sowjetrußland“ gehörten zum Allgemeingut der KPD. Die Forderung „Selbstbestimmungsrecht des deutschen werktätigen Volkes“ erinnerte an Karl Radek. Auch Maßnahmen wie Delegationen nach Rußland und Komitees für die Gewerkschaftseinheit waren weder radikal links noch ultralinks. Die Forderung „restlose Durchführung der Umstellung der Partei auf Betriebszellen“ sollte noch fatale Folgen haben. Die *Hagener Resolution* versuchte, die radikalen Linkskommunisten in der KPD zusammenzufassen und politisch zu vereinheitlichen. Das konnte wegen zahlreicher politischer Fehleinschätzungen nicht gelingen. Die *Hagener Resolution* erkannte nicht die Problematik, die mit der Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen, der Kampagne für die Rußlanddelegationen und mit dem Eintreten für die Gewerkschaftseinheit verbunden war. Sie sah nicht deren innerparteiliche Rückwirkungen voraus, die sich gegen die oppositionellen Linkskommunisten richten sollten. Die *Hagener*

⁹⁰⁴ Memorandum über die Vorbereitung der Reichskonferenz und die Wahl der Delegierten (Vorgelegt von den Genossen Scholem und Weber), in: (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 46 f.

⁹⁰⁵ Dass der Komintern-Vorsitzende Sinowjew noch im März 1926 (!) geglaubt habe, dass „die Mehrheit der Partei hinter Scholem steht“, wie Watlin schreibt, ist nicht nachzuvollziehen, vgl. Watlin, Alexandr, Die Russische Delegation in der Komintern: Machtzentrum des internationalen Kommunismus zwischen Sinowjew und Stalin, in: Weber, Hermann/Braun, Günther/Foitzik, Jan/Dietrich Staritz, Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 87.

⁹⁰⁶ Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer, Berlin 29.6.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Rußland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 127b, S. 450 f.

⁹⁰⁷ Brief 83, Werner an Gerhard Scholem, (1926) Berlin, in: Shedletzky, Itta (Hrsg.), Betty Scholem. Gershom Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946, München 1989, S. 137. Da aus dem Brief Werner Scholems hervorgeht, dass er auf der kommenden Reichskonferenz der KPD das Korreferat halten werde, muss der Brief vor dem 31.10.1925 und nicht, wie von der Herausgeberin angenommen, auf 1926 datiert werden (Anm. P. B.).

Resolution stellte zwar die Analyse der politischen Lage in Deutschland in Zusammenhang mit der Weltlage, überschätzte aber die Krisenwirkungen des Kapitalismus und die Radikalisierungstendenzen innerhalb der Arbeiterschaft. Wie Werner Scholem in einem persönlichen Brief an seinen Bruder Gerhard (Gersholm) eingestand, sollte der politische Hintergrund für die *Hagener Resolution* nicht offen in der KPD diskutiert werden. Die KPD und die Komintern stünden unmittelbar vor ihrer Liquidierung, weil der ungeheure wirtschaftliche Aufschwung in der Sowjetunion nicht zum Sozialismus, sondern zum Staatskapitalismus führe. Sinowjew sympathisiere zwar mit dem linken Flügel der KPD. Sein Einfluss sei jedoch merklich zurückgegangen und er sei gezwungen worden, die „Linke“ in der Komintern preiszugeben. Das sei das Vorspiel zur Aufgabe der Komintern und zur Wiedervereinigung mit der Sozialdemokratie. Vorher werfe die führende „Rechte“ in der KPD die linke Opposition aus der Partei. Alle Debatten über „Einheitsfronttaktik“ und „Ultralinke“ seien nur vorgeschoben. Auch er, Scholem, werde aus der Partei ausgeschlossen werden. Aber auf dem Misthaufen der Geschichte werde nicht die „linke Opposition“ landen, aus der eine neue sozialistisch-revolutionäre Arbeiterpartei hervorgehen werde, sondern der von Russland bezahlte Angestellten-Apparat der KPD, der in der SPD nur untergeordnete Posten zu erwarten habe⁹⁰⁸. An den Widersprüchen zwischen ihrer inhaltlichen Ausrichtung und der realen Entwicklung musste die radikal linkskommunistische Opposition in der KPD ebenso auseinanderbrechen, wie daran, dass einige ihrer Protagonisten wie Werner Scholem, nicht offen auszusprechen wagten, was ihre wirkliche Kritik an der Politik der KPD und der Komintern war.

Die Differenzen zwischen linken und radikal linken Kommunisten wurden auf der 3. Parteiarbeiterkonferenz der KPD im Mai 1925 ausgetragen. Während dort der Organisationsleiter der KPD-Bezirksleitung Ruhr, Wilhelm Schwan, für Ruth Fischer eintrat, bekannte sich der Politische Leiter des Ruhrbezirks, Theodor Neubauer, zu den Positionen Werner Scholems. Dies sollte für die Ruhr-KPD Folgen haben. Am 5. Mai 1925 begann die Diskussion in der Bezirksleitung Ruhrgebiet mit dem undemokratischen Manöver, weiteren vier Funktionären Stimmrecht zu geben⁹⁰⁹, traten sie in der folgenden Debatte doch gegen die radikal linken Kommunisten auf⁹¹⁰. Der Vertreter der linken KPD-Zentrale, Winternitz, sah in der Wahl Hindenburgs eine Annullierung der Errungenschaften der Novemberrevolution von 1918. In Deutschland herrsche eine konterrevolutionäre Situation. Für die radikalen Linkskommunisten bezog Erwin Restetzki vom Unterbezirk

⁹⁰⁸ Resolution der Genossen Weber und Scholem, angenommen in Leipzig, U.B. Hagen und Bez. Pfalz, SAPMO Berlin ZK I/2/3/63, FBS 278/12485; Brief 83, Werner an Gerhard Scholem, (1926) Berlin, in: Shedletzky, Itta (Hrsg.), Betty Scholem. Gershom Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946, München 1989 S. 137 f.

⁹⁰⁹ Protokoll über die am 5. Mai stattgefundene Sitzung des Bezirksausschusses Ruhrgebiet, [Essen Mai 1925], SAPMO Berlin, RY I/1 3/18-19/5, Bl. 20.

⁹¹⁰ Schwan, Bericht über die Bezirksleitungssitzung vom 7. Juni 1925, [Essen Juni 1925], SAPMO Berlin, RY I/1 3/18-19/6, Bl. 14.

Buer Position, der sich zum ersten Mal seit dem Frankfurter Parteitag gegen die Politik der linken KPD-Zentrale wandte. Er führte u. a. aus, dass eine Unterstützung der Zentrumsparterie ein Zusammengehen mit Klöckner und Thyssen bedeuten würde. Der linksradikale Politische Leiter des Ruhrbezirks, Neubauer, hielt sich mit Äußerungen zurück. In der Debatte unterstützten die linken UB-Sekretäre Nowak und Petrasch und eine Mehrheit der BL-Mitglieder mit 19 : 6 Stimmen die Linie Fischer/Maslow/Thälmann. Für die linksradikale Opposition votierten nur Restetzki, Neubauer, der Jugendsekretär des Bezirks, der Sekretär des KPD-Unterbezirks Essen sowie zwei weitere BL-Mitglieder aus Essen. Die linke Mehrheit verurteilte „aufs Schärfste“ das „unsinnige(s) Geschrei über 'Koalitionspolitik'“ der linksradikalen Minderheit. Sie würde „ein Zersetzungsmanöver gegen die Partei betreiben“⁹¹¹, das „parteischädigend“ und „parteizersetzend“ sei. Schwan stellte der Zusammenkunft das Ultimatum, entweder gehe er oder Neubauer. Seine starken Worte gingen weit über bloße politische Meinungsverschiedenheiten hinaus. Zwei Tage später untersagte die Bezirksleitung Neubauer und „Erwin“ die Tätigkeit als Referenten. Neubauer sei als Polleiter abzulösen, worüber die Berliner Zentrale entscheiden müsse⁹¹². Prompt wurde Neubauer nach Berlin versetzt. Vor dem 10. Parteitag und der 1. Parteikonferenz warfen die radikal linken Kommunisten der BL um Schwan vor, die internen Delegiertenwahlen so manipuliert zu haben, dass niemand von ihrer Strömung delegiert wurde, obwohl sie im Ruhrgebiet stark vertreten sei⁹¹³. Immerhin verfügten die radikalen Linkskommunisten über Stützpunkte in der KPD in Essen, Dortmund, Dinslaken-Lohberg, Hamborn und über eine Mehrheit in Buer, Ickern, Bocholt, Rheinhausen, aber auch in Wanne, wo Gustav Sobottka die Linie Fischer/Thälmann von links kritisierte⁹¹⁴. Ausschlüsse gab es nicht. Doch dank der undemokratischen Methoden Wilhelm Schwans hatte sich die innerparteiliche Diskussion erheblich verschärft.

Im Juli 1925 schien der Bezirk Ruhr gefestigt. Das Bestehen moderat kommunistischer wie radikal linkskommunistischer Oppositionsströmungen konnte die Dominanz der linkskommunistischen Fraktion um Wilhelm Schwan nicht in Frage stellen. Herlemann, die vermutet, dass sich „im Ruhrgebiet etwa gleich große Gruppen engagierter Rechter und

⁹¹¹ Protokoll über die am 5. Mai stattgefundene Sitzung des Bezirksausschusses Ruhrgebiet, [Essen Mai 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 20 f.

⁹¹² Schwan, Bericht über die Bezirksleitungssitzung vom 7. Juni 1925, [Essen Juni 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 13 f. Von einer starken ultralinken Bastion, wie LaPorte meint, konnte im Ruhrgebiet keine Rede sein, vgl. LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 117.

⁹¹³ Memorandum über die Vorbereitung der Reichskonferenz und die Wahl der Delegierten (Vorgelegt von den Genossen Scholem und Weber), in: (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 49 b.

⁹¹⁴ Herlemann, *Kommunalpolitik der KPD*, S. 63.

Linker gegenüberstanden⁹¹⁵, irrt, weil sie die dort starken radikalen Linkskommunisten nicht wahrnimmt. Gegenüber den moderaten Kommunisten bildeten die linken und radikal linken Kommunisten die überwiegende Mehrheit der Mitgliedschaft der Ruhr-KPD.

Auf dem Bezirksparteitag am 4./5. Juli 1925 in Essen referierte Ruth Fischer über die politische Lage, die Taktik und die Aufgaben der KPD. Wilhelm Schwan hielt den politischen und den organisatorischen Bericht über die Arbeit der BL. Hermann Schubert ging auf die Gewerkschaftsarbeit ein, wobei der Kampf für die Einheit der Gewerkschaften mit dem Aufbau von Betriebszellen verbunden werden müsse. Als Fehler bekannte die linke Bezirksleitung ihre zu starre Einstellung zu täglichen Fragen, so dass die SPD nicht gezwungen werde, Farbe zu bekennen. Die zukünftige Arbeit der Ruhr-KPD müsse unter das Motto des 5. Weltkongress der KI gestellt werden: „Heran an die Massen“! Allerdings sei die Gefahr des Abgleitens in den Opportunismus wegen der Reste des Brandlerismus „ungeheuer groß“⁹¹⁶. Die frisch gewählte engere Bezirksleitung setze sich aus dem neuen Politischen Leiter Schwan, dem neuen Organisationsleiter Hassel – ein Hamburger Freund Thälmanns –, dem Gewerkschaftsleiter Schubert, dem Chefredakteur des kommunistischen *Ruhr-Echo*, Adolf Ende (Lex Breuer)⁹¹⁷, den Betriebsarbeitern Vollmer (Hoesch/Dortmund), Müller (GBAG/Gelsenkirchen), Bünten (Krupp/Essen), Hendrian (Zeche Präsident/Bochum), Rateischak (Möllerschächte/Buer), Niehüser (städt. Betriebe/Duisburg), Spöde (Thyssenschächte/Hamborn) und Gregor (Zeche Westfalen/Hamm) zusammen⁹¹⁸. Durch die Abkehr von radikal linken Positionen hatten sich die Akzente hin zu einer linken Ausrichtung verschoben.

Die internen Auseinandersetzungen verdeckten, dass zwischen den KPD-Parteitag 1924 und 1925 der KPD-Bezirk Ruhr an Gewicht in der Gesamt-Partei verloren hatte. Seine beiden ZK-Mitglieder und Fulltimer in der Berliner KPD-Zentrale, Max Schütz und Arthur König, der auf dem 5. Weltkongress der Komintern der Kontrollkommission angehört hatte⁹¹⁹, verloren ihre zentralen Parteiämter. Der von Thälmann verteidigte König war

⁹¹⁵ Herlemann interpretiert die Auseinandersetzungen in der Dortmunder KPD nach dem Bruch zwischen Linken und radikalen Linken im Zentralausschuss im Mai 1925 als Streit zwischen rechten und linken Kommunisten, unter die sie Linke wie Ultralinke subsummiert. Demnach sei der „Ultralinke“ Heinrich Kelch als neuer UB-Sekretär von Dortmund nach Hamm geschickt worden. Doch nach der Ablösung Neubauers als KPD-Bezirksleiter Ruhr wäre ein „Ultralinkler wohl kaum zum Sekretär im linken UB Hamm ernannt worden. Kelch war als Anhänger Schwans ein Linker, vgl. Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 63 f.

⁹¹⁶ Bezirksleitung der KPD, Ruhrgebiet, Dem Bezirksparteitag Ruhrgebiet zum Geleit, Essen 4./5.7.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 10.

⁹¹⁷ Adolf Ende benutzte das Pseudonym „Lex Breuer“. In der Forschung wird er jedoch häufig „Lex Ende“ genannt, vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 225 f; vgl. Müller-Enbergs, Helmut, Erst Chefredakteur, dann „Unperson“: Lex Ende und Rudolf Hernstatt, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1996, S. 296 f.

⁹¹⁸ Polbüro/Schwan. K.P.D. Bezirk Ruhrgebiet, An die Zentrale der K.P.D. Orbüro, Essen 7.7.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 7.

⁹¹⁹ Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, 2. Aufl., Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), S. 1022.

wegen Unfähigkeit als KPD-Kassierer abgelöst worden⁹²⁰. Schütz wurde seine luxuriöse Lebensweise übel genommen. Schütz und König wurden auf dem 10. KPD-Parteitag im Juli 1925 nicht mehr in das Zentralkomitee gewählt⁹²¹. Wilhelm Schwan kam zwar in das neue ZK, musste sich aber gleichzeitig als Politischer Leiter um den Bezirk Ruhr kümmern.

2.8 Ruhr-KPD gegen Arbeiteravantgarde

Die *Oktoberniederlage* ausnutzend hatten die Bergwerksunternehmer im Dezember 1923 die Arbeitszeit von sieben auf acht Stunden verlängert. Widerstand gab es infolge des Verbotes der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* kaum⁹²². Die drastische Niederlage hatte eine Entlassungswelle zur Folge, die so groß war, dass manche Kumpel auswanderten⁹²³. Weil die Gewerkschaften ihre Mitglieder nicht gegen Inflation, Arbeitszeitverlängerung und Entlassungen schützen konnten, traten diese – wie bereits erwähnt – in Massen aus⁹²⁴. Die Zahl der ADGB-Mitglieder sank bis Ende 1924 auf 4 Millionen⁹²⁵, was fast ihre Halbierung bedeutete. Von 9,3 Millionen Mitgliedern aller Gewerkschaftsverbände im Jahr 1920 waren bis Ende 1924 wieder 4,6 Millionen ausgetreten⁹²⁶. Es handelte sich um eine internationale Trendwende. Zwischen 1920 und Ende 1922 sank in Frankreich die Mitgliedschaft des stärksten Gewerkschaftsbundes CGT von 2 Millionen auf 600.000, in Italien von 2 Millionen auf 700.000, in England um 1,3 Millionen und in den USA um 1,5 Millionen Arbeiter und Angestellte⁹²⁷. Unter dem Schock des katastrophalen Mitgliederrückgangs hatte die KPD noch unter Brandler zur „Rettung der Gewerkschaften“ aufgerufen, eine Losung, die der linkskommunistische Flügel unter Fischer/Maslow abgelehnt hatte⁹²⁸. Im Ruhrgebiet sprach die Leitung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* davon, dass der reformistische *Bergarbeiterverband* „nahezu restlos verschwunden“ sei. Die Mitgliedschaft des DMV sei halbiert, wofür man die

⁹²⁰ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 471. Der zentralen Kasse fehlten ca. 750.000 Reichsmark. In diesem Zusammenhang wurden Vorwürfe gegen Thälmann laut, er habe den Skandal zu vertuschen versucht, vgl. Thälmanns Ende, Beilage Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 169, Berlin, o. Seitenangabe, SAPMO Berlin, RY 1/I 5/4/2, Bl. 168.

⁹²¹ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 839.

⁹²² Zur Frage der Union, in: [Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.)], *Der Kommunistische Funktionär*, 1. Jg., Nr. 1, [Essen] 16.1.1924, in: Der Oberbürgermeister Duisburg, Betrifft Union der Hand- und Kopfarbeiter (Abschrift), Duisburg 29.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 29 f.

⁹²³ Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, S. 79.

⁹²⁴ Ebd., S. 48.

⁹²⁵ Winkler, *Revolution*, S. 712.

⁹²⁶ Schönhoven, *Reformismus und Radikalismus*, S. 88.

⁹²⁷ Losowski, *Aufgaben der Kommunisten in den Gewerkschaften*, Petrograd/Moskau 1922, in: *Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale*, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 451.

⁹²⁸ Eisner, Freya, *Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik* (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 167.

„Verrätermethoden“ seiner Führung verantwortlich machte⁹²⁹. Auch die Union war vom Rückgang der Mitgliedschaft betroffen. Ein Teil ihre Organisationen existierte nach dem Verbot der Gewerkschaft illegal weiter, als unter den Bergarbeitern eine Stimmung aufkam, die für die Niederlage im Kampf gegen die Arbeitszeitverlängerung die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung verantwortlich machte. Die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* schlug die Gründung von sog. *Industrie-Verbänden* vor, für die die Union-Funktionäre Arthur Hammer und Nicolaus Holz als die „eifrigsten Agitatoren“ auftraten⁹³⁰. Damit sollte den Arbeitern eine neue gewerkschaftliche Perspektive geboten werden.

Zwar stimmte die KPD wortradikal der Gründung von Industrieverbänden zu, wollte diese aber durch die „Umgestaltung der deutschen Gewerkschaftsverbände“, d. h. über die Transformation der reformistischen Gewerkschaften erreichen. Im Ruhrgebiet warf die KPD-Bezirksleitung der *Union* vor, im Kampf gegen die Verlängerung der Arbeitszeit versagt zu haben. Einige Unions-Funktionäre hätten im Dezember 1923 aus Angst vor Entlassung nicht den Kampf zur Verteidigung der Sieben-Stunden-Schicht geführt, um kurze Zeit später selbst entlassen zu werden. Andere hätten sogar dazu aufgerufen, acht Stunden zu arbeiten. Gegen sie wiederum sei die Leitung der *Union* um Arthur Hammer nicht eingeschritten⁹³¹. Durch die Illegalität behindert und durch eine erneute Schlappe im misslungenen Generalstreik im Januar 1924 weiter geschwächt, hatte sich die Krise der Union weiter verschärft, als die KPD-Bezirksleitung Ruhr im Januar 1924 führende kommunistische Funktionäre der *Union* wie Arthur Hammer, Heinrich Vollmar und Mathias Hermann aus der KPD ausschloss⁹³². Hammer soll u. a. aus der KPD entfernt worden sein, weil er gegen das Micum-Abkommen auftrat, dessen Ablehnung ihm kurze Zeit später eine Haftstrafe von März bis Ende August 1924 durch die französischen Besatzungsbehörden einbrachte⁹³³. Ein Grund für die KPD-Politik lag in der Ausdehnung der *Union* auf andere Landesteile, wogegen KPD-Funktionäre wie Schoenbeck und Lieberasch Stellung nahmen. Verantwortlich für die Spaltung der *Union* waren jedoch

⁹²⁹ Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung soll zerschlagen werden! An alle Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter!, in: Union. Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands, 4. Jg., Nr. 1, Gelsenkirchen 15.2.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁹³⁰ Polizeiamt, Betrifft: Syndikalistische Industrieverbände (Abschrift), Mülheim 20.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 38.

⁹³¹ Zur Frage der Union, in: [Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.)], Der Kommunistische Funktionär, 1. Jg., Nr. 1, [Essen] 16.1.1924, in: Der Oberbürgermeister Duisburg, Betrifft Union der Hand- und Kopfarbeiter (Abschrift), Duisburg 29.1.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 29 f.

⁹³² Polizeiamt, Betrifft: Syndikalistische Industrieverbände (Abschrift), Mülheim 20.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 38.

⁹³³ LAV NRW R, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 6 f. Das Micum-Abkommen (Mission interalliée de Contrôle des Usines et des Mines) wurde ab November 1923 zwischen der französisch-belgischen Kontrollkommission und den Ruhrindustriellen ausgehandelt. Es ermöglichte die Wiederaufnahme der Produktion und wertete die Rolle der Berg- und Hüttenbesitzer an der Ruhr auf.

nicht die moderaten, sondern die linken Kommunisten, die im Januar/Februar 1924 die Leitung des KPD-Bezirk Ruhr übernommen hatten⁹³⁴. Der linke Kommunist und Unionsfunktionär Gustav Sobottka schrieb in der Zeitschrift *Der kommunistische Funktionär* einen Artikel „Zur Frage der Union“, der nach Meinung der kommunistischen Leitung der *Union* um Arthur Hammer, Nikolaus Holz und August Vollmar „die bewußte Tendenz (hat), unsere Organisation zu zerschlagen“⁹³⁵. Falsch war das nicht, denn ab Ende Januar/Anfang Februar 1924 riefen linientreue KPD-Mitglieder eine zweite Union der *Hand- und Kopfarbeiter* ins Leben. Im Unterschied zur bisherigen *Union* hatte sie ihre Zentrale in Bochum, wo auch das gleichnamige Organ *Union* erschien⁹³⁶. Organisiert war die Spaltung von den KPD-Funktionären Max Müller/Berlin, Gustav Sobottka aus Eickel, Disselkampff und Töbing aus Bochum, Jungelen/Oberhausen-Osterfeld, Johann Wünnenberg/Essen, Nentwig/Buer, Serve/Köln und Borbe/Hattingen, die daraufhin am 15.2.1924 aus der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* (nun wieder mit dem Beinamen Gelsenkirchen) ausgeschlossen wurden. Die meisten Mitglieder hielten zur bisherigen Verbandsleitung um Arthur Hammer, Hermanns, Nikolaus Holz/Duisburg-Beek, August Vollmar, Franz Nigemann und Karl Wagner/Gelsenkirchen, Johann Prante/Borbeck, Heinrich Görke/Essen, Julius Hähnel/Hamborn und Alois Tekath/Oberhausen. Eine Konferenz im 9.000 Mitglieder zählenden Bezirk Essen erklärte sich nach Referat und Korreferat (eines Bochumers) für „das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder“ und „die kommunistische Idee“, sprach sich aber gegen „jede organisatorische Unterordnung“ unter die Kommunistische Partei aus. Im 5.000 Mitglieder zählenden Bezirk Wanne-Herne wurde die Linie der bisherigen Leitung der *Union* ebenso bestätigt wie im 6.000 Mitglieder zählenden Bezirk Oberhausen, wo sich trotz Gegenrede von Sobottka und Max Müller der alte Vorstand mit großer Mehrheit durchsetzte. Auf der Konferenz des 5.000 Mitglieder zählenden Agitationsbezirk Hamborn setzte sich ebenfalls die Linie Hammers gegen neun Stimmen durch⁹³⁷. Die KPD musste zugeben, dass sich in Essen zwei Drittel der Funktionäre der *Union* für die Gelsenkirchener Zentrale entschieden hätten. Die KPD

⁹³⁴ Zu den Ausschlüssen der Gelsenkirchener Unionsmitglieder aus der KPD. Oder laß die Linke nicht wissen, was die Linken tun, in: *Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)*, 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 10.4.1924, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁹³⁵ Die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung soll zerschlagen werden! An alle Mitglieder der Union der Hand- und Kopfarbeiter!, in: *Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands*, 4. Jg., Nr. 1, Gelsenkirchen 15.2.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁹³⁶ Heer-Kleinert, *Gewerkschaftspolitik der KPD*, S. 257 f.

⁹³⁷ Aus der Organisation. Der Fahne treu geblieben, in: *Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands*, 4. Jg., Nr. 1, Gelsenkirchen 15.2.1924, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150; Zu den Ausschlüssen der Gelsenkirchener Unionsmitglieder aus der KPD. Oder laß die Linke nicht wissen, was die Linken tun, in: *Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)*, 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 10.4.1924, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

müsse daher mit ihrem Apparat der Bochumer Union unter die Arme greifen⁹³⁸. Die Union Gelsenkirchen verbreitete die Parole „Los von Moskau und der K.P.D.“⁹³⁹. Die Spaltung kam den Zechenbesitzern sehr gelegen, wollten sie doch 150.000 der ca. 550.000 Arbeitsplätze abbauen⁹⁴⁰. Bei den Betriebsratswahlen vom Frühjahr 1924 errang die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* einen großen Erfolg. Das Stimmenverhältnis zwischen der linksradikalen Union und den beiden großen gemäßigten Bergarbeitergewerkschaften *Christlicher Gewerkverein* und *Bergarbeiterverband* lag bei 1,1 : 1,3. Von 467.000 Bergarbeitern⁹⁴¹ stimmten 1924 bei den Betriebsratswahlen rd. 55 Prozent ab:

Stimmen Betriebsratswahlen 1924	
Union der Hand- und Kopfarb.	118.069
Bergarbeiterverband	75.615
Christlicher Gewerkverein	60.130
Polnische Berufsvereinigung	3.179
Hirsch-Dunckerscher Gewerk.	2.947

Bei der Aufteilung der Stimmen und Mandate zwischen den beiden Unionen rechnete die Gelsenkirchener Richtung vor:

	„Union Hammer“/GEL		„Union Müller“/BO⁹⁴²	
	Stimmen	Mandate	Stimmen	Mandate
Buer/Gladbeck	4575	30	1421	12
Oberhausen	6544	54	366	2
Wanne – Herne	8191	65	-	-
Essen	10212	86	1261	10
Hamm	1573	10	-	-

Auch bei *Thyssen* in Hamborn, bei *Rheinstahl* in Meiderich und bei der *Hütte Phönix* schnitt die Union Gelsenkirchen unter dem Namen *Industrieverband (Union)* gut ab. Bei Thyssen erzielte sie 4.584 von 7.504 Stimmen und 15 von 23 Mandaten, bei Rheinstahl kam sie auf 1.560 von 4.097 Stimmen und sieben von 17 Mandaten, bei Phönix bekam sie

⁹³⁸ UB Essen, An sämtliche Blocks und Arbeitsgebiete, Essen 22.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 11.

⁹³⁹ Der Oberbürgermeister, An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf (Abschrift), Duisburg 8.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/17130, Bl. 35.

⁹⁴⁰ Niedrige Löhne der Bergarbeiter! Verlängerung der Arbeitszeit auf 8 ½ Stunden!, in: Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁹⁴¹ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 79 und S. 238 f.

⁹⁴² Die getätigten Betriebsratswahlen, in: Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 10.4.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

2.480 von 8.823 Stimmen und 10 von 39 Mandaten⁹⁴³. Damit lag die Union Gelsenkirchen klar vor der abgespaltenen Bochumer Union.

Die linken Kommunisten waren für die Spaltung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* verantwortlich. Aber was war ihr politisches Motiv?

Nach der Gründung der KPD 1919 hatte unter linken Kommunisten nach Einschätzung der Exekutive der Komintern „fast ungeteilt“ der Standpunkt vorgeherrscht, dass die Kommunisten aus den reformistischen Gewerkschaften austreten müssten⁹⁴⁴. Doch 1922 richtete der Theoretiker der linken Kommunisten, Arkadi Maslow, in einer Beilage der *Roten Fahne* heftige Angriffe gegen die *Union*. Wer in Berlin den Eintritt in die *Union* propagiere, begehe ein Verbrechen an der Partei. Dort und in Mitteldeutschland habe die *Union* nicht die geringste Existenzberechtigung. Maslow schlug vor, mit den Berliner Unionisten „Fraktur zu reden“ und gegen die Verteidiger der *Union* innerhalb der KPD „unerbittlich“ einzuschreiten⁹⁴⁵. Damit stellte er sich de facto auf die Seite der moderaten Kommunisten. Entsprechend seiner flexibleren Einstellung gegenüber der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* kanzelte der RGI-Sekretär Losowski Maslows Äußerung als „ganz blöden Artikel“ ab⁹⁴⁶. Nach ihrer Übernahme der KPD-Leitung bestimmte die linke KPD-Zentrale den Schlosser und Reichsbahnarbeiter Max Schütz aus Gelsenkirchen zum zuständigen ZK-Mitglied für Gewerkschaftsfragen⁹⁴⁷, der früher ein Gegner der Mitarbeit in den ADGB-Gewerkschaften gewesen war⁹⁴⁸. Doch die politische Linie hatte sich geändert. Einer der führenden linken Kommunisten im Ruhrgebiet, Arthur König, wurde zu einem der Hauptkontrahenten der *Union*. König war 1922 auf einer Sitzung des Zentralausschusses der KPD umgefallen und hatte seine Meinung zur *Union* geändert⁹⁴⁹. Die Auseinandersetzung spitzte sich nach der Spaltung der *Union* zu, nachdem König in der *Roten Fahne* der *Union* Passivität vorgeworfen und behauptet hatte, die Gelsenkirchener Unionszentrale „könnte nichts anderes werden, als eine faszistische, gelbe Organisation“. Daraufhin konterte die *Union*, im Jahr 1923 sei der „am allerlinksstehendste

⁹⁴³ Betriebsratswahlen im Agitationsbezirk Hamborn-Duisburg, Metall, in: *Union, Zentral - Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)*, 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 10.4.1924, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁹⁴⁴ Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 1 f.

⁹⁴⁵ Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 205; Bois spricht von einer „gewissen Beliebigkeit in der Gewerkschaftspolitik“ der linken KPD-Führung, ohne ausführlich auf die Bedeutung der Unionen einzugehen, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 151 f.

⁹⁴⁶ Heckert, Diskussion zur Gewerkschaftsfrage, Petrograd/Moskau 1922, in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 486.

⁹⁴⁷ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 838 f.

⁹⁴⁸ Peterson, German Communism, S. 129 f.

⁹⁴⁹ Die Reichszentrale, Partei und Union, o. O. [1922], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 202.

Revolutionär“ König „eine der passivsten Gestalten“ gewesen⁹⁵⁰. König revanchierte sich bei anderer Gelegenheit mit der „Feststellung“, üble Nachreden von Hammer und Hermanns seien „Phantasieprodukte alkoholierter Köpfe“. Die linkskommunistische KPD-Bezirksleitung musste allerdings viel Phantasie besitzen, wenn sie „die Mobilmachung der Partei für den kommenden Ruhrarbeiterkampf“ ankündigte, der ein von der KPD und ausgerechnet von der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* „organisierter und geführter Massenkampf“ sein solle, die von der KPD soeben gespalten worden war⁹⁵¹. Damit hatte sich der Konflikt zwischen der Union und der Ruhr-KPD gerade zu dem Zeitpunkt besonders zugespitzt, als die linken Kommunisten die Mehrheit im Bezirk gewannen.

Die neue, linke BL der KPD-Ruhr grenzte sich nicht nur von der Gelsenkirchener Richtung der *Union* um Arthur Hammer ab, mit der kein Kompromiss möglich sei, sondern kritisierte auch den Vorstand der *Bochumer Richtung*. Namentlich dem Berliner Reichsvorsitzenden Max Müller warf die KPD-Bezirksleitung Unfähigkeit vor und forderte seine Ablösung. Als Ziel in der Gewerkschaftsfrage gab die linke Ruhr-KPD aus, über den erneuten Kampf um die Wiederherstellung der Sieben-Stunden-Schicht und für Lohnerhöhungen einen *Industrieverband für den Bergbau* zu schaffen, der aus der *Union der Hand- und Kopfarbeiter/Bochumer Richtung* und der Opposition im *Alten Bergarbeiterverband* bestehen solle. Dafür könne man auch die Mehrheit der selbstständigen Schachtorganisationen der *Union* gewinnen, die sich weder zur Gelsenkirchener noch zur Bochumer Richtung rechneten⁹⁵². Die Propaganda für einen eigenständigen Industrieverband sollte die Politik der Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* übertünchen, die über die Abspaltung der Union / Bochumer Richtung lief.

Der Absage der KPD-Zentrale um Fischer/Maslow/Scholem an „kommunistische Separatgewerkschaften“ lag keineswegs ein „nüchternes machtpolitisches Kalkül“ zu Grunde, sondern eine schematische Übertragung der Kritik Lenins an den ultralinken Kommunisten auf die Verhältnisse in Deutschland⁹⁵³. In seiner Schrift *Der linke Radikalismus, die Kinderkrankheit im Kommunismus* hatte Lenin im Juni 1920 unter direkter Bezugnahme auf die damalige Arbeiter-Union geschrieben:

⁹⁵⁰ Den geistig Armen ins Stammbuch!, in: Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 30.3.1924, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

⁹⁵¹ Feststellung; Konsequenzen der Linksorientierung, Essen 19.3.1924, in: Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), Der Kommunistische Funktionär, 1. Jg., Nr. 8, [Essen] 19.3.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 2 f.

⁹⁵² Bezirk 18 Ruhrgebiet, An die Zentrale, Polbüro, [Essen] 16.4.24, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 36 f.

⁹⁵³ Hier liegt Winkler falsch, vgl. Winkler, Schein der Normalität, S. 207.

„Millionen von Arbeitern in England, Frankreich, Deutschland gehen zum *erstenmal* von der vollständigen Unorganisiertheit zur elementaren, untersten, einfachsten (...), zugänglichsten Organisationsform, nämlich zu den Gewerkschaften über, während die revolutionären, jedoch unvernünftigen linken Kommunisten danebenstehen, 'Masse! Masse' schreien – und sich weigern, innerhalb der Gewerkschaften zu arbeiten!! Sie tun das unter dem Vorwand, die Gewerkschaften seien 'reaktionär'!! und klügeln eine nagelneue, blitzsaubere 'Arbeiter-Union' aus, die unbefleckt ist von bürgerlich-demokratischen Vorurteilen und frei von den Sünden zünftlerischer, eng beruflicher Beschränktheit, eine 'Arbeiter-Union', die angeblich eine Massenorganisation werden (werden!) soll und die als Aufnahmebedingung nur (nur!) die 'Anerkennung des Rätessystems und der Diktatur' (siehe die oben angeführte Stelle) fordert!! Einen schlimmeren Unverstand, einen größeren Schaden für die Revolution, als ihn die 'linken' Revolutionäre anrichten, kann man sich gar nicht ausdenken!“⁹⁵⁴.

Eine Kritik Lenins an einer generellen, deutschlandweiten oder internationalen *Strategie* der Gründung neuer, revolutionärer Gewerkschaften aus Prinzip und ungeachtet aller Bedingungen des Klassenkampfes hätte ihre Berechtigung gehabt. Aber in Bezug auf die *Allgemeine Bergarbeiter-Union* bzw. die *Freie Arbeiter Union-Gelsenkirchen* im Ruhrgebiet war an Lenins Kritik fast alles falsch. Die Union(en) im Bergbau waren von revolutionären, radikalisierten Bergarbeitern unter kommunistischem Einfluss gegründet worden, die in den Streikwellen vor und nach 1919 eine führende Rolle gespielt und nicht etwa daneben gestanden hatten. Sie hatten die Union(en) nicht am grünen Tisch „ausgeklügelt“, sondern diese waren in den Streikwellen für die Sieben- bzw. Sechs-Stunden-Schicht und die Sozialisierung entstanden. Die Unionen waren nicht „angeblich“ eine Massenorganisation, sondern sie waren es tatsächlich und jede Betriebsratswahl seit 1920 hatte dies bestätigt. Einen „schlimmeren Unverstand“ als Lenin 1920 für die Union(en) der Bergarbeiter im Ruhrgebiet bewies, und ein „größere(r) Schaden für die Revolution“ als die Spaltungspolitik der KPD gegenüber der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* konnte „man sich gar nicht ausdenken“. Immerhin muss man Lenin zu Gute halten, dass sich seine Polemik vor allem gegen die KAPD richtete, die eine völlig separate *Allgemeine Arbeiterunion (AAU)* aufzubauen versuchte. Ihr Theoretiker Gorter meinte sogar, dass „die Revolution nur siegen kann, indem sie die Gewerkschaften vernichtet“⁹⁵⁵ und durch „Betriebsorganisationen“ ersetzt. Außerdem stammte Lenins Broschüre aus dem Jahr 1920. Als Losowski Ende 1922 auf dem 4. Weltkongress der Komintern die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* gegen die Gewerkschaftspolitik der KPD-Führung

⁹⁵⁴ Lenin, W. I., Der „Linke Radikalismus“, Die Kinderkrankheit im Kommunismus, Peking 1971 (o. O. 1920), S. 45 f.

⁹⁵⁵ Gorter, Hermann, Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Hamburg 1974 (Berlin 1920), S. 33.

verteidigte, war Lenin anwesend und trat keineswegs Losowskis Ansicht entgegen. Dass die linkskommunistische KPD-Spitze um Fischer/Maslow/Scholem 1924 in der Gewerkschaftsfrage als Anhänger Lenins auftrat, war erklärbar, besaßen sie doch keine eigene Erfahrungen in kommunistischer Gewerkschaftsarbeit bzw. waren die ihrer Mitstreiter stark durch die Berliner Erfahrung bei den revolutionären Obleuten bestimmt⁹⁵⁶. Da war es leicht, sich im Schein der Einschätzungen Lenins zu sonnen und diese schematisch auf die Verhältnisse im Ruhrgebiet zu übertragen. Hingegen fehlte linken, kommunistischen Gewerkschaftern wie Schütz oder Funktionären wie König, die sich zunächst hinter die Unionen gestellt hatten, die Fähigkeit zur selbstständigen Analyse und die politische Eigenständigkeit gegenüber Theoretikern, ob sie nun Lenin oder auch nur Maslow hießen.

Bereits der Frankfurter Parteitag der KPD hatte im April 1924 „mit allem Nachdruck“ erklärt, dass ein KPD-Mitglied nicht freiwillig und ohne Erlaubnis der Parteileitung aus den ADGB-Gewerkschaften austreten dürfe. Die gemeinsame Konferenz der KPD-Bezirke Ruhrgebiet und Rheinland übernahm am 29.5.1924 die Frankfurter Gewerkschaftslinie. Jedes KPD-Mitglied müsse in der Gewerkschaftsarbeit die bindenden Parteitagsbeschlüsse umsetzen. Die KPD lehne die mechanische Spaltung der ADGB-Gewerkschaften ab. Die Gewerkschaften müssten im Kampf gegen die SPD erobert werden⁹⁵⁷. Damit war die kommunistische Fraktionsarbeit innerhalb der *reformistischen* Gewerkschaften als Linie sanktioniert. Gleichwohl kam es zu neuen Abspaltungen selbstständiger Verbände bei den Buchbindern, in der Schifffahrt, im Baugewerbe, in der Textil- und Bekleidungsindustrie, die die linkskommunistische KPD-Führung nicht verhindern konnte und die nun neben die bereits bestehenden Verbände im Bergbau, in der Metall-, Chemieindustrie und bei den Landarbeitern traten. Die oppositionellen Gewerkschafter im Chemiebereich und bei der Eisenbahn waren von der Gewerkschaftsbükratie ausgeschlossen worden⁹⁵⁸. Im Streik um die Wiedergewinnung der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau vom Mai 1924 hatte sich die Schwäche der kommunistischen Gewerkschaftsfraktion innerhalb des *Alten Verbandes* nach Meinung der KPD-Bezirksleitung als Problem erwiesen⁹⁵⁹. Die Linie der Mitarbeit wurde beibehalten, als der gemeinsame Parteitag dreier KPD-Bezirke am 27. Juli 1924 in Düsseldorf eine Resolution zur Gewerkschaftsfrage annahm, in der als Aufgabe der Kommunisten festgeschrieben wurde, in den ADGB-Gewerkschaften zu arbeiten, um

⁹⁵⁶ Hoffrogge, Scholem, S. 239 f.

⁹⁵⁷ Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz K.P.D. Rheinland und Ruhrgebiet. Die Resolution zur gegenwärtigen Lage, zum Ruhrkampf und zu den nächsten Aufgaben, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 7.

⁹⁵⁸ Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 131 f. Die vier moderat kommunistischen Autoren führten die Abspaltungen auf eine bewusste Politik der „ultralinken“ Fischer und Thälmann zurück.

⁹⁵⁹ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Tagesordnung zum Bezirksparteitag des Bezirks Ruhrgebiet am 4. und 5. Juli in Essen. Bericht des Polbüros seit dem Bezirksparteitag am 4. März 1924, [Essen März 1924], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 11.

diese vom Einfluss ihrer „gegenrevolutionären Führer“ zu befreien. Niemand dürfe freiwillig aus den reformistischen Gewerkschaften ausscheiden. Wer dort ausgeschlossen worden sei, sollte in den revolutionären Verbänden arbeiten⁹⁶⁰. Im Oktober 1924 beschloss der Zentralausschuss der KPD, dass alle Mitglieder einer freien, d. h. also ADGB-Gewerkschaft angehören müssten⁹⁶¹. An dieser Position setzte im März 1925 die Forderung der moderaten Kommunisten an, wonach jedes KPD-Mitglied sofort auszuschließen sei, das noch nicht wieder einer ADGB-Gewerkschaft angehöre, was nach Ansicht des damaligen Polleiters der KPD Ruhr, Neubauer, Massenausschlüsse von KPD-Mitgliedern zur Folge gehabt hätte⁹⁶², weil sich ein erheblicher Teil von ihnen außerhalb der ADGB-Gewerkschaften befand. Die Bezirksleitung und UB-Sekretäre der KPD-Ruhrgebiet um den radikal linken Kommunisten Theodor Neubauer kritisierten wiederum den KI-Vorsitzenden Sinowjew, der die alte Linie der Mitarbeit in den reformistischen Massengewerkschaften vertreten hatte, ohne das Aufgeben eigener, revolutionärer Verbände, dort, wo sie stark waren, zu fordern. Unter Neubauer bezeichnete die Bezirksleitung Ruhr der KPD die *Union*, die sich selbst zu den starken roten Verbänden rechnete, als so schwach, dass sie nur mit Unterstützung der KPD am Leben gehalten werden könne. Solange sie noch ein Faktor für eine Bewegung der Einheit der Gewerkschaften seien, sollten sich die revolutionären Verbände mit größter Energie um die Einheit mit den reformistischen Gewerkschaften bemühen⁹⁶³, auch wenn zahlreiche Übertrittsgesuche zum BAV von diesem abgelehnt wurden⁹⁶⁴. Auch andere radikal linkskommunistische Funktionäre im KPD-Unterbezirk Buer standen nicht hinter der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*. Auf der 1. Parteiarbeiterkonferenz des Ruhrgebietes Ende Januar 1925 erklärte S(cymzak), dass die KPD in der Gewerkschaftsfrage nicht vom Standpunkt der freien Gewerkschaften oder dem der *Union*, sondern vom Gesichtspunkt der Gewerkschaftseinheit Position beziehen müsse⁹⁶⁵. Das lag ganz auf der Linie des 10. Parteitages der KPD im Juli 1925, der nach einem Referat Thälmanns einstimmig beschloss, die KPD-Mitglieder müssten von den selbstständigen Gewerkschaften zu den ADGB-Gewerkschaften übertreten⁹⁶⁶. So konnte keine Übereinkunft zwischen den radikal

⁹⁶⁰ Der Oberpräsident an den Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, Münster 4.8.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 247.

⁹⁶¹ Flechtheim, KPD, S. 177.

⁹⁶² Bezirksleitung Ruhrgebiet, An die Zentrale der K.P.D. Polbüro, Essen 14.3.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 95.

⁹⁶³ Bezirksleitung K.P.D. Ruhrgebiet, An die Zentrale der K.P.D. Berlin, Essen 4.4.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 105 f.

⁹⁶⁴ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Tagesordnung zum Bezirksparteitag des Bezirks Ruhrgebiet am 4. und 5. Juli in Essen. Bericht des Polbüros seit dem Bezirksparteitag am 4. März 1924, [Essen März 1924], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 11.

⁹⁶⁵ Die Parteiarbeiter-Konferenz Ruhrgebiet, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, 1. Jg., Nr. 2, Dortmund 3.2.1925, S. 5.

⁹⁶⁶ Flechtheim, KPD, S. 177.

linken Kommunisten um Arthur Hammer in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* und dem radikal linkskommunistischen Flügel innerhalb der KPD erzielt werden.

1925 hatte die Gelsenkirchener *Union* immer noch großen Einfluss auf die Bergleute. Eine Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* musste auf erhebliche Widerstände der kommunistischen Bergarbeiter stoßen. Wie die Betriebsratswahlen im Frühjahr 1925 zeigten, bekannte sich die Mehrheit der organisierten Bergarbeiter im Raum Hamborn/Dinslaken, Mülheim, Bottrop, Herne, Wanne-Eickel, Recklinghausen, Westerhold, Marl und Lünen weiterhin zur *Union der Hand- und Kopfarbeiter*. In Oberhausen, Essen und Dortmund stellte sie eine beachtliche Minderheit. Ewald Fischer, der die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* ab 1924 erforscht hat, stellte fest:

„So ist sie schließlich zu einem Faktor innerhalb der deutschen Gewerkschaftsbewegung und ganz besonders innerhalb der Ruhrbergarbeiter – Bewegung geworden, mit dem man heute unbedingt rechnen muss“⁹⁶⁷.

Das machte sie nach Ewald Fischer zu einer „nicht zu unterschätzende Gefahr für die freien Verbände“, die es notwendig mache, „ihrem Treiben die Spitze abzubrechen“⁹⁶⁸. Teile der *Union / Bochumer Richtung* traten im Laufe des Jahres wieder in die freien Gewerkschaften ein. Ende August 1925 war aber nur knapp die Hälfte der verbliebenen Mitglieder der *Union* zum BAV übergewechselt⁹⁶⁹. Die KPD in Buer, einer Hochburg der *Union*, meldete im September 1925 die Rückkehr von 841 von 1.421 *Union*-Mitgliedern auf 48 Schachtanlagen in den BAV⁹⁷⁰. Nach dem *Offenen Brief* des EKKI fasste die Bezirksleitung Ruhr unter Wilhelm Schwan Ende September 1925 den Beschluss, dass die Mitglieder der KPD in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter (Bochumer Richtung)* bis zum 15. Oktober 1925 – d. h. innerhalb von vierzehn Tagen – in den reformistischen *Bergarbeiterverband* BAV überwechseln müssten⁹⁷¹. Wenn die Auflösung der *Union* und der Übertritt in den BAV „über Erwartung gut (...) insbesondere bei den Bergarbeitern“ gelaufen sein soll⁹⁷², so war diese Erfolgsmeldung fragwürdig. Gegen die Liquidierung der *Union* scheint es in den Reihen der linken KPD-Mitgliedschaft erhebliche Widerstände gegeben zu haben. Eine organisierte Fraktion, die in der KPD gegen die Spaltung und Auflösung der *Union* gekämpft hätte, wie es etwa die Wattenscheider USPD 1920 gegen

⁹⁶⁷ Fischer, *Union*, S. 117 f.

⁹⁶⁸ Ebd., S. 120.

⁹⁶⁹ Winkler, *Schein der Normalität*, S. 215.

⁹⁷⁰ [BL Ruhrgebiet], Tätigkeitsbericht für den Monat September, [Essen Anfang Oktober 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 61.

⁹⁷¹ Hassel, Protokoll über die Sitzung der Bezirksleitung am 28.9.1925, Essen 29.9.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 15 f.

⁹⁷² Flechtheim, KPD, S. 184.

die Parteiführung der Unabhängigen versucht hatte⁹⁷³, gab es jedoch nicht. Aktivisten um Arthur Hammer versuchten, die *Union der Hand- und Kopfarbeiter / Gelsenkirchener Richtung* weiterhin aufrecht zu erhalten. Auch nach dem Eintritt vieler Kommunisten in den BAV kam es im Ruhrbezirk der KPD immer wieder zu Reibungen wegen ihrer Gewerkschaftspolitik. Selbst Gustav Sobottka wurde am 22. April 1926 aus der KPD ausgeschlossen, weil er nach seinem Hinauswurf aus dem *Bergarbeiterverband* zu den Betriebsratswahlen auf der Zeche *Alma* trotz ausdrücklichem Verbot der Partei auf einer eigenen Liste kandidiert hatte⁹⁷⁴. Sobottka kehrte später wieder in die KPD zurück.

Erhebliche Teile der Bergarbeiter der *Union* befanden sich 1919-1924 nicht nur im Gegensatz zur moderat kommunistischen KPD um Levi/Brandler/Meyer und 1924-1925 zur linkskommunistischen Fischer/Maslow-Zentrale, sondern sogar im Widerspruch zum radikal linkskommunistischen Flügel in der KPD des Ruhrgebietes wie z. B. zum Bezirksleiter Neubauer oder zur Buerer KPD. Anstatt diese Widersprüche zu benennen und zu lösen – in Deutschland generell in den reformistischen ADGB-Gewerkschaften kommunistische Fraktionsarbeit zu leisten, aber für die Bergarbeiter des Ruhrgebietes eine Ausnahme einzufordern und dort schwerpunktmäßig die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zu unterstützen – setzte die KPD-Spitze um Fischer/Maslow von Anfang an auf die Auflösung der Unionen und die Eingliederung der KPD-Mitglieder in die reformistischen Gewerkschaften, was im Ruhrgebiet nur gegen starke Widerstände der eigenen Mitgliedschaft durchsetzbar war, pflegte aber eine Rhetorik, die durchaus anders aufgefasst werden konnte, und firmierte im Fall von Ausschlüssen Gewerkschaftsuntergliederungen in Industrieverbände um. Die Existenz der Union machte die linkskommunistische Führung um Ruth Fischer/Maslow nicht einfach zu „Gefangenen von Stimmungen“⁹⁷⁵, sondern hatte bis dahin jede KPD-Führung vor fast unlösbare taktische Probleme gestellt.

Die Bildung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* als zeitweilig vorherrschender Gewerkschaft bei den Bergarbeitern, der wichtigsten Berufsgruppe im Ruhrgebiet, führte zu der regionalen Besonderheit, dass der Einfluss der KPD im reformistischen *Alten Verband* nahezu bedeutungslos blieb, solange die Union existierte. Hinzu kamen die Entlassungswellen nach dem Oktober 1923, die alle Gewerkschaften und besonders die Kommunisten trafen⁹⁷⁶. Den Rückgang des kommunistischen Einflusses vor allem auf das

⁹⁷³ Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitag in Leipzig, Berlin 1919, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 2, Glashütten im Taunus 1976, S. 23.

⁹⁷⁴ Ausschlüsse und Austritte aus der KPD (seit dem neuen Kurs), o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 144 f.

⁹⁷⁵ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 51.

⁹⁷⁶ Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 88.

Versagen der linkskommunistischen KPD-Führung in der Gewerkschaftspolitik zurückzuführen⁹⁷⁷ – im entgegengesetzten Sinne als hier dargestellt – scheint zumindest für den KPD-Bezirk Ruhr nicht stichhaltig, liegt aber nachträglich auf der Linie des *Offenen Briefes* des EKKI, der Fischer und Maslow ankreidete, in der Gewerkschaftsarbeit versagt zu haben.

Noch Ende September 1925 war ein Teil der KPD-Mitglieder im Ruhrgebiet in der Gelsenkirchener Union organisiert. Gleichwohl war unter der Leitung des linken Kommunisten und Gewerkschaftsverantwortlichen der KPD-Bezirksleitung, Schubert, der Übertritt eines Teils der Kommunisten von der Union / Bochumer Richtung zum *Bergarbeiterverband* bewerkstelligt worden. Ende 1925 konnte die Gewerkschaftsabteilung der BL berichten, dass es keine selbstständigen Verbände im Ruhrgebiet gebe. Die letzte selbstständige Organisation, die Essener Gruppe des *Chemnitzer Bauarbeiterverbandes* sei aufgelöst und die Mitglieder in den *Baugewerksbund* bzw. in den *Zimmerer-Verband* überführt worden. Dabei waren nach Angaben des BAV nur 3.630 der noch 8.000 Mitglieder starken Union in die ADGB-Gewerkschaft zurückgekehrt. In den Mitgliedslisten der Union wären nur noch 7.410 Mitglieder verzeichnet gewesen⁹⁷⁸. Die Gewerkschaftsabteilung der KPD ging von ca. 5.500 Mitgliedern der Union aus, die wieder in den BAV eingetreten seien⁹⁷⁹.

Mit ihrer Politik gegenüber der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* hat die KPD keineswegs wie Heer-Kleinert behauptet das Ziel verfolgt, „mit radikalen Teilen der Klasse (...) eine Identität herzustellen“⁹⁸⁰. Der vorgeschobene Zweck der Taktik des Übertritts zum BAV war mehr als zweifelhaft. Denn angenommen, die Kommunisten hätten im *Bergarbeiterverband* erfolgreich einen linken Flügel bilden können, so wäre dieser spätestens dann ausgeschlossen worden, bevor er die reformistische Verbandsführung hätte absetzen können. Es hätte dann erneut eine revolutionäre Bergarbeitergewerkschaft gegeben. Die KPD hätte dann wieder dort gestanden, wo sie mit der Gründung der *Allgemeinen Bergarbeiterunion* einmal gestanden hatte. Die Liquidierung der Union durch die KPD konnte auch nicht nur auf ein falsches Verständnis der Radikalisierungsprozesse

⁹⁷⁷ Vgl. Schöck, die die „Erfahrung der katastrophalen Ergebnisse der linken Gewerkschaftstaktik“ betont, in: Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 60; Kinner macht für den Rückgang des „Masseneinfluss(es) der KPD besonders unter den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern“ die „abenteuerliche Politik“ der „Linken“ verantwortlich, Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 77; Moneta sieht zwar die Austritte von Millionen aus den Gewerkschaften, hält aber die Politik der Fischer-Führung für „Neugründungen“ roter Gewerkschaften verantwortlich, was den Tatsachen widerspricht, vgl. Moneta, Jakob, Zur Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, [Frankfurt/M. 1978], in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 12.

⁹⁷⁸ [BAV], 1889 – 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929, S. 112.

⁹⁷⁹ Bezirksleitung Ruhrgebiet. Abtlg. Gewerkschaften, Bericht der Abteilung Gewerkschaften, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/3/18-19/1, Bl. 50.

⁹⁸⁰ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 386.

der Bergarbeiter im Ruhrgebiet durch die KPD zurückgeführt werden. Es mussten andere, tiefgehende Interessen im Spiel sein.

Das Organisationsmodell der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* stand im direkten Gegensatz zu dem der KPD unter der linken Führung unter Fischer/Maslow mit ihrem zentralistischen Aufbau, der Weisungsbefugnis höherer Gremien gegenüber untergeordneten und der Körperschaftsdisziplin. So wie sich die „dezentrale Struktur der USPD“⁹⁸¹ aus den schlechten Erfahrungen mit der zentralistischen Organisation der SPD ergab, so beruhte die anti-bürokratische Struktur der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* auf dem Kampf der Bergarbeiter für Arbeiter- und Betriebsräte und der Ablehnung der strikt zentralisierten und bürokratisierten Strukturen der freien Gewerkschaften. Die *Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands* hieß nicht nur *Räteorganisation*, sie war auch eine. Basis waren die Mitgliederversammlungen der Schacht- und Betriebsorganisationen, deren jeweiliger Vorstand jederzeit abgewählt werden konnte. Die Schacht- und Betriebsorganisationen waren „völlig selbständig und nicht an Weisungen einer höheren Instanz gebunden“. Die Union trat „für die Abschaffung ihrer [der Basisstrukturen – Anm. P.B.] Verantwortlichkeit gegenüber der Gewerkschaftsleitung“ ein, um allein der Basis verpflichtet zu sein. Außer den wenigen Hauptamtlichen in der Zentralstelle arbeiteten alle Funktionäre ehrenamtlich. Die Freigestellten bezogen einen durchschnittlichen Arbeiterlohn und waren wie alle Funktionäre jederzeit abwählbar⁹⁸². Die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* vertrat mit ihren Streiktaktiken, mit ihrer Organisation auf den Schächten und Zechen, mit dem Prinzip der Industriegewerkschaft, mit ihrer Diskussion und Beschlussfassung auf Mitgliederversammlungen und mit ihrem rätedemokratischen Aufbau eine neue Arbeiterbewegungskultur, die sich von der alten sozialdemokratischen und der aus ihr entstandenen kommunistischen Arbeiterbewegungskultur stark unterschied. Nicht von ungefähr verlangte die Ruhr-KPD von der Union, ihre Organisation müsse so geändert werden, dass nur noch die Unionsleitung zentral über die Ausrufung von Streiks entscheiden dürfe⁹⁸³. Die ‚Atomisierung‘ der KPD in kleine und kleinste Betriebszellen und die damit einhergehenden Maßnahmen nahm nicht nur – wie wir noch sehen werden – der eigenen Mitgliedschaft den Einfluss auf die innerparteiliche Willensbildung, sondern stand darüberhinaus auch dem Organisationsmodell der fortgeschrittensten Bergarbeiter feindlich gegenüber.

Die Auflösung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* und der *Übertritt zum Bergarbeiterverband* fielen in eine Zeit, in der die Bergarbeiter stark unter Druck der

⁹⁸¹ Wheeler, USPD, S. 370. Als weiteres Beispiel führt Hermann Weber das Organisationsmodell der frühen KPD an, was noch zu überprüfen sein wird, vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 15.

⁹⁸² Fischer, Union, S. 58.

⁹⁸³ [Union der Hand- und Kopfarbeiter], Bericht über das Geschäftsjahr 8.9.1921-15.9.1922, S. 9, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14552, Bl. 524.

Zechenbesitzer gerieten. Durch den Krieg, den Sieg der Entente und die folgende Ruhrbesetzung hatten sich die Konkurrenzverhältnisse auf dem Steinkohlemarkt zu Gunsten Englands verschoben. Die Entente wollte die wilhelminische Kriegsflotte verschrotten und ließ sich einen Teil der deutschen Handelsflotte ausliefern, wodurch nach dem Ersten Weltkrieg jedes Jahr mehrere Millionen Tonnen Absatz an Steinkohle wegfielen. Durch die französisch-belgische Besetzung und durch den passiven bzw. aktiven Widerstand wurde das Ruhrgebiet 1923-1924 vom übrigen Deutschland abgeschnitten, das durch englische Steinkohle beliefert wurde. Bei der Energieerzeugung traten Braunkohle und Wasserkraft in Konkurrenz zur Steinkohle. Anfang 1924 lagen im Revier ca. 7,1 Mio. Tonnen und im Sommer des gleichen Jahres 9,4 Millionen Tonnen Steinkohle auf Halde⁹⁸⁴. Die schwere Niederlage der Arbeiterbewegung im sog. *Deutscher Oktober* ermöglichte den Zechenbesitzern, auf die Folgen des mitverschuldeten Krieges mit einer enormen Rationalisierungswelle zu reagieren, die Anfang 1924 im Bergbau begann und auf dem Einsatz von Maschinen (Abbau- und Bohrhämmern, Schrämmaschinen, motorisierten Schüttelrutschen usw.) unter Tage beruhte. Da die Mechanisierung von Beginn des Ersten Weltkrieges an bis zum Ende der Besetzung unterbrochen worden war, als die Rüstungsproduktion Priorität hatte, und selbst verschlissener Maschinen oft nicht ersetzt werden konnte, setzte der Mechanisierungssprung erst danach ein. Waren 1913 im Bergbau 15.132 Maschinen im Einsatz, so waren es 1925 bereits 103.281 Maschinen, um bis 1930 auf 117.346 Maschinen zu steigen. Damit stieg 1925 die Zahl der Maschinen im Bergbau im Vergleich zu 1913 um 682 Prozent⁹⁸⁵. Handelte es 1924-1925 um ein quantitatives Anwachsen des Maschinenparks, so wurden ab 1926 die Maschinen qualitativ immer weiter verbessert. Weil aber 1925 die Förderung, trotz des starken Einsatzes von Maschinen, mit 104,1 Mio. Tonnen Steinkohle auf dem Stand von 1913 lag, konnte die Rationalisierung nur den einen Zweck haben, die Produktivität zu steigern, um Bergleute zu entlassen und Zechen zu schließen. Von 1922 bis 1928 wurden 85 Bergwerke mit 49.463 Kumpel und einer jährlichen Förderkapazität von 10,4 Mio. Tonnen Steinkohle still gelegt. Die Stilllegungen trafen besonders die Region um Witten, Hattingen, Hörde und Hagen. Allein von 1923 bis September 1925 wurden im Ruhrkohlebergbau 157.000 von 563.000 Bergarbeitern entlassen⁹⁸⁶.

Dass die Spaltung und Auflösung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* auf Betreiben der linken Ruhr-KPD im Jahr 1925 mitten in eine Rationalisierungs- und Entlassungswelle des Kapitals fiel, macht die KPD-Gewerkschaftspolitik doppelt fragwürdig. Sie spielte den

⁹⁸⁴ Spethmann, Hans, Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik. Das Ruhrrevier der Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1938, S. 748 f.

⁹⁸⁵ Ebd., S. 721 f.

⁹⁸⁶ Ebd., S. 753 f.

Zeichenbesitzern direkt in die Hände. Was unter einer Avantgarde zu verstehen war, mag innerhalb der KPD und ihres Umfeldes strittig gewesen sein. Die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* mit ihren Mitgliedern und ihrem Umfeld stellte eine Avantgarde unter den Bergarbeitern dar. Die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* war „Sammelpunkt der revolutionären Arbeiterschaft“, die „auf die Psyche des revolutionären, radikalen Arbeiters der Nachkriegszeit ein(gestellt)“ war⁹⁸⁷. Es handelte sich um „jüngere, ungelernete und weniger gewerkschaftlich geschulte Leute“, die durch den „revolutionären Geist“ und den „Klassenkampfgedanken“ angezogen wurden⁹⁸⁸, während die älteren Facharbeiter häufig ihren gewerkschaftlichen Berufsverbänden und deren Führung treu blieben. Zwar gelang es der KPD und ihrem linken Flügel, einige Elemente der Avantgarde bis in die Parteiführung zu integrieren⁹⁸⁹. Im Ruhrgebiet organisierte die KPD viele Bergarbeiter, von denen einige, wie Wilhelm Schwan und Gustav Sobottka, bis in die Parteispitze des Bezirks gelangten⁹⁹⁰. Aber diese wurden instrumentalisiert, um die Politik der linkskommunistischen KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet gegen eine Mehrheit der tatsächlichen Arbeiteravantgarde durchzusetzen, die in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* organisiert war. Die linkskommunistische KPD im Ruhrgebiet stellte sich nicht nur gegen die Aktivisten und Streikführer der Bewegung der *Unionen*, sie half dabei, ein revolutionäres Milieu politisch zu zersetzen, dass bereits stark unter Druck des Kapitals gekommen war. Die innerorganisatorische ‚Atomisierung‘ der KPD in kleinste Zellen und alle anderen undemokratischen Maßnahmen sollte erst vor dem Hintergrund der bewussten Zerstörung der eigenen sozialpolitischen Basis in der Union ihre ganze Wirkung entfalten. Die katastrophalen Folgen der KPD-Gewerkschaftspolitik ließen nicht lange auf sich warten. Dass alternativ dazu auch eine Verschmelzung von linker KPD und Arbeiteravantgarde möglich gewesen wäre, hat Marcel Bois am Beispiel der radikal linken KPD im Bezirk Pfalz, der beiden großen Streiks bei BASF in Ludwigshafen 1922 bzw. 1924 und der Gründung des revolutionären *Industrieverbandes der chemischen Industrie* nachgewiesen⁹⁹¹.

Dass vor diesem Hintergrund ausgerechnet der „Radikalismus“, den besonders die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* verkörperte, ein zentrales Problem der KPD gewesen sei, der z. B. die Stalinisierung gefördert habe⁹⁹², ist nur dann zu vertreten, wenn man die Bedeutung der Union, die Kämpfe, aus denen sie entstanden ist, und die langjährige

⁹⁸⁷ Fischer, *Union*, S. 58 f.

⁹⁸⁸ Ebd., S. 119.

⁹⁸⁹ Hoffrogge, Scholem, S. 239.

⁹⁹⁰ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 853 f. und S. 879 f.

⁹⁹¹ Bois, *Linke Opposition*, S. 195 f.

⁹⁹² Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Weber, Hermann/Mähler, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung*, Berlin 2007, S. 240.

Radikalisierung der Bergarbeiter weitgehend ignoriert. Die KPD konnte deshalb im Ruhrgebiet zu einer stalinistischen Partei werden, weil sich der Kapitalismus nach der *Oktoberniederlage* vorübergehend festigte und weil die Kommunistische Partei half, die radikale politische Avantgarde der Bergarbeiter, d. h. die Union, zu zerschlagen, anstatt sich mit ihr zu vereinigen.

3.0 Der *Offene Brief* des EKKI der Komintern vom 1.9.1925

Am 1. September 1925 konnten die überraschten Leser des KPD-Zentralorgans *Rote Fahne* einen *Offenen Brief* des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (EKKI) an die Leitung der KPD lesen, in dem die sechs Wochen zuvor vom 10. Parteitag gewählte KPD-Spitze um Ruth Fischer und Arkadi Maslow scharf kritisiert und öffentlich demontiert wurde. Zuvor war es der Leitung der Komintern gelungen, die linkskommunistische Führung der KPD auseinander zu dividieren. Ausgangspunkt bildete ein Brief des russischen Revolutionärs Nikolai Bucharin an Stalin über die Lage in der KPD nach dem 10. Parteitag. In diesem Brief schlug Bucharin Stalin vor, „in ihrem ZK eine *treue* Gruppe um Thälmann zu haben“ (Hervorhebung Bucharin). Zwar meinte Bucharin noch, dass man „Ruth und Co.“ nicht absetzen könne, „doch es ist erforderlich, dass es in Zukunft eine Gruppe unserer Leute gibt“⁹⁹³. Damit war Bucharin im Juli 1925 der Initiator der Etablierung der stalinistischen Fraktion in der KPD, wenn er auch vielleicht die Illusion hatte, das es seine Fraktion werde. Der *Offene Brief* des EKKI ging offensichtlich weiter, weil er Fischer und Maslow in der Folge aus der KPD ausschaltete.

Während Lenins aktiver Teilnahme am politischen Geschehen war das Verhältnis zwischen Sowjetunion, Kommunistischer Internationale und KPD widersprüchlich gewesen: Der Ausschluss des ultralinken Flügels der KPD 1919, die Märzaktion 1921 und die ersten Versuche zur Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* erfolgten entweder gegen den ausdrücklichen Willen Lenins oder ohne seine Billigung. Dies gilt ebenso für den Schlageter-Kurs des KPD-Beraters Karl Radek. Zu behaupten, die WKP(B) bzw. die Komintern hätten vor 1921 die Hegemonie über die Politik der KPD ausgeübt und damit mehr als eine ideologische Vorbildfunktion (und die allerdings nicht unerhebliche finanzielle Unterstützung) zu meinen, wie es Hermann Weber tut⁹⁹⁴, wird der zeitweiligen Eigenständigkeit der KPD nicht gerecht. Die ständige Einmischung von RKP(B) und EKKI in die Politik der KPD, der der Aufstandsversuch im sog. *Deutschen Oktober* vorgegeben

⁹⁹³ Aus einem Brief Nikolaj Bucharins an Stalin über die Situation in der KPD-Führung, Moskau 22.7.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 129, S. 455.

⁹⁹⁴ Weber, Komintern und KPD, S. 40.

wurde, erfolgte nach Beginn von Lenins schwerer Krankheit. Selbst nach der *Oktoberniederlage* 1923 „war (...) die Vorherrschaft der Komintern über die KPD“ keineswegs „besiegelt“⁹⁹⁵, sonst hätte 1924 die Übernahme der KPD-Führung durch Fischer/Maslow/Scholem entgegen den Wünschen der Komintern-Spitze nicht erfolgen können⁹⁹⁶. War schon der von der RKP(B) vorgegebene Revolutionsplan im Oktober 1923 ein tiefer Einschnitt im Verhältnis zwischen RKP(B), EKKI und KPD, so bestimmte das EKKI mit dem *Offenen Brief* die Zusammensetzung des Führungskerns der KPD.

3.1 Vorwürfe und Widersprüche

Im *Offenen Brief* warf das EKKI der KPD mangelnde Werbekraft, Versagen bei der Eroberung der sozialdemokratischen Massen, unzureichende Überzeugungsarbeit, mangelnde Arbeit in den Gewerkschaften und eine zu parlamentarische Ausrichtung vor. Die Fehler der linkskommunistischen Gewerkschaftspolitik der KPD führte das EKKI bis auf den Frankfurter Parteitag 1924 zurück. Die KPD-Führung habe zwar gegen die völlige Ablehnung einer Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften Stellung genommen, aber ein zwiespältiges Verhältnis zu den unionistischen Gewerkschaften entwickelt, anstatt sich allein auf die reformistischen Gewerkschaften zu konzentrieren⁹⁹⁷. Darunter fanden sich Vorwürfe, die schon Bucharin gegen Fischer/Maslow in seinem Brief an Stalin erhoben hatte: keine Durchführung der Beschlüsse der KI z. B. in der Gewerkschaftsfrage, schlechte Behandlung und Belügen der EKKI-Vertreter, Geldverschwendung, geheime Finanzfonds. Zusammengefasst lautete die Anklage Bucharins gegen die KPD um Fischer/Maslow: „eine leitende Kraft innerhalb der KI zu formen, ohne die RKP und gegen die RKP“⁹⁹⁸. Die Intrige Bucharins musste bei Stalin alle Alarmsirenen schrillen lassen. Dieser verschärfte den Tonfall, als er keinerlei Schonung für Ruth Fischer forderte⁹⁹⁹. Auch der EKKI-Vertreter auf dem 10. Parteitag der KPD, Manuilski, mahnte bei Stalin „eine stärkere Abhängigkeit der KPD von der Komintern“ und zusätzlich eine „ernsthafte innerparteiliche Diskussion (...) über die Methoden der organisatorischen Bolschewisierung“¹⁰⁰⁰ an, womit vor allem die Umstellung der KPD auf Betriebszellen

⁹⁹⁵ Ebd., S. 48.

⁹⁹⁶ Ebd., S. 52.

⁹⁹⁷ EKKI, Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD. Der Text des Briefes der Exekutive, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 200, Berlin 1.9.1925, S. 1 f.

⁹⁹⁸ Aus einem Brief Nikolaj Bucharins an Stalin über die Situation in der KPD-Führung, Moskau 22.7.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 129, S. 454.

⁹⁹⁹ Chiffretelegramm von Stalin an das ZK der KP der Sowjetunion, Nikolaj Bucharin und Dimitrij Manuilski zur Situation in der KPD, Soci 23.7.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 131, S. 460.

¹⁰⁰⁰ Brief Dimitrij Manuilskis an Stalin über Situation in der KPD, [Berlin] 22.7.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 130, S. 458.

gemeint war. Die „stärkere Abhängigkeit der KPD von der Komintern“ stand mit der ‚Atomisierung‘ der KPD über das Betriebszellensystem in engstem Zusammenhang.

Schon am Rande des 10. Parteitags hatte der KI-Vertreter Manuïlski die KPD-Leitung vergeblich gedrängt, eine große Gewerkschaftsabteilung des ZK einzurichten¹⁰⁰¹. Am internen Funktionieren der KPD kritisierte der *Offene Brief* eine nicht ausreichende Parteidemokratie z. B. die fehlende Wählbarkeit der Parteifunktionäre und die mangelnde Hinzuziehung fähiger Kommunisten der Brandler-Fraktion. Außerdem wurden die ausbleibende Selbstkritik der Parteiführung bemängelt, ihr ein politisches Abweichen nach *rechts* unterstellt und ein parteiinternes Bündnis mit den *Ultralinken* um Scholem/Rosenberg angeprangert. Weiter stieß im EKKI die Entsendung eigener KPD-Emissäre zu kommunistischen Schwesterparteien übel auf. Man habe fortwährend gegen die Kontrolle von oben durch das EKKI gekämpft, dem die „Linke“ in der KPD vorwerfe, die Partei nach „rechts“ drücken zu wollen. Bisher sei in der KPD jede Abweichung von der richtigen bolschewistischen Linie mit einer Attacke auf die Sowjetunion verbunden gewesen. Mit Zitaten von Arkadi Maslow versuchte der *Offene Brief* die linkskommunistische KPD-Führung in eine westeuropäische sozialdemokratische Tradition einzuordnen, da es Maslow gewagt habe, die Beschlüsse des 3. Weltkongress der Komintern als schädlich für die KPD zu bezeichnen. Aus dieser Interpretation machte das EKKI „einen ungeheuren Angriff gegen Lenin und den Leninismus“, der auf keinen Fall geduldet werden könne. Während ein Teil der sozialdemokratischen Arbeiter auf die zunehmende Einkreisung und Isolierung der Sowjetunion durch die imperialistischen Großmächte und die Neuorientierung Deutschlands nach Westen mit mehr Solidarität mit der Sowjetunion reagiere, zeige ein anderer Teil der Arbeiterschaft verstärkt „antimoskowitzische“ und „antikommunistische“ Tendenzen, die die „Ultralinken“ in der KPD beeinflussen würden. Im Mittelpunkt der Arbeit der KPD, so schlug das EKKI im *Offenen Brief* vor, müsse der Widerstand der Arbeiter gegen die „westliche Orientierung“ Deutschlands hin zum Entente-Imperialismus stehen. Daher müsse die KPD neu auf die sozialdemokratischen Arbeiter zugehen, d. h. in den reformistischen Gewerkschaften Parteifraktionen und linke Flügel aufbauen. Nur am Rande erwähnte der *Offene Brief* den Aufbau von Betriebszellen, der zu verstärken sei¹⁰⁰². Damit war klar angesprochen, dass außenpolitische Interessen der Sowjetunion für den *Offenen Brief* maßgeblich waren und der linkskommunistische Leitungskern um Ruth Fischer einer Neuorientierung im Weg entgegenstand. Das relativierte aber auch die anderen Vorwürfe des EKKI. Die

¹⁰⁰¹ Winkler, Schein der Normalität, S. 419 f.

¹⁰⁰² EKKI, Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD. Der Text des Briefes der Exekutive, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 200, Berlin 1.9.1925, S. 1 f.

linkskommunistische Orientierung vertrug sich nicht mit der Politik der Stalin-Fraktion, die Mitte der 1920er Jahre eine „rechte Position“ einnahm¹⁰⁰³.

Die Mehrheit der EKKI-Mitglieder, die den *Offenen Brief* unterschrieben hatten, waren moderate Kommunisten, treue Stalinanhänger oder galten als *Wetterfahnen*, die sich jeder Führung anpassten. Eine erste Delegation der KPD mit Geschke, Schneller, Neumann und Kühne in Moskau, die von Bucharin und Rykow zusammengestaucht worden war, trat völlig hilflos auf und unterwarf sich¹⁰⁰⁴. Interessanter waren die Unterschriften einer weiteren KPD-Abordnung mit Thälmann, Ruth Fischer, Dengel, Schwan, Schneller, Scher, Kühne, Strötzel und Heinz Neumann¹⁰⁰⁵, mit denen das EKKI über den *Offenen Brief* diskutiert hatte. Von ihnen gehörten Thälmann, Fischer, Dengel, Schneller und Schwan dem ZK der KPD an. Schehr, Kühne und Strötzel waren ZK-Kandidaten, Neumann nicht einmal das¹⁰⁰⁶.

Die Vorwürfe, die das EKKI im *Offenen Brief* gegenüber der Parteispitze der KPD erhob, waren in sich widersprüchlich. Für alle im *Offenen Brief* genannten Kritikpunkte an Politik und Organisation der KPD hätte das EKKI die gesamte gewählte Führung der KPD und das gesamte Führungstrio verantwortlich machen müssen, das seit Mai 1925 aus Fischer, Maslow und Thälmann bestand, von denen Maslow im Gefängnis saß. Sie hatten nach der Hindenburg-Wahl mit der sog. *Volksblocktheorie* eine Wende der KPD zu moderaten Positionen einleiten wollen, waren aber am starken Widerstand des radikal linken Parteiflügels gescheitert. Dafür waren Fischer und Maslow weder allein noch überhaupt verantwortlich. Der für die Politik der KPD mitverantwortliche Spitzenfunktionär Thälmann wurde in dem *Offenen Brief* nicht kritisiert, obwohl er den Kurs von Fischer/Maslow in allen Fragen mitgetragen hatte. Weil Thälmann sich uneingeschränkt auf die Seite des EKKI stellte, nahm es ihn von Kritik aus.

Tatsächlich hatten Teile der KPD in der Gewerkschaftsfrage zwischen einer Mitarbeit in den reformistischen Gewerkschaften und der Gründung revolutionärer Gewerkschaften geschwankt. Diese zwiespältige Haltung war u. a. auf eine starke syndikalistische Stimmung in der Arbeiterklasse und im Ruhrgebiet auf die Stärke und den Einfluss der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zurückzuführen. Aber Fischer/Maslow/Thälmann hatten nicht zu den Schwankenden gehört. Noch im Januar 1925 hatte die linkskommunistische Bezirksleitung der KPD-Ruhr die Gewerkschaftsarbeit zu ihrer

¹⁰⁰³ Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 59.

¹⁰⁰⁴ Brief Bucharins, Manuilskis, Pjatnitskis und Kuusinenes an Stalin und Sinowjew über die Verhandlungen mit der KPD-Delegation in Moskau, [Moskau] 24.7.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 132, S. 460 f.

¹⁰⁰⁵ EKKI, Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD. Der Text des Briefes der Exekutive, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 200, Berlin 1.9.1925, S. 4.

¹⁰⁰⁶ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 1077.

Hauptaufgabe erklärt und entsprechende Beschlüsse gefasst¹⁰⁰⁷. Die Schwierigkeit bestand darin, dass die Auflösung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* nicht einfach gegen den Willen der (kommunistischen) Mitglieder durchführbar war. Auch stimmte, dass der politische Einfluss der KPD in den reformistischen Gewerkschaften stark zurückgegangen war. Stellten die Kommunisten 1923 in den ADGB-Gewerkschaften beachtliche Minderheiten, so reduzierte sich bis 1925 ihr Einfluss um die Hälfte und noch weniger. Dafür eine linke oder ultralinke Politik der KPD-Führung verantwortlich zu machen, blendete die Halbierung der Gewerkschaftsbewegung nach dem sog. *Deutscher Oktober* und den vergeblichen Streiks zum Erhalt der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau bzw. der allgemeinen Acht-Stunden-Schicht aus¹⁰⁰⁸. Im Vergleich zu solchen Niedergangstendenzen der Arbeiterbewegung waren die Verkleinerung der zentralen Gewerkschaftsabteilung oder die Verwandlung der Zeitschrift *Der kommunistische Gewerkschafter* in eine Beilage der *Roten Fahne* unerheblich¹⁰⁰⁹. In der Gewerkschaftsfrage hatte das Führungstrio Fischer/Maslow/Thälmann gemeinsam gehandelt. Die Vorwürfe des EKKI an die linken Kommunisten, die von der Historischen Kommunismusforschung weitgehend geteilt werden, waren für den KPD-Bezirk Ruhrgebiet an den Haaren herbeigezogen. Nicht die Mitarbeit der Kommunisten in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* war sektiererisch, sondern ihre Liquidierung durch die KPD.

Vorgeschoben war der Vorwurf im *Offenen Brief* an Arkadi Maslow, der es gewagt hatte, die Beschlüsse des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale in Frage zu stellen, gegen die 1921 fast die Hälfte der Delegierten des Kongresses opponiert hatte. Der Anwurf, Maslow trete für einen von Moskau unabhängigen westeuropäischen Kommunismus ein, bezog sich auf einen Kommentar Maslows aus dem gleichen Jahr. Maslows Meinungsäußerung Jahre später zum Sündenfall zu erklären, war vorgeschoben und zur Lebzeiten Lenins weder diesem noch einem anderen Kommunisten aufgefallen. Auf dem Leipziger KPD-Parteitag 1923 hatten sich die linken Kommunisten explizit dagegen ausgesprochen, den „Kommunismus westlich zu frisieren“¹⁰¹⁰. Es war Ruth Fischer, die im Mai 1925 den von ihr so bezeichneten „Ultralinken“ „westeuropäische(n) Abweichung(en) vom Bolschewismus“ vorgeworfen hatte¹⁰¹¹. Dass die Spitze der WKP(B) in Fischer und Maslow wirklich das mögliche Zentrum eines von Moskau unabhängigen westeuropäischen Kommunismus sah und sie deshalb absetzen wollte, wie Langels

¹⁰⁰⁷ Zentrale der KPD, Entwurf der Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, o. O. 10./11.1.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/24, Bl. 264 f.

¹⁰⁰⁸ Flechtheim, KPD, S. 162.

¹⁰⁰⁹ Weber, Wandlung, S. 75; Auszug aus dem Rundschreiben der kommunistischen Partei Abteilung Agitation u. Propaganda, o. O. 14.5.1924, in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 86.

¹⁰¹⁰ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 59.

¹⁰¹¹ Fischer, Ruth, Die Opposition auf dem Zentralkomitee, in: Die Internationale, 8. Jg., Nr. 5a, Berlin 1925, S. 284.

annimmt¹⁰¹², ist unwahrscheinlich. Um eine solche Rolle auszufüllen, besaßen beide weder das politische Format noch die hinreichende Stabilität, wie Fischers Zustimmung zum *Offenen Brief* zeigte. Dazu reichte auch ihre Autorität bei der Mitgliedschaft der KPD nicht aus. Vielmehr verstanden sich Fischer/Maslow als enge Anhänger des KI-Vorsitzenden Sinowjew, der hinter den Kulissen auf sie einwirkte, und zu Fischers schwankender Haltung zum *Offenen Brief* – öffentlich unterstützte sie ihn; heimlich hintertrieb sie ihn – beitrug¹⁰¹³. Das Hin und Her der *Sinowjewisten* Fischer/Maslow war nur ein Abbild des Lavierens von Sinowjew selbst, der seine Anhänger in Deutschland desavouierte, um seine Position als Vorsitzender der Komintern zu retten¹⁰¹⁴.

Was die fehlende Wählbarkeit der Parteifunktionäre und die mangelnde Hinzuziehung fähiger moderater Kommunisten zur Parteiarbeit betraf, so sprach der *Offene Brief* durchaus einen wunden Punkt an, hatten sich doch 1925 die Einschränkungen der innerparteilichen Demokratie in der KPD während der Debatte zwischen den linken und den radikal linken Kommunisten verstärkt. Wichtige parteiinterne Funktionen wurden umbesetzt, im Vorfeld des 10. Parteitages der KPD Diskussionen unterdrückt und die Delegiertenwahlen manipuliert. Dort waren die radikal linken Kommunisten nur mit sieben Delegierten vertreten gewesen sein¹⁰¹⁵, obwohl sie in einigen Bezirken über eine Basis verfügten¹⁰¹⁶ und ca. ein Viertel bis ein Drittel der KPD-Mitgliedschaft hinter sich hatten. Schon früher hatte die Parteiführung um Fischer/Maslow/Scholem systematisch versucht, von moderaten Kommunisten geführte KPD-Bezirke unter Kontrolle der linken Kommunisten zu bringen und zu diesem Zweck z. B. die linken Kommunisten Kurt Rosenbaum als Politischen Leiter im KPD-Bezirk Halle-Merseburg, Ernst Schwarz als Politischen Leiter im KPD-Bezirk Thüringen und Eugen Eppstein als Politischen Leiter im KPD-Bezirk Nord-West (Bremen) eingesetzt¹⁰¹⁷. Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet war es zu Ausschlüssen von moderaten Kommunisten gekommen. Die Methode des Austausches führender Funktionäre von oben wurde durch die Leitung um Fischer/Maslow/Thälmann beibehalten, als z. B. der radikal linkskommunistische Polleiter des Ruhrgebiets, Neubauer, abgesetzt und durch Wilhelm Schwan ersetzt wurde. Zwar war vor 1924 auch die moderat kommunistische Führung um Brandler/Thalheimer gegen linke Kommunisten

¹⁰¹² Langels, Die ultralinke Opposition, S. 69 f.

¹⁰¹³ Fischer, Ruth, Stalin und der deutsche Kommunismus. Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus ab 1925, Bd. 2, Berlin 1991 (Frankfurt/M. 1948), S.88.

¹⁰¹⁴ Für Kinner hatte das Führungstrio der KPD „eine unklare Positionierung (...) in den russischen Fraktionskämpfen“, vgl. Kinner, Kommunismus und Linksozialismus, S. 78.

¹⁰¹⁵ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 143.

¹⁰¹⁶ Memorandum über die Vorbereitung der Reichskonferenz und die Wahl der Delegierten (Vorgelegt von den Genossen Scholem und Weber), in: (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 46 f.

¹⁰¹⁷ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 229, S. 742 u. S. 856.

mit Umsetzungen vorgegangen, als z. B. 1923 der linke Polleiter im KPD-Bezirk Mittelrhein, Eugen Eppstein, abgesetzt¹⁰¹⁸ oder die Wahl von Rosenbaum und Schwan im März 1923 im Ruhrbezirk verhindert worden war¹⁰¹⁹. Ruth Fischer wurde mit dem Parteiausschluss bedroht, weil sie nach dem Leipziger Parteitag auf der Bezirkskonferenz Ruhr ein Korreferat gehalten hatte¹⁰²⁰. Solche Maßnahmen waren Einzelfälle¹⁰²¹. Unter der linkskommunistischen Führung Fischer/Maslow/Scholem wurde aus Einzelfällen eine Reihe von Vorfällen, die von der Führung der Kommunistischen Internationale zumindest geduldet worden waren. Im Rückblick kam der radikal linke Kommunist Hans Weber Ende 1928 zu der Einschätzung:

„Wie wir sehen, rächt sich in der späteren, mit den gleichen erbärmlichen Methoden der Illoyalität, Verfälschung und Verleumdung erfolgten Niederknüppelung der Kominternlinken jene historische Schuld, die wir durch ausgiebige Anwendung desselben innerparteilichen Terrorregimes im Kampf gegen den 'Trotzkismus' (...) auf uns geladen haben“¹⁰²².

Die Kritik an der fehlenden Wählbarkeit der Parteifunktionäre führte der *Offene Brief* ad absurdum, da er selbst Mittel zur undemokratischen Absetzung der gewählten Parteispitze Fischer/Maslow war.

3.2 Innen- und außenpolitische Gründe für den *Offenen Brief*

Die inhaltlichen Differenzen, die über den *Offenen Brief* ausgetragen wurden, lagen durchaus im Rahmen des bisherigen politischen Meinungsspektrums der Komintern. Es musste also andere Gründe geben, wenn das EKKI so massiv gegen die Führung der stärksten Kommunistischen Partei außerhalb der Sowjetunion vorging. Hinweise auf die Motive lieferte der *Offene Brief* selbst, indem er auf die aus Sicht des EKKI neue außenpolitische Konstellation verwies.

Mit dem gemeinsamen Vertrag 1922 in Rapallo hatten sowohl die Sowjetunion wie auch

¹⁰¹⁸ Ebd., S. 229.

¹⁰¹⁹ Kurt, An die Zentrale Berlin, o. O. 6.1.1923, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 3.

¹⁰²⁰ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 26.

¹⁰²¹ Dagegen wurde „die VKPD-Spitze um Paul Levi“ nicht „auf Betreiben“ des EKKI „abgesetzt“ wie Keßler schreibt (vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 86). Vielmehr verlor Levi im Zentralausschuss der KPD eine Abstimmung, worauf er als Parteivorsitzender zurück trat (vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 544).

¹⁰²² Weber, Hans, Vorwort des Herausgebers, Berlin 1928, in: Trotzki, Leo, Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929, S. 8. Keine der undemokratischen Maßnahmen 1923 unter Brandler/Meyer/Thälheimer, 1924 unter Fischer/Maslow/Scholem und 1925 um Fischer/Maslow/Thälmann war auch nur entfernt vergleichbar mit der Ausschluss- und Spaltungsmaschinerie, die die KPD-Parteiführung unter Levi/Brandler/Zetkin/Meyer vor und auf dem Heidelberger Parteitag 1919 in Gang gesetzt und der KPD die Hälfte ihrer damaligen Mitgliedschaft gekostet hatte. Im Vergleich dazu war der Begriff „Terrorregime“ von Hans Weber, zwar aussagekräftig genug für das undemokratische innerparteiliche Regime der Fischer/Maslow/Scholem, aber ein Etikett, das ungewollt die Maßnahmen Levis verharmloste.

Deutschland ihre Isolation durchbrochen. Unter Außenminister Stresemann bahnte sich seit Februar 1925 eine Aussöhnung zwischen Deutschland und Frankreich an. Deutschland näherte sich Frankreich an und schloss im Oktober 1925 mit ihm den Vertrag von Locarno¹⁰²³. Die absehbare Wendung ließ in der Führung der Sowjetunion die Alarmglocken schrillen¹⁰²⁴, weil ihr damit alle kapitalistischen Großmächte in einem geschlossenen Block gegenüberstanden. Die Wende Deutschlands zu Frankreich konnte für die Sowjetunion nicht (durch den Berliner Vertrag vom Juni 1926) abgemildert werden¹⁰²⁵. Durch die neue Frontstellung sahen Stalin-Bucharin die Sowjetunion gefährdet, wo nach der mittlerweile offiziellen Parteitheorie der WKP(B) vom sog. *Sozialismus in einem Land* der vollständige Sozialismus aufgebaut werden könnte¹⁰²⁶. In ihrer Konsequenz lief die neue Ideologie darauf hinaus, dass die SU mit einem Teil der kapitalistischen Großmächte kooperieren müsse, um Ruhe vor einer kapitalistischen Intervention zu haben, was eine Absage an die bisherige und von Trotzki aufrecht erhaltene Konzeption der Weltrevolution war¹⁰²⁷. Die Theorie vom *Sozialismus in einem Land* widersprach der bisherigen Sichtweise, wie sie der Mitbegründer und Wirtschaftsexperte der KPD, Julian Marchlewski, 1922 in einer Broschüre für die KPD im Ruhrgebiet formuliert hatte:

„Es ist keineswegs die sozialistische Wirtschaft, die Rußland hat, denn eine solche setzt voraus, dass das Lohnverhältnis und der Geldverkehr ausgeschaltet werden, aber die Form des Uebergangs vom Kapitalismus zum Sozialismus ist gefunden“¹⁰²⁸.

Mit Kautsky und Lenin ging Marchlewski davon aus, dass zwischen dem Kapitalismus und dem Sozialismus eine Übergangsperiode von einer Gesellschaftsform in die andere liege, die der Diktatur des Proletariats bzw. der Räteherrschaft entsprach¹⁰²⁹. Darunter verstanden er und auch Lenin keineswegs die Herrschaft einer einzigen Partei¹⁰³⁰. Dagegen stand

¹⁰²³ Erdmann, Karl Dietrich, Das Problem der Ost- oder Westerweiterung in der Locarnopolitik Stresemanns, in: Michalka, Wolfgang/Lee, Marshall M. (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung, Bd. 539), S. 1 f.

¹⁰²⁴ Hildermeyer, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 360 f.

¹⁰²⁵ Walsdorff, Martin, Der Berliner Vertrag und Stresemanns Ostpolitik in der Locarno-Ära, in: Michalka, Wolfgang/Lee, Marshall M. (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung, Bd. 539), S. 118 f.

¹⁰²⁶ Stalin formulierte diese Theorie bereits im Dezember 1924 (vgl. Anmerkung des Herausgebers in: Trotzki, Leo, Rede vor der 15. Parteikonferenz, o. O. 1.11.1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 576, Fußnote 65) und nicht wie Hoffrogge meint erst 1926 (vgl. Hoffrogge, Scholem, S. 305).

¹⁰²⁷ Winkler, Revolution, S. 727.

¹⁰²⁸ Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922] (o. Seitenangabe).

¹⁰²⁹ Vgl. Lenin, W. I., Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin 1970 (o. O. 1917); vgl. Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922] (o. Seitenangabe).

¹⁰³⁰ Die Behauptung Hermann Webers, dass „eine einzige Partei, die bolschewistische (...) seit 1917 in Russland im Besitz staatlicher Allmacht (war)“, ist sachlich falsch, da die Sowjetregierung bis zum Aufstand der Partei der Linken Sozialrevolutionäre im Sommer 1918 aus einer Koalition dieser mit der bolschewistischen Partei Lenins bestand, vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 14; Hildermeyer, Manfred, Geschichte

Stalins-Bucharins Theorie vom *Sozialismus in einem Land* in der Tradition des bekannten sozialdemokratischen Politikers, Georg Vollmar, der die Ansicht formuliert hatte:

„Ich glaube nämlich – und werde es nachfolgend zu beweisen suchen –, daß der endliche Sieg des Sozialismus in vorerst nur einem einzelnen Staat oder einzelnen Staaten nicht nur historisch wahrscheinlicher sei, sondern daß auch der Existenz und Prosperität des isolierten sozialistischen Staates gar nichts im Wege stehe“¹⁰³¹.

Indem Vollmar vom Klassencharakter jedes Staates abstrahiert hatte, hatte er die These vom Sozialismus als letzter Form einer Klassengesellschaft entwickelt.

Die neue Theorie der RKP(B) bzw. WKP(B) war Ausdruck herber Enttäuschung der sowjetischen Arbeiterklasse über den sog. *Deutschen Oktober*. Zeitnah setzte sich in der Kommunistischen Internationale die These von der „teilweisen Stabilisierung“ des Kapitalismus durch¹⁰³².

Nachdem sich abzeichnete, dass Deutschland als Kooperationspartner der Sowjetunion ausscheiden würde, hatte die WKP(B) neue Verbündete gesucht. Sie fand ihn im *Trade Union Council (TUC)*, dem reformistischen Gewerkschaftsdachverband ihres Hauptfeindes England. 1924 hatte sich der reformistische *Internationale Gewerkschaftsbund (IGB)* auf Druck der englischen *Trade Unions* zu Verhandlungen mit den sowjetischen Gewerkschaften zur Herstellung der internationalen Einheit der Gewerkschaften entschieden. Der KI-Vorsitzende Sinowjew bezeichnete die Entwicklung in England „welthistorisch“, wo sich in den Gewerkschaften und in der Labour-Party ein starker linker Flügel gebildet hatte. Die politisch wichtigste Sektion der KI sei jetzt die englische¹⁰³³. Im Mai 1925 verhandelten die englischen und die sowjetischen Gewerkschaften über die Gründung eines „Anglo-Russische(n) Komitee(s) für Gewerkschaftseinheit“, welche im September 1925 durch den Kongress der englischen Gewerkschaften TUC erfolgte¹⁰³⁴. Recht offen stellte der Vorsitzende der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, diesen Zusammenhang dar: Die Festigung der Sowjetunion reize den internationalen Imperialismus, den entscheidenden Schlag gegen den erstarkenden Sozialismus zu verpassen. Der Kampf gegen den Krieg „muss das Alpha und Omega der ganzen Arbeit der Kommunistischen Internationale werden“. Daraus leitete Sinowjew die Notwendigkeit der

der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 150.

¹⁰³¹ Vollmar, Georg, *Der isolierte sozialistische Staat. Eine sozialökonomische Studie*, Zürich 1878, S. 4.

¹⁰³² Flechtheim, KPD, S. 151 f. Um ungestört den „Sozialismus in einem Land“ aufzubauen, wurde auf dem 7. Plenum des EKKI November/Dezember 1926 von Stalin als Ziel der Außenpolitik der Sowjetunion die „Neutralisierung der internationalen Bourgeoisie“ ausgegeben, vgl. Frank, *Geschichte*, Bd. 2, S. 438.

¹⁰³³ Schöck, *Arbeitslosigkeit und Rationalisierung*, S. 68 f.

¹⁰³⁴ Frank, *Geschichte*, Bd. 2, S. 420.

Einheitsfrontpolitik der „internationalen Gewerkschaftseinheit“ ab¹⁰³⁵. Eine linke oder radikal linke Politik war für die außenpolitische Wende der Sowjetunion schädlich¹⁰³⁶. In den Augen des EKKI bot Ruth Fischer keine Garantien für einen moderateren Kurs. Der *Offene Brief* warf ihr vor, sich auf dem 5. Weltkongress der KI gegen die strategische Losung der internationalen Gewerkschaftseinheit gewandt und sie als „russische Außenpolitik“ charakterisiert zu haben¹⁰³⁷.

Die Veränderungen im Verhältnis zwischen internationaler Revolutionsstrategie und sowjetischer Außenpolitik blieben ihren Kritikern nicht verborgen. Bereits 1920 hatte der Leiter der Kommunistischen Partei Italiens, Bordiga, den erst „embryonal vorhandenen Zwist“ gespürt, dass als Garantie für die Nicht-Einmischung des Imperialismus in die inneren Angelegenheiten der Sowjetunion diese anbieten werde, sich nicht in die inneren Angelegenheiten der imperialistischen Staaten einzumischen¹⁰³⁸. Mitte der 1920er Jahre gingen radikal linke Kommunisten von einer „Umkehrung des Verhältnisses“ aus, „daß die KI das Übergeordnete und die Russische Revolution und die Sowjetunion nur ein Teil eines solchen Zusammenhangs sein sollten“¹⁰³⁹. Solche Debatten fanden vor dem Hintergrund der Diskussion innerhalb der WKP(B) statt, in der im Sommer 1925 Meinungsverschiedenheiten zwischen Sinowjew/Kamenew und Stalin-Bucharin aufbrachen. Sinowjew/Kamenew verlangten – wie auch Trotzki – ein höheres Tempo der Industrialisierung und lehnten die bucharinsche-stalinsche Theorie vom Aufbau des sog. *Sozialismus in einem Land* ab¹⁰⁴⁰. Am 5. September 1925 wandte sich die sog. *Neue Opposition* mit dem „Manifest der Vier“ zum ersten Mal an die Parteispitze¹⁰⁴¹. Die Publizierung des *Offenen Briefes* des EKKI erfolgte zeitgleich zum Auftreten der Opposition Sinowjew/Kamenew innerhalb der WKP(B).

Mit dem *Offenen Brief* zwangen Stalin und Bucharin den Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale, Sinowjew, sich von seinen engsten internationalen

¹⁰³⁵ G. Sinowjew, Die außenpolitische Lage der Sowjetunion, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 248, Berlin 27.10.1925, S. 9.

¹⁰³⁶ Diesen Zusammenhang auf den Punkt gebracht zu haben, ist eines der großen Verdienste der Arbeit Flechtheims, vgl. Flechtheim, KPD, S. 172.

¹⁰³⁷ EKKI, Brief der Exekutive der Kommunistischen Internationale an alle Organisationen und Mitglieder der KPD. Der Text des Briefes der Exekutive, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 200, Berlin 1.9.1925, S. 1 f.

¹⁰³⁸ Riechers, Christian, Kommentar zu Bordigas Brief, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 254.

¹⁰³⁹ Buckmiller, Michael/Kammler, Jörg, Revolution und Konterrevolution. Eine Diskussion mit Heinz Langerhans, (Frankfurt/M. 1973), in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 269. Heinz Langerhans, geb. 1904, war Mitglied der Gruppe Kommunistische Politik gewesen.

¹⁰⁴⁰ Hildermeyer, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998, S. 182;

¹⁰⁴¹ Anmerkung des Herausgebers in: Trotzki, Leo, Zur Frage eines Blocks mit Sinowjew, o. O. 9.9.1925, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 440.

Bündnispartnern, Fischer und Maslow, loszusagen. Dabei hatte Stalin den *Offenen Brief* nicht einmal selbst unterschrieben. Der Führung des EKKI, die von Bucharin und den Anhängern Stalins beherrscht wurde, gelang sogar das Kunststück, Ruth Fischer zur Unterzeichnung des *Offenen Briefes* zu bewegen. Sie demonstrierte sich damit selbst. Viel schlimmer konnte die Niederlage für Sinowjew nicht sein. Für Stalin war es völlig unakzeptabel, dass die Sinowjew-Gruppe „das EKKI (dessen Vorsitzender Sinowjew ist) in der Hand“ hat, welches eine „ernstzunehmende Kraft“ darstelle. Stalin besaß ein sehr feines Gespür dafür, seine innerparteilichen Gegner auseinander zu dividieren, getreu seinem Motto: „Besser ist, sie einzeln zu schlagen“¹⁰⁴². Im Dezember 1925 wurde der linkskommunistische, sinowjewistische Führungskern der KPF um Treint/Girault ersetzt. Als es im gleichen Monat zur offenen Auseinandersetzung zwischen Stalin-Bucharin und Sinowjew/Kamenew kam, hatten letztere fast alle Verbündeten in den Führungen anderer Kommunistischer Parteien verloren¹⁰⁴³. Den *Offenen Brief* konnten aber auch bestimmte Führungsgruppen innerhalb der KPD nutzen, um ihre Stellung innerhalb der KPD zu verbessern. Das scheint vor allem bei der Gruppe um Ernst Thälmann der Fall gewesen zu sein, die im Unterschied zur Meyer/Ewert-Fraktion zunächst inhaltlich so gut wie nichts von Fischer/Maslow unterschied¹⁰⁴⁴.

3.3 Durchsetzung des *Offenen Briefes* über Ausgrenzung und Integration

Die KPD-Führung fand starke Worte, um den *Offenen Brief* durchzusetzen. Eine seitenlange Auseinandersetzung in der *Roten Fahne* mit dem Vorschlag Scholem/Rosenbergs, die linken Kommunisten gegen den *Offenen Brief* zusammenzuschließen, bezeichnete die „engeren Führergruppen“ Maslow/Ruth Fischer und Scholem/Rosenberg als „antikommunistisch, antibolschewistisch und ultralinks“. Der Artikel schloss mit der Warnung: „Moskau marschiert! Moskau marschiert unbarmherzig

¹⁰⁴² Lih, Lars T./Naumow, Oleg/Chlewnjuk, Oleg, Stalin Briefe an Molotow 1925-1936, Berlin 1996 (Moskau 1995), S. 128 f.; Ähnlich hatte Stalin im Mai-Juni 1925 Trotzki zur Distanzierung vom kommunistischen Schriftsteller Max Eastman in den USA und den führenden Funktionären der Kommunistische Partei Frankreichs Souvarine, Rosmer und Monatte gedrängt, um eine internationale Kampagne gegen Trotzki zu führen, vgl. Trotzki, Leo, Erklärung zum Buche Eastman's „Seit Lenins Tod“, o. O. o. D., in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Berlin 1975, S. 512; Trotzki, Leo, Endgültiger Text des Briefes Trotzki zum Buche Eastmans, o. O. 1.7.1925, in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Berlin 1975, S. 524; Trotzki, Leo, Erklärung des Genossen Trotzki gegen die Zeitschrift „Revolution Proletarienne“, o. O. o. D., in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Berlin 1975, S. 543; Lih, Lars T./Naumow, Oleg/Chlewnjuk, Oleg, Stalin Briefe an Molotow 1925-1936, Berlin 1996 (Moskau 1995), S. 81 f. Bei passender Gelegenheit wurde die Distanzierung Trotzki in der „Roten Fahne“ veröffentlicht, vgl. „Genosse Trotzki gegen das Pamphlet Eastman 'Nach LeninsTode', in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 188, Berlin 29.8.1925, S. 9.

¹⁰⁴³ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 371 f.

¹⁰⁴⁴ Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 81 f.

und zermalmt alles mit seinem ehernen Millionenschritt, was da wagt, sich diesem Vormarsch entgegenzustellen, sei es außerhalb oder innerhalb der Partei“¹⁰⁴⁵! Acht Tage zuvor hatte die sog. „Siebenergruppe“, d. h. die Mehrheit des Politbüros der WKP(B) um die eigentliche Stalin-Fraktion und die moderat kommunistische Fraktion Bucharins, die geheim ohne die linken Oppositionellen Sinowjew, Kamenew und Trotzki tagte, welche noch bis Juli bzw. Oktober 1926 dem Politbüro offiziell angehörten, die Entfernung von Ruth Fischer und Maslow aus dem ZK der KPD beschlossen¹⁰⁴⁶. Die Entscheidung fiel durch eine Geheimstruktur. Um den *Offenen Brief* in der KPD durchzusetzen, bediente sich die Führung der WKP(B) um Stalin-Bucharin verschiedener Methoden, von denen in diesem Kapitel zwei aufgezeigt werden sollen: die Ausgrenzung linker Kommunisten über eine Hetze gegen Intellektuelle und die Integration kommunistischer Arbeiter über sog. *Rußlanddelegationen*.

Mit dem *Offenen Brief* begann in der KPD eine wütende Kampagne gegen linke und radikal linke Intellektuelle. „Robert“ (Manuilski) unterschied auf der 1. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1925 zwischen dem „voranschreitenden Teil der deutschen Arbeiterklasse mit proletarischem Instinkt“ als einer „gesunden Strömung“ und „dem Strom der Intellektuellen“, die sich durch kleinbürgerlichen Nationalismus, Unglaube an die proletarische Revolution, Fehlen ernsthafter Kenntnisse des Marxismus und revolutionärer Traditionen auszeichne. Sie seien „konservativer, schädlicher Ballast“, „halb künstlerische, halb literarische Bohemiens“, die nicht an der Spitze der KPD stehen dürften, wo „linke“ Arbeiter mit langjähriger Parteimitgliedschaft hingehörten, die in Betrieben gearbeitet hätten¹⁰⁴⁷. Ernst Thälmann bezeichnete die radikal linken Sprecher als „wild gewordene Kleinbürger“¹⁰⁴⁸. Werner Scholem konterte, dass Thälmann sich als „irregeführter Proletarier“ darstelle, der nicht für die Politik unter Fischer/Maslow mitverantwortlich sei. Ein Parteiführer würde man aber nicht dadurch, dass man sich bei einer Rede Schlips und Kragen abbinde, um als Proletarier zu erscheinen, sondern indem man eine ernste Linie vor der Partei vertrete und verantworte. Wer wie Thälmann bei jeder wichtigen Entscheidung

¹⁰⁴⁵ Um die Linie der Komintern, Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 219, Berlin 23.9.1925, S. 9.

¹⁰⁴⁶ Mitteilung des Moskauer Parteichefs der RKP(b) Nikolaj Uglanov an Stalin mit der Forderung der Absetzung Ruth Fischers, Moskau 16.9.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 135, S. 467. Weber/Drabkin/Bayerlein sehen in der „Siebenersitzung“ „eine spezielle russische Zusammenkunft“. Tatsächlich handelte es sich um die „semjorka“ [Siebenergruppe] – ein >fraktionelles< Politbüro, dem alle Mitglieder außer Trotzki angehörten“. Später gehörten auch Sinowjew und Kamenew der 'semjorka' nicht mehr an, dafür aber moderate Kommunisten wie Uglanov, vgl. Chlewnjuk, Oleg W., Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998 (Russland 1996), S. 77.

¹⁰⁴⁷ Die Rede des Vertreters der Exekutive der Komintern auf der ersten Parteikonferenz der KPD. am 31. Oktober, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 253, Berlin 1.11.1925, S. 9.

¹⁰⁴⁸ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Thälmann, SAPMO Berlin, RY 1/1 1/2/4, S. 97.

der Parteiführung die Hand gehoben habe und sich nachher als verführt ausbebe, bewiese damit nur, dass er kein Parteiführer sei¹⁰⁴⁹. Scholem bezeichnete diejenigen als Demagogen, die „ultralinke“ Arbeiter ihren „ultralinken“ intellektuellen Sprechern gegenüberzustellen versuchten¹⁰⁵⁰. Gegen die von der Parteispitze um Thälmann gemachte Unterscheidung zwischen kommunistischen Arbeitern und ihren intellektuellen Sprechern wandte sich auf der 1. Parteikonferenz die Mehrheit der Delegierten der Bezirke Pfalz und Westsachsen, sowie eine Minderheit aus Niedersachsen und vom Niederrhein. Sie, die alle Arbeiter waren, wiesen diese Differenzierung ausdrücklich zurück und erklärten sich „vollkommen mit den Genossen Scholem, Thiede, Weber und Rosenberg solidarisch“ um festzustellen, „dass diese Genossen, im Gegensatz zu früheren Führern der Linken den Grundsätzen treu geblieben sind, die wir als linke Opposition innerhalb der Partei seit Jahren vertreten haben“¹⁰⁵¹.

Ungeachtet der Einwände gingen die Diffamierungsversuche der KPD-Führung weiter. Der Vertreter der KPD beim EKKI, Neumann, versuchte, der Hetze gegen oppositionelle Intellektuelle eine theoretische Basis zu geben. Neumann behauptete, dass in Westeuropa das Kleinbürgertum die soziale Basis des „Ultralinkstums“ sei. In Polen, Deutschland und Italien seien durch die Kriegsfolgen Millionen von Kleinbürgern in die Politik eingetreten, hätten sich radikalisiert, seien dann aber entweder wieder passiv oder antibolschewistisch geworden. In den kommunistischen Parteien würden diese „wildgewordenen Spießbürger“ als „revolutionärer als die revolutionäre Arbeiterklasse“ auftreten¹⁰⁵². Bei seiner Aufzählung der kleinbürgerlichen, ultralinken Gruppen erwähnte Neumann die *Weddinger Opposition* um Hans Weber nicht – deren proletarische Basis über jede Diffamierung als kleinbürgerlich erhaben war.

Die Versuche der KPD-Führung um Ernst Thälmann, die radikal linkskommunistischen Arbeiter gegen die angeblich ultralinken Intellektuellen aufzuwiegeln, hatte bei deren proletarischer Basis zunächst wenig Erfolg. Erst 1926 sollte es der KPD-Parteispitze gelingen, einige intellektuelle Sprecher der radikal linken Kommunisten wie Neubauer und Rosenberg für sich zu gewinnen. Um intellektuelle Sprecher der linken und radikal linken Kommunisten auszuschalten, ergriff die KPD-Parteispitze scharfe Maßnahmen. Zuerst wurde ein Untersuchungsverfahren gegen die führende Figur der Hannoverschen KPD, Iwan Katz, eingeleitet. Es wurde nach Meinung der radikal linken Kommunisten bewusst

¹⁰⁴⁹ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 136 f.; Thälmann hatte in einer Parteiarbeiterkonferenz in Thüringen auf den Vorwurf, warum er früher in der Parteiführung den Kurs von Fischer/Maslow mitgemacht und keine Kritik geäußert habe, geantwortet, „dass er nicht recht gewusst habe, was los sei“, was Scholem für einen Genossen, der an der Spitze der Partei stehen wolle, als „ziemlich blamables Armutszeugnis“ bezeichnete (ebd., S. 280 f).

¹⁰⁵⁰ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 280.

¹⁰⁵¹ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Joachim, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 166.

¹⁰⁵² Neumann, Heinz, *Der ultralinke Menschewismus*, Berlin 1926, S. 12.

verschleppt, um zu verhindern, dass der „mitreißende Redner“¹⁰⁵³ Katz in die Parteidebatte eingreifen konnte¹⁰⁵⁴. Gegen Werner Scholem wurde unmittelbar nach seinem Korreferat auf der 1. Parteikonferenz im Oktober 1925 eine Kommission eingesetzt, die vorschlug, ihn aus dem ZK zu entfernen. Die Resolution der Parteikonferenz bezeichnete die von Werner Scholem in der Diskussion gegen das Präsidium der Komintern und gegen das ZK der KPD erhobene Kritik als bewussten Versuch, diese Körperschaften zu diskreditieren und ihre Autorität in der Mitgliedschaft zu untergraben. Scholem betreibe eine „systematische Hetze“¹⁰⁵⁵. Die Anschuldigungen wurden Scholem und den Delegierten erst auf der Parteikonferenz im Referat Ernst Thälmanns präsentiert. Scholem selbst war vorher nicht befragt worden¹⁰⁵⁶. Während die erweiterte Bezirksleitung der Ruhr-KPD den Ausschluss Werner Scholems aus dem ZK unterstützte¹⁰⁵⁷, stimmten auf der Reichsparteiarbeiterkonferenz die Delegierten des Unterbezirks Duisburg dagegen¹⁰⁵⁸. Desweiteren untersuchte eine Kommission der 1. Parteikonferenz der KPD das Verhalten des im Gefängnis einsitzenden Arkadi Maslow vor Gericht, das die Konferenz als „unwürdig“ bezeichnete. Die Ziele der KPD seien von ihm ganz unrichtig dargestellt worden¹⁰⁵⁹. Dabei war es das EKKI, das Maslow in den Rücken gefallen war. Dessen Anwälte hatten von der KPD-Führung gefordert, den *Offenen Brief* erst nach dem Gerichtsprozess zu veröffentlichen¹⁰⁶⁰. Die Verfahren der KPD gegen die drei Intellektuellen führten zu abgestuften Disziplinarmaßnahmen. Ruth Fischer wurde zusammen mit Arkadi Maslow am 22.6.1926 als Parteifunktionärin und am 8. Juli als ZK-Mitglied abgesetzt und am 19.8.1926 aus der KPD ausgeschlossen¹⁰⁶¹.

Als Träger der Wissenschaft in der kapitalistischen Gesellschaft sah der Marxismus die soziale Schicht der Intelligenz an. Die marxistische Theorie wurde von Intellektuellen

¹⁰⁵³ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 436.

¹⁰⁵⁴ Memorandum über die Vorbereitung der Reichskonferenz und die Wahl der Delegierten (Vorgelegt von den Genossen Scholem und Weber), in: (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY RY 1/I 1/2/4, S. 47.

¹⁰⁵⁵ Beschluss in der Angelegenheit des Genossen Scholem, in: (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 203 f.

¹⁰⁵⁶ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede Thälmann), SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 86 f.

¹⁰⁵⁷ [Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet], Resolution, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, S. 84.

¹⁰⁵⁸ Futter, Punkt II der Tagesordnung. Einführung des neuen Pol-Sekretärs, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 43.

¹⁰⁵⁹ Ruth Fischer, An das Z.K. der K.P.D. zu Händen der Genossen Thälmann, Geschke, Schwan und Dengel, Moskau 28.10.1925, in: Anlage zum Protokoll der 1. Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, (Rede Thälmann), SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 86 f.; wie Keßler belegt, gingen die Vorwürfe gegen Maslow auf eine Intrige Heinz Neumanns zurück, vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 248.

¹⁰⁶⁰ Brief der KPD-Anwälte zur Bilanz der Verteidigung im Prozess gegen Maslow („Zentrale-Prozess“ u. a.), Düsseldorf 29.9.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 136, S. 470; Der 'Verbrecher' Maslow, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 7. Jg., Nr. 55, Berlin Juli 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

¹⁰⁶¹ Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt/M. 1995, S. 45 f.

entwickelt, die mit der bürgerlichen Intelligenz gebrochen hatten, um sich der Befreiung der Arbeiterklasse zu verschreiben. Dass emanzipatorische Theorien an der Werkbank entstehen könnten, war dem Marxismus fremd. Die meisten der bedeutenden revolutionären Theoretiker waren wie Marx, Engels, Lassalle, Luxemburg und Kautsky Intellektuelle gewesen. Auch viele führende Sozialdemokraten wie Wilhelm und Karl Liebknecht, Paul Singer und Franz Mehring gehörten zur Intelligenz. Wilhelm Weitling und August Bebel galten in der Führung der Arbeiterbewegung als Ausnahmen, weil sie einem proletarischen Milieu entstammten. In der internationalen Sozialdemokratie und in der Kommunistischen Internationale sah es nicht anders aus. Lenin und Trotzki waren Intellektuelle. Das Schüren von Vorurteilen gegenüber Intellektuellen musste in einer Partei, die einen auf programmatischen Übereinstimmungen beruhenden revolutionären Anspruch besaß, die elementare Solidarität der Mitglieder zersetzen. Langels ist zuzustimmen, dass hinter der Hetze gegen Intellektuelle bei der Leitung der Kommunistischen Internationale die Befürchtung stand, dass intellektuelle Parteiführer eher eine eigenständige Politik gegenüber der Komintern vertreten könnten¹⁰⁶². Arbeiterfunktionäre wie Ernst Thälmann ließen sich leichter von der Komintern lenken. Sogar in der Ruhr-KPD konnte die Hetze gegen Intellektuelle verfangen, obwohl dort so gut wie alle Sprecher der oppositionellen linken Kommunisten Arbeiter waren. Selbst KPD-Funktionäre, die sich eigenständig politisch positionierten, pflegten ihre Vorurteile gegen Intellektuelle. Noch Jahrzehnte nach der linken Führung 1924/1925 war ein ehemaliger moderater KPD-Funktionär aus Gelsenkirchen auf „Lehrer“ wie Ruth Fischer, Maslow und Korsch schlecht zu sprechen, „die (ja immer) versagen“. „Die meisten machten nach kurzer Zeit Kleinholz“ aus der Partei¹⁰⁶³. Nach diesem Schema ging es nicht um unterschiedliche politische Standpunkte, die diskutiert werden mussten, sondern um den Gegensatz Arbeiter vs. Lehrer bzw. Intellektuelle.

Es waren Oppositionelle der *Kommunistischen Partei Frankreichs*, die in ihrer Kritik an der Umstellung von der Wohngebiets- auf die Zellenorganisation einen interessanten Aspekt zur Sprache brachten: Die Trennung zwischen Betriebs- und Straßenzellen diene dazu, die Intellektuellen, die in Straßenzellen organisiert wurden, gezielt von den Arbeitern in den Betriebszellen zu trennen¹⁰⁶⁴. Dieser Gesichtspunkt konnte vielleicht in Berlin eine Rolle spielen. Doch im Ruhrgebiet waren die führenden linkskommunistischen Oppositionellen Arbeiter.

¹⁰⁶² Langels, Die ultralinke Opposition, S. 19.

¹⁰⁶³ Emil Samorei an Joseph Lang, Gelsenkirchen 14.8.1947, in: Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 94. Fischer, Maslow und Korsch sind keine Lehrer gewesen.

¹⁰⁶⁴ Piatnitzki, J., Die französische Rechten und die Organisationsfrage in der KPF, in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 7, Hamburg 1926, S. 649 f.

Zu einem weiteren Mittel, um den linken Oppositionellen den Boden zu entziehen, sollten die sog. *Rußlanddelegationen* werden.

In der KPD hatten sich die Berichte über die Sowjetunion zunächst auf Zeitungsartikel, Broschüren und Vorträge beschränkt. So referierte am 19.8.1921 die KPD-Frauensekretärin, Herta Geffke, die am III. Weltkongress der Kommunistischen Internationale teilgenommen hatte, vor 700 Zuhörern in Gelsenkirchen zur Lage in der Sowjetunion¹⁰⁶⁵. Berichte und Vorträge gab es immer mal wieder, beruhten aber auf einer mehr oder weniger zufälligen Teilnahme an Kongressen und Tagungen in die Sowjetunion. Ein systematischer Besuch der Sowjetunion mit dem Ziel anschließender Berichterstattung in Deutschland begann mit den „Arbeiterdelegationen“, einer Initiative des zeitweisen Vertreters der KPD beim EKKI, Iwan Katz, und Bela Kuns. Der Besuch der ersten deutschen Arbeiterdelegation in der Sowjetunion wurde von Werner Scholem organisiert¹⁰⁶⁶. Diese kehrte Anfang September 1925 aus der Sowjetunion zurück – zufällig oder nicht – genau zu dem Zeitpunkt, als der *Offene Brief* des EKKI veröffentlicht wurde. Die 58 Arbeiter der ersten deutschen Arbeiterdelegation, die vom 14. Juli bis zum 28. August 1925 Russland besuchten, waren am 10. Juli in Berlin und kurz danach in Stettin auf Kundgebungen mit jeweils zehntausend Teilnehmern verabschiedet worden. Sie besuchten Leningrad, Moskau, die Krim, den Ural und den Kaukasus. Die Reise muss auf die Teilnehmenden, die wahrscheinlich noch nie so weit gereist waren, beeindruckend gewirkt haben, wurden sie z. B. auf dem Roten Platz in Moskau von 150.000 Demonstranten und vom Präsidium der Gewerkschaften der Sowjetunion begrüßt. Die Arbeiterdelegation lernte Fabriken, Sozialeinrichtungen, Einheiten der *Roten Armee* und Sportvereine kennen. Die erste Arbeiterdelegation konnte mit gefangenen Sozialrevolutionären im Gefängnis in Nischni-Nowgorod und Swerdlowsk und mit gefangenen Menschewiki in Tiflis sprechen. Ein Foto der Arbeiterdelegation mit den menschewistischen Gefangenen wurde in ihrem Reisebericht abgedruckt, der als Broschüre in einer Auflage von einhunderttausend Exemplaren erschien. Aus dem Ruhrgebiet nahmen der Metallarbeiter Bonzio aus Bochum, der Schraubenpresser Hoffmann aus Gelsenkirchen, der Steinformer Kraus aus Mülheim, der Dreher Küpper aus Duisburg, der Angestellte Marre aus Dortmund, der Autoschlosser Niehüser aus Duisburg, die Bergarbeiter Overhagen aus Essen und Schlesinger aus Bottrop teil. Vier von ihnen bezeichneten sich als Mitglied der SPD, vier als unorganisiert, keiner als KPD-Mitglied¹⁰⁶⁷.

¹⁰⁶⁵ Bericht über den Verlauf einer öffentlichen Versammlung der V.K.P.D. am 19. August 1921 in der Stadthalle Gelsenkirchen, o. O. [20.8.1921], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14709, Bl. 1337.

¹⁰⁶⁶ Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer, Berlin 29.6.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 127b, S. 451 f.

¹⁰⁶⁷ Einheitskomitee für Arbeiterdelegationen. Was sahen 58 deutsche Arbeiter in Rußland?, Berlin 1925, S. 8 f. u. S. 166 f.

Das war falsch. Zumindest Niehüser aus Duisburg war KPD-Funktionär¹⁰⁶⁸. Auf einer Reihe von Betriebsversammlungen und auf zwei öffentlichen Kundgebungen mit je viertausend Teilnehmern berichteten die Arbeiterdelegierten von ihren¹⁰⁶⁹ überwiegend positiven Eindrücken der Sowjetunion. Den KPD-Betriebszellen wurde von der Parteizentrale die Aufgabe gestellt, dafür zu sorgen, dass auf Betriebsversammlungen die Arbeiterdelegierten Reiseberichte geben, „damit auch die entferntesten Arbeiter hören, wie es im einzigen Arbeiterstaat der Welt aussieht“. Damit werde das Lügennetz der sozialdemokratischen und bürgerlichen Presse zerrissen. Über die Betriebszellen sollte dann die regelmäßige Korrespondenz mit Arbeitern in der Sowjetunion hergestellt werden¹⁰⁷⁰. Die KPD-Leitung sah in den Delegationen ein Mittel, die sozialdemokratischen Arbeitermassen von ihren Führern zu trennen¹⁰⁷¹. Die KPD-Bezirksleitung im Ruhrgebiet schätzte das realistischer ein. Die Veranstaltungen mit der ersten Rußlanddelegation seien im Ruhrgebiet nicht genügend vor- und nachbereitet worden. Eine damit angestrebte „Linksbewegung“ in der Arbeiterschaft hätte nicht erzeugt werden können¹⁰⁷².

Auffallend war, dass es sich nur um Arbeiterdelegationen aus Deutschland in die Sowjetunion, nie aber um sowjetische Arbeiterdelegationen nach Deutschland handelte. Ein wirklicher Austausch von Erfahrungen und Einschätzungen zwischen kommunistischen Arbeitern des gelobten nicht-kapitalistischen Landes und der industriellen Hochburg des Kapitalismus hätte beidseitig stattfinden müssen. Doch bei einem Besuch in Deutschland hätten vielleicht Sowjetarbeiter den höheren Lebensstandard vieler Arbeiter im Kapitalismus im Vergleich zu ihrem niedrigeren Lebensstandard im angeblichen *Sozialismus* als niederschmetternd oder die Konzeption der stalin-bucharinschen sozialistischen Gesellschaft als kritikwürdig empfunden. So waren die Arbeiterdelegationen einseitig angelegt. Innerhalb der KPD verstärkten sie die aufkommende Verherrlichung der Zustände in der Sowjetunion. Die Arbeiter aus Deutschland wurden in der Sowjetunion nicht nur begeistert empfangen. Sie bekamen dort vor allem die Vorzüge und Errungenschaften des neuen Systems aufgezeigt. Eine relative Offenheit konnte der ersten Arbeiterdelegation jedoch nicht abgesprochen werden, durften ihre Mitglieder mit den führenden Linksoppositionellen Trotzki und Kamenew reden. Trotzki in der Zeitung *Prawda* veröffentlichten Antworten auf die Fragen der Delegation

¹⁰⁶⁸ Lessing, Bericht über Unterbezirkskonferenz Duisburg am 22.8.1926, Berlin 28.8.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/12, Bl. 182.

¹⁰⁶⁹ [BL Ruhrgebiet], Tätigkeitsbericht für den Monat September, [Essen Anfang Oktober 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 60.

¹⁰⁷⁰ Rußlanddelegation und internationaler Briefverkehr, in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg., Nr. 1, [Berlin] Oktober 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 183 f.

¹⁰⁷¹ Winkler, Schein der Normalität, S. 424.

¹⁰⁷² Hassel, Protokoll über die Sitzung der Bezirksleitung am 28.9.1925, Essen 29.9.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 15.

sah Stalin als „Plattform für die Trotzki-Gruppe“ an¹⁰⁷³. Aber eine wirkliche Auseinandersetzung über die Probleme beim Aufbau einer nicht-kapitalistischen Gesellschaft fand nicht statt. So mussten die Arbeiterdelegationen die unkritische Solidarität mit der Sowjetunion, mit der aktuellen Parteiführung um Stalin-Bucharin und mit der KPD-Führung um Thälmann-Meyer/Ewert bestärken. Dagegen konnte die Kritik der oppositionellen linken Kommunisten am Stalinismus als Nörgelei oder Verächtlichmachung dargestellt werden.

Nach den ersten Erfahrungen mit den Arbeiterdelegationen wurden sie in einer Stellungnahme von radikal linken Kommunisten im Herbst 1926 abgelehnt. Diese kamen rückblickend zu der Einschätzung, dass die Arbeiterdelegationen vom ZK der KPD in erster Linie zur Zerschlagung der Opposition ausgenutzt würden. Auf Veranstaltungen wurden deshalb die „Lügenberichte“ der Arbeiterdelegationen scharf kritisiert¹⁰⁷⁴. Auch die dritte Arbeiterdelegation im Sommer 1927 sei „im Interesse von KPD und KPdSU (B)“ instrumentalisiert worden¹⁰⁷⁵.

3.4 Mehr statt weniger Fraktionen

Das Echo in Mitgliedschaft und Funktionärskörper der KPD auf den *Offenen Brief* fiel sehr unterschiedlich aus. Führende Funktionäre der linken Kommunisten wie der Leiter des KPD-Bezirks Ruhrgebiet, Schwan, unterstützten den *Offenen Brief*, während andere linke Kommunisten der bisherigen Parteiführung entgegentraten. Die radikal linken Kommunisten lehnten den *Offenen Brief* ab, weil sie ihn für einen politischen Rechtsruck der KPD verantwortlich machten. Nach Ernst Thälmann sprachen sich zunächst neun Zehntel der Berliner Parteiorganisation gegen den *Offenen Brief* aus¹⁰⁷⁶. In den Augen der gut informierten Polizei rief er „Wogen der Erregung“ innerhalb der KPD und ihrer Anhängerschaft hervor. In den zwei Monaten nach seiner Veröffentlichung habe in der Kommunistischen Partei „größtes Durcheinander“ geherrscht¹⁰⁷⁷. Der Leiter der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet, Schwan, gab zu, dass seine Unterschrift unter dem *Offenen Brief* von linken Kommunisten im Ruhrgebiet als „Kapitulation“ gewertet worden sei, die sich deshalb der Opposition um Korsch/Schwarz angeschlossen hätten¹⁰⁷⁸.

¹⁰⁷³ Lih, Lars T./Naumow, Oleg/Chlewnjuk, Oleg, Stalin Briefe an Molotow 1925-1936, Berlin 1996 (Moskau 1995), S. 103.

¹⁰⁷⁴ Die Reichsleitung Entschiedene Linke, Rundschreiben Nr. 16 (Abschrift), Berlin 9.10.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 378 f.

¹⁰⁷⁵ Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 108; Bois übersieht die innerparteiliche Funktion der Arbeiterdelegationen, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 175.

¹⁰⁷⁶ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin 5.11.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 155.

¹⁰⁷⁷ Der Oberpräsident der Provinz Westfalen. An den Herrn Regierungspräsidenten Düsseldorf, Münster 22.11.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 79.

¹⁰⁷⁸ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin 5.11.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 162 f.

Der *Offenen Brief* diene dem EKKI dazu, die linkskommunistische Fraktion in der Führung der KPD um Fischer/Maslow/Thälmann weiter aufzuspalten. Während Fischer und Maslow aus der Leitung der KPD entfernt wurden, ließ sich Wilhelm Schwan auf Vorschlag Ernst Thälmanns in das Präsidium des Politbüros der KPD wählen¹⁰⁷⁹. In der Folge nahmen neue Fraktionen Gestalt an:

- Aus dem bisherigen linkskommunistischen Leitungskern der KPD bildete sich die linksoppositionelle Fraktion um Fischer/Maslow/Urbahns, die dem *Offenen Brief* noch Ende 1925¹⁰⁸⁰ und sogar im April 1926 zustimmte.
- Ebenfalls entstand aus dem bisherigen linken Leitungskern die Fraktion um Thälmann/Dengel, die sich weiterhin als linkskommunistisch verstand. Sie unterstützte den *Offenen Brief* bedingungslos und vollzog jede Änderung der Linie der Kommunistischen Internationale nach. Nach Angaben moderater Kommunisten war Ernst Thälmann so unvorsichtig gewesen, in einer Fraktionssitzung seiner Anhänger in Hamburg damit zu prahlen, „daß er von >>Stalin<< beauftragt worden sei, eine ‘Stalin-Fraktion’ in Deutschland aufzubauen“¹⁰⁸¹.

Die Fraktion um Thälmann/Dengel verfügte keineswegs über eine ungefährdete Vormachtstellung in der KPD wie Langels annimmt¹⁰⁸². Zwar kontrollierte die Fraktion mit Hilfe von Funktionären wie Flieg und Pieck den Parteiapparat. Aber ihre Basis war zu schmal, um unangefochten die KPD zu leiten. Um mit der starken linken und radikal linken Opposition fertig zu werden, mussten Thälmann/Dengel Gespräche mit den moderaten Kommunisten führen. Da Brandler und Thalheimer in Moskau weilten und von dort nicht abreisen durften, verhandelten Thälmann/Dengel mit Ernst Meyer und Arthur Ewert. Bereits auf der 1. Parteikonferenz der KPD im Oktober 1925 kam ein de-facto-Bündnis zwischen der Fraktion um Meyer/Ewert und der Fraktion um Thälmann/Dengel zustande¹⁰⁸³. Seitdem kann von einer Führungsmehrheit der KPD durch den Fraktionsblock

¹⁰⁷⁹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 854.

¹⁰⁸⁰ Zimmermann, Rüdiger, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien [Hrsg.], Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 62), Bonn 1978, S. 22 (im Folgenden zitiert: Zimmermann, Leninbund, Seite).

¹⁰⁸¹ August Thalheimer/Jakob Walcher/Albert Schreiner/Max Köhler/Paul Fröhlich/August Enderle, Briefmanifest an das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale, Berlin 18.10.1928, in: Weber, Thälmann-Skandal, S. 197.

¹⁰⁸² Langels, Die ultralinke Opposition, S. 80.

¹⁰⁸³ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Meyer, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 182 f.; Winkler, Schein der Normalität, S. 421 f. Kinner liegt falsch, wenn er annimmt, dass die „Rechten“ ausgegrenzt wurden, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 88. Vielmehr leiteten zu diesem Zeitpunkt Meyer und Ewert die moderat kommunistische Fraktion, die unmittelbar nach dem „Offenen Brief“ zum Teil des Führungskerns der KPD wurde. Dagegen Wilde, der das Bündnisangebot Thälmanns an Meyer beschreibt, vgl. Wilde, Ernst Meyer, S. 431 f.

Thälmann/Dengel-Meyer/Ewert gesprochen werden, die der Leitung der WKP(B) um Stalin-Bucharin entsprach. Damit hatte der *Offene Brief* des EKKI sein Ziel erreicht. Bei den Anhängern von Meyer/Ewert handelte es sich vor allem um KPD-Funktionäre aus dem Apparat. Eine Basis in der überwiegend linkskommunistischen Mitgliedschaft hatten die moderaten Kommunisten nur in Ausnahmefällen¹⁰⁸⁴. Die Übereinstimmung zwischen den moskautreuen Linkskommunisten um Thälmann/Dengel mit den gemäßigten Kommunisten um Ernst Meyer und Artur Ewert war mit einem Rechtsruck der Partei verbunden. Rückblickend behauptete Ernst Meyer auf dem 6. Plenum des EKKI vom Februar/März 1926, dass nicht er sich in Richtung Thälmann, sondern dass sich das ZK nach „rechts“ bewegt habe. Die radikal linken Kommunisten sahen das ähnlich. Werner Scholem und Hans Weber beschuldigten auf der 1. Parteikonferenz die Parteispitze um Ernst Thälmann und ihre Verbündeten um Ernst Meyer und Arthur Ewert, sie würden einen zweiten „Heidelberger Parteitag“ vorbereiten. Die „links“ gestimmten Arbeiter sollten aus der KPD gejagt werden, um an die sozialdemokratischen Massen heranzukommen¹⁰⁸⁵. Nach Meinung Arkadi Maslows übernahm die Fraktion um Meyer/Ewert nach der Veröffentlichung des *Offenen Briefes* die „tatsächliche Parteiführung“. Thälmann habe nur als Aushängeschild gedient. Die Fraktion Meyer/Ewert habe den Ausschluss der linken Kommunisten im Auftrag Stalins und Bucharins durchgeführt¹⁰⁸⁶. Für die *Entschiedene Linke* gruppierte sich die Parteiführung der KPD um „Braun“ – d. h. um Ewert – und nicht etwa um Thälmann¹⁰⁸⁷. Der *Leninbund* sagte im Nachruf auf Meyer: „Sein Kampf gegen die linke Führung der Partei ließ ihn nach dem Ekkibrief von 1925, nach der Rechtsschwenkung der Partei zum ausgesprochenen politischen und bestimmenden Faktor der Thälmann-Zentrale werden¹⁰⁸⁸“. Für die *Weddinger Linke* um Kötter und Vogt bot der *Offene Brief* des EKKI die Plattform, die es den „Rechten“ ermöglichte, die Führung der KPD zu erobern¹⁰⁸⁹. Für Leo Trotzki stützte sich das Zentralkomitee der KPD um Thälmann, „insgeheim auf einen Teil der ‘Rechten’“¹⁰⁹⁰. Im Nachhinein behauptete Thälmanns Mitstreiter Heinz Neumann: „als die Versöhner die Konzentration

¹⁰⁸⁴ Einige Bemerkungen zum XI. Parteitag, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 3, Berlin 1.2.1927, S. 9, Privataarchiv Berens.

¹⁰⁸⁵ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 272 f.

¹⁰⁸⁶ Maslow, Arkadij, Manuskripte 1935-1941, in: Lübke, Peter (Hrsg.), Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 361.

¹⁰⁸⁷ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 80.

¹⁰⁸⁸ Ernst Meyer tot, in: Volkswille, 3. Jg., Nr. 13, Berlin 5.2.1930, S. 3.

¹⁰⁸⁹ Die Weddinger Opposition der Bezirke Westsachsen, Niedersachsen und 6. Bezirk Berlin, Erklärung der Weddinger Opposition, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1 6/3/277, Bl. 95.

¹⁰⁹⁰ Trotzki, Leo, Und nun? Brief an den 6. Kongress der Kommunistischen Internationale, Alma Ata 12.7.1928, in: Trotzki, Leo, Die Dritte Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie vom Sozialismus in einem Land, Essen 1993 (Berlin 1928), S. 256.

durchgeführt haben, war Thälmann auf Monate fort¹⁰⁹¹. Dass bei dem Kurswechsel zu gemäßigten kommunistischen Positionen die Fraktion Meyer/Ewert zunehmend die politische Linie der KPD ausformulierte, die zwar allgemein von Stalin-Bucharin vorgegeben war, aber geistiges Eigentum der moderaten Kommunisten und nicht der Fraktion Thälmann/Dengel darstellte, lag nahe. Eine gemäßigte politische Orientierung konnte am besten von derjenigen Fraktion formuliert werden, zu derem ureigensten Bekenntnis sie gehörte. Die moderaten Kommunisten um Ernst Meyer und Arthur Ewert hielten die linkskommunistische Parteiführung um Thälmann/Dengel für unfähig, die Politik des *Offenen Briefes* umzusetzen¹⁰⁹² und verstanden sich als die eigentlichen Sachwalter der Politik der Komintern. Offiziell wurde jedoch eine Vereinbarung zwischen der Thälmann-Fraktion und der Fraktion um Ernst Meyer/Arthur Ewert erst in der deutschen Kommission des 7. EKKI-Plenums vom November/Dezember 1926 ausgehandelt. Da erst wurde Ernst Meyer in das Politbüro der KPD aufgenommen. Bis dahin bemängelte die Fraktion Meyer/Ewert, dass der „Zustand (unhaltbar ist), daß diejenigen, die die ideologischen Träger der gegenwärtigen Politik der Partei sind, 'nur anonym mitarbeiten'¹⁰⁹³.

Durch die Übereinstimmung der Fraktion um Thälmann/Dengel mit der Fraktion um Meyer/Ewert kam es in der KPD zu einer weiteren Differenzierung:

➤ In Reaktion auf die Blockbildung Thälmann/Dengel-Meyer/Ewert unter der Vormundschaft des EKKI bildete sich in der KPD eine weitere linkskommunistische Strömung, die auf der 1. Parteikonferenz der KPD unter der Führung von Heinrich Süßkind (Chemnitz) und Wilhelm Schwan als „feste Gruppe“ auftrat. Sie wurde vom EKKI-Vertreter Manuilski als „gefährlichste Gruppe“ in der Partei eingestuft, weil sie dem *Offenen Brief* zustimmte, aber am „Kampf gegen die Rechten“ festhielt. Diese „feste Gruppe“ entwickelte sich zur linkskommunistischen Fraktion der sog. *Chemnitzer Linken* um Paul Bertz. Auf dem Bezirksparteitag Erzgebirge-Vogtland fand sie bei 61 von 121 Delegierten Unterstützung¹⁰⁹⁴. Inhaltlich schwach konzentrierte sie sich auf die Ablehnung einer möglichen Rückkehr Brandlers und Thalheimers in die Leitung der KPD. Sie kontrollierte Anfang 1926 wichtige Positionen im KPD-Bezirk Erzgebirge-Vogtland¹⁰⁹⁵.

¹⁰⁹¹ Heinz Neumann über den Personenkult Ernst Thälmanns und die Auswirkungen auf den Kampf gegen den Faschismus, Moskau 10.4.1932, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 287, S. 864.

¹⁰⁹² Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Köln 1979, S. 109 f.

¹⁰⁹³ Hermann Remmele, zitiert nach Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 93.

¹⁰⁹⁴ Abstimmungen über EKKI-Beschlüsse etc., o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 127.

¹⁰⁹⁵ LaPorte, Norman, The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure, Bern 2003, S. 138 f.

Dass mit der *Chemnitzer Linken* eine neue Fraktion entstand, hatte das EKKI der Komintern mit dem *Offenen Brief* sicherlich nicht beabsichtigt.

Es war der Block der Fraktionen Thälmann/Dengel-Meyer/Ewert, der der KPD dank der Kontrolle des Parteiapparates zwischen 1925-1926 die Betriebszellenorganisation überstülpte und die meisten der oppositionellen linken Fraktionen ausschalten sollte. Der Fraktionsblock leitete die Partei bis zur ultralinken Wende 1928, in deren Folge die moderaten Kommunisten ausgeschaltet wurden.

3.5 Die Diskussion über den *Offenen Brief* in der Ruhr-KPD

Wenige Tage nach seinem Erscheinen billigte die erweiterte Bezirksleitung Ruhrgebiet um Wilhelm Schwan den *Offenen Brief* und verpflichtete alle KPD-Mitglieder, sich dafür einzusetzen. Dabei wurde die Linie des *Offenen Briefes* als „Normalisierung“ und „Demokratisierung“ der Partei verkauft¹⁰⁹⁶. Doch schon gegen Ende des Monats September kritisierte Schwan in der erweiterten BL die Diskussionen um den *Offenen Brief* auf den Mitgliederversammlungen als unzureichend. Nach Schwan verstanden eine ganze Reihe Funktionäre den *Offenen Brief* als Freibrief, um endlich Fehler der Bezirksleitung angreifen zu können. Dem sei durch entsprechende Schulung abzuhelpen. Auch müsse der Eintritt in die freien Gewerkschaften und die Umstellung der Organisation auf Betriebszellen schnellstens umgesetzt werden¹⁰⁹⁷. Durch den *Offenen Brief* war der Politische Leiter des KPD-Bezirks Ruhrgebiet, Wilhelm Schwan, erheblich unter Druck geraten.

Die Bezirksleitung Ruhrgebiet diskutierte mit den UB-Sekretären, einem ZK- und einem EKKI-Vertreter über den *Offenen Brief*. Der BL lagen zwei Resolutionen vor: eine des Politischen Sekretärs der BL, Wilhelm Schwan, und eine von Ernst Thälmann. Letztere wurde mehrheitlich angenommen. Schwan vertrat die Auffassung, dass die „rechten“ Gefahren größer seien als die „ultralinken“. Am 25. Oktober 1925 unterstützte eine Parteiarbeiterkonferenz der Ruhr-KPD die Resolution Thälmanns und stellte sich damit hinter die Linie der ZK-Mehrheit und hinter den EKKI-Brief¹⁰⁹⁸. Von einer Minderheit der KPD-Mitgliedschaft und der Funktionäre wurde der *Offene Brief* jedoch abgelehnt. Eine Konferenz des KPD-Arbeitsgebietes Bocholt-Wesel nahm bei einer Gegenstimme eine Resolution an, die der Bezirksleitung Ruhrgebiet das Misstrauen aussprach. Eine weitere Misstrauenserklärung handelte sich die BL auf der Konferenz des Arbeitsgebietes Ickern ein, die mit 18 : 4 Stimmen angenommen wurde. Auch in Bochum, Gelsenkirchen und

¹⁰⁹⁶ [Erweiterte Bezirksleitung des Bezirks Ruhrgebiet], Resolution, Essen 7.9.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 68.

¹⁰⁹⁷ Hassel, Protokoll über die Sitzung der Bezirksleitung am 28.9.1925, Essen 29.9.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 15 f.

¹⁰⁹⁸ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen 14.3.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 37.

Wattenscheid soll die Bezirksleitung herbe Abstimmungsniederlagen erlitten haben. 60 - 70 Prozent der Mitgliedschaft ständen hinter linkskommunistischen Positionen, so die radikalen Linkskommunisten¹⁰⁹⁹, wenn auch nicht hinter ihrer.

Nach seiner Abstimmungsniederlage wurde Wilhelm Schwan vom ZK der KPD als Politischer Leiter des KPD-Bezirks Ruhrgebiet abgesetzt¹¹⁰⁰. Neuer politischer Sekretär wurde dort Wilhelm Florin, der zur Fraktion Thälmann/Dengel gehörte¹¹⁰¹. Organisationssekretär blieb Wilhelm Hassel, ein Freund Thälmanns¹¹⁰². Die neue Bezirksleitung Ruhr um Wilhelm Florin bemängelte Ende 1925, dass der *Offene Brief* des EKKI im Ruhrgebiet nicht gründlich, in einigen Ortsgruppen überhaupt nicht diskutiert worden sei, obwohl die Mehrheit in den Unterbezirken den Brief gebilligt habe. Erst unter der neuen BL hätten die führenden Funktionäre im Ruhrgebiet Stellung zum „EKKI-Brief“ nehmen müssen. Dabei hätte sich herausgestellt, dass ein ganzer Teil der UB-Sekretäre und der BL-Mitglieder „ultralinke“ Positionen vertreten würden. Dagegen habe die Zeitungsredaktion auf alle politischen Ereignisse gut reagiert und in der Partei für ihre Auffassungen gekämpft¹¹⁰³. Die Redaktion des *Ruhr-Echo* um Adolf Ende (Lex Breuer) vertrat mehrheitlich die Positionen der gemäßigten Kommunisten um Ernst Meyer/Arthur Ewert. Entsprechend den Verhältnissen im ZK und PB der Gesamt-KPD bahnte sich im Bezirk Ruhrgebiet ein Bündnis zwischen der Fraktion Thälmann/Dengel, zu der Florin gehörte, und der Fraktion Meyer/Ewert an, deren Sprecher im Ruhr-Bezirk Adolf Ende war.

Für die Ablösung der alten Bezirksleitung um Wilhelm Schwan führte der neue Bezirksleiter Wilhelm Florin vor allem Mängel in der Tätigkeit der BL an wie z. B. Fehlen kollektiver Arbeit, Unfähigkeit von Funktionären, eine persönliche Diktatur Schwans, Misstrauen und Hass der Mitgliedschaft gegenüber führenden Funktionären, Konflikte zwischen Bezirksleitung und Zeitungsredaktion, Korruptionserscheinungen, mangelhafte Kassierung und Rückgang der Mitgliedszahlen an¹¹⁰⁴. Florin verbreitete die Erfolgsmeldung, dass die „Widerstände (...) in den Köpfen der leitenden Funktionäre ziemlich gebrochen sind“¹¹⁰⁵. Das sollte sich als verfrüht erweisen. Die Ergebnisse der Diskussion um den *Offenen Brief* bilanzierte die Bezirksleitung ein Jahr später am Beispiel des UB Hamm: Während auf dem Bezirksparteitag Ruhr der KPD-Unterbezirk Hamm

¹⁰⁹⁹ Zu den Fällen Scholem und Rosenberg, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 147.

¹¹⁰⁰ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 37.

¹¹⁰¹ Schwan, Einführung des neuen Pol-Sekretärs, Bl. 29.

¹¹⁰² Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 350.

¹¹⁰³ Aus dem Bericht der B.L. Ruhrgebiet, [Essen] 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 124 f.

¹¹⁰⁴ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 37.

¹¹⁰⁵ Aus dem Bericht der B.L. Ruhrgebiet, [Essen] 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 124.

überwiegend die linke Opposition unterstützt habe und diese in den Unterbezirken Hamborn, Buer und Dortmund stark gewesen war, sei ein Jahr später nur noch im UB Dortmund und im UB Buer eine linke Opposition vorhanden¹¹⁰⁶. Doch im Februar 1927 musste Florin vor dem Bezirksparteitag Ruhr in Bochum das bestätigen, was ohnehin jedes KPD-Mitglied wusste: Es seien schwere innere Kämpfe notwendig gewesen, um den im *Offenen Brief* des EKKI festgelegten Kurs durchzusetzen¹¹⁰⁷. Nach seiner Absetzung als Politischer Sekretär der Bezirksleitung Ruhr schloss sich Wilhelm Schwan der linken Fraktion um Fischer/Maslow/Urbahns an. Zum wichtigsten Mittel, die linken und radikal linken Oppositionellen auszuschalten, wurde die organisatorische Umstellung der KPD auf Betriebszellen, die vom Einschwören auf die Ideologie des Leninismus begleitet war.

4.0 Die 'Atomisierung' der KPD im KPD-Bezirk Ruhrgebiet

Da die Hetze gegen oppositionelle linkskommunistische Intellektuelle und die Einbindung der proletarischen Basis der KPD über die Arbeiterdelegationen nicht ausreichten, um die Politik der WKP(B)-Führung um Stalin-Bucharin und ihrer Unterstützer in der Kommunistischen Partei Deutschlands durchzusetzen, musste nach anderen Mitteln gesucht werden. Sie wurden in der systematischen Umstellung der KPD-Struktur von der Wohngebiets- auf eine Betriebszellenorganisation und in der Übernahme des Leninismus gefunden.

4.1 Von der Wohngebiets- zur Betriebszellenorganisation

In der Tradition der SPD stehend bildeten in der *Kommunistischen Partei Deutschlands (Spartakusbund)* die Wohngebietsorganisationen die Grundeinheiten, die in der Regel mit den Wahlkreisen übereinstimmten. In der Wohngebietsorganisation trafen sich je nach Größe des Ortes alle Mitglieder des Wohngebiets oder eines Stadtbezirks oder Stadtteils zu politischen Diskussionen, internen Wahlen und zur Entscheidungsfindung. Daneben waren die Mitglieder der KPD in einer Vielzahl von Vereinen, Sonderorganisationen und in Gewerkschaften tätig. Zusätzlich gab es in der KPD in der Tradition der SPD keine Betriebsgruppen, aber ein Vertrauensleutesystem, wonach die KPD-Mitglieder einer Straße oder eines Betriebes einen kommunistischen Vertrauensmann wählten¹¹⁰⁸.

¹¹⁰⁶ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Bericht der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen 9.12.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 192.

¹¹⁰⁷ Zum Bezirksparteitag der KPD.Ruhrgebiet, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 30, Essen 5./6.2.1927, S. 1, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹¹⁰⁸ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 133 f.

Im Unterschied zur KPD stand die Organisationsform der RKP(B) bzw. WKP(B) in der Tradition der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands-Zentralkomitee* (sog. Bolschewiki/Mehrheitler) und in der der *SDAPR-Organisationskomitee* (Menschewiki-/Minderheitler), die im zaristischen Russland vor 1917 der Illegalität angepasst waren. Die revolutionären Parteien in Russland wurden am Ort von einem „Komitee“ geleitet, um das herum sich die „Peripherie“ der Mitglieder gruppierte. In den Großbetrieben stützten sich die Parteien auf Unterkomitees (Zellen), die die dort arbeitenden Mitglieder als Parteistruktur zusammenfassten. Das bot in der Illegalität Vorteile, weil in der Fabrik eine polizeiliche Überwachung schwer fiel¹¹⁰⁹. Während der Münchener Räterepublik 1919 hatte der führende KPD-Funktionär und ehemalige russische Sozialrevolutionär Eugen Levine die Organisation der Münchener KPD in der Weise umgestellt, dass neben der Wohngebietsstruktur zusätzlich Zellen in den Großbetrieben aufgebaut wurden, was der kleinen KPD einen verhältnismäßig großen Einfluss verschaffte¹¹¹⁰. Diese innovative Struktur fand wahrscheinlich deshalb keine Nachahmung in der KPD, weil Levine seine führende Rolle in der Räterepublik mit dem Leben bezahlte. International gab es nur in der Turiner Gruppe der *Kommunistischen Partei Italiens* ein frühes Beispiel für die Bildung von Betriebszellen in einer industriellen Großstadt¹¹¹¹.

Da nach 1918 die meisten Gewerkschaftsverbände, Genossenschaften und Arbeiterkulturvereine von sozialdemokratischen oder sozialistischen Parteien kontrolliert wurden, beschloss die Komintern auf ihrem 2. Weltkongress im Juli 1920, dass die in reformistischen Organisationen arbeitenden Kommunisten kommunistische Zellen gründen sollten:

„Die Grundlage der gesamten Organisationstätigkeit der kommunistischen Partei muß überall die Schaffung einer kommunistischen Zelle sein (...) In jedem Sowjet, in jeder Gewerkschaft, in jedem Konsumverein, in jedem Betrieb, in jedem Einwohnerratsausschuß (Mieterrat), überall, wo sich auch nur drei Mann finden, die für den Kommunismus eintreten, muß sofort eine kommunistische Zelle gegründet werden“¹¹¹².

Das bedeutete weder, dass die Wohngebietsorganisationen aufgelöst wurden, noch dass

¹¹⁰⁹ Pjatnitzki, Ossip, Aufzeichnungen eines Bolschewiks. Erinnerungen aus den Jahren 1896-1917 (In den Reihen der Revolution, Bd. 2), Wien/Berlin 1927, S. 97 f.

¹¹¹⁰ Meyer-Levine, Rosa, Levine. Leben und Tod eines Revolutionärs, Frankfurt/M. 1974, S. 81.

¹¹¹¹ Pjatnitzki, Ossip, Die Ergebnisse der Organisationskonferenz der Sektionen der KI, in: Die Beschlüsse der Organisationskonferenz der Sektionen der KI. und KJI., [Moskau] 16.-21.3.1925, in: Internationale Pressekonferenz, 5. Jg., Nr. 83, Wien 1925, S. 1125.

¹¹¹² Leitsätze über die Rolle der Kommunistischen Partei in der proletarischen Revolution, in: Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972 (Hamburg 1921), S. 124.

eine Art von Zellen – etwa die Betriebszellen – zur einzigen und wichtigsten Basis der Kommunistischen Parteien gemacht worden wäre. Ein Jahr später bestanden die meisten Zellen nur auf dem Papier, allerdings hatte die Diskussion bereits begonnen, „ob die Organisationen jetzt schon endgültig auf die Zellen in den Betrieben, als Grundlage der Organisationen aufgebaut werden können“¹¹¹³. Die Zellen der KPD in den reformistischen Gewerkschaften wurden zu kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen zusammengefasst¹¹¹⁴. Das sahen die Sozialdemokraten in den von ihnen kontrollierten Gewerkschaften als so große Gefahr an, dass sie „den Verzicht der III. [Internationale] auf Gründung von Gewerkschaftszellen (besonders wichtig für die Deutschen)“ zur Vorbedingung einer Zusammenarbeit der 2., 3. und 2 ½ Internationale machten¹¹¹⁵. Im November 1922 verfügte die KPD über „ein großes Gerüst von Gewerkschafts- und Betriebsfraktionen“, war aber weder „in den unzähligen Lohnstreiks“ noch „in den Kämpfen um die Arbeitszeit“ in der Lage, „die Führung zu übernehmen“¹¹¹⁶.

Der Zentralkomitee der KPD vom Mai 1923 bezeichnete die „Betriebszellen als Hauptorgane der Partei“¹¹¹⁷. Unter der Führung Heinrich Brandlers beschloss die KPD, den Schwerpunkt auf die Betriebsarbeit zu verlegen. Nun sollten die Betriebs- und Straßenzellen das Vertrauensleutesystem ersetzen¹¹¹⁸. Die kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen wurden von den KPD-Betriebszellen getrennt, die Wohngebietsorganisationen jedoch belassen¹¹¹⁹. Die organisatorische Umstellung musste angesichts der gesellschaftspolitischen Zuspitzung im Jahr 1923 zur Verunsicherung der Parteimitgliedschaft beitragen. Ende 1923/Anfang 1924 stempelte die KPD-Parteileitung, die für mehrere Monate von der moderat kommunistischen sog. *Mittelgruppe* unter Meyer/Stöcker dominiert wurde, die Organisierung nach Wohngebieten als „sozialdemokratisch“ ab. Das Fundament einer kommunistischen Partei müsse auf Betriebszellen aufbauen. Bis zum 15. Januar 1924 seien alle kommunistischen Betriebsarbeiter in Zellen zusammenzufassen. Nach Abschluss der Umstellung sollten die Wohngebietsorganisationen aufgelöst werden. Zudem musste sich bis zum 1. Februar 1924 die Mehrheit der Mitglieder der Orts- und Bezirksleitungen sowie der

¹¹¹³ Organisationsfragen/Referat Koenen, in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1973, Bd. 2, [Hamburg 1921], S. 963.

¹¹¹⁴ Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 97 f.

¹¹¹⁵ Von der GPU abgefangener Brief des Menschewiken Rafail Abramovic an die Genossen in Russland über die Konferenz der „Drei Internationalen“, Berlin 5.4.1922, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 64, S. 231.

¹¹¹⁶ Die K.P.D. zwischen dem III. und IV. Weltkongress: Tätigkeitsbericht zum IV. Weltkongress der Komintern, [Berlin 5.11.1922], in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 75a, S. 268 f.

¹¹¹⁷ Flechtheim, KPD, S. 187.

¹¹¹⁸ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 133 f.

¹¹¹⁹ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 237.

Funktionärsversammlungen aus Mitgliedern von Betriebszellen zusammensetzen¹¹²⁰. Allerdings lehnte es die Mehrheit der Meyer-Zentrale der KPD ab, in den Betriebszellen die Mitgliedsbeiträge zu kassieren¹¹²¹. Der Beschluss zur Umstellung blieb weitgehend unbeachtet¹¹²², auch deshalb, weil in den ersten Jahren der KPD Organisationsfragen als weniger wichtig angesehen wurden¹¹²³. Im Januar 1924 entschied das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale, dass die Sektionen der Komintern ihre Organisationsstruktur auf Betriebszellen umstellen müssten. Die KI übertrug damit das Modell der RKP(B) auf die Kommunistischen Parteien in aller Welt¹¹²⁴. Im Sommer 1924 beschloss der 5. Weltkongress der Komintern die Umstellung¹¹²⁵. Er bestimmte die Betriebszellen zum organisatorischen Fundament der kommunistischen Parteien.

Im März/April 1925 verabschiedete das EKKI einstimmig seine Thesen „Über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern“, die auf einem Referat Sinowjews beruhten. Alle Parteien der Komintern – außer der WKP(B) (!) – seien zwar kommunistische Parteien, aber noch keine bolschewistische Parteien. Aufgabe der Bolschewisierung sei es, sie „zu echt kommunistischen, d. h. bolschewistischen Parteien zu machen“. Nach Sinowjew bestand die Bolschewisierung wesentlich aus zwei Hauptelementen: aus dem Leninismus, als „Marxismus in der Epoche des monopolistischen Kapitalismus (Imperialismus)“ und aus der „Parteizelle im Betriebe“ als „Haupt- und Grundform der Organisation jeder bolschewistischen Partei“.

„Das alte, von der Sozialdemokratie übernommene Organisationsprinzip, nach dem die Partei auf der Grundlage der Wahlkreise in Rücksicht auf die Bedürfnisse der Parlamentswahlen aufgebaut wird, ist für die Kommunisten unannehmbar. Eine echte bolschewistische Partei ist unmöglich, wenn die Organisation in ihrer Grundlage nicht auf den Betriebszellen beruht“¹¹²⁶.

Mit der Bolschewisierung sicherte sich die WKP(B) ideologisch und organisatorisch die Hegemonie über die kommunistische Weltbewegung. Im folgenden Jahr wurde das neue Organisationsmodell konkretisiert und in einer Sondernummer der Inprekorr den Kommunistischen Parteien in aller Welt vorgestellt:

- die Basis bilden Parteizellen im Betrieb;

¹¹²⁰ Richtlinien zur Reorganisation der Partei, o. O. 2.2.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/26, Bl. 142 f.

¹¹²¹ Lindau, Rudolf, Die Reorganisation der Kommunistischen Partei Deutschlands, o. O. 1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/34, Bl. 142 f.

¹¹²² Richtlinien zur Reorganisation der Partei, o. O. 2.2.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/26, Bl. 142 f.

¹¹²³ [Offensive des Kapitals], o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/34, Bl. 82.

¹¹²⁴ Schüler, [Kommunistische Internationale], Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), 2. Aufl.; S. 991 f.

¹¹²⁵ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 338 f.

¹¹²⁶ [Sinowjew], Über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Thesen, einstimmig angenommen von der Erweiterten Exekutive der Komintern, Moskau, März/April 1925, Berlin 1925, S. 31 f.

- alle Fragen werden zuerst in den Betriebszellen (und in den Straßenzellen) diskutiert, bevor sie in Zellengruppen-Mitgliederversammlungen diskutiert und entschieden werden;
- der Parteikader wird durch Auslese im Klassenkampf aufgebaut;
- es muss eiserne Disziplin herrschen;
- der hauptamtliche Parteiapparat muss gestärkt werden;
- die ständige Struktur besteht aus Betriebszellen / Straßenzellen (in der Großstadt Zellengruppe mit Zellengruppenleitung), Ortsleitung, Arbeitsgebietsleitung, Unterbezirksleitung, Bezirksleitung;
- alle der Betriebszellenleitung übergeordneten Leitungen müssen zu mindestens 50 Prozent aus Betriebsarbeitern bestehen;
- auf allen Ebenen entscheiden Delegiertenversammlungen, deren Delegierte in den Betriebs- und Straßenzellen gewählt werden¹¹²⁷.

Mit der Umstellung auf Betriebszellen wurden die Wohngebietsorganisationen und damit die Mitgliederversammlungen aufgelöst. Die bisherigen Funktionärs- oder Vertrauensleuteversammlungen wurden durch Delegiertenkonferenzen ersetzt.

Da die Struktur aller anderen Mitgliedsparteien der Komintern nicht diesem Modell entsprach, war es leicht, das der WKP(B) als bolschewistisch und das der anderen Kommunistischen Parteien als nicht bolschewistisch zu bezeichnen. In der KPD des Ruhrgebietes war bis dahin unter Bolschewismus die Vernichtung der alten Staatsgewalt in Russland, seine Ersetzung durch Räte und eine Politik der sozialen Reformen durch die Bolschewiki verstanden worden, die gegen ihre Feinde und die wirtschaftlichen Probleme ankämpfen mussten – so hatte es der KPD-Wirtschaftsexperte und Mitgründer der SDKPiL, Julius Marchlewski, 1922 in einer Broschüre dargelegt¹¹²⁸. Nun fand eine Umdeutung des Begriffes statt, die auf Sinowjew zurückging. Er sah das Ende einer „demokratisch-pazifistische Ära“, die durch eine Phase des Ausnahmezustandes gegenüber den Kommunisten abgelöst werde. Deshalb mussten sich weltweit die Kommunistischen Parteien bolschewisieren, d. h. die russischen Erfahrungen durch Mitarbeit in den reformistischen Gewerkschaften, durch Bündnisse mit der Bauernschaft, durch Umstellung auf eine Betriebszellen-Organisation und durch die richtige Anwendung des Leninismus übernehmen. Davon konnten für die linken Kommunisten allein die letzten beiden Punkte revolutionär klingen¹¹²⁹.

¹¹²⁷ Der organisatorische Aufbau der Parteien, in: Die Beschlüsse der Organisationskonferenz der Sektionen der KI. und KJI., [Moskau] 16.-21.3.1925, in: Internationale Pressekonferenz, 5. Jg., Nr. 83, Wien 1926, S. 1132 f.

¹¹²⁸ Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922], (o. Seitenangabe).

¹¹²⁹ Sinowjew, G., Die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale, [Leningrad] 1925, in: Die Kommunistische Internationale, 6. Jg., Nr. 1, Hamburg/Berlin 1925, S. 2 f.

Organisatorisch lief die Bolschewismus-Interpretation Sinowjews auf die Übernahme des Organisationsmodells der WKP(B) durch die KI-Sektionen hinaus. Die Umstellung entsprach dem Selbstverständnis vieler leitender Funktionäre der Kommunistischen Parteien. So meinte 1924 z. B. ein leitenden Funktionär der Communist Party USA, James P. Cannon, dass:

„all the parties of the International, with the exception of the Russian party (...) lack the Bolshevik discipline, the iron hardness, the capacity for decisive action, (...) and the strong theoretical foundation which a party of Leninism must have (...) the slogan of this struggle is „The Bolshevization of the party!“¹¹³⁰.

Das neue Organisationsmodell war aber nicht das der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands / Zentralkomitee* vor 1917. Eine mehrheitliche Quotierung von Arbeitern in den Leitungsorganen der lange Zeit illegalen SDAPR hatte es vor der Oktoberrevolution nicht gegeben. Die einzige Quotierung, die die SDAPR kannte, war die für die sozialdemokratischen Parteien der Nationalitäten als „proportionale Vertretung in lokalen, regionalen und zentralen Körperschaften“ der SDAPR¹¹³¹. Dass die Leitungsorgane der SDAPR/ZK überwiegend mit Arbeitern besetzt waren, war nach dem Scheitern der ersten russischen Revolution das Ergebnis der sog. *Schwarzen Jahre* des gesellschaftspolitischen Rückgangs zwischen 1907 bis 1911 und nicht etwa eines ausgeklügelten Organisationsprinzips. In dieser Phase der Reaktion hatten sich viele Intellektuelle aus der Parteiarbeit zurückgezogen. Das betraf vor allem die Leitungsorgane der SDAPR-ZK. Ob sie wollten oder nicht, mussten Arbeiter die Leitungsarbeit übernehmen¹¹³². Vor dieser Phase der Umstellung war die SDAPR/ZK bei ihren Gegnern als „Intellektuellenpartei“ verschrien¹¹³³. Ein anderes Kennzeichen der SDAPR war die Autonomie der örtlichen Gruppen¹¹³⁴.

In der KPD schrieben sich 1924 die linken Kommunisten die Bolschewisierung auf ihre

¹¹³⁰ Cannon, James P., *The Bolshevization of the Party*, o. O. 1924, in: James P. Cannon and the Early Years of American Communism, *Selected Writings and Speeches 1920-1928*, New York 1992, S. 232-243.

¹¹³¹ Lenin, W. I., Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR, Moskau 1906, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (1. Aufl., Berlin 1958), S. 375. Eine Fälschung in der Werks-Ausgabe ist das Weglassen des Wortes „proportional“ auf Seite 152 der gleichen Ausgabe in dem Artikel „Das Verhältnis zu den sozialdemokratischen Parteien anderer Nationalitäten“.

¹¹³² Lenin, W. I., Auf den geraden Weg, o. O. 1908, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962), S. 4; Lenin, W. I., Auf den Weg, o. O. 1909, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962), S. 352 f.; Lenin, W. I., Ankündigung der Herausgabe der „Rabotschaja Gaseta“, o. O. 1910, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 293 f.

¹¹³³ Lenin, W. I., Iwan Wassiljewitsch Babuschkin, o. O. 1910, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 369.

¹¹³⁴ Lenin, W. I., Zur Organisationsfrage, o. O. 1906, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (1. Aufl., Berlin 1958), S. 410.

Fahne, deren begeisterte Propagandistin Ruth Fischer wurde. Sie selbst (Jahrgang 1895), Arkadi Maslow (1891) und Werner Scholem (1895) repräsentierten eine neue politische Generation, die im Unterschied zu Heinrich Brandler (1881), August Thalheimer (1884) und Ernst Meyer (1887) relativ unbelastet von den Traditionen der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung war, was die neue linkskommunistische KPD-Führung offener für neue Sichtweisen und neue Organisationsmethoden machte. Außerdem brauchte sie neue politische Konzeptionen, um ihren revolutionären Anspruch zu untermauern, ihre Führungsrolle zu legitimieren und fehlende Erfahrungen zu überdecken. Dafür bot sich die Übernahme der Bolschewisierung an – ideologisch als Leninismus und organisatorisch als Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen. Als die linken Kommunisten im April 1924 die KPD übernahmen, sprachen sie von der „Organisierung u. Durchführung der sozialen Revolution“. Dafür seien organisatorische Stützpunkte in den Betrieben, d. h. Betriebszellen, notwendig¹¹³⁵. Nach Anweisung der neuen, linkskommunistischen Zentrale sollten bis zum 1. August 1924 Betriebszellen aufgebaut¹¹³⁶ und Betriebszellenzeitungen erstellt werden¹¹³⁷. Die Betriebszellen müssten zur Grundstruktur der Partei werden¹¹³⁸. Entsprechend den neuen Richtlinien für den Organisationsaufbau der KPD bestand ein Bezirk aus mehreren Unterbezirken, der Unterbezirk aus Arbeitsgebieten mit mehreren Ortsgruppen, die Ortsgruppe aus mehreren Distrikten, die wieder in Zellengruppen unterteilt waren. Die jeweilige Zellengruppe umfasste mehrere Straßen- und Betriebszellen. Basisorganisation war nun die Großbetriebszelle. Großbetriebszelle, Zellengruppen, Distrikte und Ortsgruppen, Unterbezirk, Arbeitsgebiete und Bezirk besaßen jeweils eine eigene Leitung¹¹³⁹. Die Beschlüsse der Organisationskonferenz der Kommunistischen Internationale vom März 1925 wurden im Ruhrgebiet nachvollzogen.

Neben Betriebszellen sollten Delegiertenkonferenzen als „Organe der politischen Entscheidung“ treten. Die Delegierten wurden in den Betriebszellen gewählt. Die Delegiertenkonferenzen ersetzten die Funktionärsversammlungen. Dort waren alle Funktionäre am Ort, vom Kassierer bis zum Redakteur, zusammengekommen und hatten die wichtigsten politischen Fragen frei diskutiert. Die Entscheidungen trafen die Mitgliederversammlungen. An ihre Stelle traten die Delegierten, die von ihrer Betriebszelle delegiert und beauftragt wurden. Die Zellengruppe, welche sich aus Betriebszellen und

¹¹³⁵ Der Revolutionär. Diskussions- und Mitteilungsblatt der Bezirke Niederrhein und Mittelrhein, 1. Jg., Nr. 3-4, Düsseldorf 16.6.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 20.

¹¹³⁶ U.B. Essen. Abt. Org., Betr. Betriebszellen, Essen 23.5.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 100.

¹¹³⁷ Zentrale der KPD, An alle Betriebszellen, Berlin 17.5.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 323.

¹¹³⁸ Die organisatorische Umstellung wird von Langels unterschätzt, der sie nicht als organisatorischen Kern der Bolschewisierung erfasst. Vielmehr sieht er als deren grundlegende Züge z. B. den Aufbau zur Massenpartei, die Formulierung revolutionärer Ziele, die Manövrierfähigkeit und die Zentralisierung der Organisation an, vgl. Langels, Die ultralinke Opposition, S. 32 f.

¹¹³⁹ Zentrale der KPD. Orbüro, Kampferfahrungen und Organisationsaufgaben (Referentenmaterial), in: Organisatorische Flugschriften der KPD, Nr. 4, Berlin [1924], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/34.

Straßenzellen eines Ortes oder Stadtteiles bildete, müsse sich eine Leitung wählen, die sich nur aus Mitgliedern von Betriebszellen zusammensetzen dürfe. Höhere Parteiinstanzen konnten einer Zellengruppe „gute Funktionäre“ anderer Stadtteile für die Zellengruppenleitung vorschlagen¹¹⁴⁰. Die Leitung der Ortsgruppe wurde auf einer Delegiertenkonferenz am Ort gewählt, ebenso wie dort die Delegierten für die Unterbezirkskonferenz bestimmt wurden¹¹⁴¹. Mit diesen Richtlinien und Maßnahmen fand nicht etwa die Willensbildung der Mitgliedschaft in mittleren und größeren Städten über die drei Ebenen Zelle, Zellengruppe und Stadtteilgruppe statt, während sie in einer Kleinstadt über die Straßenzelle und die Mitgliedervollversammlung der Ortsgruppe verlief¹¹⁴². Vielmehr wurde ein erheblicher Teil der Mitgliedschaft, die erwerbslosen Arbeiter, die nicht in Betrieben tätig waren, zunehmend in der innerparteilichen Willensbildung an den Rand der KPD gedrängt.

Der 10. Parteitag der KPD vom Juli 1925 hatte den Aufbau von Betriebszellen und die *Reorganisation* der Partei auf deren Basis sowie ein entsprechendes neues Parteistatut beschlossen. Doch kurz darauf warf das Organisationsbüro des EKKI der Leitung der KPD vor, zu viele Konzessionen an die „Ultralinken“ zu machen, die die Wohngebietsorganisationen verteidigten. In Berlin würden nur in vier von 626 Betriebszellen Beiträge kassiert. Nachdem das Organisationsbüro des EKKI „ein geradezu vernichtendes Urteil“ über die Durchführung der Zellenarbeit gefällt hatte, stellte es fest, dass ohne eine klare und energische Führung die Reorganisation der Partei nicht möglich sei¹¹⁴³. Mit der Diskussion um den *Offenen Brief* des EKKI vom September 1925 bekam die organisatorische Umstellung auf Betriebszellen eine neue Dimension. Die Zeitschrift der KPD-Zentrale *Der Parteiarbeiter* sah die politische Belebung und organisatorische Stärkung der Betriebszellen als „wichtigste Aufgabe“ an. Die Diskussion des *Offenen Briefes* müsse vor allem in den Betriebszellen stattfinden¹¹⁴⁴. In Berlin, so führte die KPD-Zentrale unter Thälmann aus, seien die Wohngebietsorganisationen „liquidiert“ worden, d. h. man ließ die alten Funktionärskörper- und Wohngebietsmitgliederversammlungen nicht mehr zusammentreten. Die Schwierigkeiten seien überwunden, die alte Wohnorganisation ausgeschaltet worden. Alle Arbeit, Diskussion und Verantwortung wären auf die Zellen und Zellengruppen übertragen worden. Die „innigste Verbindung“ zwischen Parteileitung

¹¹⁴⁰ Die Unterbezirks- und Bezirksorganisationen, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1 I 2/4/26, Bl. 147 f.

¹¹⁴¹ Zentrale der KPD. Orbüro, Kampferfahrungen und Organisationsaufgaben (Referentenmaterial), in: Organisatorische Flugschriften der KPD, Nr. 4, Berlin [1924], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/34.

¹¹⁴² Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 108 f. Eumanns Ansicht, dass sich mit der Straßenzelle unter der Hand die alte Wohngebietsorganisation wieder durchgesetzt habe, bewertet die Zerteilung der Wohngebietsorganisation in Betriebs- und Straßenzellen nicht richtig, weil die Straßenzelle die KPD-Mitglieder einer bestimmten Straße und nicht die eines bestimmten Wohngebiets organisierte.

¹¹⁴³ Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale/Orgabteilung des EKKI, An die Zentrale und die Ortsgruppen der KPD, Moskau 25.8.1925, SAPMO Berlin, RY 1 I 2/4/26, Bl. 198 f.

¹¹⁴⁴ Der Stand der Reorganisation, in: *Der Parteiarbeiter*, 3. Jg., Nr. 1, [Berlin] Oktober 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 178 f.

und Betriebszellen werde dadurch hergestellt, dass „die besten Genossen aus den Betriebszellen in allen Leitungen die Mehrheit bilden“¹¹⁴⁵. Die Wahl der Zellengruppenleitungen fand in der Berliner KPD zu einem Zeitpunkt statt, als nur die Betriebszellen existierten; auf die Gründung von Straßenzellen war bewusst verzichtet worden. Die frisch gewählten Zellengruppenleitungen waren nicht zufällig überwiegend mit Unterstützern des *Offenen Briefes* besetzt. Um die Wohngebietsorganisation endgültig zu beseitigen, beschloss das KPD-Zentralkomitee, die Wahl der Delegierten zur Groß-Berliner Delegiertenkonferenz in den Zellengruppenversammlungen vorzunehmen. Damit sollte die Diskussion über den *Offenen Brief* zum Abschluss gebracht werden. Die Wohngebietsorganisationen der Berliner KPD waren aufgelöst¹¹⁴⁶. Mit der Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellen- und Straßenzellenorganisation wurde die KPD-Mitgliedschaft in Groß-Berlin in 522 getrennte Zellen aufgesplittet¹¹⁴⁷.

Den politischen Hintergrund brachte der linksradikale Berliner Delegierte Wilhelm Kötter auf dem 11. Parteitag der KPD 1927 in Essen zur Sprache. Dabei zitierte Kötter den KPD-Spitzenfunktionär Dahlem, wonach die Machtposition von Fischer/Maslow in der Berliner KPD durch die Umstellung auf Betriebszellen zerschlagen worden sei:

„Das zeigte sich ganz klar, als der EKKI-Brief kam. Die alte Bezirksleitung, die Leitungen der Verwaltungsbezirke der Stadtteile in Berlin stellten sich zum größten Teil gegen den Brief. Als wir aber die Konferenz der Zellenobleute einberiefen, war die große Mehrheit dieser Betriebsgenossen für den EKKI-Brief. Wir haben daraus die Lehre gezogen, daß wir vor allen Dingen die Umstellung vollenden, daß wir alle Leitungen in der Mehrheit mit den besten Genossen aus den Betriebszellen besetzen müssen (...)“¹¹⁴⁸.

Das Vorgehen in Berlin wurde von der KPD-Zentrale den anderen Bezirken als Beispiel empfohlen: Zuerst die Schaffung von Betriebszellen, dann die Gründung von Zellengruppen, anschließend die Wahl der (provisorischen) Zellengruppenleitung mit einer Mehrheit von Arbeitern aus Betriebszellen, Gründung neuer Betriebszellen, schließlich Zusammenfassung aller Mitglieder, die nicht in Betrieben arbeiten, in Straßenzellen und Wahl der endgültigen Zellengruppenleitung. Damit werde die Wohngebietsorganisation

¹¹⁴⁵ Dahlem, Franz, Die Organisationsarbeit in den nächsten Wochen, in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg., Nr. 2, [Berlin] November 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 215.

¹¹⁴⁶ H.P. [Hans Pfeiffer], Das Berliner Beispiel, in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg., Nr. 2, [Berlin] November 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 217 f.

¹¹⁴⁷ Aus der Erklärung der Entschiedenen Linken zum Bericht der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Berlin o. D., in: Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 16, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

¹¹⁴⁸ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 82.

ausgeschaltet, mit der neuen Leitung die alte aufgelöst¹¹⁴⁹. Eng mit der Umstellung war die Einführung eines Delegiertensystems verbunden, wonach sämtliche Delegierte in den Betriebszellen gewählt werden mussten¹¹⁵⁰. Die *Rote Fahne* schrieb:

„Bisher fielen alle politischen Entscheidungen in den Mitgliederversammlungen des Wohngebiets; dort wurden auch die Delegierten zu Parteikonferenzen, zum Reichsparteitag usw. gewählt. Das hat nun für Berlin endgültig aufgehört“¹¹⁵¹.

Die Politik der *Reorganisation* der KPD versuchten die linkskommunistische Fraktion um Thälmann und die moderat kommunistische Fraktion um Meyer/Ewert gemeinsam mit Hilfe des Parteiapparates durchzusetzen¹¹⁵². Im Herbst 1925 war sich das zentrale Organisationssekretariat der KPD bewusst, dass die geforderte Umstellung der Partei auf Betriebszellen in den KPD-Bezirken und Unterbezirken „vollständig verschieden“ ablaufe. Einige KPD-Bezirke seien bereits umorganisiert. Wo sich die Leitungen um den Aufbau von Betriebszellen gekümmert hätten, sei der Übergang zur Zellengruppe, zur Wahl deren Leitung bzw. zur Ortsgruppenleitung und zur Auflösung der Wohnbezirksstruktur möglich. Woanders halte die KPD „krampfhaft an der alten sozialdemokratischen Organisationsform fest“. In den meisten Großstadtorganisationen könne sofort auf Zellengruppen und die Wahl entsprechender Leitungen umgestellt werden¹¹⁵³. Zur 1. Parteikonferenz der KPD Ende Oktober 1925 wurden die Delegierten bereits auf der Grundlage von Zellengruppen gewählt, was den Betriebszellen entscheidendes Gewicht gab¹¹⁵⁴.

In der KPD wurde der Spielraum für Diskussionen entscheidend eingeeengt, indem verhindert wurde, dass „kleinbürgerliche Elemente“ mit „gutem Mundwerk“ abstimmen und entscheiden, ohne die Betriebsarbeiter zu fragen.

Die alten Funktionärsversammlungen bilden einen Herd von Abweichungen von der Linie der Partei“. „Diese Zustände werden durch die Delegation der Zellen verhindert“¹¹⁵⁵.

¹¹⁴⁹ Bemerkungen zur Zellengruppenversammlung, in: Der Parteiarbeiter, 4. Jg., Nr. 1, [Berlin] Januar 1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 270.

¹¹⁵⁰ Anweisung zur Durchführung der Reorganisation, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1 I 2/4/26, Bl. 155.

¹¹⁵¹ Parteiwahlen, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 249, Berlin 28.10.1925, S. 9.

¹¹⁵² Ernst Meyer war hier keineswegs ein „Verteidiger der Traditionen der deutschen Linken“, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 92. Vielmehr entpuppte er sich als „Bolschewik“ im stalin-bucharinschen Sinne.

¹¹⁵³ Der Stand der Reorganisation, in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg., Nr. 1, [Berlin] Oktober 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 178.

¹¹⁵⁴ Hoffrogge, Scholem, S. 298; Anmerkung Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. S. 478.

¹¹⁵⁵ Ulbricht, W., Zur Frage des demokratischen Zentralismus, in: Die Internationale, 8. Jg., Nr. 12, Berlin 1926, S. 757.

Die neue Betriebszellenorganisation der KPD wurde in den folgenden Jahren ihrer offiziellen Aufgabe nicht gerecht. Die Verankerung in den Großbetrieben blieb schwach. Im April 1927 waren nur ca. 50 Prozent von 124.000 KPD-Mitgliedern erwerbstätig. Davon arbeiteten etwa 4.650 Kommunisten (3,7 %) in einem Betrieb mit über 3.000 Beschäftigten und 12.800 Kommunisten (10 %) in einem Betrieb mit über 1.000 Beschäftigten¹¹⁵⁶. Da ca. 20 Prozent aller Arbeiter in Industrie und Handwerk in Betrieben mit über 1.000 Beschäftigten arbeiteten, war die KPD dort unterrepräsentiert.

4.2 Die Umstellung auf Betriebszellen in der Ruhr-KPD

Im Ruhrgebiet war die Umstellung auf eine Betriebszellenorganisation von Anfang an widersprüchlich. *Politisch* herrschten hier die Eigner der Bergwerke und Hütten, die mehrheitlich die Politik der Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und der SPD nach dem Ende der revolutionsschwangeren Phase der Weimarer Republik aufgaben und auf Konfrontationskurs gegen die 8-Stunden-Normalarbeitszeit, das Tarifvertragswesen, die Arbeitslosenversicherung und gegen die Sozialdemokratie gingen¹¹⁵⁷. Die Schaffung von Betriebszellen – als Ergänzung der Wohngebietsorganisationen – hätte der Ruhr-KPD eine ideale Organisationsstruktur bieten können, um die reaktionären Bestrebungen des Zechen- und Hüttenkapitals dort zu bekämpfen, wo sie am empfindlichsten zu treffen waren: in ihren betrieblichen Bastionen. Dazu genügte allerdings nicht nur der organisatorische Aufbau einer betrieblichen Struktur, sondern war auch eine richtige Politik erforderlich, die es schaffte, die Mehrheit und nicht nur eine kleine Minderheit der Arbeiter im Betrieb zu mobilisieren. Voraussetzung dazu war eine Analyse, die verstehen half, dass die Mehrheit der Kohle- und Stahlunternehmer nach der schweren Niederlage der Arbeiterbewegung 1923 ihrerseits eine Wende vollzogen hatte, deren Kernpunkt die „offene Auflehnung gegen die Sozialordnung der Republik“ bildete¹¹⁵⁸.

Die Umstellung auf eine Betriebszellenorganisation war schon deshalb nicht nur eine politische Frage, weil sie im Ruhrgebiet auf eine besondere Art des Wohnens, des Betriebes und der Arbeitskultur stieß. Wie bereits beschrieben wechselten im Laufe eines Jahres ganze Belegschaften die Zechen. Um der hohen Fluktuation vorzubeugen, gab es die Zechenkolonien, in denen ein Drittel der Bergarbeiter wohnte. Der Wechsel des

¹¹⁵⁶ Berechnungen nach Winkler, Schein der Normalität, S. 447 und nach Weber, Wandlung, S. 363.

¹¹⁵⁷ Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 165 f.

¹¹⁵⁸ Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik.

Arbeitsplatzes führte dann zum Umzug in eine andere Wohnung¹¹⁵⁹, wenn man nicht in der Nähe auf einer anderen Zeche Arbeit fand. Hinzu kam, dass die Bergleute über Schächte in ein Bergwerk einfuhren, die sehr weit auseinander liegen konnten. So lag der Schacht III des Bergwerkes Lohberg 4 Kilometer vom Schacht I/II entfernt. Deshalb gründeten sich die *Allgemeine Bergarbeiterunion* und später die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* nicht nur auf eine Betriebsstruktur, sondern unterhalb dieser Struktur auf Schachtorganisationen. Die Wahl von Schachtdelegierten war die Organisationsform, die sich die Bergarbeiter in ihrem großen Streik von 1919 selbst gewählt hatten. Im Vergleich zur Zeche waren Stahlwerke geschlossenere Anlagen. Bei der Auswahl zwischen Wohngebiets-, Schacht- und Betriebsorganisation war die KPD-Betriebszellenorganisation die für die Bergarbeiter am wenigsten geeignete. Von den bestehenden Strukturen und Traditionen her wäre eine Kombination zwischen Wohngebiets- und Schachtorganisation die passendere gewesen. Darauf konnte aber ein Muster, das von der Kommunistischen Internationale den Mitgliedsparteien aller Länder übergestülpt wurde, keine Rücksicht nehmen.

Im KPD-Bezirk Rheinland-Westfalen Nord war der Aufbau von Betriebszellen bereits 1923 angegangen worden, die Entlassungswelle nach dem sog. *Deutscher Oktober* machte ihn jedoch zur Sisyphusarbeit. Insgesamt waren in vierzehn Betrieben mit 38.812 Arbeitern und Angestellten 432 Kommunisten beschäftigt, davon 404 Kommunisten unter 30.312 Kumpel auf zwölf Zechen und achtundzwanzig Kommunisten unter 6.850 Lohnabhängige in zwei Metallbetrieben. Viel war das nicht. Im Einzelnen lautete der Stand¹¹⁶⁰:

Betriebszellen der KPD Ende 1923 in wichtigen Betrieben des Ruhrgebietes			
Name des Betriebs	Belegschaft	KPD-Zelle	Verhältnis
Schacht 2/3, Dortmund-Dors[t]feld	3.700	40	93 : 1
Schacht 1/4, Dortmund-Dors[t]feld	1.500	30	50 : 1
Zeche Tremonia	2.500	25	100 : 1
Zeche Fürst Hardenberg	1.300	15	87 : 1
Zeche Freivogel und Unverhofft	1.600	25	64 : 1
Zeche Viktoria	2.000	25	80 : 1
Schacht Friedrich der Große 3/4	2.600	19	137 : 1
Schacht Friedrich der Große 1/2/5	3.500	10	350 : 1
Schacht Westfalen 1 und 2	3.500	101	35 : 1
Zeche P[r]osper	3.388	26	130 : 1
Zeche Kaiserstuhl	2.700	42	64 : 1
Zeche Wellheim	2.024	46	44 : 1
Stahlwerke Rhein[hausen]	2.500	13	192 : 1
GHH Oberhausen	6.000	15	400 : 1

Als die linken Kommunisten den Bezirk übernahmen, fanden die Beschlüsse und

Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 167.

¹¹⁵⁹ Brüggemeier, Franz-Josef, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919*, München 1983, S. 61 f.

¹¹⁶⁰ Betrieb, o. O. [1923], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 122 f.

Richtlinien zur Umstellung der KPD-Struktur von der Wohngebietsorganisation auf Betriebszellen bei vielen Mitgliedern ein positives Echo, wurde doch der sozialdemokratischen Wohngebietsorganisation eine Mitschuld an der *Oktoberniederlage* gegeben, da sie nicht dem bolschewistischen Organisationsprinzip des Betriebszellenaufbaus entspräche. Würde sich die KPD eine „bolschewistische“ Struktur zulegen, dann wäre die Revolution nahe, die nur richtig „organisiert“ zu werden brauche. Die KPD müsse „bolschewisiert“ werden, um ihre politischen Aufgaben erfüllen zu können, so die linke Bezirksleitung Ruhrgebiet im März 1924¹¹⁶¹. Sie sah in der Umstellung von Wohngebietsgruppen auf Betriebszellen nicht nur eine Methode, der Illegalität gerecht zu werden. Die Orientierung am Vorbild der bolschewistischen Partei verstanden viele linke Kommunisten als kürzesten Weg zur Revolution.

In Essen wurde die Umstellung der Organisationsstruktur auf Betriebszellen – zunächst neben der Wohngebietsorganisation – im Sommer 1924 angegangen. Auf neun Zechen und in zwölf kleinen und mittleren Metallbetrieben wurden die Mitglieder in Betriebszellen kassiert und registriert. Es stellte sich heraus, dass in den Krupp-Betrieben fast 900 KPD-Mitglieder arbeiteten, von denen nur 90-100 Mitglieder erfasst worden waren. Diese sollten nun in Betriebszellen organisiert werden, die wiederum in Gruppen von je fünf Personen geteilt wurden. Dadurch wären die 900 Mitglieder bei Krupp in 180 Untergruppen eingeteilt worden. Darauf sollte die ganze örtliche KPD-Organisation aufbauen: In ihren 32 Distrikten wurde gemeinsam eine Distriktleitung gewählt. Drei bis vier Distrikte bildeten einen Block und wählten wiederum eine Blockleitung, die wiederum die Ortsgruppenleitung Essen wählten. Dabei sollten zwei Drittel der Leitungsmitglieder aus Betrieben kommen¹¹⁶². Zu diesem Zeitpunkt befand sich die KPD-Ruhr auf dem „politischen Tiefstand“¹¹⁶³. Die Kassierung der Mitglieder in den Betriebszellen, die die in der Wohngebietsstruktur ersetzten sollte, stieß auf Schwierigkeiten und Widerstände. Daran änderten auch die sich ständig wiederholenden Resolutionen nichts, die zum wiederholten Mal die sofortige Umstellung auf Betriebszellen bis zum Tag X beschlossen. Die Zentrale der KPD half Ende 1924 / Anfang 1925 dem Bezirk Ruhrgebiet mit einem Plan zur Umstellung aus, der vom Reorganisationsplan der KPD Erzgebirge-Vogtland abgeschrieben war. Demnach sollten innerhalb von zwei Wochen die Betriebszellen zu Zellengruppen zusammengeschlossen und die Erwerbslosen den Betriebszellen zugeordnet werden. In den folgenden drei Wochen seien die KPD-Mitglieder in kleineren Betrieben zu

¹¹⁶¹ Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), *Der Kommunistische Funktionär*, 1. Jg., Nr. 8, [Essen] 19.3.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 1.

¹¹⁶² An die Bezirks- und Unterbezirksleitungen (Abschrift), o. O. 4.8.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 233 f.

¹¹⁶³ Kampf. Antikriegs- und Demonstrationswoche der KPD, o. O. 22.8.1924, In: *Der Oberpräsident. An den Herrn Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, Münster* 25.8.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 226.

Industriegruppen zusammenzufassen, die Mitglieder von Straßenzellen den Betriebszellen anzugliedern. In die Leitung eines Stadtteils sollten nur Betriebsarbeiter gewählt werden. Die Wohngebietsorganisationen sollten „restlos aufgelöst“ werden und „verschwinden“. Die alte Ortsgruppe müsse aufgelöst und durch die Zellenleitung ersetzt werden, die aus den Leitern sämtlicher Betriebszellen zusammengesetzt werden sollte¹¹⁶⁴. Im Februar 1925 gab der *Westfälische Kämpfer* Tipps, wie Betriebszellen im Großbetrieb aufgebaut und eine (illegale) Betriebszeitung verbreitet werden kann¹¹⁶⁵. Noch Ende September 1925 beschrieb der Organisationssekretär der Bezirksleitung Ruhr, Hassel, die Umstellung der Organisation auf Betriebszellen als eine bevorstehende Aufgabe¹¹⁶⁶. In den Großstädten wurden die Konferenzen aller Funktionäre abgeschafft und durch Delegiertenkonferenzen, in kleineren Orten durch Mitgliederversammlungen ersetzt¹¹⁶⁷. Im Unterbezirk Buer war die Organisation der KPD Ende Oktober 1925 vollständig auf Betriebszellen und erste Zellengruppen umgestellt. Wegen der Dominanz der Großbetriebe gab es im Unterbezirk keine und in der Ortsgruppe Buer nur wenige Straßenzellen. Fast alle KPD-Mitglieder wurden in Betriebszellen eingegliedert¹¹⁶⁸.

Die Umstellung auf Betriebszellen führte zu einem chaotischen Durcheinander. Der nicht unwichtigste Punkt betraf die völlige Zerrüttung des Finanzwesens, das gerade erst mühsam neu geordnet worden war. Wer keiner Betriebszelle zugeordnet worden war und dort kassiert wurde, zahlte keinen Beitrag mehr. Im Juli 1925 wurde nur in neunundzwanzig von 122 Betriebszellen kassiert¹¹⁶⁹. Im Oktober 1925 wurde immerhin in 68 von 93 Zellen kassiert¹¹⁷⁰. Die Umstellung auf Betriebszellen war mitverantwortlich für die desaströse Finanzlage der Ruhr-KPD im zweiten Halbjahr 1925. Im KPD-Unterbezirk Duisburg stieß die Änderung der Organisationsstruktur auf erhebliche Probleme. Ein großer Teil der Bergarbeiter, die auf Duisburger Zechen einfuhren, wohnte außerhalb des Unterbezirks, was es sehr schwierig machte, sie in Betriebszellen zu erfassen. Ein anderes Problem tauchte im Duisburger Hafen auf, wo die allermeisten der 30.000 Hafenarbeiter als eine Art Tagelöhner arbeiteten, die ständig ihre Arbeitsplätze zwischen den zehn verschiedenen Hafenanlagen wechselten. Zu ihnen gehörte die Mehrheit der KPD-Mitglieder im Hafen. Treffen der Betriebszellen waren nur schwer durchführbar. Dagegen

¹¹⁶⁴ Plan für die Durchführung der vollständigen Reorganisation der Partei im Bezirk Ruhrgebiet, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 5 f.

¹¹⁶⁵ Methoden unserer Arbeit, in: *Westfälischer Kämpfer*. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, 1. Jg., Nr. 11, Dortmund 13.2.1925, S. 6.

¹¹⁶⁶ Protokoll über die Sitzung der Bezirksleitung am 28. September 1925, [Essen September 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 16.

¹¹⁶⁷ Orbüro, Bericht über den Aufbau und die Arbeitsmethoden der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen 22.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 47 f.

¹¹⁶⁸ Die Reorganisation im Ruhrgebiet, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 16 f.

¹¹⁶⁹ Bezirk Ruhrgebiet Orbüro, An die Zentrale Orbüro Abtlg. Zelle. Bericht über den Bestand der Betriebszellen im Ruhrgebiet, Essen 5.6.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 55.

¹¹⁷⁰ Stand der Reorganisation im Ruhrgebiet, Essen 21.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 68.

scheint der KPD-Unterbezirk Essen bereits gegen Ende 1925 vollständig auf Betriebs- und Straßenzellen umgestellt worden zu sein. Bei der überragenden Bedeutung des Krupp-Werkes wurden zunächst die dort arbeitenden KPD-Mitglieder in sieben Abteilungs- und Schichtzellen eingeteilt, denen sieben Stadtteile zugeordnet wurden. Zusätzlich gab es noch weitere sechs Zellengruppen¹¹⁷¹. Im Mai 1925 arbeiteten im Ruhrgebiet auf 179 Zechen, in 40 Metallfabriken und in 18 Großbetrieben anderer Branchen mit jeweils über 1.000 Lohnabhängigen¹¹⁷² insgesamt 3.470 Mitglieder der KPD:

Anzahl Betriebe	Betriebszellen	KPD-Mitglieder
40	12	791
179	81	2.367
18	20	312

Die neue Bezirksleitung Ruhr um Wilhelm Florin ließ eine eigene Kommission bilden, um die Umstellung auf Betriebszellen anzuleiten¹¹⁷³. Immerhin erfüllte die nur mangelhafte Umstellung auf Betriebszellen eine innerorganisatorische Funktion. Der wegen der parteiinternen Auseinandersetzungen infolge der Absetzung Wilhelm Schwans als Politischer Sekretär vom Dezember 1925 auf den 27./28. März 1926 verschobene Bezirksparteitag der Ruhr-KPD wurde in Versammlungen der Betriebszellen vorbereitet, auf denen die *Reorganisation* der Partei im Mittelpunkt stand¹¹⁷⁴. Mitte November 1925 wies das Organisationsbüro der Bezirksleitung Ruhr alle Betriebszellen an, eine große Werbekampagne für die KPD durchzuführen. Gleichzeitig mussten die Betriebszellen auf- und ausgebaut werden. Ziel sei die Steigerung des Einflusses der KPD in den Betrieben um einhundert Prozent. Dazu sei die Registrierung der Mitglieder nötig. In den Betriebszellen mussten sofort Zellenleiter, in den Zellengruppen sofort neue Leitungen gewählt werden. Außerdem sollten mit verstärkten Anstrengungen Betriebszeitungen herausgegeben werden¹¹⁷⁵. Doch Anfang 1926 gab es in manchen Großbetrieben mit über 2.000 bis 3.000 Lohnabhängigen keinen einzigen Kommunisten. Auf den Zechen *Scherlebeck* waren es zehn, auf *Viktoria 2/3* siebzehn, auf *Konsul 1/6* neunzehn, auf *Karolus Magnus* sechzehn, auf *Zeche Eintracht* vierzig, in *Buer Zelle III* neunundzwanzig KPD-Mitglieder¹¹⁷⁶. Von

¹¹⁷¹ Die Reorganisation im Ruhrgebiet, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 18 f.

¹¹⁷² Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 51.

¹¹⁷³ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 67 f.

¹¹⁷⁴ [Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet], Resolution, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, S. 84.

¹¹⁷⁵ Bezirk Ruhrgebiet/Orbüro, An alle Betriebszellen, Essen 12.11.1925 (Abschrift), in: Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Münster 19.11.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 167 f.

¹¹⁷⁶ Bezirksleitung Ruhrgebiet. Abtlg. Gewerkschaften, Bericht der Abteilung Gewerkschaften, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/3/18-19/1, Bl. 48. Noch schlechter sah es im KPD-Bezirk Niederrhein aus. 1926 arbeiteten in dreizehn Großbetrieben mit über eintausend Beschäftigten insgesamt 34.201 Lohnabhängige, von denen nur 145 Kommunisten waren. Ende 1926 umfassten 32 Großbetriebe zusammen 115.835 Arbeiter und Angestellte. Darunter befanden sich 1133 KPD-Mitglieder von insgesamt 11.245 KPD-Mitgliedern [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 167 f.

Mai bis Juli 1926 wuchs die Zahl der Betriebszellen im KPD-Bezirk Ruhrgebiet von 100 auf 119 an¹¹⁷⁷, womit sie trotz aller Organisationsbemühungen seit 1925 stagnierte. Mitte April 1926 geriet die Umstellung der KPD von Wohngebietsstrukturen auf Betriebs- und Straßenzellen in den Unterbezirken Essen, Duisburg, Dortmund und Buer ins Stocken. Die *Reorganisation* stieß auf organisatorische Schwierigkeiten und politische Widerstände. Im Unterbezirk Essen konnten im Frühjahr 1926 die Vorgaben für die Umstellung der KPD-Organisation nicht eingehalten werden. Allerdings lag in vier Zellengruppen der Anteil der erwerbslosen Kommunisten, der vor Beginn der *Reorganisation* auf 80-90 Prozent geschätzt worden war, *nur* bei 55-60 Prozent, was die Umstellung auf Betriebszellen erleichterte, waren doch umgekehrt nicht 10-20 Prozent, sondern 40-45 Prozent der betroffenen KPD-Mitglieder erwerbstätig. In Duisburg konnte der ausgearbeitete Arbeitsplan zur Umsetzung der *Reorganisation* nicht umgesetzt werden. Im Mai 1926 sollte eine Stadtdelegiertenkonferenz einberufen werden, was eine halbwegs durchgeführte Umstellung der Organisationsstruktur voraussetzte. In Gelsenkirchen stand das Problem der Kassierung in den Betriebszellen im Vordergrund, da auf den Zechen nach Schichten und Revieren eingefahren wurde und es schwierig war, die KPD-Mitglieder zu erfassen. Zudem waren im Raum Gelsenkirchen eine Reihe von Zechen geschlossen worden, worauf sich die KPD-Betriebszellen auflösten. Die Kumpel wurden auf andere Bergwerke verteilt, fuhren morgens mit dem Bus dorthin und abends wieder an ihre Wohnorte zurück. Eine Betriebszellensitzung der Pendler mit den vor Ort wohnenden KPD-Mitgliedern war nicht möglich. In Dortmund und Buer standen „ideologische Schwierigkeiten“ im Vordergrund. Die moderat kommunistische Leitung der KPD-Dortmund wollte eine Stadtdelegiertenkonferenz einberufen, ohne diese – so die Bezirksleitung – entsprechend in den Betriebs- und Straßenzellen, die zudem noch nicht in ausreichendem Maße vorhanden waren, vorzubereiten. Im Arbeitsgebiet Buer wurden die Stadtdelegierten auf ein Jahr gewählt, was die KPD-Bezirksleitung ablehnte¹¹⁷⁸. Die Umstellung der KPD-Struktur in Bochum war bis zur Stadtdelegiertenkonferenz am 20. März/24. März 1926 abgeschlossen¹¹⁷⁹. Auf „kritiklose Übernahme stalinistischer Organisationspraktiken“¹¹⁸⁰ durch die Mitgliedschaft der Ruhr-KPD lassen diese Schwierigkeiten nicht schließen.

Auf Grund der Probleme bei der Umstellung der KPD-Organisationsstruktur erstellte die Organisationsabteilung der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD im Mai 1926 einen neuen

¹¹⁷⁷ Bezirk, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 21.

¹¹⁷⁸ Tätigkeitsbericht über die Reorganisationsarbeit in den rheinischen Bezirken, Essen o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 38 f.

¹¹⁷⁹ Bericht über die Stadtdelegiertenkonferenz Bochum, [Bochum März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 35.

¹¹⁸⁰ Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2007, S. 239.

Plan, nach dem innerhalb von acht Wochen die Umstellung der Ruhr-KPD auf die Betriebs- und Straßenzellenstruktur zu erfolgen hatte: in der ersten Woche wurde die Orts- bzw. Arbeitsgebietsleitung von der BL Ruhr über die Umstellung auf Zellen instruiert. Die bestehenden KPD-Ortsgruppen wurden in Stadtteilgruppen zergliedert. In der zweiten Woche wurden Betriebszellensitzungen einberufen, die Vorschläge für die provisorischen Stadtteileleitungen verabschiedeten. Außerdem wurde die gesamte Mitgliedschaft der KPD-Ruhrgebiet registriert, wobei der Arbeitsplatz und der Wohnort festgehalten wurden. In der dritten Woche wurden in den neu eingeteilten Stadtteilen Mitgliederversammlungen einberufen. Daran nahmen neben den Mitgliedern der dort befindlichen Betriebszellen und allen denjenigen, die einer Straßenzelle zugeordnet worden waren, auch die KPD-Mitglieder teil, die nicht in dem betreffenden Stadtteil wohnten, dort aber in einem Betrieb arbeiteten. Auf diesen Mitgliederversammlungen wurden die provisorischen Stadtteileleitungen gewählt. Diese mussten in ihrer Mehrheit aus Mitgliedern der wichtigsten Betriebszellen im Stadtteil bestehen. Nach der Wahl übernahmen die Stadtteileleitungen alle Funktionen der bisherigen Distriktleitungen. Stadtteilmitgliederversammlungen „dürften im allerhöchsten Fall monatlich nur einmal stattfinden“¹¹⁸¹.

„Das Schwergewicht der Parteiarbeit muss immer in die einzelnen Betriebs- und Straßenzellen verlegt (...) werden. Nur die Betriebs- und Straßenzellen haben Stimmrecht. Stadtteilmitgliederversammlungen haben nur informatorischen bzw. beratenden Charakter. Darum können Delegierte auch nur in den einzelnen Betriebs- und Straßenzellen und niemals in den Stadtteilmitgliederversammlungen gewählt werden“¹¹⁸².

In der vierten Woche teilten die Stadtteileleitungen die einzelnen KPD-Mitglieder den Betriebs- und Straßenzellen zu. Die Erwerbslosen sollten möglichst nicht einer Straßenzelle, sondern der Betriebszelle an ihrem früheren Arbeitsplatz oder einer anderen Betriebszelle zugeordnet werden. Dabei dürfe die Zahl der Erwerbslosen die der KPD-Mitglieder im Betrieb nicht überschreiten. Nachdem die Bildung von Betriebszellen abgeschlossen war, erfolgte in der fünften Woche die Bildung der Straßenzellen. In der sechsten Woche mussten alle Stadtteil-, Betriebs- und Straßenzellenleitungen sich politisch zur Stadtdelegiertenkonferenz positionieren. In der siebten Woche wählten die Mitgliederversammlungen der einzelnen Betriebs- und Straßenzellen ihre Delegierten zur Stadtdelegiertenkonferenz. Die Wahl durfte auf keinen Fall auf der

¹¹⁸¹ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org. Abteilung, Schema für die Umstellung einer Stadtorganisation, Essen 21.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 45.

¹¹⁸² Ebd., Bl. 46.

Stadtteilmitgliederversammlung erfolgen. In der achten Woche sollte dann die Stadtdelegiertenkonferenz stattfinden¹¹⁸³.

Die Zuteilung von erwerbslosen KPD-Mitgliedern an Betriebszellen erwies sich für die politische Arbeit als nicht sinnvoll. Durch die erhöhte Mitgliederzahl stieg zwar das Gewicht der Betriebszellen innerhalb der KPD-Organisation, aber die erwerbslosen Mitglieder waren in den Betriebszellen wie im UB Dortmund, Buer und Essen meist passiv und beteiligten sich nicht an der Zellenarbeit¹¹⁸⁴. Die beliebige Einteilung der Mitglieder zu einer Zelle durch die Stadtteilleitung öffnete dagegen der Willkür Tür und Tor, um führende unliebsame Oppositionelle in Zellen abzuschieben, die unter Kontrolle der Parteiführung standen oder umgekehrt die Mehrheitsverhältnisse in linksoppositionellen Zellen durch Zuteilung linientreuer Funktionäre und Mitglieder im Sinne der Bezirksleitung zu verändern. Durch die Konzentration der Entscheidungs- und Leitungsbefugnisse auf die Betriebszellen wurden die Mitgliederversammlungen entmachtet und entleert, die Straßenzellen als lästiges Übel geduldet. Nach einem Bericht des KPD-Funktionärs Kropp arbeiteten 1927 die meisten KPD-Mitglieder in den sechs Unterbezirken des Ruhrgebietes in Mittelbetrieben. Nur 11 Prozent der Mitglieder gingen in Betrieben mit über 1.000 Arbeitern zur Arbeit¹¹⁸⁵. Ende 1927 zählte die KPD in den wichtigsten Betrieben des Ruhrgebietes von 10.000 Arbeitern des *Bochumer Vereins* sechzig Kommunisten, von 9.700 Arbeitern der *Vereinigten Stahlindustrie* fünfzehn KPD-Mitglieder, von 7.500 Arbeitern des *Stahlwerks Union* in Dortmund sechsunddreißig KPD-Mitglieder, von 7.500 Arbeitern bei *Krupp Rheinhausen* dreiundzwanzig Kommunisten, von 5.500 Arbeitern bei *Hoesch* in Dortmund nur acht und von 11.000 Arbeitern bei *Thyssen* in Hamborn nur 23 KPD-Mitglieder¹¹⁸⁶. In den für sie im Ruhrgebiet wichtigsten Betrieben mit 51.200 Arbeitern – für *Krupp* Essen gab die Bezirksleitung keine Zahlen an – war also die KPD mit nur 165 KPD-Mitgliedern vertreten. Auf 310 Arbeiter kam dort ein Kommunist. Dass lässt nicht darauf schließen, dass die KPD ihren Schwerpunkt in den Großbetrieben hatte¹¹⁸⁷.

Die politische Arbeit der Betriebszellen war schwach. Dafür standen nicht nur Ausreißer wie beim Dortmunder Stahlwerk *Phoenix*, wo in einem KPD-Betriebsflugblatt ein neuer Meister auf niedrigstem Niveau als „polnischer, oberschlesischer Staatsangehöriger und

¹¹⁸³ Ebd., Bl. 46 f.

¹¹⁸⁴ [Aus dem Unterbezirk Dortmund], o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 43.

¹¹⁸⁵ Ulbricht, Bericht über die Bezirksleitungssitzung Ruhrgebiet am 14. Mai 1927, Berlin 16.5.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 26.

¹¹⁸⁶ Bericht über die gemeinsame Sitzung der Bezirksleitung Ruhrgebiet mit den Vertretern der wichtigsten Hütten- und Metallbetriebe am 28. Dezember 1927, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 34 f.

¹¹⁸⁷ So jedoch Eumann, vgl. Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 72.

Kaschubenhäuptling. Macht aber nichts, daß er nur gebrochen Deutsch spricht“¹¹⁸⁸, angegriffen wurde. Das war reiner Rassismus, unsolidarisch und betriebsborniert, wenn auch nicht typisch für die KPD-Betriebsflugblätter. Es zeigt aber auch, wie in der Zelle der KPD in einem Großbetrieb im Ruhrgebiet gedacht, argumentiert und geschrieben wurde, wenn man unter sich war.

Auch andere Betriebszellen hatten nicht viel zu bieten. Die Krupp-Zelle in Rheinhausen und die Zelle bei der *GBAG* in Gelsenkirchen stünden selbst einfachen Aufgaben hilflos gegenüber, hieß es in einem Bericht von KPD-Instrukteuren im Oktober 1925¹¹⁸⁹. An einer Sitzung der Zelle der Zeche *Graf-Beust* Mitte Dezember 1925 nahmen acht Mitglieder teil, drei waren durch Schichtarbeit entschuldigt und drei weitere Genossen fehlten unentschuldigt. Man zahlte den KPD-Mitgliedsbeitrag und gelobte, die Anweisungen aus den Rundschreiben der Bezirksleitung Ruhr zu befolgen. Bei Betriebsratswahlen wollte man zukünftig entsprechend den neuen Richtlinien der Partei gemeinsame Listen mit der SPD erstellen¹¹⁹⁰. Weil man nicht wusste, wie die politische Arbeit im Betrieb zu entwickeln war, griff man als Ersatz bereitwillig die Direktiven von oben auf.

Wieder anders lief es am 28.6.1925 bei einer Sitzung der KPD-Zelle von der *Guten Hoffnungs-Hütte* in Oberhausen-Sterkrade. Vierundzwanzig KPD-Mitglieder nahmen teil, darunter ein Polizeispitzel. In seiner Einleitung zur politischen Lage sprach der aus Essen angereiste Referent Petrasch über die Situation in China, Russland, Frankreich, Marokko und England. Unter dem zweiten Tagesordnungspunkt referierte Petrasch zur Lage der Industrie und zur Konkurrenz Amerika-England-Deutschland. Zum Schluss wurde der Punkt Organisatorisches behandelt. Wahrscheinlich konnte die umfassende Tagesordnung nur deshalb in dreieinhalb Stunden bewältigt werden, weil sich an der Diskussion nur drei Mitglieder der Zelle beteiligten¹¹⁹¹. Hier handelte man aufgesetzt die allgemeinpolitischen Rahmenbedingungen ab, konnte sie aber nicht mit den Problemen im Betrieb in Verbindung bringen.

Noch anders sah die Betriebszellenarbeit auf der *Zinkhütte* in Hamborn aus. Sie galt vor Ort als rückschrittlichster Betrieb. Dort entfaltete die KPD eine umfangreiche Betriebsarbeit. Durch scharfe Kritik am Betriebsrat, der von christlichen Metallern und Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaftern dominiert wurde, gelang es zwei KPD-Mitgliedern, dessen Neuwahl zu erreichen, worauf die Beiden und fünf Sympathisanten gewählt

¹¹⁸⁸ Phönix Rote Kampfgenossen, 1. Jg., Nr. 5, [Dortmund] Ende November 1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 48.

¹¹⁸⁹ Feststellungen bestehende Mängel und Schlussfolgerungen aus der Arbeit der Zentrale-Instrukteure im Bezirk Ruhrgebiet, o. O. Oktober 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 55.

¹¹⁹⁰ An die Parteileitung. Sitzungsbericht der Zelle Graf-Beust, Essen 13.12.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 79.

¹¹⁹¹ Der Regierungspräsident, Bericht über die am 28.6.1925 stattgefundene Zellensitzung der Belegschaft der GHH in der Wohnung des Politischen Leiters Emil Ziegenhagen, hier Steinstraße 50, Düsseldorf Juli 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16867, Bl. 33.

wurden. Gleichzeitig bauten die KPD-Mitglieder einen gewerkschaftlichen Vertrauensleutekörper auf, an dessen Treffen bis zu 45 Personen von insgesamt 590 Beschäftigten teilnahmen. Aus dem Kern der Vertrauensleute entstand die KPD-Zelle mit zehn Betriebsarbeitern und fünf Ehefrauen¹¹⁹². War die geschilderte Arbeit ein positives Beispiel, so waren doch die Umstände, unter denen sie erfolgte, außergewöhnlich. Letztendlich glänzten die KPD-Mitglieder auf der *Zinkhütte* nicht mit einer kommunistischen Arbeit, sondern mit einer elementaren klassenkämpferischen Gewerkschafts- und Betriebsratsarbeit, die vorher nicht vorhanden war.

Betriebszellen, die nicht mit der Aufgabe überfrachtet waren, die Wohngebietsstruktur zu ersetzen, hätten auf den Betrieb bezogen durchaus eine sinnvolle kommunistische Arbeit leisten können. Sie hätten versuchen müssen, die allgemeine politische Orientierung der KPD mit den Problemen der Arbeiter im Betrieb zu verbinden. Dazu hätte es auch sinnvoll sein können, Kommunisten von außen hinzuzuziehen, die als Streikführer aus Betrieben hinausgeworfen worden waren. Sie hätten nicht nur wichtige Erfahrungen vermitteln, sondern auch einen Blick von außen auf die betriebliche Lage werfen können, der notwendig war, um nicht unter dem Druck betrieblicher Probleme betriebsborniert zu denken und zu handeln. Umgekehrt hätten die Kommunisten der Betriebszellen die Stimmungen und Eindrücke der Arbeiter in die KPD-Strukturen weitervermitteln können, was wichtig war, um den Puls der Klasse zu fühlen. Dagegen waren die angeführten Beispiele entweder betriebsborniert, starrten auf Parteidirektiven, waren aufgesetzt allgemeinpolitisch oder rein gewerkschaftlich beschränkt.

Noch 1927 gab es bei Krupp in Rheinhausen keine regelmäßigen Zellensitzungen, weil die KPD-Mitglieder auf verschiedene Orte verteilt wohnten. Die meisten Mitglieder der Partei waren erst seit kurzer Zeit in den Betrieben eingestellt oder wie bei Thyssen in Hamborn neu in die KPD eingetreten und daher unerfahren. In den entscheidenden Betrieben gebe es nur wenige kommunistische Betriebsratsmitglieder, stellte die Bezirksleitung Ruhr fest¹¹⁹³. Auf dem Bezirksparteitag der Ruhr-KPD am 7./8. Januar 1928 wurde berichtet, dass sich im Vergleich zum vorjährigen Bezirksparteitag die Lage nicht gebessert habe. Von 268 Betriebszellen würden 30 Prozent überhaupt nicht arbeiten. Je größer die Betriebe im Ruhrgebiet, umso schlechter sei die Arbeit der Kommunisten. In Betrieben von 500 - 1.000 Beschäftigten käme auf siebzig Arbeiter ein Kommunist. In Betrieben über 5.000 Beschäftigten käme auf 240 Arbeiter ein Kommunist. In den größten Betrieben könne die KPD keinen Kampf führen. Dies sei umso unverständlicher, als die Entlassungswelle

¹¹⁹² Bericht der Betriebszelle 1/2, Hamborn 10.12.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 28 f.

¹¹⁹³ Bericht über die gemeinsame Sitzung der Bezirksleitung Ruhrgebiet mit den Vertretern der wichtigsten Hütten- und Metallbetriebe am 28. Dezember 1927, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 34 f.

gegen Kommunisten in den Jahren 1925/1926 schon einige Zeit zurückliege¹¹⁹⁴. Alle Versuche der Partei in den Betrieben etwas zu leisten, seien fehlgeschlagen, so ein Berichterstatter¹¹⁹⁵.

Dabei standen die KPD-Mitglieder in den Betrieben nicht nur den Kapitaleignern und ihrer Hierarchie, sondern auch gut organisierten Nationalisten und Faschisten gegenüber. 1927 zählten die Zellen der nationalistischen Kampforganisation *Stahlhelm* auf der Zeche *Gustav* in Essen 90 Mitglieder von 1.860 Beschäftigten, auf Zeche *Brassert* 300 von 2.800 Beschäftigten, auf Zeche *Dahlbusch* in Gelsenkirchen 300 von 5.500 Beschäftigten und bei der Fa. *Schulte-Knauss* in Duisburg 263 von 1.600 Beschäftigten¹¹⁹⁶. Für die Verbindungen zwischen Bergbau und *Stahlhelm* war ein eigenes Büro zuständig¹¹⁹⁷, was auf eine gezielte Einstellungspolitik durch die Kapitaleigner schließen lässt. Die Stärke der Nationalisten auf einer Reihe von Zechen ist auch vor dem Hintergrund zu werten, dass 1927 im Ruhrgebiet von rd. 400.000 Bergarbeitern nur ein Viertel gewerkschaftlich organisiert war und davon der BAV nur 60.000 Kumpel umfasste¹¹⁹⁸.

Die Umstellung der Struktur auf Betriebszellen eröffnete der KPD neue Möglichkeiten der politischen Propaganda. Die zentrale Aufgabe von Kommunisten in den Betrieben war jedoch die Anspornung der Arbeiterklasse zu Arbeitskämpfen und deren Auslösung. Eine Tagung von Kommunisten aus den wichtigsten Stahl- und Metallbetrieben des Ruhrgebietes zog Ende 1927 das Fazit, die KPD sei nicht stark genug, die Arbeiter gegen den Willen der Gewerkschaftsführung zum Streik zu bewegen¹¹⁹⁹. Ein vernichtenderes Urteil über die Umstellung der KPD auf die Betriebszellenorganisation konnte es kaum geben.

4.3 Die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft durch Betriebszellen

Die Organisations-Abteilung des ZK in Berlin gelangte im November 1926 zu der Ansicht, dass die Betriebszellen die aktivsten Mitglieder umfassen, die besten Funktionäre für die Leitungsarbeit abstellen und innerparteilich „fast durchweg auf der politischen Linie des

¹¹⁹⁴ [Bezirksparteitag Ruhrgebiet der KPD], o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 28.

¹¹⁹⁵ Lu./Cl., Diskussion. Bahr, Dortmund, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 81. Durch Massenerwerbslosigkeit und nach der ultralinken Wende der KPD zur Sozialfaschismuspoleitik ging die Zahl der Betriebszellen im Bezirk Ruhrgebiet auf 173 im September 1930 zurück, von denen die Arbeit der Mitglieder in 60 Prozent der Fälle unter den politischen Anforderungen lagen, vgl. Verbesserungen des Apparates der Leitungen im Bezirk Ruhrgebiet, o. O. 26.6.1930, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 53.

¹¹⁹⁶ Ulbricht, Bericht über die Bezirksleitungssitzung Ruhrgebiet am 14. Mai 1927, Berlin 16.5.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 27.

¹¹⁹⁷ Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie und Politik, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 98.

¹¹⁹⁸ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 286.

¹¹⁹⁹ Bericht über die gemeinsame Sitzung der Bezirksleitung Ruhrgebiet mit den Vertretern der wichtigsten Hütten- und Metallbetriebe am 28. Dezember 1927, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 37.

ZK“ stehen würden. Dagegen würden sich in den Straßenzellen die passiven Mitglieder sammeln, die in Zeiten großer Erwerbslosigkeit eine Quelle von Tendenzen bilden würden, um zur alten Wohngebietsorganisation zurückzukehren. Deshalb wurden nach den Direktiven der Organisations-Abteilung für eine Übergangsphase die Betriebszellen bei Delegiertenwahlen „bewusst und offen bevorzugt“. Im Bezirk Halle kam ein Delegierter auf zehn Mitglieder einer Betriebszelle, aber nur auf zwanzig Mitglieder einer Straßenzelle¹²⁰⁰. Auch nachdem ein gleichartiger Wahlmodus hergestellt worden war, schrieb die Organisations-Abteilung des ZK, wie „trotzdem die Betriebszellen bevorzugt werden können“. Der Wahlmodus zur Stadtdelegiertenkonferenz in Hamburg sah vor, dass auf die ersten zwanzig Mitglieder ein Delegierter, auf zwanzig bis fünfzig Mitglieder zwei Delegierte, auf jede weitere fünfzig Mitglieder ein weiterer Delegierter gewählt werden sollte. Jede Betriebszelle, auch wenn sie nur zwei oder drei Mitglieder umfasste, konnte mindestens einen Delegierten entsenden. Damit wurden die Betriebszellen, die in der Regel erheblich kleiner als die Straßenzellen waren, bei Delegiertenwahlen bevorzugt. Zudem fanden die Wahlen direkt in den Betriebszellen statt, während die anderen Delegierten nicht direkt in den Straßenzellen, sondern in den Zellengruppen gewählt wurden, die Straßenzellen und Betriebszellen gemeinsam umfassten, womit die Mitglieder der Betriebszellen eine Art doppeltes Wahlrecht erhielten¹²⁰¹. Es war kein Zufall, dass auf der Stadtdelegiertenkonferenz Hamburg 142 Delegierte aus Betriebszellen und nur 40 Delegierte aus Straßenzellen kamen¹²⁰².

Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet bestand die KPD Bochum nach der Umstellung auf Betriebszellen im März 1926 aus fünf Zellengruppen, die fünf Zellen in Metallbetrieben, sieben auf Zechen, drei im Verkehrsbereich und fünf Straßenzellen umfassten. In den zwanzig Zellen waren 350 KPD-Mitglieder organisiert, von denen nur 225 Beiträge zahlten. Die fünfzehn Betriebszellen erfassten 192 der 350 KPD-Mitglieder – die Mehrheit der Gesamtmitgliedschaft, während die fünf Straßenzellen 158 Mitglieder organisierten¹²⁰³. Den Betriebszellen waren zweiundzwanzig Erwerbslose zugeordnet. Wären sie in den fünf Straßenzellen organisiert gewesen, hätten diese mit 180 Mitgliedern das Übergewicht zu 170 Mitgliedern in den Betriebszellen gehabt. Nur wenige der Betriebszellen umfassten ein, zwei Dutzend KPD-Mitglieder und mehr (*Bochumer Verein* zweiunddreißig kommunistische Betriebsangehörige plus zweiundzwanzig Erwerbslose, *Zeche Präsident* zweiundzwanzig KPD-Mitglieder, *Zeche Prinz Regent* fünfunddreißig, *Konsum Wohlfahrt*

¹²⁰⁰ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 6.

¹²⁰¹ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 59.

¹²⁰² Ebd., Bl. 66.

sechzehn Kommunisten). Eine Reihe von Zellen verfügten nicht einmal über eine Handvoll KPD-Mitglieder (*Zeche Hannibal* vier, *Zeche Constantin* 1/2 drei, *Zeche Karolinenglück* drei, *Elsass-Werke* zwei, *Möninghoff* vier Mitglieder). Kampftauglich waren kleine Betriebszellen kaum, zumal wenn ihre paar Mitglieder auf verschiedenen Schichten arbeiteten. Ihre eigentliche Funktion erfüllten sie nicht im Klassenkampf, sondern in der neuen, internen Struktur der KPD, auf die sich die Bezirksleitung Ruhrgebiet unter Wilhelm Florin stützen konnte. Die 192 Mitglieder der Betriebszellen stellten am 20. März 1926 auf der Stadtdelegiertenkonferenz Bochum neunzehn von 34 anwesenden Delegierten, bei der Fortsetzung der Konferenz am 24. März siebzehn von 32 Delegierten. Dies ist deshalb bemerkenswert, weil 51 Prozent der Mitglieder der Bochum KPD erwerbslos waren. Ohne die erwähnten zweiundzwanzig erwerbslosen Kommunisten der Betriebszelle *Bochumer Verein*¹²⁰⁴ stellte also eine Minderheit von 170 KPD-Mitgliedern die Mehrheit der Delegierten auf der Stadtdelegiertenkonferenz. Da die Mehrheit der Stadtteileitungen aus Mitgliedern der wichtigsten Betriebszellen im Stadtteil bestehen sollte und dies auch für die Leitung am Ort gelten musste, so stützten sich auch die unteren und mittleren Leitungen auf eine Minderheit der KPD-Mitglieder. Die fünf Straßenzellen stellten nur fünfzehn Delegierte zur Stadtteilkonferenz am 20. und zwanzig am 24. März 1926. Auf eine Straßenzelle kamen demnach drei Delegierte. Gemäß der Einteilung bei rechnerisch 160 KPD-Mitgliedern gehörten einer Straßenzelle durchschnittlich 32 Mitglieder an, was einen Delegiertenschlüssel von ca. 1 : 10,6 ergab. Wären die Erwerbslosen alle in den Straßenzellen organisiert worden, hätte der Delegiertenschlüssel 1 : 12 gelautet. Bei 17 Betriebszellen mit 170 Betriebsarbeitern lag der Delegiertenschlüssel bei glatt 1 : 10. Demnach hätten die 170 Betriebsarbeiter 17 Delegierte stellen müssen, hatten aber 19; die Straßenzellen hätten bei gleichem Delegiertenschlüssel 18 Delegierte stellen müssen, kamen aber nur auf fünfzehn. Da bei beiden Versammlungen der Stadtdelegiertenkonferenz diese fünfzehn Delegierte stellten, kann von einer festen Zuteilung von drei Delegierten pro Straßenzelle ausgegangen werden, während die Teilnahme aus den Betriebszellen schwankte. Tatsächlich waren von 46 Delegierten am 20. März nur 34 anwesend, sechs fehlten entschuldigt; am 24. März waren nur 32 anwesend, von denen sieben durch Arbeit entschuldigt waren. Letztere dürften wahrscheinlich den Betriebszellen angehört haben. Die anderen fehlten unentschuldigt. Wären alle Delegierten anwesend gewesen, dann hätten die Betriebszellen mindestens 25 bzw. 24 Delegierte gestellt, wenn nicht sogar alle fehlenden Delegierten. So oder so war dieses Delegiertensystem undemokratisch. Denn jede der 17 Betriebszellen stellte mindestens

¹²⁰³ Bericht über die Stadtdelegiertenkonferenz Bochum, [Bochum März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 35.

¹²⁰⁴ Bericht über die Stadtdelegiertenkonferenz Bochum, [Bochum März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 33 f.

einen Delegierten zur Stadtdelegiertenkonferenz, größere Betriebszellen auch mehrere. Wenn Betriebszellen wie Zeche *Hannibal* mit vier Mitgliedern, Zeche *Konstantin 1/2* mit drei, Zeche *Karolinenglück* mit drei, *Elsass-Werke* mit zwei, *Ruhrknappschaft* und *Chemische Industrie* mit je fünf, Metallwerk *Möninghoff* mit vier KPD-Mitgliedern jeweils einen Delegierten zur Stadtdelegiertenkonferenz stellten, so verzerrte die Betriebszellenorganisation die Organisationsstruktur der KPD und verfälschte letztendlich den Mitgliederwillen.

Die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet griff auch direkt in die Zusammensetzung der Unterbezirksleitungen ein: Die UB-Leitung Dortmund-Hamm, vorübergehend ein einziger Unterbezirk, wurde auf Beschluss der KPD-BL Ruhrgebiet im April 1926 um drei Betriebsarbeiter erweitert, da sie überwiegend aus Erwerbslosen zusammengesetzt war¹²⁰⁵.

Im Unterbezirk Dortmund der KPD gab es zwar Ende 1925 Zellen in den wichtigsten Betrieben wie bei *Hoesch*, Dortmunder Union, Zeche *Kaiserstuhl* I und II, aber die planmäßige Umstellung auf Betriebs- und Straßenzellen erfolgte erst ab März 1926. Zu diesem Zeitpunkt waren die ca. 600 Mitglieder (von denen nur 265 kassiert wurden) in elf Zellengruppen eingeteilt. Der Plan zur *Reorganisation* sah für die KPD Dortmund vor, die Versammlungen der Zellengruppen, die faktisch Versammlungen der KPD-Mitglieder im Stadtteil waren, durch Treffen der Zellen zu ersetzen. Der Einteilung in Betriebszellen stand entgegen, dass von den 600 Dortmunder KPD-Mitgliedern ca. 75 Prozent, d. h. 450 Mitglieder, erwerbslos waren. Nur 150 Mitglieder verteilten sich theoretisch auf die Betriebszellen. Das tat aber der von oben verordneten *Reorganisation* keinen Abbruch. Schwierig war es, Betriebszellen überhaupt zu bilden. So arbeitete im Haupt- und Südbahnhof je eine Betriebszelle mit jeweils zwei KPD-Mitgliedern. Unter den Arbeitern der acht Großbrauereien befand sich kein einziges KPD-Mitglied. Ein Bericht bewertete die Verankerung der KPD in den Betrieben als „äußerst schwach“. Tatsächlich stützte sich die *Reorganisation*, die die Dominanz der Betriebszellen proklamierte, in Dortmund auf die kleine Minderheit von 94 KPD-Mitgliedern in fünf Großbetrieben, d. h. auf 15 Prozent der Mitgliedschaft. Die große Mehrheit der KPD-Mitglieder war in einer der 16 Straßenzellen organisiert¹²⁰⁶. Udemokratischer konnte ein Organisationsmodell nicht sein, wenn schon zwei Betriebszellen mit jeweils zwei Mitgliedern je einen Delegierten zu den örtlichen Konferenzen schickten. Die BL des Ruhrbezirks der KPD berichtete, dass im Unterbezirks Dortmund die Straßenzellen nicht politisch arbeiteten, dort die Schwan- Opposition bestimmend sei und nur bei Delegiertenwahlen aktiv würde. Stattdessen würden Zellengruppenmitgliederversammlungen stattfinden. Die Straßenzellen wären zu

¹²⁰⁵ Die Bezirksleitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung am 12. April 1926, [Essen] 15.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 13.

¹²⁰⁶ Kerff, Der Stand der Reorganisation im Unterbezirk Dortmund, o. O. [März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 25 f.

groß und müssten weiter geteilt werden. Hier zeigte sich eine Tendenz, die auch in anderen KPD-Bezirken zu beobachten war. Weil die Betriebszellen oft von der Mitgliedschaft abgelehnt wurden, wurden die Zellengruppenmitgliederversammlungen als Ortsgruppenersatz angesehen und gut besucht¹²⁰⁷. Die überwiegende Organisation in Straßenzellen stellte für die Bekämpfung der linkskommunistischen Opposition in Dortmund durch die KPD-Bezirksleitung ein ernstes Hindernis dar, während diese Strukturen für die oppositionellen linken Kommunisten eine gute Basis abgaben. Wie die Beispiele Bochum und besonders Dortmund zeigen, war die Umstellung der KPD auf die Betriebszellenorganisation auf die Entscheidungsgewalt der Minderheit der Betriebsarbeiter angelegt.

KPD-Mitglieder in Betriebszellen 1925 im Ruhrgebiet (200 Zechen + 36 Metall-Betriebe über 1.000 Personen)¹²⁰⁸			
Datum	Betriebe (Ende 1924)	Mitglieder Betriebszellen	Ruhr Mitglieder
1925/Januar	113	3.470 ¹²⁰⁹	11.000 ¹²¹⁰
1925/Juli	122	3.282 ¹²¹¹	(19.655) ¹²¹²
1925/Okttober	93	2.359 ¹²¹³	6.000 ¹²¹⁴

Auch wenn die Zahl von 19.655 Mitgliedern für April 1925 völlig übertrieben war und die für September 1925 nicht bekannt ist, aber schätzungsweise zwischen 11.000 und 6.000 gelegen haben dürfte, so wird 1925 nur gut ein Drittel der Mitglieder im KPD-Bezirk Ruhrgebiet den Betriebszellen angehört haben. Die Mehrheit der KPD-Mitglieder war erwerbslos, was nur die Kehrseite der geringen Beschäftigung von Kommunisten in Großbetrieben war. Als die linken Kommunisten im März 1924 die Leitung der KPD-Ruhr übernommen hatten, waren 70 Prozent der Mitglieder erwerbslos gewesen¹²¹⁵. Unter diesen Umständen konnte zwar versucht werden, die 30 Prozent der Mitgliedschaft, die noch in Betrieben arbeiteten, in Betriebszellen zusammenzufassen. Aber die Auflösung der Wohngebietsorganisationen und Umstellung der Organisation auf Betriebszellen musste eine völlig unproportionierte Organisationsform ergeben, die für die Mehrheit der

¹²⁰⁷ [Leipzig; Ruhr], o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 32 f.

¹²⁰⁸ Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen Dezember 1924], SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 15.

¹²⁰⁹ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 51.

¹²¹⁰ Ende 1924, vgl. Weber, Wandlung, S. 374.

¹²¹¹ Bezirk Ruhrgebiet Orbüro, An die Zentrale Orbüro Abtlg. Zelle, Bericht über den Bestand der Betriebszellen im Ruhrgebiet, Essen 5.6.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 55.

¹²¹² Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 53.

¹²¹³ [Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet], Stand der Reorganisation im Ruhrgebiet, Essen 21.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 68.

¹²¹⁴ Bis Mitte 1926 soll der Bezirk auf 7.000 Mitglieder zurückgegangen sein, vgl. Weber, Wandlung, S. 374.

¹²¹⁵ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Orgbüro Tgb. Nr. 1191, Essen 23.5.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 51.

erwerbslosen Mitglieder nicht geeignet war. Zwischen Januar 1923 und September 1925 wurden im Ruhrgebiet über fünfzig Betriebe stillgelegt und 60.000 Arbeitsplätze vernichtet. Viele KPD-Mitglieder waren entlassen worden. 1926 musste die BL unter Wilhelm Florin im Rechenschaftsbericht zum Bezirksparteitag Ruhr vom 27./28. März rückblickend konstatieren: „Die Parteimitgliedschaft ist zum größten Teil erwerbslos“. Das besage, dass „wir mehr oder weniger eine Erwerbslosenpartei sind“, während das Zentrum und die SPD die Parteien der Beschäftigten seien¹²¹⁶. Von den Massenentlassungen seien in erster Linie KPD-Mitglieder und sympathisierende Arbeiter betroffen. Den Unternehmern gelänge es, manche Betriebe vollkommen von revolutionären Elementen zu säubern. Großbetriebe mit 2.000 bis 3.000 Arbeitern, in welchen es keine KPD-Mitglieder gab, waren nach dem Eingeständnis der BL Ruhr keine Seltenheit¹²¹⁷. Wenn also die Leitungen der KPD vom Stadtteil bis zum Bezirk mehrheitlich aus Mitgliedern der Betriebszellen zusammengesetzt werden sollten, dann wurde damit eine Minderheit der Mitglieder zur im wahrsten Sinne des Wortes entscheidenden Schicht in der Partei erkoren. Das war auch deshalb fragwürdig, weil die KPD im Ruhrgebiet zu ca. 95 Prozent aus Arbeitern bestand. Es wurden also nicht nur eine Minderheit der Betriebsarbeiter über die Mehrheit der Erwerbslosen, sondern Arbeiter über Arbeiter gestellt¹²¹⁸. Die Partei der Arbeiterklasse teilte ihre Arbeitermitglieder in zwei Klassen ein.

Anfang 1927 war die KPD-Ruhr so weit auf Betriebszellen umgestellt, dass von den Delegierten zum Bezirksparteitag am 5./6.2.1927 bereits 62 Delegierte in Betriebszellen und 58 Delegierte in Straßenzellen gewählt worden waren¹²¹⁹. Lt. einer von Eumann ausgewerteten KPD-internen Befragung im Rahmen der sog. *Reichskontrolle* waren 1927 von 8.262 Mitgliedern im Bezirk Ruhrgebiet 54,28 % im Betrieb tätig (= 4.484 Mitglieder), von denen 62,95 % (= 2.822 Mitglieder) in Großbetrieben mit über eintausend Beschäftigten arbeiteten. Das wäre 34,15 % der Mitgliedschaft der Ruhr-KPD gewesen¹²²⁰, also gut ein Drittel. An anderer Stelle gibt Eumann als Ergebnis der *Reichskontrolle* von 1927 die Zahl der Kommunisten in Betrieben des Ruhrgebiets mit 52,42 % (= 4.330 Mitglieder) an¹²²¹. Allerdings dürfte die Zahl der offiziell ausgewiesenen Betriebszellen und der darin organisierten KPD-Mitglieder erheblich höher gewesen sein als die tatsächliche Zahl der Betriebszellen¹²²². Arbeitete 1927 die Mehrheit der Mitglieder im KPD-Bezirk Ruhrgebiet in einem Betrieb, so handelte es sich dabei nur zum geringen Teil

¹²¹⁶ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen 14.3.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 38 f.

¹²¹⁷ Bezirksleitung Ruhrgebiet. Abtlg. Gewerkschaften, Bericht der Abteilung Gewerkschaften, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/3/18-19/1, Bl. 48.

¹²¹⁸ [Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet], Stand der Reorganisation im Ruhrgebiet, Essen 21.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 68.

¹²¹⁹ Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 1.

¹²²⁰ Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 62 und S. 72.

¹²²¹ Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 74.

um Großbetriebe. Die Mehrheit der Kommunisten schaffte in kleinen und mittleren Betrieben, wo sie dem Druck des Kapitaleigners und der Vorgesetzten mehr als in Großbetrieben ausgesetzt waren.

Ende 1924 hatte die KPD-Bezirksleitung Ruhr in ihrer Debatte über die anstehenden Betriebsrätewahlen festgestellt, dass die „besten Genossen“ außerhalb der Betriebe ständen, da die vorangegangenen Streiks zur Entlassung vieler Kommunisten geführt hatten. Dies wirke auf die wenigen in den Betrieben verbliebenen KPD-Mitglieder zurück, die sich politisch schwach fühlten. Aus Angst, selbst auf die Straße zu fliegen, trauten sie sich weder Betriebsversammlungen einzuberufen, noch zum Betriebsrat zu kandidieren¹²²³. Anfang 1925 konnten sich auf einem der Thyssenschächte mit 3.600 Beschäftigten die 49 KPD-Mitglieder der Betriebszelle nur schwer mit der Zellenarbeit anfreunden, u. a. weil sie fürchteten, sich „zuviel Gefahren im Betrieb bei kommunistischer Arbeit“ auszusetzen¹²²⁴. Auf einer Sitzung der KPD-Zelle der Zeche *Graf-Beust* wurde Ende 1925 diskutiert, dass nach dem Erscheinen der letzten KPD-Betriebszeitung mit Berichten über die Zustände auf der Zeche einige bekannte KPD-Mitglieder auf isolierte Arbeitsplätze versetzt worden waren, wo sie nicht auf ihren bisherigen Stundenlohn kamen. Dort wurden sie auf Schritt und Tritt von Vorgesetzten beobachtet¹²²⁵. 1926 berichtete die Organisations-Abteilung des ZK von der „Angst und Unbeholfenheit“ eines Teils der Betriebsarbeiter bei der „komplizierten und gefährlichen Kleinarbeit im Betrieb“. Einige Kommunisten träten lieber aus der Partei aus, als in einer Betriebszelle erfasst zu werden. In Hamburg kritisierten Betriebsarbeiter die Unmöglichkeit wirklich kommunistischer Betriebsarbeit, ohne entlassen zu werden. In Großbetrieben wie *Deutsche Werft* und den *Reichhardt-Werken* würde Spitzel die Kommunisten anschwärzen, die die Betriebszeitungen weitergäben, was zu einer Reihe von Entlassungen geführt habe. Die Mehrheit der Mitglieder der zwanzigköpfigen GEG-Zelle sei nach Veröffentlichungen in der Betriebszeitung entlassen worden. Die restlichen Sieben sperrten sich selbst unter Androhung organisatorischer Maßnahmen, weiterhin eine Betriebszeitung zu veröffentlichen. In Eisenberg/Thüringen weigerte sich die 250 Mitglieder starke KPD ihre Organisation auf Betriebszellen umzustellen, da die besten Funktionäre schon erwerbslos seien und die restlichen Mitglieder in Betrieben gehalten werden müssten. In Hannover beteiligten sich die Kommunisten ungern an der Betriebsarbeit aus Angst vor Entlassungen. In Düsseldorf wiesen Mitglieder darauf hin, dass selbst illegale Betriebsarbeit unmöglich sei, da dabei jeder in kürzester Zeit entlassen werde. Auch im Ruhrgebiet war Ende 1926 in

¹²²² Vgl. Kühr, Parteien und Wahlen, S. 135.

¹²²³ Bezirksausschuss des Bezirks Ruhr-Gebiet, [Essen] 29.12.1924, SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 18 f.

¹²²⁴ Werte Genossen!, Hamborn 21.2.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/20, Bl. 41.

¹²²⁵ An die Parteileitung. Sitzungsbericht der Zelle Graf-Beust, Essen 13.12.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 79.

einigen Ortsgruppen noch nicht auf Betriebszellen umgestellt worden, weil „die Genossen gegen die Betriebszellen sind, weil sie befürchten, aus den Betrieben herauszufliegen“¹²²⁶. Noch im August 1928 gab es in einer Versammlung der KPD Essen Proteste gegen die Umstellung auf Betriebszellen, weil sie in der Praxis zur Entlassung von Kommunisten führe¹²²⁷. In sächsischen Fabriken verzichteten Kommunisten auf politische Arbeit aus Angst, aus ihrer Gewerkschaft ausgeschlossen zu werden¹²²⁸. Mit anderen Worten: Viele aus der Minderheit der KPD-Mitglieder im Ruhrgebiet, die in Betrieben arbeiteten, lebten in ständiger Furcht vor der Entlassung. Es handelte sich bei ihnen keineswegs um die revolutionäre Avantgarde der Arbeiterklasse oder wenigstens der KPD, sondern um den zurückhaltendsten, angepassten und vorsichtigsten Teil der Mitgliedschaft der KPD, der zudem überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben beschäftigt war. Sie warteten nicht darauf, den nächsten Streik loszutreten, sondern wollten beim nächsten Streik nicht auf die Straße fliegen. Auf diese Schicht stützte sich die Parteiführung Thälmann-Meyer/Ewert im Kampf gegen die linke Opposition in der KPD. Der Block der linkskommunistischen Thälmann-Fraktion und der der moderaten Kommunisten um Meyer/Ewert war in der Gesamt-KPD für die Umstellung auf Betriebszellen verantwortlich, wie im Ruhrgebiet der Block der linkskommunistischen Fraktion um Florin mit der Fraktion der moderaten Kommunisten um Adolf Ende. Zu meinen, „das grundsätzliche Herangehen“ der moderaten Kommunisten „war geprägt von dem Bestreben, politische Konflikte politisch und nicht organisatorisch zu lösen“¹²²⁹, ignoriert die Umstellung der KPD-Struktur auf Betriebszellen und die Mitverantwortung der moderaten Kommunisten dafür.

Die Zahlenverhältnisse an Rhein und Ruhr – auch wenn sie nicht alle Großbetriebe erfassen – veranschaulichen einen grundlegenden Widerspruch der Umstellung der Organisationsstruktur der KPD auf Betriebszellen: Wenn die Kommunisten in den Großbetrieben in den Jahren der Umstellung 1925 und 1926 nur einen Prozentsatz zwischen 10 und 30 Prozent der KPD-Gesamtmitgliedschaft im Ruhrgebiet stellten, dann wurde die Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen absurd – oder sie diente anderen Zwecken. Der radikal linke Kommunist Kötter aus dem Parteibezirk Berlin-Wedding stellte 1927 auf dem Essener Parteitag die Gründe für die *Reorganisation* dar, dabei den Spitzenfunktionär Pfeiffer zitierend:

¹²²⁶ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, [Berlin November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 73 f.

¹²²⁷ Kühr, Parteien und Wahlen, S. 127 f.

¹²²⁸ LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 219.

¹²²⁹ Wilde, Ernst Meyer, S. 301. An anderer Stelle schreibt Wilde über Ernst Meyer: „In allen Phasen der KPD-Geschichte trat er – oft vehement – dafür ein, politische Konflikte politisch, durch breite Diskussion und Überzeugung zu lösen“, vgl. ebd., S. 627.

„Die Erwerbslosen, wenn sie längere Zeit erwerbslos sind, sind infolge ihrer wirtschaftlichen Lage revolutionärer gestimmt als die Arbeiter in den Betrieben. Der passivere Teil der Arbeiterklasse in der jetzigen Situation ist im Betriebe. Viele Arbeiter fürchten, durch ihre politische Arbeit aus dem Betrieb herauszufliegen. Wenn die Erwerbslosen in den Straßenzellen organisiert sind, so fördert das die ultralinken Stimmungen in der Partei (...)“¹²³⁰.

Die Umstellung der KPD auf Betriebszellen, die die Minderheit der Betriebsarbeiter zur Entscheidungsbasis für die Parteiführung der KPD um Thälmann/Dengel-Meyer/Ewert machte, bedeutete, sich auf die ängstlichsten und vorsichtigsten Elemente in der Partei zu stützen. Sie standen nun im Mittelpunkt des Organisationslebens und verdrängten die radikaleren Erwerbslosen. Die gezielte Absicht hinter der organisatorischen Bolschewisierung war es, linkskommunistische Oppositionelle auszuschalten. Das wurde offen ausgesprochen. Es war die Schicht der angepassten Minderheit der Betriebsarbeiter innerhalb der KPD, die 1925-1926 die Stütze für den Wechsel der KPD von einer linkskommunistischen zu einer moderaten kommunistischen Politik abgab und die Säuberung von (radikal) linken oppositionellen Kommunisten mittrug.

Durch die ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft in kleine und kleinste (Betriebs)zellen wurde eine Veränderung der KPD auf demokratischem Wege, wie sie Anfang 1924 – entgegen dem Willen der Komintern-Führung – stattgefunden hatte, erheblich erschwert. Die Parteiführung konnte von der Basis kaum noch abgesetzt werden. Die KPD war durch das Betriebszellensystem ab Mitte der 1920er Jahre zu einer nur noch schwer reformierbaren Partei geworden. Nur wer die Umstellung auf Betriebszellen übersieht, kann wie Wilde von einer „deutlichen Belebung der zuvor erstarrten Parteidemokratie“ durch den *Offenen Brief* schreiben¹²³¹.

4.4 Erste Kritik an der Organisationsreform

So unzureichend die Arbeit der kommunistischen Zellen in den Betrieben war, so gelungen war der Umbau der internen Struktur der KPD durch die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation. Das sollte für die politische Willensbildung innerhalb der KPD weitreichende Konsequenzen haben. Zu den verheerendsten Folgen der Umstellung gehörte die Fragmentierung des revolutionären Bewusstseins. Schon 1904 war von Leo Trotzki in der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* das Problem der Fragmentierung des

¹²³⁰ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 82.

¹²³¹ Wilde, Ernst Meyer, S. 432.

revolutionären Bewusstseins durch die von Lenin in seiner Broschüre „was tun?“ geforderte weitgehende Arbeitsteilung im Parteaufbau aufgeworfen worden:

„Jenes Denken, welches das technische Prinzip der Arbeitsteilung zum Prinzip der sozialdemokratischen Organisation befördert, gelangt bewußt oder unbewußt zu der letzten unvermeidlichen Konsequenz: zur Trennung von Bewusstsein und Ausführung, zur Trennung des sozialdemokratischen Denkens von den technischen Funktionen, mittels derer es sich notwendigerweise realisieren muß. Die <Organisation der Berufsrevolutionäre>, genauer noch ihre Spitze, erscheint als das Zentrum sozialdemokratischen Bewusstseins, und unterhalb dieses Zentrums befinden sich die disziplinierten Exekutoren technischer Funktionen“¹²³².

Trotsky warf Lenin vor, sich erst gar nicht die Aufgabe zu stellen,

„wie die schwerfälligen Seiten der Arbeitsteilung durch die Einbeziehung jedes Mitarbeiters in die ganzheitliche parteipolitische Arbeit wettzumachen seien – nein, er stellt der Armee der splitterhaften <Beauftragten>, den zentralen Stab gegenüber (...)“

um im Ergebnis nicht eine Partei, sondern eine „<sozialdemokratische> Manufaktur“ aufzubauen¹²³³. Bildeten die schwierigen Bedingungen der Illegalität die Grundlage für Lenins Vorschläge zum Parteaufbau, so konnte spätestens seit der Oktoberrevolution der Organisationsaufbau der Kommunistischen Partei in der Sowjetunion modifiziert bzw. reformiert werden. Doch an der Struktur der Partei änderte sich nichts. Sie wurde von einer sog. alten bolschewistischen Garde geleitet, der schmalen Schicht jener Mitglieder, die schon vor 1917 in der SDAPR auf dem bolschewistischen Flügel tätig gewesen waren. Sie alle waren im Sinne der leninschen Arbeitsteilung geprägt worden. Dass ausgerechnet der Organisator Stalin zu einem Sprecher dieser Funktionärsschicht aufstieg, war mehr als ein Zufall, auch wenn er sich später in den Repräsentanten der Partei- und Staatsbürokratie verwandelte, der die *alte Garde* weitgehend liquidieren ließ. Ersetzt man die Bezeichnung sozialdemokratisch durch revolutionär, war auch die Betriebszellenorganisation der KPD nach dem leninschen Schema weitestgehender Arbeitsteilung aufgebaut, in der viele kleine, mittlere und hohe Funktionäre spezialisierte Funktionen ausübten.

Die Umstellung der KPD von der Wohngebietsorganisation auf Betriebs- und Straßenzellen musste die Fragmentierung des Bewusstseins erheblich verstärken. Die „praktische Betriebsarbeit“ drehte sich um „Betriebsangelegenheiten“, „Nöte der

¹²³² Trotsky, Leo, Unsere Politischen Aufgaben, o. O. 1904, in: Mehringer, Hartmut (Hrsg.), Schriften zur revolutionären Organisation, (Grassi, Ernesto, Texte des Sozialismus und Anarchismus, Philosophie der Neuzeit, Politik und Gesellschaft, Bd. 19), Hamburg 1970, S. 81.

¹²³³ Ebd., S. 81.

Belegschaft“ und um die Frage, wie das Vertrauen der Belegschaft und der Betriebsrat zu erobern sei¹²³⁴. Die Enge des betrieblichen Gesichtsfeldes, die unmittelbar dort im Vordergrund stehenden Probleme Erbringung der täglichen Arbeitsleistung, Lohn, Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Unfallgefahr, Verpflegung, soziale Leistungen usw. ließen die allgemeinen politischen Diskussionen in den Hintergrund treten, zumal in kleinen Strukturen stets die organisatorischen Fragen drohten, die politische Diskussion einzuschränken oder ganz zu verdrängen. Durch lange Arbeits-, Wegezeiten und Schichtarbeit hatten die Betriebsarbeiter nicht nur viel weniger Zeit für politische Aktivitäten, für die Organisationsarbeit und für Diskussionsabende als die Erwerbslosen. Sie neigten auch zu anderen Debatten als über die revolutionäre Strategie in England oder China oder darüber, ob die Errichtung einer klassenlosen, sozialistischen Gesellschaft in der isolierten Sowjetunion möglich sei. Mit der Umstellung der Organisation von Wohngebietsorganisationen auf Betriebszellen war eine Entpolitisierung der Diskussionen in der KPD verbunden. Die bedeutenden politischen Debatten und Entscheidungen überließen die kommunistischen Betriebsarbeiter der Parteihierarchie.

Die Problematik der Fragmentierung des revolutionären Bewusstseins brachte aber nicht Leo Trotzki in die Debatten der Kommunistischen Internationale über die Umstellung auf Betriebszellen ein, sondern der damalige Leiter der *Kommunistischen Partei Italiens*, Amadeo Bordiga. Er erklärte, dass die Betriebszellenorganisation außerhalb Russlands Nachteile mit sich bringe, weil die in der Zelle organisierten Arbeiter niemals in der Lage wären, alle politischen Fragen zu erörtern. In einem kapitalistischen Lande hätten kleine enge Betriebszellen keine Möglichkeit, sich allgemeinen Problemen zu stellen und die unmittelbaren Forderungen mit dem Endziel des Kommunismus zu verknüpfen. In den Betriebszellen könnten wohl unmittelbare Forderungen erörtert werden. Man fände dort aber kaum eine Basis für eine Diskussion über allgemeine Probleme, die die gesamte Arbeiterklasse betreffen¹²³⁵. Heer-Kleinert sieht eine ähnliche Einengung:

„Die Betriebszellen waren unter den schwierigen Bedingungen in den Betrieben kaum in der Lage zu politischen Entscheidungen. Sie konnten allenfalls die Beschlüsse des ZK und des EKKI zur Kenntnis nehmen (...). Außerdem mußte die Verengung einer Grundorganisation auf den Bereich der Produktion zwangsläufig zu einer stärkeren Fixierung an den ökonomischen Kampf führen (...)“¹²³⁶.

¹²³⁴ Berve, Hubert, Keine Phrasendrescher als Referenten in die Zellsitzungen, in: Der Parteiarbeiter, 4. Jg, Nr. 1, [Berlin] Januar 1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 282.

¹²³⁵ Bordiga, Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll Erweiterte Exekutive der Kommunistischen Internationale, Moskau 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 128.

¹²³⁶ Heer-Kleinert, Gewerkschaftspolitik der KPD, S. 327.

Als die Auflösung der Wohngebietsorganisation und ihre Ersetzung durch Betriebs- und Straßenzellen zum ersten Mal als Aufgabe gestellt wurde, war sie keineswegs von den Linkskommunisten in der KPD abgelehnt worden. Als der moderate kommunistische Organisator Walter Ulbricht am 19. Februar 1924 im Zentralausschuss der KPD ausführte, dass die Revolution „organisiert“ und deshalb die KPD innerhalb von zwei Monaten auf Betriebszellen umgestellt werden müsse, wandte er sich gegen Kritik, die die Umstellung auf Betriebszellen als „mechanische Anwendung des russischen Organisationsprinzips“ bezeichnete. Ulbricht brachte diese Ablehnung mit der „Linken Opposition“ in Zusammenhang, worauf ihm Werner Scholem in der Debatte widersprach¹²³⁷. Scholem war als zentraler Organisationssekretär der KPD und danach für den Aufbau einer Betriebszellenorganisation, für die Auflösung der Wohngebietsorganisation, aber auch für den Aufbau einer Wohnarbeitsgruppe eingetreten, in der Kommunisten nach Feierabend die notwendige Arbeit im Stadtviertel leisten sollten. Ebenfalls sprach er sich für die Beibehaltung der Funktionärsversammlungen ein, auf denen alle aktiven Parteiarbeiter gemeinsam diskutieren sollten. Scholem war im Sommer 1925 dagegen, dass die Funktionärsversammlung aufgelöst und durch eine Delegiertenversammlung ersetzt werden sollte¹²³⁸. Im Herbst 1925 verlangte Scholem bei der Wahl zur Großberliner Delegiertenkonferenz vergeblich, dass die Berliner Delegierten in den reorganisierten Wohnbezirken statt in den Zellengruppen gewählt werden sollten¹²³⁹. Er allein hatte Ende 1925 im ZK der KPD gegen das Verfahren gestimmt, in den Zellengruppenversammlungen die Delegierten zum KPD-Bezirksparteitag Berlin-Brandenburg und für die Stadtbezirksversammlungen zu wählen¹²⁴⁰.

Erst allmählich kam die linke Opposition dahinter, welche innerparteiliche Funktion die Umstellung der KPD auf Betriebszellen hatte. In der KPD mehrten sich die politischen Widerstände gegen die Auflösung der Wohngebietsorganisationen und ihre Ersetzung durch Betriebs- und Straßenzellen. Als die Wahl der Delegierten zur 1. Parteiarbeiterkonferenz im Oktober 1925 in den Partei-Betriebszellen stattfand¹²⁴¹, legte die radikal linke Opposition dar, dass ihr aufgrund der Mehrheit in sechs und starker Minderheiten in zwei Berliner Bezirken neun von achtundzwanzig Delegierten zugestanden hätten. Da aber nicht in zwanzig Mitgliederversammlung, sondern in achtzig Zellengruppenversammlungen am gleichen Tag gewählt worden war, hätte die Opposition nur in einem Drittel der Versammlungen Korreferenten stellen können. Außerdem sei nicht

¹²³⁷ Zusammenstellung der Parteikonferenzen, in: Sitzung des Zentralausschusses der KPD vom 19. Februar 1924, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/20, Bl. 49 f.

¹²³⁸ Scholem, Werner, Zur Organisationsfrage. Einige noch ungelöste organisatorische Fragen, in: Die Internationale, 8. Jg., Sonderheft, Berlin 1925, S. 63 f.

¹²³⁹ (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, (Rede) Dahlem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 55 f.

¹²⁴⁰ H.P. [Hans Pfeiffer], Das Berliner Beispiel, in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg., Nr. 2, [Berlin] November 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 217.

nach der Zahl der abgerechneten, sondern nach der der anwesenden Mitglieder gewählt worden. So habe die Opposition nur drei von achtundzwanzig Delegierten durchsetzen können. Allein im Bezirk Westsachsen seien in jedem Bezirk und in jeder Zelle 'Für und Wider' der Positionen zu Wort gekommen¹²⁴². Die Umstellung von Wohngebietsgruppen auf Betriebs- und Straßenzellen stieß in der KPD ebenso auf scharfe Kritik wie der unterschiedliche Wahlmodus für Betriebs- und Straßenzellen. In Hamburg kritisierten kommunistische Bauarbeiter und Erwerbslose, dass mit der *Reorganisation* die politischen Diskussionen in der breiten Masse der Mitgliedschaft unterbunden und die Erwerbslosen aus der Parteiarbeit ausgeschaltet würden. Die radikal linken Kommunisten leisteten dort heftigsten Widerstand gegen die *Reorganisation*¹²⁴³. Auch im KPD-Unterbezirk Düsseldorf war der Widerstand der Linkskommunisten gegen die Umstellung auf Betriebszellen spürbar. Der Versuch der Bezirksleitung Niederrhein eine Art doppeltes Stimmrecht einzuführen, um die radikale, linkskommunistische Mehrheit der KPD in Düsseldorf zu zerschlagen, indem in Betriebszellen bereits ab fünf Mitglieder ein Delegierter gewählt werden sollte, während der Delegiertenschlüssel in den Straßenzellen höher lag, scheiterte am heftigen Widerstand der Mitgliedschaft¹²⁴⁴. Dabei hatte der radikale Linkskommunist Peter Loquingen ursprünglich begeistert die Umstellung auf Betriebszellen begrüßt¹²⁴⁵.

Von der KPD-Führung wurde die Organisation in Betriebszellen als „Regulator gegen die 'Diskussion in Permanenz'“ bezeichnet. In der innerparteilichen Willensbildung müssten die Betriebsarbeiter den stärksten Einfluss haben, auch wenn sie nur ein Fünftel der Mitgliedschaft stellen würden¹²⁴⁶. Ende 1926 wies die Organisations-Abteilung des ZK darauf hin, dass die Straßenzellen zum Teil in der Hand der „Ultralinken“ seien und besonders sorgsam „bearbeitet werden“ müssten¹²⁴⁷. Die Abteilung ging auch auf den Vorwurf der 'Atomisierung' und der Unterbindung der Demokratie ein und schrieb:

„Der Hintergrund dieser Argumentation ist aber die Tatsache, dass die Ultralinken durch die Verlegung der Diskussion in die einzelnen Zellen das leichte Manövrieren in grossen Versammlungen unmöglich gemacht ist und sie auf ein Terrain gezwungen werden, wo die radikale Phrase durch die leicht durchführbare Kontrolle der

¹²⁴¹ Zimmermann, Leninbund, S. 21.

¹²⁴² Memorandum über die Vorbereitung der Reichskonferenz und die Wahl der Delegierten (Vorgelegt von den Genossen Scholem und Weber), in: (Protokoll der 1.) Reichskonferenz der KPD, (Berlin) 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 47 f.

¹²⁴³ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 59 f.

¹²⁴⁴ Zu den Fällen Scholem und Rosenberg, [Berlin] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 147.

¹²⁴⁵ Rote Tribüne, Hagen 10.10.1924, in: Stöcker, Rainer, Seid einig! Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung 1924-1933, Bd. 2, Essen 1985, S. 30.

¹²⁴⁶ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 134 f.

¹²⁴⁷ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 6.

praktischen Parteiarbeit der oppositionellen Genossen in ihrer Zelle auf ein Mindestmass reduziert wird“¹²⁴⁸.

Dies richtete sich gegen die exzellenten Redner der linkskommunistischen Opposition. Iwan Katz zog in Hannover mit seinen Reden Freund und Feind in den Bann¹²⁴⁹. Ruth Fischer verfügte über eine „ungewöhnliche rednerische Begabung“¹²⁵⁰. Im Ruhrgebiet war Wilhelm Schwan ein „populärer Redner“¹²⁵¹. Demgegenüber galt Ernst Thälmann als mäßiger Redner, der eher durch die Geste beeindruckte als durch das Wort¹²⁵², und durch Zwischenrufe oder unter Alkoholeinfluss schnell den Faden verlor¹²⁵³. Auch dem Polleiter des Ruhrgebiets, Wilhelm Florin, fiel es schwer, als KPD-Sprecher bei Auftritten zu glänzen. Als er am 27. Januar 1926 bei einer Demonstration gegen die Fürstenabfindung auf dem Republikplatz in Essen zu 5.000 Demonstranten reden wollte, konnten seine Worte nur in der nächsten Umgebung verstanden werden¹²⁵⁴. Die politische Polizei bescheinigte Florin ein „phlegmatisches Auftreten“¹²⁵⁵.

Als Hans Weber, der Sprecher der radikal linken *Weddinger Opposition*, im Herbst 1925 von der KPD-Zentrale ins Ruhrgebiet beordert wurde, um ihn vorübergehend aus Berlin zu entfernen, durfte er über die Aufgaben der Betriebszellen nur bei einer Untergruppe der Krupp-Betriebsgruppe in Essen vor ganzen sieben Personen referieren¹²⁵⁶. Dabei arbeiteten in den Essener Krupp-Werken, nimmt man den Stand von August 1924 als Anhaltspunkt, einige hundert KPD-Mitglieder, die nach dem Prinzip der Fünfer-Gruppe eingeteilt

¹²⁴⁸ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 73 f.

¹²⁴⁹ Reuter, Gerd, Politische Vorstellungen und soziale Zusammensetzung der KPD-Mitgliedschaft in Hannover zur Zeit der Weimarer Republik, Hannover 1982, S. 88 f.

¹²⁵⁰ Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Köln 1979, S. 82.

¹²⁵¹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 854.

¹²⁵² Das Hauptreferat auf der 1. Parteikonferenz der KPD leitete Thälmann wie folgt ein: „Genossen, wenn wir heute über die Entwicklung und das Wesen einer kommunistischen Partei Stellung nehmen und zu den ersten Fragen, die in diesem Zusammenhang stehen mit den ersten Aufgaben in der Entwicklung zwischen der ersten und zweiten Revolution und zu gleicher Zeit in Verbindung mit den Stufen jener Entwicklung im kapitalistischen Prozess, wo wir sehen, dass in den höchsten Stufen der Entwicklung, in einer Epoche des Imperialismus die Gegensätze kriegerischer, wirtschaftlicher und politischer Art so ungeheuerlich auseinander (platzen?), dass auch die Partei in ihrer Entwicklung in Form von Stufen und Etappen in sich selbst sich langsam entwickelt zu einer wirklich ernststen bolschewistischen Partei“, in: [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, (Rede) Thälmann, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 65. Das ganze Referat Thälmanns ist in diesem Ton gehalten und konnte auch nicht durch nachträglich eingefügte handschriftliche Änderungen der Protokollführung einen höheren Sinn erhalten. Anm. P.B.

¹²⁵³ So musste der Vorsitzende der 1. Parteikonferenz der KPD, Pieck, „an die Genossen der Linken das Ersuchen richten in Anbetracht des Zustandes, in dem sich der Genosse Thälmann befindet, sich diszipliniert zu benehmen“, [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, [Rede] Pieck, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/2/4, S. 296; Eindrücke des Emissärs Lominadze an Stalin von einer Kundgebung der KPD im Berliner Sportpalast, [Berlin] 11.4.1927, Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 169, S. 560; Was ist ein Vorsitzender wert, der nicht reden darf?, in: Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD.), Nr. 9, 20.4.1927, S. 8.

¹²⁵⁴ Polizeipräsident, An Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Telegraphische Verfügung vom 26.1.26 – C.B.II 568 – betreffend kommunistische Demonstrationen am 27.1.26, Essen 30.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 224.

¹²⁵⁵ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Wilhelm Florin RW 58/68386, Bl. 3.

¹²⁵⁶ Weber, Protokoll über Zellsitzung der Krupp A.G. Rheinhausen, o. O. 14.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 67.

waren¹²⁵⁷. Es wäre also möglich gewesen, Weber in Dutzenden dieser Untergruppen reden zu lassen. Das geschah bewusst nicht. In Essen war auch der Wohnsitz des Linksoptionellen Eugen Eppstein angemeldet, der seinen Posten als Leiter des KPD-Bezirk Nordwest bald verlieren sollte¹²⁵⁸. Eppstein, Reichstagsabgeordneter im Wahlbezirk Essen und ehemaliger Politischer Leiter der Ruhrgebiets-KPD galt als scharfzüngiger Redner. Um ihn seines Einflusses zu berauben, schlug die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet im April 1927 dem ZK der KPD vor, Eppstein einer Betriebszelle in Berlin zuzuweisen¹²⁵⁹. Dies lehnte das Sekretariat der KPD aus finanziellen Gründen ab, da Eppstein dann eine Familienzulage zustände. Der Wohnsitz von Eppstein sei Essen. Er sei dort in einer Zelle unterzubringen¹²⁶⁰.

Die 'Atomisierung' der KPD in kleine Betriebs- und Straßenzellen sollte sowohl verhindern, dass die linke Opposition in allen Zellen zu Wort kam, als auch, dass den Wortführern der linkskommunistischen Opposition in der Kommunistischen Partei ein größeres Auditorium geboten wurde. Sie führte dazu, dass die Vielzahl von Ansichten, die auf einer Mitgliederversammlung zur Sprache kamen, in der Betriebszelle stark eingeschränkt wurde und zur Meinungseinfalt führte. Das KPD-Mitglied der Zelle hatte weniger Möglichkeiten, sich ein Gesamtbild von einem politischen Problem zu machen und sein Bewusstsein zu erweitern. Die umfassende kritische Wissenschaft, die der Marxismus beanspruchte zu sein, war in der Betriebszelle eingeeengt wie der Geist in der Flasche.

In der ihm eigenen Wortwahl brachte im ZK der Sekretär des Bezirkes Ruhrgebiet, Wilhelm Florin, auf den Punkt, wie die politische Linie der ZK-Mehrheit durchgesetzt wurde, als er sich gegen Werner Scholems Ansicht wandte, dass Fraktionen erlaubt sein müssten:

„(...) diese Genossen, die in diesem ZK gesessen haben, haben eine Meinung durchgesetzt ohne Fraktion, gegen Dich und Ruth Fischer und das ist die der Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen. Also Genossen, hier haben wir ein Beispiel, wo ohne Fraktionsmacherei eine Meinung sich durchsetzt“¹²⁶¹.

¹²⁵⁷ An die Bezirks- und Unterbezirksleitungen (Abschrift), o. O. 4.8.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 233 f.

¹²⁵⁸ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Eugen Eppstein RW 58/27660, Bl. 3 f.

¹²⁵⁹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 229; Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD, An das Z.K. der K.P.D., Essen 14.4.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/30, Bl. 156.

¹²⁶⁰ Zentralkomitee der KPD. Sekretariat, BL Ruhrgebiet, Berlin 27.4.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 623. Eppstein war von 1916 – 1927 durchgehend in Essen gemeldet, vgl. Adressbuch für Essen und Umgebung 1916, Essen 1916; Adressbuch für Essen 1917 bis 1926, Bd. 1, Essen 1917 bis 1926; Essener Adressbuch 1927 bis 1928, Bd. 1, Essen 1927 bis 1928, Haus der Geschichte, Essen.

¹²⁶¹ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin [5.11.1926] S. 116-119, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, Bl. 63.

Noch Anfang 1926 stand die radikal linke *Weddinger Opposition* hinter die Umstellung auf die Betriebszellenstruktur¹²⁶². Einige Monate später analysierten die radikal linken Kommunisten der Fraktion um Korsch/Schwarz die Umstellung der KPD auf Betriebszellen, die sie neben dem ideologischen Terror in der KPD und der Herrschaft eines nicht mehr absetzbaren Beamten-Apparats über die KPD als drittes Element eines „Belagerungszustandes“ innerhalb der Partei erkannten¹²⁶³. Sie wehrten sich „mit großer Heftigkeit gegen die Atomisierung der Partei in Zellen“¹²⁶⁴. Für die *Entschiedene Linke* (die Fraktion um Korsch/Schwarz) waren die „vollständige Unterdrückung der Parteidemokratie“ und die „Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen“ zwei Seiten einer Medaille. Auf dem Groß-Berliner Bezirksparteitag vom 3.7.1926 forderte die *Entschiedene Linke* in einer Resolution die „sofortige Einstellung der Reorganisation der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen“. Stattdessen plädierte sie für die Beibehaltung der Wohngebietsstruktur, die durch Betriebszellen und kommunistische Fraktionen in Massenorganisationen zu ergänzen seien¹²⁶⁵. Die Kritik verbreitete sich. Mitte 1926 wandten sich auf dem KPD-Bezirksparteitag Niederrhein linke und radikal linke Kommunisten gemeinsam in einer *Düsseldorfer Resolution* gegen „die Ausschaltung jeglichen Einflusses der Mitgliedschaft auf die Politik der Partei durch die sogenannte 'Reorganisation' der Partei auf der Grundlage der Betriebszellen“. Dieser Passus enthielt die Kritik der radikal linken Kommunisten. Die Resolution wurde mehrheitlich gegen einundzwanzig Stimmen abgelehnt¹²⁶⁶. Das gemeinsame Vorgehen von radikal linken und linken Kommunisten im KPD-Bezirk Niederrhein war ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur *Erklärung der Siebenhundert*.

Auch die radikal linke Fraktion der *Weddinger Opposition* lehnte mittlerweile die Umstellung der Organisationsstruktur von der Wohngebietsorganisation auf Betriebs- und

¹²⁶² Engel (Berlin), Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 107.

¹²⁶³ [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 2 f, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

¹²⁶⁴ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, o. O. November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 75.

¹²⁶⁵ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 82.; Aus der Erklärung der Entschiedenen Linken zum Bericht der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Berlin o. D., in: Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 16, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

¹²⁶⁶ Resolution zur Lage in der Partei und in der Komintern (Düsseldorfer Resolution), in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 6, Berlin Anfang Juni 1926, S. 6, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560; Eumann stellt zwar fest, dass die Umstellung auf die Betriebsstellenstruktur undemokratisch war und beschreibt auch eine Reihe undemokratischer Maßnahmen, die über Statutenänderungen eingeführt wurden, übersieht aber, dass diese Änderung im Organisationsaufbau der KPD den politischen Zweck verfolgte, die oppositionelle Linke auszuschalten, vgl. Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 104. Es handelt sich bei den organisatorischen Veränderungen in der KPD im Zuge der Bolschewisierung auch nicht bloß um eine „durchgreifende Umorganisation der Parteispitze“ wie Zimmermann meint, vgl. Zimmermann, Leninbund, S. 18 f.

Straßenzellen ab. Erheblich später als die Korsch/Schwarz-Fraktion erkannten die linken Kommunisten die Gefährlichkeit der Umstellung auf Betriebszellen für die innerparteiliche Demokratie. Durch die Einführung einer falschen Organisationsform sei ein großer Teil der bisherigen Mitgliedschaft inaktiv geworden. Unpolitische Organisatoren würden diese „irrsinnige Karikatur“ einer Zellenorganisation für „Bolschewismus“ halten. Die Mitglieder würden zu Einsiedlern gemacht, lebendige Parteizellen zu Isolierzellen. Das Ganze sei zum Verderben der KPD und zur Unterstützung des Stalinismus aufgezogen. Damit würden in Berlin eintausend Parteiangestellte 13.000 KPD-Mitglieder beherrschen¹²⁶⁷. Zwar fiel ihre Kritik in der Sache ähnlich aus wie die der radikal linken Kommunisten, wenn in Frage gestellt wurde, die Diskussion vor dem 11. Parteitag „in die Atome von Zellen“ zu verlegen, statt in „großen Mitgliederversammlungen“ zu führen, und die Zellen durch Zuteilung von Parteiangestellten zu majorisieren. Aber die linken Kommunisten sahen darin nur einen „Mißbrauch der Zellenorganisation“, die ja einst unter ihrer Leitung der KPD aufgebaut werden sollte. Gefordert wurde, die Entscheidungen in Mitgliederversammlungen zurückzuverlegen¹²⁶⁸, während die radikal linken Kommunisten längst die Beseitigung des ganzen „Systems“ der Einteilung der Organisation in Zellen verlangt hatten¹²⁶⁹.

Im Ruhrgebiet wurde Kritik an der Betriebszellenorganisation später als anderswo laut. Auf der 1. Parteiarbeiterkonferenz des KPD-Bezirk am 30.1.1925 kritisierte der radikal linke Kommunist S(cymzak) aus Buer keineswegs die Ersetzung der Wohngebietsorganisation, durch die Betriebszellen. Im Gegenteil forderte er nicht nur die „Umstellung auf Betriebszellen“ ein, sondern darüber hinaus ihre „Mobilisierung und Anpeitschung zur revolutionären Arbeit“¹²⁷⁰. In der KPD in Dortmund kam nur langsam Kritik auf. Ein Teil der Mitglieder vollzog die *Reorganisation* nur widerwillig mit. Sie sahen keine Möglichkeit, Erwerbslose in die Arbeit der Betriebszellen einzugliedern, wollten aber die Umstellung durchführen und „alles tun, was die Leitung sagt“. Die linken Oppositionellen, die zur Richtung Schwans gehörten, argumentierten gegen die Umstellung mit den Schwierigkeiten bei der Kassierung und kritisierten das neue Delegiertensystem als von

¹²⁶⁷ Aus der Partei. Resolution der Weddinger gegen die Zellen, in: Die Fahne des Kommunismus, Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 33, Berlin 28.10.1927, S. 178, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹²⁶⁸ Resolution Bartels-Grylewicz zur Lage in Deutschland und zu den Aufgaben der Partei, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 7, Berlin 15.3.27, S. 8, Privatarhiv Berens.

¹²⁶⁹ [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 4, Berlin Ende Mai 1926, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560 a.

¹²⁷⁰ Die Parteiarbeiter-Konferenz Ruhrgebiet, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, 1. Jg., Nr. 2, Dortmund 3.2.1925, S. 5.

den reformistischen Gewerkschaften entlehnt. Es diene nur der Positionssicherung der Parteiangestellten¹²⁷¹.

Unterstützung fand die Kritik an der 'Atomisierung' bzw. Bolschewisierung in der Komintern. Allerdings hatte sich der bekannte linke Oppositionelle in der WKP(B), Leo Trotzki, 1924 auf dem 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, der die Bolschewisierung beschlossen hatte, in Schweigen gehüllt. Trotzki konnte und wollte die Umstellung der Wohngebietsorganisationen auf Betriebszellen allein schon deshalb nicht kritisieren, weil sie nach dem Vorbild der SDAPR vor 1917 erfolgte. Auch später ignorierte er die Bedeutung der Umstellung auf die Betriebszellenorganisation, obwohl sie seine Reformperspektive der Kommunistischen Internationale und ihrer Einzelparteien zu versperren drohte. Trotzki unterschätzte die Bedeutung der organisatorischen Wende. Zwar lehnte er die politische Orientierung des 5. Weltkongresses ab. Aber er übte keine Kritik an dessen Kampagne zur Bolschewisierung, weil er sich im Kampf um die Nachfolge Lenins selbst auf den Leninismus und den Bolschewismus berief und noch bolschewistischer und leninistischer als Sinowjew, Kamenew, Stalin und Bucharin auftrat. Als Trotzki nach seiner Ankunft im Exil den linken Oppositionellen am Rande der KPD eine Reform der Partei vorschlug, stieß er auf Ablehnung und Unverständnis¹²⁷². In der KPD ein Arbeitsfeld zu finden, war eine Sache. Eine andere war der Glauben an die Reformierbarkeit der KPD trotz ihrer 'Atomisierung' in Betriebszellen.

Als Hauptkritiker an der Bolschewisierung und der Umstellung der Organisationsstruktur der kommunistischen Parteien trat der Gründer der Kommunistischen Partei Italiens (KPI), Amadeo Bordiga, auf, der seine Partei im Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale vertrat. Bordiga fragte in einer Debatte des EKKI im Februar 1926, wie es nach dem Sieg der russischen Bolschewisten acht Jahre lang unbemerkt geblieben sein könne, dass die anderen Parteien der Komintern nicht bolschewistisch seien und eine tiefe Wandlung notwendig hätten, um sie auf die Höhe bolschewistischer Parteien zu bringen. Historisch sei der Weg der Kommunistischen Partei der Sowjetunion zur Machteroberung nicht vergleichbar mit dem der westeuropäischen Parteien, da jene gegen die feudale Autokratie und das kapitalistische System habe kämpfen müssen, während das Proletariat in den kapitalistischen, liberalen, parlamentarischen, modernen Staaten bei der Machteroberung vor anderen Aufgaben stünde, als sie sich in Russland gestellt hätten. Die westeuropäischen Parteien müssten taktische Lösungen finden, die außerhalb der

¹²⁷¹ Kerff, Der Stand der Reorganisation im Unterbezirk Dortmund, o. O. [März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 25 f.; Langels vollzieht zwar die Kritik der Gruppe Kommunistische Politik an der Umstellung auf Betriebszellen nach, die den Ultralinken den Boden entziehen sollte. Er sieht diese Umstellung allerdings nicht im Zusammenhang mit der Bolschewisierung der KPD. Vgl. Langels, Die ultralinke Opposition, S. 35 f. u. S. 132 f.

¹²⁷² Bois, Linke Opposition, S. 280.

russischen Erfahrungen lägen. Auch in diesem Sinne sei die Bolschewisierung wenig hilfreich.

An der organisatorischen Seite der Bolschewisierung kritisierte Bordiga, dass eine Umstellung von Wohngebietsorganisationen auf Betriebszellen hieße, sieben Jahre in die falsche Richtung marschiert zu sein. Nach Ansicht der Befürworter der Bolschewisierung müsse die Parteiorganisation auf der Grundlage der Betriebszelle aufbauen, um alle Probleme der Revolution zu lösen. Die russische Partei habe nur die Revolution machen können, weil sie auf einer solchen Grundlage aufgebaut gewesen sei. Nach Marx und Lenin, so Bordiga, sei die Revolution aber nicht eine Frage der Organisationsform, für die man nur eine Formel finden müsse. Das sei ja gerade die These der Genossenschaftler oder der anarchistischen Rätebefürworter gewesen¹²⁷³.

Letztendlich war die 'Atomisierung' ein Versuch, die undemokratische Grundstruktur der WKP(B) auf alle anderen Mitgliedsparteien der Komintern zu übertragen, um damit jede internationale Kritik an der politischen Linie der Komintern und am Bürokratisierungsprozess in der Sowjetunion zu verhindern, indem ergebene Leitungen in den Kommunistischen Parteien eingesetzt und Kritiker notfalls ausgeschaltet wurden¹²⁷⁴. Die Umstellung der KPD auf Betriebszellen war vielleicht gemessen an den Verlautbarungen und Ansprüchen der damaligen KPD-Führung misslungen¹²⁷⁵, aber innerorganisatorisch äußerst erfolgreich. Mit der Umstellung auf Betriebszellen wurde die KPD zu einer strukturell undemokratischen Partei, die *von nun ab durch ihre neue Struktur nur noch sehr schwer zu reformieren war*. Die Minderheit der KPD-Betriebsarbeiter bildete die soziale und politische Basis für die Umsetzung der neuen Organisationsstruktur. Mit der Übernahme der undemokratischen Grundstruktur der WKP(B) war die KPD ab 1925/1926 eine stalinistische Partei.

Damit erfassten die linken und radikal linken Oppositionellen unter dem Begriff der 'Atomisierung' *im Wesentlichen zutreffend* die oben beschriebenen, undemokratischen *innerparteilichen Konsequenzen*, die die Umstellung der KPD von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation zeitigte. Insofern er die Veränderungen *innerhalb* der KPD betrifft, wird der Begriff vom Autor übernommen und verwendet. Ob damit die Kritik an der 'Atomisierung' jedoch ausreichte, muss vorerst offen bleiben, da auch untersucht werden muss, wie die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation in Bezug auf die sozialen und politischen Bewegungen zu beurteilen ist.

¹²⁷³ Bordiga, Amadeo, Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 125 f.

¹²⁷⁴ Vgl. Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 341. Allerdings war für die Atomisierung, die Frank benennt, die Umstellung auf Betriebszellen entscheidend und nicht wie Frank meint, ein von oben gelenkter „Apparat“ schlechthin.

¹²⁷⁵ Weber, Wandlung, S. 271.

Hermann Weber betont zwar die Bolschewisierung, misst aber der Wandlung des Organisationsprinzips der KPD von der Wohngebietsstruktur zu Betriebs- und Straßenzellen keine entscheidende Rolle¹²⁷⁶ bzw. in einer seiner letzten Veröffentlichungen überhaupt keine Bedeutung mehr bei¹²⁷⁷. Somit wird die *Stalinisierung* zu einem längeren Prozess, der bis zum Ausschluss aller Oppositionsgruppen andauerte (was im Folgenden noch bestritten werden wird). Um seine These der *Stalinisierung* aufrechterhalten zu können, muss Weber die Fraktion der moderaten Kommunisten um Meyer/Ewert, die die neue undemokratische Organisationsstruktur der KPD im Block mit der Thälmann-Fraktion durchsetzte, irgendwie mit zu den Oppositionsgruppen rechnen¹²⁷⁸. Selbst Autoren aus der trotzkistischen Tradition übersehen die Bedeutung der Umstellung der Organisationsstruktur der KPD, teilen aber Webers Theorie der *Stalinisierung* ebenso wie seine Einteilung des innerparteilichen Spektrums¹²⁷⁹, obwohl die damaligen Linksoptionellen eine sehr deutliche Kritik an der 'Atomisierung' der KPD geübt, diese bereits Mitte der 1920er Jahre als stalinistische Partei bezeichnet und die sog. Versöhnler als „rechte“ Kommunisten angesehen hatten¹²⁸⁰. Zwar schreibt Klaus-Michael Mallmann in seiner wegweisenden milieugeschichtlichen Untersuchung der KPD im Bezirk Saarland nicht ganz zu Unrecht, dass von der Mitgliedschaft versucht wurde, die Umstellung der Partei von der Wohngebietsorganisation auf Betriebszellen zu unterlaufen, indem sie in die Straßenzellen auswich. Auch ist es nicht falsch, dass viele Betriebszellen nur auf dem Papier gestanden haben. Beides ist im KPD-Bezirk Ruhrgebiet nachweisbar. Es ist nicht ganz von der Hand zu weisen, dass z. B. in Dortmund die linkskommunistisch oppositionelle Parteibasis versuchte, sich „über den Aufbau von Betriebszellen, das organisatorische Herzstück der 'Bolschewisierung', hinweg“¹²⁸¹ zu setzen. Aber wie Mallmann das „Scheitern der Bolschewisierung“¹²⁸² zu konstatieren und zu behaupten, dass „der jahrelange Kampf um die Reorganisation damit in einem allseitigen Debakel

¹²⁷⁶ Weber, ebd., S. 268-271.

¹²⁷⁷ Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 57 f.

¹²⁷⁸ Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 245 f.; Dass ein Autor wie Kinner die Mitverantwortung der Meyer/Ewert-Fraktion für die Umstellung der Organisationsstruktur der KPD auf Betriebszellen, die damit verbundene Atomisierung der Mitgliedschaft der KPD übersieht, mag daran liegen, dass er die Tradition dieser Fraktion für die Linkspartei in Anspruch nehmen will, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 90 f.

¹²⁷⁹ Bois führt zwar entsprechende Kritiken der Linken Opposition an, erkennt aber ihre Bedeutung nicht, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 79 f., S. 169 f., S. 191 und S. 200.

¹²⁸⁰ Der linker Kommunist Arkadi Maslow sah die Position Brandlers und Thalheimers im Jahr 1923 und danach nicht nur als rechts, sondern als ultrarechts an, vgl. Maslow, Arkadij, Manuskripte 1935-1941, in: Lübke, Peter (Hrsg.), Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 361. Für Maslow waren die Rechten nicht nur Brandler und Genossen, sondern auch die von ihnen abgespaltene Fraktion um Meyer, Eberlein und Ewert; Dagegen behauptete Rosa Meyer-Levine, die „Mittelgruppe“ sei die wirkliche Linke der KPD gewesen, vgl. Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Köln 1979, S. 81 f.

¹²⁸¹ Mallmann, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft, S. 28.

¹²⁸² Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 306 f.

(endete)¹²⁸³, heißt wie bei Weber, die offiziellen Begründungen und Ansprüche der Organisationsreform der KPD-Struktur für bare Münze zu nehmen und damit dem Schein der Bolschewisierung aufzusitzen. Da Mallmann *Stalinisierung* und *Stalinismus* keinen besonderen Erkenntniswert beimisst, konnte er umso leichter ihr organisatorisches Herzstück – die 'Atomisierung' der KPD-Mitgliedschaft in Betriebszellen – übersehen. Wenn auch die Umstellung der KPD von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation ein wichtiger Bestandteil des Stalinismus war, so machte sie diesen jedoch nicht alleine aus, sondern reihte sich ein in ein komplexes System von Veränderungen von denen im Kapitel 4 noch die Übernahme des Leninismus, die Ausschaltung der linken und radikal linken Opposition, das Fraktionsverbot, die Körperschaftsdisziplin, die Schaffung des Trotzismus und in Kapitel 5 die Kritik an der Parteibürokratie behandelt werden.

4.5 Kommunistinnen und Betriebszellenorganisation

Obwohl in der Frühgeschichte der KPD Frauen wie Rosa Luxemburg und Clara Zetkin eine entscheidende Rolle spielten und die KPD für die volle Gleichberechtigung der Frauen eintrat, lag deren Anteil unter den Mitgliedern bei 5 Prozent (1919: 5.000 Kommunistinnen). In den folgenden Jahren stieg er allmählich an, um unter der Leitung Ruth Fischers im September 1925 ca. 13 Prozent (14.800 Kommunistinnen) zu erreichen. Der höchste prozentuale Frauenanteil an der Mitgliedschaft wurde Ende 1929 mit 17 Prozent (21.100 Kommunistinnen) erzielt¹²⁸⁴, fiel danach aber wieder leicht ab.

Ihre geringe Mitgliedschaft in der KPD entsprach nicht der breiten Politisierung von Frauen in der Weimarer Republik. 1927 organisierten allein die katholischen Frauenverbände 2.073.000 und die evangelischen Frauenverbände 425.000 Frauen. Die SPD zählte Mitte der 1920er Jahre 153.693 Sozialdemokratinnen¹²⁸⁵. Weitz verweist als Ursache für den geringen Anteil von Frauen an der KPD-Mitgliedschaft auf das militant-militärische Auftreten der Kommunistischen Partei, das sie aus der revolutionären Aufbruchphase 1918-1923 übernommen hatte und welches er als „muscular masculin“ charakterisiert. Damit blieb, so Weitz, wenig bis kein Platz für Frauen in der KPD¹²⁸⁶.

¹²⁸³ Ebd., S. 312.

¹²⁸⁴ Arendt, Hans-Jürgen, Weibliche Mitglieder der KPD in der Weimarer Republik - zahlenmäßige Stärke und soziale Stellung, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung, 19. Jhg., Nr. 2, Berlin (Ost) 1977, S. 654.

¹²⁸⁵ Ebd., S. 656 und 657.

¹²⁸⁶ Weitz, Eric D., Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919 – 1948, in: Western Societies Program Occasional Paper number 31, Ithaca / NY 1992, S. 8 f.

Im Ruhrgebiet waren Rosi Wolfstein und Herta Geffke bekannte Funktionärinnen. Herta Geffke war 1921 Frauensekretärin der KPD-Bezirke Niederrhein und Ruhr¹²⁸⁷ und war als solche im Ruhrgebiet aktiv¹²⁸⁸. Rosi Wolfstein wurde Schriftführerin des Gründungsparteitags der KPD¹²⁸⁹. Wolfstein wurde auf dem 4., 5. und auf dem 7. Parteitag der KPD in deren Zentrale gewählt¹²⁹⁰. Das entsprach nur zum Teil der klassischen Rollenzuweisung in einer Arbeiterpartei. Denn in der Zentrale der KPD waren Frauen zwischen 1921-1923 mit Rosi Wolfstein, Clara Zetkin und Bertha Braunthal überproportional vertreten. Allerdings ging auch die Kommunistische Partei davon aus, dass Hausarbeit Sache der Frauen und damit der Kommunistinnen sei¹²⁹¹. Die Macht in der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet und in ihren Unterbezirksleitungen lag bei den Männern. Frauen hatten in der Männerpartei KPD nicht die gleichen Chancen und blieben im Hintergrund. Weil ihre Normen männlich waren¹²⁹², befand sich die KPD der 1920er Jahre emanzipatorisch auf dem Niveau vom Anfang des 20. Jahrhunderts.

Die Umstellung der KPD von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenstruktur wurde zum zusätzlichen Hindernis für die Einbeziehung von Frauen in die KPD. Der Anteil der Kommunistinnen unter den KPD-Betriebsarbeitern war niedrig und lag Anfang 1929 bei sechs Prozent¹²⁹³. Wie sollte die kommunistische Betriebsarbeiterin Leitungsfunktionen in der KPD wahrnehmen, wenn sie der Dreifachbelastung als Arbeiterin, Hausfrau und Mutter ausgesetzt war?

Die wenigen Kommunistinnen in Betrieben fanden sich in frauenspezifischen Industriezweigen wie der Textilindustrie wieder¹²⁹⁴. Im Ruhrgebiet, das durch Bergbau und Stahlindustrie geprägt war, konnten Frauen keine Berg- und Stahlarbeiterinnen sein und wenn sie in diesen Branchen arbeiteten, dann waren sie Angestellte, unter denen die KPD

¹²⁸⁷ Weber, *Deutsche Kommunisten*, S. 285 f. Geffke machte in späteren Jahren in der *Deutschen Demokratischen Republik* eine besondere Karriere. Sie wurde Leiterin der „berüchtigte(n) Sonderkommission“ der Zentralen Partei Kontrollkommission der *Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands* „zur Überprüfung der Kontakte deutscher Emigranten“ zu dem angeblichen Spion Noel H. Field. Geffke wurde „der Prototyp einer bedingungslosen und harten stalinistischen Funktionärin“, S. 286.

¹²⁸⁸ Bericht über den Verlauf einer öffentlichen Versammlung der V.K.P.D. am 19. August 1921 in der Stadthalle Gelsenkirchen, o. O. [20.8.1921], LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14709, Bl. 1337.

¹²⁸⁹ Weber, *Deutsche Kommunisten*, S. 1044.

¹²⁹⁰ Weber, *Deutsche Kommunisten*, S. 1074 f. Zur Zeit der KPD-Gründung war sie in Düsseldorf aktiv. Wolfstein wurde als rechte Kommunistin aus der KPD ausgeschlossen, trat in die SAP ein und wurde im Exil Mitglied von deren Auslandsleitung. Bis zu ihrem Lebensende blieb sie eine unabhängige Sozialistin, auch wenn sie nach dem Zweiten Weltkrieg wieder Mitglied der SPD wurde, vgl. Weber, *Deutsche Kommunisten*, S. 1044.

¹²⁹¹ Weitz, Eric D., *Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919 – 1948*, in: *Western Societies Program Occasional Paper number 31*, Ithaca / NY 1992, S. 9.

¹²⁹² Bachmann, Birgit, *Gender Mainstreaming – wie alles begann...*, in: Vurgun, Sibel, *Gender und Raum*, Düsseldorf 2005, S. 45.

¹²⁹³ Arendt, Hans-Jürgen, *Weibliche Mitglieder der KPD in der Weimarer Republik - zahlenmäßige Stärke und soziale Stellung*, in: Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED, *Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung*, 19. Jhg., Nr. 2, Berlin (Ost) 1977, S. 658.

¹²⁹⁴ Ebd., S. 658.

schlecht verankert war. Der Großbetrieb im Ruhrgebiet war per se eine männliche Hochburg¹²⁹⁵. Die wenigen kommunistischen Betriebsarbeiterinnen hatten ähnliche Ängste wie ihre männlichen Genossen. Sie verhielten sich weitgehend passiv¹²⁹⁶, weil auch sie fürchteten, aus der Fabrik wegen kommunistischer Aktivitäten entlassen zu werden. Große Ermutigung erhielten sie durch die KPD nicht, denn die „Wendung der Partei zur Arbeiterin“ im Gefolge der Bolschewisierung brach auch im Ruhrgebiet nicht die männlichen Normen, Rollen- und Geschlechterzuweisungen auf. Arbeiter wurden in der KPD-Presse als Produzenten des Reichtums beschrieben, Arbeiterinnen als „ausgeplündert“ und „unterdrückt“¹²⁹⁷. Eine Ausnahme bildete die Betriebszellenarbeit bei der Zinkhütte in Duisburg. Wie bereits erwähnt bestand dort die KPD-Zelle aus zehn Betriebsarbeitern und fünf Ehefrauen¹²⁹⁸. Das war ein Frauenanteil von 33,3 Prozent. Mit ihrer Einbeziehung wurde die klassische Arbeitsteilung Mann – Arbeit und Frau – Hausarbeit, die die Betriebszellenstruktur fortschrieb, durchbrochen.

Zwar konnte der Theorie der KPD nach die volle Emanzipation der Frauen nur durch deren Beteiligung an der industriellen Produktion erreicht werden¹²⁹⁹. Doch die Praxis sprach für das Gegenteil: Da die Mitglieder der neuen Betriebszellenstruktur in den Leitungsorganen der KPD auf allen Ebenen bestimmend wurden, wurden die Genossinnen in die Bedeutungslosigkeit abgedrängt. Die gesellschaftliche Arbeitsteilung, die Frauen weitgehend die Arbeit im Bergbau und auch in der Stahlproduktion verunmöglichte, wurde mit der Umstellung der KPD auf Betriebszellen reproduziert. Die Genossinnen wurden de facto abgewertet. Das festigte die Dominanz der Männer in der Ruhr-KPD. Mit der Bolschewisierung bzw. der ‚Atomisierung‘ in Betriebszellen wurden Frauen in der Ruhr-KPD noch mehr zur Seite gedrängt, wie es Kontos für die Gesamt-KPD festgestellt hat¹³⁰⁰. Unter den Unterzeichnerinnen der „Erklärung der Siebenhundert“ im Ruhrgebiet fanden sich zwei Leiterinnen einer Straßenzelle und eine Leiterin einer Zellengruppe, aber keine Betriebsrätin, Gewerkschaftsfraktions- oder Betriebszellenleiterin.

Damit war auch bei der linken Opposition die Beteiligung von Frauen niedrig. Unter den einhundertelf Unterzeichnenden der *Erklärung der Siebenhundert* im Revier befanden sich nur zehn Frauen. Das waren neun Prozent. Aus dem Rahmen fiel die linksoppositionelle

¹²⁹⁵ Weitz, Eric D., *Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997, S. 189 f.

¹²⁹⁶ Kontos, Silvia, *Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main/Basel 1979, S. 151 f.

¹²⁹⁷ Weitz, Eric D., *Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919 – 1948*, in: *Western Societies Program Occasional Paper number 31*, Ithaca / NY 1992, S. 9.

¹²⁹⁸ Bericht der Betriebszelle 1/2, Hamborn 10.12.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 28 f.

¹²⁹⁹ Weitz, Eric D., *Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protest to Socialist State*, Princeton 1997, S. 208.

¹³⁰⁰ Kontos, Silvia, *Die Partei kämpft wie ein Mann. Frauenpolitik der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt am Main/Basel 1979, S. 52 f.

Wattenscheider KPD. Bei einer ihrer Mitgliederversammlungen stellten Frauen einen Anteil von ca. 20 Prozent¹³⁰¹. Während es sich im Ruhrgebiet bei den Unterzeichnenden der *Erklärung der Siebenhundert* überwiegend um mittlere Funktionäre handelte, darunter auch alle Frauen, waren auf der Versammlung der Mitglieder in Wattenscheid acht Funktionäre und sechsundzwanzig einfache Mitglieder anwesend. Alle sieben Frauen wurden als einfache Mitglieder aufgeführt. Die Unterscheide weisen darauf hin, dass die Anzahl der Frauen von der unteren zur Funktionärebene stark abnahm. Insofern passte die Wattenscheider Ortsgruppe dann doch wieder in das allgemeine Bild der Ruhr-KPD.

Die Frauen, die mit führenden linken und radikal linken Oppositionellen im Ruhrgebiet liiert waren, wie Anna Schmitz in Bocholt und Klara Triebeck in Wattenscheid, waren Kommunistinnen und in der KPD aktiv. Frau Schmitz war Mitglied des Stadtrats der *Gruppe Kommunistische Politik* und später der *Sozialistischen Arbeiterpartei* in Bocholt. Sie hielten ihren Männern den Rücken für deren politische Arbeit frei. Frau Triebeck kümmerte sich um zwei Kinder. Frau Schmitz zog vier Kinder groß und versorgte zusätzlich einen Schlafgänger, der im Hause Schmitz wohnte. Beide nahmen als Frauen führender örtlicher Kommunisten die Rolle der Hausfrau und Mutter ein, die für die Reproduktion der Familie zuständig war, während ihre Männer vor Ort die höchsten Funktionen erst in der KPD, dann in der GKP bzw. im Leninbund besetzten. Das entsprach ganz der „Männerwelt“, die im Ruhrgebiet durch den Bergbau geprägt war. Die Frau des Bergmanns war für „die Besorgung des Haushalts, die Erziehung der Kinder, de(r)n Umgang mit Schlafgängern, die Kontakte mit Nachbarn“ zuständig¹³⁰². Erst in der Illegalität änderten sich ansatzweise die Geschlechterrollen. Denn während Josef Schmitz unter der Herrschaft des Nationalsozialismus die meiste Zeit im Gefängnis, Zuchthaus oder Lager verbrachte, hielt seine Frau, die zwei Jahre und drei Monate inhaftiert war, in der Illegalität die Kontakte zu Genossinnen aufrecht – getarnt als Kaffeekränzchen¹³⁰³.

Erst in der folgenden jüngeren politischen Generation sollten sich die Geschlechterrollen erheblich verändern. Die politische Arbeitsteilung unter den Eheleuten Hensel, die in der sozialdemokratischen Jugend sozialisiert worden waren und in Bocholt die SAP gegründet hatten, war eine andere. Nach dem Austritt aus der KPD 1948 gehörte nicht Otto Hensel der Leitung der titoistischen Unabhängigen Arbeiterpartei an, sondern Grete Hensel. In der Erinnerungskultur des Stadtflexikons von Bocholt wird aber nicht Grete, sondern nur Otto Hensel als Gründer der Gruppe der *Unabhängigen Arbeiterpartei* in Bocholt erwähnt.

¹³⁰¹ Die Ortsgruppe Wattenscheid fast geschlossen hinter der russischen Opposition und der Urbahns-Gruppe, in: Schacht und Hütte, 1. Jg, Nr. 10, Dortmund 21.12.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

¹³⁰² Brüggemeier, Franz-Josef, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919*, München 1983, S. 64 f.

¹³⁰³ Landesarchiv NRW Rheinland, Duisburg, Gestapoakte Brünen 12946.

4.6 Betriebszellenstruktur und Arbeitsorganisation

Es soll an dieser Stelle überprüft werden, wie die neue Betriebszellenstruktur zu der Arbeitsorganisation passte, in der die Bergleute unter Tage und die Arbeiter der Hütten täglich ihre Arbeit verrichteten. Dabei ist davon auszugehen, dass der größte Teil der Mitglieder der Ruhr-KPD Bergarbeiter waren. Eine Ausnahme war der KPD-Unterbezirk Essen, wo die Bedeutung vom Krupp-Maschinenbau und Krupp-Hüttenwerk größer als die vom Bergbau war.

Bis in die Mitte der 1920er Jahre hinein war die Arbeit im Bergwerk stark handwerklich und wenig maschinell geprägt. Die meisten Bergleute einer Zeche arbeiteten als Kohlenhauer. 1922 waren von 378.249 unter Tage Beschäftigten 214.669 Hauer, die Kohle hauten; 59.672 Zimmerhauer, die die Stollen mit Holz und Verschalungen abstützten und 66.201 Schlepper, die die Kohle unter Tage transportierten. 37.707 Arbeiter übten andere Berufe aus. Über Tage waren 141.388 Arbeiter beschäftigt. Hinzu kamen 25.778 Beamte und Angestellte¹³⁰⁴. Eine berufliche Hierarchie wie z. B. im Maschinenbau gab es im Bergbau ebenso wenig wie eine vom Unternehmer durchgeführte Ausbildung. Der junge Bergmann fing mit sechzehn, siebzehn Jahren als Schlepper an, arbeitete zwei bis drei Jahre als Lehrhauer bei einem Hauer und wurde dann selbst Kohlenhauer, um damit entsprechend viel zu verdienen. In keiner anderen Bergbauregion Deutschlands ging der Aufstieg zum Hauer so schnell wie im Ruhrgebiet¹³⁰⁵. Die eigene Tätigkeit hing vom Lebensalter ab, denn der Lehrhauer von heute wurde morgen zum Hauer.

Vor Ort wurde die Kohle in kleinen Gruppen („Kameradschaften“) von drei bis fünf Kohlenhauern abgebaut¹³⁰⁶. Die Arbeiten der gemischten Gruppe wurden von Hauern, vom Lehrhauer und vom Schlepper bewältigt. Der Kohlenhauer brach die Kohle aus dem Gestein, setzte Stempel zum Abstützen der Stollen, baute Gleise. Der Schlepper trennte die Kohle vom Gestein, belud die Loren und fuhr sie zum Aufzugsschacht. Auf dem Rückweg brachte er Gestein mit, das zum Ausfüllen der Hohlräume diente¹³⁰⁷.

Die Arbeit sollte vom Steiger kontrolliert werden. Doch die wenigen Steiger im Schacht waren nicht in der Lage, die zahlreichen Gruppen täglich mehrmals abzulaufen und zu kontrollieren, zumal die Abstände zwischen den Betriebspunkten über einen Kilometer

¹³⁰⁴ Brüggemeier, Franz-Josef, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919*, München 1983, S. 280.

¹³⁰⁵ Ebd., S. 101.

¹³⁰⁶ Ebd., S. 108.

¹³⁰⁷ Ebd., S. 94 f.

betragen konnten. Die Gruppe war vor Ort auf sich gestellt. Jede Gruppe arbeitete autonom d. h. es arbeiteten Dutzende von Gruppen selbstständig mehr oder weniger nah nebeneinander¹³⁰⁸.

Jede Arbeitsgruppe handelte für sich, alle vierzehn Tage neu, mit dem Steiger die Bezahlung aus – den Gedingelohn. Das war ein Gruppenakkord. In der Verhandlung ging es u. a. um die Festigkeit von Kohle und Gestein, die Zahl der gefüllten Loren, die Mächtigkeit der Flöze, den Umfang der Neben- und Sicherheitsarbeiten, die Luftverhältnisse und die Feuchtigkeit. Jede Gruppe wählte für die Verhandlungen einen Sprecher, den sog. Ortsältesten. Einigte man sich nicht, dann gab der Ortsälteste das Signal, die ganze Gruppe verließ den Schacht und ging zur nächsten Zeche. Der Gegensatz zum Zechenbesitzer, dessen Vertreter gegenüber den Kumpeln der Steiger war, wurde bei jeder Gedinge-Verhandlung deutlich¹³⁰⁹.

Die Bergleute waren also überwiegend Kohlenhauer, die sich selbst qualifiziert hatten, unter ständiger Lebensgefahr völlig selbstständig in der Gruppe arbeiten, über einen eigenen demokratisch gewählten Gruppensprecher verfügten und im Konfliktfall auch als ganze Gruppe kündigten, um auf einer anderen Zeche anzufangen. Sie arbeiteten in hohem Maße autonom. Die Arbeitsorganisation änderte sich, als in den 1920er Jahren vom Gruppenakkord zum Einzelakkord, dem Einzel-Gedinge, übergegangen wurde.

Im Unterschied zum Bergbau wurde im teilmechanisierten Hüttenwerk im „Drive-System“, d. h. in einer Kolonne, die sich zu zwei Dritteln aus ungelernten Arbeitern zusammensetzte, gearbeitet. Die direkte Kontrolle über die Kolonne übten vor Ort der Meister und der Vorarbeiter aus, die nicht mitarbeiteten, aber im streng zentralisierten Hüttenwerk immer präsent waren. Damit wurde das Drittel der qualifizierten Hüttenarbeiter nicht abqualifiziert, verlor aber seine herausragende Stellung, die sie vor Einführung des „Drive-Systems“ im „Team“ des dezentralen Hüttenwerks hatten. Das Kolonnen-System wurde erst im vollmechanisierten Hüttenwerk in den 1930er Jahren durch das „Crew-System“ abgelöst, das wie das „Team-System“ stark auf qualifizierte Arbeitskräfte setzte¹³¹⁰.

Die Umstellung der KPD-Organisation von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation fand in einer Übergangsphase der Umorganisation der Arbeitsorganisation statt, in der im Bergbau und im Hüttenwerk die neuen Organisationsformen des Einzelgedinges und des Crew-Systems bereits absehbar waren. Aber Mitte der 1920er Jahre widersprach die strikt hierarchische KPD-Betriebszellenorganisation völlig der selbstständigen Arbeitsorganisation autonomer

¹³⁰⁸ Ebd., S. 109 f.

¹³⁰⁹ Ebd., S. 122 f.

¹³¹⁰ Welskopp, Arbeit und Macht, S. 724 f.

„Ortskameradschaft“ im Bergbau. Die KPD-Betriebszellenorganisation glich jedoch stark der strikten Hierarchie im Kolonnensystem des Hüttenwerks. Vielleicht fand deshalb die Bezirksleitung Florin-Ende im KPD-Unterbezirk Essen, wo die Hüttenindustrie Krupps dominierte, zunächst ihren stärksten Rückhalt, während die linke Opposition dort am schwächsten war. Dagegen dürfte sowohl das politische System der Arbeiter- und Soldatenräte wie auch der rätedemokratische Aufbau der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* deshalb so großen Anklang unter den Bergarbeitern des Ruhrgebiets gefunden haben, weil deren Arbeitsorganisation bereits autonom und selbstständig war.

4.7 Übernahme des Leninismus

Die Gründung der KPD stand unter dem Einfluss Rosa Luxemburgs, der in der KPD zunächst erheblich größer blieb als der Lenins¹³¹¹. In ihrem Sinn argumentierte auf dem 1. Weltkongress der Komintern 1919 der Delegierte der KPD gegen eine zu frühe Gründung der neuen Internationale, weil diese noch keine politische Plattform habe und es in vielen Ländern keine kommunistischen Parteien mit Einfluss geben würde¹³¹². Lenin wurde zu diesem Zeitpunkt als Führer der Bolschewiki angesehen, aber daraus kein Leninismus abgeleitet. In einer Broschüre, die Julian Marchlewski 1922 für die KPD Ruhr über die Frage „Was ist Bolschewismus?“ schrieb, kam der Begriff Leninismus nicht vor¹³¹³. Lenins Ansehen stieg umso mehr, je häufiger die revolutionäre Arbeiterbewegung außerhalb der Sowjetunion Niederlagen einstecken musste.

Als Lenin am 21.1.1924 starb, dauerte es keine Woche bis Sinowjew das Motto „Lenin ist tot – der Leninismus lebt!“ propagierte und den Sieg der neuen Ideologie vorhersagte. Gut fünf Jahre früher, einen Tag nach einem Attentat auf Lenin, hatte Sinowjew sich davor gehütet, in einer Rede über Lenin und dessen Bedeutung für die revolutionäre Arbeiterbewegung Russlands, einem Leninismus das Wort zu reden¹³¹⁴. Zwar rechneten viele nach dem Attentat am 5.9.1918 mit Lenins Tod, hofften aber auf sein Überleben. Bei Lenins bescheidener Lebensweise, seinem „völlige(n) Mangel an Eitelkeit und persönlichem Ehrgeiz“¹³¹⁵ und „seiner Bescheidenheit und Abscheu vor jedem Persönlichkeitskult“¹³¹⁶ wäre eine Theorie des Leninismus zu seinen Lebzeiten schwer

¹³¹¹ Vgl. Bahne, Siegfried, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Rothfels, Hans/Eschenburg, Theodor, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., Nr. 4, München 1961, S. 360.

¹³¹² Der I. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919, [Mailand] 1982 (Hamburg 1921), S. 132 f.

¹³¹³ Vgl. Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922], (o. Seitenangabe).

¹³¹⁴ Sinowjew, G., Lenin, Sechs Tage, die Russland nicht vergessen wird, o. O. o. D., in: Sinowjew, G., Lenin, 2. erw. Aufl. o. O. 1924 (o. O. 1920), S. 52; Sinowjew, G., Lenin, sein Leben und seine Tätigkeit, Petersburg 1918, in: ebd.

¹³¹⁵ Schapiro, Leonhard, Lenin, Stuttgart 1969, S. 10.

¹³¹⁶ Fischer, Ernst/Marek, Franz, Was Lenin wirklich sagte, Wien/München/Zürich 1969, S. 166.

durchsetzbar gewesen. Kaum lag er im Grab, wurde Lenin einbalsamiert, als Ikone zur Schau gestellt und der Mythos des Leninismus geschaffen. In einem Sammelband, der unmittelbar nach seinem Tode erschien, hieß es in der Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Russlands vom 22.1.1924, die von Sinowjew verfasst worden sein dürfte, dass Lenin „in dem Hasse gegen den Leninismus (...) im Lager unserer Feinde“ weiter lebe¹³¹⁷. Als Zweiter unter den dreiundzwanzig Autoren erhob Kamenew „die Fackel des Leninismus“¹³¹⁸, während Nikolai Bucharin in Lenin den „Theoretiker der Revolution“ sah, der eine „neue theoretische Schule“ geschaffen habe, sein Werk aber noch unter „revolutionären Marxismus“ einordnete¹³¹⁹. Mag der Leninismus zunächst nur eine agitatorische Phrase gewesen sein, das Werk Lenins fortzusetzen, so wurde er in kürzester Zeit „zur Ideologie des Leninismus verarbeitet“¹³²⁰, die im Kampf um die Nachfolge Lenins eine entscheidende Rolle spielen sollte. Mit ihrer Hilfe versuchten die führenden Funktionäre Sinowjew und Kamenew ihren innerparteilichen Rivalen Leo Trotzki von der Parteiführung der RKP(B) ausschalten, der mit der dortigen linken Opposition die Planwirtschaft und die Industrialisierung in der Sowjetunion vorantreiben, sowie die innerparteiliche Demokratie in der RKP(B) wiederherstellen wollte. Während der spätere „Marxismus-Leninismus“ dazu dienen sollte, „Diktatur und Herrschaft einer neuen privilegierten Oberschicht durch die Berufung auf die Theorie von Marx“ zu verschleiern¹³²¹, sollte 1924 der Leninismus in der Sowjetunion dem Block der Fraktionen Sinowjew/Kamenew-Stalin-Bucharin im Kampf um die Nachfolge Lenins in der RKP(B) die Vorherrschaft sichern.

Die Bezeichnung der Anhänger Lenins als „Leninisten“ stammt vom ehemaligen Marxisten und Gründer der liberalen Partei Russlands (den *Konstitutionellen Demokraten*) Peter Struve¹³²². Lenins linksradikale Fraktionsgegner der bolschewistischen Wperjod-Fraktion um Lunatscharski übernahmen das Etikett¹³²³, das auch in der Wiener *Prawda* von Trotzki's eigener Fraktion auftauchte¹³²⁴. Zu seinen Lebzeiten hatte sich Lenin wie Rosa Luxemburg und Leo Trotzki auf den „revolutionären Marxismus“ berufen und betont,

¹³¹⁷ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands, An die Partei. An alle Werktätigen, Moskau 1924, in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 3.

¹³¹⁸ Kamenew, L., Der Grosse Empörer, o. O. 1924, in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 191.

¹³¹⁹ Bucharin, N., Der Theoretiker der Revolution, in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 66 f.

¹³²⁰ Carrère d'Encausse, Hélène, Lenin, München 2000 (Paris 1998), S. 11.

¹³²¹ Weber, Hermann, Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus, in: Weber, Hermann/Staritz, Dietrich/Braun, Günter/Foitzik, Jan (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 161.

¹³²² Vgl. Lenin, W. I., Der dienstefrige Liberale, Genf 1904, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 492.

¹³²³ Vgl. Lenin, W.I., Über die Fraktion der „Wperjod“-Leute, o. O. 1910, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 275.

¹³²⁴ Vgl. Lenin, Am Vorabend der Wahlen zur IV. Duma, o. O. 1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 229.

„Wo und wann habe ich versucht, in der internationalen Sozialdemokratie eine besondere Richtung ins Leben zu rufen, die mit der Richtung Bebels und Kautskys *nicht identisch* wäre?“¹³²⁵.

Lenin verallgemeinerte diese Position, als er 1909 schrieb:

„Die Bolschewiki haben vor der Revolution mit aller Bestimmtheit erklärt: erstens, daß sie nicht eine besondere Richtung im Sozialismus schaffen, sondern die Grundprinzipien der ganzen, internationalen revolutionären, orthodox-marxistischen Sozialdemokratie auf die neuen Bedingungen unserer Revolution anwenden wollen“¹³²⁶.

Den Ausdruck „Leninisten“ betrachte Lenin als „mißlungene(n) Versuch einer Anzüglichkeit“¹³²⁷, benutzte ihn in Anführungszeichen¹³²⁸ und äußerte sich über den Begriff Leninismus ironisch¹³²⁹. Im Gegensatz dazu bildete nach seinem Tod die Ikonisierung der Person Lenins zum unfehlbaren politischen Führer, der immer eine richtige politische Linie vertreten habe, den Kern des Leninismus. Dabei wurde völlig ausgeblendet, dass, im Gegensatz zu der nachträglichen Verklärung, Lenin selbst viele seiner Fehler offen eingestanden hatte, um sie schnell korrigieren zu können¹³³⁰. Der Leninismus interpretierte nicht nur die Geschichte der SDAPR nachträglich um, sondern er fälschte sie¹³³¹. Im Rückblick verschmolzen die Legenden von der angeblich einheitlichen bolschewistischen Partei und der angeblich immer richtigen Linie Lenins zu einem Dogma, dem alle früheren konkurrierenden politischen Meinungen innerhalb der Sozialdemokratie Russlands als *Menschewismus*, *Trotzkismus*, *Luxemburgismus*, d. h. als Abweichungen, entgegengestellt wurden. Besonders scharf war die von Sinowjew und Kamenew erfundene

¹³²⁵ Lenin, W. I., Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Genf 1905, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1960, S. 54. Hervorhebung bei Lenin; Lenin, W.I., Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharski), Über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften, o. O. 1907, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 13, 2. Aufl. Berlin 1965 (1. Aufl. Berlin 1963), S.162.

¹³²⁶ Lenin, W.I., Die Liquidierung des Liquidarentums, o. O. 1909, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 460.

¹³²⁷ Lenin, W. I., Über die neue Fraktion der Versöhner oder der Tugenhaften, o. O. 1911, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 245.

¹³²⁸ Vgl. Lenin, W. I., Der Anonymus aus dem „Vorwärts“ und die Sachlage in der Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, o. O. 1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 535; Lenin, W.I., Eine gute Resolution und eine schlechte Rede, o. O. 1913, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 526.

¹³²⁹ Vgl. Lenin, W. I., Schlusswort. Zum Punkt über die gegenwärtige Lage und die Klassenaufgaben des Proletariats, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 10, 8. Aufl. Berlin 1982 (1. Aufl. Berlin 1958), S. 292.

¹³³⁰ Vgl. Lenins Ablehnung der Initiative der St. Petersburger Menschewiki zur Bildung von Räten in der Ersten Russischen Revolution (Lenin, W. I., Die Semstwotagung, o. O. Oktober 1905, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1960 (1. Aufl. Berlin 1957), S. 301). Seine Haltung korrigierte Lenin einen Monat später, vgl. Lenin, W. I., Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten. Brief an die Redaktion, o. O. November 1905, in: W. I. Lenin Werke, Bd. 10, 8. Aufl. Berlin 1982 (1. Aufl. Berlin 1958), S. 3 f.

¹³³¹ So behauptete Sinowjew 1923, „die Idee der Sowjets ist nicht von den Menschewiki aufgestellt worden“ (Sinowjew, G., Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands [Bolschewiki], Hamburg 1923, S. 123), während er in einer Rede vom 6.9.1918 noch gesagt hatte: „Sie wissen, daß der erste Sowjet der Petersburger Arbeiter von den Menschewiki geschaffen wurde“ (Sinowjew, G., Lenin, sein Leben und seine Tätigkeit, St. Petersburg 1918, in: Sinowjew, G, Lenin, o. O. 1924, S. 22).

Abgrenzung des Leninismus von der „kleinbürgerlichen Abweichung“ des „Trotzkismus“¹³³², ursprünglich eine Bezeichnung, die vom russischen Politiker Miljukow stammte, aber auch in den Polemiken Lenins gegen Trotzki eine Rolle gespielt hatte¹³³³. In fast allen Sektionen der Komintern wurde der Trotzkismus nach Lenins Tod verurteilt¹³³⁴. Innerhalb der KPD war es Trotzki, der in einem auf Deutsch übersetzten Artikel des russischen Parteiorgans *Prawda* im Januar 1924 die Bildung von Meinungsströmungen verteidigt hatte. Das war ein sehr defensiv gehaltenes Plädoyer, das zwar den Bürokratismus kritisierte, aber auch das Fraktionswesen als Gefahr ansah¹³³⁵. Ihm antwortete der russische Revolutionär Bucharin, der Trotzki der „Abweichung vom Leninismus“ zieh. Bucharin erklärte das Prinzip des Leninismus in der Organisationsfrage damit:

„Unsere Partei wurde aufgebaut und wuchs in den Kämpfen gegen den Opportunismus als eine aus einem einzigen Stück gehauene Partei. Unsere Partei war nie und – wir hoffen es – wird auch nie eine Föderation von untereinander Uebereinkommen treffenden Gruppen, Grüppchen, Fraktionen und 'Strömungen' sein“¹³³⁶.

War die Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen die organisatorische Seite des der Bolschewisierung, so war der Leninismus der ideologische Hauptbestandteil. Stärkte die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft in Betriebszellen die Macht und Dominanz der Parteiführung durch eine ausgefeilte Hierarchisierung, so sicherte der Leninismus die ideologische Vorherrschaft der Parteiführung ab. War der Leninismus der „Marxismus in der Epoche“ und die RKP(B) bzw. die WKP(B) die einzige „echt kommunistische(n), d. h. bolschewistische(n)“¹³³⁷ Partei der Welt, dann musste die richtige Auslegung des Leninismus der jeweiligen Führung dieser einzigartigen Partei überlassen bleiben. „Luxemburgianertum“ und „Trotzkismus“ mussten aktuell und rückwirkend in der eigenen

¹³³² Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 314 f.; Für Wolter ist Sinowjew der „eigentliche Baumeister dieser Doktrin“. Kamenew, Bucharin und Stalin spielten dabei nur eine Nebenrolle, vgl. Wolter, Ulf, Grundlagen des Stalinismus. Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie, Berlin 1975, S. 120. Für die Initiative Sinowjews ist Wolter beizupflichten, nicht aber für die Breitenwirkung und Verfestigung des Leninismus, die erst unter Stalin und Bucharin erreicht wurde.

¹³³³ Vgl. Lenin, W. I., Wie P. B. Axelrod die Liquidatoren entlarvt, o. O. 1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 169.

¹³³⁴ Wie sich ein Teilnehmer erinnerte, wurde dem 4. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas vom Abgesandten der Komintern, Woitinski, eine Resolution vorgelegt, in der Trotzki angegriffen wurde. Es war die einzige Resolution, die vorher nicht vervielfältigt und den Delegierten zur Verfügung gestellt worden war. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, vgl. Chaolin, Zheng, Siebzig Jahre Rebell. Erinnerungen eines chinesischen Oppositionellen, Frankfurt/M. 1991, S. 110 f.

¹³³⁵ [Trotzki, Leo] Der neue Kurs, in: Die Internationale, 7. Jg., Nr. 1, Berlin 1924, S. 24 f.

¹³³⁶ Bucharin, N., Nieder mit der Fraktionsmacherei, in: Die Internationale, 7.Jg., Beilage zu Heft 7, Berlin 1924, S. 6.

¹³³⁷ [Sinowjew], Über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Thesen, einstimmig angenommen von der Erweiterten Exekutive der Komintern, Moskau, März/April 1925, Berlin 1925, S. 14 und S. 17.

Geschichte bekämpft werden¹³³⁸, weil jede eigenständige Denkrichtung das ideologische Monopol der WKP(B) in Frage stellte bzw. potentiell stellen konnte. Mit Leninismus und 'Atomisierung' schuf sich die Führung der WKP(B) zwei Instrumente zur Beherrschung der kommunistischen Parteien auf der ganzen Welt. Das machte den Kampf jeder Opposition innerhalb der Parteien nicht etwa vergeblich oder sinnlos, aber erschwerte ihn ungemein, indem er ihn innerhalb der Kommunistischen Parteien und der Komintern in Geheimstrukturen verlagerte und mit Unterwerfung oder Ausschluss endete. Mit der Vorherrschaft des Politbüros der WKP(B) in der Interpretation des Leninismus stand hinter der Auslegung durch die Leitungen der Sektionen der Komintern immer eine letzte Instanz, die Einfluss nehmen und Abweichungen vom Bolschewismus oder Leninismus verdammen konnte. Die Akzeptanz des Leninismus durch die Leitung der KPD bedeutete, dessen Auslegungsmonopol der WKP(B) zu überlassen. Die Übernahme des Leninismus durch die linken Oppositionellen hieß, dem Stalinismus langwierige Schlachten um die richtige Exegese des Schriften Lenins zu liefern. Die Funktion des Leninismus als Instrument der Beherrschung der KPD und anderer Mitgliedsparteien durch die Führung der Komintern bzw. der WKP(B) wurde von den linken und radikal linken Oppositionellen in der KPD nicht gesehen.

Als sich das Exekutiv-Komitee der Kommunistischen Internationale mit seinem *Offenen Brief* an die KPD vom 1. September 1925 zum Verteidiger Lenins und des Leninismus empor schwang, kannten die allermeisten Mitglieder und Funktionäre der KPD weder die Geschichte der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* noch die Werke Lenins. Die „Geschichte der russischen Sozialdemokratie“ des russischen Revolutionärs Julius Martow erschien erst 1926 auf Deutsch – zudem war er mit dem Stigma *Menschewik* belastet¹³³⁹. Die Schriften Lenins, die einen recht vollständigen Überblick über die endlosen Auseinandersetzungen innerhalb der russischen Sozialdemokratie wie auch über die häufige Änderung seiner Positionen gaben, waren bis 1926 nur auszugsweise auf Deutsch veröffentlicht. Bis Mitte der 1920er Jahre waren von Lenin nur ein paar Broschüren wie „Staat und Revolution“, „Die Diktatur des Proletariats und der Renegat K. Kautsky“ und „Die nächsten Aufgaben der Sowjet-Macht“ auf Deutsch erschienen, obwohl es damals in der Sowjetunion eine autonome Deutsche Wolgarepublik mit eigenem Publikationswesen gab. Wichtige Schriften wie z. B. „Der Imperialismus als jüngste Etappe im Kapitalismus“ wurden nur in geringer Auflage publiziert. Ein erster Sammelband mit Lenins „Schriften zur Revolution“ erschien 1925. Mit der Herausgabe von Lenins Werken auf Deutsch wurde 1926 mit Band 18 „Der imperialistische Krieg“ begonnen, dem 1927 der nicht gerade lesefreundliche Band 13 „Materialismus und

¹³³⁸ Ebd., S. 18 f.

Empirokritizismus“ folgte. Von einer Verbreitung von Lenins Schriften in den Kreisen des Funktionärskörpers, geschweige denn der breiten KPD-Mitgliedschaft, konnte Mitte der 1920er Jahre keine Rede sein. Im Ruhrgebiet war die Bekanntheit der KPD-Mitglieder mit Lenins Schriften gering. Hier hatte die KPD zusätzlich zum zentralen Publikationswesen der Partei ein paar Broschüren veröffentlicht: Lenins „Staat und Revolution“, seinen „Brief an die amerikanischen Arbeiter“, Trotzki's Schrift „Oktoberrevolution“, aber drei Broschüren von Karski, d. h. von Julian Marchlewski, publiziert, der die Bergarbeiter in der Sozialisierungsfrage beraten hatte: „Sozialisierung des Bergbau“, „Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Rußland geleistet?“ und „Das Rätesystem“¹³⁴⁰. Bis Mitte der 1920er Jahre dürfte im Revier unter den Hauptamtlichen der KPD und innerhalb der Bezirksleitungen kaum ein Funktionär ernste Kenntnisse von Lenins theoretischem Werk besessen haben. Unter diesen Umständen war die Berufung auf den Leninismus eine Glaubensfrage wie die Berufung auf die Bibel vor Luther und Gutenberg unter den nicht des Latein Kundigen. Dagegen erschienen auf Deutsch von Sinowjew 1920 „Vom Werdegang unserer Partei“, 1923 die „Geschichte der kommunistischen Partei Russlands (Bolschewiki), 1924 „Die Weltpartei des Leninismus“ und im gleichen Jahr die Broschüren Stalins „Über die Grundlagen des Leninismus“ und „Lenin und der Leninismus“, 1925 von Sinowjew „Über die Bolschewisierung der Parteien“ und 1926 von Stalin „Probleme des Leninismus“. Der Leninismus der KPD-Funktionäre war damit frühzeitig von Sinowjew und Stalin geprägt worden und konnte von der Mitgliedschaft der KPD nicht auf der Grundlage von Lenins Schriften nachvollzogen werden. Obwohl Trotzki im Unterschied zu den Genannten ein anderes, offeneres Verständnis von Marxismus hatte, war er frühzeitig an der Erfindung des Leninismus beteiligt¹³⁴¹. Mit dem Leninismus wurde versucht, die Gesamtheit des revolutionär marxistischen Denkens auf eine seiner Strömungen zu reduzieren und dem revolutionären Denken in der internationalen Arbeiterbewegung eine national geprägte Schablone vorzugeben. Der angeblichen Verwirklichung des Sozialismus in einem einzigen Land ging die Schaffung des Leninismus als einzig wahrer Theorie voraus.

Als ein Vorreiter des Kampfes gegen den Trotzkiismus trat innerhalb der KPD Arkadi Maslow auf¹³⁴². Die linken Kommunisten in der KPD begannen sich gegen Trotzki zu positionieren. Die Parteiführung versuchte, Zweifler an „leninistischen Positionen“ politisch und sozial innerhalb der Kommunistischen Partei zu isolieren, da bereits 1925 der

¹³³⁹ Martow, Julius, Geschichte der russischen Sozialdemokratie, Reprint Erlangen 1973 (Berlin 1926).

¹³⁴⁰ Vgl. die Anzeige in der Broschüre: Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922] (ohne Seitenangabe).

¹³⁴¹ Trotzki, Leo, Der neue Kurs, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997 (Moskau 1924), S. 256 f.

¹³⁴² Trotzki hatte 1921 in seiner Broschüre „Die Neue Etappe“ die Aussagen Maslows zur Märzaktion als „vom Standpunkt des Marxismus ungeheuerlich“ verurteilt. Trotzki, Leo, Die Schule der revolutionären

„Leninismus als verbindliche Interpretation des Marxismus galt“¹³⁴³. Mittels Lektüre und Schulungen bekam der Leninismus noch nicht die Funktion der Indoktrination. In den marxistischen Schulungskursen der KPD ging es nicht wie beim späteren „Marxismus-Leninismus“ der SED hauptsächlich um Auslegungen an Hand interpretierender Texte, sondern um das Studium im Quellentext der Klassiker¹³⁴⁴.

Das so verherrlichende wie unkritische Bild, das insbesondere die linken Kommunisten in der KPD von Lenin hatten, wurde nach dessen Tod auf die III. Internationale und ihre Führung übertragen. Die III. Internationale stehe „unerschüttert“ und wachse fortwährend an „innerer Qualität“. Sie werde von einem „Kollektiv lebendiger Marxisten-Leninisten“ gelenkt, das das Werk Marx und Lenins fortsetzen würde¹³⁴⁵. Damit machte Karl Korsch zur Zeit des 5. Weltkongresses der KI Mitte 1924 nicht nur einen Kotau vor Sinowjew, der ihn zuvor heftig kritisiert hatte¹³⁴⁶, sondern lobte indirekt auch die linkskommunistische Führung der KPD und letztendlich sich selbst. Neben Ruth Fischer trat Korsch im Sommer 1924 als scharfzüngiger Kritiker der Abweichung des „Luxemburgismus“ auf¹³⁴⁷. Trotzdem klagte die Berliner KPD-Zentrale um Fischer/Maslow-Thälmann die radikal linken Kommunisten des „Luxemburgismus“ an, als es im Mai 1925 zum Bruch zwischen linken und radikal linken Kommunisten kam. Einen entsprechenden Vorwurf erhob der Zentrale-Referent Lenz auf einer Bezirksausschusssitzung im Ruhrgebiet¹³⁴⁸. Dass tatsächlich in den Ideen Lenins und Rosa Luxemburgs zwei unterschiedliche, sich widersprechende Richtungen des Marxismus gegenüberstanden, die für Langels z. B. in Lenins „Ultrazentralismus“ und Rosa Luxemburgs Setzen auf die „Massen“ zum Ausdruck kamen¹³⁴⁹, lässt sich sicherlich in allerlei Polemiken hineininterpretieren. Das hatte aber weder Lenins Bolschewiki noch Rosa Luxemburgs SDKPiL daran gehindert, von 1907 bis 1912 gemeinsam die Leitungsmehrheit der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands* zu bilden. Langels Gegenüberstellung von Lenin und Luxemburg wiederholt nur die Gegenüberstellung von Leninismus und „Luxemburgismus“ aus der KPD-Diskussion von

Strategie. Der III. Kongress der Kommunistischen Internationale, in: Trotzki, Leo, Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Berlin 1994 (Hamburg 1921), S. 77.

¹³⁴³ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 67 f.

¹³⁴⁴ Vgl. Weber, Hermann, Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus, in: Weber, Hermann/Staritz, Dietrich/Braun, Günter/Foitzik, Jan (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 168.

¹³⁴⁵ Korsch, Karl, Proletarische Niederlagen, proletarischer Sieg, in: Neue Zeitung. Organ der KPD für Großthüringen (Sektion der 3. Internationale), 6. Jg., Nr. 104, Jena 21.7.1924, S. 1 f., IISG Amsterdam, Collection Korsch 269.

¹³⁴⁶ Werner Jung stellt den unnachgiebigen Karl Korsch dem Selbstkritik leistenden Georg Lukács gegenüber, was generell richtig ist, aber Korsch's Kotau unberücksichtigt lässt, vgl. Jung, Werner, „Why I am a Marxist“. Karl Korsch und der Marxismus als Philosophie, in: Wild, Reiner, Dennoch leben sie. Verfemte Bücher, verfolgte Autorinnen und Autoren. Zu den Auswirkungen nationalsozialistischer Literaturpolitik, München 2003, S. 212 f.

¹³⁴⁷ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 37 f.

¹³⁴⁸ Protokoll über die am 5. Mai stattgefundene Sitzung des Bezirksausschusses Ruhrgebiet, [Essen Mai 1925], SAPMO Berlin, RY I/I 3/18-19/5, Bl. 20.

¹³⁴⁹ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 42 f.

1924-1925, allerdings mit umgekehrtem Vorzeichen. Sieht man dagegen Lenins und Rosa Luxemburgs Werk als verschiedene Stränge des revolutionären Marxismus an, dann haben gerade ihre Kontroversen die Debatten der Revolutionäre bereichert. Dagegen benutzte die Parteiführung um Ruth Fischer 1925 den Vorwurf des „Luxemburgismus“ als Totschlagargument gegen moderate und gegen radikal linke Kommunisten¹³⁵⁰.

Zum wichtigen Vermittler bei der Übernahme des Leninismus durch die KPD wurde Heinz Neumann, der im Mai 1925 den radikalen Linkskommunisten Iwan Katz als KPD-Vertreter beim EKKI in Moskau ablöste. Neumann, der eine gute Spürnase für jede Veränderung innerhalb der KPD, der Komintern und der Spitze der WKP(B) besaß, stellte sich frühzeitig auf die Seite des Blockes Stalin-Bucharin. Mit seiner Broschüre „Der ultralinke Menschewismus“ setzte er sich mit den „Ultralinken“ in der Komintern auseinander, deren (angebliche) Politik er dem Leninismus entgegenstellte. Dabei verzichtete Neumann weitgehend auf eine positive Beschreibung dessen, was er unter Leninismus verstand. Über die platte Aussage, dass der Leninismus der „Marxismus der Epoche“ und die „Verallgemeinerung der Erfahrungen der revolutionären Bewegung aller Länder“¹³⁵¹ sei, kam er nicht hinaus. Vielmehr hielt er sich an das Schema seiner Moskauer Vordenker, die den Leninismus über die Summe der von ihm erfolgten Abweichungen definierten. Letztendlich reduzierte sich Neumanns Auslegung des Leninismus auf die Verteidigung der KI und „ihrer leninistischen Führung“ gegen die Kritik der „Linken“ und „Ultralinken“¹³⁵². Schon Neumann sah in der „Verneinung der Möglichkeit des Aufbaus der vollkommenen sozialistischen Gesellschaft (...) selbst in einem rückständigen Land“ den Kernpunkt der „linken“ und „ultralinken“ Kritik¹³⁵³. Welche Blüten diese Verklärung hervorbrachte, zeigte ein Artikel Hermann Remmeles, der einstmals von den moderaten Kommunisten um Ernst Meyer zur KPD-Führung um Fischer/Maslow/Scholem umgeschwenkt war. Remmele hatte zum 10. Parteitag der KPD in einer Sonderbeilage der *Internationale* Arkadi Maslows Rolle in der KPD über den grünen Klee gepriesen: Bei dem maßgebenden Theoretiker der Partei sei die klare leninistische Linie nie vergessen. Nur ein paar Wochen später nach dem *Offenen Brief* wurde unter der Chefredaktion des gleichen Remmele, der nun von Fischer/Maslow zu Thälmann übergelaufen war, Arkadi Maslow als „Antibolschewist“, „Antileninist“ und „Antikommunist“ bezeichnet¹³⁵⁴. Hier wurde die Funktion des Leninismus deutlich: Der jeweiligen Führung der KPD die benötigten

¹³⁵⁰ Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer, Berlin 29.6.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 127b, S. 451.

¹³⁵¹ Neumann, Heinz, Der ultralinke Menschewismus, Berlin 1926, S. 20.

¹³⁵² Ebd., S. 7 f.

¹³⁵³ Ebd., S. 29.

¹³⁵⁴ [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, [Rede] Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 145 f.

Argumente zu liefern und dahingehend abzusichern, sie handle unter „Anwendung einer wissenschaftlichen Theorie“¹³⁵⁵.

1926 vertrat die Bezirksleitung der Ruhr-KPD um Wilhelm Florin die Überzeugung, dass der Leninismus dadurch popularisiert werde, dass die KPD bei den Tageskämpfen vorangehe¹³⁵⁶. Auf dem Bezirksparteitag vom 5./6. Februar 1927 versuchte die Bezirksleitung ihren ideologischen Führungsanspruch zu untermauern, indem sie der angeblich *falschen* die *richtige* politische Linie gegenüberstellte. Die Positionen des früheren KPD-Bezirksleiters Schwan, der in breiten Parteikreisen eine „ultralinke Ideologie“ gezüchtet habe, repräsentiere eine opportunistische Strömung und sei „umgestülpter Menschewismus“. Zur Bekämpfung der „Rechten“ bräuchte die KPD keine „Ultralinken“. Dafür genüge der „Standpunkt des Leninismus“. Aufgabe sei es, die Partei im Ruhrgebiet zu einem „unerschütterlichen Bollwerk des Leninismus zu machen“. Darunter verstand die von der Bezirksleitung vorgelegte Hauptresolution „eine einheitliche Auffassung über alle Fragen der Parteivergangenheit“, um zu einer „theoretischen Konsolidierung“ zu gelangen. Aus der Abrechnung mit den „linken“, „ultralinken“ und vereinzelt „rechten“ „Abweichungen“ ergab sich für die Bezirksleitung um Wilhelm Florin die Aufgabe, „einen festen, von Schwankungen freien Kurs“ einzuschlagen“¹³⁵⁷. Die KPD-Zeitung *Ruhrecho* malte vor dem Bezirksparteitag das Bild der neuen KPD als einer „eisernen Kohorte“, einer „wahrhaft bolschewistischen Massenpartei“, die sich „fest und ohne Schwankungen“ auf den Boden der Beschlüsse des EKKI stelle¹³⁵⁸. Selbst der starken Strömung jener linken Kommunisten, die sich auf dem Ruhrparteitag gegen Brandler und Thalheimer wandte, aber sonst die linke Parteiführung Thälmann/Dengel und Florin unterstützte, wurden „linke Schwankungen gegenüber der Linie des Leninismus“ vorgeworfen¹³⁵⁹. Als Theoretiker der BL Ruhr trat der moderate Kommunist Wilhelm Kropp auf, der an den reichsweiten Treffen der Marxistisch-Leninistischen Zirkel teilnahm¹³⁶⁰ und in der BL Ruhr ab Ende 1926 bis 1928 als Agitationsleiter und danach als

¹³⁵⁵ Weber, Hermann, Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus, in: Weber, Hermann/Staritz, Dietrich/Braun, Günter/Foitzik, Jan (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 162 f.

¹³⁵⁶ Resolution (A), in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen 14.3.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 55 f.

¹³⁵⁷ Resolution, in: Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 3 f.

¹³⁵⁸ Zum Bezirksparteitag der KPD.Ruhrgebiet, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 30, Essen 5./6.2.1927, S. 1, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹³⁵⁹ [Bezirksparteitag der KPD Ruhrgebiet], Resolution zur innerparteilichen Lage im Bezirk Ruhrgebiet, in: Ruhr-Echo, Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 32, Essen 8.2.1927, S. 3, Haus der Geschichte, Essen, Zg. 67.

¹³⁶⁰ Reichskommissar für Überwachung der öffentlichen Ordnung, An die Nachrichtenstellen der Länder, Berlin 6.1.1926, in: Der Regierungspräsident, An die Herren Polizeipräsidenten, die Polizeiverwaltungen der

Organisationsleiter fungierte¹³⁶¹. Der einen Monat später in Essen stattfindende 11. Parteitag der KPD ging in seinem Schematismus noch weiter als die Ruhr-KPD. Der „leninistischen Linie“ des Zentralkomitees wurde der „ultralinke Antibolschewismus“ entgegengestellt. So wie die KPD die „leninistische Konsolidierung“ beweise, so entferne sich die „ultralinke Clique“ immer mehr vom Proletariat und gehe zu dessen entschiedensten Feinden über¹³⁶². Es handelte sich dabei nicht bloß um eine Bolschewisierung der Sprache der KPD. Die Ersetzung eines relativ offenen Marxismus durch das importierte Schema des Leninismus bzw. Marxismus-Leninismus drückte die Umwandlung der KPD in eine stalinistische Partei aus¹³⁶³.

Diese Entwicklung blieb nicht unwidersprochen. Im April 1926 kritisierte der radikal linkskommunistische marxistische Theoretiker Karl Korsch den „sogenannten Leninismus“ und sprach von einer „Entartung der marxistisch-leninistischen Theorie“. Diese drücke sich in Stalins Theorie von der Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land aus und sei auch in Bucharins Schrift „Weg zum Sozialismus“ enthalten. Der neue Revisionismus sei von dem eines Eduard Bernstein der Vorkriegssozialdemokratie spezifisch verschieden, aber zugleich analog. Es handle sich um einen Revisionismus nicht vor, sondern nach der Machteroberung. Es sei kein Zufall, dass der Austromarxist Otto Bauer, der Stalins Theorie teile, sich nun Moskau annäherte. Korsch stellte dem „sogenannten Leninismus“ den „revolutionären Marxismus-Leninismus“ entgegen¹³⁶⁴, was ihm vom ZK der KPD als Abweichung zum Vorwurf gemacht wurde¹³⁶⁵. Die linken und radikal linken Oppositionellen im KPD-Bezirk Niederrhein beriefen sich in ihrem Kampf gegen die Parteiführung auf die Lehren von „Marx, Lenin und Luxemburg“, womit sie sich vom eingegengten Leninismus oder Marxismus-Leninismus abzusetzen versuchten¹³⁶⁶. Karl Korsch's unorthodoxer Marxismus war seit seinem 1923 erschienen Buch *Marxismus und Philosophie* im Kern unvereinbar mit dem Leninismus eines Sinowjew, eines Bucharin

Stadtkreise sowie die Herren Landräte (ausser Essen), Düsseldorf 30.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 161.

¹³⁶¹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 502.

¹³⁶² [ZK der KPD], Beschluss der Plenarsitzung des Zentralkomitees der K.P.D. vom 1. April 1927 zur Angelegenheit Schlecht, Bartels, Grylewicz, [Berlin 1.4.1927], in: Protokoll Nr. 7 der Sitzung des Zentralkomitees am 1. April 1927, [Berlin 1.4.1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/54, Bl.1 f.

¹³⁶³ Das Konstrukt des Marxismus-Leninismus steht nur scheinbar im Widerspruch zu dem Umgang mit Lenins Werk unter Stalin, wonach die KPdSU von 1938 bis 1956 „die weitere Publikation von Memoiren und Studien über Lenin“ einstellte, vgl. Schapiro, Leonhard, Lenin, Stuttgart 1969, S. 8.

¹³⁶⁴ Der Weg der Komintern. Diskussionsrede des Genossen Karl Korsch auf der Konferenz der politischen Sekretäre und Redakteure der Kommunistische Partei Deutschlands in Berlin am 16. April 1926, Berlin [1926], S. 8 f., in: IISG, Collection Karl Korsch 227.

¹³⁶⁵ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin [5.11.1926], S. 25, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, Bl. 16.

¹³⁶⁶ [Gesamtopposition], Resolution zur Lage in der Partei und der Komintern (Düsseldorfer Resolution), Düsseldorf 29.5.1926, in: Was wollen die Entschiedensten Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 14, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

und Stalin, auch wenn Korsch sich zunächst der Komintern unter Sinowjew angepasst hatte. Wie Georg Lukács ging Korsch vom Gesichtspunkt der „Totalität“ aus¹³⁶⁷ und hielt „an der Bedeutung der geistigen Sphäre“ fest¹³⁶⁸. Aber weder Karl Korsch noch die *Entschiedene Linke* waren in der Lage, die Theorie des Leninismus als das zurückzuweisen, was sie war: eine von Sinowjew/Kamenew erfundene und unter Stalin-Bucharin ausgebaute Theorie, um ihre innerparteilichen Kontrahenten auszuschalten und die ideologische Vorherrschaft über die Komintern und deren Mitgliedsparteien zu gewinnen.

Vor allem die linken Kommunisten um ihren Theoretiker Arkadi Maslow, die später den *Leninbund* gründeten, verstanden sich als Hüter der marxistischen Orthodoxie. Nicht zufällig schmückte sich ihre Zeitschrift *Die Fahne des Kommunismus* mit dem Untertitel „Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten“. Eine Schlagzeile wie „Nieder mit dem Stalinismus – für den Leninismus“ drückte das Selbstverständnis der linken Kommunisten aus. Die Zeitschrift schrieb anlässlich des Ausschlusses von Sinowjew und Trotzki aus der WKP(B), dass Stalin zwar ein paar alte Bolschewiken „erledigen“, aber den Bolschewismus nicht töten könne. Die linken Kommunisten warfen Stalin vor, das Werk Lenins zu verderben, „indem sie den Bolschewismus verraten, verfälschen, verflachen, revidieren und seines Inhalts berauben“. Der Bolschewismus sei die Theorie und Praxis des unverfälschten proletarischen revolutionären Klassenkampfes, die Marx und Lenin ausgearbeitet hätten¹³⁶⁹. Auf einer Veranstaltung Ende 1927 in Dortmund beanspruchte Ruth Fischer, dass die linken Kommunisten und ihre Genossen in Russland „die echten Leninisten (sind)“, worauf die KPD versuchte, die Versammlung zu sprengen¹³⁷⁰. Auf einer anderen Versammlung in Dortmund soll Körner als Vertreter der Gruppe Fischer-Maslow-Urbahns argumentiert haben: „O nein, der Leninismus ist nicht falsch, er wird nur falsch ausgelegt. Wir stehen, sowie alle russischen Oppositionsgruppen, auf dem Boden des Leninismus“¹³⁷¹. Noch 1928 traf in der Reichsleitung des *Leninbundes* die Aussage Köglers auf Zustimmung, dass der „Luxemburgismus, die theoretische Quelle der Brandlergruppe (...) abwegig vom Leninismus“ sei¹³⁷². Damit machten sich die

¹³⁶⁷ Lukács, Georg, Rosa Luxemburg als Marxist, in: Geschichte und Klassenbewußtsein, 3. Aufl., Darmstadt/Neuwied 1975 (Berlin 1923), S. 94 f; vgl. Korsch, Karl, Marxismus und Philosophie, 6. Aufl., Frankfurt/M./Köln 1975 (Berlin 1923), S. 87 f.

¹³⁶⁸ Jung, Werner, „Why I am a Marxist“. Karl Korsch und der Marxismus als Philosophie, in: Wild, Reiner, Dennoch leben sie. Verfeimte Bücher, verfolgte Autorinnen und Autoren. Zu den Auswirkungen nationalsozialistischer Literaturpolitik, München 2003, S. 215.

¹³⁶⁹ Nieder mit dem Stalinismus – für den Leninismus, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 36, Berlin 18.11.1927, S. 195, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹³⁷⁰ Dortmund. Oeffentliche Versammlung der Ruthenen, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 94, Berlin 5.12.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

¹³⁷¹ Dortmund. Oeffentliche Versammlung der KAP. und AAU., in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 97, Berlin 15.12.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

¹³⁷² Reichsausschuß des Leninbundes, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 184, S. 2.

oppositionellen linken Kommunisten ausgerechnet die Ideologie zueigen, die ihre Kontrahenten in der Komintern eigens zur Bekämpfung aller Abweichler erfunden hatten.

4.8 Die Ausschaltung der linken und radikal linken Opposition

Der *Offene Brief* des EKKI, den der linkskommunistische Polleiter Ruhr, Wilhelm Schwan, mitunterzeichnet hatte, war im Ruhrgebiet ohne große Diskussionen gebilligt worden¹³⁷³. Als Reaktion auf den Brief waren noch unter Schwan einige Unterbezirke umbesetzt worden. Nowack wurde als UB-Sekretär von Bochum nach Buer versetzt. Kelch wurde UB-Sekretär in Hamm, Duddins UB-Sekretär in Bochum. „Kurt“ (Petrash) wurde abberufen und zur Bezirksleitung nach Essen geschickt¹³⁷⁴. Schwan war weiterhin der Ansicht, dass die Hauptgefahr in der KPD nicht von „ultralinks“, sondern von „rechts“ ausgehe¹³⁷⁵. Hingegen sah das EKKI und das Politische Büro der KPD die „ultralinke“ Gefahr für größer als die „rechte“ an¹³⁷⁶. Gleichzeitig zum Verlust seiner Funktion als Politischer Leiter des Bezirks Ruhrgebiet wurde Schwan nach Berlin als Mitglied ins Politbüro der KPD berufen. Auch der bisherige Gewerkschaftsleiter der Ruhr-KPD, Hermann Schubert, sollte nach Berlin versetzt werden¹³⁷⁷. Die moderaten Kommunisten um Adolf Ende hatten gegen den Willen Florins eine Resolution in der BL durchgesetzt, die die Gewerkschaftsarbeit Schuberts „verurteilte“¹³⁷⁸.

Die Methode der Versetzung war besonders von der Ruth-Fischer-Zentrale praktiziert worden¹³⁷⁹ und auch Wilhelm Schwan hatte im Fall Neubauer nicht darauf verzichtet. Mit der Absetzung Schwans vertieften sich die Differenzen in der KPD-Bezirksleitung Ruhr. Als Wilhelm Pieck im Auftrag der Zentrale in der BL ein Referat hielt, nahmen die UB-Sekretäre Nowak und Futter sowie die UB-Vertreter Spöde und Szymczak dagegen Stellung, wohingegen sich Körner mit der Analyse einverstanden erklärte. Nowak bezeichnete Piecks Referat als „fraktionell“. Umgekehrt warf die neue BL um Florin ihren Kritikern vor, sie gruppiere sich um die Position Wilhelm Schwans und versuche eine fraktionelle Plattform zu schaffen. Die linkskommunistische Opposition wurde

¹³⁷³ Schwan, Punkt II der Tagesordnung. Einführung des neuen Pol-Sekretärs, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 29 (im Folgenden zitiert: Name, Einführung des neuen Pol-Sekretärs, Blatt).

¹³⁷⁴ Protokoll über die Sitzung der Bezirksleitung am 28. September 1925, [Essen 28.9.1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 17.

¹³⁷⁵ Schwan, Einführung des neuen Pol-Sekretärs, Bl. 29.

¹³⁷⁶ [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, [Rede Schwan], SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 231 f.

¹³⁷⁷ Schubert, Punkt II der Tagesordnung. Einführung des neuen Pol-Sekretärs, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 31.

¹³⁷⁸ Herbst, Andreas, „Trotzkist mit kriminelltem Einschlag“. Wilhelm Schwan – einer der Alternativen zu Thälmann?, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Braun, Günter/Dähn, Horst/ Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 1999, Berlin 1999, S. 162 f.

¹³⁷⁹ LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 89.

aufgefordert, eine Analyse der politischen Lage und eine Einschätzung der Aufgaben der KPD vorzulegen und ihre Forderungen zu erläutern¹³⁸⁰.

Auf einer Sitzung der erweiterten KPD-Bezirksleitung Ruhr wurde ausführlich über Schwans Ablösung diskutiert. Von der Debatte liegt ein Wortprotokoll vor, das einen interessanten Einblick in die unterschiedlichen Argumentationsweisen der beteiligten Funktionäre bietet und die politische Fraktionsbildung beleuchtet. Einstimmig forderte die erweiterte Bezirksleitung, den bisherigen Gewerkschaftsverantwortlichen Schubert auf seinem Posten zu belassen. Diskutiert wurde, ob die „rechte“ Gefahr größer sei als die „ultralinke“. Wegen der starken „rechten“ Tendenzen im Ruhrbezirk verteidigte Wilhelm Schwan die Notwendigkeit, in der Vergangenheit schärfer gegen diese vorgegangen zu sein, als es anderswo nötig gewesen sei. Er habe nach dem *Offenen Brief* damit gerechnet, dass die Anhänger der „Rechten“ offensiver auftreten würden. Die Neubesetzung wichtiger Funktionen mit ausgesprochen „rechten“ Funktionären habe ihn bestätigt¹³⁸¹. Das Polbüro der KPD, dem er angehörte, stehe im Gegensatz zu seiner Position¹³⁸². Er sei aus politischen Gründen von seinem Posten im Ruhrgebiet in die KPD-Zentrale abberufen worden, was selbst Thälmann zugegeben habe. Dabei sei vorgeschoben worden, dass seine Arbeit in der Berliner Zentrale wichtiger als die an der Ruhr sei. Das könne allein schon deshalb nicht stimmen, weil sein Nachfolger Florin aus der KPD-Zentrale abgezogen und ins Ruhrgebiet geschickt worden sei¹³⁸³. Der als Nachfolger Schwans eingesetzte Wilhelm Florin nannte in der Debatte organisatorische Mängel in der Arbeit des Bezirks als Hauptgrund für die Funktionsenthebung Schwans. Man sei nicht einmal im Stande, ein Flugblatt herauszubringen. Der ganze Bezirk würde absolut nichts taugen und nicht funktionieren. Zudem herrsche zwischen der politischen Leitung im Ruhrgebiet und der Zeitungsredaktion in Essen, die für die Kopfblätter im Ruhrgebiet verantwortlich war, ein unerträglich gespanntes Verhältnis. Auch Schubert als Gewerkschaftsleiter sei sehr schwach. Wenn Schwan unterstelle, dass die Partei in die Hände der „Rechten“ gespielt werden solle, dann sei das nicht korrekt. Schließlich habe er den *Offenen Brief* selbst unterschrieben¹³⁸⁴. Mit seiner Kritik an Schwans praktischer Tätigkeit versuchte Florin, die bestehenden politischen Differenzen auf eine organisatorische Ebene zu verlagern. Zudem unterstellte er, dass Schwan als Polleiter Ruhr für die angeführten Missstände allein verantwortlich sei, nicht etwa der Organisationsleiter Hassel oder die gesamte

¹³⁸⁰ [Sitzung der Bezirksleitung], [Essen] 30.12.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, S. 26.

¹³⁸¹ Schwan, Einführung des neuen Pol-Sekretärs, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 56 f.

¹³⁸² Schwan, ebd., Bl. 36 f.

¹³⁸³ Schwan, ebd., Bl. 29 f.

¹³⁸⁴ Florin, ebd., Bl. 33 f.; Die Sicht Florins wurde in die Historische Kommunismusforschung übernommen. Weber/Herbst schreiben, dass Florin „den zerrütteten Bezirk Ruhr“ übernommen habe, vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 255.

Bezirksleitung. Erst im Verlauf der Debatte wechselte Wilhelm Florin von der Betonung der organisatorischen Schwächen zu der der „ultralinken“ Gefahr über. Fast alle Berliner Genossen hätten zunächst die „rechte“ Gefahr für größer als die „linke“ gehalten. Nun habe nach schwerem Kampf die Auffassung des EKKI und der KPD-Zentrale gesiegt. Auch Fischer und Maslow hätten dies mittlerweile eingesehen. Die „Ultralinken“ seien deshalb die größere Gefahr, weil sie wie Werner Scholem noch sehr viele Arbeiter hinter sich hätten, während Ernst Meyer kaum Anhänger habe und es nie schaffen würde, Arbeiter hinter sich zu bringen. Scholem sei aus der Zentrale entfernt worden, weil er eine „nicht parteigenössische Methode“ des politischen Kampfes angewandt habe¹³⁸⁵. Als eigentlicher politischer Gegenspieler Schwans trat der moderate Kommunist Adolf Ende hervor. Für ihn lag die Hauptgefahr, die der KPD-Ruhr drohe, in einer „linken“ Abweichung. Schwan habe sich nicht konsequent für den *Offenen Brief* des EKKI eingesetzt. Deshalb erfolge seine Abberufung aus politischen und nicht aus persönlichen Gründen. Schwan sitze in zwei Leitungsgremien [Bezirksleitung Ruhr und Politischem Büro der KPD in Berlin – Anm. P.B.] und gehöre in die höhere Leitung. Nach einem Treffen mit Ruth Fischer wolle er aber im Ruhrgebiet bleiben, um diesen wichtigen Bezirk in der Hand zu behalten. Ende sah es als Fehler an, nicht viel früher gegen die „Linke“ aufgetreten zu sein. Immerhin habe er die Ablösung Nowaks als Sekretär des KPD-Unterbezirks Buer vorgeschlagen¹³⁸⁶. Dieser unterstützte Schwan, in dem er darauf verwies, dass es keine „ultralinken“ Gefahren im Bezirk Ruhrgebiet gebe. Allerdings würden einige passive Recklinghausener KPD-Mitglieder ein großes Geschrei über eine angeblich „ultralinke“ Gefahr erheben, womit Fischer/Maslow gemeint seien, und gegen Schwan auftreten. Solche Missstimmungen würden systematisch von der Zeitungsredaktion in Essen organisiert werden¹³⁸⁷, womit Nowak das *Ruhr-Echo* um dessen Chefredakteur Adolf Ende meinte. Nach Duddins, dem UB-Sekretär von Bochum, unterstütze die ganze Bezirksleitung Schwans Position¹³⁸⁸. Fuchs vom Unterbezirk Essen bekannte hingegen, kein „Linker“ zu sein. Die „linke“ Politik habe viele Mitglieder nach „rechts“ abgedrängt. Trotzdem stärkte er Schwan den Rücken¹³⁸⁹. Der UB-Sekretär von Duisburg, Futter, erklärte, dass der Ausgangspunkt der Hetze gegen bekannte „Linke“ wie König und Hesse die Rottstraße sei, wo die Redaktion des *Ruhr-Echo* sitze. Die Gefahren von „rechts“ seien größer als die von „links“¹³⁹⁰. Felix (Szymczak) aus dem Unterbezirk Buer betonte noch einmal, dass die Opposition aus Recklinghausen, die sich in Anwesenheit eines EKKI-Vertreterers über die Linke „beklagt“ hatte, völlig passiv sei. Die Zeitungsredaktion betreibe eine systematische Hetze gegen

¹³⁸⁵ Florin, ebd., Bl. 48 f.

¹³⁸⁶ Ende, ebd., Bl. 40 f.

¹³⁸⁷ Nowack, ebd., Bl. 37 f.

¹³⁸⁸ Duddins, ebd., Bl. 38.

¹³⁸⁹ Fuchs, ebd., Bl. 39.

¹³⁹⁰ Futter, ebd., Bl. 43.

Schwan, mit dem sich Szymczak solidarisierte¹³⁹¹. Spöthe vom UB-Hamborn sah ebenfalls die „rechte“ Gefahr in der KPD für größer als die „linke“ an. In der Gewerkschaftsfrage habe er früher gegen die Gründung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* Stellung genommen und sei deshalb als Sozialdemokrat verschrien worden. Jetzt, wo er die „rechte“ Gefahr als die Größere ansehe, sei er auf einmal „ultralinks“. Das wäre Mist von Intellektuellen. Die alten „Rechten“ und Freunde Brandlers würden immer noch fraktionell arbeiten. Von einer Linksfraktion sei nichts zu sehen. Spöthe unterstützte Schwan¹³⁹². Auch Alfred Schroer vom UB Gelsenkirchen meinte, dass im Ruhrgebiet die „rechten“ Gefahren größer als die „linken“ seien. Im UB-Gelsenkirchen gebe es keine „ultralinke“ Gefahr¹³⁹³. Der UB-Sekretär von Hamm, Kelch, erklärte, wo keine „ultralinken“ Gefahren vorhanden seien, könnten auch keine aufgezeigt werden. Er teile die Ansicht Schwans¹³⁹⁴. Eichhorn vom UB Essen fügte hinzu, dass es in Essen keine „ultralinke“, aber eine außerordentlich große rechte Gefahr gebe¹³⁹⁵. Vollmer aus Dortmund und der dortige UB-Sekretär, Körner, solidarisierten sich mit Schwan. Nach Vollmer hatte Schwan die Arbeit im Bezirk nicht vernachlässigt¹³⁹⁶. Szymczak meinte, Schwan sei im Ruhrgebiet bekannt und habe großen Anhang¹³⁹⁷. Spöthe war überzeugt, dass die Mitgliedschaft mit Schwans Abberufung nicht einverstanden sein werde¹³⁹⁸. Der linke Kommunist Futter wandte sich gegen dessen diktatorische Art. Mit der Mitgliedschaft müsse in ruhiger und sachlicher Art geredet werden¹³⁹⁹. Dagegen stellte sich Selbmann hinter Florin¹⁴⁰⁰. Riegel kritisierte die Haltung Schwans zum EKKI-Brief und zweifelte an seiner Ehrlichkeit. Theissen vom *Ruhr-Echo* wandte sich gegen die Intellektuellen-Schelte von Spöthe¹⁴⁰¹. Der Organisationssekretär der BL, Hassel, schwieg in der Debatte. Der Gewerkschaftssekretär der BL, Schubert, sprach nur zu seinem Aufgabengebiet¹⁴⁰². Als eigentliche politische Kontrahenten Schwans traten in der Debatte moderate Kommunisten hervor. Adolf Ende beschwerte sich über Schwans „Regiment“¹⁴⁰³. Küchenmeister, Redakteur beim *Ruhr-Echo*, erklärte, dass die Differenzen der Redaktion zur Bezirksleitung Schwan politischer Natur seien. Nicht die Redaktion habe gegen die BL, sondern umgekehrt die Bezirksleitung unter Schwan gegen die Redaktion gehetzt. Das Vertrauen zwischen der KPD-Mitgliedschaft und den UB-Sekretären sei nicht das Beste, wie das Beispiel Nowak zeige¹⁴⁰⁴. Niehüser aus dem UB Hamborn kritisierte die

¹³⁹¹ Felix [Szymczak], ebd., Bl. 44.

¹³⁹² Spöthe, ebd., Bl. 45 f.

¹³⁹³ Schroer, ebd., Bl. 52.

¹³⁹⁴ Kelch, ebd., Bl. 53.

¹³⁹⁵ Eichhorn, ebd., Bl. 55.

¹³⁹⁶ Vollmer, ebd., Bl. 31 f.

¹³⁹⁷ Felix [Szymczak], ebd., Bl. 44.

¹³⁹⁸ Spöthe, ebd., Bl. 46.

¹³⁹⁹ Futter, ebd., Bl. 43.

¹⁴⁰⁰ Selbmann, ebd., Bl. 42.

¹⁴⁰¹ Riegel, ebd., Bl. 53 f.

¹⁴⁰² Schubert, ebd., Bl. 30 f.

¹⁴⁰³ Ende, ebd., Bl. 41 f.

¹⁴⁰⁴ Küchenmeister, Bl. 47 f.

„ultralinke“ Haltung der KPD-Ruhr gegenüber der SPD, weshalb fünf KPD-Stadträte zur SPD gewechselt seien. Es sei im Interesse der Partei, dass Schwan vom Ruhrgebiet abberufen werde. Die „linke“ Gefahr sei die Größere, weil sie die KPD hindere, an die Massen heranzukommen¹⁴⁰⁵. Obwohl sich Wilhelm Florin in der Debatte zunächst auf organisationspolitische Probleme konzentriert hatte, spielten diese kaum eine Rolle. Der UB-Sekretär von Duisburg, Futter, bemängelte Florins Ausführungen über den schlechten Zustand der KPD im Ruhrgebiet, die sich nicht mit dem Bericht auf dem letzten Parteitag decken würden. Der Bezirk sei der drittbeste nach der Zahl der Mitglieder sowie der Abonnenten und stehe mit an der Spitze bei der Gewerkschaftsarbeit¹⁴⁰⁶. Schwan antwortete auf Florins Vorwürfe, dass er als Polleiter erst seit zweieinhalb Monaten für den KPD-Bezirk Ruhrgebiet verantwortlich und dabei noch häufig in Berlin gewesen sei. Vor ihm seien Neubauer und „Gustav“ auch nicht länger im Amt geblieben¹⁴⁰⁷. Das Meinungsbild war eindeutig. Die Mehrheit der Bezirksleitung bekannte sich zu linkskommunistischen Positionen und verteidigte Wilhelm Schwan. Der linke Kommunist Wilhelm Florin verfügte zunächst über keine eigenständige Basis bei den Funktionären der Ruhr-KPD. Wie konnte es ihm da gelingen, den Ruhrbezirk *auf Linie* zu bringen?

In der Debatte der Bezirksleitung kamen Positionen zum Vorschein, die das Organisationsverständnis der führenden Funktionäre des KPD-Bezirks Ruhrgebiet offen legten. Wilhelm Schwan erkannte der KPD-Zentrale das Recht zu, ihn als Politischen Leiter des Ruhrgebiets abzuernufen und sah es als selbstverständlich an, Folge zu leisten¹⁴⁰⁸. Die Bezirke müssten von der Zentrale so besetzt werden, wie sie es für richtig halte¹⁴⁰⁹. Er selbst würde genauso wie die KPD-Zentrale handeln, wenn es notwendig sei, einen „ultralinken“ Politischen Sekretär „abzusägen“. So habe er die Initiative ergriffen, den früheren Politischen Leiter der Ruhr-KPD, Neubauer, von seinem Posten zu entfernen. Die Zentrale habe richtig gehandelt, weil sie wüsste, dass er (Schwan) eine andere Meinung vertrete. Er stehe auch nicht in Opposition zum *Offenen Brief* des EKKI¹⁴¹⁰. Das war auch die Meinung des moderaten Kommunisten Küchenmeister, der das Recht der KPD-Zentrale verteidigte, Schwan aus politischen Gründen von seinem Posten abzuernufen. Er wies zudem auf den Mangel hin, dass im Polbüro der KPD-Bezirksleitung Ruhr keine Arbeiter säßen¹⁴¹¹. Auch der linke Kommunist Schubert kritisierte nicht grundsätzlich die eigene Abberufung, sondern nur, dass nicht vorher mit ihm darüber geredet worden sei¹⁴¹². Der Linkskommunist Schroer wandte sich zwar gegen den alten

¹⁴⁰⁵ Niehüser, ebd., Bl. 54 f.

¹⁴⁰⁶ Futter, ebd., Bl. 42 f.

¹⁴⁰⁷ Schwan, ebd., Bl. 35.

¹⁴⁰⁸ Schwan, ebd., Bl. 29 f.

¹⁴⁰⁹ Schwan, ebd., Bl. 36.

¹⁴¹⁰ Schwan, ebd., Bl. 58.

¹⁴¹¹ Küchenmeister, ebd., Bl. 47.

¹⁴¹² Schubert, ebd., Bl. 30.

Fehler, politische Ansichten durch organisatorische Maßnahmen zu bekämpfen. Aber auch er war für die Umsetzung des *Offenen Briefes* in allen Punkten¹⁴¹³. Diese Meinung teilte wiederum Riegel, der ein Gegner Schwans war¹⁴¹⁴. So stimmten die Ansichten einiger linkskommunistischer Funktionäre mit denen ihrer innerparteilichen Gegner überein. Diesen linken Kommunisten war nicht klar, dass ihr organisatorisches Selbstverständnis mit innerparteilicher Demokratie wenig zu tun hatte. Besonders Wilhelm Schwan hatte viele undemokratische Normen verinnerlicht. Das mangelnde Verständnis von innerparteilicher Demokratie musste den Aufbau einer neuen linkskommunistischen Opposition gegen Thälmann-Meyer/Ewert bzw. Florin-Ende erheblich erschweren. Geradezu hilflos wandte sich der linke Kommunist Nowack an Florin, er möge in der Redaktion des *Ruhr-Echo* energisch durchgreifen¹⁴¹⁵. Andere Linkskommunisten reagierten erheblich kritischer auf die Ablösung Schwans. Der Unterbezirk Dortmund sei absolut nicht mit Schwans Versetzung einverstanden, so dessen Vertreter Vollmer, und erhebe schärfsten Protest gegen den Beschluss von oben. Der anstehende Bezirksparteitag müsse die Möglichkeit haben, sich seine Leitung selbst zu wählen. Der Dortmunder UB-Sekretär Körner erklärte, die Art und Methode der Abberufung Schwans fördere nicht das gute Einvernehmen zwischen der KPD-Zentrale und der Mitgliedschaft¹⁴¹⁶. Schroer aus Gelsenkirchen forderte die offene Diskussion über aufgetretene Konflikte in der erweiterten Bezirksleitung ein¹⁴¹⁷. Diese Position unterschied sich nicht nur von der eines Wilhelm Schwan oder eines Adolf Ende. Konträr stand sie vor allem zu der von Wilhelm Florin. Dieser betonte die alleinige Zuständigkeit der Berliner Parteizentrale für die KPD des Ruhrgebietes. Die BL könne Schwan das Vertrauen aussprechen, aber nicht die Zentrale der KPD daran hindern, ihn abzubrufen. Was der Bezirksparteitag beschließe, sei eine Frage für sich. Darauf komme es nicht an. Es müsse das durchgeführt werden, was von der KPD-Zentrale im Einverständnis mit der EKKI-Delegation beschlossen worden sei. Eine Stimmung gegen die Zentrale im Bezirk sei unzulässig¹⁴¹⁸. Florin formulierte ein politisches Selbstverständnis, das die völlige Beherrschung der Partei durch die zentralen und internationalen Instanzen und die Entmündigung der Mitgliedschaft bedeutete. Zwar war auch Wilhelm Schwan der Meinung, dass die KPD-Zentrale das Recht habe, Funktionäre im Bezirk auszutauschen. Er war aber viel zu sehr mit der Ruhr-KPD verwachsen, als dass er dem Bezirksparteitag das Recht abgesprochen hätte, seine eigenen verbindlichen Entscheidungen zu treffen. Allerdings war es von Schwans Organisations-

¹⁴¹³ Schroer, ebd., Bl. 52.

¹⁴¹⁴ Riegel, ebd., Bl. 53.

¹⁴¹⁵ Nowack, ebd., Bl. 37.

¹⁴¹⁶ Kö[r]ner, ebd., Bl. 31 f.

¹⁴¹⁷ Schroer, ebd., Bl. 52.

¹⁴¹⁸ Florin, ebd., Bl. 34 f.

und Demokratieverständnis nur ein kleiner Schritt zu dem von Florin – wenn auch ein wichtiger.

Nur einer blickte durch, worauf die Auswechselung Schwans hinauslief. Der radikal linke Kommunist Felix Szymczak aus dem KPD-Unterbezirk Buer sah in der Abberufung Schwans nicht nur einen schweren Fehler, wie er unter der früheren linken Leitung schon öfter gemacht worden sei. Szymczak sah voraus, dass diese Abberufung weitreichende Folgen habe würde und auf die Entfernung der führenden Funktionäre, die seit 1923 die KPD im Ruhrgebiet aufgebaut hatten, hinauslaufe. In kürzester Zeit würden auch die UB-Sekretäre „hinauslanziert“ werden. Die Erledigung abweichender Meinungen mit organisatorischen Mitteln bewiese, dass die Zentrale nichts dazugelernt habe. Der Unterbezirk Buer werde sich energisch gegen die Neueinsetzung eines Politischen Sekretärs wehren, um die innerparteiliche Demokratie zu wahren¹⁴¹⁹. Das sollte sich als richtige Prognose erweisen. Letztlich lähmte Schwans Position den Widerstand gegen seine Ablösung. Ein Antrag diese zu verhindern, wurde nicht gestellt. Aber selbst die Resolution von Nowack, Kelch, Körner und Szymczak, die Schwan und Schubert das „vollste Vertrauen“ für die geleistete Arbeit aussprach, wurde auf Bitten von Schwan zurückgezogen¹⁴²⁰. Einen Zusammenhang zu den Fraktionskämpfen innerhalb der WKP(B) der Sowjetunion sah bei der Abberufung Wilhelm Schwans niemand, auch Felix Szymczak aus Buer nicht.

In der Debatte der Bezirksleitung forderte der Duisburger UB-Sekretär Futter, die Zentrale solle nicht alle Augenblicke die Leitung abberufen und durch eine neue ersetzen. Stattdessen solle man sie mit den Massen verwachsen lassen¹⁴²¹. Spöthe vom UB-Hamborn kritisierte, dass oft neue Sekretäre in die Unterbezirke geschickt würden. Sie müssten durch praktische Arbeit erst noch beweisen, ob sie zur Führung taugen würden¹⁴²². Beide Kritiken richteten sich gegen den ständigen Wechsel des Führungspersonals durch Entscheidungen von oben.

Seit Anfang 1924 hatte der KPD-Bezirk Ruhr in nur eineinhalb Jahren vier linkskommunistische Politische Leiter verschlissen. Nun sollte mit Florin der Fünfte folgen. Zum Aufbau der KPD fehlte sowohl eine richtige Politik als auch eine kontinuierliche, mit der Parteibasis verbundene Bezirksleitung. Der ständige Wechsel des Führungspersonals resultierte nicht nur aus der organisatorischen Unfähigkeit der linkskommunistischen KPD-Zentrale, sondern vor allem aus der mangelnden organisationspolitischen Autonomie des Ruhrbezirks der KPD. Bei einer hohen personellen Fluktuation konnte keine Leitung aus ihren politischen Fehlern lernen. Denn

¹⁴¹⁹ Felix [Szymczak], ebd., Bl. 44 f.

¹⁴²⁰ Schwan, ebd., Bl. 60.

¹⁴²¹ Futter, ebd., Bl. 43.

kaum hatte sie welche gemacht, schon wurden ihre führenden Funktionäre durch neue ersetzt. Das musste große Teile der Mitgliedschaft verunsichern und die Häme der politischen Gegner herausfordern. Demgegenüber stellten führende KPD-Funktionäre in der Diskussion der Bezirksleitung Ruhr ein ganzes Programm von Vorschlägen zur Demokratisierung der KPD auf:

- Ruhiges und sachliches Verhalten der Funktionäre,
- Verzicht auf diktatorisches Auftreten,
- Bestimmung der leitenden Funktionäre allein durch den Bezirksparteitag,
- keine ständige Rotation der UB-Sekretäre,
- offene Diskussion politischer Konflikte.

Das zeigte, dass einige linke Kommunisten nicht bloß willige Gefolgsleute Wilhelm Schwans waren, sondern eine eigenständige Haltung zur innerparteilichen Demokratie vertraten. Erst mit seiner Abberufung als Politischer Sekretär der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet änderte Schwan seine politische Haltung und schloss sich der Fraktion Fischer/Maslow/Urbahns an.

Die Unterstützung für Wilhelm Schwan war in der KPD-Bezirksleitung Ruhr stark. Dessen Ansicht, dass die sog. rechte Gefahr größer sei als die linke, wurde von der Mehrheit der Funktionäre und der Mitgliedschaft des Ruhrbezirks geteilt. Besonderen Rückhalt fand Schwan in den Unterbezirken Buer, Dortmund, Hamm, Gelsenkirchen, Duisburg und Bochum. Im UB Hamborn und im UB Essen waren die Meinungen geteilt. Unterstützung bekam der neue Politische Leiter Wilhelm Florin von der Redaktion des *Ruhr-Echo* und von anderen moderaten Kommunisten. Da es sich aber bei der Fraktion Thälmann/Dengel, zu der Florin gehörte, trotz ihres Blocks mit der Fraktion Meyer/Ewert, immer noch um linke Kommunisten handelte, fehlte es Florin zunächst an einer eigenen, größeren linken Fraktion, an einer Hausmacht in der KPD des Ruhrgebietes. Diese zu finden wurde dadurch erschwert, dass die ständigen Umbesetzungen in der Bezirksleitung vielen KPD-Mitgliedern als undemokratisch aufstoßen mussten, gehörte doch zu ihrem politischen Selbstbewusstsein, dass sie die moderat kommunistische Bezirksleitung um Graul/Stolzenburg über demokratische Wahlen auf einem Bezirksparteitag abgelöst hatten. Die neue Bezirksleitung kam nicht auf demokratischem Wege zustande. Der für Dezember 1925 geplante Bezirksparteitag wurde auf den 27./28. März 1926 verschoben¹⁴²³. Die dreizehnköpfige Bezirksleitung¹⁴²⁴ wurde im November 1925 auf Vorschlag des Politbüros

¹⁴²² Spöthe, ebd., Bl. 45.

¹⁴²³ [Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet], Resolution, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, S. 84.

¹⁴²⁴ Orbüro, Bericht über den Aufbau und die Arbeitsmethoden der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen 22.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 47 f.

der BL Ruhrgebiet um fünf Betriebsarbeiter erweitert; weitere fünf Arbeiter in ihr Polbüro gewählt¹⁴²⁵. Die Arbeiter *aus den Betriebszellen* bildeten den ersten Grundstock für eine linkskommunistische Fraktion um Florin. Zur neuen BL gehörten Florin, Hassel, Schubert, Idel, Westerwick, Woitkowski, Becker, Baum, Ende, Baranowski, Szymczak, Niehüser, Spöde, Weichmann, Vollmer, Barowski und Gregor. Die Verhältnisse im KPD-Bezirk Ruhrgebiet veränderten sich grundlegend. Politisch wurde ein Block um Wilhelm Florin mit der moderat kommunistischen Fraktion um Adolf Ende bestimmend. Die neue Bezirksleitung beschloss auf ihrer Sitzung vom 30. November 1925 einschneidende organisatorische Maßnahmen zur Umstrukturierung der KPD im Ruhrgebiet¹⁴²⁶. Der „Reorganisationsplan für die Bezirksorganisation“¹⁴²⁷ beinhaltete eine verstärkte Konzentration von Entscheidungsbefugnissen bei der Bezirksleitung und die Entmachtung der Unterbezirke. Beides war mit personellen Maßnahmen verbunden.

Die *Konzentration von Entscheidungsbefugnissen* wurde durch verschiedene Maßnahmen vorangetrieben. Die Aufnahme von Betriebsarbeitern in die BL wurde bereits erwähnt. Anfang 1926 wurde das Polbüro der Bezirksleitung aufgelöst und als Ersatz eine „engere“ Bezirksleitung gebildet¹⁴²⁸, die die Tagesgeschäfte neben der eigentlichen BL führte. In der *engeren* Bezirksleitung kamen hauptsächlich Essener KPD-Funktionäre zusammen. Das war eine einschneidende Veränderung. Denn da in der Ruhr-KPD die Bergarbeiter die größte Berufsgruppe waren, die Metallarbeiter aber im KPD-Unterbezirk Essen dominierten, so stützte sich die engere KPD-Bezirksleitung auf eine Arbeiterkategorie, die allgemein als weniger radikal galt als die Schicht der Bergarbeiter. Die politische, organisatorische und gewerkschaftliche Leitung im Bezirksbüro wurde zu eigenen Abteilungen ausgebaut. Die acht Kopfblätter im Ruhrgebiet wurden auf drei reduziert¹⁴²⁹. In Essen sollten die beiden Leitungsebenen Ortsgruppenvorstand und Unterbezirksleitung ersatzlos aufgelöst und durch die um einige Essener Funktionäre erweiterte Bezirksleitung ersetzt werden. Als praktisches Beispiel für die Liquidierung der „doppelten“ und „dreifachen“ Leitungsstrukturen wurde auf die KPD Hannover, Leipzig und Dresden verwiesen, wobei nicht zufällig die beiden ersteren Städte als Hochburgen der sog. Ultralinken galten¹⁴³⁰. Die verstärkte Zentralisierung führte zu einer Fokussierung der

¹⁴²⁵ Aus dem Bericht der B.L. Ruhrgebiet, [Essen] 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 124 f.

¹⁴²⁶ Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 30.11.1925 Ruhrgebiet, [Essen November 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 18.

¹⁴²⁷ Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 12.12.1925, [Essen Dezember 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 21.

¹⁴²⁸ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 39.

¹⁴²⁹ Bezirksleitung Ruhrgebiet Abteilung: Pol.-Büro, An die Zentrale der K.P.D., Essen 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 127.

¹⁴³⁰ Nur eine Leitung am Vorort der BL oder UBL, in: Der Parteiarbeiter, 3. Jg., Nr. 1, [Berlin] Oktober 1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 190.

KPD-Bezirksleitung Ruhr auf Essen. Bei ihrem Treffen Mitte April 1926 kamen von sechszwanzig Anwesenden die Hälfte aus Essen; von fünfzehn Funktionären der BL lebten neun in der Kruppstadt¹⁴³¹.

Die Kehrseite der Konzentration von Entscheidungsbefugnissen bei der BL war die Entmachtung der Unterbezirke. Instrukteure hatten der KPD-Zentrale in einem Bericht über den Ruhr-Bezirk die Ersetzung von UB-Sekretären empfohlen, wenn es in Unterbezirken „Misstrauen“ gebe¹⁴³². Die Unterbezirke Duisburg und Hamborn, Dortmund und Hamm wurden zusammengelegt. Zukünftig durften nur Betriebsarbeiter, d. h. also Mitglieder von Betriebszellen, Leitungsmitglieder der Unterbezirke werden. Plakate und Flugblätter wurden nicht mehr im jeweiligen Unterbezirk, sondern nur noch von der Bezirksleitung erstellt¹⁴³³. Die Finanzen unterstanden komplett der Bezirksleitung, während vorher in den Unterbezirken zehn Prozent der Beitragseinnahmen verblieben waren, zu denen noch monatlich je einhundert Reichsmark aus der Bezirkskasse an die Unterbezirke flossen. Die Referenten wurden allein von der BL bestimmt, während sie vorher von der Unterbezirksleitung ausgewählt bzw. gestellt wurden. Die Wahl der Unterbezirkssekretäre erfolgte auf dem Bezirksparteitag statt wie bisher durch die Unterbezirkskonferenzen¹⁴³⁴. Selbst diese Regelung wurde dadurch ersetzt, dass die Angestellten nicht mehr vom Bezirksparteitag gewählt, sondern von der BL angestellt wurden¹⁴³⁵. Im oppositionellen radikal linken Unterbezirk Buer wurden die Ortsgruppen ab Dezember 1925 von der KPD-Bezirksleitung betreut. Alle Versammlungen der Ortsgruppen mussten bei der Bezirksleitung angemeldet werden, die die Termine an die Presse weitergab und die Treffen mit Funktionären beschickte¹⁴³⁶. Die organisatorischen Maßnahmen in Buer waren keineswegs eine Antwort auf die „kommunale Neugliederung“ wie Eumann meint¹⁴³⁷, sondern dienten der Bekämpfung der Hochburg der radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet. In die Unterbezirksleitung in Hamm wurden von der BL Ruhr drei Betriebszellen-Obleute gewählt. Zum neuen UB-Sekretär wurde Duddins ernannt. Die

¹⁴³¹ Anwesenheitsliste Bezirksleitungssitzung am Montag, dem 12. April 1926, [Essen April 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 16.

¹⁴³² Feststellungen bestehender Mängel und Schlußfolgerungen aus der Arbeit der Zentrale-Instrukteure im Bezirk Ruhrgebiet (Oktober 1925), o. O. o. D., in: Oberpräsident der Provinz Westfalen, An Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Betr.: Kontrollbericht kommunistischer Zentral-Instrukteure, Münster 20.11.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 164 f.

¹⁴³³ Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 30.11.1925 Ruhrgebiet, [Essen November 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 18; Da Eumann die Fraktionskämpfe in der KPD unterschätzt, zieht er von ihnen keine Verbindung zur Verringerung der Unterbezirke, vgl. Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 49.

¹⁴³⁴ Orbüro, Bericht über den Aufbau und die Arbeitsmethoden der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen 22.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 47 f.

¹⁴³⁵ [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: *Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken*, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

¹⁴³⁶ Bezirksleitung Ruhrgebiet Or-Büro, Betrifft Neuorganisation der K.P.D. (Abschrift), Essen 5.12.1925, In: Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Münster 13.12.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 107.

¹⁴³⁷ Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 49.

Absicht der BL war es, auf der nächsten UB-Konferenz in Hamm eine UB-Leitung mit einer anderen Zusammensetzung wählen zu lassen¹⁴³⁸. Nachdem die linke und radikal linke Opposition in den Unterbezirksleitungen entmachteter worden war, führte die KPD-Bezirksleitung Ruhr um Florin-Ende im Mai 1926 die alte Einteilung in acht Unterbezirke wieder ein¹⁴³⁹. Im März 1926 beschloss die KPD-Bezirksleitung, dass keine Schulungskurse ohne Genehmigung der Bezirksleitung abgehalten werden dürften. Über die Kursleiter entscheide allein die Bezirksleitung. So lehnte die BL den Protest des radikal linkskommunistischen Leiters der Bocholter KPD, Josef Schmitz, gegen seine Nichtverwendung bzw. Streichung als Kursreferent ab, „da man Schmitz wegen seiner unklaren politischen Einstellung nicht als Kursleiter verwenden kann“¹⁴⁴⁰. Dieser Beschluss wurde Ende April bestätigt¹⁴⁴¹. Da die KPD schon vor der *Reorganisation* 1926 eine stark zentralistische Partei war, ergab ihre ‚Atomisierung‘, die Konzentration von Entscheidungsbefugnissen bei der Bezirksleitung, die Einführung der Körperschaftsdisziplin und die Entmachtung der Unterbezirke eine Hyper-Zentralisierung, d. h. ein weitgehend undemokratisches Organisationsmodell. War für die mangelnde Demokratie unter Schwan eine Reihe von *Fehlern* verantwortlich, die u. a. in der linken Sicht der Bolschewisierung und in seiner Person begründet waren, wurde sie unter Florin-Ende zur *Struktur* erhoben.

Die undemokratischen Maßnahmen der BL um Florin-Ende trafen in der Ruhr-KPD zunächst auf wenig Widerstand. Auf acht großen „außergewöhnlich gut besuchten“ Generalmitgliederversammlungen sei ihnen trotz der Kritik der Anhänger Schwans zugestimmt worden. In Essen und Dortmund stimmten von jeweils vierhundert Anwesenden so gut wie alle dafür. In Hamm wurden sie einstimmig, in Duisburg mit 115 : 8 Stimmen und in Bochum mit 100 : 11 Stimmen gebilligt. Nur in Gelsenkirchen gebe es eine größere Opposition und in Buer sei noch gar nicht diskutiert und abgestimmt worden¹⁴⁴². Dass mit der verstärkten Zentralisierung die Mitgliedschaft der KPD mehr und mehr entmündigt wurde und weniger Einfluss auf die Entscheidungen der Partei nehmen konnte, schien vielen KPD-Mitgliedern nicht klar gewesen zu sein. Erst in den kommenden Wochen und Monaten sollten sie erfahren, wie sich die Maßnahmen der *Reorganisation* auswirken sollten. Doch weil all die undemokratischen Maßnahmen nicht ausreichten, um

¹⁴³⁸ Bezirksleitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung am 12.4.1926, [Essen] 15.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 14.

¹⁴³⁹ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 91.

¹⁴⁴⁰ Bezirksleitung Ruhrgebiet Pol.-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 15.3.1926, Essen 17.3.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 8.

¹⁴⁴¹ Protokoll der engeren B. L. Sitzung am Samstag, den 24.4.1926, [Essen 24.4.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 3.

¹⁴⁴² Bezirksleitung Ruhrgebiet Abteilung: Pol.-Büro, An die Zentrale der K.P.D., Essen 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 127.

die Macht der Fraktion Wilhelm Florins in der Ruhr-KPD abzusichern und die oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten erfolgreich zu bekämpfen, griff die BL Florin-Ende zum Mittel der *persönlichen Diskreditierung*, um führende Funktionäre der linkskommunistischen Opposition in Misskredit zu bringen.

Gegen Arkadi Maslows, der seit Mai 1925 im Gefängnis saß¹⁴⁴³, verabschiedete die BL Ruhr am 18.1.1926 eine Entschließung, weil er vor einem bürgerlichen Gericht politische Differenzen innerhalb der Partei ausgebreitet habe. Die Bezirksleitung der KPD-Ruhr unterstützte die Kritik an Ruth Fischer, sich mit einer Erklärung auf dem 14. Parteitag der WKP(B) in Widerspruch zur KPD gesetzt zu haben¹⁴⁴⁴. Die BL begrüßte auch den Ausschluss des ehemaligen Mitglieds des PB der KPD, Iwan Katz. Er sei ein Kleinbürger, Verräter und wurde samt seiner Fraktion von der BL Ruhr als „Eiterbeule“ charakterisiert¹⁴⁴⁵. Als gefährlicher sah die BL Ruhr den nicht eingeplanten Auftritt des linksoppositionellen ZK-Mitgliedes Hugo Urbahns auf dem Bezirksparteitag Ruhr in Essen am 27./28.3.1926 an. Dazu habe er keinen Auftrag vom ZK gehabt. Urbahns habe dort Gerüchte über die KPdSU ausgestreut und sei trotz Klarstellung von Ernst Thälmann auf die russische Parteidiskussion eingegangen. Indem er gegen die ZK-Mitglieder Thälmann und Florin polemisiert und behauptet habe, das ZK führe die Partei „nach rechts“, trage er dazu bei, die Autorität der Parteileitung und der Exekutive zu erschüttern. Mit seinem Auftreten außerhalb einer festgelegten Parteidiskussion verhalte sich Urbahns parteischädigend. Das ZK müsse schärfstens gegen ihn vorgehen¹⁴⁴⁶. Besonders stark wurde Wilhelm Schwan kritisiert, der im KPD-Politbüro in Berlin arbeitete. Wilhelm Florin lastete seinem Vorgänger die mangelhafte Beitragsmoral der Ruhr-KPD an, die Schulden in Höhe von 60.000 Reichsmarken bei der Berliner Zentrale habe¹⁴⁴⁷. Eine von Florin behauptete „ungeheuerliche Sache“ von „Unterschlagung und Korruption auf allen Gebieten“, in der er sich gleichzeitig als Initiator der Untersuchung und zukünftiger Ankläger aufspielte¹⁴⁴⁸, verlief im Sande. Auch beschwerte sich die Bezirksleitung Ruhr beim ZK über Schwan, weil er sich weigere, sein Konto bzw. das der Bezirksleitung auf einen anderen Namen zu übertragen¹⁴⁴⁹. Anfang August beabsichtigte das KPD-Sekretariat, Schwan wegen fraktioneller Tätigkeit in seiner Krankenzeit „zur Verantwortung“ zu ziehen¹⁴⁵⁰. Für Wirbel sorgte Schwans Zustimmung zum Reichsknappschaftsgesetz¹⁴⁵¹.

¹⁴⁴³ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 581.

¹⁴⁴⁴ [Bezirksleitung KPD-Ruhr], Entschließung, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 9.

¹⁴⁴⁵ [Bezirksleitung], Erklärung, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 58.

¹⁴⁴⁶ [Bezirksleitung], Entschließung, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 57.

¹⁴⁴⁷ Der Polizeipräsident, Betrifft: Reorganisation der K.P.D., Essen 30.11.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 87.

¹⁴⁴⁸ Florin, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 12. Dezember 1925, [Essen Dezember 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 23.

¹⁴⁴⁹ Bezirksleitung Ruhrgebiet, An das Zentral Komitee der K.P.D., Essen 4.2.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 111.

¹⁴⁵⁰ (KPD-)Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 28. 7. 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 530 f.

Seine Rede im Reichstag sei oberflächlich gewesen und könne nicht als Material für die Parteiarbeit verwendet werden. Er stelle auch keine Informationen zum Reichsknappschaftsgesetz zur Verfügung. Die BL beantragte deshalb bei der KPD-Zentrale, dass Schwan sein Reichstagsmandat niederlege¹⁴⁵². Dabei war Schwan im Reichstag als Antragsteller und Hauptredner der KPD zum Knappschaftsgesetz aufgetreten, während der Reichstagsabgeordnete Florin bei den Sitzungen gefehlt hatte. Schwan hatte sich u. a. für die Ausdehnung der Knappschaftsversicherung auf die Stahlbetriebe ausgesprochen und hatte die frühere Bereicherung der Kohlekonzerne an der Knappschaftsversicherung aufgezeigt¹⁴⁵³. Bei der Schlussabstimmung hatte er sich so wie fast alle anderen anwesenden Abgeordneten der KPD verhalten und dem Gesetz zugestimmt¹⁴⁵⁴. Damit wurden von der Bezirksleitung Ruhr in Kürze fünf Spitzenfunktionäre der KPD angegriffen, vier von ihnen ehemalige bzw. amtierende Funktionäre des Politischen Büros der KPD, weil sie als bekannte (radikal) linke Kommunisten in Opposition zur Führung um Thälmann/Dengel-Meyer/Ewert und zur Komintern standen.

Gegen linkskommunistische Oppositionelle im Bezirk Ruhr benutzte die BL ähnlich schwache Argumente wie gegen Schwan. In der gleichen Sitzung der BL, in der der ZK-Vertreter Pieck einer Gruppe von Sekretären und BL-Mitgliedern vorwarf, fraktionell vorzugehen, leitete die BL ein Untersuchungsverfahren gegen Nowak, den linkskommunistischen Sekretär des KPD-Unterbezirks Buer, ein, der beschuldigt wurde, Spitzel zu sein¹⁴⁵⁵. Im Januar 1926 beschloss die Bezirksleitung, Nowak auf der nächsten ordentlichen BL-Sitzung für ein Jahr aller Funktionen zu entheben. Jetzt wurde er wegen „undiszipliniertem Verhalten“ in der Erwerbslosenfrage gerügt. Außerdem forderte die engere Bezirksleitung einen Bericht über den Sekretär des KPD-Unterbezirks Hamm, Kelch, an, wobei geklärt werden sollte, warum Kelch „von den sozialdemokratischen christlichen Arbeitern als Person so tief gehasst wird und ob es stimmt, dass Kelch die *Roten Frontkämpfer* und Parteigenossen darauf eingestellt hat, die schwarz-rot-goldenen Arbeiter zu verprügeln“. Zusätzlich wurde eine Untersuchung gegen den Sekretär des KPD-Unterbezirks Duisburg, Futter, eingeleitet¹⁴⁵⁶. In der BL-Sitzung vom 18.1.1926 wurde Nowak eine Rüge ausgesprochen. Dieser war in einer Erwerbslosenversammlung in Aplerbeck entgegen der Linie der Partei nicht für einen gewerkschaftlichen, sondern für

¹⁴⁵¹ Bezirksleitung Ruhrgebiet, An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 9.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 115.

¹⁴⁵² [Bezirksleitung] Entschließung, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 56.

¹⁴⁵³ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte von der 187. Sitzung am 26.3.1926 bis zur 224. Sitzung am 2.7.1926, 3. Wahlperiode 1924, Bd. 390, Berlin 1926, S. 7398 f.

¹⁴⁵⁴ Ebd., S. 7526.

¹⁴⁵⁵ Pol-Büro, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 30. Dezember, Ruhrgebiet, [Essen Dezember 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 27.

¹⁴⁵⁶ Pol.-Büro, Protokoll der engeren Bezirksleitungs-Sitzung am 11.1.1926, [Essen Januar 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 1 f.

einen selbstständigen Reichsbetriebsrätekongress eingetreten¹⁴⁵⁷. In einem zweiten Schritt bestätigte die BL das Funktionsverbot für Nowak und Weichmann von einem Jahr Dauer wegen Fraktionsarbeit. Auch der Duisburger UB-Sekretär Futter wurde mit sofortiger Wirkung seiner Funktionen enthoben¹⁴⁵⁸ und durch einen neuen Sekretär ersetzt. Heinrich Körner, der fünf Jahre lang Sekretär des Unterbezirks Dortmund gewesen war, war bereits ins zweiköpfige Organisationsbüro nach Essen versetzt worden. Heinrich Kelch wurde als Sekretär im Unterbezirk Hamm abgelöst¹⁴⁵⁹. Im Februar 1926 entließ die KPD-Bezirksleitung den Duisburger UB-Sekretär Futter. Dieser hatte nebenbei die Kasse geführt. Die BL warf ihm vor, zwar keine Unterschlagungen begangen, aber ein großes Durcheinander angerichtet zu haben. Angeblich aus Finanzmangel der KPD-Ruhr wurden die beiden linksoppositionellen Bezirkssekretäre Kelch und Petrasch entlassen¹⁴⁶⁰. Damit waren in kürzester Zeit die UB-Sekretäre von Hamm, Buer, Dortmund und Duisburg unter fadenscheinigen Vorwänden abgesetzt worden. Das Verfahren gegen Futter zog sich bis Oktober 1926 hin. Als ein Schiedsgericht der KPD unter Vorsitz von August Creutzburg die Quittungen von Futter anerkannt hatte, intervenierte die BL Ruhrgebiet beim ZK, weil damit „der ganze Untersuchungsbeweis hinfällig wurde“¹⁴⁶¹. Im Mai wurde erneut ein Untersuchungsverfahren gegen Körner, sowie Amecke und Kluck in Dortmund eingeleitet, während die Wahl des radikalen linkskommunistischen Oppositionellen Szymczak durch die Delegiertenkonferenz des Stadtgebietes Buer auf Beschluss des Bezirksparteitages Ruhr am 27./28. März bestätigt wurde¹⁴⁶². Würden die führenden Genossen der linken Opposition sich nicht „revidieren“, dann müsste man sie aus der Partei „hinausschmeissen“. Vorher müsste aber genügend „Material“ „zusammengetragen“ und dieses „Material“ „systematisch und regelmäßig der Mitgliedschaft unterbreitet werden, lautete die Empfehlung des Instrukteurs des ZK, Kaasch, Ende Mai 1926 an die Parteiführung¹⁴⁶³. Am 5. Mai 1926 wurde der radikal linke Kommunist und Dortmunder Stadtverordnete der KPD, Adolf Amecke, von der Bezirksleitung Ruhr wegen schweren

¹⁴⁵⁷ [Bezirksleitung], Entschließung, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 58.

¹⁴⁵⁸ Pol.-Büro, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 18.1.1926, [Essen Januar 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 2 f.

¹⁴⁵⁹ [Bezirksleitung Ruhrgebiet der K.P.D.], Rundschreiben (Abschrift), Bezirksleitungssitzung. Beschlüsse des Polbüros, [Essen] 30.11.[1925], in: Der Regierungspräsident, An die Herren Polizeipräsidenten in Essen und Oberhausen, die Pol. Verwaltungen Duisburg und Hamborn sowie die Polizeiverwaltung in Moers d. d. Herrn Landrat in Moers, Düsseldorf 22.12.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 108; Resolution Bartels-Grylewicz zur Lage in Deutschland und zu den Aufgaben der Partei, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 7, Berlin 15.3.27, S. 9, Privatarhiv Berens.

¹⁴⁶⁰ Pol.-Büro, Protokoll der Bezirksleitungstagungssitzung vom 13. Februar 1926, [Essen Februar 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 5 f.

¹⁴⁶¹ [Bezirksleitung der KPD], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 27.10.1926, [Essen Oktober 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 16.

¹⁴⁶² Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol-Leitung, Protokoll der erweiterten Bezirksleitungssitzung am 14.5.1926, Essen 16.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 20.

¹⁴⁶³ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 90.

Disziplinbruchs ausgeschlossen¹⁴⁶⁴. Im September 1926 flog der Gelsenkirchener Provinziallandtagsabgeordnete W. Schülper aus der KPD¹⁴⁶⁵. Die zahlreichen undemokratischen Maßnahmen mussten bei zahlreichen KPD-Mitgliedern für Misstrauen, wenn nicht für offene Opposition gegenüber der Bezirksleitung sorgen. Die Personalmaßnahmen gegen linke Oppositionelle waren eingebettet in eine Kampagne gegen Fraktionsbildung.

Die Durchsetzung der Reorganisationsmaßnahmen gelang der KPD-Bezirksleitung Ruhr in den linksoppositionellen Unterbezirken Dortmund und Buer nur mittels der Umstellung der KPD auf die Betriebszellenorganisation. In Dortmund waren im ersten Halbjahr 1926 – wie wir bereits gesehen haben – von 600 Dortmunder KPD-Mitgliedern ungefähr 450 Mitglieder erwerbslos. Sie waren in sechzehn Straßenzellen organisiert. 150 Mitglieder arbeiteten in Betrieben, wo sie Zellen zu bilden hatten¹⁴⁶⁶. Im zweiten Halbjahr 1926 stellten auf einer Dortmunder Stadtdelegiertenkonferenz die Betriebszellen achtundvierzig Delegierte (64 Prozent) und die Straßenzellen nur siebenundzwanzig Delegierte. Auch wenn der Anteil der Betriebsarbeiter an der Gesamtmitgliedschaft der Dortmunder KPD gestiegen war und im Raum Dortmund bei zwei Großbetrieben von *Hoesch*, den *Zechen Rhein I*, *Kaiserstuhl I* und *Kaiserstuhl II*, *Adolf von Hanseemann*, im *Klöcknerwerk I/II* und beim Brückenbauer *Tuche*¹⁴⁶⁷ unter insgesamt 23.924 Beschäftigten 178 KPD-Mitglieder arbeiteten, stellten sie mit denen aus Mittel- und Kleinbetrieben nur eine Minderheit der Mitgliedschaft, dominierten aber die örtliche Partei. Interessant ist der Verlauf der internen Debatte in der Dortmunder KPD, weil dort der bürokratische Mechanismus deutlich wird, mit dem die linkskommunistische Opposition ausgeschaltet wurde. Auf der Stadtdelegiertenkonferenz am 8. August 1926 unterstützten 45 Delegierte die Linie der Parteimehrheit, 16 Delegierte die der Opposition. Das waren rechnerisch 73,8 Prozent für die Linie Thälmanns; 26,2 Prozent für die der Linksopposition. Nur ein, zwei Wochen später stimmte die Unterbezirks-Konferenz Dortmund mit 86,1 Prozent der Linie der ZK-Mehrheit zu, aber nur 13,9 Prozent für die der linken Opposition¹⁴⁶⁸. Durch das neue Delegiertensystem, das auf der Umstellung von Wohngebietsorganisationen auf Betriebszellen bzw. Zellengruppen beruhte, wurden nicht nur die Betriebszellen gegenüber den Straßenzellen bevorteilt. Auch die Mandate der linkskommunistischen Opposition für

¹⁴⁶⁴ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 5.5.1926, Essen 8.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 18.

¹⁴⁶⁵ [Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung am 28.9.1926, [Essen September 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 12.

¹⁴⁶⁶ Kerff, Der Stand der Reorganisation im Unterbezirk Dortmund, o. O. [März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 25 f.

¹⁴⁶⁷ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, Berlin November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 167 f.

¹⁴⁶⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Bericht der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen 9.12.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 192.

die UB-Konferenz nahmen im Vergleich zur Stadtdelegiertenkonferenz ab. Das lag auch daran, dass die linkskommunistische Opposition im Unterbezirk Dortmund weniger Einfluss hatte als in der KPD-Ortsgruppe Dortmund Stadt. Das ist aber auch ein Hinweis darauf, dass durch die 'Atomisierung' in kleinste (Betriebs)Zellen der Einfluss der oppositionellen Linkskommunisten von der niedrigeren zur höheren Vertretungsstruktur gesunken war. Wenn prozentual die Vertretung der linken Opposition von der Zelle zur Zellengruppe und von der Zellengruppe zur Stadtdelegiertenkonferenz ähnlich abnahm wie die von der Stadtdelegiertenkonferenz zur UB-Konferenz, dann dürften die linke und linksradikale Opposition zu Beginn des Jahres 1926 mindestens die Hälfte der Mitgliedschaft der KPD in der Stadt Dortmund hinter sich gehabt haben.

Auf dem Bezirksparteitag am 27./28. März 1926 in Essen bekannte sich die von der Bezirksleitung vorgelegte Resolution „vorbehaltslos“ zum *Offenen Brief*. Der Bezirksparteitag missbilligte das „parteischädliche Fraktionstreiben“, der „Ultralinken“, wobei auch die „Gruppe Schwan“ als „ultralinks“ bezeichnet wurde. Die neue Bezirksleitung müsse „mit aller Schärfe diese Strömungen (...) unterbinden“. Die entsprechende Parole lautete: „Schluss mit aller Fraktionsmacherei!“. Endlich habe die KPD die richtige „bolschewistische Linie“ gefunden, auf deren Grundlage die Bolschewisierung und die „Konzentration der Partei“ vorangehen müssen. Davon dürfe die KPD unter keinen Umständen abweichen. Dem Zentralkomitee der KPD wurde das volle Vertrauen ausgesprochen¹⁴⁶⁹. Dass die zutiefst undemokratische „Politik der Konzentration“, die maßgeblich von moderaten Kommunisten unter Adolf Ende mitgetragen wurde, „Chancen für eine eigenständige Politik der KPD“ geboten habe, wie Klaus Kinner meint, ist nicht nachzuvollziehen¹⁴⁷⁰.

Die Analyse der politischen Lage im Ruhrgebiet, die auf dem Bezirksparteitag geboten wurde, war nicht erhebend. Das Proletariat sei in Vollarbeiter, Kurzarbeiter und Erwerbslose zerrissen, verhalte sich unsolidarisch und viele Arbeiter hätten demokratische Illusionen. Demoralisierungserscheinungen gebe es sowohl in den Betrieben wie bei den Erwerbslosen. Überall entstünden „weiße“ Betriebszellen und faschistische Streikbrecherorganisationen. Im krassen Gegensatz zu ihrer Analyse ging die KPD-Bezirksleitung von einem „tiefgehenden Radikalisierungsprozess“ der Arbeiterklasse aus, von dem auch sozialdemokratische und sogar christliche Arbeiter erfasst seien. Nach dem Kurswechsel der KPD zeige sich die Linksentwicklung der Arbeiterschaft deutlicher. Besonders die Bewegung für das Volksbegehren zur Fürstenenteignung habe die Linksentwicklung vorwärts gebracht. Zum ersten Mal könne die KPD katholische Arbeiter

¹⁴⁶⁹ Resolution (A), in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 54 f.

¹⁴⁷⁰ Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 90.

und ihre Frauen erreichen¹⁴⁷¹. Es sei gelungen, am 27. Januar 1926 die Massen zu Demonstrationen zu mobilisieren¹⁴⁷². Dagegen sei die KPD unter Schwan in einem katastrophalen Zustand gewesen, worunter von der Ruhr-BL auch „starke Korruptionerscheinungen“ genannt wurden. Organisatorisch befinde sich die Partei auf dem Weg der Konsolidierung. Es sei eine Politische Abteilung, eine Gewerkschaftsabteilung und eine Organisationsabteilung bei der Bezirksleitung geschaffen worden. Die Umstellung auf Betriebs- und Straßenzellen sei vorangekommen, müsse aber noch abgeschlossen werden. Die acht Kopfblätter der KPD-Presse im Ruhrgebiet seien zu dreien zusammengefasst worden¹⁴⁷³. Die Zahl der Abonnenten des *Ruhrechos* sei zwischen Sommer 1925 und Sommer 1926 um 4.036 neue Abos auf 30.446 gestiegen¹⁴⁷⁴. In der nächsten Zeit müsse die Mitgliedschaft im Bezirk verdoppelt werden¹⁴⁷⁵. Die Widersprüche der Aussagen waren offensichtlich. Wenn die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet so demoralisiert war, wie es die Bezirksleitung der KPD beschrieb, dann konnte von einer „Linksentwicklung“ und einem „Radikalisierungsprozess“ keine Rede sein. Dann war auch das Ziel der Verdoppelung der Mitgliedschaft vollkommen unrealistisch. Die Bezirksleitung malte die Lage der Arbeiterklasse und des Zustandes der KPD unter der Leitung Schwans tief schwarz, um die eigene Basis besser auf den mit dem *Offenen Brief* verbundenen politischen Kurswechsel einstimmen zu können. So tauchte der Vorwurf der Korruption später in Bezug auf Schwan und auf die oppositionellen linken Kommunisten nie wieder auf.

Die linkskommunistische Opposition war auf dem Bezirksparteitag 1926 mit zwei Flügeln vertreten. Während die radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet die *München-Gladbacher*¹⁴⁷⁶ *Resolution* übernommen hatten, konzentrierte sich die Kritik der Linkskommunisten, die von der KPD-Ortsgruppe Wattenscheid im Unterbezirk Bochum angeführt wurden, auf die *Reorganisation* der KPD. Die linken Wattenscheider Kommunisten reichten eine Reihe von Anträgen ein, die sich gegen die *Reorganisation* der Ruhr-KPD richteten:

➤ Im Antrag 1 forderten sie die Wiederherstellung der Unterbezirke Gelsenkirchen, Bochum, Hamborn, Buer und Hamm wie vor Beginn der *Reorganisation*.

¹⁴⁷¹ Resolution (A), in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 55 f.

¹⁴⁷² Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 40.

¹⁴⁷³ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 37 f.

¹⁴⁷⁴ Bezirksbericht. Abonnentenstand der Parteizeitungen, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 146.

¹⁴⁷⁵ Resolution (A), in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 55 f.

¹⁴⁷⁶ Mönchengladbach hieß von 1888 bis 1960 München-Gladbach.

In diesen Unterbezirken müsse jeweils ein verantwortlicher Genosse mit der Leitung beauftragt werden.

- Im Antrag 2 forderten sie, dass sich die Politische Leitung des Bezirks Ruhr aus acht Genossen der acht Unterbezirke zusammensetze.
- Nach Antrag 3 sollten die Überschüsse aus den Veranstaltungen in den Händen der Organisationsstruktur bleiben, die sie organisiert.
- Antrag 4 besagte, dass niemand gegen den Willen der jeweils zuständigen Zelle, Ortsgruppe, Straßenzelle und des Arbeitsgebiets als Parteiangestellter eingesetzt werden dürfe.
- Antrag 5 forderte, dass die Redaktion des Bezirksorgans es begründen müsse, wenn sie einen Artikel nicht veröffentliche.
- In Antrag 6 sprach sich die KPD-Wattenscheid dafür aus, dass der frühere Pol-Leiter des Bezirks Ruhr, Wilhelm Schwan, zu allen Punkten der Tagesordnung sprechen dürfe, um sich gegen Vorwürfe verteidigen zu können. In diesem Antrag kritisierte die KPD-Wattenscheid auch, dass weder die KPD-Zentrale noch die Bezirksleitung den Mitgliedern Berichte über gefasste Beschlüsse gebe¹⁴⁷⁷.

Außerdem lagen dem Bezirksparteitag zwei weitere, sich widersprechende Resolutionen vor:

In der „Resolution 1“ protestierte die Delegiertenkonferenz des Arbeitsgebietes Wattenscheid „auf das schärfste gegen das Vorgehen der Bezirksleitung gegen linke Genossen“. Darin sah man „eine Unterbindung der Kritik und der Diskussion“. So könne kein Arbeiter im Betrieb Vertrauen zur Partei gewinnen. Die organisatorischen Maßnahmen der BL in den letzten drei Monaten seien schwerwiegend wie nie zuvor. Eine Abstufung der Parteiarbeiter und der Mitgliedschaft nach Erwerbslosigkeit und Betriebszugehörigkeit könne unter keinen Umständen geduldet werden. Unterschiede zwischen Erwerbslosen und Arbeitenden dürften nicht gemacht werden. In der Bezirksleitung säßen ungeeignete Mitglieder und solche, die keine Kenntnis des Bezirks hätten. Die Resolution gipfelte in der Forderung nach Revision der Maßnahmen gegen linke Kommunisten. Auch eine Broschüre der KPD gegen Maslow müsse eingezogen werden, bis dieser aus der Haft entlassen sei und Stellung nehmen könne¹⁴⁷⁸. Davon richtete sich die Kritik an der Abstufung der Mitgliedschaft nach Erwerbslosigkeit und Betriebszugehörigkeit gegen die Umstellung der Organisation auf Betriebs- und Straßenzellen, auf denen die Grundlage der ungleichen Behandlung beruhte. Daraus ist zu

¹⁴⁷⁷ Ortsgruppe Wattenscheid, Antrag 1, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 63 f.

¹⁴⁷⁸ Ortsgruppe Wattenscheid, Resolution 1, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 67.

schließen, dass es auch in der Ruhr-KPD Versuche gab, den Schlüssel für die Wahl von Delegierten in einer Betriebszelle niedriger anzusetzen als in einer Straßenzelle, sonst wäre der Antrag ja überflüssig gewesen.

Dagegen stellten die Zellengruppen 5 und 12 aus Essen Rellinghausen-Bergerhausen mit ihrer „Resolution 2“ zur Abstimmung, dass Arkadi Maslow unter keinen Umständen eine führende Funktion in der KPD bekleiden dürfte. Sein Verhalten vor einem bürgerlichen Klassengericht habe das Ansehen der Partei geschädigt und müsse scharf verurteilt werden. Der entsprechende Beschluss der 1. Reichsparteikonferenz solle gut heißen und auch eine Erklärung Ruth Fischers verurteilt werden¹⁴⁷⁹. Die Anträge aus Wattenscheid entwickelten ein ganzes Programm zur Re-Demokratisierung der KPD. Die Wiederherstellung der alten Unterbezirke, die Leitung des KPD-Bezirk Ruhrgebiet durch Vertreter der Unterbezirke, die Wahrung deren materiellen Eigenständigkeit, die freie Wahl der Parteiangestellten, das freie Publizieren im Bezirksorgan, die Berichtspflicht der Bezirksleitung gegenüber den Unterbezirken, die Ablehnung einer Unterscheidung zwischen Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, d. h. zwischen Betriebs- und Straßenzellen bei internen Wahlen, das Recht auf Kritik und Diskussionsfreiheit waren zusammengefasst das organisationspolitische Programm der linkskommunistischen Opposition. Dass diese Forderungen erst dann aufgestellt wurden, als man selbst von undemokratischen Maßnahmen betroffen war, war ein durchgängiges Kennzeichen der linken Opposition¹⁴⁸⁰. Durchaus kritisch war auch der Unterbezirk Gelsenkirchen eingestellt, der nicht zur offenen linkskommunistischen Opposition zählte. Dort hatte am 21. März die Stadtdelegiertenkonferenz einen Antrag beschlossen, der die Herabsetzung der Gehälter der Parteiangestellten im Ruhrbezirk von 400 auf 250 Reichsmark inklusive Spesen forderte. Wenn wegen der Finanzmisere der Ruhr-KPD eine Kampagne „Partei in Not“ laufe, dann müssten aus moralischen und finanzpolitischen Gründen auch die Parteiangestellten Opfer bringen¹⁴⁸¹. Darüber hinaus scheint es Unklarheiten über die *Reorganisation* der Ruhr-KPD gegeben zu haben. Das Arbeitsgebiet Oberhausen stellte den Antrag, dass die BL einen Arbeitsplan ausarbeite, aus dem die Maßnahmen der *Reorganisation* für den ganzen Bezirk hervorgingen, damit endlich Klarheit über diesen Punkt herrsche¹⁴⁸². Während die Resolution der Bezirksleitung zur „Politischen und wirtschaftlichen Lage“ mit 82 : 3 Stimmen angenommen wurde, erhielt die Resolution zu „Taktik und Aufgaben“ nur die

¹⁴⁷⁹ Zellengruppe 5 und 12. Rellinghausen-Bergerhausen, Resolution 2, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 67.

¹⁴⁸⁰ Siehe die Forderungen der moderaten Kommunisten aus Schlesien vom November 1928, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 131 f.

¹⁴⁸¹ Arbeitsgebietsleitung Gelsenkirchen durch Stadtdelegiertenkonferenz, Antrag 11, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 64 f.

¹⁴⁸² Arbeitsgebiets Oberhausen, Antrag 19, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 66.

Zustimmung von 78 Delegierten, während 26 Delegierte dagegen stimmten¹⁴⁸³. Der radikal linke Kommunist Josef Schmitz aus Bocholt wurde als einziger Oppositioneller in die Bezirksleitung Ruhr gewählt¹⁴⁸⁴, später wurde Szymczak aus Buer nachgewählt¹⁴⁸⁵.

Ein paar Monate später schien die linkskommunistische Opposition geschlagen zu sein. Am 1.8.1926 stimmte die UB-Konferenz der KPD Gelsenkirchen mit 38 Für-, 3 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen für die Parteimehrheit um Florin-Ende. Am 8.8. sprach sich die UB-Konferenz Buer mit 30 : 8 Stimmen für die Linie Florin-Ende aus. Eine Resolution, die der frühere UB-Sekretär Restetzki für die radikal linke Korsch-Fraktion vorstellte, die die Fraktionsbildung in der Komintern verteidigte, sich gegen die Bildung von Betriebszellen und für Gewerkschaftsfraktionen auf Betriebsebene aussprach, erhielt sieben Für-Stimmen. Bei der Wahl zur UB-Leitung Buer wurden jedoch sechs radikal linke Oppositionelle und nur fünf Anhänger von Florin-Ende gewählt. Daraufhin verlangte die Bezirksleitung Ruhr der KPD eine Neuwahl. Die Opposition dürfe mit höchstens 25 Prozent in der Unterbezirksleitung Buer vertreten sein¹⁴⁸⁶. Fragwürdig war auch die Delegiertenwahl in Buer. 1926 waren dort auf einer UB-Konferenz zweiundzwanzig Delegierte aus Betriebszellen und fünfzehn aus Straßenzellen vertreten¹⁴⁸⁷. Damit stellten die Betriebszellen 59 Prozent der Delegierten. Auf den Zechen *Hugo I* und *II* arbeiteten 1.532 Kumpel, von denen aber nur einundzwanzig in den KPD-Listen als Mitglied eingeschrieben waren¹⁴⁸⁸. Demnach dürften die Delegierten der KPD-Betriebszellen überwiegend in Klein- und Mittelbetrieben gearbeitet haben. In Hamborn entschied sich die UB-Konferenz Hamborn mit 42 : 8 Stimmen bei einer Enthaltung für die Position Florin-Ende¹⁴⁸⁹. Am 22. August erhielt deren Richtung auch auf der UB-Konferenz Hamm eine Mehrheit von 36 : 12 Stimmen. Vor den von der BL angesetzten UB-Konferenzen hatte sich der frühere Politische Sekretär des Ruhrbezirkes Wilhelm Schwan mit linksoppositionellen KPD-Mitgliedern aus Moers und Dortmund am Essener Hauptbahnhof getroffen¹⁴⁹⁰. Auf der Konferenz des KPD-Unterbezirks Duisburg beantragte Schwan, ein Korreferat halten zu dürfen. Dieses wurde ihm verweigert und Schwan bei sieben Gegenstimmen aufgefordert, den Saal zu verlassen. Schwans Protest, dass es unwürdig sei, ihn in seinem eigenen Wahlkreis nicht reden zu lassen, wurde mit Gelächter bedacht. Dabei

¹⁴⁸³ Abstimmungen über EKKI-Beschlüsse etc., [Berlin 1926] SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 127.

¹⁴⁸⁴ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 70 und S. 221, Anm. 6.

¹⁴⁸⁵ Protokoll der engeren B. L. Sitzung am Samstag, den 24.4.1926, [Essen 24.4.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 3.

¹⁴⁸⁶ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 9.8.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 115.

¹⁴⁸⁷ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, [Berlin] November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 66.

¹⁴⁸⁸ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, [Berlin] November 1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/27, Bl. 167 f.

¹⁴⁸⁹ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 9.8.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 115.

¹⁴⁹⁰ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Pol-Büro, Essen 11.8.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 98 f.

kam Schwan aus dem UB Duisburg und hatte dort als UB-Sekretär gearbeitet. An Stelle von Schwan durfte August Kopatz, der allerdings für die radikalen Linkskommunisten um Korsch auftrat, eine alternative Einleitung zum Referenten des ZK halten. Die von Kopatz vorgelegte München-Gladbacher Resolution erhielt bei der Abstimmung nur drei Stimmen, während für die Resolution des ZK 43 Delegierte stimmten. Acht Delegierte enthielten sich. Die radikal linkskommunistischen Delegierten kamen aus Rheinhausen und von der Zelle *Schacht Diergard* in Moers. Die Konferenz nahm eine Resolution an, die den Ausschluss von Fischer und Maslow begrüßte, „damit die Bahn für tausende ehrliche Arbeiter frei gemacht wird“. Die Anhänger Korsch, denen ja das Korreferat zugestanden worden war, wurden anschließend im Bericht „Lessings“ an das ZK als „konterrevolutionär“ bezeichnet. Als die Konferenz zum Schluss kam, passte Schwan den Redakteur des *Ruhr-Echo*, Ende, auf dem Weg zum Bahnhof ab und verprügelte ihn¹⁴⁹¹.

Die Verstärkung der Zentralisierung der Bezirksleitung und ihrer Entscheidungsbefugnisse; die Entmachtung der Unterbezirke und Aushebelung ihrer Rechte; die Einsetzung der Unterbezirkssekretäre und Parteiangestellten durch die Bezirksleitung; die finanzielle Abhängigkeit der Unterbezirke vom Bezirk durch die Abführung der finanziellen Überschüsse; der Nichtabdruck kritischer Artikel aus der Mitgliedschaft; Untersuchungsverfahren, Ausschlüsse, persönliche Diffamierung und der Entzug der Lebensgrundlage zur Einschüchterung, die Fraktionsarbeit der BL bei Einschränkung oppositioneller Korreferate und die Ausschaltung oppositioneller Seminarleiter richteten sich gezielt gegen die linken und radikal linken kommunistischen Oppositionellen. Diese Maßnahmen wären viel schwerer zu verwirklichen gewesen, wenn es noch die entsprechenden Diskussions- und Entscheidungsmöglichkeiten in den alten Wohngebietsorganisationen der KPD gegeben hätte. Die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft in Betriebs- und Straßenzellen bildete die organisatorische Basis, um die undemokratischen Maßnahmen der Bezirksleitung leichter durchzusetzen. Dabei konnte sich die BL Florin-Ende auf die angepassten kommunistischen Betriebsarbeiter gegenüber der Masse der radikaleren erwerbslosen KPD-Mitglieder stützen. Mit diesen Maßnahmen bekam die KPD Ruhr Anfang 1926 eine neue, undemokratische und bürokratische Struktur, die sich *qualitativ* von der vorherigen unterschied. Dieser Entwicklung gegenüber besaßen die organisationspolitischen Forderungen der Wattenscheider linken Kommunisten erhebliche Sprengkraft, so dass sie nicht mehr in die KPD integrierbar waren. Die oppositionellen linken Kommunisten mussten ausgeschaltet werden. Während es den

¹⁴⁹¹ Lessing, Bericht über Unterbezirkskonferenz Duisburg am 22.8.1926, Berlin 28.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/12, Bl. 182. Während es im Bericht heißt, dass die bis dahin linksoppositionelle KPD Moers zum ersten Mal geschlossen für das ZK gestimmt habe, ist die dort genannte oppositionelle Zelle auf Schacht *Diergard* in Moers zu verorten.

linkskommunistischen Oppositionellen die Unterstützung von außen entzog und gegen die Aktivität von Wilhelm Schwan und anderer linker Kommunisten mit dem Vorwurf des Fraktionismus auftrat, organisierte das Sekretariat des ZK der KPD systematisch die eigene Fraktionstätigkeit und forderte die Bezirksleitung Ruhr auf, diese umzusetzen. Meinungsverschiedenheiten zwischen der Berliner KPD-Zentrale und der BL Ruhr gab es höchstens in der Frage, wie die linkskommunistische Opposition am geschicktesten ausgeschaltet werden könnte, wobei die Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD um Florin-Ende noch repressiver als die KPD-Zentrale vorgehen wollte. Durch die Ratschläge und Direktiven der KPD-Zentrale war das Vorgehen der Ruhr-BL der KPD gegen die radikal linkskommunistische Opposition differenziert angelegt und zielte darauf, sie zu spalten. Dies zeigte sich z. B. beim Vorgehen der BL gegen die Anhänger der Fraktion Korsch/Schwarz: Schmitz in Bocholt wurde in die BL gewählt, ihm aber die Leitung von Schulungskursen verboten; Szymczak aus Buer wurde in die Bezirksleitung kooptiert; Kopatz in Duisburg durfte ein Korreferat auf der UB-Konferenz halten, wurde beim ZK aber als konterrevolutionär denunziert; Amecke wurde in Dortmund ausgeschlossen. Ähnlich unterschiedlich arbeitete die BL gegen die linken Kommunisten im Ruhrbezirk. Indem die Bezirksleitung Ruhr der KPD nicht gleichzeitig gegen alle linkskommunistischen Oppositionellen vorging, versuchte sie, deren Widerstand zu zersplittern.

4.9 Die Unterstützung in der Ruhr-KPD für die *Erklärung der Siebenhundert*

Während die Umstrukturierung der KPD im Ruhrgebiet von der Bezirksleitung vorangetrieben wurde, hatte sich die politische Diskussion über sog. *rechte* und *linke* Gefahren, die im Herbst 1925 das interne Parteileben geprägt hatte, anlässlich des 6. EKKI-Plenums im Februar/März 1926 zu einer Debatte über die Politik der Komintern und über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion ausgeweitet¹⁴⁹². Dies stand im Widerspruch zu dem Beschluss der Leitung der KPD von Anfang 1926, nicht in den Sektionen der Komintern über die Konflikte innerhalb der WKP(B) zu diskutieren¹⁴⁹³.

Am 1. September 1926 erschien die *Erklärung zur russischen Frage der Linken Opposition*, die innerhalb der Arbeiterbewegung auch als *Erklärung der Siebenhundert* bekannt wurde. Sie erhielt ihren Namen, weil sie von siebenhundert Funktionären der KPD unterschrieben worden sein soll. Tatsächlich hatten 664 KPD-Mitglieder die *Erklärung*

¹⁴⁹² Bezirksleitung Ruhrgebiet, Bericht der Bezirksleitung Ruhrgebiet, Essen 9.12.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 193.

¹⁴⁹³ Engel (Berlin), Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 105; Langels, Die ultralinke Opposition, S. 127.

unterzeichnet¹⁴⁹⁴, die nicht alle Parteifunktionäre waren. In der *Erklärung* solidarisierten sie sich mit der „linken Opposition“ in der KPdSU um Sinowjew, Kamenew, Krupskaja und Trotzki¹⁴⁹⁵. Die *Erklärung der Siebenhundert* war nicht nur, wie ihr Titel besagte, eine *Erklärung zur russischen Frage*, die die Zustände in der Sowjetunion kritisierte, sondern sie brachte auch die Zustände in der Kommunistischen Internationale und vor allem in der KPD auf den Punkt:

Die Sowjetunion betreffend kritisierte die *Erklärung der Siebenhundert* den Kurs der Parteiführung der KPdSU, die mit der *Neuen Ökonomischen Politik (NEP)* auf die Bereicherung der Bauern setze. Die *Erklärung* sprach sich gegen die Idealisierung der industriellen Verhältnisse, gegen den Kurs auf die reichen Bauern (die sog. Kulakengefahr), gegen die Lockerung der Diktatur des Proletariats gegenüber der Bourgeoisie, gegen die Zunahme nicht-proletarischer Schichten in der KPdSU und für die illusionslose Charakterisierung der Staatsindustrie als noch nicht rein sozialistisch, für die Beschränkung der NEP, für die Vormachtstellung des Proletariats und der Dorfarmut sowie für die Integration neuer Schichten der Industriearbeiterschaft in die KPdSU aus. Die *Erklärung der Siebenhundert* charakterisierte den 14. Parteitag der KPdSU, auf dem die Leningrader Opposition um Sinowjew nur eine Minderheit stellte, als grundlegenden politischen Wendepunkt. Die KPdSU setze fälschlich auf die Verwirklichung des Sozialismus in einem Land und färbe die Zustände in der Sowjetunion schön¹⁴⁹⁶. Weiter kritisierte die *Erklärung der Siebenhundert* die Beschlüsse des ZK und der ZKK der KPdSU gegen die linken Oppositionellen. Angeprangert wurde der Umgang mit führenden Vertretern der „Linken Opposition“ in der KPdSU wie Sinowjew, Krupskaja, Kamenew, Laschewitsch, denen sich Trotzki angeschlossen habe. Besonders verteidigte die *Erklärung* Sinowjew, als den „Mann von Halle“¹⁴⁹⁷. Es müssten sich Ereignisse von weittragender Bedeutung zugetragen, wenn der Vorsitzende des Präsidiums des EKKI und Präsident der Komintern als „Spalter“ beschuldigt und aus dem Politbüro bzw. ZK der KPdSU ausgeschlossen werde. Die *Erklärung* forderte die Mitgliedschaft der KPdSU zu einer grundlegenden Kursänderung auf, um die Gefahr einer Parteisplaltung auszuschalten¹⁴⁹⁸.

Damit hatte die *Erklärung der Siebenhundert* den Bogen zur Kommunistischen Internationale geschlagen: Die in der Sowjetunion aufgeworfenen Streitpunkte seien für die

¹⁴⁹⁴ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, in: Die Aktion, 16. Jg., Nr. 9, Berlin Ende September 1926, S. 223, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 808.

¹⁴⁹⁵ Ebd., S. 221.

¹⁴⁹⁶ Ebd., S. 219 f.

¹⁴⁹⁷ Ebd., S. 223; Sinowjew, der zehn Jahre lang als Lenins Sekretär im Exil fungiert hatte, und zum Vorsitzenden der Kommunistischen Internationale gewählt worden war, galt in der KPD als „der Mann von Halle“, der mit einer großen Rede 1920 auf dem Parteitag der USPD in Halle die Mehrheit der Unabhängigen zur Fusion mit der KPD und zum Beitritt zur Kommunistischen Internationale gewonnen hatte. Deshalb stand er beim linken Flügel der KPD in hohem Ansehen. Trotzki war in der KPD keineswegs populärer als Sinowjew, wie Bois meint, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 84.

¹⁴⁹⁸ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, in: Die Aktion, 16. Jg., Nr. 9, Berlin Ende September 1926, S. 221, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 808.

gesamte Komintern von größter Bedeutung. Deren Atmosphäre sei „vergiftet“. Ernste Folgen könnten für die KI nicht ausbleiben. Die *Erklärung der Siebenhundert* verwies auf zwei unterschiedlichen Perspektiven: Würde die russische und die internationale Arbeiterklasse die „ungeschminkte Wahrheit“ über die Sowjetunion kennen, könne sie mit ihren Kräften die Schwierigkeiten überwinden. Würde dagegen der sozialistische Aufbau idealisiert, schöngefärbt und verschwiegen, dass das langsame Tempo der internationalen revolutionären Bewegung die Entfaltung des Sozialismus in der Sowjetunion hemme, dann demoralisiere dies die weltweite Arbeiterklasse. Die Differenzen in der KPdSU würden der Komintern vorenthalten werden¹⁴⁹⁹.

Die *Erklärung der Siebenhundert* – einschließlich des Vorwortes – setzte sich auch mit den Zuständen innerhalb der KPD auseinander. Sie wurden wie folgt beschrieben:

Wendepunkt sei der „EKKI-Brief vor einem Jahr“ – [d. h. der *Offene Brief* des EKKI – Anm.: P.B.] gewesen; Das Politbüro der KPD „überrumpele“ und „bevormunde“ die Mitgliedschaft durch die Billigung des Kurses der KPdSU ohne vorherige Diskussion im ZK; Das ZK der KPD würde ohne Diskussion der Mitgliedschaft „vorbehaltslos den Beschlüssen des Stalinschen ZK der KPdSU zustimmen“; Die Mehrheit des ZK der KPD führe künstlich „Mehrheitsbeschlüsse“ herbei; Die Diskussion zur „russischen Frage“ sei verboten; Wer die linke Opposition in der KPdSU unterstütze, würde in der KPD als „Antibolschewist(en)“, „Verräter, Sozialfaschist(en)“ beschimpft; Die Oppositionellen würden in der KPD „terrorisiert“. In Zukunft sei vom ZK „eine wütende Hetze“ gegen die Oppositionellen zu erwarten; Innerhalb der KPD bediene man sich zur „Erledigung“ führender oppositioneller Genossen der Mittel und Methoden, die die deutsche Gewerkschaftsbürokratie gegen Kommunisten anwende; Die inhaltlichen Vorschläge der „Linken Opposition“ in der Sowjetunion würden den Mitgliedern in der Kommunistischen Internationale wie z. B. in der KPD vorenthalten; Man verurteile politische Richtungen, Gruppen und Genossen, ohne ihre politischen Anschauungen bekannt zu geben oder verzerre und entstelle sie; Durch derartige Methoden könne die Komintern nur ruiniert werden; Das ZK der KPD setze sich aus Leuten zusammen, die sich jeder neuen Mehrheit anschließen würden und dabei ihre bisherigen Positionen und Mitgenossen „skrupellos im Stiche ließen“; Die KPD-Führung wolle die Diskussion „abschließen“, d. h. unterdrücken, während sie für die „Linke Opposition“ erst begonnen habe; In der KPD herrsche eine „Atmosphäre der Heuchelei, der Angst, der Unsicherheit, der Zersetzung“; Die Leitung der KPD setze „organisatorische Mittel“ gegen linke Oppositionelle ein; Innerhalb der KPD herrsche ein „Belagerungszustand“, der verhindere, dass die Mitglieder die wirklichen Differenzen zwischen Mehrheit und Opposition innerhalb der KPdSU erfahren könnten;

¹⁴⁹⁹

Ebd., S. 219 f.

Die linke Opposition käme in der Parteipresse nicht zu Wort.

Die *Erklärung der Siebenhundert* wies auch auf die Rolle des Parteiapparates hin: Die Leitung der KPD majorisiere „künstlich“ und „mechanisch“ über den Parteiapparat die Mitgliedschaft. Der Parteiapparat besitze ein „Meinungsmonopol“¹⁵⁰⁰. Weiter benannte die *Erklärung der Siebenhundert* die ‚Atomisierung‘ der KPD:

„Man darf nicht vergessen, daß der EKKI-Brief vor einem Jahr angeblich die Partei ‚normalisieren‘ sollte. Seine Folgen waren eine vollkommene Desorganisation und Atomisierung der KPD und eine restlose Restaurierung der Rechten“¹⁵⁰¹.

Was unter ‚Atomisierung‘ der KPD zu verstehen war, wurde wenige Absätze später ausgeführt:

„Wir fordern, daß die Diskussion im breitesten Rahmen geführt wird. Nicht nur in den kleinen und kleinsten Zellen, die mit Referenten des ZK überschwemmt werden und mit zugeteilten Parteiangestellten majorisiert werden, sondern in großen Konferenzen und Mitgliederversammlungen muß diskutiert werden mit Referat und Korreferat“¹⁵⁰².

Bei der Rolle des Parteiapparates und bei der ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft in Betriebszellen handelte es sich nicht um Fehler, sondern um strukturelle Veränderungen in der KPD. Mit der *Erklärung der Siebenhundert* wurde die Kritik an der ‚Atomisierung‘ der KPD zum Allgemeingut der linken und radikal linken Opposition in der Kommunistischen Partei.

In der *Erklärung der Siebenhundert* wurde für die KPdSU, Komintern und die KPD gefordert:

- Für die KPdSU: Solidarität mit der russischen Opposition (was zahlreiche einzelne Forderungen einschloss) und die „Ausgestaltung der innerparteilichen Demokratie“;
- Für die Komintern: „Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, gegen das Liquidatorentum“;
- Für die KPD: „einwandfreie Information“, „Kampf gegen Opportunismus und Revisionismus, gegen das Liquidatorentum“, „Aufhebung des Diskussionsverbotes“, „grundsätzliche(n) und „allumfassende(n) Diskussion (...) mit Korreferaten“, „genaue und objektive Information der Mitgliedschaft“, „von oppositioneller Genossen aus der KPdSU,

¹⁵⁰⁰ Ebd., S. 219 f.

¹⁵⁰¹ Ebd., S. 222.

¹⁵⁰² Ebd., S. 222 f.

die Diskussion müsse „auf ein politisches Geleise gerückt“ werden, alle Dokumente der Opposition der KPdSU müssten der KPD-Mitgliedschaft vorgelegt, das „Monopol der einseitigen Berichterstattung gebrochen“ werden, „Aufhebung aller Maßregelungen“ und „Ausschlüsse ehrlicher revolutionärer Genossen“ aus der KPD, „wirkliche Parteidemokratie“, „zurück zu Lenin, zum wirklichen, echten unverfälschten Leninismus“¹⁵⁰³.

Obwohl die *Erklärung der Siebenhundert* ein Dokument in Solidarität mit der linken Opposition in der WKP(B) war und ausführlich auf die Zustände in der Sowjetunion einging, enthielt das Dokument mit seiner Charakterisierung der Zustände in der KPD und konkreten Forderungen diese zu ändern, zusätzlichen Sprengstoff für die parteiinterne Debatte. Die *Erklärung* war ein geschickter Versuch, das Regime in der KPD in Frage zu stellen.

Methodisch kritisierte die *Erklärung der Siebenhundert* die Entwicklung innerhalb der internationalen kommunistischen Bewegung von einem übergreifenden Gesichtspunkt aus, der die Entwicklungsprozesse in der Sowjetunion, innerhalb der KPD und in der Kommunistischen Internationale in engem Zusammenhang behandelte. Die *Erklärung* ging von einem politischen Gesamtprozess aus, der dazu führe, das ursprüngliche Ziel der Weltrevolution zu revidieren und tendenziell sogar die Organisation der Kommunisten in Frage zu stellen. Hier erwies sich die linke Opposition in der KPD ihrem Pendant in der WKP(B) als überlegen, weil sie für ihre internationalistische Sicht und für die Solidarität mit der linken Opposition in Russland den Parteiausschluss in Kauf nahm, während die *Linke Opposition* in der Sowjetunion sich ein ums andere Mal von der linken Opposition in der KPD und der in anderen Ländern distanziert hatte bzw. noch distanzieren sollte¹⁵⁰⁴. Indem Trotzki den Block mit Sinowjew/Kamenew, die er als Repräsentanten des linken Flügels der Parteibürokratie ansah¹⁵⁰⁵, über die internationale Zusammenarbeit mit linken oppositionellen Kommunisten in anderen Ländern stellte, nahmen er und die gesamte linke Opposition der WKP(B) einen nationalbornierten Standpunkt ein.

Mit ihrer Einzelkritik an der Unterdrückung der innerparteilichen Demokratie auf allen Ebenen, an dem Kurs auf die Bauernschaft in der Sowjetunion, an der Theorie von der Verwirklichung des Sozialismus in einem Land als Ersatz für die Orientierung auf die Weltrevolution kann die *Erklärung der Siebenhundert* im Lichte späterer geschichtlicher Entwicklungen wie z. B. der Moskauer Prozesse, der Liquidierung der Kulaken, der Auflösung der Kommunistischen Internationale oder sogar mit dem Zusammenbruch der

¹⁵⁰³ Ebd., S. 219 f.

¹⁵⁰⁴ [Trotzki, Leo], Erklärung der Opposition, o. O. 16.10.1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 533.

¹⁵⁰⁵ Zur Frage eines Blocks mit Sinowjew, o. O. 9.12.1925, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 440 f.

Sowjetunion fast schon als prophetisch bezeichnet werden. Die in der *Erklärung der Siebenhundert* angeschnittenen Streitpunkte lassen sich in ihrem Kern auf die Frage der Demokratie innerhalb der kommunistischen Bewegung und die der internationalistischen Perspektive der Arbeiterbewegung zurückführen.

Dabei sah die *Erklärung der Siebenhundert* nicht nur ein Versagen der Leitungsmehrheiten in der KPdSU, der Komintern und der KPD, die als Fehler hätten bezeichnet werden können wie z. B. in der KPD die „restlose(n) Restaurierung der Rechten“. Die *Erklärung* führte strukturelle Gründe für die undemokratischen Zustände in der KPD wie die Herrschaft des Parteiapparates und die ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft in kleine und kleinste Zellen an. Um Fehlentwicklungen, strukturelle Veränderungen im internationalen Zusammenhang auf einen Punkt zu bringen, sprach die *Erklärung der Siebenhundert* nicht nur von einer „Stalinschen Mehrheit“ und einem „Stalinschen ZK der KPdSU“, sondern vom „Kampf gegen ein System, das (...) im Stalinismus seinen zeitgemäßen Ausdruck findet“. Die *Erklärung* kündigte ihre Unterstützung für jede Gruppierung an, die „den Kampf gegen den Stalinismus führt“¹⁵⁰⁶. Mit der *Erklärung der Siebenhundert* wurde die Kritik am Stalinismus nicht nur von einem großen Teil der linkskommunistischen Opposition der KPD (vgl. das Kapitel 5.7 *Kritik am Stalinismus*) übernommen. Vielmehr ging die *Erklärung der Siebenhundert* bereits zu einem Zeitpunkt von einem stalinistischen System in der Sowjetunion und der Komintern aus, als Trotzki und die *Vereinigte Linke Opposition* in der Sowjetunion den Begriff des Stalinismus noch nicht benutzten. Warum hätten Sinowjew und Trotzki nach einer internationalen theoretischen Einordnung der Deformationserscheinungen in den Kommunistischen Parteien suchen sollen, solange sie sich von den linken Oppositionellen in anderen Kommunistischen Parteien distanzieren? Gut möglich, dass der Begriff des Stalinismus erst durch die oppositionellen Linken in Deutschland Eingang in die Debatte der *Linken Opposition* in der Sowjetunion fand.

Keineswegs war die *Erklärung der Siebenhundert* bloß eine „Solidaritätserklärung mit der russischen Opposition“, wie Hermann Weber sie behandelt¹⁵⁰⁷, ein Standpunkt, der in der neusten Historischen Kommunismusforschung bisher überwog. So „beschäftigte“ sich nach Hoffrogge die *Erklärung der Siebenhundert* „ausschließlich mit der russischen Frage“¹⁵⁰⁸. Auch Keßler übersieht die auf die KPD bezogene Kritik, die in der *Erklärung* enthalten war¹⁵⁰⁹. Bois ist eine Ausnahme, wenn er von „einem Frontalangriff auf die KPD-Führung“ schreibt, auch wenn er dann doch in der *Erklärung* ein Dokument sieht, dass „eine offene

¹⁵⁰⁶ Die Aktion, 16. Jg., Nr. 9, Berlin Ende September 1926, S. 219, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 808.

¹⁵⁰⁷ Weber, Wandlung, S. 162.

¹⁵⁰⁸ Hoffrogge, Scholem, S. 308.

¹⁵⁰⁹ Vgl. Keßler Ruth Fischer, S. 270 f.

Diskussion innerhalb der Partei – vor allem über die Situation in der Sowjetunion“ einforderte¹⁵¹⁰.

Die *Erklärung der Siebenhundert* war zunächst von den Sprechern der radikal linkskommunistischen *Weddinger Opposition*, Hans Weber und Wilhelm Kötter, ausgearbeitet worden. Diese hatten eine Mehrheit im KPD-Bezirk Wedding hinter sich. Der sog. *Rote Wedding* galt als die Hochburg der KPD in Deutschland. Dass sich die oppositionellen Kommunisten im Wedding mit den linken Oppositionellen in der kommunistischen Hochburg Leningrad solidarisierten, lag nahe. Anfang August 1926 trafen sich Weber und Kötter mit Ruth, Fischer, Arkadi Maslow und Karl Korsch zu einer Diskussion über den Entwurf¹⁵¹¹. Bis in einzelne Textstellen lässt sich verfolgen, welche Ideen einzelne Oppositionelle beige-steuert haben. Von Hans Weber wird die Bemerkung über den innerparteilichen Terror gestammt haben, die er auch später wieder aufgreifen sollte. Karl Korsch dürfte die Stelle über den „Belagerungszustand“ und über die ‚Atomisierung‘ geschrieben haben¹⁵¹². Die Linkskommunisten um Ruth Fischer, Arkadi Maslow, Hugo Urbahns und Wilhelm Schwan schlossen sich der *Erklärung* an. Korsch unterstützte die *Erklärung der Siebenhundert*, nachdem einige seiner Änderungsvorschläge angenommen worden waren.

Die *Erklärung der Siebenhundert* stellte einen Versuch zur Einigung der verschiedenen Strömungen der oppositionellen Linkskommunisten dar. Dass die Erklärung genau ein Jahr, nachdem der *Offene Brief* des EKKI gegen die Leitung der KPD um Ruth Fischer und Arkadi Maslow publiziert worden war, veröffentlicht wurde – Jahrestag und Form als *Offener Brief* waren bewusst gewählt – war ein symbolischer Akt und sollte einen Neuanfang in der Zusammenarbeit der linkskommunistischen Opposition markieren. Bei den Unterzeichnern hielten sich die radikal linken und linken kommunistischen Oppositionellen fast die Waage. Die radikal linkskommunistischen *Weddinger* brachten es auf ca. 245 Unterschriften, die Anhängerschaft von Karl Korsch steuerte ca. 30 Unterschriften bei und die Linkskommunisten um Fischer/Maslow/Urbahns kamen auf 280 Unterstützer¹⁵¹³. Die *Erklärung der Siebenhundert* war durch die sog. *Erklärung der Dreizehn* der Linken Opposition vom Juli 1926 angeregt worden sein, mit der sich die *Vereinigte Linke Opposition* um Sinowjew, Kamenew und Trotzki in der in der WKP(B)

¹⁵¹⁰ Bois, Linke Opposition, S. 219.

¹⁵¹¹ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 432.

¹⁵¹² Weber, Hans, Vorwort des Herausgebers, Berlin 1928, in: Trotzki, Leo, Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929, S. 8; [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

¹⁵¹³ Die Bestimmung der fraktionellen Zugehörigkeit der Unterzeichner der *Erklärung der Siebenhundert* ist nur grob möglich. Dort, wo sie unklar ist, wurde auf eine Zuteilung verzichtet. Ob z. B. die Unterstützer der *Erklärung* im KPD-Bezirk Berlin-Moabit eher zu linkskommunistischen Ansichten neigten wie Oskar Wischeropp oder zu radikal linkskommunistischen wie Werner Scholem war nicht feststellbar.

konstituiert hatte¹⁵¹⁴. Nicht unwahrscheinlich ist, dass sich der Anstoß zur *Erklärung der Siebenhundert* aus der eigenen Vergangenheit der KPD ergeben hatte, hatte doch der Antimilitarist und SPD-Parlamentarier Karl Liebknecht im Juni 1915 ein Protestschreiben gegen die Kriegspolitik des SPD-Parteivorstandes verfasst, das von eintausend Funktionären der Sozialdemokratischen Partei unterschrieben worden war¹⁵¹⁵. Da die KPD aus der Opposition in der SPD hervorgegangen war, musste der Rückgriff auf diese Protestform die Empörung in der KPD-Parteiführung über die *Erklärung der Siebenhundert* zusätzlich anstacheln.

Auf der Sitzung des Zentralkomitees der KPD am 16. September 1926 herrschte helle Aufregung und Verwirrung über die *Erklärung der Siebenhundert*. „Robert“ (Dimitri Manuilski) sprach als Vertreter des EKKI von der zunehmenden Kriegsgefahr gegen die Sowjetunion, die er in den Zusammenhang mit dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund stellte. Er forderte die linke Opposition auf, mit der Propaganda gegen Sowjetrussland Schluss zu machen. Zum Plan eines Einfalls des Imperialismus in die SU gehöre auch die Zersetzung der KPD. Ernst Thälmann bewertete die Behauptung, dass sich die KPD in einem Belagerungszustand befinde, als einen noch nicht erlebten Skandal. Die *Erklärung der Siebenhundert* sei ein planmäßiger Vorstoß gegen die Einheit der Partei, ein systematischer Spaltungsversuch, eine Schmähschrift gegen den Bolschewismus und gegen Sowjetrussland. Die KPD müsse die verfaulten kleinbürgerlichen Elemente in der Partei abstoßen. Thälmann behauptete, die *Erklärung* stamme aus der Feder Arkadi Maslows und Ruth Fischers. Die *Weddinger Opposition* um Wilhelm Kötter habe ihm gegenüber geäußert, dass sie die *Erklärung der Siebenhundert* nicht unterschreibe. Wilhelm Pieck erklärte, dass die linke Opposition den Arbeitern das Vertrauen und Interesse an der Erhaltung Sowjetrusslands nehme. In der Debatte im Zentralkomitee beanspruchte Hans Weber als Sprecher der *Weddinger-Pfälzer Opposition* die Mitautorenschaft der *Erklärung der Siebenhundert*, die er gemeinsam mit Wilhelm Kötter verfasst habe. Kötter habe sie unterschrieben, aber dann seine Unterschrift wieder zurückgezogen. Weber konnte die Unterschrift Kötters dem ZK vorlegen, was Thälmann sichtlich überraschte. Weber wies die Vorwürfe, die *Erklärung* enthalte keine politische Plattform zu deutschen Fragen, mit der Begründung als falsch zurück, die *Erklärung der Siebenhundert* habe diesen Anspruch nicht, weil sie sich ausdrücklich nur auf die Debatte in der Sowjetunion beziehe. Die Diskussion über deren Entwicklung würde der KPD-Mitgliedschaft vorenthalten¹⁵¹⁶. Die gegenseitigen persönlichen Vorwürfe belegten das niedrige Niveau der ZK-Debatte.

¹⁵¹⁴ Trotzki, Leo, *Erklärung der Dreizehn*, o. O. Juli 1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), *Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926*, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 500 f.

¹⁵¹⁵ Wheeler, USPD, S. 12 f.

¹⁵¹⁶ (Protokoll) der Sitzung des Zentralkomitees am 16. Sep. 1926, Berlin 16.9.1926, SAPMO Berlin, RY 1 I 2/1/48, S. 1 f.

Pieck¹⁵¹⁷ warf Weber vor, die Behauptung, dass manche Funktionäre noch jeder Zentrale gedient und jede Wendung mitgemacht hätten, beziehe sich auf ihn (Pieck), was Weber auch bestätigte. Urbahns ging noch weiter und unterstellte Pieck, ihn vor einer Fahrt in die Sowjetunion bei der Polizei angeschwärzt zu haben. Außerdem würde die KPD-Zentrale die Ausweisung Maslows, eines sowjetischen Staatsbürgers, betreiben. Florin stellte Schwan als Schläger dar. Außerdem sei im Ruhrgebiet ein linker Oppositioneller als Spitzel aus der KPD ausgeschlossen worden. Mehrere Redner der Parteiführung warfen der linken Opposition vor, sich Unterschriften unter die *Erklärung der Siebenhundert* erschlichen zu haben. Erste Unterstützer hätten ihre Unterschrift wieder zurückgezogen. Beinahe wäre es auf der ZK-Sitzung zu einer Schlägerei zwischen Hugo Urbahns und Heinz Neumann („Moritz“)¹⁵¹⁸ gekommen, weil dieser Urbahns als Denunzianten seiner selbst bezeichnete. Doch einige ZK-Mitglieder warfen sich zwischen die Kontrahenten, so dass diese Form der Auseinandersetzung vermieden wurde. Am Ende der Debatte nahm das ZK der KPD zu der „Erklärung zur russischen Frage der Opposition“ Stellung, gegen deren Unterzeichner mit allen politischen und organisatorischen Mitteln vorgegangen werden müsse¹⁵¹⁹. Auffallend waren Argumentationsmuster, die später von den Anhängern Stalins immer wieder bemüht werden sollten. Schon auf dem 6. Plenum des EKKI war Ruth Fischer von Ernst Thälmann zur „Feindin“ erklärt und oppositionelle Linkskommunisten als „Agenten der Bourgeoisie“ titulierte worden¹⁵²⁰.

Die *Erklärung der Siebenhundert* fand ihren stärksten Rückhalt in den drei KPD-Bezirken Berlin-Brandenburg, Ruhrgebiet und Pfalz. In Berlin-Brandenburg unterschrieben sie 382, im Ruhrgebiet 111 und in der Pfalz 88 KPD-Mitglieder. Im Einzelnen listen sich die Unterschriften aus dem KPD-Bezirk Ruhr wie folgt auf: 52 KPD-Mitglieder aus dem Unterbezirk Dortmund (43 Stadt Dortmund, sechs aus Hörde, zwei aus Berghofen, eine aus Deren), sieben Unterzeichner aus dem UB Duisburg (fünf aus Rheinhausen, einer aus Homberg, einer aus Bergheim), achtzehn Unterschriften aus dem UB Buer (fünfzehn Stadt Buer, eine aus Bottrop, zwei aus Horst), eine Unterschrift aus dem UB Gelsenkirchen, dreizehn Unterschriften aus dem UB Bochum (zwölf Wattenscheid, eine aus Günnigfeld), zehn Unterzeichnende aus dem UB Hamm (fünf aus Hamm, zwei aus Radbod, eine aus

¹⁵¹⁷ Von seiner Einstellung gehörte Pieck zu den moderaten Kommunisten erst um Brandler, dann um Meyer, vgl. Becker, Jens/Jentsch, Harald, Organisation und Klassenkampf – Wilhelm Piecks Rolle und Funktion in der KPD 1918-1933, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Bayerlein, Bernhard H./Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert/Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2000/2001, S. 427 f.

¹⁵¹⁸ Auflösung der Pseudonyme nach: SAPMO Berlin, Kommunistische Partei Deutschlands 1916-1946, RY 1, Pseudonymkartei; vgl. auch: Herbst, Andreas, „Trotzkist mit kriminellem Einschlag“. Wilhelm Schwan – einer der Alternativen zu Thälmann?, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Braun, Günter/Dähn, Horst/ Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, Berlin 1999, S. 322.

¹⁵¹⁹ (Protokoll) der Sitzung des Zentralkomitees am 16. Sep. 1926, Berlin 16.9.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/48, S. 1 f.

¹⁵²⁰ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 391.

Werne, zwei aus Herringen). Daraus ist zu schließen, dass die Unterstützer der *Erklärung* am stärksten in Dortmund, Buer und Wattenscheid vertreten waren.

Die Unterzeichner der *Erklärung der Siebenhundert* in der Ruhr-KPD hatten folgende Funktionen inne: Ein Mitglied der KPD-Bezirksleitung, ein Mitglied der Bezirksleitung der Kommunistischen Jugend; in Hamm zwei Mitglieder der Unterbezirksleitung und drei Stadträte; in Radbod ein Kreistagsabgeordneter; in Herringen ein Gemeindevertreter; der Politische Leiter der KPD in Werne; der Organisationsleiter des Arbeitsgebietes Bottrop; in Buer der Politische Sekretär der KPD, der Organisationssekretär, drei weitere Mitglieder der UBL, der Agitpropleiter, die Frauenleiterin und mehrere Stadtverordnete; aus Hörde der Polleiter, der Gewerkschaftsleiter, der RFB-Leiter, der Jungfrontleiter; aus Berghofen der Politische Leiter; aus Dortmund der Politische Leiter und der Organisationsleiter, der Leiter der Jungfront, der RFB-Leiter, der Erwerbslosenleiter, vier Mitglieder der Unterbezirksleitung, zwei Stadträte und ein Magistratsmitglied; aus Bergheim der Ortsgruppenleiter; aus Gelsenkirchen ein Provinziallandtagsabgeordneter; aus Bochum ein Mitglied der Unterbezirksleitung; aus Wattenscheid der Arbeitsgebietsleiter und sieben Stadtverordnete; aus Rheinhausen der Politische Leiter und vier weitere Mitglieder der Unterbezirksleitung. Hiermit bestätigt sich die hervorgehobene Stellung der Unterstützer der *Erklärung der Siebenhundert* in Buer, Dortmund und Wattenscheid. Aber auch in Hamm, Hörde und Rheinhausen hatten die Unterstützer eine starke Position. Im Unterschied zu Berlin, wo sie in der untersten Funktionärsgruppe der Parteiarbeiter die meisten Unterschriften (67) erhielt, wurde die *Erklärung der Siebenhundert* im Ruhrgebiet zwar auch von Parteiarbeitern und einfachen Mitgliedern, vor allem aber von führenden lokalen Funktionären der KPD besonders in Unterbezirksleitungen und von lokalen Abgeordneten unterschrieben, die in der Hierarchie der Gesamt-KPD als mittlere Funktionäre einzustufen waren¹⁵²¹. Während sich der Kreis der Unterstützer in Groß-Berlin von unten nach oben pyramidenförmig aufbaute, war er im KPD-Bezirk Ruhrgebiet kopflastig. Dies dürfte darauf beruhen, dass die Struktur des polyzentrischen Ruhrgebiets sich in der Struktur des Ruhrbezirks der KPD mit seinen vielen Arbeitsgebieten und Ortsgruppen widerspiegelte. Dies erschwerte es einerseits, von der Basis aus eine zentralisierte Opposition gegen die KPD-Bezirksleitung zu bilden. Andererseits schuf der Polyzentrismus Nischen, die es der KPD-Bezirksleitung erschwerten, eine breite, bereits bestehende linke Opposition Ort für Ort klein zu halten, denn der Apparat, so sehr er sich vorübergehend auf oppositionelle Hochburgen konzentrieren konnte, konnte nicht überall gleichzeitig präsent sein. Wo die linke Opposition im Ruhrgebiet vor Ort stark war, war sie

¹⁵²¹ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 2 f., Privataarchiv Wernicke. Die „Erklärung der Siebenhundert“ mit den Unterschriften findet sich nach Bois in: Bundesarchiv Berlin, R 1507/1063, Bl. 103/04, 106-39, vgl. Bois, Linke Opposition, S. 220, Fußnote 281.

es von der Basis aus bis in die lokalen Spitzen der KPD hinein. Dies hing mit der Rolle führender linker Oppositioneller in der örtlichen Arbeiterbewegung zusammen (siehe Kapitel 7.0 *Oppositionelle linke Kommunisten als Sprecher der KPD vor Ort*).

Nicht weniger wichtig war, wer die *Erklärung der Siebenhundert* im KPD-Bezirk Ruhrgebiet nicht unterzeichnet hatte. Das waren die radikal linken Kommunisten aus Ickern, die bereits aus der KPD ausgeschlossen worden waren. Die Dortmunder Mitglieder der Fraktion Korsch/Schwarz, die in der Kommunistischen Jugend Einfluss besaßen, unterschrieben nicht. Ebenso hatten die radikal linken Kommunisten der Bocholter KPD um Josef Schmitz und ihre Gesinnungsgenossen in Wesel, Friedrichsfeld, Dinslaken-Lohberg und Hamborn ihre Unterschriften verweigert. Weder aus Unna noch aus Herne signierte ein radikal linker Kommunist die *Erklärung der Siebenhundert*. Insgesamt hätten aus dem Ruhrgebiet schätzungsweise 30 bis 40 zusätzliche Unterschriften kommen können, wenn einige radikal linke Kommunisten nicht aus politischen Gründen abgelehnt hätten zu unterzeichnen.

Der Anstoß zur *Erklärung der Siebenhundert* war von den radikal linken Kommunisten der *Weddinger Opposition* im gleichnamigen Berliner KPD-Bezirk ausgegangen. In der Hauptstadt wurde die Initiative gemeinsam von linken und radikal linken Kommunisten getragen. Im Ruhrgebiet gab es aber keine Anhänger der *Weddinger Opposition*. Zwar traf sich deren Leiter, Hans Weber, mit linken Kommunisten in Buer¹⁵²², die auch die *Erklärung der Siebenhundert* unterschrieben, die er aber allem Anschein nicht auf Dauer von seinen Positionen überzeugen konnte. Hier war es hauptsächlich die linkskommunistische Anhängerschaft von Fischer/Maslow/Urbahns und Schwan, die von ihren Stützpunkten Dortmund, Hamm und Wattenscheid aus Unterschriften unter die *Erklärung der Siebenhundert* sammelte. Sie wurden von den Anhängern Karl Korsch in Rheinhausen und Buer unterstützt, während die von Ernst Schwarz ihre Unterschrift verweigerten. Damit beteiligte sich im Ruhrgebiet nur eine Minderheit der bisher einheitlichen Fraktion Korsch/Schwarz an der Unterschriftenaktion.

Das gemeinsame Vorgehen der Mehrheit der linken und radikal linken oppositionellen Kommunisten zwang die Parteiführung der KPD um Thälmann-Meyer/Ewert, eine Diskussion über die Lage in der Sowjetunion zuzulassen, zumal die *Erklärung der Siebenhundert* innerhalb der KPD relativ breit unterstützt wurde und außerhalb der Kommunistischen Partei für öffentliches Aufsehen sorgte. In Hannover wurden große Funktionärssitzungen, Arbeitsgebietskonferenzen und Schulungskurse zur sowjetischen

¹⁵²² Einheit, Disziplin – Schluß mit den Spaltern!, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 9. Jg., Nr. 244, Berlin 31.10.1926, S. 15.

Frage abgehalten, außerdem in Betriebs- und Straßenzellen diskutiert. In Hamburg fanden zum Thema Parteiarbeiterversammlungen in den Stadtteilen statt. Sie bildeten den Auftakt zur Diskussion in den Betriebszellen, zu denen die BL Wasserkante Referenten schickte. Anschließend wurden in den Betriebszellen Vertreter zu den Stadtteildelegierten-Konferenzen gewählt. Der Ablauf der Diskussion wurde von der KPD-Zentrale für die KPD-Ortsgruppen in Großstädten vorgegeben: Zuerst auf einer Parteiarbeiterversammlung in den einzelnen Stadtteilen informatorische Bericht der Leitung, dann erst Diskussion und Stellungnahme in den Zellen. Da man aus Mangel an guten Referenten nicht jede einzelne Betriebszelle sorgfältig bearbeiten könne, würde durch die Information in den Parteiarbeiterversammlungen erst die Voraussetzung für eine gute Diskussion in den Zellen gewährleistet¹⁵²³. Damit wurde die Diskussion in eine bestimmte Richtung gelenkt. Die Abstimmungen sollten durch die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft in den Betriebs- und Straßenzellen vorentschieden werden.

Die KPD-Bezirksleitung Ruhr wurde durch die *Erklärung der Siebenhundert* vollkommen überrascht. Zunächst war die BL auf die Informationen aus der *Roten Fahne* und aus dem sozialdemokratischen *Vorwärts* angewiesen. Sie verfügte weder über ein Exemplar des Textes der *Erklärung*, noch wusste sie, von wem sie in der Ruhr-KPD unterschrieben worden war. Trotz dieses katastrophalen Kenntnisstandes verfügte die Bezirksleitung Ruhr über einen Plan, wie gegen die *Erklärung der Siebenhundert* vorzugehen sei: Mit den Unterzeichnern sollte „diskutiert“ werden, in den KPD-Unterbezirken Dortmund, Buer und Bochum müssten Parteiarbeiterkonferenzen einberufen werden, um die Mitgliedschaft entsprechend der ZK-Linie zu beeinflussen. Das Mitglied der Bezirksleitung Szymczak, von dem bereits bekannt war, dass er die *Erklärung* unterschrieben hatte, sei aus der Bezirksleitung auszuschließen. Dann müsse mit Hilfe der KPD-Zentrale Material gegen die Linksoptionellen Schwan, Schütz und Körner gesammelt werden, um sie aus der Partei ausschließen zu können¹⁵²⁴. Gegenüber den linken Oppositionellen forderte die BL ein härteres Vorgehen als die Zentrale der KPD und drohte an, mit der Einleitung eines Schiedsgerichtsverfahrens für den Ausschluss von Wilhelm Schwan das ZK der KPD unter Druck zu setzen¹⁵²⁵. Die Absetzung der vier UB-Sekretäre Nowak, Kelch, Körner und Petrasch war allerdings nicht nach ihrer Unterschrift unter die *Erklärung*, sondern bereits erheblich früher erfolgt¹⁵²⁶.

¹⁵²³ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, [Berlin] November 1926, SAPMO RY 1/I 2/4/27, Bl. 71.

¹⁵²⁴ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 15.9.1926, SAPMO RY 1/I 3/18-19/30, Bl. 141.

¹⁵²⁵ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 6.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 114.

¹⁵²⁶ So die Behauptung von Hermann Weber, vgl. Weber, Wandlung, S. 163. Vgl. dagegen Kapitel 4.6. Die Ausschaltung der linken Opposition.

Die *Erklärung der Siebenhundert* sollte nicht der einzige KPD-interne Protestaufruf bleiben. Im Dezember 1926 sollen rund 1.200 KPD-Funktionäre und Aktivisten die „Erklärung von den KPD-ZK-Mitgliedern Hugo Urbahns, Werner Scholem und Wilhelm Schwan“, mit der sie ihrerseits auf eine vom ZK geforderte Erklärung antworteten, unterschrieben haben. Das ZK meldete der Bezirksleitung Ruhr 132 Namen von Unterzeichnern aus der Region¹⁵²⁷. Außerdem reichte der führende Linksoptionelle Eugen Eppstein an das ZK einen Antrag ein, den 1.500 Funktionäre und Mitglieder der KPD unterschrieben hatten¹⁵²⁸.

Die *Erklärung der Siebenhundert* konnte zwar innerhalb der KPD Druck aufbauen, um über die Lage in der Sowjetunion und in der Kommunistischen Partei zu diskutieren. Doch schlug der Versuch fehl, die linken und radikal linken Oppositionellen zu einigen, obwohl die Mehrheit von ihnen die *Erklärung der Siebenhundert* unterstützte. Im Gegenteil: Die radikal linkskommunistischen *Oppositionsgruppen zerstritten und zerspalteten sich über die Erklärung. Auf die Spaltung der Weddinger-Pfälzer Opposition* um Hans Weber und Wilhelm Kötter soll hier nicht weiter eingegangen werden, weil die Kötter-Gruppe zu diesem Zeitpunkt nur außerhalb des Ruhrgebietes – in Bielefeld – Einfluss besaß. Wichtiger war die Auseinandersetzung innerhalb der Fraktion der radikalen Linkskommunisten um Karl Korsch und Ernst Schwarz, die innerhalb des Ruhrgebietes starke Stützpunkte besaß.

Ursprünglich hatte Karl Korsch einige Änderungen in die *Erklärung der Siebenhundert* eingebracht, von denen die meisten in der veröffentlichten Version nicht mehr enthalten waren. Zu den erst aufgenommen, dann wieder gestrichenen Stellen gehörten z. B. der positive Bezug auf eine Erklärung von fünfunddreißig Delegierten auf dem Berliner Parteitag und auf die *München-Gladbacher Resolution*. Dass manche Änderungen erst aufgenommen, dann aber wieder verworfen wurden, stellte die *Entschiedene Linke*, d. h. die Fraktion von Korsch/Schwarz, vor eine schwerwiegende Entscheidung: Sollte sie die *Erklärung der Siebenhundert* trotz der Ablehnung von Änderungsvorschlägen unterschreiben oder nicht? Die unterschiedliche Beantwortung dieser Frage wurde für die Fraktion Korsch/Schwarz zum Spaltpilz. Ernst Schwarz sprach sich ebenso gegen eine Unterzeichnung der *Erklärung der Siebenhundert* aus wie Hans Körbs in Ickern¹⁵²⁹. Ihre

¹⁵²⁷ An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 8.12.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 2/5/28, Bl. 586 f.; Einige Bemerkungen zum XI. Parteitag, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 3., Berlin 1.2.1927, S. 10, Privataarchiv Berens.

¹⁵²⁸ Gegen die Spalter, gegen die Opportunisten!, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 29, Berlin 30.9.1927, S. 141, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹⁵²⁹ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 222, Anm. 26.

Anhänger bildeten die Fraktion *Entschiedene Linke*, deren Vertreter Schwarz, Körbs und Lossau die *Erklärung der Siebenhundert* einer scharfen Kritik unterzogen. Die gemeinsame Aktion mit den anderen linken Fraktionen in der KPD um Hans Weber bzw. Fischer/Maslow sei ein schwerer Fehler gewesen, weil er deren Anhang unter den Arbeitern in Illusionen über ihre zentristischen Führer bestärkt habe. Ruth Fischer habe das Dokument selbst gar nicht unterschrieben, weil sie wieder in die KPD aufgenommen werden wolle. Die Kritik an Korschs Unterstützung für die *Erklärung der Siebenhundert* habe sich als berechtigt erwiesen¹⁵³⁰. Sieht man die *Erklärung der Siebenhundert* als Maßstab für den Einfluss der gesamten offen linken Opposition an, dann war ihr Einfluss im Ruhrgebiet erheblich größer als die Liste der Unterzeichner vermuten lässt. Immerhin kam im Ruhrgebiet eine gemeinsame Aktion von linken und einigen radikal linken Oppositionellen zustande.

4.10 Fraktionsverbot und Körperschaftsdisziplin

Zur Tradition der Arbeiterbewegung in Deutschland gehörte die umfassende, kontroverse Diskussion. Die Debatten zwischen Lassalle und seinen Anhängern mit den sog. *Eisenachern* August Bebel und Wilhelm Liebknechts¹⁵³¹, der Streit um Eduard Bernsteins „Revisionismus“¹⁵³², die „Massenstreikdebatte“ nach der Russischen Revolution von 1905¹⁵³³ und die Auseinandersetzungen über die Positionierung von SPD und Gewerkschaften zum Ersten Weltkrieg hatten erhebliche Auswirkungen auf die Entwicklung der Arbeiterbewegung. Darüber bildeten sich Meinungsströmungen, Tendenzen, Fraktionen und neue Parteien. Die KPD war ein Produkt solcher Auseinandersetzungen.

Innerhalb der SPD vor dem Ersten Weltkrieg durften Korreferenten auf Parteitag Minderheitsmeinungen vertreten¹⁵³⁴. Der Beitritt der Mehrheit der Sozialistischen Partei Frankreichs, der Sozialdemokratie in der Tschechoslowakei und in Ungarn sowie der Mehrheit der USPD zur Kommunistischen Internationale wären ohne Tendenz- und Fraktionsrechte nicht möglich gewesen. Die politischen Formationen, die 1918/1919 bzw. 1920 die KPD gebildet hatten, hatten sich historisch als Fraktionen – 1915 als *Gruppe Internationale* (der spätere *Spartakusbund*), 1916 als *Gruppe Der Kampf*, als *Bremer*

¹⁵³⁰ Reichsleitung *Entschiedene Linke*, Entschließung!, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 71.

¹⁵³¹ Mehring, Franz, *Geschichte der deutschen Sozialdemokratie*, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1980, S. 345 f.

¹⁵³² Braunthal, Julius, *Geschichte der Internationale*, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin/Bonn 1978, S. 269 f.

¹⁵³³ Fröhlich, Paul, *Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat*, Berlin 1990 (Paris 1939), S. 174 f.

¹⁵³⁴ Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969, S. 139.

*Linke*¹⁵³⁵ und als *Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft*¹⁵³⁶ (die spätere USPD) – innerhalb der alten SPD herausgebildet¹⁵³⁷.

Seit ihrer Gründung 1918/1919 hatte es in der KPD interne Kämpfe verschiedener Meinungsströmungen und Fraktionen gegeben. Auf dem Gründungsparteitag rangen eine moderate Minderheit und eine heterogene, radikal linke bzw. ultralinke Mehrheit der Delegierten um die richtige Haltung zur Beteiligung an Parlamentswahlen und um die Frage, ob die KPD in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten solle. Doch trotz der vorher bekannten Meinungsverschiedenheiten wurden die unterschiedlichen Standpunkte entgegen der sozialdemokratischen Tradition nicht mit Referat und Korreferat ausgetragen. In die neue Zentrale wurde mit Paul Fröhlich auch nur ein einziges Mitglied der Opposition gewählt. Karl Liebknecht schwankte zwischen den Positionen. Ergänzt werden sollte die Zentrale der KPD durch Vertreter der Bezirke. Dabei „sollte dieser Vorschlag von uns, von der Zentrale gemacht werden“. Ausgehandelt worden war das neue Leitungsmodell von der Leitung des *Spartakusbundes* hinter dem Rücken der Mitglieder mit den *Internationalen Kommunisten* aus Bremen¹⁵³⁸. In der KPD setzte sich Rosa Luxemburg für Körperschaftsdisziplin ein. Ihr beugte sich Paul Levi, der als persönlicher Gegner einer Beteiligung an den Wahlen zur Nationalversammlung auf Drängen Rosa Luxemburgs bei der Gründung der KPD das Referat für die Wahlbeteiligung hielt¹⁵³⁹. Levi durfte nicht seinen eigenen Standpunkt vertreten, sondern den der Leitung der KPD. Organisationsleiter der KPD war bis zu seinem Tod, Leo Jogiches, der Rosa Luxemburg persönlich eng verbunden war. „Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei stand damals unter der Diktatur Leo Jogiches“¹⁵⁴⁰, schrieb ein Parteifunktionär. Das für solche Zustände mitverantwortliche Mitglied der ersten KPD-Führung, Ernst Meyer, für einen Vertreter von „Demokratie und Diskussionsfreiheit“ zu halten¹⁵⁴¹, heißt, die strukturellen demokratischen Defizite des Gründungsparteitags nicht zu erkennen.

Hermann Weber versuchte mit Verweis auf ihre Kritik im Jahre 1904 zu belegen, dass Rosa Luxemburg „den ‚Ultrazentralismus‘ Lenins (scharf) bekämpfte“. Weber behauptete, dass sie ein anderes Organisationsmodell als Lenin vertreten habe¹⁵⁴². Doch weder wurden die Rechte der Minderheiten – besser gesagt die *der Mehrheit* auf dem Gründungsparteitag der KPD geschützt, noch vertrat Rosa Luxemburg überhaupt ein demokratischeres

¹⁵³⁵ Fröhlich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie, Berlin 2013, S. 125 f.

¹⁵³⁶ Wheeler, USPD, S. 12 f.

¹⁵³⁷ Vgl. Schorske, Carl E., Die Grosse Spaltung. Die Deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917, Berlin 1981 (Cambridge/Mass. 1955), S. 67 f. und S. 230 f.

¹⁵³⁸ Weber, Gründungsparteitag, S. 257.

¹⁵³⁹ Fröhlich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie, Berlin 2013, S. 167.

¹⁵⁴⁰ Ebd., S. 173.

¹⁵⁴¹ Wilde, Ernst Meyer, S. 159.

¹⁵⁴² Vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 11.

Parteimodell als Lenin vor 1918. Ganz im Gegenteil: Rosa Luxemburgs angebliche Opposition gegen den „Ultrazentralismus“ hielt ihre SDKPiL im Jahre 1911 nicht davon ab, deren Warschauer Organisation als Werkzeug des zaristischen Geheimdienstes *Ochrana* aufzulösen, weil diese es gewagt hatte, vom Hauptvorstand der Partei, also u. a. von Leo Jogiches und Rosa Luxemburg, einen Rechenschaftsbericht einzufordern¹⁵⁴³. Die Auflösung der wichtigsten Untergrundstruktur der SDKPiL stellte eine besonders pervertierte Form des Ultrazentralismus dar, die die Begründung der stalinistischen Schauprozesse Mitte der 1930er Jahre im Umgang mit ihren innerparteilichen Gegnern um Jahrzehnte vorweg nahm. Interessant ist die umfangreiche Beschäftigung der Historischen Kommunismusforschung mit der frühen Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion und der RKP(B), die die Unabhängigkeit der KPD zur Zeit ihrer Gründung unterstellt. Die Abhängigkeit des *Spartakusbundes* und der KPD 1918/1919 von der SDKPiL, deren drei Gründer Luxemburg, Jogiches und Marchlewski entscheidenden Einfluss auf die *Kommunistische Partei Deutschlands* nahmen, wird nicht thematisiert. Vielleicht wurde die Abhängigkeit der KPD von der einen Strömung der SDAPR nur gegen die Abhängigkeit von einer anderen SDAPR-Strömung ausgetauscht?

Der Parteitag der KPD 1919 in Heidelberg, wo die Gegner einer Mitarbeit in den kommunistischen Gewerkschaften und im Parlament ausgeschlossen wurden, stand nicht etwa in völligem Gegensatz zum Gründungsparteitag der KPD. Er setzte vielmehr die undemokratischen Verhältnisse vom Gründungsparteitag fort, wenn auch eine neue Qualität erreicht wurde. Arkadi Maslow verwies darauf, dass erst zu Beginn des Parteitags die Delegierten die Vorlagen zu den Streitpunkten erhalten hätten und diese *vor* der Diskussion abgestimmt worden seien. Der große Teil der Delegierten, der gegen Levis Thesen stimmte, bekam den Versammlungsort der Fortsetzung des Parteitages nicht mitgeteilt. Paul Fröhlich schreibt als Teilnehmer des Heidelberger Parteitags, dass die Mehrheit der noch anwesenden, gewählten Delegierten den Ausschluss der Opposition abgelehnt hatte, aber der Beschluss dennoch gefasst wurde, da das Zentralkomitee mit zwölf Personen stimmberechtigt war¹⁵⁴⁴. Mit der Abspaltung war Lenin nicht einverstanden. Trotz aller Polemik gegen die KAPD trat er für eine einheitliche KPD einschließlich der abgespaltenen ultralinken Kommunisten ein. Auf sein Bestreben wurde die KAPD neben der offiziellen KPD als sympathisierende Sektion in die Komintern

¹⁵⁴³ Lenin, W. I., An das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros, o. O. 31.8.1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 266 f.; die Form der Auseinandersetzung Rosa Luxemburgs mit ihrem Opponenten Karl Radek lässt schon auf blanken Hass im Miteinander schließen, dagegen Keßler, Ruth Fischer, S. 72.

¹⁵⁴⁴ Maslow, Arkadij, Manuskripte 1935-1941, in: Lübke, Peter (Hrsg.), Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990, S. 364 f.; Fröhlich, Im radikalen Lager. Politische Autobiographie, Berlin 2013, S. 216.

aufgenommen¹⁵⁴⁵. Mehrheitlich versucht die Historische Kommunismusforschung, den ultra-bürokratischen Akt der KPD-Führung um Levi herunterzuspielen: Angress ist der Ansicht, Levi habe seine linken Opponenten auf dem Heidelberger Parteitag nur ins Abseits manövriert, so dass sie freiwillig die KPD verließen. Pierre Broué urteilt, Levi habe stets ein Konzept der innerparteilichen Demokratie vertreten. Kinner sieht den Ausschluss als „nicht unproblematisch“, aber die „Abgrenzung von revolutionaristischen Kräften“ als notwendig an. Bois/Wilde versuchen, Paul Levis Vorgehen gegen die Opposition zu relativieren, um Hermann Webers Stalinisierungsthese gegen die Kritik von Klaus-Michael Mallmann zu verteidigen¹⁵⁴⁶. Zu Recht hatte Mallmann darauf hingewiesen, dass die Bedeutung des Ausschlusses von Zehntausenden von KPD-Mitgliedern von der Historischen Kommunismusforschung nicht erfasst worden ist und unter dem Schlagwort der Stalinisierung auch nicht erfasst werden konnte¹⁵⁴⁷.

Durch die Vereinigung mit der USPD wurde die KPD 1920 nicht nur zur Massenpartei. Es erfolgte auch eine Wiederbelebung der innerparteilichen Diskussion und erneuter Fraktionsbildung. So bildete sich 1921 die Opposition der linken Kommunisten um Fischer/Maslow/Scholem, die einen dreijährigen Fraktionskampf erst gegen die moderat kommunistische Parteiführung um Ernst Meyer, dann gegen deren Nachfolger unter Brandler/Thalheimer führte. Während unter Meyer ein relativ demokratisches Diskussionsklima herrschte¹⁵⁴⁸, versuchte die Brandler-Führung den Einfluss der linken Opposition in der Leitung mit undemokratischen Mitteln klein zu halten¹⁵⁴⁹. Im Ruhrgebiet warf die moderat kommunistische KPD-Bezirksleitung im *Ruhr-Echo* vom April 1923 der linken Opposition der KPD um Fischer/Maslow vor, die internen Debatten zu vergiften und „its illegal establishment of a party faction“¹⁵⁵⁰.

Trotz der Deformation der Diskussionskultur der KPD seit ihrer Gründung existierten Fraktionen und Gruppierungen. Heftige Debatten und Auseinandersetzungen hatten zu Austritten und Ausschlüssen geführt und waren mit erheblichen Reibungsverlusten

¹⁵⁴⁵ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 87 f.; Dagegen bezeichnete Moneta „die Trennung von den Ultralinken zur Vorbedingung für einen gewaltigen Schritt nach vorn“, vgl. Moneta, Jakob, Zur Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, [Frankfurt/M. 1978], in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 6.

¹⁵⁴⁶ Angress, Stillborn Revolution, S. 69 und S. 211; Broué, Pierre, Der Oktober, der nicht stattfand. Ein Kommentar, in: Weber/Bayerlein, Oktober, S. 63; Kinner, Kommunismus und Linksozialismus, S. 34; Bois, Marcel/Wilde, Florian, „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin Mai 2007, S. 33 f.

¹⁵⁴⁷ Mallmann, Kommunisten Sozialgeschichte, S. 64 f.

¹⁵⁴⁸ Vgl. Wilde, Florian, >Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig< - Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Mexer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2006, S. 168 f.

¹⁵⁴⁹ Vgl. Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 69.

¹⁵⁵⁰ Ruhr-Echo, 6. April 1923, zitiert nach: Weitz, Conflict, S. 194.

verbunden. Es machte aber es einen wesentlichen Teil des Innenlebens der KPD aus, Meinungsverschiedenheiten kontrovers auszutragen. Zudem setzten sich die Kommunisten in den reformistischen Gewerkschaften dafür ein, offen und organisiert ihre Ansichten darlegen zu dürfen, was bürokratische Gewerkschaftsapparate oft genug zu verhindern suchten. Dass die Debatten in der KPD manchmal mit Ausschluss oder Austritt endeten, war im Fall der Abspaltung der Ultralinken durch Paul Levi, beim Ausschluss von Levi selbst oder bei dem von Arthur Hammer vermeidbar gewesen¹⁵⁵¹. Dabei blieb die Bildung von Fraktionen nicht bei kritischer Oppositionspolitik stehen. 1920 hatte die linke Minderheit der USPD eine Mehrheit der Parteimitglieder vom Beitritt zur Kommunistischen Internationale überzeugen und die Partei erobern können, was an der „dezentralen Struktur der USPD“¹⁵⁵² gelegen hatte. 1924 hatten die linken Kommunisten gegen den Widerstand der moderaten Kommunisten und der Komintern die Parteiführung der KPD gewonnen.

Doch viele Mitglieder und Funktionäre der KPD, darunter frühere Mitglieder der USPD, gingen beim Aufbau der Kommunistischen Partei Deutschlands nicht von den eigenen, gelebten Organisationserfahrungen mit Fraktionskämpfen, Dezentralisierung, der negativen Erfahrung mit der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie und dem positiven Erleben der Räte-demokratie aus, sondern sie suchten das Modell der RKP(B) auf die KPD zu übertragen. Dabei machten sie sich von der Tradition der RKP(B) in der SDAPR ein Bild, das bolschewistisch verklärt war. Eine Autonomie von Parteiorganisationen gab es darin nicht, obwohl in der SDAPR die nationalen Parteien *Allgemeiner Jüdischer Arbeiterbund (Bund)*, *Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauen (SDKPiL)*, *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Lettlands (LSDSP)*, die Gebietsorganisationen (wie z. B. die Estländische) und die Lokalkomitees (die Leitungen der Ortsgruppen) eine Autonomie besaßen¹⁵⁵³. Die RKP(B) und ihr Vorläufer SDAPR konnte eine lange Tradition von Fraktionskämpfen vorweisen. So umfasste die *Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands* im Jahr 1910 nicht nur die sozialdemokratischen Parteien verschiedener Nationalitäten *SDKPiL*, *LSDSP* und *Bund*, sondern auch drei verschiedene

¹⁵⁵¹ Die interne Debatte in der KPD und in der Kommunistischen Internationale wurde nicht dadurch verhindert, dass sie nicht öffentlich geführt wurde. Daher ist Eumanns Vergleich mit der Unterdrückung der Debatte im Unterschlagungsskandal Thälmann/Wittorf auf Anweisung Stalins nicht überzeugend, vgl. Eumann, *Eigenwillige Kohorten*, S. 95.

¹⁵⁵² Wheeler, USPD, S. 366; Vgl. Däumig [Diskussion], Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972 (Hamburg 1921), S. 370.

¹⁵⁵³ Vgl. Lenin zur Autonomie des jüdischen Arbeiterbundes: s. Lenin, W. I., Braucht das jüdische Proletariat eine „selbständige politische Partei“?, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 6, 3. Aufl., Berlin 1963 (Berlin 1956), S. 329; Lenin zur proportionalen Vertretung nationaler Minderheiten in allen Parteigremien: vgl. Lenin, Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (Berlin 1958), S. 375. Man beachte hier die Fälschung der Herausgeber der Werke auf S. 152, wo das Wort „proportional“ weggelassen worden ist!; Lenin zur Autonomie der Parteikomitees nach § 8 des Statuts der SDAPR: vgl. Lenin, W.I., der Unschuldige hat schuld, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 8, 2. Aufl., Berlin 1959 (Berlin 1958), S. 300 f.

menschewistische Fraktionen, vier verschiedene bolschewistische Fraktionen sowie die unabhängige Fraktion Trotzki, die bis auf eine bolschewistische Fraktion jeweils über eigene Zeitungen verfügten. Alle politischen Meinungsverschiedenheiten wurden offen vor den Lesern in den Fraktions- und Parteizeitschriften ausgebreitet¹⁵⁵⁴. In den Jahren 1902-1903 gingen die grundlegenden Artikel der sozialdemokratischen Zeitung *Iskra* (darunter auch die Lenins) erst durch die Hände aller anderen Redaktionsmitglieder, die in verschiedenen Ländern wohnten, bevor sie in dem Fraktionsorgan *Iskra* erscheinen konnten¹⁵⁵⁵. Die Artikel waren Produkt einer kollektiven Diskussion. Die SDAPR vor 1917 verkörperte eine völlig andere Arbeiterbewegungskultur als die Führungen der RKP(B) von Sinowjew bis Stalin aus ihr machten.

Was Lenins Organisationstheorie betrifft, so findet sich in keiner seiner Schriften eine prinzipielle Begründung für ein allgemeines Fraktionsverbot innerhalb revolutionärer Parteien¹⁵⁵⁶. Das Fraktionsverbot, das auf dem 10. Parteitag der RKP(B) im März 1921 beschlossen worden war, stand somit im Widerspruch zur eigenen Vergangenheit. Aber selbst dann trat der Initiator des Fraktionsverbotes, Lenin, für das Recht ein, sich bei grundlegenden Meinungsverschiedenheiten an die Partei zu wenden und Leitungsgremien auf der Grundlage unterschiedlicher Plattformen zu wählen¹⁵⁵⁷. Stalin, nicht zufällig seit diesem Parteitag Organisationssekretär der RKP(B), war schon zweieinhalb Jahre später zu der Ansicht gekommen, dass der 10. Parteitag nicht nur die Bildung von Fraktionen, sondern auch die von Gruppierungen untersagt habe¹⁵⁵⁸. 1921 war es weder Lenin noch Trotzki in den Sinn gekommen, das Fraktionsverbot von der RKP(B) auf die Mitgliedsparteien der Kommunistischen Internationale zu übertragen. Auf dem 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Juni/Juli 1921 – nur wenige Monate nach dem 10. Parteitag der RKP(B) – waren allein aus Deutschland drei politische Formationen mit Delegierten bzw. Rednern vertreten gewesen: die KPD, die

¹⁵⁵⁴ Bei den Fraktionen handelte es sich um die mehrheitlichen parteitreuen Bolschewiki (Informazionny Bjulleten) um Dubrowinski, die Bolschewiki Lenins (Sozial-Demokrat), die ultralinke bolschewistische Fraktion um Lunatscharsky (Wperjod) und die Fraktion der sog. „Abberufler“ (Otsowisten), die unabhängige Fraktion Trotzki (sog. Wiener Prawda), die menschewistische Fraktion von Potressow (Nascha Sarja), die menschewistische Fraktion um Martow (Golos Sozial-Demokrata) und die parteitreuen Menschewiki um Plechanow, vgl. Über die neue Fraktion der Versöhner oder der Tugendhaften, o. O. 18.(31.)10.1911, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 245 f.; Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland, o. O. 1910, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 396 f.; Beratung der erweiterten Redaktion des Proletari, o. O. 3.(16.)7.1909, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962), S. 435.

¹⁵⁵⁵ Pjatnizki, Ossip, Aufzeichnungen eines Bolschewiks. Erinnerungen aus den Jahren 1896-1917 (In den Reihen der Revolution, Bd. 2), Wien 1927, S. 73.

¹⁵⁵⁶ Im Unterschied dazu: Keßler, Ruth Fischer, S. 113, der aber keinen Beleg für seine These bringt.

¹⁵⁵⁷ Robert V., Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion, Berlin 1978 (Cambridge USA 1960), S. 183 f. (im Folgenden zitiert: Daniels, Gewissen, Seite); Das widerspricht Langels Ansicht, der das Fraktionsverbot in der KPD bzw. in der KPdSU auf die leninsche Parteiauffassung zurückzuführen, vgl. Langels, Die ultralinke Opposition, S. 6.

¹⁵⁵⁸ Daniels, Gewissen, S. 263. Wenn Hoffrogge für die WKP von 1921 von einem Fraktionsverbot schreibt, wonach „abweichende Meinungen (...) nicht als Gruppe zusammengeführt werden (durften)“, so gibt er damit ungewollt die Version Stalins wieder, vgl. Hoffrogge, Scholem, S. 281.

„oppositionelle Gruppe der V.K.P.D.“ um Zetkin und Malzahn und die KAPD. Als Lenin und Trotzki auf dem KI-Kongress in der Debatte um die sog. *Märzaktion* in die Minderheit zu geraten drohten, kündigte Letzterer an, dann „innerhalb des Rahmens, den uns der Kongreß lassen wird, [zu] kämpfen“¹⁵⁵⁹, was nicht anderes als die Androhung einer Fraktionsbildung war. Zudem hielt es Lenin für dumm, wenn man „auf eine sklavisches Art die Russen nachahmt“ oder die russische Revolution nachzuahmen versuchte¹⁵⁶⁰. Die Diskussionen auf den ersten vier Weltkongressen der Kommunistischen Internationale belegten, dass die Debatten äußerst kontrovers und demokratisch geführt wurden¹⁵⁶¹. Allerdings gab es keine umfassende Kritik in anderen kommunistischen Parteien an der Einschränkung der innerparteilichen Demokratie in der sowjetischen Schwesternpartei. Andere hielten solche Eingriffe für selbstverständlich. Ernst Thälmann war gegenüber öffentlichen Debatten ablehnend eingestellt, was an seiner politischen Sozialisation als Gewerkschaftsfunktionär im Deutschen Transportarbeiter-Verband lag¹⁵⁶². Auf dem 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im Sommer 1921 meinte er, die Kritik an Aktionen dürfe nicht in der Parteipresse erscheinen. Im Widerspruch Karl Radek, der das Recht zur „öffentlichen Austragung der Meinungsverschiedenheiten in der Presse“ verteidigte, wenn auch nur mit dem Argument, dass an Parteiversammlungen nur ein Teil der Genossen teilnehmen¹⁵⁶³. Der KI-Vorsitzende Sinowjew forderte auf dem gleichen Kongress die Fraktion der moderaten Kommunisten um Zetkin/Malzahn auf:

„Die Fraktion, die sich gebildet hat, muß als Fraktion aufhören zu existieren. Es darf keine Partei in der Partei geben. Es ist absolut ausgeschlossen, daß wir in der Kommunistischen Internationale so etwas vertragen können“¹⁵⁶⁴.

Ein erster Versuch, das Fraktionsverbot von der RKP(B) auf die Parteien der Kommunistischen Internationale zu übertragen, erfolgte nach Lenins Tod. Der 5. Weltkongress der KI beschloss Mitte 1924 eine Statutenänderung, wonach die Diskussion von Meinungen „nur bis zur Beschlussfassung durch das betreffende Parteiorgan zulässig“

¹⁵⁵⁹ Trotzki [Diskussion], in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, Erlangen 1973 (Hamburg 1921), 2. Aufl., S. 644.

¹⁵⁶⁰ Lenin, W.I., [Diskussion], in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1973 (Hamburg 1921), 2. Aufl., S. 366 f.

¹⁵⁶¹ Die Behauptung Wheelers, auf dem 2. Weltkongress seien erst 18 Bedingungen der Zugehörigkeit zur Kommunistischen Internationale abgestimmt, nachträglich aber auf Initiative Lenins noch einmal drei weitere Bestimmungen hinzugefügt worden („21 Bedingungen“) ist nicht aus dem Protokoll zu entnehmen, vgl. Wheeler, USPD, S. 223 f.; Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972 (Hamburg 1921), S. 388 f.; Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 104 f.

¹⁵⁶² LaPorte, Norman, Ernst Thälmann: The Making of a German Communist, 1886-1921, in: Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen). Lives on the Left, Nr. 51, Essen 2014, S. 144.

¹⁵⁶³ Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, Erlangen 1973 (Hamburg 1921), 2. Aufl., S. 636 und S. 663.

¹⁵⁶⁴ Sinowjew, G., [Diskussion], in: Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, Erlangen 1973 (Hamburg 1921), 2. Aufl., S. 630.

sei. Als die damalige radikal linke Mehrheitsfraktion der Kommunistische Partei Italiens um Bordiga den Antrag stellte, alle Fraktionen grundsätzlich zu verbieten, um die Beschlussfassung bloßzustellen, sprach sich der Organisationssekretär der KI, Piatnitzki, dagegen aus, weil es der Komintern erlaubt sein müsse, in den Sektionen, in denen es das EKKI der KI für notwendig hielt, Fraktionen zu bilden¹⁵⁶⁵. Das lief darauf hinaus, das Recht auf Fraktionsbildung allein der Fraktion vorzubehalten, die die Komintern kontrollierte – der jeweiligen Mehrheitsfraktion der RKP(B) bzw. WKP(B) erst unter Sinowjew-Stalin, dann unter Bucharin-Stalin, schließlich um Stalin. Ursprünglich hatte auch die *linke Opposition* in der RKP(B) um Trotzki und Preobraschenski das Fraktionsverbot verteidigt, war aber gleichzeitig für die Existenz von Gruppierungen eingetreten. Die 13. Parteikonferenz der RKP(B) vom Januar 1924 war unter Sinowjew, Kamenew und Stalin zu dem Schluss gekommen, dass die *Linke Opposition* um Trotzki die bolschewistische Auffassung von der Partei als monolithischem Ganzem durch die Auffassung der Partei als Summe von Tendenzen und Fraktionen ersetzt habe. Den Hauptangriff hatte Stalin geführt und der Opposition die Sünde der „Fraktionsmacherei“ vorgeworfen, die sie unter der Forderung der Freiheit der Gruppierungen zu verschleiern suche. Die linke Opposition sei kleinbürgerlich, ihr politisches Anliegen ein Versuch zur Revision des Bolschewismus und eine Abweichung vom Leninismus. Dank des Sekretariatsapparats hatte die Spitze der RKP(B) kein Problem, die Opposition zu besiegen¹⁵⁶⁶.

Da war die neue linkskommunistische KPD-Leitung um Fischer/Maslow/Scholem schon längst vorgeprescht. Nach der Änderung der internen Mehrheitsverhältnisse auf dem Frankfurter Parteitag erließ sie im Mai 1924 in vorausseilendem Gehorsam ein Fraktionsverbot¹⁵⁶⁷, ehe die Komintern selbst dazu Gelegenheit hatte, was keineswegs mit einer Stalinisierung erklärt werden kann. Trotz Verbot schlossen sich die moderaten Anhänger Brandlers zu einer Fraktion zusammen, für die Karl Jannack in Remscheid Informationsmaterial verschickte¹⁵⁶⁸. Sie zerfiel nach dem Ausschluss Jannacks aus der KPD, der erfolgte, nachdem er im Remscheider Gewerkschaftskartell ein Aktionsprogramm der moderaten Kommunisten eingebracht hatte¹⁵⁶⁹, und der Abkommandierung Brandlers und Thalheimers durch die Komintern nach Moskau.

¹⁵⁶⁵ [Piatnitzki], Bericht des Gen. Piatnitzki zur Organisationsfrage, [Kommunistische Internationale], Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, 2. Aufl., Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.), S. 982 f.

¹⁵⁶⁶ Daniels, Gewissen, S. 271.

¹⁵⁶⁷ Hoffrogge, Scholem, S. 281.

¹⁵⁶⁸ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 414.

¹⁵⁶⁹ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin [5.11.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 45; [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, [Rede] Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 276.

Zum linkskommunistischen Selbstverständnis gehörte nicht nur das gemeinsame Handeln nach außen, sondern eine ausgesprochene Verklärung der bolschewistischen Disziplin und der Einheitlichkeit der Partei. Als Bolschewismus sah man das Modell einer Kommunistischen Partei an, die sich vor allem durch „eiserne Geschlossenheit“ auszeichne, so Karl Korsch zur Zeit des 5. Weltkongresses der KI¹⁵⁷⁰. Angeregt durch dessen Beschlüsse vertrat im Sommer 1924 der gemeinsame Parteitag der drei westfälischen KPD-Bezirke Ruhrgebiet, Niederrhein und Mittelrhein die Position, dass die Kommunistische Partei „zentralisiert, ohne Fraktionen und Strömungen, aus einem Guss“ um einen „festen bolschewistischen Kern“ zusammengeschweißt werden müsse¹⁵⁷¹. Bei dem zentralistischen Anspruch der Parteilinken kamen die Rechte der Mitglieder zu kurz. Geradezu unterwürfig reagierte die linke Bezirksleitung Ruhr, nachdem die Berliner Parteizentrale dem Bezirk mit Gustav R(eicher) einen neuen Bezirksleiter vor die Nase gesetzt hatte, der nach dreimonatigen, ständigen Querelen wieder abberufen werden musste. Die führenden Funktionäre der Ruhr verlangten von der KPD-Zentrale nur, bei solchen Veränderungen „gehört“ (!) zu werden¹⁵⁷². Auch Sekretäre der Unterbezirke wurden auf Initiative der KPD-Zentrale eingesetzt bzw. abgelöst¹⁵⁷³.

Zum undemokratischen eisernen Zentralismus kam der Umgang mit der neuen moderat kommunistischen Minderheit in der Partei. Im Ruhrgebiet hatte der linke Flügel der KPD Anfang 1924 eine Partei gefordert, die alle „faulen Teile des Parteikörpers ausscheiden“ solle¹⁵⁷⁴. Den Worten der linken KPD-Bezirksleitung Ruhr sollten Taten folgen. Zwar hatte die linke Opposition in der Ruhr-KPD die moderat kommunistische Bezirksleitung um Stolzenburg/Graul auf demokratischem Weg abgewählt. Es war aber keineswegs eine Überraschung, dass im August 1924 der Organisationssekretär des KPD-Bezirks Ruhr, Wilhelm Schwan forderte, Stolzenburg politisch auszuschalten, angeblich zur „Beruhigung“ der Mitglieder¹⁵⁷⁵. Auf einer Unterbezirkskonferenz der KPD Essen wurde im April 1924 der Ausschluss eines jeden Mitgliedes gefordert, das bewusst gegen Beschlüsse des Frankfurter Parteitages oder des letzten Kominternkongresses, sowie gegen Anweisungen von Funktionären und höheren Parteinstitutionen verstoße¹⁵⁷⁶. Im Sommer

¹⁵⁷⁰ Korsch, Karl, Proletarische Niederlagen, proletarischer Sieg, in: Neue Zeitung. Organ der KPD für Großthüringen (Sektion der 3. Internationale), 6. Jg., Nr. 104, Jena 21.7.1924, S. 1 f., IISG Amsterdam, Colletion Korsch 269.

¹⁵⁷¹ Resolution zur Politischen Lage (Abschrift), in: Der Oberpräsident, An den Herrn Regierungspräsidenten zu Düsseldorf, Münster 4.8.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 249.

¹⁵⁷² Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen Dezember 1924], SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 13.

¹⁵⁷³ Bezirksausschuss des Bezirks Ruhr-Gebiet, [Essen] 29.12.1924, SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 18.

¹⁵⁷⁴ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), Der Kommunistische Organisator, [Essen] 23.2.1924, [S. 1], LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

¹⁵⁷⁵ Bezirk 18/W. Schwan, An die Zentrale, Polbüro, [Essen] 8.8.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 53.

¹⁵⁷⁶ Unterbezirkskonferenz der KPD Essen, Antrag Nr. 6, Essen 19.4.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 211.

1924 hatte die linkskommunistische Mehrheit auf einer gemeinsamen Konferenz der KPD-Bezirke im Oberbezirk Rheinland-Westfalen beschlossen, die Aufrechterhaltung oder Errichtung von Fraktionen mit allen politischen und organisatorischen Mitteln zu unterdrücken¹⁵⁷⁷. Gegen den Aufbau einer Fraktion der moderaten Kommunisten, die vor allem in Essen Einfluss hatten, ging Ende 1924 die Bezirksleitung Ruhr mit Ausschlüssen vor¹⁵⁷⁸. Die örtliche Leitung der KPD in Essen wurde wegen „rechter“ Tendenzen aufgelöst¹⁵⁷⁹. Im Februar 1925 wurden u. a. die führenden moderaten Kommunisten und früheren Mitglieder der Bezirksleitung Ruhrgebiet Ernst Graul, Georg Hansen, Johannes Eckehardt, sowie der ehemalige Bezirkssekretär der KJD-Ruhrgebiet, Georg Stetter, aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Ihnen wurde vorgeworfen, an einem Treffen der moderaten Kommunisten teilgenommen zu haben. Ein weiterer Rechtskommunist wurde der Unterschlagung bezichtigt und ausgeschlossen¹⁵⁸⁰. Weite Teile der linken Mitgliedschaft standen hinter den undemokratischen Ausschlüssen von moderat kommunistischen Oppositionellen. Das Vorgehen der linkskommunistischen Bezirksleitung 1924/1925 unter Schwan gegen ihre moderaten innerparteilichen Kontrahenten ergab sich nahtlos aus dem undemokratischen, eindimensionalen Parteiverständnis der Linkskommunisten.

Zum Fraktionsverbot kam die Einführung der Körperschaftsdisziplin hinzu, wonach alle Mitglieder einer Körperschaft – z. B. des Politbüros – die dort mehrheitlich gefassten Beschlüsse in den unteren Körperschaften – z. B. im Zentralkomitee – einheitlich zu vertreten hätten, auch wenn sie selbst gegen den Beschluss im Politbüro gestimmt hatten. Nach dem Bruch zwischen den radikal linken und den linken Kommunisten beschloss im Mai 1925 die Mehrheit des Zentralausschusses der KPD um Fischer/Maslow/Thälmann, die Körperschaftsdisziplin einzuführen – einen Monat vor dem o.g. Beschluss des 5. Weltkongresses der KI. Damit wurde *vor* dem 10. Parteitag der KPD die starke radikal linkskommunistische Minderheit des Zentralausschusses verpflichtet, vor der gesamten Mitgliedschaft nicht ihre, sondern die Mehrheitsmeinung zu vertreten, gegen die sie zuvor gestimmt hatte. Die Minderheit befolgte die undemokratische Direktive¹⁵⁸¹. Schon unter

¹⁵⁷⁷ Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz K.P.D. Rheinland und Ruhrgebiet. Die Resolution zur gegenwärtigen Lage, zum Ruhrkampf und zu den nächsten Aufgaben, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 7.

¹⁵⁷⁸ Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen Dezember 1924] SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 10.

¹⁵⁷⁹ Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz K.P.D. Rheinland und Ruhrgebiet. Die Resolution zur gegenwärtigen Lage, zum Ruhrkampf und zu den nächsten Aufgaben, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 7.

¹⁵⁸⁰ Bezirksleitung Ruhrgebiet, An Komintern / Sinowjew / Zentrale der KPD, Essen 10.3.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 39 f.

¹⁵⁸¹ Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926, S. 394.

Brandler hatte die KPD-Zentrale versucht, die Körperschaftsdisziplin einzuführen, war aber am Widerstand der linken Opposition gescheitert¹⁵⁸². In der RKP(B) bzw. WKP(B) wurde die Körperschaftsdisziplin längst praktiziert. Auf den Versammlungen der Kommunistischen Internationale war die gesamte Delegation der RKP(B) einheitlich nach den Beschlüssen ihres Politbüros aufgetreten und nicht etwa nach den verschiedenen Meinungen der Delegierten¹⁵⁸³. Auch der radikal linke Kommunist Werner Scholem trat als Organisationsleiter der KPD für die Körperschaftsdisziplin ein¹⁵⁸⁴.

Auf dem 10. Parteitag war ein neues Statut der KPD verabschiedet worden, womit der Zentralausschuss als ein Organ, in dem die Bezirke Einfluss nehmen konnten, ganz abgeschafft wurde¹⁵⁸⁵. Dort kündigte Ruth Fischer ihren radikal linken Kritikern im Fall einer Fraktionsbildung an, sie mit „disziplinarischen Mitteln“ „erbarmungslos maßregeln“ zu wollen, so, wie die moderaten Kommunisten um Jannack¹⁵⁸⁶. Bei der Beschneidung der Debattenkultur half, dass die radikal linken Kommunisten Scholem und Rosenberg nach ihrem Bruch mit der linken Parteiführung im Mai 1925 um Fischer/Maslow/Thälmann zunächst nicht bereit waren, ihre abweichende politische Meinung der Mitgliedschaft darzulegen – sogar dann nicht, als sie von diesen dazu aufgefordert wurden¹⁵⁸⁷. Die linken Kommunisten wurden, wie Keßler schreibt, „Opfer genau jener Praktiken, die sie selbst in der KPD rigoros durchgesetzt hatten“¹⁵⁸⁸.

Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet ging Anfang 1926 die Bezirksleitung um Florin-Ende davon aus, dass jegliche Fraktionsarbeit verboten sei¹⁵⁸⁹. Am 11. Januar 1926 verabschiedete die Bezirksleitung Ruhr eine Entschließung gegen die linke Opposition, die vor allem in Dortmund und Hamm auftrat. In dieser Resolution verwies die BL „nachdrücklichst auf Statut und Beschlüsse der Partei, die jegliche Fraktionsarbeit verbieten“¹⁵⁹⁰. Die BL unter Florin kam einstimmig zu dem Schluss, „dass man mit aller Schärfe gegen die Fraktionsmacher Schwan und Anhänger den Kampf führen muss“¹⁵⁹¹. In einem Bericht zur innerparteilichen Lage im Bezirk erklärte Florin, dass die Opposition an mehreren Stellen gleichzeitig nach einheitlichen Richtlinien auftrete. Sie arbeite mit den Methoden der

¹⁵⁸² SAPMO Berlin, o. O. o. D., RY 1/I 2/2/15, Bl. 224, zit. Wenzel, Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, S. 77.

¹⁵⁸³ Vgl. Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 68.

¹⁵⁸⁴ Hoffrogge, Scholem, S. 273 f.

¹⁵⁸⁵ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 449.

¹⁵⁸⁶ Flechtheim, KPD, S. 176.

¹⁵⁸⁷ Hoffrogge, Scholem, S. 289.

¹⁵⁸⁸ Fischer, Stalin und der deutsche Kommunismus, S. 551, zitiert nach Keßler, Ruth Fischer, S. 235.

¹⁵⁸⁹ [Bezirksleitung], Resolution, [Essen] 29.1.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 10.

¹⁵⁹⁰ [Bezirksleitung Ruhr], Resolution, [Essen 11.1.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 10.

¹⁵⁹¹ Pol.-Büro, Protokoll der engeren Bezirksleitungs-Sitzung am 11.1.1926, [Essen Januar 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 2.

Zersetzung, stelle unwahre Behauptungen auf und verbreite Gerüchte über die Komintern, die russische Partei und über die Lage in der KPD. Ihre eigene Haltung fasste die BL KPD-Ruhr in der ihr eigenen Diktion zusammen: „Eine solche Opposition könne man ruhigen Gewissen als eine Konterrevolutionäre bezeichnen“, so Florin Anfang 1926¹⁵⁹².

Um die linkskommunistische Opposition besser bekämpfen zu können, wurde von der engeren Bezirksleitung der KPD-Ruhrgebiet eine eigene systematische Fraktionstätigkeit aufgezogen: Zuerst habe die Bezirksleitung an vielen Stellen dafür gesorgt, dass neue Leitungen geschaffen wurden. Die sich in den letzten Jahren herausgebildete „Clique“ sei zerschlagen worden. Der Weg der innerparteilichen Konsolidierung sei nun frei¹⁵⁹³. Als die KPD-Unterbezirksleitung in Buer am 19.7.1926 den Beschluss gefasst hatte, zum Unterbezirksparteitag am 8. August den radikal linkskommunistischen Oppositionellen Peter Loquingen (MdL der KPD) aus Neuss als Korreferenten einzuladen und einen entsprechenden Antrag an die KPD-Zentrale in Berlin gerichtet hatte, lehnte diese ab. Die Opposition könne auf dem UB-Parteitag selbst ihre Auffassungen vertreten. Die Oppositionellen hätten in der Organisation genügend Gelegenheit, ihre Meinung auszudrücken. Verallgemeinernd äußerte das ZK-Sekretariat, dass „unbedingt mit dem in letzter Zeit eingerissenen System, außerhalb des Bezirks stehende Genossen als Korreferenten anzufordern, gebrochen werden (muss)“¹⁵⁹⁴. Damit sollte ein grundlegendes Recht der freien Meinungsäußerung und -bildung der Mitglieder ausgehebelt werden. Das Sekretariat des ZK der KPD instruierte die Bezirksleitung Ruhrgebiet nicht nur, alle Kräfte für den UB-Parteitag am 8. August 1926 in Buer aufzubieten¹⁵⁹⁵. Es gab auch genaue Anweisungen, wie die eigene fraktionelle Tätigkeit aufgezoogen werden sollte. Denn als die Bezirksleitung Ruhrgebiet dem ZK am 6. August 1926 angekündigt hatte, dass sie ein Ausschlussverfahren gegen Wilhelm Schwan einleiten wollte, mahnte das ZK-Sekretariat umgehend zur Zurückhaltung. Es wies die Bezirksleitung an, besonders in Dortmund eine „ernste politische Aufklärungsarbeit“ zu leisten. Dafür müssten die auf „unserem Boden“ stehenden Genossen gezielt informiert und zusammengefasst werden, um dann in die Mitgliederkreise systematisch die Diskussion hinein zu tragen. Ein organisatorisches Vorgehen gegen die von der BL genannten Genossen könne erst dann erfolgen, wenn intensiv vorgearbeitet worden sei. Ohne vorherige Information und Zustimmung des ZK in jeder Angelegenheit sollten keine entsprechenden Beschlüsse gefasst und vor allem keine

¹⁵⁹² Pol-Büro, Protokoll der Bezirksleitungssitzung vom 13.2.1926, [Essen Februar 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 6.

¹⁵⁹³ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 45.

¹⁵⁹⁴ Zentralkomitee der KPD/Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 29.7.1926, SAPMO Berlin, RY 1 I 2/5/28 Bl. 532; Zentralkomitee der KPD/Sekretariat, An die Unterbezirksleitung Buer durch die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 29.7.1926, RY 1 I 2/5/28, Bl. 533.

¹⁵⁹⁵ An die Unterbezirksleitung Buer durch die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 29.7.1926, SAPMO Berlin, RY 1 I 2/5/28 Bl. 533.

Ausschlüsse geplant werden¹⁵⁹⁶. Das Fraktionsverbot bei gleichzeitigem Aufbau der Fraktion der Leitungsmehrheit machte aus der KPD endgültig eine undemokratische Partei. Im Rückblick sprach die oppositionelle Fraktion *Entschiedene Linke* bereits für das Jahr 1925 von der „vollständigen Unterdrückung der inneren Parteidemokratie“¹⁵⁹⁷. Doch trotz all der undemokratischen Maßnahmen war es für die KPD-BL um Florin-Ende nicht leicht sich durchzusetzen. Ergänzt wurde das Fraktionsverbot in der Ruhr-KPD durch die Einführung der Körperschaftsdisziplin, die bislang im Bezirk noch nicht gegolten hatte. Das sollte sich im April 1926 nach einem Referat Florins in der Bezirksleitung ändern:

„Die neue Bezirksleitung muss sich ihrer Verantwortung bewusst sein als Leitung der Partei des Ruhrgebiets und muss ein dienendes Beispiel sein für alle unteren Leitungen im Bezirk. In der Bezirksleitung herrscht Körperschaftsdisziplin und hat jeder Genosse die Pflicht, auch wenn es einmal gegen seine Meinung ist, die Beschlüsse der Bezirksleitung zu vertreten“¹⁵⁹⁸.

Florins Ausführungen stießen in der Sitzung der BL weder beim anwesenden radikal linken Kommunisten Schmitz aus Bocholt noch beim Linkskommunisten Vollmer aus Dortmund auf Kritik. Vielmehr wurde Florin anschließend einstimmig zum Polleiter des Bezirks wieder gewählt¹⁵⁹⁹. Damit versuchte Florin im Alleingang und ohne jeden Beschluss der BL, die Körperschaftsdisziplin in der Ruhr-KPD einzuführen.

Die drastische Einschränkung der innerparteilichen Rechte durch die Fraktion Fischer/Maslow/Thälmann widersprach nicht nur der traditionellen Diskussionskultur der deutschen Arbeiterbewegung, dem Ideal der Räte-demokratie und dem Auftreten für demokratische Rechte in der reformistischen Gewerkschaftsbewegung, sondern auch der Übernahme der Leitung der KPD auf demokratischem Wege. Es handelte sich um einen mehrfachen Bruch mit der eigenen Vergangenheit. Die spätere Parteileitung um Thälmann-Meyer/Ewert brauchte dieses Organisations- und Selbstverständnis nur noch zu verallgemeinern und der ganzen KPD überzustülpen. Dies geschah 1926, als das Fraktionsverbot zum Parteimodell erhoben wurde. Ernst Thälmann („Nikolai“) meinte auf der Sitzung des Zentralkomitees vom 16.9.1926, die KPD brauche „eiserne Disziplin“. Sie müsse zu „einem wirklichen eisernen Guss zusammengeschweißt“ werden und die

¹⁵⁹⁶ Zentralkomitee der KPD/Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Betr. Angelegenheit Schwan, Berlin 9.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 541.

¹⁵⁹⁷ *Entschiedene Linke* innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. [zwischen Juli und November 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 82.

¹⁵⁹⁸ Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 6.4.1926, [Essen April 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 9.

¹⁵⁹⁹ Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 6.4.1926, [Essen April 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 9.

„verfaulten kleinbürgerlichen Elemente“ abstoßen¹⁶⁰⁰. Für Wilhelm Pieck („Witte“) war die linke Opposition der „Abschaum einer politischen Partei“. Sie habe sich in ein „Werkzeug der Konterrevolution“ verwandelt. Wer den Kampf gegen die Partei aufnehme, müsse „zermalmt“ werden¹⁶⁰¹. Entsprechend forderte die Stellungnahme des ZK „eiserne Geschlossenheit“ als „oberste(s) Gebot des Handelns“. Die *Erklärung der Siebenhundert* sei eine „antibolschewistische Schmähschrift“, ein „Vorstoß gegen die Einheit der Partei“ und „ein direkter, bewusster und systematischer Spaltungsversuch“. Die Partei müsse mit allen politischen und organisatorischen Mitteln dagegen vorgehen und die Spalter isolieren¹⁶⁰². Noch weiter ging der EKKI-Vertreter der KPD, Heinz Neumann, der den „Ultralinken“, „schonungslosen Kampf (...) bis zu ihrer vollständigen Zerschlagung und Vernichtung“ ankündigte¹⁶⁰³. Er etikettierte die aus der KP Frankreichs ausgeschlossenen linken Oppositionellen bereits als „halbfaschistische Gruppe“¹⁶⁰⁴.

Als das Politbüro der KPD von führenden linkskommunistischen Oppositionellen den Verzicht auf die Bildung von Fraktionen und Gruppierungen verlangte, gaben die Betroffenen Scholem, Urbahns und Schwan eine gemeinsame Erklärung „Gegen die Spaltungspolitik des ZK. Erklärung zur Lage in der KPD“ ab, die auch als *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* bekannt wurde. Darin warnten die Drei vor einer opportunistischen Politik, die zu einem Zusammenbruch der KPD führen könne. Die Unterdrückung jeder oppositionellen Meinung ergebe eine Diffamierung von Personen als „Konsorten, zersetzende Elemente, Renegaten, Antibolschewisten“ und „Spalter der Partei“. Das ZK betreibe die Abspaltung der Linken von der KPD, um durch den Zusammenschluss mit der SPD die Kommunistische Partei zu liquidieren. Als „Bolschewiki“ seien die Drei gegen Fraktionsbildung – aber nur in einer wirklich bolschewistischen Partei. Die sog. Mehrheit arbeite selbst fraktionell. Wäre die Diskussion demokratisch, seien fraktionelle Methoden überflüssig. Scholem, Urbahns und Schwan verlangten die Wiederaufnahme aller dazu bereiten ausgeschlossenen linken Oppositionellen, welche die Drei weiterhin als Parteimitglieder betrachteten. Die Parteiführung habe sich über die Beschlüsse des 5. Weltkongresses der Komintern hinweggesetzt, das vom 10. Parteitag einstimmig gewählte ZK zerstört und ein Fraktions- und Terrorregime in der KPD eingesetzt. Sollten die „Pogrommacher“ die linken

¹⁶⁰⁰ (Protokoll) der Sitzung des Zentralkomitees am 16. Sep. 1926, Berlin 16.9.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/48, S. 42 f.

¹⁶⁰¹ Ebd., S. 46 f.

¹⁶⁰² Beschluss des Zentralkomitees der KPD über die „Erklärung zur russischen Frage“ der Opposition, in: (Protokoll) der Sitzung des Zentralkomitees am 16. Sep. 1926, Berlin 16.9.1926, Anlage 2, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/48, S.1 f.

¹⁶⁰³ Neumann, Heinz, *Der ultralinke Menschewismus*, Berlin 1926, S. 32.

¹⁶⁰⁴ Ebd., S. 6.

Kommunisten hinauswerfen, würde das Ansehen der KPD in der Arbeiterschaft vernichtet¹⁶⁰⁵.

Auf der Sitzung des ZK vom 5.11.1926 warf der Parteivorsitzende Thälmann den anwesenden linkskommunistischen Oppositionellen fraktionelle Tätigkeit vor. Sie dürften ihre Meinung sagen und Korreferate halten, müssten aber die Parteieinheit und die Parteidisziplin wahren. „Uneinigkeit“ störe die Arbeit der KPD nach außen. Ohne Diskussionen hätte sie erfolgreicher arbeiten können. Die Sammlung von Unterschriften unter die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* müsse die Partei „auseinanderschlagen“. Das könne nicht länger geduldet werden. Weil die Drei nicht mit der Linie der KPD einverstanden seien, ständen sie außerhalb der Komintern. Wer glaube, in einer revolutionären Partei gebe es Spielraum für Fraktionsbildung, verkenne den Charakter der Partei. Wer Fraktionen befürworte, könne nicht länger in der KPD geduldet werden¹⁶⁰⁶. Urbahns antwortete, dass die linke Fraktion durch die Fraktion Thälmanns aus der Partei geworfen werde solle. Neben ihr bilde die Fraktion der rechten Kommunisten die stärkste Fraktion in der Parteiführung. Diskussion und Kritik würden verhindert. Die Partei sei „atomisiert“¹⁶⁰⁷, womit er die Umstellung der Wohngebiets- auf die Betriebszellenstruktur meinte. Scholem wehrte sich gegen den Vorwurf, die linken Oppositionellen seien demoralisiert, denn dann hätten sie immer für die vorherrschende politische Linie gestimmt. Die Linken hätten keine Möglichkeit, in der Parteipresse ihre Ansichten darzulegen. Sie würden aus politischen Gründen aus der Partei entfernt. Die Tolerierung einer bürgerlichen Koalitionsregierung durch die KPD in Mecklenburg-Schwerin bewiese, dass die ZK-Mehrheit eine Politik wie Brandler betreibe¹⁶⁰⁸. Der Leiter der moderat kommunistischen Fraktion, Ernst Meyer („Ost“), warf der linken Opposition vor, die Partei fast in den Ruin getrieben zu haben¹⁶⁰⁹. Fritz Heckert („Röder“) forderte, Scholem, Urbahns und Schwan müssten ihre Erklärung zurücknehmen. Der radikale Linkskommunist Hans Weber („Gallner“) wies die vom ZK verlangte Kapitulation der Oppositionellen zurück¹⁶¹⁰. Pieck erklärte, man müsse die Linken ausschließen, sonst könne man glauben, in der KPD sei es erlaubt, jede Auffassung zu vertreten. Pieck wörtlich: „Genossen, das ist kein Kommunist, der sagt, ich denke und handle, wie ich will“. Die Linie des ZK sei die einzig richtige. Dagegen könne man keine Opposition zulassen. Die linken Oppositionellen seien „Feinde der Partei“¹⁶¹¹. Nach Josef Winternitz

¹⁶⁰⁵ Anhang zum Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49.

¹⁶⁰⁶ Thälmann, Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 1 f.

¹⁶⁰⁷ Urbahns, ebd., S. 10 f.

¹⁶⁰⁸ Scholem, ebd., S. 35 f.

¹⁶⁰⁹ Ernst Meyer (Pseudonym „Ost“), ebd., S. 57.

¹⁶¹⁰ Hans Weber („Gallner“), ebd., S. 61.

¹⁶¹¹ Pieck, ebd., S. 96 f.

(„Bell“) sei die Ansicht vom bürgerlichen Charakter der WKP(B) und von der Unterdrückung durch den stalinschen Apparat nicht diskutierbar¹⁶¹². Süßkind („Kurt“) fragte, seit wann die Bildung von Gruppierungen „leninistisch“ sei. Das wäre ein trotzkistischer Standpunkt¹⁶¹³. Winterich unterstellte den linken Oppositionellen, Trotzki's These von der „Freiheit der Fraktionen“ zu unterstützen. Zwar seien Fraktionen bis zum Frankfurter Parteitag stillschweigend geduldet worden, aber so könne die Frage nicht mehr gestellt werden¹⁶¹⁴. Wilhelm Florin („Bendler“) kritisierte, dass die linken Oppositionellen früher selbst gegen Fraktionsbildung aufgetreten seien¹⁶¹⁵. Schwan verteidigte sein *Nein* gegen den Ausschluss des moderaten Kommunisten Schoenlank¹⁶¹⁶, was darauf schließen ließ, dass sich einige linke Oppositionelle in der Debatte zu einer prinzipiellen Position in Sachen innerparteiliche Demokratie durchgerungen hatten. Am Schluss der Tagung beschloss das Zentralkomitee der KPD „die Genossen Urbahns, Scholem und Schwan aus der Kommunistischen Partei Deutschlands auszuschließen“. Die Verteidigung von Fraktionen und Gruppierungen sei unvereinbar mit den Grundsätzen der KPD und der KI. Die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* sei eine Kriegserklärung gegen die Einheit und Disziplin der KPD. In seiner Begründung begrüßte das ZK die Liquidierung von Gruppen und Fraktionen in der Partei¹⁶¹⁷.

Von den zwanzig auf dem 10. Parteitag regulär gewählten Vollmitgliedern des ZK stimmten nur acht für den Ausschluss von Scholem, Urbahns und Schwan¹⁶¹⁸. Nach dem *Offenen Brief* vom September 1925 hatte die Parteiführung Thälmann-Meyer/Ewert die Mitgliedschaft ihrer demokratisch auf dem 10. Parteitag gewählten Leitung beraubt. Das 7. Plenum des EKKI im November/Dezember 1926 bestätigte die Ausschlüsse. Jedoch durften Brandler und Thalheimer wieder für die KPD arbeiten¹⁶¹⁹. Auf dem 11. Parteitag der KPD vom 2.-7. März 1927, der in Essen stattfand, wurde ein Antrag des Bezirksparteitages Berlin-Brandenburg-Lausitz angenommen, der das Fraktionsverbot in der KPD unterstrich. Dort hieß es, die oppositionellen Gruppen seien parteischädigend und gefährdeten die Aktionsfähigkeit der KPD. Deshalb seien alle Gruppen und Fraktionen aufzulösen. Fraktionell seien die Ausarbeitung einer eigenen Plattform und Treffen mit Ausgeschlossenen. Die Weigerung, eine Fraktion aufzulösen, müsse mit Parteiausschluss

¹⁶¹² Winternitz („Bell“), ebd., S. 115.

¹⁶¹³ Süßkind („Kurt“), ebd., S. 76 f.

¹⁶¹⁴ Winterich, ebd., S. 86.

¹⁶¹⁵ Florin („Bendler“), ebd., S. 116.

¹⁶¹⁶ Schwan, ebd., S. 130.

¹⁶¹⁷ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), Beschluss der Sitzung des Zentral-Komitees am 5. November 1926 zum Tagesordnungspunkt: Innerparteiliches, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, Anhang.

¹⁶¹⁸ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin (5.11.1926), Beschluss der Sitzung des Zentral-Komitees am 5. November 1926 zum Tagesordnungspunkt: Innerparteiliches, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, Anhang. Lt. Werner Scholem waren auch Heinz Neumann und Karl Volk bei der Sitzung anwesend, s. Protokoll, S. 41. Deshalb kann es sich bei „Robert“ auch um Volk, nicht nur um Manuilski gehandelt haben.

¹⁶¹⁹ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 442. Dabei verwechselte Frank die Ausgeschlossenen Schwan und Schwarz.

geahndet werden. Dagegen stimmten nur acht der 181 Delegierten. Von diesen acht Linksoptionellen gehörten fünf zur *Weddinger Linken* um Kötter/Vogt und drei zur *Weddinger Opposition* um Hans Weber. Die Fraktion Urbahns konnte keinen einzigen Delegierten stellen¹⁶²⁰. Damit akzeptierte die große Mehrheit der Delegierten eine undemokratische Parteistruktur.

Bis zum Fraktionsverbot unter Fischer/Maslow und dem unter Thälmann-Meyer/Ewert hatte es in der deutschen Arbeiterbewegung kein Vorbild für ein solches Verbot gegeben, wollte man nicht den *Allgemeinen Deutschen Arbeiter Verein* nach Lassalles Tod unter Schweitzer als Modell nehmen¹⁶²¹. Es war also nicht das Prinzip des „demokratischen Zentralismus“, das die KPD auf ihre Fahnen schrieb, wie Schönhoven meint¹⁶²², sondern das, was Sinowjew, Stalin, Levi, Fischer und Schwan, Thälmann und Meyer aus ihm gemacht hatten. Im Ergebnis war die Unterdrückung von oppositionellen Meinungen und Fraktionen 1926 in der KPD – neben der Umstellung der Wohngebietsorganisation auf Betriebszellen – ein zweiter entscheidender Schritt, aus der KPD eine stalinistische Partei zu machen.

Die linken Kommunisten waren nicht nur Opfer, sondern auch Wegbereiter des Fraktionsverbotes in der KPD. Mehrheitlich verteidigten sie ein Parteimodell der *eisernen Geschlossenheit*. Die Parteiführung um Fischer/Maslow/Thälmann hatte die Körperschaftsdisziplin in den zentralen Leitungen der KPD durchgesetzt und damit dem Fraktionsverbot den Weg bereitet. Für Thälmann entsprachen die Einführung der Körperschaftsdisziplin und das Fraktionsverbot, Meilensteine auf dem Weg zu einer undemokratischen Partei, seiner festen Überzeugung. Erst als sie selbst von Ausschlüssen bedroht waren, erfolgte bei den oppositionellen Linkskommunisten der notwendige Umdenkungsprozess mit der Erkenntnis, wie wichtig die Verteidigung des Fraktionsrechtes und der innerparteilichen Demokratie war. Aber selbst dann rangen sich längst nicht alle zu einer prinzipiellen Position durch, die auch die Rechte moderater Kommunisten verteidigt hätte. Sowohl die KPD-Leitung unter Fischer/Maslow/Thälmann wie die unter Thälmann-Meyer/Ewert hatten das Fraktionsverbot zum undemokratischen System erhoben. Bei ihrem Vorgehen gegen die linkskommunistischen Oppositionellen konnten Thälmann-Meyer/Ewert nahtlos an den Argumenten und der Praxis ihrer Vorgänger in der KPD-

¹⁶²⁰ Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927, S. 391 f.

¹⁶²¹ Droz, Jaques, Die Ursprünge der Sozialdemokratie in Deutschland, in: Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques/Kriegel, Annie, Sozialismus und Arbeiterbewegung bis zum Ende der I. Internationale, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 3, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 51; Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1980, S. 330 f.

¹⁶²² Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 116.

Leitung anknüpfen. Die undemokratische und statutenwidrige Veränderung des Parteilebens erfolgte mit Unterstützung der Kominternführung in der Sowjetunion, die sogar 1926 in der Kommunistischen Partei Chinas das Verbot von Fraktionen durchsetzte¹⁶²³.

Das Fraktionsverbot vom November 1926 stellte einen wichtigen Einschnitt in der Geschichte der KPD dar. Es bedeutete die bereitwillige Unterwerfung der führenden KPD-Funktionäre unter die Direktiven der Komintern bzw. der WKP(B), die unter der Führung Stalins-Bucharins stand. Es waren nicht allein die politischen Direktiven aus Moskau und Petrograd, die den Stalinismus ausmachten. Vielmehr gab es innerhalb der KPD eine Schicht von Funktionären, die schon vorher ein ähnliches Verständnis entwickelt hatte. Schließlich ging es mit Langels im Fraktionskampf nicht nur um unterschiedliche politische Ansichten, sondern auch um „die Bewahrung und Gewinnung von Einflussphären in der Partei“¹⁶²⁴, d. h. um Macht und Posten.

Wie sehr der ideologische Verfall der politischen Führungsschicht der KPD ging, kann daraus abgelesen werden, dass selbst die linke Opposition nicht prinzipiell gegen ein Fraktionsverbot argumentierte. Wie weit die Kontrahenten von Thälmann-Meier/Ewert die undemokratische Normen der Komintern verinnerlicht hatten, zeigte eine Erklärung von Fischer, Maslow, Urbahns, Scholem und Schwan vom August 1927, in der es hieß: „Fraktionen sind in einer leninistischen Partei unzulässig und schädlich“¹⁶²⁵. Durch mangelnde Erfahrungen in der Arbeiterbewegung war die Führungsschicht der KPD – einschließlich der linken Opposition – weder in der Lage, die marxistische Tradition der Debatte kontroverser Ansichten aufzunehmen, noch die Konsequenzen aus der Überzentralisierung der SPD zu ziehen, wie es ansatzweise die USPD getan hatte. Ohne unvoreingenommenen Zugang zur Tradition der SDAPR schluckte die Führungsschicht der KPD die bolschewistischen und leninistischen Versatzstücke aus der Überlieferung Sinowjews, Stalins und Bucharins. An der Spitze einer kommunistischen Massenpartei stehend, war diese Führungsschicht der KPD weder fähig zu einer frühzeitigen, kritischen Sicht der Lage in Deutschland noch auf die in Russland. Das drückte sich in der Erfolglosigkeit jeder Parteiführung aus, ob links oder moderat. So musste die KPD-Führung nach einem System suchen, dass den erfolgreichen Parteiaufbau und sicheren Weg zur Revolution zu garantieren schien. Sie fand ihn im Modell der „eisernen bolschewistischen Partei“ ohne Fraktionen, mit der immer richtigen leninistischen Linie, die mit Hilfe der ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft in der KPD durchgesetzt wurde.

¹⁶²³ Für die Kommunistische Partei Chinas, vgl. Fanxi, Wang, Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs 1919-1949, Frankfurt/M. 1983, S. 45.

¹⁶²⁴ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 78.

¹⁶²⁵ Erklärungen zu den Verhandlungen und der Resolution der Kommission zur Behandlung des Appells der ausgeschlossenen Genossen Maslow, Urbahns, Ruth Fischer, Scholem und Schwan, in: Die Aktion, 17. Jg, Nr. 4-6, Berlin August 1927, S. 98.

Das Fraktionsverbot in der KPD führte aber keineswegs zur Nicht-Existenz von Fraktionen. Im Gegenteil: Nachdem die oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten weitgehend ausgeschaltet worden waren, brauchte das EKKI zwar weiterhin die Unterstützung der Fraktion Meyer/Ewert, konnte aber auf die von Brandler/Thalheimer verzichten. Während der Tagung des EKKI im Dezember 1926 in Moskau wurde der Leiter der Fraktion der moderaten Kommunisten, Ernst Meyer, bearbeitet, sich mit einer Erklärung von den sog. Brandlerianern zu distanzieren, die Teil seiner eigenen Fraktion waren. Im vierten Versuch einer Erklärung ordnete sich Meyer bedingungslos dem ZK der KPD unter, verpflichtete sich zur Bekämpfung jeder Fraktionstätigkeit in der KPD und im Besonderen zur Bekämpfung der moderaten Kommunisten um Brandler/Thalheimer. Die Unterwerfungserklärung Meyers löste bei den engsten Freunden von Brandler und Thalheimer Empörung aus¹⁶²⁶. Die linken Kommunisten warfen Meyer vor, seine eigene Fraktion, deren Leiter er seit zwei Jahren gewesen sei, verraten zu haben¹⁶²⁷. Jacob Walcher und Paul Fröhlich organisierten die Anhänger Brandlers und Thalheimers zu einer eigenständigen Fraktion, da diese bis 1928 gezwungen waren, in der Sowjetunion zu bleiben. Vorrübergehend gab es also in der KPD zwei Fraktionen der moderaten Kommunisten, da die Fraktion Meyer/Ewert im Geheimen weiterbestand. Mit seiner öffentlichen Erklärung hatte Ernst Meyer der Kominternführung und dem ZK der KPD jede Handhabe gegeben, künftig gegen seine eigene Fraktion vorzugehen. Er hatte zudem einen Teil seiner Anhänger, die seine Unterwerfungserklärung ablehnten, abgestoßen. Für Stalin besaß die Spaltung der moderaten Kommunisten in Deutschland ihre eigene Logik. Mit Meyers Erklärung wurde die Basis seines wichtigsten Verbündeten Bucharin in der Komintern untergraben. Es war de facto die Komintern, die ungewollt in der KPD eine zweite moderat kommunistische Fraktion geschaffen hatte.

Die These Hermann Webers von der sog. Stalinisierung der KPD, die wichtige Merkmale der Degeneration der Kommunistischen Partei wie Apparatherrschaft, strukturelle Probleme, die Abhängigkeit von Moskau und die Rolle der KPD in der politischen Gesamtlage der Weimarer Republik beinhaltet, geht von einem Prozess aus, der erst mit der Ausschaltung aller Fraktionen aus der KPD vollendet worden sei¹⁶²⁸. Er kommt deshalb zu der Ansicht, dass sich in der KPD die „deutsche Stalin Fraktion“ aus der „kominterntreuen Linken“ und der Apparat-Fraktion gebildet habe¹⁶²⁹. Zwar wurden die Anhänger Brandlers und Thalheimers 1928/1929 aus der KPD ausgeschlossen. Aber die

¹⁶²⁶ Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Köln 1979, S. 132 f.

¹⁶²⁷ Ein prinzipienloser Block, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 2, Berlin Januar 1927, [S. 5], Privatarhiv Berens.

¹⁶²⁸ Weber, Wandlung, S. 8 f.

¹⁶²⁹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 26.

moderaten Kommunisten um Meyer/Ewert verblieben innerhalb der Partei, wenn auch um den Preis der offiziellen Unterwerfung. Auch die *Chemnitzer Linke* um Paul Bertz blieb in der KPD. Seit 1930 entstand die Linke *Opposition der KPD*, die sich auf Trotzki berief und ein Jahr später die Remmele/Neumann-Fraktion¹⁶³⁰. Sie arbeiteten teilweise verdeckt oder ganz als Geheimfraktion. Fraktionen waren zwar verboten, wirkten aber weiter.

Alternativen zu dem undemokratischen Modell der KPD hat es gegeben. Im Ruhrgebiet verkörperte die von den Bergarbeitern geschaffene rätedemokratische *Union der Hand- und Kopfarbeiter* von Anfang an ein basisdemokratisches Organisationsmodell. Sie stellte auch eine Alternative zu dem von Hermann Weber angeführten Beispiel einer angeblich „demokratisch strukturiert(en)“ SPD¹⁶³¹ dar. Denn wie wir bereits am Beispiel des Entstehens der Gruppe *Der Kampf* gesehen hatten, herrschte in der SPD eine Parteibürokratie, die ihre Kritiker in der Partei mundtot machen wollte und ausschloss.

4.11 Die Fraktionierung der Ruhr-KPD

Die linken Kommunisten und ein Teil der radikal linken Kommunisten hatten die Ausschlüsse von linken Sprechern wie Iwan Katz, Karl Korsch und Ernst Schwarz aus der KPD kritisiert, aber hingenommen. Mit dem Ausschluss von Ruth Fischer und Arkadi Maslow am 20. August 1926 war ein Wendepunkt erreicht. Von nun an wehrten sich die Linkskommunisten gegen weitere Ausschlüsse.

Im Oktober 1926 ging die BL Ruhr unter Wilhelm Florin davon aus, dass Maslow, Urbahns und Korsch den fraktionellen Kampf fortsetzen würden. Urbahns habe auf der Berliner Parteiarbeiterkonferenz eine „konterrevolutionäre Erklärung“ abgegeben, die ihn eindeutig als „Parteifeind“ entlarve. Für ihn dürfe kein Platz in der Partei sein, wenn er seine Erklärung nicht sofort zurückziehe. Im Kampf um die „Einheit der Partei“ müsse mit den schärfsten Mitteln jede Fraktionsarbeit unterdrückt werden, die Schuldigen sollten „die letzten Konsequenzen“ zu spüren bekommen. In diesem Sinne beschloss die engere BL Ruhr, dass auf der nächsten Bezirksleitungssitzung deren Mitglieder Vollmer und Szymczak im Beisein von Vertretern des ZK ihre Positionen darlegen müssten. Außerdem sollten sie Stellung nehmen, ob sie hinter der *München-Gladbacher Resolution* und hinter der Erklärung von Urbahns ständen, der behaupte, dass der Staatsapparat Russlands in Tätigkeit gesetzt worden sei, um dortige Oppositionelle zu töten. Für alle Ortsgruppen, wo es noch linke Oppositionelle gab, setzte die BL allgemeine Mitgliederversammlungen an. Im Bezirk sollten die linken und die radikal linken Oppositionellen Kopatz (Rheinhausen), Schmitz (Bocholt), Szymczak, Restetzki (Buer), Kelch, Körner, Czerkus, Ulrich, Smik,

¹⁶³⁰ Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, S. 802, Fußnote 77.

¹⁶³¹ Vgl. Weber, Hermann, Komintern und KPD, S. 14.

Lange (Dortmund), Triebeck, Frebel (Wattenscheid) und Schwan (Essen/Berlin) erklären, wie sie zur Resolution Urbahns stünden¹⁶³². Der Ton, mit dem die KPD-Bezirksleitung die Auseinandersetzungen mit der linken Opposition führte, wurde schriller und lauter.

Von den Unterschriften unter der *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan*, die der KPD-Zentrale eingereicht und von dieser den Bezirksleitungen zur Verfügung gestellt wurde¹⁶³³, kamen 125 Unterschriften aus dem Ruhrgebiet. Es unterschrieben u. a. in Lippstadt dreizehn Funktionäre und Mitglieder, in Hamm zwölf, in Werries zwanzig, in Dortmund einundvierzig, in Hörde sieben, in Wattenscheid zwanzig, in Günnigfeld zehn, in Leithe und in Berghofen jeweils ein Mitglied. Die radikal linken Kommunisten aus Buer und Rheinhausen unterschrieben die *Erklärung* nicht. Vielleicht existierten weitere Unterschriftslisten. Welche Personen im Ruhrgebiet die Unterschriftensammlungen organisierten, ist nicht bekannt. Zwar lassen die zahlreichen Namensfehler und falschen Ortsangaben aus dem Revier unter der *Erklärung der Siebenhundert* vermuten, dass die Daten telefonisch übermittelt wurden. Doch vor Ort muss es mehrere Personen gegeben haben, die die in Frage kommenden KPD-Mitglieder angesprochen und um ihre Unterschrift gebeten haben. Auch war jemand notwendig, bei dem die Unterschriften gesammelt wurden.

In den zwei Monaten zwischen der *Erklärung der Siebenhundert* vom 1. September 1926 und der *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* von Anfang November 1926 gingen die Repressionsmaßnahmen gegen linke und radikal linke Oppositionelle im KPD-Bezirk Ruhrgebiet ebenso weiter wie die regionale Fraktionierung. Aus den veränderten Funktionsbezeichnungen der Unterstützer der beiden genannten Erklärungen ist zu entnehmen, dass z. B. der Linkskommunist Adolf Bükler in Hamm im September 1926 der Unterbezirksleitung der KPD angehörte – im November 1926 nicht mehr. Hans Büning war im November noch Mitglied des Stadtrates Hamm, aber im September außerdem noch Leiter der Stadtratsfraktion der KPD gewesen. In Hörde war Paul Höbener im September RFB-Leiter. Zwei Monate später übte er diese Funktion nicht mehr aus. In Wattenscheid war Ludwig Kroll im November nicht mehr Politischer Leiter der KPD-Zelle der Zeche Holland. Von September auf November 1926 fungierten in Dortmund Wilhelm Meyenheim nicht mehr als Politischer Leiter, Ernst Halfmann nicht mehr als RFB-Leiter und Paul Smyk nicht mehr als Mitglied der Unterbezirksleitung. Eine Reihe linker Funktionäre waren ihrer Funktionen enthoben oder abgewählt worden. Umgekehrt erlangte niemand der unterzeichnenden Linkskommunisten im gleichen Zeitraum eine höhere Funktion. Durch einen Vergleich der 111 Unterzeichner der *Erklärung der Siebenhundert*

¹⁶³² [Engere Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 27.10.1926, [Essen Oktober 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 14. Es handelte sich um neun linke und vier radikal linke Kommunisten.

¹⁶³³ [Scholem/Urbahns/Schwan], Erklärung, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 9. Jg., Nr. 247, Berlin 4.11.1926, S. 11.

mit den 125 Unterzeichnern der *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* sind auch erste Absetzbewegungen von der linken Opposition im KPD-Bezirk Ruhrgebiet ersichtlich: Zwar war die Zahl der Unterzeichnenden gestiegen, aber einige Unterstützer der *Erklärung der Siebenhundert* hatten die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* nicht mehr unterschrieben. In Hörde war es der Jungfrontleiter Sand, in Dortmund der Organisationsleiter Thromop, die UBL-Mitglieder Mette und Oeptun und die Gewerkschaftsfunktionäre Röhr und Krone. Daraus erschließt sich das taktische Vorgehen der KPD-Bezirksleitung gegen die linken Oppositionellen im Ruhrgebiet. Einerseits wurde deren Einfluss in den Unterbezirksleitungen durch die Absetzung von Funktionären gebrochen. In Dortmund traf es neben dem Politischen und dem Organisationsleiter noch drei weitere Mitglieder der UBL. Andererseits ließ sich durch die Maßnahmen der Bezirks- und Unterbezirksleitungen eine Reihe von Funktionären einschüchtern und auf Parteilinie bringen. Die Absetzung als Repressionsmaßnahme war aber nur innerhalb der Strukturen der KPD möglich. Im Dortmunder Stadtrat und Magistrat, wo die linken Kommunisten stark vertreten waren, ging die Politik der Repression nicht auf. Hinzu kam ein Unterschriftenverzicht aus taktischen Gründen. So hatten in Dortmund die dort später führenden Linksoppositionellen Czerkus und Otto Lange die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* nicht unterschrieben. In Wattenscheid verzichtete der KPD-Stadtverordnete und Agitpropleiter Ferdinand Schmidt auf Unterzeichnung. Der ehemalige Hammer UB-Sekretär Heinrich Kelch hatte nicht unter der *Erklärung der Siebenhundert* gestanden. Der bekannte Dortmunder Linksoppositionelle Wünnenberg unterschrieb keine der beiden Erklärungen¹⁶³⁴. Damit sollte vermieden werden, dass alle Linksoppositionellen gleichzeitig ins Visier der Bezirksleitung gerieten.

Auf dem Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5.-6. Februar 1927, einen Monat vor dem 11. Parteitag der Gesamt-KPD in Essen, versuchte die Bezirksleitung, die Delegierten auf Linie zu bringen. Der Bezirksparteitag müsse eine arbeitender sein, auf dem es um praktische, revolutionäre Massenpolitik gehe. Die „vergangenen Diskussionen“ müssten abgeschlossen und der Blick nach vorn gerichtet werden. Es könne nicht länger geduldet werden, dass „ultralinke Fraktionsmacher“ die Mitgliedschaft durch „negative Diskussionen“, „antibolschewistische Tiraden“ und die „Erzeugung einer Panikstimmung“, dass die Partei nach „rechts“ gehe, an der Durchführung ihrer Aufgaben hindere. Die BL rief zur „Konsolidierung der Partei“ auf¹⁶³⁵. Der Bezirksleiter Florin widmete sich in seiner

¹⁶³⁴ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privatarchiv Wernicke; Zentralkomitee der KPD/ Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 8.12.1926 SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 586 f.; Zentralkomitee der KPD/ Sekretariat, An die Bezirksleitung der KPD, Berlin 11.12.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 588 f.

¹⁶³⁵ Zum Bezirksparteitag der KPD.Ruhrgebiet, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei

zweieinhalbstündigen Rede hauptsächlich den verschiedenen Oppositionsgruppen¹⁶³⁶. Der moderate Kommunist Ewert hielt das politische Referat im Namen der KPD-Zentrale, das sich vor allem mit den Ereignissen in China und dem Bergarbeiterstreik in England beschäftigte¹⁶³⁷. In seinem Referat betonte er die Notwendigkeit, die „ultralinke(n) Ideologie“ durch eine Verständigung mit dem moderaten Flügel der KPD ebenso zu überwinden wie die „schwankenden Strömungen“, die sich in der „Angelegenheit Brandler“ zeigen würden¹⁶³⁸. Die offen linke und radikal linke Opposition war relativ schwach auf dem KPD-Bezirksparteitag Ruhr vertreten. Ein Grund lag in der Manipulation der Delegiertenwahlen. So beschwerten sich die KPD-Ortsgruppen Linden und Dahlhausen bei der Bezirksleitung Ruhrgebiet über die Unterbezirksleitung Bochum, die ihnen bei gleicher Mitgliederzahl wie früher nur einen statt zwei Delegierte zugestanden habe. Karl Schröter aus Linden rechnete der BL vor, dass von einundfünfzig Delegierten auf dem Bochumer Unterbezirksparteitag sieben in Opposition standen. Entsprechend diesem Verhältnis hätte die Opposition zwei von dreizehn Mandaten zum Bezirksparteitag erhalten müssen. Das Sekretariat des ZK der KPD bat dazu die BL Ruhr zwei Tage vor dem Bezirksparteitag um Stellungnahme, was zeigt, dass auch kleine Konflikte in der Ruhr-KPD von der Zentrale in Berlin beachtet wurden¹⁶³⁹. Auf dem KPD-Bezirksparteitag stimmten 105 der 126 anwesenden Delegierten für die Hauptresolution der Bezirksleitung; sechs stimmten für eine Gegenresolution der Anhänger der Fraktion Korsch/Schwarz; fünf für die Resolution der Anhänger von Hugo Urbahns; zehn enthielten sich. Die Resolutionen der Linksopposition wurden nicht vervielfältigt¹⁶⁴⁰ und zwei ihrer vier Resolutionen wurden erst gar nicht zur Abstimmung zugelassen¹⁶⁴¹. Die Haupttätigkeit der linken Opposition untergrabe die Anstrengungen der Partei zur Unterstützung des englischen Bergarbeiterstreiks¹⁶⁴², lautete ein Vorwurf der Bezirksleitung.

Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 30, Essen 5./6.2.1927, S. 1, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁶³⁶ Der Regierungs-Präsident, Betrifft: Bezirksparteitag der K.P.D.-Ruhrgebiet – am 5. und 6. Februar 1927 in Bochum, Arnsberg 23.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 117.

¹⁶³⁷ Bericht vom Bezirksparteitag, in: Ruhr-Echo. Bericht vom Bezirksparteitag, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 33, Essen 9.2.1927, S. 11.33, Essen 9.2.1927, S. 11, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁶³⁸ Bericht vom Bezirksparteitag, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 33, Essen 9.2.1927, S. 11, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁶³⁹ Zentralkomitee der KPD. Sekretariat, An die B.L. Ruhrgebiet, Berlin 3.2.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 598.

¹⁶⁴⁰ Resolution, in: Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, o. O. [Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 2.

¹⁶⁴¹ Bericht vom Bezirksparteitag, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 33, Essen 9.2.1927, S. 11, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁶⁴² Der Bezirksparteitag hat gesprochen!, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei

Die von Otto Lange, Heinrich Heer, H. Graulidat aus Dortmund bzw. Hörde sowie von Bergmann aus Wattenscheid eingebrachte Resolution der linkskommunistischen Oppositionellen „Zur Lage im Bezirk“ ging ausführlich auf dessen Zustand ein. Die BL habe dem früheren Bezirksleiter Wilhelm Schwan eine „persönliche Diktatur“ vorgeworfen. Von 1923 bis 1925 seien unter der linken Bezirksleitung im Ruhrgebiet fünfzehn KPD-Mitglieder ausgeschlossen worden. Jetzt würden Anhänger Brandlers wie der ehemalige Bezirksleiter Graul wieder wichtige Funktionen z. B. in der *Roten Hilfe* ausüben. Im Vergleich dazu habe die Bezirksleitung unter Florin ca. fünfundachtzig linke Kommunisten ausgeschlossen, andere mit Funktionsverboten belegt. Die Resolution illustrierte an Beispielen aus Dortmund und Hamm, dass der Parteiapparat im Kampf gegen die linkskommunistische Oppositionelle auf „zweifelhafte Elemente“ setze und griff namentlich die Funktionäre Sobottka (Wanne-Eickel), Lotz (Dortmund) und Levermann (Bochum) an. Lotz saufe als Aufsichtsratsmitglied der *Westfalen-Hütte* mit den Direktoren und Levermann habe sich von Unternehmern fünfhundert Reichsmark zahlen lassen. Organisatorisch sei die Florin-BL zu der von ihr vormals heftig kritisierten ursprünglichen Gliederung der Unterbezirke zurückgekehrt, wobei die Zahl der Sekretäre zugenommen habe, die besser bezahlt würden als jemals zuvor. Die Resolution kritisierte die mangelnde Solidarität der KPD mit den englischen Bergarbeitern, die KPD-Gewerkschaftspolitik und die fehlende innerorganisatorische Demokratie. Sie bezeichnete die moderaten Kommunisten um Adolf Ende als „Liquidatoren“, die die Politik, die zur *Oktoberniederlage* führte, rechtfertigen würden¹⁶⁴³.

Die radikalen Linkskommunisten brachten im Namen der *Opposition Entschiedene Linke* ebenfalls zwei Resolutionen zum KPD-Bezirksparteitag Ruhrgebiet ein. Die „politische Resolution“, die Erwin Restetzki aus Buer vorlegte und einleitete, übte Kritik an der Entwicklung der Sowjetunion und an der Komintern. In fast allen grundsätzlichen Fragen verstoße die Politik und Taktik der KI und ihrer Sektionen mit ihrer These von der „Stabilisierung des Kapitalismus“ gegen kommunistische Prinzipien. Die *Kommunistische Partei Frankreichs* habe auf ihrem letzten Parteitag das Motto ausgegeben: „Stabilisierung auf Kosten der Bourgeoisie“. Das sei unrevolutionär. Die Kämpfe in England, China und Polen, die Krise in Frankreich und die weltweite Zunahme der Erwerbslosigkeit würden beweisen, dass sich der Kapitalismus nur auf Kosten des Proletariats befestigen könne. In Deutschland würden sich die Klassengegensätze „unaufhaltsam“ zuspitzen. Die KPD habe vieles unterlassen, „um die Revolution zu organisieren“. Sie habe die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung in Mecklenburg-Schwerin unterstützt, bei

Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 32, Essen 8.2.1927, S. 3, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁶⁴³ Otto Lange, H. Heer, H. Bergmann, Graulidat, Resolution zur Lage im Bezirk, [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 12 f.

Oberbürgermeisterwahlen ihre Kandidaten zugunsten der SPD zurückgezogen und im sächsischen Landtag unter der Leitung des „Auch-Genossen“ Böttcher für einen SPD-Ministerpräsidenten gestimmt. Im Reichstag habe sich die KPD-Fraktion geschlossen für das reaktionäre Knappschaftsgesetz ausgesprochen und sich beim Arbeitsbeschaffungsprogramm der Regierung der Stimme enthalten. Den Beschluss des EKKI, die Massen der Erwerbslosen gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie zu organisieren, würde die KPD nicht umsetzen. Die Volksentscheidkampagne sei eine banale Stimmzetteldomödie und nicht durch die kämpferische Parole „Brot und Arbeit für die Erwerbslosen“ zugespitzt worden. Scharf kritisierte die Resolution die bedingungslose Unterstützung des Zentralorgans der KPD für den reformistischen Generalrat der englischen Gewerkschaften und für den „Arbeitermörder(s) Pilsudski“, den „polnischen Mussolini“. Die Resolution der *Entschiedenen Linken* stellte den Zusammenhang zur neusten Entwicklung in der Sowjetunion, in der Komintern und in der KPD her. Die vollständige Unterdrückung der Parteidemokratie, die falsche Gewerkschaftspolitik und die *Reorganisation* der Partei auf der Grundlage von Betriebszellen seien Erscheinungsformen einer nicht mehr kommunistischen und revolutionären, sondern sozialdemokratischen und reformistischen Politik. Der Hebel, um zu einer revolutionären Politik zurückzukehren, sei eine selbstständige Erwerbslosenpolitik der KPD. Die Partei versuche jedoch, die Erwerbslosen zu einem Anhängsel einer schwarz-roten Einheitsfront zu degradieren. Demgegenüber müsse die „revolutionäre Front der Erwerbslosen von unten“ aufgebaut werden. Dazu seien auf allen Stempelstellen revolutionäre Erwerbslosenräte zu gründen¹⁶⁴⁴. In einer weiteren „Resolution zur innerparteilichen Lage der KPD“, die ebenfalls Restetzki vorstellte, kritisierten die *Entschiedenen Linken* im Ruhrgebiet, dass das ZK und die Bezirksleitung versuche, die Opposition „nicht politisch, sondern organisatorisch“ zu bekämpfen. Die von der Bezirksleitung beschlossene Veröffentlichung von Artikeln der Opposition für KPD-Blätter sei wieder aufgehoben worden. Die Resolution wandte sich gegen einen Statutenbruch durch das ZK der KPD, welches nach § 8 des KPD-Statuts verpflichtet gewesen sei, für 1926 einen Parteitag einzuberufen, dies aber verweigert habe. Das vom EKKI und dem ZK der KPdSU gebilligte Verfahren liege in der reformistischen Gesamtpolitik begründet und diene dazu, die KPD bis zum kommenden Parteitag von allen revolutionären Kommunisten zu säubern, um Beschlüsse „einstimmig“ zu fassen. Ein großer Teil des vom letzten Parteitag gewählten ZK der Partei sei mit Hilfe von Stalin und Bucharin aus der KPD geworfen worden. Wie woanders würden auch im Bezirk Ruhrgebiet revolutionäre Arbeiter vom ZK aus der KPD gejagt. Die Partei stehe unter dem

¹⁶⁴⁴ Restetzki, Politische Resolution zum Bezirksparteitag Ruhrgebiet (eingereicht von der Opposition Entschiedene Linke, Ruhrgebiet, [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3 /18-19/2, Bl. 5 f.; Das Politbüro der WKP(B) hatte sich gegen den Militärputsch Pilsudskis, den die Kommunistische Partei Polens und auch Sinowjew gebilligt hatten, ausgesprochen, vgl. Lih, Lars T./Naumow, Oleg/Chlewnjuk, Oleg, Stalin Briefe an Molotow 1925-1936, Berlin 1996 (Moskau 1995), S. 123 f.

Einfluss der „rechtsten“ Genossen wie Meyer, Böttcher und anderen. Die Verschmelzung der „ultrarechten“ Ernst Meyer-Gruppe mit der ZK-Mehrheit bezeichnete die Resolution als „vollen Sieg der Ultrarechten“ über das manchmal schwankende ZK. Die Resolution der *Opposition Entschiedene Linke* an den Bezirksparteitag Ruhr verlangte, dass alle wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit ausgeschlossenen Linkskommunisten wieder in die Partei aufgenommen werden sollten, insbesondere, da ausgeschlossene Rechtskommunisten wie Jannack, Graul und Deisel [Deisen] bereits in die KPD aufgenommen worden seien¹⁶⁴⁵.

In der Diskussion kamen der radikal linke Oppositionelle Szymczak aus Buer, die Linkskommunisten Bergmann aus Wattenscheid und Schmidt aus Dortmund (?) zu Wort. Aber auch die Delegierten Frank aus Bochum und Schroer aus Gelsenkirchen vertraten einen linkskommunistischen, wenn auch nicht offen linksoppositionellen Standpunkt. Wilhelm Florin antwortete auf die Kritik, indem er die Oppositionellen mehrmals als „Bande“ bezeichnete. Das ZK-Mitglied Ewert, das die Ausschlüsse der ZK-Mitglieder Fischer, Maslow, Schwan u. a. zu rechtfertigen suchte¹⁶⁴⁶, antwortete in scharfem Ton auf die Vorwürfe der Kritiker. Ewerts Ausführungen riefen wiederholt „große Entrüstung“ hervor. Dabei sah sich Ewert gezwungen, die Haltung der Kommunistischen Internationale zu China gegen die Kritik der Opposition zu verteidigen¹⁶⁴⁷. In die einunddreißig Mitglieder umfassende neue Bezirksleitung Ruhr wurde der oppositionelle Linkskommunist Bergmann aus Wattenscheid gewählt¹⁶⁴⁸. Es war von der Bezirksleitung wenig konsequent, das Mitglied einer „Bande“ in ihre Reihen aufzunehmen, zeigt aber, dass immer noch personelle Zugeständnisse an die offen linke Opposition notwendig waren.

Die Resolutionen der oppositionellen linken Kommunisten hatten sich auf organisatorische Fragen konzentriert. Auch wenn die unzureichende Gewerkschaftsarbeit der KPD und deren mangelnde Solidarität im englischen Bergarbeiterstreik angeprangert wurden, so gaben die Resolutionen weder inhaltlich viel her, noch wurden darin Vorschläge für die Praxis der KPD gemacht. Die Anträge der radikal linken Kommunisten waren erheblich politischer, wenn sie die sog. Stabilisierung, die Zustimmung der KPD zu dem für die Bergarbeiter wichtigen Knappschaftsgesetz, die kommunistische Unterstützung der SPD-Landesregierung in Mecklenburg-Schwerin, des englischen TUC-Generalsrats und der

¹⁶⁴⁵ Restetzki, Resolution zur innerparteilichen Lage der KPD (Eingebracht von den entschiedenen Linken Ruhrgebiet), [Bochum 5./6.2.1927], SAPMO Berlin I/1 3/18-19/2, Bl. 9 f. Deisen war ein moderater Kommunist in der München-Gladbacher KPD, der ausgeschlossen worden war.

¹⁶⁴⁶ Der Regierungs-Präsident, Betrifft: Bezirksparteitag der K.P.D.-Ruhrgebiet – am 5. und 6. Februar 1927 in Bochum, Arnsberg 23.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 117 f.

¹⁶⁴⁷ Der Bezirksparteitag hat gesprochen!, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 32, Essen 8.2.1927, S. 3, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁶⁴⁸ Der Regierungs-Präsident, Betrifft: Bezirksparteitag der K.P.D.-Ruhrgebiet – am 5. und 6. Februar 1927 in Bochum, Arnsberg 23.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 118 f.

Regierung Pilsudski kritisierten. Für die praktische Arbeit konzentrierte sich die radikal linke Kritik auf die mangelnde Aktivität der KPD unter den Erwerbslosen, wobei sie deren eigenständige Organisierung einforderte. In ihrer Kritik an der Einschränkung der innerorganisatorischen Demokratie benannte sie die Umstellung der KPD auf Betriebszellen und die statutenwidrige Verschiebung des anstehenden Parteitages. Vor allem stellten die radikal linken Kommunisten die einzelnen Kritikpunkte in den Zusammenhang der Entwicklung in der Sowjetunion und der Kommunistischen Internationale unter Stalin. Die radikal linken Kommunisten lehnten die gesamte aktuelle Politik der KPD und Komintern ab.

Obwohl die beiden oppositionellen linkskommunistischen Fraktionen relativ schwach auf dem Bezirksparteitag vertreten waren, beschäftigte sich die angenommene Hauptresolution ausführlich mit ihrer Kritik: Die „ultralinke Ideologie“ sei „in ihren krassesten Auswüchsen (...) ausgerottet worden“. Der ehemalige Bezirksleiter Schwan und die früheren UB-Sekretäre Futter, Kelch, Körner und Petrasch wurden als „antibolschewistische Renegaten“ bezeichnet, die nicht mehr würdig seien, Mitglied einer Sektion der leninistischen Weltpartei zu sein. Weiter erklärte der Parteitag in der Resolution, dass mit „aller Schärfe“ gegen alle vorgegangen werde, die fraktionell arbeiteten bzw. mit aus der KPD Ausgeschlossenen Verbindung halten würden. Der Ruhr-Parteitag solidarisierte sich mit den Ausschlüssen von Maslow, Fischer, Scholem, Urbahns und Schwan durch das ZK und mit den Ausschlüssen von Kelch, Körner und Czerkus durch die BL Ruhr. Ebenfalls positiv wurde der Ausschluss von Souvarine aus der KP Frankreichs, Wynekoops und Ravensteins aus der KP Hollands erwähnt¹⁶⁴⁹. Alle Abstimmungen gingen für die offenen und radikal linken Oppositionellen verloren. Der eigens angereiste linksoppositionelle KPD-Abgeordnete des Preußischen Landtags, Wolfgang Bartels, wurde weder als Korreferent noch als Gast zugelassen¹⁶⁵⁰, da er nicht im Ruhrbezirk Parteimitglied sei¹⁶⁵¹. Allerdings tauchte dort eine neue linkskommunistische Opposition auf (siehe Kapitel 6.5 Die *Chemnitzer Linke* in der Ruhr-KPD).

Der Bezirksparteitag warf ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der KPD im Ruhrgebiet. Das „unerschütterliche Bollwerk des Leninismus“ war mehr denn je in Fraktionen gespalten, obwohl zunehmend die linken „antibolschewistischen Renegaten“

¹⁶⁴⁹ Resolution, in: Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, o. O. [Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 4.

¹⁶⁵⁰ Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, o. O. [Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 1.

¹⁶⁵¹ Der Regierungs-Präsident, Betrifft: Bezirksparteitag der K.P.D.-Ruhrgebiet – am 5. und 6. Februar 1927 in Bochum, Arnsberg 23.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 116.

aus der Partei geworfen wurden¹⁶⁵². Die Bezirksleitung der Ruhr-KPD um Wilhelm Florin stützte sich auf einen Block von nicht weniger als fünf Fraktionen:

- Die thälmanntreuen linken Kommunisten um Wilhelm Florin waren in allen Unterbezirken des Ruhrgebietes mehr oder weniger stark vertreten. Sie übten starken Einfluss im UB Essen (Makowski u. a.), im UB Hamborn (Adler) und im UB Duisburg aus. Aber selbst im KPD-Unterbezirk Essen musste sie ihren Einfluss mit den moderaten Kommunisten um Adolf Ende teilen;
- die Apparatfraktion der Hauptamtlichen mit Gerhard Fuchs, Küchenmeister, Riegg, Thesen, u. a., die alle politischen Schwankungen mitmachten;
- Die Fraktion der moderaten Kommunisten um Adolf Ende. Sie kontrollierte die Redaktion des *Ruhrecho* (Ende, Kropp, Theissen, u. a.), was ihr entscheidenden Einfluss auf die politische Ausrichtung der KPD im Ruhrgebiet gab. Sie dominierte keinen einzigen Unterbezirk der Ruhr-KPD;
- Die moderaten Kommunisten der Anhänger Brandlers, die in Duisburg (Triebel), Essen (Stolzenburg), Gelsenkirchen-Rotthausen (Samorei), Recklinghausen, Dortmund (Heyen, Lotz, Smektala) und Heringen (Funk) Einfluss besaßen;
- Die linkskommunistische Fraktion der *Chemnitzer Linken* (Hermann Schubert, A. Schroer, Frank, Duddins, u. a.), die die beiden Unterbezirke Gelsenkirchen und Bochum führte und zu der der Gewerkschaftsverantwortliche der Ruhr-KPD gehörte.

Politisch wurde diese Mehrheit der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet von der Fraktion um Adolf Ende dominiert, so wie im Block der Fraktionen Thälmann-Meyer/Ewert politisch die Fraktion Meyer/Ewert und im Block Stalin-Bucharin inhaltlich die Fraktion Bucharins bestimmend waren. Organisatorisch hatte in der Ruhr-KPD die linkskommunistische Fraktion um Florin das Sagen, so wie es die Fraktion um Thälmann in der Gesamt-KPD und die um Stalin in der WKP(B) hatte. Im Unterschied zur Gesamt-KPD wäre 1925-1927 innerhalb der Ruhr-KPD eine andere Mehrheitsbildung aus einem Block der Fraktion Florin und der Fraktion Schubert/Schroer möglich gewesen, die linkskommunistisch ausgerichtet gewesen wäre. Es waren die Einflüsse der Komintern-Politik und damit der sowjetischen Außenpolitik, die das Bündnis mit dem englischen Gewerkschaftsbund TUC suchte und den Ausschlag zugunsten einer Mehrheit Thälmann-Meyer/Ewert bzw. Florin-Ende gaben. Dabei musste in der Auseinandersetzung mit den linkskommunistischen Oppositionellen die Basis der Mehrheit der Bezirksleitung der Ruhr-KPD argumentativ nach rechts erweitert werden. Die beiden linkskommunistischen Fraktionen in der BL-Mehrheit, die Fraktion um Florin und die um Schubert/Schroer, waren politisch kaum in der Lage, den offen oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten Paroli zu

¹⁶⁵² Resolution, in: Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, o. O. [Februar

bieten, gerade weil sie derem Radikalismus trotz aller Unterschiede zu nahe standen. Davon ausgehend, dass die verschiedenen Fraktionen der BL-Mehrheit jeweils über eine eigene Basis in der Mitgliedschaft verfügten, dürfte 1925-1927 eine große Mehrheit der Mitgliedschaft der KPD im Ruhrgebiet nach wie vor linkskommunistische Ansichten vertreten haben, wie sie von der Florin-Fraktion, den *Chemnitzer Linken* und den beiden offen oppositionellen Fraktionen der Linkskommunisten vertreten wurden. Für die Stärke des Linkskommunismus spricht auch, dass von den acht KPD-Unterbezirken im Ruhrgebiet (Hamborn-Wesel, Duisburg-Mülheim-Moers, Essen, Buer-Recklinghausen, Bochum, Gelsenkirchen, Dortmund und Hamm zwischen 1925-1927 fünf Unterbezirke vorübergehend von linkskommunistischen Fraktionen geleitet wurden: der UB Buer-Recklinghausen durch die spätere Korsch/Schwarz-Fraktion, die Unterbezirke Bochum und Gelsenkirchen durch die *Chemnitzer Linke*, die Unterbezirke Hamm-Münster und Dortmund durch die Fraktion Urbahns/Schwan. Auch der UB Duisburg-Mülheim-Moers war einmal nach links ausgeschert, als seine Delegierten auf der Parteiarbeiterkonferenz der KPD im Oktober 1925 gegen den Ausschluss von Werner Scholem gestimmt hatten.

Während die offen linkskommunistischen Oppositionellen auf dem Bezirksparteitag Ruhr mit elf Delegierten nur schwach präsent gewesen waren, waren sie bei den vorangegangenen Unterbezirkskonferenzen erheblich stärker und auf einigen Stadtdelegierten-Konferenzen noch stärker vertreten gewesen. Lag auf dem Bezirksparteitag vom 5./6.2.1927 der Anteil der linksoppositionellen Delegierten unterschiedlicher Couleur gerade mal bei knapp neun Prozent, so stellte die linke Opposition auf der UB-Konferenz in Dortmund 16 von 69 Delegierten (23 %), im Unterbezirk Hamborn 16 von 64 Delegierten (25 %) und im UB Buer 11 von 43 Delegierten (ebenfalls 25 %). Auch in den Unterbezirken Duisburg, Gelsenkirchen und Hamm soll noch eine Anzahl links-oppositioneller Delegierter vorhanden gewesen sein¹⁶⁵³. Auf der Stadtdelegierten-Konferenz in Dortmund im August 1926 hatte die linke Opposition einen Anteil von 26 Prozent erreicht¹⁶⁵⁴. Wenn der Anteil der linken Opposition von den unteren zu den höheren Strukturen systematisch abnahm, lässt das darauf schließen, dass an der Basis der KPD in Städten wie Dortmund, Buer und Hamm der Anteil der Oppositionellen erheblich stärker war, als er sich auf der Stadtdelegierten-Konferenz, der UB-Konferenz, auf dem Bezirksparteitag und in der nicht vorhandenen Vertretung auf dem Parteitag der KPD in Essen ausdrückte. Wenn also die oppositionellen linken Kommunisten in einigen Unterbezirken rund ein Viertel der Delegierten hinter sich

1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 2.

¹⁶⁵³ Bezirksparteitag Ruhrgebiet, in: *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 4, Berlin März 1927, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

¹⁶⁵⁴ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Pol-Büro, Essen 11.8.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 98.

brachten, zum Bezirksparteitag Ruhrgebiet aber nur neun Prozent der Mandate bekamen und zum 11. KPD-Parteitag in Essen mit keinem Delegierten aus dem Ruhrgebiet vertreten waren, dann liefen die parteiinternen Wahlen undemokratisch ab, weil dabei die offen linksoppositionellen Strömungen systematisch ausgeschaltet wurden. Um dies zu erreichen, war nicht zufällig eine Mehrheit von 62 Delegierten des Bezirksparteitags in Betriebszellen, aber nur 58 Delegierte in Straßenzellen gewählt worden¹⁶⁵⁵. Die 'Atomisierung' der KPD in Betriebszellen bildete das strukturelle Mittel, um die undemokratischen Maßnahmen gegen linksoppositionelle Strömungen innerhalb der Partei durchzusetzen. Da die Betriebszellenstruktur auf die Wahl der Delegierten zu den Unterbezirkskonferenzen einen entsprechend aussiebenden Einfluss ausübte, waren bereits dort die linken Oppositionellen nicht entsprechend ihrer tatsächlichen Stärke vertreten. Die beiden politisch unterschiedlichen Fraktionen um Florin und Ende bildeten, indem sie die undemokratischen Maßnahmen, Mechanismen und Strukturen zu einem System erhoben, den stalinistischen Fraktionsblock der Ruhrgebiets-KPD.

Für die Schwäche der linken und radikal linkskommunistischen Opposition in der Ruhr-KPD war nicht nur das Vorgehen der Bezirksleitung Florin-Ende verantwortlich, sondern auch die eigene Zersplitterung. Dem Block der Mehrheit der KPD-Bezirksleitung standen eine linke und eine radikal linke Oppositionsgruppe gegenüber:

- Die linken Kommunisten der Richtung Fischer/Maslow/Urbahns und Schwan mit Anhang in Dortmund, Hamm und Wattenscheid. Zu ihr gehörten u. a. Czerkus, Halfmann, Kelch, Körner, Graulidat, Triebeck und Bergmann. Ihre Spitzenkader Schwan, Schütz und Eppstein lebten überwiegend außerhalb des Ruhrgebietes.
- Die radikal linken Kommunisten der Fraktion Korsch/Schwarz mit starkem Anhang in Ickern (Körbs u. a.), im KPD-Unterbezirk Buer (Restetzki, Szymczak, Jonschker, u. a.), in Bocholt und Umgebung (Josef Schmitz u. a.) und in Rheinhausen (Kopatz), aber auch mit Stützpunkten in Dortmund (Amecke, Brahm) und Hamborn (Reuter). Obwohl ein Teil dieser Fraktion bereits ausgeschlossen war, konnten ihre Vertreter aus Buer als *Opposition Entschiedene Linke* auf dem KPD-Bezirksparteitag zwei Resolutionen einbringen. Radikal linke Kommunisten und linke Kommunisten waren im Ruhrgebiet etwa gleich stark.

Der KPD-Bezirksleitung um Florin-Ende kam bei ihrer Auseinandersetzung mit den verschiedenen Oppositionsgruppen zugute, dass sich diese untereinander bekämpften. Eine gemeinsame Resolution wie im KPD-Bezirk Niederrhein brachten linke und radikal linke oppositionelle Kommunisten im Ruhrgebiet nicht zustande. Neben unterschiedlichen Meinungen zur sog. Stabilisierung, war eine weitere Differenz, dass Wilhelm Schwan im

¹⁶⁵⁵ Resolution, in: Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, o. O. [Februar

Reichstag dem Knappschaftsgesetz zugestimmt hatte, das die radikal linken Kommunisten ablehnten. So hatte es die KPD-Bezirksleitung Ruhr einfach, die Kritik von links abzubügeln.

Auf dem Essener Parteitag der Kommunistischen Partei Anfang März 1927 kamen einige Redner der Opposition zu Wort¹⁶⁵⁶. Mit dem Parteitag sah das Zentralkomitee der KPD den Fraktionskampf der „Ultralinken“ in der Partei als „endgültig liquidiert“ an. Der Parteitag habe „jegliche fraktionelle Betätigung“ als „unvereinbar mit der Mitgliedschaft in der kommunistische Partei“ bezeichnet. Die „ultralinke Clique Maslow und Co.“ sei zu einer „Agentur der Sozialdemokratie“ geworden. Da die Sprecher der linkskommunistischen Opposition, Bartels, Schlecht und Grylewicz, der Aufforderung des Parteitags ihre Parlamentsmandate niederzulegen, nicht nachgekommen waren, wurden sie aus der KPD ausgeschlossen¹⁶⁵⁷. Im Ruhrgebiet wurden weitere linkskommunistische Oppositionelle aus der KPD ausgeschlossen bzw. ihnen der Ausschluss angedroht so in Dortmund den Stadtverordneten Wünnenberg, Hark, Zeplin, Ulrich und den Magistratsmitgliedern Kuhnke und Kelch¹⁶⁵⁸.

Durch die weitgehende Ausschaltung der offen oppositionellen Linkskommunisten gewannen in der KPD-Ruhr die moderaten Kommunisten an Einfluss. Ende Mai 1926 hatte der ZK-Instrukteur Kaasch die KPD-Führung und die Bezirksleitung Ruhr darauf hingewiesen, dass die „Rechten“, die bis dahin gemeinsam mit der Bezirksleitung die „Ultralinken“ bekämpft hatten, im Unterbezirk Dortmund in Opposition gegen die BL getreten seien, weil diese die linke Opposition zu schwach bekämpfen würde¹⁶⁵⁹. Um den Einfluss der moderaten Kommunisten einzudämmen, die starke Sympathien für Brandler/Thalheimer hegten, wurde im August 1926 Arthur König von Berlin nach Dortmund versetzt, wo er vorübergehend als Unterbezirksleiter fungierte¹⁶⁶⁰. Wilhelm Schwan war u. a. deshalb als Polleiter der Ruhr-KPD abgesetzt worden, weil er die sog. rechte Gefahr als Hauptgefahr eingeschätzt hatte. Nun sah sich die Fraktion um Florin dem wachsenden Einfluss der moderaten Kommunisten gegenüber. Im Sommer 1927 schritt die Bezirksleitung gegen die Anhänger Brandlers in Dortmund ein. Dem Dortmunder

1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 1.

¹⁶⁵⁶ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 436.

¹⁶⁵⁷ [ZK der KPD], Beschluss der Plenarsitzung des Zentralkomitees der K.P.D. vom 1. April 1927 zur Angelegenheit Schlecht, Bartels, Grylewicz, [Berlin 1.4.1927], in: Protokoll Nr. 7 der Sitzung des Zentralkomitees am 1. April 1927, [Berlin 1.4.1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/54.

¹⁶⁵⁸ Konsolidierung im Ruhrgebiet, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 16, Berlin 1.7.1927, S. 39, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹⁶⁵⁹ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 91.

¹⁶⁶⁰ Zentralkomitee der KPD. Sekretariat, Berlin 7.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 537.

Funktionär und Mitglied der KPD-Bezirksleitung, Emil Heyen, wurde während einer BL-Sitzung ein Brief aus seiner Aktentasche entwendet. Florin und Ende sahen darin ein „Fraktionsschreiben“, das sich mit Heyens Kritik, die BL gehe nicht energisch genug gegen die „Ultralinken“ vor, decken würde. Heyen wurde während der BL-Sitzung vernommen und von Florin aufgefordert, den Absender des Briefes zu nennen. Heyen antwortete, ihm sei kein Brief entwendet worden. Dass der Brief von ihm sei, müsse erst einmal bewiesen werden¹⁶⁶¹. Damit endete die Vernehmung, die zeigte, mit welchen Polizeimethoden die Bezirksleitung gegen ihren Genossen vorging, den sie abweichender Meinungen und Fraktionstätigkeit verdächtigte. Ohne Beweise – Heyen leugnete weiterhin die Vorwürfe ab – sprach die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet Heyen eine Rüge aus und entthob ihn für ein Jahr aller Funktionen. Die anwesenden drei Dortmunder BL-Mitglieder Göde, Smektala und Jelinski stimmten dagegen¹⁶⁶². Zuvor hatten in der engeren Bezirksleitung Wojtkowski, Zinke und Overfeld den Ausschluss von Heyen aus der KPD beantragt, waren damit aber gescheitert¹⁶⁶³. Da andere moderate Kommunisten um Adolf Ende die Maßnahmen gegen Heyen befürworteten, dürfte das ihre endgültige Spaltung im Ruhrgebiet in zwei Fraktionen besiegelt haben: die Anhänger Brandlers machten eine andere Politik als die von Meyer/Ewert bzw. Ende. Bemerkenswert ist, dass der früher führende Brandler-Anhänger Graul nicht zur erneuerten Brandler-Fraktion in der Ruhr-KPD gehörte.

Der Vorgang um Heyen ist auch deshalb von Interesse, weil dieser ein Jahr zuvor an einer Bespitzelungsaktion der Leitung der Dortmunder KPD gegen linke Oppositionelle teilgenommen hatte: Als der linke Kommunist Lange durch seine Genossen Czerkus und Kelch zu einer Fraktionssitzung eingeladen werden sollte, aber nicht angetroffen wurde, schoben die Beiden eine Einladung mit Ortsangabe unter Langes Wohnungstür hindurch. Dabei wurden Czerkus und Kelch von linientreuen KPD-Mitgliedern beobachtet, die den Zettel aus Langes Wohnung stahlen und durch eine gleich lautende Abschrift ersetzten. Zu dem angekündigten Treffen kamen die Linksoptionellen Kuhnke, Lange, Kelch, Czerkus und Kelch jun., die sich mit Schwan trafen. Die KPD-Funktionäre und Linkskommunisten Smyk und Vollmer machten sich ebenfalls zu dem Treffpunkt auf, fühlten sich aber beobachtet und kehrten in eine Wirtschaft ein. Dort erschienen vier moderate Kommunisten darunter Heyen. Er forderte Vollmer auf, zu dem Treffpunkt mit Schwan zu gehen, die Namen der dort Anwesenden festzustellen und der UB-Leitung zu

¹⁶⁶¹ Bezirksleitung Ruhrgebiet der K.P.D., Protokoll über die Vernehmung des Gen. Emil Heyen, Dortmund in der B.L. Sitzung vom 20.7.27, [Essen Juli 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 18.

¹⁶⁶² KPD, Bezirk Ruhrgebiet, Org.-Abt., Protokoll der erweiterten Bezirksleitungssitzung am 14.10.27, [Essen Oktober 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 30.

¹⁶⁶³ Bezirksleitung Ruhrgebiet der K.P.D., Beschluss der engeren Bezirksleitung in der Sitzung vom 30.9.27 in Sachen Emil Heyen, Essen [September 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 23.

übergeben, was Vollmer ablehnte¹⁶⁶⁴. Heyen wurde Opfer der gleichen Bespitzelungsmethoden, die er selbst half, in der Ruhr-KPD einzuführen.

Dass sich in der Ruhr-KPD die politische Linie der Thälmann-Meyer/Ewert gegenüber der von Fischer/Maslow/Urbahns und Schwan durchsetzte, ist auch vor dem Hintergrund der Mitgliederentwicklung zu bewerten. In einer Statistik vom September 1927 nannte der Reichskassierer der KPD, Golke, für den Bezirk Ruhrgebiet folgende Zahlen:

Mitgliederbewegung der Ruhr-KPD 1927¹⁶⁶⁵		
Monat	Mitglieder	Plus/Minus
Januar	10.970	
Februar	6.972	- 3.998
März	9.120	+ 2.148
April	8.888	- 232
Mai	7.705	- 1.183
Juni	6.906	- 799
Juli	8.031	+ 1.125
August	7.319	- 712

Im Durchschnitt der ersten acht Monate des Jahres 1927 gehörten der KPD 8238 Mitglieder an. In dem Zeitraum von Januar bis August traten 3273 Menschen in die KPD ein und 6924 wieder aus. Vor allem um den 11. Parteitag herum, der vom 2.-7. März 1927 in Essen stattfand, änderte sich die Mitgliedschaft der KPD im Bezirk Ruhrgebiet erheblich. 3998 Mitglieder traten aus und 2148 traten ein. Das waren 57,7 Prozent der erfassten Austritte und 65,6 Prozent der Neueintritte. Unter den Ausgetretenen dürfte ein Teil der linksoppositionellen Kritiker und der mit ihnen Sympathisierenden, aber auch der durch die heftigen Diskussionen abgeschreckten Mitglieder gewesen sein. Die Eingetretenen werden dagegen den neuen Kurs der Parteiführung um Thälmann gutgeheißen haben¹⁶⁶⁶.

Auf dem Bezirksparteitag der Ruhr-KPD am 7./8. Januar 1928 trat keine offen linkskommunistische Opposition auf. „Noch niemals zeigte ein Bezirksparteitag Ruhrgebiet eine solche Geschlossenheit“, meinte ein Berichterstatter der Bezirksleitung. Nur wenige Wochen vor der drastischen Wende nach ultralinks, die von der WKP(B) und der Komintern eingeleitet wurde, und die sich auf dem Bezirksparteitag in der Kritik an der Losung der „Produktionskontrolle“, die von den moderaten Kommunisten verteidigt

¹⁶⁶⁴ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 6.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 113.

¹⁶⁶⁵ Golke, Bezirk Ruhrgebiet. Finanzielle Übersicht und Mitgliederbewegung September 1927, [Berlin Sept. 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 191.

¹⁶⁶⁶ Bericht über die gemeinsame Sitzung der Bezirksleitung Ruhrgebiet mit den Vertretern der wichtigsten Hütten- und Metallbetriebe am 28. Dezember 1927, [Essen Dezember 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 34 f.

wurde, ankündigte, hieß es: „Keine Schwankungen mehr!“¹⁶⁶⁷ – so als wenn die Schwankungen von der Parteibasis und nicht von oben ausgegangen wären.

4.12 Das Gespenst des Trotzismus

Der russische Revolutionär Leo Trotzki, der vor 1914 lange Jahre in Österreich im Exil gelebt hatte, hatte nach der Oktoberrevolution von Russland aus die Geschehnisse in Deutschland aufmerksam verfolgt. Auf dem 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale 1921 waren Trotzki und Lenin scharfe Kritiker der sog. *Märzaktion* gewesen, was sie in Gegensatz zur Parteiführung der KPD um Brandler/Thälheimer/Meyer, aber auch zu den linken Kommunisten um Arkadi Maslow und Ruth Fischer gebracht hatte. Obwohl Trotzki die *Märzaktion* als Teil einer neuen, heroischen Tradition betrachtete, die sich von der jahrzehntelangen traditionellen Politik der alten SPD wohltuend unterscheidet, war z. B. Ernst Thälmann seit dieser Zeit ein erbitterter Gegner des russischen Revolutionärs¹⁶⁶⁸.

Im Kampf um die Nachfolge des schwer erkrankten Lenin wandte sich Sinowjew Ende 1923 innerhalb der RKP(B) gegen Trotzki und griff dessen Theorie der permanenten Revolution an, an der er kritisierte, „daß sie die Rolle der Bauernschaft entweder ignorierte oder in bedeutendem Maße unterschätzte“¹⁶⁶⁹. Stalin schloss sich der Kritik an¹⁶⁷⁰. Anfang 1924 erschien in der Sowjetunion Trotzkis Broschüre „Der Neue Kurs“, die im Laufe des Jahres auch in Frankreich publiziert wurde. Im Kapitel „Tradition und revolutionäre Politik“ wurde darin die Politik der KPD im Jahr 1923 kritisiert. Das Scheitern der Politik des passiven Widerstandes in der „Ruhr-Katastrophe“ unter Ebert und der Cuno-Regierung habe Deutschland ähnlich zerrüttet wie die Niederlage im Ersten Weltkrieg. Zwischen Juli und November habe es „eine Krise ohnegleichen“ durchlaufen, die „eine jähe taktische Wendung“ der KPD hin zu einer Politik der Machteroberung erfordert hätte. Dazu sei die Parteiführung aufgrund der „fertigen Methoden der vorausgegangenen zweijährigen Periode eines propagandistischen Kampfes um den Einfluß auf die Massen“ nicht in der Lage gewesen. Im Oktober habe sie zu spät einen Kurswechsel eingeleitet. „Im

¹⁶⁶⁷ Ein Parteitag der Klarheit und Geschlossenheit, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften, 4. Jg., Nr. 9, Dortmund 11.1.1928, S. 9.

¹⁶⁶⁸ LaPorte, Norman, Ernst Thälmann: The Making of a German Communist, 1886-1921, in: Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen). Lives on the Left, Nr. 51, Essen 2014, S. 153.

¹⁶⁶⁹ Sinowjew, G., Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Hamburg 1923 (Petersburg 1923), S. 131. Die Herausgeber geben das Datum von Sinowjews Vorträgen mit dem Jahr 1922 an („kurz vor Lenins Tod 1922“). Lenin starb 1924.

¹⁶⁷⁰ Stalin, Josef, Lenin und der Leninismus, Wien 1924, S. 43 f. Stalin erklärte in dieser Broschüre: „Früher hielt man den Sieg der Revolution in einem Land für ausgeschlossen, da man annahm, daß zum Sieg über die Bourgeoisie das gemeinsame Hervortreten der Proletarier aller Länder oder doch zum mindesten der Mehrzahl dieser Länder notwendig sei“, ebd. S. 47.

entscheidenden Moment zog die Partei sich kampfflos zurück“ und „(vermochte) es nicht, in der neuen Periode (Mai-Juli 1923) aus der Routine ihrer gestrigen Politik, die für Jahre berechnet war, auszubrechen und das Problem der Machteroberung in aller Schärfe zu stellen“¹⁶⁷¹. Seine Kritik änderte nichts daran, dass Trotzki von vielen KPD-Funktionären als rechter Kommunist angesehen wurde. Dem Zentralkomitee der *Kommunistischen Jugend Deutschlands* war klar, dass sich der „vom Genossen Trotzki aufgestellte(n) Vergleich zwischen dem deutschen und dem russischen Oktober“ gegen das Versagen Sinowjews unmittelbar vor der Oktoberrevolution 1917 richtete, der sich gegen den bewaffneten Aufstand ausgesprochen hatte. Das ZK der KJD sah darin einen „neuen Angriff(es) auf das bolschewistische ZK., auf die alte Garde der Bolschewiki“¹⁶⁷² und verurteilte Trozki's Ansicht. Zu diesem Zeitpunkt war die Schrift „1917. Die Lehren des Oktober“ waren in Deutschland nur in Auszügen bekannt, da sie erst Mitte Februar 1925 vollständig veröffentlicht wurde¹⁶⁷³. Für die einfachen Mitglieder und für die Funktionäre der KPD war es kaum möglich, sich von den Meinungsverschiedenheiten innerhalb der RKP(B) ein vollständiges Bild zu machen. Im Kern lehnte deren Parteiführung den vorrangigen Ausbau der Planwirtschaft mit Betonung der Industrie ebenso ab wie den Kampf gegen die Bürokratie, deren Teil sie war, und die Wiederherstellung der innerparteilichen Demokratie durch die Rücknahme des Fraktionsverbotes. Die sog. *Erklärung der Sechsendvierzig*, in der die Gesinnungsgenossen Trozki's den Bürokratismus innerhalb von Partei und Staat kritisiert hatten, wurde in der Sowjetunion erst 1990 veröffentlicht¹⁶⁷⁴.

Als Sinowjews Kritik an Trotzki über die Kommunistische Internationale in die KPD transferiert wurde, waren Funktionäre und Mitglieder auf Informationen des EKKI angewiesen. Viele Mitglieder Kommunistischer Parteien waren durch das Auseinanderbrechen des Führungskerns der RKP(B) geschockt, deren Autorität sank¹⁶⁷⁵. Im EKKI hatte Sinowjew am 6.1.1924 erklärt, dass es sich bei Trotzki, Radek und Anhängerschaft um „eine rechte, revisionistische Strömung“ handle, die fraktionell arbeite, was auf eine Spaltung von Partei, Regierung und *Roter Armee* hinauslaufe. Die Führung der RKP(B) und der Komintern um Sinowjew/Kamenew-Stalin-Bucharin sah ihre Stellung in Gefahr, da die Opposition Trotzki/Radek nicht nur die sog. *Alte Garde* der bolschewistischen Partei und den Bürokratismus angriff, sondern Radek auch vollmundig

¹⁶⁷¹ Trotzki, Leo, Der neue Kurs, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997 (Moskau 1924), S. 249 f.

¹⁶⁷² Zentralkomitee der KJD, Erklärung des Zentralkomitees der Kommunistischen Jugend Deutschlands zur Trotzki-Debatte, in: Internationale Pressekorrespondenz, 4. Jg., Nr. 167, Wien 23.12.1924, S. 2301.

¹⁶⁷³ Trotzki, Leo, 1917. Die Lehren des Oktober, in: Die Aktion, 15. Jg., Nr. 2/3, Berlin 1925, S. 1.

¹⁶⁷⁴ Trotzki, Leo, Erklärung der Sechsendvierzig, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997 (Moskau 1924), S. 632.

¹⁶⁷⁵ Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 71 f.

die Unterstützung dieser Kritik durch die Leitungen der KPD und der Kommunistische Partei Polens angekündigt hatte. Die Ausschaltung der Fraktion Brandler/Thalheimer aus der Parteiführung der KPD Ende 1923 und ihre Ersetzung durch die Fraktion Meyer/Stöcker waren von der EKKI-Führung um Sinowjew nicht deshalb betrieben worden, weil Brandler/Thalheimer im sog. *Deutschen Oktober* versagt hatten, sondern, weil sie in der RKP(B)- und KI-Spitze als potentielle Unterstützer Trotzki galten. Nicht von ungefähr spielte der Sinowjew-Anhänger „August Kleine“ bei der Herausbildung der sog. „Mittelgruppe“ Meyers eine initiiierende Rolle¹⁶⁷⁶, auch wenn sie Anfang 1924 von der linken Opposition um Fischer/Maslow/Scholem beim Kampf um die Führung der KPD ins Abseits gestellt wurde. In Verteidigung seiner Stellung verband Sinowjew den aktuellen Fraktionskampf mit Bemerkungen über den Meinungsstreit zwischen Trotzki und Lenin vor dem Ersten Weltkrieg¹⁶⁷⁷. Während sich im ersten Halbjahr 1924 in der mehrmals wöchentlich erscheinenden, deutschsprachigen Zeitschrift der Kommunistischen Internationale, *Inprekorr*, kein Artikel gegen den Trotzismus fand, erschienen dort im 2. Halbjahr 1924 unter der Rubrik „Leninismus – Trotzismus“ siebenunddreißig Artikel, die sich alle gegen den Trotzismus richteten, während kein einziger Artikel die wirklichen Positionen Trotzki aufzeigte¹⁶⁷⁸.

In der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet war Leo Trotzki nicht ganz unbekannt. Während des Kampfes gegen den Kapp-Putsch 1920 waren die meisten der hundertzehn militärischen Einheiten der *Roten Ruhrarmee* nach Zahlen nummeriert und nur ganz wenige nach politischen Vorbildern benannt worden. Sechs dieser Kompanien hießen „Rosa (Luxemburg)“, zwei „(Karl) Liebknecht“, zwei „(Hugo) Haase“ und eine „August Bebel“. Die einzige Kompanie, die nach einem politischen Vorbild aus einem anderen Land benannt worden war, war die Kompanie „Trotzki“ aus Hervest-Dorsten-Holsterhausen mit ihren einundvierzig Mitgliedern¹⁶⁷⁹. Vier Jahre später, kurz nachdem die linken Kommunisten in der KPD das Ruder übernommen hatten, eröffnete die KPD Rheinland-Westfalen Nord eine Kampagne gegen den sog. Trotzismus. Dass die linken Kommunisten nur unzureichend über die Verhältnisse in der Sowjetunion informiert waren, zeigte sich auf dem Bezirksparteitag der KPD-Ruhr am 9. März 1924, als der Sprecher der Linken, Arthur König, in seinem Einleitungsreferat auf die Differenzen zur „Partei-rechten“ der KPD um Brandler einging. Für König übernahmen die moderaten Kommunisten die Position der trotzistischen linken Opposition in der Sowjetunion.

¹⁶⁷⁶ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 454.

¹⁶⁷⁷ Wolter, Ulf (Hrsg.), *Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928*, Bd. 1, 1923-1945, Berlin 1976, S. 483 f.

¹⁶⁷⁸ So z. B. Redaktion der *Prawda*, *Wie man die Geschichte des Oktober nicht schreiben soll*. Zum Buche des Genossen Trotzki: '1917', in: *Internationale Pressekorrespondenz*, 4. Jg., Nr. 147, Wien 13.11.1924, S. 1987 f.

¹⁶⁷⁹ Spethmann, Hans, *Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung*, Bd. 2, Berlin 1928, S. 209 f.

Während diese die Diktatur des Proletariats liquidieren wolle, würden ihre Anhänger in Deutschland eine Diskussion über die russische Frage ablehnen. Die Unterstützung der Opposition um Trotzki in der Sowjetunion durch die „Rechten“ in der KPD führe zur Bildung einer opportunistischen Fraktion in der Kommunistischen Internationale und müsse entschieden bekämpft werden¹⁶⁸⁰. Entsprechend fiel die vom Bezirksparteitag angenommene Resolution aus. Trotzki galt den linken Kommunisten um Fischer/Maslow/Scholem als moderater Kommunist, der mit Brandler/Thalheimer verbündet sei. Dabei half, dass die Opposition um Trotzki zunächst nicht unter dem Namen *Linke Opposition* auftrat, sondern dieser Begriff erst Jahre später entstand, als sich in der WKP(B) die moderate Fraktion um Bucharin formierte¹⁶⁸¹. Als einer der Ersten hatte sich Ernst Thälmann auf die Seite der Mehrheit der RKP(B) unter der Troika Sinowjew, Kamenew und Stalin geschlagen und sich gegen die Opposition um Trotzki ausgesprochen¹⁶⁸². Im Laufe des Jahres 1924 scheint die Debatte über den Trotzkiismus wieder abgeebbt zu sein. So ging der Vorschlag, in der Bezirksleitung Ruhr über eine Erklärung in der sowjetischen Zeitschrift *Prawda* zum Fall Trotzki zu diskutieren, im Alltagsgeschäft unter¹⁶⁸³. Zum Unverständnis für die Positionen der linken Opposition trug Trotzki selbst bei, der sich trotz Aufforderung weigerte, sie auf dem 5. Weltkongress der Kommunistischen Internationale darzulegen, weil der 13. Parteitag der RKP(B) bereits darüber entschieden habe und damit bewies, dass er das Bedürfnis nach Klarheit in der Mitgliedschaft der Kommunistischen Parteien den Eigeninteressen der RKP(B) unterordnete. Damit war die Debatte vorerst beendet¹⁶⁸⁴.

Fortgeführt wurde die Diskussion über den sog. Trotzkiismus auf der 1. Parteiarbeiterkonferenz der KPD des Ruhrgebiets, die am 30. Januar 1925 in Essen stattfand. Ruth Fischer referierte zur politischen Lage, die sie mit einer Kritik an Trotzki einleitete. Dessen Buch über die Oktoberrevolution behauptete, dass 1917 die Führung der bolschewistischen Partei nicht zum Machtkampf bereit gewesen sei. Nur dank Lenin und Trotzki habe die Partei den richtigen Kurs eingeschlagen. Für Trotzki, so Ruth Fischer, seien einzelne Führer das Wichtigste und nicht die Parteiorganisation. Dies stehe in völligem Widerspruch zu den Erfahrungen der linken Kommunisten in der KPD. In der Behauptung Trotzki spiegle sich eine international verbreitete Rückzugsmentalität wieder.

¹⁶⁸⁰ Bezirksparteitag Ruhrgebiet, o. O. 9.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 3 f.

¹⁶⁸¹ Anmerkung des Herausgebers, in: Trotzki, Leo, Erster Brief an das ZK und ZKK der KPR, o. O. 8.10.1923, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 150.

¹⁶⁸² Bezirk 18. An die Zentrale Or.-Büro. Bericht vom Bezirks-Parteitag., [Essen] 11.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 25 und Bezirksparteitag Ruhrgebiet[Essen] 9.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 3.

¹⁶⁸³ Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen Dezember 1924], SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 8.

¹⁶⁸⁴ Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 73.

Trotzki rede von einer „längere(n) Epoche der kapitalistischen Stabilisierung“, womit er die isolierte Sowjetunion und gemeinsam mit Brandler die Revolution verloren gebe. Es waren Anhänger Brandlers, die sich in der Debatte gegen Fischer wandten. Funk aus Hamm sprach sich gegen Ausschlüsse wegen „Trotzkismus“ aus, was ihm die Distanzierung der zwölf anderen Delegierten des KPD-Unterbezirks Hamm einbrachte. Der moderate Kommunist Kapalla aus Gelsenkirchen wies darauf hin, dass sich Brandler und Thalheimer von Trotzki distanziert hätten, und wandte sich gegen den Ausschluss der Beiden. Von Kapalla rückten alle anderen Delegierten des UB Gelsenkirchen ab. Von 362 Delegierten wurde bei vier Gegenstimmen und sechs Enthaltungen folgende Resolution „Gegen den Trotzkismus in jeder Form“ angenommen:

„Gruß an die Russische Bruderpartei!

Wir Parteiarbeiter und Funktionäre des Ruhrgebiets, versammelt um zu den großen Aufgaben des deutschen und internationalen Proletariats Stellung zu nehmen, senden den Genossen der RKP. unsere brüderlichsten Kampfgrüße.

Unsere Parteiarbeiterkonferenz stellt sich geschlossen auf den Boden des Zentralkomitees der RKP. in seinem Kampf gegen den Trotzkismus und wird mit der Zentrale der KPD. und mit der RKP. den Leninismus als Lehre der Durchführung der proletarischen Revolution gegen alle trotzkistischen, offen oder versteckt opportunistischen Verfälschungen verteidigen. Insbesondere unterstützt die Parteiarbeiterkonferenz die Forderung des Zentralausschusses an die Zentrale der RKP. auf Ausschluß der Trotzkisten Brandler und Thalheimer, die durch fraktionelle Machenschaften die KPD. weiter zu beunruhigen versuchen.

Wir sind stolz auf die große innerliche Kraft der russischen Bruderpartei, die mit solcher Geschlossenheit die neuesten Vorstöße des Trotzkismus liquidieren und durch die Abberufung des Genossen Trotzki von seiner hohen Funktion als Vorsitzender des revolutionären Kriegsrates den Beweis für ihren unantastbaren revolutionären Charakter erbringen konnte.

Wir beginnen auch bei uns mit die Bolschewisierung der Partei mit aller Energie durchzuführen in dem Bewusstsein, daß nur eine bolschewistische Partei die proletarische Revolution siegreich durchführen kann.

Gewaltige Kämpfe stehen vor dem deutschen Proletariat und vor seiner Partei, der KPD. Aber uns schreckt nicht, daß die Kämpfe schwer sein werden; denn wir wissen, daß uns der Sieg gewiss ist. Im Zeichen Lenins wird auch das deutsche Proletariat seine Revolution zum Siege führen. Es lebe die eiserne bolschewistische Partei Rußlands! Es lebe das siegreiche russische Proletariat!

Mit brüderlichen Kampfgrüßen, Parteiarbeiterkonferenz des Ruhrgebiets“¹⁶⁸⁵.

¹⁶⁸⁵ Parteiarbeiterkonferenz des Ruhrgebiets, Gegen den Trotzkismus in jeder Form, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, 1. Jg., Nr. 2, Dortmund 3.2.1925, S. 2.

In der Resolution, die dazu diente, die Position Sinowjews in der RKP(B) zu stärken, wurden zwei Kernelemente des späteren Stalinismus betont: Der *Trotzkismus* wurde als opportunistische Abweichung dem Leninismus gegenübergestellt. Die „eiserne bolschewistische“ Partei erfordere den Ausschluss der Fraktionisten. Dabei versuchte die KPD-Leitung um Ruth Fischer noch bolschewistischer als ihr bolschewistisches Vorbild zu sein. Den während Trotzki in der Sowjetunion nur seine Funktion als Volkskommissar für Verteidigung verlor, sollten Brandler und Thalheimer, die sich in der SU befanden und dort der RKP(B) angehörten, ausgeschlossen werden – wegen Fraktionismus in der KPD! Die 482 Delegierten und 90 Gäste der Parteiarbeiterkonferenz der Ruhr-KPD kannten Trotzki's Broschüre „Die Lehren des Oktober“ nicht, verurteilten aber trotzdem mit überwältigender Mehrheit den Trotzkismus. Die hier zum Vorschein kommende bedingungslose Verteidigung der Zustände in der Sowjetunion und in der RKP(B) kombinierte sich mit erschreckender politischer Blindheit, was die Verhältnisse in Deutschland betraf. Denn von „gewaltige(n) Kämpfe(n)“, die „vor dem deutschen Proletariat (stehen)“, konnte beim besten Willen keine Rede sein. Die Kampagne gegen den Trotzkismus war damit nicht nur eine ideologische, die sich auf die Auslegung von Trotzki's Schriften bezog. Sie war auch auf die Praxis der KPD und die dafür erforderliche Taktik gerichtet¹⁶⁸⁶. Die radikal linken Kommunisten aus Buer unterstützten die Kampagne gegen den *Trotzkismus*. Für sie meldete sich in der Debatte S(cymzak) aus Buer zu Wort, der die „trotzkistische Gefahr“ in Gestalt von Brandler/Thalheimer durch die Mobilisierung der Betriebszellen bekämpfen wollte¹⁶⁸⁷.

Obwohl es eine trotzkistische Fraktion in der KPD nicht gab – sie entstand erst 1930! – wurde in innerparteilichen Debatten der Vorwurf des Trotzkismus zu einem allseits beliebten Argument. So warf 1925 der radikale Linkskommunist Werner Scholem nach dem Bruch der oppositionellen linken Kommunisten um Fischer/Maslow mit der Parteiführung um Thälmann/Dengel dieser einen ungewollten „Trotzkismus“ vor, unter der auch Scholem eine „rechte“ Abweichung verstand. Er unterstellte Trotzki eine politische Perspektive, die für eine lange historische Epoche keine Möglichkeit für eine Änderung des Systems biete und auf dem Boden von Demokratie und Parlamentarismus Verbesserungen innerhalb des Systems anstrebe¹⁶⁸⁸. Schon die sog. *Hagener Resolution* hatte im „Trotzkismus“ eine „rechte“ Strömung gesehen, die die KPD und darüber hinaus die Komintern liquidieren wolle. Solche Fehleinschätzungen waren neben schlichter

¹⁶⁸⁶ Diese Seite der sog. literarischen Debatte wird sogar vom aufmerksamen Pierre Frank übersehen, vgl. Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 356 f.

¹⁶⁸⁷ Die Parteiarbeiter-Konferenz Ruhrgebiet, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, 1. Jg., Nr. 2, Dortmund 3.2.1925, S. 5.

¹⁶⁸⁸ [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, [Rede] Scholem, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 122 f.

Unkenntnis der Erklärungen Trotzki darauf zurückzuführen, dass Sinowjew gegenüber Trotzki als links galt, während Trotzki Anhänger Radek, der frühere Berater der KPD, als „Rechter“ angesehen wurde¹⁶⁸⁹. Dagegen hatten sich die Lenker der moderaten Kommunisten, Brandler und Thalheimer, Ende 1924 von Trotzki distanziert und erklärt, das dessen Kritik „an der deutschen Oktoberniederlage mit der Kritik der deutschen Linken identisch sei“, was diese aber nicht wahrhaben wollten¹⁶⁹⁰. Es lag eine gewisse Tragik darin, dass die linken und radikal linken Kommunisten in Deutschland nicht von Anfang an ihre Gemeinsamkeiten mit der *Linken Opposition* Trotzki in der RKP(B) bzw. WKP(B) erkannten¹⁶⁹¹.

Eine Änderung im Verhältnis des Trotzismus zu den linken Kommunisten und umgekehrt ergab sich erst, nachdem sich im Sommer 1926 in der WKP(B) die *Vereinigte Linke Opposition*, ein Bündnis der Fraktion um Sinowjew/Kamenew mit der Fraktion um Trotzki gebildet hatte. Bis dahin konnten die linken Kommunisten, die in der KPD die Kampagne gegen den Trotzismus angeführt hatten, nur schwerlich als trotzkistisch diffamiert werden. Das sollte sich mit der *Erklärung der Siebenhundert* ändern. Denn mit der Diskussion über die Entwicklung der Sowjetunion war die Kritik Trotzki zunehmend in der KPD bekannt geworden. Ein Teil der *Weddinger Opposition* um Kötter blieb Trotzki feindlich gesinnt¹⁶⁹². Dies dürfte ein wichtiger Grund für die Spaltung der *Weddinger* gewesen sein. Mit dem Auftreten der *Vereinigten Linken Opposition* mit eigener Plattform und auf Demonstrationen im Vorfeld des 15. Kongresses der WKP(B) im Dezember 1927, aber auch nach der Kapitulation Sinowjews/Kamenews vor Stalin, die ihrem Ausschluss aus der WKP(B) folgte, wurde die Kritik an Trotzki, der nun die linken Oppositionellen gegen Stalin um sich scharte, in der KPD-Leitung wieder lauter. Für die vom 11. Parteitag der KPD beschlossene Kampagne „10 Jahre Sowjetunion“ erschienen zahlreiche Veröffentlichungen über die Geschichte der SU, der WKP(B) und der Revolution, deren „roter Faden (...) die Auseinandersetzung mit Trotzki“ war¹⁶⁹³. Entsprechend billigte im Oktober 1927 die engere Bezirksleitung der KPD Ruhrgebiet „alle Beschlüsse der RKP

¹⁶⁸⁹Resolution der Genossen Weber und Scholem, angenommen in Leipzig, U-B Hagen und Bez. Pfalz, [Hagen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/1 2/3/63, Bl. 116; Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 209f.

¹⁶⁹⁰Gegen den Trotzismus. Eine Erklärung Brandlers und Thalheimers und die Antwort der 'Prawda', Moskau 29.11.1924, in: Internationale Pressekorrespondenz, 4. Jg., Nr. 156, Wien 2.12.1924, S. 2122.

¹⁶⁹¹Es kann an dieser Stelle nicht ausführlich auf den Widerspruch eingegangen werden, dass Trotzki im Nachhinein die Entstehung der Linken Opposition in der Sowjetunion auf das Jahr 1923 datierte, aber auch behauptete, dass deren Unterstützer Karl Radek „eigentlich den Brandlerianern immer näher stand als der Linken Opposition“ (Trotzki, Leo, *Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats*, Berlin 1932, S. 86). Wie in dieser Arbeit bereits aufgezeigt wurde, war Karl Radek 1923 der führende Berater der KPD und mit Pjatakow mitverantwortlich für den Rückzug der KPD im „deutschen Oktober“. Hätte sich Trotzki an der Debatte auf dem V. Weltkongress der KI über die Oktoberniederlage beteiligt statt zu schweigen, dann wäre sein Gegenpart nicht Sinowjew, sondern Radek gewesen. Demnach ist zu fragen, ob die vermeintlich Linke Opposition der RKP(B) von 1923 nicht in Wirklichkeit ein Block des „linken“ Trotzki mit den „rechten“ Radek und Pjatakow war und erst nach deren Rückzug ihren Namen verdiente?

¹⁶⁹²Konferenz der verantwortlichen Parteiarbeiter, in: *Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)*, 9. Jg., Nr. 236, Berlin 22.10.1926, S. 10.

¹⁶⁹³Kinner, *Kommunismus und Linkssozialismus*, S. 105.

und der Delegationen der Komintern-Sektionen gegen den trotzkistischen Oppositionsblock¹⁶⁹⁴.

Nach den vielen Ausschlüssen von linken Oppositionellen in der Ruhr-KPD gab es lt. KPD-Presse auf dem Bezirksparteitag Ruhr am 7./8. Januar 1928 in Essen keinen einzigen offen linksoppositionellen Delegierten mehr. Einige ehemalige oppositionelle linke Kommunisten wie Becker aus Günnigfeld waren anwesend¹⁶⁹⁵. Florin und Ulbricht als Vertreter des ZK hielten die Hauptreferate. Während der bekannte moderate Kommunist Ernst Graul nach seiner Wiederaufnahme in die KPD auf dem Bezirksparteitag reden durfte¹⁶⁹⁶, er wurde am 15.9.1926 Sekretär der KPD-Massenorganisation *Rote Hilfe* im Ruhrgebiet¹⁶⁹⁷, wurden dort der führende Linksoppositionelle Eugen Eppstein aus der KPD ausgeschlossen¹⁶⁹⁸. Ulbricht von der KPD-Zentrale aus Berlin berichtete dem Bezirksparteitag Ruhr u. a., dass die oppositionellen Arbeiter im KPD-Bezirk Wedding die Parteidisziplin wahren wollten, aber weiterhin Vorbehalte gegenüber dem Leninismus hätten¹⁶⁹⁹. Obwohl auf dem Bezirksparteitag der KPD Ruhrgebiet niemand offen für die linkskommunistische Opposition auftrat, nahm der Kampf gegen sie breiten Raum ein. Im Referat Ulbrichts über Kominternfragen, stand der Kampf gegen den Trotzkismus im Vordergrund¹⁷⁰⁰. Oppositionelle Auffassungen wurden als Trotzkismus verfeimt¹⁷⁰¹. In Ermangelung linksoppositioneller Delegierter musste die „trotzkistische“ Opposition der WKP(B) als Feindbild erhalten, das Walter Ulbricht bediente: Das internationale Kapital würde verstärkt gegen die Sowjetunion aktiv, was deren größere Unterstützung durch die Arbeiterklasse erforderlich mache¹⁷⁰². In den vergangenen Jahren sei es der WKP(B)-Führung gelungen, die Mittelbauern von den reichen Kulaken zu lösen. Die Industrialisierung der Landwirtschaft könne gegen die reichen Bauern nicht mit bürokratischen und mechanischen Mitteln, sondern mit der Bildung von Genossenschaften und dem Wachstum der Industrieproduktion durchgesetzt werden. Der Sieben-Stunden-Tag

¹⁶⁹⁴ [Engere Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 27.10.1926, [Essen Oktober 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 14.

¹⁶⁹⁵ Lu./Cl., Diskussion. Becker Günnigfeld, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet], o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 83.

¹⁶⁹⁶ Landesarchiv NRW Duisburg, RW 58/71001, Gestapoakte Ernst Graul, Bl. 3; Luise/Milli, Graul, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet], o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 120.

¹⁶⁹⁷ Landesarchiv NRW Duisburg, RW 58/71001, Gestapoakte Ernst Graul, Bl. 3.

¹⁶⁹⁸ Ein Parteitag der Klarheit und Geschlossenheit, Essen 10.1.[1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 155. Demnach ist Eppstein nicht freiwillig aus der KPD ausgetreten wie Weber/Herbst schreiben, vgl. Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 229.

¹⁶⁹⁹ Lu./Cl., Ullbricht, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 71.

¹⁷⁰⁰ Ulbricht, Kominternfragen, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften, 4. Jg., Nr. 10, Dortmund 12.1.1928, S. 9.

¹⁷⁰¹ Milli, Fortsetzung Ulbricht, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 65.

¹⁷⁰² Friedel/Willi, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 20.

sei eingeführt, das kulturelle Niveau erhöht worden. Die staatsgenossenschaftlichen Betriebe würden wachsen, der Einfluss des privaten Kapitals werde zurückgedrängt, die Lage der Arbeiterklasse und ihr Verhältnis zur Bauernschaft verbesserten sich. Dagegen behauptete die trotzkistische Opposition in der Sowjetunion, ein sozialistischer Aufbau in einem Land sei nicht möglich, während Ulbricht ihn bejahte. Die unleninistische Auffassung der *Linken Opposition* sei Ursache ihres Zusammenbruchs. Hauptsächlich kleinbürgerliche Kreise würden die trotzkistische Opposition unterstützen, die an den Universitäten größten Einfluss habe, doch keine Unterstützung in den Betriebszellen finde. Während die trotzkistische Opposition 1926 administrative Maßnahmen gegen Kulaken und Mittelbauern verlangt habe, sprach sich Ulbricht gegen bürokratische Mittel zur Bekämpfung der Kulaken aus. Durch die Industrialisierung müssten den Bauern genügend Traktoren zur Verfügung gestellt werden. Eine Alternative zur Parteiführung sei die linke Opposition nicht, habe sie doch eine Erhöhung der Preise für landwirtschaftliche Produkte, der Brotpreise und der Industriepreise verlangt. Sie wolle eine stärkere Industrialisierung, ohne die Mittel dafür bereit zu stellen. Die trotzkistische Opposition sei der Ansicht, dass nach den russischen Arbeitern auch die Arbeiter in allen anderen Ländern bald die Macht erobern würden. Das habe sich aber nicht bestätigt, sondern es sei eine relative Stabilisierung des Kapitalismus eingetreten. Die Opposition sei gleichzeitig pessimistisch, wenn sie davon rede, die Aktivität der Arbeiterklasse habe nachgelassen, während ihre Aktivitäten in Österreich und Deutschland das Gegenteil beweisen würden. Trotzki und seine Anhänger hätten die Parteidisziplin gebrochen, da sie zum zehnjährigen Bestehen der Sowjetunion öffentlich demonstriert hätten. Für sie sei kein Platz mehr in einer kommunistischen Partei. Es gehe darum, sie aus der Partei zu entfernen und „mit allen Mitteln, diese Trotzki-Opposition zu vernichten“. In der KPD habe man eine Liquidierung der politischen Auffassung des Trotzkismus erreicht¹⁷⁰³. Beiläufig hatte Ulbricht bestätigt, dass die Betriebszellenorganisation der WKP(B) zur Ausschaltung der linken Oppositionellen beigetragen hatte.

In der Diskussion wurde Ulbricht nach dem „Joffe-Brief“ gefragt. Joffe, ehemaliger Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten der Sowjetunion, hoher Funktionär der WKP(B) und Freund Trotzki, hatte Selbstmord begangen. Sein politischer Abschiedsbrief, der Trotzki und die linke Opposition in ihrem Kampf bestärken sollte, wurde international verbreitet. Ulbricht behauptete, den Brief nicht zu kennen. Es gebe vieler solcher Briefe¹⁷⁰⁴. Auch der auf dem Ruhr-Parteitag anwesende organisatorische Leiter der KPD-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg, Pfeiffer, beschäftigte sich in seinem Grußwort an den

¹⁷⁰³ Ulbricht, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 65 f.

¹⁷⁰⁴ Milli./L., Schlusswort Ulbricht, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 132.

Bezirksparteitag Ruhr mit der „Linken Opposition“, die man im Wedding größtenteils überzeugt habe¹⁷⁰⁵. So versuchten Ulbricht und Pfeiffer den Delegierten des Ruhrparteitages den Eindruck zu vermitteln, die linke Opposition sei in der Sowjetunion und in Deutschland ganz schwach, wenn nicht gar zusammengebrochen.

Die Ulbrichtsche Darstellung der Ansichten der Opposition der WKP(B) zu den Perspektiven der Weltrevolution und des Kurses innerhalb der Sowjetunion enthielt viele Fehler. Die *Vereinigte Linke Opposition (VLO)* um Trotzki/Rakowski und Sinowjew/Kamenew bestritt nicht die Möglichkeit von sozialistischen Aufbaumaßnahmen. Dagegen lief im Kern Stalins These vom „Aufbau des Sozialismus in einem Land“ darauf hinaus, dass „die russische Revolution sich selbst genügen könne“¹⁷⁰⁶. Dem entsprach die 1925 von Stalin vertretene Ansicht, dass in den nächsten fünfzehn Jahren eine Revolution im Westen ausbliebe und die Sowjetunion für die nächsten zwanzig Jahre isoliert sei¹⁷⁰⁷. Das lief auf einen Verzicht auf die Weltrevolution hinaus. Die VLO hielt an ihrer Ansicht fest, dass eine sozialistische, d. h. klassenlose Gesellschaft, in einem vom Kapitalismus umzingelten rückständigen Land nicht vollendet werden könne. Sie leugnete nicht die Möglichkeit der Machteroberung durch die Arbeiterklasse, hatte doch Trotzki die Theorie der permanenten Revolution entwickelt und war ein maßgeblicher Sprecher der Arbeiterbewegung während der ersten russischen Revolution 1905 und 1917 in der Oktoberrevolution gewesen¹⁷⁰⁸. Die von Ulbricht der VLO der WKP(B) unterstellten innenpolitischen Vorschläge beruhten auf einer Verdrehung von Tatsachen. Nicht die WKP(B)-Führung, sondern die *Vereinigte Linke Opposition* hatte die planmäßige Industrialisierung vorgeschlagen, während die Parteiführung Stalin/Bucharin bis 1928 auf die Bereicherung der Bauernschaft gesetzt hatte, um dann abrupt das Programm der VLO zu übernehmen. Die Wende sollte zu einem erneuten Bruch innerhalb der WKP(B) führen. Der Apparat mit Stalin behielt die Oberhand und schaltete die moderaten Kommunisten um Bucharin aus der Parteiführung aus. Die auf dem Bezirksparteitag Ruhr der KPD von Ulbricht gegebene entstellte Darstellung der Ansichten der *Vereinigten Linken Opposition* war ein typisches Beispiel für die Methoden der KPD-Zentrale. Der Parteiapparat, zu dem Ulbricht gehörte, verdrehte die Ansichten der linken Oppositionellen bis zur Unkenntlichkeit.

Nach dem Bezirksparteitag wurde von der Bezirksleitung Ruhr eine „Resolution zur

¹⁷⁰⁵ MIE, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 23.

¹⁷⁰⁶ Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Augsburg 1997 (Oxford 1949), S. 374.

¹⁷⁰⁷ Ebd., S. 502 f.

¹⁷⁰⁸ Hermann Weber behauptet nicht nur, dass „die weltweite Rolle der Bolschewiki unter Lenin“ nach 1917, sondern dass auch „ihr Sieg in Russland“ nicht ohne den Ersten Weltkrieg denkbar und sie „eine politische Sekte geblieben“ wären, vgl. Weber, Komintern und KPD, S. 10. Weber übersieht damit nicht nur die russische Revolution von 1905 und die Barrikadenkämpfe in Russland unmittelbar vor dem Ersten Weltkrieg, sondern auch den föderalen Charakter der SDAPR, die Masseneinfluss in der Arbeiterklasse hatte.

wirtschaftlichen und politischen Lage und zu den Aufgaben der Partei“ angenommen, in deren Entwurf der Kampf gegen den Trotzismus extra eingefügt worden war. Darin wurden „Stimmungen“ „kleinbürgerlicher Schichten“, die auf eine „Lockerung der proletarischen Diktatur“ in der Sowjetunion spekulieren würden, verurteilt. Die Anhänger des Trotzismus würden den „proletarischen Charakter der Sowjetmacht“, den „sozialistischen Charakter der staatlichen Sowjetunternehmen“ und den „sozialistischen Aufbau in einem Lande“ leugnen, einen „Block der Arbeiterklasse mit der Hauptmassen der Bauernschaft“ ebenso ablehnen wie die „leninistischen Organisationsprinzipien“, die Einheitsfronttaktik und „Bündnisse mit Teilen der nationalen Bourgeoisie in den Kolonialländern“¹⁷⁰⁹.

Das 9. Plenum des EKKI im Februar 1928 nahm eine Resolution gegen den Trotzismus an, die sich u. a. gegen die bildenden linken Oppositionsgruppen in den verschiedensten Ländern richtete, die sich mehr und mehr an Trotzki und den linken Oppositionellen orientierten, die von Stalin nach Sibirien verbannt worden waren. Auch wenn das EKKI den Trotzismus nun nicht mehr als *rechten Kommunismus*, sondern als linkssozialdemokratische Abweichung bezeichnete, so sah es in der Bildung trotzkistischer Oppositionsgruppen u. a. in Österreich, Belgien, Frankreich, der Tschechoslowakei und in ihrer Koordination mit linken und linksradikalen Organisationen in Holland und Deutschland eine ernste Gefahr. Politisch leitete das 9. Plenum eine Wende der KI und aller Kommunistischer Parteien nach links ein. Sie sollte in der WKP(B) zum Bruch zwischen der stalinistischen Fraktion und den moderaten Kommunisten um Bucharin führen, der vor allem auf einer unterschiedlichen Haltung zur Bauernschaft beruhte. Diese hatte in Folge guter Ernten Überschüsse anhäufen können, die sie nicht gegen industrielle Produkte austauschen konnte, deren Herstellung hinter der Nachfrage zurückblieb – eine Situation, vor der die linke Opposition um Trotzki seit langem gewarnt hatte. Die Mehrheit der WKP(B) um Stalin vollzog nun einen drastischen Schwenk nach links, der in der Zwangskollektivierung und Liquidierung der reichen Bauern gipfeln sollte. Dabei wurde die Fraktion um Bucharin, die an der bisher gemäßigten Politik gegenüber den Bauern festhalten wollte, entmachtet. Der auf das 9. Plenum des EKKI folgende 6. Kongress der Kommunistischen Internationale im Juli/September 1928 unterstrich die taktische Wende hin zur letzten, sog. *Dritten Periode* des Kapitalismus, die theoretisch den nun einsetzenden ultralinken Kurs der Komintern rechtfertigen sollte, der in der Charakterisierung der Sozialdemokratie als „sozialfaschistisch“ zum Ausdruck kam¹⁷¹⁰.

Politisch gefährlich für die KPD-Führung wurden die Schriften Trotzki auf Deutsch, die in der linksradikalen Kulturzeitschrift *Die Aktion* von Franz Pfempfert erschienen oder vom

¹⁷⁰⁹ [BL Ruhrgebiet], Abänderung zur Resolution zur Lage in der Partei und in der KPdSU, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 96.

¹⁷¹⁰ Frank, Geschichte, Bd. 2, S. 497 f.

Leninbund und der *Weddinger Opposition* publiziert und verbreitet wurden. Beide Oppositionsgruppen näherten sich dem Trotzismus an. Ende 1928 wurde Trotzki's „Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale“, mit der er an den 6. Weltkongress der Komintern appelliert hatte, in Fortsetzungen in der Zeitung *Volkswille* des *Leninbundes* und Anfang 1929 als Buch bei der sozialdemokratischen Laubschen Verlagsbuchhandlung veröffentlicht. Darin setzte er sich mit den taktischen und strategischen Problemen der Kommunistischen Internationale auseinander. Seine Publikation hatte der Sprecher der *Weddinger Opposition*, Hans Weber, besorgt. Die oppositionellen linken Kommunisten im Ruhrgebiet mussten Trotzki als verfolgten, aufrechten Revolutionär ansehen, der die Sowjetunion, die Komintern und die WKP(B) einer scharfen Kritik unterzog.

Es mag paradox erscheinen, in welchem Ausmaß sich der Bezirksparteitag und die Bezirksleitung der Ruhrgebiets-KPD mit der schwachen *Linken Opposition* und dem sog. Trotzismus beschäftigten. Denn bis 1927 waren die oppositionellen linken Kommunisten in der KPD nicht als *Trotzkisten* oder Anhänger Trotzki's aufgetreten, sondern als *Linke Kommunisten* oder als *linker Flügel der KPD*. Wenn sich die Ruhr-KPD so stark mit dem Trotzismus auseinandersetzte, dann war das nicht nur der schematischen Übertragung bestimmter Erklärungsmuster und politischer Richtlinien von der WKP(B) und der Komintern auf die Ruhr-KPD geschuldet. Für die amtierende KPD-Führung deutete sich eine Gefahr an. Die verschiedene, stark zersplitterten linkskommunistischen Oppositionsgruppen im Ruhrgebiet, die bereits weitgehend außerhalb der KPD standen, begannen zusammen zu arbeiten, indem sie sich gemeinsam für den nach Sibirien verbannten Trotzki und für andere linke Oppositionelle in der Sowjetunion einsetzten. So riefen u. a. der *Deutsche Industrie Verband (DIV)*, die *Gruppe Kommunistische Politik* und der *Leninbund* zur Unterstützung von Trotzki in Alma-Ata auf. Mit Trotzki's Ausweisung aus der Sowjetunion gründeten sie Anfang 1929 die sog. *Trotzki-Hilfe*¹⁷¹¹. Im Ruhrgebiet machten z. B. der *Leninbund* in Wattenscheid und die *Gruppe Kommunistische Politik* in Bocholt für Trotzki mobil¹⁷¹².

Die Auswirkungen der Kampagne gegen Trotzki blieben jedoch nicht aus. Bei einer Untersuchung des Frankfurter Instituts für Sozialforschung zwischen 1929 - 1931 sah kein

¹⁷¹¹ Leo Trotzki aus wird aus Rußland ausgewiesen, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 3. Jg., Nr. 5., Berlin 1929, S. 35; Zimmermann, *Leninbund*, S. 132 f.

¹⁷¹² Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Trotsky Archives, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass. (TAH), bMS Russ. 13.1 (1109-1110), S. 2; Gruppe Kom. Pol. Bezirk Ruhrgebiet / Schmitz (Hrsg.), Lebensgefahr für Trotzki. Der Verbannungsort eine Malarienhölle, in: Mitteilungsblatt. Gruppe Kommunistische Politik Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 1, Bocholt 28.9.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 48 f.; Auch in München-Gladbach stellte Schmitz als Referent einer Versammlung des DIV für ausgesperrte Textilarbeiter eine Resolution in Solidarität mit der „russischen Opposition“ zur Abstimmung, in: Mitteilungsblatt. Gruppe Kommunistische Politik Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 3, Bocholt 26.10.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf BR 1041/Nr. 660 I, Bl. 95.

einzigster von 584 Arbeitern und Angestellten Leo Trotzki für eine der „größten Persönlichkeiten der Geschichte“ an, während Stalin vierzig Mal und Thälmann zwei Mal genannt wurden¹⁷¹³. Isofern kann dem Anti-Trotzkismus durchaus „Erfolg“ bescheinigt werden.

5.0 Kernpunkte des oppositionellen linken Kommunismus im Ruhrgebiet

Im folgenden Kapitel sollen politische Kernpunkte der linken und radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet untersucht werden. Dazu wird ihr Verhältnis zur Stabilisierung des Kapitalismus, zu den Gewerkschaften, zur Erwerbslosigkeit, zur Parlamentstätigkeit, zu Einheitsfront und Arbeiterregierung, zur KPD-Bürokratie und zum Stalinismus analysiert und bewertet.

5.1 *Stabilisierung des Kapitalismus?*

Die Oktoberrevolution 1917 in Russland und die Novemberrevolution 1918 in Deutschland bildeten für die KPD und ihre Mitglieder wichtige Bezugspunkte. Der Jahrestag der Novemberrevolution wurde von der KPD auch im Ruhrgebiet festlich begangen, wie z. B. Ende 1921 in Wattenscheid mit einer politischen Ansprache des KPD-Vorsitzenden für das Ruhrgebiet, Stolzenburg, und mit Liedern, Theater und Tanz¹⁷¹⁴. Im gleichen Jahr stellte der Referent einer Funktionärskonferenz des KPD-Unterbezirks Gelsenkirchen in Aussicht, dass sich die aktuelle politische Lage zur Revolution zuspitzen könne¹⁷¹⁵. Die Revolution war nicht nur Erinnerung, sondern wurde in naher Zukunft erwartet. 1924 hielt die linke KPD im Ruhrgebiet, trotz der sog. *Oktoberniederlage* im Jahr zuvor und der Offensive der Unternehmervverbände, an ihrer Perspektive der unmittelbar bevorstehenden Revolution fest: Die Bourgeoisie sehe täglich die revolutionäre Gefahr wachsen. Dass aber ausgerechnet der große Wahlerfolg der KPD Anfang 1924 belegen sollte, dass die Mehrheit des Proletariats unter Führung der kommunistischen Partei auf Leben und Tod gegen das Kapital kämpfen wolle¹⁷¹⁶, sprach nicht für die Realitätstüchtigkeit der eigenen Analyse. Der parlamentarische Erfolg legte vielmehr nahe, dass die Mehrheit der

¹⁷¹³ Winkler, Schein der Normalität, S. 148.

¹⁷¹⁴ Der Polizeipräsident/Abteilung V, Bericht, Gelsenkirchen 17.11.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, Bl. 1908/20.

¹⁷¹⁵ Der Polizeipräsident/Abteilung V, An den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg, Gelsenkirchen 26.11.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, Bl. 1982/21.

¹⁷¹⁶ Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz K.P.D. Rheinland und Ruhrgebiet. Die Resolution zur gegenwärtigen Lage, zum Ruhrkampf und zu den nächsten Aufgaben, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 5.

Arbeiterklasse nicht mehr an eigene, direkte Handlungsmöglichkeiten glaubte und ihre Hoffnungen auf Wahlen setzte.

Die Revolutionserwartungen des linkskommunistischen Flügels der Ruhr-KPD waren nicht nur durch die Oktoberrevolution geschürt, sondern stark von den Kämpfen in der Region zwischen 1918 bis 1923 genährt worden, die selbst erlebt und durchlitten worden waren. In dieser Zeit sei das Proletariat „vorwärts und vorwärts“ geschritten. Aus der mit den Kämpfen verbundenen Radikalisierung und der Rolle, die die Kommunisten in ihnen gespielt hatten, leitete sich die avantgardistische Sichtweise ab, dass das „Proletariat des Ruhr- und Rheingebiets der wichtigste Vortrupp der um Brot und Freiheit kämpfenden Arbeiter Deutschlands“ sei¹⁷¹⁷. Die Revolutionserwartung war nicht nur importiert, sondern auch hausgemacht.

Die unmittelbare revolutionäre Perspektive der KPD-Ruhr geriet nach der *Oktoberniederlage* 1923 in Widerspruch zur klassenpolitischen Lage. Bei der Abschätzung der eigenen Streikmöglichkeiten rangen sich viele Kommunisten, die zum erheblichen Teil im Bergbau arbeiteten oder gearbeitet hatten, zu einer realistischeren Sichtweise durch. Auf einer gemeinsamen Landeskonzferenz der KPD-Bezirke Rheinland-Westfalens im Mai 1924 hielten die Delegierten aus dem Ruhrgebiet – außer denen aus Dortmund – die Fortsetzung des gerade stattfindenden Bergarbeiterstreiks nicht für möglich. In die Diskussion griff Ruth Fischer als Referentin der KPD-Zentrale ein. Die Berichte ergäben zwar ein pessimistisches Bild. Aber die KPD müsse die Bergleute zum Durchhalten bewegen. Ein Zurückweichen dürfe es „unter keinen Umständen“ geben¹⁷¹⁸. Damit zeigte Ruth Fischer, dass sie nicht in der Lage war, die Schwere der Niederlage im Oktober 1923 zu verstehen und aus ihr Konsequenzen zu ziehen. Indem sie revolutionäre Durchhalteparolen über die konkrete Streiklage stellte, bewies sie, dass sie von der Taktik bei Arbeitskämpfen wenig Ahnung hatte.

Die Analyse der wirtschaftlichen und politischen Lage, die um die Stabilisierung der Wirtschaft kreiste, sollte für die Revolutionserwartung der KPD, für ihre Strategie und Taktik entscheidende Bedeutung erlangen. Anfang 1926 ging die radikal linkskommunistische KPD-Fraktion *Entschiedene Linke* von einer Depression der Weltwirtschaft als Hintergrund einer schweren, fortschreitenden Krise aus. Stagnation und Niedergang der Wirtschaft würden „für unabsehbare Zeit“ Verelendung und Empörung hervorbringen. Die Lage enthalte alle Elemente für eine konkrete, revolutionäre Politik. Die *Entschiedene Linke* sah die Aufgabe der KPD in der „Vorbereitung und Organisation

¹⁷¹⁷ Kommunistische Partei Deutschland, Bezirksleitung Ruhrgebiet (Essen) – Bezirksleitung Niederrhein (Düsseldorf) – Bezirksleitung Mittelrhein (Köln) – Zentrale der Industriegruppe Bergbau der Union der Hand- und Kopfarbeiter, An das werktätige Volk des Rhein-Ruhr-Gebiets, Essen Oktober 1924, S. 2, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 8.

¹⁷¹⁸ Bezirkskomitee Niederrhein, An die Zentrale der K.P.D. Pol.-Büro. Bericht über die Landeskonzferenz der K.P.D. Rheinland-Westfalen am 29.5.1924, Düsseldorf 30.6.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 3.

der Revolution“¹⁷¹⁹. Im Unterschied zu den radikal linken Oppositionellen waren die linken Kommunisten zu einer vorsichtigeren Einschätzung gelangt. Die von ihnen vorgelegte „Plattform der linken Opposition“ – wahrscheinlich von Arkadi Maslow geschrieben – ging ausführlich auf die „relative Stabilisierung“ des Kapitalismus ein. Demnach fehle in Europa eine unmittelbar revolutionäre Situation, Welthandel und Weltwirtschaft seien wieder hergestellt, die Hauptwährung stabilisiert, im Weltmaßstab würden sich die Produktionsziffern positiv entwickeln, die reformistische II. Internationale wachse und die Komintern sei geschwächt. Wer jede Stabilisierung leugne wie die Korsch- und die Weber-Gruppe, stelle sich blind und betreibe Fraktionsdemagogie. Denn dann müsste die aktuelle Lage unmittelbar revolutionär sein. Die „(Ultra)Linken“ würden den „rechten“ Liquidatoren in die Hände arbeiten, weil sie, aus Furcht ihre eigene „Linksheit“ zu verlieren, Tatsachen leugnen würden. Eine solche „Linksheit“, die eine jahrelange permanente revolutionäre Situation behaupte, sei auf Sand gebaut, auch wenn sie zunächst auf einer wirklich revolutionären Stimmung beruhe. Sie könne bei einer Enttäuschung in eine liquidatorische Politik umschlagen. Dagegen wurde der Kominternführung unterstellt, mit der Theorie vom Aufbau des Sozialismus in einem Land von der Annahme einer „absoluten Stabilisierung“ auszugehen. Da zu diesem Aufbau Dekaden notwendig seien, so habe man sich damit abgefunden, dass auf Jahrzehnte in Europa keine Revolution in Aussicht stehe. Die gesamte Politik der stalinischen Mehrheit erhalte ihren scheinbaren Sinn nur unter dem Gesichtspunkt einer „absoluten Stabilisierung“¹⁷²⁰. Maslows These von der „relativen Stabilisierung“ sollte einen theoretischen Kernpunkt der Politik der linken Kommunisten, des späteren *Leninbundes* bilden. Doch die radikal linken Kommunisten blieben bei der Ansicht, dass die These von der Stabilisierung des Kapitalismus auf keinen theoretischen Erkenntnissen, die sich auf wirtschaftliche und politische Tatsachen stützen könnten, bauen würde, sondern den Übergang von revolutionärer zu reformistischer Politik bedeute¹⁷²¹. Ihre Kritik an der KPD-Leitung

„erfolgte unter einem politisch-aktivistischen Aspekt: Wenn die von Stabilisierung reden, dann wollen sie die KI als revolutionäre Weltpartei liquidieren, d. h. sie haben die Revolution abgeschrieben, weil sich der Kapitalismus angeblich stabilisiert habe.

¹⁷¹⁹ Plattform der Linken, Berlin 2.4.1926, in: Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 1 f., Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

¹⁷²⁰ Der Kampf um die Kommunistische Partei. Plattform der linken Opposition, o. O. o. D., S. 18 f., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443.

¹⁷²¹ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. [zwischen Juli und November 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 78.

Die Korsch-Gruppe bestritt dagegen, daß die wirtschaftliche Krisensituation wirklich vorbei sei¹⁷²².

Bereits drei Jahre vor dem internationalen Börsencrash 1929 ging die Korsch-Gruppe von einer Depression der Weltwirtschaft aus. Der *Spartakusbund linkskommunistischer Organisationen* hielt auf einem in Düsseldorf verteilten Flugblatt eine Stabilisierung überhaupt für unmöglich¹⁷²³. Die Leugnung einer vorübergehenden Erholung des Kapitalismus näherte die Theorien der radikal linken Kommunisten der Auffassung der KAPD an, wonach man die „Todeskrise des Kapitalismus“ erlebe¹⁷²⁴.

Die unterschiedlichen Einschätzungen führten im Ruhrgebiet zu Spannungen unter den oppositionellen linken Kommunisten. Auf dem Bezirksparteitag Anfang 1927 der Ruhr-KPD warf eine von den *Entschiedenen Linken* eingereichte „Politische Resolution“ der Führung der KI und der KPD vor, dass deren These von der „Stabilisierung des Kapitalismus“ gegen kommunistische Prinzipien verstoße. Die Kämpfe in England, China und Polen, die Krise in Frankreich und die weltweite Zunahme der Erwerbslosigkeit würden beweisen, dass sich der Kapitalismus nur auf Kosten des Proletariats befestigen könne. In Deutschland würden sich die Klassegegensätze „unaufhaltsam“ zuspitzen¹⁷²⁵. Für seine Einschätzung musste sich der Referent der *Entschiedenen Linken*, Restetzki, von dem ebenfalls oppositionellen Linkskommunisten Graulidat als „Idioten“ beschimpfen lassen, worauf Restetzki den Anhängern von Hugo Urbahns absprach, überhaupt links zu sein¹⁷²⁶. Die Auseinandersetzung untereinander war nicht nur negativ, weil sie abschreckend wirken musste, sondern auch weil sich linke und radikal linke Kommunisten im Mai 1926 auf dem Bezirksparteitag Niederrhein gemeinsam gegen die „sogenannte Stabilisierung“ gewandt hatten. Es handle sich nur um die „ideologische Widerspiegelung einer Veränderung“, die nicht den objektiven Verhältnissen und den tatsächlichen Perspektiven der Revolution entspreche, sondern innerhalb der Kommunistischen Weltpartei eingetreten sei. Die Stalinsche These der Stabilisierung gehe von der wirtschaftlichen Stabilisierung der Sowjetunion aus, lautete die gemeinsame Kritik¹⁷²⁷.

¹⁷²² Buckmiller, Michael/Kammler, Jörg, Revolution und Konterrevolution. Eine Diskussion mit Heinz Langerhans, (Frankfurt/M. 1973), in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 270 f.

¹⁷²³ Der Polizei-Präsident, Betrifft: Beobachtung der K.P.D. und der Oppositionsgruppe Korsch-Katz-Schwarz, Düsseldorf 14.9.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 16926, Bl. 295.

¹⁷²⁴ Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 138.

¹⁷²⁵ Restetzki, Politische Resolution zum Bezirksparteitag Ruhrgebiet (eingereicht von der Opposition Entschiedene Linke, Ruhrgebiet), [Bochum Dezember 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3 /18-19/2, Bl. 5 f.

¹⁷²⁶ Bericht vom Bezirksparteitag, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 33, Essen 9.2.1927, S. 11, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67.

¹⁷²⁷ [Gesamtopposition], Resolution zur Lage in der Partei und der Komintern (Düsseldorfer Resolution), Düsseldorf 29.5.1926, in: Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen

Intensiv setzte sich der Sprecher der linken Opposition in der sowjetischen KP, Leo Trotzki, mit der Stabilisierung des Kapitalismus auseinander. Trotzki gab zu, dass der Weltkapitalismus einen neuen allgemeinen Aufschwung erleben könne – wenn er China unterwerfe, die Sowjetunion und die proletarische Revolution auf Dauer besiege. Bis dahin ging er von einer „Epoche (...) tiefgehender und abrupter Wendungen“ aus. Die Zeit nach dem Krieg teilte er in drei Perioden 1917-1921, von der *Märzaktion* 1921 bis zum *Deutscher Oktober* 1923 und vom Oktober 1923 bis zum Sommer 1928 ein. Seine Unterscheidung verschiedener Phasen der weltweiten revolutionären Entwicklung machte er an Ereignissen in Deutschland fest, die wie die *Märzaktion* und der *Deutsche Oktober* zu Wendungen mit internationalen Folgen geführt hätten. Für entscheidend hielt Trotzki dabei die Frage, ob eine revolutionäre Führung den Ereignissen gewachsen sei. Während er zugestand, dass auch die beste revolutionäre Führung die Ereignisse nicht ändern könne, wenn die historischen Bedingungen dagegen sprächen, käme der historischen Führung zu anderen Zeiten, wie z. B. bei der Oktoberrevolution, ausschlaggebende Bedeutung zu¹⁷²⁸. 1918/1919 sei die durch die Schwäche von *KPD/Spartakusbund* nicht genutzte revolutionäre Situation in ihr Gegenteil umgeschlagen und habe der Bourgeoisie zu einer vorübergehenden Erholung des Kapitalismus verholfen. Im März 1921, während des Zurückflutens der revolutionären Welle, habe die KPD versucht, die Entwicklungsrichtung durch die „Elektrisierung“ der Massen umzukehren, obwohl sie die Mehrheit der Arbeiterklasse nicht hinter sich gehabt hätte. Sie habe eine offensive Politik verfolgt, wo eine defensive Taktik notwendig gewesen sei. Die ultralinke Einstellung der KPD-Führung sei in der Komintern von Sinowjew, Bucharin und der Hälfte der Delegierten des 3. Weltkongresses der KI geteilt worden. Die Niederlage der *Märzaktion* habe den Herrschenden eine Erholungspause gegönnt. Die danach erfolgte systematische Arbeit der KPD im Zeichen der Defensive habe den Einfluss der Partei neu gefestigt, aber eine neue Routine hervorgebracht, die von den strategischen Aufgaben abgelenkt habe. Dadurch sei die revolutionäre Lage im Sommer und Herbst 1923 von der Führung der KPD verpasst worden. Bei der deutschen Revolution 1918, der ungarischen Revolution 1919, der Septemberbewegung in Italien 1920, dem englischen Generalstreik 1926, dem Wiener Aufstand 1927 und der chinesischen Revolution 1925-27 sei die objektive Lage reif für die Revolution, aber die revolutionäre Massenpartei und ihre Führung der Situation nicht gewachsen gewesen. Ende 1924 und Anfang 1925 habe die Leitung der Komintern auf dem Standpunkt gestanden, dass in Deutschland die revolutionäre Krise noch bevorstehe. Aus der *Oktoberniederlage* 1923 musste aber der Schluss gezogen werden, dass die

Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 9 f., IISG, Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

¹⁷²⁸ Trotzki, Leo, Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale, [Alma Ata] 28.6.1928, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1259 f.

revolutionäre Lage verpasst, die Arbeiterbewegung rückläufig und damit eine neue Etappe angestanden hätte. Die völlige Verkennung der Lage habe die Kominternführung unter Sinowjew/Stalin sowohl zur „putschistischen Vergewaltigung des historischen Prozesses“, d. h. zu ultralinken Abenteuern wie die bewaffneten Aufstände in Estland 1924, in Bulgarien 1925 und in Kanton 1927 geführt, wie auch zur krampfhaften Suche nach „linken“ Verbündeten. Dies habe Komintern bzw. kommunistische Parteien zu einer opportunistischen Bündnispolitik in China mit der Kuomintang, in England mit der trade-unionistischen Gewerkschaftsbürokratie und zur Gründung einer „Bauerninternationale“ verleitet. Das „ultralinke“ Setzen auf den revolutionären Aufschwung 1924 musste die „Rechtsentwicklung im Proletariat“ leugnen und die „revolutionären Prozesse in anderen Klassen“ überhöhen. 1925 wurde nach Trotzki die ultralinke Hülle abgestreift und der opportunistische Kurs habe Gestalt angenommen. Seien dem „ultralinken“ Kurs 1924 die moderaten Führungen der Kommunistischen Parteien in Deutschland, Frankreich, Polen und der Tschechoslowakei zum Opfer gefallen, so wären 1925/1926 dem nun einsetzenden moderaten Kurs die „linken“ Parteiführungen in Deutschland, Frankreich, Italien und der Tschechoslowakei geopfert worden. Innerhalb der Sowjetunion habe sich die rechte Orientierung im Kurs Bucharins-Stalins auf die reichen Bauern, den Kulaken, und in der Theorie Stalins-Bucharins von der Schaffung des „Sozialismus in einem Land“ ausgedrückt. Der Kurs der Komintern sei ein Zick-Zack-Kurs, der sich aus den Widersprüchen der politischen Linie zur tatsächlichen Entwicklung ergebe¹⁷²⁹.

Die nächste Wendung der Komintern erfolgte ab Dezember 1927, als Stalin auf dem 15. Kongress der WKP(B) die „Stabilisierungsepoche des Kapitalismus“ für beendet erklärte. Diese Ansicht billigte im Sommer 1928 der 6. Weltkongress der Komintern¹⁷³⁰. In einer Broschüre, die er für die 1930 gebildete *Linke Opposition der KPD* schrieb, ging Trotzki rückblickend auf die weitere Entwicklung der Kominternpolitik ein. Deren seit Februar 1928 einsetzende linke Wende hin zu einem revolutionären Aufschwung – die sog. *Dritte Periode* des Kapitalismus – stand für Trotzki im Widerspruch zur internationalen Gesamtlage, die noch immer von den Auswirkungen der schweren Niederlagen der revolutionären Arbeiterbewegung in China 1925-1927, des Bergarbeiterstreiks und abgebrochenen Generalstreiks in England 1926, sowie dem Scheitern der Bauernpolitik innerhalb der Sowjetunion Ende 1927/Anfang 1928 geprägt sei. Da der linke Kurs in Zeiten eines internationalen Rückgangs der Kämpfe innerhalb der Arbeiterbewegung kein Echo fand, erfolgte im Februar 1930 eine vorübergehende Mäßigung der revolutionären

¹⁷²⁹ Trotzki, Leo, Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale, [Alma Ata] 28.6.1928, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1261 f.

¹⁷³⁰ Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Augsburg 1997 (Oxford 1949), S. 517.

Ausrichtung der Komintern¹⁷³¹. In der Zwischenzeit war aber im Oktober 1929 die Weltwirtschaftskrise ausgebrochen, die dann die Kominternführung endgültig das Steuer zu einer ultralinken Politik herumreißen ließ (Sozialfaschismustheorie, RGO-Politik, Einheitsfront *von unten*; Liquidierung der Kulaken in der Sowjetunion¹⁷³²), die aber durchaus mit der Anpassung an das Kleinbürgertum kombiniert sein konnte (sog. „Volksrevolution“ und gemeinsamer Volksentscheid in Preußen mit den Nationalsozialisten 1931¹⁷³³). Die Politik der Komintern bewegte sich demnach weiterhin im Zick-Zack-Kurs, dessen Wendungen sich nicht aus den politischen Notwendigkeiten, sondern aus dem Zusammenprall der jeweiligen Linie mit den politischen Gegebenheiten ergaben, die dann von Fall zu Fall ins gegenteilige Extrem korrigiert wurden.

Eine vorübergehende Belebung der Wirtschaft war 1924 in Deutschland kaum zu leugnen gewesen. Die Industrieproduktion wuchs im Laufe des Jahres um die Hälfte auf gut 80 Prozent der Produktion vor dem Ersten Weltkrieg¹⁷³⁴. Der Aufschwung beruhte auf der schweren Niederlage der ArbeiterInnenbewegung im sog. *Deutschen Oktober* und der Verlängerung der Arbeitszeit. Doch schon 1925-1926 erfolgte eine Rezession¹⁷³⁵. Im Jahr 1926 waren durchschnittlich zwei Millionen Lohnabhängige erwerbslos¹⁷³⁶. 1927 belebte sich die Wirtschaft wieder¹⁷³⁷. Der widersprüchlichen ökonomischen Belebung entsprach eine politische Festigung des kapitalistischen Systems, die nach Winkler mit einer „Entradikalisierung“ seit den Reichstagswahlen im Mai 1924 verbunden war¹⁷³⁸. Die Entwicklung der SPD spiegelte die politische Festigung wider. Von Ende 1925 bis 1929

¹⁷³¹ Trotzki, Leo, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Prinkipo 26.9.1930, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 76 f.

¹⁷³² Trotzki, Leo, Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage, [Prinkipo] 26.11.1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 145 f.; Trotzki, Leo, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, [Prinkipo] 8.12.1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 164 f.; Trotzki, Leo, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, [Prinkipo] 27.1.1932, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 180 f.

¹⁷³³ Trotzki, Leo, Thälmann und die >Volksrevolution<, [Prinkipo] 14.3.1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 102 f.; Trotzki, Leo, Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des >Roten< Volksentscheids, [Prinkipo] 25.8.1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 113 f.

¹⁷³⁴ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 29.

¹⁷³⁵ Feldmann, Gerald D., Forschungsbericht. Streiks in Deutschland 1914 - 1933. Probleme und Forschungs-aufgaben, in: Tenfelde, Klaus/Volkman, Heinrich, Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 273.

¹⁷³⁶ Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985, S. 30.

¹⁷³⁷ Feldmann, Gerald D., Forschungsbericht. Streiks in Deutschland 1914 - 1933. Probleme und Forschungs-aufgaben, in: Tenfelde, Klaus/Volkman, Heinrich, Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981, S. 273.; Dagegen geht Plumpe ab 1927 von einer „Strukturkrise“ im Ruhrgebiet aus, für die er eine mangelnde „Bereinigung der Kapazitäten“ in Bergbau und Industrie und im Fehlen einer „Ruhrstahl AG“ verantwortlich macht. Plumpe sieht die „Strukturkrise“ nicht in der Stilllegung von Zechen, sondern in der Verhinderung von Stilllegungen, die am Widerstand von Belegschaften gescheitert seien. Das ist auch sachlich falsch, wurde doch zwischen 1922 und 1927 – mit Ausnahme des Jahres 1926 – ca. ein Viertel der Bergarbeiter entlassen, was nicht auf eine Verhinderung von Stilllegungen durch Kämpfe schließen lässt, vgl. Plumpe, Werner, Vom Schlotbaron zum Global Player. Unternehmen und Unternehmer an der Ruhr seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 107.

¹⁷³⁸ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 235 f.

stieg die Zahl ihrer Ortsgruppen erheblich an¹⁷³⁹. Doch international konnte von einer Stabilisierung des Kapitalismus keine Rede sein. Der große Bergarbeiterstreik 1926 in England und die revolutionäre Lage in China 1925-27 erschütterten die bürgerliche Gesellschaft, endeten dann jedoch in Niederlagen der Arbeiterbewegung. Die Beruhigung der internationalen Lage ergab sich also nicht zwangsläufig, sondern war ein Resultat schwerer Rückschläge der Arbeiterbewegung in Deutschland, England und China, für deren Zustandekommen die Politik der kommunistischen Parteien dieser Länder und der Kommunistischen Internationale ein hohes Maß an Mitverantwortung trug. Die Niederlagen schufen wiederum günstige Bedingungen für die Durchsetzung des Stalinismus in der Sowjetunion.

In ihren Einschätzungen konnten sich linke und radikal linke Kommunisten im Ruhrgebiet auf gesellschaftliche Entwicklungen berufen, die ihre unterschiedlichen Analysen zu bestätigen schienen. Die radikal linken Kommunisten führten für ihre These von der „Scheinstabilisierung“ die internationalen Kämpfe in England 1926 und China 1925-1927, sowie die sich in Deutschland um die Jahreswende 1925-26 zuspitzende Wirtschaftskrise mit hoher Arbeitslosigkeit an¹⁷⁴⁰. Die linken Kommunisten konnten für die relative *Stabilisierung* auf den wirtschaftlichen Aufschwung von 1924 und 1927 verweisen. Die revolutionären Prozesse in England und China hatten sich nicht destabilisierend auf Deutschland ausgewirkt. Die Wirtschaftskrise von 1926 mündete in keiner politischen Krise. So stützten sich sowohl die Analysen der linken wie die der radikal linken Kommunisten auf Tendenzen der Gesamtentwicklung, isolierten sie jedoch und leiteten aus Teilaspekten eine allgemeine Einschätzung ab. Insofern die Analysen beider Strömungen des oppositionellen Linkskommunismus reale Entwicklungen, wenn auch einseitig, verarbeiteten, kann von einer „doktrinäre(n) Loslösung der Theorie von der realen historischen Bewegung“, wie sie Langels den „Ultralinken“ unterstellt¹⁷⁴¹, nicht die Rede sein. Vielmehr erfassten linke wie radikale Linkskommunisten mit ihren theoretischen Einschätzungen des Kapitalismus jeweils nur einen Teil der Totalität. Ihre verschiedenen Ansätze stellten sie gegeneinander, anstatt sie zu einem Gesamtbild zusammenzufügen. Zu Recht weist Pierre Frank darauf hin, dass 1926/1927 die Beurteilung der internationalen Lage schwierig war¹⁷⁴². Weder die These der oppositionellen linken Kommunisten von der *relativen Stabilisierung* noch die Leugnung der vorübergehenden Festigung des Kapitalismus durch die radikalen Linkskommunisten vermochten es, Mitte der 1920er Jahre die komplexe Lage der Weimarer Republik im internationalen Kontext zu erfassen. Rückwirkend erkannte die *Gruppe Kommunistische Politik* im Ruhrgebiet an, dass „die

¹⁷³⁹ Ebd., S. 319.

¹⁷⁴⁰ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 7.

¹⁷⁴¹ Ebd., S. 18.

¹⁷⁴² Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 367.

Welle der revolutionären Bewegung Ende 1924 abzuebben (begann)¹⁷⁴³. Die Chance der linken und radikal linken Opposition, sich auf eine gemeinsame Analyse zu verständigen, innerhalb der Ruhr-KPD gemeinsam gegen die Bezirksleitung vorzugehen und damit auf viel breitere oppositionellen Stimmungen in der Partei anziehend zu wirken, war da längst verpasst.

5.2 Revolutionäre oder reformistische Gewerkschaften?

Ende 1925 besaß die Kommunistische Partei des Ruhrgebietes nicht etwa im *Bergarbeiterverband* eine relativ starke Position, sondern im *Deutschen Metallarbeiter-Verband*. Der Kurs auf Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* hatte sich nicht bezahlt gemacht. Die Lage der reformistischen Gewerkschaften sei im Ruhrgebiet weit schlimmer als reichsweit, meinte die neue Bezirksleitung Ruhr um Florin-Ende¹⁷⁴⁴. Im Dezember 1925 zählte der *Bergarbeiterverband* im Ruhrgebiet 55.585 Mitglieder, der *Deutsche Metallarbeiter-Verband* kam auf 32.000 Mitglieder. Ein Großteil der KPD-Mitglieder habe den Wert der Gewerkschaftsarbeit noch nicht erkannt, monierte die Abteilung Gewerkschaften der KPD-Bezirksleitung Ruhr. Höchstens 65 Prozent der Mitgliedschaft der regionalen KPD sei gewerkschaftlich organisiert: in Dinslaken 75 von 180 KPD-Mitgliedern bei 66 Unorganisierten; in Ickern 19 von 65 Mitgliedern bei 33 Unorganisierten und in Witten 26 von 52 KPD-Mitgliedern bei 19 Unorganisierten¹⁷⁴⁵. Die gewerkschaftspolitischen Folgen der Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* durch die linkskommunistische Bezirksleitung der Ruhr-KPD unter Wilhelm Schwan waren offensichtlich.

Als sich 1925-1926 die neue KPD-Führung um Thälmann-Meyer/Ewert und im Ruhrgebiet die Bezirksleitung um Florin-Ende formierte, ging die Ruhr-KPD über die Schaffung kommunistischer Fraktionen in den ADGB-Gewerkschaften hinaus. Im Ruhrgebiet versuchte die KPD, auch in den „christlichen Gewerkschaften“, die unter dem Einfluss der katholischen Zentrumspartei standen, Zellen zu bilden¹⁷⁴⁶. Zur Durchführung des neuen Kurses schuf die Ruhr-KPD im November 1925 eine vierundzwanzigköpfige

¹⁷⁴³ Bocholt. Ein rrrrrrevolutionärer „Stadtvater“, in: Mitteilungsblatt. Gruppe Kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 7, [Bocholt] 21.12.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 131.

¹⁷⁴⁴ Schubert, Punkt II der Tagesordnung. Einführung des neuen Pol-Sekretärs, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 30 f.

¹⁷⁴⁵ Bezirksleitung Ruhrgebiet. Abtlg. Gewerkschaften, Bericht der Abteilung Gewerkschaften, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/3/18-19/1, Bl. 47.

¹⁷⁴⁶ Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Münster 15.12.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 126.

Gewerkschaftskommission¹⁷⁴⁷. Die Neuerung stellte einen erheblichen Schwenk der KPD dar, denn nie zuvor hatte sie in den christlichen Gewerkschaften fraktionell gearbeitet. Im April 1926 sollen im Ruhrgebiet nur 50 Prozent der KPD-Mitglieder in den freien Gewerkschaften organisiert gewesen sein¹⁷⁴⁸, während es in der Gesamt-KPD 80 Prozent der Parteimitglieder waren¹⁷⁴⁹. Das war keine gute Bilanz. Zudem gab es in 80 Prozent der über zweihundert kommunistischen Fraktionsgruppen in den ADGB-Gewerkschaften Probleme mit der politischen Arbeit¹⁷⁵⁰.

Betrifft unter der Bezirksleitung Schwans die innerparteiliche Auseinandersetzung um die richtige Gewerkschaftspolitik Fragen der Organisationsform, der Taktik und der Strategie – hier die revolutionäre *Union der Hand- und Kopfarbeiter*, dort die kommunistische Fraktionsarbeit in den ADGB-Gewerkschaften – so ging es bei der Auseinandersetzung in der Ruhr-KPD Ende April 1926 ganz praktisch um Solidaritätsaktionen der Bergarbeiter im Ruhrgebiet mit dem Streik ihrer Kollegen in England, der sich Anfang Mai 1926 zu einem Generalstreik ausgeweitet hatte. Hier gab es ein politisches Problem, denn durch den lang anhaltenden Streik der englischen Bergarbeiter im Jahr 1926 war die Anzahl der Arbeiter im Ruhrbergbau von 406.000 im Jahr 1925 auf 418.506 Anfang 1927 gestiegen¹⁷⁵¹, weil aus dem Ruhrgebiet mehr Kohle nach England exportiert, d. h. Streikbrecherarbeit geleistet wurde. Jetzt konnte sich am praktischen Beispiel erweisen, wozu die Taktik der kommunistischen Fraktionsarbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften nach der Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* fähig war.

Solidaritätsstreiks auf Zechen, Hafen und Eisenbahn zu initiieren, war Anspruch und Aufgabe der KPD. Dafür bildete die Bezirksleitung Ruhr eine Kommission¹⁷⁵². Wilhelm Florin wurde von der BL beauftragt, „unter allen Umständen“ „im Duisburger Hafen Kampfhandlungen auszulösen“¹⁷⁵³. Da die Löhne im Bergbau niedrig seien, sah Florin eine Möglichkeit für die KPD, gemeinsam mit christlichen und sozialdemokratischen

¹⁷⁴⁷ Pol.-Sekretariat, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 30. November 1925 Ruhrgebiet, [Essen November 1925], SAPMO, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 18.

¹⁷⁴⁸ Wo steht die Linke in der KPD? in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 7. Jg., Nr. 29, Berlin April 1926, S. 3, Institut für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

¹⁷⁴⁹ Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 133. Enderle u. a. kamen auch deshalb zu dem Schluss, dass die KPD „in den Jahren 1926/27“ gelungen sei, in den reformistischen Gewerkschaften „verlorenes Terrain zurückzuerobieren“, weil sie den Einfluss der KPD auf Verbandstagen und in ADGB-Ortsausschüssen (statt z. B. die Streikfähigkeit) zum wichtigsten Kriterium machten.

¹⁷⁵⁰ Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 216.

¹⁷⁵¹ Spethmann, Hans, Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik. Das Ruhrrevier der Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1938, S. 753 f.; Dagegen schreibt Schönhoven, durch die Krise des Jahres 1926 habe sich die Erwerbslosigkeit unter ADGB-Mitgliedern von 6,8 auf 18,2 Prozent fast verdreifacht, vgl. Schönhoven, Reformismus und Radikalismus, S. 121.

¹⁷⁵² Protokoll der engeren B. L. Sitzung am Samstag, den 24.4.1926, [Essen 24.4.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 3.

¹⁷⁵³ Bezirksleitung Ruhrgebiet Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 5.5.1926, Essen 9.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 17.

Bergleuten für Lohnerhöhungen zu kämpfen und die Lohn- mit der Arbeitszeitfrage zu verbinden¹⁷⁵⁴. Streiks für höhere Löhne, so Florins Kalkül, könnten die Kohlenförderung verhindern und den Export von Kohle nach England lahm legen.

Im August 1926 verteilte die KPD 300.000 Flugblätter, in denen zu Solidaritätsaktionen mit den englischen Bergarbeitern aufgerufen wurde. In Duisburg sollten kommunistische Betriebsräte von Thyssen zu den Hafenarbeitern sprechen und zum Streik auffordern, Hafenarbeiter auf Zechen vor den Bergleuten auftreten und Erwerbslose vor den Bergwerken bei Schichtwechsel die Verweigerung von Überstunden einfordern. Für den 30. August wurde zum Streik auf allen Schächten aufgerufen. Ergänzt wurde diese Kampagne durch den „Parteibefehl“ „zur sofortigen Einstellung der innerparteilichen Diskussion für die Dauer der Lohnbewegung“¹⁷⁵⁵. Die Planungen der KPD verliefen im Sande. Weder gab es Streikaktionen kommunistischer Arbeiter, noch gemeinsame Arbeitsniederlegungen mit christlichen und sozialdemokratischen Bergarbeitern. Erneut rief die Bezirksleitung der Ruhr-KPD für den 1. Oktober 1926 zum Solidaritätsstreik auf. Der Aufruf wurde jedoch erst zwei Tage vor dem angesetzten Termin veröffentlicht. Wieder kam kein Streik zustande¹⁷⁵⁶. Der „aggressive“ Vorstoß der KPD beschränkte sich darauf, dass kommunistische Vertrauensleute des Verkehrsbundes im Duisburger Hafen ihre Kollegen aufforderten, alle Überstunden abzulehnen und darauf zu achten, dass die Kohlelieferungen nicht höher ausfielen als im März 1925¹⁷⁵⁷. Die Ruhrgebiets-KPD hatte zwar sechzig öffentliche Solidaritäts-Veranstaltungen organisiert, aber weder die eigene Mitgliedschaft, noch die Bergarbeiter, noch die Arbeiterklasse insgesamt in Bewegung setzen können¹⁷⁵⁸.

Die Politik der Komintern in England war nicht unumstritten. Auf einer Arbeitsgebiets-Mitgliederversammlung in Hoerde-Aplerbeck „liefen“ die KPD-Mitglieder „Sturm“ gegen die EKKI-Politik und die der KP Englands im dortigen Bergarbeiterstreik¹⁷⁵⁹. Doch innerhalb der Bezirksleitung lehnte nur Szymczak aus Buer das politische Herangehen an den englischen Bergarbeiterstreik ab¹⁷⁶⁰. Nachdem sich bereits im Mai 1926 die

¹⁷⁵⁴ Bezirksleitung Ruhrgebiet Pol-Leitung, Protokoll der erweiterten Bezirksleitungssitzung am 14.5.26, Essen 16.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 19.

¹⁷⁵⁵ [BL Ruhrgebiet], Sitzung der B.L. Ruhrgebiet vom 22. August 1926, [Essen August 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 22.

¹⁷⁵⁶ [Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung am 28.9.1926, [Essen September 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 10.

¹⁷⁵⁷ Resolution, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 74.

¹⁷⁵⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Org. Abteilung, Organisationsbericht des Bezirks Ruhrgebiet für den Monat Juni 1926, Essen 22.6.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 95.

¹⁷⁵⁹ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 90.

¹⁷⁶⁰ [Bezirksleitung Ruhrgebiet], Protokoll der Sitzung der Bezirksleitung am 21.12.1926, [Essen Dezember 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 23.

„organisatorische Schwäche der Partei im Ruhrgebiet sehr stark gezeigt“ hatte¹⁷⁶¹, wurden im Nachhinein von der KPD die Sozialdemokratie und die zersetzende Tätigkeit ultralinken Oppositionsgruppen für die mangelhafte Unterstützung der englischen Bergarbeiter verantwortlich gemacht¹⁷⁶². Denn tatsächlich leisteten die Kumpel an der Ruhr nie so viele Überstunden wie im Sommer 1926¹⁷⁶³.

Hier setzte die Kritik der linkskommunistischen Oppositionellen im Ruhrgebiet an. Auf dem Bezirksparteitag der KPD im Februar 1927 kritisierten sie, dass der Einfluss der Partei in den Gewerkschaften gebrochen sei. Im englischen Bergarbeiterstreik 1926 habe die Bezirksleitung Ruhr unter Florin in keinem einzigen Fall einen Solidaritätsstreik mit den englischen Bergarbeitern zustande gebracht. Im Duisburger Hafen sei täglich fünfzehn Stunden lang Kohle verladen worden. Der kommunistisch orientierte Betriebsrat habe sich geweigert, dagegen aktiv zu werden¹⁷⁶⁴. Im Unterschied dazu hätte es in der Zeit der KPD-Bezirksleitung unter Wilhelm Schwan in vielen Großbetrieben kommunistische Zellen mit so starkem Einfluss gegeben, dass ein Bergarbeiterstreik gegen den Willen des BAV geführt werden konnte. Das sei während des englischen Bergarbeiterstreiks nirgendwo möglich gewesen¹⁷⁶⁵.

Die *Entschiedene Linke* kritisierte scharf die Gewerkschaftspolitik der KPD im Ruhrgebiet und die der Komintern. Lobenswerte Sammlungen, um die Not der Streikenden zu lindern, würden ebenso wenig ausreichen wie *Offene Briefe* der KPD an den ADGB. Die Führer der SPD würden niemals gegen die Bourgeoisie kämpfen. Deshalb müsse die KPD handeln und den Kampf für die Wiedererlangung der Sieben-Stunden-Schicht im Bergbau und der acht Stunden Normalarbeitszeit in der Industrie und für menschenwürdige Löhne aufnehmen. Die *Entschiedene Linke* sprach sich für einen deutsch-englischen Generalstreik aus¹⁷⁶⁶. Darüber hinaus verurteilte die EL die bedingungslose Unterstützung des reformistischen Generalrats der englischen Gewerkschaften durch die Führung der Kommunistischen Internationale¹⁷⁶⁷.

Die Kritik der linken und radikal linken Kommunisten blieb insofern unvollständig, als sie nicht auf die Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* durch die KPD einging.

¹⁷⁶¹ Bezirksleitung Ruhrgebiet Pol-Leitung, Protokoll der erweiterten Bezirksleitungssitzung am 14.5.26, Essen 16.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 19.

¹⁷⁶² Der Regierungs-Präsident, Betrifft: Bezirksparteitag der K.P.D.-Ruhrgebiet – am 5. und 6. Februar 1927 in Bochum, Arnsberg 23.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 116.

¹⁷⁶³ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 114.

¹⁷⁶⁴ Otto Lange, H. Heer, H. Bergmann, Graulidat, Resolution zur Lage im Bezirk, [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 14.

¹⁷⁶⁵ Otto Lange, H. Heer, H. Bergmann, Graulidat, Resolution zur Lage im Bezirk, [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 12 f.

¹⁷⁶⁶ Fraktion der entschiedenen Linken innerhalb der KPD, Arbeiter und Arbeiterinnen! Klassengenossen! Das englische Proletariat steht im Generalstreik, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/82, Bl. 135.

¹⁷⁶⁷ Restetzki, Politische Resolution zum Bezirksparteitag Ruhrgebiet (eingereicht von der Opposition Entschiedene Linke, Ruhrgebiet), [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 6.

Zudem stand sie im Widerspruch zu frühen Äußerungen der vormaligen linkskommunistischen KPD-Zentrale. Anfang 1925 hatten Fischer/Maslow/Thälmann die Bildung des englisch-russische Einheitskomitees durch die Gewerkschaften der Sowjetunion und dem englischen Gewerkschaftsverband TUC¹⁷⁶⁸ überschwänglich begrüßt und als „Tat von geschichtlicher Bedeutung“ gefeiert¹⁷⁶⁹. Von einer kritischen Wertung konnte damals keine Rede sein. Zudem war die Kritik der oppositionellen linken Kommunisten widersprüchlich, wenn sie sich positiv auf die Umstellung der KPD auf Betriebszellen unter der früheren Bezirksleitung um Wilhelm Schwan berief, welche sie eigentlich ablehnten.

Die englischen Bergarbeiter waren am 1. Mai 1926 in den Streik getreten. Zu ihrer Unterstützung hatten die Trade Unions am 3. Mai zum Generalstreik aufgerufen, ihn aber am 12. Mai abgebrochen. Das sog. „Anglo-russische Komitee“, ein Verbindungskomitee zwischen sowjetischen und russischen Gewerkschaften löste sich jedoch erst im August 1927 auf¹⁷⁷⁰. Bis dahin lieferte die Zusammenarbeit mit den sowjetischen Gewerkschaften den englischen Gewerkschaftsführern einen willkommenen Flankenschutz gegen linke Kritik innerhalb der eigenen Reihen. Während Sinowjew, der sich mittlerweile in Opposition zu Stalin-Bucharin befand, und Trotzki den sofortigen Bruch mit dem englischen Generalrat des TUC forderten, lehnte Stalin dies als „abenteuerlichen Otsowismus“ ab, der auch zur Aufgabe der Politik der Gewerkschaftseinheit in Deutschland führen müsse. Stalin machte sich für die weitere Zusammenarbeit mit der reformistischen Gewerkschaftsspitze des TUC stark¹⁷⁷¹. Die Führung der Komintern vertrat mit dem sog. „Anglo-russischen Komitee“ eine Politik der „Einheit um jeden Preis“¹⁷⁷².

Auf dem Bezirksparteitag der Ruhr-KPD Anfang 1927 verteidigte der ZK-Vertreter Ewert die Haltung der Kommunistischen Internationale im englischen Generalstreik gegen die Kritik der linken Opposition. Ihm sprang Wilhelm Florin zur Seite, der den *Entschiedenen Linken* vorwarf, mitten im englischen Bergarbeiterstreik Flugblätter mit Kritik an der KPD verteilt zu haben¹⁷⁷³. Darin hatte die *Entschiedene Linke* die Arbeiter und Arbeiterinnen zur

¹⁷⁶⁸ Zentrale der KPD, Entwurf der Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, [Berlin] 10./11.1.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/24, Bl. 264 f.

¹⁷⁶⁹ Zentrale der KPD, Entwurf der Thesen zur politischen Lage und den Aufgaben der KPD, [Berlin] 16.1.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/24, Bl. 274; anders Schöck, wonach die linke KPD-Führung zunächst Vorbehalte gegen eine „Überschätzung der englischen Verhältnisse“ hatte, vgl. Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 69.

¹⁷⁷⁰ Ebd., S. 72 f.

¹⁷⁷¹ Lih, Lars T./Naumow, Oleg/Chlewnjuk, Oleg, Stalin Briefe an Molotow 1925-1936, Berlin 1996 (Moskau 1995), S. 117 f. Otsowismus galt in der Geschichte der SDAPR als Synonym für eine ultralinke Politik.

¹⁷⁷² Frank, Pierre, Revolutionärer Marxismus und Gewerkschaften, [Paris] 1974, in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 32.; eine Zusammenarbeit mit dem TUC wurde auch von moderaten Kommunisten befürwortet, vgl. Enderle, Das rote Gewerkschaftsbuch, S. 118.

¹⁷⁷³ Der Bezirksparteitag hat gesprochen!, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 32, Essen 8.2.1927, S. 3, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67, Bl. 18.

Solidarität mit dem englischen Proletariat aufgerufen¹⁷⁷⁴.

Am Beispiel der unzureichenden Solidarität mit den englischen Bergarbeitern zeigte sich das ganze Versagen der KPD-Gewerkschaftsarbeit im Ruhrgebiet. Wenn die KPD nach der Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* auf keiner einzigen Zeche im Ruhrgebiet einen Solidaritätsstreik zustande brachte, um den Export von Streikbrecherkohle nach England zu verhindern, dann war die Gewerkschaftspolitik der KPD für den Klassenkampf untauglich. Dafür trugen letztendlich die linken Kommunisten unter Wilhelm Schwan die politische Verantwortung, hatten sie doch die Spaltung und Auflösung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zu verantworten. Aber selbst in der Opposition waren die linken Kommunisten nicht in der Lage, ihre eigenen Fehler zu erkennen. Die Auflösung der *Union* hatte nicht nur dem linken und radikal linken Kommunismus in der Ruhr-KPD den Boden entzogen. Die Auflösung zeitigte für den großen englischen Bergarbeiterstreik katastrophale Folgen, weil die angeblich nun richtige Oppositionsarbeit der KPD im reformistischen *Bergarbeiterverband* den Export von Streikbrecherkohle weder verhindern noch beeinträchtigen konnte.

Im Ruhrgebiet blieb der kommunistische Einfluss in den reformistischen Gewerkschaften schwach. Im Mai 1927 waren in sechs der acht KPD-Unterbezirke nur 59 Prozent der KPD-Mitglieder gewerkschaftlich organisiert, während 41 Prozent der Mitgliedschaft keiner Gewerkschaft angehörte. In Buer gehörten 53 Prozent der KPD-Mitglieder einer Gewerkschaft an, in Dortmund nur 42 Prozent¹⁷⁷⁵. Im radikal linkskommunistischen Unterbezirk Buer hatte die KPD den höchsten Anteil an Betriebsarbeitern, aber den relativ geringsten gewerkschaftlichen Organisationsgrad¹⁷⁷⁶, was auf starke Vorbehalte gegenüber einer Arbeit in den ADGB-Gewerkschaften schließen lässt. Offensichtlich war ein erheblicher Teil der KPD-Mitglieder, besonders in Buer und Dortmund, nicht von der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zu den freien Gewerkschaften hinüber gewechselt. Auch um die Arbeit der kommunistischen Gewerkschaftsfraktionen in den reformistischen Verbänden stand es nicht gut. Kommunisten stimmten auf Gewerkschaftsversammlungen sogar der Kritik von reformistischen Verbandsfunktionären am kommunistischen *Ruhr-Echo* zu¹⁷⁷⁷.

In der Tarifaueinandersetzung in der Stahlindustrie Ende 1927 orientierte die KPD nur auf die Erfüllung der Forderungen, die vom DMV aufgestellt worden waren. Die Partei müsse an die Stimmung der Unorganisierten anknüpfen, sie auffordern, in den DMV einzutreten

¹⁷⁷⁴ Fraktion der entschiedenen Linken innerhalb der KPD, Arbeiter und Arbeiterinnen! Klassengenossen! Das englische Proletariat steht im Generalstreik, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/82, Bl. 135.

¹⁷⁷⁵ Ulbricht, Bericht über die Bezirksleitungssitzung Ruhrgebiet am 14. Mai 1927, Berlin 16.5.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 25.

¹⁷⁷⁶ Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 74.

¹⁷⁷⁷ Entschließung!, o. O. [1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 11.

und dort die Opposition gegen die Führung aufzubauen. Ebenso müssten einzelne Arbeiter aus den christlichen Gewerkschaften herausgebrochen und für den DMV gewonnen werden. Streiks seien nur unter Führung der Gewerkschaft möglich, aber nicht unter der Führung der KPD. Eine Arbeit unter den unorganisierten Arbeitern dürfe nur im gewerkschaftlichen Rahmen angegangen werden, nicht aber auf eine selbstständige Organisation hinauslaufen¹⁷⁷⁸. Dieses Herangehen widersprach allen früheren linkskommunistischen Ansätzen. Trotzdem verwies der Gewerkschaftsverantwortliche der KPD-Bezirksleitung Ruhr, Schubert, stolz auf die geleistete Arbeit. Er habe sein möglichstes getan, um die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* in die freien Gewerkschaften zu überführen. Schubert musste aber zugeben, dass die Lage in den Gewerkschaften im Ruhrgebiet „weit katastrophaler“ als im übrigen Deutschland sei, wo eine alte Tradition und gute Organisationen bestehen würden. Immerhin habe die KPD zur Bezirkstagung des DMV im Ruhrgebiet erheblich mehr Delegierte schicken können als im Verhältnis zu anderen KPD-Bezirken¹⁷⁷⁹. Auf dem Reichskongress des BAV 1928 waren achtundzwanzig oppositionelle Delegierte vertreten¹⁷⁸⁰.

Ende 1928 zeigte der Konflikt in der Stahlindustrie im Ruhrgebiet, wie sehr die Arbeiter in der Defensive waren und wie wenig die KPD in den Betrieben bewirken konnte. In der Tarifrunde in der Eisen- und Stahlindustrie im Herbst 1928 hatten DMV, christliche Metallarbeiter und der *Gewerkverein Deutscher Metallarbeiter* eine Lohnerhöhung von 15 Pfennig/Stunde gefordert. Der Unternehmerverband *Arbeit-Nordwest* lehnte jede Lohnerhöhung ab und kündigte alle Stahlarbeiter zum 1.11.1928. Die staatliche Schlichtung setzte eine Lohnerhöhung von 6 Pfennig fest, welche *Arbeit-Nordwest* strikt ablehnte. Ab 1. November wurden alle Stahlarbeiter ausgesperrt. Arbeitsgerichte fällten Urteile pro und contra Aussperrung. Ein erneuter Schlichtungsspruch am 21.12.1928 legte Lohnerhöhungen zwischen einem und sechs Pfennig auf eineinhalb Jahre fest¹⁷⁸¹. Der Einfluss des DMV war erheblich, da viele Unorganisierte durch Eintritt in die Gewerkschaft Unterstützung während der Aussperrung erhalten wollten. Die KPD ließ von ihren Mitgliedern für die Betriebe eigene „Kampfleitungen“ wählen – nicht etwa von den Belegschaften der Betriebe selbst. Der linkskommunistische *Leninbund* trat für von der

¹⁷⁷⁸ Bericht über die gemeinsame Sitzung der Bezirksleitung Ruhrgebiet mit den Vertretern der wichtigsten Hütten- und Metallbetriebe am 28. Dezember 1927, [Essen Dezember 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 34 f.

¹⁷⁷⁹ Schubert, Punkt II der Tagesordnung. Einführung des neuen Pol-Sekretärs, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 30 f.

¹⁷⁸⁰ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 118.

¹⁷⁸¹ Schneider, Michael, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29 (Bers, Günter/Klöcker, Michael [Hrsg.], Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, Nr. 2), Wentorf 1974, S. 2 f., Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie und Politik, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 97; IG Metall Oberhausen, 75 Jahre Metallarbeitergewerkschaft in Oberhausen, Oberhausen 1986, S. 37.

Belegschaft gewählte Streikleitungen ein. Es fehlte ihm jedoch die Kraft, den Vorschlag in die Tat umzusetzen¹⁷⁸². Unrealistisch war er nicht. Schließlich war im Januar 1928 die Belegschaft eines Bochumer Stahlwerkes eigenständig und gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie für Arbeitszeitverkürzung in den Streik getreten¹⁷⁸³. Der *Leninbund* kritisierte die Taktik der KPD als „ultralinks“. Denn die KPD würde den konkreten Forderungen der Arbeiter nach 15 Pfennig Lohnerhöhung und Achtstundentag nur Losungen wie „Alle Macht der Arbeiterklasse!“ oder nach „Enteignung der Ruhrindustriellen in der Revolution“ entgegenhalten¹⁷⁸⁴. Tatsächlich sei aber die Arbeiterschaft an der Ruhr schwach und ohnmächtig¹⁷⁸⁵. Der *Leninbund* stellte die internationale Einschränkung des Streikrechts und der Tarifverträge fest und kritisierte die Mithilfe der reformistischen Gewerkschaftsführungen bei dieser Entwicklung. Die linken Kommunisten zogen daraus die Schlussfolgerungen, bei Arbeitskämpfen eigenständige Streikleitungen, Streikhilfsskassen, Streikschatz und Streikjustiz gegen Streikbrecher zu organisieren. Kommunisten sollten innerhalb der reformistischen Gewerkschaften arbeiten, aber bei einem Ausschluss bestehenden oppositionellen Verbänden beitreten¹⁷⁸⁶. Ein Beispiel, wo diese Taktik bei einem Streik erfolgreich angewandt worden wäre, ist für das Ruhrgebiet nicht bekannt.

Im Unterschied zu den linken Kommunisten wechselten einige radikal linke Kommunisten nach ihrem Ausschluss aus der KPD völlig ihre Positionen in der Gewerkschaftsfrage. 1927 kam die *Gruppe Kommunistische Politik* auf ihrer 3. Reichskonferenz zu dem Schluss, dass die „Eroberung“ der reformistischen Gewerkschaften eine „reaktionäre Utopie“ sei¹⁷⁸⁷. Sie trat für deren Spaltung ein. Eine kleine Minderheit hielt jedoch an der Aufgabe fest, in allen ökonomischen Organisationen des Proletariats mitzuarbeiten, um dort revolutionäres Bewusstsein zu fördern. Das bezog sich in erster Linie auf die ADGB-Gewerkschaften, die in Industrieverbände umgewandelt werden müssten¹⁷⁸⁸. Ein Teil der

¹⁷⁸² 4 Wochen Ruhraussperrung – 9 Wochen Werftarbeiterstreik, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 2. Jg., Nr. 48, Berlin 30.11.1928, S. 423, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹⁷⁸³ Der Ruhrkampf, der Achtstundentag, die sozialdemokratische Taktik der KPD.-'Führung', in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 2. Jg., Nr. 2, Berlin 13.1.1928, S. 10, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹⁷⁸⁴ Zum Ruhrkampf, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 2. Jg., Nr. 46, Berlin 16.11.1928, S. 408, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹⁷⁸⁵ Die Lehren des Ruhrkampfes, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 2. Jg., Nr. 49, Berlin 7.12.1928, S. 433, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

¹⁷⁸⁶ Reichsleitung des Leninbundes/Linke Kommunisten, Skizze einer Resolution über die „Gewerkschaftsfrage“, [Berlin] Dezember 1928, SAPMO Berlin, RY 1/I 5/4/2, Bl. 1 f.

¹⁷⁸⁷ III. Reichskonferenz der Gruppe Kommunistische Politik zur Gewerkschaftsfrage, Kommunistische Politik, 2. Jg., Nr. 8, Berlin 1.5.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

¹⁷⁸⁸ Der politische Bankrott der Korsch Gruppe, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 36, Berlin Mai 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

Entschiedenene Linken im Ruhrgebiet übernahm die Gewerkschaftspolitik der KAPD, die schon 1920 zu dem Schluss gekommen war, dass die reformistischen Gewerkschaften als ein „Hauptpfeiler des kapitalistischen Klassenstaates“ und „konterrevolutionäre Gebilde“ nicht durch eine linke Oppositionspolitik revolutionär verändert werden könnten¹⁷⁸⁹. Reformistische Gewerkschaften wurden von der KAPD als „anachronistisch“ angesehen¹⁷⁹⁰. *Entschiedene Linke* im Ruhrgebiet, die zur KAPD übergetreten waren, gründeten Gruppen der *Allgemeinen Arbeiterunion Deutschlands (AAUD)*. Diese zählte Anfang 1929 im Ruhrgebiet 137 Mitglieder in elf Städten. Leiter des Bezirksausschusses der AAUD wurde der ehemalige Dortmunder KPD-Stadtrat und *Entschiedene Linke* Heinrich Brahm¹⁷⁹¹.

Gegen die Kündigung und Aussperrung der Metallarbeiter im Ruhrgebiet nahm die *Gruppe Kommunistische Politik* im Bezirk Ruhrgebiet Stellung. Das Kapital versuche, „die Löhne der Arbeiter um ein bedeutendes abzubauen“ und das „Proletariat vollständig zu unterjochen und zu versklaven“. Die Arbeiterklasse müsse begreifen, dass statt „Volksgemeinschaft, Arbeitsgemeinschaft, Schlichtungsschwindel und Wirtschaftsdemokratie“ der „rücksichtslose(n) Klassenkampf des Proletariats gegen die Bourgeoisie“ geführt werden müsse. Die reformistischen Gewerkschaften würden „alle größeren Kämpfe zu verhindern suchen“. Die GKP schlug vor, die Metallarbeiter sollten sich eine eigene revolutionäre Kampfleitung schaffen und den Kampf auf andere Branchen ausweiten¹⁷⁹². Hier gab es eine Übereinstimmung mit dem *Leninbund* im Ruhrgebiet.

Der Arbeitskampf Ende 1928 in der Stahlindustrie war Anlass zu einer grundlegenden Stellungnahme der GKP Ruhr zur „Gewerkschaftsfrage“. Ihr Verantwortlicher für das Ruhrgebiet, Josef Schmitz, trat in Bocholt und Umgebung für die Schaffung von Industrieverbänden ein. Innerhalb der GKP positionierte er sich eigenständig. Nach Schmitz hatten die reformistischen „Zentralgewerkschaften (...) eine eigenartige, fast monopolistische Stellung errungen“, die auf der „Arbeitsgemeinschaft mit dem Unternehmertum“ beruhe. Da Staat und Kapital den Gewerkschaften „eine gewisse Gleichberechtigung“ einräumen würden, „laufen die revolutionären Gewerkschaftsgruppen Gefahr (...) ihr ganzes revolutionäres Prestige einzubüßen“. Schmitz unterschied zwei Phasen in der Entwicklung der „Zentralgewerkschaften“. Vor dem Ersten Weltkrieg hätten sie sich von den „hirschdunker- und christlichen Gewerkschaften“ unterschieden, die als „Gelbe“ angesehen worden waren. Im Krieg hätten die „Zentralgewerkschaften“ jedoch

¹⁷⁸⁹ Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) vom Mai 1920, in: Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 411 f.

¹⁷⁹⁰ Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985, S. 135.

¹⁷⁹¹ [KAPD], Adressenmaterial der K.A.P.D. und Allg. Arbeiter-Union-Deutschlands, o. O. März 1929, in: LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 190 f.

„Burgfriedenpolitik“ betrieben, die nach Kriegsende zum „Aufbau der Arbeitsgemeinschaft“ geführt habe¹⁷⁹³.

„Durch die Arbeitsgemeinschaft zwischen Ausbeuter und Ausgebeuteten haben sich die Gewerkschaften faktisch auf den Boden der heutigen Ausbeuterordnung gestellt und damit eine konterrevolutionäre Rolle eingenommen“¹⁷⁹⁴.

Die Aufgabe der Gewerkschaften sei es gewesen, „jede revolutionäre Bewegung in Deutschland zu ersticken“. Dies sei ihnen leider gelungen. Später hätten die Gewerkschaften die „Rolle des Lohnrückers übertragen bekommen“. Scharf kritisierte Schmitz die Gewerkschaftspolitik der KPD. Deren Parolen „Eroberung der Gewerkschaften“ und „Arbeiter herein in die Gewerkschaften“ seien „entweder Selbsttäuschung aber sicher ein Betrug an der revolutionären Arbeiterbewegung“. Da die „Gewerkschaften ein Werkzeug in den Händen der Kapitalisten und dessen Staates gegen die Arbeiterklasse“ seien, müsse die Arbeiterklasse sie „zerschlagen und zerschmettern“. Schmitz setzte sich für Industriegewerkschaften ein. Die AAUD der KAPD sah er jedoch als Sekte an, weil sie den Kampf für „höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen“ für Reformismus halte und ablehne. Schmitz wollte „lieber eine reformistische Schweinerei im Kampfe mit dem Kapitalismus machen, als gar nicht kämpfen“. Er befürwortete die Mitarbeit im *Deutschen „Industrieverband (Einheitsorganisation)“* DIV. Es müsste sich aber noch herausstellen, „ob aus ihm eine wirkliche revolutionäre Gewerkschaftsbewegung hervorgehen wird“. Aus der Aufforderung „Heraus aus den reformistischen Gewerkschaften“ dürfe man „keine wahllose Parole machen“. „Maulwürfe“ sollten in den reformistischen Gewerkschaften bis zu ihrem Ausschluss bleiben. Seine Position stellte Schmitz öffentlich zur Diskussion¹⁷⁹⁵. Auch in späteren Jahren förderte er den *Deutschen Industrieverband*, der in Bocholt über eine Gewerkschaftsgruppe verfügte¹⁷⁹⁶. Auf einer Versammlung der Mitglieder des DIV in Wesel trat Schmitz als Referent auf¹⁷⁹⁷. Doch er blieb ein einsamer Rufer in der Wüste. Denn nach der Auflösung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* fehlte für die Bildung einer Industriegewerkschaft im Ruhrgebiet der

¹⁷⁹² Der Metallarbeiterkampf in Nordwest, in: Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistischer Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 4., Bocholt 9.11.1928, S 1, in: LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 100 f.

¹⁷⁹³ Schmitz, Die Gewerkschaftsfrage, in: Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistischer Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 5., Bocholt 23.11.1928, S 1, in: LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 115.

¹⁷⁹⁴ Ebd., Bl. 115.

¹⁷⁹⁵ Ebd., Bl. 115 f.

¹⁷⁹⁶ Ortsleitung Deutscher Industrieverband Bocholt, Versammlungskalender, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschland, 3. Jg., Nr. 24, Bocholt 9.8.1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042.

¹⁷⁹⁷ Ortsleitung Deutscher Industrieverband Bocholt Wesel, Versammlungskalender, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschland, 3. Jg., Nr. 14, Bocholt 31.5.1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042.

Resonanzboden. Hätten die linken oppositionellen Kommunisten frühzeitig eine Position wie die von Josef Schmitz bezogen und durchgehalten, dann wäre eine Verbindung mit der Strömung um Arthur Hammer in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* möglich gewesen, verstand sich doch Hammer seit Ende 1923 als Gegner Stalins und Kritiker der Sowjetunion¹⁷⁹⁸. Aber nicht nur Wilhelm Schwan an der Spitze der KPD-BL Ruhr war ein Gegner der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* gewesen, sondern auch z. B. die linkskommunistische Wattenscheider KPD, gegenüber der die örtliche Union auf ihre Unabhängigkeit pochte¹⁷⁹⁹.

Es ging auch anders: Den radikal linken Oppositionellen in Ludwigshafen im KPD-Bezirk Pfalz war die Verschmelzung mit der Avantgarde der großen Streiks 1922 und 1924 bei der BASF gelungen, wo sie an der Spitze des „*Industrieverbandes der Chemischen Industrie*“ standen¹⁸⁰⁰. Im Ruhrgebiet sollte den linken und radikal linken Kommunisten die Verschmelzung mit den Vorkämpfern der Streikwellen von 1916-1924 wegen einer falschen Gewerkschaftspolitik verwehrt bleiben.

Die durch die KPD erfolgte Gründung der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition (RGO)*, die 1930 im Ruhrbergbau ca. vierhundert Betriebsratsmitglieder gegenüber neunhundert Betriebsräten auf Listen des BAV aufstellte¹⁸⁰¹, drückten zwar auch eine Radikalisierung aus. Aber im Unterschied zu den Unionen war die RGO nicht aus Klassenkämpfen der Bergarbeiter entstanden, sondern stellte eine politische Kopfgeburt der ultralinken Wendung der Kommunistischen Internationale und der KPD dar. Sie war keine Industriegewerkschaft, sondern eine revolutionäre, an die KPD gebundene Richtungsgewerkschaft. Das von Schmitz propagierte Modell der Industriegewerkschaft war visionär. Es sollte sich aber erst nach dem Zweiten Weltkrieg durchsetzen.

5.3 Die (radikal) linken Kommunisten und die Erwerbslosigkeit

Im Verlaufe der Ruhrbesetzung 1923 gehörten die Erwerbslosen zu den radikalsten Schichten der Arbeiterklasse, was sich besonders bei Aktionen in Rotthausen, Bochum, Dortmund, Castrop, Essen und beim viertägigen Aufstand in Mülheim zeigte¹⁸⁰². Während in der Stabilisierungsphase ab Anfang 1924 die Erwerbslosigkeit in Deutschland von 1,9 Millionen Menschen auf 911.000 Arbeitslose Ende des Jahres fiel, um im September 1925

¹⁷⁹⁸ Landesarchiv Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 7.

¹⁷⁹⁹ Resolution, in: Union, Zentralorgan der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), 4. Jg., Nr. 4, Gelsenkirchen 26.4.1924, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150.

¹⁸⁰⁰ Bois, Linke Opposition, S. 195 f.

¹⁸⁰¹ Die neue kapitalistische Offensive im Ruhrgebiet. Was haben die linken Kommunisten den Arbeitern zu sagen?, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschland, 3. Jg., Nr. 14, Bocholt 31.5.1930, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042.

¹⁸⁰² Peterson, German Communism, S. 172.

mit 503.000 ihren Tiefstand zu erreichen, verdreifachte sie sich in den letzten drei Monaten des Jahres 1925 auf 1,7 Millionen. 1926 lag die Erwerbslosigkeit im Jahresdurchschnitt bei zwei Millionen. 1927 und 1928 gab es durchschnittlich 1,35 Millionen Arbeitslose¹⁸⁰³.

Die Anfang 1924 noch spürbare radikale politische Haltung der Arbeiterklasse begünstigte die Wende der Ruhr-KPD hin zu linkskommunistischen Positionen. Sie fand besonders unter Erwerbslosen Befürworter. Von dem Wirtschaftsaufschwung 1924 hatten Kommunisten, von denen viele in den Kämpfen um den Erhalt der Sieben- bzw. Acht-Stunden-Schicht entlassen worden waren, nur wenig profitiert. Im Reichsdurchschnitt waren 70 Prozent der KPD-Mitglieder erwerbslos¹⁸⁰⁴. Im Ruhrgebiet fanden 80 Prozent der KPD-Mitglieder keine Arbeit¹⁸⁰⁵. Im März 1924 ging die linkskommunistische Bezirksleitung Ruhr sogar von 90 Prozent Erwerbslosigkeit unter den KPD-Mitgliedern aus¹⁸⁰⁶. Offensichtlich verfügten die Personalleitungen auf den Zechen über sog. „Schwarze Listen“ mit Namen bekannter Kommunisten, wenn selbst in Phasen des Beschäftigungsanstieges im Bergbau die Zahl der erwerbslosen Kommunisten besonders hoch blieb. Im Herbst 1925 verschärfte sich die soziale Lage, als die Stilllegung von Zechen und Fabriken zu Massenentlassungen führte und die Zahl der Erwerbslosen stark wuchs. Im November 1925 war die Arbeitslosigkeit im Ruhrgebiet „sehr groß“¹⁸⁰⁷. Von dem Trend, wonach 1926 nur ca. 40 Prozent der KPD-Mitglieder erwerbslos gewesen sein sollen¹⁸⁰⁸, profitierte die KPD im Ruhrgebiet nicht. Anfang 1926 charakterisierte deren Bezirksleitung die eigene Organisation als „Erwerbslosenpartei“. Die Mitgliedschaft sei zum größten Teil arbeitslos¹⁸⁰⁹.

Radikal linke Taktiken und Parolen sprachen Arbeitslose besonders an¹⁸¹⁰. Seit Anfang 1924 bemühte sich die Ruhr-KPD, die kommunistischen Erwerbslosen in Fraktionen zusammenzufassen, die eigenständig unter den Arbeitslosen wirken sollten¹⁸¹¹. Ende 1925 hatten sich überall im Ruhrgebiet Erwerbslosenausschüsse gebildet – meist ohne die KPD. In ihnen waren Syndikalistinnen und Anarchisten tonangebend. Im Herbst 1925 meinte die KPD-Bezirksleitung Ruhr um Florin-Ende, die Partei müsse sich mehr um die Erwerbslosen kümmern und die Initiative für die Gründung von *gewerkschaftlichen*

¹⁸⁰³ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 30.

¹⁸⁰⁴ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 30.

¹⁸⁰⁵ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 202.

¹⁸⁰⁶ Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz K.P.D. Rheinland und Ruhrgebiet. Die Resolution zur gegenwärtigen Lage, zum Ruhrkampf und zu den nächsten Aufgaben, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 11.

¹⁸⁰⁷ Bezirksleitung Ruhrgebiet Abteilung: Pol.-Büro, An die Zentrale der K.P.D., Essen 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 125.

¹⁸⁰⁸ Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 156. Eumann gibt die Zahl der erwerbslosen KPD-Mitglieder im Ruhrgebiet 1924 mit ca. 85 % noch höher als die GKP an.

¹⁸⁰⁹ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen 14.3.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 38.

¹⁸¹⁰ Schöck, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung, S. 57 f.

¹⁸¹¹ U.B. Essen, An alle Blöcke und Arbeitsgebiete. An alle erwerbslosen Genossen bekanntgeben, Essen 21.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 91.

Erwerbslosenausschüssen ergreifen. Der Aufbau von eigenständigen Organisationen der Erwerbslosen sei mit Rücksicht auf die eigene Arbeit innerhalb der reformistischen Gewerkschaften rücksichtslos zu bekämpfen¹⁸¹². Den Einfluss anderer linker Strömungen ignorierend meldete die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet im November 1925 an die KPD-Zentrale, dass die Erwerbslosenbewegung größtenteils unter dem Einfluss der KPD stehe¹⁸¹³. Auf die zunehmenden Aktivitäten der KPD unter den Erwerbslosen reagierte der ADGB mit Abgrenzung. Anfang 1926 wies der ADGB Essen seine Mitgliedsgewerkschaften an, nur für Erwerbslose einzutreten, die während ihrer früheren Berufstätigkeit einer Gewerkschaft angehört hatten. Verhandlungen mit dem örtlichen, kommunistisch geführten Erwerbslosenausschuss lehnte der ADGB ab¹⁸¹⁴. In Duisburg stand die Erwerbslosenbewegung kurz vor der Spaltung zwischen den im ADGB organisierten Erwerbslosen und den von der KPD und den Syndikalistinnen geführten nicht gewerkschaftlich organisierten Arbeitslosen. In Hamborn besaß die KPD großen Einfluss auf die Erwerbslosen, ob gewerkschaftlich organisiert oder nicht. Dort machten sich die Kommunisten für den Eintritt aller Erwerbslosen in den ADGB stark. In Dinslaken erkannte der ADGB nur die gewerkschaftlich organisierten Erwerbslosen an, worauf die Unorganisierten auf Initiative der KPD einen eigenen Erwerbslosenausschuss bildeten. Auch die kleine KAPD arbeitete 1926 in Essen unter den Erwerbslosen¹⁸¹⁵. Da an vielen Orten bereits unabhängige Erwerbslosenausschüsse unter Einschluss gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeitsloser bestanden, führte der ADGB-Beschluss, nur gewerkschaftlich organisierte Erwerbslose zu vertreten, zur Spaltung der Erwerbslosenbewegung. Die KPD musste sich entscheiden, ob sie bei den unabhängigen oder bei den gewerkschaftlich kontrollierten Initiativen mitarbeiten wollte.

Der KPD-Bezirksleitung unter Florin-Ende verstärkte ihr bisheriges Herangehen an die Erwerbslosenbewegung. Hatte die KPD im Ruhrgebiet unter Wilhelm Schwan die Erwerbslosen in unabhängigen Komitees *neben* den Gewerkschaften organisiert, so versuchte die BL unter Florin-Ende, die Erwerbslosenausschüsse auf einer gewerkschaftlichen Basis „aufzuziehen“, um sich nicht von den gewerkschaftlichen Arbeitern zu isolieren. Der Kampf gegen die Erwerbslosigkeit könne nur mit Hilfe der Arbeiter in den Betrieben geführt werden, meinte die Bezirksleitung Ruhr¹⁸¹⁶. Gemäß ihren taktischen Anweisungen sollte der ADGB durch den Druck kommunistischer Forderungen

¹⁸¹² Hassel, Protokoll über die Sitzung der Bezirksleitung am 28. September 1925, [Essen September 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 16.

¹⁸¹³ Bezirksleitung Ruhrgebiet Abteilung: Pol.-Büro, An die Zentrale der K.P.D., Essen 25.11.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 125.

¹⁸¹⁴ Der Polizeipräsident von Essen, Betrifft: Erwerbslosenbewegung, Essen 26.1.1926, Regierungspräsident LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 275.

¹⁸¹⁵ Der Regierungspräsident an den Herrn preuss. Minister des Innern, Düsseldorf 7.12.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 23.

¹⁸¹⁶ Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 39 f.

gezwungen werden, sich an die Spitze der Erwerbslosenbewegung zu stellen. Die Kommunisten sollten in den Einzelgewerkschaften des ADGB die Erwerbslosen sammeln und einen Obmann wählen. Die Obleute der Einzelgewerkschaften sollten wiederum den ADGB-Ortsausschuss der Erwerbslosen wählen. Damit versuchte die KPD, „Provokateure und Lumpenproletarier, welche die Erwerbslosenbewegung mißbrauchen, auszuschalten“¹⁸¹⁷. Das war auf die linkskommunistische Opposition und andere linke Konkurrenten gemünzt. Viel scheint dabei nicht herausgekommen zu sein. Als im Mai 1926 Wilhelm Florin in der Bezirksleitung Ruhr der KPD zur Erwerbslosenfrage referierte, schlug er erneut vor, eine Kampagne zur Organisierung der Erwerbslosen einzuleiten. Durch die Erwerbslosenfraktionen der KPD sollten Versammlungen der Arbeitslosen einberufen werden. Ziel solle eine Erwerbslosenkonferenz für Rheinland und Westfalen sein und darüber mit einem *Offenen Brief* der ADGB ultimativ aufgefordert werden, eine Erwerbslosenkonferenz einzuberufen. Die Konferenz solle von Erwerbslosenausschüssen durchgeführt werden¹⁸¹⁸.

Das Herangehen der KPD-Bezirksleitung Ruhr führte zu Spannungen mit linkskommunistischen Oppositionellen wie dem früheren Sekretär des KPD-Unterbezirks Buer Nowak. Er hatte einer Erwerbslosenversammlung in Dortmund-Aplerbeck eine Resolution vorgeschlagen, in der vom ADGB gefordert wurde, bis zum 1. Februar 1926 einen Betriebsrätekongress einzuberufen. Würde der ADGB dieser Forderung nicht nachkommen, dann müsse die KPD selbstständig die Betriebsräte zu einem Kongress einladen. Die Resolution wurde von den Erwerbslosen angenommen. Daraufhin warf die BL Ruhrgebiet Nowak vor, disziplinos gehandelt zu haben. Er habe durch eine überwiegend von Nicht-Mitgliedern besuchte Versammlung der KPD vorschreiben wollen, was sie zu tun habe¹⁸¹⁹. Nowak erhielt für sein Herangehen an die Erwerbslosenbewegung eine Rüge. Zur diesem Zeitpunkt lag die Erwerbslosenarbeit im KPD-Unterbezirk Dortmund darnieder. Obwohl der „Kongress der Werktätigen“ eine Initiative der moderaten Kommunisten war, die in Dortmund die Leitung des Stadtverbandes der KPD

¹⁸¹⁷ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Abtlg.: Pol. Büro, An alle Ortsgruppen- und Arbeitsegebietsleitungen. Zur Erwerbslosenfrage, Essen 4.1.1926, in: Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, An den Herrn Preußischen Minister des Innern in Berlin, Betr.: Kommunistische Rundschreiben für die Erwerbslosenbewegung, Münster 12.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 146 f. Diese Wende in der Erwerbslosenpolitik der KPD scheint Eisner entgangen zu sein, vgl. Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977, S. 188 f.

¹⁸¹⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 5.5.1926, Essen 8.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 17.

¹⁸¹⁹ Pol-Büro, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 30. Dezember, Ruhrgebiet, [Essen Dezember 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 25 f.; [Bezirksleitung], Entschlieöung, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 58; [Bezirksleitung Ruhrgebiet], Auswirkungen politischer Unklarheiten, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 47.

beherrschten, hatten sie für den Kongress keine Kampagne in der Erwerbslosenbewegung geführt¹⁸²⁰. Auch im Unterbezirk Buer lag die Erwerbslosenarbeit der KPD am Boden¹⁸²¹.

Ab dem zweiten Halbjahr 1926 setzte die radikale Fraktion *Entschiedene Linke* ihren Arbeitsschwerpunkt auf die Erwerbslosen. Diese seien ebenso wichtig wie die Arbeiter in den Betrieben. Die EL forderte die KPD auf, das Millionenheer der Arbeitslosen gegen die zunehmende Verelendung zu organisieren und dabei auf die Gewerkschaftsbürokratie keine Rücksicht zu nehmen. Dabei verwiesen die radikalen Linkskommunisten auf Beschlüsse des EKKI, die von der KPD nicht umgesetzt wurden. Im Unterschied zu den gewerkschaftlichen Erwerbslosenkongressen der KPD sprach sich die *Entschiedene Linke* für die Einberufung von selbstständigen, bezirksweise abgehaltenen Erwerbslosenkongressen und eines Reichserwerbslosen- und Betriebsrätekongresses aus. Einen „Kongress der Werktätigen“ lehnte die EL als ein „klassenloses Projekt“ ab, das die KPD sogar bei sozialdemokratischen Arbeitern zum Gespött mache. Ebenso stieß die Zustimmung der KPD-Reichstagsfraktion für das „arbeiterbetrügerische Arbeiterbeschaffungsprogramm der grosskapitalistischen Regierungsdictatur“ auf Ablehnung der EL¹⁸²².

Hans Körbs aus Ickern, der mit anderen linkskommunistischen Delegierten am 15.8.1926 auf einer Erwerbslosenkonzferenz Rheinland-Westfalen in Düsseldorf erschien, brachte dort eine Resolution ein, in der u. a. eine Erwerbslosenunterstützung in Höhe des Lohnes, allgemeine Arbeitszeitverkürzung, Kampf gegen Zwangsarbeit und die revolutionäre Kontrolle der Produktion gefordert wurde. Die Entschliebung sprach sich für Erwerbslosen- und Betriebsrätekongresse und für eine revolutionäre, kommunistische Partei aus. Daraufhin wurden die radikal linken kommunistischen Delegierten von der KPD als Vertreter des „Lumpenproletariats“ diffamiert und aus der Versammlung geworfen¹⁸²³. Die Antwort der *Entschiedenen Linken* ließ nicht lange auf sich warten. Als die KPD einen Monat später in Düsseldorf erneut eine Erwerbslosenversammlung für Rheinland-Westfalen einberief, auf der der KPD-Bezirksleiter Creutzburg ein Referent hielt, drangen vierzig Erwerbslose unter der Führung von Ernst Schwarz und dem Mitglied des

¹⁸²⁰ Erdmann, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, [Essen] 14.10.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/12, Bl. 203 f.

¹⁸²¹ [Prinz, Buer], Diskussion, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 84.

¹⁸²² Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. [zwischen Juli und November 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 79 f. Offensichtlich muss es „Arbeitsbeschaffungsprogramm“ statt „Arbeiterbeschaffungsprogramm“ heißen.

¹⁸²³ Die KPD, das 'Lumpenproletariat' und die Erwerbslosenkonzferenz in Düsseldorf, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 13/14, Berlin Mitte August 1926, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560 a.

Ruhrgebietserwerbslosenausschusses, Wilhelm Bludau, in die Versammlung ein. Creutzburg und seine KPD-Getreuen konnten dies nicht verhindern¹⁸²⁴.

Für ihre Arbeit unter Erwerbslosen hatte die *Entschiedene Linke* eine Musterresolution erstellt. Darin ging sie von einer starken, dauerhaften Zunahme der Erwerbslosigkeit aus. Die EL führte die Erwerbslosigkeit auf die Krise des Kapitalismus zurück, die an Schärfe noch zunehme. Die Erwerbslosigkeit müsse in Deutschland auf lange Zeit im Mittelpunkt der Arbeit der Kommunisten stehen. Durch die Arbeitslosigkeit würden nicht nur die Betroffenen und ihre Familien von Vernichtung bedroht, sondern Angriffe auf die verbliebenen Arbeiter in den Betrieben begünstigt. Der Resolutionsentwurf nahm Stellung gegen die Führer von ADGB, SPD und KPD, lehnte „Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen“ ebenso ab, wie die „Kontrolle der Produktion“. Die Lösung liege im „offenen Klassenkampf“. Das sei kein Vorschlag zur Spaltung zwischen Arbeitslosen und Betriebsarbeitern, sondern die Voraussetzung ihrer Einheit, wobei die Erwerbslosen die Kämpfe der Arbeiter zu unterstützen hätten. Die Resolution forderte Arbeit und Leistungen zu vollem Tariflohn, einen einheitlichen Unterstützungssatz, verweigerte Pflichtarbeiten, forderte die Beibehaltung der Erwerbslosenfürsorge, die Versorgung mit Lebensmitteln und zum Widerstand gegen die Zwangsräumung von Wohnungen auf. Körbs redete der Wahl von Erwerbslosenräten das Wort und lehnte deren Unterordnung unter die Gewerkschaftsbürokratie ab. Die Erwerbslosenräte müssten sich örtlich, bezirklich und reichsweit organisieren und als unabhängige Organisation den Zusammenschluss mit den Betriebsräten suchen¹⁸²⁵. Das war eine gut vorbereitete politische Initiative, die die KPD überraschte.

Viele Erwerbslose hatten schlechte Erfahrungen mit den Gewerkschaften und deren Bürokratie gemacht. Indem die KPD-Ruhr unter Florin-Ende für gewerkschaftliche Erwerbslosenausschüsse eintrat, nahm sie deren Kontrolle und Gängelung durch die reformistische Gewerkschaftsführung in Kauf. Das konnte bei Erwerbslosen nicht gut ankommen. Weil die linken und radikal Kommunisten für eine eigenständige Erwerbslosenbewegung eintraten, gelang es ihnen punktuell, die KPD herauszufordern. Die radikal linken Kommunisten hatten eine Basis unter erwerbslosen KPD-Mitgliedern¹⁸²⁶. Sie fanden diese, weil sie sich den Problemen der Erwerbslosen annahmen, sich gezielt auf eine Arbeit unter Arbeitslosen vorbereiteten und dafür eine radikal politische Orientierung vorschlugen. Ihr Einfluss auf Erwerbslose ging jedoch ab 1927 zurück: Die Zahl der

¹⁸²⁴ Der Polizei-Präsident, Betrifft: Beobachtung der K.P.D. und der Oppositionsgruppe Korsch-Katz-Schwarz, Düsseldorf 14.9.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 295.

¹⁸²⁵ Resolution, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 54 f.

¹⁸²⁶ Vgl. LaPorte, Norman, *The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure*, Bern 2003, S. 136.

Erwerbslosen sank durch die Erholung der Konjunktur erheblich¹⁸²⁷. Zudem wurde 1927 die Arbeitslosenversicherung eingeführt¹⁸²⁸.

5.4 Anti-Parlamentarismus

Vom linken Flügel der SPD kommend konnte die KPD auf eine lange Tradition parlamentarischer Arbeit der Sozialdemokratie zurückblicken. Deren Bedeutung lag geschichtlich darin begründet, dass die Sozialdemokratie während der Sozialistengesetze 1878-1890 nur im Reichstag legal agieren und darüber die Partei aufrecht erhalten konnte¹⁸²⁹. Die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten am 4. August 1914 zu den Kriegskrediten hatte im Verlauf des Weltkrieges zu heftigen Auseinandersetzungen in der SPD geführt, aus denen sich die drei Richtungen der Reformisten um Ebert/Scheidemann, des Zentrums um Haase/Ledebour und der Radikalen um Liebknecht/Luxemburg herauskristallisierten¹⁸³⁰. Das Auftreten von Karl Liebknecht im Reichstag fand international Beachtung. Doch war seine parlamentarische Tätigkeit allein schon deshalb eingeschränkt, weil die Sitzungen des Reichstags nur in großen Abständen vom Kaiser einberufen wurden. Geschäftsordnung und Leitung des Reichstags erschwerten jede Opposition¹⁸³¹. Der ungeheure Druck der Kriegsbegeisterung der bürgerlichen Gesellschaft, die Einbindung der SPD in die Kriegspolitik über den Parlamentarismus¹⁸³², der für die SPD-Abgeordneten geltende Fraktionszwang und die begründete Angst vor einem Verbot¹⁸³³ schufen eine Atmosphäre, der sich Karl Liebknecht anfangs nicht entziehen konnte. Zunächst beschränkte er sich im Reichstag auf ein 'Sitzen-Bleiben' bei Abstimmungen und auf wenige Zwischenrufe¹⁸³⁴, bis er dann mit „kleinen

¹⁸²⁷ Winkler, Schein der Normalität, S. 312.

¹⁸²⁸ Wirsching, Andreas, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 58), München 2000, S. 30.

¹⁸²⁹ Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1980, S. 484 f.

¹⁸³⁰ Schorske, Carl E., Die Grosse Spaltung. Die Deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917, Berlin 1981 (Cambridge/Mass. 1955), S. 248 f.

¹⁸³¹ Vgl. Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916.

¹⁸³² So versprach der Vorsitzende der SPD-Fraktion auf der Eröffnungssitzung des Reichstags im Weißen Saal des Königlichen Schlosses dem Kaiser in die Hand, „mit Mir durch dick und dünn, durch Not und Tod“ zu gehen. Anschließend sangen die versammelten Abgeordneten einschließlich der Sozialdemokraten „Heil Dir im Siegerkranz“, Reichstag, Eröffnungssitzung, 4.8.1914, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 2.

¹⁸³³ Vgl. Kaiser Wilhelm II.: „Die Sozen machen Antimilit. Umtriebe in den Straßen, das darf nicht geduldet werden, jetzt auf keinen Fall; im Wiederholungsfalle werde ich Belagerungszustand proklamieren und die Führer samt und sonders tutti quanti einsperren lassen (...) Wir können jetzt keine Soz. Propaganda mehr dulden“, in: [Kaiser Wilhelm II., Anmerkung zu] Nr. 332, Der Zar an den Kaiser, Peterhof Palais 29.7.1914, in: Auswärtige Amt (Hrsg.), Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, Berlin 1922, S. 49.

¹⁸³⁴ Als Liebknecht zum ersten Mal gegen die Kriegskredite stimmte, blieb er als Einziger stumm sitzen, da alle Befürworter aufstehen mussten, vgl. Reichstag, 3. Sitzung, 2.12.1914, in: Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916, S. 22.

Anfragen“ die Regierung zu Stellungnahmen aufforderte, die diese verweigerte¹⁸³⁵. Sein Ansehen erwarb er sich vor allem durch seine Teilnahme an Anti-Kriegs-Demonstrationen, für die er verurteilt wurde. Karl Liebknecht wurde zum Vorbild für die Ausnutzung des Parlaments als Tribüne des Klassenkampfes, obwohl diese Tribüne im kaum Gelegenheit zum Reden bot.

Bei ihrer Gründung musste die KPD ihr Verhältnis zum bürgerlichen Staat neu definieren, das in großen Teilen der alten Sozialdemokratie unklar geblieben war. Im Etappenschema der Vorkriegssozialdemokratie hatte die demokratische Republik im Vordergrund gestanden, wobei dieses Ziel in ihrem *Erfurter Programm* nicht einmal erwähnt worden war¹⁸³⁶. Die von den Sozialdemokraten verweigte Regierungsbeteiligung und Budgetbewilligung richteten sich zwar gegen den Wilhelminischen Staat, nicht aber gegen den Klassencharakter des bürgerlichen Staates. Für viele Sozialdemokraten war die *Demokratie* ein Wert an sich. Eine revolutionäre Umwälzung wurde auf den St. Nimmerleinstag oder auf die Rede zum 1. Mai verschoben. Dass der bürgerliche Staat zu zerschlagen und durch Räte zu ersetzen sei, wurde praktisch erst durch die Oktoberrevolution und theoretisch durch Lenins Schrift „Staat und Revolution“ zur Diskussion gestellt¹⁸³⁷. Das Verhältnis zum bürgerlichen Staat bildete theoretisch und praktisch die Scheidelinie zwischen SPD und KPD, während die USPD vergeblich versuchte, eine Mittelposition zwischen den beiden Polen einzunehmen¹⁸³⁸.

Mit der Ausschaltung des ultralinken Flügels auf dem Heidelberger Parteitag der KPD hatte die rein antiparlamentarische Strömung, die jede Ausübung eines Mandats in Stadt, Land und Reich ablehnte, die KPD verlassen müssen. Die daraus entstandene KAPD verurteilte in ihrem Programm die Beteiligung am Parlamentarismus als „Sabotage des Rätegedankens“ und „gewollte Verzögerung der proletarischen Revolution“¹⁸³⁹. Die KPD nahm eine andere Haltung ein. Alle in der KPD verbliebenen Strömungen einschließlich der linken und radikal linken Kommunisten stellten spätestens ab 1924 auf den verschiedenen Wahlebenen Abgeordnete¹⁸⁴⁰. Als die linken Kommunisten Anfang 1924 zur Parteimehrheit geworden waren, feierten sie kurze Zeit später ihren Sieg bei den Kommunalwahlen im Ruhrgebiet und bei der Reichstagswahl im Mai 1924 als Erfolge

¹⁸³⁵ Liebknechts kleine Anfragen, [Spartakusbrief Nr. 12, 27.1.1916], in: Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), Spartakusbriefe, Berlin 1958, S. 94 f.

¹⁸³⁶ Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erfurt 1891, in: Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms. Mit Schriften und Briefen von Marx, Engels und Lenin zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie. Anhang: Programmdokumente, 5. Aufl., Berlin 1969 (1. Aufl. Berlin 1946), S. 162-166.

¹⁸³⁷ Vgl. Lenin, W. I., Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin 1970 (o. O. 1917).

¹⁸³⁸ Klaus Kinner sieht in der „extremen Polarisierung“ eine „schwere Hypothek“ und bedauert, dass der linksradikale Teil der Arbeiterbewegung die „Weimarer Demokratie“ nicht vorangetrieben hätte, sondern sie habe beseitigen wollen, vgl. Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 24 f.

¹⁸³⁹ Programm der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands (KAPD) vom Mai 1920, in: Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 411.

¹⁸⁴⁰ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 250 und S. 821.

linker Politik. In Gelsenkirchen, Hattingen, Horst-Emscher, Buer und Mülheim wurde die KPD stärkste Partei¹⁸⁴¹. Als bei den Reichstagswahlen im Dezember 1924 der Stimmenanteil der KPD erheblich zurückging, was der wirtschaftlichen Erholung¹⁸⁴² und den Nachwirkungen der Niederlage im sog. *Deutschen Oktober* geschuldet war, führte das die linken und radikal linken Kommunisten nicht etwa zu einer Ablehnung parlamentarischer Arbeit. Ihre Kritik richtete sich nicht gegen Wahlbeteiligungen und die Ausnutzung des bürgerlichen Parlaments, sondern gegen die Beteiligung der KPD an sozialdemokratischen Regierungen, die sie 1923 für Sachsen und Thüringen als „parlamentarische Kombination“ strikt abgelehnt hatten¹⁸⁴³. Nachdem die linken Kommunisten 1924 die Leitung der KPD übernommen hatten, war die Kandidatur von linkskommunistischen Abgeordneten von der Kommunalwahl bis zum Reichstag bei gleichzeitiger Ablehnung von Regierungskoalitionen eines ihrer Markenzeichen. Dabei trat die linkskommunistische Gallionsfigur Ruth Fischer im Reichstag strikt antiparlamentarisch auf, um ihre Gegner nicht nur mit Reden zu entlarven, sondern auch mit der Kindertrompete zu stören¹⁸⁴⁴. In einem glänzenden Kapitel seiner Biographie über Werner Scholem weist Hoffrogge beispielhaft nach, dass die Tätigkeit der linken Kommunisten im Preußischen Landtag keineswegs dem gängigen Urteil der Kommunismusforschung – „ultralinks“ – entspricht. Hoffrogge führt zur Abgeordnetentätigkeit Scholems dessen Engagement gegen eine nationalistische und reaktionäre Schulpolitik, für „die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems“ und für das Recht auf Unterricht in der Muttersprache für Schüler nationaler Minderheiten an. Polemisch trat Scholem dem im preußischen Abgeordnetenhaus herrschenden Antisemitismus entgegen und nutzte die Tribüne, um die faschistischen und nationalistischen Umtriebe anzuprangern. Scholem versuchte, seine Intervention mit grundlegender Systemkritik zu verbinden. Als im Herbst 1923 der preußische SPD-Minister Severing in einer Debatte die KPD des versuchten Aufstands bezichtigte und dabei bei Ruth Fischer abgefangene Briefe zitierte und bei der KPD beschlagnahmte Waffen im Abgeordnetenhaus zur Schau stellen ließ, ging der KPD-Fraktionssprecher Ernst Meyer auf Tauchstation und bestreite die Echtheit der Briefe¹⁸⁴⁵. Anders Werner Scholem, der in einer Brandrede den „revolutionären Kampf gegen die Herrschaft der

¹⁸⁴¹ Die Reichstagswahl, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 56. Jg., Nr. 105, Erstes Blatt, Wattenscheid 5.5.1924, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

¹⁸⁴² Flechtheim, KPD, S. 167.

¹⁸⁴³ Resolution der Opposition auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets in Essen am 25. März 1923, in: Vom Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, [Berlin 1923], S. 9 f., Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis Amsterdam, Collection Karl Korsch 347.

¹⁸⁴⁴ Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt/M. 1995, S. 41 f.

¹⁸⁴⁵ Hoffrogge, Scholem, S. 193 f.

Bourgeoisie“ verteidigte¹⁸⁴⁶. Beispielhaft nutzte Scholem das preußische Abgeordnetenhaus als „Tribüne des Klassenkampfes“¹⁸⁴⁷.

Mit der Herausbildung der neuen Parteiführung unter Thälmann-Meyer/Ewert im zweiten Halbjahr 1925 änderte sich die Haltung der KPD zur Regierungsfrage. In Mecklenburg-Schwerin tolerierte die KPD eine bürgerliche Koalitionsregierung, kritisierte Werner Scholem als ein Sprecher des radikal linkskommunistischen Flügels der Partei¹⁸⁴⁸. Anfang 1927 weiteten die radikalen Linkskommunisten im KPD-Bezirk Ruhr diesen Vorwurf aus. Die KPD habe nicht nur die bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung in Mecklenburg-Schwerin unterstützt, sondern in verschiedenen Städten bei Oberbürgermeisterwahlen ihre Kandidaten zugunsten der SPD zurückgezogen. Außerdem habe sie im sächsischen Landtag für den SPD-Ministerpräsidenten gestimmt¹⁸⁴⁹. Die Unterstützung einer bürgerlich-sozialdemokratischen Koalitionsregierung galt den radikalen Linkskommunisten als Verrat an kommunistischen Grundsätzen. Dass die Kritik der linken Kommunisten an der Haltung der KPD zum Parlamentarismus weniger scharf ausfiel, als die ihrer radikal linken Genossen, lag in der Vergangenheit begründet, hatte doch die KPD-Führung unter Fischer/Maslow/Thälmann im April 1925 der sozialdemokratisch geführten preußischen Landesregierung die Tolerierung angeboten, wenn sie bestimmte demokratische und soziale Forderungen erfülle¹⁸⁵⁰.

Die linkskommunistische Kritik an der Parlamentsarbeit der KPD richtete sich auch gegen die Zustimmung von KPD-Parlamentariern zu einzelnen Gesetzen. In der Sicht der *Entschiedensten Linken* hatten die KPD-Abgeordneten 1926 mit dem Reichsknappschaftsgesetz einem arbeiterfeindlichen Gesetz zugestimmt¹⁸⁵¹. Für den linken Kommunismus blieb der Staatsapparat der Weimarer Republik ein Feind, der zerschlagen und durch Räte ersetzt werden musste. Linke und radikal linke oppositionelle Kommunisten wirkten nach ihrem Ausschluss aus der KPD als Abgeordnete in Parlamenten weiter. Im Reichstag und im Preußischen Landtag erreichten sie fast Fraktionsstärke. Zu ihnen gehörten im Ruhrgebiet die beiden Abgeordneten Schwan und Eppstein.

¹⁸⁴⁶ Hoffrogge, ebd., S. 231.

¹⁸⁴⁷ Der kursiv markierte Absatz wurde bereits publiziert, in: Berens, Peter, Neues aus der Historischen Kommunismusforschung, in: Inprekorr/Die Internationale, Bülsum März/April 2015, S. 55.

¹⁸⁴⁸ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin [5.11.1926], S. 35 f., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49.

¹⁸⁴⁹ Restetzki, Politische Resolution zum Bezirksparteitag Ruhrgebiet (eingereicht von der Opposition Entschiedene Linke, Ruhrgebiet), [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 5 f.

¹⁸⁵⁰ Flechtheim, KPD, S. 169.

¹⁸⁵¹ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. [zwischen Juli und November 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 80.

Ab Anfang 1927 vertrat Ernst Schwarz die Ansicht, dass die Arbeit der *Entschieden* *Linken* nur antiparlamentarisch sein dürfe¹⁸⁵², und propagierte den Verzicht auf Parlamentsmandate. Als sich die *Entschiedene Linke* mit der strikt antiparlamentarischen KAPD vereinigen wollte, kam es zur Spaltung, da Schwarz sich weigerte, sein Reichstagsmandat niederzulegen¹⁸⁵³, da er befürchtete, seine Beamtenstellung als Lehrer zu verlieren. Die vierköpfige Mehrheit des Geschäftsführenden Hauptausschusses der EL um Kreiser, Porth und Wehling billigte mit der Stimme von Schwarz dessen Weigerung, während die Mehrheit der EL-Ortsgruppe Berlin dies als inkonsequent anprangerte¹⁸⁵⁴. Die Gruppe der EL bzw. der KAPD in Buer nahm für Schwarz Stellung. Sie hielt die Abgabe seines Mandats für eine „große Dummheit“, da die KAPD das Geld dringend brauche¹⁸⁵⁵. Ein Antrag auf eine außerordentliche Konferenz der KAPD wurde von dem Geschäftsführenden Hauptausschuss sabotiert¹⁸⁵⁶. Noch Anfang 1928 forderte eine Funktionärs-Konferenz der KAPD-Ruhrgebiet, dass Schwarz in den Gruppen Buer, Herne, Essen, Duisburg, Dortmund u. a. jeweils drei Tage hintereinander über Grundfragen des revolutionären Marxismus referieren solle¹⁸⁵⁷. Der preußische Landtagsabgeordnete und Sprecher der EL im KPD-Bezirk Niederrhein, Fritz Lossau, hatte bereits im April 1926 die EL verlassen¹⁸⁵⁸, da er sich weigerte, ihr eine Vollmacht zur Einziehung seiner Diäten zu geben. Seiner Wiederaufnahme hatte auch der EL-Bezirk Ruhrgebiet widersprochen¹⁸⁵⁹. Nicht viel anders verhielt sich der ehemalige Politische Leiter der Ruhrgebiets-KPD Wilhelm Schwan. Als er von der KPD dazu aufgefordert worden war, sein Reichstagsmandat niederzulegen, hatte sich Schwan aus politischen Gründen geweigert. Im Herbst 1927 nahm er Kontakt mit der KPD auf, um auszuloten, ob er in die Partei zurückkehren könne. Dabei erklärte er, dass er die Politik des ZK billige und mit der

¹⁸⁵² Öffentliche Versammlung in Ickern, in: *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 2, Berlin Ende Januar 1927, S. 8, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

¹⁸⁵³ Vgl. Langels, *Die ultralinke Opposition*, S. 125 f.

¹⁸⁵⁴ Zentral-Ausschuss der Entschieden Linke, Beschlüsse des Zentral-Ausschusses der 'Entschiedene Linke' vom 4. bis. 6. Juni 1927 in Berlin, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 43, Berlin Juni 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

¹⁸⁵⁵ An alle Ortsgruppen der KAPD und AAUD, Rundschreiben Nr. 2, Berlin Ende Oktober 1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 56.

¹⁸⁵⁶ Bericht von der Bezirkskonferenz der KAPD. Ruhrgebiet am 16. Juni im Lokal Kaldeway, Buer, Horsterstraße 6, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 II, Bl. 209.

¹⁸⁵⁷ Der Polizei Präsident, Betr. Funktionär-Konferenz des Bezirks Ruhrgebiet der K.A.P.D., Essen 6.2.1928, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 73.

¹⁸⁵⁸ Lossau aus der EL. ausgetreten, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 39, Berlin Mai 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

¹⁸⁵⁹ Zentral-Ausschuss der Entschieden Linke, Beschlüsse des Zentral-Ausschusses der 'Entschiedene Linke' vom 4. bis. 6. Juni 1927 in Berlin, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 43, Berlin Juni 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075. Auch der radikal linke Iwan Katz verfiel sich auf einer Veranstaltung des *Spartakusbundes linkskommunistischer Organisationen* in Düsseldorf in Widersprüche, als er sich gegen jede Arbeit im Parlament aussprach, aber seine Tätigkeit als Reichstagsabgeordneter nicht rechtfertigen konnte, vgl. Bericht über die Versammlung der Oppositionspartei der K.P.D. (Gruppe Korsch-, Katz-, Schwarz) am 11.9.26 in der Wirtschaft Sevens, Kiefernstr., [Düsseldorf] 12.9.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 296 f.

Fraktion Fischer/Maslow brechen würde, wenn er sein Reichstagsmandat behalten dürfe. Auch Max Schütz soll entsprechende Absichten geäußert haben¹⁸⁶⁰. Schwan, der seinen neuen Lebensmittelpunkt in Berlin gefunden hatte, spielte für den Aufbau der oppositionellen linken Kommunisten im Ruhrgebiet keine Rolle mehr. Dem *Leninbund* trat er nicht bei¹⁸⁶¹. Hermann Remmele hielt Schwan im Sommer 1928 für wieder in die KPD aufnahmefähig, da er sich „von der Opposition innerlich schon gelöst habe(n)“¹⁸⁶².

Manche der Sprecher der linken und linksradikalen Kommunisten hingen nicht weniger an ihren Abgeordnetenmandaten und Diäten als die von ihnen kritisierten sozialdemokratischen oder gemäßigten kommunistischen Parlamentarier. Die eigene Haltung stand im Widerspruch zur geäußerten Kritik am Parlamentarismus. Die antiparlamentarische Position eines Ernst Schwarz war klassisch ultralinks und unvereinbar mit seinem Mandat.

In verschiedenen Städten im Ruhrgebiet waren linkskommunistische Oppositionelle parlamentarisch gut vertreten, wie die *Erklärung der Siebenhundert* und die Unterschriften unter der *Erklärung Urbahns-Scholem-Schwan* belegen: fünf Stadtverordnete aus Buer, ein Mitglied des Magistrats und ein Stadtdelegierter, aus Dortmund drei Stadtverordnete und ein Mitglied des Magistrats, aus dem Unterbezirk Hamm ein Kreistagsabgeordneter, vier Stadträte und vier Gemeindevertreter, aus Wattenscheid acht Stadtverordnete und aus Horst ein Gemeindevertreter¹⁸⁶³. Gut ein Viertel aller Unterzeichner der *Erklärung der Siebenhundert* im Ruhrgebiet waren parlamentarisch tätig.

Nicht zu ihnen gehörten der radikal linke Stadtrat Amecke und das Magistratsmitglied Brahm der *Entschiedenen Linken* in Dortmund. Beide legten ihre Mandate nieder. Die Begründung von Brahm machte klar, dass er eine weitere Ausnutzung des Parlamentes ablehnte:

„weil er während seiner parlamentarischen Tätigkeit erkannt hatte, dass das Wesen des Parlamentarismus darin besteht, die proletarische Klasse niederzuhalten und zu unterdrücken; weil er es mit seinem proletarischen Gewissen nicht vereinbaren kann, Mitglied eines Institutes zu sein, das niemals die Interessen der proletarischen Klasse vertreten hat und sie niemals vertreten wird“¹⁸⁶⁴.

¹⁸⁶⁰ Weber, Thälmann-Skandal, S. 98 f.

¹⁸⁶¹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 854.

¹⁸⁶² Aus einem Brief Remmeles an Leo Flieg über die Lage in der KP der Sowjetunion, [Moskau] 30.6.1928, Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 185, S. 617.

¹⁸⁶³ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privataarchiv Wernicke.

¹⁸⁶⁴ Erklärung von Heinrich Brahm, An die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Dortmund, Dortmund 10.12.1927, Stadtarchiv Dortmund, 3 P, 4503 Heinrich Brahm.

Zwei Jahre zuvor hatte es einen Konflikt im Dortmunder Stadtrat um die kommunistischen Magistratsmitglieder gegeben, die als unbesoldete Beamte Untergebene des Bürgermeisters waren. Die Stadt Dortmund sah aufgrund einer „Instruktion für die neugewählten kommunistischen Gemeindevertreter“ durch die KPD keine Gewähr für deren Loyalität dem Staat gegenüber, da die Kommunisten die Weisungen ihrer Partei für bindend ansahen. Davon waren im Dortmunder Magistrat die Kommunisten Kelch, Brahm und Kuhnke betroffen. Diese wurden zunächst nicht in ihren Ämtern bestätigt, sondern erst, nachdem sie entsprechende Loyalitätserklärungen unterschrieben hatten. Die KPD begründete die geleisteten Unterschriften damit, dass auch August Bebel einen Eid auf den Kaiser hätte ablegen müssen, um Abgeordneter werden zu können¹⁸⁶⁵.

Brahm war damit innerhalb von zwei Jahren von einer radikal linkskommunistischen Taktik der Ausnutzung einer bürgerlichen Institution zu einer ultralinken Haltung der Negierung des Parlaments gewechselt. Er hatte die Position der KAPD übernommen und trat ihr konsequenter Weise als Mitglied bei. Das war kein Zufall. Als Brahm, Jahrgang 1882, im Jahr 1912 von Berlin nach Dortmund gezogen war, hatten ihn die Berliner Behörden der Dortmunder Polizei „als Anarchist signalisiert“. Brahm schloss sich nach deren Gründung der KPD an, für die er in den Augen der Polizei „als Hetzer und Wühler auftrat“. Er spielte 1920 im Kampf gegen den Kapp-Putsch in Dortmund eine Rolle und wurde als Mitglied der *Roten Ruhrarmee* in Essen festgenommen. Obwohl stark kurzsichtig, asthmatisch und fast ohne Stimme galt er als so „gefährlich“, dass ein Hilfspolizist, der sich von Brahm verfolgt fühlte, jahrelang in Angst schwebte¹⁸⁶⁶. Nach den Erfahrungen mit der fehlenden Demokratie in der KPD kehrte Brahm zu seinen anarchistischen Wurzeln zurück.

In Buer übernahm die *Entschiedene Linke* mit ihrem Wechsel zur KAPD nicht deren strikt antiparlamentarische Position. Ihre Mitglieder bezeichneten es zwar nicht mehr als Fehler, im Parlament nie für einen Antrag der SPD gestimmt zu haben, wie es Erwin Restetzki einst in der KPD-Bezirksleitung Ruhr an kommunistischen Abgeordneten im Reichstag kritisiert hatte¹⁸⁶⁷. Aber sie sahen es als sinnvoll an, dass Ernst Schwarz sein Reichstagsmandat behalte¹⁸⁶⁸.

¹⁸⁶⁵ Stadtverwaltung Dortmund, Akten betr. Bestätigung der Wahlen, Bd. I, 1919-1933, Stadtarchiv Dortmund 3-696, Bl. 23 f. Die „Instruktion für die neugewählten kommunistischen Gemeindevertreter usw.“ war von Iwan Katz geschrieben worden, bevor er Parlamentsmandate ablehnte.

¹⁸⁶⁶ Stadtverwaltung Dortmund, Akten betr. Bestätigung der Wahlen, Bd. I, 1919-1933, Stadtarchiv Dortmund 3-696, Bl. 23 f. und Bl. 38.

¹⁸⁶⁷ Protokoll über die am 5. Mai stattgefundene Sitzung des Bezirksausschusses Ruhrgebiet, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 20 f.

¹⁸⁶⁸ An alle Ortsgruppen der KAPD und AAUD, Rundschreiben Nr. 2, Berlin Ende Oktober 1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 56.

In Ickern hatten die ausgeschlossenen radikal linken Kommunisten nach der Auflösung der Ortsgruppe durch die KPD-Zentrale im April 1926¹⁸⁶⁹ am 9. Mai 1926 zur Gemeinderatswahl kandidiert. Ihre Liste 3 für den Rat der aus Castrop, Rauxel und Ickern gebildeten neuen Stadt Castrop-Rauxel firmierte unter dem „Kennwort: Kommunistische Partei Deutschlands (linker Flügel)“ in Konkurrenz zur offiziellen KPD-Liste. Die Liste 3 erreichte 501 Stimmen und einen Vertreter im Stadtrat, während die KPD 1.694 Stimmen und vier Abgeordnete bekam¹⁸⁷⁰. Der Spitzenkandidat der Liste 3, Fritz Weigel, starb noch vor Antritt seines Mandats durch einen Unfall. Für ihn gelangte der Schneider Wilhelm Sliwik als Vertreter der radikalen Linkskommunisten in den Stadtrat¹⁸⁷¹. Sein Mandat hinderte Sliwik nicht, im Oktober 1927 als Vertreter des KAPD-Bezirks Ruhrgebiet an einer Leitungssitzung der *Kommunistischen Arbeiterpartei* in Berlin teilzunehmen¹⁸⁷². 1928 gab es keine Gruppe Ickern der KAPD mehr. Der Übertritt der *Entschiedenen Linken* im Ruhrgebiet zur KAPD brachte Vorbehalte gegen die strikte Ablehnung jeder parlamentarischen Tätigkeit mit, was zu Spannungen in der *Kommunistischen Arbeiterpartei* führte¹⁸⁷³. Wegen der Vereinigung spaltete sich von der KAPD vorübergehend ein Flügel ab, weil ihm die *Entschiedene Linke* in der Frage von Diäten des Staates, die prinzipiell abzulehnen seien, nicht konsequent genug war¹⁸⁷⁴.

Im Stadtrat in Bocholt am Rande des KPD-Bezirktes Ruhrgebiet verfügte über mehrere Jahre nur die Fraktion der *Gruppe Kommunistische Politik* über Sitz und Stimme, nicht aber der KPD. Dort nutzte der örtliche KPD-Vorsitzende und spätere Sprecher der Fraktion der *Gruppe Kommunistische Politik* im Stadtrat, Josef Schmitz, das parlamentarische Forum als Tribüne des Klassenkampfes und profilierte sich als Sprecher der Armen und Entrechteten. Schmitz gehörte seit 1919 mit drei weiteren KPD-Mitgliedern dem Bocholter Stadtrat an.

Seit 1924 stellte dort die radikal linke KPD-Fraktion eine Serie von Anträgen, in denen sie bessere Pflege der Kranken, Bezahlung der Entbindung und der Wäsche der Wöchnerinnen durch die Stadt, kostenlose Verteilung von Milch an unterernährte Kinder und die Aufhebung der Klasseneinteilung in den Krankenhäusern forderte. Zur Hebung der Lage der Arbeiterinnen und Arbeiter trat die KPD bzw. GKP für kostenlose städtische

¹⁸⁶⁹ Die Bezirksleitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung am 12. April 1926, [Essen] 15.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 13.

¹⁸⁷⁰ Verwaltungsbericht der Stadt Castrop-Rauxel 1.4.1926 - 31.12.1927 mit Eingemeindungsdenkschriften, S. 21, Stadt Castrop-Rauxel Archiv B I. 6.

¹⁸⁷¹ Bekanntmachung (des Wahlausschusses Castrop-Rauxel), in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 52. Jg., Nr. 103, Castrop-Rauxel 4.5.1926, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

¹⁸⁷² An alle Ortsgruppen der KAPD und AAUD, Rundschreiben Nr. 2, Berlin Ende Oktober 1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 57.

¹⁸⁷³ An alle Ortsgruppen der KAPD und AAUD, Rundschreiben Nr. 2, Berlin Ende Oktober 1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 52 f.

¹⁸⁷⁴ Der Polizeipräsident, Betrifft: Unterbezirks-Konferenz der K.A.P.D., Essen 30.11.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 47 f.

Versorgung von Ausgesperrten mit Lebensmitteln und von Arbeitslosen in einer Volksküche, für Kindergärten für arbeitende Mütter auf Kosten der Unternehmer, Einrichtung einer öffentlichen Bibliothek und Lesehallen, für die Verbesserung der Straßen in den Arbeitervierteln, Maßnahmen der Stadt gegen Preiswucher von Metzgern und der Textilindustriellen, 50.000 Reichsmark als Winterbeihilfe für Erwerbslose und Arbeiter und für den kostenlosen Eintritt ins Schwimmbad ein. Die radikal linken KPD-Stadträte beantragten die Halbierung des Gehalts des Oberbürgermeisters, dafür aber eine örtliche Zulage für die städtischen Bediensteten. Sie stimmten gegen den Bau eines Gymnasiums und traten stattdessen für die Unterstützung von aus der Arbeitslosenversicherung ausgesteuerten Erwerbslosen sowie für den Bau von Wohnungen für 380 Arbeiterfamilien in prekären Wohnverhältnissen ein. Im Stadtrat prangerten sie Fälle von Erwerbslosen an, die beim Arbeitsamt schlecht behandelt wurden. Mal stimmten die linkskommunistischen Abgeordneten gegen Neueinstellungen bei der Polizei, mal beantragten sie deren völlige Auflösung. Die eigenen Anträge und die Reaktionen der bürgerlichen Mehrheit um die katholische Zentrumspartei, die so gut wie alle Vorschläge ablehnte, wurden von den radikal linken Kommunisten auf regelmäßigen öffentlichen Versammlungen, mit Flugblättern und Zeitschriften bekannt gemacht. In der Arbeiterbevölkerung Bocholts fand dies ein großes Echo. Bei den Kommunalwahlen 1929 eroberte die Gruppe Kommunistische Politik – nach dem Ausschluss von Josef Schmitz aus der KPD, dem die ganze Ortsgruppe folgte, im Bocholter Stadtparlament sieben Mandate, die SPD bekam drei, die KPD keines, die konservativen Parteien vierundzwanzig. KPD bzw. GKP setzten im Stadtrat zwar kaum etwas durch, aber das lag an der konservativ-bürgerlichen Mehrheit, die alle Forderungen abschmetterte. Da viele Probleme offensichtlich waren, musste die Frontstellung der Konservativen die Arbeiter erbittern. Wie weit die Popularität von Josef Schmitz reichte, sollte sich im März 1930 zeigen. Nachdem er dem Oberbürgermeister vorgeworfen hatte, diktatorisch wie Mussolini zu regieren, weil er die Stadtratssitzungen nicht mehr regelmäßig einberufe, trat er nach seiner Verurteilung wegen Beleidigung eine Gefängnisstrafe in Münster an. Bei seiner Entlassung wurde Schmitz von zehntausend Menschen am Bocholter Bahnhof abgeholt – bei einer damaligen Gesamtbevölkerung Bocholts von 30.000 Einwohnern¹⁸⁷⁵. Die radikal linken Kommunisten verstanden es eindrucksvoll, den Stadtrat in Bocholt für ihre Propaganda auszunutzen. *Ultralinks* war ihre Einstellung zum Parlamentarismus nicht¹⁸⁷⁶.

In Wattenscheid waren von den KPD-Kandidaten zur Stadtratswahl 1926 überwiegend linke Kommunisten, die wie Frebel und Triebeck entweder frühzeitig linkskommunistisch

¹⁸⁷⁵ Dieser Absatz wurde bereits publiziert in: Berens, Peter, *Trotzkisten gegen Hitler*, Köln 2007, S. 26 f.

¹⁸⁷⁶ Der kursiv markierte Absatz wurde bereits publiziert, in: Berens, Peter, *Trotzkisten gegen Hitler*, Köln 2007.

eingestellt oder durch den sog. *Deutschen Oktober* 1923 zu linken Positionen gelangt waren¹⁸⁷⁷. Nach seinem Ausschluss aus der KPD führte Johann Triebeck im November 1929 die Listen des *Leninbundes* zur Wahl des Stadtrats und zum Provinziallandtag in Wattenscheid an¹⁸⁷⁸. Triebeck zog in den Stadtrat ein¹⁸⁷⁹.

Im Dortmunder Stadtrat besaßen linke und radikal linke Kommunisten seit 1926 eine starke Stellung, die sie sich in der KPD-Ratsfraktion mit moderaten Kommunisten um Karl Lotz teilen mussten. Als Sprecher der linkskommunistischen Stadträte fungierte Christoph Wünnenberg. Als die radikal linken Amecke und Brahm im Juni 1926 ihre Mandate im Stadtrat niederlegten, behielt Wünnenberg sein Mandat bei. Im Januar 1927 aus der KPD ausgeschlossen, bildete er mit Ullrich, Czeplin und Hark im Stadtrat die Fraktion der Linkskommunisten¹⁸⁸⁰. Mit Amecke und Brahm hätte die Fraktion sechs Mitglieder gehabt. Im Oktober 1927 beschäftigte sich der Stadtrat mit einem Antrag der Fraktion 'Linke Kommunisten', dass die Stadt Dortmund aus dem Arbeitgeberverband rheinisch-westfälischer Industriegemeinden austreten solle. Die Mehrheit des Magistrates stimmte mit „Nein“¹⁸⁸¹. Wünnenberg war einer der Mitaufrüher zur Gründung des *Leninbundes*¹⁸⁸² und arbeitete leitend bei dessen Dortmunder Wochenzeitschrift *Schacht und Hütte* mit. Er verblieb auch dann im *Leninbund*, als Hark und Czeplin diesen wegen der Aufstellung eigener Listen zur Reichstagswahl verließen. Wünnenberg kandidierte im Mai 1928 zu den Kommunalwahlen als Spitzenkandidat des *Leninbundes* und wurde als dessen einziger Abgeordneter in den Dortmunder Stadtrat gewählt. Er ging im September 1929 zurück zur KPD¹⁸⁸³.

¹⁸⁷⁷ Vgl. Das Ergebnis der Gemeindewahlen, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 56. Jg., Nr. 105, Wattenscheid 5.5.1924, S. 6, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv; vgl. Namen der gewählten neuen Stadtverordneten, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 58. Jg., Nr. 108, Zweites Blatt, Wattenscheid 10.5.1926, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

¹⁸⁷⁸ Linke Kommunisten (Leninbund), in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 257, Zweites Blatt, Wattenscheid 1.11.1929, S. 2, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv; Die Wahlvorschläge für den Provinziallandtag, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 261, Zweites Blatt, Wattenscheid 6.11.1929, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

¹⁸⁷⁹ Die Wahlergebnisse in Wattenscheid, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 271, Wattenscheid 18.11.1929, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

¹⁸⁸⁰ Knippschild, Dieter, Linker als die KPD erlaubt: Bürgervertreter beging Hochverrat (Heimat Dortmund, Stadtgeschichte in Bildern und Berichten. Zeitschrift des historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark e.V., Heft 2/92), Dortmund 1992, S. 34 f.

¹⁸⁸¹ Stadtverordnetensitzung vom 3.10.1927, Stadtverordneten-Sitzung Stenogramm-Übertragungen 1926-1930, Stadtarchiv Dortmund, 3-417, S. 98 f.

¹⁸⁸² Reichsleitung der Linken Kommunisten/Reichstagsfraktion der Linken Kommunisten im Jugendverband/Reichskonferenz der Linken Kommunisten/Vorbereitendes Komitee zur Einberufung des Kongresses zur Gründung des Leninbundes, An die Arbeiter Deutschlands!, in: Schacht und Hütte, 2. Jg., Nr. 10, Berlin 16.3.1928, S. 1, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

¹⁸⁸³ Knippschild, Dieter, Linker als die KPD erlaubt: Bürgervertreter beging Hochverrat (Heimat Dortmund, Stadtgeschichte in Bildern und Berichten. Zeitschrift des historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark e.V., Heft 2/92), Dortmund 1992, S. 35 f.

Linke und radikal linke Kommunisten versuchten im KPD-Bezirk Ruhrgebiet in Ickern, Bocholt, Wattenscheid, Dortmund (und auch in Hamm), den Stadtrat zur Interessenvertretung der Arbeiterklasse und als Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen. Dort, wo radikal linke Kommunisten die Ausnutzung des Stadtparlaments ablehnten, wechselten sie wie in Dortmund und Buer zur KAPD über. Sie brachen mit ihrer bisherigen Haltung zum Parlamentarismus und übernahmen die strikt antiparlamentarische Position der KAPD. Ihre prinzipielle Ablehnung jeder Tätigkeit im Parlament verdiente die Bezeichnung ultralinks, aber nicht die radikale Ausnutzung der parlamentarischen Tribüne als Kommunist. Das Verhältnis der radikalen Linkskommunisten Josef Schmitz in Bocholt und Sliwik in Ickern zum Parlamentarismus war nicht ultralinks¹⁸⁸⁴.

5.5 Einheitsfront und Arbeiterregierung

Um über die bevorstehende Niederlage im Ersten Weltkrieg hinaus die Armee und die Offizierskaste zu retten, hatte ihr oberster Strategie, General Ludendorff, die Monarchie durch die Republik ersetzen wollen. Für die Kapitulation vor der Entente sollten die Politiker und nicht die Militärs die Verantwortung übernehmen¹⁸⁸⁵. Ab Oktober 1918 nahm die republikanisch gesinnte SPD an einer monarchistischen Regierung teil, die Teil einer konstitutionellen Monarchie werden sollte¹⁸⁸⁶. Die Novemberrevolution 1918 richtete sich gegen eine Regierung, an der die SPD beteiligt war. Der Umsturz verbreitete sich in ganz Deutschland. Bevor sich eine Nationalversammlung bilden konnte, hatten *Arbeiter- und Soldatenräte* in vielen Städten die Macht ergriffen, ohne Fabriken, Verwaltung und Banken anzutasten¹⁸⁸⁷. In der Armee wurden Offiziere von den Mannschaften nicht mehr anerkannt. Für die SPD-Führung bedeuteten die Räte „Chaos“ und „Bolschewismus“¹⁸⁸⁸, obwohl in ihnen nicht das revolutionäre Element, sondern die sozialdemokratische Partei die Mehrheit besaß, die sich vor allem auf die Soldatenräte stützte¹⁸⁸⁹. Die Oktoberrevolution 1917 in Russland schien auf Deutschland überzugreifen. Die Lage war revolutionär. Die unten wollten nicht mehr, die oben konnten nicht mehr. Es bestand eine Doppelherrschaft zwischen den Räten und dem alten Staatsapparat.

¹⁸⁸⁴ Dies gilt auch für die radikal linken Kommunisten der KPD-Bezirke Niederrhein und Mittelrhein. Mitglieder der *Gruppe Kommunistische Politik* saßen im Stadtrat in München-Gladbach (Schlagewerth), in Viersen (Heinrich Mühlen) (vgl. Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Lubinski RW 58/24731 II, S. 276) und in Merkstein bei Aachen (Peter Kaiser), vgl. Bers, Günter, Eine Regionalgliederung der Bezirk Mittelrhein und seine Parteitage in den Jahren 1927/1929, S. 155 f.

¹⁸⁸⁵ Haffner, Sebastian, Der Verrat. Deutschland 1918/1919, 3. korr. Aufl., München 1995 (1. Aufl., Berlin 1993), S. 24 f. (im Folgenden zitiert: Haffner, Der Verrat, Seite).

¹⁸⁸⁶ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 8 f.

¹⁸⁸⁷ Haffner, Der Verrat, S. 44 f.

¹⁸⁸⁸ Wette, Noske, S. 293 f.

¹⁸⁸⁹ Haffner, Der Verrat, S. 60 f.

Durch eine Übereinkunft von SPD und USPD wurde eine Regierung – der sog. *Rat der Volksbeauftragten* – gebildet, die sich paritätisch aus je drei Vertretern der beiden sozialdemokratischen Parteien zusammensetzte und vom Berliner Arbeiter- und Soldatenrat bestätigt wurde¹⁸⁹⁰. Sie bezeichnete zwar ihr Programm als „sozialistisch“, kam aber über elementare demokratische, wirtschaftliche und soziale Forderungen nicht hinaus¹⁸⁹¹. Von vielen Arbeitern wurde der *Rat der Volksbeauftragten* zunächst als „rein sozialistisches (Kabinettt)“ angesehen¹⁸⁹². Ursprünglich sollte ihm auf Wunsch von SPD und USPD auch Karl Liebknecht angehören¹⁸⁹³.

Als eine Einheitsfront umfassten die Arbeiter- und Soldatenräte die Mitglieder und Sympathisanten von SPD, USPD und KPD/Spartakusbund, der Gewerkschaften, der Revolutionären Obleute und der Syndikalistinnen, Arbeitern, Soldaten und viele Unorganisierte. Stärkste Kraft war die SPD. Die KPD/Spartakusbund war aus gutem Grund nicht im *Rat der Volksbeauftragten* vertreten, diente doch die scheinbar erste Arbeiterregierung in Deutschland der Integration und Lähmung der radikalen Elemente in der USPD und des revolutionären Flügels der Berliner Arbeiterklasse, den Emil Barth im *Rat der Volksbeauftragten* repräsentierte. Ihre eigene Einflusslosigkeit einsehend traten am 29. Dezember die USPD-Mitglieder wieder aus dem *Rat der Volksbeauftragten* aus. Die Doppelherrschaft – hier Räte, dort alter Staatsapparat – bestand jedoch weiter. Durch Erlass der Volksbeauftragten ließ Ebert die Kommandogewalt der Offiziere wiederherstellen. So konnte die Oberste Heeresleitung erneut über Truppen gebieten. Gegenteilige Beschlüsse des Rätekongresses wurden von der Heeresleitung nicht anerkannt. Mit ihnen war auch Ebert nicht einverstanden¹⁸⁹⁴, der von der Revolution sagte „ich aber will sie nicht, ja, ich hasse sie wie die Sünde“¹⁸⁹⁵. Mit Noske, dem sog. Volksbeauftragten für Heer und Marine (SPD), setzte er auf Ruhe und Ordnung. Dazu bedurfte es bewaffneter Kräfte. Der Repression gegen die revolutionäre Welle dienten die Freikorps, die in Kiel, Berlin und Umgebung im Dezember 1918 aufgestellt und auf Vorschlag Noskes von den Volksbeauftragten als „Freiwillige Armee“ legalisiert worden waren. Diese wurden im Januar 1919 gegen den sog. „Spartakusaufstand“ eingesetzt, unter dem revolutionäre Unruhen in Berlin in die Geschichte eingingen. Die revolutionären Bestrebungen wurden niedergeschlagen, die bürgerliche „Ordnung“ wieder hergestellt. Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg wurden als „Symbolfiguren“¹⁸⁹⁶ der Revolution ermordet.

¹⁸⁹⁰ Müller, Richard, Bericht des Vollzugsrates, in: Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. Aufl., Berlin 1975 (Berlin 1919), S. 9.

¹⁸⁹¹ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 10.

¹⁸⁹² Müller, Richard, Die Novemberrevolution. Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1979 (Berlin 1924), S. 249.

¹⁸⁹³ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 25.

¹⁸⁹⁴ Wette, Noske, S. 267 f.

¹⁸⁹⁵ Haffner, Der Verrat, S. 57 f.

¹⁸⁹⁶ Wette, Noske, S. 288 f.

In einer unmittelbar revolutionären Lage hatte die sozialdemokratische Dominanz der Einheitsfront der Räte und der angeblich sozialistischen Regierung der Volksbeauftragten geholfen, eine sozialistische Revolution zu verhindern. Parallel dazu schafften die Kapitalvertreter „im Bündnis mit (...) den Gewerkschaften eine Zweckkoalition“, die „die schweren Stürme der Revolutionsjahre zu überstehen half“. Das nennt Priemel zu Recht eine „taktische Meisterleistung“¹⁸⁹⁷. Dabei bildeten Unternehmerverbände und Gewerkschaftsspitzen keine Einheitsfront, sondern ein klassenübergreifendes Bündnis.

Dies konnte u. a. gelingen, weil beim Ausbruch der Novemberrevolution 1918 noch keine revolutionäre Partei vorhanden war. 1916 zählte der *Spartakusbund* in Karl Liebknechts Wahlkreis Berlin-Moabit ganze fünf Mitglieder. Auch nach der Novemberrevolution verfügte er über keine Massenbasis. Während die *Revolutionären Obleute*, die Führung der Vertrauensleute in den Berliner Großbetrieben, im April 1917 und im Januar/Februar 1918 Hunderttausende in Streiks geführt hatten¹⁸⁹⁸, war die *KPD/Spartakusbund* viel zu schwach, um die Massen zu Streiks zu bewegen. Die Aktionsformen der *KPD/Spartakusbund* waren Demonstrationen und Kundgebungen mit Karl Liebknecht, zu denen die Massen strömten, während Rosa Luxemburg über ihre Artikel in der Tageszeitung *Rote Fahne* wirkte. Entsprechend seiner eingeschränkten Möglichkeiten und Methoden zog der *Spartakusbund* ein bestimmtes Spektrum sich radikalisierender Menschen an. Der große Einfluss seiner beiden Leitfiguren stand in keinem Verhältnis zu seiner organisatorischen Schwäche¹⁸⁹⁹.

Im Ruhrgebiet standen die Arbeiter- und Soldatenräte seit November 1918 unter dem Druck von Streiks, als die Kumpel der Thyssen-Zechen in Hamborn die Sieben-Stunden-Schicht durchsetzten. Im Dezember folgten ihnen 30.000 Bergarbeiter. Die Forderung nach der Sechs-Stunden-Schicht wurde vom *Arbeiter- und Soldatenrat* Essen aufgegriffen, in dem SPD, USPD und KPD gleich stark vertreten waren¹⁹⁰⁰. Auf dessen Initiative beschloss im Januar 1919 eine Versammlung der Delegierten aller Schachtanlagen des Ruhrgebietes, für die Sozialisierung des Bergbaus und die Sechs-Stunden-Schicht in Aktion zu treten. Für die Kampagne bildete sich eine sog. *Neuner-Kommission* aus je drei Vertretern von SPD, USPD und KPD. Das war nichts anderes als eine Einheitsfront der regionalen Parteispitzen, die sich auf die radikalisierten Bergarbeiter und ihre Delegierten stützen konnten. Während in Berlin die SPD-Regierung den Freikorps freie Hand zur Niederschlagung der

¹⁸⁹⁷ Priemel, Kim Christian, Die deutschen Unternehmer in der Revolution, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 315.

¹⁸⁹⁸ Retzlaw, Karl, Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt/M. 1974 (1. Aufl. 1971), S. 41 f.

¹⁸⁹⁹ Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1978, S. 48.

¹⁹⁰⁰ Lucas, Vom Generalstreik, S. 40.

revolutionären Bestrebungen ließ und die Erbitterung zwischen der Sozialdemokratie und dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung wuchs, arbeiteten im Ruhrgebiet SPD, USPD und KPD weiterhin in den *Arbeiter- und Soldatenräten* zusammen. Anders als der Berliner *Rat der Volksbeauftragten* war die Spitze der Bewegung im Ruhrgebiet mehrheitlich linksradikal geprägt. Die Regierung Ebert, die die *Neuner-Kommission* nicht anerkannte, setzte ab Februar das Militär gegen die Streikenden ein. Die gemäßigten Gewerkschaften riefen zum Streikbruch auf. Als sich Ebert und Noske im Interesse der bürgerlichen Ordnung gegen die Sozialisierung des Bergbaus stellten, d. h. für die Kapitaleigner Partei ergriffen, führte eine „tiefgreifende Erbitterung“ zur Abwendung der Bergarbeiter von SPD und BAV¹⁹⁰¹.

Die Streiks für die Sechs-Stunden-Schicht und die Sozialisierung waren ein positives Beispiel für eine Einheitsfrontpolitik. Die einheitliche Front der Bergarbeiter konnte die Sieben-Stunden-Schicht und Lohnerhöhungen erkämpfen. Wusste in Berlin die SPD die Einheitsbestrebungen der Arbeiterklasse geschickt auszunutzen, um in den Räten und über den *Rat der Volksbeauftragten* den Einfluss des revolutionären Flügels zu minimieren, so wuchs dessen Einfluss im Ruhrgebiet stark an. Als Reaktion spalteten SPD und BAV-Führung die Einheitsfront im Ruhrgebiet und gingen ein Bündnis mit dem konservativen Bürgertum und mit monarchistischen Kräften ein. Viele Sozialdemokraten und Gewerkschafter machten das nicht mit. Aus dem *Bergarbeiterverband* trat eine beträchtliche Minderheit der Mitglieder aus, die überwiegend zur revolutionären *Allgemeinen Bergarbeiterunion* wechselten. Trotzdem existierte in den Reihen des BAV weiterhin eine Opposition gegen die Verbandsführung. Das wichtigste Ergebnis der Einheitsfront im Ruhrgebiet war nicht der sichtbare materielle Erfolg (Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung), sondern die Revolutionierung der Arbeiterbewegung¹⁹⁰².

Eine weitere wichtige Erfahrung gemeinsamen Handelns machte die Arbeiterbewegung an der Ruhr im Kampf gegen den Kapp-Putsch vom 13. März 1920. Die KPD-Zentrale hatte am gleichen Tag eine Beteiligung an den Abwehrmaßnahmen abgelehnt. Für eine Regierung der Mörder von Luxemburg und Liebknecht wollte die KPD-Leitung keinen Finger rühren. Die Kommunistische Partei änderte am folgenden Tag ihre Haltung und

¹⁹⁰¹ Von Oertzen, Betriebsräte Novemberrevolution, S. 112 f.

¹⁹⁰² Leider wurde diese Erfahrung in Arnold Reisbergs glänzender Studie „An den Quellen der Einheitsfrontpolitik I. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922“ nicht richtig beachtet, weil sie nicht in das DDR-Schema des Kampfes der Einheitsfront der Arbeiterklasse „und aller Werktätigen“ „gegen die Offensive des Monopolkapitals“ passte, vgl. Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 1, Berlin 1964, S. 47 f.; Erhard Lucas kommt zu dem höchst widersprüchlichen Urteil, das zunächst einheitliche Vorgehen der Bergarbeiter habe kein Vertrauen verdient, weil die Mitarbeit der drei SPD-Vertreter in der „Neuerkommission“ „(im besten Fall) nur Illusionen hervorrufen“ konnte. Gleichzeitig sieht er im Generalstreik der 180.000 Bergarbeiter vom Februar 1919 „nach dem Auszug der Sozialdemokratie nur noch einen Akt der Verzweiflung, der von vornherein zum Scheitern verurteilt war“, vgl. Lucas, Vom Generalstreik, S. 40 und S. 43.

schloss sich der Einheitsfront aller Arbeiter an¹⁹⁰³. Einen Tag später verurteilte die *Rote Fahne* den Putsch, wandte sich aber gegen sofortige Aktionen, um dann am gleichen Tag doch noch den längst ins Rollen gekommenen Generalstreik zu befürworten¹⁹⁰⁴. Aber „noch am 16. März (...) sprach sich die Zentrale dagegen aus, zur Bewaffnung des Proletariats aufzurufen. Die betreffende Parole wurde aus den Aufrufen, die so mit einer Zensurlücke erschienen, eigens herauskorrigiert“¹⁹⁰⁵. Während in der kommunistischen Anhängerschaft in Berlin Schadenfreude über den Putsch geherrscht haben soll, stürzte sich die KPD im Ruhrgebiet vom ersten Tag an in den Kampf¹⁹⁰⁶.

Dort wurde der Appell zum Generalstreik am 13. März bekannt. Zwar war die Bildung einer gemeinsamen Front aus SPD, USPD, KPD, KAPD, reformistischen Gewerkschaften, radikalen Unionen und ein Generalstreik schon deshalb nicht einfach, weil der für das Ruhrgebiet eingesetzte SPD-Regierungsvertreter Severing in den Monaten zuvor gegen jeden Streik der Bergarbeiter Stellung genommen und Truppen eingesetzt hatte, sich nun aber für den Generalstreik aussprach¹⁹⁰⁷. Erschwerend kam hinzu, dass am Vormittag des 13. März viele Kommunikationsverbindungen in Deutschland durch den Streik lahmgelegt worden waren, so dass sich reformistische und revolutionäre Arbeiterorganisationen im Revier bei ihren politischen Entscheidungen auf sich allein gestellt sahen. Die vier gemäßigten Gewerkschaftsverbände riefen die Bergarbeiter auf, „weitere Weisungen abzuwarten“. Die für die Gewerkschaftsbürokratie typische Haltung, nur auf Grund von Direktiven der zentralen Gewerkschaftsvorstände zu handeln, führte zur Selbstlähmung. Eine Ausnahme war der ADGB in Dortmund, der für den 13. März den vierundzwanzigstündigen Generalstreik erklärte¹⁹⁰⁸. So ging die Initiative auf die Parteien SPD, USPD, KPD und KAPD über. Die Bochumer SPD trat für Streiks und Demonstrationen ein. Die Bezirksleitung der USPD in Hagen sprach sich für den Generalstreik und die Bewaffnung der Arbeiter aus. Die KPD-Bezirksleitung in Essen rief am 13. März zur Bildung von Arbeiterräten in Betrieben und Werkstätten auf, die die Arbeiter be- und die Bourgeoisie entwaffnen sollten. In der Erklärung hieß es:

„Wir kämpfen nicht für die Regierung Ebert-Noske. Unsere Parole heißt gegen die Reaktion, gegen die Verräter am Sozialismus, die Handlanger der Bourgeoisie, für die Diktatur des Proletariats“¹⁹⁰⁹.

¹⁹⁰³ Winkler, *Revolution*, S. 299 f.

¹⁹⁰⁴ Keßler, Ruth Fischer, S. 84.

¹⁹⁰⁵ Schürer, *Die politische Arbeiterbewegung*, S. 30.

¹⁹⁰⁶ Colm, *Soziologie des Ruhraufstandes*, S. 77.

¹⁹⁰⁷ So der Dortmunder Kommunist Meinberg, in: Spethmann, *Aufstand*, S. 78.

¹⁹⁰⁸ Lucas, *Vom Generalstreik*, S. 120 f.

¹⁹⁰⁹ Spethmann, *Aufstand*, S. 79 f.

Selbst das Eintreten der KPD für die Diktatur des Proletariats hielt die SPD nicht vom Beitritt zur Einheitsfront ab. Unter dem Druck der Streikenden sprachen sich die Leitung des SPD-Bezirk Niederrhein und die Hagener SPD am 13. März *für die Diktatur des Proletariats und für die Räte-demokratie aus*¹⁹¹⁰. Am gleichen Tag kamen in Essen 12.000 Arbeiter und am Tag darauf 50.000 Arbeiter zu gemeinsamen Kundgebungen von SPD, USPD und KPD zusammen. Weil die kommunistische Partei auf der ersten Kundgebung wegen ihrer scharfen Kritik an der SPD kaum angehört wurde, betonte sie am 14. März die Wichtigkeit der gemeinsamen Aktion aller Parteien, ohne mit Kritik an Noske zu sparen. Die gemeinsame Front hielt nur kurz. Die Frage des bewaffneten Widerstandes führte zum Bruch. Während KPD und USPD die Entwaffnung der mit Gewehren, Handgranaten und Maschinengewehren ausgerüsteten Sicherheitspolizei und der bürgerlich-reaktionären Einwohnerwehren forderten, betonte die SPD deren Staatstreue und lehnte ihre Entwaffnung ab. SPD, Zentrumspartei und DDP bildeten nun einen eigenen „Vollzugsausschuss“. Eine dritte Kundgebung fand unter Leitung von USPD und KPD ohne die SPD statt¹⁹¹¹. Die gemeinsame Front der in der Arbeiterbewegung verwurzelten Parteien hatte sich an der Machtfrage gespalten.

In Duisburg traten Hafenarbeiter und Straßenbahner am 13. März in den Streik, dem sich immer mehr Arbeiter anschlossen. An einer Versammlung von SPD, USPD, KPD und Syndikalistinnen nahmen ca. eintausend, am 14. März ca. zweitausend Funktionäre und Aktivisten der Parteien teil. Vertreter von KPD, USPD und Syndikalistinnen sprachen sich für den Generalstreik aus. Der Vertreter der SPD hielt dagegen. Auch ein Sprecher der USPD weigerte sich, sofort den Generalstreik zu proklamieren. Das Meeting einigte sich u. a. auf die Forderung nach „Sozialisierung der Bergwerke und Industrien ohne Entschädigung“ und die Neuzusammensetzung der Einwohnerwehr unter Einbeziehung von Arbeitern aller Richtungen. Es bildete sich ein Aktionsausschuss aus SPD, USPD, KPD und Syndikalistinnen. Als den christlichen Gewerkschaften die Forderungen zu weit gingen, fanden sie bei SPD und USPD Unterstützung, worauf KPD und Syndikalistinnen aus dem Aktionsausschuss austraten¹⁹¹². In Hamborn befürwortete der Fraktionssprecher der SPD, Anton Pütz, nicht nur den Sturz der Regierung Kapp, sondern distanzierte sich auch von der Regierung Ebert/Noske¹⁹¹³.

Die *Aktionsausschüsse* wurden zu *Vollzugsräten*, die Einheitsorgane der gemeinsamen Front darstellten. Im Ruhrgebiet dominierten in den *Vollzugsräten* die radikalen Kräfte aus USPD, KPD und Syndikalistinnen. Einige Vollzugsräte waren durch eine Koalition von USPD, KPD und SPD entstanden, andere aus Betriebsräten wie in Essen oder aus

¹⁹¹⁰ Spethmann, *Aufstand*, S. 84; Colm, *Soziologie des Ruhraufstandes*, S. 71.

¹⁹¹¹ Lucas, *Vom Generalstreik*, S. 130 f.

¹⁹¹² Ebd., S. 139 f.

¹⁹¹³ Spethmann, *Aufstand*, S. 85.

Vertrauensleuteversammlungen wie in Dortmund. Der gemäßigte Flügel wurde von der SPD vertreten, wobei manchmal die *Deutsche Demokratische Partei* und das katholische *Zentrum* präsent waren. In Essen, Dortmund, Mülheim und Dinslaken fehlte die SPD gänzlich in den *Vollzugsräten*. Diese setzten sich überwiegend aus Partei- und Gewerkschaftsmitgliedern zusammen, von denen die große Mehrheit im Betrieb arbeitete oder erwerbslos war. Die *Vollzugsräte* stützten sich auf Versammlungen der Aktivisten der Arbeiterbewegung wie in Duisburg und auf die Neuwahl der Betriebsräte wie in Mülheim und in Dortmund¹⁹¹⁴. Das Fehlen öffentlicher Diskussionsversammlungen war ein Mangel der Bewegung¹⁹¹⁵. Nach dem Ende des Generalstreiks besetzten Reichswehr und Freikorps das Ruhrgebiet¹⁹¹⁶. Obwohl der Kapp-Putsch einen Riss zwischen der SPD und dem Militär offenbarte, wurde dieser wieder gekittet, als es gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet ging.

Dass es an der Frage der bewaffneten Macht – der Entwaffnung der *Sicherheitspolizei* (*Sipo*) und der bürgerlichen Einwohnerwehren – zum Bruch zwischen SPD und dem revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung kam, war kein Zufall. Über die Unterstützung der Kriegspolitik der wilhelminischen Monarchie war die SPD zu einer bürgerlichen Partei geworden, die nach der Novemberrevolution das kapitalistische System schützte. Da sie so gut wie keine eigenen Waffen besaß, musste die SPD bei der Verteidigung des Kapitalismus auf die vorhandenen Formationen Reichswehr, Freikorps, Sicherheitspolizei und Einwohnerwehren zurückgreifen. An der bürgerlichen Ausrichtung der SPD änderte ihre soziale Verankerung in der Arbeiterbewegung über reformistische Gewerkschaften und sozialdemokratische Kulturorganisationen nichts.

Durch den schroffen Wechsel der politischen Lage stieß die Radikalisierung der Arbeiterbewegung mit der bürgerlichen Politik der SPD zusammen. Die Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen Kapp unter Einschluss der reformistischen SPD führte im Ruhrgebiet zur gemeinsamen Front der Bürgerlichen unter Führung der SPD. Die Einheitsfront aller Arbeiter verwandelte sich in eine revolutionäre Front, die auch sozialdemokratische Arbeiter einschloss und in der der revolutionäre Flügel stärker und stärker wurde. Keine noch so geschickte Taktik hätte die Einheit mit der offiziellen SPD aufrechterhalten können als „Kampfbündnis gegen den gemeinsamen Feind, bei völliger Selbständigkeit der Bündnispartner in grundsätzlichen Fragen und in der Wahl der Parolen, ebenso bei voller Freiheit der inhaltlichen Auseinandersetzung“ wie Erhard Lucas meint¹⁹¹⁷. Denn das hätte bedeutet, dass die Arbeiter auf die Entwaffnung der Sipo und der

¹⁹¹⁴ Lucas, *Der bewaffnete Aufstand*, S. 72 f.

¹⁹¹⁵ Lucas, *Die Niederlage*, S. 11.

¹⁹¹⁶ Lucas, *Der bewaffnete Aufstand*, S. 60 f.

¹⁹¹⁷ Ebd., S. 137.

bürgerlichen Einwohnerwehren hätten verzichten müssen, die oft spontan geschah, während die SPD nicht hätte an den Einwohnerwehren festhalten dürfen. Das musste sie aber tun, weil sie zum Schutz der bürgerlichen Ordnung bürgerliche Kampfformationen brauchte. Der ansatzweise revolutionäre Prozess, den Lucas so anschaulich beschreibt, passt nicht zu seinem Interpretationsschema. Colm trifft den Punkt, wenn er schreibt, dass die Sozialdemokratie in ihren Grundsätzen mehr mit den Bürgerlichen denn mit den Revolutionären gemeinsam hatte, oft nach der Reichswehr verlangte, mit ihrer Spitze in den bürgerlichen Staat integriert war und deshalb die SPD „als ein Nebenorgan der staatlichen Exekutive“ handelte¹⁹¹⁸. Die Dynamik der Bewegung entwickelte gemeinsame Organe der Einheitsfront wie *Aktionsausschüsse* und *Vollzugsräte*. Die Arbeiter beschränkten sich aber nicht auf das Mittel des Streiks, sondern bewaffneten sich. Das führte zur Spaltung der Einheitsfront, da sich die SPD auf die Seite der bewaffneten Formationen der bürgerlichen Ordnung stellte und mit ihnen ein Bündnis bildete. Die von den Arbeitern geschaffenen *Arbeiterwehren* und die *Rote Ruhrarmee* waren Organisationen des sich radikalierenden Teils der Arbeiterbewegung.

Lucas meint, es habe nie eine Einheitsfront gegeben. Zwar hätten in den Reihen der *Roten Ruhrarmee* die Arbeiter unterschiedlicher politischer Couleur gemeinsam gekämpft, aber sie hätten ihre verschiedenen politischen Ansichten behalten. Daraus leitet er ab, dass die SPD mit dem sog. *Bielefelder Abkommen* keinen Verrat begangen habe, sondern dass nur die vorhandenen unterschiedlichen Ansichten wieder zum Vorschein gekommen seien¹⁹¹⁹. Obwohl Lucas die *Vollzugsräte* und *Aktionsausschüsse* Buch für Buch beschreibt, übersieht er sie als Organe der Einheitsfront. Diese beschränkt er auf die *Rote Ruhrarmee*. Er bezieht sie aber nicht auf alle Strukturen, die sich die Arbeiter über Parteigrenzen hinweg mit Aktionsausschüssen, Vollzugsräten, Arbeiterwehren, der Neuwahl der Betriebsräte und den gemeinsamen Funktionärsversammlungen schufen, um gemeinsam zuerst mit Generalstreik gegen die monarchistische Reaktion um Kapp, dann mit bewaffnetem Widerstand gegen die bürgerliche Ordnung mobil zu machen. In dieser gemeinsamen Kampffront dürften sich unterschiedliche Meinungen angenähert haben. Doch die Einheitsfront zielte nicht auf eine Vereinheitlichung der Meinungen, wie Lucas sie für nötig hält, sondern auf gemeinsame Aktivitäten für ein bestimmtes Ziel *wegen* oder *trotz* aller Meinungsverschiedenheiten. Die gemeinsame Front musste sich in dem Moment spalten, als sich die Bewegung radikalisierte und sich mit dem Sturz des Kapitalismus ein neues Ziel gab¹⁹²⁰. Wie der Kampf gegen den Kapp-Putsch zeigte, verfügte die

¹⁹¹⁸ Colm, *Soziologie des Ruhraufstandes*, S. 72 f.

¹⁹¹⁹ Lucas, *Die Niederlage*, S. 88 f.

¹⁹²⁰ Ebd., S. 61. Das *Bielefelder Abkommen* war nicht nur ein „Verrat“ der SPD an der revolutionären Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet. Es fiel auch der KPD in den Rücken, als die beiden KPD-Funktionäre Charpentier und Triebel das *Bielefelder Abkommen* ohne Rücksprache mit der KPD-Bezirksleitung Rheinland-Westfalen Nord unterzeichneten. Die BL um Eppstein und Düwell lehnte das „Bielefelder Abkommen“

Arbeiterbewegung des Ruhrgebietes und besonders ihr revolutionärer Flügel über große Erfahrungen in der Bildung einer Einheitsfront, die erheblich weiter gingen als in anderen Teilen Deutschlands.

Ein anderer Typ der Einheitsfront entwickelte sich Ende 1920 in einer kurzen Phase des gesellschaftspolitischen Rückgangs¹⁹²¹. Ausgehend von einer Initiative der KPD in der Stuttgarter Vertreterversammlung des *Deutschen Metallarbeiter Verbandes* arbeiteten der KPD-Vorsitzende Paul Levi und sein Komintern-Berater Karl Radek ein Einheitsfrontangebot an SPD und ADGB aus. Die KPD-Zentrale wandte sich am 8.1.1921 mit einem „Offenen Brief“ an alle Arbeiterorganisationen von SPD, USPD und KAPD über ADGB und *Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände (AfA)* bis hin zur *Allgemeinen Arbeiter-Union (AAU)* und der *Freien Arbeiterunion / Syndikalistischen (FAU)*. In acht Punkten schlug der *Offene Brief* gemeinsame Aktionen u. a. für Lohn- und Rentenerhöhungen, Beschlagnahme von Wohnraum, Amnestie für politische Gefangene, Entwaffnung reaktionärer Verbände und die Aufnahme von Beziehungen zur Sowjetunion vor. Das Angebot stieß bei sozialdemokratischen Arbeitern auf positive Resonanz, nicht jedoch bei den Spitzen der SPD. Ende Dezember 1920 wurde die neue Einheitsfronttaktik zum ersten Mal in einem Streik bei Thyssen in Duisburg-Hamborn umgesetzt¹⁹²².

Ebenfalls in eine Phase des gesellschaftspolitischen Rückgangs fiel die Ermordung des deutschen Außenministers Walther Rathenau. Am 24.6.1922 schlug die moderate KPD-Führung unter Ernst Meyer der Sozialdemokratie und dem ADGB eine gemeinsame Front vor. Rathenau war nicht nur Außenminister, sondern innerhalb der Großbourgeoisie Sprecher eines weichen Standpunktes im Umgang mit dem Versailler Vertrag gewesen als Hugo Stinnes, der harte Vertreter der Mehrheit der Ruhrindustriellen gegenüber den belgisch-französischen Besatzern¹⁹²³. Am Tag der Beerdigung Rathenaus beteiligten sich mehrere Millionen Menschen an großen Demonstrationen, die von Streiks begleitet wurden¹⁹²⁴. Die KPD beschränkte sich auf die Forderung nach „Säuberung“ des Staatsapparates und trat „ganz als republikanische Partei auf“¹⁹²⁵. Das Bündnis mit dem

entschieden ab und reagierte empört auf die Unterschrift der beiden KPD-Funktionäre, während eine Minderheit, unterstützt von Wilhelm Pieck, sich für seine Annahme aussprach, vgl. Lucas, Die Niederlage, S. 92 f.

¹⁹²¹ Für Keßler beginnt die Taktik der Einheitsfront erst mit dem „Offenen Brief“ vom 8.1.1921, vgl. Keßler, Ruth Fischer, S. 85.

¹⁹²² Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 1, Berlin 1964, S. 50 f.; damit war die Taktik der Einheitsfront keineswegs „Lenins Idee“ (so Keßler, Ruth Fischer, S. 106), sondern die Idee Radeks, will man von der Einheitsfront gegen Kornilow 1917 in Russland absehen.

¹⁹²³ Spethmann, Leitlinien, S. 17 f.

¹⁹²⁴ Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 2, Berlin 1964, S. 493 f.

¹⁹²⁵ Schürer, Die politische Arbeiterbewegung, S. 50 f.; Die K.P.D. zwischen dem III. und IV. Weltkongress: Tätigkeitsbericht zum IV. Weltkongress der Komintern, [Berlin 5.11.1922], in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 75a, S. 269.

Bürgertum gegen die Ermordung eines Großindustriellen konnte per se nicht anti-kapitalistisch sein. Das musste die Mobilisierung revolutionärer Arbeiter einschränken. Das Ergebnis war für die KPD ein politischer Misserfolg: Die SPD vereinbarte mit den bürgerlichen Parteien ein „Republikenschutzgesetz“, das sich u. a. gegen die KPD richtete. Die linken Kommunisten in der KPD um Fischer/Maslow/Scholem und die Leitung der KI kritisierten, dass die KPD-Führung zu sehr einen republikanischen, statt einen kommunistischen Standpunkt bezogen und sich mit der SPD auf Geheimverhandlungen eingelassen habe¹⁹²⁶.

In einem Grundsatzartikel untersuchte Ruth Fischer drei Versuche zur Bildung einer Einheitsfront: Im Eisenbahnerstreik sei nur die „Einheitsfront von unten“ in Frage gekommen, weil die Gewerkschaftsspitze den Streik nicht unterstützt habe. Bei dem Berliner Treffen der Zweiten, Dritten und Wiener Internationale sei es um Verhandlungen zwischen Spitzenorganisationen gegangen, die von der Dritten Internationale abgebrochen wurden, ihr aber genützt hätten. In der Rathenau-Kampagne habe sich die KPD gegenüber SPD und ADGB verpflichtet, keine weitergehenden Forderungen aufzustellen. Fischer schloss,

„dass es innerhalb der deutschen Partei heute keine Gegner der Taktik der Einheitsfront gibt; allerdings gibt es Gegner einer Strömung, welche die Taktik der Einheitsfront zum Programm, zum alleinseligmachenden Prinzip der Kommunistischen Internationale machen möchte“¹⁹²⁷.

Die Führung der Kommunistischen Internationale protestierte gegen das Herangehen der KPD-Zentrale an die Einheitsfront in der Rathenau-Kampagne als „politisch höchst bedenklich“¹⁹²⁸. Für die linken Kommunisten war die KPD „zum bloßen Anhängsel der Reformisten“ und aus einer Taktik in einer „Periode der Schwäche“ der KPD ein „Evangelium“ geworden¹⁹²⁹. Im Ergebnis war die Mobilisierung gegen die Ermordung Rathenaus ein klassenübergreifendes Bündnis, aber keine Arbeitereinheitsfront. Nach Flechtheim soll die KPD über die Rathenau-Kampagne erheblich an Mitgliedern gewonnen haben¹⁹³⁰. Im Ruhrgebiet war das nicht der Fall, wo zwischen Februar 1922 (21.881

¹⁹²⁶ Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 2, Berlin 1964, S. 493 f. Das reaktionäre Republikenschutzgesetz gegen Kommunisten „signalisierte“ alles andere als „Spielräume kommunistischer Politik innerhalb bürgerlich-parlamentarischer Horizonte“, nach Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 49.

¹⁹²⁷ Fischer, Ruth, Zur Taktik der Einheitsfront, in: Die Internationale, 5. Jg., Nr. 3, Berlin 1922, S. 57; Keßler, Ruth Fischer, S. 106.

¹⁹²⁸ Protest der Kominternführung gegen den Nichtabdruck eines Aufrufs für die Einheitsfront in der Roten Fahne, Moskau 2.8.1922, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 70, S. 257.

¹⁹²⁹ Scholem, Skizze, S. 123 f.

¹⁹³⁰ Flechtheim, KPD, S. 129 f.

Mitglieder¹⁹³¹) und September 1922 (18.500 Mitglieder¹⁹³²) die Mitgliedschaft abnahm. Mit dem 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im November/Dezember 1922 ging die Einheitsfronttaktik aus einer politischen Phase von „sechs Monate(n) Offensive des Kapitals“ als Taktik der Arbeitereinheitsfront in das Arsenal der Kommunistischen Internationale ein¹⁹³³. In deren Thesen wurden die Erfahrungen aus dem Kampf gegen den Kapp-Putsch im Ruhrgebiet nicht genügend berücksichtigt.

Ihre extremste Form fand die Einheitsfronttaktik in der Anpassung an das nationalistische Kleinbürgertum durch den Schlageter-Kurs des KPD-Beraters Karl Radek, der im Sommer 1923 vorschlug, die eigene Politik darauf einzustellen, die reaktionären kleinbürgerlichen Massen zu gewinnen¹⁹³⁴ (vgl. Kapitel 2.5 Ruhrbesetzung, sog. Deutscher Oktober und Aufstieg der linken Kommunisten). Das Kleinbürgertum sah sich vom Großkapital durch Enteignung mittels Hyperinflation und von der Arbeiterbewegung durch die Revolution bedroht. Doch wollte die KPD die kleinbürgerlichen Massen mitreißen, dann durfte sie sich ihnen nicht anpassen. Schon das „Kommunistische Manifest“ von Marx und Engels wusste, dass die Mittelstände „konservativ“ und „reaktionär“ seien. Sie „suchen das Rad der Geschichte zurückzudrehen“. Würden die Mittelschichten revolutionär handeln, „so verlassen sie ihren eigenen Standpunkt, um sich auf den des Proletariats zu stellen“¹⁹³⁵. Das beinhaltete das glatte Gegenteil von dem Vorgehen, das Radek vorschlug¹⁹³⁶. Generell sollte es das Ziel der Taktik der „Arbeitereinheitsfront“ sein, „der Kleinbourgeoisie eine durch ihre Einigkeit in der Aktion starke Arbeiterklasse zu präsentieren“. Dagegen verstärkte der Verzicht auf das eigene sozialistische Programm, um bürgerliche Verbündete zu gewinnen, keineswegs die Arbeiterklasse¹⁹³⁷. Die Taktik der Zusammenarbeit durch Anpassung an das Bürgertum war schon in der russischen Revolution von 1905 umstritten

¹⁹³¹ Zum Bezirksparteitag. Organisationsbericht über den Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, Essen o. D., Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 1.

¹⁹³² Zentrale der KPD, Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, S. 64.

¹⁹³³ EKKI, Leitsätze über die Einheitsfront der Arbeiter und über das Verhältnis zu den Arbeitern, die der 2., der 2 ½ und der Amsterdamer Internationale angehören, sowie zu den Arbeitern, die die anarcho-syndikalistischen Organisationen unterstützen, [Petrograd] 18.12.1921, in: Protokoll des IV. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 1019 f.; Über die Taktik der Komintern, ebd., S. 1007 f.

¹⁹³⁴ Hecker, Hans, Karl Radeks Werben um die deutsche Rechte: Die Sowjetunion und der „Ruhrkampf“, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim, Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 200.

¹⁹³⁵ Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, 17. Aufl., Berlin 2003 (London 1848), S. 30.

¹⁹³⁶ Wie Wenzel in einer „nationalen Einheitsfrontpolitik“ die Fortsetzung einer „proletarischen Einheitsfrontpolitik“ sehen kann, ist unverständlich, vgl. Wenzel, Deutsche Oktoberrevolution, S. 104 f.

¹⁹³⁷ Frank, Geschichte, Bd. 2, S. 622.

gewesen¹⁹³⁸, wurde ab 1935 als Politik der „Volksfront“ bezeichnet und wird bis heute konträr zur Taktik der Arbeitereinheitsfront diskutiert¹⁹³⁹. Nicht von ungefähr stieß 1923 die von Radek beeinflusste Bündnispolitik bei der Kommunistischen Partei in Frankreich auf Unverständnis¹⁹⁴⁰. Einige linke Kommunisten sprachen sich vehement gegen Radeks Taktik aus. Werner Scholem bezeichnete sie rückblickend als „nationalistisch gefärbte Faschistenpropaganda“¹⁹⁴¹. Gemeinsam lehnten die linken Kommunisten eine „Einheitsfront mit der Cunoregierung“ ab, stimmten aber „grundsätzlich (...) der Einheitsfronttaktik zu“, so Hoffrogge¹⁹⁴². Dabei schlossen sie Verhandlungen mit den Vorständen von SPD und ADGB keineswegs aus¹⁹⁴³.

Die Taktik der Einheitsfront wurde durch Überlegungen erweitert, an einer Arbeiterregierung teilzunehmen. Diese taktische Neuerung war zuerst von der linkskommunistischen Opposition in der KPD 1920/1921 als „agitatorische Lösung“ vorgeschlagen worden, weil sie dagegen war, Forderungen an den bürgerlichen Staat zu richten. Die moderat kommunistische KPD-Führung lehnte die Idee jedoch als „‘unpraktisch’, ‘nur’ agitatorisch“ ab¹⁹⁴⁴. Ende 1921 hatte die moderat kommunistische Bezirksleitung der KPD-Ruhr nach einer Sitzung des Zentralausschusses der KPD darauf orientiert, jede „rein sozialistische Regierung“ als Übergangsstadium zu einer Räteregierung zu unterstützen, wie auf einer Konferenz des Unterbezirks Gelsenkirchen ein Referent den Funktionären erklärte¹⁹⁴⁵. Doch ohne eine Koalition mit der SPD war eine „sozialistische Regierung“ auf parlamentarischem Wege nicht zu erreichen. In Sachsen hatte die KPD 1922 die sozialdemokratische Minderheitsregierung Buck-Lipinski bedingungslos unterstützt¹⁹⁴⁶. Die Landtagsabgeordneten der KPD stimmten im Juli 1922 für den Etat der SPD-Regierung. Bei einer weiteren Abstimmung sprach sich die KPD-Fraktion für die SPD-Landesregierung aus, obwohl die KPD-Führung eine andere Haltung empfohlen hatte. Im November 1922 diskutierte die KPD-Zentrale die Beteiligung der Partei an der sächsischen Landesregierung, die vom Zentralausschuss der KPD am 30.11.1922 grundsätzlich gebilligt wurde, aber nicht zustande kam. Am 5. Dezember stimmte die KPD-Fraktion im sächsischen Landtag für die Wiederwahl des gemäßigten

¹⁹³⁸ So warf der gemäßigte Sozialdemokrat A. Tscherewanin dem Petersburger Arbeiterrat vor, er hätte durch die „gewaltsame Einführung des Achtstundentages“ die Kapitalisten „in die Arme der Reaktion“ getrieben, Tscherewanin, A., *Das Proletariat und die russische Revolution*, Stuttgart 1908, S. 82.

¹⁹³⁹ Mandel, Ernest, *Einführung in den Marxismus*, 7. Aufl., Köln 2002 (Paris 1979), S. 159 f.

¹⁹⁴⁰ Beschwerde des Komintern-Sekretärs für die lateinischen Länder, Jules Humbert-Droz, Paris 20.9.1923, Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 86, S. 301 f.

¹⁹⁴¹ Scholem, Skizze, S. 124.

¹⁹⁴² Hoffrogge, Scholem, S. 244 f.

¹⁹⁴³ Fischer, Ruth, *Der Kampf um die Kommunistische Partei*, in: *Die Internationale*, 6. Jg., Nr. 3, Berlin 1.2.1923, S. 91.

¹⁹⁴⁴ Scholem, Skizze, S. 123.

¹⁹⁴⁵ Der Polizeipräsident/Abteilung V, An den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg, Gelsenkirchen 26.11.1921, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14450, Bl. 1982/21.

¹⁹⁴⁶ Scholem, Skizze, S. 126 f.

SPD-Ministerpräsidenten Buck. Heinrich Brandler erklärte, dass die SPD vom linken Flügel der Bourgeoisie zum rechten Flügel der Arbeiterbewegung werden könne¹⁹⁴⁷. Ende des Jahres war die Mehrheit der KPD-Delegation zum 4. Weltkongress der Kommunistischen Internationale bereit, mit der SPD in Sachsen die Landesregierung zu bilden¹⁹⁴⁸. Bei einem Treffen von Delegationen von WKP(B) und KPD in der Sowjetunion bekräftigte die große Mehrheit der deutschen Teilnehmer die Position der KPD-Zentrale und der sächsischen KPD-Landtagsfraktion, die aber bei Lenin, Sinowjew und Trotzki keine Zustimmung fand. Die anwesenden linken Kommunisten, darunter Arthur König aus dem Ruhrgebiet, konnten sich in ihrer ablehnenden Meinung bestätigt fühlen¹⁹⁴⁹.

Über die nicht unkomplizierte Frage der Bildung einer Arbeiterregierung kam der 4. Weltkongress der Komintern 1922 zu widersprüchlichen Erkenntnissen. Während der KI-Vorsitzende Sinowjew Arbeiterregierung und Diktatur des Proletariats gleichsetzte, vertraten führende moderate KPD-Funktionäre wie Ernst Meyer die Ansicht, dass sich eine „Arbeiterregierung“ von einer sozialdemokratischen Regierung unterscheide, weil erstere „in ihrer Praxis wirklich sozialistisch-kommunistische Politik“ mache, keine allein parlamentarische Basis habe und „von den breiten Massen getrage(n) werde“. Eine „Arbeiterregierung“ sei aber etwas anderes als die Diktatur des Proletariats¹⁹⁵⁰. In Meyers Ansicht witterten die linken Kommunisten in der KPD die „Gefahr des Revisionismus“¹⁹⁵¹. Ab Februar 1923 unterstützte die KPD in Sachsen erneut die linkssozialdemokratische Minderheitsregierung Zeigner. Selbst nachdem Polizeikräfte in drei Städten der Region auf Erwerbslose schossen, setzte die sächsische KPD-Landtagsfraktion ihre Tolerierungspolitik fort, was das EKKI der Komintern als „schweren Fehler“ betrachtete. Im Oktober 1923 ging die KPD in Sachsen und Thüringen eine Regierungskoalition mit der SPD ein¹⁹⁵². Allein von der Abfolge her erschien die Koalitionsbildung als Fortsetzung der Tolerierungspolitik der KPD. Strategisch zielten Einheitsfrontpolitik und Arbeiterregierung der moderaten KPD-Führung um Brandler/Thalheimer aus Sicht der linken Kommunisten darauf ab, „die SPD vom Bürgertum zu trennen“ und „den auf parlamentarischem Wege gewonnenen Staat und seine Macht in den Dienst des proletarischen Klassenkampfes zu stellen“ sowie über Notverordnungen grundlegende Forderungen der Arbeiterklasse durchzusetzen – was die linken Kommunisten für illusionär und fehlorientierend hielten.

¹⁹⁴⁷ Reisberg, Arnold, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922*, Bd. 2, Berlin 1964, S. 598 f.

¹⁹⁴⁸ Scholem, Skizze, S. 126 f.

¹⁹⁴⁹ Reisberg, Arnold, *An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922*, Bd. 2, Berlin 1964, S. 670 f.

¹⁹⁵⁰ Frank, *Geschichte*, Bd. 1, S. 206.

¹⁹⁵¹ Schürer, *Die politische Arbeiterbewegung*, S. 58.

¹⁹⁵² Scholem, Skizze, S. 126 f.

Dagegen weigerten sich die linken Kommunisten, eine Arbeiterregierung genauer zu definieren. Für sie war sie mit einer Räteregierung identisch¹⁹⁵³.

Sollte es sich im Oktober 1923 bei den gemeinsamen Landesregierungen von SPD und KPD in Sachsen und Thüringen um wirkliche Arbeiterregierungen gehandelt haben, so musste sich der Einfluss der Arbeiterbewegung in Organen der Gegenmacht ausdrücken, die Stützen der Regierungen hätten bilden können. Betriebsräte, *Proletarische Hundertschaften* und Erwerbslosenausschüsse gab es nicht nur in Ostdeutschland, sondern auch im Ruhrgebiet. In ihnen übte die KPD beträchtlichen Einfluss aus. Dieser war allerdings nicht in der Lage, die SPD-KPD-Regierungen in Sachsen und Thüringen in Arbeiterregierungen im Meyerschen Sinne umzuwandeln. Vielmehr wandten sich im sog. *Deutschen Oktober* 1923 die sozialdemokratischen Spitzen der Landesregierungen gegen Massenaktionen zu ihrer Verteidigung. Bei der Wahl zwischen Generalstreik gegen die eigene Absetzung durch das Militär und bürgerlicher Staatsräson zeigten sich die jeweilige linke Landes-SPD staatskonform.

Nach der *Oktoberniederlage* stand die Regierungsbeteiligung der KPD im Mittelpunkt der innerparteilichen Kritik der linkskommunistischen Opposition um Fischer/Maslow/Scholem. Ruth Fischer lehnte eine sog. „Einheitsfront von oben“ mit der SPD-Spitze ab, trat aber für eine gemeinsame Arbeiterregierung mit der SPD als Zwischenschritt zur Diktatur des Proletariats ein¹⁹⁵⁴.

Im Ruhrgebiet sah die linke Opposition in der Mitwahl eines SPD-Ministerpräsidenten in Sachsen, in der Unterstützung einer sozialdemokratischen Minderheitsregierung durch die KPD und in der eigenen Regierungsbeteiligung keinen Unterschied zum Eintritt von Kommunisten in eine sozialdemokratische Regierung¹⁹⁵⁵. Die dortige „Arbeiterregierung“ sei eine rein „parlamentarische Kombination“ gewesen. Im Unterschied zur moderat kommunistischen KPD-Bezirksleitung unter Stolzenburg/Graul forderten die linken Kommunisten nicht den Sturz und die Ersetzung der Regierung Cuno durch eine „Arbeiterregierung“¹⁹⁵⁶, sondern die Schaffung einer „revolutionären Arbeiterregierung“¹⁹⁵⁷. Fraglich blieb, ob sie mit der Diktatur des Proletariats gleichzusetzen sei, war doch auch nach Auffassung des linken Kommunisten Arthur König

¹⁹⁵³ Maslow, Arkadi, Die taktischen Differenzen in der KPD. Erläutert an den Parteitagsthesen des Leipziger Parteitags, in: Die Internationale, 7. Jg., Heft 2/3, Berlin 1924, S. 78 f.

¹⁹⁵⁴ Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt/M. 1995, S. 38.

¹⁹⁵⁵ Resolution der Opposition auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets in Essen am 25. März 1923, in: Vom Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, Berlin 1923, S. 9 f., IISG, Amsterdam, Collection Karl Korsch 347.

¹⁹⁵⁶ Kommunistische Partei Deutschlands. Bezirk Rheinland-Westfalen-Nord, Gegen das deutsche Kapital und die französischen Bajonette!, Essen Februar 1923, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/50, Bl. 18 f.

¹⁹⁵⁷ Resolution der Opposition auf dem Bezirksparteitag des Ruhrgebiets in Essen am 25. März 1923, in: Vom Leipziger Parteitag bis zum Oktober 1923, Berlin 1923, S. 9 f., IISG, Amsterdam, Collection Karl Korsch 347.

die „Diktatur des Proletariats“ nicht mit einer „Arbeiterregierung“ identisch¹⁹⁵⁸. Dagegen vertrat der Organisationssekretär der RKP(B), Josef Stalin, seit dem Mai 1923 für die „westlichen Komparteien“ eine erheblich gemäßigte Variante der Arbeiterregierung, nämlich die einer „Arbeiter-und-Bauern-Regierung“¹⁹⁵⁹.

Nach der *Oktoberniederlage* begründeten Vertreter der Unterbezirke Buer, Essen und der KPD-Frauenabteilung auf dem Bezirksparteitag der KPD des Ruhrgebiets vom 9.2.1924 ihre Kritik an der moderaten Parteizentrale mit deren falschen Anwendung der Einheitsfronttaktik¹⁹⁶⁰. Entsprechend schlug die neue linkskommunistische Bezirksleitung der Ruhr-KPD in der gewerkschaftlichen Einheit andere Töne als ihre moderat kommunistischen Vorgänger an. Die Kommunisten dürften keinen Kompromiss mit linken Sozialdemokraten eingehen, um rechte Sozialdemokraten aus den örtlichen Gewerkschaftsvorständen abzuwählen. Vielmehr gehe es darum, als KPD gegenüber der ganzen Sozialdemokratie Front zu beziehen¹⁹⁶¹. Ein Teil der linken Kommunisten lehnte die Anwendung der Einheitsfront gegenüber der Sozialdemokratie grundsätzlich ab¹⁹⁶². In der Ruhr-KPD forderten sie, die Parole der „Arbeiterregierungen“ fallen zu lassen¹⁹⁶³. Auch von einer „revolutionären Arbeiterregierung“ war nicht mehr die Rede. Die linken Kommunisten sahen es als Aufgabe der KPD an, sich vollkommen von der Bündnispolitik mit der Sozialdemokratie zu lösen¹⁹⁶⁴. Eine gemeinsame Konferenz der KPD-Bezirke Rheinland und Ruhrgebiet verabschiedete eine Resolution, in der der Bruch mit der bisherigen Einheitsfronttaktik begrüßt wurde. Die einzige Arbeiterpartei, die KPD, strebe die Diktatur des Proletariats an. Die SPD stehe aktiv auf Seiten der Konterrevolution¹⁹⁶⁵. Die neue linkskommunistische Mehrheit der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet unterzog die Politik der früheren moderat kommunistischen KPD-Zentrale unter Heinrich Brandler einer scharfen Kritik, die besonders deren Verhältnis zur SPD betraf. In der Partei habe unter Brandler/Thalheimer die Auffassung bestanden, dass die KPD nur in Verbindung mit der Sozialdemokratie Kämpfe und Aktionen durchführen könne. Infolgedessen sei die Rolle der Kommunistischen Partei in Vorbereitung auf die Revolution unterschätzt worden. Die SPD sei nicht nur „reformistisch“, sondern „offen konterrevolutionär“. Deshalb sei die

¹⁹⁵⁸ Spethmann, Das Ringen um die Kohle, S. 189.

¹⁹⁵⁹ Brief Stalins an Sinowjew zur Eroberung der politischen Macht durch die kommunistischen Parteien, [Moskau] 4.5.1923, Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 78, S. 277.

¹⁹⁶⁰ Bezirksparteitag Ruhrgebiet, [Essen] 9.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 3.

¹⁹⁶¹ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), Der Kommunistische Organisator, [Essen] 23.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

¹⁹⁶² Bezirksparteitag Ruhrgebiet, Düsseldorf 9.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 4.

¹⁹⁶³ Bezirks-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), Der Kommunistische Funktionär, 1. Jg., Nr. 8, Essen 19.3.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 1.

¹⁹⁶⁴ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), Der Kommunistische Organisator, [Essen] 23.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

¹⁹⁶⁵ Die Beschlüsse der Bezirkskonferenz K.P.D. Rheinland und Ruhrgebiet. Die Resolution zur gegenwärtigen Lage, zum Ruhrkampf und zu den nächsten Aufgaben, [Düsseldorf] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 4 f.

Hauptaufgabe der KPD die „völlige Vernichtung der Sozialdemokratie als Partei“¹⁹⁶⁶. Wie weit die Frontstellung gegenüber der SPD ging, zeigte die Denunziation der Regierung der englischen Labour-Party als „faszistische Arbeiterregierung“ Macdonald. Um die „Vernichtung der Sozialdemokratie“ zu erreichen, schlug 1924 die linke KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet die „Übernahme der Massen der SPD durch die KPD“ und „die Eroberung der Gewerkschaften“ vor¹⁹⁶⁷. Das waren leere Phrasen, denn die Übernahme der sozialdemokratischen Massen der SPD war ja das Kernproblem der Einheitsfronttaktik.

Zu ersten Verwerfungen über die Einheitsfrontfrage kam es unter den linken Kommunisten an der Ruhr im April und Mai 1925, als der gesellschaftspolitische Rechtsruck zu einer Orientierungskrise und zum Bruch innerhalb der linken Parteileitung führte. Aus der von Fischer/Maslow/Thälmann vertretenen sog. Volksblock-Theorie, die gegen die monarchistische Gefahr das Bündnis mit SPD und Zentrum suchte, leitete sich ab, dass die KPD eine Weimarer Koalitionsregierung in Preußen und im Reich gegen die Monarchisten dulden müsse¹⁹⁶⁸. Die Volksblocktheorie setzte theoretisch dort an, wo die Rathenau-Kampagne unter dem moderaten, kommunistischen KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer aufgehört hatte. In einem „Offenen Brief“ bot die KPD unter Ruth Fischer der SPD- und ADGB-Führung eine gemeinsame „Rote Front“ an¹⁹⁶⁹. Das lief auf eine „Einheitsfront nur von oben“ hinaus. Die Wende der eigentlich linkskommunistischen Parteiführung um Ruth Fischer/Maslow/Thälmann stießen auf erbitterten Widerstand bei einem Teil der linken Kommunisten um Scholem/Rosenberg, die an einer linken Auslegung der Einheitsfronttaktik festhielten. Auch sie unterstützten Massenaktionen gegen den deutschen Monarchismus. Ihre Kritik an der Volksblockpolitik Fischer/Maslow/Thälmanns lautete: „Spitzenverhandlungen“ dürften ein Ergebnis von Massenaktionen sein, aber Massenaktionen kein Ergebnis von Spitzenverhandlungen. Es sei unzulässig bei den Arbeitern Illusionen in ein Stadium zwischen der Herrschaft des Kapitals und der Diktatur des Proletariats zu wecken. Die KPD müsse an den Nöten der Massen anknüpfen, nicht aber an deren parlamentarisch-demokratischen Illusionen. Als einzige Arbeiterpartei sei die KPD im Stande, die Massen in den Kampf zu führen. In einer Phase des Rückgangs der Klassenkämpfe müsse es die KPD als ihre Hauptaufgabe ansehen, den Opportunismus zu bekämpfen. Der Schwerpunkt der Einheitsfrontpolitik der KPD müsse in den

¹⁹⁶⁶ Or.-Büro der KPD Bezirk Ruhrgebiet (Hrsg.), Der Kommunistische Organisator, [Essen] 23.2.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16957, Bl. 8.

¹⁹⁶⁷ K.P.D., Rundschreiben der KPD, Essen 16.9.1924, in: Die Polizeiverwaltung an den Herrn Regierungspräsidenten, Mülheim a. d. Ruhr, 19.9.1924, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 271.

¹⁹⁶⁸ Protokoll über die am 5. Mai stattgefundene Sitzung des Bezirksausschusses Ruhrgebiet, Essen [5.5.1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 20 f.

¹⁹⁶⁹ Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt/M. 1995, S. 42.

Gewerkschaften und Betrieben liegen und in einem Massenstreik gegen Hindenburg gipfeln. Dabei sollte gefordert werden: Auflösung der Reichswehr, der faschistischen Verbände und des Stahlhelms, Entmilitarisierung der Schutzpolizei, Amnestie für alle politische Gefangenen. Einzelne Gewerkschaften und Betriebe könnten sich an den ADGB wenden und eine Stellungnahme zu diesen Forderungen verlangen. Von einem offenen Bündnisangebot an die Gesamt-SPD einschließlich ihrer Parteiführung war bei Scholem/Rosenberg nur verklausuliert die Rede. Indem sie Angebote an die SPD, „die auf ein Aufgehen der KPD. in den schwarz-rot-goldenen Block hinauslaufen müssten“ ablehnten, blieb es offen, welche Anträge an die SPD zu stellen seien, die nicht darauf hinausliefen. Scholem/Rosenberg und Hans Weber lehnten zwar die Einheitsfronttaktik nicht grundsätzlich ab, aber schlugen mehr oder weniger offen eine Einheitsfront von unten vor. Angebote der KPD an einen Block aus Zentrum-Demokraten-SPD zu einer gemeinsamen Front mit Aktionen gegen die Hindenburg-Reaktion, wie von Fischer/Maslow/Thälmann vorgeschlagen, lehnten sie prinzipiell ab. Ein solcher Block existiere in Wirklichkeit nicht, sondern sei eine Erfindung sozialdemokratischer Journalisten. Das vorgeschlagene „Zusammengehen mit Zentrum, Demokraten und SPD. bei der Präsidentenwahl oder in der Preußenpolitik“ würde auf ein „rein parlamentarisches Manöver“ und „typisch opportunistische Politik hinauslaufen¹⁹⁷⁰. Tatsächlich hätte die Umsetzung der Einheitsfrontpolitik von Fischer/Maslow/Thälmann in die Praxis eine Art 'Volksfront', ein Bündnis der KPD mit traditionellen bürgerlichen Parteien, nicht etwa nur mit der bürgerlich-reformistischen SPD bedeutet. Der KPD-Führung unter Fischer/Maslow/Thälmann gelang es nicht, innerhalb der KPD einen Schwenk in der Einheitsfrontpolitik durchzusetzen.

Noch bevor der Thälmann-Anhänger Florin die Leitung der Ruhr-KPD Ende 1925 übernahm, hatte diese unter Wilhelm Schwan bei Wahlen der SPD die Aufteilung von Reststimmen vorgeschlagen¹⁹⁷¹. In Dortmund bot die KPD im September 1925 der SPD an, unter bestimmten Bedingungen den sozialdemokratischen Kandidaten bei der Bürgermeisterwahl zu unterstützen. Da die SPD die Bedingungen akzeptierte, stimmt die KPD dem Sozialdemokraten zu. Einen eigenen Kandidaten hatte sie nicht aufgestellt¹⁹⁷². Der Fall Dortmund wurde selbst auf der EKKI-Sitzung im März 1926 erwähnt. Ebenso wurde von den linken Kommunisten die Unterstützung der KPD im Provinziallandtag für den Sozialdemokraten Mehlich, nach Werner Scholem eine Art Noske des Ruhrgebiets, im

¹⁹⁷⁰ Scholem/Rosenberg, Erklärung, [Berlin] 15.4.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/65, Bl. 1 f.

¹⁹⁷¹ Punkt II der Tagesordnung. Einführung des neuen Pol-Sekretärs, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 51 f.

¹⁹⁷² [Bezirksleitung KPD Ruhr], An die Zentrale Polbüro, Essen 2.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/15, Bl. 84.

Bündnis mit SPD und „bürgerlichen Linksparteien“ denunziert¹⁹⁷³. Ende 1925 machte Wilhelm Florin nach Absprache zwischen den KPD-Bezirken Mittelrhein, Niederrhein und Ruhrgebiet den Vorschlag, in den Betrieben die „Einheitsfronttaktik von unten“ anzuwenden, um die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter für ein gemeinsames Vorgehen im Interesse des Ruhrproletariats zu gewinnen¹⁹⁷⁴.

Einen Höhepunkt in der neuen Einheitsfronttaktik der KPD-Leitung um Thälmann-Meyer/Ewert bildete 1925/1926 die Initiative zur Enteignung der Fürstenhäuser. Das ZK der KPD trat für die „Einheitsfront des werktätigen Volkes“ ein, womit auch andere Klassen als die Arbeiterklasse angesprochen werden sollten, und für eine „Arbeiter- und Bauernregierung“ ein¹⁹⁷⁵. Hier ging es nicht mehr darum, die SPD zu vernichten oder mit ihr Wahlabkommen zu treffen. Vielmehr sollte die Einheitsfront die christlichen Gewerkschaften und die außerhalb der Arbeiterklasse stehenden Kleinbauernorganisationen – nicht etwa die Verbände der Landarbeiter – einbeziehen.

Während die KPD-Bezirksleitung über gemeinsame Kundgebungen mit SPD und ADGB in Essen, Gelsenkirchen, Dortmund, Bottrop und Mülheim/Ruhr berichtete¹⁹⁷⁶, gestaltete sich die tatsächliche Beteiligung der Sozialdemokratischen Partei nicht so einfach wie behauptet. Anfang 1926 fanden Demonstrationen in Duisburg und Essen ohne größere sozialdemokratische Beteiligung statt. Nur in Ausnahmefällen wie in Oberhausen-Sterkrade demonstrierten KPD und SPD gemeinsam für die Fürstenenteignung¹⁹⁷⁷. In den überwiegend kommunistisch geprägten Demonstrationen waren wie z. B. in Essen die Transparente mehr antifeudal als antikapitalistisch gehalten: „Die Fürsten sollen stempeln gehen“, „keinen Pfennig den Fürsten“, „den Fürsten Millionen, den Arbeitern und Beamten nichts“¹⁹⁷⁸. Auch Sprechchöre wie „Nieder mit dem Holzhacker Wilhelm II. und dem Hurenbengel von Oels. Nieder mit der venerischen Fürstenbrut“ ließen keine

¹⁹⁷³ Scholem, Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 80.

¹⁹⁷⁴ Florin, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung vom 12. Dezember 1925, [Essen Dezember 1925], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/6, Bl. 21.

¹⁹⁷⁵ Zentral-Komitee der kommunistischen Partei Deutschlands, Heraus zum 27. Januar, Essen o. D., LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 205 f. Der Unterschied zwischen Werktätigen und Arbeitern, zwischen Arbeiterregierung und Arbeiter- und Bauernregierung scheint Wilde nicht klar zu sein, vgl. Wilde, Ernst Meyer, S. 443.

¹⁹⁷⁶ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Org. Abteilung, Organisationsbericht des Bezirks Ruhrgebiet für den Monat Juni 1926, Essen 22.6.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 95.

¹⁹⁷⁷ Der Regierungspräsident an den Herrn Minister des Innern, Düsseldorf 19.2.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, S. 240 f.

¹⁹⁷⁸ Der Landrat, An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Betr.: Demonstrationzug am 27.1.1926, Opladen 3.2.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 238 f; Bürgermeister der Stadt Hilden (Abschrift), An den Herrn Landrat in Düsseldorf, Hilden 28.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 227; Polizeipräsident, An Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Telegraphische Verfügung vom 26.1.26 – C.B.II 568 – betreffend kommunistische Demonstrationen am 27.1.26, Essen 30.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 224.

antikapitalistische Stoßrichtung erkennen¹⁹⁷⁹. Das konnte in Essen, dem Sitz der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet, kein Zufall sein. Vorbehalte in manchen KPD-Ortsgruppen gegen die antifeudale politische Stoßrichtung der Fürsten-Kampagne könnten erklären, dass in Orten wie Dinslaken die KPD so gut wie nicht aktiv wurde¹⁹⁸⁰. Bewaffnete Zusammenstöße mit der Polizei wie in Rheinhausen, als mehrere hundert Mitglieder des *Rotfrontkämpferbundes (RFB)* eine Versammlung von *Stahlhelm* und *Bismarckbund* sprengen wollten, bildeten die Ausnahme¹⁹⁸¹. Die überwiegend antifeudale Ausrichtung der KPD-Kampagne war vom Zentralkomitee der Partei vorgegeben worden. Dabei musste die KPD aufpassen, nicht von der SPD links überholt zu werden. Denn während z. B. der KPD-Redner Hassel in Hamborn vor 1.500 Personen für die „Einigkeit des werktätigen Volkes“ eintrat¹⁹⁸², begrüßte auf einer gemeinsamen Kundgebung in Oberhausen-Sterkrade der SPD-Vorsitzende Zimmermann in seiner Ansprache die Herstellung der „Einheitsfront“ SPD-KPD gegen die Fürstenabfindung¹⁹⁸³. Manche kommunistische Sprechchöre wie z. B. auf der Demonstration in Essen konnten nicht einmal den Anspruch stellen, politisch zu sein. Zudem musste die Forderung nach einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ im hoch industrialisierten Ruhrgebiet unverständlich bleiben. Immerhin fand die Kampagne zur Enteignung der Fürsten ein breites Echo in der Bevölkerung, die der KPD-Initiative mit 14,4 Millionen JA-Stimmen ein gutes Abstimmungsergebnis einbrachte¹⁹⁸⁴. In Dortmund befürworteten am 20. Juni 1926 ca. 56 Prozent der Abstimmenden die Enteignung¹⁹⁸⁵. Die Volksentscheidkampagne der KPD erntete die massive Kritik der linken und radikal linken Kommunisten. Während im März 1926 auf dem EKKI die oppositionellen radikal linken Kommunisten der KPD noch uneins über die Haltung zum Volksentscheid waren – Werner Scholem argumentierte dafür, Engel von der *Weddinger Opposition* äußerte Bedenken¹⁹⁸⁶ – verschärfte sich die Kritik. Zwar nahm die *Gruppe Kommunistische Politik*

¹⁹⁷⁹ Polizeipräsident, An Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Telegraphische Verfügung vom 26.1.26 – C.B.II 568 – betreffend kommunistische Demonstrationen am 27.1.26, Essen 30.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 226.

¹⁹⁸⁰ Der Landrat des Kreises Dinslaken, An Herrn Regierungspräsidenten Düsseldorf, Betrifft: Kommunistische Demonstrationen, Dinslaken 30.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 225. Deutlich linker als in Essen trat die Kommunistische Partei in Neuss im KPD-Bezirk Niederrhein auf. Dort trug man Transparente wie: „Für Enteignung der Fürsten und Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung“, ertönten Sprechchöre wie „Wir wollen Arbeit und Brot“. Vor fünfhundert Demonstranten rief ein kommunistischer Redner zum Kampf für die Weltrevolution auf, vgl.: Oberbürgermeister an Herrn Regierungspräsidenten Düsseldorf, Neuss 29.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 199 f.

¹⁹⁸¹ Die Polizeiverwaltung/Der Bürgermeister (Abschrift), An den Herrn Landrat in Moers, Rheinhausen 27.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 222.

¹⁹⁸² Der Oberbürgermeister, An den Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Hamborn a. Rhein, 28.1.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 215 f.

¹⁹⁸³ Der Regierungspräsident an den Herrn Minister des Innern, Düsseldorf 19.2.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, S. 241.

¹⁹⁸⁴ Flechtheim, KPD, S. 185.

¹⁹⁸⁵ Graf, Hans, Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund, Hannover/Frankfurt am Main 1958, S. 33.

¹⁹⁸⁶ Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 78 und S. 107.

anfangs positiv Bezug auf eine Mitarbeit in der Volksentscheidkampagne zur Enteignung der Fürsten¹⁹⁸⁷, sprach sich aber später dagegen aus¹⁹⁸⁸. In der Historischen Kommunismusforschung z. B. bei Bois gilt die Einheitsfrontpolitik der KPD-Führung um Thälmann-Meyer/Ewert zur Fürstenenteignung als „herausragendes Beispiel“, da sich die KPD aus ihrer gesellschaftlichen Isolation befreit habe¹⁹⁸⁹. Doch während sich die Kommunistische Internationale unter Lenin und Trotzki für die „Einheitsfront der Arbeiter“ gegen die Offensive des Kapitals einsetzte, war die „Einheitsfrontpolitik“ der KPD 1925/1926 klassenübergreifend. Im Kampf gegen den Adel suchte sie das Bündnis mit dem Bürgertum. Die Kampagne der KPD zur Fürstenenteignung war nicht anti-kapitalistisch, sondern eine frühe Vorwegnahme der viel später einsetzenden Volksfrontpolitik¹⁹⁹⁰.

Nach der Reichstagswahl im Mai 1928, die eine Koalitionsregierung unter Führung der SPD hervorbrachte, entschied sich die Regierung des Sozialdemokraten Hermann Müller für den Bau eines Panzerschiffes. Dagegen initiierte die KPD ein Volksbegehren, das ähnlich wie die Kampagne zur Fürstenenteignung angelegt war, was die *Gruppe Kommunistische Politik* im Ruhrgebiet zu dem Kommentar veranlasste, es habe sich um eine „ungeheure Pleite“ gehandelt. Die revolutionäre Arbeiterschaft „war an diesem Schwindel der KPD., bürgerlichen Pazifisten und Friedensgesellschaft, nicht beteiligt“¹⁹⁹¹. Doch während die Kampagne zur Fürstenenteignung eine Kampagne der KPD mit der SPD war, war die Kampagne gegen den Panzerschiffbau eine Kampagne gegen eine sozialdemokratisch geführte Regierung. Am KPD-Volksbegehren beteiligten sich nur 1,2 Millionen Menschen, womit ein Volksentscheid schon im Ansatz gescheitert war¹⁹⁹². Die KPD erzielte damit 2 Millionen Stimmen weniger Stimmen als in der Reichstagswahl vom Mai 1928¹⁹⁹³. Das war kein gutes Ergebnis.

Die Einheitsfrontpolitik der KPD in der Phase 1919 bis 1928 entwickelte sich nicht entlang eines roten Fadens, sondern fiel von einem Extrem ins andere. Die moderaten Kommunisten neigten bei Einheitsfront und Arbeiterregierung zu einem gleichberechtigten

¹⁹⁸⁷ Resolution zur Politik u. Taktik der KPD u. der Komintern (Plattform der Linken), in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 2, Berlin Mitte April 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

¹⁹⁸⁸ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. [zwischen Juli und November 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 80.

¹⁹⁸⁹ Bois, Linke Opposition, S. 170 f.

¹⁹⁹⁰ Der Absatz wurde bereits publiziert, in: Berens, Peter, Neues aus der Historischen Kommunismusforschung, in: Inprekorr/Die Internationale, Bülsum März/April 2015, S. 57.

¹⁹⁹¹ Mitteilungsblatt. Gruppe Kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 3, Bocholt 26.10.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 94.

¹⁹⁹² Winkler, Schein der Normalität, S. 545.

¹⁹⁹³ Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 630 f.

Bündnis mit der bürgerlich-reformistischen SPD (Rathenau-Kampagne 1922, Regierungsbeteiligungen 1923 in Sachsen und Thüringen, Fürstenenteignung 1926, Panzerkreuzerkampagne 1928) und sogar zu einem Bündnis mit Nationalisten (Schlageter-Kurs 1923). Die Einheitsfront wurde von der Taktik zur Strategie, die phasenweise die spätere klassenübergreifende Volksfrontpolitik vorwegnahm, nicht ohne sich zwischendurch ultralinks zu verhalten (Kapp-Putsch 1920; sog. Einheitsfront *nur von unten* Ende 1923). Verweigerten linke Kommunisten die Zusammenarbeit mit der SPD *von oben* (1924), so waren sie doch nicht vor einem opportunistischen Herangehen gefeit (Volksblocktheorie 1925). Die phasenweise vorbildliche Einheitsfrontpolitik der linkskommunistischen Führung der Ruhr-KPD (1919 Streiks für Sozialisierung, 1920 gegen den Kapp-Putsch), die eine defensive wie offensive Anwendung der Einheitsfront beinhaltete, wurde weder im Revier, noch von der KPD-Zentrale, noch von der Komintern verarbeitet¹⁹⁹⁴.

Nach ihrem Ausschluss aus der KPD propagierten die radikal linken Kommunisten die Einheitsfrontpolitik, die sie schon in der Partei gefordert hatten. Beim reichsweiten Aufmarsch der reaktionären Kriegsveteranen des *Stahlhelm* am 7./8. Mai 1927 in Berlin sprach sich die *Gruppe Kommunistische Politik* für die Bildung einer geschlossenen Front des Proletariats aus, lehnte aber eine Einheitsfront mit der Sozialdemokratie, dem ADGB und der überwiegend sozialdemokratischen Kampfformation *Reichsbanner* ab. Das war die *Einheitsfront von unten* des Proletariats bei Ablehnung einer *Einheitsfront von oben* mit der sozialdemokratischen Führung¹⁹⁹⁵. Das zentrale Flugblatt gab das allgemeine Herangehen der GKP an die Einheitsfront wieder.

5.6 Kritik an der KPD-Bürokratie

Bereits im Dezember 1917 war die internationale revolutionäre Bewegung von der Sowjetunion mit 2 Mio. Rubel unterstützt worden¹⁹⁹⁶. Finanzielle Zuwendungen an die KPD erfolgten unmittelbar nach ihrer Gründung¹⁹⁹⁷. Die umfangreichen Finanzhilfen der

¹⁹⁹⁴ Die Einheitsfronttaktik der Komintern beruhte in Bezug auf Deutschland auf der defensiven Phase des zweiten Halbjahres 1922, die Paul Levi und Karl Radek politisch verarbeitet hatten.

¹⁹⁹⁵ Gruppe Kommunistische Politik, An das Proletariat von Berlin, Berlin o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/8/82, Bl. 154.

¹⁹⁹⁶ Erlass des Vorsitzenden des Rats der Volkskommissare (Lenin) und des Volkskommissars für auswärtige Angelegenheiten (Trotzki) zur Unterstützung des linken, internationalistischen Flügels der Arbeiterbewegung, Moskau 11. (24.)12.1917, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 1a, S. 43.

¹⁹⁹⁷ Abkommandierung von Alfred Kurella zur Überbringung von Gegenständen im Wert von 300.000 Rubel an die KPD und die KP Österreichs, Moskau 22.7.1919, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 16, S. 91; Aus der Kostenaufstellung der Exekutive der Komintern für die kommunistischen Parteien und sympatisierenden Bewegungen in einzelnen Ländern von April bis August

Komintern an die KPD übertrafen um ein Vielfaches deren geringes Beitragsaufkommen¹⁹⁹⁸. An der Abhängigkeit, die damit geschaffen wurde, die „korrumpiert“ und „demoralisiert“¹⁹⁹⁹, kam frühzeitig in der Komintern Kritik auf. Doch die Finanzierung von außen wurde immer umfangreicher²⁰⁰⁰. Trotz zwischenzeitlicher Kürzungen erhielt die KPD weiterhin hohe Finanzhilfen, die nun vom Politbüro der WKP(B) beschlossen wurden²⁰⁰¹. Diese wurden spätestens ab April 1924 – also noch unter dem KI-Vorsitzenden Sinowjew – gezielt im Zusammenhang mit den Fraktionskämpfen in der WKP(B) und KPD eingesetzt²⁰⁰². Zusätzliche Gelder empfing die KPD für Kampagnen und Verlagstätigkeit²⁰⁰³. Durch die Schulden bei der Komintern war die KPD nicht nur finanziell erpressbar, sondern ihr umfangreicher Apparat war fremdfinanziert, d. h. die Hauptamtlichen der KPD, ihrer Massen- und Hilfsorganisationen waren materiell abhängig.

Für 1927 wurde der Apparat der KPD von Hermann Weber auf 2.348 Beschäftigte bei der Kommunistischen Partei und 3.736 Beschäftigte bei Konsumgenossenschaften und Sowjetinstitutionen in Deutschland beziffert. Davon machten die fünfhundert direkt bezahlten KPD-Funktionäre nur einen kleinen Teil aus²⁰⁰⁴. Die Einschätzung Webers ist nicht so weit von der der *Gruppe Kommunistische Politik* entfernt, die in einer umfangreichen Analyse des Parteiapparats im Mai 1926 von viertausendvierhundert bezahlten Hauptamtlichen in der KPD und in den von ihr abhängigen Organisationen, kommunistischen Parlamentariern, Gewerkschaftsfunktionären und Beschäftigten in den

1919, Moskau 18.8.1919, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 17, S. 92 f.; Notiz von Jan Berzin an Sinowjew zur Finanzierung der kommunistischen Parteien durch Sowjetrussland, Moskau 28.8.1919, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 19, S. 95 f.; Empfangsbestätigung des Kuriers Leontij Osipov über Schmuck und Juwelen für die KPD, Moskau 29.10.1919, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 20, S. 97.

¹⁹⁹⁸ Die Zuschüsse der Komintern als Haupteinnahmequelle: Finanzbericht der Zentrale der KPD für den Zeitraum 1918-1920, [Berlin] 1.7.1920, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 25, S. 110.

¹⁹⁹⁹ Diskussion über die Verteilung von Komintern-Geldern: Aus den Berichten der Komintern-Exekutive, Moskau 8.8.1920, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 28, S. 117 f.

²⁰⁰⁰ Schreiben von Rejch an Sinowjew über den Erhalt des „Frankfurter Fonds“, [Berlin] 19.8.1921, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 52a, S. 194.

²⁰⁰¹ Beschluss des Politbüros des ZK der KP Russlands zur drastischen Kürzung der Zuweisung von Geldmitteln an die KPD, Moskau 14.7.1924, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 113, S. 395 f.; Beschluss des Politbüros der KP Russlands zur Finanzierung der kommunistischen Parteien, Moskau 24.12.1924, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 119, S. 411 f.

²⁰⁰² Brief Georgij Sinowjews an Dimitri Manuïlski über die Lage in der KPD, [Moskau] 24.4.1924, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 108a, S. 379; Nachfragen Stalins an Pjatzitzki zur Personalpolitik, Säuberung und Geldverteilung in Komintern-Angelegenheiten, [Moskau] 16.3.1926, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 144, S. 495.

²⁰⁰³ Anfrage des Schatzmeisters der Komintern zur Finanzierung der Fürstenenteignungskampagne der KPD, [Moskau] 1.6.1926, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 152, S. 508; Geheimer Beschluss der Komintern zur 'parteilosen Verlagstätigkeit' und zum Vertrieb der Literatur im nichtkommunistischen Umfeld, [Moskau] Juni 1926, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 153, S. 509 f.

²⁰⁰⁴ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 31.

Sowjetinstitutionen ausging²⁰⁰⁵. Für die linken Kommunisten um Fischer/Maslow/Urbahns bestand die KPD in Berlin im Oktober 1927 aus eintausend hauptamtlich Angestellten bei insgesamt dreizehntausend KPD-Mitgliedern²⁰⁰⁶. Nicht von ungefähr bezeichneten einige linke Kommunisten schon 1924 die KPD-Führung als „Parteibürokratie“²⁰⁰⁷. Mit den Erfahrungen der *Reorganisation* wurde daraus die von den radikal linken Kommunisten benutzte Charakterisierung als „Arbeiterbürokratie in der KPD“²⁰⁰⁸. Unter den von Hermann Weber geschätzten zwanzig- bis dreißigtausend Aktivisten²⁰⁰⁹ der Kommunistischen Partei besaß die Bürokratie einen entscheidenden Einfluss.

1923/1924 bestand der hauptamtliche Apparat der KPD im Bezirk Ruhrgebiet aus einem Politischen Sekretär, einem Organisationssekretär, einem Gewerkschaftssekretär, acht Unterbezirkssekretären, einer Hilfskraft (halbtags), drei Volontären der Bezirksleitung, zwei Volontären für die UB-Sekretäre, zehn Redakteuren und einem Volontär der Redaktion. Das waren zusammen sechsundzwanzig Vollzeitkräfte und eine halbe Kraft²⁰¹⁰. Anfang 1926 arbeiteten in der Bezirksleitung der KPD Ruhr – ohne die Zeitungsredaktion – sechs Sekretäre, ein Kassierer, drei Stenotypisten und zwei Kuriere²⁰¹¹. Dazu kamen die Sekretäre der Unterbezirksleitungen. Es handelte sich hierbei nur um den engeren Parteiapparat. Das mag wenig erscheinen, beschäftigte doch allein das Sekretariat des ZK der KPD ca. einhundert Angestellte²⁰¹². Die These des Historikers Jean-Jacques Marie, dass „in Zeiten revolutionärer Umwälzung“ Apparate „marginal“ seien, „in Perioden der Stabilisierung oder der Ermüdung“ vorrangig werden²⁰¹³, scheint damit für die Ruhr-KPD widerlegt. Denn ihr Apparat war im revolutionär angehauchten Jahr 1923 nicht wesentlich kleiner als 1926 im Jahr der politischen Stagnation.

Doch die Parteibürokratie war auch im Ruhrgebiet erheblich umfangreicher. Im Mai 1926

²⁰⁰⁵ [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

²⁰⁰⁶ Aus der Partei. Resolution der Weddinger gegen die Zellen, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 33, Berlin 28.10.1927, S. 178, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²⁰⁰⁷ Scholem, Skizze, S. 134.

²⁰⁰⁸ [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

²⁰⁰⁹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 31.

²⁰¹⁰ [Aufstellung der Bezirke], o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 101.

²⁰¹¹ [KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet], Reorganisationsplan für die Bezirksorganisation, [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 14 f.; [Bezirksleitung Ruhrgebiet der K.P.D.], Rundschreiben (Abschrift), Bezirksleitungssitzung. Beschlüsse des Polbüros, [Essen] 30.11.[1925], in: Der Regierungspräsident, An die Herren Polizeipräsidenten in Essen und Oberhausen, die Pol. Verwaltungen Duisburg und Hamborn sowie die Polizeiverwaltung in Moers d. d. Herrn Landrat in Moers, Düsseldorf 22.12.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 108.

²⁰¹² Weber, Thälmann-Skandal, S. 109.

²⁰¹³ Marie, Jean-Jacques, Stalin und der Stalinismus: Rückkehr zu den Ursprüngen, [Paris 2004], in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, Berlin 2004, S. 19.

veröffentlichte die Korsch-Gruppe eine Analyse der KPD, nach der im Ruhrgebiet von elftausend Parteimitgliedern dreihundert hauptamtlich arbeiten würden. Darin eingerechnet waren der eigentliche Parteiapparat, Druckereien und Verlage, Buchhandel, Nebenorganisationen, kommunistische Angestellte in Gewerkschaften, Genossenschaften und Krankenkassen und freigestellte Parlamentarier. Demnach wies der KPD-Bezirk Ruhr nach den Bezirken Berlin, Hamburg, Halle-Merseburg und Niederrhein einen der stärksten Apparate innerhalb der Kommunistischen Partei auf.

Die Gehälter der Parteiangestellten im Ruhrbezirk betrugen 1926 monatlich vierhundert Reichsmark, wozu noch Nebeneinkünfte kamen²⁰¹⁴. Die linksoppositionellen Kommunisten in Dortmund warfen dem dortigen KPD-Lokalredakteur Smechtala vor, an seinem mit 400 Reichsmark dotierten Posten zu kleben²⁰¹⁵. Damit lebten die Hauptamtlichen der KPD „ungleich besser, als die Masse der kommunistischen Mitglieder“. Die allermeisten der Hauptamtlichen seien ehemalige Arbeiter, die in der revolutionären Nachkriegsphase aus den Betrieben geflogen seien. „Die Angst vor der Rückkehr in die Erwerbslosigkeit ist gerade unter diesen Leuten sehr stark, da sie früher oft großes Elend erduldet haben (...)“²⁰¹⁶. Verbunden mit der Kritik an den materiellen Einkünften war die an der politischen Gesinnung im hauptamtlichen Apparat. Anfang 1924 hätten neunzig Prozent des KPD-Apparats die moderate Politik Brandlers unterstützt. Entsprechend verkleinerten die linken Kommunisten nach dem Frankfurter Parteitag den Parteiapparat²⁰¹⁷.

In der KPD waren bürokratische Methoden weit verbreitet. Nach ihrem Bruch im Mai 1925 mit der KPD-Leitung um Ruth Fischer hatten die radikal linken Kommunisten deren Allmacht „als absolute Monarchin, hemmungsloser als eine dynastische Despotin“ kritisiert, die mit „Lüge, Intrige und Terror“ die KPD regiere: „Die Partei ist ihr Privateigentum geworden“²⁰¹⁸. Auch die linken Kommunisten, die Anhänger der Fischer-Führung gewesen waren, entwickelten eine antibürokratische Kritik. Wie bereits erwähnt, hatte 1926 auf dem Bezirksparteitag der KPD Ruhr die linksoppositionelle Ortsgruppe Wattenscheid den Antrag gestellt, dass niemand gegen den Willen der jeweils zuständigen Zelle, Ortsgruppe, Straßenzelle und des Arbeitsgebiets als Parteiangestellter eingesetzt werden dürfe²⁰¹⁹. Auf dem KPD-Bezirksparteitag ein Jahr später fiel die linke Kritik erheblich schwächer aus, als linke Oppositionelle dem Funktionär Gustav Sobottka

²⁰¹⁴ Arbeitsgebietsleitung Gelsenkirchen durch Stadtdelegiertenkonferenz, Antrag 11, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 64 f.

²⁰¹⁵ Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 32, Berlin 21.10.1927, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²⁰¹⁶ [Korsch, Karl], Partei im Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 5, Berlin Ende Mai 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

²⁰¹⁷ Hoffrogge, Scholem, S. 270.

²⁰¹⁸ Brief von Iwan Katz an Sinowjew über die Zustände in der KPD unter Ruth Fischer, Berlin 29.6.1925, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 127b, S. 451.

²⁰¹⁹ Ortsgruppe Wattenscheid, Antrag 1, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 63 f.

vorwarfen, er habe Sitzungsgelder aus seiner KPD-Stadtratstätigkeit unterschlagen²⁰²⁰. Die Mitgliederversammlung von Sobottkas Ortsgruppe Wanne-Eickel beantragte ein halbes Jahr später den Ausschluss ihres Landtagsabgeordneten aus der KPD, weil er im Stadtrat eine Gehaltserhöhung des Finanzdezernenten befürwortet hatte²⁰²¹. Die 1927 auf dem Bezirksparteitag der KPD-Ruhr gleichfalls auftretende *Opposition Entschiedene Linke* stellte die Frage grundsätzlicher, als sie in ihrer Resolution für die Senkung der Gehälter der Parteiangestellten auf das Niveau eines qualifizierten Arbeiters eintrat²⁰²². Im Herbst 1928 sprach die *Gruppe Kommunistische Politik* im Bezirk Ruhrgebiet davon, dass „die KPD. mit der Zeit dazu überging nach bürgerlichen Muster, mehrere Gehaltstufen für die Angestellten einzusetzen“. Das Monatseinkommen der „oberen Angestellten“ bezifferte die GKP auf „ungefähr 900 Mark im Monat“. Die KPD habe wie die SPD „einen festen Beamtenapparat“ aufgebaut, was einen „sehr großen Schritt zur Verbürgerlichung der Partei“ darstelle. Die GKP Ruhr kam zu der Schlussfolgerung:

„Auf Grund dieser besseren finanziellen Sicherstellung verlor die Schicht der Führung der Partei vollkommen die Fühlung mit der breiten Mitgliedschaft und vor allen Dingen mit der Arbeiterklasse überhaupt. Die Führerschicht der KPD. entwickelte sich daher zu einer Kaste, ganz nach dem Vorbild ihres großen Bruders der SPD (...) Durch die sogenannten überparteilichen Organisationen wurden nur der Parteibonzokratie angenehmen Personen in den bezahlten Posten gegeben, die dann auch gezwungen waren, sich immer und in allen Situationen für ihre Brotherren einzusetzen (...) Durch diese Methoden sicherte sich die Parteibonzokratie die Herrschaft über die KPD. (...)“²⁰²³

Demgegenüber kam 1925 im Ruhrgebiet ein Bergarbeiter (Hauer) auf ca. 200 bis 210 Reichsmark (RM), ein ungelernter Metallarbeiter auf ca. 135 RM und ein Facharbeiter in der Metallindustrie auf ebenfalls ca. 200 RM²⁰²⁴. Die Besetzung der bezahlten Stellen im KPD-Apparat sicherte den dafür vorgesehenen ein Einkommen, das weit über dem eines Bergarbeiters oder eines gelernten Metallarbeiters lag. Zudem bot der Apparat in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit Vollbeschäftigung. Deshalb waren die hauptamtlichen Stellen

²⁰²⁰ Otto Lange, H. Heer, H. Bergmann, Graulidat, Resolution zur Lage im Bezirk, [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 12 f.

²⁰²¹ Wenn Mitglieder wirkliche Ausschlußanträge stellen, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 27, Berlin 19.9.1927, S. 128, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²⁰²² Restetzki, Resolution zur innerparteilichen Lage der KPD (Eingebracht von den entschiedenen Linken Ruhrgebiet), [Bochum 5./6.2.1927], SAPMO Berlin 1/I 3/18-19/2, Bl. 9 f.

²⁰²³ Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 2, Bocholt 12.10.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 89 f.

²⁰²⁴ Zahlen berechnet nach Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 276 f.

begehrt²⁰²⁵. Der KPD-Apparat, finanziell abhängig von der Komintern und der Sowjetunion, der den hauptamtlichen Funktionären eine erheblich bessere soziale Lage bot, als sie als Arbeiter gehabt hatten, wurde unter Thälmann-Meyer/Ewert zur privilegierten Parteibürokratie. Das machte die Hauptamtlichen von der jeweiligen Bezirksleitung bzw. KPD-Zentrale abhängig, die dies ausnutzte. Die linken Oppositionellen Nowak, Kelch und Petrasch, die nach ihrer Absetzung als UB-Sekretäre als Inserentensammler im Akquisiteurgeschäft der *Rot-Front-Zeitung* arbeiteten, wurden wegen oppositioneller Tätigkeit von der KPD entlassen, womit ihnen die materielle Lebensgrundlage entzogen wurde²⁰²⁶. Als das *Ruhrecho* 1927 oppositionelle linke Kommunisten als „Agenten Chamberlains“ und „Konterrevolutionäre“ diffamierte, reichte dort der radikale Linkskommunist Felix Szymczak und Mitglied der KPD-Bezirksleitung einen Artikel über die „konterrevolutionäre Rolle der Parteibürokratie“ ein. Die Veröffentlichung wurde abgelehnt²⁰²⁷.

Zur finanziellen Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion und der Komintern, zu der besseren Bezahlung für freigestellte Hauptamtliche und zum Hinausschmiss von linken Oppositionellen aus ihren hauptamtlichen Stellungen kam der vom Parteiapparat kontrollierte Personalwechsel unter den Hauptamtlichen selbst.

Zwar setzte sich die Bevölkerung des Ruhrgebiets in den 1920er Jahren zu einem erheblichen Teil aus Zugewanderten zusammen, die aus vielen Ecken Deutschlands ins Bergarbeiterrevier strömten. Doch führende linke Kommunisten wie Max Schütz, Arthur König und Wilhelm Schwan waren im Ruhrgebiet schon vor dem Ersten Weltkrieg politisch aktiv gewesen. König gehörte der Ruhr-SPD seit 1904 an, Schwan seit 1912 und Schütz seit 1913. Arthur König war 1922 zum Sekretär des KPD-Unterbezirks Dortmund, Schütz 1921 zum UB-Sekretär von Gelsenkirchen und Schwan zum Sekretär des Unterbezirks Duisburg gewählt worden. Ab 1922 traten sie als Sprecher der linken Kommunisten in der Ruhr-KPD auf. Es war durchaus verständlich, dass König und Schütz an die KPD-Zentrale in Berlin abgegeben wurden, als die Linke 1924 die Parteiführung übernahm. Völlig unerwartet für die Mitglieder der Bezirksleitung Ruhr versetzte jedoch die KPD-Zentrale den Polleiter Kurt Rosenbaum zum KPD-Bezirk Halle-Merseburg²⁰²⁸. Schwan blieb 1924 als Einziger des Führungsquartetts im Ruhrgebiet und übernahm dort

²⁰²⁵ Hoffrogge, Scholem, S. 272.

²⁰²⁶ Bezirksleitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung am 12.4.1926, Essen 15.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 14.

²⁰²⁷ Szymczak/Restetzki/Gonschker, An die Arbeiterschaft von Buer. Weg mit der Dreckschleuder 'Ruhrecho'!, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 40, Berlin Mai 1927, S. 4, Institut für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075. „Gonschker“ ist ein Druckfehler und muss Jonschker heißen.

²⁰²⁸ Sitzung des Bezirksausschusses vom 20.12.1924, [Essen Dezember 1924], SAPMO, RY 1/I 3/18-19/5, Bl. 8.

die Stellung des Politischen Leiters. Während Albert Stolzenburg von 1920 bis 1924 Vorsitzender des Bezirks Rheinland-Westfalen-Nord, d. h. der KPD im Ruhrgebiet, war, wechselten dort ständig die Politischen und organisatorischen Leiter:

Politische Leiter der KPD im Bezirk Ruhrgebiet		
Name	von	bis
Ficks ²⁰²⁹	1919	1920
Arthur König ²⁰³⁰	1920	
Paul Franken	1920	1921
Ernst Graul ²⁰³¹	1921	1922
Karges	1922	1/1923
Ernst Graul	3/1923	3/1924
Kurt Rosenbaum	3/1924	6/1924
nicht besetzt	6/1924	8/1924
Gustav R(eicher)	8/1924	11/1924
Theodor Neubauer	12/1924	5/1925
Wilhelm Schwan	7/1925	10/1925
Wilhelm Florin	10/1925	12/1932

Gustav R(eicher), Theodor Neubauer und Wilhelm Florin wurden von der jeweilig amtierenden KPD-Zentrale als Polleiter ins Ruhrgebiet geschickt. Sie waren in anderen Teilen Deutschlands zur Arbeiterbewegung gestoßen. Dass eine solche Versetzung völlig schief gehen konnte, hatte der Fall Gustav R(eicher) gezeigt, der mit den Verhältnissen im Ruhrgebiet nicht vertraut und in seiner Funktion als Politischer Leiter überfordert war.

Organisatorische Leiter der KPD Ruhrgebiet		
Name	von	bis
Eugen Eppstein	1919	1921
Unger (Imajelow) ²⁰³²	1922	1/1923
Johann Makowski	3/1923	3/1924
Wilhelm Schwan	3/1924	5/1925
Wilhelm Hassel	5/1925	12/1926
Wilhelm Kropp ²⁰³³	12/1926	8/1928
August Creutzburg	8/1928	7/1929

In der politischen bzw. organisatorischen Leitung der Ruhr-KPD wurden Schwan und Makowski durch Funktionäre (Florin; Hassel, Kropp, Creuzburg) abgelöst, die nicht im Ruhrgebiet politisch sozialisiert worden waren. Diese versuchten in dem ihnen fremden

²⁰²⁹ Lucas, Der bewaffnete Aufstand, S. 71.

²⁰³⁰ Losowski, [Diskussion], Petrograd/Moskau 1922, in: Protokoll des Vierten Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923), S. 534.

²⁰³¹ Landesarchiv NRW Duisburg, RW 58/71001, Gestapoakte Ernst Graul, Bl. 3.

²⁰³² Der Polizei-Präsident, An den Regierungspräsidenten in Arnsberg, Betrifft: Unterbezirkskonferenz der Union der Hand- u. Kopfarbeiter in Gelsenkirchen am 30. Juli 1922, Gelsenkirchen 8.8.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 44. Unger war Stellvertreter von Graul.

²⁰³³ Kropp hielt z. B. den Organisationsbericht auf dem Bezirksparteitag Ruhr 7./8.1.1928, vgl. Der Bericht vom Bezirksparteitag, in: Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften, 4. Jg., Nr. 15, Dortmund 18.1.1928, S. 6.

Berg- und Stahlarbeitermilieu Fuß zu fassen und waren dadurch in besonderem Maße auf die KPD-Zentrale angewiesen, die sie bezahlte und von der sie abhängig waren. Sowohl Hassel, der die *Erklärung der Siebenhundert* unterschrieben hatte, wie auch der radikal linke Neubauer passten sich nach ihrer Absetzung als Organisationsleiter bzw. Polleiter der Ruhr-KPD der Thälmann-Führung an.

Zunächst waren Versetzungen von KPD-Funktionären ins Ruhrgebiet Einzelfälle gewesen. Walter Duddins war 1922 als KPD-Jugendsekretär ins Ruhrgebiet gekommen. Die Ruth-Fischer-Zentrale hatte einige linkskommunistische KPD-Funktionäre ins Ruhrgebiet geschickt, um sie vor polizeilicher Verfolgung zu schützen. Franz Riegg arbeitete ab 1924 illegal als Redakteur an kommunistischen Zeitungen in der Ruhrregion. Hermann Schubert hielt sich ab 1924 illegal im Ruhrgebiet auf und leitete dort ab Anfang 1925 die Gewerkschaftsarbeit in der BL. Ab 1925 wurden von der KPD-Zentrale verstärkt Reiskader ins Ruhrgebiet gesandt. Wilhelm Hassel kam im Mai 1925 von Hamburg nach Essen, um als Organisationsleiter die Bezirksleitung Ruhr zu unterstützen, aber auch, um die radikalen Linkskommunisten zu bekämpfen. Im gleichen Jahr übernahmen Adolf Ende und Wilhelm Kropp im Ruhrgebiet Redakteursaufgaben, da es an kommunistischen Journalisten mangelte. 1928 schickte die KPD-Zentrale August Creutzburg als Orgleiter ins Ruhrgebiet, um gegen die moderaten Kommunisten vorzugehen. Die Versetzung hauptamtlicher Funktionäre vom Reich ins Ruhrgebiet und umgekehrt sollte verhindern, dass sich tiefgehende soziale, politische und persönliche Bindungen zu den KPD-Mitgliedern vor Ort ergaben. So sollten aus Parteifunktionären gefügige Apparatschiks gemacht werden, die von der KPD-Zentrale besonders abhängig waren und oppositionellen Neigungen gegenüber weitgehend immun blieben. Die 'Atomisierung' der KPD ging mit der Besetzung der Spitzenposten durch auswärtige Funktionäre einher. Führende Linke wie Schwan und Schütz wurden dadurch gefügig gemacht, dass sie ihrem angestammten Milieu im Ruhrgebiet entrissen und nach Berlin abkommandiert wurden.

In der zweiten Reihe der Ruhr-KPD standen eine ganze Anzahl Aktivisten, die schon länger im Ruhrgebiet politisch aktiv waren. Sie stammten aus dem Arbeitermilieu und waren maßgeblich daran beteiligt gewesen, vor Ort die revolutionäre Arbeiterbewegung und die Kommunistische Partei aufzubauen. Als gute Redner waren sie Sprecher der örtlichen KPD und verfügten über einen erheblichen Einfluss in der Arbeiterklasse. Zu ihnen gehörten die oppositionellen Linkskommunisten Triebeck und Bergmann in Wattenscheid, Körbs in Ickern, Schmitz in Bocholt, Kopatz in Rheinhausen, Restetzki und Szymczak in Buer, Kelch, Czerkus und Wünnenberg in Dortmund und Körner in Hörde. Nur der soziale Rückhalt im Arbeitermilieu ermöglichte es ihnen, als linkskommunistische Kritiker gegenüber der KPD-Parteiführung Wirkung zu erzielen. Einige waren erwerbslos und damit von der KPD kaum finanziell unter Druck zu setzen. Josef Schmitz übte als

Politischer Leiter der GKP Ruhr seine damit verbundenen Tätigkeiten ohne jede finanzielle Entschädigung aus²⁰³⁴.

Die im Ruhrgebiet entlassenen Sekretäre Petrasch und Körner wurden von der KPD-Zentrale in andere Bezirke versetzt. Petrasch sollte ab 1. März 1926 im Bezirk Wasserkante und Körner im Bezirk Thüringen verwendet werden²⁰³⁵. Am 3. März teilte das ZK-Sekretariat der Bezirksleitung Ruhr mit, dass Petrasch seine Tätigkeit im Bezirk Wasserkante aufgenommen habe, aber Körner in Jena nicht erschienen sei. Für den Fall, dass er dort nicht sofort eintreffe, sehe sich das ZK-Sekretariat gezwungen, „andere Massnahmen zu ergreifen“²⁰³⁶. Offensichtlich handelte es sich bei der Versetzung von Petrasch und Körner um eine gezielte Entfernung führender linkskommunistischer Oppositioneller aus dem Ruhrgebiet, denn am gleichen Tag beschloss das KPD-ZK-Sekretariat die vorübergehende Entsendung der KPD-Funktionäre Siewert und Kerff dorthin²⁰³⁷. Wie sich aus dem weiteren Verlauf ergibt, muss Petrasch ins Ruhrgebiet zurückgekehrt sein; Körner trat seine Stelle in Jena weiterhin nicht an. Im April 1926 wurde auf Beschluss der KPD-Zentrale ein Untersuchungsverfahren gegen Heinrich Körner eingeleitet. Die beiden linken Oppositionellen weigerten sich, ihren gewohnten sozialen und politischen Wirkungskreis aufzugeben.

Der Ausschluss oppositioneller Linkskommunisten, die in der ersten Hälfte der 1920er Jahre in der Ruhr-KPD eine führende Rolle gespielt hatten, führte zu einem personellen Austausch in der Kommunistischen Partei. Im Oktober 1927 gehörten der KPD-Bezirksleitung Ruhr an: Florin, Kropp, Riegg, Makowski, Wojtkowski, Neuroth, Zinke, Overfeld, Ende, Schubert, Bergner, Naatz, Becker, Dastig, Laskawy, Schroer, Skrotzki, Jelinski, Göde, Smektala, de Graaf²⁰³⁸, zu denen noch die UB-Sekretäre kamen. Im Vergleich mit dem Führungspersonal der Ruhrgebiets-KPD von 1927 besaß bis auf Schroer niemand von den linken Kommunisten, die auf dem Bezirksparteitag Ruhr vom 9. März 1924 gewählt worden waren, drei Jahre später noch eine Leitungsfunktion.

Die Ausschaltung der linken Kommunisten ermöglichte den kometenhaften Aufstieg einer ganzen Riege kleinerer und mittlerer Parteifunktionäre. Sie waren in der Ruhr-KPD nicht etwa nach oben gekommen, weil sie in Klassenkämpfen der revolutionären Nachkriegsperiode eine führende Rolle gespielt hatten, sondern weil sie in der Phase der

²⁰³⁴ Mitteilungsblatt, Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 2. Jg., Nr. 4, Bocholt 15.2.1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 174.

²⁰³⁵ Zentralkomitee der KPD/Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD, Berlin 26.2.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 484.

²⁰³⁶ Zentralkomitee der KPD/Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD, Berlin 3.3.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 487.

²⁰³⁷ Ebd., Bl. 488.

²⁰³⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Protokoll der engeren Bezirksleitung vom 30.9.27, Essen 1.10.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 21.

Festigung des Kapitalismus maßgeblich an der Ausschaltung linker Oppositioneller beteiligt gewesen waren. Unter revolutionären politischen Umständen hätten die meisten von ihnen kaum eine Chance gehabt, höhere Posten einzunehmen. Jetzt ging ihre Karriere steil nach oben. Zu ihnen gehörten Adolf Ende (ab 1927 Polleiter im Bezirk Niederrhein), Selbmann (ab 1930 Polleiter der KPD Oberschlesien und 1931 Polleiter des Bezirks Sachsen), Duddins (1930-1933 Polleiter Thüringens), Florin 1932 (Polleiter der Bezirksleitung Berlin-Brandenburg) und Schubert (1931 Polleiter des Bezirks Wasserkante). Dem Politischen Büro der KPD gehörten ab 1929 Florin und ab 1932 Schubert an. Dort waren sie zuverlässige Stützen Thälmanns bei der Umsetzung des ab 1928/1929 eingeschlagenen ultralinken Kurses der KPD. Im Ruhrgebiet blieben Funktionäre wie Adler (1930 UB-Sekretär Hamborn), Frank (1930 Hauptamtlicher im UB Gelsenkirchen), Funk (1932 Leiter der KPD Dortmund), de Graaf (ab 1928 Sekretär des UB Hamm), Hausladen (1929-1931 UB-Sekretär Essen) und Idel (1929 Geschäftsführer *Ruhr-Echo*). Idel, Markowski, Mass, Horbach und Dasdich leiteten 1928 den Bezirksparteitag Ruhr²⁰³⁹, was eine entsprechende Personenauswahl unterstreicht. Daneben ist Walter Gollmick zu nennen, der 1928 bis Anfang 1929 als Agitpropsekretär im Ruhrgebiet arbeitete. Die Nibelungentreue zur Thälmannschen Parteiführung hatte sich für einige Funktionäre bezahlt gemacht.

In der Praxis zogen die verschiedenen linksoppositionellen Gruppen aus der Apparatisierung, Bürokratisierung und Überzentralisierung der KPD sehr unterschiedliche Schlussfolgerungen: Der *Leninbund* blieb eine überzentralistische Organisation, in der Minderheitspositionen keinen Platz fanden: Fischer-Maslow und Scholem verließen ihn 1928 wegen dessen Kandidatur gegen die KPD²⁰⁴⁰; die trotzkistische Minderheit wurde Anfang 1930 ausgeschlossen²⁰⁴¹. Dagegen trieb die *Gruppe Kommunistische Politik* ihren Dezentralismus bis zur Auflösung. Die Nachfolger der *Entschiedenen Linken*, die im Ruhrgebiet zur KAPD wechselten, beschlossen auf ihrem Bezirksparteitag 1929 dass Angestellte, Beamte von Staat und Kommunen nicht Mitglied der Kommunistischen Arbeiterpartei sein könnten²⁰⁴². Die 1930 konstituierte trotzkistische *Linke Opposition der KPD*, die sich selbst als Fraktion innerhalb der KPD verstand, begann unter der Leitung der Reste der *Weddinger Opposition* mit einem ausgesprochen zentralistischen

²⁰³⁹ MIE, [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet], o. O. [Januar 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 19.

²⁰⁴⁰ Hoffrogge, Scholem, S. 338 f. Keineswegs entzog die Linkswende der Komintern 1928 der Kritik der linken Kommunisten an Bürokratisierung, Atomisierung und Entdemokratisierung der KPD den Boden wie Hoffrogge meint, vgl. Hoffrogge, Scholem, S. 315.

²⁰⁴¹ Vgl. Schafranek, Hans, Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988, S. 199 (im Folgenden zitiert: Schafranek, Kurt Landau, Seite).

²⁰⁴² Bericht von der Bezirkskonferenz der KAPD. Ruhrgebiet am 16. Juni im Lokal Kaldewey, Buer, Horsterstraße 6, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 II, Bl. 209.

Organisationsverständnis²⁰⁴³, um später zu einer Kombination von zentraler Struktur kombiniert mit neuer Diskussionskultur zu finden, die bis zur öffentlichen Debatte unterschiedlicher Ansichten über die Gewerkschaftsfrage in dem Wochenorgan *Permanente Revolution* ging²⁰⁴⁴.

5.7 Kritik am Stalinismus

Spätestens nachdem in der Sowjetunion alle anderen Arbeiterparteien verboten und die Kommunistische Partei und der Staatsapparat zu einer allmächtigen Staatspartei verschmolzen waren, tauchte das Problem der Bürokratisierung auf, die sich verheerend auswirken musste. Eine Ablehnung des Ein-Parteien-Systems, das die Diskussion in den Räten über politische Alternativen verunmöglichte und sie damit aushöhlte, gab es nur außerhalb der Kommunistischen Internationale bei der Sozialdemokratie oder beim Anarchismus. Die Ausschaltung der Partei der linken Menschewiki in der Sowjetunion seit Anfang 1919, die unter der Leitung von Martow das Sowjetregime unterstützt hatte, war durch nichts zu rechtfertigen gewesen²⁰⁴⁵. Oppositionelle Strömungen in der RKP(B) wie die *Demokratischen Zentralisten* forderten bereits 1918 die Wiederherstellung basisdemokratischer Strukturen ein, gingen aber nicht so weit, die Rückkehr zum Mehrparteiensystem zu verlangen²⁰⁴⁶. Die Kritik Lenins und Trotzki an den zunehmenden Bürokratisierungserscheinungen setzte erst ab 1922 ein²⁰⁴⁷. Auf die einfache Frage, wie die Bürokratisierung ohne Verwirklichung der Rätedemokratie, d. h. die Zulassung anderer Arbeiterparteien, aufzuhalten seien, fanden weder Lenin noch Trotzki eine Antwort. Keine Partei der kommunistischen Internationale sah im Jahr 1923 den Widerspruch zwischen Räteherrschaft und Ein-Parteien-System als Problem an. Dabei hätten man in der Ruhr-KPD von der eigenen Mitarbeit in den *Arbeiter- und Soldatenräten* 1918-1919 und in den Vollzugsräten 1920 auf die Notwendigkeit eines Mehr-Parteien-Rätesystems schließen können.

²⁰⁴³ Schafranek, Kurt Landau, S. 272 f.

²⁰⁴⁴ Vgl. R.W., Was soll aus der RGO werden?, *Permanente Revolution*. Wochenschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten) Sektion der Internationalen Linken Opposition, 2. Jg., Nr. 25, Berlin 1932, S. 3, in: Dröge, Wolfgang (Hrsg.), *Permanente Revolution*. Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Sektion der Internationalen Linken Opposition, Reprint Bd. I und Bd. II, Dortmund 1977; R. W., Die Lehre des BVG-Streiks, Nr. 27, ebd., S. 2; E.B., BVG-Streik und RGO, Nr. 28, ebd., S. 2; R. W., Auflösung der RGO oder kommunistische Gewerkschaftspolitik?, Nr. 29, ebd., S. 2; K.R., Innergewerkschaftliche Fraktionen oder eigene Verbände?, Nr. 30, ebd., S. 2 f.

²⁰⁴⁵ Vgl. Schapiro, Leonhard, Lenin, Stuttgart 1969, S. 19; Junius-Verlag (Hrsg.), *Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land. Texte der Menschewiki zur russischen Revolution und zum Sowjetstaat 1903 – 1937*, Hamburg 1981, S. 126 f.

²⁰⁴⁶ Daniels, Gewissen, S. 112 f. und S. 139 f.

²⁰⁴⁷ Frank, Geschichte, Bd. 1, S. 230 f.

Zu diesem Zeitpunkt hatte Josef Stalin maßgeblichen Einfluss innerhalb der RKP(B) erlangt, der frühzeitig durch „autoritäre Verhaltensweisen“ aufgefallen war²⁰⁴⁸. Seit dem 10. Parteitag 1921 – dem des Fraktionsverbotes – war Stalin Organisationssekretär der RKP(B)²⁰⁴⁹. Lenin war gegen Stalin eingestellt²⁰⁵⁰, aber nicht öffentlich gegen ihn aufgetreten. Gravierende Mängel in Stalins politischem Denken in der Phase 1921-1924 waren seine nationale Borniertheit, sein Unverständnis des Charakters der russischen Revolution und sein rigides Parteiverständnis.

Seine nationale Beschränktheit war nur die Kehrseite seiner Unkenntnis der internationalen Arbeiterbewegung. In einem 1921 geschrieben und aus Anlass von Lenins Tod 1924 erneut veröffentlichten Artikel in einem Buch, das die RKP(B) Lenins Andenken gewidmet hatte, führte Stalin die Unterschiede der SDAPR zu der „Arbeiterbewegung im Westen“ u. a. darauf zurück, dass „(...) in Frankreich und Deutschland die Arbeiterparteien aus Gewerkschaften hervorgegangen sind, die legale Existenzmöglichkeiten hatten“²⁰⁵¹. Die Menschewiki hätten versucht, die Methoden der westlichen Sozialdemokratie auf Russland zu übertragen, denn

„weil die Arbeiterbewegung im Westen aus parteilosen Gewerkschaften, die nur um die Verbesserung der ökonomischen Lage der Arbeitermassen kämpften, hervorgegangen sind, musste auch in Rußland der gleiche Weg eingeschlagen werden (...)“²⁰⁵².

An dieser Sichtweise war alles falsch. In Deutschland hatte Ferdinand Lassalle 1863 den *Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein*, die erste sozialdemokratische Partei, in einer Zeit gegründet, als die gewerkschaftlichen *Arbeiterverbrüderungen* Stephan Borns seit Jahren verboten waren²⁰⁵³. Vorläufer der freien, sozialdemokratischen Gewerkschaften war der 1868 tagende Berliner Arbeiterkongress, der auf eine Initiative der Lassalleaner Schweitzer und Fritzsche zurückging, während die Gewerkvereine von Max Hirsch mit der bürgerlichen Fortschrittspartei verbunden waren²⁰⁵⁴. Damit waren die Gewerkschaften keine Industrie- bzw. Einheitsgewerkschaften, sondern politische Richtungsgewerkschaften. Dieses Modell entsprach der Taktik der deutschen

²⁰⁴⁸ Daniels, Gewissen, S. 143.

²⁰⁴⁹ Daniels, Gewissen, S. 263.

²⁰⁵⁰ Trotzki, Leo, „Die Furcht vor unserer Plattform“, o. O. 23.10.1927, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1032.

²⁰⁵¹ Stalin, J., Der Organisator und Führer der Kommunistischen Partei Russlands, o. O. 1924 (1921), in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 36.

²⁰⁵² Ebd., S. 37.

²⁰⁵³ Droz, Jaques, Die Ursprünge der Sozialdemokratie in Deutschland, in: Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques/Kriegel, Annie, Sozialismus und Arbeiterbewegung bis zum Ende der I. Internationale, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 3, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 18 f.

²⁰⁵⁴ Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1980, S. 312 f.

Sozialdemokratie, die in erster Linie keinen gewerkschaftlichen, sondern einen politischen Kampf gegen die Monarchie führte. Die Herrschenden reagierten mit den Sozialistengesetzen, wonach die seit 1875 vereinte *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands*, der Vorläufer der SPD, von 1878 bis 1890 verboten war. Sie existierte in der Illegalität weiter, während ihre Parlamentsabgeordneten legalen Status besaßen. In der Zeit der Sozialistengesetze agierte die Sozialdemokratie in Deutschland ähnlich wie die SDAPR zwischen 1898-1905 und 1907-1917 in Russland. Weder waren die Gewerkschaften in Deutschland parteilos, noch war die Sozialdemokratische Partei aus ihnen hervorgegangen. Vielmehr hatten die Lassalleaner ihre eigenen Richtungsgewerkschaften gegründet.

Die sozialistische Bewegung in Frankreich entstand vor dem geschichtlichen Hintergrund der Aufklärung, der Revolutionen von 1789, 1830, 1848 und der Pariser Kommune von 1871. Auf revolutionäre Phasen folgten lähmende Rückschläge. Das radikale Denken, das sich über Meslier, Morelly, Mably und Babeuf zum utopischen Sozialismus von Saint-Simon und Fourier entwickelt hatte, suchte sich mit Louis Blanc einen reformerischen, mit Proudon und Blanqui einen revolutionären Weg zu einer neuen Gesellschaft²⁰⁵⁵. Nur wenige Jahre nach der schweren Niederlage der Pariser Kommune nahm die französische Arbeiterklasse ab 1876 einen neuen politischen Aufschwung, der einerseits 1895 in der Gründung des revolutionär-syndikalistischen Gewerkschaftsverbandes CGT mündete und andererseits nach 1879 zur Bildung von nicht weniger als sechs sozialistischen Parteien führte, aus denen 1905 die stark parlamentarisch orientierte, vereinigte SFIO hervorging²⁰⁵⁶. Reformistische SFIO und revolutionäre CGT bildeten Gegensätze. Von einem Hervorgehen der Sozialistischen Partei aus den syndikalistischen Gewerkschaften konnte keine Rede sein. Dass ein Stalin – ohne tiefere Kenntnisse der internationalen Arbeiterbewegung – ab Mitte der 1920er Jahre maßgeblichen Einfluss auf die Kommunistische Internationale und über sie auf KPD und KPF gewinnen konnte, belegte den tiefen Verfall der sog. *Weltpartei der Revolution*.

Stalins revolutionäre Konzeption ging noch 1924 von Lenins Formel der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“ aus dem Sommer 1905 aus²⁰⁵⁷, geschrieben vor dem Höhepunkt der ersten russischen Revolution und vor der Gründung des St. Petersburger Arbeiterrates. Dass sich Lenin während der revolutionären

²⁰⁵⁵ Bruhat, Jean, Der französische Sozialismus von 1815 bis 1848, in: Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques, Der utopische Sozialismus bis 1848, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 2, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974, S. 109 f.

²⁰⁵⁶ Rebérioux, Madeleine, Der französische Sozialismus von 1871 bis 1914, in: Droz, Jacques, Die sozialistischen Parteien Europas: Frankreich, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 5, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 42 f.

²⁰⁵⁷ Stalin, J., Der Organisator und Führer der Kommunistischen Partei Russlands, o. O. 1924 (1921), in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 41.

Ereignisse der „permanenten Revolution“ von Trotzki/Parvus angenähert hatte²⁰⁵⁸, hatte Stalin zwar selbst in Lenins Broschüre „Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei“ gelesen²⁰⁵⁹, aber genau so wenig verstanden wie den Bruch, den Lenin 1917 in den sog. *Aprilthesen* mit seiner Perspektive eines bürgerlichen „amerikanischen Weg(es)“ in Russland zu einer „freie(n) Wirtschaft des freien Farmers auf freiem Boden“ unter kapitalistischem Vorzeichen vollzog, den er dem „preußischen Weg“ der langsamen Entwicklung der Produktivkräfte entgegensetzt hatte²⁰⁶⁰. Stalins Unverständnis für die Dynamik der Revolution ergab sich aus seinem Revolutionsschema und sollte später für die Politik der Kommunistischen Internationale in England 1926 und China 1925-1927, die zu verheerenden Niederlagen führte, mitverantwortlich werden. Wie selbstverständlich gehörte zu Stalins frühem Leninismus seine Ablehnung von Trozki's Theorie der „permanenten Revolution“²⁰⁶¹.

Stalins rigides Parteiverständnis entstand aus seiner Rezeption von Lenins Fraktionskämpfen, die in einer so vielfältigen Partei wie der SDAPR an der Tagesordnung waren. Während Lenin fast ausschließlich über die offene ideologische Auseinandersetzung mit seinen innerparteilichen Kontrahenten in der SDAPR wirkte²⁰⁶², zog Stalin aus diesen Auseinandersetzungen die gegenteilige Schlussfolgerung:

„In der Epoche der bürgerlichen Herrschaft kann eine proletarische Partei nur in dem Maße wachsen und erstarken, wie sie die opportunistischen, antirevolutionären und parteifeindlichen Elemente sowohl in ihrer Mitte als auch in der Arbeiterklasse bekämpft. Mit vollem Recht sagte Lassalle: 'Indem sie sich reinigt, kräftigt sich die Partei'“²⁰⁶³.

Daraus leitete Stalin das Dogma vom Verbot aller Fraktionen ab, die „weder mit der Einheitlichkeit der Partei noch mit der eisernen Disziplin (vereinbar)“ sind und die

²⁰⁵⁸ Vgl. Lenin, W.I., *Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei*, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 10, 8. Aufl. Berlin 1982 (Berlin 1958), S. 249 f.

²⁰⁵⁹ Vgl. Stalin, J., *Der Organisator und Führer der Kommunistischen Partei Russlands*, o. O. 1924 (1921), in: [Autorenkollektiv], *Lenin. Leben und Werk*, Wien 1924, S. 41.

²⁰⁶⁰ Lenin, W. I., *Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts*, Moskau 1918, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl. Berlin 1970 (Berlin 1962), S. 131 f.

²⁰⁶¹ Stalin, Josef, *Lenin und der Leninismus*, Wien 1924, S. 41f.

²⁰⁶² So sollte nicht vergessen werden, dass die SDAPR von 1898-1904 und von 1906-1913 eine vereinte Partei war, vgl. Lenin, W.I., *Mitteilung über die Bildung eines Organisationskomitees und über die Einberufung des III. Ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands*, o. O. 1904, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 548 f.; Bis zum Oktober 1913 gab es eine gemeinsame Dumafraktion von Menschewiki und Lenins Bolschewiki, vgl. Lenin, W. I., *Erklärung*, o. O. 1913, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 438. Dem standen die Spaltungen 1904 und 1913 sowie der Ausschluß der Wperjod-Bolschewiki aus der bolschewistischen Fraktion Lenins, nicht aber aus der SDAPR gegenüber, vgl. Lenin, W.I., *Die Liquidierung des Liquidatorentums*, o. O. 1909, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 461.

²⁰⁶³ Stalin, J., *Der Organisator und Führer der Kommunistischen Partei Russlands*, o. O. 1924 (1921), in: [Autorenkollektiv], *Lenin. Leben und Werk*, Wien 1924, S. 39.

Notwendigkeit der „Reinigung von opportunistischen Elementen“. Ein Versuch, Opportunisten mittels Diskussionen zu überzeugen, sei falsch²⁰⁶⁴. Entsprechend wurden unter Stalins Regie ab Mitte der 1920er Jahre linke, moderate und sonstige Oppositionelle in der WKP(B), in der KPD und in anderen Kommunistischen Parteien ausgeschlossen. Dass Lenins bolschewistische Fraktion in der SDAPR auch eine erfolgreiche Umgruppierungspolitik z. B. 1912 in Russland mit den sog. parteitreuen Menschewiki gelang, blendete Stalins Leninismus aus²⁰⁶⁵.

Diese drei entscheidenden Mängel in Stalins frühem politischem Denken waren seinen beiden Schriften „Der Organisator und Führer der Kommunistischen Partei Russlands“ und „Lenin und der Leninismus“ zu entnehmen, die beide 1924 auf Deutsch publiziert worden waren. Jedes verantwortliche Mitglied der KPD hätte sie lesen und sich mit Stalin auseinandersetzen können. Karl Korsch als Herausgeber der theoretischen Zeitschrift der KPD, „Die Internationale“ hatte es getan. In seiner Buchbesprechung „J. Stalin: Lenin und der Leninismus“ lobte Korsch die „kristallene(n) Klarheit und bildhafte(n) Kraft seiner Sprache“ über alle Maßen und half mit, die Legende vom Leninismus zu verbreiten und damit die KPD gegenüber Rosa Luxemburg abzugrenzen²⁰⁶⁶. Nach Korsch sollte Stalins Schrift „Lenin und der Leninismus“ in den Mittelpunkt der Diskussion der KPD gestellt werden²⁰⁶⁷. Trotz seiner politischen Beschränktheit wirkte Stalin auf einen erheblichen Teil der KPD-Funktionäre anziehend, die zu jenen gehört haben dürften, auf die in Bezug auf Stalin Organisationssystem das zutraf, was Daniels über das von Lenin schrieb:

„die sich von Lenins Organisationssystem nicht deshalb angezogen fühlten, weil sie die revolutionären Kräfte der Massen für stark, sondern weil sie sie für schwach hielten. Und so, wie sie den Massen nicht trauten, so trauten sie auch sich selbst nicht; sie zogen es vor, ihr politisches Geschick in die Hände eines Führers zu legen (...)“²⁰⁶⁸.

Die *Erklärung der Siebenhundert* ging Mitte 1926 nicht nur vom „Sieg Stalins“ in der Sowjetunion und einem „stalinischen ZK“, sondern bereits von einem „System“, das „im

²⁰⁶⁴ Stalin, Josef, *Lenin und der Leninismus*, Wien 1924, S. 141f. Dagegen Bollingers verharmlosende Sichtweise: „unmittelbar nach seinem Tod gab es eine breite Reflektion und Aufnahme seiner Schriften, die schließlich Stalin perfektionierte, monopolisierte und instrumentalisierte“, vgl. Bollinger, Stefan, *Lenin. Träumer und Realist*, Wien 2006, S. 10.

²⁰⁶⁵ So setzte sich die Russische Organisationskommission, die die Prager Parteikonferenz von 1912 vorbereitete, aus Vertretern der Bolschewiki Lenins und der Fraktion der „parteitreuern Menschewiki“ zusammen, vgl. Lenin, W. I., *Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland*, o. O. 1911, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 383.

²⁰⁶⁶ Korsch, Karl, *J. Stalin und der Leninismus*, Berlin 1924, in: Gerlach, Erich (Hrsg.), Karl Korsch. *Die materialistische Geschichtsauffassung*, 2. Aufl., Frankfurt/M./Köln 1974, S. 155.

²⁰⁶⁷ Buckmiller, Michael, *Marxismus als Realität. Zur Rekonstruktion der theoretischen und politischen Entwicklung Karl Korsch*, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 61.

²⁰⁶⁸ Daniels, *Gewissen*, S. 33.

Stalinismus seinen zeitgemäßen Ausdruck findet“ und von der Notwendigkeit des „Kampf(es) gegen den Stalinismus“ aus. Nicht von ungefähr bezeichnete auch der Herausgeber der *Aktion*, Franz Pfempfert, der die *Erklärung der Siebenhundert* publizierte, in einer kurzen Anmerkung zu einem in der gleichen Ausgabe veröffentlichten Brief Stalins an Maslow den Konterpart der Linksoptionellen als „Stalinisten“²⁰⁶⁹.

Wenn Trotzki, wie Keßler schreibt, den Begriff des Stalinismus bereits 1926 in inner-oppositionellen Debatten benutzte, ihn aber erst am 1. August 1926 schriftlich formuliert habe²⁰⁷⁰, so dürfte die Charakterisierung der Zustände in der Sowjetunion, der KI und der KPD in der *Erklärung der Siebenhundert* als Stalinismus durch die radikal linken und linken Oppositionellen in der Kommunistischen Partei Deutschlands ab Mitte 1926 deren eigene Leistung gewesen sein. Die *Erklärung der Dreizehn der Vereinigten Linken Opposition* der WKP(B) vom Juli 1926 enthielt keine Charakterisierung der Entwicklung in der WKP(B), der Sowjetunion und der Komintern als Stalinismus²⁰⁷¹. Zudem war der Stalinismus-Begriff der linken Kommunisten in Deutschland umfassender als der Trotzki, weil er Aspekte erfasste, die in Trotzki's Sicht des Stalinismus nicht enthalten waren. Zwar ähnelte sich die Beschreibung der Verhältnisse in KPD und WKP(B). Aber für die linken und besonders für die radikal linken Oppositionellen beruhte der „Belagerungszustand“, das „Meinungsmonopol des Parteiapparates“ und die Vorherrschaft des Apparates auf der „vollkommene(n) Desorganisation und Atomisierung der KPD“, worunter letzterer die Aufsplitterung in „kleine(n) und kleinste(n) Zellen“ verstanden wurde, die zusätzlich „mit Referenten des ZK überschwemmt“ und „mit zugeteilten Parteiangestellten majorisiert“ würden²⁰⁷².

In der linksoppositionellen Kritik am Stalinismus drückte sich aus, dass ein erheblicher Anteil der linkskommunistischen Parteifunktionäre in der KPD, die gebildete Arbeiter waren, nach *einer* Antwort auf *zwei* parallele Entwicklungen zum einen in der KPD und zum anderen in der KI, der WKP(B) und in der Sowjetunion suchten. Hätte man sich nur auf die Kritik an den undemokratischen Zuständen in der KPD beschränkt, dann hätte man diese auch als Thälmanismus bezeichnen können. Da aber die Entwicklung in der KPD offensichtlich von der in der Komintern, in der WKP(B) und in der Sowjetunion maßgeblich beeinflusst wurde und nicht umgekehrt, bot es sich an, alle Fehlentwicklungen

²⁰⁶⁹ Die *Aktion*, 16. Jg., Nr. 9, Berlin Ende September 1926, S. 217, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 808.

²⁰⁷⁰ Keßler, Ruth Fischer, S. 275 f.

²⁰⁷¹ Erklärung der Dreizehn, o. O. Juli 1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 500 f.

²⁰⁷² Die *Aktion*, 16. Jg., Nr. 9, Berlin Ende September 1926, S. 220 f., Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 808. In der Forschung kommt Bahne das Verdienst zu, den Zusammenhang zwischen Bolschewisierung und „Stalinismus“ frühzeitig erkannt zu haben, vgl. Bahne, Siegfried, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Rothfels, Hans/Eschenburg, Theodor, Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., Nr. 4, München 1961, S. 360.

unter dem Begriff *Stalinismus* zusammen zu fassen. Die linken und radikal linken Oppositionellen waren zu einer theoretischen Auseinandersetzung bereit, während ein anderer Teil der KPD-Funktionäre das Vorbild Sowjetunion um so unkritischer verteidigte, je weniger er selbst in der Lage war, eine eigenständige, revolutionäre Perspektive zu entwickeln²⁰⁷³.

Mit der *Erklärung der Siebenhundert* war gegen den Willen der Parteiführung Thälmann-Meyer/Ewert eine Debatte über die Sowjetunion losgetreten worden, die nur schwer zu unterdrücken war. Sie gipfelte anlässlich des 6. EKKI-Plenum vom Februar/März 1926 in einer Diskussion über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion. Obwohl die Parteizeitung *Rote Fahne* gerade erst ein Diskussionsverbot über die Probleme des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion veröffentlicht hatte, brach sich die Diskussion von unten Bahn. Im Sommer 1926 intervenierte Stalin bei der KPD, damit die Plattform der *Vereinigten Linken Opposition* der WKP(B) (die sog. *Erklärung der Dreizehn*) in Deutschland nicht veröffentlicht werde²⁰⁷⁴.

Die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet um Florin-Ende erkannte zunächst nicht einmal die politische Dimension der Debatte, sondern hielt es für ausreichend, in den größeren Ortsgruppen der KPD „eine gründliche Diskussion über die Wirtschaftsfrage in Sowjetrussland durchzuführen“. Zunächst sollten die Referenten geschult werden, um auf Basis der Umorganisation der KPD in Betriebs- und Straßenzellen, die „Voraussetzung einer gründlichen Diskussion in jeder Zelle“ zu schaffen²⁰⁷⁵. Im Oktober 1926 stellte sich die engere Bezirksleitung Ruhr einstimmig hinter eine Resolution, die „alle Beschlüsse der RKP und der Delegationen der Komintern-Sektionen gegen den trotzkistischen Oppositionsblock“ billigte. Dessen „Kapitulation“ bedeute kein Ende der Probleme²⁰⁷⁶. Als dann die Diskussion allgemein an Fahrt aufnahm, musste die KPD-Bezirksleitung Ruhr selbst Informationsmaterial zusammenstellen, da von der KPD-Zentrale keine Einschätzungen zur Verfügung standen. In größeren Ortschaften im Ruhrgebiet hielten ZK-Mitglieder auf Mitgliederversammlungen Vorträge über den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, die durch Schulungskurse ergänzt wurden. Auch auf UB-Konferenzen wurde über die Lage in Russland diskutiert.

²⁰⁷³ Dass beiden Gruppierungen die wirklichen Verhältnisse in der Kommunistischen Internationale und die entscheidende Rolle, die die russische Delegation, d. h. Stalin, dort ausübte, nur unzureichend bekannt gewesen sein soll – so Watlin – ist nicht nachzuvollziehen, vgl. Watlin, Alexandr, Die Russische Delegation in der Komintern: Machtzentrum des internationalen Kommunismus zwischen Sinowjew und Stalin, in: Weber, Hermann/Braun, Günther/Foitzik, Jan/Dietrich Staritz (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 89 f.

²⁰⁷⁴ Brief Stalins an Heinz Neumann gegen eine Veröffentlichung der Erklärung der russischen Linken Opposition in Deutschland, Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 158, S. 528.

²⁰⁷⁵ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Pol-Büro, Essen 11.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 98.

²⁰⁷⁶ [Engere Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 27.10.1926, [Essen Oktober 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 14.

Im Ruhrgebiet entwickelten sich zwei Stränge linksoppositioneller Kritik an der Sowjetunion. Die linken Kommunisten nahmen wie die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wattenscheid der KPD am 11.12.1927

„mit Entrüstung Kenntnis von den Gewaltmethoden Stalins, wonach die alten verdienten Revolutionäre wie Sinowjew, Trotzki, Kamenew, Rakowski, Smilga, Radek und viele Arbeiter aus der russischen Partei ausgeschlossen sind. Der Gewalt- und Unterdrückungskurs gegenüber den deutschen und russischen oppositionellen Genossen führt nicht zur Einheit und Geschlossenheit der deutschen und russischen Partei, sondern zur Zerschlagung der Parteien und der kommunistischen Internationale. Noch in letzter Minute richtete die Ortsgruppenversammlung Wattenscheid an die Parteiführer der KPD. und russische Kommunistische Partei den dringenden Appell, Umkehr zu halten, den eingeschlagenen Kurs zu ändern, wenn nicht die ganze kommunistische Internationale, sowie die russische Revolution ohnmächtig gemacht werden soll²⁰⁷⁷“.

Einen anderen Strang der Kritik repräsentierten die radikal linken Kommunisten. Auf dem Bezirksparteitag der Ruhr-KPD vom 5.-6. Februar 1927 begann ihre politische Resolution, die Erwin Restetzki vorstellte, mit der Kritik an der Parteikonferenz der Kommunistischen Partei der Sowjetunion vom November 1926, auf der Stalin offen die Lehren von Marx und Engels von der Unmöglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem rückständigen Land liquidiert habe. Die Sowjetunion sei isoliert, was nicht ihre Schuld, sondern die des internationalen Proletariats wäre. Es sei aber ein verhängnisvoller Fehler, die Schwierigkeiten in der Sowjetunion durch die Parole des angeblichen Aufbaus des Sozialismus in Russland zu verschleiern, den Klassenkampf in der Sowjetunion zu unterdrücken und die Entwicklung des proletarischen Klassenbewusstseins in anderen Ländern zu behindern. Die Resolution verband die Kritik an der SU mit der an den organisationsinternen Prozessen innerhalb der Komintern und der KPD²⁰⁷⁸. Das lag ganz auf der Linie der Gruppe Korsch/Schwarz, die die in der Sowjetunion existierenden Formen des Staats- und Privatkapitalismus ebenso ablehnte wie die „trügerische Parole eines angeblichen Aufbau(s) des Sozialismus in einem Land“²⁰⁷⁹. Die Komintern schrecke

²⁰⁷⁷ Die Ortsgruppe Wattenscheid fast geschlossen hinter der russischen Opposition und der Urbahns-Gruppe, in: Schacht und Hütte, 1. Jg., Nr. 10, Dortmund 21.12.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁷⁸ Restetzki, Politische Resolution zum Bezirksparteitag Ruhrgebiet (eingereicht von der Opposition Entschiedene Linke, Ruhrgebiet), [Bochum Februar 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 5 f.

²⁰⁷⁹ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 77 f.

vor der „rücksichtslosen Weiterführung der proletarischen Weltrevolution“ zurück²⁰⁸⁰. Nach der Verselbstständigung der Korsch-Fraktion lehnte ihre Zeitschrift *Kommunistische Politik* die Entwicklung in der Sowjetunion ab. Dort habe die Kommunistische Partei die „nationalen Interessen des eigenen Landes“ den internationalen Interessen der proletarischen Klasse der ganzen Welt immer mehr übergeordnet²⁰⁸¹. Karl Korsch war innerhalb der radikal linken KPD-Opposition einer der Ersten, die die Sowjetunion nicht mehr als Sowjetstaat, sondern als „imperialistisch“, d. h. kapitalistisch, ansahen²⁰⁸². In der SU würden sich die entscheidenden Klassen des Kapitalismus entwickeln. Eine zweite russische Revolution sei notwendig²⁰⁸³. Diese Einschätzung sollte Auswirkungen für das öffentliche Auftreten der GKP gegenüber SU und Komintern haben.

Im Juni 1926 hatten die Abgeordneten Korsch, Schwarz und Schlagewerth als einzige Mitglieder des Reichstags gegen den Berliner Vertrag zwischen Deutschland und der Sowjetunion gestimmt²⁰⁸⁴. Als im Dezember des gleichen Jahres von der SPD die geheime, militärische Zusammenarbeit zwischen *Reichswehr* und *Roter Armee* aufgedeckt wurde, die sowjetische Waffenlieferung an die *Reichswehr* ebenso einschloss wie die deutsch-russische Kooperation bei der Produktion der in Deutschland verbotenen Kampfmittel Gas, Panzer und Flugzeuge innerhalb der Sowjetunion²⁰⁸⁵, nahm der Reichstagsabgeordnete Ernst Schwarz vehement dagegen Stellung. Sowohl durch die Kritik von links wie durch die der SPD kam die KPD schwer unter Druck, war doch die Reichswehr als Repressionsinstrument in der Arbeiterbewegung verhasst.

Am 15. Januar 1927 lud die *Gruppe Entschiedene Linke* zu einer Versammlung in Hagen ein, wo Ernst Schwarz die militärische Zusammenarbeit von *Reichswehr* und *Roter Armee* geißelte. Im überfüllten Kaisersaal kam auch der örtliche KPD-Sekretär zu Wort, fand aber keine Zustimmung. Ende Januar 1927 hielt die *Entschiedene Linke* Versammlungen zum gleichen Thema in Wanne-Eickel und Hochlarmark ab, die von der EL-Ortsgruppe Herne organisiert wurden. In Wanne-Eickel erschienen fünfzig Arbeiter, in Hochlarmark fast doppelt so viele²⁰⁸⁶. Wahrscheinlich fühlte sich die KPD durch die relativ erfolgreiche antimilitaristische Kampagne der *Entschieden Linken*, die ihnen volle Säle brachte,

²⁰⁸⁰ [Gesamtopposition], Resolution zur Lage in der Partei und der Komintern (Düsseldorfer Resolution), Düsseldorf 29.5.1926, in: Was wollen die Entschieden Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 10, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

²⁰⁸¹ Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 13/14, Berlin Mitte August 1926, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560 a.

²⁰⁸² Wo steht die Linke in der KPD? in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 7. Jg., Nr. 29, Berlin April 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²⁰⁸³ Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 13/14, Berlin Mitte August 1926, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560 a.

²⁰⁸⁴ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 430.

²⁰⁸⁵ Ebd., S. 298 f.

²⁰⁸⁶ Öffentl. Versammlungen in Wanne-Eickel und Hochlarmark (Ruhrgebiet), in: Entschiedene Linke, 2. Jg., Nr. 3, Berlin Ende Februar 1927, S. 9, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

herausgefordert. Als Schwarz in Bochum zum gleichen Thema referierte, drohte ihm der linke KPD-UB-Sekretär Duddins Schläge für ein nochmaliges Erscheinen in Bochum an²⁰⁸⁷.

Im November 1927 begannen in allen KPD-Unterbezirken Kurse, die die Mitglieder und Funktionäre an vier Abenden über die Grundlagen der Sowjetmacht schulen sollten. An der Referentenliste der KPD-Bezirksleitung lässt sich ablesen, dass alle Fraktionen der Mehrheit der Bezirksleitung gegen die linke Opposition an einem Strang zogen. Von der linkskommunistischen Thälmannfraktion referierte Florin in Essen, Biefang in Buer und Kropp in der Ortsgruppe Wattenscheid, wo ein eigener Kurs angeboten wurde, weil hier die Kritik der linken Opposition besonders stark ausgeprägt war. Von den *Chemnitzer Linken* referierte Duddins in Gelsenkirchen, von den moderaten Kommunisten sprachen Ende in Dortmund und Knodt in Duisburg, von den Anhängern Brandlers referierte Triebel in Hamborn. Außerdem trugen Benschaid in Hamm und Stieler in Bochum vor²⁰⁸⁸. Die Stalinfraktion der KPD umfasste auch im Ruhrgebiet keineswegs nur die engsten Anhänger Thälmanns.

Am 24. Januar 1928 hielten die *Linken Kommunisten* im Reinoldushof in Dortmund eine öffentliche Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung ab. Neben künstlerischen Darbietungen des Volkschors und der Rüntener Schalmeienkapelle trat dort Werner Scholem auf, der zur Lage in der Sowjetunion und der KPD sprach. Die Versammlung nahm anschließend eine Resolution an, in der es hieß:

„Die von vielen hunderten Arbeitern besuchte Versammlung der Linken Kommunisten Dortmunds protestiert entrüstet gegen die Verbannung der russischen Oppositionsführer nach Sibirien. Mit dieser Maßnahme hat sich Stalin endgültig vom Kommunismus losgesagt. Die Versammelten geloben, gegen den stalinschen Kurs in der Komintern zu kämpfen und im Geiste Lenins an der Neuschaffung der alten Kommunistischen Partei zu arbeiten. Der Geist des Leninismus von Stalin in die Einöden Sibiriens verbannt, wird nicht untergehen, sondern durch unsere Arbeit die Massen ergreifen“²⁰⁸⁹.

Nur wenig später am 12.2.1928 trat Ruth Fischer in Dortmund-Eving zum Thema „Die Verbannung Trotzki nach Sibirien“ auf, nachdem sie einen Tag vorher auf einer

²⁰⁸⁷ Öffentliche Versammlung in Essen, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 53, Berlin Juli 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²⁰⁸⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet der K.P.D., Beschluss der Bezirksleitung vom 9.11.27 über die Agitprop-Arbeit, [Essen November 1927], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 32.

²⁰⁸⁹ Glänzende Lenin-Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung in Dortmund, in: Schacht und Hütte, 2. Jg., Nr. 3, [Dortmund] 27.1.1928, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

Mitgliederversammlung der linken Kommunisten referiert hatte²⁰⁹⁰. Am 8. Januar 1928 organisierten die „Linken Kommunisten“ in der Bergarbeiterkommune *Rünthe* bei Hamm eine Versammlung mit dem Reichstagsabgeordneten und früherem Mitglied des Politbüros der KPD Werner Scholem²⁰⁹¹. Neben Herringen war Rünthe eine kommunistische Hochburg²⁰⁹². Die Versammlung ist bemerkenswert gut dokumentiert, weil darüber sowohl die KPD, die linken Kommunisten und die politische Polizei Berichte geliefert haben. Unterschiede in der Berichterstattung ergaben sich bereits bei dem Motto der Veranstaltung. Die „Linken Kommunisten“ hatten zum Thema „Stalinismus oder Leninismus?“ eingeladen²⁰⁹³. Die KPD-Presse machte daraus „Der falsche Kurs der kommunistischen Internationale“. Über die Anzahl der Zuhörer waren sich alle drei Seiten uneinig: Die linken Kommunisten schrieben von 120 Anwesenden und einer Versammlung, wie sie die KPD seit zwei Jahren nicht mehr in Rünthe hinbekommen hätte²⁰⁹⁴. Die KPD sprach von sechzig Personen, einschließlich eines zwanzig Mann starken Rollkommandos der linken Kommunisten um den oppositionellen Kommunisten Czerkus aus Dortmund. Die Politische Polizei berichtete von achtzig Männern und einer Frau. Die Meinungen gingen auch über den Ablauf der Veranstaltung, weniger über die Inhalte, auseinander. Werner Scholem führte aus, dass die KPD die alten Grundsätze von Marx und Lenin vergessen und Stalins Richtung eingeschlagen habe. Dabei ging Scholem auf die innerparteiliche Demokratie ein. Seit Ende September 1925 werde täglich in vierzig Tageszeitungen der KPD gegen die linkskommunistische Opposition gehetzt, ohne dass diese die Möglichkeit habe, auch nur in einem der Organe eine Erwiderung zu bringen. Zu der Zeit, als er noch selber Redakteur der *Roten Fahne* gewesen sei, habe noch am selben Tage ein Kritisierte in der gleichen Zeitung antworten können. Erfreulicherweise gebe die Opposition nun den *Volkswille* als eigene Tageszeitung heraus. Er selbst hätte noch jetzt Mitglied des ZK und der Redaktion der *Roten Fahne* sein können, wenn er in der entscheidenden Sitzung die Hand gehoben und für die Stalinpolitik gestimmt hätte. Er sei aber ein Gegner der Revision der Grundlagen des Leninismus. Die Ausschlüsse der linken Oppositionellen aus der KPD wären unter Bruch der Statuten der Partei erfolgt. Die Opposition hätte sich zusammengefunden, um für den orthodoxen Marxismus und Leninismus zu kämpfen. Die KPD trete in die Fußstapfen der SPD. Nun habe ihr jedoch

²⁰⁹⁰ Öffentliche Versammlung in Eving, in: Schacht und Hütte, 2. Jg., Nr. 5, [Dortmund] 10.2.1928, S. 1 f., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁹¹ Der Bürgermeister des Amtes Pelkum Landkreis Hamm (Abschrift), Betrifft Ultralinke Bewegung, An den Herrn Landrat in Hamm (Westf.), Pelkum 9.1.1928, S. 1 f., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. B.; Arbeiter in Rünthe!, in: Schacht und Hütte, 1. Jg., Nr. 11, Dortmund 30.12.1927, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁹² Vgl. Perrefort, Maria, Links liegengelassen. Das rote Herringen, Hamm 2008, S. 46.

²⁰⁹³ Der Bürgermeister des Amtes Pelkum Landkreis Hamm (Abschrift), Betrifft Ultralinke Bewegung, An den Herrn Landrat in Hamm (Westf.), Pelkum 9.1.1928, S. 1, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁹⁴ Scholem spricht in Rünthe, unser Erfolg!, in: Schacht und Hütte, 2. Jg., Nr. 2, Dortmund 13.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

die Geschichte einen bösen Streich gespielt, denn in den letzten Wochen sei die Sprache der KPD wieder „entsetzlich ultralinks“ geworden. International hätten die Kommunisten in Österreich, Indonesien und China revolutionäre Situationen verpasst. Die Sowjetunion könne sich ohne eine siegreiche Weltrevolution nicht halten. Es sei eine gefährliche Utopie, wenn sich Delegierte aus Russland in Genf für Abrüstung einsetzen würden. Die Losung müsse proletarische Aufrüstung heißen, um die Bourgeoisie abzurüsten. Der SPD warf Scholem vor, durch die Bewilligung der Kriegskredite die größte Schuld am 1. Weltkrieg zu tragen²⁰⁹⁵. Erstaunlicherweise ging die oppositionelle linkskommunistische Zeitschrift *Schacht und Hütte* in ihrer Berichterstattung nicht auf die Inhalte der Veranstaltung ein²⁰⁹⁶. Der *Westfälische Kämpfer* ersparte sich eine Darlegung von Scholems Ansichten, weil der Redakteur darin nichts anderes als eine „niederträchtige Hetze gegen Rußland und die Komintern“ sah. Mehr Aufmerksamkeit in der Berichterstattung fanden der Ablauf der Veranstaltung und die anschließende Diskussion. Ein KPD-Redner warf der linken Opposition „Zerrissenheit“ und „Quertreiberei“ vor. Sie habe keine Berechtigung, an der Partei und Sowjetrußland Kritik zu üben, weil sie als „Steigbügelhalterin der Bourgeoisie“ enttarnt worden sei. Ein KPD-Sympathisant bezichtigte Werner Scholem des „offenen Verrats an der Arbeiterschaft“²⁰⁹⁷. Ein SPD-Vertreter antwortete Scholem, dass die SPD 1914 nicht das richtige Verständnis der Lage gehabt hätte, sonst wäre es vielleicht nicht zum Krieg gekommen²⁰⁹⁸. Er freue sich, von Scholem eine Bestätigung der Verhältnisse in der Sowjetunion, wie sie die SPD-Presse schildere, erhalten zu haben. Die Politik von Stalin sei richtig, weil er sich mit den gegebenen Verhältnisse abfinde. Ebenso richtig sei es, wenn er die linke Opposition in die Verbannung schicke, um sich nicht von der Arbeit abhalten zu lassen. Die Entwicklung dort sei nur eine Bestätigung für die Haltung der SPD; die KPD solle sich auflösen²⁰⁹⁹. Ein parteiloser Redner mahnte zur Einigkeit. SPD und KPD müssten im Wirtschaftsleben vereint vorgehen²¹⁰⁰. Er verteidigte die Politik der Komintern in China als nicht reformistisch und bezeichnete Scholem These vom Anwachsen der Kulakengefahr in Russland als falsch²¹⁰¹.

²⁰⁹⁵ Der Bürgermeister des Amtes Pelkum Landkreis Hamm (Abschrift), Betrifft Ultralinke Bewegung, An den Herrn Landrat in Hamm (Westf.), Pelkum 9.1.1928, S. 1 f, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁹⁶ Scholem spricht in Rünthe, unser Erfolg!, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 2, Dortmund 13.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁹⁷ Es hat nicht sollen sein. Scholems Bankrott in Rünthe, in: *Westfälischer Kämpfer*. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften, 4. Jg., Nr. 8, Dortmund 10.1.1928, S. 10.

²⁰⁹⁸ Der Bürgermeister des Amtes Pelkum Landkreis Hamm (Abschrift), Betrifft Ultralinke Bewegung, An den Herrn Landrat in Hamm (Westf.), Pelkum 9.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁰⁹⁹ Scholem spricht in Rünthe, unser Erfolg!, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 2, Dortmund 13.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²¹⁰⁰ Der Bürgermeister des Amtes Pelkum Landkreis Hamm (Abschrift), Betrifft Ultralinke Bewegung, An den Herrn Landrat in Hamm (Westf.), Pelkum 9.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²¹⁰¹ Es hat nicht sollen sein. Scholems Bankrott in Rünthe, in: *Westfälischer Kämpfer*. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften, 4. Jg., Nr. 8, Dortmund 10.1.1928, S. 10.

Werner Scholem ging in seinem Schlusswort nicht auf die KPD-Redner ein, deren Ausführungen er als „dummes Zeug“ bezeichnete. Stattdessen setzte er sich mit dem SPD-Vertreter und dem Parteiloson auseinander. Die Polizei fand nach der Veranstaltung noch keinen Hinweis für die Existenz einer organisierten Gruppe in Rünthe um die Linkskommunisten Stache und Rogge²¹⁰². Anscheinend war die KPD jedoch durch die Veranstaltung politisch unter Druck geraten und kündigte eine eigene Veranstaltung in Rünthe mit Wilhelm Florin an. Zu der waren nach Angaben der linken Opposition vier KPD-Mitglieder, ein paar Sozialdemokraten und parteilose Arbeiter erschienen, aber längst nicht so viele Interessierte wie zur Veranstaltung mit Werner Scholem. Weil Florin nicht kam, platzte die Veranstaltung. Die linken Kommunisten beschuldigten die KPD, in Rünthe einen Scherbenhaufen hinterlassen zu haben²¹⁰³. Die Veranstaltung mit Werner Scholem in Rünthe zeigte, dass es in der tiefsten Provinz unter kommunistischen Arbeitern ein Bedürfnis gab, sich über die Entwicklung in der KPD, der Komintern und in der Sowjetunion Klarheit zu verschaffen.

Die Haltung der radikal linken Opposition zur Sowjetunion wurde zunehmend ablehnender. 1928 solidarisierte sich die GKP in ihrem *Mitteilungsblatt* mit der „linken Opposition“ in der Sowjetunion und besonders mit Trotzki. Ausführlich wurde über die Verbannung „linker Oppositioneller“ berichtet. Für die GKP Ruhr herrschte in der Sowjetunion nicht mehr die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur der Stalin-Clique über das Proletariat²¹⁰⁴. Die *Entschiedene Linke* sah die Sowjetunion als staatskapitalistisch an. Der Privatkapitalismus werde wiederhergestellt²¹⁰⁵. Den 1926 abgeschlossenen deutsch-russischen Vertrag geißelte die sog. *Düsseldorfer Resolution* als Bündnis mit dem „deutschen Imperialismus Marx-Hindenburgscher Prägung“, den das ZK der KPD gebilligt habe²¹⁰⁶. Ende 1928 sammelten die linken Kommunisten Unterschriften, mit der die Unterzeichner gegen „die Verbannung und Mordversuche gegen die Opposition (russische Bolschewiki)“ protestierten, ihre sofortige Freilassung verlangten und das Selbstbestimmungsrecht ihres Aufenthaltes einforderten. Gesammelt wurde in der gesamten Arbeiterbewegung. Es unterschrieben KPD, SPD-Mitglieder und Parteilose, die oft früher Mitglied der KPD gewesen waren. Die Unterschriften wurden der sowjetischen

²¹⁰² Der Bürgermeister des Amtes Pelkum Landkreis Hamm (Abschrift), Betrifft Ultralinke Bewegung, An den Herrn Landrat in Hamm (Westf.), Pelkum 9.1.1928, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²¹⁰³ Florin kneift in Rünthe!, in: Schacht und Hütte, 2. Jg., Nr. 5, Dortmund 10.2.1928, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²¹⁰⁴ Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 1, Bocholt, 28.9.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 48.

²¹⁰⁵ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 81.

²¹⁰⁶ [Gesamtopposition], Resolution zur Lage in der Partei und der Komintern (Düsseldorfer Resolution), Düsseldorf 29.5.1926, in: Was wollen die Entschieden Linen? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, Berlin 1926, S. 11, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

Botschaft in Berlin übergeben²¹⁰⁷. Anfang 1929 entstand die sog. *Trotzki-Hilfe*, um den aus der Sowjetunion in die Türkei ausgewiesenen Leo Trotzki politisch und materiell zu unterstützen. Für die *Trotzki-Hilfe*, die auch von der Liga für Menschenrechte, von Albert Einstein, E. I. Gumbel und Magnus Hirschfeld unterstützt wurde²¹⁰⁸, taten sich linke und radikal linke Organisationen zusammen. Vertreten waren u. a. die *Gruppe Kommunistische Politik*, der *Leninbund* und der *Deutsche Industrie Verband*.

Nun konnten linke Oppositionelle selbst versuchen, mit Trotzki in Kontakt zu treten. In einem ihrer Briefe an Trotzki kritisierten Johann Triebeck und einige seiner Genossen aus Wattenscheid dessen Haltung zur Sowjetunion: „Ob der russische Staat noch ein Arbeiterstaat ist, bezweifeln wir“. Dort seien die Rechte der Betriebsräte unter Stalin eingeschränkt worden, die Zarenschulden würden in internationalen Verträgen anerkannt, Russland beteilige sich an Abrüstungskonferenzen. Die Arbeiter ständen den Kulaken und den Mittelbauern gegenüber, der stalinsche Staatsapparat „wacht über die beiden Klassen, die gleich stark sind“. „Da kann doch wirklich von keinem Arbeiterstaate mehr die Rede sein“. Wie könne Trotzki erst den Fünfjahresplan begrüßen und dann ein halbes Jahr später ablehnen²¹⁰⁹? Gleichzeitig setzten sich die oppositionellen linken Kommunisten für ihre Gesinnungsfreunde in Russland, die dort von Stalin nach Sibirien verbannt worden waren, ein. So schrieb Triebeck an Trotzki:

„(...) besonders wir hier im Ruhrgebiet (...) haben stets in allen öffentlichen Versammlungen und Demonstrationen unsere Forderungen gestellt: heraus mit allen verbannten Genossen, Asylrecht für Trotzki. Diese Transparente haben wir noch zu Hause liegen“²¹¹⁰.

Ein dauernder Kontakt zwischen den Wattenscheider linken Kommunisten und dem russischen Revolutionär sollte nicht zustande kommen. Die Differenzen in der Einschätzung der Sowjetunion waren zu groß. Dies lag an der unterschiedlichen Sicht des sog. *Thermidor* wie in Anlehnung an den Hitzemonat, in dem der radikale Flügel der Jakobiner um Robespierre während der französischen Revolution gestürzt worden war, über die Entwicklung in der Sowjetunion diskutiert wurde. Für die oppositionellen linken Kommunisten in Deutschland hatte der *Thermidor* in der Sowjetunion, der Übergang zu einem bürgerlichen Regime, das eine zweite Revolution notwendig machte, längst

²¹⁰⁷ An die russische Botschaft, [Berlin] Dezember 1928, SAPMO Berlin, RY 1/I 5/4/2, Bl. 120.

²¹⁰⁸ Reichsleitung Leninbund (Linke Kommunisten), Rundschreiben Betrifft Trotzki-Hilfe, [Berlin 1929], SAPMO Berlin RY 1/I 5/4/2, Bl. 12.

²¹⁰⁹ Triebeck, Johann, Lieber Genosse Trotzki, Wattenscheid 8.6.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²¹¹⁰ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

stattgefunden²¹¹¹. Trotzki war zwar einer der Ersten, der die Gefahr des *Thermidors* in der Sowjetunion erkannt hatte²¹¹², stritt aber lange Zeit ab, dass dieser bereits verwirklicht sei²¹¹³. Während er z. B. im Ausschluss der *linken Opposition* aus der WKP(B) nicht „eine vollendete Tatsache“ für einen „thermidorianische(n) Umsturz“²¹¹⁴ erblickte, sahen die oppositionellen Linken Kommunisten in und außerhalb der KPD spätestens mit dem Ausschluss und der Verbannung der russischen Oppositionellen den *Thermidor* in der Sowjetunion als verwirklicht an²¹¹⁵. Im Exil folgte ein obskurer Streit zwischen Trotzki und seinen Anhängern über die ostchinesische Eisenbahn²¹¹⁶, der in einer Spaltung endete. Erst 1935 entdeckte Trotzki entgegen allen früheren Einschätzungen, dass der *Thermidor* in der Sowjetunion bereits 1924 begonnen habe²¹¹⁷. Trotzki's Fehleinschätzung des *Thermidors* sollte sich als ein wichtiges politisches Hindernis herausstellen, dass linke und radikal linke Kommunisten davon abhielt, 1930 seiner *Linken Opposition der KPD* beizutreten. Von den 124 Gründungsmitgliedern des *Leninbundes* traten bis 1933 nur Grylewicz, Joko, Schöler, Rabe (Berlin), Plep (Königsberg) und Speck, Dörr, Pfirsich (Bruchsal) zur *LO der KPD* über.

5.8 Politische und soziale Bewegungen im Ruhrgebiet, die Handlungsfähigkeit der KPD-Betriebszellenorganisation und die linksoppositionelle Kritik

Die Phase der 'Stabilisierung' der Weimarer Republik begann mit der sog. Oktoberniederlage und mit der Niederlage der Arbeiterbewegung im Kampf um die Acht-Stunden- bzw. im Ruhrgebiet um die Sieben-Stunden-Schicht. Zwar lag bei der Reichstagswahl im Mai 1924 die Ruhr-KPD in den meisten Wahlbezirken vor der SPD²¹¹⁸, aber der Maistreik im Ruhrbergbau wurde von den vier gemäßigten Gewerkschaftsverbänden dominiert, auch wenn ihnen die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* im Nacken saß. Streik und Aussperrung bestimmten das staatliche

²¹¹¹ Trotsky, Leon, Questions for the Leninbund, o. O. 24.8.1929, in: Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975, S. 247.

²¹¹² Trotzki, Leo, Erste Rede vor dem Präsidium der ZKK, o. O. 24.6.1927, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 800 f.

²¹¹³ Trotzki, Leo, Thermidor?, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 877 f.;

²¹¹⁴ Trotzki, Leo, In der neuen Etappe, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1125 f.

²¹¹⁵ Vgl. Nieder mit dem Stalinismus – für den Leninismus, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 36, Berlin 18.11.1927, S. 195; Die Ausweisung Leo Trotzki's, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 3. Jg., Nr. 5, Berlin 1.2.1929, S. 33.

²¹¹⁶ Trotsky, Leon, The sino-soviet conflict and the position of the Belgian Oppositionists, in: Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975, S. 332.

²¹¹⁷ Trotzki, Leo, Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, Domene 1.2.1935, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur 1929-1936, Bd. 1.1, Hamburg 1988, S. 591. Obwohl damit eine zentrale politische Differenz weggefallen war, besaß Trotzki nicht die Größe, auf die Exil-Leitung des Leninbundes erneut zuzugehen.

²¹¹⁸ Winkler, Schein der Normalität, S. 185.

Schlichtungsverfahren, das den Arbeitskampf mit einem Schiedsspruch von 15 % Lohnerhöhung und Anerkennung der bezahlten Mehrarbeit beendete. Die Sieben-Stunden- bzw. Acht-Stunden-Schicht wurden jedoch nicht zurückgewonnen. In der Reichstagswahl vom Dezember 1924 spiegelte sich die allgemeine Entradikalisierung wider. Fast überall im Ruhrgebiet verzeichnete die SPD Gewinne und die KPD Verluste²¹¹⁹. Der Rückgang des kommunistischen Einflusses setzte sich bei der Präsidentschaftswahl im März und April 1925 fort. Die KPD-Betriebszellen warben zwar eifrig für den kommunistischen Kandidaten Ernst Thälmann²¹²⁰. Doch obwohl die SPD keinen eigenen Kandidaten präsentierte, erhielt Thälmann nur 7 % bzw. 6,4 % der Stimmen²¹²¹.

Im Sommer 1925 geriet der Ruhrbergbau in eine Krise. Die steigende Erwerbslosigkeit war u. a. auf die zunehmende Rationalisierung auf den Zechen und in den Stahlwerken zurückzuführen. Während Mitte der 1920er Jahre die Produktivität im Bergbau beträchtlich stieg²¹²², verbesserte sich die soziale Lage der Arbeiter kaum. Die Löhne der meisten Berg- und Stahlarbeiter lagen unter denen von vor 1914. Die Arbeitszeiten waren relativ lang²¹²³. Der gewerkschaftliche Organisationsgrad blieb im Bergbau gering. Der BAV organisierte 1925 im Revier nur 13 % der Kumpel. Gemessen an dem Abschneiden bei den Betriebsratswahlen war der Einfluss des DMV bei den Metallarbeitern relativ hoch²¹²⁴. Die vielen Entlassungen trafen nicht nur Gewerkschafter, sondern vor allem die Kommunisten in den Betrieben, was die KPD-Betriebszellen schwächte. Die Ruhr-KPD reagierte mit der Taktik der Einheitsfront auf gewerkschaftlicher Ebene. Um z. B. die Ortsverwaltung des DMV Essen zu gewinnen, beschloss die KPD-Bezirksleitung Ruhr, Verhandlungen mit der SPD aufzunehmen. Damit sollte versucht werden, linke SPD-Arbeiter zu gewinnen. Im Unterschied dazu schlugen oppositionelle Linkskommunisten eine Einheitsfront über die Betriebsrätebewegung vor, in denen der Einfluss der Kommunisten relativ hoch war und die sozialdemokratischen Betriebsräte unter dem Druck der Belegschaften standen²¹²⁵.

Die KPD versuchte, sich auf die veränderten politischen Rahmenbedingungen der 'Stabilisierung' einzustellen und startete im November 1925 eine Kampagne zur

²¹¹⁹ Winkler, Schein der Normalität, S. 220 f.

²¹²⁰ Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 121.

²¹²¹ Vogt, Martin, Parteien in der Weimarer Republik, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 147.

²¹²² Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978, S. 55 (im Folgenden zitiert: Weisbrod, Schwerindustrie in der Republik, Seite).

²¹²³ Winkler, Schein der Normalität, S. 50 f.

²¹²⁴ Weisbrod, Schwerindustrie in der Republik, S. 122 f.

²¹²⁵ Pol.-Büro, Protokoll der engeren Bezirksleitungs-Sitzung am 11.1.1926, [Essen Januar 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 2.

entschädigungslosen Enteignung der Fürstenhäuser. Dem angestrebten Volksentscheid war ein Volksbegehren vorgeschaltet, für das SPD und KPD im Januar 1926 ein rein technisches Abkommen abschlossen. Zum Volksbegehren im März des Jahres trugen sich 12,5 Mio. Wählerinnen und Wähler in die Listen ein. Der Reichstag lehnte erwartungsgemäß den Gesetzesentwurf von KPD und SPD mit großer Mehrheit ab. So kam es am 20. Juni 1926 zum Volksentscheid über die Fürstenenteignung. Von 15,5 Mio. Wahlbeteiligten stimmten 14,5 Millionen mit „JA“. Das Ziel wurde zwar verfehlt, hätten doch für die Enteignung etwa 20 Millionen Menschen stimmen müssen. Zurecht betont Winkler, dass „der Versuch, ein Stück Revolution mitten in der ‘Stabilisierungsphase’ nachzuholen, wohl von vorneherein zum Scheitern verurteilt (war)“²¹²⁶, selbst wenn seine Aussage nur für die demokratischen, anti-feudalen Aufgaben galt, die die Novemberrevolution 1918 nicht gelöst hatte. Die Kampagne hatte ihr Ziel nicht erreicht, war aber politisch wirkungsvoll gewesen.

Trotz dem Erfolg der Mobilisierung für die ganze Arbeiterbewegung und für das Prestige der KPD waren Volksbegehren und Volksentscheid von Anfang so angelegt, dass ihr Schwerpunkt außerhalb der Betriebe lag. Die Betriebszellenorganisation der KPD konnte von der Natur der Sache her nicht im Mittelpunkt der Mobilisierung stehen. Vielmehr musste die KPD besondere Strukturen initiieren, die den Notwendigkeiten der Kampagne gerecht wurden. Überall, so wies das KPD-Zentralkomitee an, sollten lokale Komitees zur Durchführung des Volksbegehrens gemeinsam mit SPD, Gewerkschaftsorganisationen, christlichen Gewerkschaften, Kleinbauernorganisationen u. a. gebildet werden, wobei die Komitees die entschädigungslose Enteignung der Fürsten fordern sollten²¹²⁷. Im Ruhrgebiet wurden fünfundsechzig „Einheitskomitees“ geschaffen, die die Kampagne für die Fürstenenteignung trugen. In einem großen Teil der Komitees seien SPD, Christlich-Soziale und Organisationen der Demokratischen Partei erfasst²¹²⁸. Die Kampagne sollte „nicht nur eine Arbeiterbewegung sein, sondern zu einer wirklichen Volksbewegung“ mit „werk tätigen Mittelschichten in der Stadt“ und „fortgeschrittensten Teile(n) des Bauerntums“ werden²¹²⁹. Die KPD-Zentrale hatte ihre Bezirke angewiesen, auch radikale Forderungen aufzustellen. So sollte z. B. die entschädigungslose Enteignung aller

²¹²⁶ Winkler, Schein der Normalität, S. 289.

²¹²⁷ Zentralkomitee der KPD, Rundschreiben, Nr. 62, Berlin 9.12.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 113.

²¹²⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet, Org. Abteilung, Organisationsbericht des Bezirks Ruhrgebiet für den Monat Juni 1926, Essen 22.6.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 95.

²¹²⁹ Leitlinien der Komintern zur Unterstützung des KPD-Volksbegehrens zur Enteignung der ehemaligen Fürstenhäuser und zur Regierungskrise der Weimarer Republik, Moskau 23.1.1926, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 142, S. 485.

produktiven Betriebe, die aus Profitgründen stillgelegt wurden, gefordert werden²¹³⁰. Die Einbeziehung und Mobilisierung bürgerlichen Schichten konnte die KPD-Betriebszellenorganisation nicht leisten. Aber sie beeinflusste sozialdemokratische, christliche und unorganisierte Arbeiter, die Initiative der KPD zu unterstützen. Über ihre Betriebszeitungen trug die KPD zur Aufklärung über die Ziele der Kampagne und zur Mobilisierung der Wähler an die Urnen bei. Aber die eigentliche Aufgabe der Betriebszellen war es nicht, Ereignisse zu kommentieren oder Arbeiter zu den Wahlurnen zu mobilisieren, sondern Aktionen am Arbeitsplatz loszutreten. Die Mobilisierung der Arbeiter gelang der Kommunistischen Partei nicht.

Im Herbst 1926 bezeichnete die *Gruppe Kommunistische Politik* die Kampagne zur Fürstenenteignung als „banale Stimmzettelskomödie“. Sie werde von der Kommunistischen Partei illusionär demokratisch und republikanisch geführt²¹³¹. Einen wichtigen Kritikpunkt übersah die *GKP*. Wäre es der KPD-Betriebszellenorganisation gelungen, Streiks auszulösen und dabei die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter mitzureißen, dann hätte die Kampagne zur Fürstenenteignung eine andere Richtung nehmen können. Auch in der Rathenau-Kampagne war es zu Streiks gekommen²¹³². Doch jetzt gab es keine politischen Streiks, um die Enteignung der Fürsten durchzusetzen. Die Betriebszellenorganisation wurde trotz bester politischer Rahmenbedingungen ihrer eigentlichen Aufgabe nicht gerecht.

Das zwei Jahre später von der KPD initiierte Volksbegehren gegen den Panzerschiffbau konnte in keiner Weise an die Kampagne zur Fürstenenteignung anknüpfen. Das Ergebnis war im Ruhrgebiet relativ schlecht im Vergleich zum Reichsdurchschnitt, da die KPD bei der Reichstagswahl vom Mai 1928 im Revier besser als die SPD abgeschnitten hatte, während diese in anderen Landesteilen im Vergleich zur Reichstagswahl 1924 doppelt so viel Stimmen als die KPD gewonnen hatte²¹³³. Im Kreis Moers habe die KPD nur 2.040 Stimmen für das Volksbegehren gewonnen, während sie bei der vorhergehenden Reichstagswahl über zehntausend Stimmen erlangt habe, lautete die Kritik der *GKP*²¹³⁴. Die Betriebszellenorganisation im Ruhrgebiet konnte nichts am mageren Ergebnis des Volksbegehrens gegen den Panzerschiffbau ändern.

²¹³⁰ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol.Büro (Abschrift), An alle Unterbezirksleitungen, Arbeitsgebietsleitungen, Ortsgruppenleitungen und Zellengruppenleitungen, Essen 8.12.1925, in: Oberpräsident der Provinz Westfalen, An den Regierungspräsidenten Düsseldorf. Betr. Kommunistische Propaganda, Münster 12.12.1925, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16924, Bl. 154 f.

²¹³¹ Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. [zwischen Juli und November 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 80.

²¹³² Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 2, Berlin 1964, S. 493 f.

²¹³³ Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 630 f.

²¹³⁴ Mitteilungsblatt. Gruppe Kommunistische Politik, Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 5, Bocholt 23.11.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 120.

Nachdem die revolutionäre Phase der Republik 1924 vorüber war, hatten die Bergwerks- und Hüttenbesitzer die Politik der Zentralarbeitsgemeinschaft mit den Gewerkschaften aufgelöst²¹³⁵. Ab Sommer 1924 hatte der Leiter des GHH-Konzerns, Paul Reusch, den Verband „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen“ (sog. 'Langnamenverein') reorganisiert, dessen Politik nun eine „aggressive Form“ annahm²¹³⁶. Ihre Repräsentanten sprachen sich seit 1925 dafür aus, mittels Ermächtigungsgesetz und mit einem „Führer“ zu regieren²¹³⁷. Nach dem Zerfall des Stinnes-Imperiums wurden 1926 die Vereinigten Stahlwerke zum führenden Trust im Ruhrgebiet, der sowohl den Bergbau wie die Eisen- und Stahlindustrie beherrschte²¹³⁸. Der harte Kurs der Mehrheit der Eigner der Berg- und Hüttenwerke verschärfte sich. Dies lag auch daran, dass die Bergwerks- und Hüttenkonzerne unter dem Konkurrenzdruck der aufstrebenden Chemie-, Metall- und Elektroindustrie an Bedeutung verloren²¹³⁹. Hätten die Berg- und Hüttenkonzerne ihren bisherigen Einfluss auf die Reichsregierungen behalten, wie es Winkler sieht²¹⁴⁰, wären die folgenden Streitigkeiten zwischen staatlicher Politik und der Eisen- und Stahlindustrie nicht zu erklären.

Die Mehrheit der Kapitaleigner an der Ruhr richteten sich gegen das, was ihr Sprecher Reusch als „fortschreitenden Marxismus“ und „Sozialismus auf allen Gebieten“ ansah²¹⁴¹. Damit war keineswegs die revolutionäre Arbeiterbewegung, sondern die Sozialdemokratie gemeint. Neben dem maßgeblich von der SPD entwickelten staatlichen Schlichtungswesen und den Tarifverträgen verstand Reusch unter „fortschreitendem Marxismus“ vor allem die Einführung einer staatlichen Arbeitslosenversicherung 1927, wonach „ein Arbeitsloser ohne Beschäftigungsnachweis (...) für ein halbes Jahr 50 - 80 % seines letzten Nettolohnes (erhielt)“²¹⁴².

Die große gesellschaftspolitische Konfrontation erfolgte 1928 im sog. 'Ruhreisenstreit' in der Eisenindustrie. Auf diese Auseinandersetzung hatte sich der zuständige Verband

²¹³⁵ Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S.164 f.

²¹³⁶ Weisbrod, Schwerindustrie in der Republik, S. 187 f.

²¹³⁷ Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 170.

²¹³⁸ Weisbrod, Schwerindustrie in der Republik, S. 96 f.

²¹³⁹ Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 169.

²¹⁴⁰ Winkler, Schein der Normalität, S. 31 f.

²¹⁴¹ Weisbrod, Schwerindustrie in der Republik, S. 467.

²¹⁴² Wirsching, Andreas, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 58), München 2000, S. 30.

Arbeitsnordwest des *Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller* ein Jahr lang planmäßig vorbereitet, indem er von seinen Mitgliedern Einzahlungen in einen Kampffonds verlangt hatte. Damit sollte die Forderung der Gewerkschaften nach Rückkehr zur achtstündigen Arbeitsschicht abgewehrt werden, da die Stahlindustriellen das Zwei-Schicht-System beibehalten wollten²¹⁴³. Die harte Haltung der Hüttenbesitzer zeigte sich, als freie und christliche Metallgewerkschaften eine Lohnerhöhung von 15 Pfennige / Stunde forderten. Daraufhin kündigte der Verband *Arbeitsnordwest* allen 230.000 Arbeitern der Eisenindustrie zum 1. November 1928. Den Schiedsspruch eines staatlichen Schlichters auf Erhöhung um sechs bzw. zwei Pfennige / Stunde beachtete *Arbeitsnordwest* nicht. Die Stahlindustriellen zielten nicht nur auf die Arbeiter, sondern auf das ganze staatliche Schlichtungswesen, das sie beseitigen wollten. Tariflich vereinbarte Löhne sollten durch betriebliche Vereinbarungen ersetzt werden. Nach langem Hin und Her einigten sich Gewerkschaften und *Arbeitsnordwest* auf den SPD-Minister Severing als neuen Schlichter. Die Aussperrung wurde am 3. Dezember 1928 aufgehoben. Der Spruch Severings war für die Arbeiter kein guter: die Lohnerhöhungen lagen zwischen ein und sechs Pfennigen in der Stunde, die Arbeitszeit wurde nur um drei Stunden auf 57 Stunden wöchentlich verkürzt, der Tarifvertrag lief über zwei Jahre²¹⁴⁴. Durch die Politik der Stahlindustriellen war das staatliche Schlichtungswesen schwer angeschlagen, auch wenn sich *Arbeitsnordwest* dem erneuten Schlichterspruch gebeugt hatten. Das Tarifvertragswesen blieb vorerst erhalten. Die Berg- und Hüttenbesitzer hatten eine Schlacht gewonnen, aber noch nicht den Krieg gegen die staatliche Schlichtung und das Tarifvertragswesen. Sie forderten weiterhin einen „radikalen Abbau der Löhne und Sozialleistungen“²¹⁴⁵, wurden doch 1928/1929 die Lohn- und Arbeitsbedingungen von 50% der Arbeiter in der Industrie durch staatliche Schlichtung festgelegt²¹⁴⁶. Da sie im 'Ruhreisenstreit' nur einen Teilerfolg erzielt hatten, sah sich die Mehrheit der Besitzer der Berg- und Hüttenwerke an der Ruhr bald nach anderen Mitteln zur Durchsetzung ihrer Ziele um. Sie fanden sie in den Regierungen der Notverordnungen und schließlich in Hitlers Nationalsozialismus²¹⁴⁷. Der 'Ruhreisenstreit' war vom sozialdemokratisch dominierten *Deutschen Metallarbeiterverband* und vom *Christlichen Metallarbeiterverband* geführt worden. Im Arbeitskampf standen die KPD und ihre Betriebszellenorganisation nicht nur vor der

²¹⁴³ Weisbrod, *Schwerindustrie in der Republik*, S. 333 f.

²¹⁴⁴ Winkler, *Schein der Normalität*, S. 559 f.

²¹⁴⁵ Blaich, Fritz, *Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930*, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft* (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 177.

²¹⁴⁶ Hentschel, Volker, *Die Sozialpolitik in der Weimarer Republik*, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, *Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft* (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 206.

²¹⁴⁷ Wirsching, Andreas, *Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft* (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 58), München 2000, S. 37.

Aufgabe, die politische Offensive der Stahlindustriellen propagandistisch zu denunzieren. Die KPD musste auch eine praktische Antwort auf die Aussperrung finden. Diese hätte in dem Kampfmittel der Betriebsbesetzung bestehen können. Es war Aufgabe der KPD-Betriebszellen, eine solche Antwort zu formulieren, den Lohnabhängigen vorzuschlagen und dafür aktiv zu werden. Aber dazu war die KPD-Betriebszellenstruktur weder politisch noch organisatorisch in der Lage. Keine einzige ausgesperrte Belegschaft versuchte, die Aussperrung durch die Besetzung des Betriebes zu durchbrechen. Im entscheidenden Kampf gegen *Arbeitsnordwest*, versagte die KPD-Betriebszellenorganisation.

Die Großbetriebe im Ruhrgebiet waren ein „soziales Handlungsfeld“, in dem nicht nur die industrielle Produktion stattfand, sondern auch unterschiedliche Interessengruppen um Macht kämpften²¹⁴⁸. Die KPD-Betriebszellen waren ideale Ausgangspunkte, um den unsozialen und anti-demokratischen Bestrebungen der dominierenden Kapitalfraktion an der Ruhr, die die sozialpolitischen Errungenschaften der Weimarer Republik (Acht-Stunden-Schicht, Tarifvertragswesen, Arbeitslosenversicherung) beseitigen wollten, in deren unternehmerischen Hochburgen zu bekämpfen. Die neuen Handlungsmöglichkeiten, die sich durch die Betriebszellenorganisation eröffneten, wurden jedoch von der KPD weder bei der Kampagne zur Fürstenenteignung noch im 'Ruhreisenstreit' genutzt. Die Kritik der linken und radikal linken Kommunisten an der KPD-Betriebszellenstruktur nahm deren erweiterten Handlungspielraum zur Bekämpfung der reaktionären Eigner der Zechen und Hütten nicht wahr. Die oppositionell linke Kritik an der Betriebszellenorganisation beschränkte sich allein auf deren interne Funktion zur 'Atomisierung' der KPD-Mitgliedschaft. Damit blieb ein zentraler Kritikpunkt an der KPD-Betriebszellenstruktur im Ruhrgebiet ausgespart.

Eumann ist zuzustimmen, dass die „hochkomplexe(n) moderne(n) Industriegesellschaft“ „alle größeren Organisationen“ vor das „Dilemma von Effizienz und Partizipation“ stellte. Die Bolschewisierung – soweit damit Eumann die Betriebszellenorganisation meint – war eine „besondere Antwort“ der KPD darauf. Aber weder konnten mit dieser „Struktur“, „die Probleme, die im politischen Alltag im System der Weimarer Republik entstanden, halbwegs effizient gelöst werden“, wie die beschränkte Wirkung bzw. das Versagen der Betriebszellen während der Kampagne zur Fürstenenteignung, des englischen Bergarbeiterstreiks und während des Ruhreisenstreits zeigten. Noch sicherten die Betriebszellen „die Kooperation unter den Organisationsangehörigen“²¹⁴⁹, deren Voraussetzung eine freie Debatte war, die durch die 'Atomisierung' der KPD verhindert wurde.

²¹⁴⁸ Welskopp, Thomas, Wie schreibt man die Geschichte des Ruhrgebiets? Anmerkungen zum Projekt „Historisches Lesebuch“ der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte, Nr. 40, Essen 2008, S. 124.

²¹⁴⁹ Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 97 f.

6.0 Linkskommunistische Organisierung im Ruhrgebiet

Linke und radikal linke oppositionelle Strömungen in der KPD brachten nach ihrem Ausschluss aus der Kommunistischen Partei verschiedene Organisationen hervor. Im Ruhrgebiet waren die radikal linken Kommunisten mit der *Entschiedenen Linken* und der *Gruppe Kommunistische Politik* und die linken Kommunisten mit dem *Leninbund* vertreten. Die Polizei schätzte Anfang 1927 die *Entschiedene Linke* auf 4.000, die GKP auf 3.000 und die *Weddinger Opposition* ebenfalls auf 3.000 Mitglieder, während Fischer/Maslow eine Anhängerschaft von 6.000 - 7.000 und getrennt davon der Urbahns-Gruppe von 5.000 Mitgliedern zugerechnet wurde. Die außerhalb der KPD stehenden KAPD und KAU hätten insgesamt 2.000 Mitglieder²¹⁵⁰. Da der von Fischer/Maslow/Scholem/Urbahns gebildete *Leninbund* anfangs 6.000²¹⁵¹ und nicht 12.000 Mitglieder hatte, übertrafen die Schätzungen der Polizei die tatsächliche Mitgliedszahl um das Doppelte. Wenn die Polizei ähnlich die anderen linkskommunistischen Organisationen überschätzte, dann dürfte der reale Bestand der *Entschiedenen Linken* ca. 2.000 Mitglieder, der GKP ca. 1.500 Mitglieder und von KAPD und KAU ca. 1.000 Mitglieder erreicht haben.

Im September 1926 meldete der KPD-Vertreter Heinz Neumann an Stalin, dass die „Ultralinken“ im Ruhrgebiet, womit er die linken und die radikal linken Kommunisten meinte, nur noch ein Viertel bis ein Fünftel der KPD beherrschten²¹⁵². Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet spalteten sich die radikal linken Kommunisten in die drei Organisationen *Entschiedene Linke*, *Gruppe Kommunistische Politik* und *KPD (linker Flügel) / Linke Arbeiteropposition der KPD Ruhrgebiet*. Letztere gab es nur im Revier. Die Hochburg der *Entschiedenen Linken* war Buer, die der GKP war Bocholt und die der *Linken Arbeiteropposition der KPD* war Ickern. Die *Weddinger Linke* war nicht im Ruhrgebiet vertreten. Nachdem jedoch Wilhelm Kötter aus dem Wedding nach Bielefeld zurückgekehrt und der Unterbezirk Bielefeld 1928 dem KPD-Bezirk Ruhrgebiet eingegliedert worden war, dürfte der UB Bielefeld die letzte Hochburg der radikal linken Opposition in diesem Bezirk gewesen sein. Im Ruhrgebiet findet sich keine Spur von der Fraktion um Iwan Katz. Eine starke Stellung hatten jedoch die linken Kommunisten um Ruth Fischer und Hugo Urbahns, die später den *Leninbund* bilden sollten. Seine Hochburgen waren Hamm, Dortmund, Hoerde und Wattenscheid. Auffallend ist, dass es keine eigenständige Fraktion um Wilhelm Schwan gab, der 1926 versucht haben soll, „im

²¹⁵⁰ Der Oberpräsident der Provinz Westfalen, Abschrift, Münster 1.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 37 f.

²¹⁵¹ Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 441.

²¹⁵² Persönlicher Brief Neumanns an Stalin über Aktivitäten und innerparteiliche Kämpfe der KPD, [Berlin] 14.9.1926, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 161, S. 542.

Ruhrgebiet die linke Opposition aufzubauen²¹⁵³. Schwan, der 1925 ein Sprecher der Fraktion war, die später als *Chemnitzer Linke* bekannt wurde, gehörte nach seinem Ausschluss aus der KPD keiner der Fraktionen der linken Opposition an. Einige seiner früheren Anhänger in Duisburg und Rheinhausen unterstützten die *Entschiedene Linke*. Auch ohne Schwan blieb die *Chemnitzer Linke* in der Ruhr-KPD bedeutend.

6.1 Die *Entschiedene Linke*

Zunächst Teil der radikal linken Opposition um Scholem/Katz/Rosenberg formierte sich im Frühjahr 1926 eine Fraktion um den marxistischen Philosophen Karl Korsch als *Entschiedene Linke innerhalb der KPD (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewerth)*²¹⁵⁴. Mit ihren drei Reichstagsabgeordneten sowie den zwei Abgeordneten des Preußischen Landtags besaß die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* einen kleinen Führungskern, dessen Mitglieder auch unter KPD-Funktionären bekannt waren. Ab Ende März 1926 erschien die Zeitschrift *Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken*, mit der dokumentiert wurde, dass die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* am Aufbau einer offenen Fraktion in- und außerhalb der Kommunistischen Partei arbeitete. Am 4. Mai 1926 wurden Karl Korsch und Ernst Schwarz aus der KPD ausgeschlossen²¹⁵⁵. Im Reichstag konstituierte man sich nicht als *Entschiedene Linke innerhalb der KPD*, sondern als *Gruppe Internationale Kommunisten*, für die Karl Korsch am 10.6.1926 gegen den Deutsch-Sowjetischen Handelsvertrag Stellung bezog²¹⁵⁶.

Ursprünglich ein Gefolgsmann Brandlers in der KPD-Führung²¹⁵⁷ hatte Karl Korsch 1923 als Justizminister der SPD-KPD-Regierung in Thüringen gedient. Aufgrund seiner Erfahrungen im sog. *Deutschen Oktober* radikalisierte sich Korsch und schloss sich der linken Opposition an. Für die linkskommunistische Parteimehrheit redigierte er ab 1924 *Die Internationale*, die theoretische Zeitschrift der KPD. Ernst Schwarz, der 1923 der linken Bezirksleitung Berlin-Brandenburg angehört hatte, war ein Jahr später von der linken KPD-Führung um Fischer/Maslow/Scholem als Politischer Leiter im KPD-Bezirk Thüringen eingesetzt worden. Der Bauarbeiter Heinrich Schlagewerth wurde 1923 zum Sprecher der KPD in München-Gladbach²¹⁵⁸.

²¹⁵³ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 854.

²¹⁵⁴ Weber, *Wandlung*, S. 150 f.

²¹⁵⁵ Ausschlüsse und Austritte aus der KPD (seit dem neuen Kurs), o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 144 f.

²¹⁵⁶ Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte von der 187. Sitzung am 26.3.1926 bis zur 224. Sitzung am 2.7.1926, 3. Wahlperiode 1924, Bd. 390, Berlin 1926, S. 7443 f.

²¹⁵⁷ Buckmiller, Michael, *Marxismus als Realität. Zur Rekonstruktion der theoretischen und politischen Entwicklung Karl Korsch*, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 53.

²¹⁵⁸ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 483 f., 790 und 855 f.

Die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* gab sich frühzeitig politische Grundlagen: die sog. *Düsseldorfer Resolution*, die sog. *München-Gladbacher Resolution* und eine Erklärung zur Krise der WKP(B) und der Kommunistischen Internationale. In der von der *Kommunistischen Politik* veröffentlichten „Plattform der Linken“ zur Politik und Taktik der KPD und der Komintern, wurde die „Stabilisierung“ des Kapitalismus als „Gerede“ abgetan, hinter dem sich die Liquidierung der revolutionären Perspektive der Komintern und die Preisgabe der Vorbereitung revolutionärer Machtkämpfe verberge. Positiv trat die Resolution für die Verbindung von unmittelbaren Forderungen mit der Organisation der Revolution und der proletarischen Diktatur ein. Als eine wichtige Parole im Klassenkampf sah die *Kommunistische Politik* die „revolutionären Kontrolle der Produktion“ an. Sie legte einen Schwerpunkt auf die Organisation der Erwerbslosen, die Bildung von Erwerbslosenräten und die Einberufung eines Reichsbetriebsräte- und Erwerbslosenkongresses. Die Forderung nach einer „Arbeiter- und Bauernregierung“ lehnte die Fraktion Korsch/Schwarz/Schlagewerth ab. An ihrer Stelle schlug sie revolutionäre Arbeiterräte vor²¹⁵⁹.

Die *Kommunistische Politik* konstatierte die Aufhebung der Parteidemokratie in der KPD. Als Beispiele führte sie die Ersetzung gewählter Leitungen durch vom ZK eingesetzte Sekretäre, die Abschaffung der Mitgliederversammlungen, die Abschaffung von Zellengruppenversammlungen, die Auflösung des oppositionellen KPD-Bezirks Pfalz, die Aufspaltung des KPD-Bezirks Niedersachsen, in dem die linken Kommunisten über starken Einfluss verfügten, und in der Sowjetunion die Zerschlagung der *Leningrader Organisation* in der WKP(B) an. Massive Kritik äußerte die Fraktion Korsch/Schwarz/Schlagewerth an den Erklärungen der Erweiterten Exekutive der Komintern, der WKP(B) und der KPD, dass die Diskussion der sog. „russischen Frage“ „unerwünscht“ sei. Demgegenüber forderte die *Kommunistische Politik* eine intensive, offene Diskussion ein, zumal es auf dem 14. Parteitag der WKP(B) einen heftigen Fraktionskampf gegeben habe. Weder auf der Märztagung des EKKI, noch in der KPD oder in einer anderen Sektion sei darüber diskutiert worden. Das ZK der KPD habe am 9.4.1926 untersagt, auch über andere wichtige „Ergebnisse“ der EKKI-Tagung mit Referat und Korreferat zu diskutieren, weil, wie in der Resolution des EKKI zur „deutschen Frage“ präzisiert worden sei, die Diskussionen nicht zur „Zersetzung“ und „Desorientierung“ der

²¹⁵⁹ Resolution zur Politik u. Taktik der KPD u. der Komintern (Plattform der Linken), in: *Kommunistische Politik*. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 2, Berlin Mitte April 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560. Die *Düsseldorfer Resolution* und die *München-Gladbacher Resolution* dürften in den beiden radikal linken Ortsgruppen angenommen worden sein. Belege habe ich dafür nicht.

Partei führen dürften. Gegen die KPD-Führung müsse eine Debatte aller Probleme der proletarischen Revolution einschließlich der „russischen Frage“ durchgesetzt werden²¹⁶⁰.

Eine weitere inhaltliche Grundlage gab sich die Fraktion Korsch/Schwarz/Schlagewerth mit der „Resolution zur Lage in der Komintern“, die im 2. Halbjahr 1926 – zeitlich eingrenzbar zwischen dem Ausschluss Sinowjews aus dem Politbüro der WKP(B) im Juli 1926 und seinem Rücktritt als Vorsitzender der Komintern im November 1926 – erarbeitet worden war²¹⁶¹. In dieser Resolution kritisierte die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD*, dass sich die Kommunistische Internationale vom revolutionären Weg des Marxismus ab- und dem Reformismus zugewandt habe. Die KI werde von einer rechten Führung beherrscht. Würde dieser Kurs fortgesetzt, würde sich die Komintern in der Zweiten Internationale auflösen. Als Indizien führte die Resolution die These Stalins und Bucharins von der „Stabilisierung des Kapitalismus“, die bedingungslose Unterstützung der reformistischen englischen Gewerkschaftsführung im Generalstreik im Mai 1926 und die Unterstützung der reaktionären Regierung Pilsudski in Polen an. Außerdem wurde die KPD-Führung scharf dafür kritisiert, nicht die Erwerbslosen eigenständig zu organisieren, eine illusionäre Volksentscheidkampagne geführt zu haben und eine bürgerlich-sozialdemokratische Koalitionsregierung in Mecklenburg-Schwerin zu unterstützen. Weiter forderte die Fraktion *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* die „Wiederherstellung der Parteidemokratie und Diskussionsfreiheit“ und die sofortige Einstellung der *Reorganisation* der Partei auf der Grundlage von Betriebszellen. Zum Schluss rief die Resolution zum Kampf gegen das Liquidatorentum der Führung der KPD und des EKKI auf²¹⁶².

Bei der EL handelte sich zunächst um die organisierteste und präsenteste oppositionelle linkskommunistische Fraktion innerhalb der Kommunistischen Partei, der es in relativ vielen KPD-Bezirken gelang, eine Anhängerschaft zu sammeln und fraktionelle Strukturen aufzubauen. Dazu trugen die drei Reichstags- und zwei Landtagsabgeordneten bei, die sich mit ihren Freifahrten in ganz Deutschland bewegen konnten und in vielen Städten Veranstaltungen bestritten. Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet verfügte die *Entschiedene Linke* innerhalb der KPD über eine feste Basis in Bocholt, wo Josef Schmitz die KPD aufgebaut hatte²¹⁶³. Zusätzlich stützte sie sich im KPD-Unterbezirk Hamborn auf Gruppen in Wesel, Friedrichsfeld, Dinslaken-Lohberg und Hamborn. In Hamborn sollen zwanzig von 450

²¹⁶⁰ Karl Korsch, An die Redaktion der KAZ, Berlin 28.9.1926, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 7. Jg., Nr. 84, Berlin Oktober 1926, Seite, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075, S. 3 f.

²¹⁶¹ *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* (Gruppe Korsch, Schwarz, Schlagewert), Resolution zur Lage in der Komintern, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY I/1 3/18-19/9, Bl. 77 f.

²¹⁶² Ebd., Bl. 77 f.

²¹⁶³ Berens, Peter, *Trotzkisten gegen Hitler*, Köln 2007, S. 23 f.

Mitgliedern linksoppositionell eingestellt gewesen sein, wobei nicht klar ist, zu welcher Gruppierung sie zählten. Im Unterbezirk Duisburg besaß die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* einen größeren Stützpunkt in Rheinhausen um den KPD-Funktionär August Kopatz²¹⁶⁴. In Oberhausen gab es eine linksoppositionelle Gruppe von zwanzig der 250 KPD-Mitglieder um den früheren Elberfelder Gewerkschaftssekretär der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* Viktor Dalecki. Ob sie zur EL gehörte, lässt sich nicht feststellen²¹⁶⁵. Neben der KPD in Bocholt, das geografisch im Münsterland liegt, bildete *Buer* die zweite Hauptbasis der *Entschiedenen Linke innerhalb der KPD* im KPD-Bezirk Ruhr. Von hier kamen das Mitglied der Bezirksleitung der KPD Ruhr, Felix Szymczak, und das frühere BL-Mitglied Erwin, Josef Restetzki²¹⁶⁶. Von der BL Ruhr der KPD wurde die *Entschiedene Linke* deshalb auch „Restetzki-Gruppe“ genannt. Im KPD-Unterbezirk Buer fand sie Unterstützer in Holsterhausen²¹⁶⁷ und in Horst. Als Ernst Schwarz für die EL auf einer Mitgliederversammlung der KPD in Recklinghausen reden durfte, wurde der Leiter der Veranstaltung, Schlichting, umgehend von der BL ausgeschlossen²¹⁶⁸. Ihre dritte größere Basis in der Ruhr-KPD sammelte sich um Hans Körbs in Ickern und Castrop-Rauxel²¹⁶⁹. Auch in Herne, Wanne²¹⁷⁰, Bochum, Dortmund, Hoerde-Aplerbeck, Unna und Hordel verfügte die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* über einigen Anhang. Am 5.5.1926 schloss die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet den Dortmunder radikalen Linkskommunisten und Stadtverordneten Adolf Amecke wegen schweren Disziplinbruchs aus der KPD aus²¹⁷¹, der sich zur *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* bekannte. Amecke soll der BL angedroht haben, sie vor Gericht zu verklagen²¹⁷². Zusätzlich wurde in Dortmund die *Rote Jungfront* wegen „ultralinker“ Tendenzen aufgelöst, die daraufhin den *Freien Jungsturm* gründete²¹⁷³. Nach Angaben des ZK-Instrukteurs Kaasch stand die linke Opposition im Ruhrgebiet „unter Führung der Korsch-Schwarz-Gruppe“²¹⁷⁴. Wie noch am Beispiel von

²¹⁶⁴ Stadt Hamborn am Rhein. Der Oberbürgermeister, Betrifft: Opposition in der K.P.D., Hamborn a. Rhein 7.9.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 282.

²¹⁶⁵ Der Polizeipräsident, Opposition innerhalb der K.P.D., Oberhausen 13.9.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 308.

²¹⁶⁶ Weber, Wandlung, S. 178.

²¹⁶⁷ Bezirksleitung Ruhrgebiet der K.P.D., Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 30.9.27, Essen 1.10.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 21.

²¹⁶⁸ Bezirksleitung Ruhrgebiet Org-Abtlg., An das Zentralkomitee Pol-Büro, Essen 11.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 98.

²¹⁶⁹ Rundschreiben Nr. 14, Berlin 9.9.1926, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/6.

²¹⁷⁰ Weber, Wandlung, S. 152 f.

²¹⁷¹ Bezirksleitung Ruhrgebiet Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 5.5.1926, Essen 9.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 18.

²¹⁷² Bezirksleitung Ruhrgebiet Pol-Leitung, Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 19.5.26, Essen 20.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 18.

²¹⁷³ Bezirksleitung Ruhrgebiet, An das Zentralkomitee Sekretariat, Essen 9.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 8.

²¹⁷⁴ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 89.

Bocholt und Ickern zu zeigen sein wird, setzte sich die *Entschiedene Linke* im Ruhrgebiet aus radikalen, kommunistischen Arbeitern zusammen²¹⁷⁵.

Die KPD-Zentrale verurteilte die Fraktion Korsch/Schwarz/Schlagewerth und stellte in Bezirken, Straßen und Betriebszellen eine entsprechende Resolution zur Abstimmung. Der Linkskommunist Hugo Urbahns stimmte Anfang April 1926 im ZK der Bekämpfung der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* zu. In die Diskussion der KPD des Ruhrgebiets brachten die Anhänger Ruth Fischers eine ähnlich lautende Resolution ein²¹⁷⁶. Umgekehrt soll der bereits ausgeschlossene frühere radikal linke KPD-Sprecher von Ickern, Hans Körbs, den Ausschluss von Fischer und Maslow aus der KPD begrüßt haben²¹⁷⁷. Das musste natürlich eine Zusammenarbeit zwischen linken und radikal linken Oppositionellen erschweren.

Am 18. Mai 1926²¹⁷⁸ traf sich die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* im Ruhrgebiet zu ihrer zweiten Fraktionssitzung. Sie wählte eine eigene Bezirksleitung sowie eine Unterbezirksleitung für den Raum Dortmund. Das Büro des Rechtsanwalts Amecke diente als Bezirksbüro. Für den Ruhrbezirk wurde Hans Körbs aus *Ickern* zum Bezirksleiter der Fraktion bestimmt. An der Sitzung nahmen teil: Adolf Amecke, Heinrich Brahm (Stadtrat), Wünnenberg (Stadtverordneter), Heinrich Behr und Karl Hahn (alle Dortmund), Kellner (Mellinghausen / Arbeitsgebietsleiter der KPD), Naumann (Eichlinghofen / KPD-Polleiter), Eichmann (Selm-Biefang / KPD-Gewerkschaftsleiter), Körbs und Sliwik (Ickern, bereits aus der KPD ausgeschlossen), Willi Kersting (KJVD, Mitglied der Unterbezirksleitung der Jugend), Eugen Bernhard, Willi Behrmann, Robert Henkel (KJVD)²¹⁷⁹. Die KPD-Bezirksleitung hatte einen Informanten unter den Teilnehmenden, der ihr das Protokoll der Sitzung zuspielte. Nach Angaben der KPD-BL um Wilhelm Florin werde das Ruhrgebiet von Münster aus mit Material der „Korschgruppe“ geradezu überschwemmt²¹⁸⁰. Die Teilnahme von Christoph Wünnenberg, der später dem *Leninbund* angehörte, an der Sitzung der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* deutet darauf hin, dass für manche Oppositionelle unklar war, welcher Fraktion sie sich anschließen wollten. Die Fraktion der

²¹⁷⁵ Das widerspricht der Meinung der Herausgeber von „Deutschland, Russland, Komintern“, wonach die „ulralinke Opposition (Korsch, Schwartz, Katz)“ keine „starke Verankerung in der Arbeiterschaft“ hatte, vgl. Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. Anmerkung 124, S. 533.

²¹⁷⁶ Aus den Bezirken, in: *Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken*, 1. Jg., Nr. 3, Berlin Anfang Mai 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

²¹⁷⁷ [BL Ruhrgebiet], Sitzung der B.L. Ruhrgebiet vom 22. August 1926, [Essen] 22.8.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 22.

²¹⁷⁸ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 89.

²¹⁷⁹ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol.-Leitung, Rundschreiben Nr. 3, Essen 1.6.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 3; Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 89. Der Bericht der Polizei beruht offensichtlich auf dem Bericht von Kaasch, wobei jedoch Behr mit Heer verwechselt wurde.

²¹⁸⁰ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol.-Leitung, Rundschreiben Nr. 3, Essen 1.6.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 3; Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/28, Bl. 89. Absender in Münster war ein W. Esken, Warendorfer Straße 121.

Entschiedenen Linken sei in Dortmund, Hamm, Buer und Recklinghausen im Wachstum begriffen. Auf dem Bezirksparteitag des KJVD vom 30. Mai 1926 habe die Jugend aus diesen Unterbezirken fast geschlossen zur Opposition Korsch/Schwarz gehört. Revolutionäre Arbeiter seien deshalb zur Opposition Korsch/Schwarz gegangen, weil sie das Gefühl hätten, „dass die Partei bewusst nach rechts steuert“ und die „Brüchigkeit der relativen Stabilisierung“ nicht deutlich genug betont werde. Auf einer Arbeitsgebietsmitgliederversammlung am 29. Mai 1926 in Hoerde-Aplerbeck habe Kaasch die „ultralinken“ KPD-Mitglieder überzeugen können, als er gegen den dort einflussreichen Korsch-Anhänger Kluck auftrat, der die Annahme einer Stabilisierung bereits als Reformismus bezeichnete. Der Urbahns-Anhänger Körner polemisierte in der Debatte nicht gegen Kaasch, sondern gegen Kluck²¹⁸¹.

Die nächste Fraktionssitzung der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* des Ruhrbezirkes fand am 24. Juni 1926 im Restaurant Buschöfer in Wanne statt, an der ca. 25 Personen teilnahmen: Der KPD-Reichstagsabgeordnete Schwarz, der Landtagsabgeordnete und frühere UB-Sekretär von Hagen Peter Loquingen, Hans Körbs (Ickern); Fassbender, Wittka, Hoffmann (Bochum), Brahm, Böttcher, Brettenhäuser, Adolf Amecke und Frau (Dortmund), Grabowski, Szymczak, Restetzki (Buer), Berkemeyer (Hordel) und Spengler (Unna). Die KPD-Bezirksleitung, die einen Tag zuvor von dem Fraktionstreffen der EL erfahren hatte, observierte es mit sechzehn Mitgliedern, je fünf aus Essen, Gelsenkirchen und Bochum, sowie einem Mitglied aus Dortmund. Vor dem Tagungslokal stellte die KPD an jedem Ausgang Posten auf und drang in das Sitzungszimmer ein. Daraufhin hoben die Teilnehmenden ihre Diskussion auf, um sie später in den Privaträumen des Wirtes in der ersten Etage fortzusetzen. Ein Teilnehmer aus Buer müsse, so der Verfasser des Berichts, noch KPD-Mitgliedern aus Dortmund zur Identifizierung gegenübergestellt werden. Außerdem müsse er ein Alibi nachweisen²¹⁸². Die Bespitzelung oppositioneller Treffen durch die KPD-Bezirksleitung Ruhr zeigt, wie weit die Meinungsfreiheit innerhalb der KPD abhanden gekommen war. Radikal linke Oppositionelle mussten sich konspirativ treffen. Die BL der KPD wandte Polizeimethoden gegen ihre Kritiker an wie Observierung, Eindringen in ein Versammlungslokal, Gegenüberstellung und Befragung von Opponenten nach Alibis. Zum Aufbau der *Entschiedenen Linken* traten Korsch und Schwarz mehrfach in Essen auf²¹⁸³.

²¹⁸¹ Kaasch, Situationsbericht aus dem Ruhrgebiet, Essen 31.5.1926, SAPMO Berlin, RY I/1 3/18-19/28, Bl. 89.

²¹⁸² Betrifft Bezirksfraktionssitzung der Ultralinken Korsch – Schwarz (Abschrift), Essen 24.7.1926, SAPMO Berlin, RY I/1 3/20-21, Bl. 59.

²¹⁸³ Der Polizei-Präsident, Verfügung vom 10. August 1926 – I.C. 5804 – betreffend linksradikale Bewegung in der K.P.D., LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 283.

Nach den Ausschlüssen ihrer Sprecher aus der KPD begann eine interne Debatte der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* über die weiteren Perspektiven in- bzw. außerhalb der Kommunistischen Partei. Einig war man sich in der doppelten Aufgabenstellung: Erstens „die Lücke in der innerparteilichen Diskussion in Bezug auf die >russische Frage< (...) durch die Herausgabe des Diskussionsblattes Kommunistische Politik (KomPol)“ zu schließen. Zweitens „war die Auffassung (der Korsch-Gruppe), daß sich die KI und damit auch die KPD im Zustand der Liquidation befinden“, was „Preisgabe der KI als Weltpartei, die die Weltrevolution organisiert, vorbereitet und durchführt“ besage²¹⁸⁴.

Anzeichen für erste Meinungsverschiedenheiten untereinander zeigten sich bei der Diskussion über die *Erklärung der Siebenhundert*. Während Karl Korsch an der *Erklärung* mitgearbeitet hatte, hatte sich Ernst Schwarz geweigert, sie zu unterzeichnen. In der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* im Ruhrgebiet sprach sich Hans Körbs, der die Rundschreiben verschickte, gegen die Unterschriftenaktion aus²¹⁸⁵. Aber auch die radikal linken Kommunisten in Bocholt um Josef Schmitz, die noch der KPD angehörten, unterschreiben die *Erklärung der Siebenhundert* nicht. Dagegen setzten die ebenfalls noch innerhalb der KPD arbeitenden radikalen Linkskommunisten in Buer und Rheinhausen ihre Unterschriften unter die *Erklärung*. Das *Für* oder *Wider* eine gemeinsame Aktion mit den anderen linken Oppositionsgruppen führte zu erheblichen Spannungen in der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD*, die bald aufbrechen sollten. Auf ihrer Reichskonferenz am 28. September 1926 standen sich zwei Fraktionen gegenüber:

Eine Fraktion um Karl Korsch, Heinrich Schlagewerth und Peter Loquingen stellte die bisherigen politischen Grundlagen, die in der *Kommunistischen Politik* veröffentlicht worden waren, erneut zur Abstimmung. Die sog. *Düsseldorfer Resolution* wurde ebenso mit 22 Stimmen gegen 18 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen wie die sog. *München-Gladbacher Resolution*. Die „Erklärung der Linken zur Krise in der KPSU und in der KI“ wurde mit 22 : 20 Stimmen bestätigt. Damit stimmte die Fraktion um Ernst Schwarz, Fritz Lossau und Hans Körbs, immerhin fast die Hälfte der Delegierten, gegen die Resolutionen, die bis dahin die gemeinsame politische Grundlage der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* gebildet hatten. Sie legten eine eigene „Politische Resolution“ vor, die nicht einmal eine DIN-A4-Seite ausfüllte. Darin berief sich die Tendenz Schwarz/Lossau/Körbs auf das Spartakusprogramm der KPD und auf die „21 Bedingungen“, die auf dem 2. Weltkongress der Kommunistischen Internationale angenommen worden waren. Eine „Stabilisierung“ des Kapitalismus wurde verneint, auf

²¹⁸⁴ Buckmiller, Michael/Kammler, Jörg, Revolution und Konterrevolution. Eine Diskussion mit Heinz Langerhans, (Frankfurt/M. 1972), in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, 269.

²¹⁸⁵ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 222, Anm. 26.

der Tagesordnung stehe nach wie vor die Organisation der Revolution bis hin zur Rätediktatur. Die politische Resolution von Schwarz/Lossau/Körbs wurde bei Stimmengleichheit von 21 : 21 Stimmen abgelehnt. Die Unterschiede zwischen beiden Fraktionen wurden bei der Diskussion der „taktischen Resolutionen“ deutlich. Die „Zimmerwalder Resolution“ der Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen setzte auf „eine breite Bewegung von unten“ zur „Herstellung einer einheitlichen Linken auf der Grundlage der Grundsätze der Entschiedenen Linken“. Dazu sollten Verhandlungen „mit allen wirklich oder angeblich linken Gruppierungen innerhalb und außerhalb der Kommunistischen Parteien im nationalen und internationalen Masstabe“ eingeleitet werden²¹⁸⁶. Die Erfahrung mit der *Erklärung der Siebenhundert* wurde von der Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen so positiv bilanziert, dass daraus eine taktische Linie nicht nur für die Arbeit in Deutschland, sondern sogar im internationalen Maßstabe abgeleitet wurde. Dagegen lehnte der kurze Initiativantrag von Ernst Schwarz eine Zusammenarbeit mit anderen linkskommunistischen Strömungen innerhalb der KPD ab. Schwarz setzte vielmehr auf „den schärfsten schonungslosen Kampf gegen die Entartung der Partei bis in die Reihen der Weber- und Fischer-Gruppen“²¹⁸⁷. Überraschender Weise wurden sowohl die „Zimmerwalder Resolution“ der Richtung Korsch/Schlagewerth/Loquingen als auch die Entschließung der Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs mit je 21 : 20 Stimmen bei einer Enthaltung angenommen²¹⁸⁸. Damit erhielten zwei gegensätzliche taktische Optionen eine Mehrheit.

Noch komplizierter wurde es bei der Leitungswahl. Die Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs reichte einen Personalvorschlag ein, der mehrheitlich Namen ihrer Anhänger, aber auch die einiger politischer Kontrahenten wie z. B. von Karl Korsch enthielt. Dagegen umfasste der Personalvorschlag der Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen keinen einzigen Vertreter der anderen Fraktion, nicht einmal den von Ernst Schwarz²¹⁸⁹. Der Vorschlag der Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs erhielt eine Mehrheit von 19 : 17 Stimmen bei sechs Enthaltungen²¹⁹⁰. Somit hatte sich fast ein Viertel der Delegierten, die politisch hinter der Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen standen, der Stimme enthalten.

Widersprüchlicher konnte das Ergebnis der Konferenz kaum sein. Die politischen Resolutionen der Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen waren angenommen worden, beide taktischen Orientierung hatten, obwohl einander widersprechend, eine Mehrheit gefunden und die Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs erlangte die Leitungsmehrheit. Das Ergebnis war die Spaltung der Fraktion *Entschiedene Linke innerhalb der KPD*. Eine

²¹⁸⁶ [GKP], Wortlaut der Resolutionen, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 63 f.

²¹⁸⁷ Reichsleitung Entschiedene Linke, Entschließung!, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 61.

²¹⁸⁸ [GKP], Wortlaut der Resolutionen, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 67.

²¹⁸⁹ Reichsleitung Entschiedene Linke, Werte Genossen!, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 71.

²¹⁹⁰ Rundschreiben Nr. 14, Berlin 9.9.1926, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/6.

Mehrheit um Korsch/Schlagewerth/Loquingen organisierte sich als *Gruppe Kommunistische Politik (GKP)*, die Minderheit um Schwarz/Lossau/Körbs arbeitete weiter als (*Gruppe*) *Entschiedene Linke (EL)*. Es kam zu den üblichen Querelen, die mit Spaltungen verbunden sind. Noch auf der Konferenz weigerten sich Karl Korsch und seine Mitstreiter, ihre Sitze in der Reichsleitung – sie waren ja als Minderheit auf der Schwarz-Liste gewählt worden – einzunehmen. Der Streit zwischen den beiden Richtungen eskalierte, als Anhänger der Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen aus dem gemeinsamen zentralen Büro in Berlin ein modernes Abzugsgerät entwendeten²¹⁹¹.

Die Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs hatte auf der Konferenz mit manipulativen Mitteln versucht, eine Mehrheit zu erreichen. Entgegen den Vorgaben der Reichsleitung der *Entschieden Linken innerhalb der KPD* hatten die EL-Bezirke Hamburg, Ruhrgebiet und Mitteldeutschland, die mehrheitlich zu Ernst Schwarz standen, ein Delegiertenmandat mehr zugebilligt bekommen, als ihnen nach der Anzahl ihrer Mitglieder zustand. Der Bezirk Berlin-Brandenburg der EL, der ebenfalls mehrheitlich Schwarz unterstützte, sandte sogar acht Delegierte zur Konferenz, während andere, gleichstarke Bezirke über höchstens drei oder vier Mandate verfügten. Andererseits waren Bezirke wie Pommern und Thüringen mit nur einem statt zwei Delegierten stimmberechtigt, bekamen also weniger Mandate zugebilligt, als ihnen nach der Zahl der Mitglieder zugestanden hätten. Zudem hatte die Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs noch eine Reihe von Unterstützern als Gäste zur Konferenz mobilisiert. Die Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen wagte es nicht, sich den Manipulationen zu widersetzen. Während die EL-Bezirke Mecklenburg, Pommern, Thüringen, Magdeburg, Hessen-Frankfurt und West-Sachsen geschlossen auf der Seite der Tendenz Korsch/Schlagewerth/Loquingen standen, war der Ruhrbezirk in dem Richtungsstreit der einzige Bezirk der *Entschieden Linken innerhalb der KPD*, der geschlossen die Position der Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs unterstützte. Hans Körbs aus Ickern gehörte zu den drei Sprechern dieser Fraktion. Trotzdem ist die einheitliche Stellungnahme des Ruhrbezirks der EL auf der Konferenz bemerkenswert, weil die starke *Entschiedene Linke* in Buer und Rheinhausen die *Erklärung der Siebenhundert* mitunterzeichnet hatte. Nun war man davon abgerückt und unterstützte die taktische Resolution von Schwarz, die „die von der Mehrheit der bisherigen Reichsleitung eingeleitete gemeinsame Aktion mit den zentristischen Gruppen“ – gemeint war die *Erklärung der Siebenhundert* – als „schwere(n) Fehler“ bezeichnete. Auch war es ein Widerspruch, wenn die politische Resolution der Fraktion Schwarz/Lossau/Körbs „von der früher oder später notwendig werdenden Spaltung“ der KPD ausging, jedoch die *Entschieden Linken* in Buer, Rheinhausen und Bocholt weiterhin innerhalb der KPD arbeiteten. Zwischen der Veröffentlichung der *Erklärung der Siebenhundert* am 1.

²¹⁹¹ Reichsleitung *Entschiedene Linke*, Werte Genossen!, o.O.o.D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 71f.

September 1926 und der Konferenz der *Entschieden Linken innerhalb der KPD* am 28. September 1926 muss das vor sich gegangen sein, was die Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen mit dem Vorwurf „ungeheure innerfraktionelle Hetze“ nur unzureichend erfasste²¹⁹². Denn in der Positionsveränderung der Buerer und Rheinhausener *Entschiedenen Linken* drückte sich vor allem eine tiefe Verunsicherung angesichts der politischen Umbrüche innerhalb der KPD, der Kommunistischen Internationale und der Sowjetunion aus. Neue politische Entwicklungen wie die Bürokratisierung der KPD und den aufkommenden Stalinismus zu erfassen, daraus taktische bzw. strategische Konsequenzen abzuleiten und diese in die Alltagsarbeit umzusetzen, dürfte manche Linkskommunisten überfordert haben, was sich in überraschenden Positionswechseln ausdrückte. Dies gilt umso mehr, als das bisherige Führungskollektiv der *Entschieden Linken innerhalb der KPD* schon bei der ersten gemeinsamen Aktion mit anderen linkskommunistischen Fraktionen in der KPD auseinander brach. Die Linkskommunisten im Ruhrgebiet befanden sich in einer Übergangsphase, in der das Alte – die Politik der KPD, der Komintern und der Sowjetunion – massiv abgelehnt wurde, aber das Neue – die eigene revolutionäre Organisationsperspektive – noch unklar war. Dies sollte die Suche nach einfachen Lösungen und Abkürzungen begünstigen.

Nach der Spaltung der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* besaßen die beiden neuen Organisationen *Gruppe Kommunistische Politik* und *Gruppe Entschiedene Linke* keine politische Zukunft mehr, was vor allem an den politischen Widersprüchen lag, in denen sich beide Organisationen verfangen hatten. Denn welchen Wert besaß eine *Zimmerwalder Resolution*, die die Einheit der linken und radikal Kommunisten anstrebte, wenn noch nicht einmal die Einheit der Fraktion *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* bewahrt werden konnte? Und wie sollten mit der Annahme der sog. *Düsseldorfer Resolution*, der sog. *München-Gladbacher Resolution* und der Resolution zur Komintern die Grundlagen für die zukünftige Arbeit der *Entschiedenen Linken* gelegt worden sein²¹⁹³ – so die neue Reichsleitung der EL um Schwarz, Lossau, Körbs und Porth – wenn sie auf der Konferenz gegen diese Resolutionen gestimmt hatten? Die *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* war stark geworden, weil sie trotz aller Ausschlüsse den Anspruch gehabt hatte, *innerhalb der KPD* als Fraktion zu wirken. Beim starken linkskommunistischen Flügel der KPD fand sie ein Milieu, auf das sie von außen einwirken konnte. Nachdem sie von der KPD ausgestoßen worden waren, setzte bei den Sprechern der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* eine Verarbeitung des Geschehens ein, die ihren Ausdruck in der psychologisch

²¹⁹² [GKP], Wortlaut der Resolutionen, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 64 f.

²¹⁹³ Reichsleitung Entschiedene Linke, Werte Genossen!, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 71.

verständlichen, politisch aber falschen Abgrenzung von der KPD als Massenpartei, von anderen dort noch wirkenden linkskommunistischen Oppositionsströmungen und vor allem von der jeweilig anderen Tendenz innerhalb der *Entschiedenen Linken* fand.

Im Ruhrgebiet versuchte die *Gruppe Entschiedene Linke* weiterhin innerhalb der KPD zu wirken. Kritischen Mitgliedern wurde ein Brief zugesandt, der den Opportunismus in der Partei anprangerte. Der sei nicht allein mit der Korruption einiger Führer zu erklären, sondern auf den Einfluss der kapitalistischen Staatspolitik der Sowjetunion auf die Komintern und die daraus resultierende falsche Haltung zum Parlamentarismus zurückzuführen. Der Brief schloss mit der Aufforderung, mit der EL in Verbindung zu treten²¹⁹⁴. Die KPD antwortete mit weiteren Ausschlüssen. Ende September 1926 nahm die KPD-Bezirksleitung Ruhr zur Kenntnis, dass das ZK die Ausschlüsse der Linkskommunisten Brahm, Böttcher, Hahn, Schilling, Schlichting und Max Bechmann bestätigt habe. Bei Springer, der eine Erklärung abgab, alle fraktionellen Verbindungen abubrechen und für die Einheit der Partei zu kämpfen, verzichtete die BL auf einen Ausschluss. Er kam mit einer Rüge davon. Jonschker aus Buer, der sich nur bis Ende September 1926 fraktionell betätigt habe, wurde ernsthaft verwarnet²¹⁹⁵. Die radikalen Linkskommunisten wurden von der BL nicht nur bei Treffen außerhalb der KPD beobachtet. Ihre Anhänger unter den Stadtverordneten der KPD in Buer bekamen für einen angeblichen Fehler ihrer Stadtratstätigkeit von der Bezirksleitung Ruhr eine Rüge ausgesprochen, die mündlich erfolgte und „nicht in das Parteibuch eingetragen“ wurde²¹⁹⁶. In die KPD-Buer brachte die *Entschiedene Linke* eine Resolution ein, die die literarische Tätigkeit von Brandler und Thalheimer ablehnte und den Ausschluss des ehemaligen radikalen Linkskommunisten Arthur Rosenberg, der die Bourgeoisie nicht mehr als Feind ansehe, sowie den Ausschluss von Klara Zetkin verlangte, die sich für ein Zusammenwirken von *Roter Armee* und *Reichswehr* ausgesprochen habe²¹⁹⁷. Daraufhin wurden am 18.3.1927 Erwin Restetzki, Felix Szymczak und Karl Jonschker, die Sprecher der Kommunisten in Buer, aus der KPD ausgeschlossen²¹⁹⁸. Diese wandten sich mit einer Erklärung im Namen der „Ortsgruppe Groß-Buer“ der *Entschiedenen Linken in- und außerhalb der KPD* an die Arbeiterschaft²¹⁹⁹. Am 3. April 1927 führte die EL ihre erste

²¹⁹⁴ W., Genosse (Abschrift), o. O. o. D., LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 125.

²¹⁹⁵ [Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung am 28.9.1926, [Essen September 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 12.

²¹⁹⁶ Pol-Leitung der Bez.-Ltg.-Ruhrgebiet, Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 26.8.1926, [Essen August 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 9.

²¹⁹⁷ Resolution, in: *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 5, Berlin April 1927, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

²¹⁹⁸ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 74.

²¹⁹⁹ An die Arbeiterschaft von Buer, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 40, Berlin Mai 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

öffentliche Versammlung durch. Zum Thema „Die Bewaffnung der Reichswehr durch Rußland und die Massenausschlüsse aus der KPD“ sprach der Reichstagsabgeordnete Ernst Schwarz. Restetzki und Szymczak gingen auf die Spaltungspolitik der KPD ein. Vergeblich habe der KPD-Unterbezirkssekretär Idel versucht, die Aussagen von Schwarz zu entkräften²²⁰⁰. Vor dem 1. Mai 1927 lud die *Entschiedene Linke* zu einer Veranstaltung ins Buerer Gewerkschaftshaus ein. Zum Thema „Arbeitermord in China und der Verrat der 3. Internationale am Proletariat“ sprach Erwin Restetzki. Am gleichen Tag fand auch in Buer-Scholven eine Veranstaltung der *Entschiedene Linken* statt. Die von der Bezirksleitung der Ruhrgebiets-KPD eingesetzte neue Parteileitung der KPD Ortsgruppe Buer war nicht erschienen. Die Folgen der Spaltung der revolutionären Arbeiterbewegung in Buer sollten sich am 1. Mai zeigen. Zu der Kundgebung der KPD kamen nur zweihundert Menschen, statt wie früher bis zu mehrere tausend Teilnehmer, obwohl die KPD vor dem Ausschluss der Linksoppositionellen 500 Mitglieder, der RFB rund 800 Mitglieder organisiert hatte. Die Teilnehmenden hörten mehrheitlich den Reden der drei Ausgeschlossenen, nicht aber denen des KPD-Vertreters zu²²⁰¹. Am 7. Juli 1927 wurden Szymczak und Jonschker durch eine Leitungskonferenz im Gau Groß-Buer wegen organisationsschädigenden Verhaltens aus dem *Rotfrontkämpferbund (RFB)* ausgeschlossen²²⁰². Im Mai 1927 referierte der *Entschiedene Linke* Sliwik in Herne über das Thema „Arbeiterklasse und Wahrheit über Rußland“ vor ca. 120 Besuchern. Dabei wurde er von einem Gesinnungsgenossen aus Dortmund unterstützt. Systematische Zwischenrufe der KPD-Vertreter konnten die Veranstaltung nicht sprengen²²⁰³. Auch in Bochum wurde die EL aktiv. Dort sprach, wie bereits erwähnt, Ernst Schwarz am 28. April über den „Granatenschwindel“ und am 28. Mai zum Thema „China, III. Internationale und revolutionäres Proletariat“. Auf der nur mäßig besuchten Veranstaltung musste er sich mit dem KPD-Vertreter im Westfälischen Provinziallandtag, Pöppe, auseinandersetzen²²⁰⁴. In Essen luden KAPD, EL und AAU im Juli 1927 gemeinsam zu einer Veranstaltung über die „Drohende Kriegsgefahr“ ein²²⁰⁵.

²²⁰⁰ Öffentliche Versammlung in Buer (Westfalen), in: *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 5, Berlin April 1927, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

²²⁰¹ KPD Buer auf dem Sterbebett, in: *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 7/8, Berlin Mai/Juni 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

²²⁰² Dokument 5. Flugblatt eines linksoppositionellen Führers, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16979, in: Schuster, Kurt G. P., *Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes* (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 55), Düsseldorf 1975, S. 272 f. (im Folgenden zitiert: Schuster, *Rote Frontkämpferbund*, Seite).

²²⁰³ Öffentliche Versammlung in Herne i. Westf., in: *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 5, Berlin Mai 1927, S. 7, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

²²⁰⁴ Öffentliche Versammlung in Essen, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands*, 8. Jg., Nr. 52, Berlin Juli 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²⁰⁵ Aus der Bewegung. Bochum, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands*, 8. Jg., Nr. 44, Berlin Juni 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

Auf der Spaltungskonferenz am 28. September 1926 hatte Fritz Lossau einen Zusatzantrag zur *Zimmerwalder Resolution* gestellt, dass auch mit der KAPD über eine Vereinigung gesprochen werden sollte. Der Antrag wurde mit 21 : 1 Stimme bei 20 Enthaltungen angenommen, wobei sich Lossau selbst enthalten hatte²²⁰⁶. Die KAPD war mit einem leitenden Mitglied als Gast auf der Konferenz der *Entschiedenen Linken innerhalb der KPD* vertreten gewesen. Die Annäherung an die KAPD wurde von Ernst Schwarz vorangetrieben²²⁰⁷, aber von einem Teil der *Entschiedenen Linken* im Ruhrgebiet um Hans Körbs aus Ickern abgelehnt. Sie stand nach Meinung von Körbs in schroffem Widerspruch zur bisherigen Politik und Taktik in der russischen Frage, in der Gewerkschaftsarbeit und bei der Ausnutzung des Parlaments. Ende 1926 trat dieser Teil aus der *Entschiedenen Linken* aus. Die bisherige Funktion von Körbs als Bezirksleiter der EL wurde von Amecke in Dortmund übernommen, der das Informationsmaterial verschickte²²⁰⁸. Auch die Bocholter linken Kommunisten um Josef Schmitz machten den Kurs auf die Vereinigung mit der KAPD nicht mit. Trotzdem sah der Geschäftsführende Hauptausschuss der KAPD die *Entschiedene Linke* auf dem Weg zu ihrer Partei²²⁰⁹.

Am 22. Juli 1927 löste sich die *Gruppe Entschiedene Linke* auf. Ihre Reichsleitung forderte die Mitglieder auf, zur KAPD überzuwechseln²²¹⁰. Die KAPD erklärte, dass die *Entschiedene Linke* als einzige Gruppierung der KPD den konsequenten Weg der Abkehr von leninistischer Theorie und Praxis gegangen sei und sich zum revolutionären Marxismus hin entwickelt habe²²¹¹. Dabei übernahmen die Mitglieder der *Entschiedenen Linken* in zwei wichtigen politischen Fragen die Positionen der KAPD. Diese lehnte bekanntlich die Mitarbeit in Parlamenten und in den reformistischen Gewerkschaften als „reformistisch“ ab und begriff diese Grundsatzpositionen als „Ausgangspunkt der revolutionären Kampftaktik“. Den Parlamenten wurde die „Massenaktion durch die Räte“ und den Gewerkschaften die revolutionäre *Allgemeine Arbeiterunion (AAU)* gegenübergestellt²²¹². Das war reine Propaganda, denn Räte gab es 1927 in Deutschland nicht und die rote Minigewerkschaft AAU führte als Vorfeldorganisation der KAPD neben

²²⁰⁶ Reichsleitung Entschiedene Linke, Entschließung!, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 61.

²²⁰⁷ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 856.

²²⁰⁸ Linke Arbeiteropposition der KPD. Ruhrgebiet, Politbüro i. A. Körbs, An alle Mitglieder der Fraktion, Ruhrgebiet 19.12.1926 (Abschrift), LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 8 f.

²²⁰⁹ G.H.A der K.A.P.D., Rundschreiben (Abschrift), Nr. 11, Berlin Oktober 1926, in: Oberpräsident der Provinz Westfalen, An Herrn Regierungspräsidenten in Düsseldorf, Münster 4.12.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 20.

²²¹⁰ Geschäftsführender Haupt-Ausschuss der E.L., An die Ortsgruppen der E.L., Berlin 22.7.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 457.

²²¹¹ [GHA der KAPD], Konzentration der revolutionären Kräfte. An die Mitglieder der 'Entschiedene Linke', in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 54, Berlin Juli 1927, S. 1, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²¹² Zur Zentralausschußsitzung der E.L., in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 45, Berlin Juni 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

den ADGB-Gewerkschaften ein Schattendasein. Erst die Übernahme zentraler politischer Inhalte von der KAPD charakterisierte die EL kurz vor ihrer Auflösung im klassischen Sinne als „ultralinks“. Dazu war ein Bruch mit ihrer bisherigen Politik als *Entschiedener Linker innerhalb der KPD* nötig.

Im Juli 1927 beschloss die *Entschiedene Linke* auf einer Konferenz des Unterbezirks Ruhrgebiet die Vereinigung mit der KAPD²²¹³. An der Entscheidung war die Buerer Gruppe der *Entschiedenen Linken*, die ca. 70 Mitglieder organisierte²²¹⁴, maßgeblich beteiligt. Einer ihrer Sprecher, Erwin Restetzki, hatte schon einmal, nach einem Ausschluss aus der KPD unter Paul Levi, der KAPD angehört, bevor er wieder in die KPD aufgenommen worden war²²¹⁵. Die Buerer EL trat zur KAPD über²²¹⁶. Frühere Buerer EL-Funktionäre stellten die neue Leitung des KAPD im Bezirk Ruhrgebiet²²¹⁷. Während die KAPD reichsweit durch eine Abspaltung, die sich gegen den Eintritt von Ernst Schwarz richtete, einige Mitglieder verlor und EL-Mitglieder zur KPD zurückstieß²²¹⁸, führte der Eintritt der *Gruppe Entschiedene Linke* in Buer um Restetzki, Szymczak und Jonschker in die KAPD zur Stärkung der schwachen *Kommunistischen Arbeiterpartei* an Ruhr und Niederrhein. Die EL zählte zum Zeitpunkt der Vereinigung mehr Mitglieder im Ruhrgebiet als die KAPD²²¹⁹. Bei einem Treffen der revolutionären Jugend entschiedener linker Kommunisten aus dem Rheinland und dem Ruhrgebiet am 6. Februar 1927 in Herdecke, an dem auch ein Vertreter der *Kommunistischen Arbeiterjugend Deutschlands* teilnahm, wurde eine gemeinsame revolutionäre Bezirksorganisation gebildet, die ihren Sitz in Dortmund hatte²²²⁰.

An einer Versammlung des KAPD-Bezirks Ruhrgebiet, die von Felix Szymczak aus Buer geleitet wurde, nahmen am 6. November 1927 in Essen vierzig Personen teil. Die Ortsgruppe Buer habe Fortschritte erzielt, die in Essen liege zurück, so Referent Szymczak. Ein Vertreter der KAPD-Zentrale aus Berlin ging von einem Spaltungsprozess in der „arbeiterfeindlichen Politik“ der KPD aus. Allein der Kampf der KAPD könne dem

²²¹³ Eine gut besuchte Gaukonferenz, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 54/55, Berlin Juli 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²¹⁴ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 74.

²²¹⁵ Ebd., S. 223.

²²¹⁶ Geschäftsführender Haupt-Ausschuss der E.L., An die Ortsgruppen der E.L., Berlin 22.7.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 457.

²²¹⁷ Adressenmaterial der K.A.P.D. und Allg. Arbeiter-Union-Deutschlands, März 1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 190.

²²¹⁸ *Kommunistische Arbeiter-Zeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Ruhrgebiet. Entschließung zur Frage der Opposition, 9. Jg., Nr. 19, Berlin März 1928, S. 4, Bibliothek des Ruhrgebiets, SZD 3075.

²²¹⁹ Bock, Syndikalismus und Linkskommunismus, S. 250.

²²²⁰ Die Opposition im KJVD wächst, in: *Kommunistische Arbeiterzeitung*, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 8. Jg., Nr. 21, Berlin März 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

Proletariat den Weg zum Sieg aufzeigen²²²¹. Tatsächlich war 1928 der Einfluss der KPD in Buer wieder soweit gestiegen, dass sie bei den Stadtverordneten-, Reichstags- und Preußischen Landtagswahlen am 20. Mai 11410 (26,6 %), 10431 (23 %) und 11356 Stimmen (26,6 %) bekam²²²². Die KAPD baute 1928 im Ruhrgebiet die *Kommunistische Arbeiterjugend (KAJ)* auf, die über Ortsgruppen in Buer, Dortmund, Essen, Bochum, Herne und Wanne-Eickel verfügte²²²³. KAPD und AAU traten „antigewerkschaftlich, antiparlamentarisch und antigesetzlich“ auf. Ihre Losungen lauteten: „Die KPD., (...) und alle parlamentarischen Parteien müssen zerschlagen werden“²²²⁴; „die Gewerkschaften müssen zertrümmert werden, denn sie sind Hindernisse im Klassenkampf“²²²⁵ und sie lehnten „jede Einheitsfronttaktik“ ab²²²⁶. Das waren klassisch ultralinke Positionen.

Auf der Essener Konferenz Ende 1927 hatte ein Vertreter des Zentral-Ausschusses der KAPD aus Berlin die Einschätzung vertreten, dass der Spaltungsprozess der KPD grundlegende Formen angenommen habe²²²⁷. Ganz im Gegensatz zu dieser Prognose scheint es spätestens mit dem ultralinken Kurs der KPD ab 1928 zu einer Krise der KAPD im Ruhrgebiet gekommen zu sein. 1929 zählte die KAPD im Ruhrgebiet folgende Gruppen und Stützpunkte auf: in Dortmund achtzehn Mitglieder, in Buer sechzehn, in Horst-Emscher fünf, in Herne vierzehn, in Bochum zwölf, in Mülheim-Ruhr fünf, in Duisburg sieben, in Rheinhausen sieben, in Hamborn sieben und in Wesel drei. Das waren 1929 nur einhundertundzehn Mitglieder, von denen ca. die Hälfte erwerbslos war²²²⁸. Die Gruppe in Buer war von siebzig auf sechzehn Mitglieder zurückgegangen. Leiter des KAPD-Bezirks Ruhrgebiet waren die ehemaligen *Entschiedenen Linken* Felix Szymczak und Karl Jonschker²²²⁹. Eine Gruppe in Ickern war nicht mehr vorhanden. Der frühere *Rote Jungsturm* in Dortmund um das KAPD-Mitglied Kersting hatte sich halb aufgelöst. Kersting trat aus der KAPD aus und näherte sich dem *Leninbund* an²²³⁰. Als Konsequenz

²²²¹ Der Regierungspräsident, Zusammenschluss der „entschiedenen Linken“ der K.P.D. mit der K.A.P.D., Düsseldorf 21.10.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 486.

²²²² Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 295 f.

²²²³ Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Bezirkskonferenz der KAJ, Ruhrgebiet, 9. Jg., Nr. 14, Berlin 19.2. 1928, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²²⁴ Gelsenkirchen Buer, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 9. Jg., Nr. 58, Berlin 20.10.1928, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²²⁵ Ruhrgebiet, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 9. Jg., Nr. 26, Berlin April 1928, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²²⁶ „Resolutionen“, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 9. Jg., Nr. 19, Berlin März 1928, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²²⁷ Der Polizeipräsident, Betrifft: Unterbezirks-Konferenz der K.A.P.D., Essen 30.11.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16949, Bl. 40.

²²²⁸ K.A.P.D. Bezirksleitung Ruhrgebiet, An den G.H.A. der K.A.P.D. Berlin (Abschrift), [Buer] 29.1.1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 184.

²²²⁹ Adressmaterial der K.A.P.D. und Allg. Arbeiter-Union-Deutschlands, März 1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 190.

²²³⁰ Genosse Kerstings letzte Fahrt, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 208, Berlin 8.12.1928, S. 3.

aus dem Rückgang beschloss Anfang 1930 eine Bezirkskonferenz in Buer die Zusammenlegung der KAPD-Bezirke Ruhrgebiet und Rheinland. Zum Leiter wurde erneut Felix Szymczak gewählt. Anwesend waren Vertreter aus Bonn, Köln, Düsseldorf, Rheinhausen, Duisburg, Essen, Buer, Herne, Bochum und Dortmund²²³¹.

Der Bezirkskassierer Karl Jonschker schloss sich 1930 der *Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO)* an und ging 1931 zur KPD zurück, wo er Stadtteilleiter und Mitglied der Unterbezirksleitung in Buer wurde²²³². In Hamborn, wo ursprünglich eine kleine Gruppe von fünf bis sieben Anhängern von Korsch/Schwarz²²³³ um Fritz Reuter bestanden hatte, der aber dann mit der *Entschiedenen Linken* zur KAPD gegangen war, trat dieser 1930 zur trotzkistischen *Linke Opposition der KPD* über. Ihm folgte die frühere *Entschiedene Linke* in Rheinhausen mit fünfundzwanzig Mitgliedern²²³⁴, deren Leiter August Kopatz ebenfalls wie die Drei aus Buer am 18.3.1927 aus der KPD ausgeschlossen worden war²²³⁵.

1928 hatte sich die AAU (*Der Kampftruf*) über taktische Fragen von der KAPD getrennt. Auch der KAPD-Bezirk Ruhrgebiet trat „bei Wirtschaftskämpfen“ für „eine beweglichere Taktik“ der AAU ein²²³⁶. Die Spaltung setzte sich in der KAPD Ruhr fort. Erst Anfang 1931 konnte wieder eine Ortsgruppe der KAPD in Dortmund mit einer eigenen AAU gegründet werden, für die fast alle dortigen Mitglieder der „Gruppe Kampftruf“ gewonnen worden seien²²³⁷. Im Herbst 1930 verfügte die AAU (*Der Kampftruf*) noch über einige Ortsgruppen im Ruhrgebiet²²³⁸, obwohl Bock unterstellt, dass KAPD und AAU Anfang der 1930er Jahre im Ruhrgebiet völlig zerfallen seien²²³⁹. Zur KAPD ergaben sich zwei Alternativen: entweder Rückkehr zur offiziellen KPD. Das bedeutete Unterwerfung unter die stalinistische Parteidisziplin oder Anschluss an die (trotzkistische) *Linke Opposition der KPD*, die ab 1931 auch im Ruhrgebiet in Erscheinung trat. Wenn Herlemann von einer

²²³¹ Der Polizei-Präsident in Bochum, Betrifft Kommunistische Arbeiter Partei, Bochum 11.2.1930, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 II, Bl. 230 f.

²²³² Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Karl Jonschker, Berlin 8.6.1936, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), *Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45* (Texte und Materialien für Zeitgeschichte, Bd. 7), München 1998, S. 6, Mikrofiche-Archiv Universität Duisburg D98/LPF 1878, Mikrofiche 0463.

²²³³ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Fritz Reuter RW 58/842, Bl. 25.

²²³⁴ Linke Opposition der KPD Rhein-Ruhr. Bericht über die Bezirkskonferenz Rhein-Ruhr vom 10.7.1932 in Gelsenkirchen, Collection Lev Trotsky, Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam, Niederlande, 986.

²²³⁵ Berens, Peter, *Trotzkisten gegen Hitler*, Köln 2007, S. 37 f.; Herlemann, *Kommunalpolitik der KPD*, S. 74.

²²³⁶ *Kommunistische Arbeiter-Zeitung*. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 9. Jg., Nr. 20, 11.3.1928, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²³⁷ *Kommunistische Arbeiter-Zeitung*. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Aus dem Ruhrgebiet, 12. Jg., Nr. 7, Februar 1931, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²³⁸ *Der Kampftruf*. Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschland (Revolutionäre Betriebs-Organisationen), 11. Jg., Nr. 36, Berlin September 1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3085.

²²³⁹ Bock, *Syndikalismus und Linkskommunismus*, S. 251.

Auflösung der „linken“ und „ultralinken“ Oppositionsgruppen seit 1929 ausgeht, weil sie bei Wahlen nicht mehr in Erscheinung traten²²⁴⁰, so ist das falsch, weil sie weder den antiparlamentarischen Kurs der KAPD genügend berücksichtigte, noch das Entstehen einer neuen trotzkistischen Linken Opposition seit 1931 im Ruhrgebiet erfasste, die versuchte, innerhalb der KPD fraktionell zu wirken.

6.2 Die KPD (linker Flügel) / Linke Arbeiteropposition der KPD

Anfang April 1926 hatte die Ortsgruppe der KPD in Ickern eine radikal linke Resolution an das Zentralkomitee der KPD geschickt. Daraufhin versuchte die Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD um Florin-Ende, „in der Ortsgruppe andere Verhältnisse zu schaffen“. In der KPD-Ickern hätten „lumpenproletarische Elemente“ die Oberhand gewonnen²²⁴¹. Gegen die Ickerner „Angeklagten“ Weigel, Sliewik, Maas und Körbs leitete die BL Ruhr ein Schiedsgerichtsverfahren ein²²⁴². Als die Beschuldigten die linksoppositionellen Schwan, Petrasch und Körner als ihre Beisitzer vorschlugen, lehnte die KPD-Bezirksleitung Ruhr ab²²⁴³. Sitzungen der Schiedskommission konnten „wegen dauernder Sabotage der Angeklagten“ nicht stattfinden. Daraufhin wurden Weigel, Sliewik, Maas und Körbs am 6.4.1926 aus der KPD ausgeschlossen. Die Liste der KPD-Ickern zur Gemeinderatswahl wurde von der KPD-Bezirksleitung nicht anerkannt²²⁴⁴. Zu einer anschließenden Mitgliederversammlung der KPD in Ickern, auf der die Bezirksleitung ihre Politik darstellte, erschienen die KPD-Mitglieder mit Gummiknüppeln. Sie bedrohten den Vertreter der Bezirksleitung und schlugen ihn nach der Versammlung zusammen. Am 12.4.1926 löste das ZK der KPD die Ortsgruppe Ickern auf²²⁴⁵. Der Bericht eines ZK-Instruktors, den das ZK an die BL Ruhr weiterleitete, kritisierte ein halbes Jahr später die von moderaten Kommunisten geführte Leitung des Unterbezirkes Dortmund, die die Vorkommnisse in Ickern als Beweis für den richtigen Kurs der Partei ansah. Hingegen gab der ZK-Instrukteur zu bedenken, dass das Beispiel Ickern zeige, dass die Taktik der Unterbezirksleitung gegenüber der Ortsgruppe und die Aufforderung an die BL, härter gegen die linke Opposition vorzugehen, falsch gewesen seien²²⁴⁶. Das rigorose Vorgehen gegen die Ickerner KPD war von der moderat kommunistischen Unterbezirksleitung in

²²⁴⁰ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 79.

²²⁴¹ Zentralkomitee der KPD/Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 19.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 509.

²²⁴² Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 6.4.1926, [Essen April 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 10.

²²⁴³ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 70.

²²⁴⁴ Pol-Leitung, Protokoll der Bezirksleitungssitzung am 6.4.1926, [Essen April 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 10.

²²⁴⁵ Die Bezirksleitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung am 12. April 1926, Essen 15.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 13.

²²⁴⁶ Zentralkomitee der KPD. Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 30.11.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 2/5/28, Bl. 582 f.

Dortmund initiiert worden. Der Fall Ickern zog Kreise bis zum Zentralkomitee der KPD. Der Partei gelang es, einige der Ausgeschlossenen zurückzugewinnen²²⁴⁷. Wie bereits erwähnt, erlangte die Liste 3 „Kommunistische Partei Deutschlands (linker Flügel)“ bei den Kommunalwahlen 1926 ein Mandat²²⁴⁸.

In der Fraktion *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* besaß Hans Körbs aus Ickern hohes Ansehen. Neben Ernst Schwarz und Fritz Lossau war er einer der drei Sprecher der Reichsleitung²²⁴⁹. Als sich die Fraktion *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* im September 1926 in zwei verschiedenen Tendenzen um Karl Korsch vs. Ernst Schwarz spaltete, wurde letztere auch als Richtung „Schwarz und Körbs“ bezeichnet²²⁵⁰. Hans Körbs folgte aber nicht der Mehrheit der *Entschieden Linke* in die KAPD, sondern trennte sich mit seiner Gruppierung am 5.12.1926 von der Schwarz-Fraktion und gründete die *Linke Arbeiteropposition der KPD Ruhrgebiet*. Sie wurde von einem Politbüro, für das Hans Körbs zeichnete, geleitet. Die Organisation bestätigte auf ihrer Bezirkskonferenz am 18.12.1926 ihre Eigenständigkeit und beschloss, den Vertrieb der Zeitschrift *Entschiedene Linke* einzustellen. Als Theorie- und Diskussionsorgan bezogen die Gruppen der *Linken Arbeiteropposition der KPD. Ruhrgebiet* wieder die Zeitschrift *Kommunistische Politik* der gleichnamigen Organisation, die nun als „ausgezeichnete marxistische Zeitschrift“ bezeichnet wurde²²⁵¹.

Darüber spaltete sich in Ickern die *Entschiedene Linke*. Am 23. Januar 1927 veranstaltete sie eine öffentliche Versammlung, auf der der ausgeschlossene KPD-Reichstagsabgeordnete Ernst Schwarz die Zusammenarbeit von *Roter Armee* und Reichswehr scharf kritisierte. Schwarz stellte dar, dass die revolutionäre Arbeiterbewegung nur „antiparlamentarisch“ und „antigewerkschaftlich“ sein könne. Neben Schwarz sprachen Sliwik/Ickern und Brahm/Dortmund für die *Entschiedene Linke*. Der KPD-Leiter Nolte wandte sich gegen die „Ultralinken“, kam aber bei den Anwesenden nicht an²²⁵². Zu diesem Zeitpunkt verfügte die KPD in Ickern über eine Ortsgruppe von 65 Mitgliedern²²⁵³. Offensichtlich war ein Teil der Mitglieder wieder zur KPD zurückgekehrt.

²²⁴⁷ Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 5. November 1926, Berlin [5.11.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/49, S. 155.

²²⁴⁸ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 70. Verwaltungsbericht der Stadt Castrop-Rauxel 1.4.1926-31.12.1927 mit Eingemeindungsdenkschriften, Stadt Castrop-Rauxel Archiv B I. 6, S. 21.

²²⁴⁹ Wer segelt unter falscher Flagge? in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 7. Jg., Nr. 76, S. 3, Berlin September 1926, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²²⁵⁰ Rundschreiben Nr. 14, Berlin 9.9.1926, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/6.

²²⁵¹ Linke Arbeiteropposition der KPD. Ruhrgebiet, Politbüro i. A. Körbs, An alle Mitglieder der Fraktion, Ruhrgebiet 19.12.1926 (Abschrift), LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 8 f.

²²⁵² Öffentliche Versammlung in Ickern, *Entschiedene Linke*, 2. Jg., Nr. 2, S. 7 f., Berlin Ende Januar 1927, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3677.

²²⁵³ Bezirksleitung Ruhrgebiet. Abtlg. Gewerkschaften, Bericht der Abteilung Gewerkschaften, o. O. [März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 48.

Die Spaltung der radikalen Linkskommunisten vor Ort hatte der Kommunistischen Partei neuen Auftrieb gegeben.

Nach der ultralinken Wende der KPD 1928 trat Hans Körbs ein Jahr später bei den Kommunalwahlen wieder für die Kommunistische Partei an – auf dem nicht sehr aussichtsreichen Listenplatz acht. Sechs der neunundzwanzig KPD-Kandidaten hatten 1926 auf der Liste der *KPD (Linker Flügel)* gestanden. Drei der Sechs kamen unter die ersten acht Kandidaten²²⁵⁴. Die KPD erhielt mit 3.762 Stimmen sieben Sitze im Stadtrat und konnte damit ihr Stimmenergebnis im Vergleich zu den Kommunalwahlen von 1926 fast verdoppeln²²⁵⁵. Hans Körbs kam als erster Nachrücker in den Stadtrat, wo er Hauptredner der KPD wurde²²⁵⁶. Die *KPD links* hatte zu den Kommunalwahlen 1929 keine eigene Liste mehr aufgestellt, aber linke Kommunisten kandidierten zur gleichzeitig stattfindenden Provinziallandtagswahl. Sie bekamen nur einhundert Stimmen, während für die KPD 3.828 Wähler votierten²²⁵⁷.

Hans Körbs diente im Krieg als Wehrmachtssoldat. Nach der Rückkehr aus sowjetischer Gefangenschaft nach Ickern trennte er sich von seiner Familie und zog vom Ruhrgebiet in den Raum Hannover²²⁵⁸. Wie lange die radikal linkskommunistische Gruppe um Wilhelm Sliwik weiter bestand, die erst mit der *Entschiedenen Linken*, dann mit der KAPD ging, mit ihr aber brach, konnte nicht ermittelt werden.

6.3 Die Gruppe Kommunistische Politik

Nach der Trennung von der Fraktion um Schwarz/Lossau/Körbs legte die Fraktion Korsch/Schlagewerth/Loquingen die Bezeichnung *Entschiedene Linke innerhalb der KPD* ab und trat unter dem Namen *Gruppe Kommunistische Politik (GKP)* auf. Organisatorisch wurde die bisherige Leitung durch eine ständige Redaktionskommission ersetzt. Die zweiköpfige Redaktion der *Kommunistischen Politik* wurde durch Mitarbeiter aus den Bezirken ergänzt: vier aus Berlin-Brandenburg, zwei vom Niederrhein, einer vom Mittelrhein, einer aus Bayern, einer vom Bezirk Wasserkante, einer aus Westsachsen, einer aus Thüringen und einer aus dem Ruhrgebiet. Das zentrale Büro wurde von den vier Vertretern aus Berlin-Brandenburg gestellt. Da es sich bei der erweiterten Redaktion um

²²⁵⁴ Amtliche Bekanntmachung der Stadt Castrop-Rauxel, in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 55. Jg., Nr. 302, Castrop-Rauxel 6.11.1929, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

²²⁵⁵ Ergebnisse der Provinziallandtags- und Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 in Castrop-Rauxel, in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 55. Jg., Nr. 314, Castrop-Rauxel 18.11.1929, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

²²⁵⁶ Stenographische Niederschriften der Stadtverordneten-Versammlungen der Stadt Castrop-Rauxel vom 16. Januar 1930 bis 19. Januar 1933, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Nr. B II. 16, S. 24 f. u. S. 57 f.

²²⁵⁷ Ergebnisse der Provinziallandtags- und Stadtverordnetenwahlen vom 17. November 1929 in Castrop-Rauxel, in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 55. Jg., Nr. 314, Castrop-Rauxel 18.11.1929, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

²²⁵⁸ Telefoninterview mit Frau Körbs, der Schwiegertochter von Hans Körbs, Ickern, 26.2.2007.

die neue Leitung der GKP handelte, dürfte für den GKP-Bezirk Ruhrgebiet dessen Politischer Leiter Josef Schmitz Mitglied der Redaktion gewesen sein. Neue Meinungsverschiedenheiten in der GKP kamen über die Jugendarbeit auf. Während eine Minderheit um Henry Johansen für eine eigenständige Jugendarbeit eintrat, wurde diese von einer Mehrheit um Karl Korsch abgelehnt. Johansen wurde nicht in die Zentralstelle der GKP aufgenommen²²⁵⁹. Das sprach nicht gerade für die demokratische Integration von Minderheiten – ein Mangel, der schon bei Korsch's Leitungsvorschlag auf dem Spaltungskongress der *Entschiedenen Linken* offensichtlich geworden war. Hierin bestätigte sich ein Verständnis von interner Demokratie, das die Organisation als monolithisch ansah und sich nicht grundlegend von dem der KPD unterschied.

Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet wurde die *Gruppe Kommunistische Politik (GKP)* von Josef Schmitz von der Textilstadt Bocholt aus organisiert, der für den Bezirk Ruhrgebiet der GKP verantwortlich zeichnete. In den Auseinandersetzungen innerhalb der KPD standen Schmitz und die Bocholter KPD seit 1925 in Opposition zur Bezirksleitung der Ruhr-KPD, als dort die Linkskommunisten um Wilhelm Schwan die Mehrheit hatten. Schmitz wurde im August 1927 aus der KPD ausgeschlossen²²⁶⁰. Daraufhin trat die Bocholter Ortsgruppe mit 50 Mitgliedern aus der KPD aus.

Auch in der Region wurde die GKP aktiv. In Wesel veranstaltete sie am 17.9.1927 eine Versammlung im Lokal Busch, an der fünfzig Personen teilnahmen. Zum Thema „die Wahrheit über die kommunistische Partei“ referierte der linksoppositionelle Landtagsabgeordnete der KPD Peter Loquingen. Er bezeichnete die Vergabe von Konzessionen durch die Sowjetunion an Kapitalisten als „Fehlritte“. Die KPD-Landtagsfraktion habe die Mittel für den Etat des Innenministers bewilligt. In der Diskussion wurde gegen den Leiter der KPD Wesel heftig polemisiert, weil er als früherer linker Oppositioneller zur Parteimehrheit übergelaufen sei und seine ehemaligen Mitstreiter vor dem KPD-Bezirksgericht denunziert habe. Schmitz, der die Versammlung leitete, erklärte, dass die kommunistische Linke keine neue Partei aufbauen wolle²²⁶¹, obwohl die GKP seit ihrer 3. Reichskonferenz im April 1927 in Leipzig ihre Hauptaufgabe nicht mehr darin sah, als Fraktion innerhalb der KPD aufzutreten²²⁶². 1928 gab die GKP in Bocholt

²²⁵⁹ Vgl. [Reichskonferenz der GKP], Zu den organisatorischen Fragen unserer Gruppe, o. O. o. D., SAPMO Berlin RY 1/I 2/3/63, Bl. 83.

²²⁶⁰ Niebur, Josef, „Mein ganzes Leben habe ich im Kampf um die Rechte der Arbeiter gestanden“. Aus dem Leben des Bocholter Stadtverordneten und SAP-Vorsitzenden Josef Schmitz (1885-1954), in: Unser Bocholt, Heft 1, Bocholt 1996, S. 34 (im Folgenden zitiert: Niebuhr, Mein ganzes Leben, Seite).

²²⁶¹ Kriminal Sekretär Haarkamp, Bericht, Wesel 19.9.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 478.

²²⁶² Langels, Die ultralinke Opposition, S. 121.

und Umgebung die Lokalzeitung *Die Wahrheit* mit einer Auflage von 3.000 Exemplaren heraus²²⁶³.

Die radikal linke GKP in Bocholt und im Ruhrgebiet zeichneten fünf Grundsätze aus: die Nutzung des Stadtrates als Tribüne für die Verteidigung von Arbeiterinteressen²²⁶⁴; das Eintreten für eine Industriegewerkschaft²²⁶⁵; die offene Kritik an der Parteiführung der KPD²²⁶⁶; die ebenso scharfe Kritik an der Sowjetunion unter Stalin²²⁶⁷; das Eintreten gegen staatlich-autoritäre Tendenzen und gegen den aufkommenden Faschismus²²⁶⁸. Bei den Kommunalwahlen 1929 konnte die GKP ihre Mandate im Stadtrat von drei auf sieben erhöhen und über 20 Prozent der abgegebenen Stimmen erhalten. Die SPD erreichte nur drei Sitze; die KPD ging leer aus. In dieser Hochburg des radikalen Linkskommunismus kam die KPD bei der Reichstagswahl 1928 nur auf 2,9 Prozent der Stimmen, denn die radikal linken Oppositionellen rührten für den kommunistischen Kandidaten Thälmann keinen Finger²²⁶⁹.

Nach den Ausschlüssen vieler Mitglieder ihrer Fraktion aus der KPD hatte die *Gruppe Kommunistische Politik* ihr politisches Profil geschärft. Die russische Revolution war als „bürgerlich“ charakterisiert, die in der Sowjetunion durchgeführte Aufteilung des Bodens an die Bauern als falsch bezeichnet und die Eroberung oder Revolutionierung der Gewerkschaften in Deutschland als „reaktionäre Utopie“ abgelehnt worden. Die Liquidierung der Komintern habe auf ihrem dritten Weltkongress mit der Übernahme der Einheitsfronttaktik begonnen²²⁷⁰. Obwohl die GKP die Notwendigkeit betonte, eine wirklich revolutionäre, proletarische Partei neu zu gründen, hielt sie deren Schaffung im gegebenen Augenblick nicht für möglich. Als Konsequenz änderte die *Gruppe Kommunistische Politik* ihre Strukturen. Die bisherige Reichsleitung wurde in eine Koordinationsstelle umgewandelt. Die Bezirksorganisationen leiteten die örtliche Arbeit

²²⁶³ Niebuhr, Mein ganzes Leben, S. 34.

²²⁶⁴ Vgl. Berens, Peter, Trotzlisten gegen Hitler, Köln 2007, S. 26.

²²⁶⁵ Versammlungskalender Wesel a. Rh., in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands, 3. Jg., Nr. 14, Bocholt 31.5.1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042; Versammlungskalender Bocholt, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands, 3. Jg., Nr. 24, Bocholt 9.8.1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042.

²²⁶⁶ Vgl. Thälmanns Ende?, in: Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 1. Jg., Nr. 2, 12.10.1928, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 87.

²²⁶⁷ Vgl. Das Mordregime Stalins, in: Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 2. Jg., Nr. 8, 4.1.1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 138.

²²⁶⁸ Vgl. Aus dem Bocholter Stadtparlament, in: Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 2. Jg., Nr. 2, 18.1.1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 157; Nazibanditen wieder in Bocholt, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands, 3. Jg., Nr. 27, Bocholt 30.8.1930, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042.

²²⁶⁹ Niebuhr, Mein ganzes Leben, S. 34.

²²⁷⁰ [Korsch, Karl], Partei in Belagerungszustand, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 4, Berlin Mitte Mai 1926, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

an. Es sei sowohl möglich, in jeder Arbeiterpartei zu arbeiten, die sich zum proletarischen Klassenkampf bekenne, als auch einer ADGB-Gewerkschaft oder einem Industrieverband anzugehören²²⁷¹. Die Zeitschrift *Kommunistische Politik* wurde im Oktober 1927 eingestellt. Damit war aber nicht das Ende der *Gruppe Kommunistische Politik* eingeleitet, wie Langels annimmt²²⁷². Eine Minderheit der Gruppen und Mitglieder um Josef Schmitz war mit dem Kurs der Mehrheit auf Auflösung der GKP nicht einverstanden. Als Ersatz brachten Schmitz und seine Mitkämpfer bis Ende August 1930 in Bocholt die Wochenzeitung *Der Klassenkämpfer*, „Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands“, heraus²²⁷³. Die GKP hat sich also nicht etwa im Dezember 1927 aufgelöst, wie die Historische Kommunismusforschung bisher annahm²²⁷⁴, sondern existierte bis mindestens August 1930 fort. Die Reichsleitung der GKP um den Vorsitzenden Josef Schmitz saß in Bocholt²²⁷⁵.

Im Ruhrgebiet konnte die GKP ihre Positionen ausbauen – auf Kosten des *Leninbundes*²²⁷⁶. Nach gescheiterten Einigungsgesprächen mit dem *Leninbund* kehrte die GKP in Bocholt zur KPD zurück. Die Zeitung *Der Klassenkämpfer* wurde im September 1930 als Organ der *Gruppe Kommunistische Politik* eingestellt²²⁷⁷. Auf Grund von Meinungsverschiedenheiten mit der KPD-Bezirksleitung im Februar 1932 wurde Josef Schmitz erneut aus der KPD ausgeschlossen²²⁷⁸. Nach Neugründung der GKP ging er zur *Sozialistischen Arbeiterpartei*, während andere Mitglieder bei der KPD blieben oder als „Kommunistische Opposition“ auftraten²²⁷⁹.

²²⁷¹ Aus den Thesen über 'Unsere Aufgaben', *Kommunistische Politik*, 2. Jg., Nr. 8, Berlin 1.5.1927, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560.

²²⁷² Langels, *Die ultralinke Opposition*, S. 431.

²²⁷³ „Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands“ war eine gedruckte Wochenzeitung. Belegt sind Nr. 14 vom 31.5.1930, Nr. 15 vom 7.6.1930, Nr. 17 vom 21.6.1930, Nr. 24 vom 9.8.1930, Nr. 25 vom 16.8.1930, Nr. 26 vom 23.8.1930, Nr. 27 vom 30.8.1930, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042.

²²⁷⁴ Langels, *Die ultralinke Opposition*, S. 140.

²²⁷⁵ Bers, Günter, *Eine Regionalgliederung der Bezirk Mittelrhein und seine Parteitage in den Jahren 1927/1929*, S. 155 f.

²²⁷⁶ Wattenscheid, Hakenkreuz oder Sowjetstern?, in: *Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik*, 3. Jg., Nr. 27, Bocholt 30.8.1930, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042. Zimmermanns und Bois Behauptung, örtliche Gruppen der GKP seien in Wesel, Hamborn und Bocholt zum Leninbund gewechselt, ist falsch. Für den Wechsel, vgl. Bois, Marcel, *Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung*, Essen November 2014, 275.

²²⁷⁷ Korsch's letzter Rest liquidiert, in: *Der Kampf. Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschland (Revolutionäre Betriebs-Organisationen)*, 11. Jg., Nr. 42, Berlin Oktober 1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3085.

²²⁷⁸ Niebuhr, *Mein ganzes Leben*, S. 34.

²²⁷⁹ 8 Wahlvorschläge für das Stadtparlament, *Bocholter Borkener Volksblatt*, Bocholt 26.2.1933, Stadtarchiv Bocholt, IA1.

6.4 Der Leninbund

Die 1. Reichskonferenz der linken Kommunisten um Ruth Fischer, Arkadi Maslow und Hugo Urbahns war am 5.12.1926 in Berlin zusammengekommen. Die Konferenz hatte eine Reichsleitung gewählt und eine politische Plattform verabschiedet²²⁸⁰. Während sich diese Strömung des Linkskommunismus erst ein Jahr später als die radikalen Linkskommunisten organisierte, die sich bereits im Januar 1926 getroffen hatten²²⁸¹, hatten sich die oppositionellen linken Kommunisten um Wilhelm Schwan ebenfalls Anfang 1926 im Ruhrgebiet fraktionell zusammengeschlossen. Nach Angaben der KPD-Bezirksleitung Ruhr hätten sich dabei Schütz und Schwan verbündet, wobei Schütz die treibende Kraft gewesen sei²²⁸². Das deutet auf frühere Differenzen der oppositionelle linken Kommunisten im Ruhrgebiet hin, was nicht weiter verwundern muss, vertrat doch Wilhelm Schwan nach dem *Offenen Brief* des EKKI zunächst die Position der *Chemnitzer Linken*, während Schütz zur Richtung Fischer/Maslow gehörte. Bei ihren organisatorischen Anstrengungen konnten sich die oppositionellen Linkskommunisten auf eine starke Ausgangsposition stützen. Von ihren regen Bemühungen, Anhänger im Ruhrbezirk zu gewinnen, zeugte der Auftritt von Hugo Urbahns auf einer Veranstaltung des RFB am 4. April 1926 in Wesel. Das Sekretariat des ZK der KPD versuchte den Auftritt zu verhindern, indem es Urbahns per Eilboten benachrichtigte, dass es nichts von seiner Anforderung als Redner wisse. Er sei auf Urlaub und deshalb stelle das Sekretariat der KPD-Bezirksleitung Ruhr selbst einen Redner²²⁸³.

Im Ruhrgebiet war Dortmund der früheste Stützpunkt der alten linken Opposition gegen die KPD-Führung um Brandler/Thalheimer gewesen. Hier kam das ZK-Mitglied Arthur König her, der als Unterstützer der linken ZK-Mehrheit um Fischer/Maslow 1924 zur KPD-Zentrale nach Berlin gegangen, dort aber wegen Überforderung wieder abgelöst worden war.

In Dortmund und Umgebung waren die früheren UB-Sekretäre Körner, Nowack und Kelch aktiv. Die meisten Unterzeichner der *Erklärung der Siebenhundert* im KPD-Bezirk Ruhrgebiet stammten aus dem Unterbezirk Dortmund. Es war die einzige Großstadt im Revier, in der die linken Oppositionellen eine starke Stellung besaßen. Nach ihrem Ausschluss aus der KPD bildeten sie im Stadtrat die Fraktion der *Linken Kommunisten*. Die Jugendleitung des Unterbezirkes weigerte sich, Instruktionen der UB-Leitung zu beantworten. Die Zellengruppe 11 nahm eine Protestresolution gegen die Bezirksleitung

²²⁸⁰ Zimmermann, Der Leninbund, S. 36.

²²⁸¹ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 97.

²²⁸² Bezirksleitung Ruhrgebiet Abtlg. Pol.-Büro, An die Zentrale Abtlg. Pol.-Büro, Essen 16.2.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/15, Bl. 94.

²²⁸³ Zentralkomitee der KPD.Sekretariat, An den Genossen Hugo Urbahns, Berlin 1.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/5/28, Bl. 505.

und die Beschlüsse des Bezirksparteitags der KPD Ruhr an. Zu KPD-Veranstaltungen wurde der ausgeschlossene frühere UB-Sekretär und oppositionelle Linkskommunist Petrasch als Referent eingeladen. Die linken Kommunisten nutzten eine Akquisitionskolonie des *Rot-Frontkämpfer-Bundes* für ihre oppositionelle Tätigkeit, in der auch die früheren UB-Sekretäre Nowack und Körner aktiv waren. Neben der KPD in Hörde und Berghofen, die mehrheitlich linksoppositionell eingestellt waren, zeigten sich vor allem in der KPD in Aplerbeck linksoppositionelle Regungen²²⁸⁴. Das waren zwar nur vier von dreißig Ortsgruppen des Unterbezirks Dortmund, aber der Stadtverband der KPD in Dortmund war einer der stärksten im ganzen Ruhrgebiet, so dass man von einer starken Minderheit der linken Opposition im UB Dortmund ausgehen kann. Gut vertreten war die linke Opposition auch im KPD-Unterbezirk Hamm, wo sie die Mehrheit der KPD der Stadt Hamm und Unterstützer in den Bergarbeiterkommunen Werries, Herringen, Radbod und Aalen besaß. Im Unterbezirk Bochum verfügten die oppositionellen linken Kommunisten über eine Mehrheit in Wattenscheid und Günnigfeld, zwei von elf Ortsgruppen²²⁸⁵.

Die linken Kommunisten pflegten gute Kontakte zu den führenden Vertretern der linken Opposition in Berlin, die immer wieder in Dortmund auftraten. Am 25. September 1926 trafen sich die Linkskommunisten zu einer Fraktionssitzung in Hörde, an der sechszehn Personen, unter ihnen Ruth Fischer und Werner Scholem, teilnahmen. Heinrich Körner hatte das Lokal festgemacht, Kelch leitete die Sitzung. Zur Strafe wurden die beiden von der Bezirksleitung Ruhr für ein Jahr ihrer Funktionen enthoben²²⁸⁶. Die BL scheint keine Informanten unter den linken Oppositionellen besessen zu haben, denn später behauptete sie, dass Fischer und Maslow anwesend gewesen seien. Die Versammlung wurde im Auftrag der BL von linientreuen KJVD-Mitgliedern beobachtet²²⁸⁷. Von der KAPD wurden Kelch und Körner als die beiden führenden Vertreter der Gruppe Fischer-Maslow-Urbahns in Dortmund angesehen²²⁸⁸. Kelch, Jahrgang 1897, kam aus Dortmund und gab seinen Beruf mit Schlosser an. Für die Polizei

²²⁸⁴ Kaasch, Bericht über die Lage der PK im Ruhrgebiet von Gen. Kaasch an das ZK am 29.4.1926, o. O. 29.4.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/12, Bl. 153 f.

²²⁸⁵ Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet, Tagesordnung zum Bezirksparteitag des Bezirks Ruhrgebiet am 4. und 5. Juli in Essen. Bericht des Polbüros seit dem Bezirksparteitag am 4. März 1924, [Essen März 1924], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 23 f.

²²⁸⁶ [Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung am 28.9.1926, [Essen September 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 10.

²²⁸⁷ Bezirksleitung Ruhrgebiet Polleitung, Rundschreiben an alle Ortsgruppen und Stadtteile (Abschrift), Essen 26.10.1926, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16926, Bl. 393.

²²⁸⁸ Dortmund, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 9. Jg., Nr. 17, Berlin 1.3.1928, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075; Dortmund. Öffentliche Versammlung der KAP. und AAU., in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 97, Berlin 15.12.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

war er ein „fanatischer kommunistischer Agitator“, der „Hetzreden“ halte²²⁸⁹. Körner wird von politischen Kontrahenten der SPD als „außerordentlich sachlich“ geschildert²²⁹⁰.

Der starke Einfluss der linken Oppositionellen in der Ortsgruppe Dortmund beunruhigte das ZK der KPD. In Dortmund waren nach dem *Offenen Brief* des EKKI oppositionelle linkskommunistische Funktionäre abgesetzt worden. Doch wurden nicht die Anhänger Wilhelm Florins, sondern die von Heinrich Brandler bestimmend. Dies führte Ende 1926 zu Auseinandersetzungen zwischen der Dortmunder Unterbezirksleitung und der Zentrale der KPD. Während ein Instrukteur nach einem Besuch der KPD in Dortmund der KPD-Zentrale eine flexiblere Taktik gegenüber linksoppositionellen Arbeitern empfahl, hatte die nun von den moderaten Kommunisten der Brandler-Richtung dominierte Dortmunder UB-Konferenz die Parole ausgegeben: „Heraus aus der Partei mit den Agenten der Maslow und Ruth Fischer“²²⁹¹. Weil die „Ultralinken“ in Dortmund straff organisiert seien, so der Instrukteur, dürfe die UBL nicht mechanisch dagegen vorgehen, wolle sie „ultralinke“ Arbeiter gewinnen. Vor allem die Gewerkschafts- und Erwerbslosenarbeit der KPD müsse verstärkt, „ultralinke“ Arbeiter dazu herangezogen werden. Daraufhin empfahl das Sekretariat des ZK der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet, zuerst in allen Betriebs- und Straßenzellen des UB Dortmund Versammlungen mit Vertretern der Bezirksleitung abzuhalten, danach Arbeitsgebietskonferenzen mit einem ZK-Vertreter und später Unterbezirkskonferenzen einzuberufen. Dort würde sich zeigen, wie viele Delegierte die Linie des ZK ablehnten²²⁹². Hier wurde die ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft in Betriebszellen genutzt, um eine politische Offensive gegen die linkskommunistischen Oppositionellen zu starten.

Im Januar 1927 erschienen die linken Kommunisten auf einer UB-Konferenz in Dortmund, zu der sie angeblich nicht eingeladen worden waren. Für sie sprach Kelch, der nach Ansicht des KPD-Funktionärs „Ludwig“ eine „vollkommen unzulässige Rede“ hielt²²⁹³. Die organisatorische Stärke der *Linken Kommunisten* in Dortmund ermöglichte ihnen die Publikation einer Beilage zur *Fahne des Kommunismus*. Das Niveau der Auseinandersetzung mit der moderat kommunistisch dominierten UB-Leitung war niedrig. Mit dem drohenden Ausschluss des linksoppositionellen Stadtverordneten Ullrich Mitte

²²⁸⁹ Polizeiverwaltung, in: Stadtverwaltung Dortmund, Akten betr. Bestätigung der Wahlen, Bd. I, 1919-1933, Stadtarchiv Dortmund 3 / 696, Bl. 23.

²²⁹⁰ Die Sozialdemokratie unerschütterlich, in: Volks-Zeitung, Nr. 170, Dortmund 24.7.1931, o. S., in: Stadtarchiv Dortmund, Bestand 3-473 Wenke.

²²⁹¹ Erdmann, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, o. O. 14.10.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 3/18-19/12, Bl. 203 f.

²²⁹² Zentralkomitee der KPD. Sekretariat, An die Bezirksleitung Ruhrgebiet, Berlin 30.11.1926, SAPMO Berlin RY 1/I 2/5/28, Bl. 582 f.

²²⁹³ Ludwig, Bericht über die B.L.-Sitzung Essen und UB.-Konferenz Dortmund am 22./23. Januar 1927, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 24.

1927 aus der KPD²²⁹⁴, mit dem sich drei Stadtverordnete und zwei Stadträte solidarisierten, wuchs der Einfluss der linken Oppositionellen. Über eine Dortmunder Versammlung der KPD hieß es Mitte 1927, dass „in der letzten General-Mitgliederversammlung (...) der Bezirksleiter Florin nämlich eine gewaltige Abfuhr in der chinesischen Frage“ bezogen habe²²⁹⁵. Vierzehn Tage später berief die linkskommunistische Opposition selbst eine öffentliche Mitgliederversammlung der KPD ein, zu der dreihundert der rd. sechshundert KPD-Mitglieder erschienen, während die offizielle KPD zu einer eigenen Generalmitgliederversammlung, die für die Mitglieder des ganzen Unterbezirks Dortmund offen war, nur achtzig Teilnehmer mobilisieren konnte²²⁹⁶. Noch eindeutiger sahen die Kräfteverhältnisse im örtlichen *Rotfrontkämpferbund* aus. Dort leiteten die oppositionellen Linkskommunisten nicht nur die 2. Abteilung²²⁹⁷. Nach ihren Angaben soll die Mitgliedschaft des RFB zu 90 Prozent linksoppositionell eingestellt gewesen sei. Als der Dortmunder RFB auf Initiative des städtischen, sozialdemokratischen Polizeipräsidenten vom Oberpräsidenten der Provinz Westfalen verboten wurde, empfanden das die linken Kommunisten voller Stolz als eine Bestätigung ihrer Aktivitäten, die es verhindern würden, dass die Faschisten durch Arbeiterviertel ziehen könnten. Die linken Oppositionellen verspotteten die Argumentation der offiziellen KPD gegen das Verbot, die auf die „ungerechte Behandlung“ des RFB gegenüber dem Stahlhelm abhebe²²⁹⁸. In der KPD kursierten Gerüchte, „anarchistische(n) und ultralinke(n) Elemente“ im Dortmunder RFB „hätten sich heimlich Waffen besorgt“²²⁹⁹. Nach dem Ausschluss aus dem Gesamt-RFB organisierten sich die linkskommunistischen exRFB-Mitglieder als „Freischar Liebknecht“²³⁰⁰.

Im November 1927 stellten die *Linken Kommunisten* die lokale Beilage für Dortmund zur *Fahne des Kommunismus* ein, weil sie seit Mitte Oktober 1927 mit *Schacht und Hütte* eine eigene großformatig gedruckte Wochenzeitung publizierten. Sie nannte sich im Untertitel „Zeitung der klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter des Ruhrgebiets“ und

²²⁹⁴ Aus der Partei, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 16, Berlin 1.7.1927, S. 38 b (eigentlich S. 39, aber falsche Nummerierung), Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²²⁹⁵ Aus der Partei, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 13, Berlin 10.6.1927, S. 16, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²²⁹⁶ Bericht über die am Freitag, den 17. Juni stattgefundene öffentliche Mitgliederversammlung der Partei, einberufen von den Ausgeschlossenen in Dortmund!, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 15, Berlin 24.6.1927, S. 31, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²²⁹⁷ Schacht und Hütte, 2. Jg., Mainummer, [Dortmund] 1. Mai 1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²²⁹⁸ Zum Verbot des RFB Dortmund, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 15, Berlin 24.6.1927, S. 31 f., Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²²⁹⁹ Neue Heldentaten Wilhelm Piecks, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 16, Berlin 1.7.1927, S. 39, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²³⁰⁰ Schuster, Rote Frontkämpferbund, S. 161.

„Publikationsorgan der Gruppe Linke Kommunisten“. Als Herausgeber von *Schacht und Hütte* erschien Heinrich Körner. Tatsächlich soll der frühere UB-Sekretär Kelch der Herausgeber gewesen sein²³⁰¹. *Schacht und Hütte* hob sich deutlich von der früheren Lokalbeilage zur *Fahne des Kommunismus* ab. Zwar wurde zur Situation in der KPD und in der Sowjetunion Stellung genommen. Aber die meisten Titel waren den Kämpfen der Arbeiter gewidmet. Daneben gab es eine Vielzahl kleiner Artikel zur Lage der Erwerbslosen und zu Auseinandersetzungen in einzelnen Betrieben. Die Arbeit der Reichstags- und Landtagsabgeordneten der *Linken Kommunisten* wurde ebenso dokumentiert, wie Initiativen der *Linken Kommunisten* im Dortmunder Stadtrat. Es erschienen Artikel über die KPD in Dortmund bzw. im Ruhrgebiet, die scharfe Kritik enthielten. Bemerkenswert waren die eigenständigen Analysen zum Ruhrgebiet, die z. B. die Zahlungen von über 750 Mio. Reichsmark durch den Reichstag an die Ruhrindustriellen aufzeigten und die Entwicklung der Stickstoffindustrie oder die Lage im Kohlebergbau untersuchten. In *Schacht und Hütte* spiegelte sich die enge Verbindung zwischen den linken Kommunisten in Dortmund und im Preußischen Landtag wieder, wo die oppositionell linken Abgeordneten den Antrag stellten, das Verbot des Dortmunder *Rotfrontkämpferbundes* aufzuheben²³⁰². *Schacht und Hütte* hatte großen Erfolg. Nur wenige Wochen nach dem Erscheinen war die Nachfrage derart gestiegen, dass die Auflage um einige Tausend Exemplare erhöht werden musste. Ein Exemplar kostete 10 Pfennig²³⁰³. Zum Teil wurde *Schacht und Hütte* durch Anzeigen von Geschäftsleuten finanziert; die Arbeiter wurden aufgefordert, nur bei ihnen einzukaufen.

Die Stadtratsfraktion der Dortmunder-KPD stand unter dem Einfluss der moderaten Kommunisten, die von den Linksoppositionellen nach dem Namen ihres Sprechers als „Lotz-Fraktion“ bezeichnet wurden. Karl Lotz war Anhänger Heinrich Brandlers. Nachdem die linken Kommunisten aus der KPD ausgeschlossen worden waren, bildeten sie eine eigene Fraktion, die sehr rührig war. Sie stellte zum Jahresende 1927 Anträge, die die Winterversorgung der Erwerbslosen und Wohlfahrtunterstützungsempfänger gewährleisten sollten. Die Anträge wurden mit Stimmen der KPD abgelehnt, die den Vorschlag der Stadtverwaltung unterstützte. Differenzen traten auch bei der Arbeitszeit für die städtischen Angestellten zutage. Die KPD gab sich damit zufrieden, dass sich der Beauftragte der Dortmunder Stadtverwaltung im Arbeitgeberverband der rheinisch-westfälischen

²³⁰¹ Der staatl. Polizeiverwalter, An den Herrn Regierungspräsidenten Arnsberg, Betrifft: Ultra-linker Bewegung – Gruppe Urbahns, Hamm 4.11.1927, S. 1, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³⁰² Vgl. *Schacht und Hütte*, 1. Jg., Nr. 5, [Dortmund] 18.11.1927, S. 3; *Schacht und Hütte*, 1. Jg., Nr. 6, [Dortmund] 25.11.1927, S. 1 f.; *Schacht und Hütte*, 1. Jg., Nr. 10, [Dortmund] 21.12.1927, S. 3; *Schacht und Hütte*, 1. Jg., Nr. 11, [Dortmund] 30.12.1927, S. 1 f.; *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 1, [Dortmund], 6.1.1928, S. 2; *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 4, [Dortmund] 3.2.1928, S. 3; *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 5, [Dortmund] 10.2.1928, S. 3; *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 7, [Dortmund] 24.2.1928, S. 2; *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 10, [Dortmund] 16.3.1928, S. 3; alle: LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³⁰³ *Schacht und Hütte*, 1. Jg., Nr. 6, [Dortmund] 25.11.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

Industriegemeinden für einen achtstündigen Normalarbeitstag einsetzen sollte, wobei der Beauftragte bereits erklärt hatte, dass er eine solche Bindung nicht eingehen könne. Dagegen stellten die *Linken Kommunisten* den Antrag, dass die Stadt Dortmund aus dem Arbeitgeberverband austreten und die Arbeitszeit auf sieben Stunden täglich begrenzen müsse²³⁰⁴.

Am 26. November 1927 trat Ruth Fischer auf einer Veranstaltung der *Linken Kommunisten* im Dortmunder Börsensaal zum Thema „Kommunismus oder Reformismus“ auf, die unmittelbar nach dem Ausschluss von Trotzki und Sinowjew aus der WKP(B) stattfand. Der Raum war überfüllt. Ruth Fischer redete eineinhalb Stunden lang. Es erschien eine hundertköpfige Kolonne der KPD unter Führung der Funktionäre Schubert und Benscheid, die zur Hälfte aus Bochum angereist war. Die KPD-Mitglieder verhielten sich angesichts der großen Teilnehmerzahl zunächst ruhig. Mit Beginn der Diskussion versuchte die KPD-Kolonne die Versammlung zu sprengen. Sie wurde dann in einer „wildten Keilerei“ aus dem Saal geprügelt²³⁰⁵. Mitglieder der KAPD und KAJ aus Buer, die früher in KPD und RFB organisiert waren, unterstützten die Veranstalter nach Kräften²³⁰⁶. Da Buer am anderen Ende des Ruhrgebiets lag, muss hier eine konkrete Absprache der oppositionellen Linkskommunisten in Dortmund mit den radikalen Linkskommunisten aus Buer vorgelegen haben. In der Debatte kam deren Vertreter Szymczak für die KAPD zu Wort. Zum Schluss nahm die Versammlung eine Resolution an, in der gegen den Ausschluss von Sinowjew und Trotzki protestiert wurde. Sie gelobte, „den Kampf für Lenin und gegen Stalin mit allen Kräften fortzusetzen“²³⁰⁷.

Die Ausschlüsse der oppositionellen Linkskommunisten, die vor allem in den Zellengruppen 5, 7 und 11 vertreten waren, brachte die Dortmunder KPD in eine schwere Krise. Übertrieben behaupteten die *Linken Kommunisten*, dass das ZK seine Anhänger in der KPD Dortmund „abzüglich Bonzen und Bonzenanwärter in einem Clubzimmer für 20 Personen zusammenfassen kann“. Ende 1927/Anfang 1928 scheinen die *Linken Kommunisten* in Dortmund stärker als die offizielle KPD gewesen zu sein. Während mehrere hundert Arbeiter die LLL-Feier der *Linken Kommunisten* besuchten, erschienen zur nicht öffentlichen LLL-Feier der KPD nur einhundert Anhänger²³⁰⁸.

²³⁰⁴ Die letzte Stadtverordneten-Sitzung, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 26, Berlin 9.1.1927, lokale Beilage [Dortmund], o. S., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³⁰⁵ Öffentliche Versammlungen in Berlin-Prenzlauer Berg und in Dortmund – Ruhrgebiet, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 38, Berlin 2.12.1927, S. 218, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²³⁰⁶ Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 94, Berlin 5.12.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²³⁰⁷ Öffentliche Versammlungen in Berlin - Prenzlauer Berg und in Dortmund – Ruhrgebiet, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 38, Berlin 2.12.1927, S. 218, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²³⁰⁸ Glänzende Lenin, Liebknecht-Luxemburg-Kundgebung in Dortmund, in: Schacht und Hütte, 2. Jg., Nr. 3, [Dortmund] 27.1.1928, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

Dass das Kräfteverhältnis zwischen oppositionellen Linkskommunisten und Anhängern der KPD-Bezirksleitung in Dortmund nicht gut für den Fraktionsblock Florin-Ende aussah, bewies nicht nur der vergebliche Sprengversuch der Veranstaltung mit Ruth Fischer im Börsensaal, sondern auch ein Besuch des KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann. Wohl durch die häufigen Auftritte bekannter oppositioneller Kommunisten herausgefordert, erschien Thälmann Ende Januar 1928 zu einer Kundgebung im Dortmunder Reinoldushofsaal, wohin die KPD aus dem ganzen Ruhrgebiet mobilisiert hatte. Thälmann soll eine „wüste Hetze“ gegen die Linken losgelassen haben. Diskussion war nicht erlaubt. Ein alter Dortmunder linker Oppositioneller, der als Literaturobmann Zeitschriften der *Rote Hilfe* anbot, wurde von KPD-Mitgliedern verprügelt, weil er auch *Schacht und Hütte* ausgelegt hatte. Als sich nach der Veranstaltung der anschließende Demonstrationzug der KPD sammelte, wurde er vor dem Saal von einer größeren Gruppe linkskommunistischer Arbeiter mit Rufen „Nieder mit Thälmann! Nieder mit Stalin!“ empfangen. Im Arbeiterviertel Ecke Ostermärschstraße/Papengarten sollen die Schmähungen besonders laut gewesen sein, so dass Thälmann aufgefordert habe, gegen das „Lumpengesindel“ vorzugehen, worauf seine Anhänger die „Linksoppositionellen“ mit Knüppeln, Steinen und „Schießereien“ angriffen. *Schacht und Hütte* schrieb, wenn Thälmann selbst dabei ausreißen musste, zeige das nur, dass die Arbeiter nicht mit sich spaßen ließen²³⁰⁹. Dagegen sprach die KPD von einer „glänzend verlaufenden Thälmann-Kundgebung“, erwähnte jedoch Störungen durch ein „Häuflein faschistischer und k-a-pistischer Gestalten (...) mit Pistolen in der Hand“²³¹⁰.

Der *Leninbund* gründete sich am 8./9. April 1928 mit ca. 6000 Mitgliedern²³¹¹. Die KPD behauptete, seine Bildung müsse sich „objektiv“ als „konterrevolutionär“ auswirken²³¹². Im Ruhrgebiet riefen die vier früheren Dortmunder KPD-Funktionäre Kelch, Körner, Czerkus und Wünnenberg öffentlich zu seiner Gründung auf, außerdem der Gelsenkirchener Basteck, ein früherer Funktionär der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*. Vom KPD-Bezirk Niederrhein unterschrieb Hoffmann aus Altena im Sauerland die Gründungserklärung. Die Bedeutung des Dortmunder Stützpunktes des *Leninbundes* lässt sich daraus ablesen, dass von den fünfzehn Gründungsaufrufern allein vier aus Dortmund kamen²³¹³.

²³⁰⁹ Thälmann muß vor Dortmunder Arbeiterfäusten ausreißen, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 3., [Dortmund] 27.01.1928, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³¹⁰ Die glänzend verlaufende Thälmann-Kundgebung, in: *Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften*, 4. Jg., Nr. 13, Dortmund 16.1.1928, S. 8.

²³¹¹ Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 441.

²³¹² Arbeiter der Fa. Gebauer, *Der Protest der Arbeiter gegen den Bund der Parteispalter*, Berlin 10.4.1928, SAPMO Berlin, RY 1/I 5/4/2, Bl. 89 f.

²³¹³ Reichsleitung der Linken Kommunisten/Reichstagsfraktion der Linken Kommunisten im Jugendverband/Reichskonferenz der Linken Kommunisten/Vorbereitendes Komitee zur Einberufung des Kongresses zur Gründung des Leninbundes, *An die Arbeiter Deutschlands!*, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 10, [Dortmund] 16.3.1928, S. 1, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

In Vorbereitung der Gründung des *Leninbundes* hatten sich die oppositionellen Linkskommunisten aus Dortmund, Wattenscheid, Gelsenkirchen, Essen-Karnap, Bochum-Hordel und Bochum-Linden am 8. Januar 1928 zu einer Mitgliederversammlung getroffen, auf der Kelch referiert hatte. Es wurde eine Bezirksleitung gewählt²³¹⁴. Die Dortmunder Gruppe, die einen Stamm erfahrener Funktionäre besaß, nahm Aufgaben im Bezirk wahr²³¹⁵. Im Sommer 1928 reisten Czerkus und Ullrich zu Mitgliederversammlungen und Veranstaltungen des *Leninbundes* nach Wattenscheid²³¹⁶.

In Bochum-Hordel hatte sich eine Gruppe um den Stadtverordneten und politischen Leiter des Arbeitsgebietes Hordel, Peter Lahnstein, gebildet, der am 9.12.1927 aus der KPD ausgeschlossen worden war. Lahnstein war seit 1905 Mitglied der SPD und später der KPD gewesen²³¹⁷. Hordel grenzt an Günnigfeld, so dass der Kontakt zu den oppositionellen linken Kommunisten in Wattenscheid eng gewesen sein dürfte. Die erste Veranstaltung in Gelsenkirchen organisierte der *Leninbund* am 11. März 1928, auf der der Reichstagsabgeordnete Eugen Eppstein sprach. Zehn Mitglieder seien neu gewonnen worden, berichtete *Schacht und Hütte*²³¹⁸. Kurz zuvor, am 10.1.1928, war Eppstein aus der KPD ausgeschlossen worden²³¹⁹. Auf die gute Verankerung der oppositionellen linken Kommunisten bzw. des *Leninbundes* in Wattenscheid wird in Kapitel 7.0 *Oppositionelle linke Kommunisten als Sprecher der KPD vor Ort* eingegangen.

Im Raum Hamm galten der Polizei die Belegschaften der Zechen *de Wendel*, *Radbod* und *Sachsen* mit den Bergarbeiterkommunen Pelkum, Herringen, Rünthe, Bockum-Hövel und Heessen als Brutstätten des Radikalismus²³²⁰. Das Instruktionsgebiet der KPD Hamm-Ahlen war in die Arbeitsgebiete Hamm, Ahlen und Lippstadt eingeteilt²³²¹. Das Arbeitsgebiet Hamm der KPD bestand Ende 1923 aus den Ortsgruppen Hamm, Herringen, Radbod, Altenböge, Bönen, Heessen, Ostwennemar, Wiescherhöfen und Werries²³²². Nach Angaben der Polizei vom Oktober 1927 lag der Schwerpunkt der linken Kommunisten nicht in Hamm, sondern in Ahlen. Dort sei die ganze KPD-Ortsgruppe mit einhundert Mitgliedern „ultralinks“. Neun davon seien oppositionell eingestellt.

²³¹⁴ Auch im Bezirk geht's vorwärts, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 2, [Dortmund] 13.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³¹⁵ Auch im Bezirk geht's vorwärts, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 2, [Dortmund] 13.1.1928, S. 2, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³¹⁶ Katastrophales Versagen der Partei im Ruhrgebiet, in: *Volkswille*. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 138, Berlin 19.07.1928, S. 4, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³¹⁷ Angst vor der eigenen Courage!, in: *Schacht und Hütte*, 1. Jg., Nr. 11, [Dortmund] 30.12.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³¹⁸ Versammlung in Gelsenkirchen, in: *Schacht und Hütte*, 2. Jg., Nr. 10, [Dortmund] 16.3.1928, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³¹⁹ „Ausschluss aus der Partei“ und „Ein Parteitag der Klarheit und Geschlossenheit“, in: SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 153 f.

²³²⁰ Perrefort, Maria, Links liegengelassen. Das rote Herringen, Hamm 2008, S. 33.

²³²¹ Ebd., S. 40.

²³²² Polizeiverwalter, Dem Herrn Regierungspräsidenten – Abtlg. Meldestelle Arnsberg, Hamm 20.11.1923, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14449, Bl. 1984 f.

Wiederholt hätte die Bezirksleitung Vertreter nach Ahlen senden müssen, um für die Durchführung der Parteilinie zu sorgen. Es habe jedoch keine Ausschlüsse der Oppositionellen um August Kirchner gegeben²³²³. Vier Monate später berichtete die Polizei von einer Fahrt des Suhler Linksoptionellen und Leiters der Zeitschrift *Volkswille*, Guido Heym, nach Ahlen. Er habe sich mit führenden KPD-Funktionären getroffen, die aus der kommunistischen Partei ausgeschlossen worden waren²³²⁴.

Die Leitung der linken Oppositionellen um Lindenborn und Büning saß nach Polizeiangaben in Hamm. Von dort verschicke Lindenborn oppositionelles Material. Die KPD habe ohne Erfolg versucht, die beiden für die Partei zurückzugewinnen. Die soziale Basis der Gruppe in Hamm seien nicht wie in der KPD Ahlen klassenbewusste Arbeiter, sondern „unzufriedene, nervöse, halbwüchsige Schreier“. In Heessen gebe es einzelne Personen, die Fischer/Urban oder Korsch/Schwarz unterstützten. In Radbod hätten beide Gruppen Anfang 1927 noch starken Anhang gehabt, so dass Ruth Fischer auf einer Versammlung der *Roten Hilfe* auftreten konnte. Davon sei kaum etwas geblieben. Die KPD organisiere in Radbod nur neunzehn Mitglieder. In Herringen gebe es keine „Ultralinken“, weil dort die „Rechten“ unter Funk und Möller, beide Betriebsratsmitglieder auf der Zeche *de Wendel*, ihren „Sitz“ hätten. Funk unterstütze die Linie der KPD und sei Mitglied der Bezirksleitung. In Wiescherhöfen sei die KPD mit ihren elf bis zwanzig Mitgliedern „ultralinks“ eingestellt, habe jedoch keine Beziehungen zu den oppositionellen „Ultralinken“. In Altenböge-Bönen sei die KPD geschlossen „ultralinks“. Sie habe der KPD-Führung bereits eine Beitragssperre angedroht. Die Ortsgruppe der KPD in Unna sei zwar aufgelöst. Aber der ehemalige KPD-Funktionär Sprenger halte die Verbindung zur Gruppe Korsch/Schwarz aufrecht. In den übrigen Ortsgruppen gebe es weder für die KPD noch für die „Ultralinken“ Interesse. Aus dem Aufbau (Mitgliedskarten, Kartothek, Beiträge, Verteilung politischer Funktionen und wöchentlicher Verkauf der *Fahne des Kommunismus*) zog die Polizei den Schluss, dass die Gründung einer neuen Partei noch vor den nächsten Wahlen anstehe²³²⁵.

Demnach waren im Unterbezirk Hamm die KPD-Ortsgruppen Hamm, Radbod, Altenböge, Bönen, Wiescherhöfen und Werries links bzw. radikal links eingestellt. Über die innerparteiliche Haltung der KPD-Mitglieder in Ostwennemar ist nichts bekannt. In Heessen waren die linken Kommunisten in der Minderheit, in Herringen die moderaten Kommunisten führend. Von diesem zunächst einzigen Stützpunkt der Bezirksleitung Florin-Ende im linkskommunistischen UB-Hamm ging der Versuch aus, im Gebiet

²³²³ Abtlg. I A [Oberkommissar Hildebrand], Bericht über die ultralinke Bewegung im Unterbezirk Hamm, Hamm 13.10.1927, S. 1, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³²⁴ Der staatliche Polizeiverwalter, An den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg, Betrifft: Ultralinke Bewegung, Hamm 11.1.1928, S. 1, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³²⁵ Abtlg. I A [Oberkommissar Hildebrand], Bericht über die ultralinke Bewegung im Unterbezirk Hamm, Hamm 13.10.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

Hamm-Ahlen einen gemäßigteren Kurs durchzusetzen²³²⁶. Aber selbst in Herringen gab es einzelne linke Kommunisten wie den Betriebsrat und Vertrauensmann im *Bergarbeiterverband*, Franke, und den Gemeindevertreter und Knappschaftsältesten Schmidt, die sich dem moderaten Kurs der Herringer KPD entgegenstellten, indem sie die *Erklärung der Siebenhundert* unterschrieben. Nach Angaben der Polizei hatte im August 1928 der nun konstituierte *Leninbund* in Hamm eine Gruppe von vierzig eingeschriebenen Mitgliedern. Damit sei er in Hamm zahlenmäßig stärker als die KPD. Die KPD erzielte jedoch bei Wahlen 2.064 Stimmen, der *Leninbund* nur 135 Stimmen. Leiter der Gruppe des *Leninbund* seien der aus der KPD ausgeschlossenen Arbeiter Fritz Lindenborn und der Stadtverordnete Büning, zu denen noch Mende als Hauptkassierer kam. Aufgrund vieler Ausschlüsse aus der örtlichen KPD erwartete die Polizei ein weiteres Anwachsen des *Leninbundes* in Hamm. Im Stadtrat stellte Büning Anträge z. B. nach Abschaffung der Pflichtarbeit und Erhöhung der Unterstützung für Wohlfahrtsempfänger um 50 Prozent²³²⁷.

Da war die Euphorie der Gründung des *Leninbundes* längst verfliegen. Bei den Reichstagswahlen am 20. Mai 1928 hatte er ca. 80.000 Stimmen (0,26 Prozent) erhalten. Weil sie die Aufstellung eigener Listen in Konkurrenz zu denen der KPD abgelehnt hatten, waren Scholem, Fischer und Maslow noch vor der Wahl aus dem *Leninbund* ausgetreten²³²⁸. Ruth Fischer hatte noch Ende 1927 auf einer Veranstaltung des linken Kommunisten in Dortmund von der „Möglichkeit der Eroberung der KPD. und der III. Internationale“ gesprochen²³²⁹. Wie diese trotz der ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft der KPD in Betriebszellen verwirklicht werden sollte, hatte sie nicht erklärt. Der Austritt von Fischer und Scholem, die seit Jahren in Dortmund auf Veranstaltungen der oppositionellen linken Kommunisten aufgetreten waren, war für diese ein schwerer Schlag. Er wurde vom Dortmunder *Leninbund* als „Verrat“ gewertet²³³⁰. Den Wortführern folgte das unbesoldete Magistratsmitglied, Stadtrat Kuhnke, der sein Mandat behielt, aber keiner Fraktion mehr angehörte²³³¹.

Trotz des Rückschlags arbeitete der *Leninbund* weiter. Als eine reaktionäre Kampforganisation reichsweit am 16.9.1928 den „Dortmunder Stahlhelmtag“ abhalten wollte, schlug der *Leninbund* der KPD-Ruhrgebiet vor, unter dem Motto „Dortmund bleibt

²³²⁶ Für Maria Perrefort ist unklar, ob sich die Herringer KPD immer an die Weisungen der Bezirksleitung Ruhr bzw. der Berliner KPD-Zentrale gehalten habe, vgl. Perrefort, Maria, Links liegengelassen. Das rote Herringen, Hamm 2008, S. 42.

²³²⁷ Der staatliche Polizeidirektor, An den Herrn Regierungspräsidenten in Arnsberg, Betrifft: Ultralinke Bewegung (Leninbund), Hamm 2.8.1928, S. 1 f., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o.Bl.

²³²⁸ Winkler, Der Schein der Normalität, S. 441.

²³²⁹ Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 94, Berlin 5.12.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²³³⁰ „Dortmund“, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 144, Berlin 3.8.1928, S. 4.

²³³¹ Stadtarchiv Dortmund, Dortmund 17.4.1928, 3 P, Konrad Kuhnke 4539.

rot“ „eine gründlich vorbereitete Abwehrdemonstration durchzuführen“²³³². Zur Kommunalwahl bot man der KPD eine gemeinsame Liste an²³³³. Bei den Kommunalwahlen wurde Christoph Wünnenberg für den *Leninbund* in den Stadtrat gewählt. Auf einer Versammlung im Dezember 1928 in Dortmund forderte Hugo Urbahns die „entschädigungslose Enteignung der Ruhrindustriellen“²³³⁴. Am 1. Mai 1929 sammelten Mitglieder des *Leninbundes* bei den Demonstrationen von KPD und SPD für die *Trotzki-Hilfe* und mobilisierten nachmittags zu einer eigenen Veranstaltung mit Ansprache, Musik und Theater²³³⁵. Eine starke Stellung besaßen die linken Kommunisten in der örtlichen Gruppe der *Proletarischen Freidenker*, die sich in einem Brief bei der russischen Botschaft für die nach Sibirien verbannten linken Oppositionellen einsetzte²³³⁶. Auch in den freien Gewerkschaften war man aktiv²³³⁷. Die Mitgliedertreffen des *Leninbundes* fanden im Gewerkschaftshaus des ADGB statt²³³⁸. Das lässt nicht auf eine Isolation des *Leninbundes* in Dortmund schließen.

Die organisatorische Entwicklung des *Leninbundes* im Ruhrgebiet ist bis 1930 belegbar. Am 29.7.1928 fand eine Bezirkskonferenz für den Bezirk Ruhrgebiet statt, an der siebzehn Delegierte teilnahmen. Leiter des Bezirks war Heinrich Kelch²³³⁹. Die nächste Bezirkskonferenz erfolgte bereits am 26.8.1928, auf der neben Kelch auch Hugo Urbahns referierte²³⁴⁰. Der Bezirk war in mehrere Unterbezirke eingeteilt. Zum Unterbezirk Essen-Gelsenkirchen-Bochum-Wattenscheid²³⁴¹ gehörten die Ortsgruppen Horst (Gelsenkirchen), Karnap (Essen), Bochum, Hordel (Bochum) und Wattenscheid²³⁴². Außerdem gab es Gruppen in Gelsenkirchen, Steele (Essen) und Eickel-Wanne²³⁴³. Die UB-Treffen konnten im Abstand von drei Monaten liegen²³⁴⁴. Eine weitere Bezirkskonferenz fand am 5.1.1930 in Iserlohn statt, zu der außer den Unterbezirken Dortmund, Wattenscheid und Iserlohn

²³³² Zum Dortmunder Stahlhelmtag, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 156, Berlin 31.8.1928, S. 1.

²³³³ Wie die Alten sangen, in: Kommunistische Arbeiter-Zeitung. Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 9. Jg., Nr. 32, Berlin 26.4.1928, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²³³⁴ Oeffentliche Versammlung des Leninbundes in Dortmund, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 204, Berlin 1.12.1928, S. 2, Bibliothek Bundesarchiv Berlin.

²³³⁵ Ortsgruppe Dortmund. 1. Mai, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 65, Berlin 1.5.1929, S. 3, Bibliothek Bundesarchiv Berlin.

²³³⁶ Für Trotzki. Resolution, in: Volkswille, 2. Jg., Nr. 18, Berlin 2.2.1929, S. 3.

²³³⁷ Aus der Gewerkschaftsbewegung, in: Volkswille, 2. Jg., Nr. 182, 10.10.1929, S. 3.

²³³⁸ Mitgliederversammlung Dortmund, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 176, Berlin 13.10.1928, S. 4.

²³³⁹ „Dortmund“ und „Reichsversammlungskalender Ruhrgebiet“, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 144, Berlin 3.8.1928, S. 4.

²³⁴⁰ Reichsversammlungskalender Bezirkskonferenz Ruhrgebiet, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 153, Berlin 24.8.1928, S. 3.

²³⁴¹ Reichsversammlungskalender, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 145, Berlin 20.9.1929, S. 4.

²³⁴² Wattenscheid, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 183, Berlin 6.12.1929, S. 4.

²³⁴³ Reichsversammlungskalender, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 165, Berlin 21.9.1928, S. 4.

²³⁴⁴ Reichsversammlungskalender Unterbezirk Essen-Gelsenkirchen-Bochum-Wattenscheid, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 135, Berlin 2.9.1929, S. 4.

weitere Ortsgruppen eingeladen waren²³⁴⁵. Hinzu kam der LB-Unterbezirk Hamm. Das dürften fast zwanzig Gruppen zwischen Essen und Iserlohn, Hagen und Hamm gewesen sein.

Die ultralinke Wende der KPD ab Anfang 1928 hatte der *Leninbund* nicht wahrhaben wollen. Der Linkskurs der Parteiführung sei vorgetäuscht²³⁴⁶. Als Leugnen nicht mehr half, kam es im *Leninbund* des Ruhrgebiets zu Auflösungserscheinungen. In Dortmund fanden Heinrich Körner und Czerkus zurück zur KPD. Auf deren Liste zur Stadtratswahl 1933 zogen Körner auf Platz 1 und Czerkus auf Platz 6 in den Stadtrat ein²³⁴⁷. Christoph Wünneberg trat im September 1929 zur KPD über, nachdem sich die Brandler-Anhänger um Karl Lotz von der KPD abgespalten hatten²³⁴⁸. In Wattenscheid schloss sich ein Teil des *Leninbundes* um Johann Triebeck der *Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP)* an. Einige Mitglieder traten sogar zur SPD über wie Wilhelm Futter in Wattenscheid²³⁴⁹ und 1929 Paul Höbener in Hörde²³⁵⁰. Am wenigsten konnte die trotzkistische *Linke Opposition der KPD* im Ruhrgebiet von Übertritten profitieren. Nur in Hamborn wechselte die frühere Reichstagsabgeordnete Maria Backenecker vom *Leninbund* zur LO²³⁵¹. Mitte 1931 war der *Leninbund* im Ruhrgebiet noch in Dortmund²³⁵² und wahrscheinlich in Hamm aktiv. Josef Ullrich aus Dortmund dürfte bis 1933 Mitglied seiner Reichsleitung gewesen sein²³⁵³.

Der *Leninbund* wurde Opfer seiner eigenen Widersprüche. Wer die undemokratischen Zustände und Strukturen der KPD unter Thälmann-Meyer/Ewert kritisierte, konnte auf den Umgang der Fischer/Maslow-Führung mit moderaten und radikal linken Kritikern und auf die Bolschewisierung verwiesen werden. Wer Kritik am *Offenen Brief* des EKKI übte, dem wurde mit der Unterschrift von Ruth Fischer gekontert. Wer Kritik am Stalinismus äußerte und sich mit Sinowjew-Trotsky solidarisierte, der wurde mit deren Distanzierung von den deutschen Linken konfrontiert. Und wer wie der *Leninbund* von der

²³⁴⁵ Reichsversammlungskalender.Ruhrgebiet, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 3. Jg., Nr. 1, Berlin 3.1.1930, S. 3.

²³⁴⁶ Der angebliche Linkskurs in der KPD, in: Fahne des Kommunismus, 2. Jg., Nr. 13, Berlin 30.3.1928, S. 11, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³⁴⁷ Dortmunder Zeitung, 105. Jg., Nr. 122, Dortmund 13.3.1933, S. 2, Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 8954.

²³⁴⁸ Graf, Hans, Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien im Groß-Dortmund, Hannover/Frankfurt am Main 1958, S. 162.

²³⁴⁹ Die Wahlvorschläge für die Wattenscheider Stadtverordnetenwahl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt, 65. Jg., Nr. 49, Wattenscheid 27.2.1933, S. 5, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²³⁵⁰ Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof Anklageschrift gegen Paul Höbener, Berlin 25.1.1937, S. 4, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45 (Texte und Materialien für Zeitgeschichte, Bd. 7), München 1998, Mikrofiche-Archiv Universität Duisburg D98/LPF 1878.

²³⁵¹ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 79.

²³⁵² Die Betriebsrätewahlen im Ruhrgebiet, in: Volkswille. Organ des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 4. Jg., Nr. 20, Berlin 22.5.1931, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3143.

²³⁵³ Zimmermann, Leninbund, S. 186.

Sozialdemokratisierung der KPD überzeugt war, musste deren Wende zum Ultralinkstum hilflos gegenüberstehen²³⁵⁴.

6.5 Die Chemnitzer Linke in der Ruhr-KPD

In der Stadt Chemnitz, wo Heinrich Brandler 1914 hauptamtlicher Sekretär des *Bauarbeiterverbandes* geworden war und die KPD nach ihrer Gründung über erheblichen Einfluss verfügte, war 1922-1923 eine linke Strömung um den Politischen Leiter des KPD-Unterbezirks, Paul Bertz, entstanden, die die moderaten Kommunisten scharf kritisierte²³⁵⁵. Nachdem diese um Ernst Meyer/Ewert Ende 1925 mit den linken Kommunisten um Ernst Thälmann de facto einen Leitungsblock eingegangen waren und Brandler und Thalheimer zur literarischen Mitarbeit herangezogen werden sollten, bildete sich die sog. *Chemnitzer Linke* um Paul Bertz als Fraktion innerhalb der KPD heraus. Sie billigte den Kurs Ernst Thälmanns in vielen Punkten einschließlich der Ausschlüsse der linken und linksradikalen oppositionellen Kommunisten, aber sie agierte vehement gegen die Hinzuziehung Brandlers und Thalheimers zur Parteiarbeit. Anfang 1927 hatte die Mehrheit der Delegierten auf dem Parteitag des Bezirkes Erzgebirge/Vogtland zwar die Linie des ZK gebilligt, aber bei der Wahl der Bezirksleitung für den Personalvorschlag der *Chemnitzer Linken* gegenüber dem des ZK votiert²³⁵⁶. Entgegen ihrem Namen war die *Chemnitzer Linke* eine überregionale Strömung innerhalb der KPD. Namentlich gegen Lenz [Winternitz], Schwan und Heinrich [Süßkind], einem damaligen Anführer der *Chemnitzer Linken*, richtete sich die Rede von Manuïlski als Vertreter der Komintern auf der Parteikonferenz der KPD am 31.10.1925, die „nur aus Disziplin bedingungslos für den Offenen Brief des EKKI stimmen“²³⁵⁷. Die *Chemnitzer Linke* war in den Berliner Bezirken 1, 4 und 5 und im KPD-Unterbezirk Köln in der Mehrheit²³⁵⁸ und wurde von Theodor Neubauer, bis März 1927 Polleiter des KPD-Bezirks Niederrhein, gefördert²³⁵⁹.

Nachdem die offen oppositionellen, linkskommunistischen Fraktionen marginalisiert worden waren, tauchte im Vorfeld des 11. KPD-Parteitages in Essen innerhalb der Ruhr-

²³⁵⁴ Ebd., S. 39 f.

²³⁵⁵ Weber, *Deutsche Kommunisten*, S. 140 und S. 109.

²³⁵⁶ Wie war die „Vorbereitung“ des Parteitag?, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), *Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD)*, Nr. 5/6, Berlin 1.3.1927, S. 12, Privataarchiv Berens.

²³⁵⁷ Die Rede des Vertreters der Exekutive der Komintern auf der ersten Parteikonferenz der KPD. am 31. Oktober, in: *Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)*, 8. Jg., Nr. 253, Berlin 1.11.1925, S. 10.

²³⁵⁸ Wie war die „Vorbereitung“ des Parteitag?, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), *Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD)*, Nr. 5/6, Berlin 1.3.1927, S. 12; Privataarchiv Berens; Hans Schömann, *An das Zentralkomitee der K.P.D./Pol. Büro, Köln 6.2.1927*, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/20/21, Bl. 18 f.

²³⁵⁹ Vertrauliche Materialien der Informationsabteilung des EKKI über die Oppositionsgruppen im Umkreis der KPD, [Moskau] Mitte September 1927, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, *Deutschland, Russland, Komintern*, Bd. 6/1, Dok. 173a, S. 589.

KPD eine Strömung auf, die der Dortmunder Korrespondent der *Fahne des Kommunismus* als „Schubert-Fraktion“ beschrieb²³⁶⁰ und die so wie die *Chemnitzer Linke* um Paul Bertz argumentierte. Auf dem Bezirksparteitag der KPD des Ruhrgebietes vom 5. Februar 1927 wurde diese Fraktion von vierzig Prozent der Delegierten, mehrheitlich von den Delegationen der KPD-Unterbezirke Gelsenkirchen und Bochum, unterstützt. Diese linkskommunistische Strömung war von dem Gewerkschaftsverantwortlichen des Bezirkes Ruhr, Hermann Schubert, und dem Sekretär des UB-Gelsenkirchen, Alfred Schroer, aufgezogen worden. Sie legten dem Bezirksparteitag eine eigene *Gelsenkirchener Resolution* vor, wonach die moderaten Kommunisten Brandler und Thalheimer nicht aus der Sowjetunion zurückkehren dürften, „ehe sie nicht ihre Fehler und falschen Anschauungen eingesehen und zugestanden haben“. Ebenfalls bekämpften Schubert/Schroer einen Absatz in der von der Mehrheit der Bezirksleitung Ruhrgebiet vorgelegten Hauptresolution, in der es hieß, dass es in der Partei noch Strömungen gebe, die sich aus Furcht vor rechten Abweichungen gegen die „Konzentration“, d. h. gegen die Zusammenarbeit mit „Rechten“ wie Ernst Meyer, wenden und die deshalb „linke Schwankungen gegenüber der Linie des Leninismus“ ausdrücken würden²³⁶¹. Die Fraktion Schubert/Schroer nahm in den innerparteilichen Auseinandersetzungen der Ruhr-KPD die gleiche Position wie die linkskommunistische *Chemnitzer Linke* um das ZK-Mitglied Paul Bertz ein, die ihre Ablehnung des moderaten Kommunismus beibehielt, aber die Fraktion Thälmann/Dengel/Florin ebenso von links unterstützte wie die Politik Stalins in der Sowjetunion. Innerhalb der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet war die Strömung um Schubert/Schroer mit fünf Mitgliedern vertreten. Schon im Vorfeld des Bezirksparteitages hatte die Mehrheit der Bezirksleitung um Wilhelm Florin versucht, eine Abstimmung der *Gelsenkirchener Resolution* zu verhindern. Doch Schubert und Schroer erklärten, dass sie auf ihrer Resolution bestehen und darüber nicht verhandeln würden. Die Resolution aus Gelsenkirchen kam dann aber auf dem Bezirksparteitag der KPD Ruhr doch nicht zur Abstimmung, weil zuerst die Resolution der BL-Mehrheit abgestimmt wurde. Die linken Kommunisten aus Gelsenkirchen und Bochum wagten nicht, dagegen zu stimmen. So wurde mit ihren Stimmen die Resolution Florin-Ende angenommen, womit die *Gelsenkirchener Resolution* überflüssig wurde und nicht zur Abstimmung gelangte. Taktisch geschickt wäre es von den linken und radikal linken Oppositionellen um Graulidat bzw. Restetzki auf dem Bezirksparteitag gewesen, die *Gelsenkirchener Resolution* trotzdem zur Abstimmung zu stellen. Das taten sie nicht. Das anwesende ZK-Mitglied Arthur Ewert schrieb in seinem Bericht vom Ruhr-Parteitag über die Opposition

²³⁶⁰ Es hat gegessen, in: *Fahne des Kommunismus*. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 26, Berlin 9.9.1927, lokale Beilage [Dortmund], o. S., LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²³⁶¹ Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 1 f.

Schubert/Schroer, dass die Resolution der Gelsenkirchener und Bochumer Delegation, wenn sie zuerst abgestimmt worden wäre, nach seiner Schätzung vierzig Stimmen erhalten hätte²³⁶². So stimmten von den 126 anwesenden Delegierten 105 für die Politik der Bezirksleitung, elf dagegen und zehn enthielten sich. Von den einhundertundfünf Befürwortern standen etwa vierzig in Opposition zur BL, was jedoch im Abstimmungsergebnis nicht zum Ausdruck kam.

Die angebliche Mehrheit um Florin-Ende in der Ruhr-KPD setzte sich aus Anhängern der linkskommunistischen Fraktion Florin und denen der moderaten Fraktion Ende zusammen, unter deren Unterstützern sich noch einige Anhänger Brandlers befanden. Damit führte der ZK-treue Linkskommunist Florin zwar die Ruhr-KPD, verfügte aber nur über eine kleine Minderheit eigener linkskommunistischer Anhänger. Nicht einmal mit Hilfe der Fraktion der moderaten Kommunisten um Adolf Ende, des regionalen Parteiapparats, des zentralen KPD-Apparates, der Rückendeckung der Komintern und der 'Atomisierung' der Parteimitgliedschaft in Betriebszellen hätte sich die Florin-Fraktion an der Spitze der Ruhr-KPD halten können. Bei einer repräsentativen demokratischen Wahl zum Bezirksparteitag und einem oppositionellen Abstimmungsverhalten der Strömung der *Chemnitzer Linken* wäre die Resolution der BL-Mehrheit um Florin-Ende abgelehnt worden. Auf welcher brüchiger Basis deren angebliche Mehrheit stand, sollte sich bei der Wahl der Delegierten zum 11. Parteitag zeigen. Als die Bezirksleitung um Florin-Ende vorschlug, nur Arbeiter aus Betrieben als Parteitagsdelegierte aufzustellen, kam es zum Eklat. Die beiden führenden Funktionäre der Bezirksleitung, Wilhelm Florin und Adolf Ende, wurden von den Delegierten nicht aufgestellt und nicht gewählt. Erst im Nachhinein wurde Wilhelm Florin als Delegierter nachnominiert. Wie schon erwähnt wurde kurze Zeit später von der Stadtdelegiertenkonferenz Gelsenkirchen die Herabsetzung der Gehälter der Parteiangestellten im Ruhrbezirk von 400 auf 250 Reichsmark inklusive Spesen gefordert²³⁶³. Ein proletarischer und antibürokratischer Standpunkt kennzeichnete die Position der *Chemnitzer Linken*. Zum Bezirksparteitag Ruhr war zwar der linke Oppositionelle Bartels nicht als Korreferent zugelassen worden, aber eine Mehrheit der Delegierten hatte entgegen dem Antrag der Bezirksleitung um Florin-Ende den offenen linken Oppositionellen eine Verlängerung ihrer Redezeit von zehn Minuten auf eine halbe Stunde bewilligt²³⁶⁴. Obwohl der Parteitag der KPD Ruhr bürokratisch vorbereitet und durchgeführt wurde, stimmte an zwei Punkten eine Mehrheit der Delegierten entgegen den Wünschen der Bezirksleitung ab: Zum einen verteidigten alle oppositionellen und

²³⁶² Ebd., Bl. 1 f.

²³⁶³ Arbeitsgebietsleitung Gelsenkirchen durch Stadtdelegiertenkonferenz, Antrag 11, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen März 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 64 f.

²³⁶⁴ Der Regierungs-Präsident, Betrifft: Bezirksparteitag der K.P.D.-Ruhrgebiet – am 5. und 6. Februar 1927 in Bochum, Arnsberg 23.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 117 f.

halboppositionellen Delegierten gemeinsam das demokratische Recht der Anhänger von Urbahns und Korsch, ihre Positionen darzulegen. Zum anderen wandten sie sich gemeinsam gegen die Spitze des Fraktionsblocks Florin-Ende. Die Abstimmungserfolge zeigten nicht nur die Stärke der linken Fraktion der *Chemnitzer Linken* in der Ruhr-KPD, sondern vor allem die des regionalen linken Kommunismus. Wenn sich die große Mehrheit der linken Kommunisten incl. der offen linken Oppositionellen in einem Punkt einig war, dann erreichte diese Strömung in der Ruhr-KPD Anfang 1927 eine Mehrheit, sogar ohne Unterstützung derjenigen linken Kommunisten, die zum Anhang Wilhelm Florins zählten. Das heißt umgekehrt, dass sich in der Ruhr-KPD noch Anfang 1927 der Fraktionsblock Florin-Ende nur auf eine Minderheit der Mitgliedschaft stützte. Nur dank des Delegiertensystems mit Bevorteilung der Betriebszellen kontrollierten Florin-Ende die Bezirksleitung Ruhr der KPD. In ihrer Ablehnung der Politik Brandlers und der moderaten Kommunisten waren sich die *Chemnitzer Linken* mit den offen oppositionellen radikal linken Kommunisten einig, bei denen sich die Ablehnung Brandlers bis zum offenen Hass steigerte. Radikal linke Kommunisten wie Josef Schmitz aus Bocholt warfen Brandler vor, nicht nur im Oktober 1923, sondern bereits 1920 „Verrat“ begangen zu haben. Sein damaliges „feiges jämmerliches Gewinsel vor der Klassenjustiz“ sei „noch in lebendiger Erinnerung“²³⁶⁵.

Der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet war die Opposition der *Chemnitzer Linken*, die nicht einmal ihre eigene Resolution zur Abstimmung zu stellen wagten, zwar unbequem, aber nicht so gefährlich, um sie mit aller Macht aus der KPD zu drängen. Man begnügte sich damit, ihren Einfluss zu beschränken. So erfolgte die Wahl der neuen Bezirksleitung der Ruhr-KPD nicht etwa durch Vorschläge der Delegierten, sondern über eine Liste, die die alte Bezirksleitung aufgestellt und vorgelegt hatte. Selbst diese Liste war dem ZK-Beauftragten und moderaten Kommunisten Ewert nicht gut genug. Um den Einfluss der linkskommunistischen Strömung Schubert/Schroer, nach Ewert das „schwankende und nicht feste Element“, auf die KPD-Bezirksleitung zu beschneiden, schlug Ewert die Erweiterung der BL von 23 auf 33 Sitze vor, was der Bezirksparteitag annahm. Dabei blieb es aber nicht. Schon in seinem Bericht über den Bezirksparteitag hatte Ewert die Gewerkschaftsarbeit des Bezirks Ruhr, für die Hermann Schubert verantwortlich war, als „ungeheuer schwach“ gebrandmarkt. Umso mehr lobte Ewert die enge Zusammenarbeit von Florin und Ende²³⁶⁶.

²³⁶⁵ Die Rechte in Aufwind, in: Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 2. Jg., Nr. 4, [Bocholt] 15.2.1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 171.

²³⁶⁶ Ewert, Bericht über den Bezirksparteitag Ruhrgebiet am 5./6.II.27, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 2.

Auch nach dem Bezirksparteitag musste sich die Bezirksleitung Ruhr mit der neuen Opposition der KPD-Unterbezirke Gelsenkirchen und Bochum auseinandersetzen. In einem Rundschreiben an alle Bezirks- und Straßenzellen wurde auf die Beschlusslage im Fall Brandler und Thalheimer hingewiesen, deren Rückkehr aus der Sowjetunion nach Deutschland als unzweckmäßig angesehen, aber für einen späteren Zeitpunkt nicht ausgeschlossen wurde. Deren literarische Mitarbeit unter Kontrolle des ZK wurde verteidigt. Dagegen hatte der UB Gelsenkirchen der KPD gefordert, dass Brandler und Thalheimer solange nicht nach Deutschland zurückkehren dürften, wie sie ihre politischen Fehler von 1923 nicht anerkennen würden. Das Herangehen der Gelsenkirchener an die Causa Brandler/Thalheimer wurde wiederum von der Mehrheit der KPD-Bezirksleitung Ruhr verurteilt. Sie schlussfolgerte, dass sich solche Tendenzen gegen das EKKI und das ZK richten würden und von den „Ultralinken“ ausgenutzt werden könnten²³⁶⁷.

Auf dem 11. KPD-Parteitag im März 1927 in Essen enthielten sich drei gewählte Delegierte aus dem Ruhrgebiet bei der Resolution, die die Politik des Zentralkomitees billigte, der Stimme. Die Differenz wurde benannt: Während die Mehrheit des Parteitages die Umstellung auf Betriebszellen als praktisch verwirklicht betrachtete und bei deren Politisierung „erfreuliche Fortschritte“ feststellte, sahen die drei Delegierten die *Reorganisation* noch nicht als abgeschlossen an²³⁶⁸. Die zentrale Differenz zwischen der Richtung Schubert/Schroer und allen anderen oppositionellen Linkskommunisten im Revier bestand demnach darin, dass die *Chemnitzer* die Umstellung der KPD von der Wohngebietsorganisation auf die Betriebszellenorganisation weiter vorantreiben wollten als die ZK-Mehrheit, während die offen oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten diese Umstellung ablehnten.

Der Druck der linkskommunistischen Basis und vieler Funktionäre aus dem Ruhrgebiet war so stark, dass sich Wilhelm Florin im ZK einem Antrag anschloss, dass „Maslow, Ruth Fischer u. a.“ nicht „als Verbrecher, Banditen usw. bezeichnet werden“²³⁶⁹, was Florin ja selbst getan hatte. Der Gewerkschaftsleiter für die KPD im Revier, Schubert, wurde Ende 1928 wegen Differenzen mit Florin abberufen und nach Berlin versetzt²³⁷⁰. Mit der Abberufung Schuberts sollte die *Chemnitzer Linke* im Ruhrgebiet geschwächt werden. Die ultralinke Wende der KPD kam der Chemnitzer Fraktion aber entgegen und führte zu ihrer völligen Integration in die KPD-Zentrale.

²³⁶⁷ Bezirksleitung Ruhrgebiet/Pol.-Leitung, An alle Betriebs- und Straßenzellen, Essen 16.2.1927, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16927, Bl. 4 f.

²³⁶⁸ Vertrauensvotum für das ZK, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 55, Essen 7.3.1927, S. 3, Haus der Geschichte, Essen, Zg. 67.

²³⁶⁹ Vertrauliche Materialien der Informationsabteilung des EKKI über die Oppositionsgruppen im Umkreis der KPD, [Moskau] Mitte September 1927, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 173a, S. 588 f.

²³⁷⁰ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 835 f.

Die *Chemnitzer Linke* im Ruhrgebiet ist bisher von der Historischen Kommunismusforschung nicht beachtet worden. Ihre Existenz bedeutete: Wenn die sog. Schubert-Fraktion durch die ultralinke Wende der KPD ab 1928 voll in die Partei integriert wurde, so zeigt sich an ihrem Beispiel, dass keineswegs alle Fraktionen und jede Opposition in der KPD durch die Parteiführung ausgeschaltet wurden, wovon die Historische Kommunismusforschung unter Hermann Weber ausgeht²³⁷¹. Vielmehr könnte es sich bei der *Chemnitzer Linke* um Paul Bertz um die langlebigste linkskommunistische Fraktion innerhalb der KPD gehandelt haben. Bertz, der im Pariser Exil als Sekretär des ZK der KPD tätig war, behielt seine linkskommunistische Position bei. 1939 sprach er sich gegen den Hitler-Stalin-Pakt aus und 1945 lehnte er die Fusion der KPD mit der SPD zur SED ab²³⁷². Mit der Fortexistenz der *Chemnitzer Linken* ist Hermann Webers Schema der Stalinisierung, das ja auf der Ausschaltung aller Fraktionen außer der in der KPD vorherrschenden Thälmann-Fraktion bis 1928-1929 aufbaut, in Frage gestellt. Vielmehr hat die Fraktion der *Chemnitzer Linken* seit der ultralinken Wende von 1928 in der KPD erheblich an Einfluss gewonnen (vgl. Kapitel 8 Der oppositionelle Linkskommunismus im Ruhrgebiet ab 1928).

Das Auftauchen der *Chemnitzer Linken* / *Schubert-Fraktion* im Ruhrgebiet zeigte zudem, dass die Vorgaben der russischen Delegation in der Komintern nicht nahtlos nachvollzogen wurden, die vor dem 11. KPD-Parteitag in Essen beschlossen hatte, dass der Kampf gegen die „Ultralinken“ in der KPD zur Vorbereitung des Parteitages von oben nach unten umzusetzen sei²³⁷³. Denn mit einem solch massiven Widerstand rechnete die „russische Delegation“ der KI zweifellos nicht.

Am Beispiel der *Chemnitzer Linken* im KPD-Ruhrbezirk wird auch deutlich, dass im unteren Funktionärskörper der KPD-Ruhr und deren Mitgliedschaft jenseits der offen linken und radikalen linken oppositionellen Fraktionen eine starke linke Stimmung fortbestand, die jeweils für die *linkeste legale Strömung in der KPD* stimmte. Waren die oppositionellen Linken um Wilhelm Schwan und die radikal linken Kommunisten geschlagen und ausgeschlossen, dann stimmte man eben für die linke Resolution von Schumann/Schroer. Ähnliches geschah auch in anderen KPD-Bezirken²³⁷⁴. Das heißt

²³⁷¹ Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2007, S. 237.

²³⁷² Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 109 f.

²³⁷³ Geheimbeschluss der russischen Delegation in der Komintern über den Kurswechsel der KPD, Moskau 22.1.1926, in: Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Dok. 164, S. 546 f.

²³⁷⁴ Im Bezirk Niedersachsen ging nach dem Ausschluss von Iwan Katz die Mehrheit seiner in der KPD verbliebenen Anhänger zur Weddinger Opposition über, vgl. Abstimmungen über EKKI-Beschlüsse etc., o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/31, Bl. 127; Am 24.9.1926 trat Hans Weber als Korreferent auf der Kölner Stadtdelegiertenkonferenz auf. Nachdem die Weddinger Opposition vom ZK zerschlagen worden war, stimmten die linken Kölner Kommunisten für die Position der Chemnitzer Linken, vgl. Bezirksleitung Mittelrhein/Pol. Büro, Z.K. der KPD. Sekretariat Pol. Büro Berlin, Köln 18.9.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/20/21, Bl. 14 f.

umgekehrt, dass die offen linkskommunistische Opposition nur so lange die linkskommunistische KPD-Mitgliedschaft repräsentierte, wie sie in der KPD verblieb. Dies zu unterschätzen blieb ein großer Fehler der linken und radikal linken Oppositionellen.

Die 'Atomisierung' half der KPD-Zentrale, die Partei zu beherrschen. Sie verhinderte eine demokratische Debatte, die es ermöglichte, sich auf ganzer Linie gegen die Parteiführung Thälmann-Meyer/Ewert durchzusetzen. Die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft in Betriebszellen und das darauf aufbauende Delegiertensystem konnte jedoch nicht verhindern, dass im KPD-Bezirk Ruhrgebiet die Opposition der *Chemnitzer Linke* stark war. Nur dank der 'Atomisierung' der KPD konnte der minoritäre Fraktionsblock Florin-Ende die Bezirksleitung kontrollieren.

6.6 Die *Weddinger Linke* im KPD-Unterbezirk Bielefeld

Die *Weddinger Opposition* hatte auch in Westdeutschland starken Anhang z. B. im KPD-Bezirk Mittelrhein²³⁷⁵. In Köln hatte eine Reihe von KPD-Funktionären die *Erklärung der Siebenhundert* unterschrieben. Darüber war es zwischen den Sprechern der *Weddinger*, Hans Weber und Wilhelm Kötter, zur Spaltung gekommen. Während die meisten Anhänger mit Hans Weber weiterhin unter dem alten Namen *Weddinger Opposition* bzw. *Weddinger-Pfälzer Opposition* agierten, spaltete sich um Wilhelm Kötter und Arthur Vogt die *Weddinger Linke* ab. Sie verfügte über Stützpunkte in der KPD in Berlin, Leipzig und in Bielefeld, woher Wilhelm Kötter stammte.

Der KPD-Unterbezirk Bielefeld soll vor 1927 zum KPD-Bezirk Ruhrgebiet gehört haben, war dann in den KPD-Bezirk Niedersachsen eingegliedert worden, um 1930 wieder dem Bezirk Ruhrgebiet zugeschlagen zu werden²³⁷⁶. Dass jedoch vor 1927 die linksradikalen Delegierten aus dem UB Bielefeld auf den Bezirksparteitagen 1925 und 1926 der Ruhr-KPD nicht in Erscheinung traten (Reden, Resolutionen, Anträge), um Delegierte aus anderen Unterbezirken im Ruhrgebiet zu beeinflussen, deutet nicht auf eine Integration in den KPD-Bezirk Ruhrgebiet hin. Zwischen 1923 bis 1928 trugen Mitglieder der KPD im UB Bielefeld die *Niedersächsische Arbeiterzeitung* aus, was die Zugehörigkeit zum Bezirk Niedersachsen belegt²³⁷⁷. Die *Weddinger Opposition* war Mitte der 1920er Jahre im KPD-Bezirk Ruhrgebiet nicht vorhanden. Ein parteiinternes Auftreten der *Weddinger Opposition* war im Ruhrgebiet gezielt verhindert worden. Wilhelm Schwan hatte unterbunden, dass der radikale Linkskommunist Hans Weber, der 1925 zwei Wochen lang als Zelleninstrukteur

²³⁷⁵ Die *Weddinger Opposition* hatte Anhang in Köln und Aachen. Protokoll der Sitzung des Zentralkomitees am 16.9.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/1/48, Bl. 38; Hans Schömann, An das Zentralkomitee der K.P.D./Pol. Büro, Köln 6.2.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/20/21, Bl. 18 f.

²³⁷⁶ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 1084.

²³⁷⁷ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Paul Steinmann RW 58/9562a.

im Ruhrgebiet tätig gewesen war, dort vor der 1. Parteikonferenz auf KPD-Versammlungen als Korreferent auftreten konnte²³⁷⁸.

Anfang 1927 war Wilhelm Kötter wieder von Berlin nach Bielefeld zurückgekehrt. Die Organisations-Abteilung des Sekretariats des ZK der KPD warnte daraufhin die Leitung des KPD-Bezirktes Niedersachsen, Wilhelm Kötter zum Sekretär des Unterbezirks in Bielefeld wählen zu lassen. Zwar stünde statuarisch der UBL dieses Recht zu, aber ein Vertreter des ZK der KPD habe sich bereits auf einer Bielefelder Delegiertenkonferenz gegen die Wahl Kötters ausgesprochen. Kötter habe in Berlin-Brandenburg einen „hemmungslosen Kampf gegen die Komintern, das ZK und die B.L. Berlin-Brandenburg geführt“. Seine Fraktionstätigkeit sei direkt parteizersetzend und parteischädigend gewesen. Kötter habe dabei die Ansicht vertreten, dass es gegenüber der verräterischen Politik des ZK Zeit sei, „die Waffen zu putzen“. Auf dem letzten Berlin-Brandenburger Bezirksparteitag habe Kötter für die Resolution „der konterrevolutionären Gruppe Maslow-Urbahns“ gestimmt. Das sei charakter- und prinzipienlos gewesen. In Bielefeld habe Kötter zwar schriftlich erklärt, die amtierende UB-Leitung zu unterstützen. In Wirklichkeit habe er aber eine stille und geschickte Fraktionsarbeit betrieben und auf der letzten UB-Konferenz – wo am 7.8.1927 die alte UB-Leitung abgewählt worden war – seine Fraktion organisiert. Seine Erklärung gegenüber den ZK-Vertretern Dahlem und Dengel, dass er in prinzipiellen Fragen mit der Politik des ZK einverstanden sei, sei nicht maßgebend. Das ZK habe nichts gegen oppositionelle Genossen wie im Wedding einzuwenden, die das Vertrauen der Mitgliedschaft genießen würden und Funktionen übernähmen, aber warne noch einmal davor, Kötter eine leitende Funktion zu geben. Notfalls müsse das ZK gegen Kötter an die Ortsgruppen und Zellen im UB-Bielefeld appellieren²³⁷⁹. Das war eine verlogene Argumentation, hatte sich doch das ZK um Thälmann während der Publikation der *Erklärung der Siebenhundert* auf Kötter gegen Weber zu stützen versucht. Einmal mehr wurde eingestanden, dass von der Bezirksleitung Ruhrgebiet der Appell an die Betriebszellen als gutes Mittel betrachtet wurde, die Wahlrechte von linken Oppositionellen zu beschneiden und sie kalt zu stellen. Ende 1928 wurde Wilhelm Kötter der KPD-Bezirksleitung Ruhr zur Verfügung gestellt und nach Duisburg beordert²³⁸⁰. Ob Kötter dort die starken moderaten Kommunisten unter Oskar Triebel bekämpfen oder nur aus Bielefeld entfernt werden sollte, ist nicht klar – wahrscheinlich beides. Die Warnungen vor Kötter scheinen aber nicht viel geholfen zu haben. Zurück in Bielefeld wurde er zum

²³⁷⁸ Memorandum über die Vorbereitung der Reichskonferenz und die Wahl der Delegierten (Vorgelegt von den Genossen Scholem und Weber), in: [Protokoll der 1.] Reichskonferenz der KPD, [Berlin] 31.10.1925, SAPMO Berlin, RY 1/I 1/1/24, S. 49 b.

²³⁷⁹ Zentralkomitee der KPD/Sekretariat (Orgabteilung), An die Unterbezirksleitung der KPD-Bielefeld über die Bezirksleitung der KPD-Niedersachsen/Hannover, Berlin 12.8.1927, SAPMO Berlin, RY 1/I 2/4/64.

²³⁸⁰ [Bezirksleitung KPD Ruhrgebiet], Protokoll der Bezirksleitungssitzung vom 29.12.1928, [Essen Dezember 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 43.

Sekretär des Unterbezirks gewählt²³⁸¹. Dass es Kötter trotz der Betriebszellenstruktur schaffte, sich im Unterbezirk Bielefeld gegenüber der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet durchzusetzen, lag an seinem enormen Prestige bei den KPD-Mitgliedern und seiner Vergangenheit vor Ort. Kötter war 1923 mit einundzwanzig Jahren und 1925 Leiter des KPD-Unterbezirks Bielefeld gewesen. In der KPD in Berlin-Wedding wurde er 1926 mit vierundzwanzig Jahren nach wenigen Monaten ein Sprecher der radikal linken Opposition. Keine Betriebszellenstruktur konnte die Wirkung von Kötter bändigen. Anfang 1930, nachdem der Unterbezirk Bielefeld in den Bezirk Ruhrgebiet eingegliedert worden war, wurde Wilhelm Kötter von der KPD-Bezirksleitung als UB-Sekretär in Bielefeld abgesetzt und gezwungen, seine Funktionen niederzulegen. Kötter wurde von der BL Ruhr politischer Opportunismus und persönliche Eitelkeit vorgeworfen. Die Politik der KPD in Bielefeld unter der Leitung Kötters widerspreche den Beschlüssen des VI. Weltkongresses und des 12. KPD-Parteitages. Dagegen sei die „bolschewistische Generallinie zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse“ durchzusetzen, wobei die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Gegenoffensive organisiere. Als Kötter für drei Monate nach Essen versetzt werden sollte, erhob sich ein Sturm der Entrüstung in der Bielefelder KPD. Oppositionelle Funktionäre um Koch und Sievert legten aus Protest ihre Mandate und Funktionen nieder. Die sozialdemokratische Presse berichtete über die Auseinandersetzungen in der KPD, bei der sie sich auf ein Fraktionsrundschreiben der Kötter-Gruppe berief. Das sah die KPD-Bezirksleitung „als verbrecherischen Anschlag gegen die Partei im U.B. Bielefeld“ an, erklärte Kötter zum „offenen Parteifeind“²³⁸² und schloss ihn aus. Nach Hermann Weber soll Kötter nicht mehr politisch hervorgetreten sein²³⁸³. Nach Bois erkaufte die KPD sein Stillhalten mit einer Hauptamtlichenstelle²³⁸⁴. Auch nach Schafranek löste sich die Kötter-Fraktion nach der „Wiederaufnahme“ in die KPD auf²³⁸⁵. Doch die „Kötter-Gruppe“ um Wilhelm Kötter und Paul Heidemann, der während der Zeit von Kötter in Berlin der Sprecher der *Weddinger Linken* in Bielefeld und für Niedersachsen war²³⁸⁶, war bis zur Zerschlagung der Arbeiterbewegung 1933 aktiv. Bis Mitte 1936 gab es in Bielefeld einen illegalen Zusammenhalt von ehemaligen Mitgliedern der *Weddinger Linken* um Paul Heidemann²³⁸⁷.

²³⁸¹ Unterbezirksleitung Bielefeld/ Bezirksleitung Ruhrgebiet, An die Parteimitgliedschaft des Unterbezirks Bielefeld, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/22, Bl. 23 f.

²³⁸² Unterbezirksleitung Bielefeld/ Bezirksleitung Ruhrgebiet, An die Parteimitgliedschaft des Unterbezirks Bielefeld, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/22, Bl. 23 f.

²³⁸³ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 478 f.

²³⁸⁴ Bois, *Die linke Opposition*, S. 298.

²³⁸⁵ Schafranek, Kurt Landau, S. 193.

²³⁸⁶ *Weddinger Opposition/Jaedicke* (6. Bezirk), Vogt (Leipzig), Heidemann (Niedersachsen), Kötter (Wedding), Gebauer (18. Bezirk), Schönert (7. Bezirk), *Liebe Freunde!*, Berlin 19.9.1926, in: *Die Aktion*, 16. Jg., Nr. 9, Berlin Ende September 1926, S. 224, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 808.

²³⁸⁷ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Paul Steinmann RW 58/9562a.

7.0 Oppositionelle linke Kommunisten als Sprecher der KPD vor Ort

Es wurde bereits festgestellt, dass im Ruhrgebiet der 1920er Jahre unter 'Avantgarde' die Bewegung der Unionen bzw. die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* zu verstehen war. Daran angelehnt soll hier der Fragestellung nachgegangen werden, an die Kurt G. P. SCHUSTER in seiner Arbeit über die im Ruhrgebiet starke linkskommunistische Opposition im *Roten Frontkämpferbund (RFB)* heranführt, nämlich welchen Typus von Aktivisten führende linkskommunistische Oppositionelle im KPD-Bezirk Ruhr verkörperten²³⁸⁸, die von der KPD-Bezirksleitung mit Hilfe der 'Atomisierung' ausgeschaltet wurden. Dies soll an den Beispielen Hans Körbs in Ickern, Erwin Josef Restetzki in Buer, Johann Triebeck in Wattenscheid und Josef Schmitz in Bocholt untersucht werden.

Johann Triebeck wurde am 31.7.1883²³⁸⁹, Josef Schmitz am 5.4.1885²³⁹⁰, Erwin Josef Restetzki am 17.7.1893 und Hans Körbs am 26.3.1902²³⁹¹ geboren. Sie gehörten unterschiedlichen Altersgruppen an. Die älteren Triebeck und Schmitz waren schon vor dem Ersten Weltkrieg in der Arbeiterbewegung tätig. Triebeck arbeitete als Bergmann. Körbs kann auch Angestellter im Bergbau gewesen sein. Josef Schmitz hatte das Weberhandwerk erlernt und gab später seinen Beruf mit „Metallarbeiter“ an²³⁹². Erwin Restetzki war Schlosser und arbeitete in diesem Beruf im Bergbau. Körbs, Triebeck und Schmitz waren in Kleinstädten, Restetzki in einer Mittelstadt politisch aktiv.

Der Erste Weltkrieg führte bei allen Vieren zu einer politischen Umorientierung. Johann Triebeck schloss sich der USPD an. Nach eigenem Bekenntnis war er auch Mitglied des *Spartakusbundes*²³⁹³. Erwin Restetzki lebte 1918 in Danzig, wo er den *Spartakusbund* mitbegründete²³⁹⁴. Josef Schmitz diente im Ersten Weltkrieg in der Eliteeinheit Gardereserveregiment. Nach seiner Genesung von einer Verwundung bildete er in Berlin Rekruten aus. Über dem ihm bekannten früheren SPD-Vorsitzenden Hugo Haase lernte er Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht kennen, in deren Auftrag er Antikriegspropaganda unter Soldaten verbreitete. Wegen Meuterei wurde Schmitz im März 1917 zu drei Jahren

²³⁸⁸ Schuster, Rote Frontkämpferbund, S. 272.

²³⁸⁹ Standesamt Wattenscheid, 444, 58, Wattenscheid 19.7.1958.

²³⁹⁰ Niebur, Mein ganzes Leben, S. 33.

²³⁹¹ Karteikarte Restetzki, Einwohnermeldekartei, Stadtarchiv Dortmund; Hans Körbs, in: digitales Archiv ITS Bad Arolsen, Teilbestände 1.1.38.1, Dokument ID 4093985 und 1.2.2.1, Dokument ID 11683820.

²³⁹² Niebur, Mein ganzes Leben, S. 33; Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Josef Schmitz RW 58/13988.

²³⁹³ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²³⁹⁴ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 273; Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof Anklageschrift gegen Karl Jonschker, Berlin 8.6.1936, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45 (Texte und Materialien für Zeitgeschichte, Bd. 7), München 1998, S. 6, Mikrofiche-Archiv Universität Duisburg D98/LPF 1878, MF 0463.

Festungshaft verurteilt²³⁹⁵. Zum Ende des Ersten Weltkrieges wurde er Mitglied des *Spartakusbundes* und ab 1919 der USPD²³⁹⁶. In der Novemberrevolution gehörte er zum Arbeiter- und Soldatenrat erst in Leipzig, dann in Bocholt²³⁹⁷. Johann Triebeck vertrat Anfang Dezember 1918 den Arbeiter- und Soldatenrat Wattenscheids bei den vereinigten Arbeiter- und Soldatenräten des Landkreises Gelsenkirchen²³⁹⁸. Das Schema, wonach die meisten Aktivisten, die später zum moderaten Flügel in der KPD gehörten, ursprünglich vom *Spartakusbund* kamen, während diejenigen, welche aus der USPD kamen, sich überwiegend auf dem linken oder radikal linken Flügel der KPD wiederfanden²³⁹⁹, trifft auf Triebeck, Schmitz und Restetzki nicht zu. Triebeck und Schmitz waren im *Spartakusbund* und in der USPD, Restetzki im *Spartakusbund* aktiv.

Welche Radikalisierungsprozesse fanden in Ickern, Wattenscheid, Buer und Bocholt statt, dass dort Hans Körbs, Johann Triebeck, Erwin Josef Restetzki und Josef Schmitz zu führenden Funktionären der KPD und zu Sprechern des revolutionären Flügels der Arbeiterbewegung am Ort werden konnten?

7.1 Ickern

Die Bergarbeitergemeinde Ickern hatte 1925 nur 13.435 Einwohner²⁴⁰⁰. 1926 wurde Ickern mit acht weiteren Gemeinden und der Stadt Castrop zu Castrop-Rauxel verschmolzen, womit die neue Stadt auf ca. 55.000 Einwohner kam. Die Gemeinden lagen weit auseinander. Größte Arbeitgeber waren acht Zechen. Daneben hatte die Chemieindustrie Bedeutung²⁴⁰¹.

Neben der Bergarbeitergemeinde Ickern lag Castrop, wo sich während der Novemberrevolution 1918 ein Arbeiter- und Soldatenrat bildete, in dem die SPD dominierte²⁴⁰². Bei den Wahlen 1919 zur Nationalversammlung, zur preußischen Landesversammlung und zu den Gemeinderäten wurde in den noch eigenständigen Städtchen Castrop und Rauxel das katholische Zentrum zur stärksten Partei, gefolgt von der SPD. Die USPD blieb bedeutungslos. Während des Kapp-Putsches im März 1920 kam es im angrenzenden Dortmund zu Kämpfen. In Castrop wurde der Generalstreik ausgerufen. Auf dem Marktplatz fand eine große Kundgebung der Arbeiterschaft statt. Die

²³⁹⁵ Niebur, Mein ganzes Leben, S. 33.

²³⁹⁶ Schmitz, Josef, Verfolgungsvorgang, Bocholt 24.2.1954, Stadtarchiv Bocholt.

²³⁹⁷ Niebur, Mein ganzes Leben, S. 33; Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Josef (Jup) Schmitz an Adolf Ehlers (Bremen), Bocholt, 26.10.1948, in: Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 126.

²³⁹⁸ Die vereinigten Arbeiter- und Soldatenräte des Landkreises Gelsenkirchen, Aufruf an die gesamte Bevölkerung, Wanne-Eickel/Stadt und Amt Wattenscheid 4.12.1918, in: Kozicki, Norbert, „Der Kaiser ist weg!“. Die Novemberrevolution in den Ämtern Wanne, Eickel, Herne und Sodingen, Herne 1988, S. 25.

²³⁹⁹ □ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 24 f.

²⁴⁰⁰ Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 12.

²⁴⁰¹ Verwaltungsbericht der Stadt Castrop-Rauxel 1.4.1926-31.12.1927 mit Eingemeindungsdenkschriften, Stadt Castrop-Rauxel, Archiv, Nr. BI. 6, S. 5 f.

²⁴⁰² Spethmann, Aufstand, S. 184.

örtliche Verwaltung erklärte, hinter der rechtmäßigen Regierung zu stehen. Am 17. März 1920 kamen bewaffnete Arbeiter aus Dortmund nach Castrop. Es bildete sich ein Arbeiterrat aus Vertretern der SPD, USPD, KPD, christlichen und polnischen Gewerkschaftern. Die bürgerliche Einwohnerwehr wurde entwaffnet. Was radikal erscheint, war eher gemäßigt. Der Arbeiterrat wurde von den örtlichen Gewerkschaftsführern geleitet und war vom Magistrat anerkannt. Die Castroper Arbeiterschaft soll sich nicht an Aufstandsversuchen beteiligt haben²⁴⁰³.

Anders verlief die Entwicklung im benachbarten Ickern. Bei dem Bergarbeiterstreik im Dezember 1918, als im westlichen Ruhrgebiet 28.000 Bergleute die Arbeit niederlegten, schlossen sich im östlichen Ruhrgebiet allein die Kumpel der Zeche *Ickern* an²⁴⁰⁴. Radikaler als der von Castrop trat der Arbeiter- und Soldatenrat von Ickern auf, der die Einwohner unter Androhung der Erschießung aufforderte, alle Waffen abzugeben. Auch im Januar 1919 wurde auf Zeche *Ickern* gestreikt²⁴⁰⁵. Einen Tag nach dem Kapp-Putsch 1920 bildete die KPD in Ickern bewaffnete Arbeiter-Formationen und war damit früher als in den meisten anderen Städten des Ruhrgebiets am Aufbau der *Roten Ruhrarmee* beteiligt. Während es in Castrop und Rauxel zu keinen Kampfhandlungen gegen die einmarschierende Reichswehr kam, wurde ihr in Ickern mit bewaffnetem Widerstand begegnet. Entsprechend unterschiedlich entwickelten sich die parteipolitischen Verhältnisse: Bei den Reichstagswahlen im Juni 1920 blieb in Castrop und Rauxel das katholische Zentrum stärkste Partei, gefolgt von der SPD. An dritter Stelle stand in Castrop die Partei der polnischen Bevölkerung, in Rauxel die DVP. Aber in Ickern wurde die USPD zur stärksten Kraft. Die politische Spaltung zwischen dem gemäßigten Castrop bzw. Rauxel und dem radikalen Ickern setzte sich auch bei der Ruhrbesetzung 1923 fort. Als am 11.1.1923 französische und belgische Truppen im Ruhrgebiet einmarschierten, fand in Castrop eine patriotische Kundgebung gegen die Invasion statt. Am 15. Januar besetzten französische Einheiten die Stadt. Der von der Reichsregierung Cuno angeleitete passive Widerstand gegen die Reparationslieferungen wurde von der deutschen, nicht aber von der polnischen Bevölkerung befolgt. Bei Castrop wurde der Rhein-Herne-Kanal von Nationalisten gesprengt, der in die Emscher auslief und nicht mehr benutzbar war. Französische Truppen besetzten in Castrop, Rauxel und Ickern mehrere Zechen. Ende September 1923 verkündete die Reichsregierung das Ende des „passiven Widerstands“ aus Angst vor einer weiteren Radikalisierung der Arbeiterschaft.

Die Bergarbeiter, durch die Hyperinflation verarmt, setzten den Kampf fort, der sich gegen die „Zechenbarone“ richtete. Die Kumpel der Zeche *Friedrich der Große* an der Ostgrenze

²⁴⁰³ Scholz, Dietmar, Von der 'Freyheit' zur 'Europastadt'. Eine Geschichte der Stadt Castrop-Rauxel, Stuttgart 1996, S. 165 f. (im Folgenden zitiert: Scholz, Castrop-Rauxel, Seite).

²⁴⁰⁴ Winkler, Revolution, S. 165.

²⁴⁰⁵ Spethmann, Aufstand, S. 184.

Hernes stellten im August 1924 einen Galgen auf dem Zechengelände auf, weil sie den Besitzern der Bergwerke den Tod wünschten. Der Galgen als Symbol des Hasses gegen Grubenbesitzer und Bergwerksbeamte tauchte bald auf vielen Zechen auf. Unter den Bergarbeitern auf dem Schacht *Friedrich der Große* tat sich Hans Körbs aus Ickern hervor²⁴⁰⁶. Im Mai 1924 nahmen an zwei Belegschaftsversammlungen 6.000 Bergarbeiter teil. Dabei wurde der Vertreter des *Christlichen Bergarbeiterverbandes*, Hohmann, während seiner Rede, die sich gegen die KPD und die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* richtete, am Weitersprechen gehindert und von der Versammlung entfernt²⁴⁰⁷. Ein halbes Jahr später hielt Hans Körbs täglich Belegschaftsversammlungen ab und zog anschließend mit der „aufgeputzten Menge“ vor andere Zechen oder vor die Zechenverwaltung. Ein Marsch mit über eintausend Bergleuten nach Castrop wurde von französischen Truppen und deutscher Polizei auseinander getrieben. Als im Oktober 1924 mehrere Bergwerke von den französischen Besatzern an die Eigentümer zurückgegeben wurden, wurden die Bergarbeiter mit massiven Entlassungen konfrontiert. Sie reagierten daraufhin in Ickern und der angrenzenden Gemeinde Habinghorst mit Kundgebungen²⁴⁰⁸. Hans Körbs war ein hervorragender Redner²⁴⁰⁹. Der Radikalismus, der ihn auf der Zeche *Friedrich der Große* geprägt und zum Sprecher der Kumpel gemacht hatte, traf an seinem Wohnort auf den Radikalismus der Ickerner Bergarbeiterbewegung. Dort war es auf dem radikalen Flügel frühzeitig zu politischen Brüchen gekommen. Von den fünf führenden Repräsentanten des Ickerner Arbeiter- und Soldatenrates im Januar 1919 fand sich sieben Jahre später niemand unter den Kandidaten der beiden kommunistischen Listen zu den Kommunalwahlen²⁴¹⁰. Auch das machte den Weg für Hans Körbs frei. Als ein Repräsentant der Avantgarde wurde er zum lokalen Arbeiterführer und zum Leiter der KPD in Ickern, für die er bis 1926 im Stadtrat saß²⁴¹¹.

Nach der Auflösung der Ortsgruppe Ickern der KPD im April 1926 durch die KPD-Zentrale²⁴¹² nicht nur wegen Oppositionstätigkeit, sondern vor allem wegen des brutalen Überfalls auf Vertreter der KPD-Bezirksleitung, die zur Diskussion nach Ickern angereist

²⁴⁰⁶ Scholz, Castrop-Rauxel, S. 175 f.

²⁴⁰⁷ Telegramme an das kämpfende Ruhrproletariat, Nr. 3, Hamm 15.5.1924, in: LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16961, Bl. 89.

²⁴⁰⁸ Scholz, Castrop-Rauxel, S. 204 f.

²⁴⁰⁹ Dafür sprechen vor allem seine Rolle bei den Kundgebungen der Bergarbeiter, seine Auftritte auf einer Düsseldorfer Versammlung der Erwerbslosen am 15.8.1926 oder auf dem 1. Mai 1930 in Castrop-Rauxel, wie auch seine späteren Reden im Stadtrat, die die aller anderen KPD-Stadtverordneten in den Schatten stellten, vgl. Die KPD, das 'Lumpenproletariat' und die Erwerbslosenkonferenz in Düsseldorf, in: Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, 1. Jg., Nr. 13/14, Berlin Mitte August 1926, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560a; Stenographische Niederschriften der Stadtverordneten-Versammlungen der Stadt Castrop-Rauxel vom 16. Januar 1930 bis 19. Januar 1933, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Nr. B II. 16, S. 24 f. u. S. 57 f.

²⁴¹⁰ Spethmann, Aufstand, S. 184.

²⁴¹¹ Protokollbuch der Gemeindevertretung Ickern, Anwesenheitsliste vom 26.2.1926, Stadtarchiv Castrop-Rauxel.

²⁴¹² Die Bezirksleitung, Protokoll der Bezirksleitungs-Sitzung am 12. April 1926, [Essen] 15.4.1926, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/7, Bl. 13.

waren, befand sich die Mehrheit der über einhundert Mitglieder zählenden Ortsgruppe²⁴¹³ außerhalb der Kommunistischen Partei. Die Betriebszellen in der KPD-Ickern hatten nicht verhindern können, dass die Parteileitung vor Ort sich nur auf eine kleine Minderheit der KPD-Mitglieder stützen konnte.

Den Einfluss der Opposition sollte die Kommunalwahl bestätigen²⁴¹⁴. Die Kommunistische Partei hatte fünfundzwanzig, die „KPD links“ zweiunddreißig Kandidaten aufgestellt. Von der „KPD (linker Flügel)“ kamen aus dem linksradikalen Ickern neunzehn Personen, von der offiziellen KPD-Liste sechs von fünfundzwanzig, bei der SPD zehn von zweiundvierzig und beim Zentrum vier von vierundvierzig. Für die „KPD (linker Flügel)“ kandidierten neunzehn Bergarbeiter, bei der KPD waren es sechzehn, bei der SPD und beim Zentrum je dreizehn. Hans Körbs stand nicht auf der Liste der „KPD (linker Flügel)“. Ihr Spitzenkandidat Fritz Weigel starb noch vor Antritt seines Mandats durch einen Unfall. Für ihn gelangte der Schneider Wilhelm Sliwik als Vertreter der radikalen Linkskommunisten in den Stadtrat²⁴¹⁵. Alle Kandidaten der *KPD (linker Flügel)* und auch die der KPD waren Arbeiter bzw. deren Ehefrauen. Waren bei den Linkskommunisten 59,4 Prozent der Kandidaten Bergarbeiter, so waren es bei der KPD 64 %, bei der SPD 30,9 % und beim katholischen Zentrum 29,5 %. Damit waren sowohl die KPD-Linke wie auch die KPD politisch tief in der stärksten Berufsgruppe verankert. Allerdings stützte sich die KPD mehr auf die politisch gemäßigten Orte Castrop und Rauxel (76 %), während sie im radikalen Ickern relativ wenige Kandidaten finden konnte (24 %). Bei der *KPD (linker Flügel)* war es umgekehrt: 59,4 % der Kandidaten kamen aus dem radikalen Ickern, 40,6 % aus den gemäßigten Castrop und Rauxel. Bei der SPD stammten nur 23,8 % ihrer Kandidaten aus Ickern und drei Viertel aus den gemäßigten Stadtteilen Castrop und Rauxel. Während also die *KPD (linker Flügel)* ihre Basis bei den radikalen Bergarbeitern aus Ickern hatte, fand die offizielle KPD ihre Basis, ähnlich wie die SPD, unter den nicht ganz so radikalen Bergarbeitern aus anderen Stadtteilen²⁴¹⁶.

Solange Hans Körbs der Radikalität seiner Anhänger entsprechenden Ausdruck gab, standen sie hinter ihm. Sie waren aber nicht einfach seine willigen Gefolgsleute. Die erste Spaltung fand statt, als Sliwik zur KAPD ging, Körbs dagegen auftrat. Wie bereits erwähnt gründete Körbs die *Linke Arbeiteropposition der KPD. Ruhrgebiet*. Nach der ultralinken Wendung der KPD-Politik im Jahr 1928 kehrten die radikal linken Oppositionellen in Ickern um Hans Körbs und Leo Niemczyk zur KPD zurück. Während Körbs im November

²⁴¹³ Resolution Bartels-Grylewicz zur Lage in Deutschland und zu den Aufgaben der Partei, in: Urbahns, Hugo (Hrsg.), Mitteilungsblatt (Linke Opposition der KPD), Nr. 7, Berlin 15.3.27, S. 9, Privataarchiv Berens.

²⁴¹⁴ Verwaltungsbericht der Stadt Castrop-Rauxel 1.4.1926-31.12.1927 mit Eingemeindungsdenkschriften, S. 21, Stadt Castrop-Rauxel Archiv B I. 6.

²⁴¹⁵ Bekanntmachung (des Wahlausschusses Castrop-Rauxel), in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 52. Jg., Nr. 103, Castrop-Rauxel 4.5.1926, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

²⁴¹⁶ Bekanntmachung (des Wahlausschusses Castrop-Rauxel), in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 52. Jg., Nr. 103, Castrop-Rauxel 4.5.1926, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

1929 nur auf Platz acht der KPD-Liste zu den Kommunalwahlen stand, gelangte Niemczyk auf Platz eins. Das war eine geschickte Taktik der KPD, um frühere oppositionelle radikal linke Kommunisten wieder auf ihre Seite zu ziehen²⁴¹⁷. Der Einfluss von Körbs und den Übergetretenen war so groß, dass nach ihrer Rückkehr die KPD ihr Wahlergebnis in Ickern verdoppeln konnte. Statt bisher vier stellte die KPD nun sieben Stadtverordnete. Die radikalen Linkskommunisten außerhalb der KPD bestanden als Gruppe weiter, doch ihr Einfluss sank. Wenn die KPD den Wiedereintritt des früheren Parteifeindes Körbs gestattete und ihn auf Platz acht ihrer Liste zu den Kommunalwahlen 1929 aufstellte, zeigte das, dass sie den Einfluss von Körbs auf das radikale Bergarbeitermilieu in Ickern entsprechend hoch einschätzte und dieses Milieu wieder in die KPD reintegrieren wollte. Auch ohne Hans Körbs blieben Teile der früheren Mitgliedschaft der KPD-Ickern radikal linksoppositionell eingestellt, wie u. a. das Auftreten von Sliwik belegte. Hans Körbs rückte am 13. März 1930 in den Stadtrat nach²⁴¹⁸. Nach dem Zweiten Weltkrieg siedelte er in den Raum Hannover über, während Leo Niemczyk in der KPD in Castrop-Rauxel tätig wurde²⁴¹⁹.

7.2 Wattenscheid

1905 arbeiteten auf sieben Zechen im Raum Gelsenkirchen-Wattenscheid 16.482 Bergarbeiter²⁴²⁰. 1910 wohnten im zwischen Bochum und Gelsenkirchen gelegenen Wattenscheid 30.000 Einwohner²⁴²¹. Deren Zahl blieb bis Mitte der 1920er Jahre nahezu gleich²⁴²². 90 Prozent der Bevölkerung gehörten zur Arbeiterschaft²⁴²³. Symbol der Bergbaustadt war die Zeche *Holland*, die direkt neben dem Stadtzentrum lag. Johannes Triebeck wurde zuerst Lehrhauer, dann qualifizierter Bergarbeiter²⁴²⁴. 1906 trat er mit

²⁴¹⁷ Bekanntmachung (des Wahlausschusses Castrop-Rauxel), in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 52. Jg., Nr. 103, Castrop-Rauxel 4.5.1926, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv; Amtliche Bekanntmachung der Stadt Castrop-Rauxel, in: Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, 55. Jg., Nr. 302, Castrop-Rauxel 6.11.1929, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv.

²⁴¹⁸ Sitzung des Stadtverordneten-Kollegiums vom 13. März 1930, in: Stenographische Niederschriften der StadtverordnetenVersammlungen der Stadt Castrop Rauxel vom 16. Januar 1930 bis 19. Januar 1933, Castrop-Rauxel 31.5.1930, Stadt Castrop-Rauxel Archiv, B II 16.

²⁴¹⁹ Telefonisches Interview mit Frau Körbs, Ickern 21.2.2007; Scholz, Dietmar, Castrop-Rauxel unter britischer Besatzung 1945-1949, in: Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 96/97, Dortmund 2005/2006, S. 346. Ob es sich bei dem Umzug von Körbs um eine gezielte Umsetzung der KPD handelte, um einen potenziellen Oppositionsführer von seiner sozialen Basis zu trennen, ist möglich. Dies geschah z. B. bei dem früheren Trotzlisten Kleine-Beck aus Dinslaken, der nach Bremen versetzt wurde, vgl. Interview mit Heinz Lukrawka, Duisburg 3.2.1997.

²⁴²⁰ Stadt Wattenscheid. Adressbuch und Geschäfts-Anzeiger, Wattenscheid 1907, S. 23.

²⁴²¹ Ueberhorst, Wattenscheid, S. 29; Telefonische Nachfrage bei Frau Körbs, der Schwiegertochter von Hans Körbs, Ickern, 26.2.2007.

²⁴²² Im Juni 1925 zählte Wattenscheid 30.489 Einwohner, in: Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 13.

²⁴²³ Verwaltungsbericht der Stadt Wattenscheid, Wattenscheid 1928, S. 13, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 34 f.

²⁴²⁴ Stadt Wattenscheid. Adressbuch und Geschäfts-Anzeiger, Wattenscheid 1907, S. 130.

dreiundzwanzig Jahren in die SPD ein und war seitdem gewerkschaftlich organisiert²⁴²⁵. 1907 zählte er zum Kreis des Vorstandes und Vorturner des sozialdemokratischen „Arbeiter-Turnvereins“ (ATV)²⁴²⁶, dem 1913 rund 160 Mitglieder angehörten. Von den bürgerlichen Parteien wurde der ATV ausgegrenzt²⁴²⁷. Triebeck könnte von dem linken Sozialdemokraten Otto Rühle beeinflusst worden sein, der vor dem Ersten Weltkrieg jahrelang die sozialdemokratische Bildungsarbeit im Landkreis Gelsenkirchen, wozu damals auch die SPD in Wattenscheid gehörte, gestaltet hatte²⁴²⁸.



40 Vorstand und Vorturner des ATV »Jahn« 1907. Im Vordergrund rechts liegend Johann Triebeck

2429

In der Arbeiterstadt Wattenscheid hatte vor dem Ersten Weltkrieg das monarchistisch gesinnte Bürgertum eine herausgehobene Stellung. Unter den zahllosen Vereinen waren die Lotterievereine und Kriegervereine am stärksten vertreten²⁴³⁰. Den zwölf Kriegervereinen gehörten 1.342 Mitglieder an. Zeitgleich mit patriotischen Demonstrationen kam es zu Beginn des Ersten Weltkriegs zu starken Engpässen und Preissteigerungen bei Lebensmitteln²⁴³¹. Den Bergarbeitern wurden wöchentlich zwei Sonderschichten, auch an

²⁴²⁵ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁴²⁶ Ueberhorst, Wattenscheid, S. 237.

²⁴²⁷ Ebd., S. 40.

²⁴²⁸ Kozicki, Norbert, „Der Kaiser ist weg!“. Die Novemberrevolution in den Ämtern Wanne, Eickel, Herne und Sodingen, Herne 1988, S. 26. Ähnlichen Einfluss könnte Rühle auf Gustav Sobottka aus Eickel gehabt haben.

²⁴²⁹ Bild Johann Triebeck, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 237.

²⁴³⁰ Stadt Wattenscheid. Adressbuch und Geschäfts-Anzeiger, Wattenscheid 1907, S. 130.

²⁴³¹ Ueberhorst, Wattenscheid, S. 38 f.

Weihnachten und Sonntagen, abverlangt. Obwohl es an Steinkohle wegen der zu geringen Fördermengen mangelte, wurden ab 1915 Bergarbeiter zu den Streitkräften einberufen. Als sich die Versorgungslage in den Kriegsjahren verschlimmerte, forderten Wattenscheider Bergleute Anfang 1915 höhere Brotrationen. Ende 1915 lagen ihre Löhne unter dem Niveau von 1913²⁴³². Während das Wattenscheider Bürgertum in den Jahren 1917-1918 Patriotismus zeigte und die Fortsetzung des Krieges unterstützte, verschlimmerte sich die Ernährungslage der arbeitenden Bevölkerung dramatisch²⁴³³.

Die Wattenscheider SPD unterstützte bis zum September 1916 den Burgfrieden mit der Monarchie. Im August 1916 warnten die vier gemäßigten Gewerkschaftsverbände die Bergleute davor, sich an Streiks zu beteiligen²⁴³⁴. Gegen die Politik des Burgfriedens bildete sich in der SPD eine Opposition um den Bergarbeiter Josef Nutt und den Kaufmann Friedrich Embruch, die die USPD in Wattenscheid gründeten. Eine weitere USPD-Gruppe entstand um den Bergmann Karl Becker im benachbarten Günnigfeld²⁴³⁵. Im Mai 1917 wurde ein USPD-Bezirk im Raum Bochum-Gelsenkirchen gegründet, wozu auch Wattenscheid gehörte²⁴³⁶. Im November 1918 bildete sich in Wattenscheid ein Arbeiterrat, dem sieben USPD- und sechs SPD-Mitglieder angehörten. Daneben existierte ein fünfköpfiger Soldatenrat²⁴³⁷.

Im Januar 1919 kandidierte die USPD in Wattenscheid zu den Kommunalwahlen. In ihrem Wahlprogramm forderte sie die Acht-Stunden-Schicht, preiswerte Lebensmittel, Hilfen für Kriegerwitwen und Kriegsbeschädigte, eine Einheitsschule, menschenwürdige Löhne, Gleichbehandlung der Arbeiter bei Behörden, Wohnungsbau für die Arbeiterschaft, bessere Beleuchtung, völlige Sonntagsruhe und städtische Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen²⁴³⁸. Die Unabhängigen Sozialdemokraten versuchten dringende Bedürfnisse der Bevölkerung anzusprechen. Revolutionär war ihr Wahlprogramm nicht. Kommunalpolitisch dürften sich die USPD kaum von der SPD unterschieden haben. Die „Liste Nutt“ erhielt 835 Stimmen gegenüber 4.312 Stimmen, die für den Wahlvorschlag der SPD abgegeben wurden. Die Liste der katholischen Zentrumsparterie bekam 2.763 und die der *Deutschen Volkspartei* 1.150 Stimmen. Selbst die *Polenpartei* zählte mehr Stimmen als die USPD. So zogen nur

²⁴³² Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 18.11.1915, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 55 f.
²⁴³³ Ebd., S. 59 f.

²⁴³⁴ Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 24.8.1916, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 56.

²⁴³⁵ Wahlvorschlag Josef Nutt, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 51. Jg., Nr. 42, Zweites Blatt, Wattenscheid 19.2.1919, S. 1 f., Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴³⁶ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 189 f.

²⁴³⁷ Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 11.11.1918, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 72.

²⁴³⁸ Was fordert die Unabhängige Sozialdemokratische Partei vom neuen Stadtparlament?, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 51. Jg., Nr. 42, Erstes Blatt, Wattenscheid 19.2.1919, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

Josef Nutt und Friedrich Embruch für die USPD in den Stadtrat ein, während die SPD elf Stadträte stellte²⁴³⁹. Auf Platz 7 der USPD-Liste hatte Johann Triebeck kandidiert²⁴⁴⁰.

Die parteipolitischen Differenzierungen verbanden sich mit frühen Radikalisierungsprozessen. Die kämpferische Tradition der Kumpel auf der Zeche *Holland*, wo Triebeck zeitweise arbeitete, reichte bis ins Jahr 1902 zurück²⁴⁴¹. Hinzu kamen die heftigen Klassenkämpfe 1918, 1919 und während des Kapp-Putsches 1920, die Wattenscheid erschütterten. Darin standen Johann Triebeck und Genossen „immer in den vordersten Reihen“²⁴⁴². Am 10. Januar 1919 traten die Kumpels auf der Zeche *Holland* in den Streik, denen sich ihre Kollegen der Zechen *Centrum* und *Hannover* anschlossen. Der Wattenscheider Arbeiterrat sprach sich gegen den Streik aus und beschuldigte den *Spartakusbund*, für ihn verantwortlich zu sein²⁴⁴³. Nur unter dem Druck der Streikenden stellte sich der Rat auf ihre Seite. Die SPD gewann auf einer öffentlichen Versammlung am 20. Februar 1919 eine Abstimmung gegen den Streik, der abgebrochen wurde. Vom 3. bis zum 23. April fand erneut ein Streik statt, der zunächst die Wattenscheider Zechen *Centrum*, *Engelsburg*, *Fröhliche Morgensonne*, *Hannover*, *Holland* und *Alma* umfasste²⁴⁴⁴. Neben Gelsenkirchen wurde Wattenscheid ab 1919 zu einer Hochburg der *Allgemeinen Bergarbeiter-Union*. Die Mehrheit der dortigen Mitglieder der Union orientierte sich politisch an der USPD²⁴⁴⁵.

Der *Spartakusbund* scheint zunächst nur innerhalb der Wattenscheider USPD agiert zu haben, bestritt doch der Arbeiter- und Soldatenrat im Unterschied zur SPD sogar seine Existenz. Die Mehrheit der Wattenscheider USPD distanzierte sich vom *Spartakusbund*²⁴⁴⁶. In ihm hatte sich um Johann Triebeck mit Maria Jenderny, Armin Gehrhardt, Rudolph Braun, Heinrich Mortzfeld, Anton Schimanski, Franziska Ostermann, Gottlieb Jeschke, Hans Nowak, Gerhard Schmidt, Willi Meißener und August Tewes ein Kreis von Kampfgefährten gesammelt, die seit Mitte der ersten Jahrzehnts des 20. Jahrhunderts in der SPD aktiv gewesen waren²⁴⁴⁷. Sie gehörten zu den Gründern der KPD in Wattenscheid. Als sich 1920 USPD und KPD zur VKPD vereinigten, schlossen sich zwei USPD-Gruppen um

²⁴³⁹ Bekanntmachung, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 51. Jg., Nr. 49, Erstes Blatt, Wattenscheid 27.2.1919, S. 3, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁴⁰ Wahlvorschlag Josef Nutt, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 51. Jg., Nr. 42, Zweites Blatt, Wattenscheid 19.2.1919, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁴¹ Weitz, *Creating Communism*, S. 52.

²⁴⁴² Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁴⁴³ Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 14.1.1919, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 79.

²⁴⁴⁴ Ebd., S. 80 f.

²⁴⁴⁵ Lucas, Vom Generalstreik, S. 58 f.

²⁴⁴⁶ Ueberhorst, Wattenscheid, S. 76 f.

²⁴⁴⁷ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

Hermann Körner aus Wattenscheid und Karl Becker aus Günnigfeld mit der *Spartakusgruppe* um Johann Triebeck zusammen. Ein Vergleich der Kommunalwahllisten zeigt, dass nur ein relativ kleiner Teil der USPD-Funktionäre der vereinigten Partei beitrat²⁴⁴⁸, während die Führung der USPD um Josef Nutt 1921 wieder zurück zur SPD fand²⁴⁴⁹, dort aber keine Rolle mehr spielte. Ein weiterer Teil der Funktionäre der USPD scheint sich ganz aus der Parteipolitik zurückgezogen zu haben. Auch drei führende KPD-Vertreter, die im März 1920 neben jeweils drei Mitgliedern der SPD und der USPD dem Arbeiterrat angehört hatten, traten später nicht mehr in Erscheinung²⁴⁵⁰. Während des Kapp-Putsches ruhte auf allen Wattenscheider Zechen die Arbeit. Von Höntrop aus marschierten zweitausend bewaffnete Arbeiter am 20. März 1920 in Wattenscheid ein. Schon vorher hatte es in der Stadt Gefechte zwischen Arbeitern und Polizei gegeben. Diese musste abziehen. Am 9. April besetzten Reichswehrtruppen die Stadt²⁴⁵¹.

Im Januar 1923 forderten die versammelten Bergleute der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* die Sieben-Stunden-Schicht. Sie sprachen sich für den Kampf gegen das deutsche und das französische Kapital aus. Im Juli gingen französischen Behörden gegen kommunistische Flugblattverteiler vor, die die französischen Soldaten zur Verbrüderung aufforderten. Die KPD forderte den Bürgermeister auf, ihr die polizeilichen Aufgaben zu übertragen. Vom 25. Mai bis Anfang Juni 1923 wurde auf allen Zechen gestreikt. Die Bergleute verlangten auf einer Kundgebung Preissenkungen²⁴⁵². Die soziale Lage der Bevölkerung spitze sich im zweiten Halbjahr 1923 zu. Die Stadtverwaltung sprach davon, dass sich viele Familien kein warmes Mittagessen leisten konnten. Tausende Arbeitslose demonstrierten im November 1923 durch die Stadt. Nach einer Konfrontation vor dem Rathaus zwischen Erwerbslosen und dem Oberbürgermeister erhöhte die Stadt die Unterstützung²⁴⁵³.

Johann Triebeck trat als Organisator der KPD in Wattenscheid hervor. Am 17.8.1921 leitete er eine kommunistische Versammlung mit 350 Personen, auf der der damalige Gelsenkirchener UB-Sekretär der KPD und linke Kommunist, Max Schütz, gegen Teuerung und Steuerbelastung sprach. Am 28.8.1922 führte Triebeck eine kommunistische Versammlung mit 450 Personen durch, auf der Hermann Körner vor einer Besetzung des

²⁴⁴⁸ Vergleich der Wahllisten 1919 und 1924, vgl. Wahlvorschlag Josef Nutt, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 51. Jg., Nr. 42, Zweites Blatt, Wattenscheid 19.2.1919, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv; vgl. Ratsliste KPD, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 56. Jg., Nr. 92, Zweites Blatt, Wattenscheid 17.04.1924, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁴⁹ Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 53. Jg., Nr. 101, Zweites Blatt, Wattenscheid 2.5.1921, S. 2, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁵⁰ Buchner, Konrad/Dominik, Wolfgang/Glesing, Günter/Junge, Reinhard, Das Ende einer Legende: Kapp-Putsh und Märzrevolution 1920 in Bochum und Wattenscheid (Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums, Heft 5), Bochum 1995, S. 22.

²⁴⁵¹ Ueberhorst, Wattenscheid, S. 89 f.

²⁴⁵² Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 26.5.1923, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 105 f.

Ruhrgebiets durch Frankreich warnte. In der Debatte forderte der Syndikalist Grimberg die Einführung einer gleitenden Lohnskala. Die Versammlung nahm Resolutionen gegen die Überschichten im Bergbau und gegen das Verbot der *Kommunistischen Arbeiterzeitung* an²⁴⁵⁴. Am 12.9.1922 organisierte die KPD eine Demonstration mit 2.500 Teilnehmern. Johannes Triebeck leitete die Kundgebung auf dem Kaiserplatz, auf der u. a. Rübhausen aus Gelsenkirchen redete. Rübhausen forderte Arbeiterkontrollausschüsse zur Überwachung von Handel und Produktion, Zahlung des Lohnes in Goldwährung, Herabsetzung der Lebensmittelpreise um 40 Prozent und der Textilpreise um 30 Prozent, eine einmalige Beihilfe für alle Arbeiter von 6.000 Mark und für alle Rentner von 5.000 Mark. Er schloss mit dem Ruf: „Es lebe der Kampf, es lebe die deutsche Revolution!“²⁴⁵⁵. Anschließend zog die Menge vor das Rathaus²⁴⁵⁶. Im November 1922 leitete Triebeck eine KPD-Veranstaltung zum Thema „Revolution oder Untergang“²⁴⁵⁷. Auch in den Kämpfen 1923-1924 bewährten sich Triebeck und Freunde²⁴⁵⁸, als er selbst noch als Bergmann auf den Hibernia-Schächten arbeitete²⁴⁵⁹.

Johann Triebeck stand seit 1921 über Max Schütz mit dem linken Flügel der KPD in Kontakt. Mit der Übernahme der Ruhr-KPD durch die linken Kommunisten Anfang 1924 gelangte Triebeck in die Bezirksleitung der KPD-Ruhr. Er leitete ihr Arbeitsgebiet Wattenscheid mit den Ortsgruppen Stadt Wattenscheid, Günnigfeld, Eppendorf, Höntrop, Leithe, Sevinghausen und Westenfeld²⁴⁶⁰. Im Mai 1924 kandidierte Johann Triebeck für die KPD zum Reichstag, wurde aber nicht gewählt²⁴⁶¹. Mitte der 1920er Jahre gehörten Triebeck und seine Freunde zu den ältesten und erfahrensten Mitgliedern der Wattenscheider KPD²⁴⁶². Zusammen mit Karl Frebel und Karl Becker stand er an ihrer Spitze. Die Wattenscheider KPD war eine reine Arbeiterpartei, die ihre Basis bei Bergarbeitern hatte. Unter den siebzehn Kandidaten auf der KPD-Liste zu den

²⁴⁵³ Ebd., S. 109.

²⁴⁵⁴ Der Polizeipräsident, Bericht über die am 28. d. Mts. in Wattenscheid stattgefundene öffentliche kommunistische Versammlung, Gelsenkirchen 29.8.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 98 f.

²⁴⁵⁵ Der Polizei-Präsident, Betrifft: Teuerungsdemonstration der Kommunisten, Gelsenkirchen, 13.9.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 143 f.

²⁴⁵⁶ Allgemeine Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 13.9.1922, in: Ueberhorst, Wattenscheid, S. 104.

²⁴⁵⁷ Der Polizeipräsident, Bericht über den Verlauf einer öffentlichen Versammlung der K.P.D. im Lokale Ahlmann in Wattenscheid am 3. Nov. 1922, Gelsenkirchen 6.11.1922, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14452, Bl. 316 f.

²⁴⁵⁸ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁴⁵⁹ Bezirk 18. An die Zentrale Or.-Büro. Bericht vom Bezirks-Parteitag, Essen 11.3.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/11, Bl. 25.

²⁴⁶⁰ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privatarhiv Wernicke.

²⁴⁶¹ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 282.

²⁴⁶² Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110); vgl. Wahlvorschlag Josef Nutt, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 51. Jg., Nr. 42, Zweites Blatt, Wattenscheid 19.2.1919, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

Stadtratswahlen 1926 befanden sich zwölf Bergarbeiter, ein Maurer, ein Zimmermann und drei Hausfrauen²⁴⁶³.

Als im September 1925 das EKKI den *Offenen Brief* veröffentlichte, wurde er von der Wattenscheider KPD abgelehnt²⁴⁶⁴. Nachdem Wilhelm Schwan als KPD-Bezirksleiter abgesetzt worden war, nahm die Wattenscheider KPD gegen die von der BL um Florin-Ende durchgeführte *Reorganisation* der Partei Stellung. Wie bereits erwähnt, stellte die Wattenscheider KPD ein stark anti-bürokratisches Forderungspaket auf²⁴⁶⁵. Die KPD-Bezirksleitung Ruhr konnte nicht verhindern, dass zu den Wattenscheider Stadtratswahlen am 10. Mai 1926 die oppositionellen linkskommunistischen Funktionäre Frebel, Becker, Triebeck, Claßen und Vieth auf vorderen Plätzen kandidierten und in den Stadtrat gewählt wurden²⁴⁶⁶.

Im September 1926 trat auf Initiative der KPD-Ortsleitung Wattenscheid Werner Scholem auf einer Stadtdelegiertenkonferenz als Korreferent auf. Der Vertreter des Bezirks Ruhr, der Scholems Auftritt verhindern wollte, konnte sich nicht durchsetzen, da ihm eine geschlossene Fraktion gegenüberstand²⁴⁶⁷. Die *Erklärung der Siebenhundert* vom 1. September 1926 wurde von dreizehn Funktionären der KPD aus dem Arbeitsgebiet Wattenscheid unterschrieben. Darunter befand sich der Leiter der Kommunistischen Stadtratsfraktion Karl Frebel, Johann Triebeck als Arbeitsgebietsleiter und Stadtverordneter, die Ratsmitglieder Ferdinand Schmidt, Karl Becker, Wilhelm Schneider, Gerhard Vieth und Karl Classen, der Betriebsrat Rudolf Braun und der Kassierer des Arbeitsgebietes Gustav Lotzmann. Die Kritik der Wattenscheider KPD an den undemokratischen Maßnahmen der *Reorganisation* hatte sich zur Kritik an den undemokratischen Maßnahmen in der WKP(B), in der Komintern und an der Entwicklung in der Sowjetunion ausgeweitet und damit zu einer Kritik am Stalinismus verdichtet. Ein weiterer Höhepunkt dieser linksoppositionellen Haltung war die Unterzeichnung der *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* durch zweiunddreißig Funktionäre der Wattenscheider KPD. Von den aufgestellten vierundvierzig Kandidaten der KPD zur Kommunalwahl im Mai 1926 waren achtzehn unter den Unterzeichnern der *Erklärung der Siebenhundert* und/oder der *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan*; unter den ersten zehn

²⁴⁶³ Stadt Wattenscheid. Wahlvorschlag KPD, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 58. Jg., Nr. 101, Viertes Blatt, Wattenscheid 1.5.1926, S. 4, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁶⁴ Zu den Fällen Scholem und Rosenberg, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 147.

²⁴⁶⁵ Ortsgruppe Wattenscheid, Antrag 1, in: Politischer Bericht zum Bezirksparteitag, [Essen 14.3.1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/1, Bl. 63.

²⁴⁶⁶ Namen der gewählten neuen Stadtverordneten, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 58. Jg., Nr. 108, Zweites Blatt, Wattenscheid 10.5.1926, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁶⁷ [Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung am 28.9.1926, [Essen September 1926], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 10.

Kandidaten der Liste waren es sieben²⁴⁶⁸. Zu ihnen muss noch der Kandidat Anton Schimanski hinzugerechnet werden, der keine der beiden Erklärungen unterschrieben hatte, aber 1929 für den *Leninbund* kandidierte²⁴⁶⁹. Unter den Unterzeichnenden waren u. a. die Stadtverordneten Frebel, Triebeck, Schmidt, Classen, Becker, Schneider und Vieth, der Polleiter des Arbeitsgebietes Heinz Bergmann, der Orgleiter des Arbeitsgebietes Truschinski, der Hauptkassierer Lotzmann, der Presseobmann Hase, die Frauenleiterin Jenderny und die Betriebsräte Braun und Dissmann. In der Gemeinde Gunningfeld, die 1926 nach Wattenscheid eingemeindet wurde, unterschrieb u. a. der Polleiter Burre²⁴⁷⁰. Nur ein KPD-Stadtratsmitglied aus dem eingemeindeten Sevinghausen findet sich nicht auf den Protestlisten²⁴⁷¹.

Nach dem Auftritt Werner Scholems hatte die engere KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet beschlossen, in allen Betriebs- und Straßenzellen in Wattenscheid unter der Aufsicht der BL und der Unterbezirksleitung erneut Delegierte für eine neue Stadtdelegiertenkonferenz wählen zu lassen. Diese sollte im Beisein der BL eine neue Leitung für das Arbeitsgebiet Wattenscheid bestimmen²⁴⁷². Das Betriebszellensystem sollte genutzt werden, um die Linksoppositionellen zu entmachten. Doch die 'Atomisierung' der Wattenscheider KPD in Betriebs- und Straßenzellen und das darauf beruhende Delegiertensystem konnte die starke Stellung der linksoppositionellen Kommunisten zunächst nicht erschüttern. Dazu waren Ende 1926 die Betriebszellen auf den Wattenscheider Bergwerken zu schwach. Auf Zeche *Holland III/IV* fanden sich ganze vierzehn Kommunisten unter 3.000 Bergarbeitern, auf Zeche *Centrum I/III* waren es sechzehn unter 2.800 Bergarbeitern und auf *Fröhliche Morgensonne* acht Kommunisten unter 1.800 Kumpel, auf einer weiteren Zeche kein einziger. Das waren auf vier Zechen mit gut 7.600 Beschäftigten nur achtunddreißig Kommunisten²⁴⁷³. Selbst hier hatten die oppositionellen linken Kommunisten eine starke Stellung. Der Politische Leiter der Betriebszelle der Zeche *Holland*, Ludwig Kroll, hatte die *Erklärung der Siebenhundert* unterschrieben. Die KPD-Bezirksleitung setzte ihn daraufhin ab. Zudem waren viele der oppositionellen linken Kommunisten wie Johann

²⁴⁶⁸ Vgl. Stadt Wattenscheid. Wahlvorschlag KPD, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 58. Jg., Nr. 101, Viertes Blatt, Wattenscheid 1.5.1926, S. 4, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv; vgl. Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privataarchiv Wernicke.

²⁴⁶⁹ Linke Kommunisten (Leninbund), in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 257, Zweites Blatt, Wattenscheid 1.11.1929, S. 2, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁷⁰ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privataarchiv Wernicke.

²⁴⁷¹ Namen der gewählten neuen Stadtverordneten, in: Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, 58. Jg., Nr. 108, Zweites Blatt, Wattenscheid 10.5.1926, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁷² [Bezirksleitung Ruhr], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung am 28.9.1926, [Essen September 1926], SAPMO Berlin, RY I/I 3/18-19/8, Bl. 10.

²⁴⁷³ [Org-Abt des ZK], Bericht der Org-Abt des ZK der K.P.D., Nr. 2, Berlin November 1926, SAPMO Berlin, RY I/I 2/4/27, Bl. 167 f.

Triebbeck, Gerhardt Schmitt, Heinrich Morzfeld, Anton Schimanski, August Tewes, Karl Claßen, Gerhard Vieth, Karl Becker, Wilhelm Pediena, Karl Frebel, Ferdinand Schmitt, Heinz Bergmann, Paul Dißmann und Gottfried Truschinski selbst Bergleute. Der KPD-Bezirksleitung gelang es zwar, Johann Triebecks Wiederwahl als Arbeitsgebietsleiter zu verhindern. Aber als Nachfolger Triebecks wurde Heinz Bergmann und zum Organisationsleiter Gottfried Truschinski gewählt, die beide die Erklärung *Scholem-Urbahns-Schwan* unterschrieben hatten. Zu einer Arbeitsgebietskonferenz der KPD am 14.8.1927 in Wattenscheid hatten die Linksoptionellen Wolfgang Bartels aus Berlin als Korreferenten gegenüber dem UB-Sekretär Schroer eingeladen. Als dieser die Abstimmung verbieten wollte, holte er sich mit 6 : 32 Stimmen eine Niederlage. Schroer und seine sechs Unterstützer verließen die Konferenz, die mit Bartels als Gast fortgesetzt wurde²⁴⁷⁴.

Die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet blieb nicht untätig. War über das schwache Betriebszellensystem die Ausschaltung der linken Opposition nicht zu erreichen, so musste sie auf andere Art versucht werden. Daraus, wer die verschiedenen Resolutionen von der *Erklärung der Siebenhundert* über die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* bis zur *Resolution der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wattenscheid der KPD* vom 11. Dezember 1927 *nicht* mehr unterschrieben hat, lässt sich der Zerfall der linkskommunistischen Opposition in Wattenscheid nachzeichnen. Denn die linken Kommunisten in Wattenscheid blieben keineswegs einheitlich. Der Druck des KPD-Apparates führte zur Kapitulation eines Teils der Opposition. Der Einbruch in die Reihen der Linksoptionellen gelang der KPD-Bezirksleitung über die Differenzierung zwischen den verschiedenen Ortsgruppen des Arbeitsgebietes Wattenscheid. Die Ortsgruppe Günnigfeld mit ihrem Organisationsleiter und Stadtrat Karl Becker und dem Politischen Leiter Wilhelm Burre gab mehrheitlich ihre linksoppositionelle Haltung auf und schwenkte auf den offiziellen Parteikurs ein. Dafür wurde Karl Becker bei der Kommunalwahl 1929 mit dem Spitzenplatz 1 auf der Liste der Kommunistischen Partei belohnt²⁴⁷⁵.

Nachdem die Einheit der linksoppositionellen Kommunisten zerbrochen war, konnte die Bezirksleitung mit drastischeren Mitteln gegen sie vorgehen. Der neue Leiter des KPD-Arbeitsgebietes Wattenscheid, Heinz Bergmann, wurde von der Bezirksleitung abgesetzt und Anfang Dezember 1927 ohne Schiedsgerichtsverfahren aus der KPD

²⁴⁷⁴ Eine Niederlage der BL. Ruhrgebiet, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 23, Berlin 19.8.1927, S. 95, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²⁴⁷⁵ KPD, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 257, Zweites Blatt, Wattenscheid 1.11.1929, S. 2, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofilme-Archiv. Frebel landete 1929 auf Platz 25 der Liste und Truschinski 1933 auf Platz 40.

ausgeschlossen²⁴⁷⁶. Darauf verabschiedete die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wattenscheid eine Protestresolution gegen den Ausschluss von Heinz Bergmann:

Resolution der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wattenscheid der KPD vom 11. Dezember 1927

Die am 11. Dezember 1927 in Wattenscheid tagende Ortsgruppenversammlung nimmt mit Entrüstung Kenntnis von den erneuten Gewaltmethoden der Bezirksleitung Ruhrgebiet, über den Ausschluß des Genossen Heinz Bergmann. Genosse Bergmann ist, wie so viele, ohne Schiedsgericht aus der KPD. ausgeschlossen worden. Die Versammlung fordert die sofortige Wiederaufnahme des Genossen Bergmann, sowie aller der Genossen, die wegen politischer Angelegenheiten ausgeschlossen sind. Des weiteren nimmt die Versammlung mit Entrüstung Kenntnis von den Gewaltmethoden Stalins, wonach die alten verdienten Revolutionäre wie Sinowjew, Trotzki, Kamenew, Rakowski, Smilga, Radek und viele Arbeiter aus der russischen Partei ausgeschlossen sind. Der Gewalt- und Unterdrückungskurs gegenüber den deutschen und russischen oppositionellen Genossen führt nicht zur Einheit und Geschlossenheit der deutschen und russischen Partei, sondern zur Zerschlagung der Parteien und der kommunistischen Internationale. Noch in letzter Minute richtete die Ortsgruppenversammlung Wattenscheid an die Parteiführer der KPD. und russische Kommunistische Partei den dringenden Appell, Umkehr zu halten, den eingeschlagenen Kurs zu ändern, wenn nicht die ganze kommunistische Internationale, sowie die russische Revolution ohnmächtig gemacht werden soll. Die Ortsgruppe Wattenscheid stellt sich mit großer Mehrheit hinter die Opposition in Deutschland (Urbahns-Gruppe) und erklärt sich solidarisch mit der russischen Opposition und erklären feierlichst, den Kampf mit allem Ernst gegen den Reformismus in den Reihen der KPD. und Komintern mit noch viel größerer Energie als bisher zu führen gegen die Spaltung und Spalter, für den unverfälschten Leninismus, für die Einheit der Komintern auf leninistischer Grundlage.

Unterschriften:

Joh. Triebeck, Pol.-Leit., Herm. Haha; Hr. Franzkowiak; Ferd. Schmidt, Agiprol.; Joh. Schug; Wilh. Platt, Unterkassierer; Frau Tietz; Heinr. Oligmüller; Jos. Nowak; Jak. Janzen, Presseobmann; Aug. Thewes; Karl Haas, Armenpfleger; Gottl. Jeschke; Karl Claßen; M. Rambam; Ant. Schimanowski, Orgleiter; Joh. Streschewski; Frau Streschewski; Franz Jäger; Gustav Lotzmann, Hauptkassierer; Karl Frebel, Kommunalfraktionsleiter; Rudolf Braun, Albert Haase; Frau Schmidt; Frau Triebeck; Frau Frebel, Armenpfleger; Frau Jenderny; Frau Dollecahl, Gustav Dollecahl; Wilh.

²⁴⁷⁶ Die Ortsgruppe Wattenscheid fast geschlossen hinter der russischen Opposition und der Urbahns-Gruppe, in: Schacht und Hütte, 1. Jg, Nr. 10, Dortmund 21.12.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

Pedyna, Armenpfleger; Luwig Kroll; Paul Hitzmann, Stadtverordneter; Heinrich Motzfeld; Gottlieb Truschinski²⁴⁷⁷.

Die linksoppositionellen Wattenscheider Kommunisten sahen den „Gewalt- und Unterdrückungskurs“ im KPD-Bezirk Ruhrgebiet im Zusammenhang mit den Ausschlüssen in der WKP(B) als existenzbedrohend für die ganze Komintern und für die Oktoberrevolution an. Die Resolution war aber nicht nur wegen des Inhalts bemerkenswert, sondern auch deshalb, weil sie auf einer Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wattenscheid verabschiedet worden war. Sicherlich war in den Betriebs- und Straßenzellen der Ortsgruppe diskutiert worden. Aber die entscheidende Debatte und Beschlussfassung über den Ausschluss fand auf der Mitgliederversammlung der Ortsgruppe Wattenscheid statt. Damit brachen die Wattenscheider oppositionellen Kommunisten demonstrativ mit der Vorgabe, die Diskussionen schwerpunktmäßig in den Betriebszellen zu führen.

Das Bekenntnis „mit noch viel größerer Energie als bisher“ den innerparteilichen Kampf „zu führen“, erwies sich jedoch als aufgesetzt. Weitere linke Oppositionelle wie Karl Frebel und Gottlieb Truschinski kapitulierten vor der Parteiführung. Sie bekamen keinen Spitzenplatz für die Kommunalwahl 1929 bzw. 1933 angeboten, sondern wurden von der KPD indirekt an den Pranger gestellt, indem Karl Frebel 1929 an letzter Stelle auf Platz 25 der Liste und Gottlieb Truschinski 1933 auf Rang 40 der KPD-Liste rangierten. Johann Triebeck, der Sprecher der KPD in Wattenscheid, wurde am 18.6.1928 – zwei Monate nach Gründung des *Leninbundes* – aus der KPD ausgeschlossen²⁴⁷⁸. Deshalb gehörte Triebeck nicht zu den Unterzeichnern des Aufrufes zur Gründung des *Leninbundes*, dürfte aber sicherlich dessen Bezirksleitung Ruhrgebiet angehört haben, als diese gebildet wurde. Die oppositionellen linken Kommunisten unterstellten ihren früheren Gesinnungsgenossen Frebel, Lotzmann, Becker und Schmidt persönliche Vorteilsnahme, was, wenn es stimmte, den Linksoppositionellen reichlich spät aufgefallen war²⁴⁷⁹.

Der *Leninbund* stützte sich in Wattenscheid auf „langjährig organisierte und mit der Arbeiterbewegung seit Jahrzehnten verwachsene Genossen“²⁴⁸⁰. Er entwickelte dort

²⁴⁷⁷ Die Ortsgruppe Wattenscheid fast geschlossen hinter der russischen Opposition und der Urbahns-Gruppe, in: Schacht und Hütte, 1. Jg, Nr. 10, Dortmund 21.12.1927, S. 3, LAV NRW W, Reg. Arnsberg 14443, o. Bl.

²⁴⁷⁸ [KPD Bezirksleitung Ruhrgebiet], Protokoll der engeren Bezirksleitungssitzung vom 18.6.28, [Essen Juni 1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/8, Bl. 29.

²⁴⁷⁹ KPD-Kommunalwahl“vertreter“, in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 143, Berlin 1.8.1928, S. 4.

²⁴⁸⁰ Der Leninbund im Wahlkampf. Wattenscheid (Ruhrgebiet), in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 176, Berlin 22.11.1929, S. 2.

umfangreiche Aktivitäten. Für ihn kandidierte Johann Triebeck zur Reichstagswahl am 20.5.1928, erhielt aber nur 275 Stimmen. Seine Mitglieder waren im Wattenscheider Mieterverein aktiv²⁴⁸¹. Die Mitglieder des *Leninbundes* initiierten die Gründung eines *Proletarischen Selbstschutzes* in Wattenscheid²⁴⁸². Im Freidenkerverband hatten sie eine starke Stellung, die nach Günnigfeld, Westenfeld, Höntrop, Eppendorf und Leithe ausstrahlte²⁴⁸³.

Aus den Kandidatenlisten der KPD und der *Linken Kommunisten (Leninbund)* zur Kommunalwahl 1929 in Wattenscheid ergeben sich Hinweise auf Brüche. Spitzenkandidat der nur noch fünfundzwanzig Kandidaten der KPD (1926 waren es noch vierundvierzig gewesen) wurde der ehemalige linke Oppositionelle Karl Becker. Schließlich brauchte die KPD einen bekannten Stadtrat auf dem ersten Listenplatz. Becker bot sich als altes USPD-Mitglied an²⁴⁸⁴. Auf dem vierten Platz rangierte der ehemalige Oppositionelle Ferdinand Schmidt, auf Rang acht und neun folgten die früheren oppositionellen Kommunisten Dißmann und Lotzmann. An letzter Stelle der fünfundzwanzig Kandidaten stand Karl Frebel, der 1926-29 amtierende Vorsitzende der KPD-Stadtratsfraktion. Auch der ehemalige oppositionelle Polleiter von Günnigfeld, Burre, war auf die KPD-Liste aufgenommen worden. Damit waren sechs von fünfundzwanzig Kandidaten ehemalige oppositionelle linke Kommunisten, die sich nun der Parteilinie unterworfen hatten.

Ihnen gegenüber kandidierte der *Leninbund* mit Johann Triebeck und elf weiteren früheren KPD-Mitgliedern²⁴⁸⁵. Während die Zentrumsparterie 7510 Stimmen (1926: 5872) und die SPD 6185 (4146) Stimmen erhielten, erreichte die KPD 3021 (2766) Stimmen und fünf Mandate. Die Liste der *Linken Kommunisten (Leninbund)* bekam 789 Stimmen und einen Sitz im Stadtrat, den von 1929 bis Anfang 1933 Johann Triebeck einnahm²⁴⁸⁶. Vier der zwölf Kandidaten des *Leninbundes* (Triebeck, Jenderny, Braun und Anton Haase) hatten die *Erklärung der Siebenhundert* bzw. die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* unterstützt²⁴⁸⁷. Neun der zwölf Kandidaten unterschrieben vier Monate später einen Brief

²⁴⁸¹ Aus dem Mieterverein (Brief aus Wattenscheid), in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 154, Berlin 6.10.1929, S. 4.

²⁴⁸² Reichsversammlungskalender. Wattenscheid), in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 101, Berlin 3.7.1929, S. 4.

²⁴⁸³ Wattenscheid, in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 58, Berlin 17.4.1929.

²⁴⁸⁴ KPD, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 257, Zweites Blatt, Wattenscheid 1.11.1929, S. 2, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁸⁵ Linke Kommunisten (Leninbund), in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 257, Zweites Blatt, Wattenscheid 1.11.1929, S. 2, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁸⁶ Die Wahlergebnisse in Wattenscheid, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 271, Wattenscheid 18.11.1929, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁸⁷ Vgl. Linke Kommunisten (Leninbund), in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 257, Zweites Blatt, Wattenscheid 1.11.1929, S. 2, Stadtarchiv

an Leo Trotzki²⁴⁸⁸. Es dürfte sich um den Kern der örtlichen Gruppe des *Leninbundes* gehandelt haben. Dieser stellte auch zu den Provinziallandtagswahlen Anfang November 1929 mehrere Kandidaten in Wattenscheid auf²⁴⁸⁹.

Politisch ging der Wattenscheider *Leninbund* von einer Annäherung der KPD an die Sozialdemokratie aus, die „eines Tages“ zur Liquidierung der Komintern führen werde. Dann müsse der *Leninbund* „alle ehrlichen Revolutionäre um seine Fahne (...) sammeln“²⁴⁹⁰.

Im Ruhrgebiet habe der „politische Zwerg“ Florin, der zur „starken Leibgarde“ um Thälmann zählt (...) im Bunde mit solchen Gestalten wie Schubert, Schroer und Konsorten“ den KPD-Bezirk „zur absoluten Einflußlosigkeit heruntergewirtschaftet“²⁴⁹¹. Hier findet sich ein Hinweis darauf, dass sich Florin mit Schubert/Schroer verbündet hat.

„Mit diesem Vertrauen zu den absolut unfähigen Bonzen in Essen hapert es eben, denn sonst wäre der völlige Auflösungsprozeß der KPD. im Ruhrgebiet nicht so weit gediehen“²⁴⁹².

Der KPD in Wattenscheid wurde Versagen unterstellt. Das Sommerfest 1929 sei eine Pleite gewesen und die Parteikasse leer. Einfache KPD-Mitglieder würden die örtliche Parteiführung, die aus den reuigen linkskommunistischen Ex-Oppositionellen Frebel, Dißmann, Becker und Schmidt bestehe, in drei Klassen einteilen²⁴⁹³.

Mitte November 1929 sprach Hugo Urbahns in Wattenscheid in einer „ausgezeichnet besucht(en)“ Versammlung des *Leninbundes*²⁴⁹⁴. Dieser habe durch seine Aktivitäten zur Kommunalwahl „festeren Fuß unter den revolutionären Arbeitern“ fassen können, zumal die KPD „rein reformistisch“ aufgetreten sei. Ihre grundsätzliche Haltung gegenüber der KPD hielten die Wattenscheider linken Kommunisten auch 1930 bei, als sie forderten:

Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv; vgl. Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privatarchiv Wernicke.

²⁴⁸⁸ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁴⁸⁹ Die Wahlvorschläge für den Provinziallandtag, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, 61. Jg., Nr. 261, Zweites Blatt, Wattenscheid 6.11.1929, S. 1, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁹⁰ Zum Fall Bartels, in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 18, Berlin 2.2.1929, S. 3.

²⁴⁹¹ Wie es im Bezirk Ruhrgebiet der KPD. aussieht, in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. Jg., Nr. 153, Berlin 24.8.1928, S. 3.

²⁴⁹² Ebd., S. 3.

²⁴⁹³ Sommerfest-Pleite, in: Volkswille, Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 148, Berlin 23.9.1929, S. 4.

²⁴⁹⁴ 3 Versammlungen im Ruhrgebiet, in: Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 2. Jg., Nr. 174, Berlin, 15.11.1929, S. 3, Bibliothek Bundesarchiv Berlin.

- „1. Ausschluss aller korruptierten Führer.
2. Kursänderungen der Komintern.
3. Alle politische Ausgeschlossenen für eine geschlossene Wiederaufnahme in die Partei, ohne einen Revers zu unterschreiben.
4. Alle verbannten Genossen wieder in die proletarische Klassenfront mit freier Diskussion einreihen.
5. Wahl sämtlicher Angestellten der Partei durch die Mitglieder“²⁴⁹⁵.

Die Rücknahme der Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen gehörte nicht zu diesen dringenden Forderungen, die stark anti-bürokratisch ausgerichtet waren.

Im Wattenscheider *Leninbund* kam es zu mehreren Brüchen. Zunächst spaltete sich ein Teil der Gruppe um Heinz Bergmann ab und wechselte zur *Gruppe Kommunistische Politik*. Es gab einen Überläufer zur SPD, wohin der junge Maschinenschlosser Wilhelm Futter, Leiter des Unterbezirks des *Leninbundes*, ging. Er hatte 1929 auf Platz 2 der Liste des *Leninbundes* zu den Kommunalwahlen kandidiert und tauchte 1933 auf Platz 5 der SPD-Liste wieder auf²⁴⁹⁶. Eine letzte Spaltung des *Leninbundes* in Wattenscheid fand nach der Gründung der *Sozialistischen Arbeiterpartei* 1931 statt. Johann Triebeck, Heinrich Morzfeld und Rudolf Braun gingen zur SAP. Andere bekannte örtliche *Leninbund*-Funktionäre wie Maria Jenderny, Anton Schimanski, Albert Haase, August Thewes und Gerhard Schmitt traten in den Hintergrund²⁴⁹⁷. Die SAP vermeldete, dass „fast sämtliche Funktionäre des *Leninbundes* in Wattenscheid“ übergewechselt seien – aber eben nicht alle²⁴⁹⁸. Der sozialdemokratische dominierte ADGB sah sich herausgefordert und ließ aus seiner Lesehalle die *Sozialistische Wochenzeitung* der SAP entfernen, während dort neben der SPD-Presse u. a. auch KPD-Zeitschriften und der *Völkische Beobachter* weiterhin angeboten wurden²⁴⁹⁹.

²⁴⁹⁵ Triebeck, Johann, Lieber Genosse Trotzki, Wattenscheid 8.6.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁴⁹⁶ Die Wahlvorschläge für die Wattenscheider Stadtverordnetenwahl. Sozialdemokratische Partei Deutschlands, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt, 65. Jg., Nr. 49, Wattenscheid 27.2.1933, S. 5, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁹⁷ Vgl. Die Wahlvorschläge für die Wattenscheider Stadtverordnetenwahl. Sozialistische Arbeiter-Partei, in: Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt, 65. Jg., Nr. 49, Wattenscheid 27.2.1933, S. 5, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁴⁹⁸ Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei, 1. Jg., 1931, Nr. 14, Berlin 4.12.1931, S. 3, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3169.

²⁴⁹⁹ Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei, 1. Jg., 1931, Nr. 18, Berlin 30.12.1931, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3169.

7.3 Buer

Buer war 1921 eine mittelgroße Stadt mit fast einhunderttausend Einwohnern²⁵⁰⁰. Die Arbeiterbewegung hatte dort eine radikale Tradition, wurde schon während des Bergarbeiterstreiks 1912 der Beginn der Revolution in Buer erwartet²⁵⁰¹. Die Bergarbeiter radikalisierten sich erneut 1916, als sie für bessere Arbeitsbedingungen, höhere Löhne und ausreichende Lebensmittelversorgung streikten. Die Belegschaften der Zechen *Bergmannsglück* und *Scholven* traten mehrmals in den Ausstand. Im Januar 1917 legten die Kumpel von *Bergmannsglück*, *Scholven* und von *Schacht Hugo 2* die Arbeit nieder. Die Forderungen weiteten sich auf die Bekämpfung der Wucherpreise aus. Im April war die Belegschaft der Zeche *Graf Bismarck 1/4* am Ausstand beteiligt. Die Streiks flammten im Januar und August 1918 erneut auf. Auch wenn die Arbeiter der Buerer Zechen nicht bei allen Streikwellen in gleicher Weise beteiligt waren, so bildete der Raum Buer-Gelsenkirchen im Ruhrgebiet ein wichtiges Streikzentrum²⁵⁰². Zunächst drückten die Kämpfe mehr eine Politisierung breiter Massen als ihre tiefgehende Radikalisierung aus, wuchs doch die Zahl der Mitglieder im Ortskartell der freien Gewerkschaften von 3.800 im Jahr 1912 auf rund Zehntausend nach der Novemberrevolution an. Bei den spontanen Arbeitsniederlegungen für Sofortforderungen hatten USPD und *Spartakusbund* keine Rolle gespielt. Diese änderte sich mit den Berliner Januarunruhen im Jahr 1919. Als die USPD in Buer zum Solidaritätsstreik aufforderte, beteiligten sich 5.000 Bergarbeiter. Zu diesem Zeitpunkt gab es in Buer bereits eine Gruppe des *Spartakusbundes* bzw. der KPD. Nach einem Sturm auf das Rathaus und heftigen Auseinandersetzungen wurde der bestehende Arbeiterrat von Buer abgesetzt und von einem neuen abgelöst, in dem die MSPD drei, die USPD und die KPD jeweils zwei Mitglieder stellten. Bei den Wahlen zur Nationalversammlung 1919 erzielte die USPD in Buer mehr Stimmen als die MSPD und konnte ihre politische Führung bei den Kommunalwahlen im März 1919 mit 7.483 Stimmen zu 4.865 Stimmen für die SPD deutlich ausbauen. Im Januar 1919 kam es zu weiteren Streiks, die in Horst begannen und sich dann auf den Raum Gelsenkirchen ausdehnten. Sie erfassten 80.000 Bergarbeiter im Ruhrgebiet, wobei auch die Buerer Zechen involviert waren. Diesmal beschränkten sich die Forderungen nicht auf wirtschaftliche Belange, sondern erweiterten sich um die Sozialisierung des Bergbaus, die von den Arbeiter- und Soldatenräten auf einer Konferenz in Essen beschlossen worden war. Auf den Zechen wählten die Kumpel eines Steigerreviers einen Vertrauensmann, der Kontrollbefugnisse hatte; die versammelten Vertrauensleute wählten den Zechenrat.

²⁵⁰⁰ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 230. 1926 lebten dort 99.307 Einwohner, in: Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926, S. 12.

²⁵⁰¹ Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983, S. 13.

²⁵⁰² Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 197 f.

Zusammenstöße mit dem Militär führten im Februar 1919 zum Generalstreikaufruf im Ruhrgebiet, der auf ca. zwanzig Zechen befolgt wurde. Während zunächst die Bergarbeiter in Gelsenkirchen überwiegend zur Schicht anfuhrten, wurde der Streik im Raum Buer auf den Zechen *Graf Bismarck* 2/6 und 3/5, *Hugo 1* und 2, *Scholven*, *Bergmannsglück* und *Westerholt* befolgt. Er führte zum Bruch der radikalisierten Bergleute mit der SPD, die sich gegen Generalstreik und Sozialisierung stellte, und zur Gründung der *Allgemeinen Bergarbeiterunion*. Im April 1919 rief diese zum Streik für die Sechs-Stunden-Schicht, Lohnerhöhungen, Anerkennung der Betriebsorganisation und Entwaffnung der Freikorps auf, womit die moderaten Gewerkschaften nicht einverstanden waren. Zu diesem Zeitpunkt hatten bereits die Belegschaften einiger Zechen in Buer die Sechs-Stunden-Schicht selbstständig eingeführt. Ein vierwöchiger Kampf konnte die Verkürzung der Arbeitszeit von siebeneinhalb auf sieben Stunden durchsetzen, die vom BAV mit den Grubenbesitzern tarifiert wurde. Die Not im Arbeitskampf, die in Buer zur Plünderung von Lebensmittelgeschäften mit drei Toten durch das Militär geführt hatte, führte zu einer starken Abwendung vom reformistischen *Bergarbeiterverband*²⁵⁰³.

Der Kapp-Putsch am 13. März 1920 war nach Goch der Auftakt zu einer „dritten revolutionären Welle“, wobei in Buer am gleichen Tag die drei Zechen *Bergmannsglück*, *Hugo* und *Scholven* bestreikt wurden²⁵⁰⁴. Nachdem Buer von Reichswehrtruppen erst militärisch besetzt, dann aber wieder verlassen worden war, bildeten sich dort Einheiten der *Roten Ruhrarmee* vor allem aus Bergarbeitern der Zeche *Graf Bismarck*, die bei Dorsten gegen die Reichswehr kämpften. Das sog. *Bielefelder Abkommen*, mit dem sich die *Rote Ruhrarmee* verpflichtete die Waffen niederzulegen, stieß bei der KPD im Ruhrgebiet auf Ablehnung. In Buer kam es auf einer öffentlichen Kundgebung zu einem Disput zwischen dem Vertreter der USPD, der die Annahme des Abkommens empfahl, und dem KPD-Vertreter Anke, der für die Fortsetzung des Kampfes eintrat²⁵⁰⁵. Zum Zeitpunkt des Kapp-Putsches war die KPD im Ruhrgebiet schwach, da sich ihre große Mehrheit nach dem Heidelberger Parteitag 1919 der KAPD angeschlossen hatte. Organisatorischer Nährboden des linken Radikalismus war die Gewerkschaft der *Freien Arbeiter-Union Gelsenkirchen* und später die *Union der Hand- und Kopfarbeiter*, die einen Schwerpunkt im Raum Gelsenkirchen und Umgebung hatte, wo sie 1920 auf den Zechen vierzig Prozent der Betriebsräte hinter sich brachte, während der sozialdemokratische BAV 25 Prozent und die christlichen Gewerkschaften 18 Prozent erreichten.

Der Einmarsch der französischen Armee in Buer am 13.1.1923 führte zu einer Krise der Klassenherrschaft. Nachdem der passive Widerstand der Reichsregierung zusammengebrochen war, kam es auf den Zechen zu Massenentlassungen. Im Dezember

²⁵⁰³ Ebd., S. 199 f.

²⁵⁰⁴ Ebd., S. 244 f.

²⁵⁰⁵ Lucas, Die Niederlage, S. 195.

1923 lebten 85 Prozent der Familien in Buer von Erwerbslosenunterstützung. Der politische Einfluss der KPD in Buer war im Mai 1924, ein halbes Jahr nach dem sog. *Deutschen Oktober*, stark. Bei den gleichzeitig stattfindenden Wahlen zur Stadtverordnetenversammlung und zum Reichstag konnte die KPD 12.121 (31,3 %) bzw. 12.607 (32,1 %) Stimmen erhalten²⁵⁰⁶.

Ausgehend von den Arbeitskämpfen im Jahr 1916 begann in der Arbeiterschaft Buers ein Prozess der Radikalisierung, zunächst geprägt von Streiks für Sofortforderungen, der in Auseinandersetzungen um die qualitative Forderung nach Arbeitszeitverkürzung überging und in Streiks zur Durchsetzung der Sozialisierung des Bergbaus und gegen den Kapp-Putsch, in bewaffneten Kämpfen gegen Regierungstruppen und Freikorps, im Kampf gegen die Ruhrbesetzung durch die Franzosen und in der Hoffnung auf den *Deutschen Oktober* 1923 immer neue Höhepunkte fand. In diesen acht Jahren wandte sich eine Mehrheit der Arbeiter Buers von den gemäßigten Gewerkschaften ab und den Unionen zu, gingen viele Anhänger der SPD erst zur USPD, dann zur KPD über. Die stete Radikalisierung fand zwar keine allgemeinpolitische Lösung, begünstigte aber den linken Flügel in der KPD.

Die Buerer KPD war frühzeitig „linkskommunistisch“ geprägt²⁵⁰⁷. Zu ihren örtlichen Sprechern gehörten 1924 die linken Kommunisten Erwin Restetzki, Felix Szymczak und Karl Jonschker. Ihre politischen Wurzeln reichten relativ weit zurück. Erwin Restetzki war seit 1914 Mitglied der SPD und 1918 Mitbegründer des *Spartakusbundes* in Danzig gewesen²⁵⁰⁸. Er war unter der Levi-Führung nach dem Heidelberger Parteitag 1919 aus der KPD ausgeschlossen worden und zur KAPD übergewechselt, später aber wieder in die KPD zurückgekehrt. Wie wir bereits gesehen haben, war Restetzki Mitglied der Bezirksleitung Ruhr der KPD und zeitweise Sekretär des KPD-Unterbezirks Buer²⁵⁰⁹. Erwin Restetzki wohnte zwar in Dortmund²⁵¹⁰, war aber in Buer politisch tätig. Karl Jonschker (Jahrgang 1901) hatte in Mitteldeutschland unter Max Hölz gekämpft, der 1921 Mitglied der KAPD war²⁵¹¹. Jonschker war seit 1919 Mitglied der KPD und hatte vorher dem *Spartakusbund* angehört²⁵¹². Felix Szymczak war seit 1918 Mitglied des *Spartakusbundes*. Er wurde zum Politischen Leiter des *Rotfrontkämpferbundes* im

²⁵⁰⁶ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 266 f.

²⁵⁰⁷ Lucas, Die Niederlage, S. 116.

²⁵⁰⁸ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privataarchiv Wernicke.

²⁵⁰⁹ Wieviel Mitglieder sind aus der Partei ausgeschlossen?, in: Fahne des Kommunismus, 1. Jg., Nr. 29, Berlin 30.9.1927, S. 141.

²⁵¹⁰ Karteikarte Josef Restetzki, Einwohnermeldekartei im Stadtarchiv Dortmund. Restetzki war dort vom 11.1.1923 -3.2.1928 gemeldet.

²⁵¹¹ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 273; Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof Anklageschrift gegen Karl Jonschker, Berlin 8.6.1936, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45 (Texte und Materialien für Zeitgeschichte, Bd. 7), München 1998, S. 6, Mikrofiche-Archiv Universität Duisburg D98/LPF 1878, MF 0463.

²⁵¹² Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Karl Jonschker, Berlin 8.6.1936, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45 (Texte und Materialien für Zeitgeschichte, Bd. 7), München 1998, S. 5, Mikrofiche-Archiv Universität Duisburg D98/LPF 1878, MF 0463.

Untergau Buer seit dessen Gründung sowie Mitglied der RFB-Gauführung Ruhrgebiet. Für den 5. Weltkongress der Komintern wurde Szymczak zum Ersatzdelegierten der KPD gewählt²⁵¹³. Karl Jonschker war Mitglied der RFB-Untergauführung Buer sowie Mitglied der RFB-Ortsgruppenleitung Groß-Buer. Szymczak und Jonschker hatten den RFB im Untergau Buer aufgebaut²⁵¹⁴.

Restetzki übte den Beruf des Maschinenschlossers aus. Er fand selbst in Krisenzeiten Arbeit und war Leiter der KPD-Fraktion im *Deutschen Metallarbeiter-Verband* in Buer. Der Bergmann Karl Jonschker war von 1916 an drei Jahre lang Mitglied im BAV gewesen, den er 1919 verließ, um sich der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* anzuschließen²⁵¹⁵. Bei anderen radikal linken Buerer Kommunisten, soweit sie später die *Erklärung der Siebenhundert* unterschreiben, ist unbekannt, ob sie über den *Spartakusbund* oder über die USPD zur KPD kamen. Auffallend ist jedoch, dass ein erheblicher Teil der späteren radikal linken Oppositionellen der Buerer KPD seine Wurzeln in der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung hatte. Vor 1914 hatten der SPD angehört: der spätere KPD-Stadtverordnete und Genossenschaftsleiter Nanicke und der KPD-Stadtdelegierte Schweimanns seit 1912, der spätere KPD-Fraktionsleiter im *Baugewerksbund* Hapke seit 1901, das spätere Mitglied der KPD-Bezirksleitung und des Buerer Magistrats Muntenbeck seit 1907, der spätere KPD-Stadtrat Schenk seit 1903, das Mitglied der KPD-Unterbezirksleitung Wenther seit 1903 und die spätere Stadtverordnete Emilie Mai seit 1909. Der spätere KPD-Stadtverordnete und Mitglied der UBL Buer der KPD, Georges, war 1917, der spätere KPD-Stadtverordnete Ratchczak 1918 einer Arbeiterpartei beigetreten – wahrscheinlich der USPD. Nur wenige Funktionäre der radikal linken Oppositionellen in der Buerer KPD waren erst mit ihrem Eintritt in die Kommunistische Partei Mitglied einer Arbeiterpartei geworden²⁵¹⁶.

Die zeitweilige politische Festigung der Weimarer Republik nach dem gescheiterten *Deutschen Oktober* führte zu einem drastischen Rückgang des Einflusses der KPD in Buer: Bei den am 7. Dezember 1924 zeitgleich stattfindenden Wahlen zum Preußischen Landtag und zum Reichstag sank die Zahl ihrer Wähler auf 6.606 (17,3 Prozent) bzw. 8.078 (21,3 Prozent). Die Zahl der Mitglieder der KPD in Buer fiel von 1.850 im Oktober 1923 auf dreihundert Ende 1924. Die drei Wahlen im Jahr 1925 spiegeln den Rückgang des Einflusses der KPD wider: In der ersten Runde der Reichspräsidentenwahl am 29. März erhielt der KPD-Kandidat Thälmann in Buer 6.410 Stimmen (20,2 %). Im zweiten

²⁵¹³ Bezirkskomitee Niederrhein, An die Zentrale der K.P.D. Pol.-Büro. Bericht über die Landeskonferenz der K.P.D. Rheinland-Westfalen am 29.5.1924, Düsseldorf 30.6.1924, SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/4, Bl. 3.

²⁵¹⁴ Dokument 5. Flugblatt eines linksoppositionellen Führers, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 16979, in: Schuster, Rote Frontkämpferbund, S. 272 f.

²⁵¹⁵ Der Reichsanwalt am Volksgerichtshof, Anklageschrift gegen Karl Jonschker, Berlin 8.6.1936, in: Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45 (Texte und Materialien für Zeitgeschichte, Bd. 7), München 1998, S. 5, Mikrofiche-Archiv Universität Duisburg D98/LPF 1878, MF 0463.

²⁵¹⁶ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privataarchiv Wernicke.

Wahlgang am 26. April sank die Stimmenzahl auf 5.516 (14,8%). Das war deshalb ein tiefer Absturz, weil der SPD-Kandidat Braun, der im ersten Wahlgang in Buer 5.764 Stimmen bekommen hatte, in der zweiten Runde nicht mehr kandidiert hatte. Bei den Wahlen zum Westfälischen Provinziallandtag am 29. November 1925 bekam die KPD in Buer nur 5.656 Stimmen²⁵¹⁷. Die KPD hatte vor allem unter den masurischen Bergarbeitern z. B. in Buer-Resse erheblich an Einfluss verloren. Bei der Reichspräsidentenwahl 1925 votierten viele masurische Bergarbeiter, die vormals KPD gewählt hatten, für Hindenburg²⁵¹⁸.

In dieser Zeit rückte die Buerer KPD weiter nach links. Die *Erklärung der Siebenhundert* vom September 1926 wurde von sechzehn Funktionären der KPD-Buer unterschrieben, darunter ihrem Politischen Leiter, dem Organisationsleiter, dem Agitpropverantwortlichen, der Frauenleiterin und sieben kommunalen Abgeordneten²⁵¹⁹. Während in den folgenden innerparteilichen Auseinandersetzungen einige der oppositionellen radikal linken Buerer Kommunisten um die Bergleute Franz Georges und Gustav Muntenbeck wieder zur Linie der Parteimehrheit zurückfanden, wofür beide mit einer Kandidatur auf der Liste der KPD zu den Stadtratswahlen 1928 in Gelsenkirchen belohnt wurden²⁵²⁰, hielten Restetzki, Szymczak und Jonschker nicht nur an ihren radikalen linken Ansichten fest, sondern bezogen in den Auseinandersetzungen mit der KPD-Bezirksleitung zunehmend ultralinke Positionen.

Die KPD-Bezirksleitung konnte die Opposition auch deshalb ausschalten, weil die KPD in Buer bereits Ende Oktober 1925 vollständig auf Betriebszellen umgestellt war. Wegen der Betriebsstruktur gab es im Unterbezirk keine Straßenzellen und in der Stadtorganisation Buer nur wenige. Fast alle KPD-Mitglieder wurden in Betriebszellen eingegliedert. Von den radikal linken Kommunisten hatte es zunächst keine Einwände gegen die Umstellung von der Wohngebietsorganisation auf Betriebszellen gegeben²⁵²¹.

Als sich die Fraktion von Korsch/Schwarz im Ruhrgebiet in mehrere Teile spaltete, gingen Restetzki, Szymczak und Jonschker über die *Entschiedene Linke* zur KAPD. Am 21.8.1927 fand in Bochum eine Konferenz des „Unterbezirks Ruhrgebiet“ der KAPD statt, die von einer provisorischen Bezirksleitung einberufen worden war. Die Konferenz wählte eine Leitung für das Ruhrgebiet und legte deren Sitz in Buer fest. Am 28. August 1927 luden KAPD und *Entschiedene Linke* ins dortige Gewerkschaftshaus zu einer Veranstaltung unter dem Motto: „Warum darf kein revolutionärer Arbeiter der KPD. und RFB. angehören?

²⁵¹⁷ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 286 f.

²⁵¹⁸ Jäger, Wolfgang, Bergarbeitermilieus im Wandel, in: Bovermann, Rainer/Goch, Stefan, Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 7), Essen 1996, S. 52 f.

²⁵¹⁹ Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926, S. 4, Privataarchiv Wernicke.

²⁵²⁰ Herlemann, Kommunalpolitik der KPD, S. 313.

²⁵²¹ Die Reorganisation im Ruhrgebiet, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/29, Bl. 16 f.

Programm der KAPD²⁵²² ein. Die Veranstaltung war schlecht besucht²⁵²³. 1928 spaltete sich von der KAPD die AAU (*Der Kampf*) ab. Ihre Mitglieder traten 1930 in Buer und Umgebung auf Versammlungen den Nazis entgegen, ergriffen aber auch bei KPD-Veranstaltungen das Wort. Die AAU (*Der Kampf*) behauptete, dass der oftmals angekündigte Wilhelm Florin nur deshalb nicht erscheine, denn „immer; wenn er in Buer sprechen soll, dann kneift er, da er einer Auseinandersetzung mit der AAU. aus dem Wege geht“²⁵²⁴. Danach verliert sich die Spur der radikal linken Kommunisten um Felix Szymczak in Buer.

7.4 Bocholt

Bocholt, zwischen Ruhrgebiet und Münsterland gelegen, war von der Textilindustrie geprägt. Die Stadt zählte 1930 ca. 30.000 Einwohner²⁵²⁵. Vor dem Ersten Weltkrieg wurde sie parteipolitisch vom katholischen Zentrum beherrscht. Die meisten Gewerkschafter gehörten den christlichen Verbänden an. 1913 umfasste die freie Textilarbeitergewerkschaft nur einhundertunddreißig von 3.520 gewerkschaftlich organisierten Textilarbeitern²⁵²⁶. In den Jahren vor 1914 trat die SPD in Bocholt kaum noch in Erscheinung, was auch auf die Behinderung ihrer Tätigkeit durch die Behörden und die anti-sozialdemokratische Agitation der katholischen Kirche zurückzuführen war²⁵²⁷. Josef Schmitz war 1910 in eine freie Gewerkschaft und 1911 in die Bocholter SPD eingetreten²⁵²⁸. Er erlebte die schwere Niederlage der christlichen Textilarbeiter, die 1913 in Bocholt sechs Wochen lang für die Zehn-Stunden-Schicht und fünfzehn Prozent Lohnerhöhung gestreikt hatten, aber an der Aussperrung von 6.000 Textilarbeitern durch die Unternehmer gescheitert waren²⁵²⁹. Es waren die Jahre des Niedergangs der Bocholter Arbeiterbewegung, in denen Josef Schmitz zur ihr fand. Um nicht zu resignieren, brauchte

²⁵²² Rheinland-Westfalen, Unterbezirk Ruhrgebiet, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 8. Jg., Nr. 63, Berlin August 1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²⁵²³ Buer, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, 8. Jg., Nr. 69, Berlin 7.9.1927, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²⁵²⁴ Der Kampf. Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschland (Revolutionäre Betriebs-Organisationen), 11. Jg., Nr. 36, Berlin September 1930, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3085.

²⁵²⁵ Berens, Peter, *Trotzkisten gegen Hitler*, Köln 2007, S. 31.

²⁵²⁶ LAV NRW W, Reg. Münster Abt. VII, Nr. 61, Bd. 4, in: Buschfort, Hermann, *Zwischen Soutane und roten Fahnen. Die Geschichte der Bocholter SPD*, Essen 1986, S. 54.

²⁵²⁷ Ebd., S. 49.

²⁵²⁸ Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Josef (Jup) Schmitz an Adolf Ehlers (Bremen), Bocholt, 26.10.1948, in: Grebing, Helga, *Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949*, S. 126.

²⁵²⁹ Wuttke, Gisela, *Das Rad der Geschichte. Arbeitergeschichten aus dem Westmünsterland*, Münster 1995, S. 34 f.

er ein ausgeprägtes Durchhaltevermögen und viel kämpferischen Elan. Vielleicht half ihm dabei sein Kampfsport Ringen, in dem er als junger Mann Gaumeister wurde²⁵³⁰.

Josef Schmitz kam aus dem Ersten Weltkrieg nach Bocholt mit dem Ruf zurück, wegen antimilitaristischer Arbeit zu Festungshaft verurteilt worden zu sein, in guten Kontakten zu führenden Köpfen der Arbeiterbewegung wie Haase, Luxemburg und Liebknecht gestanden und im November 1918 dem *Arbeiter- und Soldatenrat* in Leipzig angehört zu haben. In den Großstädten Berlin und Leipzig hatte er wichtige politische Erfahrungen gesammelt. In den AuS-Rat in Bocholt wurde er am 16.1.1919 delegiert.

Im März 1919 setzten christliche und freie Gewerkschaften eine Neuwahl des provisorischen Arbeiterrates in Bocholt an, der sich aus Mitgliedern der USPD und KPD zusammensetzte. Bei der Neuwahl wurden von 1.036 Wählern neun christliche Arbeiter und ein SPD-Arbeiter gewählt. Die meisten der zweitausend Bocholter Arbeiter, die im Ruhrgebiet als Bergleute arbeiteten, konnten sich nicht aktiv an der Wahl beteiligen. Dagegen führte das frühere Mitglied des provisorischen Arbeiterrates, Josef Schmitz, beim Reichspräsidenten Ebert Beschwerde²⁵³¹. Organisiert im *Spartakusbund* gründete Schmitz 1919 in Bocholt die USPD, die 1920 mit mehreren hundert Mitgliedern zur KPD übergang und deren Vorsitzender er wurde²⁵³².

Den sozialen Nährboden für seine politische Tätigkeit in Bocholt fand er in der Armut und dem Elend der Textilarbeiter. Die Textilindustrie in Bocholt, während des Ersten Weltkrieges fast zusammengebrochen, befand sich 1923 in einer tiefen Krise, die nach einer kurzen Aufschwungsphase Bocholt zwei Jahre später erneut traf²⁵³³. Auch die zweitausend Bergleute aus Bocholt, die im Ruhrgebiet arbeiteten und nur am Wochenende nach Hause kamen, dürften für Schmitz Politik eine soziale und politische Basis geboten haben²⁵³⁴. Mit ihm als Sprecher setzten sich die Bocholter Stadträte der KPD für die Belange der Arbeiter und der „kleinen Leute“ ein. *Schmitz verteidigte bei der Stadtverwaltung auch Schmuggler, die beim illegalen nahen Grenzübergang zum nahen Holland gefasst worden waren, und setzte sich besonders für Arme und Erwerbslose ein*²⁵³⁵. Aufgrund seiner rhetorischen Fähigkeiten trat Schmitz als Referent der KPD auf. Als er einmal in Bocholt verhaftet wurde und auf der Wache von den vier Ortspolizisten eine „Abreibung“ erhalten sollte, schlug der geübte Kampfsportler alle vier zusammen und

²⁵³⁰ Interview mit Frau Böning (Enkelin von Josef Schmitz), Bocholt 26.4.2007.

²⁵³¹ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 60 f.

²⁵³² Schmitz, Josef, Verfolgungsvorgang, Bocholt 24.2.1954, Stadtarchiv Bocholt.

²⁵³³ Wuttke, Gisela, Das Rad der Geschichte. Arbeitergeschichten aus dem Westmünsterland, Münster 1995, S. 48.

²⁵³⁴ Walther/Engelmann, Linksentwicklung, S. 60 f.

²⁵³⁵ Berens, Peter, Trotskisten gegen Hitler, Köln 2007, S. 23 f. Der kursiv markierte Absatz ist dort bereits publiziert worden.

ging anschließend nach Hause²⁵³⁶. Solche Geschichten verschafften ihm bei der Bocholter Arbeiterschaft einen fast legendären Ruf.



Josef Schmitz vor 1933²⁵³⁷

Schmitz war nicht nur Gründer der USPD und der KPD in Bocholt. Zeitweise gehörte er der Bezirksleitung Ruhrgebiet und dem Zentralausschuss der KPD an²⁵³⁸. Unter seiner Regie wehrten sich die radikal linken Kommunisten gegen bürokratische Methoden der Bezirksleitung. Ein wichtiger Konfliktpunkt war die Weigerung der Bocholter KPD, ihre Wohngebietsorganisation auf das Betriebszellensystem umzustellen. Daraufhin warf die Unterbezirksleitung Hamborn ihrer Bocholter Ortsgruppe vor, „keine zielbewußte, energische und zähe Arbeit zur Eroberung des Großbetriebs“ zu leisten. Dagegen betonten die radikal linken Bocholter Kommunisten, „daß in Bocholt die Mitgliedschaft fortlaufend zu allen politischen Fragen in Mitgliederversammlungen Stellung nimmt“. Die damals über fünfzig Mitglieder der KPD ständen auf dem Boden der Oppositionszeitung *Kommunistischen Politik*. Außerdem gäbe es die Großbetriebe mit 6000 Arbeitern in Bocholt nicht, die die KPD-BL Ruhrgebiet dort vermute. Die oppositionellen Bocholter Kommunisten stellten die Frage:

„Was aber muß mit einer BL-Leitung Florin, Schubert usw. geschehen, die nach 3 Jahren Bolschewisierung, Reorganisation auf Betriebszellen und 100%iger Gewerkschaftsarbeit heute immer noch nicht weiß, welche Großbetriebe sie in ihrem Bezirke hat“²⁵³⁹

²⁵³⁶ Interview mit Frau Böning (Enkelin von Josef Schmitz), Bocholt 26.4.2007.

²⁵³⁷ Ausschnitt aus einem Familienfoto mit Josef Schmitz (Quelle: Frau Böning).

²⁵³⁸ Wieviel Mitglieder sind aus der Partei ausgeschlossen?, in: Fahne des Kommunismus, 1. Jg., Nr. 29, Berlin 30.9.1927, S. 141; Schmitz, Josef, Verfolgungsvorgang, Bocholt 24.2.1954, Stadtarchiv Bocholt.

²⁵³⁹ Parteizerstörung im Ruhrgebiet, in: Kommunistische Politik, 1. Jg., Nr. 15/16, Berlin Ende August 1927, S. 6, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560 a.

Josef Schmitz wurde Anfang 1932 erneut aus der KPD ausgeschlossen. Sein Ansehen, weshalb die KPD-Bocholt einstimmig zu „96%“ hinter ihm stand²⁵⁴⁰, verdankte er nicht nur seiner politischen Gradlinigkeit, sondern auch seinem rednerischem Talent. Schmitz war „ein mitreißender Redner“ und konnte „lange ohne Manuskript sprechen“²⁵⁴¹. Wenn solche Redner auf Kundgebungen Menschen bewegen konnten, so galt das noch mehr für interne Parteiversammlungen. Eine Umstellung der Bocholter KPD auf das Betriebszellensystem hätte Schmitz in eine kleine Zelle verbannt und seine Wirkungsmöglichkeit eingeschränkt. Der KPD-Leitung hätte es damit vielleicht gelingen können, Teile der Bocholter KPD auf ihre politische Linie zu bringen. Weil sich jedoch die Bocholter KPD weigerte, das Betriebszellensystem einzuführen, war es der Mitgliedschaft auf der Mitgliederversammlung möglich, in freier Diskussion einen politischen Standpunkt zu wählen, der – beeinflusst von Schmitz – ein radikal kommunistischer war.

Es waren die Kleinstädte Bocholt, Ickern und Wattenscheid, in denen die linken bzw. radikal linken Kommunisten eine starke Stellung besaßen bzw. behalten konnten. Dort gab es weniger Großbetriebe, die eine Betriebszellenstruktur der KPD ermöglicht hätten. Für die oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten blieb die Mitgliederversammlung das Entscheidungsgremium. Anders in der Mittelstadt Buer, wo die Betriebszellenstruktur die KPD prägte und die Mitgliederversammlung durch Delegiertenkonferenzen ersetzt wurde. In der Mittelstadt Buer und in der Großstadt Dortmund konnte sich die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet schneller gegen die offen linke und radikal linke Opposition durchsetzen.

7.5 Typus

Die von Bergarbeitern geprägte Arbeiterbewegung radikalisierte sich in Wattenscheid zwischen 1915 - 1923, in Buer zwischen 1916 - 1924, in Ickern zwischen 1918 - 1924 durch massive Streiks, Protestkundgebungen und bewaffnete Auseinandersetzungen während des Kapp-Putsches 1920. Hier wie auch in Bocholt kam es während der Novemberrevolution zu Konflikten zwischen den Revolutionären und den gemäßigten Kräften in der Arbeiterbewegung. Die heftigen Klassenkämpfe führten zu Umbrüchen, deren politischer Ausdruck die Bildung von Arbeiterräten, Unionen, der *Roten Ruhrarmee*, USPD und KPD war. In Bocholt war die Arbeiterschaft der Textilindustrie aufgrund ihrer schlechten sozialen Lage für politische Umbrüche empfänglich, wie sie aus dem Großraum

²⁵⁴⁰ Ebd., S. 6; Die Zahl von 300 Mitgliedern für 1927 dürfte entweder viel früher (etwa 1923) oder später (etwa nach der großen Mobilisierung 1930 in Bocholt) als KPD erreicht worden sein, vgl. Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Josef (Jup) Schmitz an Adolf Ehlers (Bremen), Bocholt, 26.10.1948, in: Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 126.

²⁵⁴¹ Interview mit Fritz Pitz, Bocholt 24.7.1995, in: Niebur, Mein ganzes Leben, S. 36.

Ruhrgebiet ausstrahlten und über die zweitausend Bocholter Arbeiter, die sich im Ruhrbergbau verdingen mussten, weitervermittelt wurden. Die Radikalisierungsprozesse der Arbeiterbewegung fanden ihre Sprecher in Wattenscheid in Johann Triebeck, in Ickern in Hans Körbs und in Bocholt in Josef Schmitz. Erwin Josef Restetzki kann zumindest als ein Sprecher des radikalen Flügels der Arbeiterbewegung in Buer bezeichnet werden.

Für ihre politische Tätigkeit mussten die genannten Aktivisten mit massiven Benachteiligungen rechnen. Schmitz fand in Bocholt zwischen 1924 und 1930 keine Arbeit und erhielt zwischen 1920 und 1929 wegen seiner politischen Aktivitäten sieben Vorstrafen²⁵⁴². Triebeck war lange Zeit und Restetzki zeitweise erwerbslos. Hans Körbs bekam im Juni 1930 von der Stadtverwaltung, bei der er dreieinhalb Jahre im Baubereich beschäftigt war, die Kündigung, nachdem er für die KPD auf der 1. Mai-Kundgebung in Castrop gesprochen hatte. Körbs sah seine Kündigung als politisch motiviert an, da er vorher von einem Baurat davor gewarnt worden war, sich an politischen Veranstaltungen zu beteiligen²⁵⁴³.

Hinzu kamen Diffamierungsversuche von KPD und SPD. Im *Ruhrecho* brandmarkte die Bezirksleitung Ruhr der *Roten Hilfe* Felix Szymczak als „Agent der Bourgeoisie“²⁵⁴⁴. Aus der KPD waren die führenden Buerer oppositionellen Linkskommunisten als „Parteischädlinge“ ausgeschlossen worden²⁵⁴⁵. Im Kampf gegen ihre radikal linken Kritiker scheute die KPD nicht vor dem Versuch zurück, deren wirtschaftliche Existenz zu vernichten. Die SPD diffamierte Schmitz als „rrrevolutionären Biedermann“²⁵⁴⁶.

Johannes Triebeck, Josef Schmitz, Erwin Restetzki und Hans Körbs waren marxistisch geschulte Arbeiter. Zu neuartigen, komplizierten politischen Ereignissen wie z. B. dem aufkommenden Stalinismus, der Degenerierung der Sowjetunion, der Bürokratisierung der KPD nahmen sie selbstständig Stellung. Dazu zählte die Umstellung der KPD auf eine Betriebszellenorganisation, die von Schmitz, Triebeck und Restetzki kritisiert wurde.

Die linksoppositionellen Wattenscheider Kommunisten um Johann Triebeck, Rudolf Braun, Heinrich Morzfeld, Anton Schimanski, Albert Haase und Maria Jendry, die 1928 den *Leninbund* in Wattenscheid gründeten, sprachen und schrieben kein gutes Deutsch. Sie waren „einfache Proletarier“. Aber sie hatten ein hohes Klassen- und Problembewusstsein.

²⁵⁴² Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Josef Schmitz RW 58/13988, Bl. 4.

²⁵⁴³ Bericht der Stadtverordneten-Sitzung am 17. Juni 1930, in: Stenographische Niederschriften der StadtverordnetenVersammlungen der Stadt Castrop Rauxel vom 16. Januar 1930 bis 19. Januar 1933, Castrop-Rauxel 31.5.1930, Stadt Castrop-Rauxel Archiv, B II 16.

²⁵⁴⁴ Berufsmäßige Verleumder, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 57, Berlin Juli 1927, S. 4, Institut für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²⁵⁴⁵ Neue Massenausschlüsse aus der KPD, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 1. Jg., Nr. 12, Berlin 2.6.1927, S. 6, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²⁵⁴⁶ [SPD Bocholt], Ein rrrevolutionärer Biedermann. Inventur bei der Bocholter KPD. Generalabrechnung mit Josef Schmitz, [Bocholt] o. D., Stadtarchiv Bocholt BOH 3, Nr. 861.

In der Diskussion mit dem international bekannten russischen Revolutionär Leo Trotzki traten sie selbstbewusst auf. Wenn sie dabei den „verkehrten Kurs in Russland“ kritisierten, der durch die Führung auf die einzelnen Sektionen übertragen werde, was dazu führe, dass „in sämtlichen Sektionen“ der Komintern die „besten (...) Genossen“ ausgeschlossen würden, dann zählten sie sich selbst dazu. Die Wattenscheider Mitglieder des *Leninbundes* warfen Trotzki vor, „die wirkliche Lage der einzelnen Gruppen der Opposition in den Sektionen nicht richtig beurteilen zu können“. Trotzki betrachte die „weltpolitische Lage“ sowie die Deutschlands durch seine „russische Brille“ und setze deshalb auf die falschen Verbündeten – die Minderheit im *Leninbund* um Anton Grylewicz. Als Beispiel führten Triebeck und Genossen an, dass sich Trotzki gegen die Aufstellung selbstständiger Kandidaten bei Kommunalwahlen ausgesprochen hatte. Doch habe der *Leninbund* mit 75% Mehrheit diese Wahltaktik gebilligt²⁵⁴⁷. Dieser Punkt dürfte den linken Kommunisten in Wattenscheid deshalb aufgestoßen sein, weil sie mit einer eigenständigen Kandidatur im Stadtrat vertreten waren und darüber Gehör in der Arbeiterschaft fanden. Ihr Forum war nicht der Betrieb und der Betriebsrat, sondern die Kommune und der Stadtrat.

Auch Hans Körbs eignete sich ein umfangreiches marxistisches Wissen an. Bei komplizierten taktischen und strategischen Debatten ergriff er selbstständig Position. Die Spaltung zwischen der *Gruppe Kommunistische Politik* und der *Gruppe Entschiedene Linke*, die Frage des Eintritts der *Gruppe Entschiedene Linke* in die KAPD und die Spaltung zwischen der *Gruppe Entschiedene Linke* und der *Linken Arbeiteropposition der KPD. Ruhrgebiet* war von ausführlichen Diskussionen begleitet. Körbs lehnte den Eintritt in die KAPD ab, weil er eine Mitarbeit in den reformistischen Gewerkschaften nicht ausschließen wollte und eine revolutionäre Tätigkeit im Parlament befürwortete. Das waren keineswegs klassisch ultralinke Positionen. Körbs gehörte zu einer kleinen schmalen Schicht von Arbeitern mit marxistischem Bewusstsein. Die Gründung der *Linken Arbeiteropposition der KPD* mit eigenem Politbüro weist auf ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein hin.

Der Arbeiter Josef Schmitz gab als leitender Redakteur von November 1928 bis Dezember 1929 das vierzehntägige *Mitteilungsblatt* heraus, das im Ruhrgebiet, Gladbach-Reydt, Wesel, Emmerich, Bocholt, im Würmgebiet bei Aachen und in München verbreitet wurde, publizierte von März 1929 bis März 1930 das Bocholter Lokalblatt *Die Wahrheit* und ab Dezember 1929 die gedruckte Wochenzeitung *Der Klassenkämpfer* der *Gruppe Kommunistische Politik*²⁵⁴⁸. Die SPD machte sich darüber lustig, als sie schrieb, Schmitz „betätigte sich als Schriftsteller, da er (...) in sich das Zeug zu literarischer Tätigkeit

²⁵⁴⁷ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁵⁴⁸ Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Josef Schmitz RW 58/13988, Bl. 3.

fühlte²⁵⁴⁹. Dem Arbeiter Josef Schmitz unterliefen zwar Schreibfehler, aber er orientierte sich politisch eigenständig, wie in seiner Stellungnahme zu den Gewerkschaften gezeigt worden ist (s. Kapitel 5.2 *Revolutionäre oder reformistische Gewerkschaften?*). Der Rollschrank in dem Haus von Schmitz stand voll mit wissenschaftlichen und politischen Büchern²⁵⁵⁰. Schmitz war für Karl Korsch „einer der besten, klarsten und festesten Genossen in meiner Gruppe“²⁵⁵¹.

In Buer hatten sich die Bergarbeiter Restetzki, Szymczak und Jonschker in den Kämpfen der Nachkriegszeit radikalisiert, hatten auf Versammlungen, Konferenzen, Demonstrationen, Kundgebungen und Veranstaltungen als Repräsentanten der KPD gesprochen. Schuster mag sie nicht für besonders qualifiziert halten²⁵⁵², vielleicht auch deshalb, weil sie kein fehlerfreies Deutsch schreiben konnten. Ihre Analysen mögen intellektuell nicht sehr anspruchsvoll formuliert gewesen sein, aber in zwei entscheidenden Punkten äußerten sie eine politische Kritik von erheblicher Brisanz: sie lehnten die Bürokratisierung der KPD ebenso ab wie die Bürokratisierung der Sowjetunion. Damit verkörperten sie eine moralische Aufrichtigkeit, ohne die keine großen Taten und keine revolutionären Veränderungen möglich waren²⁵⁵³.

Wenn linke und radikal linke oppositionelle Kommunisten in diesen Klein- und Mittelstädten eine so bedeutende Rolle spielen konnten, dann lag das auch daran, dass der KPD-Apparat dort schwach war und kaum Einflussmöglichkeiten besaß. Die polyzentrische Struktur des Ruhrgebiets bot der örtlichen KPD Nischen, die selbst mit ca. dreihundert freigestellten Kommunisten nicht zu kontrollieren waren. Bei Schmitz, Triebeck, Restetzki und Körbs handelte sich um revolutionäre Aktivisten von lokaler Bedeutung. Jeder von ihnen vereinigte Talente des Organisatoren, Agitatoren / Redners und Propagandisten in einer Person. Sie schafften es aber nicht, zusammen mit anderen Linksoptionellen *im gesamten Ruhrgebiet* eine führende Rolle zu spielen. Dafür bildete die polyzentrische Struktur des Ruhrgebietes ein zusätzliches Hindernis. 1923-1924 gehörten Schmitz, Körbs, Restetzki und Triebeck zur linken Opposition der KPD. 1925 schlossen sich Schmitz, Körbs und Restetzki der radikal linken Opposition und 1926 der Fraktion um Korsch/Schwarz an, um 1927-1928 schließlich drei verschiedenen politischen Spaltprodukten anzugehören. Die einzigen Organisationen, die im Vergleich zur KPD eine revolutionäre Führung für das ganze Ruhrgebiet hervorbrachte, waren die *Union der Hand-*

²⁵⁴⁹ [SPD Bocholt], Ein rrevolutionärer Biedermann. Inventur bei der Bocholter KPD. Generalabrechnung mit Josef Schmitz, [Bocholt] o. D., Stadtarchiv Bocholt BOH 3, Nr. 861.

²⁵⁵⁰ Klein-Langenhoff, Adalbert, Eidesstattliche Versicherung, Bocholt 9.7.1954, Stadtarchiv Bocholt, 3 K 345.

²⁵⁵¹ Korsch, Karl, Brief an Felix Weil, Boston 2.8.1948, in: Buckmiller, Michael/Prat, Michel (Hrsg.), Karl Korsch Gesamtausgabe, Bd. 9 Karl Korsch Briefe 1940-1958, Amsterdam 2001, S. 1212.

²⁵⁵² Schuster, Rote Frontkämpferbund, S. 162.

²⁵⁵³ Dokument 5. Flugblatt eines linksoppositionellen Führers, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 16979, in: Schuster, Rote Frontkämpferbund, S. 275 f.

und *Kopfarbeiter* und vorübergehend auf militärischem Gebiet die *Rote Ruhrarmee* gewesen.

Bei Triebeck, Schmitz, Körbs und Restetzki handelte es sich um einen anderen Typus des Aktivisten und Funktionärs als den, wie ihn die SPD unmittelbar vor und nach dem Ersten Weltkrieg im Ruhrgebiet verkörperte. Selbst wenn sie einmal Arbeiter gewesen waren, wurden lokal führende Sozialdemokraten über ihre Parteitätigkeit sozial zu Angestellten und mental zu Beamten. Die führenden Dortmunder Aktivisten der SPD vor und nach dem Ersten Weltkrieg waren entweder bezahlte Mitarbeiter der Parteizeitung oder Gewerkschaftsfunktionäre. Als Redakteure hatten sie häufig für Presseverstöße in Haft gesessen. Als Gewerkschafter mussten sie viele Benachteiligungen, auch ihre Entlassung in Kauf nehmen, konnten dann aber Gewerkschaftssekretär werden. Politische Repression und sozialer Aufstieg hatten sie politisch geprägt. Redakteure und andere Zeitungsmitarbeiter lebten ebenso von ihrer Tätigkeit wie hauptamtliche Gewerkschafter. Ihre Überzeugung fußte auf einer materiellen Basis. Je häufiger die Redakteure von einer zur anderen sozialdemokratischen Zeitung wechselten, desto abhängiger wurden sie vom zentralen SPD-Parteiapparat, über den Posten vermittelt wurden und dessen politisches Wohlwollen dabei förderlich war. Gewerkschafter waren mehr lokal verwurzelt. Je bekannter, verhasster und gefürchteter sie bei den Unternehmern wegen ihrer Gewerkschaftsarbeit waren, umso abhängiger wurden sie von ihrer hauptamtlichen Tätigkeit, die ihren Broterwerb sicherte. In der kapitalistischen Wirtschaft konnten sie nur schwer wieder einen Arbeitsplatz finden. Ihre soziale Stellung und ihr Ansehen in der Arbeiterschaft hingen von der Gewerkschafts- bzw. Parteitätigkeit ab. Von neunzehn führenden Dortmunder SPD-Funktionären, die schon vor 1914 aktiv waren, blieb die große Mehrheit nach der Novemberrevolution bei der sozialdemokratischen Partei. Nur einer ging zur USPD und einer zur KPD²⁵⁵⁴.

Die vier dargestellten Personen hatten aber durchaus Ähnlichkeiten mit dem ursprünglichen Aktivisten der „radikaldemokratischen Phase der deutschen Sozialdemokratie“, der sich „Führerstatuts als Volksredner an der Front der Versammlungen“ erworben hatte. Nicht zufällig war das jene Phase der Sozialdemokratie, als sich „die informelle Macht der Hinterzimmerdiplomatie kleiner Kreise, der Gremienmaschinen und Drahtzieher verzweigter Seilschaften noch nicht ausgebreitet hatte“²⁵⁵⁵. Die widersprüchliche Entwicklung zwischen Aufbauphase und Bürokratisierung, die Welskopp für die Sozialdemokratie im 19. Jahrhundert beschreibt, ähnelt der der KPD

²⁵⁵⁴ John, Matthias, Aus dem Innenleben der Dortmunder Sozialdemokratie um 1900 mit Kurbiographien einiger ihrer führenden Funktionäre, in: Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 96/97, Dortmund 2005/2006, S. 156 f.

²⁵⁵⁵ Welskopp, Thomas, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz (Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54), Bonn 2000, S. 384.

Mitte der 1920er Jahre, mit dem Unterschied, dass sich die nun formelle Macht der „Gremienmaschinen“ u. a. auf die ‚Atomisierung‘ der Mitgliedschaft stützte, der der „Volksredner“ nur auf lokaler Ebene etwas entgegenstellen konnte. Welskopps Charakterisierung als „bodenständige Milieuführer“ trifft auch auf Triebeck, Schmitz, Körbs und Restetzki zu²⁵⁵⁶.

Die Vier verkörperten auch einen anderen Typus des politischen Aktivisten als führende Funktionäre der Ruhr-KPD. Die fünf Spitzenfunktionäre Schubert, Kropp, Ende, Florin und Hassel, die ab 1925 die ‚Atomisierung‘ der Ruhr-KPD leiteten, waren dafür von der KPD-Führung Fischer/Maslow/Thälmann bzw. Thälmann-Meyer/Ewert beauftragt worden. Einige waren ursprünglich Arbeiter gewesen, aber niemand von ihnen kam aus dem Ruhrgebiet oder hatte dort länger gewohnt. Zwei der fünf hatten ihre Wurzeln in der SPD, niemand im *Spartakusbund*, drei in der USPD. Alle fünf traten der KPD nicht bei ihrer Gründung, sondern erst 1920 über die USPD bei der Vereinigung zur VKPD bei. Dass Schubert, Kropp, Ende, Florin und Hassel eine führende Rolle bei der ‚Atomisierung‘ der Ruhr-KPD spielen sollten, war kein Zufall. Geringe Erfahrung in der SPD, späte Radikalisierung über die USPD, keine Tradition im *Spartakusbund* und in der frühen KPD von 1919 kombiniert mit der fehlenden Verankerung im Milieu und den Kämpfen der Bergarbeiter des Ruhrgebiets machten diese Funktionäre um so abhängiger vom Apparat der KPD und von der vorgegebenen politischen Linie des ZK.

Triebeck, Schmitz, Körbs und Restetzki unterschieden sich auch vom Typ der Funktionäre Schütz, Schwan und König, die 1924 führende Sprecher der linken Kommunisten im Ruhrgebiet waren. Diese hatten zwar Wurzeln im Ruhrgebiet, verloren aber ihre lokale Verankerung und politische Bodenhaftung durch Versetzung in andere Regionen. Außerdem hingen Schwan und Schütz an ihren Reichstagsmandaten. Auch die führenden Sprecher der radikalen Linken in Buer, Felix Szymczak und Erwin Restetzki hatten hauptamtlich für die KPD gearbeitet, bis sie wegen ihrer oppositionellen Tätigkeit entlassen worden waren. Wieder als Kumpel auf der Zeche *Bergmannsglück* einfahrend, mussten sie sich gegen die öffentliche Diffamierung durch die KPD wenden, die versuchte, ihre Entlassung auf der Zeche zu bewirken²⁵⁵⁷. Als das KPD-Organ *Ruhrecho* fragte, warum Szymczak auf *Bergmannsglück* eingestellt wurde, während die Kommunisten aus den Betrieben flögen, antwortete die *Kommunistische Arbeiterzeitung* mit der Gegenfrage, ob Szymczak deshalb oppositionell geworden sei, um vom Angestellten der

²⁵⁵⁶ Ebd., S. 396 f.

²⁵⁵⁷ Dokument 5. Flugblatt eines linksoppositionellen Führers, LAV NRW R, BR 0007, Reg. Düsseldorf 44/16979, in: Schuster, Rote Frontkämpferbund, S. 275 f.

Partei wieder zum Bergarbeiter zu werden²⁵⁵⁸. Der Sprecher der radikal kommunistischen Bocholter Ortsgruppe der KPD, Josef Schmitz, bekam nach eigener Aussage von der KPD-Bezirksleitung Ruhr das Angebot

„ihn innerhalb 4 Wochen zum Parteiangestellten zu machen, wenn er sich von der Opposition abwende, die Linie der Partei als richtig anerkenne und einen diesbezüglichen Revers unterschreibe“.

Schmitz lehnte das Angebot ab, weil er darin einen Versuch der „Bestechung“ sah²⁵⁵⁹. Die vier linken oppositionellen Kommunisten galten als unbestechlich. Die erneute Mitgliedschaft von Hans Körbs in der KPD, für die er auf Platz 8 bei der Kommunalwahl kandidierte, sprach nicht dagegen. Körbs hatte schon bei der KPD (linker) Flügel darauf verzichtet zu kandidieren, d. h. als deren Spitzenmann sicher ins Parlament einzuziehen und vier Jahre lang Sitzungsgelder zu kassieren.

Triebbeck, Schmitz, Körbs und Restetzki stellten auch einen anderen Typus des Aktivisten dar, als den von Goch beschrieben: des mit der Radikalisierung durch die Streikwellen frisch politisierten jungen, angelernten, unverheirateten und rebellischen Fabrikarbeiters, der in den freien Gewerkschaften Mitglied wurde und dort in Gegensatz zu dem älteren, erfahrenen, berufsstolzen, handwerklich geprägten und verbandstreuen Gewerkschaftersfunktionär geriet²⁵⁶⁰. Alle Vier waren verheiratet, Schmitz und Triebbeck kamen aus der alten SPD und Fabrikarbeiter war niemand von ihnen.

Somit verkörperten Triebbeck, Schmitz, Körbs und Restetzki in der Arbeiterbewegung des Ruhrgebiets einen eigenen Typus: den des in der lokalen Arbeiterschaft fest verwurzelten, durch die revolutionären Aufbrüche 1918 bis 1924 geprägten, verheirateten, marxistisch geschulten, selbstständig denkenden, unbestechlichen, trotz guter beruflicher Ausbildung meist arbeitslosen (Berg)Arbeiters, aus Vorkriegs-SPD, USPD und *Spartakusbund* kommend, der als Organisator, Agitator / Redner und Propagandist führend für die KPD vor Ort tätig war. Damit stellten Triebbeck, Schmitz, Körbs und Restetzki einen besonderen Typus des kommunistischen Aktivisten dar – der durch die ‚Atomisierung‘ aus der KPD des Ruhrgebiets vertrieben wurde. Wenn Eumann den „einfachen Mitgliedern“ der KPD unterstellt: „Die wenigsten von ihnen waren intellektuell dazu in der Lage, innerhalb des kommunistischen Spektrums einen eigenen politischen Standpunkt einzunehmen“, und

²⁵⁵⁸ Ein letzter Versuch, in: Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, 8. Jg., Nr. 60, Berlin Juli 1927, S. 4, Bibliothek des Ruhrgebiets - Institut für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3075.

²⁵⁵⁹ Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, 2. Jg., Nr. 4, Bocholt 15.2.1929, LAV NRW R, BR 1041/Nr. 660, Reg. Düsseldorf 30661 I, Bl. 174.

²⁵⁶⁰ Goch, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, S. 220.

damit begründet, dass die „Fraktionskämpfe nicht zuletzt deswegen an den meisten KPD-Mitgliedern beinahe völlig vorbei(gingen)“, so waren auch Schmitz, Körbs, Restetzki und Triebeck einfache Kommunisten im Unterschied zu „den professionellen Angehörigen der Parteispitze“. Wenn die Genannten aus der Gruppe der „einfachen Mitglieder“ herausragten, dann taten sie das nicht wegen ihres intellektuellen „Bildungsniveaus“²⁵⁶¹, sondern wegen ihres politischen Bewusstseins. Politische Radikalisierungsprozesse wie den der Bergarbeiter zwischen 1916-1924 lassen sich nicht mit dem „Bildungsniveau“ erklären.

Allgemeine Hinweise auf die Länge der Parteizugehörigkeit von KPD-Funktionären, die im Bezirk Ruhrgebiet die 'Atomisierung' unterstützten, und von linkskommunistischen Oppositionellen lassen sich aus der Unterstützung der *Erklärung der Siebenhundert* von 1926 und sechshundachtzig Daten von Delegierten zum Bezirksparteitag der KPD-Ruhr 1928 entnehmen²⁵⁶². Gehörten 1926 über fünfzig Prozent der linken Oppositionellen im Ruhrgebiet bereits über acht Jahre der Arbeiterbewegung an, und waren damit durch die Novemberrevolution und die großen Streikkämpfe geprägt, so verfügte im Funktionskörper der stalinistischen Ruhr-KPD im Jahr 1928 nur jeder Dritte über langjährige politische Erfahrung. Auffallend hoch war bei den linken Oppositionellen auch der Anteil des revolutionären Jahrgangs von 1923, der mit fast 20 Prozent die zweitstärkste Gruppe stellte, während dieser Jahrgang bei den KPD-Funktionären des Bezirksparteitags mit 5,8 Prozent am Schwächsten vertreten war. Von den KPD-Funktionären von 1928 hatten nur ein knappes Drittel die erfolgreichen Kämpfe gegen den Kapp-Putsch und die Vereinigung mit der USPD miterlebt (31,4 %). Bei den linken Oppositionellen von 1926 waren das gut doppelt so viele (65,6 %). Zwei Drittel der KPD-Funktionäre konnte im Ruhrkampf aktiv gewesen sein (62,5 %). Bei den Linksoptionellen waren das so gut wie alle (96,9 %). Die linken Oppositionellen im Ruhrgebiet waren durch die Novemberrevolution, die Streikwellen, den Kapp-Putsch, die Vereinigung von KPD und USPD 1920, den Ruhrkampf und den *Deutschen Oktober* 1923 geprägt. Die KPD-Funktionäre von 1928 verfügten mehrheitlich nur über die Erfahrungen des Ruhrkampfes. Konnte die Mehrheit der erfassten Linksoptionellen im Ruhrgebiet (51,1 %) auf eine Tätigkeit in der Arbeiterbewegung seit 1918 zurückblicken, so verfügte 37,2 Prozent des Funktionskörpers der Ruhr-KPD im Jahr 1928 über keinerlei politische Erfahrungen aus nur einem der wichtigen Kämpfe der Nachkriegszeit. Es handelte sich somit bei den linken und radikal linken Oppositionellen im Ruhrgebiet, soweit sie die *Erklärung der Siebenhundert* unterstützt hatten, überwiegend um langjährige Aktivisten der Arbeiterbewegung, die in

²⁵⁶¹ Eumann, Eigenwillige Kohorten, S. 353.

²⁵⁶² Lili/Ka., [Protokoll Bezirksparteitag KPD Ruhrgebiet, [Essen 7./8.1.1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/2, Bl. 135.

den revolutionären Kämpfen zwischen 1918 und 1923 geprägt worden waren. Dagegen bestand 1928 die leitende Funktionärsschicht der Ruhr-KPD zu mehr als einem Drittel aus Funktionären, die noch nicht lange in der revolutionären Arbeiterbewegung tätig waren und deren politische Sozialisation in einer Phase der wirtschaftlichen Belebung und politischen Festigung des Kapitalismus stattgefunden hatte. Hier finden wir einen Hinweis auf den politischen Substanzverlust, den die KPD durch die 'Atomisierung' erlitt.

8.0 Der oppositionelle Linkskommunismus im Ruhrgebiet ab 1928

Mit dem Ausschluss der linken und radikal linken Opposition entfiel ihr Betätigungsfeld innerhalb der KPD, aber ihre Kritik erreichte auch von außen die Reihen der Kommunistischen Partei z. B. bei der sog. *Wittorf-Affäre* als der Politische Leiter des KPD-Bezirks Wasserkante und Mitglied des ZK, John Wittorf, ein enger Freund Ernst Thälmanns, Gelder der KPD in Hamburg unterschlagen hatte. Während die Thälmann-Fraktion versuchte, die Unterschlagungen zu vertuschen, spielten moderate Kommunisten der Hamburger Meyer/Ewert-Fraktion dem *Leninbund* Material über den Skandal zu, das dieser veröffentlichte. Das ZK der KPD erklärte am 27.9.1928 in der *Roten Fahne*, dass es „aufs schärfste die Geheimhaltung der Hamburger Vorgänge gegenüber den leitenden Instanzen durch den Genossen Thälmann als einen die Partei schwer schädigenden politischen Fehler (mißbilligt)“. Bis zum Abschluss der Untersuchungen „ruhen die Funktionen des Genossen Thälmann“²⁵⁶³. Der gab sein Wissen um die Unterschlagungen zu. Die Meyer/Ewert-Fraktion im ZK suchte den Skandal auszunutzen, um Thälmann zu stürzen und die seit einem halben Jahr laufende ultralinke Wende der Kommunistischen Internationale und der KPD zu unterlaufen²⁵⁶⁴.

Stalin hielt aus zwei Gründen an Thälmann fest. Da der ultralinke politische Kurswechsel auf den kommenden Bruch zwischen der linken Stalinfraktion und den moderaten Kommunisten um Bucharin hinaus lief, konnte es sich die Stalin-Fraktion nicht leisten, dass die wichtigste Partei außerhalb der Sowjetunion unter die Kontrolle der Meyer/Ewert-Fraktion, die mit Bucharin sympathisierte, geriet. Zum anderen umgab sich Stalin im Politbüro der WKP(B) nicht nur mit „charakterlosen Personen, die sich ihm völlig unterordneten“²⁵⁶⁵, sondern auch mit Kadern, deren Parteivergangenheit Makel aufwiesen, um sie jederzeit unter Druck setzen zu können²⁵⁶⁶. Er benutzte sie als willfährige

²⁵⁶³ Weber, Thälmann-Skandal, S. 129 f.

²⁵⁶⁴ Vgl. Weber, Thälmann-Skandal, S. 111; Kinner, Kommunismus und Linkssozialismus, S. 121 f.

²⁵⁶⁵ So das Urteil Nikolaj I. Bucharins, vgl. Bucharina, Anna Larina, Nun bin ich schon weit über zwanzig, Göttingen 1989, S. 114.

²⁵⁶⁶ Kalinin hatte bei einer Verhaftung im Jahr 1900 Aussagen gemacht, Rudsutak eine Gruppe illegaler lettischer Sozialdemokraten preisgegeben, Mikojan war der einzige Überlebende der erschossenen 26 Bakuer

Gefolgsleute, die er wieder fallen lassen konnte. Die gleiche Absicht ist bei seinem Festhalten an Thälmann wahrscheinlich, dessen Verfehlungen im Fall Wittorf sich jederzeit aufwärmen ließen.

In der Ruhr-KPD schlug die Wittorf-Affäre im September-November 1928 hohe Wellen. Bis dahin bestand die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet aus einem Block der Florin-Fraktion und der moderaten Kommunisten, der von der starken Fraktion der *Chemnitzer Linken* halbherzig unterstützt wurde. Die BL Ruhr wandte sich am 1. Oktober 1928 gegen die Veröffentlichung des ZK-Beschlusses zu Thälmann in der Parteipresse. Er habe einen Fehler gemacht, aber seine Motive dürften nicht außer acht gelassen werden. Die Veröffentlichung untergrabe den Einfluss der KPD in der Arbeiterklasse und erschüttere das Vertrauen der Mitgliedschaft zu ihrer Parteiführung. Außerdem werde mit der Veröffentlichung die Kompetenz und Autorität der Komintern missachtet und vor den Massen disqualifiziert, weil Thälmann als Mitglied ihres Exekutivkomitees nicht vom ZK verurteilt werden dürfe. Dem EKKI stehe die erste Entscheidung über ihr Mitglied zu. Thälmann sei gar nicht gehört worden. Die BL Ruhr wandte sich gegen alle Versuche, die „Hamburger Vorgänge“ zur Änderung der politischen Linie der Partei zu benutzen. Die Bezirksleitung stehe auf dem Boden des gerade beendeten Weltkongresses der KI. Aktuell bestünden rechte und versöhnlerische Tendenzen. Diese Entschließung wurde mit 22 : 6 Stimmen von der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet verabschiedet²⁵⁶⁷. Die *Chemnitzer Linken*, die den moderaten Kommunismus strikt ablehnten, stimmten für die Resolution, die moderaten Kommunisten dagegen. Die Argumentation der Mehrheit der Bezirksleitung war erschreckend schwach, denn nicht die Veröffentlichung der Missstände war der Skandal, sondern die Korruption selbst. Die moderaten Kommunisten im Ruhr-Bezirk waren nicht in der Lage, die Abstimmung zu verhindern. Der Nachfolger von Adolf Ende als Chefredakteur des *Ruhrecho*, der Meyer-Anhänger „Stefan“ aus Hamburg, der bestens über die dortigen Vorgänge informiert war, warf dem Sekretariat der BL vor, „offen und versteckt“ Korruption zu dulden und zu begünstigen. Daraufhin wurde „Stefan“ fristlos entlassen²⁵⁶⁸. Dass die Bezirksleitung Ruhr auf einmal sog. rechte Tendenzen entdeckte, klang überraschend, waren doch Wilhelm Schwan und seine Gefolgsleute im Herbst 1925 von der Thälmann-Zentrale aus der BL Ruhr abgesetzt worden, weil sie die *rechte Gefahr* als Hauptgefahr der Partei angesehen hatten. Wegen des Thälmann-Skandals musste sich

Kommissare, Kirow gehörte ehemals der Kadettenpartei an und Berija hatte für den Geheimdienst der Mussawatisten gearbeitet, vgl. Chlewnjuk, Oleg W., Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998 (Russland 1996), S. 42 f.

²⁵⁶⁷ [Bezirksleitung, Bezirk Ruhrgebiet], Entschließung, [Essen] 1.10.[1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 65.

²⁵⁶⁸ [Sekretariat der BL Ruhr, Resolution], [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 73. Adolf Ende war seit Sommer 1927 Polleiter des KPD-Bezirks Niederrhein, trug also den ultralinken Kurs mit, vgl. Weber/ Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 226.

das Sekretariat der Bezirksleitung der KPD Ruhr wieder mit dem *Leninbund* beschäftigen, da dessen Organ *Volkswille* „fortlaufend imstande sei, internes politisches Parteimaterial, das offenbar nur aus dem engsten Kreis der Parteiführung stammen kann, zu veröffentlichen“. Die BL Ruhr beantragte deshalb beim ZK der KPD eine „sofortige strenge Untersuchung zur Feststellung der Schuldigen“, ihre Entfernung aus dem Parteiapparat und ihren Ausschluss aus der KPD. Sie verlangte eine sofortige Rückäußerung des ZK und drohte, sich notfalls an die Komintern zu wenden²⁵⁶⁹. Das waren scharfe Töne, die gegenüber einem ZK angeschlagen wurden, das gerade die Gallionsfigur Thälmann gekippt hatte. Die ganze Initiative muss von der *Chemnitzer Linken* im Ruhrgebiet ausgegangen zu sein, da die dortigen ZK-Mitglieder Florin und Biefang die Absetzung Thälmanns mitgetragen hatten.

Nach dem Beschluss des Präsidiums des EKKI vom 6. Oktober 1928 machte das gleiche ZK innerhalb weniger Tage eine vollständige Kehrtwende. Nur einen Tag später zogen neunzehn ZK-Mitglieder, darunter auch Florin und Biefang, ihre Unterschrift unter die Absetzung Thälmanns zurück²⁵⁷⁰. Sie hatten sich innerhalb weniger Tage als charakter- und rückgratlose Apparatschiks erwiesen, die sich, wenn es hart auf hart kam, nach den letzten Anweisungen aus Moskau richteten. Es folgte ein *Offener Brief* der Komintern gegen die 'rechte Gefahr' in der KPD, der zur Ausschaltung oder Unterwerfung der moderaten Kommunisten führte. In einer weiteren Entschliebung wandte sich die BL Ruhr gegen den „offenen Fraktionskampf“ der moderaten Kommunisten, billigte die Ausschlüsse der Brandler-Anhänger um Jakob Walcher am 21.12.1928 durch das ZK und forderte zudem den Ausschluss von Brandler und Thalheimer. In der neuen ultralinken Logik der KPD-Bezirksleitung fand die Sozialdemokratie eine Stütze im Rechtskommunismus; diese wiederum fänden Hilfe bei den „Versöhnlern“. Deren Vertreter Ewert, Meyer und Gerhardt Eisler würden die Beschlüsse des Essener Parteitags, des Weltkongresses der KI und die *der Roten Gewerkschaftsinternationale (RGI)* „falsch auslegen“. Das sei eine „fortgesetzte, planmässige Behinderung und Erschwerung der praktischen Parteiarbeit“. Dem müsse ein Ende gemacht werden²⁵⁷¹. Die linkskommunistische *Chemnitzer Linke* um Schubert/Schroer holte in der Wittorf-Affäre zu einem Befreiungsschlag gegen die moderaten Kommunisten aus und setzte die Florin-Fraktion unter Druck.

Die Ausschaltung der moderaten Kommunisten wurde von der KPD-Bezirksleitung Ruhr am 20.10.1928 euphorisch begrüßt. Sie hatte im *Ruhr-Echo* die „vollständige Vernichtung“ aller Gruppierungen und Fraktionen und ein „rücksichtsloses Vorgehen gegen alle

²⁵⁶⁹ [Sekretariat der Bezirksleitung Ruhrgebiet], Entschliebung (Abschrift), [Essen] o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 57.

²⁵⁷⁰ Weber, Thälmann-Skandal, S. 171.

²⁵⁷¹ KPD Bezirksleitung Ruhr, Entschliebung, [Essen o. D.], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 15.

Schädlinge“ in der Partei als den einzigen Weg gefordert, um die Geschlossenheit der Gesamtpartei auf der bolschewistischen Linie der Komintern herbeizuführen²⁵⁷². In Worten griff die Erklärung den Tiraden der Mitte der 1930er Jahre stattfindenden Moskauer Prozesse über die „vollständige(n) Vernichtung der Schädlinge“ um sieben Jahre voraus, auch wenn sich das „rücksichtslose Vorgehen“ im Ruhrgebiet auf Umbesetzungen beschränkte²⁵⁷³. Der moderate Kommunist Lotz wurde als UB-Sekretär in Dortmund durch den Linkskommunisten Schroer ersetzt. Schubert gelangte bis in das Politbüro der KPD²⁵⁷⁴. Die Ausschaltung der moderaten Kommunisten in der Ruhr-KPD, die zur Fraktion Meyer/Ewert gehörten, ging in nur zwei Monaten und nicht in zwei Jahren wie bei den linken und radikal linken Kommunisten über die Bühne, was auf den Apparatcharakter der Fraktion hinweist. Die wenigen verbliebenen Basen der moderaten Kommunisten, die sich an Brandler/Thalheimer orientierten, waren solider. In Duisburg dauerte es bis 1929, bis sie aus der Partei gedrängt werden konnten und die zwölköpfige Stadtratsfraktion der KPD um Oskar Triebel ihre Mandate niederlegte²⁵⁷⁵.

Auf dem Februarplenum des EKKI 1928 hatten WKP(B) und KPD ein Geheimabkommen getroffen, das die SPD zum Hauptfeind erklärt hatte. Das Geheimabkommen wurde auch von den moderaten Kommunisten Ewert, Eisler, Bucharin und Tomski unterschrieben²⁵⁷⁶. Der vom 6. Weltkongress im September 1928 beschlossene neue Linkskurs, beinhaltete den Kampf gegen die Sozialdemokratie und gegen die reformistischen Gewerkschaften. Eine taktische Konsequenz war die Einheitsfront „nur von unten“. Auf dem 12. Parteitag der KPD im Juni 1929 wurde die SPD offiziell als „sozialfaschistisch“ bezeichnet. Eine *Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO)* wurde gegründet, die in Konkurrenz zu den reformistischen Gewerkschaften trat und Ende 1929 ihren ersten Kongress abhielt²⁵⁷⁷. Mit dem neuen Kurs vollzog die KPD eine scharfe politische Wende nach ultralinks, die im Ruhrgebiet auf die verschiedenen linken und linksradikalen Gruppen wirkte, die außerhalb der KPD existierten.

Die linkskommunistische *Chemnitzer Linke* innerhalb der KPD Ruhr wurde voll in die Parteispitze integriert. Damit wurde auch der lästigen Konkurrenz kleiner linker und radikal linker Gruppen am Rande der KPD mehr und mehr der Boden entzogen. Wie bereits erwähnt, fand eine Reihe oppositioneller linken Kommunisten wieder zur KPD

²⁵⁷² [KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet], Erw. Bezirksleitung Ruhrgebiet für den Beschluss des EKKI, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, [10. Jg., Essen 20.10.1928], SAPMO Berlin, RY 1/I 3/18-19/9, Bl. 41. Der Jahrgang 1928 des Ruhr-Echo ist nicht im Haus der Geschichte, Essen vorhanden.

²⁵⁷³ Schubert wurde 1938 in der Sowjetunion unter Stalin ermordet, vgl. Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 836.

²⁵⁷⁴ Ebd., S. 836.

²⁵⁷⁵ Weber/Herbst, *Deutsche Kommunisten*, S. 944 f.

²⁵⁷⁶ Vgl. Weber, Thälmann-Skandal, S. 111; Kinner, *Kommunismus und Linkssozialismus*, S. 121 f.

zurück: Karl Jonschker, Kassierer der KAPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet und der KAPD-Ortsgruppe Buer, trat 1930 in die RGO ein, um 1931 wieder KPD-Mitglied zu werden. Er brachte es zum Leiter einer KPD-Stadtteilgruppe und zum Mitglied in der Buerer Unterbezirksleitung. In Ickern wurde Hans Körbs wieder Mitglied und im Stadtrat Hauptredner der KPD-Fraktion. In Dortmund fanden Heinrich Körner und Czerkus zurück zur KPD²⁵⁷⁸.

Im *Leninbund* hatte sich ab August 1929 eine Opposition herausgebildet, die mit Leo Trotzki übereinstimmte. Die Differenzen kristallisierten sich an der Einschätzung der Sowjetunion, der Frage der zweiten Partei und der Gewerkschaftsarbeit heraus. Die 1930 nach der Vereinigung der Minderheit des LB mit Resten der *Weddinger-Pfälzer Opposition* entstandene trotzkistische *Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)* sah die Sowjetunion als bürokratisierten Arbeiterstaat und nicht wie die Mehrheit des *Leninbundes* als staatskapitalistisch an. Den Aufbau einer zweiten Partei lehnte die Minderheit im *Leninbund* ab²⁵⁷⁹. Die *Linke Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten / LO der KPD)* konnte im Ruhrgebiet nur wenige Aktivisten sammeln, die in den verschiedenen linken, radikal- und ultralinken Organisationen aktiv gewesen waren²⁵⁸⁰. Ihre Mitglieder wollten eine Reform der KPD durchsetzen, um sie wieder auf den richtigen Kurs zu bringen. Karl Korsch hatte 1930 formuliert, „der Widerspruch des Trotzkismus besteht vielmehr darin, daß dieser die Interessen des russischen und internationalen Proletariats heute noch durch die Reform des gegenwärtigen Sowjetstaates, der kommunistischen Partei und Internationale dienen zu können glaubt“²⁵⁸¹. Der Wattenscheider *Leninbund* fragte Trotzki in einem Brief: „Oder bist Du noch der Meinung, die Komintern zu erobern?“²⁵⁸². Das hielten die radikal linken und linken Kommunisten nach der 'Atomisierung' der KPD für unmöglich. Trotzki's Perspektive der Reform der KPD war eine wesentliche Differenz, die verhinderte, dass sich mehr oppositionelle linke und radikal linke Kommunisten im Ruhrgebiet der *LO der KPD* anschlossen.

²⁵⁷⁷ Winkler, *Der Schein der Normalität*, S. 661 f.

²⁵⁷⁸ *Dortmunder Zeitung*, 105. Jg., Nr. 122, Dortmund 13.3.1933, S. 2, Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 8954.

²⁵⁷⁹ Schafranek, Kurt Landau, S. 178 f.

²⁵⁸⁰ Vgl. Berens, *Trotzkisten gegen Hitler*, S. 37 f.

²⁵⁸¹ Korsch, Karl, Ein Löffel Teer. Einige Bemerkungen zu dem Trotzki-Artikel im letzten PGD, in: PGD. Organ des Proletarischen Gesundheitsdienstes, 9. Jg., Nr. 1, Berlin Januar 1930, in: Buckmiller, Michael (Hrsg.), *Karl Korsch Gesamtausgabe*, Bd. 5 *Karl Korsch Krise des Marxismus Schriften 1928-1935*, Amsterdam 1996, S. 370.

²⁵⁸² Triebeck, Johann, Lieber Genosse Trotzki, Wattenscheid 8.6.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., *Trotsky Collection* 13.1. (1109-1110).

8.1 Versuche zur Überwindung der Zersplitterung

Spartakus, das Organ des *Spartakusbundes* (politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation), hatte im Sommer 1928 die Frage aufgeworfen, weshalb keine der linkskommunistischen Oppositionsgruppen, die alle Etappen von der Einzelkritik bis zum fraktionellen Zusammenschluss, von der Opposition innerhalb der Partei bis zur Arbeit als eigenständiger Organisation außerhalb der KPD durchlaufen hätten, etwas gegen den sozialdemokratischen Kurs der KPD habe erreichen können²⁵⁸³?

Ein Grund dafür lag darin, dass radikal linken Kommunisten den revolutionären Aufschwung noch nach der Oktoberniederlage 1923 fortschrieben, anstatt eine defensive Taktik einzuschlagen. Als einziger führender Linksoppositioneller charakterisierte dies 1929 Hans Weber von der *Weddinger-Pfälzer Opposition*:

„Und was Wunder auch, wenn wir auf Grund einer derart falschen Grundeinschätzung der Lage und Entwicklung der deutschen und europäischen revolutionären Bewegung nach der deutschen Oktoberniederlage im Jahre 1923 von einer Enttäuschung zur anderen taumelten (...)“²⁵⁸⁴

Nicht weniger fatal war die Fehleinschätzung, die die linkskommunistischen Oppositionsgruppen nach ihrem Ausschluss aus der KPD in Bezug auf die Komintern und die KPD vertraten. Für die Korsch-Fraktion stand 1927 die Komintern kurz vor ihrer „Liquidierung“. Sie suche Anschluss an die Gewerkschaften und Parteien der Zweiten Internationale und werde schließlich in der „gelben Internationale der reformistischen Gewerkschaften und Parteien“ aufgehen²⁵⁸⁵. Mit einer solchen Perspektive musste die ultralinke Wendung der Komintern von 1928 ihre linksoppositionellen Kritiker wie Werner Scholem überraschen und entwaffnen²⁵⁸⁶. Noch Ende 1929 tat Hans Weber den Kampf der Stalin-Fraktion gegen Bucharin als „Getue der Stalinisten gegen rechts“ und als „angeblichen Kampf gegen rechts“ ab²⁵⁸⁷. Aus der Leugnung der vorübergehenden Erholung des Kapitalismus ergab sich eine falsche Perspektive. Die Fehleinschätzung der Entwicklung von KPD, WKP(B) und Komintern führte zu überzogenen Erwartungen an den eigenen Organisationsaufbau, der scheiterte.

²⁵⁸³ Irr-Weg des orthodoxen Leninismus, In: *Spartakus*, Organ des Spartakusbundes (politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation), 3. Jg., Nr. 8, (Dresden) Juni 1928, S. 2, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3170.

²⁵⁸⁴ Weber, Hans, Vorwort des Herausgebers, Berlin 1928, in: Trotzki, Leo, *Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale*, Berlin 1929, S. 8.

²⁵⁸⁵ Resolution zur russischen Frage, o. O. o. D., SAPMO Berlin, RY 1/I 2/3/63, Bl. 53.

²⁵⁸⁶ Hoffrogge, Scholem, S. 336 f.

²⁵⁸⁷ Weber Hans, Vorwort des Herausgebers, Berlin 1928, in: Trotzki, Leo, *Die Internationale Revolution und die Kommunistische Internationale*, Berlin 1929, S. 9.

Ein großes Problem der linken und radikal linken Opposition war ihre Zersplitterung. In einer Partei, deren Mitgliedschaft in kleine und kleinste Betriebszellen 'atomisiert' war und wo das Bewusstsein der Mitglieder stark fragmentiert war, musste die Zersplitterung prägend werden und auf dem eigenen Handeln wie ein Alb lasten. Auch der revolutionärsten Oppositionsgruppe dürfte es schwer gefallen sein, sich der KPD-Organisationskultur der Aufspaltung zu entziehen. Zudem wurde die Zersplitterung der linken und radikal linken Opposition von der KPD-Parteiführung nach Kräften gefördert²⁵⁸⁸. Als auf dem Parteitag der KPD in Essen im März 1927 die linkskommunistische Opposition mit drei verschiedenen Plattformen antrat, machte sich die KPD-Führung darüber lustig²⁵⁸⁹. Zusätzlich zur 'Atomisierung' erschwerte die polyzentrische Struktur des Ruhrgebiets eine Zentralisierung der linken Opposition, obwohl die verschiedenen Gruppen bemüht waren, Bezirksstrukturen aufzubauen.

An den Versuchen die Zusammenarbeit zu stärken, hatten sich die linken und radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet beteiligt. Sie hatten für die bereits erwähnte *Erklärung der Siebenhundert* Unterschriften gesammelt und für die sog. *Trotzki-Hilfe* gespendet. Die Frage der organisatorischen Einheit wurde am 29.7.1928 von der Bezirkskonferenz Ruhrgebiet des *Leninbundes* aufgeworfen. In einer Resolution wurde festgehalten:

„Um so mehr hat nun der Leninbund die Aufgabe, mit allen revolutionären Gruppen die Verbindung aufzunehmen, um auf marxistisch-leninistischer Basis den Zusammenschluß herbeizuführen“²⁵⁹⁰.

Zu einer weiteren LB-Bezirkskonferenz im Ruhrgebiet am 26.8.1928 war auch die *Gruppe Kommunistische Politik* eingeladen, die mit Vertretern aus Bocholt, Wesel und Hamborn angereist war. Das Ergebnis war vielversprechend:

„Nach einem ausführlichen Referat des Genossen Urbahns über die politische Lage und die Aufgaben des Leninbundes, wurden in einer ausgiebigen Diskussion die zwischen den beiden Gruppen strittigen Fragen (Charakter des russischen Staates, relative Stabilisierung, Gebot der Stunde) besprochen. Wenn auch nicht über alle Fragen eine völlige Übereinstimmung erzielt werden konnte, dann hat diese

²⁵⁸⁸ Langels, Die ultralinke Opposition, S. 109; Linke Kommunisten, Weddinger Opposition und ZK-Demagogie, in: Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, 2. Jg., Nr. 12, Berlin 1928, S. 106 f., Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827.

²⁵⁸⁹ Die Opposition redet, in: Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, 9. Jg., Nr. 54, Essen 5./6.3.1927, S. 3, Haus der Geschichte, Essen, Jg. 67.

²⁵⁹⁰ Dortmund, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 144, Berlin 3.8.1928, S. 4.

Aussprache, welche in völlig kameradschaftlichen Formen durchgeführt wurde, doch dazu geführt, daß eine Zusammenarbeit beider Gruppen gewährleistet ist“²⁵⁹¹.

Obwohl die Differenzen minimal geworden waren, kam die Einheit der linken und radikal linken Kommunisten nicht zustande. Zwar setzten sich Karl Korsch und Josef Schmitz weiter dafür ein. Doch Schmitz schrieb über den letzten Anlauf:

„Im Jahre 1930 machte ich mit Karl Korsch im Ruhrgebiet den Versuch, die vielen Oppositionsgruppen zu vereinigen (...) In Berlin und Dortmund traten wir mit der Urbahnsgruppe zusammen, jedoch ergebnislos“²⁵⁹².

Eine gemeinsame Organisation der linken und radikal linken Kommunisten scheiterte an der Ablehnung des *Leninbundes*. Die Gründe sind nicht bekannt. Eine Minderheit des Wattenscheider *Leninbundes* um Heinz Bergmann, der sich an der internen Vorkonferenz des LB vom 29. Juli aktiv beteiligt hatte²⁵⁹³, ging daraufhin zur *Gruppe Kommunistische Politik* über²⁵⁹⁴. Weshalb nicht der gesamte Wattenscheider *Leninbund* um Johannes Triebeck positiv auf die Initiative von Korsch und Schmitz reagiert hatte, bleibt ungeklärt. Denn nachdem Trotzki aus der Sowjetunion ins Exil in die Türkei ausgewiesen worden war, suchten 1930 die oppositionellen linken Kommunisten aus Wattenscheid die Gelegenheit zur Kontaktaufnahme. Sie bemängelten in einem Brief an den russischen Revolutionär die Zersplitterung der linken Opposition in Deutschland, wo es mindestens zwölf linkskommunistische Gruppen gebe. Triebeck und Genossen schlugen die Einberufung einer internationalen Konferenz aller linken kommunistischen Oppositionsgruppen, die Ausarbeitung eines internationalen Aktionsprogrammes und die Herausgabe einer internationalen Zeitung in verschiedenen Sprachen vor. Unverhohlen kritisierten sie die Schuld, die „bestimmte Führer (...) einzelne(r) oppositioneller Gruppen“ an der Zersplitterung der linken Kommunisten trügen²⁵⁹⁵. In einem weiteren Brief appellierte der Kreis um Johann Triebeck an Trotzki, ihnen bei der Wiedervereinigung aller linken Oppositionellen zu helfen²⁵⁹⁶. Das war ein durchdachter und weit reichender Vorschlag. Doch der russische Revolutionär ging auf ihr Anliegen überhaupt nicht ein. Er antwortete nicht einmal.

²⁵⁹¹ Bezirkskonferenz des Ruhrgebiets, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 156, Berlin 31.8.1928, S. 3.

²⁵⁹² Niebur, Mein ganzes Leben, S. 34.

²⁵⁹³ Dortmund, in: Volkswille, 1. Jg., Nr. 144, Berlin 3.8.1928, S. 4.

²⁵⁹⁴ Wattenscheid. Dem Nazihäuptling ins Stammbuch, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschland, 3. Jg., Nr. 26, Bocholt 23.8.1930, S. 3; Wattenscheid. Hakenkreuz oder Sowjetstern?, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschland, 3. Jg., Nr. 27, Bocholt 30.8.1930, S. 3.

²⁵⁹⁵ Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

²⁵⁹⁶ Triebeck, Johann, Lieber Genosse Trotzki, Wattenscheid 8.6.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110).

Die Wattenscheider linken Kommunisten hatten einen wunden Punkt berührt, war es doch auf internationaler Ebene nicht gelungen, frühzeitig eine programmatisch-politisch einheitliche linke Opposition zu bilden, die positiv auf die linken Oppositionellen in Deutschland hätte zurückwirken können. Dabei wäre ab 1926 eine internationale Zusammenarbeit zwischen der Fraktion um Trotzki und der Fraktion um Amadeo Bordiga, des historischen Leiters der Kommunistischen Partei Italiens, möglich gewesen. Sie scheiterte nicht etwa daran, dass Bordiga gegenüber potentiellen Verbündeten, besonders innerhalb der KPD, skeptisch blieb. Gemeinsame Erklärungen mit linken Kommunisten wie Ruth Fischer lehnte er ab, da sie den Antrieb für ihre Oppositionstätigkeit aus dem Verlust ihrer Funktion als Parteiführung beziehen würden. Und während für Karl Korsch mittlerweile die russische Revolution verbürgerlicht war, ging die Fraktion Bordigas nach wie vor von einer proletarischen Revolution in der Sowjetunion aus²⁵⁹⁷. Es lag nicht an der Fraktion Bordigas, dass die Zusammenarbeit mit Trotzki nicht zustande kam. Im Exil bezeichnete Trotzki in einem Brief an die Fraktion der Bordigisten vom 25.9.1929 deren „Platform of the Left“ von 1926 als „one of the best documents published by the international Opposition“. Doch Trotzki behauptete:

„I have become acquainted with the pamphlet ‘Platform of the Left’, which you issued back in 1926 but which has only just now reached me“²⁵⁹⁸.

Die sog. *Thesen der Linken* – d. h. der Bordigisten – hatten sowohl dem Parteitag der *Kommunistischen Partei Italiens* in Lyon wie auch dem Parteitag der *Kommunistischen Partei Frankreichs* in Lille vorgelegen. Dass Trotzki die im Januar 1926 erschienene Plattform der Fraktion Bordigas erst im September 1929 kennengelernt haben will, die er dann in den höchsten Tönen lobte, zeigte, wie sehr er und seine Freunde auf die Auseinandersetzungen innerhalb der WKP(B) fixiert waren und erst sechs Jahre nach Gründung der linken Opposition in der Sowjetunion 1923 die Sammlung der linken Oppositionellen in der Komintern als Maßstab für ihre Politik ansahen. Angesichts der Kontakte von Mitgliedern der linken Opposition der WKP(B) zu linken Oppositionellen im Ausland kann die Unkenntnis, auf die sich Trotzki berief, nur als vorgeschoben bezeichnet werden. Statt frühzeitig eine internationale Strömung verschiedener linker und radikal linker Fraktionen zu bilden, wie es 1930 die Wattenscheider Leninbündler anmahnten, war Trotzki linke Opposition 1926 auf ein Bündnis mit der Fraktion Sinowjew/Kamenew

²⁵⁹⁷ Vgl. Brief von Amadeo Bordiga an Karl Korsch, Neapel 28.10.1926, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), *Jahrbuch Arbeiterbewegung*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 243 f.

²⁵⁹⁸ Trotsky, Leon, *A Letter to the Italian Left Communists. Followers of Comrade Amadeo Bordiga*, 25.9.1929, in: Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), *Writings of Leon Trotsky 1929*, New York 1975, S. 318 f.

fixiert gewesen, obwohl er sie als den linken Flügel der Bürokratie der WKP(B) ansah²⁵⁹⁹. Dafür war Trotzki bereit, sich ohne Kenntnis der Inhalte im Oktober 1926 von Bordiga und anderen linken Kommunisten zu distanzieren²⁶⁰⁰. Die sog. „Phasenverschiebung“ in der Herausbildung der internationalen linken Opposition²⁶⁰¹ lag nicht nur an den „Gegenmaßnahmen“ der stalinistischen Komintern, sondern daran, dass der Standpunkt Trozki zunächst nicht internationalistisch, sondern nationalborniert war. Wäre eine internationale linke Opposition um Trotzki und Bordiga bereits Anfang 1926 zustande gekommen, hätte sie erhebliche Anziehungskraft auf die (radikal) linken oppositionellen Fraktionen der KPD und anderer kommunistischer Parteien ausüben können. Die Chance wurde verpasst. Die *Internationale Linke Opposition* bildete sich erst auf dem 6. Weltkongress der Kommunistischen Internationale im September 1928 durch eine Übereinkunft zwischen linken Oppositionellen aus der Sowjetunion, den USA und Kanada, die in der Kritik an dem von Bucharin vorgelegten Programmentwurf für die Komintern übereinstimmten²⁶⁰². Damit waren nicht nur entscheidende Jahre versäumt worden, um eine internationale linke Opposition aufzubauen und auf die verschiedenen linken und radikal Gruppen in Deutschland einzuwirken. Trotzki hatte auch keineswegs vor, eine „internationale Konferenz aller linken kommunistischen Oppositionsgruppen“ einzuberufen, wie es Triebeck und seine Freunde vorgeschlagen hatten, sondern versuchte, allein seine eigene Fraktion aufzubauen. Trozki's sektiererisches Vorgehen wurde noch Jahre später scharf vom *Leninbund* angeprangert:

„Die Spaltung der linken Opposition war ein Verbrechen. Es gab genügend Möglichkeiten, die tatsächlich bestehenden Differenzen durch eine grundlegende Diskussion zu beseitigen. Am allerwenigsten Vertrauen erweckte in den Reihen der linken Kommunisten die beharrliche Weigerung [Trozki's – Anm. P. B.], eine internationale Konferenz aller linkskommunistischen Gruppen zu organisieren“²⁶⁰³.

²⁵⁹⁹ Vgl. Trotzki, Leo, Zur Frage eines Blocks mit Sinowjew, o. O. 9.12.1925, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 446 f.

²⁶⁰⁰ Erklärung der Opposition, o. O. 16.10.1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und /IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 535 f.

²⁶⁰¹ Dagegen Weber/Drabkin/Bayerlein, Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 6/1, Anmerkung 67 u. 68, S. 506.

²⁶⁰² Rede Trozki's per Tonband in New York, Privataarchiv Berens. Vgl. Trotsky, Leon, The founding oft the Fourth International, [Mexiko/New York] 18.10.1938, S. 85.

²⁶⁰³ Der Kampf für die Einheit der Linken Kommunisten. Offener Brief an den Genossen Trotzki, in: [Leninbund], Der Weg. Unabhängige Zeitschrift für Klassenkampf, 1. Jg., Nr. 3, Berlin 2. Oktober-Ausgabe 1932, S. 4.

8.2 Die Ausschaltung der linken Befürworter einer Einheitsfrontpolitik durch die Betriebszellenstruktur der Ruhr-KPD

In der Endphase der Weimarer Republik wurde die gesamte Arbeiterbewegung von zwei großen Gefahren bedroht: dem Aufkommen des Nationalsozialismus, der die Arbeiterbewegung durch täglichen Straßenterror zu zerschlagen drohte, und den Präsidialregierungen, die mit Hilfe von Notverordnungen wichtige soziale Errungenschaften der Weimarer Republik abzuschaffen suchten.

Nach dem Ruhreisenstreit 1928 war die Mehrheit der Bergbau- und Hüttenbesitzer fest entschlossen, „den Einfluß von Gewerkschaften und SPD zurückzudrängen“. Die passende Situation ergab sich mit der Weltwirtschaftskrise, die im Oktober 1929 ausbrach, und die die Endphase der Weimarer Republik einleitete. In der Regierung der Großen Koalition unter sozialdemokratischer Führung forderte die *Deutsche Volkspartei* als „Partei der Industrie und des Großbürgertums“²⁶⁰⁴ von der SPD drastische Kürzungen bei der Arbeitslosenversicherung. Darüber zerbrach im März 1930 die Regierung Hermann Müller (SPD). Nach einem Zwischenspiel zweier Kabinette Brünnings kam am 1. Juni 1932 das Präsidialkabinett von Papen an die Regierung, das durch Präsident von Hindenburg unterstützt wurde²⁶⁰⁵. Ganz im Sinne der Mehrheit der Bergwerks- und Stahlkonzerne kürzte die Regierung von Papen am 14. Juni 1932 mittels Notverordnung die Arbeitslosen- und Wohlfahrtsunterstützung und erlaubte gleichzeitig die vorher verbotene SA und SS. Nachdem von Mitte Juni bis zum 20. Juli 1932 der nationalsozialistische Straßenterror gegen alle Organisationen der Arbeiterbewegung fast einhundert Tote gefordert hatte, setzte die Reichsregierung die preussische SPD-Landesregierung ab, „da sie unfähig zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung (sei)“²⁶⁰⁶. Zur Absetzung waren nur „ein(en) Leutnant und zwei Mann“²⁶⁰⁷ nötig.

In der sozialdemokratischen Arbeiterschaft sorgte der sog. 'Preußenschlag' von Papens für helle Empörung. Das Land Preußen umfasste innerhalb der Weimarer Republik drei Fünftel der Fläche und ihrer Bevölkerung²⁶⁰⁸. Die SPD, ihre Mitglieder und Anhänger

²⁶⁰⁴ Funke, Manfred, Republik im Untergang. Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 506 f.

²⁶⁰⁵ Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 633.

²⁶⁰⁶ Funke, Manfred, Republik im Untergang. Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 514.

²⁶⁰⁷ 1923 - 1932, in: [Leninbund], Der Weg. Unabhängige Zeitschrift für Klassenkampf, 1. Jg., Nr. 3, Berlin 2. Oktober-Ausgabe 1932, S. 1.

²⁶⁰⁸ Boldt, Hans, Die Weimarer Reisverfassung, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 55.

betrachteten das Land Preußen als ihre politische Hochburg und die Absetzung der preußischen Landesregierung als verfassungsfeindlich. Sie warteten auf einen Aufruf der SPD-Parteiführung zum Widerstand. Die SPD-Führung vertraute jedoch auf Wahlen und rief den Staatsgerichtshof an.

Da das Ruhrgebiet zum Land Preußen gehörte, bot sich der Ruhr-KPD und ihrer Betriebszellenstruktur eine ideale Handlungsmöglichkeit für politische Streiks. Bei einem Streikaufruf der KPD gegen die undemokratische Präsidialregierung, ihre Politik der Notverordnungen und gegen von Papens 'Preußenschlag' hätten die KPD-Betriebszellen die organisierten sozialdemokratischen Arbeiter in den Betrieben mitreißen können, warteten doch viele Sozialdemokraten vergeblich auf einen solchen Aufruf ihres SPD-Parteivorstandes. Einmal in Gang gekommen hätten sich Streiks nicht nur gegen von Papen und von Hindenburg, sondern auch gegen die Kohle- und Stahlunternehmen richten können.

Doch es gab „nicht einmal einen Versuch der KPD zu einer Aktion ‘unter Führung der KPD’²⁶⁰⁹. Die Ruhr-KPD war zu einer solchen Initiative politisch nicht in der Lage. Denn Komintern und KPD hatten, wie schon erwähnt, bereits im Februar 1928, acht Monate vor der Weltwirtschaftskrise, einen neuen Kurs eingeleitet²⁶¹⁰. Bis Ende 1929 wurde die neue Politik in der KPD durchgesetzt. Sie bedeutete eine Wende, die in drei zentralen Punkten klassisch 'ultralinks' war: die SPD wurde zum Hauptfeind und als „sozialfaschistisch“ charakterisiert; eine Einheitsfront war nicht mit der SPD-Parteiführung, sondern nur „von unten“ mit der sozialdemokratischen Parteibasis erlaubt²⁶¹¹, mit Gründung der *Revolutionären Gewerkschaftsopposition* wurde de facto eine rote Richtungsgewerkschaft in Konkurrenz zu den ADGB-Gewerkschaften geschaffen²⁶¹², die nicht wie die ehemalige *Union der Hand- und Kopfarbeiter* aus Streikwellen hervorgegangen war, sondern am grünen Tisch gegründet wurde. Zu dieser Frontstellung kam das Misstrauen der sozialdemokratischen Arbeiter gegenüber der KPD, hatte diese doch im Sommer 1931 zunächst der SPD eine gemeinsame Aktion gegen einen Volksentscheid der reaktionären Kampforganisation *Stahlhelm* zur Absetzung der preußischen SPD-Landesregierung angeboten, dann aber in einer plötzlichen Kehrtwendung den Volksentscheid unterstützt, der auch von der NSDAP mitgetragen worden war, und zu einem sog. roten Volksentscheid verklärt. Dabei war die KPD de facto eine Einheitsfront mit den Nationalsozialisten gegen die SPD eingegangen²⁶¹³. Der Volksentscheid scheiterte mit 9,8

²⁶⁰⁹ 1923 - 1932, in: [Leninbund], *Der Weg. Unabhängige Zeitschrift für Klassenkampf*, 1. Jg., Nr. 3, Berlin 2. Oktober-Ausgabe 1932, S. 1.

²⁶¹⁰ Vgl. Weber, Thälmann-Skandal, S. 111; Kinner, *Kommunismus und Linkssozialismus*, S. 121 f.

²⁶¹¹ Fischer, Oskar [Schüssler, Otto], *Leninismus gegen Stalinismus*, o. O. 1.2.1947, S. 22a f.

²⁶¹² Winkler, *Schein der Normalität*, S. 663 f.

²⁶¹³ Trotzki, Leo, *Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des „roten“ Volksentscheids*, 2. Aufl., Berlin 1932, S. 1 f.

Millionen JA-Stimmen, was gut ein Drittel der Stimmberechtigten, aber nicht die erforderliche Hälfte war²⁶¹⁴. Mit einer solchen politischen Ausrichtung fehlte der Ruhr-KPD die notwendige politische Vorbereitung und Glaubwürdigkeit, um gemeinsam mit der SPD und den sozialdemokratischen Arbeitern gegen von Papens Staatsstreich aktiv zu werden. Der Nazi-Propagandist Joseph Goebbels schrieb in sein Tagebuch: „Die Roten sind beseitigt. Ihre Organisationen leisten keinen Widerstand [...] Die Roten haben ihre große Stunde verpaßt. Die kommt nie wieder“²⁶¹⁵.

Mit der 'Sozialfaschismustheorie' war es der KPD kaum möglich, mit der SPD eine gemeinsame Front gegen die reaktionären Bestrebungen der Mehrheit der Bergwerks- und Stahlkonzerne zu bilden. Die KPD konnte durch ihre Frontstellung gegen die SPD nichts bewegen, weil die Politik, die über die KPD-Betriebszellenorganisation umgesetzt werden sollte, grundsätzlich falsch war. Die radikal linken Kommunisten in Bocholt, die sich 1931 wieder der KPD angeschlossen hatten, wurden erneut ausgeschlossen, da ihr Sprecher Josef Schmitz wegen Kritik am „roten Volksentscheid“ aller Funktionen enthoben und erneut aus der KPD ausgeschlossen worden war, worauf sich die GKP in Bocholt reorganisierte²⁶¹⁶. Hier bezogen die radikal linken Kommunisten eine korrekte Haltung zur Einheitsfront.

Diese hatte sich schon ein Jahr zuvor angekündigt, kurz bevor die Nationalsozialisten bei den Reichstagswahlen im September 1930 ihr Wahlergebnis vom Mai 1928 mit 800.000 Stimmen auf 6.4 Millionen Stimmen steigern konnten²⁶¹⁷. Während des Wahlkampfes hatte die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) am 31. August versucht, eine öffentliche Kundgebung in Bocholt durchzuführen. Die *Gruppe Kommunistische Politik* rief die Arbeiterschaft mit Flugblättern zur Gegenkundgebung auf. Ihre Zeitung *Der Klassenkämpfer* berichtete darüber:

„Um 11.30 Uhr morgens eröffnete Genosse Schlatt im Auftrage der Gruppe Kommunistische Politik Bocholt die Gegenkundgebung, und es nahm dann Genosse Schmitz das Wort, um den Bocholter Arbeitern in seinen Ausführungen: „Was sind die Nazibanditen – die sich fälschlich 'Nazionalsozialistische Arbeiterpartei' nennen – was wollen diese, und welche Gefahr sind diese für die aufsteigende Arbeiterklasse?“

²⁶¹⁴ Winkler, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1990, S. 389.

²⁶¹⁵ Reuth, Ralf Georg, Joseph Goebbels Tagebücher 1924-1945, Bd. 2 (1930-1934), München/Zürich 1992, S. 676.

²⁶¹⁶ Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Josef (Jup) Schmitz an Adolf Ehlers (Bremen), Bocholt, 26.10.1948, in: Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 127.

²⁶¹⁷ Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 631.

eingehend Klarheit zu verschaffen. Die Ausführungen des Genossen Schmitz wurden von seiten der Bocholter Arbeiterschaft mehrmals mit ungeheurem Beifall unterbrochen. Schon der ungeheure Besuch der Gegenkundgebung – dieselbe war von zirka 3 000 Arbeitern und Arbeiterfrauen besucht – gibt uns den besten Beweis dafür, daß die Nazibanditen in der Bocholter Arbeiterschaft nicht landen können, andererseits aber ist er der größte Beweis, wie groß das Vertrauen der Bocholter Arbeiter zur Gruppe Kommunistische Politik ist“²⁶¹⁸.

Nachdem eine „Kolonne“ der KPD eingetroffen war, die Kommunistische Partei war in Bocholt nicht mit einer eigenen Ortsgruppe vertreten, durfte einer ihrer Funktionäre auf der Kundgebung reden. Die GKP kritisierte, dass die führenden Bocholter SPD-Funktionäre nicht auf der Kundgebung erschienen waren²⁶¹⁹. Es dürfte die Mobilisierung von 3.000 der 30.000 Einwohner gegen die Nazis gewesen sein, den die KPD zum Umdenken zwang und sie die Bocholter radikal linken Kommunisten wieder in die Kommunistische Partei aufnehmen ließ.

Der nationalsozialistische Straßenterror traf alle Organisationen der Arbeiterbewegung. Die KPD-Betriebszellen waren ideale Stützpunkte, um der sozialdemokratischen Basis in den Betrieben konkrete Angebote zur gemeinsamen Verteidigung der sozialdemokratischen und kommunistischen Parteilokale, Vereine, Druckereien und Verlage zu machen. Doch wurden linke Kommunisten, die solche Abkommen und die Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen den Nationalsozialismus vorschlugen, aus der KPD entfernt. Dabei half die Betriebszellenorganisation der KPD. In der Mittelstadt Hamborn trafen 1932 die Ausschlüsse linke und radikal linke Kommunisten, die der örtlichen KPD-Leitung als Unterstützer der *Linken Opposition der KPD* unangenehm aufgefallen waren. Der Trotzlist Bardeck, der in der Gewerkschaftsfrage und zur Einheitsfront andere Ansichten als die offizielle KPD-Linie vertrat, musste vor einem internen Untersuchungsausschuss antreten, der sich aus einem Mitglied der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet und einem Mitglied der Kontrollkommission des Unterbezirks Hamborn zusammensetzte. Gegen ihn fungierte der Leiter der KPD-Stadtteilstruktur in Marxloh als Zeuge. Als Bardeck seine Position erklären wollte, wurde ihm gesagt, dass er keine andere Meinung als die des ZK zu vertreten habe²⁶²⁰. Am 6.10.1932 wurde Bardeck in einer Sitzung seiner Zelle ausgeschlossen. Von

²⁶¹⁸ Die Nazibanditen wieder in Bocholt!, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands, 3. Jhg., Nr. 28, Bocholt 5. September 1930, S. 4, Stadtarchiv Bocholt, Stadt Bocholt 2/1768.

²⁶¹⁹ Die Nazibanditen wieder in Bocholt!, in: Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschlands, 3. Jhg., Nr. 28, Bocholt 5. September 1930, S. 4, Stadtarchiv Bocholt, Stadt Bocholt 2/1768.

²⁶²⁰ Hamborn, in: Permanente Revolution, Wochenschrift der Linken Opposition der KPD, 2. Jg., Nr. 30, Berlin 1. Dezemberwoche 1932, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 259.

den 43 KPD-Mitgliedern der Zelle waren zwanzig anwesend. Von ihnen stimmten zehn für den Ausschluss, fünf waren dagegen und vier enthielten sich. Der Vertreter der Unterbezirksleitung der KPD erklärte: „Und wenn alles für den Gen. Bardeck stimmt, er würde trotzdem ausgeschlossen“²⁶²¹. Nicht anders erging es dem Linksoppositionellen Oswald Forthofer, der seit 1920 im KJVD bzw. der KPD in Hamborn organisiert war. Als Forthofer vor die Kontrollkommission des Unterbezirks geladen wurde, erklärten achtzehn von vierundzwanzig Mitgliedern seiner Zelle in einem Protestschreiben, dass sie allein über einen Ausschluss zu entscheiden hätten. Zur Zellensitzung am 16.11.1932 waren nur zwölf Mitglieder der Zelle, aber acht Mitglieder der KPD-Bezirksleitung Ruhr erschienen. Forthofer durfte eine Stunde lang seine politischen Positionen darlegen²⁶²². Die Antwort erfolgte zehn Tage später durch das Sekretariat der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet:

„Dir zur Kenntnis, dass Du mit dem heutigen Tage aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen bist.

Begründung:

Du hast in die Partei im Auftrage einer konterrevolutionären Gruppe parteizersetzendes Material hineingetragen. Du verneinst unsere Auffassung zur Einheitsfrontpolitik, Du verneinst den sozialistischen Aufbau in der Sowjetunion, sprichst von dem ausbeuterischen Staats-Kapitalismus in der USSR. und von der Diktatur über das Proletariat, redest von Parteibürokratismus, der die Partei zersetzt usw. Dein ganzes Auftreten gleicht dem Auftreten der trotzkistischen Gruppen die ausserhalb der Partei stehen und Dein ganzes Auftreten beweist uns, dass Du von diesen Gruppen Dein Informations-Material erhalten hast und auch denselben angehörst.

Für solche Mitglieder die mit konterrevolutionären Gruppen Verbindungen aufrecht erhalten und deren Lügen und Verleumdungen in der Partei vertreiben ist in der Kommunistischen Partei keinen Platz und deshalb musstest Du ausgeschlossen werden.

Gegen diese Entscheidung kannst Du innerhalb 14 Tage Beschwerde beim Z.K. einlegen.

Bezirksleitung Ruhrgebiet, Sekretariat“²⁶²³.

Das Schreiben und die Umstände der beiden Ausschlüsse beinhalteten fast alles, was es schon früher gegen die 'Atomisierung' der KPD einzuwenden gab: Die linken

²⁶²¹ Hamborn, in: Permanente Revolution, Wochenschrift der Linken Opposition der KPD, 2. Jg., Nr. 25, Berlin 4. Oktoberwoche 1932, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 259.

²⁶²² Hamborn, in: Permanente Revolution, Wochenschrift der Linken Opposition der KPD, 2. Jg., Nr. 30, Berlin 1. Dezemberwoche 1932, S. 4, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 259.

²⁶²³ Sekretariat der KPD Bezirk Ruhrgebiet an Oswald Forthofer über die U.B.L. Hamborn, in: Landesarchiv NRW Duisburg, Gestapoakte Forthofer, RW 58/43514, Bl. 5.

Oppositionellen konnten nur in kleinen Zellen ihre Kritik vortragen, nicht aber vor der KPD-Mitgliedschaft der ganzen Stadt oder eines Stadtteils. Sie mussten deshalb andere Wege zur Verbreitung ihrer Ansichten z. B. über Flugblätter, Broschüren und Zeitschriften suchen. Offenes Auftreten als Fraktion bedeutete den Ausschluss aus der KPD. Zu den entscheidenden Zellentreffen, die über den Ausschluss der linken Oppositionellen entscheiden sollten, erschien nur die Hälfte der Mitglieder der Zelle. Neben einigen Schichtarbeitern dürfte sich ein Teil der Kommunisten der Debatte entzogen haben. In der einen Zelle stimmten nur zehn von dreiundvierzig Mitgliedern für Ausschluss, nur fünf waren dagegen. In der anderen Zelle, wo größerer Protest zu vermuten war, sollten die Mitglieder durch massive Teilnahme von Mitgliedern der KPD-Bezirksleitung eingeschüchtert werden. Die Ausschlüsse standen von vorne herein fest.

Die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft in Betriebszellen gab der *Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten)* kaum Chancen, die Gesamt-KPD zu reformieren. Trotzdem war die oppositionelle Arbeit nicht ganz vergeblich. Immerhin hatten sich von 67 KPD-Mitgliedern in zwei benachbarten Zellen dreiundzwanzig gegen die Ausschlüsse bzw. die Verfahrensweise der BL ausgesprochen. Vier hatten sich enthalten. Das dürfte den Funktionären der KPD-Stadteileitung Marxloh und der Unterbezirksleitung Hamborn Kopfzerbrechen bereitet haben, die in der täglichen Diskussion ohne die von außen erschienenen BL-Mitglieder auskommen mussten. Mehr Erfolg hatte die Hamborner *Linke Opposition der KPD* in der Nachbarschaft. Durch Propaganda gelang es, zuerst einen KPD-Stadtrat und darüber eine Mehrheit der KPD in Dinslaken einschließlich ihrer Stadträte für die Politik der *LO der KPD* zu gewinnen²⁶²⁴. Die relativ hohen Auflagen von Trotzki's Schriften gegen den Faschismus trugen entscheidend dazu bei, neue Kontakte zu knüpfen und einige alte Linksoppositionelle politisch umzuorientieren.

Eine Kritik an der Betriebszellenstruktur leisteten weder die trotzkistische *Linke Opposition der KPD* noch irgendeine von Trotzki's Schriften gegen den Nationalsozialismus. Mit dem Ausschluss und der Zersetzung der früheren linkskommunistischen Oppositionsgruppen war deren Kritik an der 'Atomisierung', die wie wir gesehen hatten, rein innerorganisatorisch beschränkt gewesen war, völlig in Vergessenheit geraten. Obwohl der Wirkungskreis der neuen, trotzkistischen LO der KPD ja gerade auch deshalb so klein blieb, weil sie durch die Betriebszellenstruktur der Kommunistischen Partei entscheidend behindert wurde, trug die LO nichts zur Kritik der 'Atomisierung' der KPD bei.

²⁶²⁴ Ausschlussmaschine der Parteibürokratie arbeitet mit Hochdruck. 80 Prozent der Parteimitglieder der Ortsgruppe Dinslaken vor dem Ausschluß, in: Der Kampf. Wochenschrift der K.P.D. (Linke Opposition), Kreis Dinslaken und Umgebung, 1. Jg., Nr. 1, Dinslaken 2. Januar-Woche 1933, S. 1, Privataarchiv Berens.

Leninbund²⁶²⁵, Linke Opposition der KPD²⁶²⁶, die Sozialistische Arbeiterpartei inklusive der linken Kommunisten in Wattenscheid und der radikal linken Kommunisten in Bocholt traten für die Einheitsfront der ganzen Arbeiterbewegung gegen die faschistische Bedrohung ein.

In Dinslaken konnte die trotzkistische Linke Opposition noch Anfang 1933 eine Einheitsfront von SPD, SAP und LO der KPD zustande bringen. In Erkenschwick gelang dies der LO der KPD über ihren Einfluss in der Erwerbslosenbewegung. Damit wurde beispielhaft demonstriert, dass ein Zusammengehen von KPD und SPD gegen Hitler möglich war²⁶²⁷.

Das blieben lokale Ausnahmen. Sie waren nicht nur möglich, weil sich führende Funktionäre vor Ort gegen die Politik der Parteiführung entschieden hatten und die KPD in Kleinstädten weniger unter der Kontrolle des Parteiapparates stand als in größeren Städten. Vor allem hatte sich die politische Lage erheblich verschärft. Mit der Weltwirtschaftskrise 1929 war die sog. Stabilisierung der Weimarer Republik passé. Die Massenerwerbslosigkeit führte zur Radikalisierung der Arbeiterbewegung einerseits und des Kleinbürgertums andererseits, zur Krise des Parlamentarismus und zur Polarisierung zwischen KPD und Nationalsozialismus.

In der Endphase der Weimarer Republik, die von der Historischen Kommunismusforschung als von der Krise geprägt angesehen wird²⁶²⁸, ergaben sich trotz der 'Atomisierung' der Mitgliedschaft wieder mehr Möglichkeiten zur Oppositionsarbeit in der KPD als in der vorherigen Phase der Festigung der bürgerlichen Gesellschaft, weil die politischen Erschütterungen einige Kommunisten empfänglicher für Lösungsvorschläge machten. Der Ausschluss der linken Oppositionellen in der Mittelstadt Hamborn zeigte, dass die KPD-Organisation in einer von (Betriebs-)Zellen geprägten Mittelstadt kaum reformierbar war. Das Beispiel der KPD in der Kleinstadt Dinslaken zeigte hingegen, dass unter sich politisch zuspitzenden gesellschaftlichen Verhältnissen die KPD vor Ort nicht monolithisch war²⁶²⁹. Die Entwicklung der KPD in der Mittelstadt Hamborn ging in Richtung der Erfahrung der (radikal) linken Kommunisten in der KPD-Buer und in Dortmund. Die Entwicklung der KPD in der Kleinstadt Dinslaken ging in Richtung der oppositionellen Linkskommunisten in Bocholt und tlw. in Wattenscheid.

So richtig die theoretischen Einschätzungen Trotzki's in Bezug auf den Nationalsozialismus waren, der unablässig die Notwendigkeit der Einheitsfront von SPD und KPD propagierte,

²⁶²⁵ Der Leninbund forderte „Einheit gegen Faschismus“ (Volkswille, 4. Jg., Nr. 2, Berlin 9.1.1931) und „Die Einheitsfront der Arbeiter gegen die braune Pest“ (Volkswille, 4. Jg., Nr. 8, Berlin 20.2.1931, S. 1).

²⁶²⁶ Einheitsfront gegen Nazi-Koalition, in: Permanente Revolution, 2. Jg., Nr. 28, Berlin 3. Novemberwoche 1932, S. 1.

²⁶²⁷ Berens, Trotzkisten gegen Hitler, Köln 2007, S. 50 f. Die Fakten wurden dort bereits veröffentlicht.

²⁶²⁸ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 18 f.

so unzureichend waren die Mittel seiner Anhänger, diese zu verbreiten. Die *LO der KPD* blieb trotz kleiner örtlicher Erfolge schwach. Das lag vor allem daran, dass eine Fraktionsarbeit in der KPD auf die Betriebszellenstruktur traf, die jegliche Opposition eindämmte.

Erfolgreicher war hingegen die 1931 gegründete *Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands (SAPD)*, eine Linksabspaltung der SPD, die sich im Ruhrgebiet rasant ausbreitete. In kürzester Zeit kam die SAP z. B. in den beiden Duisburger Stadtteilen Neudorf und Düsern auf einhundert Mitglieder²⁶³⁰, in der Kleinstadt Ahlen auf achtundzwanzig Mitglieder²⁶³¹, wuchs im Dortmunder Stadtteil Marten von zehn auf fünfzig Mitglieder²⁶³², gründete Ortsgruppen in Dortmund-Nordost, Dortmund-Aplerbeck, Dortmund-Brahl²⁶³³ und in Essen-Werden²⁶³⁴.

Es war kein Zufall, dass sich erfahrene Kommunisten wie Josef Schmitz in Bocholt und Johann Triebeck in Wattenscheid der SAP anschlossen. Zwar brachen wie erwähnt darüber ihre eigenen Gruppen auseinander²⁶³⁵. In Wattenscheid scheint es bei dem Übertritt vom *Leninbund* zur SAP zu einem Rückzug einiger gestandener linker Oppositioneller gekommen zu sein²⁶³⁶, schließlich hatte der *Leninbund* die SAP als „Zwittergebilde“ abgelehnt²⁶³⁷. Doch bot sich den linken und radikal linken Kommunisten mit der SAP ein neues, eigenständiges Parteiprojekt mit größerer Ausstrahlung an. In Wesel, nicht weit von Bocholt entfernt, entwickelte sich die SAP von sechs auf fünfzig Mitglieder²⁶³⁸. Die SAP in Wattenscheid zählte nach ihrer Gründung 1931 siebzig Mitglieder, von denen die Mehrzahl

²⁶²⁹ Auch Bois bestreitet zu recht den Monolitismus der KPD, vgl. Bois, *Linke Opposition*, S. 98 f.

²⁶³⁰ „Duisburg-Neudorf-Düsern“, in: *Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei*, Jg. 1931, Nr. 12, 20.11.1931, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum SZD 3169.

²⁶³¹ „Am Rhein und im Reich und an der Wasserkante. Immer weiter vorwärts“, in: *Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei*, Jg. 1931, Nr. 15, 11.12.1931, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum SZD 3169.

²⁶³² „Unser Angriff geht weiter!“, in: *Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei*, Jg. 1931, Nr. 13, 27.11.1931, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum SZD 3169.

²⁶³³ „Die Kampffront wächst. 18 neue Ortsgruppen in der letzten Woche!“, in: *Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei*, Jg. 1931, Nr. 14, 4.12.1931, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum SZD 3169.

²⁶³⁴ „Die rote Welle brandet... 60 neue Ortsgruppen, tausende neuer Genossen in der letzten Woche!“, in: *Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei*, Jg. 1931, Nr. 12, 20.11.1931, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum SZD 3169.

²⁶³⁵ Bekanntmachung in *Bocholter-Borkener Volksblatt*, Bocholt 8.11.1929; 8 Wahlvorschläge für das Stadtparlament, in: *Bocholter-Borkener Volksblatt*, Bocholt 26.2.1933; Das neue Stadtparlament, in: *Bocholter-Borkener Volksblatt*, Bocholt 15.3.1933, Stadtarchiv Bocholt; vgl. Berens, *Trotzkisten gegen Hitler*, S. 33.

²⁶³⁶ Vgl. Die Wahlvorschläge für die Wattenscheider Stadtverordnetenwahl. *Sozialistische Arbeiter-Partei*, in: *Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt*, 65. Jg., Nr. 49, Wattenscheid 27.2.1933, S. 5, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv.

²⁶³⁷ Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands, in: *Volkswille*, 4. Jg., Nr. 40, Berlin 9.10.1931, S. 3.

²⁶³⁸ „Am Rhein und im Reich und an der Wasserkante. Immer weiter vorwärts“, in: *Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei*, Jg. 1931, Nr. 15, 11.12.1931, S. 5, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum SZD 3169.

jung gewesen sein dürfte²⁶³⁹. Im Vergleich dazu können an der Mitgliederversammlung der noch Ende 1927 oppositionell linken KPD in Wattenscheid rechnerisch nicht mehr als sechzig Mitglieder teilgenommen haben. Zwar dürfte gegen Ende der Weimarer Republik auch die stalinistische KPD in Wattenscheid Zulauf bekommen haben. Aber als erfahrene (radikal) linke Kommunisten in einer relativ großen Gruppe junger Revolutionäre wirken zu können, bot ein Forum für die eigenen Ideen und die Möglichkeit, die politischen Kräfteverhältnisse vor Ort zu ändern. Die SAP wurde in Wattenscheid und in Bocholt für die KPD zur Herausforderung.

Dies lag auch an den relativ lockeren und offenen Organisationsstrukturen und -kultur der SAP, in denen die linken Kommunisten freudig als neue Mitglieder begrüßt wurden. Sie stießen dort auf junge, revolutionäre Aktivisten einer neuen politischen Generation, die vom linken, sozialistischen Flügel der SPD kamen. Ob es den erfahrenen und im Ruhrgebiet nicht unbekannten linken Kommunisten Schmitz und Triebeck gemeinsam gelang, in der SAP des Ruhrgebiets eine revolutionäre Tendenz zu bilden, ist unbekannt. Sie begriffen jedoch – im Unterschied zu KPD und SPD – die Notwendigkeit der Einheitsfront. Sie traten aktiv für die Einheitsfront ein – im Unterschied zu den allermeisten ehemaligen Sprechern der linken und radikal linken Kommunisten, die in den letzten Jahren der Weimarer Republik politisch passiv wurden. Und sie suchten sich mit der SAP die Organisation aus, die die meisten Möglichkeiten zur revolutionären Debatte und zur Propaganda für die Einheitsfront bot – im Unterschied zur trotzkistischen *Linken Opposition der KPD*, die sich an der KPD abarbeitete und, von deren Betriebszellenstruktur blockiert, die Chance verpasste, durch einen Beitritt zur SAP mehr Unterstützer zu gewinnen, eine beachtliche eigene Fraktion aufzubauen und vor allem den Broschüren Trotzki gegen den Nationalsozialismus zu einer sehr viel größeren Verbreitung zu verhelfen.

8.3 Zum Vergleich: Parteistruktur und Einheitsfront 1934 in Frankreich

Die Umstellung der *Parti communiste français-PCF* (*Kommunistischen Partei Frankreichs*) auf eine Betriebszellenstruktur wurde zunächst von der großen Mehrheit der Mitglieder als „Proletarisierung der Parteikader“ begrüßt²⁶⁴⁰. In der PCF waren vor 1925 die Mitglieder eines Orts bzw. Stadtteils als sog. Sektion, d. h. als territoriale Organisation – ähnlich der Wohngebietsorganisation der KPD – zusammengekommen. Betriebszellen gab es nicht. Bezahlte Funktionäre waren in den örtlichen Leitungen nicht vorhanden. Dies

²⁶³⁹ Unser Angriff geht weiter!, in: Sozialistische Wochenzeitung, der Sozialistischen Arbeiter-Partei, 1. Jg., 1931, Nr. 13, Berlin 27.11.1931, S. 6, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3169.

²⁶⁴⁰ Frank, Pierre, Revolutionärer Marxismus und Gewerkschaften, [Paris] 1974, in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 21.

änderte sich im Jahr 1925. Eingebettet in die Kampagne zur Bolschewisierung wurden die Betriebszellen zur Grundlage der neuen Parteiorganisation der *PCF*. Daneben wurden Straßenzellen gegründet. Unter dem Schlagwort, die Partei besser mit den Arbeitern zu verbinden, sollte verhindert werden, dass die *PCF* zu einem „Diskutierclub“ werde. Dies bedeutete, den Einfluss linker Oppositioneller zu brechen, damit sie nicht als „Leiter der Sektionen in den Sektionsversammlungen ihnen genehme Beschlüsse durchbringen konnten“. Die Sprecher der Opposition in der *PCF*, die meist aus der Tradition des revolutionären Syndikalismus kamen, wurden als „Rechte“ ausgeschlossen oder wie Lorient in einer Betriebszelle isoliert²⁶⁴¹. Den Zweck der Umstellung auf Betriebszellen, um die Opposition zu marginalisieren, sprach der Parteileiter der *PCF*, Treint, offen aus:

„Lorient gehört zu einer kleinen Opposition, der es unmöglich ist, größeren Einfluss zu gewinnen, um in den Zellen Zellen zu bilden. Es wäre viel leichter für die Fraktion der intellektuellen Opposition, in Vollversammlungen der Bezirke zu operieren, wenn diese die beschließenden grundlegenden Organe wären“²⁶⁴².

Dies ähnelte zwar der Umstellung auf die Betriebszellenorganisation in der KPD, auch wenn die PCF erheblich kleiner war. Aber die organisatorischen Veränderungen scheinen zu einem Anwachsen der organisatorischen Fähigkeiten der PCF insgesamt beigetragen zu haben. Gleichwohl verdankte die PCF ihr Wachstum nicht der Verankerung in Betrieben, sondern der Verankerung in den Pariser Vorstädten. Zentrales Instrument dazu war nicht die Betriebsarbeit, sondern die Kommunalpolitik²⁶⁴³.

Die Machtübertragung an Hitler 1933 und die Zerschlagung der Arbeiterbewegung in Deutschland führte in Europa zu einer Radikalisierung der Arbeiterbewegung – und zwar ihres sozialistischen Flügels. In Österreich wehrte sich im Februar 1934 der sozialdemokratische *Schutzbund* bewaffnet gegen das faschistische Dollfuß-Regime. Im spanischen Asturien unternahmen die sozialistischen Bergarbeiter im Oktober 1934 gegen den Eintritt der rechten Partei *Confederación Española de Derechas Autónomas* in die spanische Zentralregierung einen bewaffneten Aufstand.

In Frankreich hatten am 6. Februar 1934 faschistische Ligen versucht, das Parlament zu stürmen. Eine Unterorganisation der *PCF* hatte am gleichen Tag wie die Faschisten gegen

²⁶⁴¹ Piatnitzki, J., Die französische Rechten und die Organisationsfrage in der KPF, in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 7, Hamburg 1926, S. 649 f.

²⁶⁴² Vorstoß der Rechten in der KPF. Gegen die Betriebszellenorganisation; Aus dem Antwortartikel des Genossen Treint, 'Lorient, der Föderalist', Die Rote Fahne. Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), 8. Jg., Nr. 245, Berlin 23.10.1925, S. 10.

²⁶⁴³ Weitz, Eric D., Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919 – 1948, in: Western Societies Program Occasional Paper number 31, Ithaca / NY 1992, S. 15 f.

die Regierung demonstriert. Zuerst sprach sich die Organisation des Departments Seine der Sozialistischen Partei (Section française de l'Internationale ouvrière – SFIO) für eine Einheitsfront mit der *PCF* aus²⁶⁴⁴. Ein Einheitsfrontangebot von Vertretern des linken Flügels der SFIO der Departments Seine und Seine-et-Oise wurde jedoch von der *PCF* abgelehnt. Die *PCF* demonstrierte am 9. Februar allein. Die Aktivisten des linken Flügels der SFIO waren jedoch stark genug, Aktivitäten der eigenen Sozialistischen Partei durchzusetzen. Für den 12. Februar 1934 riefen SFIO und der sozialistische Gewerkschaftsbund CGT zum Generalstreik und zur Demonstration gegen den Faschismus auf. Die *PCF* und ihr Gewerkschaftsbund CGTU mussten sich anschließen²⁶⁴⁵. Durch den spontanen Druck der demonstrierenden Basis vereinigten sich die zwei getrennten Umzüge unter dem Ruf nach „Einheit“ zu einer gemeinsamen Demonstration. Die Einheitsfront war de facto hergestellt. Die gemeinsame Demonstration fand in der SFIO bei den „Militants der Lokalorganisationen (...) Widerhall“²⁶⁴⁶. Aber die Parteiführung der *PCF* war nach wie vor gegen eine Einheitsfront von oben²⁶⁴⁷, d. h. mit der Parteiführung der SFIO.

Das Zustandekommen der Einheitsfront gegen den Faschismus war auf die Linksentwicklung innerhalb der SFIO zurückzuführen, zu deren Sprachrohr nach dem Ausschluss des rechten Flügels aus der SFIO im September 1933 die seit vier Jahren existierende Zeitung *La Bataille socialiste* wurde. Die Hauptbastion der linken Sozialisten bildete die Pariser Region²⁶⁴⁸. Die relativ offenen und demokratischen Strukturen der SFIO spielten dabei eine entscheidende Rolle:

„Damit bekam der Druck von links größeres Gewicht, um so mehr als er sich innerhalb einer Parteistruktur, die den regionalen Verbänden weitgehende Bewegungsfreiheit ließ, auf einige traditionell linksorientierte Organisationen stützen konnte. Die weitgehende innerparteiliche Demokratie der SFIO hat somit die Tendenz zur Einheitsfront verstärkt. Als die Frage der Einheitsfront entschieden werden mußte, hatte die Parteiführung die Kontrolle weitgehend verloren und dem Druck der Militants nachgegeben“²⁶⁴⁹.

²⁶⁴⁴ Frank, Geschichte, Bd. 2, S. 608 f.

²⁶⁴⁵ Von Albertini, Rudolf, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich (1934-1938), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, 7. Jhg., Ort 1959, S. 131 f.

²⁶⁴⁶ Von Albertini, Rudolf, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich (1934-1938), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, 7. Jhg., Ort 1959, S. 133; [Broué, Pierre], 1934. Chronologie sommaire, in: L'Institut Léon Trotsky (Hrsg.), Cahiers Léon Trotsky. L'année 1934, Nr. 20, Grenoble 1984, S. 94.

²⁶⁴⁷ Vgl. Frank, Geschichte, Bd. 2, S. 609.

²⁶⁴⁸ Vergnon, Gilles, Des socialistes <révolutionnaires> en France?, in: L'Institut Léon Trotsky (Hrsg.), Cahiers Léon Trotsky. L'année 1934, Nr. 20, Grenoble 1984, S. 68 f.

²⁶⁴⁹ Von Albertini, Rudolf, Zur Beurteilung der Volksfront in Frankreich (1934-1938), in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, Heft 2, 7. Jhg., Ort 1959, S. 135; Auch der deutsche Flüchtling Boris Goldenberg, ein Leiter der SAP, war der Meinung: „Le grande avantage du parti socialiste S.F.I.O. est qu'il existe en son sein une large démocratie“ (zit.: Vergnon, Gilles, Des socialistes <révolutionnaires> en France?, in: L'Institut Léon Trotsky (Hrsg.), Cahiers Léon Trotsky. L'année 1934, Nr. 20, Grenoble 1984, S. 77).

Vor dem 12. Februar 1934 waren Einheitsfrontbefürworter in der *PCF* über das Betriebszellensystem ausgeschlossen worden. Nun entstand in der *PCF* eine neue Opposition um das Politbüromitglied und Bürgermeister von St-Denis, Doriot, der sich nach dem 6. Februar für die Einheitsfront aussprach. Am 26. April fand eine gemeinsame Kundgebung von Doriotics *PCF*-Lokalorganisation St-Denis und der örtlichen SFIO gegen den Faschismus statt, die scharf von der Leitung der *PCF* kritisiert wurde²⁶⁵⁰. Am 27. Juni wurde Doriot aus der *PCF* ausgeschlossen, obwohl die Leitungen von SFIO und *PCF* seit dem 11. Juni 1934 Verhandlungen aufgenommen hatten. Unter dem Druck des Generalstreiks und der de facto Einheitsfront vom 12. Februar änderte die *PCF* ihre Politik und vereinbarte am 27. Juli mit der SFIO ein Abkommen zur Aktionseinheit²⁶⁵¹. Die Sozialfaschismustheorie wurde fallen gelassen. Die Einheitsfront beider Parteien kam im Juli 1934 zustande²⁶⁵². Aber schon am 24. Oktober 1934 änderte die *PCF* erneut ihre Politik, als ihr Sprecher Thorez der Radikalen Partei die Bildung einer „Volksfront“ anbot²⁶⁵³.

Die Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen den Faschismus wurde nicht über die *PCF* initiiert, sondern über die Sozialistische Partei SFIO. Deren linker Flügel wurde zum Motor der Einheitsfront, wobei die reaktiv demokratischen, dezentralen Strukturen entscheidenden Anteil hatten. Zwar verhinderte die Betriebszellenstruktur der *PCF*, dass sich eine größere organisierte Opposition in der Kommunistischen Partei Frankreichs entwickeln konnte, aber die große gesellschaftliche Mobilisierung und der Druck von außen durch die SFIO machten eine Wende der *PCF* hin zur Einheitsfrontpolitik notwendig.

8.4 Ausblicke

Nach der Machtübertragung an Hitler wurde die Arbeiterbewegung zerschlagen. Die Widerstandstätigkeit der trotzkistischen *LO der KPD* (bzw. ihrer Nachfolgerorganisation *Internationale Kommunisten Deutschlands*) und der radikal linken Kommunisten/SAP aus Bocholt ist an anderer Stelle dokumentiert worden²⁶⁵⁴. Hier soll noch einmal darauf verwiesen werden, dass die SAP-Gruppe Bocholt für den Widerstand der *Sozialistischen Arbeiterpartei* im Ruhrgebiet eine besondere Rolle spielte. Über Bocholt lief die wichtigste

²⁶⁵⁰ [Broué, Pierre], 1934.Chronologie sommaire, in: L'Institut Léon Trotsky (Hrsg.), Cahiers Léon Trotsky. L'annee 1934, Nr. 20, Grenoble 1984, S. 95.

²⁶⁵¹ [Broué, Pierre], 1934.Chronologie sommaire, in: L'Institut Léon Trotsky (Hrsg.), Cahiers Léon Trotsky. L'annee 1934, Nr. 20, Grenoble 1984, S. 96.

²⁶⁵² Frank, Geschichte, Bd. 2, S. 609.

²⁶⁵³ [Broué, Pierre], 1934.Chronologie sommaire, in: L'Institut Léon Trotsky (Hrsg.), Cahiers Léon Trotsky. L'annee 1934, Nr. 20, Grenoble 1984, S. 97.

²⁶⁵⁴ Berens, Peter, Trotzkisten gegen Hitler, Köln 2007.

illegale Grenzstelle der SAP in Westdeutschland, über die nicht nur SAP-Material, sondern gleichzeitig die trotzkistische Zeitung *Unser Wort* eingeschmuggelt wurde. Die Bocholter SAP – die das Zusammengehen von jungen sozialistischen Revolutionären vom ehemals linken Flügel der SPD um Mathilde und Otto Hensel und vom radikal linken Flügel der KPD um Josef Schmitz verkörperte – dürfte erheblich dazu beigetragen haben, dass 1934 der illegale SAP-Bezirk Ruhrgebiet für die Gründung einer IV. Internationale und für die Vereinigung von SAP und *LO der KPD* (IKD) eintrat. Diese Bestrebungen beendete die Gestapo, die sowohl die SAP wie die *LO der KPD* (IKD) im Ruhrgebiet 1934 und 1935 aufrollte²⁶⁵⁵.

Johann Triebeck überlebte Gefängnis und Krieg. Nach dem Zweiten Weltkrieg gehörte der linke Kommunist zu den ersten von den englischen Besatzungsbehörden ernannten Stadtverordneten. Er starb am 16. Juli 1958 im Alter von 73 Jahren. An ihn, der den linken Flügel der Arbeiterbewegung in seiner Heimatstadt entscheidend geprägt hatte, erinnert heute in Wattenscheid ebenso wenig wie an Josef Schmitz in Bocholt.

Nach langen Haftjahren wurde Josef Schmitz 1945 erneut Leiter der Bocholter KPD. Sein Genosse Otto Hensel wurde Kreissekretär der KPD-Bocholt-Borken²⁶⁵⁶. Doch der antifaschistisch-demokratische Kurs der KPD, die nicht für revolutionäre Ziele, sondern „für die nationale Einheit Deutschlands“ kämpfte²⁶⁵⁷, stieß die radikalen linken Sozialisten / Kommunisten ab. Schmitz konnte „eine nationale Stellungnahme (...) unter keinen Umständen gut heißen“²⁶⁵⁸. Durch den kommunistischen Nationalismus abgeschreckt und von der Bezirksleitung Münster ausgeschlossen, erklärten am 6. November 1948 einundzwanzig Bocholter Mitglieder ihren Austritt aus der KPD und riefen zur Gründung einer „wirklichen marxistischen Arbeiterpartei“ auf, „die nicht für einen Staat und nicht für die nationalen Belange von Völkern, sondern für den arbeitenden Menschen sich einsetzt“²⁶⁵⁹. Ehemalige SAP-Funktionäre, die auf die SPD orientierten, hielten die Positionierung der Bocholter Gruppe Schmitz/Hensel für falsch.

Da es keine Wiedergründung der SAP gab, beteiligten sich die Bocholter radikal linken Sozialisten / Kommunisten aktiv an der Gründung der titoistischen *Unabhängigen Arbeiterpartei (UAP)*. Neben München, Worms, dem Raum Düsseldorf und Geesthacht war das westliche Ruhrgebiet mit Bocholt, Dinslaken, Oberhausen und Mülheim einer von

²⁶⁵⁵ Ebd., S. 65 f. Die Fakten wurden dort bereits veröffentlicht.

²⁶⁵⁶ Otto Hensel an Joseph Lang, Bocholt 11.11.1948 und Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Josef (Jup) Schmitz an Adolf Ehlers (Bremen), Bocholt, 26.10.1948, in: Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 124 f.

²⁶⁵⁷ Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966, S. 257.

²⁶⁵⁸ Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 124, zitiert nach: Niebuhr, Mein ganzes Leben, S. 36.

²⁶⁵⁹ Grebing, Helga, Lehrstücke in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, S. 124, zitiert nach: Niebuhr, Mein ganzes Leben, S. 36.

fünf geografischen Schwerpunkten der UAP²⁶⁶⁰. Die Vorkonferenz zur Parteigründung fand am 9./10.12.1950 in Dinslaken statt²⁶⁶¹. In der zentralen Parteileitung war die Bocholter Gruppe mit Mathilde Hensel vertreten²⁶⁶². Im Vergleich dazu blieb die trotzkistische Strömung im Ruhrgebiet nach 1945 auf die frühere LO-Gruppe in Hamborn beschränkt, nachdem die aus dem Revier ins Exil geflüchteten Trotzisten nicht ins Ruhrgebiet zurückkehrt waren. Noch weniger ist über die *Chemnitzer Linken* bekannt. Ihr Sprecher Paul Bertz behielt seinen linkskommunistischen Standpunkt nach 1945 bei, lehnte die Vereinigung der KPD mit der SPD in Ostdeutschland von einem linken Standpunkt aus ab, geriet in die Isolation, wurde von der SED wegen Kontakten zu Noel Field als „Agent“ bezichtigt und beging 1954 Selbstmord²⁶⁶³. Schubert war in der Sowjetunion ermordet worden. Schroer wurde nach dem Zweiten Weltkrieg Sprecher der KPD-Stadtratsfraktion in Gelsenkirchen. Als Titoist ausgeschlossen, trat er 1954 der SPD bei²⁶⁶⁴.

9.0 Fazit

Das Ruhrgebiet wurde durch Bergbau und Stahlproduktion geprägt. Die Eigentümer der Hüttenzechen-Konzerne, die die polyzentrische Struktur des Ruhrgebiets und seine aufgesplitterte staatliche Verwaltung nutzten, besaßen mit dem Kohlesyndikat in der Weimarer Republik großen Einfluss. Gegenüber dem hoch zentralisierten Kapital blieb die in Berufe und politische Richtungen zersplitterte Gewerkschaftsbewegung schwach. Vor dem Ersten Weltkrieg war der Einfluss der Sozialdemokratie im Revier gering. Widerstand gegen den Krieg ging von dem Milieu der Bergarbeiter aus, deren sich verschlechternde Arbeits- und Lebensbedingungen nach einer Veränderung drängten.

Da SPD und Gewerkschaften die Kriegspolitik von Monarchie und Kapital unterstützten, mussten die Bergarbeiter die Verbesserung ihrer Lage in die eigenen Hände nehmen. Ab 1916 entstand im reformistischen *Bergarbeiterverband* eine Opposition. In acht Streikwellen setzten sich die Kumpel für Sofortforderungen, später für offen politische Forderungen ein. Auch diese Bewegung mündete in die Novemberrevolution 1918. Die Streikwellen der Bergarbeiter gingen weiter und fanden einen neuen Höhepunkt im Frühjahr 1919. Die Kumpel konnten die Sieben-Stunden-Schicht durchsetzen, nicht jedoch die Sozialisierung des Bergbaus. Aus den Kämpfen der Bergarbeiter entstand die Bewegung der Unionen, die sich 1921 in der revolutionären *Union der Hand- und*

²⁶⁶⁰ Kulemann, Peter, Die Linke in Westdeutschland nach 1945, Hannover 1978, S. 139, wenn man die Vertretung in der zentralen Parteileitung zu einem Kriterium macht.

²⁶⁶¹ Ebd., S. 73.

²⁶⁶² Ebd., S. 139.

²⁶⁶³ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 109 f.

²⁶⁶⁴ Weber/Herbst, Deutsche Kommunisten, S. 836 und 833.

Kopfarbeiter um eine mehrheitlich kommunistische Verbandsführung sammelte. Im Gegensatz zur traditionellen reformistisch-sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur entstand eine neue rätedemokratische, revolutionär-unionistische Arbeiterbewegungskultur. Weitgehend getrennt von der Streikbewegung war ab 1916 in Duisburg die Gruppe *Der Kampf* aufgetreten, die erst in- und dann außerhalb der SPD gegen den Krieg Stellung bezog. In der von Duisburg und Amsterdam aus gut organisierten Gruppe spielten Carl Minster, Rosi Wolfstein und Artur Hammer eine wichtige Rolle. *Der Kampf* positionierte sich eigenständig in den Debatten der sozialdemokratischen Oppositionellen und wurde zu einem Gründungsbestandteil der KPD, die im Ruhrgebiet im Frühjahr 1919 kurzzeitig KAPD hieß. Die massiven Radikalisierungsprozesse der Bergarbeiter und die kleine, revolutionäre sozialdemokratische Opposition entwickelten sich erst parallel und liefen dann zusammen, was sich an der Person Arthur Hammers zeigte, der sowohl in der Bewegung der Unionen wie in der Leitung der frühen Ruhr-KPD eine maßgebliche Rolle spielte.

Gegen den Kapp-Putsch im März 1920 beteiligte sich im Ruhrgebiet die KPD, die im Herbst 1919 durch die Abspaltung der KAPD geschwächte worden war, vom ersten Tag an am Generalstreik, wodurch sie neuen Einfluss in der Arbeiterbewegung gewinnen konnte. Während die KPD-Zentrale um Paul Levi die Entwaffnung der *Roten Ruhrarmee* durch das sog. *Bielefelder Abkommen* billigte, lehnte dies die Mehrheit der KPD-Bezirksleitung im Revier ab. Hier regte sich eine linkskommunistische Opposition, bevor sie in der Gesamt-KPD entstand. Die linken Kommunisten um Eppstein, König und Hammer gerieten jedoch in die Minderheit, als Ende 1920 mit der Vereinigung von KPD und USPD die VKPD im Ruhrgebiet zur Massenpartei wurde. Die nun moderate Leitung der Ruhr-KPD um Ernst Graul war stärker in der traditionellen sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur verwurzelt, als dass sie die neue der Unionen repräsentierte, was im Revier zu einer Frontstellung der KPD gegen die revolutionäre Gewerkschaft der Bergarbeiter führte. Das Organisationsmodell der *Union der Hand- und Kopfarbeiter*, das basisdemokratisch nach dem Rätssystem aufgebaut war, stand im Widerspruch zu dem streng hierarchischen der KPD. Nach der Fusion mit der USPD wurden die Strukturen und das Funktionieren der VKPD zwar demokratischer als unter der Leitung Luxemburg-Jogiches, blieben jedoch hierarchisch. Das war die tiefere Ursache für die ständigen Konflikte zwischen KPD und Union. Eine Verschmelzung der positiven Elemente beider Arbeiterbewegungskulturen fand nicht statt. Nachdem sich die moderate KPD-Bezirksleitung im Ruhrgebiet unter Berufung auf Lenin für eine Politik der Fraktionsarbeit in den reformistischen Gewerkschaften des ADGB entschieden hatte, versuchte sie mit Unterstützung der KPD-Zentrale, die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* unter Kontrolle zu bringen. Zu diesem Zweck baute die KPD in der Union ein Zellensystem auf, das sich vor allem gegen die

kommunistische Leitung der Union richtete, welche Mitglied der *Roten Gewerkschaftsinternationale* war. Es war das erste Mal, dass sich das Zellensystem nicht gegen den sog. Klassenfeind, sondern gegen eine Opposition innerhalb der kommunistischen Bewegung, gegen die Avantgarde der Bergarbeiter richtete. Damit nahm die KPD schon *vor* der Bolschewisierung auf die schematische Haltung Lenins zu den Unionen Bezug und übernahm von der WKP (B) das Zellensystem zur Bekämpfung von Revolutionären.

Zu Beginn der französisch-belgischen Besetzung des Ruhrgebiets im Frühjahr 1923 besaß die moderate Ruhr-KPD in einigen Städten relativ großen Einfluss in der Arbeiterklasse, die sie gegen den Nationalismus abzuschotten suchte, indem sie u. a. zur Verbrüderung mit französischen Soldaten aufrief. Die stärker werdende linksoppositionelle Minderheit der KPD im Revier strebte Betriebsbesetzungen und einen bewaffneten Aufstand an, was die moderate KPD-Bezirksleitung wegen der alliierten Besatzungsmacht ablehnte. Die ungeheure Verelendung der Bevölkerung führte zu lokalen Aufstandsversuchen in Dortmund, Gelsenkirchen, Mülheim und Essen. Hier und z. B. in Bochum entstand im Sommer 1923 eine Situation der Doppel- oder Dreifachherrschaft zwischen Besatzern, revolutionärer Arbeiterbewegung und Reichsregierung / Bergwerks- und Hüttenbesitzern. Die Regierung Cuno wurde auf Initiative kommunistischer Betriebsräte weggestreikt. Die moderate KPD-Zentrale um Brandler/Thalheimer und ihre Anhänger in der Ruhr-KPD rissen das politische Ruder jedoch schroff nach rechts und biederten sich, inspiriert vom Komintern-Berater Karl Radek, mit dem Schlageter-Kurs dem Nationalismus des Kleinbürgertums an. Die KPD-Zentrale und die moderate KPD-Bezirksleitung an der Ruhr sahen das Zentrum der revolutionären Entwicklung nicht im Revier, sondern im mitteldeutschen Industriegebiet, worin sie von der *Kommunistischen Internationale* bestärkt wurden. Nachdem im Sommer 1923 im Ruhrgebiet eine semi-revolutionäre Situation verpasst worden war, kam der für den November 1923 geplante Aufstandsversuch zu spät. Doch auch die Absetzung ihrer eigenen Landesregierungen in Sachsen und Thüringen wurde von KPD und linker SPD kampflos hingenommen. Die sog. Oktoberniederlage veränderte dramatisch die Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals. Im Ruhrgebiet wurden die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* und die KPD für illegal erklärt. Die Arbeitszeiten im Bergbau und anderen Branchen wurden drastisch verlängert. Man hatte den Aufstand verpasst, dem Angriff der Regierung keinen Widerstand entgegengesetzt und die Erosion der sozialen Errungenschaften nicht verhindert. Die Reaktionen der Arbeiter auf die kampflose Niederlage waren widersprüchlich. Während die Gewerkschaften nahezu die Hälfte, die KPD zwei Drittel ihrer Mitglieder verloren und die SPD wieder Boden gewann, radikalisierte sich die in der Kommunistischen Partei

verbliebene Minderheit der Mitglieder und wählte im Frühjahr 1924 auf demokratischem Wege eine neue linkskommunistische Führung um Fischer/Maslow/Scholem. Die Ruhr-KPD billigte den neuen Linkskurs mit überwältigender Mehrheit.

Die linkskommunistischen KPD-Leitungen in Berlin und Essen ignorierten die Schwere der Oktoberniederlage, die eine neue Phase der gesellschaftspolitischen Entwicklung der Weimarer Republik eröffnete. Sie strebten weiterhin die unmittelbare Verwirklichung ihrer revolutionären Ziele an, was an den gefestigten kapitalistischen Verhältnissen scheitern musste. Die offensive, linke Strategie taugte so wenig für die Phase der sog. Stabilisierung, wie die defensive Taktik der moderaten Kommunisten für die revolutionäre Nachkriegsphase. Die linkskommunistische Führung der KPD um Fischer/Maslow/Scholem musste versuchen, die Kluft zwischen Wünschen und Realität zu überbrücken. Sie griff nach neuen revolutionären Methoden, die von der WKP(B) mit der Bolschewisierung angeboten wurden, welche ideologisch den Leninismus und organisatorisch die Umstellung auf eine Betriebszellenorganisation beinhaltete. Eine monolithische Partei ohne Fraktionen wurde zum Ideal erhoben. Die Bolschewisierung führte dazu, dass die traditionellen Elemente der sozialdemokratischen Arbeiterbewegungskultur in der KPD weder durch die neue revolutionär-unionistische Arbeiterbewegungskultur noch durch die traditionelle revolutionäre Arbeiterbewegungskultur der SDAPR vor 1918 ersetzt wurden, sondern durch das, was die sowjetische Partei- und Staatsbürokratie erst unter Sinowjew-Stalin, dann unter Stalin-Bucharin aus letzterer gemacht hatte. Da die Bolschewisierung den Widerspruch zwischen veränderten Verhältnissen und eigener revolutionärer Erwartung weiter verschärfte, versuchte die linkskommunistische Führung der KPD um Fischer/Maslow/Thälmann 1925 auf einen moderaten Kurs umzuschwenken, worüber es zum Bruch mit den radikal linken Kommunisten um Scholem/Rosenberg/Weber kam.

Von der linkskommunistischen Parteiführung hätte man 1924-1925 die engste Zusammenarbeit mit der Industriegewerkschaft *Union der Hand- und Kopfarbeiter* erwarten können. Doch durch ihre schematische Übertragung von Lenins Haltung zur Gewerkschaftsfrage auf die Verhältnisse in Deutschland erwiesen sich die linkskommunistische Zentrale um Fischer/Maslow/Thälmann und die linkskommunistische KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet als Feinde der Union. Daraufhin trennten sich die Arbeiter-Avantgarde der Streikwellen, die weitgehend in der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* organisiert war, und die linkskommunistische Ruhr-KPD. Diese konnte Ende 1925 mit Hilfe der Zellenorganisation die Liquidierung der Union durchsetzen. Das AUS war hausgemacht und erfolgte nicht durch eine Direktive aus Moskau, auch wenn es 1925 zu einem Erfordernis der sowjetischen Außenpolitik geworden war. Damit hatte sich die

Ruhr-KPD nicht nur gegen die Avantgarde der Bergarbeiter gestellt, sondern einen erstrangigen Widerstandspol gegen die Rationalisierungswelle der Bergwerkskonzerne aus dem Weg geräumt. Innerhalb der Ruhr-KPD gab es keine Fraktion, die diesem sektiererischen Spaltungskurs entgegentrat. Letztendlich beruhte der kommende Niedergang des oppositionellen linken und radikal linken Kommunismus in der Ruhr-KPD auf der Bekämpfung und Liquidierung des eigenen Umfeldes in der Union der *Hand- und Kopfarbeiter*, die man an vorderster Stelle bewerkstelligt hatte. Man hatte den Ast abgesägt, auf dem man saß.

Für ihren Kurs der Liquidierung der Union hatte die linke KPD-Führung nach einigem Hin und Her die Unterstützung der WKP(B) und der Komintern gefunden. Ab Mitte 1925 strebte die sowjetische Außenpolitik ein Bündnis mit den reformistischen Trade Unions in England an, um dem sich anbahnenden geschlossenen Block der imperialistischen Mächte (Vertrag von Locarno) nicht allein gegenüber zu stehen. Das Bündnis mit dem englischen Trade Union Congress erforderte in Deutschland die Mitarbeit in den ADGB-Gewerkschaften. Beidem stand im Ruhrgebiet die rätedemokratische *Union der Hand- und Kopfarbeiter* im Weg. Ihre Liquidierung machte jedoch noch keineswegs die Bahn für die Zusammenarbeit mit dem TUC und für eine Mitarbeit in den ADGB-Gewerkschaften frei. Denn dafür war zusätzlich die Installation einer moderaten Führung der KPD erforderlich, für die der linkskommunistische KPD-Führungskern um Fischer/Maslow ein Hindernis darstellte.

Hinzu kamen die Auseinandersetzungen in der WKP(B), in der die Fraktion um Stalin im Bündnis mit der moderat kommunistischen Fraktion um Bucharin gegen den vereinigten linksoppositionellen Fraktionsblock Sinowjew/Kamenew-Trotski stand. Die Debatte ging theoretisch um die Möglichkeit des Aufbaus des Sozialismus in einem Land vs. Weltrevolution, international um die revolutionäre Politik in England 1926 und China 1925-1927 und innerhalb der Sowjetunion um das Verhältnis von Industrialisierung und Landwirtschaft. Für die Führung der WKP(B) um Stalin-Bucharin war es untragbar, dass Fischer/Maslow als Anhänger Sinowjews die KPD leiteten. Ebenso untragbar war, dass eine Mitgliedsorganisation der kommunistischen Weltbewegung wie die Union rätedemokratisch organisiert war und damit ein Gegenmodell zum bürokratischen Funktionieren der WKP(B) existierte.

Durch den *Offenen Brief* des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale vom 1.9.1925 wurde die bestehende linkskommunistische Führung der KPD zerschlagen und ein Block der Fraktion der moskautreuen linken Kommunisten unter Thälmann mit der Fraktion der moderaten Kommunisten um Ernst Meyer/Ewert angebahnt. Im Ruhrgebiet wurde der linkskommunistische Politische Leiter der KPD-Bezirksleitung, Wilhelm Schwan, abgesetzt, um einen Block der Fraktion der linken Kommunisten unter Florin mit

der Fraktion der moderaten Kommunisten unter Adolf Ende zu ermöglichen. Im Verhältnis zu den Bedürfnissen der sowjetischen Außenpolitik waren die meisten der im *Offenen Brief* angegebenen Gründe für die Absetzung Fischer/Maslows vorgeschoben. In Bezug auf eine von der WKP(B) und Komintern eigenständige Politik, waren die genannten Gründe im *Offenen Brief* erfunden. Der Vorwurf mangelnder interner Demokratie wurde durch den *Offenen Brief* selbst konterkariert. Was die angeblich fehlerhafte Gewerkschaftspolitik der KPD betraf, argumentierte der *Offene Brief* so sektiererisch wie es die Politik der KPD gegenüber die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* war.

Zur Durchsetzung des *Offenen Briefes* des EKKI in der KPD reichten weder die Hetze gegen die oppositionellen intellektuellen Sprecher der linkskommunistischen Oppositionellen, die im Ruhrgebiet wenig greifen konnte, da diese Arbeiter waren, noch der Rummel um die Arbeiterdelegationen, die die Zustände in der Sowjetunion verherrlichen sollten. Dafür mussten in der KPD einschneidende organisatorische Veränderungen vorgenommen werden.

Aus ihrer sozialdemokratischen Tradition war die KPD auf Mitgliederversammlungen der Wohngebietsorganisationen und auf Funktionärskonferenzen aufgebaut, wo alle Mitglieder bzw. Funktionäre zusammen kamen, gemeinsam diskutierten und Entscheidungen trafen. Frühe Bestrebungen, die Wohngebietsorganisation durch Betriebszellen zu ergänzen, waren nicht erfolgreich gewesen. Der Versuch der KPD-Zentrale um Ernst Meyer Anfang 1924 die Betriebszellen zur organisatorischen Grundlage der KPD zu machen, kam über das Stadium der Planung nicht hinaus. Erst im Verlaufe des Jahres erklärte das EKKI die Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation in allen kommunistischen Parteien für verbindlich. Die Übertragung des frisch geschaffenen Leninismus und der Betriebszellenorganisation als den beiden Kernelementen des Bolschewismus unterstellte, dass alle Kommunistischen Parteien außer der WKP(B) nicht revolutionär seien und unter Anleitung des EKKI – d. h. letztendlich der WKP(B) – noch werden müssten. Damit wurde die revolutionäre Arbeiterbewegungskultur der Unionen im Ruhrgebiet ignoriert. Mit der Durchsetzung bzw. Akzeptanz dieser Sichtweise war die Vorherrschaft der WKP(B) und ihrer jeweils herrschenden Fraktion über die kommunistische Weltbewegung auf lange Zeit gesichert.

Die Umstellung auf eine Betriebszellenorganisation wurde wie das Schema des Leninismus von den linken Kommunisten im KPD-Bezirk Ruhrgebiet begeistert angenommen. Nach den Enttäuschungen der sog. *Oktoberniederlage* sahen sie die Revolutionierung der Partei durch eine bolschewistische Organisationsstruktur als kürzesten Weg zur Revolution an.

Die Struktur der Großbetriebe im Revier ließ erwarten, dass die Umstellung der KPD-Struktur auf Betriebszellen leichter als anderswo gelingen würde.

Der Versuch der KPD mit der Zellenorganisation in den Betrieben gegen die Kapitaleigner schlagkräftiger zu werden, glich einer Sisyphusarbeit. Viele kommunistische Aktivisten waren in den Streikwellen bis 1924 entlassen worden. Beträchtliche Schwierigkeiten ergaben sich für die Betriebszellen aus den Lebens- und Arbeitsverhältnissen selbst, die von Schichtarbeit und von langen Wegezeiten geprägt waren. Das größte Hindernis bildete die hohe Erwerbslosigkeit unter KPD-Mitgliedern im Ruhrgebiet infolge der Entlassungswellen. Zwar gelang es, Kommunisten in Großbetrieben organisatorisch zu erfassen, aber der Aufbau einer Betriebszellenorganisation im Bergbau war ständig durch Entlassungen bedroht, was immer wieder neue Anläufe zur Umstellung notwendig machte. Die Zahl von KPD-Mitgliedern in Großbetrieben blieb niedrig. Die politische Tätigkeit der Betriebszellen war schwach. Die Enge des betrieblichen Horizonts, die Hilflosigkeit beim Aufbau einer kommunistischen Betriebsarbeit, die dankbar nach Direktiven der Leitungen greifen ließ, das Schwanken zwischen Nur-Gewerkschaftertum und aufgesetzten politischen Debatten erschwerten die Entwicklung der politischen Arbeit. Der Versuch, die Alltagsprobleme mit den kommunistischen Zielen zu verbinden, sollte vielen Betriebszellen der Ruhr-KPD nicht gelingen. Von der Erlangung der Fähigkeit der kommunistischen Betriebszellen, die Arbeiter eigenständig zu Streiks zu bewegen, konnte keine Rede sein. Häufig standen den kommunistischen Betriebszellen erheblich größere Betriebsgruppen der reaktionären Kampforganisation *Stahlhelm* gegenüber, deren Mitglieder gezielt von den Zechenadministrationen eingestellt wurden. Die katastrophalen Auswirkungen der Umstellung der KPD auf die Betriebszellenorganisation, der Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* und der Mitarbeit im reformistischen *Bergarbeiterverband* zeigten sich 1926 während des englischen Bergarbeiterstreiks, als die KPD auf keiner einzigen Zeche des Ruhrgebiets einen Solidaritätsstreik lostreten und die Lieferung von Streikbrecherkohle verhindern konnte.

So begrenzt die Schlagkraft der Betriebszellen nach außen war, so erfolgreich wirkten sie *innerhalb* der KPD, wo in der Regel die arbeitenden Mitglieder den Betriebszellen und die erwerbslosen Mitglieder den Straßenzellen zugeordnet waren. Mit der Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation gelang es der KPD-Zentrale um Thälmann-Meyer/Ewert, die linkskommunistischen Anhänger von Fischer/Maslow und die radikal linken Oppositionellen auszuschalten. Die Betriebszellen und die Straßenzellen wurden ab 1925-1926 zur Grundeinheit der KPD, die die Mitgliederversammlungen ersetzten. Die Delegiertenkonferenzen traten an die Stelle der Funktionärsversammlungen. Bei Delegiertenwahlen wurden die Betriebszellen bevorteilt. Die Leitungen wurden auf allen Ebenen von Mitgliedern der Betriebszellen dominiert. Das war keineswegs das

Modell der *Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands (ZK)* vor dem Ersten Weltkrieg, die die Betriebszellen als illegale Strukturen im Kampf gegen den Zarismus genutzt hatte, aus einer Föderation von Fraktionen und Mitgliedsparteien unterdrückter Nationalitäten bestanden hatte, eine Quotierung von Arbeitern in Leitungsgremien nicht gekannt hatte und deren örtliche Gruppen weitgehend autonom gewesen waren. Von Anfang an war es ein Ziel der Parteiführung der KPD um Thälmann-Meyer/Ewert, mit der Umstellung auf Betriebszellen Diskussionen einzuschränken, oppositionelle linkskommunistische Einflüsse zu marginalisieren, ihre Sprecher zu isolieren und die Kommunistische Partei unter Kontrolle der neuen, moderaten Führung zu bringen, die sich eng an die Leitung der WKP(B) um Stalin-Bucharin anlehnte.

Im KPD-Bezirk Ruhrgebiet lässt sich ein ungleicher Delegiertenschlüssel nur indirekt nachweisen. Die Betriebszellen wurden jedoch bevorzugt, indem selbst kleine und kleinste Zellen zu Konferenzen Delegierte wählen konnten. Mit diesem Verfahren gelang es der Bezirksleitung der Ruhr-KPD, viele Delegiertenkonferenzen zu dominieren. Das war umso bemerkenswerter, als die Mehrheit der Mitgliedschaft im KPD-Bezirk Ruhrgebiet 1925-1926 erwerbslos war. Die Betriebszellenorganisation, über die die linkskommunistische Fraktion um Florin im Bündnis mit der Fraktion der moderaten Kommunisten um Adolf Ende die KPD im Revier kontrollierte, fußte auf einer Minderheit der Mitgliedschaft. In der revolutionären Arbeiterpartei KPD wurde die Minorität der betrieblichen Arbeitermitglieder über die Majorität der erwerbslosen Kommunisten gestellt. Hinzu kam, dass die Lage in den Betrieben Mitte der 1920er Jahre eine andere als zwischen 1918-1924 war. Der größere Teil der Kommunisten, der in Mittel- und Kleinbetrieben arbeitete, stand wegen der überschaubaren Arbeitsverhältnisse per se stärker unter Kontrolle der Kapitaleigner als die Kommunisten in großen Werken und auf Zechen. Mitte der 1920er Jahre waren die KPD-Mitglieder in den Großbetrieben des Reviers nicht mehr die Aktivisten der Streikwellen bis 1924, die oft entlassen worden waren. Viele Kommunisten im Betrieb brannten nicht darauf, den nächsten Streik auszulösen, sondern hatten Angst, beim nächsten Arbeitskampf entlassen zu werden. Auf diese angepasste Schicht kommunistischer Betriebsarbeiter stützte sich die Bezirksleitung der Ruhr-KPD um Florin-Ende mittels der Betriebszellenorganisation im Kampf gegen die linkskommunistischen Oppositionellen. Die Betriebszellen scheiterten zwar mit der Revolutionierung der Arbeiterklasse, waren aber erfolgreich genug, um offen linksoppositionelle Ansichten ausschalten zu helfen.

Die dramatischste Auswirkung der Zellenorganisation war die Fragmentierung des politischen Bewusstseins der KPD-Mitgliedschaft, die bereits in der bestehenden, weitgehenden internen Funktions- und Arbeitsteilung der Kommunistischen Partei angelegt war. Spielte im marxistischen Denken der Gesichtspunkt der Totalität eine entscheidende

Rolle, um die gesellschaftlichen Verhältnisse zu erfassen, so musste die extreme Zersplitterung der Mitgliedschaft in Zellen hohe Denkblockaden schaffen, die erschwerten, die gesellschaftliche Entwicklung in ihrer Gesamtheit zu erkennen. Betriebszellen standen unter dem Druck der unmittelbaren, betrieblichen Probleme, die vom Trinkwasser über die Unfallgefahr bis zu Lohn und Arbeitszeit reichten. Die KPD-Mitglieder konnten versuchen, betriebliche Probleme mit den kommunistischen Zielen zu verbinden, aber für eine allgemeine Auseinandersetzung mit der ganzen Bandbreite der Kapitalismuskritik, mit dem revolutionären Ziel und dem Weg dorthin waren die Betriebszellen strukturell ungeeignet. Im Gegenteil: Sie verhinderten, dass sich ein eigenständiges, umfassendes revolutionäres Bewusstsein entwickeln konnte. Die schlimmste Folge der Fragmentierung des politischen Bewusstseins durch die Betriebszellenorganisation war die Unfähigkeit der Mitgliedschaft der KPD im Ruhrgebiet – trotz der eindrucksvollen Erfahrungen mit der Einheitsfront der Arbeiter 1919 im Kampf für die Sieben-Stunden-Schicht und die Sozialisierung und 1920 im Kampf gegen den Kapp-Putsch – ab 1930 in der KPD eine Einheitsfrontpolitik gegen die Gefahr des Nationalsozialismus durchzusetzen.

Das anfangs begeisterte Aufgreifen der Bolschewisierung durch die linken Kommunisten, des Schemas des Leninismus und der Umstellung der Parteiorganisation auf Betriebszellen erschwerte die Kritik, die erst nach und nach aufkam. Der führende radikal linke italienische Kommunist Bordiga bestritt die Notwendigkeit der Umstellung mit dem Argument, dass auch die kommunistischen Parteien außerhalb der Sowjetunion revolutionär seien. Dagegen ließ die Legendenbildung um die bolschewistische Tradition der WKP(B) den russischen Revolutionär Leo Trotzki die Gefährlichkeit des Schemas des Leninismus und der organisatorischen Umstellung auf Betriebszellen ignorieren. Durch die vielfältigen Erfahrungen mit den manipulativen Praktiken der Parteiführung um Thälmann-Meyer/Ewert bzw. Florin-Ende machten auch die (radikal) linkskommunistischen Oppositionellen in der Ruhr-KPD die bittere Erfahrung, dass ihnen kein breites Diskussionsforum in der Kommunistischen Partei geboten werden sollte. Die erste Fraktion, die in der KPD die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation als 'Atomisierung' der Mitgliedschaft ablehnte, war die der radikal linken Kommunisten um Korsch/Schwarz. Sie wertete die 'Atomisierung' als Teil eines Belagerungszustandes, der in der KPD herrsche, und forderte die Wiederherstellung der Wohngebietsorganisation. Dort müssten die politischen Entscheidungen fallen, während die Betriebszellen die Wohngebietsorganisationen ergänzen sollten. Andere Fraktionen wie die radikal linkskommunistische *Weddinger Opposition* bzw. *Weddinger Linke* und die oppositionellen Linkskommunisten um Hugo Urbahns, der spätere *Leninbund*, schlossen sich der Kritik an.

War die Umstellung auf die Betriebszellenstruktur die organisatorische Seite des Bolschewismus, um die Hegemonie des Fraktionsblocks Thälmann-Meyer/Ewert über die KPD und die des EKKI über die KPD-Parteiführung zu sichern, so war der Leninismus die ideologische Seite. Es handelte sich um eine schematisierte Form des revolutionären Marxismus, der sich vor allem über Abweichungen von der angeblichen richtigen Linie definierte, die schnell im Trozismus und Luxemburgismus gefunden wurden. Sinowjew und Stalin prägten das Verständnis vom Leninismus in der KPD. Seine Auslegung war das Monopol der jeweiligen Parteiführung und beruhte zunächst auf der Unkenntnis der auf Deutsch überwiegend noch unveröffentlichten Werke Lenins unter Funktionären und Mitgliedern der KPD Mitte der 1920er Jahre. Der Leninismus wurde zur Glaubensfrage. Waren die linken und radikal linken Kommunisten begeisterte Anhänger der Bolschewisierung gewesen, so hatte es ihnen besonders der Leninismus angetan. Setze bei ihnen in Bezug auf die Betriebszellenstruktur ein Umdenken ein, so war eine solches – mit Ausnahme der Fraktion Korsch/Schwarz – in Bezug auf den Leninismus nicht festzustellen. Im Gegenteil: Die oppositionellen linken Kommunisten der Fraktion Fischer/Maslow/Urbahns beanspruchten, die wahren Verteidiger des Leninismus im Kampf gegen die Parteiführung der KPD zu sein, welche vom leninistischen Weg abgewichen sei. Trotzki, der als einer ihrer Teilnehmer die Geschichte der SDAPR überblickte, übersteigerte diesen Ansatz, indem sich seine Anhänger als Bolschewiki-Leninisten bezeichneten. Mit der Umstellung auf die Betriebszellenorganisation und der Übernahme des Leninismus wurde von der KPD nicht etwa die Arbeiterbewegungskultur der SDAPR übernommen, sondern die, die durch die Parteibürokratie der WKP(B) und die Komintern transferiert wurde. Es musste die Kritik am Stalinismus einschränken, wenn man sich mit dem Leninismus auf seine ideologische und mit der Befürwortung der Betriebszellenstruktur auf seine organisatorische Basis begab.

Die Umstellung auf die Betriebszellenorganisation bildete ein Raster, um in der Ruhr-KPD eine ganze Reihe undemokratischer Maßnahmen durchzusetzen. Die Versetzung von linken Oppositionellen in andere KPD-Bezirke, die Absetzung von Funktionären und die Entlassung von Parteiangestellten waren *personelle Maßnahmen*. Die Zusammenlegung von Unterbezirken, die Reduzierung der Zeitungen, die alleinige Wahl von Mitgliedern aus den Betriebszellen in die UB-Leitungen, die alleinige Kontrolle der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet über die Finanzen, die Verlagerung der Entscheidung über den Einsatz von Referenten und die Gestaltung von Seminaren von der Unterbezirks- zur Bezirksleitung, die Wahl der Sekretäre der Unterbezirke auf dem Bezirksparteitag Ruhrgebiet statt auf einer Unterbezirkskonferenz, die Anstellung gut bezahlter Kräfte durch die Bezirksleitung statt durch den Bezirksparteitag waren *strukturelle Veränderungen*, die eine Hyperzentralisierung der ohnehin schon zentralistischen KPD ergaben. Diese

Hyperzentralisierung wurde über die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft in der KPD durchgesetzt. Die organisatorischen Maßnahmen dienten einer moderaten Politik der KPD entsprechend den innen- und außenpolitischen Interessen der Sowjetunion. Von der Umstellung auf Betriebszellen profitierten die wenigen Frauen in der Ruhr-KPD nicht. Sie waren Hausfrauen, selten Arbeiterinnen oder Angestellte im Bergbau und in der Stahlindustrie. Durch die Umstellung von der Wohngebietsorganisation auf die Betriebszellenstruktur wurden Frauen noch mehr zur Seite gedrängt. Für die wenigen Arbeiterinnen kam die Belastung als Hausfrau und Mutter hinzu, die eine politische Betätigungsmöglichkeit als Funktionärin stark einschränkte. Frauen führender linker Oppositioneller hielten ihren Männern für deren politische Betätigung den Rücken frei.

Die 'Atomisierung' der Mitgliedschaft der KPD in der Betriebszellenstruktur konnte weder den Übergang einzelner KPD-Ortsgruppen noch den einzelner KPD-Unterbezirke zu oppositionellen linken bzw. radikal linken Ansichten völlig verhindern, erschwerte die Ausbreitung von Kritik jedoch beträchtlich. Die 'Atomisierung' bildete damit ein unverzichtbares Instrument der Parteibürokratie unter Thälmann-Meyer/Ewert, die KPD zu beherrschen und eine moderate Politik durchzusetzen.

Die verhaltene Kritik, die im Herbst 1925 in der KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet aufkam, und die mit Wilhelm Schwan trotz *Offenem Brief des EKKI* am linkskommunistischen Kurs festhalten wollte, wurde u. a. durch personelle Maßnahmen eingedämmt. Anhaltenden Widerstand leistete die linksoppositionelle Wattenscheider KPD, die ein ganzes Programm von demokratischen Strukturreformen, die in der Kommunistischen Partei verwirklicht werden mussten, parteiintern präsentierte.

Gegen die undemokratischen Maßnahmen der Parteiführung wehrten sich die oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten mit verschiedenen Erklärungen, von welchen die *Erklärung der Siebenhundert* die bedeutendste war. Sie bezog sich keineswegs nur auf die Sowjetunion, wie es bisher die Historische Kommunismusforschung überwiegend sah, sondern entwickelte eine umfassende Kritik an der KPD, wenn auch unter dem Deckmantel der Solidarisierung mit der linken Opposition in der WKP(B). In der *Erklärung der Siebenhundert* wurde namentlich die 'Atomisierung' der KPD als Einteilung der Mitgliedschaft in kleine Zellen kritisiert sowie die Herrschaft des Parteiapparates. Noch vor der linken Opposition in der WKP(B) charakterisierte die *Erklärung der Siebenhundert* Mitte 1926 die Gesamtheit der Fehlentwicklungen in der Sowjetunion, der WKP(B), der Komintern und in der KPD als 'Stalinismus', den sie als übergreifendes *System* von Abweichungen vom wahren Leninismus ansah. Während sich die oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten in- und außerhalb der KPD durch die *Erklärung der Siebenhundert* mit ihren Gesinnungsgenossen in der Sowjetunion

solidarisierten, distanzierten sich diese von ihren potenziellen Bündnispartnern in Deutschland und anderswo.

Es scheiterte der Versuch, über die *Erklärung der Siebenhundert* und die *Erklärung Scholem-Urbahns-Schwan* die linke und die radikal linke Opposition in der KPD zusammenzuführen. Besonders im Ruhrgebiet, wo beide Erklärungen von vielen lokalen Funktionären unterstützt worden waren, splittete sich die radikal linke Opposition zunehmend auf. Keiner der drei bekanntesten linken Kommunisten mit Wurzeln im Ruhrgebiet (Schwan, Schütz und Eppstein) stellte sich im Revier an die Spitze der linken und radikal linken Opposition. Eine Reihe von Oppositionellen im Revier aus der Fraktion um Korsch/Schwarz hatte die *Erklärung* erst gar nicht unterschrieben.

Die KPD-Bezirksleitung Ruhr, die durch die *Erklärung der Siebenhundert* völlig überrascht worden war, reagierte mit Repression:

Einzelne undemokratische Maßnahmen hatte es bereits in der KPD im Ruhrgebiet 1923 unter der moderat kommunistischen Bezirksleitung Graul/Stolzenburg gegeben. Obwohl die linken Kommunisten auf demokratischem Wege die Leitung der KPD im Bezirk Ruhrgebiet erlangt hatten, setzten sie 1924-1925 unter Wilhelm Schwan *eine Reihe von Einschränkungen* des demokratischen Innenlebens der Ruhr-KPD um. Ihr von der WKP(B) übernommenes Verständnis von einer eisernen, bolschewistischen Partei aus einem Guss erforderte in der Konsequenz ein Verbot von Fraktionen. Die Reihe von undemokratischen Maßnahmen verdichtete sich 1925-1926 unter dem Fraktionsblock Thälmann-Meyer/Ewert bzw. unter Florin-Ende *zu einem undemokratischen System*. Fraktionsverbot und Körperschaftsdisziplin wurden parallel zur 'Atomisierung' mittels Umstellung von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisationen durchgesetzt. Während Fraktionen offiziell verboten waren, wurde die führende Fraktion um Florin weiter ausgebaut. Fehlende innerparteiliche Demokratie, strikt hierarchische Strukturen auf der Basis der Betriebszellenorganisation und die Ausschaltung angeblicher Abweichungen im Namen des Leninismus ergaben das seitdem in der KPD bestehende stalinistische Organisationsprinzip, das in der WKP(B) bereits vorhanden war. Mit dem Fraktionsverbot verschwanden jedoch keineswegs die Fraktionen. Auch in der Ruhr-KPD entstanden neue fraktionelle Zusammenschlüsse z. B. durch die Aufspaltung der moderaten Kommunisten und das Entstehen der *Chemnitzer Linken*.

Gegen die linkskommunistischen Oppositionellen wurde der Trotzkismus zur Standardbeschuldigung. Das war verwunderlich, weil sich 1924 die linken Kommunisten um Fischer/Maslow der Kampagne Sinowjews und Stalins gegen Trotzki angeschlossen und dem sog. Trotzkismus den Leninismus gegenübergestellt hatten. Während die moderaten Kommunisten Brandler und Thalheimer klar die Gemeinsamkeiten der linken

Opposition in der WKP(B) und der in der KPD erkannten, hatten die linken und radikal linken Kommunisten in Deutschland Trotzki zunächst für einen sog. Rechtskommunisten gehalten. Auch im Ruhrgebiet hatte die linkskommunistische KPD 1924-1925 Trotzki verurteilt, dem unterstellt wurde, die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion liquidieren zu wollen. Der russische Revolutionär trug zu den Missverständnissen bei, indem er sich z. B. auf dem 5. Weltkongress der Komintern geweigert hatte, seine abweichende Meinung darzulegen. Nachdem die linken und radikal linken Oppositionellen aus der KPD ausgeschlossen worden waren, fand 1928 die Kampagne gegen den Trotzismus in der Ruhr-KPD einen neuen Höhepunkt. Sie richtete sich gegen den Versuch der bereits ausgeschlossenen linken und radikal linken Oppositionellen, sich über die Solidarisierung mit Trotzki zu vereinheitlichen.

Zu den politischen Kernpunkten der linken und radikal linken Oppositionellen in- und außerhalb der Ruhr-KPD gehörten neben ihrer Kritik an der 'Atomisierung' ihr Verhältnis zur Stabilisierung des Kapitalismus, zu den Gewerkschaften, zur Erwerbslosigkeit, zur Parlamentstätigkeit, zu Einheitsfront und Arbeiterregierung, zur Parteibürokratie und zum Stalinismus:

* Als revolutionäre Partei erwartete die KPD die Revolution in unmittelbarer Zukunft. Die revolutionäre Hoffnung wurde durch das Beispiel der russischen Oktoberrevolution bestärkt. Streikwellen und Kämpfe im Ruhrgebiet zwischen 1916 und 1924 legten einen ununterbrochenen Aufschwung der revolutionären Bewegung nahe. Die Niederlage im sog. *Deutschen Oktober* 1923 führte jedoch zu einer vorübergehenden Festigung des Kapitalismus, die die an die KPD-Spitze gelangten linken Kommunisten zunächst nicht wahrhaben wollten. Während sich z. B. der russische Revolutionär Leo Trotzki ausführlich mit dem Auf und Ab der revolutionären Bewegung in Deutschland auseinandersetzte, gab die linkskommunistische Führung der KPD um Ruth Fischer revolutionäre Durchhalteparolen aus. In Deutschland erfolgten 1924 und 1927 Konjunkturbelebungen, die 1925-1926 durch eine Rezession unterbrochen wurde. Politisch wurde die SPD und nicht die KPD gestärkt. International weckten der Bergarbeiterstreik in England 1926 und die revolutionären Ereignisse in China neue revolutionäre Hoffnungen, die bald wieder verblasen sollten. Die Lage in Deutschland und die internationale Lage waren Mitte der 1920er Jahre widersprüchlich. Während die linken Kommunisten im Ruhrgebiet die stabilisierenden Merkmale der gesellschaftlichen Entwicklung anführten, betonten die radikal linken Kommunisten die revolutionierenden Elemente. Sahen die einen im wirtschaftlichen Aufschwung Tendenzen der Stabilisierung, versprachen sich die anderen von der Rezession eine revolutionierende Wirkung auf die Arbeiterklasse. Nur beide Tendenzen ergaben ein Gesamtbild. Weil dies weder die linken noch die radikal linken

Oppositionellen in der Ruhr-KPD erkannten, stellten sie ihre Ansichten gegeneinander, statt sie zusammenzufügen. Wegen der unterschiedlichen Einschätzungen zur Stabilisierung traten die linken und radikal linken Oppositionellen 1926-1927 in der Ruhr-KPD getrennt gegen die Parteiführung an. Gespalten konnte es nicht gelingen, die weit verbreiteten oppositionellen Stimmungen in der Ruhr-KPD anzuziehen.

* Die Gewerkschaftspolitik der KPD hatte unter der linkskommunistischen Führung der Bezirksleitung Ruhr um Wilhelm Schwan die *Union der Hand- und Kopfarbeiter* gespalten und liquidiert. Die nachfolgende Bezirksleitung um Florin-Ende vollzog 1926 einen erheblichen Schwenk, wonach nicht nur in den freien, sondern sogar in christlichen Gewerkschaften kommunistische Zellen zu bilden seien. Die moderate Gewerkschaftspolitik der Ruhr-KPD litt unter einem unzureichenden gewerkschaftlichen Organisationsgrad der KPD-Mitglieder und unter dem mangelhaften Funktionieren der kommunistischen Fraktionen in den reformistischen Gewerkschaften, als 1926 der englische Bergarbeiterstreik die Solidarität der Ruhrkumpel erforderte. Doch die Kritik der linken und radikal linken Opposition an der Gewerkschaftspolitik der BL Florin-Ende war halbherzig. Zwar wurde das katastrophale Versagen der Ruhr-KPD angeprangert, die auf keiner einzigen Zeche einen Solidaritätsstreik zustande brachte und auch nicht den BAV dazu zwingen konnte. So konnte der englische Bergarbeiterstreik mit Streikbrecherkohle aus dem Ruhrgebiet unterlaufen werden. Aber die linken und radikal linken Oppositionellen an der Ruhr konnten die Kritik nicht auf den Punkt bringen, weil sie selbst 1925 in der KPD-Bezirksleitung um Schwan für die Liquidierung der *Union der Hand- und Kopfarbeiter* gesorgt hatten, was sich 1926 schwerlich Wilhelm Florin vorwerfen ließ. Das Versagen der Betriebszellen wurde von der linken Kritik nicht benannt. Wenn im Metallarbeiterstreik 1928 ein Teil der radikal linken und linken oppositionellen Kommunisten für von Belegschaften gewählte Streikleitungen eintrat, dann war das zwar besser, als Streikleitungen von den KPD-Mitgliedern und Sympathisanten wählen zu lassen, konnte aber die unterschiedlichen Optionen der (radikal) linken Kommunisten in der Gewerkschaftsfrage nicht mehr unter einen Hut bringen. Die Einen verteidigten die Vision von einer Industriegewerkschaft, für die es nach der Liquidierung der Union keinen Ansatz mehr gab, die Anderen führte die Einschätzung der ADGB-Gewerkschaften als unreformierbar zur Gründung einflussloser revolutionärer Richtungswerkschaften wie der AAUD, was stark isolationistische Züge trug.

* Als 1924 und 1926 im Ruhrgebiet die Arbeitslosigkeit stark anstieg, war die KPD eine Erwerbslosenpartei. Da sich die Kommunistische Partei auf die Betriebe und den Aufbau von Betriebszellen konzentrierte, legte sie nicht viel Wert auf die politische Arbeit unter Erwerbslosen. Die Bezirksleitung Florin-Ende versuchte dies zu ändern und setzte 1926 auf eine kommunistische Erwerbslosenarbeit im Rahmen der reformistischen

Gewerkschaften. Die linken und radikal linken Oppositionellen, die häufig selbst erwerbslos waren und politisch die Umstellung der KPD auf Betriebszellen ablehnten, standen einer politischen Arbeit unter Erwerbslosen viel offener gegenüber als die KPD-Bezirksleitung Ruhrgebiet. Die radikal linkskommunistische Gruppe *Entschiedene Linke* hielt die Arbeit unter Erwerbslosen für genauso wichtig wie die unter Beschäftigten. Mit einer inhaltlich gut vorbereiteten Kampagne konnte die EL auf einzelnen Erwerbslosenversammlungen gegen den Willen der KPD auftreten. Dabei setzten sich linke und radikal linke Kommunisten für die Unabhängigkeit der Erwerbslosenbewegung von den Gewerkschaften ein, was bei Arbeitslosen auf ein Echo stieß, die nicht immer die besten Erfahrungen mit den reformistischen, bürokratisierten Gewerkschaften gemacht hatten, sich von diesen nicht vertreten sahen und die generell radikaler gestimmt waren als viele Belegschaften.

* Aus der Tradition der SPD kommend, waren die linken und radikal linken Kommunisten gegen Regierungsbeteiligungen, nahmen aber Mandate auf allen parlamentarischen Ebenen wahr, um sie als Tribüne des Klassenkampfes zu nutzen. Mit dem Ausscheiden aus der KPD und dem Übertritt der *Entschieden Linke* zur KAPD änderte sich deren Haltung zum Parlamentarismus. In Dortmund legten radikal linke Stadträte / Magistratsmitglieder der EL ihre Mandate nieder, weil sie wie die KAPD den Parlamentarismus strikt ablehnten. Das kennzeichnete ihren Übergang zu ultralinken Positionen. In Ickern und Bocholt behielten radikal linke Kommunisten ihre Mandate. Die kreative Nutzung des Parlaments als Tribüne zur Vertretung von Arbeiterinteressen kennzeichnete die oppositionellen Kommunisten in Bocholt als radikal links und nicht als ultralinks. Auch in Wattenscheid, Dortmund und Hamm wirkten linke Kommunisten im Stadtrat.

* In Bezug auf Einheitsfront und Arbeiterregierung verfügte die Ruhr-KPD über große Erfahrungen. Während die Einheitsfront der Arbeiter- und Soldatenräte 1918/1919 ebenso wie die Regierung der Volksbeauftragten in Berlin unter dem Einfluss der SPD stand und den linken, revolutionären Flügel der Arbeiterbewegung ausbremsen konnte, bildeten die AuS-Räte im Ruhrgebiet eine Einheitsfront für die Sieben- bzw. Sechs-Stunden-Schicht und die Sozialisierung von Bergbau und Schwerindustrie. Die Sieben-Stunden-Schicht unter Tage konnte durchgesetzt werden. Während 1920 der Generalstreik gegen den Kapp-Putsch in Berlin und anderswo von SPD und ADGB angeführt wurde, entstand im Ruhrgebiet eine revolutionäre Einheitsfront mit *Roter Ruhrarmee* und Vollzugsräten, die sich auf Vertrauensleute, Betriebsräte und Funktionärsvollversammlungen stützen konnten und vor Ort die Macht übernahmen. 1923 wurde im Ruhrgebiet der Generalstreik gegen die Regierung Cuno befolgt. Die positiven Erfahrungen der Einheitsfront an der Ruhr, die ein stark offensives, revolutionäres Element enthielten, waren andere als die der

Einheitsfrontpolitik der KPD in der Rathenauaktion 1920, im Ruhrkampf 1923 (Schlageter-Kurs) und im Kampf für die Fürstenenteignung 1926, die klassenübergreifend ausgerichtet war. Gegen die Bedrohung durch den Nationalsozialismus schlugen ab 1930 die linken und radikal linken Kommunisten in Bocholt, Wattenscheid und Dortmund eine Einheitsfront der gesamten Arbeiterbewegung vor.

* Die Kritik am KPD-Apparat bildete einen weiteren Kernpunkt der linken und radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet. Seit ihrer Gründung wurde der Apparat der KPD über die Kommunistische Internationale fremdfinanziert. Die Außenfinanzierung schaffte Abhängigkeiten und wurde von der Leitung der WKP(B) bei Meinungsverschiedenheiten als Druckmittel ausgenutzt. Die mehreren tausend Mitglieder des Apparates der KPD, der im Ruhrgebiet Mitte der 1920er Jahre auf allen Ebenen ca. dreihundert bezahlte Freigestellte umfasste, verdienten bis zum Doppelten eines Facharbeiters. Ihre gute Stellung wollten viele Hauptamtliche nicht verlieren. Häufige Personalwechsel unter Funktionären dienten dazu, die Verwurzelung der Hauptamtlichen vor Ort zu verhindern, um sie noch abhängiger von der KPD-Zentrale zu machen. Die radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet entwickelten daraus eine Bürokratiekritik, die auf die Wahl von Hauptamtlichen durch die Basis, die Begrenzung ihrer Gehälter auf einen (Fach-)Arbeiterlohn und im Extremfall bis zur Ablehnung der Mitgliedschaft von Angestellten und Beamten in einer revolutionären Arbeiterorganisation ging.

* Die undemokratischen Veränderungen in der Sowjetunion, die z. B. 1919 im Verbot anderer Parteien und damit in der Aushöhlung der Räte Demokratie zum Ausdruck kamen, wurden von den späteren linken und radikal linken Kommunisten hingenommen bzw. gebilligt. Daran gab es in der Ruhr-KPD keine Kritik. Erst 1925 in der Auseinandersetzung um den *Offenen Brief* des EKKI, dem damit verbundenen moderateren Kurs der KPD, um die Vielzahl der undemokratischen Maßnahmen in der KPD, von denen die Umstellung auf eine Betriebszellenorganisation eine der wichtigsten war, erkannten linke und radikal linke Oppositionelle, dass die Gesamtheit der Änderungen System hatte. *Sie gingen noch vor Trotzki bereits Mitte 1926 von einem „stalinistischem System“ in der Sowjetunion und der Komintern aus. Zu ihrer Kritik am „Stalinismus“ gehörten die Abhängigkeit der KPD von der Sowjetunion und der Komintern; der „ideologische Terror“ (Hans Weber) und der „Belagerungszustand“ (Karl Korsch) in der KPD; die Analyse des bürokratischen Parteiapparates; die strukturellen Veränderungen innerhalb der KPD; der Verzicht auf die Weltrevolution durch die Übernahme der Theorie vom Sozialismus in einem Land; die Ent-Revolutionierung der KPD durch die Wendung zum moderaten Kommunismus zwischen 1925-1928 unter dem Fraktionsblock Thälmann-Meyer/Ewert. Die meisten oppositionellen linken Kommunisten in und außerhalb ihrer Reihen hielten die KPD für unreformierbar, weil dort die Mitgliedschaft durch die übergestülpte Organisationsstruktur kleiner Zellen*

'atomisiert war'²⁶⁶⁵. Ihr Stalinismusbegriff war weiter gefasst als der später von Trotzki entwickelte, weil er die Kritik an der Betriebszellenorganisation, eben an der 'Atomisierung', und den sog. Thermidor in der Sowjetunion umfasste. Die Versäumnisse sollten Trotzki den politischen Zugang zu den allermeisten linken und radikal linken Kommunisten in Deutschland versperren.

Die Kritik der linken und radikal linken oppositionellen Kommunisten an der 'Atomisierung' war einseitig, weil sie nur die internen Strukturveränderungen und ihre Auswirkungen *innerhalb* der KPD umfasste. Die Rolle der Betriebszellenorganisation in den gesellschaftspolitischen Auseinandersetzungen wurde jedoch nicht thematisiert. Weder in den Mobilisierungen zum Volksentscheid 1925-1926 und Volksbegehren 1928, noch bei der Solidarität mit dem englischen Bergarbeiterstreik 1926, weder im Ruhreisenstreit 1928, noch 1932 gegen den sog. Preußenschlag konnte die Betriebszellenorganisation ihre Aufgaben der Mobilisierung der Arbeiterbewegung zu Streiks, Betriebsbesetzungen oder zum Generalstreik erfüllen. War das bei Volksentscheid und Volksbegehren nicht ganz so einfach, weil mit ihnen die politischen Auseinandersetzungen von direkten Aktionen in Schächten und Hütten auf eine halbparlamentarische Ebene außerhalb der Betriebe verlagert worden war, so war die Betriebszellenorganisation dazu prädestiniert gewesen, im englischen Bergarbeiterstreik 1926 Solidaritätsstreiks und im Ruhreisenstreit 1928 Betriebsbesetzungen auszulösen. Was taugte eine Betriebszellenorganisation, wenn sie in Arbeitskämpfen versagte? Diesen Aspekt der 'Atomisierung' übersahen die oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten. Im Vergleich zur Umstellung der Betriebszellenstruktur in der KPD war die innerhalb der Kommunistischen Partei Frankreichs von den gleichen Motiven geleitet, die es auch der Führung der KPF ermöglichen sollten, die dortigen linken und radikal linken Oppositionellen auszuschalten. Im Unterschied zu Deutschland konnte die Betriebszellenstruktur aber nicht verhindern, dass die KPF 1934 durch die Initiative der Sozialistischen Partei und besonders ihres linken Flügels – wo revolutionäre Elemente dank der relativ offenen Strukturen viel größere Wirkung entfalten konnten – gezwungen wurde, ihre Ablehnung der Einheitsfront aufzugeben und gemeinsam gegen die versuchte faschistische Erstürmung des Parlaments aufzutreten.

Ebenso übersah die Kritik der linken und radikal linken Opposition an der Umstellung der KPD von der Wohngebiets- auf die Betriebszellenorganisation die reale Arbeitsorganisation der größten Arbeiterkategorie, der Bergarbeiter, in autonomen,

²⁶⁶⁵ Der kursiv markierte Absatz wurde bereits publiziert, in: Berens, Peter, Neues aus der Historischen Kommunismusforschung, Inprekorr/Die Internationale, Büsum März/April 2015.

selbstständigen Ortskameradschaften, die mit dem System der Räte und von Schachtdelegierten kompatibel waren, jedoch dem System der Betriebszellenorganisation entgegengestanden, das ebenso strikt hierarchisch wie das Kolonnensystem der Stahlindustrie gegliedert war. Auch die Wohnsituation vieler Bergarbeiter in Zechenkolonien sprach nicht für das Betriebszellensystem, sondern für die Wohngebietsorganisation.

Die stärkste linksoppositionelle Fraktion innerhalb der Ruhr-KPD war zunächst die *Entschiedene Linke in- und außerhalb der KPD* (Korsch/Schwarz). Ihre gute organisierte Fraktion mit eigener Zeitschrift, bekannten Sprechern und gut lancierten oppositionellen Resolutionen fand Anhänger u. a. in Dortmund, Aplerbeck, Ickern, Bochum, Herne, Buer, Bocholt, Dinslaken und Rheinhausen. Sprecher der Fraktion war im Ruhrgebiet der Anfang 1926 aus der KPD ausgeschlossene Bergarbeiter und Streikführer Hans Körbs aus Ickern. Die Fraktion Korsch/Schwarz spaltete sich in die *Gruppe Kommunistische Politik* um Karl Korsch und die *Entschiedene Linke* um Schwarz/Körbs. Anlass war die *Erklärung der Siebenhundert*. Ursache war das Verhältnis zu anderen linken und radikal linken Oppositionsgruppen. Während die Fraktion um Korsch die Zusammenarbeit suchte, betonte die Fraktion um Schwarz/Körbs die Notwendigkeit der Abgrenzung. Verschärft wurden die Gegensätze durch manipulative Organisationspraktiken auf beiden Seiten, die aus der linkskommunistischen Vergangenheit stammten. Während der Spaltung der Fraktion Korsch/Schwarz stand der Ruhrbezirk der *Entschieden Linen* als einziger Bezirk geschlossen hinter der Richtung Schwarz/Körbs. Als die *Entschiedene Linke* bald darauf die Vereinigung mit der KAPD suchte, brach sie im Ruhrgebiet auseinander. Ein Teil der Mitglieder in Buer, Dortmund und Herne wechselte zur KAPD über und übernahm die Bezirksleitung der *Kommunistischen Arbeiterpartei*. Die KAPD existierte im Ruhrgebiet bis mindestens Ende 1930. Die AAU (*Der Kampftruf*) dürfte im Revier bis Ende der Weimarer Republik bestanden haben. Ein anderer Teil der EL um Hans Körbs gründete die *Linke Arbeiteropposition der KPD Ruhrgebiet*, die im Raum Ickern organisiert war. Nach der ultralinken Wende der KPD 1928 fand Körbs zur Kommunistischen Partei zurück.

Die *Gruppe Kommunistische Politik* wurde im Ruhrgebiet von Josef Schmitz in Bocholt vertreten, der den Kurs auf die Vereinigung mit der KAPD nicht mitgemacht hatte. Als die GKP sich von einer Organisation in eine Koordination verwandelte, weil sie den Aufbau einer revolutionären Partei aktuell nicht für möglich hielt, trat Schmitz für die Aufrechterhaltung zentraler Strukturen ein und gründete die Zeitschrift *Der Klassenkämpfer* als Zentralorgan der GKP mit Sitz in Bocholt. Es gelang der Gruppe – der früheren KPD am Ort – stärker als die SPD zu werden, während die Kommunistische

Partei dort nicht mehr existierte. Die GKP nutzte den Stadtrat als Tribüne zur Vertretung von Arbeiterinteressen. Sie trat für Industriegewerkschaften ein, kritisierte scharf die Bürokratisierung der KPD, die Entwicklung in der Sowjetunion, die sie als Stalinismus ansah, wehrte sich gegen den aufkommenden Faschismus und staatlich-autoritäre Tendenzen. Nach dem Wiedereintritt in die KPD wurde die Gruppe um Schmitz 1932 erneut ausgeschlossen. Die GKP lehnte die 'Atomisierung' ab und organisierte sich über Mitgliederversammlungen.

Der linke Kommunismus bzw. der *Leninbund* hatte im Ruhrgebiet eine starke Basis in Dortmund, Hamm und Wattenscheid. In Dortmund traten zwischen 1925 und 1928 wiederholt die bekannten linken Redner Fischer, Scholem und Urbahns auf. Oppositionelle linke Kommunisten hatten eine eigene Stadtratsfraktion, die große Mehrheit des RFB, der proletarischen Freidenker und phasenweise eine Mehrheit der KPD hinter sich. Bei Auseinandersetzungen in Versammlungen und auf der Straße zog die KPD gegenüber den linken Kommunisten mehrmals den Kürzeren. Der 1928 gegründete *Leninbund* verfügte über einen Abgeordneten im Stadtrat, über bekannte kommunistische Wortführer und über die erfolgreiche Zeitung *Schacht und Hütte*. In Hamm war der *Leninbund* vorübergehend stärker als die KPD. In Wattenscheid war der LB ebenfalls im Stadtrat vertreten. Die schwere Krise des *Leninbundes* war mit der ultralinken Wende der KPD seit 1928, mit den folgenden Austritten bekannter LB-Sprecher und mit eigenen Widersprüchen verbunden. Gegen Ende der Weimarer Republik war der LB im Revier noch in Dortmund und Hamm präsent.

Die stärkste oppositionelle linkskommunistische Strömung innerhalb der Ruhr-KPD war 1927 die *Chemnitzer Linke*, die die KPD-Unterbezirke Gelsenkirchen und Bochum kontrollierte und etwa 40 Prozent der Delegierten zum Bezirksparteitag der Ruhr-KPD stellte. Die *Chemnitzer Linke*, im Ruhrgebiet *Schubert-Fraktion* genannt, wehrte sich gegen die Rückkehr Brandlers/Thalheimers aus der Sowjetunion nach Deutschland. Sie war antibürokratisch, indem sie für die Reduzierung der Gehälter der Parteiangestellten eintrat. Sie billigte auf dem Bezirksparteitag Ruhrgebiet 1927 den linken und radikal linken Oppositionellen verlängerte Redezeiten zu und weigerte sich, Florin und Ende zum 11. Parteitag der KPD zu delegieren. Zu diesem Zeitpunkt hätten nicht nur *Chemnitzer Linke* und Florin-Fraktion eine Mehrheit in der Ruhr-KPD gehabt, sondern auch *Chemnitzer Linke* und radikal linke und linke Oppositionelle. Der minderheitliche Fraktionsblock Florin-Ende beherrschte die Ruhr-KPD nur mit Hilfe der 'Atomisierung' der Mitgliedschaft. Mit der ultralinken Wendung der KPD nach 1928 bekam die *Chemnitzer Linke* mehr Spielraum in der KPD. Die Wittorf-Affäre konnte sie nutzen, um sich in den Parteiapparat zu integrieren, was nicht heißt, dass sie aufhörte zu existieren. Die Betriebszellenorganisation konnte die Stärke der *Chemnitzer Linken* nicht eliminieren, weil

für die linkskommunistische Mitgliedschaft der Ruhr-KPD nach der Ausschaltung der offenen (radikal) linken Oppositionellen die *Chemnitzer Linke* die am meisten linke *legale Oppositionsmöglichkeit innerhalb der KPD* war.

Die *Weddinger Opposition* war nicht im Ruhrgebiet vertreten. Der KPD-Unterbezirk Bielefeld, der ab 1928 wieder eine radikal linksoppositionelle Mehrheit um Wilhelm Kötter (*Weddinger Linke*) hatte, wurde erst 1929 wieder in den KPD-Bezirk Ruhrgebiet eingegliedert. Die Eroberung des KPD-Unterbezirks durch die Fraktion Kötters konnte durch die Betriebszellenstruktur nicht verhindert werden, weil Kötter in Bielefeld enormes Prestige besaß. Um Kötter auszuschalten wurde er 1930 von der KPD-Ruhrgebiet ausgeschlossen, da die KPD-Bezirksleitung keinen offen radikal linken Unterbezirk dulden wollte. Die sog. Kötter-Gruppe existierte – entgegen den Annahmen der bisherigen Historischen Kommunismusforschung – nicht nur bis Ende 1933 weiter. Ihre Mitglieder wurden noch unter der Nazi-Diktatur wegen illegaler Zusammenkünfte verfolgt.

Die *Entschiedene Linke*, die *Linke Arbeiteropposition der KPD Ruhrgebiet*, die *Gruppe Kommunistische Politik* und die *Weddinger Linke* in Bielefeld lehnten die 'Atomisierung' der KPD-Mitgliedschaft in Betriebszellen ab. Im Gegensatz zu ihnen befürwortete die *Chemnitzer Linke* vehement den Umbau der KPD auf Betriebszellen.

Die Verankerung der linken und radikal linken Oppositionellen vor Ort ließ sich am Beispiel von Johann Triebeck in Wattenscheid und der radikal linken Kommunisten Josef Schmitz in Bocholt, Josef Erwin Restetzki in Buer und Hans Körbs in Ickern aufzeigen. Sie waren in Hochburgen der revolutionären Arbeiterbewegung aktiv, in denen es zwischen dem Ende des Ersten Weltkrieges und der Ruhrbesetzung zu umfangreichen Streiks bis hin zu bewaffneten Kämpfen gekommen war. Einschließlich Bocholt führte die Radikalisierung der Arbeiterbewegung zu Auseinandersetzungen zwischen radikalen und gemäßigten Kräften. Daraus ging die KPD als starke revolutionäre Kraft hervor. Drei der vier Genannten kamen aus dem *Spartakusbund*, auch wenn sie gleichzeitig der USPD angehört hatten. Zwei der vier Aktivisten waren Mitglied der Vorkriegs-SPD gewesen. Alle vier Personen verfügten über Talente als Redner, Organisator und Propagandist revolutionärer Ideen. Drei von ihnen nutzten den Stadtrat als Tribüne und stellten die Nöte der Arbeiter in den Vordergrund. Es handelte sich bei den vier Revolutionären um marxistisch geschulte Arbeiter, die eigenständig zu neu auftauchenden Problemen der Arbeiterbewegung Position bezogen. Alle vier Genannten waren längere Zeit erwerbslos. Triebeck, Schmitz und Restetzki zeichneten sich durch Unbestechlichkeit aus, während die bekanntesten Sprecher der linken Opposition im Ruhrgebiet (Schwan und Schütz) sich der KPD anpassten, um ihre Reichstagsmandate zu behalten.

Der Bezirksleitung Ruhrgebiet der KPD gelang es nicht oder nur unter erheblichen Mühen, die herausragende Stellung von Schmitz vor Ort zu untergraben, weil sich die Bocholter KPD weigerte, die Betriebszellenorganisation einzuführen. Die Bekämpfung von Triebeck fiel schwer, weil die Wattenscheider KPD wie die Bocholter an der Mitgliederversammlung festhielt. In den Kleinstädten Bocholt, Wattenscheid und Ickern war die Mitgliederversammlung der Ortsgruppe die entscheidende Struktur der KPD vor Ort, wo diskutiert und Beschlüsse gefasst wurden. In den drei kleinen Orten fand lange keine 'Atomisierung' statt. Weil in der Mittelstadt Buer die radikal linken Oppositionellen anfangs Befürworter der Umstellung auf eine Betriebszellenorganisation gewesen waren und vor Ort die Betriebszellen einführten, konnte die starke radikal linke Opposition in der örtlichen KPD relativ leicht von der Parteiführung ausgeschaltet werden.

Körbs, Schmitz, Triebeck und Restetzki verkörperten einen eigenständigen revolutionären Typus der Arbeiterbewegung, der sich von dem Beamten-Funktionär der Ruhr-SPD, der hauptamtlich arbeitete, unterschied, aber durchaus mit dem Typ des Aktivisten aus der frühen Zeit der SPD vergleichbar war. Die vier Aktivisten waren – wie die bekannten linken Oppositionellen von 1926 im Ruhrgebiet – mehr in den Kämpfen von 1918-1924 verankert als der Funktionärs-Typus der KPD von 1928, der zu einem Drittel keinen Bezug zu den Kämpfen der Vergangenheit hatte und dessen Spitzenkader Mitte der 1920er Jahre im Revier nicht aus *Spartakusbund* und KPD, sondern aus der USPD außerhalb des Ruhrgebietes stammte. Frauen dieser Generation wie Anna Schmitz und Klara Triebeck waren politisch durchaus aktiv, hielten jedoch vor allem ihren Männern im Haushalt und bei der Kindererziehung den Rücken frei. Erst in einer jüngeren Generation vollzog sich ein Wandel. Grete Hensel war in einer höheren politischen Funktion als ihr Mann aktiv.

Der Versuch der 1930 neu gegründeten trotzkistischen *Linken Opposition der KPD* in der Kommunistischen Partei ein Arbeitsfeld zu finden, war nicht ganz vergeblich, kamen doch vor dem Hintergrund der Endkrise der Weimarer Republik mit ihrer extremen Polarisierung der politischen Landschaft neue Differenzen z. B. über die Frage der Einheitsfront gegen den Nationalsozialismus auf. Während in der Mittelstadt Hamborn die Zellenorganisation der KPD die linksoppositionellen Regungen im Keim ersticken ließ, konnte die Zellenorganisation der KPD in der Kleinstadt Dinslaken den Übergang der Stadträte der KPD und ihres Anhangs zur trotzkistischen *Linken Opposition der KPD* und damit zur Einheitsfront gegen den Faschismus nicht verhindern.

Es gelang den oppositionellen Linkskommunisten im Ruhrgebiet nicht, einen gemeinsamen Führungskern aufzubauen. Austritte prominenter Redner führten zu ernststen Zerfallerscheinungen. Hinzu kamen die Zugeständnisse der linken Opposition in der Sowjetunion an die dortige Parteiführung, um in der Partei zu bleiben. Ob taktischer

Rückzug oder wirkliche Kapitulation vor Stalin-Bucharin – das war von außen nicht einfach zu beurteilen. Dass sich Sinowjew/Kamenew der Stalin-Führung unterwarfen, musste auf die Linksoppositionellen im Ausland demoralisierend wirken. Während die Fraktion Bordigas in der KPI nicht bereit war, sich von der russischen Opposition zu distanzieren, gingen die radikal linken Kommunisten auf Abstand. Damit werteten die linken und radikal linken Oppositionellen in Deutschland die Haltung Trotzki gegenüber der Führung der WKP(B) keineswegs als Unnachgiebigkeit. Die Kritik traf insofern ins Schwarze, als Trotzki 1926 das Bündnis mit dem linken Flügel der Bürokratie der WKP(B) um Sinowjew/Stalin einem möglichen Bündnis mit der linken Opposition der KPI um Bordiga vorgezogen hatte. So wie es international nicht gelang, 1926 eine gemeinsame linke Opposition aufzubauen, so gelang es auch den oppositionellen linken und radikal linken Kommunisten im Ruhrgebiet nicht, gemeinsam einen marxistischen Kern zu schaffen, obwohl sie hier mit Triebeck, Wünnenberg, Kelch, Körner, Czerkus, Josef Schmitz, Kopatz, Heinz Bergmann, Körbs, Sliwik, Amecke, Brahm, Restetzki, Szymczak und Jonschker genügend qualifizierte Kräfte besaßen, um eine kollektive Führung zu bilden. Vereinigungsverhandlungen zwischen GKP und Leninbund scheiterten. Die Zeitungen *Der Klassenkämpfer* und *Schacht und Hütte* wurden nicht vereint. Neben der 'Atomisierung' dürfte die polyzentrische Regionalstruktur des Ruhrgebietes erheblich zur Zersplitterung der *Entschiedenen Linken* und des *Leninbundes* beigetragen haben. Das Erlebnis der 'Atomisierung' in der KPD und der Polyzentrismus im Ruhrgebiet wirkten so stark, dass z. B. die (radikal) linken Kommunisten im Ruhrgebiet in fast jeder Stadt ein anderes Aufbaukonzept vertraten.

In der Endphase der Weimarer Republik nach der Weltwirtschaftskrise 1929 gelang es den radikal linken Kommunisten in Bocholt und den linken Kommunisten in Wattenscheid, sich angesichts der Bedrohung der Arbeiterbewegung durch den Terror des Nationalsozialismus umzuorientieren. Wie die Reste des *Leninbundes* in Dortmund und die neue trotzkistische *Linke Opposition der KPD* traten sie – im Unterschied zu SPD und KPD – für die Einheitsfront der Arbeiterbewegung gegen die faschistische Gefahr ein, während z. B. die *Chemnitzer Linke* in der Ruhr-KPD den offiziellen Sozialfaschismuskurs der Kommunistischen Partei unterstützte. Die linken und radikal linken Kommunisten in Wattenscheid und Bocholt suchten sich jedoch mit dem Eintritt in die *Sozialistische Arbeiterpartei* ein offeneres Forum für die Popularisierung der Einheitsfront aus als die Trotzkiisten mit der Fraktionsarbeit in der KPD. In der SAP konnte keine Betriebszellenstruktur die Diskussionen zwischen alten, erfahrenen Linkskommunisten und jungen revolutionären Sozialistinnen und Sozialisten einschränken.

Reste der (radikal) linken Opposition in Bocholt und Wattenscheid versuchten nach dem Zweiten Weltkrieg zunächst in der KPD einen Neuanfang, fanden in Bocholt aber wegen ihres nationalistischen Kurses in der KPD keine dauerhafte politische Heimat. Als Alternative zu Sozialdemokratie und Stalinismus rief die radikal sozialistische/kommunistische Gruppe um Schmitz und Hensel 1948 zur Schaffung einer marxistischen Arbeiterpartei auf und half mit, die titoistische UAP zu gründen.

10.0 Abkürzungsverzeichnis

AAU	Allgemeine Arbeiterunion
ABU	Allgemeine Bergarbeiterunion
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfA	Arbeitsgemeinschaft freier Angestelltenverbände
A.-G.	Sozialdemokratische Arbeitsgemeinschaft (Vorläuferin der USPD)
Agitprop	Agitation und Propaganda
AuS-Räte	Arbeiter- und Soldaten-Räte
Aufl.	Auflage
BASF	Badische Anilin- und Soda-Fabrik
BAV	Bergarbeiterverband
Bd.	Band
BL	Bezirksleitung
Bund	Allgemeiner jüdischer Arbeiterbund von Litauen, Polen und Russland (Algemeyner Yidisher Arbeter Bund in Lite, Poyln un Rusland)
CGT	Confédération générale du travail (Allgemeiner Gewerkschaftsbund)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DIV	Deutscher Industrieverband
DMV	Deutsche Metallarbeiterverband
DTV	Deutschen-Textilarbeiter-Verband
DVP	Deutsche Volkspartei
Ebd.	Ebenda
EKKI	Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationalen
EL	Entschiedene Linke
FAUD	Freie Arbeiter-Union Deutschlands, syndikalistisch
FAU-G	Freie Arbeiterunion-Gelsenkirchen
FAU-R	Freie Arbeiterunion Deutschlands - Räteorganisation
FVdG	Freie Vereinigung deutscher Gewerkschaften
GBAG	Gelsenkirchener Bergwerks AG
GHH	Gute Hoffnungshütte, Oberhausen-Sterkrade
GKP	Gruppe Kommunistische Politik
Hrsg.	Herausgeber
IGB	Internationaler Gewerkschaftsbund
IISG	Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis
ILO	Internationale Linke Opposition

ISP	Internationale Sozialistische Partei
IVfdB	Industrieverband für das Baugewerbe
Jg.	Jahrgang
KAG	Kommunistische Arbeitsgemeinschaft
KAJ	Kommunistische Arbeiterjugend
KAPD	Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands
KAU	Kommunistische Arbeiter Union
KI	Kommunistische Internationale
KJD	Kommunistische Jugend Deutschlands
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
Komintern	Kommunistische Internationale
KomPol	Kommunistische Politik
Komparteien	Kommunistische Parteien
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion
KPF	Kommunistische Partei Frankreichs (Parti communiste français -PCF)
KPI	Kommunistische Partei Italiens (Partito Comunista Italiano - PCI)
KPO	Kommunistische Partei Deutschlands – Opposition
LAV	Landesarchiv
LB	Leninbund
LLL-Feier	Feier zum Gedenken an Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht und Lenin
LO	Linke Opposition
LO der KPD	Linke Opposition der Kommunistischen Partei Deutschlands
LSDSP	Lettische Sozialdemokratische Arbeiterpartei (Latvijas Sociāldemokrātiskā Strādnieku partija)
Micum	Mission interalliée de Controle des Usines et des Mines
MSPD	SPD-Mehrheit
NEP	Nowaja ekonomitscheskaja politika, dt. Neue Ökonomischen Politik
Nr.	Nummer
NRW	Nord-Rhein Westfalen
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei
o. D.	ohne Datum
o. O.	ohne Ort
OrgSek	Organisationssekretär
Orgbüro	Organisationsabteilung der KPD-BL Ruhrgebiet
PCF	Parti communiste français
PB	Politbüro

Pol(it)büro	Politisches Büro
PolLtr	Politischer Leiter
Pol.-Sek.	Politsekretär
R	Rheinland
Reg.	Regierung
RFB	Rotfrontkämpferbund
RGI	Rote Gewerkschaftsinternationale
RGO	Revolutionären Gewerkschaftsopposition
RK	Roter Kämpfer
RKP(b)	Rossiskaja Kommunistitscheskaja Partija (bolschewikow), dt. Russische Kommunistische Partei
RL	Reichsleitung
Ruhr-KPD	Kommunistische Partei Deutschlands im Bezirk Ruhrgebiet
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAPD	Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands
SDAPR-ZK	Sozialdemokratische Partei Russlands (Zentralkomitee)
SDAPR-OK	Sozialdemokratische Partei Russlands (Organisationskomitee)
SDKPiL	Sozialdemokratie des Königreichs Polen und Litauens (Socjaldemokracja Królestwa Polskiego i Litwy)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SFIO	Section française de l'Internationale ouvrière (Französische Sektion der Arbeiter-Internationale)
SIPO	Sicherheitspolizei
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SU	Sowjetunion
TUC	Trade Union Congress
UAP	Unabhängige Arbeiterpartei
UHK	Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands / Räteorganisation
UB	Unterbezirk
UBL	Unterbezirksleitung
Union	Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands / Räteorganisation
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VO	Vereinigte Opposition
VKPD	Vereinigte Kommunistische Partei Deutschlands
VLO	Vereinigte Linke Opposition der KPD
W	Westfalen
WO	Weddinger-Pfälzer Opposition

WKP(B)	Wsesojusnaja Kommunistitscheskaja Partija (Bolschewikow), dt. Kommunistische Partei der ganzen Union
ZA	Zentralausschuss
Zentrum	Katholische Zentrumspartei
ZK	Zentralkomitee
ZKK	Zentrale Kontrollkommission
ZZP	Zjednoczenie Zawodowe Polskie - Polnische Berufsvereinigung der Bergarbeiter

11.0 Quellen- und Literaturverzeichnis

11.1 Archivalische Quellen

Landesarchiv NRW Rheinland, Duisburg (vormals: Hauptstaatsarchiv NRW Düsseldorf)
212.03.01, Reg. Düsseldorf, Politische Akten, Bestand BR 0007:

- Nr. 15943 Bergarbeiterstreik 1912 (Verurteilung)
- Nr. 16867 Betriebsversammlungen
- Nr. 16924 Kommunistische Bewegung, Einzelfälle, Bd. 2
- Nr. 16926 Kommunistische Bewegung, Einzelfälle, Bd. 4
- Nr. 16927 Kommunistische Bewegung, Einzelfälle, Bd. 5
- Nr. 16957 Zeitungen und Druckschriften KPD, Bd. 1
- Nr. 16961 Agitation und Propaganda der KPD, Bd. 1
- Nr. 16973 Kommunistische Unruhen
- Nr. 16979 Rote Frontkämpfer Bund
- Nr. 17130 Industrieverbände
(alle Akten in: Mikroficharchiv MFB 44)

BR 1041, Nr. 660:

- Nr. 30661 I Kommunistische Splittergruppen
- Nr. 30661 II Kommunistische Splittergruppen
- RW 58/27660 Gestapoakte Eugen Eppstein
- RW 58/12946 Gestapoakte Brünen
- RW 58/68386 Gestapoakte Wilhelm Florin
- RW 58/43514 Gestapoakte Oskar Forthofer
- RW 58/71001 Gestapoakte Ernst Graul
- RW 58/20278 Gestapoakte Arthur Hammer
- RW 58/53298 Gestapoakte Karl Jonschker
- RW 58/24731 Gestapoakte Lubinski
- RW 58/8692 Gestapoakte Karl Minster
- RW 58/37054 Gestapoakte Fritz Reuter
- RW 58/13988 Gestapoakte Josef Schmitz
- RW 58/44864 Gestapoakte Wilhelm Schwan
- RW 58/9562a Gestapoakte Paul Steinmann
- RW 58/842 Gestapoakte Fritz Reuter
- RW 58/37054 Gestapoakte Fritz Reuter

Landesarchiv NRW Westfalen, Münster (vormals Staatsarchiv Münster)

- Regierung Arnsberg 14443 Ultralinke Bewegung (Gruppe Urbahns)
- Regierung Arnsberg 14449 VKPD
- Regierung Arnsberg 14450 VKPD
- Regierung Arnsberg 14452 ohne Bezeichnung
- Regierung Arnsberg 14709 ohne Bezeichnung

Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass. (TAH)

- Brief von der Ortsgruppe Wattenscheid des Leninbundes an Genossen Trotzki, Wattenscheid 25.3.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110)
- Triebeck, Johann, Lieber Genosse Trotzki, Wattenscheid 8.6.1930, Houghton Library, Harvard University, Cambridge, Mass., Trotskii Collection 13.1. (1109-1110)

Internationaal Instituut voor Sociale Geschiedenis (IISG), Amsterdam

- Collection Karl Korsch 227
- Collection Karl Korsch 269
- Collection Karl Korsch 346/1
- Collection Karl Korsch 347
- Collection Karl Korsch 350/4
- Collection Karl Korsch 350/6
- Collection Karl Korsch 350/17
- Collection Lev Trotsky 986

ITS Bad Arolsen, digitales Archiv

Teilbestände 1.1.38.1, Dokument ID 4093985 und 1.2.2.1, Dokument ID 11683820

Privatarchiv Günther Wernicke, Oberkrämer-Marwitz

- Erklärung zur russischen Frage, Berlin 1.9.1926

Stadtarchiv Bocholt

- Verfolgungsvorgang Josef Schmitz, Bocholt 24.2.1954
- [SPD Bocholt], Ein rrrevolutionärer Biedermann. Inventur bei der Bocholter KPD. Generalabrechnung mit Josef Schmitz, o.O. o.D., Stadtarchiv Bocholt BOH 3, Nr. 861
- Klein-Langenhoff, Adalbert, Eidesstattliche Versicherung, Bocholt 9.7.1954, 3 K 345

Stadtarchiv Castrop-Rauxel

- Verwaltungsbericht der Stadt Castrop-Rauxel 1.4.1926-31.12.1927 mit Eingemeindungsdenkschriften, Bestand B I. 6
- Stenographische Niederschriften der Stadtverordneten-Versammlungen der Stadt Castrop Rauxel vom 16. Januar 1930 bis 19. Januar 1933, Castrop-Rauxel 31.5.1930, Stadt Castrop-Rauxel Archiv, Bestand B II. 16
- Protokollbuch der Gemeindevertretung Ickern

Stadtarchiv Dortmund

- Bestand 3-417
- Bestand 3-473 Wenke
- Bestand 3 P, 4503 Heinrich Brahm
- Bestand 3 P, Konrad Kelch 4533
- Bestand 3 P, Konrad Kuhnke 4539
- Stadtverordnetensitzung vom 3.10.1927, Stadtverordneten-Sitzung Stenogramm-Übertragungen 1926-1930, 3-417
- Einwohnermeldekartei im Stadtarchiv Dortmund
- Stadtverwaltung Dortmund, Akten betr. Bestätigung der Wahlen, Bd. I, 1919-1933, Stadtarchiv Dortmund 3-696

Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv Berlin (SAPMO), Mikrofiche-Archiv

RY 1	Pseudonymkartei
RY 1/I 1/2/4	1. Parteikonferenz der KPD in Berlin am 31. Okt. und 1. Nov. 1925, Bd. 1
RY 1/I 2/1/20	4. Tagung des ZA der KPD am 19. Feb. 1924
RY 1/I 2/1/24	4. Tagung des ZA der KPD am 10. und 11. Jan. 1925
RY 1/I 2/1/48	Tagung des ZK der KPD am 16. Sept. 1926
RY 1/I 2/1/49	Tagung des ZK der KPD am 5. Nov. 1926
RY 1/I 2/1/54	Tagung des ZK der KPD am 1. Apr. 1927

RY 1/I 2/2/15	Sitzung der Zentrale Januar – Dezember 1923
RY 1/I 2/3/63	Gruppierung "Entschiedene Linke" (Korsch-Schwarz)
RY 1/I 2/3/65	Gruppierung Katz-Rosenberg-Scholem
RY 1/I 2/4/26	Reorganisation 1923 - 1925
RY 1/I 2/4/27	Reorganisation 1926 - 1927
RY 1/I 2/4/31	Mitgliederbewegung
RY 1/I 2/4/34	Artikel über die organisatorische Entwicklung der Partei
RY 1/I 2/4/64	Mitteilungen der Orgabteilung an die Parteibezirke und Betriebszellen
RY 1/I 2/5/28	Schriftwechsel mit den Bezirken
RY 1/I 2/8/50	Flugblätter, Flugschriften, Manuskriptentwürfe der Bezirksleitungen, Unterbezirke, Ortsgruppen und proletarischer Organisationen
RY 1/I 2/8/82 der	Flugblattsammlung. Splittergruppen und oppositionelle Mitglieder
	KPD
RY 1/I 3/18-19	KPD Bezirk Ruhrgebiet
RY 1/I 3/18-19/1	Bezirksparteitage am 17. Sept. 1922 in Gelsenkirchen, 9. März 1924 in Düsseldorf, 4. - 5. Juli 1925 in Essen, am 27.-28. März 1926
RY 1/I 3/18-19/2	Bezirksparteitage am 5.-6. Feb. 1927 in Bochum, am 17.-18. Dez. 1927, 7.-8. Jan. 1928
RY 1/I 3/18-19/4	Bezirksparteikonferenzen am 29. Mai 1924 in Barmen, 25. Okt. 1925-21. Juli 1929 in Essen, 6. Dez. 1931
RY 1/I 3/18-19/5	Bezirksausschußsitzungen
RY 1/I 3/18-19/6	Bezirksleitungssitzungen 1921-1925
RY 1/I 3/18-19/7	Bezirksleitungssitzungen 1926-1929
RY 1/I 3/18-19/8	Bezirksleitungssitzungen 1926-1928
RY 1/I 3/18-19/9	Resolutionen und Entschließungen
RY 1/I 3/18-19/11	Politische Berichte
RY 1/I 3/18-19/12	Instrukteurberichte von Instrukteuren der Zentrale/ZK
RY 1/I 3/18-19/15	Schriftwechsel mit der Zentrale/ZK
RY 1/I 3/18-19/20	Arbeit in den Unterbezirken, Ortsgruppen, Betriebszellen
RY 1/I 3/18-19/22	Innerparteiliche Auseinandersetzungen
RY 1/I 3/18-19/28	Berichte
RY 1/I 3/18-19/29	Parteiaufbau, Mitgliederbewegung
RY 1/I 3/18-19/30	Schriftwechsel mit der Zentrale/ZK
RY 1 I 3/20-21	KPD Bezirk Niederrhein
RY 1/I 5/4/2	Lenin-Bund

Stadtarchiv Wattenscheid im Stadtarchiv Bochum-Wattenscheid

- Standesamt Wattenscheid, Wattenscheid 19.7.1958, 444/58

Universitätsbibliothek Duisburg-Essen

- Institut für Zeitgeschichte (Hrsg.), Widerstand als >>Hochverrat<< 1933-45, München 1998, Mikrofiche-Archiv

11.2 Gedruckte Quellen

Auswärtige Amt (Hrsg.), Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, Berlin 1922

[Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924

[BAV], 1889 - 1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband, Bochum 1929

Bordiga, Amadeo, Diskussion über den Bericht der Exekutive, Moskau 23.2.1926, in: Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926, S. 122-144

Brandler, Heinrich, Privatbrief an Clara Zetkin zum Konflikt infolge des 'geschlossenen Briefes' aus Moskau, [Berlin] 13.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 358-363.

Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975

Bucharin, N., Der Theoretiker der Revolution, in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 66-71

Cannon, James P., The Bolshevization of the Party, o. O. 1924, in: James P. Cannon and the Early Years of American Communism, Selected Writings and Speeches 1920-1928, New York 1992, pp. 232-243

Cannon, James Patrick, The Left Opposition in the U.S. 1928-31, in: Stanton, Fred (Edit.), James Patrick Cannon. Writings and speeches 1928-1931, New York 1981

Cicerin, Georgij/ Zinov'ev/Grigorij, Trockij, Lev/Bucharin, Nikolaj/Radek, Karl/Stalin, Iosif, Konspekt der Debatte des Politbüros des ZK der RKP(B) über die 'Deutsche Revolution', Moskau 21.8.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 116.

Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971

Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften. Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur 1929-1933, Bd. 1.1, Hamburg 1988

Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997

Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften. Linke Opposition und IV. Internationale, Bd. 3.2, Hamburg 1997

Der I. Kongress der Kommunistischen Internationale. Protokoll der Verhandlungen in Moskau vom 2. bis zum 19. März 1919, [Mailand] 1982 (Hamburg 1921)

Der organisatorische Aufbau der Parteien, in: Die Beschlüsse der Organisationskonferenz der Sektionen der KI. und KJI., [Moskau] 16.-21.3.1925, in: Internationale Pressekonferenz, 5. Jg., Nr. 83, Wien 1926, S. 1132-1135

Eichhorn, Emil, Protokoll über die Verhandlungen des Gründungs-Parteitage der U.S.P.D, vom 6. bis 8. April 1917 in Gotha, Berlin 1921, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 1, Glashütten im Taunus 1975

Enderle, A./Schreiner, H./Walcher, J./Weckerle, E., Das rote Gewerkschaftsbuch, Hamburg 1973 (Berlin 1932)

Entschiedene Linke, Was wollen die Entschiedenen Linken? Material zu dem gegenwärtigen Fraktionskampf innerhalb der KPD und der Komintern, IISG Amsterdam, Collection Karl Korsch 350/4.

Entwurf einer Plattform der leninistischen Bolschewiki (Opposition). Zum 15. Parteitag der WKP(B), Berlin 1927

Essener Adressbuch 1927 bis 1928, Bd. 1, Essen 1927 bis 1928

Fischer, Ruth, Zur Taktik der Einheitsfront, Die Internationale, 5. Jg., Nr. 3, Berlin 1922, S. 57-63

Fischer, Ruth, Der Kampf um die Kommunistische Partei, in: Die Internationale, 6. Jg., Nr. 3, Berlin 1.2.1923, S. 87-96

Fischer, Ruth, Zur Lage in Deutschland und zur Taktik der Partei, in: Die Internationale, 6. Jg. Ergänzungsheft Nr. 1, Berlin 1924, S. 57-64

Fischer, Ruth/Thälmann, Ernst/König, Arthur, Zur Gewerkschaftsfrage in Deutschland, Die Rote Gewerkschaftsinternationale. Organ des Vollzugsbüros der RGI, 4. Jg., Nr. 1, Moskau 1924, S. 20-25

Fischer, Ruth, Die Opposition auf dem Zentralausschuss, in: Die Internationale, 8. Jg., Nr. 5a, Berlin 1925, S. 281-284

Fröhlich, Paul, Rosa Luxemburg. Gedanke und Tat, Berlin 1990 (Paris 1939)

Fröhlich, Paul, Im Radikalen Lager. Politische Autobiographie 1890-1921, Berlin 2013

Gorter, Hermann, Offener Brief an den Genossen Lenin. Eine Antwort auf Lenins Broschüre „Der linke Radikalismus – die Kinderkrankheit im Kommunismus“, Hamburg 1974 (Berlin 1920)

Heckert, [Kommunistische Internationale], Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, 2. Auflage, Erlangen 1973 ([Hamburg] o.D.)

Hue, Ott, Die Bergwerks- und Hüttenindustrie, in: Jansson, Wilhelm (Hrsg.), Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch, Berlin 1915, S. 37-52

Jansson, Wilhelm (Hrsg.), Arbeiterinteressen und Kriegsergebnis. Ein gewerkschaftliches Kriegsbuch, Berlin 1915

Junius-Verlag (Hrsg.), Sozialistische Revolution in einem unterentwickelten Land. Texte der Menschewiki zur russischen Revolution und zum Sowjetstaat 1903 - 1937, Hamburg 1981

[Kaiser Wilhelm II., Anmerkung zu] Nr. 332, Der Zar an den Kaiser, Peterhof Palais 29.7.1914, in: Auswärtige Amt (Hrsg.), Die Deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch 1914. Vom Eintreffen der serbischen Antwortnote in Berlin bis zum Bekanntwerden der russischen allgemeinen Mobilmachung, Bd. 2, Berlin 1922, S. 48-49

Kamenew, L., Der Grosse Empörer, o.O. 1924, in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 189-191

Kautsky, Karl, Der Weg zur Macht, Frankfurt/M. 1972 (Berlin 1909).

Kautsky, Karl, Der politische Massenstreik, Berlin 1914

Korsch, Karl, Marxismus und Philosophie, 6. Aufl., Frankfurt/M./Köln 1975 (Berlin 1923)

Korsch, Karl, J. Stalin: Lenin und der Leninismus, Berlin 1924, in: Gerlach, Erich (Hrsg.), Karl Korsch. Die materialistische Geschichtsauffassung, 2. Aufl., Frankfurt/M./Köln 1974, S. 151-156

Korsch, Karl, Ein Löffel Teer. Einige Bemerkungen zu dem Trotzki-Artikel im letzten PGD, in: PGD. Organ des Proletarischen Gesundheitsdienstes, 9. Jg., Nr. 1, Berlin Januar 1930, in: Buckmiller, Michael (Hrsg.), Karl Korsch Gesamtausgabe, Bd. 5 Karl Korsch Krise des Marxismus Schriften 1928-1935, Amsterdam 1996

Korsch, Karl, Brief an Felix Weil, Boston 2.8.1948, in: Buckmiller, Michael/Prat, Michel (Hrsg.), Karl Korsch Gesamtausgabe, Bd. 9 Karl Korsch Briefe 1940-1958, Amsterdam 2001

Kommunistische Partei Deutschlands (Hrsg.), Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922

Lenin, W. I., Eine rückläufige Richtung in der russischen Sozialdemokratie, o.O. 1899, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 4, 5. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl. Berlin 1955), S. 249-279

Lenin, W. I., Die dringendsten Aufgaben unserer Bewegung, o.O. 1900, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 4, 5. Aufl., Berlin 1968 (1. Aufl., Berlin 1955), S. 365-370

Lenin, W. I., was tun? Brennende Fragen unserer Bewegung, Stuttgart 1902, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 5, 4. Aufl., Berlin 1966 (1. Aufl., Berlin 1955), S. 355-551

Lenin, W. I., Braucht das jüdische Proletariat eine „selbständige politische Partei“?, o.O. 15.2.1903, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 6, 3. Aufl., Berlin 1963 (Berlin 1956), S. 324-329

Lenin, W.I., Schilderung des II. Parteitags der SDAPR, o.O. 1903, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 1-21

Lenin, W. I., Der diensteifrige Liberale, Genf 1904, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 492-495

Lenin, W.I., Mitteilung über die Bildung eines Organisationskomitees und über die Einberufung des III. Ordentlichen Parteitags der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Russlands, in: Lenin, W.I. Werke, o.O. 1904, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 7, Berlin 1956, S. 548-550

Lenin, W.I., Der Unschuldige hat schuld, o.O. 20.(7.)4.1905, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 8, 2. Aufl., Berlin 1959 (Berlin 1958), S. 299-308

Lenin, W. I., Zwei Taktiken der Sozialdemokratie in der demokratischen Revolution, Genf 1905, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1960, S. 1-130

Lenin, W. I., Die Semstwotagung, o.O. Oktober 1905, in: W. I. Lenin, Werke, Bd. 9, 2. Aufl., Berlin 1960 (1. Aufl. Berlin 1957), S. 296-302

Lenin, W. I., Unsere Aufgaben und der Sowjet der Arbeiterdeputierten. Brief an die Redaktion, o.O. November 1905, in: W. I. Lenin Werke, Bd. 10, 8. Aufl. Berlin 1982 (1. Aufl. Berlin 1958), S. 1-12

Lenin, W. I., Schlusswort zum Punkt über die gegenwärtige Lage und die Klassenaufgaben des Proletariats, Stockholm April (Mai) 1906, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (1. Aufl. Berlin 1958), S. 290-292

Lenin, W.I., Der Sieg der Kadetten und die Aufgaben der Arbeiterpartei, Moskau 28.3.1906, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (Berlin 1958), S. 193-276

Lenin, Bericht über den Vereinigungsparteitag der SDAPR, Moskau Juni 1906, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 10, 8. Aufl., Berlin 1982 (Berlin 1958), S. 317-386

Lenin, W.I., Vorwort zur Broschüre Woinows (A. W. Lunatscharski) über das Verhältnis der Partei zu den Gewerkschaften, o. O. 1907, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 13, 2. Aufl., Berlin 1965 (1. Aufl. Berlin 1963), S. 157-165

Lenin, W. I., Die Agrarfrage in Rußland am Ausgang des 19. Jahrhunderts, Moskau 1918, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl. Berlin 1970 (Berlin 1962), S. 59-131

Lenin, W. I., Auf den geraden Weg, o.O. 1908, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962), S. 3-8

Lenin, W.I., Beratung der erweiterten Redaktion des Proletari, o. O. 3.(16.)7.1909, in: Lenin-Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962), S. 427-454

Lenin, W.I., Die Liquidierung des Liquidatorentums, o. O. 1909, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 455-463

Lenin, W. I., Auf den Weg, o.O. 1909, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 15, 4. Aufl., Berlin 1970 (1. Aufl., Berlin 1962), S. 344-355

Lenin, W.I., Über die Fraktion der „Wperjod“-Leute, o. O. 1910, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 270-277

Lenin, W.I., Die Vereinigung der Partei im Ausland, o.O. 1910, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 181-184

Lenin, W. I., Iwan Wassiljewitsch Babuschkin, o.O. 1910, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 367-371

Lenin, W. I., Der historische Sinn des innerparteilichen Kampfes in Rußland, o. O. 1910, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 381-399

Lenin, W. I., Ankündigung der Herausgabe der „Rabotschaja Gaset“, o.O. 1910, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 16, Berlin 1962, S. 293-299

Lenin, W. I., Über die neue Fraktion der Versöhnler oder der Tugenhaften, o.O. 1911, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 245-266

Lenin, W. I., Der Anonymus aus dem „Vorwärts“ und die Sachlage in der Sozialdemokratische Arbeiterpartei Russlands, o.O. 1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 525-538

Lenin, W. I., Beratung der bolschewistischen Gruppen im Ausland 14.-17. (27.-30.) Dezember 1911, o. O. 1911, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 382-385

Lenin, Am Vorabend der Wahlen zur IV. Duma, o.O. 1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 226-230.

Lenin, W. I., Wie P. B. Axelrod die Liquidatoren entlarvt, o.O. 1912, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 163-174

Lenin, W. I., An das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Büros, o. O. 18.8.1912 (31.8.1912), in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 18, Berlin 1962, S. 266-267

Lenin, W.I. Eine gute Resolution und eine schlechte Rede, o. O. 1913, in: Lenin, W.I., Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 524-526

Lenin, W. I., Erklärung, o.O. 1913, in: Lenin, W.I. Werke, Bd. 19, Berlin 1962, S. 438-440

Lenin, W.I., Über die Aufgaben des Proletariats in der gegenwärtigen Revolution, St. Petersburg April 1917, in: Lenin, W. I. Werke, Bd. 24, Berlin 1959, S. 1-77

Lenin, W. I., Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution, Berlin 1970 (o.O. 1917)

Lenin, W. I., Der „linke Radikalismus“ die Kinderkrankheit im Kommunismus, Peking 1973 (o. O. 1920)

Losowsky, Alexander, Das Aktionsprogramm der Roten Gewerkschaftsinternationale, 2. Aufl., Berlin 1922, in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 67-163

Lübbe, Peter (Hrsg.), Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990

Lukács, Georg, Was ist orthodoxer Marxismus?, o. O. 1919, in: Lukács, Georg, Geschichte und Klassenbewusstsein, 3. Aufl., Darmstadt/Neuwied 1975, (Berlin 1923), Seite 58-93

Lukács, Georg, Rosa Luxemburg als Marxist, o. O. 1921, in: Lukács, Georg, Geschichte und Klassenbewußtsein, 3. Aufl., Darmstadt/Neuwied 1975 (Berlin 1923), S. 94-118

Luxemburg, Rosa, Der Parteitag und die Bugetbewilligung, in: Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, 19. Jg., Nr. 27, Stuttgart 1900/1901, S. 77-85

Luxemburg, Rosa, Massenstreik, Partei und Gewerkschaft, Hamburg 1906

Luxemburg, Rosa, Auf die Schanzen, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan des Spartakusbundes, [1. Jg.], Nr. 30, Berlin 15.12.1918, ohne Seitenangabe, in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 452-456

Luxemburg, Rosa, Die Wahlen zur Nationalversammlung, in: Die Rote Fahne. Zentralorgan des Spartakusbundes, Nr. 38, Berlin 23.12.1918, S. 1 f., in: Rosa Luxemburg Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S. 474-476

Marchlewski, J., Die Sozialisierung des Bergbaus, Essen 1919

Marchlewski, Julius, Was ist Bolschewismus und was haben die Bolschewiki in Russland geleistet?, Essen [1922]

Marx, Karl/Engels, Friedrich, Manifest der Kommunistischen Partei, 17. Aufl., Berlin 2003 (London 1848)

Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms. Mit Schriften und Briefen von Marx, Engels und Lenin zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie. Anhang: Programmdokumente, 5. Aufl., Berlin 1969 (1. Aufl. Berlin 1946)

Maslow, Arkadi, Die taktischen Differenzen in der KPD. Erläutert an den Parteitagsthesen des Leipziger Parteitags, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 7. Jg., Heft 2/3, Berlin 1924, S. 75-101

Maslow, Arkadij, Manuskripte 1935-1941, in: Lübke, Peter (Hrsg.), Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990

Martow, Julius, Geschichte der russischen Sozialdemokratie, Reprint Erlangen 1973 (Berlin 1926)

Mehring, Franz, Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1980

Mehring, Hartmut (Hrsg.), Schriften zur revolutionären Organisation, (Grassi, Ernesto, Texte des Sozialismus und Anarchismus, Philosophie der Neuzeit, Politik und Gesellschaft, Bd. 19), Hamburg 1970

Meinberg, Adolf, Aus dem „Wetter- und Watterwinkel. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Bewegung im Ruhrgebiet (Anti-Severing), [Dortmund] 1927, in: Haasis, Hellmut G./Lucas, Erhard (Hrsg.), Adolf Meinberg. Aufstand an der Ruhr, Frankfurt/M. 1973

Meyer, Ernst, „Der Liquidator Schoenlank“, in: Die Rote Fahne, 8. Jg., Nr. 239, Berlin 16.10.1925, 2. Beilage, Universitätsbibliothek Duisburg-Essen, Mikrofiche 79/40.

Meyer, Ernst, Spartakus im Kriege. Die illegalen Flugblätter des Spartakusbundes im Kriege, Berlin 1927

Meyer, Ernst, Zur Vorgeschichte der KPD, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 10. Jg., Nr. 4, Berlin 1927, S. 102-107

Müller, Richard, Die Novemberrevolution. Geschichte der deutschen Revolution, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin 1979 (Berlin 1924)

Müller, Richard, Bericht des Vollzugsrates, in: Allgemeiner Kongress der Arbeiter- und Soldatenräte, 2. Aufl., Berlin 1975 (Berlin 1919)

Müller, Richard, Die Revolutionären Obleute, in: Müller, Richard, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des

Weltkriegs, Bd. 1, Wien 1924, in: Hillmann, Günter, Die Rätebewegung I (Texte des Sozialismus und Anarchismus), Hamburg 1971, S. 18-21

Müller, Richard, „Revolutionäre Gymnastik“, in: Müller, Richard, Vom Kaiserreich zur Republik. Ein Beitrag zur Geschichte der revolutionären Arbeiterbewegung während des Weltkriegs, Bd. 1, Wien 1924, in: Hillmann, Günter, Die Rätebewegung I (Texte des Sozialismus und Anarchismus), Hamburg 1971, S. 21-24

Neumann, Heinz, Der ultralinke Menschewismus, Berlin 1926

Piatnitzki, J., Die französischen Rechten und die Organisationsfrage in der KPF, in: Die Kommunistische Internationale, Nr. 7, Hamburg 1926, S. 649-661

Piatnitzki, Ossip, Die Ergebnisse der Organisationskonferenz der Sektionen der KI, in: Internationale Pressekonferenz, 5. Jg., Nr. 83, Wien 1925, S. 1125-1129

Pjatakow, Jurij, Bericht an Lev Trockij, Nikolaj Bucharin und Iosif Stalin über die interne Situation und die Probleme seiner Mission in Deutschland, Berlin 1.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 296-301

Prager, Eugen, Geschichte der U.S.P.D. Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Berlin 1921

Programm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Erfurt 1891, in: Marx, Karl, Kritik des Gothaer Programms. Mit Schriften und Briefen von Marx, Engels und Lenin zu den Programmen der deutschen Sozialdemokratie. Anhang: Programmdokumente, 5. Aufl., Berlin 1969 (1. Aufl. Berlin 1946), S. 162-166.

Protokoll der erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale 17.2.-15.3.1926, Hamburg 1926

Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 1, Glashütten im Taunus 1975

Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976

Protokoll des II. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Erlangen 1972 (Hamburg 1921)

Protokoll des III. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, 2. Auflage, Erlangen 1973 (Hamburg 1921)

Protokoll des IV. Kongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1972 (Hamburg 1923)

Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 1, Erlangen 1973 ([Hamburg] o. D.)

Protokoll des V. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale, Bd. 2, 2. Auflage, Erlangen 1973 ([Hamburg] o.D.)

Radek, Karl, Bericht an Zinovev für das Politbüro der RKP(b), [Berlin] 3.11.1923, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju.

(Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 303-308

Radek, Karl, Über die internationale Lage. Aus dem Bericht auf dem Plenum des Zentralkomitees der RKP(b), Moskau 15.1.1924, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 429-443

Redaktion der Prawda, Wie man die Geschichte des Oktober nicht schreiben soll. Zum Buche des Genossen Trotzki: „1917“, in: Internationale Pressekorrespondenz, 4. Jg., Nr. 147, Wien 13.11.1924, S. 1987-1992

Reichenbach, Bernhard, Zur Geschichte der KAPD, Hamburg o. D., (Grünberg, Carl <Hrsg.>), Archiv für die Geschichte des Sozialismus), Bd. 8, Leipzig, 1928, o. S.

Reuth, Ralf Georg, Joseph Goebbels Tagebücher 1924-1945, Bd. 2 (1930-1934), München/Zürich 1992

Schnetter, Richard/Schwenk, Paul (Hrsg.), 4 Jahre Weimarer Koalition in Preußen. Handbuch der Kommunistischen Fraktion des preußischen Landtages, Berlin 1928

Schmitz, Josef, Mein ganzes Leben habe ich im Kampf um die Rechte der Arbeiter gestanden, in: Niebur, Josef, Aus dem Leben des Bocholter Stadtverordneten und SAP-Vorsitzenden Josef Schmitz 1885-1954 (Unser Bocholt, Heft 1), Bocholt 1996

Schmitz, Josef, Politischer Lebenslauf des Genossen Josef Schmitz, Bocholt, in: Grebing, Helga (Hrsg.), Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945 – 1949, Stuttgart 1983

Scholem, Werner, Skizze über die Entwicklung der Opposition in der KPD., Moskau 1924, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 7. Jg., Nr. 2/3, Berlin 1924, S. 122-134

Scholem, Werner, Die Berliner Organisation wieder ein Damm gegen die Rechten!, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 8. Jg., Nr. 10, Berlin 15.10.1925, S. 623-625

Scholem, Werner, Zur Organisationsfrage. Einige noch ungelöste organisatorische Fragen, in: Die Internationale. Zeitschrift für Praxis und Theorie des Marxismus, 8. Jg., Sonderheft, Berlin 1925, S. 62-66

Schröder, Joachim, Deutsche und französische Kommunisten und das Problem eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004

Sinowjew, G., Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Hamburg 1923 (Petersburg 1923)

Sinowjew, G., Lenin, Sechs Tage, die Russland nicht vergessen wird, o. O. o. D., in: Sinowjew, G., Lenin, 2. erw. Aufl. o.O. 1924 (o.O. 1920), S. 44-52

Sinowjew, G., Lenin, sein Leben und seine Tätigkeit, St. Petersburg 1918, in: Sinowjew, G., Lenin, 2. erw. Aufl. o.O. 1924 (o.O. 1920), S. 7-43

Sinowjew, G., Geschichte der Kommunistischen Partei Rußlands (Bolschewiki), Erlangen 1972 (Hamburg 1923)

Sinowjew, G., Die Bolschewisierung der Parteien der Kommunistischen Internationale, [Leningrad] 1925, in: Die Kommunistische Internationale, 6. Jg., Nr. 1, Hamburg/Berlin 1925, S. 1-8

[Sinowjew], Über die Bolschewisierung der Parteien der Komintern. Thesen, einstimmig angenommen von der Erweiterten Exekutive der Komintern, Moskau, März/April 1925, Berlin 1925

Sinowjew, G., Zur Lage in der KPD, in: Die Rote Fahne, 8. Jg., Nr. 251, Berlin 30.10.1925, 2. Beilage, Universitätsbibliothek Duisburg-Essen, Mikrofiche 79/40.

G. Sinowjew, Die außenpolitische Lage der Sowjetunion, in: Die Rote Fahne, 8. Jg., Nr. 248, Berlin 27.10.1925, 2. Beilage, Universitätsbibliothek Duisburg-Essen, Mikrofiche 79/40.

[SPD Bocholt], Ein rrrevolutionärer Biedermann. Inventur bei der Bocholter KPD. Generalabrechnung mit Josef Schmitz, o.O. o.D., Stadtarchiv Bocholt BOH 3, Nr. 861

Stalin, J., Der Organisator und Führer der Kommunistischen Partei Russlands, o.O. 1924 (1921), in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 35-43.

Stalin, Josef, Lenin und der Leninismus, Wien 1924

Statistisches Reichsamt (Hrsg.), Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich 1926, Berlin 1926

Thesen über die Taktik, 3. Weltkongress der Kommunistischen Internationale, Petrograd 1921, in: Trotzki, Leo, Trotzki, Leo, Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Berlin 1994 (Hamburg 1921), S. 129-167

Trotzki, Leo, Unsere politischen Aufgaben, o. O. 1904, in: Mehringer, Hartmut (Hrsg.), Schriften zur revolutionären Organisation, (Grassi, Ernesto, Texte des Sozialismus und Anarchismus, Philosophie der Neuzeit, Politik und Gesellschaft, Bd. 19), Hamburg 1970, S. 11-134

[Trotzki, Leo] „Der neue Kurs“, in: Die Internationale, 7. Jg., Nr. 1, Berlin 1924, S. 24-27

Trotzki, Leo, Der neue Kurs, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotzki Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997 (Moskau 1924), S. 209-314

Trotzki, Leo, Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Berlin 1994 (Hamburg 1921)

Trotzki, Leo, Die Schule der revolutionären Strategie. Der III. Kongress der Kommunistischen Internationale, o. O. o. D., in: Trotzki, Leo, Die neue Etappe. Die Weltlage und unsere Aufgaben, Berlin 1994 (Hamburg 1921), S. 49-98

Trotzki, L.D., Die Lehren des Oktober, Kislowodsk 15.9.1924, in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2, Westberlin 1975, S 192-251

Trotzki, Leo, Erklärung zum Buche Eastman`s „Seit Lenins Tod“, o.O. o. D., in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Berlin 1975, S. 512-516

Trotsky, Leo, Endgültiger Text des Briefes Trotskys zum Buche Eastmans, o.O. 1.7.1925, in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Berlin 1975, S. 524-529

Trotsky, Leo, Erklärung des Genossen Trotsky gegen die Zeitschrift „Revolution Proletarienne“, o. O. o. D., in: Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Berlin 1975, S. 543-545

Trotsky, Leo, Zur Frage eines Blocks mit Sinowjew, o.O. 9.9.1925, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 440-451

Trotsky, Leo, Rede vor der 15. Parteikonferenz, o.O. 1.11.1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 542-593

Trotsky, Leo, Erklärung der Dreizehn, o. O. Juli 1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 500-527

[Trotsky, Leo], Erklärung der Opposition, o.O. 16.10.1926, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1923-1926, Bd. 3.1, Hamburg 1997, S. 529-541

Trotsky, Leo, Erste Rede vor dem Präsidium der ZKK, o.O. 24.6.1927, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, Seite 760-810

Trotsky, Leo, Thermidor?, o.O. Sommer 1927, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 877 - 886

Trotsky, Leo, In der neuen Etappe, o.O. Anfang 1928, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale 1927-1928, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1119-1140

Trotsky, Leo, Kritik des Programmentwurfs für die Kommunistische Internationale, [Alma Ata] 28.6.1928, in: Dahmer, Trotsky Schriften, Linke Opposition und IV. Internationale, Bd. 3.2, Hamburg 1997, S. 1188-1338

Trotsky, Leo, Und nun? Brief an den 6. Kongress der Kommunistischen Internationale, Alma Ata 12.7.1928, in: Trotsky, Leo, Die Dritte Internationale nach Lenin. Das Programm der internationalen Revolution und die Ideologie vom Sozialismus in einem Land, Essen 1993 (Berlin 1928)

Trotsky, Leo, Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929

Trotsky, Leon, Questions for the Leninbund, o.O. 24.8.1929, in: Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975, S. 247-249

Trotsky, Leon, Where Is the Leninbund Going? A Reply to the Leninbund Leadership, o. O. 1929, in: Breitman, George/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975, S. 304-317

Trotsky, Leon, A Letter to the Italian Left Communists. Followers of Comrade Amadeo Bordiga, 25.9.1929, in: Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975, S. 318-324

Trotsky, Leon, The sino-soviet conflict and the position of the Belgian Oppositionists, in: Breitmann, Georg/Lovell, Sarah (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1929, New York 1975, S. 332-336

Trotsky, Leo, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Berlin 1930

Trotsky, Leo, Die Wendung der Komintern und die Lage in Deutschland, Prinkipo 1930, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Leo Trotsky. Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971

Trotsky, Leo, Thälmann und die >>Volksrevolution<<, [Prinkipo] 14. April 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 102-S. 103

Trotsky, Leo, Gegen den Nationalkommunismus. Lehren des >>Roten<< Volksentscheids, [Prinkipo] 25. August 1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 113-S. 137

Trotsky, Leo, Soll der Faschismus wirklich siegen? Deutschland – der Schlüssel zur internationalen Lage, [Prinkipo] 26.11.1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 145-163

Trotsky, Leo, Wie wird der Nationalsozialismus geschlagen?, [Prinkipo] 8.12.1931, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 164-175

Trotsky, Leo, Was nun? Schicksalsfragen des deutschen Proletariats, Prinkipo 27.1.1932, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Schriften über Deutschland, Bd. 1, Frankfurt/M. 1971, S. 180-307

Trotsky, Leon, The declaration of Four. On the necessity and principles of a new International, o. O. 26.8.1933, in: Breitman, George/Scott, Bev (Hrsg.), Writings of Leon Trotsky 1933-34, 2. Edition, New York 1975 (1. Edition New York 1972), S. 49-52

Trotsky, Leo, Arbeiterstaat, Thermidor und Bonapartismus, Domene 1.2.1935, in: Dahmer, Helmut (Hrsg.), Trotsky Schriften, Sowjetgesellschaft und stalinistische Diktatur 1929-1936, Bd. 1.1, Hamburg 1988, S. 581-609

Tscherewanin, A., Das Proletariat und die russische Revolution, Stuttgart 1908

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Leipzig, Berlin 1919, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 2, Glashütten im Taunus 1976

Ulbricht, W., Zur Frage des demokratischen Zentralismus, in: Die Internationale, 8. Jg., Nr. 12, Berlin 1926, S. 754-758

Unabhängige Sozialdemokratische Partei, Protokoll über die Verhandlungen des außerordentlichen Parteitages in Halle, Berlin 1920, in: Protokolle der Parteitage der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Bd. 3, Glashütten im Taunus 1976

Verhandlungen des Reichstags/13. Legislaturperiode/2. Session. Stenographische Berichte von der Eröffnungssitzung am 4. August 1914 bis zur 34. Sitzung am 16. März 1916, Bd. 306, Berlin 1916

Verhandlungen des Reichstags. Stenographische Berichte von der 187. Sitzung am 26.3.1926 bis zur 224. Sitzung am 2.7.1926, 3. Wahlperiode 1924, Bd. 390, Berlin 1926

Vollmar, Georg, Der isolierte sozialistische Staat. Eine sozialökonomische Studie, Zürich 1878

Vorstand des Verbandes der Bergarbeiter Deutschlands, Unternehmer und Kommunisten während der Bergarbeiterkämpfe im Mai 1924, Bochum 1924

Weber, Hans, Vorwort des Herausgebers, Berlin 1928, in: Trotzki, Leo, Die internationale Revolution und die Kommunistische Internationale, Berlin 1929, S. 6-10

Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 1 1923-1924, Westberlin 1976

Wolter, Ulf (Hrsg.), Die Linke Opposition in der Sowjetunion 1923-1928, Bd. 2 1924-1925, Westberlin 1975

Zentrale der Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des Vereinigungsparteitages der U.S.P.D. (Linke) und der K.P.D. (Spartakusbund), Berlin 1921

Zentrale der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des 2. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Jena vom 22. bis 26. August 1921, Berlin 1922

Zentrale der KPD, Bericht über die Verhandlungen des III. (8.) Parteitages der kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale). Abgehalten in Leipzig vom 28. Januar bis 1. Februar 1923, Berlin 1923

Zentral-Komitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des X. Parteitages der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Berlin vom 12. bis 17. Juli 1925, Berlin 1926

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands, Bericht über die Verhandlungen des XI. Parteitags der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Essen vom 2. bis 7. März 1927, Berlin 1927

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Rußlands, An die Partei. An alle Werktätigen, Moskau 1924, in: [Autorenkollektiv], Lenin. Leben und Werk, Wien 1924, S. 1-4

11.3 Tondokumente

Rede Leo Trotzki auf Tonband in New York (vgl. Trotsky, Leon, The founding oft the Fourth International, [Mexiko/New York] 18.10.1938), Privatarhiv Berens

11.4 Zeitungen und Zeitschriften

Allgemeine Wattenscheider Zeitung. Amtliches Kreisblatt für den Stadtkreis Wattenscheid, Wattenscheid Jg. 1929 und Jg. 1933, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv

Arbeiter-Zeitung. Sozialdemokratisches Organ für das östliche industrielle Ruhrgebiet, Dortmund 1914, Institut für Zeitungsforschung Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 3972

Bocholter Borkener Volksblatt, Bocholt 1933, Stadtarchiv Bocholt, IA1

Der Kampf. Sozialdemokratisches Propaganda-Organ für Rheinland und Westfalen. Publikations-Organ für die sozialdemokratischen Vereine der Reichstagswahlkreise Duisburg-Mülheim-Oberhausen und Moers-Rees, Duisburg 1916, Stadtarchiv Duisburg, Mikrofiche-Archiv, Mikrofiche 68/19

Der Kampf. Revolutionär-Sozialistisches Wochenblatt, Amsterdam 1917, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3044

Der Kampf. Organ der Allgemeinen Arbeiter-Union Deutschland (Revolutionäre Betriebs-Organisationen), 11. Jg., Berlin 1930, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3085

Der Kampf. Wochenschrift der K.P.D. (Linke Opposition), Kreis Dinslaken und Umgebung, 1. Jg., Nr. 1, Dinslaken 2. Januar-Woche 1933, S. 1, Privatarhiv Berens, Oberhausen

Der Klassenkämpfer. Zentralorgan der Gruppe Kommunistische Politik Deutschland, Bocholt 1930, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3042

Der Parteiarbeiter, 3.-4. Jg., 1925-1926, Landearchiv NRW R, Regierung Düsseldorf 44/16957, Mikrofiche-Archiv

Der Weg. Unabhängige Zeitschrift für Klassenkampf, 1. Jg., Nr. 3, Berlin 2. Oktober-Ausgabe 1932, Privatarhiv Berens.

Die Aktion, Berlin 1926, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen Bochum, SZD 808

Die Fahne des Kommunismus. Zeitschrift der orthodoxen Marxisten-Leninisten, Berlin 1927-1929, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 827

Die Neue Zeit. Wochenschrift der deutschen Sozialdemokratie, Stuttgart 1900/1901, Universitätsbibliothek Duisburg-Essen

Die Rote Fahne, Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale), Berlin 1925-1926, Universitätsbibliothek Duisburg-Essen, Mikrofiche 79/40

Dortmunder Zeitung, Dortmund 1924, 1933, Institut für Zeitungsforschung, Dortmund, Mikrofilm-Archiv F 8745, F 8954

Entschiedene Linke, hrsg. von der Gruppe 'Entschiedene Linke' (Revolutionäre Kommunisten) innerhalb und außerhalb der K.P.D., Berlin 1926-1927, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, SZD 3677

Internationale Pressekorrespondenz, Wien 1924, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, SZD 160

Kommunistische Arbeiterzeitung, Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands, Wirtschaftsbezirk Berlin-Brandenburg, Berlin 1925-1927, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, SZD 3075.

Kommunistische Politik. Diskussionsblatt der Linken, Berlin 1926-1927, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 560 und 560a.

Mitteilungsblatt des Sozialdemokratischen Vereins Duisburg, Duisburg 1916, Stadtarchiv Duisburg, Bestand 68/19, Mikrofiche-Archiv

Mitteilungsblatt. Gruppe kommunistische Politik. Bezirk Ruhrgebiet, Bocholt 1928, Landesarchiv NRW Rheinland, Regierung Düsseldorf 44/30661 I, Mikrofiche-Archiv

[Dröge, Wolfgang (Hrsg.)], Permanente Revolution. Zeitschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Sektion der Internationalen Linken Opposition, Berlin 1930-1933, Reprint Bd. I und Bd. II, Dortmund 1977

Permanente Revolution, Wochenschrift der Linken Opposition der KPD (Bolschewiki-Leninisten). Sektion der Internationalen Linken Opposition, Berlin 1932, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets - Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 259

Ruhr-Echo. Arbeiter-Zeitung Gelsenkirchen/Vestische Arbeiter-Zeitung Buer/Westfälische Arbeiter-Zeitung Bochum. Organ der Kommunistischen Partei Deutschlands, Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und Arbeiter Sportvereine, Essen 1927, Haus der Geschichte, Essen, Zg 67

Schacht und Hütte, Zeitung der klassenbewußten Hand- und Kopfarbeiter des Ruhrgebiets, [Dortmund] 1927 und 1928, Landesarchiv NRW Westfalen, Regierung Arnsberg 14443

Sozialistische Wochenzeitung der Sozialistischen Arbeiter-Partei, Berlin 1931, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3169

Spartakus, Organ des Spartakusbundes (politisch-wirtschaftliche Einheitsorganisation), [Berlin] 1928, Stiftung des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3170

Institut für Marxismus-Leninismus beim Zentralkomitee der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (Hrsg.), Spartakusbriefe, Berlin 1958

Stadtanzeiger für Castrop-Rauxel und Umgebung, Castrop-Rauxel 1929-1932, Stadtarchiv Castrop-Rauxel, Mikrofilm-Archiv

Union, Zentral-Organ der Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation), Gelsenkirchen 1924, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3150

Volkswille. Reichsorgan des Lenin-Bundes (Linke Kommunisten), 1. - 4. Jg., Berlin 1928-1931, Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets – Archiv für soziale Bewegungen, Bochum, SZD 3143; Privataarchiv Harthan, Dortmund; Bibliothek Bundesarchiv Berlin

Wattenscheider Zeitung, Wattenscheid 1924, Stadtarchiv Bochum-Wattenscheid, Microfiche-Archiv

Wattenscheider Zeitung. Amtliches Blatt aller Behörden in Stadt und Amt Wattenscheid, Wattenscheid 1919, 1921, 1924, 1926, Stadtarchiv Wattenscheid, Mikrofiche-Archiv

Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften und der Union der Hand- und Kopfarbeiter, Dortmund 1925, Mikrofilm-Archiv

Westfälischer Kämpfer. Rote Fahne Westfalens. Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale. Mitteilungsblatt der freien Gewerkschaften, Dortmund 1925 und 1928, Mikrofilm-Archiv F 33880, F 33886, F 33887

11.5 Erinnerungen

Bucharina, Anna Larina, Nun bin ich schon weit über zwanzig, Göttingen 1989

Chaolin, Zheng, Siebzig Jahre Rebell. Erinnerungen eines chinesischen Oppositionellen, Frankfurt/M. 1991

Eildermann, Jugend im ersten Weltkrieg. Tagebücher, Briefe, Erinnerungen, Berlin 1972

Fanxi, Wang, Erinnerungen eines chinesischen Revolutionärs 1919-1949, Frankfurt/M. 1983

Hippe, Oskar, ... und unsere Fahn` ist rot. Erinnerungen an sechzig Jahre in der Arbeiterbewegung, Hamburg 1979

Krupskaja, N. K., Erinnerungen an Lenin, 1. Teil 1893-1903, Wien/Berlin 1929

Meyer-Levine, Rosa, Levine. Leben und Tod eines Revolutionärs, Frankfurt/M. 1974

Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Köln 1979

Pjatnitski, Ossip, Aufzeichnungen eines Bolschewiks. Erinnerungen aus den Jahren 1896-1917 (In den Reihen der Revolution, Bd. 2), Wien/Berlin 1927

Retzlaw, Karl, Spartacus. Aufstieg und Niedergang. Erinnerungen eines Parteiarbeiters, 4. Aufl., Frankfurt/M. 1974 (Frankfurt/M. 1971)

Rosmer, Alfred, Moskau zu Lenins Zeiten, Frankfurt/M. 1989

Schapowalow, A., Auf dem Wege zum Marxismus. Erinnerungen eines Arbeiterrevolutionärs (In den Reihen der Revolution, Bd. 1), Wien/Berlin 1926

Schleifstein, Josef (Hrsg.), Hans Fladung. Erfahrungen. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1986

11.6 Interviews

Interview mit Frau Böning (Enkelin von Josef Schmitz), Bocholt 26.4.2007

Telefonisches Interview mit Frau Körbs, Ickern 21.2.2007

Interview mit Rudi Mann, Essen 8.4.1990

Interview mit Heinz Lukrawka, Duisburg 3.2.1997

11.7 Literatur

Abelshauser, Werner, Die Ruhrwirtschaft im 20. Jahrhundert. Der lange Abschied des Industriezeitalters, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 66-81

Adolph, Wolfram/Schütrumpf, Jörn (Hrsg.), Ernst Thälmann: An Stalin. Briefe aus dem Zuchthaus 1939 bis 1941, Berlin 1996

Ahland, Frank/Dudde, Matthias (Hrsg.), Wittener Biografische Porträts, Bd. 1, Witten 2000

Alexander, Thomas, Die SPD in Oberhausen in den Anfangsjahren der Weimarer Republik (1918/19-1923/24), Bochum 1987

Andersen, Arne, "Lieber im Feuer der Revolution sterben, als auf dem Misthaufen der Demokratie verrecken!". Die KPD in Bremen von 1928 – 1933. Ein Beitrag zur Bremer Sozialgeschichte, Rieden 1987

Angröss, Werner T., Stillborn Revolution. Die Kampfzeit der KPD 1921-1923, Wien 1973 (Princeton 1963)

Aydin, Sahin, Ein Leben für die gerechte Sache. Biografischer Abriss von Alois Fulneczek (29.11.1882-23.02.1919), Bottrop 2015

Bachmann, Birgit, Gender Mainstreaming – wie alles begann..., in: Vurgun, Sibel, Gender und Raum, Düsseldorf 2005, S. 45-47

Bahne, Siegfried, Der Trotzismus in Deutschland 1931-1933. Ein Beitrag zur Geschichte der KPD und der Komintern, Heidelberg 1958

Bahne, Siegfried, Zwischen „Luxemburgismus“ und „Stalinismus“. Die „ultralinke“ Opposition in der KPD, in: Rothfels, Hans/Eschenburg, Theodor, Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 9. Jg., Nr. 3, München 1961, S. 359-383

Bahne, Siegfried, Die KPD im Ruhrgebiet in der Weimarer Republik, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 315-353

Bajohr, Frank, Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg, in: SPD Essen, Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, Bd. 3, Essen 1988

Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003

Becker, Jens/Jentsch, Harald, Organisation und Klassenkampf – Wilhelm Piecks Rolle und Funktion in der KPD 1918-1933, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Bayerlein, Bernhard H./Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert/Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2000/2001, S. 421-445

Becker, Jens, Heinrich Brandler. Eine politische Biographie, Hamburg 2001

Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques, Der utopische Sozialismus bis 1848, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 2, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974, S. 10-204

Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques/Kriegel, Annie, Sozialismus und Arbeiterbewegung bis zum Ende der I. Internationale, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 3, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Beradt, Charlotte, Paul Levi. Ein demokratischer Sozialist in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969

Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004

Berhard, Henry (Hrsg.), Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Bd. 1, Berlin 1932

Berens, Peter, Trotzlisten gegen Hitler, Köln 2007

Berens, Peter, Der Babcock-Bankrott. Korumpieren, abkassieren, liquidieren, 2. Auflage, Köln 2013 (2004)

Berens, Peter, Neues aus der Historischen Kommunismusforschung, in: Inprekorr/Die Internationale, Büsum März/April 2015

Bergmann, Theodor, >Gegen den Strom<. Die Geschichte der KPD (Opposition), Hamburg 2001

Bergmann, Theodor, Die Thalheimers. Geschichte einer Familie undogmatischer Marxisten, Hamburg 2004

Berhard, Henry (Hrsg.), Stresemann, Gustav, Vermächtnis. Der Nachlaß in drei Bänden, Bd. 1, Berlin 1932, S. 117.

Bers, Günter, Eine Regionalgliederung der Bezirk Mittelrhein und seine Parteitage in den Jahren 1927/1929

Blaich, Fritz, Staatsverständnis und politische Haltung der deutschen Unternehmer 1918-1930, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S.158-178

Blotevogel, Hans Heinrich, Das Ruhrgebiet - Vom Montanrevier zur postindustriellen Urbanität?, in: Heineberg, Heinz/Temlitz, Klaus (Hrsg.) Strukturen und Perspektiven der Emscher-Lippe-Region im Ruhrgebiet, Münster 2003, S. 5-17

Bock, Hans Manfred, Syndikalismus und Linkskommunismus von 1918 bis 1923. Ein Beitrag zur Sozial- und Ideengeschichte der frühen Weimarer Republik, Darmstadt 1993 (Marburg 1969)

Bois, Marcel/Wilde, Florian, „Modell für den künftigen Umgang mit innerparteilicher Diskussion“? Der Heidelberger Parteitag der KPD 1919, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2007, S. 33-46

Bois, Marcel, Vergessene Kommunisten. Die „Weddinger Opposition“ der KPD, in: Mähler, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2008, S. 58-67

Bois, Marcel/Wilde, Florian, Ein kleiner Boom: Entwicklungen und Tendenzen der KPD-Forschung seit 1989/90, in: Mähler, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2010, S. 309-322

Bois, Marcel, Kommunisten gegen Hitler und Stalin. Die linke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Eine Gesamtdarstellung, Essen November 2014

Boldt, Hans, Die Weimarer Reisverfassung, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Aufl., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 44-62

Bollinger, Stefan, Lenin. Träumer und Realist, Wien 2006

Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007

[Bourdieu, Pierre], Diskussionsforum. Über die Beziehungen zwischen Geschichte und Soziologie in Frankreich und Deutschland. Pierre Bourdieu im Gespräch mit Lutz Raphael, in: Abelshauser, Werner/Berding, Helmut/von Beyme, Klaus/Bock, Gislea/Frevert, Ute/Hardtwig, Wolfgang/Kaschuba, Wolfgang/Kocka, Jürgen/Langewiesche Dieter/Mommsen, Wolfgang J./Puhle, Hans-Jürgen/Rürup, Reinhard/Schieder, Wolfgang/Tenfeld, Klaus/Tilly, Richard H./Ullmann, Hans Peter/Wehler, Hans-Ulrich/Winkler, Heinrich August/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 22. Jg., Heft 1, Göttingen 1996, S. 63-89

Bovermann, Rainer/Goch, Stefan, Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 7), Essen 1996

Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Aufl., Bonn 1988 (Bonn 1987)

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 1, 3. Aufl., Berlin/Bonn 1978

Braunthal, Julius, Geschichte der Internationale, Bd. 2, 3. Aufl., Berlin/Bonn 1978

Brenner, Christiane/Heumos, Sozialgeschichtliche Kommunismusforschung. Tschechoslowakei, Polen, Ungarn und DDR 1948-1968. Vorträge der Tagung des

Collegium Carolinum in Bad Wiessee vom 22. bis 24. November 2002, München 2005 (Vorstand des Collegium Carolinum [Hrsg.], Bad Wisseer Tagungen des Collegium Carolinum, Bd. 27).

Bröker, Franz-Werner, Wattenscheid. Eine illustrierte Stadtgeschichte, Bochum-Wattenscheid 1983

Broué, Pierre, Trotzki. Eine politische Biographie, Bd. 1, Köln 2003

Broué, Pierre, Die Deutsche Revolution 1918-1923, Wien 2005

Broué, Pierre, Der Oktober, der nicht stattfand. Ein Kommentar, in: Bayerlein, Bernhard H./Babwickenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. [Hrsg.], Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern, Berlin 2003, S. 59-64

Brüggemeier, Franz-Josef, Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889-1919, München 1983

Bruhat, Jean, Der französische Sozialismus von 1815 bis 1848, in: Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques, Der utopische Sozialismus bis 1848, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 2, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974, S. 106-204

Buchner, Konrad/Dominik, Wolfgang/Glesing, Günter/Junge, Reinhard, Das Ende einer Legende: Kapp-Putsch und Märzrevolution 1920 in Bochum und Wattenscheid (Schriftenreihe zur antifaschistischen Geschichte Bochums, Heft 5), Bochum 1995

Buckmiller, Michael, Marxismus als Realität. Zur Rekonstruktion der theoretischen und politischen Entwicklung Karl Korsch, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 15-85

Buckmiller, Michael/Kammler, Jörg, Revolution und Konterrevolution. Eine Diskussion mit Heinz Langerhans, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 267-291

Buckmiller, Michael/Nafe, Pascal, Die Naherwartung des Kommunismus – Werner Scholem, in: Buckmiller, Michael/Heimann, Dietrich/Perels, Joachim (Hrsg.), Judentum und Politische Existenz. Siebzehn Porträts deutsch-jüdischer Intellektueller, S. 61-82.

Buschak, Willy, Metallarbeiter und Revolution, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 135-156.

Buschfort, Hermann, Zwischen Soutane und roten Fahnen. Die Geschichte der Bocholter SPD, Essen 1986

Carrère d'Encausse, Hélène, Lenin, München 2000 (Paris 1998)

Chlewnjuk, Oleg W., Das Politbüro. Mechanismen der Macht in der Sowjetunion der dreißiger Jahre, Hamburg 1998 (Russland 1996)

Colm, Gerhard, Beitrag zur Geschichte und Soziologie des Ruhraufstandes vom März-April 1920, Essen 1921

Crew, D. F., Town in the Ruhr. A Social History of Bochum 1860 – 1914, New York 1979

Dallmeyer, Ilse, Geschichte der Arbeitskämpfe im rheinisch-westfälischen Steinkohlenrevier, Wi-So. Diss., Köln 1922

Daniels, Robert V., Das Gewissen der Revolution. Kommunistische Opposition in der Sowjetunion, Berlin 1978 (Cambridge USA 1960)

Deutscher, Isaac, Stalin. Eine politische Biographie, Augsburg 1997 (Oxford 1949)

Deutscher, Issac, Die Tragödie des polnischen Kommunismus zwischen den Weltkriegen, in: Gruppe Internationale Marxisten, Die Internationale, Bd. 13, Frankfurt/M. 1978, S. 86 (Les Temps Modernes, Bd. 13, Paris 1957).

Dissinger, Arthur, Das freigewerkschaftliche Organisationsproblem. Eine soziologische Studie, Jena 1929

Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 2, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1974

Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 3, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 4, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 5, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 7, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Droz, Jacques, Die sozialistischen Parteien Europas: Frankreich, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 5, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Droz, Jaques, Die Ursprünge der Sozialdemokratie in Deutschland, in: Bédarida, Francois/Bruhat, Jean/Droz, Jacques/Kriegel, Annie, Sozialismus und Arbeiterbewegung bis zum Ende der I. Internationale, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von den Anfängen bis 1875, Bd. 3, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 11- 63

Droz, Jacques, Die deutsche Sozialdemokratie (1875-1914), in: Droz, Jacques, Die sozialistischen Parteien Europas: Deutschland, Österreich-Ungarn, Skandinavien, Niederlande, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 4, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Engelhardt, Falk, Entwicklung und Politik der trotzkistischen Linksopposition in Leipzig ab 1924, Chemnitz 2006

Eisner, Freya, Das Verhältnis der KPD zu den Gewerkschaften in der Weimarer Republik (Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung Bd. 8), Frankfurt/M. 1977

Erdmann, Karl Dietrich, Das Problem der Ost- oder Westerweiterung in der Locarnopolitik Stresemanns, in: Michalka, Wolfgang/Lee, Marshall M. (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung, Bd. 539), S. 1 - S. 29

Eumann, Ulrich, *Eigenwillige Kohorten der Revolution. Zur regionalen Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik* (Europäische Hochschulschriften Reihe 3, Geschichte und ihre Hilfswissenschaften, Bd. 1040), Frankfurt/M. 2007

Feldmann, Gerald D., *Forschungsbericht. Streiks in Deutschland 1914 - 1933. Probleme und Forschungsaufgaben*, in: Tenfelde, Klaus/Volkmann, Heinrich, *Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung*, München 1981, S. 271-286

Feldner, Heiko, *Politischer Umbruch und Geschichtswissenschaft in Deutschland. Gedanken zur Debatte*, in: Abelshauser, Werner/Berding, Helmut/von Beyme, Klaus/Bock, Gisela/Frevert, Ute/Hardt, Wolfgang/Kaschuba, Wolfgang/Kocka, Jürgen/Langewiesche Dieter/ Mommsen, Wolfgang J./Puhle, Hans-Jürgen/Rürup, Reinhard/Schieder, Wolfgang/Tenfeld, Klaus/Tilly, Richard H./Ullmann, Hans Peter/Wehler, Hans-Ulrich/Winkler, Heinrich August/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), *Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft*, 22. Jg., Nr. 22, Göttingen 1996, S. 90-96.

Fetscher, Iring, *Die vergessene deutsche Oktoberrevolution 1923*, Frankfurt/M. o.D., in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), *Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung* 2004, Berlin 2004, S. 391-394

Fischer, Conan, *Soziale Verwerfungen im Ruhrkampf durch Hunger und Evakuierung*, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), *Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923*, Essen 2004, S. 146-167

Fischer-Eckert, L., *Die wirtschaftliche und soziale Lage der Frauen in dem modernen Industrieort Hamborn im Rheinland*, Tübingen 1913

Fischer, Ernst/Marek, Franz, *Was Lenin wirklich sagte*, Wien/München/Zürich 1969

Fischer, Ewald, *Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation)*, Marburg 1928

Fischer, Ruth, *Stalin und der deutsche Kommunismus. Von der Entstehung des deutschen Kommunismus bis 1924*, Bd. 1, Berlin 1991 (Frankfurt/M. 1948)

Fischer, Ruth, *Stalin und der deutsche Kommunismus. Die Bolschewisierung des deutschen Kommunismus ab 1925*, Bd. 2, Berlin 1991 (Frankfurt/M. 1948)

Flechtheim, Ossip K., *Die KPD in der Weimarer Republik*, Hamburg 1986 (Offenbach 1948)

Frank, Pierre, *Die Geschichte der IV. Internationale*, Hamburg 1968

Frank, Pierre, *Revolutionärer Marxismus und Gewerkschaften*, [Paris] 1974, in: Losowski, Alexander, *Die Rote Gewerkschaftsinternationale*, Frankfurt/M. 1978, S. 21-57

Frank, Pierre, *Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943)*, Bd. 1, Frankfurt/M. 1981 (Paris 1979)

Frank, Pierre, *Geschichte der Kommunistischen Internationale (1919-1943)*, Bd. 2, Frankfurt/M. 1981 (Paris 1979)

Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013

Funke, Manfred, Republik im Untergang. Die Zerstörung des Parlamentarismus als Vorbereitung der Diktatur, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Aufl., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 505-532

Geary, Dick, Die Vorteile und Fallstricke einer länderübergreifenden vergleichenden Geschichte der Arbeiterbewegung, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Berlin 2010S. 58-71

Goch, Stefan, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung und Arbeiterkultur im Ruhrgebiet. Eine Untersuchung am Beispiel Gelsenkirchen 1848-1975 (Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 91), Düsseldorf 1990

Goch, Stefan./Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001

Graf, Hans, Die Entwicklung der Wahlen und politischen Parteien in Groß-Dortmund, Hannover/Frankfurt am Main 1958

Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick, München 1966

Grebing, Helga, Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Ein Überblick 7. Aufl. München 1976

Grebing, Helga, Lehrstück in Solidarität. Briefe und Biographien deutscher Sozialisten 1945-1949, Stuttgart 1983

Grosso, Bruno, Die Kommunistische Partei Italiens und ihre Historiografen, in: Mählert, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2013, Berlin 2013, S. 191-209

Gumbel, E. J., Vier Jahre politischer Mord, 5. Aufl., Berlin 1922

Haasis, Hellmut G./Lucas, Erhard (Hrsg.), Adolf Meinberg. Aufstand an der Ruhr, Frankfurt/M. 1973

Haffner, Sebastian, Der Verrat. Deutschland 1918/1919, 3. korr. Aufl., München 1995 (1. Aufl., Berlin 1993)

Hájek, Milos, Die Beziehungen zwischen der Komintern und der bolschewistischen Partei in den Jahren 1919-1929, in: Weber, Hermann/Egbert, Jahn/Braun, Günther/Dähn, Horst/Foitzik, Jan, Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Mannheim 1995, S. 63-99

Hecker, Hans, Karl Radeks Werben um die deutsche Rechte: Die Sowjetunion und der „Ruhrkampf“, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 187-205

Heer-Kleinert, Lore, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1983

Hedeler, Wladislaw, Neue Untersuchungen über Linke Kommunisten in der KPD, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./ Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2015, S. 279-290

Heineberg, Heinz/Temlitz, Klaus (Hrsg.) Strukturen und Perspektiven der Emscher-Lippe-Region im Ruhrgebiet, Münster 2003

Hentschel, Volker, Die Sozialpolitik in der Weimarer Republik, , in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung, Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 197-217

Hemje-Oltmanns, Dirk, Arbeiterbewegung und Einheitsfront. Zur Diskussion der Einheitsfronttaktik in der KPD 1920/21, Berlin 1973

Henze, Jochen, Sechsstundenschicht im Ruhrbergbau 1918-1920. Ursachen und Verlauf eines Arbeitszeitkonflikts, Freiburg 1988

Herbst, Andreas, „Trotzkist mit kriminellem Einschlag“. Wilhelm Schwan – einer der Alternativen zu Thälmann?, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 1999, Berlin 1999, S. 317-328

Hering, Sabine/Schilde, Kurt, Kampfname Ruth Fischer. Wandlungen einer deutschen Kommunistin, Frankfurt/M. 1995

Herlemann, Beatrix, Kommunalpolitik der KPD im Ruhrgebiet 1924-1933, Wuppertal 1977

Hickey, S. H. F., Workers in imperial Germany. The Miners of the Ruhr, Oxford 1985

Hildermeyer, Manfred, Geschichte der Sowjetunion 1917-1991. Entstehung und Niedergang des ersten sozialistischen Staates, München 1998

Hillmann, Günter, Die Rätebewegung I (Texte des Sozialismus und Anarchismus), Hamburg 1971

Hirsch, Helmut, Eduard Bernstein. Ein revisionistisches Sozialismusbild, Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976

Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 89, Dortmund 1998

Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 96/97, Dortmund 2005/2006

Hoffrogge, Ralf, Werner Scholem. Eine politische Biographie (1895-1940), Konstanz/München 2014

Hoppe, Bert, In Stalins Gefolgschaft. Moskau und die KPD 1928-1933 (Institut für Zeitgeschichte, Bd. 74), München 2007

Hüwel, Norbert, Geschichte der Dortmunder Arbeiterbewegung in den Anfängen der Weimarer Republik 1918-1921, Dortmund 1981

IG Metall Oberhausen, 75 Jahre Metallarbeitergewerkschaft in Oberhausen, Oberhausen 1986

Ihlau, Olaf, Die roten Kämpfer. Ein Beitrag zur Geschichte der Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik und im Dritten Reich, Meisenheim am Glan 1969

Jäger, Wolfgang, Bergarbeiterschaft an der Ruhr, in: Goch, Stefan/Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001, S. 127-134

Jäger, Wolfgang, Bergarbeitermilieus im Wandel, in: Bovermann, Rainer/Goch, Stefan, Priamus, Heinz-Jürgen (Hrsg.), Das Ruhrgebiet – Ein starkes Stück Nordrhein-Westfalen (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 7), Essen 1996, S. 44-62

Jenko, Jürgen, Eine andere Form von Arbeiterradikalismus: Der Anarcho-Syndikalismus im Ruhrgebiet 1918-1922, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 175-194

Jentsch, Harald, Die KPD und der „Deutsche Oktober“ 1923, Rostock 2005

John, Matthias, „Sie wollen Dortmund verlassen! ... Das wäre ein schwerer Schlag“. Der Lebensweg des Konrad Haenisch, in: Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 89, Dortmund 1998, S. 185-235

John, Matthias, Aus dem Innenleben der Dortmunder Sozialdemokratie um 1900 mit Kurbiographien einiger ihrer führenden Funktionäre, in: Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 96/97, Dortmund 2005/2006, S. 155-226

Junius-Verlag (Hrsg.), Georg Jungclas 1902-1975. Eine politische Dokumentation. Von der proletarischen Freidenkerjugend im Ersten Weltkrieg zur Linken der siebziger Jahre, Hamburg 1980

Jung, Werner, „Why I am a Marxist“. Karl Korsch und der Marxismus als Philosophie, in: Wild, Reiner, Dennoch leben sie. Verfemte Bücher, verfolgte Autorinnen und Autoren. Zu den Auswirkungen nationalsozialistischer Literaturpolitik, München 2003, S. 211-219

Kaufhold, Karl Henrich/Reininghaus, Wilfried (Hrsg.), Stadt und Bergbau, Köln 2004

Keßler, Mario, Ruth Fischer. Ein Leben mit und gegen den Kommunismus (1895-1961), Köln, Weimar/Wien 2013

Keßler, Mario, Kommunismusforschung in Europa: Entwicklungslinien und Protagonisten. Wissenschaft und biografische Erfahrung: Franz Borkenau, Richard Löwenthal und Ossip K. Flechtheim – Mitbegründer der westdeutschen Kommunismusforschung, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2013, S. 169-182

Kinner, Klaus, Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Selbstverständnis und Realität. Die Weimarer Zeit, Bd. 1, 2. Auflage, Berlin 2012

Knigge, Volkhard (Hrsg.), Kommunismusforschung und Erinnerungskultur in Ostmittel- und Westeuropa (Veen, Hans-Joachim/Knigge, Volkhard/Oppelland, Torsten (Hrsg.), Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg), Köln, 2013

Knippschild, Dieter, Linker als die KPD erlaubt: Bürgervertreter beging Hochverrat (Heimat Dortmund, Stadtgeschichte in Bildern und Berichten. Zeitschrift des historischen Vereins für Dortmund und die Grafschaft Mark e.V., Heft 2/92), Dortmund 1992, S. 34-36

Koch-Baumgarten, Sigrid, Einleitung, München 1986, in: Flechtheim, Ossip K., Die KPD in der Weimarer Republik, 2. Aufl., Hamburg 1986 (Offenbach 1948), S. 9-54

Koch-Baumgarten, Sigrid, Die Märzaktion der KPD 1921, Köln 1987

Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 2, Düsseldorf 1990

Kolb, Eberhard, Die Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918-1919, Frankfurt/M.-Berlin-Wien 1978

Koszyk, Kurt, Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873-1942), in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 5, Hannover 1965, S. 193-226

Kozicki, Norbert, „Der Kaiser ist weg!“. Die Novemberrevolution in den Ämtern Wanne, Eickel, Herne und Sodingen, Herne 1988

Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004

Krusch, Hans-Joachim, Linksregierungen im Visier. Reichsexekutive 1923, Schkeuditz 1998

Kühr, Herbert, Parteien und Wahlen im Stadt- und Landkreis Essen in der Zeit der Weimarer Republik. Unter besonderer Berücksichtigung des Verhältnisses von Sozialstruktur und politischen Wahlen, Düsseldorf 1973

Kulemann, Peter, Die Linke in Westdeutschland nach 1945, Hannover 1978

Langels, Otto, Die ultralinke Opposition der KPD in der Weimarer Republik. Zur Geschichte und Theorie der KPD-Opposition (Linke KPD), der Entschiedenen Linken, der „Gruppe Kommunistische Politik“ und des Deutschen Industrie-Verbandes in den Jahren 1924 bis 1928 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 31, Bd. 65), Frankfurt/M./Bern/New York/Nancy 1984.

LaPorte, Norman, The German Communist Party in Saxony, 1924-1933. Factionalism, Fratricide and Political Failure, Bern 2003

LaPorte, Norman, Ernst Thälmann: The Making of a German Communist, 1886-1921, in: Moving the Social. Journal of Social History and the History of Social Movements (Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen). Lives on the Left, Nr. 51, Essen 2014, S. 127-157

Lih, Lars T./Naumow, Oleg/Chlewnjuk, Oleg, Stalin Briefe an Molotow 1925-1936, Berlin 1996 (Moskau 1995)

Löher, Karl-Heinz, Die gewerkschaftlichen Organisationen in Duisburg und Hamborn in den Jahren 1918-1933. Eine Bestandsaufnahme, Duisburg 1976

Luban, Ottokar, Die politischen Massenstreiks in den letzten Weltkriegsjahren und die Haltung der Freien Gewerkschaften (1916-1918), in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 121-134

Lucas, Erhard, Märzrevolution 1920. Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Arbeiteraufstand, Bd. 1, 2. erg. Aufl., Frankfurt/M. 1974 (Frankfurt/M. 1970)

Lucas, Erhard, Märzrevolution 1920. Der bewaffnete Aufstand in seiner Struktur, Bd. 2, 2. verb. Aufl. Frankfurt/M. 1983 (Frankfurt/M. 1973)

Lucas, Erhard, Märzrevolution 1920. Die Niederlage, Bd. 3, Frankfurt/M. 1978

Lübbe, Peter (Hrsg.), Abtrünnig wider Willen. Aus Briefen und Manuskripten des Exils, München 1990

Mählert, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2013

Mallmann, Klaus-Michael, Milieu, Radikalismus und lokale Gesellschaft. Zur Sozialgeschichte des Kommunismus in der Weimarer Republik, in: Abelshauser, Werner/Berding, Helmut/von Beyme, Klaus/Bock, Gisela/Frevert, Ute/Hardt, Wolfgang/Kaschuba, Wolfgang/Kocka, Jürgen/Langewiesche Dieter/ Mommsen, Wolfgang J./Puhle, Hans-Jürgen/Rürup, Reinhard/Schieder, Wolfgang/Tenfeld, Klaus/Tilly, Richard H./Ullmann, Hans Peter/Wehler, Hans-Ulrich/Winkler, Heinrich August/Zwahr, Hartmut (Hrsg.), Geschichte und Gesellschaft. Zeitschrift für Historische Sozialwissenschaft, 21. Jg., Heft 1, Göttingen 1995, S. 5-31.

Mallmann, Klaus-Michael, Kommunisten in der Weimarer Republik. Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996

Mandel, Ernest, Lenin und das Problem des proletarischen Klassenbewußtseins, Zürich o. D. (Frankfurt/M. 1970)

Mandel, Ernest, Einführung in den Marxismus, 7. Aufl., Köln 2002 (Paris 1979)

Marie, Jean-Jacques, Stalin und der Stalinismus: Rückkehr zu den Ursprüngen, [Paris 2004], in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2004, Berlin 2004, S. 11-31

Marszolek, Inge, Zur Geschichte der Arbeiterbewegung im Ruhrgebiet, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 124-137

Martiny, Martin, Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr vom Scheitern der Räte- und Sozialisierungsbewegung bis zum Ende der letzten parlamentarischen Regierung der Weimarer Republik (1920 - 1930), in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an

Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 241-273

Materna, Johannes, Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands, Arbeiterunionen und das Gewerkschaftsproblem 1919-1923, Bochum 1985

Mensing, Wilhelm, Von der Ruhr in den Gulag. Opfer des Stalinschen Massenterrors aus dem Ruhrgebiet, Essen 2001

Meyer-Levine, Rosa, Levine. Leben und Tod eines Revolutionärs, Frankfurt/M. 1972

Meyer-Leviné, Rosa, Im inneren Kreis. Erinnerungen einer Kommunistin in Deutschland 1920-1933, Köln 1979

Michalka, Wolfgang/Lee, Marshall M. (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung, Bd. 539)

Mittag, Jürgen/Stadtland, Helke (Hrsg.), Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft (Institut für soziale Bewegung, Schriftenreihe A/Darstellungen, Bd. 47), Essen 2014

Mittag, Jürgen, Versäumte Chancen oder realitätsnaher Pragmatismus?, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 211-236

Mommsen, Hans, Die Bergarbeiterbewegung an der Ruhr 1918 – 1933, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 275-314.

Moneta, Jakob, Die Gewerkschaftspolitik der KPD in der Weimarer Republik, [Frankfurt/M. 1978], in: Losowski, Alexander, Die Rote Gewerkschaftsinternationale, Frankfurt/M. 1978, S. 5-20

Müller-Enbergs, Helmut, Erst Chefredakteur, dann „Unperson“: Lex Ende und Rudolf Hernstatt, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1996, S. 296-304

Müller-Jentsch, Walther, Gewerkschaften und Korporatismus. Vom Klassenkampf zur Konfliktpartnerschaft, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 81-96

Niebur, Josef, „Mein ganzes Leben habe ich im Kampf um die Rechte der Arbeiter gestanden“. Aus dem Leben des Bocholter Stadtverordneten und SAP-Vorsitzenden Josef Schmitz (1885-1954), in: Unser Bocholt, 47. Jg., Heft 1, Bocholt 1996, S. 33-38

Oppelland, Torsten, Der Kommunismus in der Geschichtskultur Deutschlands, in: Knigge, Volkhard (Hrsg.), Kommunismusforschung und Erinnerungskultur in Ostmittel- und Westeuropa (Veen, Hans-Joachim/Knigge, Volkhard/Oppelland, Torsten (Hrsg.), Europäische Diktaturen und ihre Überwindung. Schriften der Stiftung Ettersberg), Köln, 2013, S.103-113

Perrefort, Maria, Links liegengelassen. Das rote Herringen, Hamm 2008

Peterson, Larry, German Communism, workers' protest and labour unions. The politics of the United Front in Rhineland-Westphalia 1920-1924, Dordrecht/Boston/London 1993

Pietsch, Hartmut/Scherschel, Horst, „Ein schwerer Kampf ist's, den wir wagen“. 125 Jahre Sozialdemokratische Partei in Duisburg, Duisburg 1989

Plumpe, Werner, Die Unternehmer im Ruhrbergbau zwischen Jahrhundertwende und Weimarer Republik, in: Goch, Stefan./Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001, S. 83-90

Plumpe, Werner, Vom Schlotbaron zum Global Player. Unternehmen und Unternehmer an der Ruhr seit der Mitte des 19. Jahrhunderts, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 102-113

Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973

Priemel, Kim Christian, Die deutschen Unternehmer in der Revolution, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, 311-335

Przigoda, Stefan, Bergbauindustrie und Politik 1850 bis 1918, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. Und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. 423-493.

Przigoda, Stefan, Zwischen Arbeiterschaft und Unternehmern: Steiger im Ruhrbergbau (1850-1933), in: Goch, Stefan./Heidemann, Lutz (Hrsg.), 100 Jahre Bismarck. Ein Stadtteil „mit besonderem Erneuerungsbedarf“ (Schriftenreihe des Instituts für Stadtgeschichte, Bd. 9), Essen 2001, S. 117-126

Pudal, Bernhard, Über die Geschichtsschreibung im französischen Kommunismus, in: Mähler, Ulrich/Baberowski, Jörg/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Steinbach, Peter/Troebst, Stefan/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung 2013, Berlin 2013 (Paris 2010)

Radt, Claus, Der deutsche Faschismus. Mythos und Wirklichkeit, Frankfurt/M. 1987
Rebérioux, Madeleine, Der französische Sozialismus von 1871 bis 1914, in: Droz, Jacques, Die sozialistischen Parteien Europas: Frankreich, in: Droz, Jean (Hrsg.), Geschichte des Sozialismus. Von 1875 bis 1918, Bd. 5, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975, S. 7-161

Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 1, Berlin 1964

Reisberg, Arnold, An den Quellen der Einheitsfrontpolitik. Der Kampf der KPD um die Aktionseinheit in Deutschland 1921 bis 1922, Bd. 2, Berlin 1964

Rennspieß, Uwe, „Jenseits der Bahn“, die Geschichte der Ahlener Bergarbeiterkolonie und der Zeche Westfalen, Essen 1989

Reulecke, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 205-240

Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974

Reulecke, Jürgen, Das Ruhrgebiet: Stadtentwicklung und Verstädterung vom 19. bis zum 20. Jahrhundert, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 177-195

Reulecke, Jürgen, Der Erste Weltkrieg und die Arbeiterbewegung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, in: Reulecke, Jürgen (Hrsg.), Arbeiterbewegung an Rhein und Ruhr. Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Nordrhein-Westfalen, Wuppertal 1974, S. 205-239

Reulecke, Jürgen, Vom ländlichen Idyll zur „Waffenschmiede Europas“. Das Ruhrgebiet auf dem Weg in die Moderne, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 8-21

Reuter, Gerd, Politische Vorstellungen und soziale Zusammensetzung der KPD-Mitgliedschaft in Hannover zur Zeit der Weimarer Republik, Hannover 1982

Reuter, Elke/ Hedeler, Wladislaw/Helas, Horst/Kinner, Klaus (Hrsg.), Luxemburg oder Stalin. Schaltjahr 1928 – Die KPD am Scheideweg. Eine kommentierte Dokumentation (Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus, Bd. IV), Berlin 2003

Riechers, Christian, Kommentar zu Bordigas Brief, in: Pozzoli, Claudio (Hrsg.), Jahrbuch Arbeiterbewegung, Bd. 1, Frankfurt/M. 1973, S. 248-263

Ruck, Michael, Die Freien Gewerkschaften im Ruhrkampf 1923 (Schriftenreihe Otto Brenner Stiftung 39), Frankfurt/M. 1986

Rudloff, Wilfried, Soziale Lage der Arbeiterschaft, Ernährungskrise und kommunalpolitische Integration im Ersten Weltkrieg, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 97-119

Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000

Schafranek, Hans, Das kurze Leben des Kurt Landau. Ein österreichischer Kommunist als Opfer der stalinistischen Geheimpolizei, Wien 1988

Schapiro, Leonhard, Lenin, Stuttgart 1969

Schleifstein, Josef (Hrsg.), Fladung, Hans, Erfahrungen. Vom Kaiserreich zur Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1986

Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bd. 1, Frankfurt/M. 1980

Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Widerstand und Verfolgung in Essen 1933-1945, Bd. 2, Essen 1988

Schmidt, Ernst, Lichter in der Finsternis. Essener Opfer der Stalin-Ära, oppositionelle Linke und Fahnenflüchtige 1933-1945, Bd. 3, Essen 1994

Schneider, Michael, Auf dem Weg in die Krise. Thesen und Materialien zum Ruhreisenstreit 1928/29 (Bers, Günter/Klöcker, Michael [Hrsg.], Die Arbeiterbewegung in den Rheinlanden, Nr. 2), Wentorf 1974

Schöck, Cornelia, Arbeitslosigkeit und Rationalisierung. Die Lage der Arbeiter und die kommunistische Gewerkschaftspolitik 1920-28, Frankfurt/M. 1977

Schönhoven, Klaus, Reformismus und Radikalismus. Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989

Scholz, Dietmar, Von der 'Freyheit' zur 'Europastadt'. Eine Geschichte der Stadt Castrop-Rauxel, Stuttgart 1996

Scholz, Dietmar, Das Krisenjahr 1932 in Castrop-Rauxel. Politische Radikalisierung und Destabilisierung, in: Schoppmeyer, Heinrich (Hrsg.), Märkisches Jahrbuch für Geschichte, Dortmund 2002, S. 251-268

Scholz, Dietmar, Castrop-Rauxel unter britischer Besatzung 1945-1949, in: Högl, Günther/Schilp, Thomas (Hrsg.), Beiträge zur Geschichte Dortmunds und der Grafschaft Mark, Bd. 96/97, Dortmund 2005/2006, S. 323-360

Schorske, Carl E., Die Grosse Spaltung. Die Deutsche Sozialdemokratie von 1905 bis 1917, Berlin 1981 (Cambridge/Mass. 1955)

Schröder, Joachim, Deutsche und französische Kommunisten und das Problem eines gemeinsamen Widerstandes gegen die Ruhrbesetzung, in: Krumeich, Gerd/Schröder, Joachim (Hrsg.), Der Schatten des Weltkriegs: Die Ruhrbesetzung 1923, Essen 2004, S. 169-186

Schürer, Heinz, Die politische Arbeiterbewegung Deutschlands in der Nachkriegszeit 1918-1923. Inaugural-Dissertation zur Erlangung der Doktorwürde einer hohen Philosophischen Fakultät der Universität Leipzig, Leipzig 1933.

Schuster, Kurt G. P., Der Rote Frontkämpferbund 1924-1929. Beiträge zur Geschichte und Organisationsstruktur eines politischen Kampfbundes (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 55), Düsseldorf 1975

Schwabe, Klaus, Der Weg der Republik vom Kapp-Putsch 1920 bis zum Scheitern des Kabinetts Müller 1930 in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Auf., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 95-133

Seidel, Richard, Die Gewerkschaften nach dem Kriege, Berlin 1925, S. 138

Service, Robert, Lenin. Eine Biographie, München 2000

Shedletzky, Itta (Hrsg.), Betty Scholem. Gershom Scholem. Mutter und Sohn im Briefwechsel 1917-1946, München 1989

SPD Essen, Essener Beiträge zur Geschichte der Sozialdemokratie und Arbeiterbewegung, Bd. 3, Essen 1988

Spethmann, Hans, Die Großwirtschaft an der Ruhr. Eine Darstellung ihrer Grundlagen, Breslau 1925

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand bis zum zweiten Generalstreik April 1919, Bd. 1, Berlin 1928

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Aufstand und Ausstand vor und nach dem Kapp-Putsch bis zur Ruhrbesetzung, Bd. 2, Berlin 1928

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925 in seinen Leitlinien, Bd. 3, Berlin 1929

Spethmann, Hans, Zwölf Jahre Ruhrbergbau. Der Ruhrkampf 1923 bis 1925. Das Ringen um die Kohle, Bd. 4, Berlin 1930

Spethmann, Hans, Der Maistreik 1924 im Ruhrbergbau. Ein grundsätzlicher Arbeitskampf, Berlin 1932

Spethmann, Hans, Das Ruhrgebiet im Wechselspiel von Land und Leuten, Wirtschaft, Technik und Politik. Das Ruhrrevier der Gegenwart, Bd. 3, Berlin 1938

Stegmans, Christoph, Die finanziellen Folgen der Rheinland- und Ruhrbesetzung 1918-1930, Stuttgart 1999

Stöcker, Rainer, Seid einig! Geschichte der Hagener Arbeiterbewegung 1924-1933, Bd. 2, Essen 1985

Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016

Tenfelde, Klaus/Volkman, Heinrich, Streik. Zur Geschichte des Arbeitskampfes in Deutschland während der Industrialisierung, München 1981

Tenfelde, Klaus, Soziale Schichtung, Klassenbildung und Konfliktlagen im Ruhrgebiet, in: Köllmann, Wolfgang/Korte, Hermann/Petzina, Dietmar/Weber, Wolfhard (Hrsg.), Das Ruhrgebiet im Industriezeitalter. Geschichte und Entwicklung, Bd. 2, Düsseldorf 1990, S. 121-217

Tenfelde, Klaus, Typen der Arbeiterbewegung - Erträge und Grenzen sozialgeschichtlicher Forschung, in: Gerhard, Hans-Jürgen (Hrsg.), Struktur und Dimension. Festschrift für Karl Heinrich Kaufhold zum 65. Geburtstag, Bd. 2, Stuttgart 1997, S. 351-368

Tenfelde, Klaus, Milieus, politische Sozialisation und Generationskonflikte im 20. Jahrhundert (Gesprächskreis Geschichte, Heft 19), Bonn 1998

Tenfelde, Klaus, Protest, Organisation, Emanzipation. Die Arbeitswelt und ihre Konflikte im Ruhrgebiet, in: Ruhrlandmuseum Essen (Hrsg.), Die Erfindung des Ruhrgebiets. Arbeit und Alltag um 1900, Essen 2000, S. 105-119

Tenfelde, Klaus, Ruhrstadt - Historischer Hintergrund, in: Tenfelde, Klaus (Hrsg.), Ruhrstadt. Visionen für das Ruhrgebiet, Bochum 2002, S. 9-22

Tenfelde, Klaus, Bergbau und Stadtentwicklung im Ruhrgebiet im 19. und 20. Jahrhundert, in: Kaufhold, Karl Henrich/Reininghaus, Wilfried (Hrsg.), Stadt und Bergbau, Köln/Weimar/Wien-Böhlen 2004, S. 117-134 (Johannek, Peter [Hrsg.] Städteforschung. Veröffentlichung des Instituts für vergleichende Städtegeschichte in Münster, Bd. 64)

Tenfelde, Klaus, Radikal und militant? Forschungen über Bergarbeiterstreiks im 20. Jahrhundert, in: Westermann, Angelika/Westermann, Ekkehard (Hrsg.), Streik im Revier. Unruhe, Protest und Ausstand vom 8. bis 20. Jahrhundert, St. Katharinen 2007, S. 381-404

Tjaden, K.H., Struktur und Funktion der "KPD-Opposition" (KPO). Eine organisationssoziologische Untersuchung zur "Rechts-"Opposition im deutschen Kommunismus zur Zeit der Weimarer Republik, Meisenheim am Glan, 1964

Trischler, Helmut, Arbeitsbeziehungen im deutschen Bergbau, in: Tenfelde, Klaus/Pierenkemper, Toni, Motor der Industrialisierung. Deutsche Bergbaugeschichte im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Tenfelde, Klaus/Berger, Stefan/Seidel, Hans-Christoph, Geschichte des deutschen Bergbaus, Bd. 3, Münster 2016, S. X-Y

Ueberhorst, Horst, Wattenscheid: die Freiheit verloren?, Düsseldorf 1985

Unverferth, Gabriele, „Glück auf, Kameraden, durch Nacht zum Licht...“. Streikbewegungen im Dortmunder Bergbau, in: Heimat Dortmund. Stadtgeschichte in Bildern und Berichten, Heft 3/2014, Dortmund 2014, S. 9-22

Van der Linden, Marcel, Global Labour History, in: NDZ (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, o. O. 2010, S. 72-75

Vogt, Martin, Parteien in der Weimarer Republik, in: Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans-Adolf, Die Weimarer Republik 1918-1933. Politik. Wirtschaft. Gesellschaft (Bundeszentrale für Politische Bildung Bd. 251), 2. Aufl., Bonn 1988 (Bonn 1987), S. 134-157

Von Oertzen, Peter, Die großen Streiks der Ruhrarbeiterschaft im Frühjahr 1919, in: Rothfels, Hans/Eschenburg, Theodor (Hrsg.), Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 6. Jg., Stuttgart 1958, S. 231-262

Von Oertzen, Peter, Betriebsräte in der Novemberrevolution. Eine politikwissenschaftliche Untersuchung über Ideengehalt und Struktur der betrieblichen und wirtschaftlichen Arbeiterräte in der deutschen Revolution 1918/19, 2. erw. Aufl., Berlin/Bonn-Bad Godesberg 1976 (1963 Düsseldorf)

Von Oertzen, Betriebsräte- und Sozialisierungsbewegung, in: Kinner, Klaus, Geschichte des Kommunismus und Linkssozialismus. Selbstverständnis und Realität. Die Weimarer Zeit, Bd. 1, 2. Aufl., Berlin 2012, S. 82-99

Vurgun, Sibel, Gender und Raum, Düsseldorf 2005

Walsdorff, Martin, Der Berliner Vertrag und Stresemanns Ostpolitik in der Locarno-Ära, in: Michalka, Wolfgang/Lee, Marshall M. (Hrsg.), Gustav Stresemann, Darmstadt 1982 (Wege der Forschung, Bd. 539), S. 118 - 133

Walther, Henri/Engelmann, Dieter, Zur Linksentwicklung der Arbeiterbewegung im Rhein-Ruhrgebiet unter besonderer Berücksichtigung der Herausbildung der USPD und der Entwicklung ihres linken Flügels vom Ausbruch des 1. Weltkrieges bis zum Heidelberger Parteitag der KPD und dem Leipziger Parteitag der USPD (Juli/August 1914 – Dezember 1919), Bd. 1 - Bd. 3, Leipzig 1963

Watlin, Alexandr, Die Russische Delegation in der Komintern: Machtzentrum des internationalen Kommunismus zwischen Sinowjew und Stalin, in: Weber, Hermann/Staritz, Dietrich/Braun, Günter/Foitzik, Jan (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismus-forschung, Berlin 1993, S. 82-99

Weber, Hermann, Die Wandlung des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik, Frankfurt/M. 1969

Weber, Hermann, Der Gründungsparteitag der KPD. Protokoll und Materialien, Frankfurt/M. 1969

Weber, Hermann, „Weiße Flecken“ in der Geschichte. Die KPD-Opfer der Stalinschen Säuberungen und ihre Rehabilitierung, Frankfurt/M. 1989

Weber, Hermann, Die Instrumentalisierung des Marxismus-Leninismus, in: Weber, Hermann/Staritz, Dietrich/Braun, Günter/Foitzik, Jan (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 160-170

Weber, Hermann, Brandler und der deutsche Kommunismus, in: Weber, Hermann/Jahn, Egbert/Bayerlein, Bernhard H./Braun, Günter/Dähn, Horst/Foitzik, Jan/Mählert, Ulrich (Hrsg.), Jahrbuch für historische Kommunismusforschung, Berlin 2002, S. 389-392

Weber, Hermann/Bayerlein Bernhard H., Der Thälmann-Skandal. Geheime Korrespondenzen mit Stalin (Bayerlein, H. Bernhard/Broue, Pierre/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Kozlov, Vladimir Petrovic/Lewin, Moshe/Mählert, Ulrich/Otto, Wilfriede/Reimann, Michal/Studer, Brigitte/Tsubarjan, Alexsandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge [Hrsg.], Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 2), Berlin 2003

Weber, Hermann, Vorwort, in: Bayerlein, Bernhard H./Babichenko, Leonid G./Firsov, Fridrich I./Vatlin, Aleksandr Ju. (Hrsg.), Deutscher Oktober 1923. Ein Revolutionsplan und sein Scheitern (Archive des Kommunismus. Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 3), Berlin 2003, S. 19-34

Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 1. Aufl., Berlin 2004

Weber, Hermann, Die Stalinisierung der KPD – Alte und neue Einschätzungen, in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2007, S. 221 - 244

Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. über. u. erw. Aufl., Berlin 2008 (1. Aufl., Berlin 2004)

Weber, Hermann, Zum Verhältnis von Komintern, Sowjetstaat und KPD, in: Weber, Hermann/Drabkin, Jakov/Bayerlein, Bernhard H./Galkin, Aleksandr, Deutschland, Russland, Komintern, Überblicke, Analysen, Diskussionen, (Bayerlein, H. Bernhard/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Lewin, Moshe/Mählert, Ulrich/Reimann, Michal/ Sorokin, Andrej/Studer, Brigitte/Cubarjan, Alexsandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge [Hrsg.], Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 5), Berlin/Boston 2014, S. 10 - 139

Weber, Hermann/Drabkin, Jakov/Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern (Bayerlein, H. Bernhard/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Lewin, Moshe/Mählert, Ulrich/Reimann, Michal/Sorokin, Andrej/Studer, Brigitte/Cubarjan, Alexsandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge [Hrsg.], Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 6/1), Berlin/München/Boston 2015

Weber, Hermann/Drabkin, Jakov/Bayerlein, Bernhard H. (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern (Bayerlein, H. Bernhard/Ferro, Marc/Haynes, John/Hobsbawm, Eric/Holzer, Jerzy/Lewin, Moshe/Mählert, Ulrich/Reimann, Michal/Sorokin, Andrej/Studer, Brigitte/Cubarjan, Alexsandr/Weber, Hermann/Wolikow, Serge [Hrsg.], Archive des Kommunismus – Pfade des XX. Jahrhunderts, Bd. 6/2), Berlin/München/Boston 2015

Weber, Wolfhard, Technischer und gesellschaftlicher Wandel im Ruhrgebiet, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 52-65

Weichold, Jochen, Die Union der Hand- und Kopfarbeiter Deutschlands (Räteorganisation) – ein fast vergessenes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, in: Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung (Hrsg.), Jahrbuch für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung, Heft 1, Berlin Januar 2005, S. 99-106

Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie in der Weimarer Republik. Interessenpolitik zwischen Stabilisierung und Krise, Wuppertal 1978

Weisbrod, Bernd, Schwerindustrie und Politik, in: Borsdorf, Ulrich/Grütter, Heinrich Theodor/Nellen, Dieter, Zukunft war immer. Zur Geschichte der Metropole Ruhr, Essen 2007, S. 92-101

Weitz, Eric D., Conflict in the Ruhr: Workers and socialist Politics in Essen 1910-1925, Diss., New York/Boston 1974/1976

Weitz, Eric D., Popular Communism: Political Strategies and Social Histories in the Formation of the German, French, and Italian Communist Parties 1919 – 1948, in: Western Societies Program Occasional Paper number 31, Ithaca / NY 1992

Weitz, Eric D., Creating German Communism, 1890-1990. From Popular Protest to Socialist State, Princeton 1997

Welskopp, Thomas, Arbeit und Macht im Hüttenwerk. Arbeits- und industrielle Beziehungen in der deutschen Eisen- und Stahlindustrie von den 1860er bis zu den 1930er Jahren (Veröffentlichungen des Instituts für Sozialgeschichte e. V., Braunschweig/Bonn), Bonn 1994

Welskopp, Thomas, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz (Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54), Bonn 2000

Welskopp, Thomas, Wie schreibt man die Geschichte des Ruhrgebiets? Anmerkungen zum Projekt „Historisches Lesebuch“ der Stiftung Bibliothek des Ruhrgebiets, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen. Forschungen und Forschungsberichte, Nr. 40, Essen 2008, S. 121- 126

Wenzel, Otto, Die gescheiterte Deutsche Oktoberrevolution, Münster-Hamburg 2003

Westermann, Angelika/Westermann, Ekkehard (Hrsg.), Streik im Revier. Unruhe, Protest und Ausstand vom 8. bis 20. Jahrhundert, St. Katharinen 2007

Wette, Wolfram, Gustav Noske. Eine politische Biographie, 2. Aufl., Düsseldorf 1988 (Düsseldorf 1987)

Wheeler, Robert E., USPD und Internationale. Sozialistischer Internationalismus in der Zeit der Revolution, Frankfurt am Main/Berlin/Wien 1975

Wild, Reiner, Dennoch leben sie. Verfemte Bücher, verfolgte Autorinnen und Autoren. Zu den Auswirkungen nationalsozialistischer Literaturpolitik, München 2003

Wilde, Florian, „Diskussionsfreiheit ist innerhalb unserer Partei absolut notwendig“ - Das Verhältnis des KPD-Vorsitzenden Ernst Meyer zur innerparteilichen Demokratie 1921/22,

in: Weber, Hermann/Mählert, Ulrich/Bayerlein, Bernhard H./Dähn, Horst/Faulenbach, Bernd/Foitzik, Jan/Neubert, Ehrhart/Wilke, Manfred (Hrsg.), Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 2006, S. 168-184

Wilde, Florin, Ernst Meyer (1887-1930) – eine vergessene Führungsfigur des deutschen Kommunismus. Eine politische Biographie. Dissertation zur Erlangung der Würde des Doktors der Philosophie des Fachbereichs Geschichtswissenschaft der Universität Hamburg, Hamburg 2013

Winkler, Heinrich August, Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924, 2. Auf., Berlin/Bonn 1985

Winkler, Heinrich August, Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985

Winkler, Heinrich August, Der Weg in die Katastrophe. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, Bonn 1990

Wirsching, Andreas, Die Weimarer Republik. Politik und Gesellschaft (Enzyklopädie Deutscher Geschichte, Bd. 58), München 2000

Wisotzky, Klaus, Zwei Essener Karrieren, in: Führer, C./Mittag, J./Schildt, A./Tenfelde, K. (Hrsg.), Revolution und Arbeiterbewegung in Deutschland 1918-1920 (Institut für Soziale Bewegungen, Bd. 44), Essen 2013, S. 337-355

Wolter, Ulf, Grundlagen des Stalinismus. Die Entwicklung des Marxismus von einer Wissenschaft zur Ideologie, Berlin 1975

Wulf, Peter, Hugo Stinnes. Wirtschaft und Politik 1918-1924 (Boockmann, Hartmut/Degn, Christian/Erdmann, Karl Dietrich/Lehmann, Hartmut/Mayer, Hans Eberhard/Nitsche, Peter/Runeby, Nils [Hrsg.], Kieler Historische Studien, Bd. 28), Stuttgart 1979

Wuttke, Gisela, Das Rad der Geschichte. Arbeitergeschichten aus dem Westmünsterland, Münster 1995

Zimmermann, Rüdiger, Der Leninbund. Linke Kommunisten in der Weimarer Republik (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 62), Bonn 1978

12.0 Anhang

12.1 Abbildungsverzeichnis

- S. 57 Bild Carl Minster, in: Koszyk, Kurt, Das abenteuerliche Leben des sozialrevolutionären Agitators Carl Minster (1873-1942), in: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.), Archiv für Sozialgeschichte, Bd. 5, Hannover 1965, S. 227
- S. 59 Bild Rosi Wolfstein, in: Ahland, Frank/Dudde, Matthias (Hrsg.), Wittener Biografische Porträts, Bd. 1, Witten 2000, S. 118
- S. 63 Bild KAPD, in: Aydin, Sahin, Ein Leben für die gerechte Sache. Biografischer Abriss von Alois Fulneczek (29.11.1882-23.02.1919), Bottrop 2015, S. 14
- S. 81 Bild Arthur Hammer, in: Hauptstaatsarchiv Duisburg, Gestapoakte Arthur Hammer RW 58/20278, Bl. 50
- S. 104 Bild Wilhelm Schwan, in: Weber, Hermann/Herbst, Andreas, Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945, 2. über. u. erw. Aufl., Berlin 2008 (1. Aufl., Berlin 2004), S. 853
- S. 458 Bild mit Johann Triebeck, in: Ueberhorst, Horst, Wattenscheid: die Freiheit verloren?, Düsseldorf 1985, S. 237
- S. 478 Josef Schmitz, Privataarchiv Böning, Rhede